

Preußische Jahrbücher.

Herausgegeben

von

Heinrich von Treitschke.



Fünfundvierzigster Band.

Berlin, 1880.

Druck und Verlag von G. Reimer.



Inhalt.

Erstes Heft.

Zweites Heft.

Drittes Heft.

Viertes Heft.

Fünftes Heft.

Sechstes Heft.

Die Goldwährung in Deutschland; ihr Ursprung und ihre Beziehungen zur allgemeinen Silberfrage.

Ueber den Ursprung, den Zweck und die Wirkungen der neueren Münzgesetzgebung des Deutschen Reichs sind seit dem Jahre 1874, nachdem das Silber stärkeren Werthschwankungen, als seit Jahrhunderten geschehen, zu unterliegen begann, ohne Unterbrechung unbegründete und irreleitende Meinungen und Behauptungen veröffentlicht worden. Man hat hieran die heftigsten Vorwürfe gegen die neuere deutsche Münzpolitik geknüpft und sogar wiederholt das Verlangen gestellt, daß die Grundlage derselben nachträglich geändert werde. Einige Publicisten und Staatsmänner des Auslandes sind so weit gegangen, daß sie die Annahme der Goldwährung in Deutschland lediglich als Folge einer leichtfertigen Ueberhebung nach dem glücklichen Kriege mit Frankreich gelten lassen, wobei ein beklagenswerther Mangel jeder reiflichen und praktischen Ueberlegung vorgewaltet hätte. Und die Anklagen lauten mitunter noch viel schärfer. Der allgemeine wirthschaftliche Nothstand, welcher seit 1873 anhaltender und allgemeiner als je zuvor alle Kulturländer bedrückt hat, wird allein, oder doch ganz vorwiegend der Aufhebung der deutschen Silberwährung Schuld gegeben. Denn wäre diese Maßregel unterblieben, so würden auch Frankreich und die anderen Staaten des Francssystems sowie Holland ihre Silberkurant-Ausprägungen nicht beschränkt und darauf ganz eingestellt haben, und der Silberpreis hätte nicht viel tiefer als etwa 59½ Pence sinken können. Einzig und allein seien es die deutschen Silberverkäufe, welche überall die Valutaverhältnisse außer Rand und Band gebracht und auch die Erschütterung der indischen Finanzen verursacht hätten. Daß man England niemals auch nur entfernt zumuthen könne, zur Erhaltung einer gewissen Gleichmäßigkeit in der Werthrelation der Edelmetalle die reine Goldwährung bei sich zu modifiziren, wird fast als selbstverständlich betrachtet, dagegen als besonders segensreiche Weisheit der deutschen Reichsregierung hingestellt, daß sie im letzten Stadium der Ausführung der

Münzreform sich noch besinne, die begangenen Mißgriffe erkenne und die Silberverkäufe sistire, wodurch es England, wenigstens einstweilen, von der schlimmsten Verlegenheit der Silberfrage etwas befreie und die Rückkehr zu den früheren Münzzuständen in Aussicht stelle. Und solche Anfechtungen der deutschen Münzreform haben wunderbar genug selbst in der deutschen Presse mitunter einen Wiederhall gefunden. Heißt es doch in den Motiven zu einem beim Sächsischen Landtag eingebrachten Antrag auf Wiederherstellung der Silberwährung, daß „ein Rückgang der Kultur die endliche Folge der reinen Goldwährung sein müsse".

Um so mehr Anerkennung verdient es, daß im Auslande einige sachverständige Staatsmänner sich gefunden haben, welche den Plan und die Ausführung des deutschen Münzreformwerkes unparteiisch und gründlich beurtheilen und durch ihre Darlegung des wahren Sachverhalts die sonst von allen Seiten erhobenen Vorwürfe abweisen. Es sind dies wohlbekannte Männer, nämlich der schweizerische Nationalrath Feer-Herzog und der frühere belgische Minister Malou. Von beiden im Bereich der Münzpolitik wohlbewährten Autoritäten wird rückhaltlos anerkannt, daß die lange verschobene, 1871 unabweisbar gewordene deutsche Münzeinigung nicht anders als auf der Grundlage der Goldwährung zweckmäßig herzustellen war.

Diese vereinzelten gewichtigen Zeugnisse aus dem Auslande dürften indeß den Freunden der Goldwährung in Deutschland selbst nicht die Verpflichtung abnehmen, auch ihrerseits den oben erwähnten Anfechtungen unserer Münzreform mit einer den wirklichen Hergang und Sachverhalt möglichst objektiv darlegenden Darlegung entgegenzutreten, wobei sich die Wiederholung mancher früheren Nachweisungen nicht ganz wird vermeiden lassen. Eine solche Darlegung zu versuchen, soll unsere Aufgabe sein. Bei dem enormen Umfang des sich hierbei darbietenden Materials und der zu berücksichtigenden Interessen erscheint es aber geboten, alle übrigen Beziehungen der Münzreform bei Seite zu lassen und uns hier auf die eigentliche Währungsfrage zu beschränken, ja selbst in Bezug hierauf alle untergeordneten Einzelheiten, sofern sie nicht zur Beurtheilung des geschichtlichen Zusammenhangs nothwendig erscheinen, nicht weiter zu erörtern.

Wir wollen nachweisen, daß die Annahme der Goldwährung in Deutschland durch die Reichsmünzgesetze vom 4. December 1871 und 9. Juli 1873 eine wohlüberlegte, den Grundsätzen richtiger Münzpolitik entsprechende und die gegebenen praktischen Verhältnisse gebührend berücksichtigende Maßregel war, daß ferner die Vorwürfe, allein oder doch ganz vorwiegend durch die deutsche Münzreform seien die starken Schwankungen

und der Rückgang des Silberpreises verursacht, unbegründet sind, und daß mithin der Deutschland zugemuthete Uebergang zur Doppelwährung als ein durchaus ungerechtfertiges Verlangen zu betrachten ist.

I.

Nach dem sogenannten Leipziger Münzfuße vom Jahre 1690 sollte die Kölnische Mark fein Silber zu 18 Gulden, die Mark Gold in der Feinheit von 23 Karat 8 Grän zu 67 Dukaten à 4 Gulden ausgemünzt werden, was in wesentlicher Uebereinstimmung mit den damaligen Marktpreisen der Edelmetalle eine Werthrelation von 15,2 : 1 ergab. In den folgenden Jahrzehnten ward die Werthrelation dem Golde im Weltverkehr ungünstiger, nachdem die Goldgewinnung in Brasilien erheblich zugenommen hatte, was natürlich ein Agio für die Goldmünzen herbeiführte. Als nach Beendigung des siebenjährigen Kriegs in Preußen das Münzwesen neu und selbständig geregelt wurde, wollte man neben dem Silbergelde nach dem Vierzehnthalerfuß auch den Umlauf von Landes-Goldmünzen befördern und wurde zu diesem Behuf die Ausprägung von Friedrichsd'ors, 35 Stück aus der Mark von 21³/₄ Karat Feinheit, angeordnet. Der Nennwerth dieser Münzsorte war 5 Thaler Gold, welche den sogenannten Konventions-Thalern, 13¹/₃ Stück aus der Mark fein Silber, gleichgerechnet wurden, so daß man eine Werthrelation von 14,5 : 1 als Basis annahm. Die Ausprägung des Silbers wie des Goldes geschah ausschließlich für Rechnung der Regierung, welche das Metall zu bekannt gemachten Preisen ankaufte. Eine Doppel- oder Alternativ-Währung bestand in keiner Weise, sondern so zu sagen eine Parallel-Währung, da gewisse Zahlungen gewöhnlich in Thalern Gold bedungen wurden. Für die Friedrichsd'ors oder Pistolen ward nach freier Uebereinkunft der Parteien ein größeres oder geringeres Aufgeld bewilligt, welches sich natürlich nach der zur Zeit im Verkehr geltenden thatsächlichen Werthrelation der Edelmetalle zu richten hatte.

Dies Verhältniß dauerte in Preußen bis zum Jahre 1826, aber mit allmählicher Abnahme der Zahlungsweise in Thalern Gold, was zur Folge hatte, daß die deutschen Goldmünzen zum großen Theil eingeschmolzen wurden. Durch Verfügungen vom 30. Oktober und 16. November 1826 ward bestimmt, daß künftig bei Goldzahlungen an die öffentlichen Kassen statt der Friedrichsd'ors Silberkurant zum festen Kurs von 5²/₃ Thaler anzunehmen sei, wodurch jene Goldmünze so zu sagen zu einer auf Silberkurant lautenden Goldnote wurde.

Im größten Theile des übrigen Norddeutschlands bestand die vorhin erwähnte Parallelwährung noch fort, wobei in den Jahren 1821 bis 1870

Schwankungen zwischen $5\frac{1}{3}$ und $5\frac{2}{3}$ Thaler Silberkurant für die Goldpistole vorkamen; in Bremen aber herrschte die reine Goldwährung, indem in Thalern Gold, 5 Thaler auf die Pistole, gerechnet und gezahlt wurde.

Die zwischen den Zollvereinstaaten zu Dresden am 30. Juli 1838 abgeschlossene Münzkonvention enthält über die Ausprägung oder die Annahme von Goldmünzen keinerlei Bestimmungen. Die Verwendung von Goldmünzen in Deutschland blieb, ohne weitere Einmischung der Gesetzgebung, lediglich der Praxis überlassen, und der Vorrath derselben verminderte sich zusehens, wogegen der Umlauf von Staatspapiergeld und Banknoten in kleinen Appoints erheblich zunahm.

Wünsche und Vorschläge in Bezug auf die Ausprägung und den Umlauf von Goldmünzen oder gar Einführung der Goldwährung sind in Deutschland in dem ganzen langen Zeitraum von 1770 bis 1850 bis auf vereinzelte Ausnahmen nicht laut geworden. Diese bemerkenswerthen Ausnahmen sind aber folgende.

Professor Hegewisch in Kiel veröffentlichte im Jahre 1787 einen Aufsatz „über einen in Europa einzuführenden allgemeinen Münzfuß“, worin er „den auf evidente Wahrheiten gegründeten Vorschlag“ empfahl, daß Deutschland wie die übrigen europäischen Nationen, „die jetzt richtigere Begriffe hätten von dem, was ihr wahres Interesse betrifft“, vorerst für Gold einen gemeinsamen Münzfuß annehmen möchten.

Ungefähr 50 Jahre später (1838) erschien „die Lehre vom Gelde“ von J. G. Hoffmann, dem hochverdienten Direktor des königlichen statistischen Bureaus in Berlin, einem Mann, den man gewiß nicht zu den Neuerungssüchtigen noch zu den Freihändlern zählen wird. In dieser Schrift ward „der Uebergang von der Silberwährung zur Rechnung und Zahlung in Goldwerthen als das alleinige sichere Mittel zur Begründung eines haltbaren Münzwesens in Deutschland“ nach dem Vorbilde Englands aufs nachdrücklichste empfohlen.

Die natürlichen Vorzüge der Goldwährung in Folge der größeren Kostbarkeit, des bequemeren Transports und der Unzerstörbarkeit des Goldes sind damals von Hoffmann in einleuchtendster Weise dargelegt worden. Als entscheidenden praktischen Grund für den Gebrauch des Goldgeldes als Werthmaßstab und Tauschmittel im Großhandel macht Hoffmann besonders den Umstand geltend, daß Gold mit sehr viel geringeren Kosten als Silber auszumünzen sei, was in den Stand setze, bei der Goldwährung mit größerer Leichtigkeit den durchschnittlichen effektiven Werth der umlaufenden Kurantmünzen mit dem gesetzlichen Münzfuß in Uebereinstimmung zu halten und so eine dauerhafte Ordnung des Münzwesens zu bewirken. Hoffmann spricht zuversichtlich seine Ueberzeugung

aus, „daß Gold früh oder spät, im ganzen Kreise der europäischen Bildung, eben so der allgemeine Maßstab der Werthe und das gemeingültigste Mittel zur Uebertragung der Macht zu kaufen werden müsse, wie es beides im britischen Reiche geworden ist". Um den Uebergang zur Goldwährung in Deutschland zu bewerkstelligen, machte Hoffmann den Vorschlag, Goldstücke, welche sich nach den derzeitigen Edelmetallpreisen mit dem Nennwerthe von 10 und 5 Thaler Silbergeld im Umlauf erhalten könnten, in hinlänglicher Zahl ausprägen zu lassen und auszugeben, dagegen die Ausmünzung von vollhaltigem Silbergeld einzustellen. Der Zeitpunkt, wann man annehmen dürfe, daß diese Goldstücke das überwiegend gewöhnlichste Zahlmittel für alle Werthe über 5 Thaler geworden, sei möglichst zu beschleunigen, weil mit dem Verzuge auch die Gefahr wachse, daß beträchtliche Veränderungen in der Werthrelation der Edelmetalle den ruhigen Fortgang dieser Unternehmung unterbrechen könnten. Das wirksamste Mittel zu solcher Beschleunigung werde immer im Einziehen des abgenutzten Silbergeldes und in möglichst starken Ausmünzungen des neuen Goldgeldes liegen. Sobald aber der bezeichnete Zeitpunkt eingetreten, werde es kein Bedenken haben, gesetzlich auszusprechen, daß fortan Niemand verpflichtet sein solle, eine Zahlung, welche in der neuen Goldmünze geleistet werden könne, in dem noch umlaufenden Silbergelde anzunehmen. Dieser Bestimmung würde dann das Einziehen des bis dahin noch umlaufenden Silberkurants und die Ausgabe eines neuen Silbergeldes, vornehmlich Dritteltkalerstücke, folgen, welches mit einem beträchtlichen Schlagschatze auszuprägen wäre.

Im Vorwort zu seiner drei Jahre später (1841) herausgegebenen Schrift „Zeichen der Zeit im Deutschen Münzwesen" bemerkte Hoffmann, daß seine Vorschläge mit mehr oder minder Schonung überall zurückgewiesen und für gänzlich unausführbar erklärt seien. Indem er verschiedene Mißverständnisse berichtigte, empfahl er aufs Neue den Uebergang zur Goldwährung, ohne indeß hierdurch besseren Erfolg zu erzielen. — Die gegebene Anregung fand die nächsten Jahrzehnte hindurch nirgends Anklang, ja kaum Beachtung, abgesehen von einem im September 1848 unter der Ueberschrift „Vorschläge zur Verbesserung des preußischen Münzwesens" veröffentlichten Aufsatze von Bergius.

Zur Erklärung der außerordentlichen Gleichgültigkeit, welche bis zum Anfang der funfziger Jahre den Erörterungen und Empfehlungen der Goldwährung begegnete, dürfte vor Allem der Umstand mit in Betracht kommen, daß damals der Vorrath und die jährliche Gewinnung des Goldes, ungeachtet der schon seit einiger Zeit im Russischen Reiche stattfindenden stärkeren Goldproduktion, unzureichend erschienen, um außer

Großbritannien noch anderen Ländern ohne enorme Steigerung des Goldpreises die Vertauschung der bisherigen Silberwährung gegen Goldwährung zu gestatten. War doch auch in Frankreich, obschon die dortige gesetzliche Doppelwährung die unbeschränkte Ausprägung von Goldmünzen zuließ, thatsächlich die Silberwährung in gleicher allgemeiner Geltung geblieben wie in Deutschland, und von einem Uebergange zur Goldwährung nicht die Rede gewesen. Erst die kolossale Goldproduktion, welche seit 1850 durch die Ausbeutung der neuentdeckten Goldablagerungen in Californien und Australien die Welt in Erstaunen setzte, erweckte ein allgemeines und nachhaltiges Interesse an der Währungsfrage. Und zwar geschah dies zunächst in einer Richtung, die derjenigen, in welcher dieselbe sich heutigen Tags bewegt, schnurstracks entgegenlief. Die Ueberfülle des neuhinzukommenden Goldes rief vielfach Befürchtungen wegen progressiver Werthverminderung des Goldes hervor. In den Niederlanden war freilich bereits im Jahre 1847, also früher als die alleretrste Kunde vom Goldreichthum Californiens nach Europa gekommen sein konnte, durch ein neues Münzgesetz die Abschaffung der bisherigen reinen Goldwährung und deren Ersetzung durch die reine Silberwährung angeordnet worden, was bis Ende des Jahres 1850 durchgeführt werden sollte. Es traf sich also zufällig, daß um den oben genannten Zeitpunkt, als der Goldzufluß aus Californien in Europa bemerkbar zu werden begann, gleichzeitig die Niederländische Regierung größere Beträge Gold aus den eingezogenen bisherigen Landesgoldmünzen an den Markt brachte.

Auf dem Edelmetallmarkte sind der Natur der Sache nach Sinken des Goldpreises und Steigen des Silberpreises, und umgekehrt, Steigen des Goldpreises und Sinken des Silberpreises nur verschiedene Beziehungen für eine und dieselbe Sache; wir betrachten das Verhältniß durchweg vom Standpunkte der Goldwährung und des Londoner Marktes und gebrauchen daher für die Angaben der gegenseitigen Werthrelation die Ausdrücke: Steigen und Sinken des Silberpreises.

Die Werthrelation, welche im Durchschnitte des Zeitraumes von 1841 bis November 1850 wie 15,85 zu 1 (einem Silberpreise von 59½ Pence entsprechend) gewesen war, stellte sich im December 1850 zu Gunsten des Silbers auf 15,33 (= 61½ Pence) und die Prophezeiungen wegen einer außerordentlichen Werthverminderung des Goldes schienen in Erfüllung zu gehen. Der bekannte französische Oekonomist Michel Chevalier veröffentlichte ein besonderes Werk über das wahrscheinliche Fallen des Goldes, welches von Richard Cobden ins Englische übertragen wurde. In Frankreich ward mehrfach die förmliche Abschaffung der angeblich nur aus Mißverständniß des Gesetzes zugelassenen Doppelwährung und die

Durchführung der alleinigen Silberwährung empfohlen. Selbst in England erschienen Brochüren, welche dort Beseitigung der Goldwährung und Annahme der reinen Silberwährung verlangten.

Niemand dürfte im Stande sein, einen irgend begründeten Nachweis darüber beizubringen, welche Höhe der Silberpreis erreicht und behauptet und welche allgemeine wirthschaftliche Umgestaltungen sich hieran geknüpft haben würden, falls es im Jahre 1850 oder in den nachfolgenden Jahren zu einer Abschaffung der Doppelwährung und Geltung der alleinigen Silberwährung in Frankreich gekommen wäre. Das aber ist unzweifelhaft, es war die französische Münzgesetzgebung, wonach unbeschränkt das Kilogramm Münzsilber gegen eine Gebühr von 1½ Francs zu 200 Francs und das Kilogramm Münzgold gegen eine Gebühr von 6 Fr. 70 Cent. zu 3100 Francs ausgeprägt werden konnte, und der große Vorrath Silbergeld in Frankreich, welche einem stärkeren Sinken des Goldes (oder Steigen des Silberpreises) entgegentraten. Im Zeitraum von 1851 bis 1867 wurden in Frankreich Goldmünzen zum Betrage von nahezu 6000 Mill. Francs ausgeprägt, und dagegen viele Hunderte von Millionen Francs der bisherigen Silbermünze aufgekauft und zum Export eingeschmolzen.

Unter diesen Umständen mußte in Deutschland einstweilen die strikte Aufrechthaltung der Silberwährung als ebenso selbstverständlich wie wohlthätig angesehen werden. Es kam sogar in Frage, ob es nicht an der Zeit sei, auch in Bremen, wo seit länger als 100 Jahren die reine Goldwährung in Geltung gewesen war, diese durch die Silberwährung zu ersetzen. Die Bremer Handelskammer legte zu Ende 1850 der Kaufmannsschaft eine Reihe von Gutachten vor über die Frage: „ob für Bremen Abschaffung der Goldwährung und Annahme der Silberwährung wünschenswerth sei?" Die Ansichten waren getheilt und es blieb bei den bisherigen Münzverhältnissen.

Unerwartet trat einige Jahre später eine nicht kurzweg abzuweisende Anregung zu Gunsten der Goldwährung ein. Zur Ausführung des Artikels 19 des Handels- und Zollvertrags zwischen den Zollvereinstaaten und Oesterreich, welcher Unterhandlungen über eine Münzkonvention festgesetzt hatte, traten im November 1854 Bevollmächtigte für Oesterreich, Preußen, Bayern, Hannover und Frankfurt in Wien zusammen. Von Oesterreich wurden als Aufgaben der zu treffenden Vereinbarung bezeichnet: die Münzeinigung Oesterreichs mit Deutschland und sodann der Anschluß dieser Länder an den Weltverkehr. Dieser letztere verlange die Annahme der Goldwährung, welche in den drei größten Handelsstaaten bereits zu allgemeiner Geltung gekommen und sich anerkannter Vorzüge erfreue. Die Bedenken einer stetigen Abnahme des relativen Werthes des Goldes

zum Silber sowie einer Steigerung der Preise aller Verkehrsgegenstände, weil die Goldmünze höhere Werthe darstelle, theile die Oesterreichische Regierung nicht.

Von den Vertretern der Zollvereinsstaaten ward jedoch von vornherein eine Verhandlung auf dieser Basis entschieden abgelehnt. Hierbei wurde besonders hervorgehoben: Die Verwandlung aller auf eine bestimmte Quantität Silber lautenden Zahlungsverbindlichkeiten des Staats wie der Privaten in solche, die in einem vom Staate nach der Natur der Sache mehr oder weniger willkürlich festgesetzten Verhältnisse durch eine bestimmte Quantität Gold erfüllt werden können, müsse um so bedenklicher sein in einer Zeit, in welcher eine weitere Entwerthung des Goldes in Aussicht stehe oder ziemlich allgemein befürchtet werde, in welcher aber jedenfalls der Werth des Goldes noch durch manche Schwankungen und Krisen werde hindurchgehen müssen, ehe er auch nur einen annähernden Grad von Festigkeit und Dauer erlange.

Das Ergebniß der Wiener Conferenzen, welche im Januar 1857 durch einen Münzvertrag zwischen den Zollvereinstaaten und Oesterreich ihren Abschluß fanden, war hinsichtlich der Währungsverhältnisse das Gegentheil von dem, was die österreichischen Vorschläge ins Auge gefaßt hatten, nämlich die denkbar bündigste Anerkennung der reinen Silberwährung. Zwar wurde im Vertrage auch die gleichmäßige Herstellung einer theoretisch vollkommenen Goldmünze vereinbart, nämlich der genau 10 Gramm fein Gold enthaltenden „Kronen", allein zugleich alle möglichen Vorkehrungen festgesetzt, um die Verwendung dieser Goldmünze im Verkehr zu erschweren und einzuschränken, damit ja nicht hierdurch die Anbahnung der Goldwährung irgend befördert werde.

In Deutschland selbst war inzwischen ebenfalls eine Anregung zu Gunsten der Goldwährung gegeben durch eine vom Consulenten der Hamburgischen Commerz-Deputation verfaßte „Denkschrift, betreffend die Einführung der Goldwährung in Deutschland, mit besonderer Rücksicht auf die Hamburger Bankvaluta, Hamburg September 1856". Es wurde hier auf die von J. G. Hoffmann entwickelten natürlichen Vorzüge der Goldwährung, auf deren steigende praktische Wichtigkeit im internationalen Verkehr und die damals in Aussicht stehende Vertheuerung des Silbers durch stark wachsenden Export nach Ostasien hingewiesen. In gleichem Sinne wurde der Uebergang zur Goldwährung von demselben Autor auch in der Publicistik vertreten. Gegenschriften zu Gunsten der beizubehaltenden Silberwährung erschienen im Jahre 1856 von C. F. Heyder in Frankfurt und von G. F. Kolb. — Wenn ungeachtet dieser und ähnlicher Anregungen die Währungsfrage in der nächsten Zeit auf sich beruhen blieb,

so hatte dies vornehmlich in dem Umstande seinen Grund, daß Frankreich eine alle Erwartung übersteigende Befähigung zeigte, aus seiner Münzcirkulation noch für längere Zeit gegen Substituirung von neuen Goldmünzen genügende Quantitäten Silber zur Kompletirung der Silbersendungen nach dem Osten zu liefern und hierdurch einem übermäßigen Steigen des Silberpreises vorzubeugen.

In ein neues Stadium trat die Währungsfrage für Deutschland zu Anfang der Sechsziger Jahre, als auf Anregungen des Volkswirthschaftlichen Kongresses und des Deutschen Handelstages die Herstellung eines einheitlichen zeitgemäßen deutschen Münzwesens zu wiederholter Berathung gebracht wurde. Hierbei kam von Anfang an namentlich auch das Mißverhältniß zur Sprache, daß in jeder der beiden Seestädte, welche den überseeischen Handel Deutschlands vorwiegend vermitteln, in Hamburg und Bremen, eine vom Inlande wie unter sich durchaus verschiedene Valuta bestände. Die volkswirthschaftlichen Kongresse zu Köln im Jahre 1859 und zu Stuttgart im Jahre 1861 sowie die in Heidelberg 1861 und in Frankfurt 1865 abgehaltenen Handelstage gaben dem nach und nach stärker und allgemeiner werdenden Verlangen nach Einführung eines gemeinsamen decimalen Münzsystems, unter Zugrundelegung der Mark im Werth eines Drittelthalers als Münzeinheit, einen bestimmteren Ausdruck, während die eventuelle Annahme der Goldwährung zunächst noch als offene und erst später zu erörternde Frage betrachtet wurde. Die Beibehaltung der durch den Wiener Münzvertrag von 1857 geschaffenen metrischen Goldkronen ward von keiner Seite befürwortet, hingegen, wenn die Art der künftigen Deutschen Goldmünzen zur Sprache kam, von Einigen die Gleichstellung derselben mit den französischen Zwanzigfrancsstücken, von Anderen mit dem britischen Sovereign nachdrücklichst empfohlen.

Letzteres geschah vornehmlich in den Jahresberichten der Handelskammer von Köln, welche schon im Jahre 1854 für den Uebergang zur Goldwährung in Deutschland eingetreten war und dann in den Jahren 1862 und 1863 in diesem Sinne eingehende Vorschläge machte. Die Mehrheit der im Handelstage vertretenen Handelskammern erklärte sich aber in der Versammlung in Frankfurt im September 1865 nur dahin: „es möge von den Deutschen Staaten die Ausprägung von Goldmünzen identisch mit den Zwanzigfrancsstücken beliebt und denselben ein fester, eventuell ein von Zeit zu Zeit zu bestimmender Kassenkurs beigelegt werden". Die Berathungen waren vorbereitet worden durch eine vom Ausschusse des Handelstags veranstaltete Enquête bei den verschiedenen deutschen Handelsvorständen. Diese waren einige Monate vorher durch ein motivirtes Rundschreiben aufgefordert worden, über die eventuelle Herbeifüh-

rung einer neuen Goldmünze ihre Ansichten und Vorschläge zu äußern. Hierauf hatten fünf Handelsvorstände die Sache für nicht opportun erklärt, die Handelskammer von Bremen im Allgemeinen den sofortigen Uebergang zur Goldwährung empfohlen, elf Korporationen aber sich für die Annahme einer dem halben Sovereign ganz oder nahezu gleichkommenden Goldmünze, zu 10 Mark gerechnet, und die übrigen 19 Handelsvertretungen für die Einführung einer mit dem Zwanzigfrancsstück identischen Goldmünze ausgesprochen. Eine gedruckte Zusammenstellung dieser Gutachten war dem Handelstage vorgelegt worden. —

Wir unterbrechen hier für einen Augenblick unseren kurzen geschichtlichen Bericht, um hervorzuheben, daß die erwähnten Vorgänge von 1854 bis 1865 einen überzeugenden Nachweis an die Hand geben, wie unbegründet der Vorwurf ist, daß Deutschland 1871 ohne alle gehörige längere und mehrseitige Ueberlegung plötzlich sich zur Annahme der Goldwährung entschlossen habe. Und solche Vorbereitungen hörten nicht etwa mit dem Jahre 1865 auf, sondern wurden von da an bis 1871 mit noch lebhafterem Interesse und umfangreicher fortgeführt. —

II.

Bevor wir den Bericht über die Vorbereitungen zur Einführung der Goldwährung in Deutschland fortsetzen, wollen wir einen Blick auf gewisse Vorgänge in unserm Nachbarlande Frankreich werfen, welche auf Entwickelung des Deutschen Münzwesens seit 1865 einen sehr wesentlichen Einfluß haben äußern müssen.

In Frankreich und den anderen Staaten des Francsystems hatte die enorme Nachfrage nach Silber zum Export nach dem östlichen Asien und der hierdurch bis 62½ Pence gestiegene Silberpreis in den Jahren 1857 bis 1863 dahin geführt, daß der bei Weitem größte Theil des Silberkurants in diesen Ländern aus dem Umlauf gezogen und durch Goldmünze ersetzt war. Hielt dieser Silberabfluß länger an, so war zu befürchten, daß der Vorrath selbst an kleinerem Silbergelde in unerträglicher Weise sich ferner vermindern und nur die sehr abgenutzten Stücke im Umlauf verbleiben würden. Um dieser Verlegenheit vorzubeugen, entschloß man sich, ohne im Uebrigen das Princip der bisherigen Doppelwährung zu verlassen, die kleineren Silbermünzen geringhaltiger auszuprägen, nämlich bei gleichbleibendem Gewicht zu 0,835 (statt zu 0,900) Feinheit. Hierauf ward am 23. December 1865 zwischen Frankreich, Belgien, der Schweiz und Italien zu Paris der sogenannte Lateinische Münzvertrag auf 12 Jahre geschlossen, welcher die Prägung der Scheidemünze regelte, in Rücksicht des Kurantgeldes aber auf Verlangen der Französischen Regierung nach dem

Wunsche der Bank von Frankreich die Doppelwährung aufrecht hielt, obschon von den Vertretern Belgiens, der Schweiz und Italiens bei dieser Gelegenheit die Annahme der reinen Goldwährung, also Beseitigung der silbernen Fünffrancsstücke als Kurantgeld dringend beantragt war. Diese Maßregel wäre damals ohne Zweifel leicht durchzuführen gewesen, da um jene Zeit nur zwischen 1000 und 1500 Millionen Francs Französisches Silberkurant im Umlauf gewesen sein wird.

Im Anschluß an die damalige Welt-Industrie-Ausstellung fanden darauf vom 17. Juni bis 6. Juli 1867 in Paris in Folge einer Einladung des Kaisers Napoleon internationale Münzkonferenzen statt zur Berathung über eine anzubahnende universelle Münzeinigung, an welcher Delegirte von 20 Staaten sich betheiligten. Auf diesen Konferenzen, welche mit einer fast einstimmig beschlossenen Resolution zu Gunsten der Goldwährung abschlossen, erklärten die Vertreter der Preußischen Regierung, daß man in Preußen mit der bestehenden Silberwährung zufrieden sei und ein Bedürfniß zu einer so bedeutenden Aenderung, wie das Aufgeben der Silberwährung sein würde, nicht vorliege. Nichtsdestoweniger werde Preußen, wenn die Arbeiten der Konferenz eine Basis zu einer allgemeinen Verständigung in der Frage ergeben sollten, diesen Gegenstand in sorgsame Erwägung ziehen. Im Princip stimmten die Preußischen Delegirten für Empfehlung der allgemeinen Goldwährung und warnten selbst vor Gestattung eines unbestimmten Termins bei Anwendung der Doppelwährung als Uebergangsmaßregel. Für die Aufrechthaltung der Silberwährung sprach sich nur die Niederländische Regierung aus, während die Delegirten derjenigen Staaten, in welchen zur Zeit weder Gold-, noch Silber- noch auch Doppelwährung, sondern Papiervaluta bestand, eine internationale Münzeinigung auf Grund der alleinigen Goldwährung am lebhaftesten befürwortet hatten.

Nachdem in England ein zur Prüfung der Sache niedergesetzter Parlaments-Ausschuß und die öffentliche Meinung sich entschieden gegen den Plan einer universellen Münzeinigung mit Annahme einer gleichmäßigen Goldmünze im Werthe von 25 Francs des Französischen Systems erklärt hatten, obschon für England hierbei nur eine unbedeutende Modifikation des Münzfußes des Sovereigns in Betracht kam, wurde auch seitens der meisten übrigen Staaten der Plan nicht weiter verfolgt, und auf die Annahme der Goldwährung in Deutschland haben die internationalen Münzkonferenzen sehr wenig eingewirkt.

Was in den Jahren 1868 und 1869 bei uns geschehen ist, um der Goldwährung mehr und mehr Zustimmung zu verschaffen und so die spätere Reichsgesetzgebung in diesem Sinne zu erzielen, ging hauptsächlich

hervor aus der eifrigen und folgerechten Fortsetzung der im vorigen Abschnitt besprochenen Bestrebungen der Publicistik, des volkswirthschaftlichen Kongresses und des Handelstags. Die inzwischen stattgehabte politische Umgestaltung Deutschlands durch Bildung des Norddeutschen Bundes und des Zoll-Parlaments hatte die früher fast unüberwindlich erscheinenden Bedenken und Hindernisse einer baldigen und durchgreifenden einheitlichen Münzreform, um die bestehenden sieben oder acht verschiedenen Münzsysteme der Deutschen Einzelstaaten zu beseitigen, aufgehoben, so daß jetzt die praktische Modalität solcher Münzeinigung mit ganz anderem Nachdruck und Interesse als früher zur Erörterung kommen konnte und mußte. Die Zahl der Anhänger der Goldwährung war seit 1865 unverkennbar sehr gewachsen, aber zugleich war man sich auch im Kreise derjenigen, welche die Ausführung eines solchen Plans schärfer ins Auge faßten, immer mehr der rechtlichen und wirthschaftlichen Schwierigkeiten bewußt geworden, die mit dem Uebergange von einer soliden Silberwährung zu einer gleichen Goldwährung und mit jeder Vermittlung solchen Uebergangs durch Dazwischenkunft einer wirklichen Doppelwährung naturgemäß verknüpft sind.

Der nothwendigen Abkürzung wegen können wir auf die sonstigen vielfachen Verhandlungen in Betreff der Währungsfrage nicht eingehen, sondern müssen uns hier noch mehr als sonst auf einige Hauptmomente beschränken.

Der in Berlin abgehaltene vierte Deutsche Handelstag erklärte in einer am 21. October 1868 beschlossenen Resolution: Münzeinheit und zugleich eine allgemeine zeitgemäße Münzreform in Deutschland ist in der Weise herbeizuführen, daß sämmtliche Deutsche Staaten gleichmäßig die alleinige Goldwährung mit consequenter Durchführung des Decimalsystems annehmen.

Eine ausführliche „Denkschrift, betreffend Deutsche Münzeinigung“ zur Begründung und Empfehlung dieser Resolution ward vom Ausschuß des Handelstags im März 1869 dem Bundeskanzler und Bundesrath sowie den Süddeutschen Regierungen überreicht.

Von einer Vermittlung des Uebergangs zu der vorgeschlagenen reinen Goldwährung durch zeitweilige Zulassung einer wirklichen Doppel- oder Alternativ-Währung ward in dieser Denkschrift dringend abgerathen. Allerdings werde bei gesetzlicher principieller Einführung der alleinigen Goldwährung statt der bisherigen alleinigen Silberwährung es unvermeidlich sein, daß auch unter sehr günstigen Umständen für die Verwerthung des Silbers und Anschaffung des Goldes noch eine Reihe von Jahren hindurch der Münzumlauf großentheils in älterem Silberkurant bestehen werde. Dies sei jedoch keine wirkliche Doppelwährung, zu deren

Wesen es gehöre, daß eine dauernde, unbeschränkte Ausprägung beider Edelmetalle gestattet wird, während bei gänzlicher Sistirung fernerer Ausmünzung von Silberkurant und successiver Einziehung des älteren Silbergeldes das einstweilen davon noch im Umlauf Zurückbleibende den Charakter einer die Goldvaluta vertretenden silbernen Anweisung erhält.

Wir wollen aber nicht unerwähnt lassen, daß ziemlich um die nämliche Zeit der Veröffentlichung der die reine Goldwährung beantragenden Denkschrift des Handelstags-Ausschusses der bekannte Vorkämpfer der Handelsfreiheit John Prince-Smith die Annahme dieser Währung als sehr bedenklich schilderte und den Uebergang zur Doppelwährung empfahl. Vieles von dem, womit er seine Ansicht begründete, ist auch eingetroffen. Es heißt u. A. in dem zu Anfang 1869 in Hirth's Annalen erschienenen Aufsatze:

„Wenn Deutschland, nachdem es seine Nachfrage nach Silber zu Münzzwecken sehr wesentlich eingeschränkt und somit den europäischen Hauptmarkt für Silber aufgehoben hätte, sein demonetisirtes Silber im Betrage von ein Paar Hundert Millionen Loth zum Verkaufen bieten und dafür Gold verlangen sollte, so ist kaum abzusehen, welche Veränderung durch so vermehrtes Angebot von Silber und gesteigerte Nachfrage nach Gold in dem Preisverhältnisse beider Metalle zu einander entstehen könnte. Denn voraussichtlich müßte Frankreich bei der ersten Ankündigung eines solchen Schrittes seine Doppelwährung, d. h. seinen Taxpreis für Silber aufheben, welcher bisher als mächtiger Regulator des Verhältnisses der Preise beider Metalle zu einander wirkte". . . . „Einen europäischen Markt für Silber gäbe es nur, insofern noch eine Nachfrage nach Scheidemünze und Silbergeräthe bestände, und aller Vorrath darüber hinaus müßte zur Ausfuhr gezwungen werden, natürlich durch entsprechende Verwohlfeilerung. Von einem sogenannten Eigenwerthe kann volkswirthschaftlich nicht die Rede sein. Man denkt dabei an die Verwendbarkeit des Silbers zu Löffeln und sonstigem Tafelgeräth und faßt den Preis ins Auge, welches die Silberschmiede jetzt für Bruchsilber bereitwillig geben. Aber diesen Preis geben sie nur, weil sie jetzt mit den Münzstätten concurriren müssen, und diese sind es, die als Hauptverbraucher den Silberpreis aufrecht erhalten". . . . „Bei der in Aussicht genommenen wesentlichen Einschränkung der Hauptverwendung des Silbers, könnte ein merklicher Rückgang in dessen Preise nicht ausbleiben. Eine Grenze freilich fände das Sinken bei derjenigen Preisermäßigung des Silbers, welche die Ausfuhr nach Indien, China, Südamerika und sonstigen größeren Silbermärkten so lohnend machte, daß ein verstärkter Abfluß uns rasch unseres demonetisirten Silbers entledigte". . . . „Der Uebergang zur Goldwährung, unter Demonetisirung eines großen Theils unseres Silbers, hätte zur Folge, daß der Goldvorrath, welcher bisher den Dienst des Zahlmittels in England und Frankreich vorzugsweise und anderswo nur nebenher versieht, fortan auch für Deutschland diesen Dienst mit versehen müßte. Der vorhandene Goldvor-

rath hätte dem Waarenumsatze in einem vergrößerten Kreise zu dienen, mehr Waaren als bisher umzusetzen, also müßte er in mehr oder kleinere Summen eingetheilt werden, d. h. die Waarenpreise müßten allgemein sinken."

„Alle diese Schwierigkeiten rühren indeß nicht von der Einführung der Goldwährung, sondern von der Abschaffung der Silberwährung her; sie erfolgen aus der Verminderung des Silberpreises, welche nicht ausbleiben kann, wenn man dem Silber die gesetzliche Eigenschaft der Schuldlösung entzieht, auf welcher sein bisheriger Preis zum Theil beruhte. Aber ist es denn nöthig, bei Einführnng der Goldwährung die Silberwährung abzuschaffen?"

Prince-Smith gelangt durch diese Erwägungen zu dem Vorschlage, der beabsichtigten einheitlichen Deutschen Münzreform die Doppelwährung mit einer gesetzlichen Werthrelation wie im Französischen Münzwesen zu Grunde zu legen, nachdem die Sicherheit erlangt sein werde, daß Frankreich sein bisheriges Währungssystem nicht abändern wolle. —

Nachdem der Norddeutsche Reichstag wiederholt eine baldige einheitliche Regelung des Münz-, Papiergeld- und Bankwesens nach Vorschrift des Artikels 4 der Bundesverfassung beantragt und das Bundeskanzler-Amt erklärt hatte, daß nothwendig zuerst die künftigen Münzverhältnisse festgestellt werden müßten, war natürlich vor Allem eine principielle Entscheidung in der Währungsfrage herbeizuführen. Bei der vom Bundesrathe im Juni 1870 beschlossenen Enquête in Betreff des Münzwesens nahm daher auf dem vertheilten Fragebogen die Frage, ob reine Goldwährung oder ob Doppelwährung anzunehmen sei, eine hervorragende Stelle ein; daß von der Beibehaltung der bisherigen alleinigen Silberwährung nicht die Rede sein könne, ward gewissermaßen stillschweigend vorausgesetzt. Die Fragen wegen der Währung gingen dahin: „Sollen umlaufsfähige Goldmünzen geschaffen werden:

1) durch Uebergang zur einfachen Goldwährung, dergestalt, daß die Silbermünzen für den kleinen Verkehr über ihren Werth ausgemünzt werden, — oder
2) durch Einführung einer sogenannten Doppelwährung mit festem Werthverhältniß zwischen Gold und Silber, wie es in Frankreich besteht; — oder
3) durch Annahme der Doppelwährung lediglich als Uebergangsstadium zur reinen Goldwährung, mit dem Werthverhältniß von 15,50 : 1, oder von 15,55 : 1, oder von 15,75 : 1 zwischen Gold und Silber?" —

Zuversichtlicher noch als am Schluß des vorigen Abschnitts dürfen wir unter Hinweisung auf die eben erwähnten Vorgänge und die zahlreiche Deutsche Münzliteratur in den Jahren 1865 bis 1871 gelten machen,

daß der Vorwurf einer unzulänglichen Vorbereitung zu einer Entscheidung in der Währungsfrage unbegründet ist, und bezeugen namentlich die deshalb ausführlicher mitgetheilten Aeußerungen von Prince-Smith, daß die jetzt von allen Seiten des Auslandes vorgebrachten Bedenken wegen der Silberentwerthung in Deutschland selbst schon 1869 vollständig bekannt waren. Der Uebergang zur Goldwährung geschah mit genauer Kenntniß solcher Bedenken.

III.

Während im Juni 1870 in Berlin die Fragebogen für die baldigst vorzunehmende Münzenquête festgestellt wurden, war aufs Neue und umfassender als bisher gleichzeitig in Paris eine von der Französischen Regierung veranstaltete Währungs-Enquête ihrem Abschluß nahe gebracht. Die für diese Enquête niedergesetzte Commission, bestehend aus 23 angesehenen Mitgliedern, deren Ansichten über die Beibehaltung der Doppelwährung oder Annahme der reinen Goldwährung sich schroff entgegenstanden, hielt vom 8. December 1869 bis zum 29. Juli 1870 achtzehn Sitzungen, in denen eine lange Reihe schriftlicher Gutachten von Handelskammern und ausländischen Autoritäten vorgelegt wurde und außerdem eine nicht geringe Zahl französischer und fremder Sachverständiger sich mündlich aussprach*). Für die Aufrechthaltung der Doppelwährung wurde hauptsächlich folgendes geltend gemacht. Dem Silber dürfe sein Charakter als Kurantgeld nicht entzogen werden, weil das Gold allein allen Bedürfnissen der Cirkulaltion nicht genügen könne. Man schätze (1870) den Gesammtvorrath an Edelmetall in der Welt auf ungefähr 50 Milliarden Francs, und dies erscheine nicht zu viel, wenn man bedenke, daß viele Nationen Mangel an Münze hätten und Papiergeld benutzten. Von jener Summe könne man die Hälfte auf Gold und die andere Hälfte auf Silber rechnen. Wenn man Silber überall demonetisire, so werde dem allgemeinen Verkehre eine enorme Masse Münze entzogen, das Gold sehr theuer werden und für die Geschäfte eine allgemeine Störung entstehen.

*) Die bereits gedruckten Protokolle der Commission verbrannten im März 1871 beim Aufstande der Pariser Commune und wurden im folgenden Jahre neu gedruckt, zwei Bände in Quart, über 1300 Seiten enthaltend. Für die Aufrechthaltung der bestehenden Doppelwährung erklärten sich die Herren Rouland, Rothschild und de Waru (Gouverneur und Regenten der Bank von Frankreich), Wolowski, Léon, André u. A.; die Handelskammer von Rouen und Herr E. Seyd aus London. Dagegen ward die Annahme der reinen Goldwährung empfohlen durch die Handelskammern von Lyon und Havre, durch die Herren Levasseur, Blaise, Juglar, d'Audiffret, Barthélemy Saint Hilaire u. A., und von den eingeladenen ausländischen Sachverständigen Cahen aus Belgien, Feer-Herzog aus der Schweiz, Sacerdoti aus Italien, Bloch aus Norwegen, Wallenberg aus Schweden, Serry y Rull aus Spanien und Hendrichs aus England.

Wenn behauptet werde, daß dies kein Nachtheil sei, weil sich Produkte gegen Produkte austauschen und die Preise nur nach einer anderen Skala würden tarifirt werden, so sei zu antworten, daß jede Veränderung im Werthe des Geldes eine Art Revolution sei, denn alle Schuldner würden ihre Verbindlichkeiten erschwert sehen. Die Staatsschulden würden lästiger werden zum Nachtheile aller Steuerpflichtigen. Die seit zwanzig Jahren stattgehabte bedeutende Vermehrung des baaren Geldes habe Niemanden ruinirt, vielmehr alle Geschäfte belebt und dadurch den Werth des Geldes etwas verringert. Der Vorrath an Gold und Silber habe sich seit 1849 um jährlich etwa 3 Procent vermehrt, allein gleichzeitig sei die Masse des Verkehrs jährlich um mehr als 3 Procent gewachsen und so eine Ausgleichung erfolgt. Wenn man gegen die Doppelwährung einwende, daß Gold ein bequemeres Tauschmittel sei als Silber und daß in Frankreich Niemand mehr die schweren silbernen Fünffrancsstücke wolle, so werde solches durch die Thatsache widerlegt, daß die ländliche Bevölkerung diese Münzsorte gerne habe und sie den goldenen Fünffrancsstücken vorziehe. Der gegenwärtige Zeitpunkt erscheine zur Demonetisation des Silbers um so weniger geeignet, als die jährliche Goldgewinnung im Abnehmen begriffen sei. Welche Verlegenheit werde eintreten, wenn nach Beseitigung des Silberkurants künftig ein weiterer Ausfall in der Goldproduktion stattfinde! Verweise man auf das Auskunftsmittel des Kredits, so sei nicht zu vergessen, daß unter allen Umständen das Edelmetall als solide Basis des Geldumlaufs unentbehrlich bleibe. Wenn die Menge des baaren Geldes nicht in gleichem Verhältniß wie der Umlauf zunehme, werde man rasch in finanzielle Krisen gerathen. In England hätten allerdings die Umsätze im Clearing-Hause ohne alle Benutzung von Münze die kolossale Ziffer von 4800 Millionen Pfund Sterling jährlich erreicht, allein auch der Münzvorrath sei dort in den letzten zwanzig Jahren um etwa 30 Mill. Pfd. Strl. gestiegen, so daß sich der enorm erweiterte Kredit auf einen entsprechend erweiterten Münzbestand stützen könne. — Die Doppelwährung sei oft angegriffen, allein niemals nachgewiesen, daß dieselbe Frankreichs inländischen Geldumlauf benachtheiligt habe. Habe Frankreich successive das zur Zeit entwerthete der beiden Edelmetalle als principales Geld behalten, so dürfe daran erinnert werden, daß bei diesen Alternativen das wohlfeilere Metall in Wirklichkeit nichts von seinem Werthe verloren, sondern das andere eine Prämie erlangt habe. Derjenige, der das zur Zeit minder geschätzte Metall erhalte, werde also nicht beeinträchtigt. Die in Folge der Doppelwährung eintretenden Deplacirungen des einen oder des andern der Edelmetalle seien erfahrungsmäßig nicht so vollständig, daß nicht von dem verdrängten Metall hinreichend für den auswärtigen Handel

im Lande zurückbleibe. Das Beispiel Englands spreche nicht zur Empfehlung der alleinigen Goldwährung, indem diese das Land fortwährend den schlimmsten Geldkrisen aussetze. Endlich würde die Demonetisation des Silbers für Frankreich durch den dann für Rechnung des Staats einzulösenden Betrag an bisherigem Silberkurant einen enormen finanziellen Verlust mit sich führen.

Für die Einführung der reinen Goldwährung an Stelle der bisherigen Doppelwährung wurde andererseits vornehmlich Folgendes geltend gemacht:

Vom wissenschaftlichen Standpunkte aus sei die Doppelwährung entschieden zu verwerfen. Indem das Gesetz eine feste Werthrelation zwischen Gold und Silber wie 1 : 15½ annehme, verfolge es ein falsches Princip, denn die wirkliche Werthrelation verändere sich fortwährend und sei von der Gesetzgebung unabhängig. Durch die Doppelwährung werde zur Bestimmung der Werthe ein zwiefaches Maß gegeben und hieraus entstehe Unklarheit. Die Doppelwährung widerspreche der Gerechtigkeit, denn sie gestatte die in einem Metall contrahirte Schuld in einem andern Metalle zurückzuzahlen, sobald dieses im Werthe gesunken sei. Für die Praxis sei die sogenannte Doppelwährung nichts anderes als eine Alternativwährung, indem dasjenige Edelmetall, welches zur Zeit eine Prämie erlangt habe, auswandere, das andere aber wieder einziehe, so daß Frankreich thatsächlich abwechselnd Goldwährung und Silberwährung habe. Die Folge sei, daß das Land bei solchen Veränderungen in seinem Edelmetallvermögen starke Verluste erleide, indem die Werthverminderung 2 bis 3 Procent betragen könne. Da das entwerthete Metall dann den Maßstab abgebe, so entstehe eine steigende Tendenz aller Preise. Auch andere Umstände hätten gewiß zu der seit 20 Jahren stattgehabten allgemeinen Preissteigerung beigetragen, aber zum großen Theile sei die Verringerung der Kaufkraft des Geldes unstreitig der außerordentlich vermehrten Edelmetallproduktion zuzuschreiben, welche um das Jahr 1848 nur etwa 400 Millionen, gegenwärtig aber mehr als 1000 Millionen Francs jährlich betrage. Es sei Aufgabe des Staates, solcher Steigerung der Preise, die für manche Klassen der Bevölkerung sehr empfindlich sei, möglichst entgegenzuwirken und dies werde durch die Demonetisation des Silbers geschehen. Diese sei jetzt um so mehr geboten, als ohne sie Frankreich bei dem eingetretenen Sinken des Silbers Gefahr laufe, die so viel vollkommnere und bequemere Goldcirkulation, die sich seit 1860 eingebürgert habe, wieder einbüßen zu müssen.

Bei der schließlichen Abstimmung erklärten sich 17 Mitglieder für reine Goldwährung und 6 für Beibehaltung der Doppelwährung. Im Schlußbericht hieß es: „Die Doppelwährung ist verurtheilt von dem drei-

fachen Gesichtspunkt der Wissenschaft, des innern Geldumlaufs und der internationalen Münzeinigung.“ — „Es wäre unvorsichtig mit der Aufhebung der Doppelwährung länger zu warten. In Deutschland besteht eine starke Tendenz für Einführung der Goldwährung. Wenn diese zur Durchführung kommt, ehe Frankreich etwas thut, so wird das demonetisirte deutsche Silber nach Frankreich strömen, um hier unter dem Schutze der gesetzlichen Doppelwährung gegen Gold ausgetauscht zu werden.“

Wir haben diese Zusammenfassung der Ergebnisse der großen französischen Währungs-Enquête hier aufgenommen, weil dieselbe zugleich die betreffenden wesentlichen Gesichtspunkte wiedergiebt, welche in zahlreichen deutschen Publikationen über die bevorstehende Münzregelung in Deutschland während der Jahre 1869 bis 1871 vertreten wurden. Diese Schriftstücke und die Aeußerungen in den Jahresberichten mancher Handelskammer konnten mit Recht die Deutschen Regierungen zu der Ansicht führen, daß im Hinblick auf das in solcher Weise aus eigenem Antrieb zusammengetragene Material die Ausführung der vor dem Kriege beabsichtigten amtlichen Enquête unnöthig geworden sei, zumal eine Beschleunigung der Reform im Hinblick auf eventuelle französischen Entschließungen zu Gunsten der Goldwährung rathsam erscheinen mußte. Nur über den wichtigsten und schwierigsten Punkt der Münzreform, ob sofortiger Uebergang zur reinen Goldwährung, oder aber eine vorläufige Annahme der Doppelwährung nach dem französischen System zu beschließen sei, konnte es wünschenswerth, ja nothwendig erscheinen, noch eine öffentliche Erörterung vorangehen zu lassen. Und hierzu bot wenige Wochen vor dem Beginn der Berathungen im Schooße des Bundesraths und des Reichstags der Ende August 1871 in Lübeck tagende zwölfte wirthschaftliche Kongreß ungesucht eine willkommene Gelegenheit. Wir haben vorhin die nachdrückliche Vertheidigung der Doppelwährung durch Herrn Prince-Smith besprochen. Derselbe beantragte nun als Referent im Kongresse: der Kongreß möge empfehlen, daß die Prägung und Ausgabe Deutscher Landesmünzen aus Gold ungesäumt begonnen und nach Bedarf fortgesetzt werde; daß man aber, weil die Doppelwährung, wenn sie sich praktisch haltbar zeige, uns der Schwierigkeit überheben würde, Gold für unsern ganzen Baarvorrath anzuschaffen und unsern großen Silbervorrath als Schmelzgut auf den Markt zu werfen, erst nach gewonnener Erfahrung eine Entscheidung treffen solle, ob auf die Dauer neben den goldenen Landesmünzen vollhaltige silberne Münzen mit fester Geltung in Umlauf beizubehalten seien. — Der Korreferent empfahl dagegen, im Anschluß an die Anträge in der Denkschrift des Handelstags-Ausschusses vom März 1869, die reine Goldwährung als beständige alleinige Grundlage für das künftige Deutsche

Münzwesen anzunehmen, das bisherige Silberkurant aber je nach dem Fortgang der Goldausmünzungen einzuziehen und nur einstweilen noch als gesetzliches Zahlungsmittel zuzulassen, jedoch ohne alle weitere Ausprägung desselben.

Es fand nun über die Frage: ob reine Goldwährung oder ob Doppelwährung zu empfehlen sei, eine sehr eingehende Discussion statt — „Verhandlungen des 12. Volkswirthschaftlichen Kongresses", S. 58 bis 115 — und das Ergebniß war, daß die Versammlung sich mit großer Majorität für das Princip der reinen Goldwährung erklärte. Es wurde anerkannt, daß bis zu beschaffter Ausprägung eines für den Bedarf des Umlaufs ausreichenden Betrags an neuen Reichsgoldmünzen die bisherigen Silberkurantmünzen den Charakter eines gesetzlichen Zahlungsmittels behalten müßten, welche indeß thunlichst bald einzuziehen seien, während selbstverständlich die Ausprägung neuer Silberkurants gänzlich zu sistiren sei. Das Hauptverdienst der Verhandlungen bestand darin, daß mittelst derselben nicht sowohl die theoretischen und praktischen Vorzüge der reinen Goldwährung vor der Doppelwährung im Allgemeinen zur Anerkennung gebracht wurden, als vielmehr der specielle Nachweis, daß unter den gegebenen konkreten deutschen Münzverhältnissen die Einführung einer wirklichen Doppelwährung als rechtlich unzulässig zu betrachten sei. Da dies Moment für die ganze weitere Entwickelung der Münzreform eine entscheidende Bedeutung hat und noch gegenwärtig bei der Abwehr gegen die Projekte einer nachträglichen Einführung der Doppelwährung in Betracht kommt, erscheint es nicht überflüssig aus den bezüglichen Darlegungen des Korreferenten Einiges in Erinnerung zu bringen. Die Argumentation desselben war im Wesentlichen wie folgt:

Es herrsche allerdings Einvernehmen darüber, daß bei der bevorstehenden Deutschen Münzreform von der Aufrechthaltung der alleinigen Silberwährung nicht die Rede sein könne, daß aber andererseits, bis ein hinreichender Vorrath neuer Goldmünzen in Umlauf gesetzt worden, die Benutzung des bisherigen Silberkurants unentbehrlich sei. Dasselbe sei allmählich einzuziehen und weitere Ausprägung desselben gänzlich zu unterlassen. Eine solche Anordnung falle durchaus nicht unter den Begriff einer wirklichen Doppelwährung, zu deren Erfordernissen gehöre, daß eine unbeschränkte Ausmünzung beider Edelmetalle und die Zahlung ebenso in Goldmünze wie in Silberkurant gestattet sei, was zur nothwendigen Folge habe, daß eine gesetzliche wirkliche Doppelwährung thatsächlich zur Alternativwährung werde. Die Einführung der Doppelwährung in einem Lande, wo bisher die alleinige Silberwährung bestanden habe, könne nun in der Weise geschehen, daß im Münzgesetz für das Werthverhältniß zwischen den beiden Edelmetallen eine Norm angeordnet werde, wonach das Gold zu erheblich niedri-

gerem Werthe ausgebracht werde, als wozu dasselbe im freien Verkehr zu verkaufen sei. In diesen Falle würde die Doppelwährung eine Illusion sein, denn es würde dann weder Gold in Münze ausgeprägt noch in Zahlung anders als mit Berechnung eines Aufgelds angeboten werden; thatsächlich werde die Silberwährung in voller Geltung bleiben. Bestimme das Münzgesetz aber eine solche Werthrelation für die Ausprägungen, daß je nach den Schwankungen des Edelmetallmarktes ein abwechselndes Ausmünzen und Zahlen von Gold und Silber zu erwarten, so liege in solcher Regelung augenscheinlich eine Ungerechtigkeit für alle Gläubiger und alle Empfänger fester Geldbeträge. Zur Erläuterung denke man sich die Konvertirung von Kornrenten in Geldrenten. Ueber den dabei zum Grunde zu legenden durchschnittlichen Preis könne man verschiedene Meinungen hegen und werde der Empfänger wohl oft nicht zufrieden sein, wenn der Durchschnitt nach einem längeren früheren Zeitraum berechnet werde; allein, einmal festgestellt, sei die Sache für alle Zeit abgemacht. Würde aber gesetzlich angeordnet, daß trotz der Konvertirung der Pflichtige für immer noch die Befugniß behalte, nach seinem Belieben entweder die Rente in natura oder in Geld nach der berechneten Norm zu entrichten, so sei die Beeinträchtigung des Empfängers evident, denn er würde stets auf die wohlfeilere Weise abgefunden werden. Wenn beim Aufgeben der Silberwährung in Deutschland die wirkliche Doppelwährung eingeführt werde, wonach alles in die Münzstätte gebrachte Gold zu 1395 Mark und das Silber zu 90 Mark pro Pfund fein auszumünzen und jedem Schuldner zu gestatten sei, beliebig mit solcher Goldmünze oder mit solcher Silbermünze zu zahlen, so seien die ganz ungerechtfertigte Bevorzugung des Schuldners und Benachtheiligung des Gläubigers ebenso unzweifelhaft. Anders sei es, wenn im Augenblick der Aufhebung der bisherigen alleinigen Silberwährung im Princip die vollständige Umwandlung aller bisherigen Geldforderungen in die neue Goldvaluta nach der im Gesetz angenommenen Werthrelation vorgeschrieben werde. Es sei hierbei freilich die außerordentliche Schwierigkeit zu überwinden, die Werthrelation sachgemäß und gerecht festzustellen, ohne jede absichtliche Begünstigung oder Beeinträchtigung der Gläubiger wie der Schuldner. Glücklicherweise scheine gerade jetzt die Lage des Edelmetallmarktes und der sonstigen in Betracht kommenden Verhältnisse der Art zu sein, daß eine Werthrelation sich darbiete, gegen welche weder von der einen noch der anderen Seite beachtenswerthe Einwendungen erhoben werden dürften, nämlich das dem französischen Münzsystem zum Grunde liegende Verhältniß von $15\frac{1}{2}$ x Silber gegen 1 x Gold, welches zugleich grade jetzt im freien Verkehr annähernd zutreffe. Niemand könne mit Bestimmtheit vorhersagen, ob und wann in Zukunft diese Werthrelation sich zu Gunsten des Goldes oder des Silbersändern werde; Gläubiger wie Schuldner hätten die Chance, hierdurch zu gewinnen oder zu verlieren. Welle man einwenden, daß die Wahrscheinlichkeit einer künftigen Werthverringerung des Silbers größer sei, so möge man hiergegen erwägen, daß noch im Laufe der letzten zehn Jahre der Silberpreis längere Zeit 62 bis $62\frac{1}{2}$ gestanden habe und die Wiederkehr solcher günstigen Konjunkturen für Silber nicht ausgeschlossen sei, und daß,

wenn der Silberpreis künftig erheblich sinken sollte, dies eben mit unter dem Einfluß der stattgehabten Münzreformen geschehen werde, den vorweg bei gegenwärtiger Feststellung mit in Rechnung zu bringen, der Billigkeit nicht entsprechen würde. Im Gesetze den Vorbehalt zu machen, provisorisch für den Uebergang die Werthrelation von 15,50 : 1 anzunehmen, um eventuell später dafür eine andere Norm nach den inzwischen gemachten Erfahrungen zu substituiren, sei unbedingt zu verwerfen, als ungerecht gegen die Gläubiger aus dem oben angegebenen Grunde der Einwirkung der neuen Münzgesetze auf den Silberpreis, und als zu unübersehbaren Schwierigkeiten und Störungen führend, während gegenwärtig, wie gesagt, eine definitive Bestimmung der Werthrelation sich verhältnißmäßig leicht werde bewirken lassen. —

Im Reichskanzler-Amt theilte man damals diese Auffassung noch nicht. Der im October 1871 dem Bundesrathe vorgelegte „Gesetzentwurf, betreffend die Ausprägung von Reichsgoldmünzen“ bestimmte freilich die Ausprägung von Reichsgoldmünzen, 1395 *M.* aus dem Pfunde fein Gold gerechnet, also auf Grund einer Werthrelation von 15,50 Silber = 1 Gold, welche Münzen zu solchem festen Werthe in allen öffentlichen Kassen in Zahlung genommen werden sollten; den Goldmünzen ward aber die Eigenschaft eines allgemeinen gesetzlichen Zahlungsmittels nicht beigelegt und demzufolge auch kein Verbot fernerer Silberkurant-Ausprägung vorgeschrieben. Denn, so heißt es in den Motiven: „es empfiehlt sich, als vorbereitende Maßregel zunächst eine mehr freiwillige Einbürgerung der Goldmünzen durch bloße Tarifirung bei den öffentlichen Kassen zu versuchen, damit, wenn in der Wahl des Werthverhältnisses zwischen Gold und Silber [1 : 15½] erheblich fehlgegriffen sein sollte, vor der Treffung jener tief in alle Verkehrsverhältnisse eingreifenden Maßnahme noch eine Korrectur vorgenommen werden könne.“

Es kann, wie wir jetzt die Dinge zu überblicken vermögen, nicht dem leisesten Zweifel unterliegen, daß wenn auf diese Weise mit der Münzreform vorgegangen wäre, Deutschland vollständig bei der Silberwährung geblieben und die wirkliche Einführung der Goldwährung für uns in fast unabsehbare Ferne gerückt wäre. Die klare Erkenntniß dieser Sachlage bestimmte den Ausschuß des Handelstags, in einer ausführlichen Vorstellung vom 17. October 1871 den Bundesrath dringend zu ersuchen, daß in dem Gesetzentwurf den zu prägenden Goldmünzen sofort der Charakter eines allgemeinen gesetzlichen Zahlmittels, auf Grund der angenommenen Werthrelation von 1 : 15,50, definitiv beigelegt werde, ohne allen und jeden Vorbehalt einer späteren Korrectur dieser Norm. Hierdurch erledige sich ohne Weiteres jede besondere Konvertirung älterer Zahlungsverbindlichkeiten. Die „Korrectur“ möchte erst recht in Wirklichkeit ein Fehlgriff

werden, um anscheinend eine richtigere Ausgleichung der älteren und der neueren Valuta festzustellen. Denn die dann hervortretenden Veränderungen im gegenseitigen Werthverhältniß der Edelmetalle wären zum Theil eben durch die vorläufigen Maßregeln verursacht. Wie bedeutend solche Veränderungen sein könnten, sei ganz unberechenbar.

Mit gleicher Entschiedenheit erklärt sich die Vorstellung gegen den Vorbehalt eines eventuellen Zurückgreifens zu Silberkurant-Ausmünzungen, was die schlimmste und willkürlichste Alternativ-Währung in Aussicht stelle, wodurch das Gold ins Ausland getrieben und der Werth des Geldes alterirt werden müßte. Durch definitive Einstellung der Silberkurant-Ausmünzung und allmähliches Einziehen des bisherigen Silberkurants werde diesem letzteren, so lange noch etwas davon während der Uebergangsperiode im Umlaufe bleibe, praktisch die Eigenschaft eines Aequivalents der neuen Goldwährung beigelegt und dasselbe von den Schwankungen der Edelmetallpreise unabhängig sein.

Der Bundesrath schloß sich in der Hauptsache diesen Bedenken an. Die Motive, welche den am 5. November 1871 dem Reichstage vorgelegten Gesetzentwurf begleiteten, äußern sich in Bezug auf die Währungsfrage wie folgt:

„Es darf zunächst als unzweifelhaft angesehen werden, daß bei Umänderung des Deutschen Münzwesens die bestehende reine Silberwährung nicht aufrecht erhalten werden kann."

„Wenn sonach die Nothwendigkeit der Herstellung eines Umlaufs von Goldmünzen außer Zweifel steht, so kann es sich nur noch fragen, ob als Endziel die sogenannte Doppelwährung oder die reine Goldwährung ins Auge zu fassen sei. Da es unmöglich ist, die Adern des Verkehrs mit Einem Schlage mit Goldmünzen zu füllen, so wird zunächst jedenfalls ein Zustand eintreten müssen, welcher dem der sogenannten Doppelwährung insofern entspricht, als die bisher ausgeprägten Silberkurantmünzen und die neuen Goldmünzen als gleichberechtigte Zahlungsmittel mit fixirtem Umrechnungsverhältniß neben einander bestehen. Zur praktischen Entscheidung kommt die Frage der Doppel- oder einfachen Goldwährung, sobald die Bestimmungen über die künftige Ausprägung von Silbermünzen getroffen werden, indem die Doppelwährung die Ausprägung vollhaltiger Silberkurantmünzen bedingt, die reine Goldwährung dagegen voraussetzt, daß die Silbermünzen unterwerthig ausgeprägt werden und nur für solche Beträge gesetzliches Zahlungsmittel bilden, welche in Goldmünzen nicht gezahlt werden können. Der vorliegende Gesetzentwurf konnte, da Bestimmungen über die künftigen Silberausprägungen außerhalb seiner Aufgaben liegen, diese praktische Entscheidung nicht treffen, jedoch wurde bei Fest-

stellung seiner Bestimmungen davon ausgegangen, daß als Endziel der Deutschen Münzreform die reine Goldwährung ins Auge zu fassen sei. Die dem System zu Grunde liegende Rechnungs-Einheit ist der zehnte Theil einer Goldmünze."

„Dem Entwurfe liegt das Werthverhältniß zwischen Gold und Silber von 1:15½ zu Grunde. Dies Verhältniß ist bekanntlich das von der französischen Doppelwährung adoptirte, welche sich Menschenalter hindurch soweit bewährt hat, als eine Doppelwährung sich überhaupt bewähren kann. Es hat den Vorzug, daß in einem großen Gebiete das bestehende Münzsystem darauf gebaut ist, wodurch ein Gravitiren der Marktpreise der Edelmetalle nach diesem gegenseitigen Preisverhältnisse hin für längere Zeit gesichert erscheint. Auch wird das öffentliche Bewußtsein sich mit dieser Fixirung am leichtesten befreunden, weil sie die legale Geltung in einem hochcultivirten Nachbarlande für sich hat."

Mit diesen wenigen Worten ward eine Bestimmung motivirt, welche tiefgehend und so weitreichend, wie nur je eine volkswirthschaftliche Maßregel, die Grundlage aller pekuniären Interessen eines großen Landes regeln sollte und die theoretisch wie praktisch die schwierigsten Probleme in sich faßte. Die Münzgeschichte aller Länder und Zeiten bot hierfür keinen Anhalt, denn alle bisherigen Uebergänge von der Silberwährung zur Goldwährung, oder umgekehrt, sind durch das Zwischenglied entweder einer Papiervaluta oder einer thatsächlichen Verschlechterung der vorangegangenen metallischen Münzcirkulation oder selbst schlimmer Münzwirren vermittelt worden. In Deutschland bestanden aber 1871 solide Silbermünzzustände.

Mit Recht ist später hervorgehoben worden, daß grade die kurze, ja oberflächliche Behandlungsweise dieses schwierigsten Punktes der vorzunehmenden Münzreform einen hohen Grad von Umsicht und Takt bewährt und das Gelingen derselben wesentlich befördert habe. Hätte die Motivirung der angenommenen Werthrelation sich auf eine umständliche Auseinandersetzung eingelassen, wie dieselbe die Rechte und Interessen weder der Schuldner noch der Gläubiger verletze und welcher Durchschnitt der Silberpreise in der vorangegangenen Zeit dabei berechnet sei, so würde wahrscheinlich diese Frage in den Vordergrund getreten sein und die rasche befriedigende Erledigung wesentlich erschwert haben. So aber wandten sich die Aufmerksamkeit und die Debatten des Reichstags und der Presse über den Münzgesetz-Entwurf anderen Bestimmungen desselben zu. Es war ein ungemein günstiger Umstand, daß gerade an den Tagen (11. — 13. November 1871), an denen die entscheidenden Berathungen über den Münzfuß der künftigen Reichsgoldmünzen im Reichstage stattfanden, der Preis des

Silbers in London $60^7/_8$ und $60^3/_4$ Pence notirt wurde, was einem Werthverhältnisse von 1 : 15,50 entspricht.

Der Abgeordnete Bamberger wies mit Recht auf dies Zusammentreffen hin, denn wenn nothwendig eine praktische Begründung für eine bestimmte Werthrelation beim Uebergange von der einen Währung zur andern geltend gemacht werden soll, so kann keine von selbst einleuchtender und einfacher sein, als daß die angenommene Werthrelation im Augenblick des Uebergangs derjenigen auf dem Weltmarkt genau entspreche. Die Aeußerung des genannten Reichstagsmitgliedes lautete:

„Weder rückwärts gehende Durchschnittsnormen noch vorwärts gehende Berechnungen haben zu entscheiden, in welcher Proportion der Uebergang, die Ausgleichung der jetzigen Silberwährung und der künftigen Goldwährung getroffen werden soll, sondern einzig und allein der Moment, in dem der Uebergang bewerkstelligt wird. Wenn ich sage: der Moment, so meine ich natürlich nicht die Sekunde, ich meine aber nach der menschlichen Berechnung denjenigen letzten Zeitpunkt, in dem man, ohne die Sache allzusehr auf die Spitze zu stellen, eine Preisangabe fixiren kann." .... „Was sagt nun der Moment? Durch einen merkwürdigen Zufall spricht er auf ein Haar heute gerade übereinstimmend mit der Vorlage der Regierung, und wenn wir nicht eine so über allen Verdacht der künstlichen Macherei erhabene Reichsregierung hätten, so würde ich wirklich den Argwohn schöpfen können, daß das Reichsministerium eine gewisse Quantität Silber an der Londoner Börse gekauft hätte, um auf $60^7/_8$ Pence per Unze Standard Silber zu kommen, welches dem Verhältniß von $15^1/_2$ zu 1 entspricht. Die heutige Lage stimmt überein mit dem Durchschnittsverhältniß eines ganzen Jahrhunderts, sie stimmt überein mit dem Niveau, in welches Silber zu Gold immer gekommen ist, nachdem es bald durch Entdeckung von Minen, bald durch den Amerikanischen Krieg und die Baumwoll-Konjunktur oder andere Ursachen gestört war; und ich glaube, die Reichsregierung kann es vollständig rechtfertigen, daß sie dieses Verhältniß von $15^1/_2$ festgesetzt hat."

Eine wesentliche Bedingung für die sichere und vollständige Durchführung dieser durch eine besondere Gunst der Umstände dargebotenen und von keiner Seite Widerspruch findenden Ausgleichung zwischen der aufzugebenden Silberwährung und der anzunehmenden neuen Goldwährung war die Beseitigung des Vorbehalts eines eventuellen Zurückgreifens zu Silberkurant-Ausprägungen und die mit der neuen Goldausmünzung Hand in Hand gehende Einziehung des bisherigen Silberkurants. Diese Bestimmungen fanden denn auch ohne erhebliche Opposition die vollständige Zustimmung des Reichstags und sodann auf Antrag desselben Aufnahme in das Gesetz. Hiermit war die Währungsfrage für Deutschland endgültig entschieden.

Mit nicht geringer Wahrscheinlichkeit darf behauptet werden, daß,

wenn die deutsche Münzreform einige Jahre früher vorgenommen wäre, nach dem damaligen und dem nach dem Durchschnitte der nächstvorangegangenen Jahre berechneten Silberpreise, die dem Münzfuß zum Grunde gelegte Werthrelation nicht 15,50, sondern 15,31 : 1 gewesen und das deutsche Zwanzigmark identisch mit dem Goldwerth von 25 Francs angeordnet wäre; daß hingegen, wenn die Feststellung der maßgebenden Werthrelation einige Jahre später erfolgt wäre, dieselbe ungünstiger für das Silber ausgefallen sein würde, wie ja auch für die Konvertirung der Hamburger Bankvaluta und der Silbervaluta in den Skandinavischen Ländern die Werthrelation von 1 : 15,67 angenommen worden ist.

Das Reichsmünzgesetz vom 9. Juli 1873 hat in Bezug auf Feststellung und Durchführung der Währung nichts Neues angeordnet, sondern nur die Bestimmungen des Gesetzes vom 4. Dezember 1871 bestätigt.

IV.

Wir wenden uns zur Darlegung der nach Beliebung der Münzgesetze von 1871 und 1873 speziell wegen des Uebergangs zur Goldwährung in Deutschland getroffenen wichtigeren Maßregeln und deren Ergebnisse. Das Material hierzu findet man in den dem Reichstage in den Jahren 1872 bis 1879 vorgelegten acht Denkschriften und in den sonst seit 1874 veröffentlichten zahlreichen und umfassenden Berichten und Zusammenstellungen, zu denen die Erörterung der Silberentwerthung in fast allen kommerziellen Ländern den Anlaß gegeben hat.

Die erste nothwendige Bedingung zur Einführung der Goldwährung mußte die möglichst rasche und ausgedehnte Ausprägung der angeordneten neuen Goldmünzen sein. Die Ausprägung begann am 17. Dezember 1871. Die Münzstätten zu Berlin, Hannover, Frankfurt a. M., München, Dresden, Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt hatten sich bereit erklärt, allmonatlich 2,200,000 Stück zu prägen. Zu den genannten Münzstätten kam im Jahre 1874 noch die neu eingerichtete Hamburgische Münzanstalt. Bis zum April 1872 hatte der Reichskanzler an die Münzstätten 150,000 Pfund Gold in Barren oder ausländischen Münzsorten vertheilt, und ergab diese erste Münzperiode die Ausprägung von 5,005,135 Stück Zwanzigmarkstücken, mit einem Gewinn von etwa 1,800,000 Mark nach Abzug der Münzkosten. Die Denkschrift vom 4. Mai 1872 fügte indeß die Bemerkung hinzu: „für die Folge sind gleich günstige Resultate nicht in Aussicht zu nehmen“.

Die Goldausprägungen haben nach Angabe der Denkschriften betragen:

Vom 17. Dezember 1871 bis 20. April 1872 . . .	100,102,700 M.
Vom 21. April 1872 bis 13. März 1873	431,105,570 „
Vom 14. März 1873 bis 31. Dezember 1873 . . .	484,628,750 „
Im Jahre 1874	93,507,380 „
Im Jahre 1875	166,420,850 „
Vom 1. Januar bis 30. September 1876	146,344,570 „
Vom 1. Oktober 1876 bis 31. Dezember 1877 . . .	125,619,185 „
Im Jahre 1878	125,130,790 „
Vom 1. Januar bis 15. November 1879	44,680,710 „
Zusammen	1717,540,505 M.

Das den Deutschen Münzstätten bis Ende 1878 überwiesene Goldmaterial bestand:

In Barren	861,005,662 M.
In Münzen des Francsystems	546,807,061 „
In Englischen und Amerikanischen Münzen	94,599,876 „
In Spanischen und Russischen Münzen	86,402,769 „
In diversen fremden Münzen	3,671,034 „
In älteren Deutschen Münzen	89,424,761 „
Im Ganzen	1681,911,163 M.

Auffallend erscheint die große Summe der zu Deutschen Goldmünzen umgeprägten Goldmünzen des französischen Systems. Es erklärt sich dies aus den in den ersten Jahren nach dem Kriege in Folge der Milliardenzahlung stattgehabten für Deutschland günstigen Wechselkurse. Später sind wiederum in einzelnen Perioden große Beträge Deutscher Goldmünzen exportirt und zum Theil in auswärtigen Münzstätten eingeschmolzen und umgeprägt worden; z. B: im Jahre 1877 in Paris 18,586,544 Francs und in Brüssel 36,800,955 Francs. Welche Summen an Deutschen Goldmünzen im Ganzen bisher in's Ausland gegangen sind, darüber liegen uns keine Nachweise vor. Ebenso unbekannt ist der Betrag, welcher davon später wieder zurückgekehrt ist.

Die in den Jahren 1871 und 1872 stattgefundene Einziehung der älteren deutschen Goldmünzen im Betrage von 90,959,896 Mark hat ergeben, daß von einer ursprünglichen Ausmünzung derselben im Werthe von 539,276,416 M. damals nur etwa der sechste Theil noch im Umlaufe geblieben war. Es giebt einen Beleg für die groben Irrthümer, die hinsichtlich der Deutschen Münzzustände in angesehenen Organen des Auslandes vorkommen, daß im Londoner „Economist“ vom 5. April 1879 der Vorrath an alten Goldmünzen in Deutschland im Jahre 1871 auf

nicht weniger als 30,000,000 Pfund Sterling, also auf 600 Millionen *M.* und die Summe des seitdem für seine neuen Ausmünzungen aus dem Auslande bezogenen Goldes auf nur 980 Millionen *M.* veranschlagt ward.

Die amtlichen Nachweise über die ursprünglichen Ausprägungen von Landes-Silbermünzen, welche 1871 noch gesetzlich Kurs hatten, soweit solche Nachweise herbeizuschaffen waren, ergaben nach Abzug der registrirten früheren Einziehungen zusammen einen Betrag von 1,793,153,277 *M.* Der Bundesrath verfügte seit 1873 die successive Einziehung derselben, wobei zunächst mit den sonstigen Münzen außer denen des Dreißigthalerfußes und dann auch mit den Münzsorten dieses Münzfußes außer den Einthalerstücken vorgegangen wurde, so daß seit geraumer Zeit schon sämmtliche frühere Silber-Münzsorten bis auf den noch umlaufenden Rest der Thalerstücke außer Kurs gesetzt sind. Von jenen sonstigen Silbermünzsorten sind gegen die ursprünglichen Ausmünzungen etwa 79 Procent eingeliefert werden, so daß der Abgang durch inzwischen erfolgtes Einschmelzen seitens Privater, Verlorengehen &c. auf 21 Procent zu schätzen wäre, wobei indeß nicht außer Acht zu lassen, daß namentlich bei Beginn des Einziehens manche Beträge aus Unkenntniß oder Nachlässigkeit zur Einlösung nicht eingeliefert und später auf Kosten der letzten Besitzer eingeschmolzen worden sind. Bei Einziehung der Doppelthalerstücke sind etwa 83 Procent der ursprünglichen Ausmünzung eingeliefert.

Bringt man für den präsumtiven Abgang bei den Thalerstücken rund 20 Proc. in Anschlag, während bei den übrigen Münzsorten die vorliegenden positiven Angaben über die Einlieferungen berücksichtigt werden, so ergiebt sich mit Einschluß der österreichischen Thalerstücke (von denen 31,060,321 Stück ausgemünzt und die fast ausschließlich nach Deutschland abgeflossen sind), als ungefährer Silber-Umlauf in Deutschland im Jahre 1871:

Ursprüngliche Ausmünzung	1886,334,000 *M.*
Präsumtiver Abgang	377,267,000 „
Bleiben . . .	1509,064,000 *M.*
Hiervon sind nun seit 1873 bis 1879 für Rechnung des Reichs eingezogen*)	1079,734,000 *M.*
so daß der noch vorhandene Betrag an älteren Silbermünzen, nämlich Thalerstücken mit dem gesetzlichen Werthe zu 3 *M.* Gold, sich wahrscheinlich belaufen wird auf	429,330,000 *M.*

wie gesagt mit Einschluß der österreichischen Thaler.

*) An älteren Landes-Silbermünzen sind bis jetzt eingezogen und an neuen Reichssilbermünzen ausgeprägt:

Dem Leser wird sich hier unwillkürlich die Frage aufdrängen, wie verhielt es sich in Deutschland im Jahre 1871 als die bisherige reine Silberwährung aufgegeben wurde, und wie verhält es sich gegenwärtig (December 1879), nachdem acht Jahre an der Ausführung der Goldwährung gewirkt ist, hinsichtlich des thatsächlichen gesammten Münzumlaufs. Unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß Niemand etwas Anderes als nur den Versuch einer annähernden ungefähren Schätzung erwarten wird, unterziehen wir uns, wenn auch widerstrebend, einer solchen Aufgabe, weil einzuräumen ist, daß erst eine solche Zusammenstellung, wie unvollkommen und mit Vorbehalten umgeben sie auch sein mag, den Meisten eine deutlichere Vorstellung von unseren Währungsverhältnissen gestatten dürfte. Der Münz-Umlauf und Vorrath in den Ländern, die jetzt das Deutsche Reich bilden, ist für Ende 1871 zu schätzen:

Landes-Goldmünzen (nach den Einziehungen) . . .	90,960,000 *M.*
Landes-Silbermünzen, mit Einschluß der österr. Thlr.	1509,040,000 „
Zusammen	1600,000,000 *M.*

Hierzu ist noch in Anschlag zu bringen der Werthbetrag der Silberbarren in der Hamburger Bank und der umlaufenden ausländischen Gold- und Silbermünzen, namentlich auch der in Elsaß-Lothringen damals cirkulirenden Münzen des Francsystems. Wenn wir hierfür im Ganzen genommen etwa 200 Millionen *M.* rechnen, meinen wir gewiß nicht zu wenig angenommen zu haben. Von dem gesammten Umlauf dürften etwa 10 Procent auf Gold und 90 Procent auf Silber kommen.

Gegenwärtig (Ende 1879) schätzen wir den Münzwerth in Deutschland:

Reichsgoldmünzen etwa	1550,000,000 *M.*
Noch nicht eingezogene Silber-Thaler	429,000,000 „
Reichssilbermünzen	427,000,000 „
Gold in fremden Münzsorten und Barren etwa . .	14,000,000 „
Zusammen	2420,000,000 *M.*

wovon ungefähr 65 Procent auf Gold und 35 Procent auf Silber kommen dürften.

	Eingezogen. *M.*	Neu geprägt. *M.*	Durchschnittl. Silberpreis. Pence u. Sechszehntel Pence.
Bis Ende 1874	148,941,100	48,681,900	58.5
Im Jahre 1875	217,556,600	115,560,000	56.15
„ „ 1876	306,425,500	210,079,200	53.1
„ „ 1877	273,008,600	46,223,000	54.13
„ „ 1878	107,115,200	6,566,793	52.3
Januar — Mai 1879 . .	26,687,400	Nichts	50.0
Juni — Nov. 1879 . .	Nichts	Nichts	52.2
Zusammen	1079,734,400	427,110,893	
	à 187 *M.* pr. Kg. 5,774,000 Kg. f. S.	à 200 *M.* pr. Kg. 2,135,000 Kg. f. S.	

Um diese Umgestaltung seiner Währungs- und Münzverhältnisse zu beschaffen, hat Deutschland in dem Zeitraum von 1871 bis 1879 aus dem Auslande (nach Abzug der präsumtiven Wiederausfuhr) etwa 500,000 Kg. Gold bezogen, und dagegen etwa 3,637,000 Kg. Silber verkauft. Die neue Goldmünze hat übrigens nicht allein den größten Theil des Silberkurants, sondern auch einen ansehnlichen Betrag von Papiergeld und ungedeckten Banknoten im Umlauf ersetzt.

V.

Zum Schluße soll uns nun noch die Erörterung beschäftigen, welche Einwirkung auf die seit 1873 stattgehabte Entwerthung des Silbers dem im Vorstehenden besprochenen Uebergang Deutschlands zur Goldwährung beizumessen sein möchte. Wir werden uns bestreben, ebenso sehr die Tendenz der Unterschätzung wie der Ueberschätzung zu vermeiden und nur den wirklichen Sachverhalt darzulegen.

Als hauptsächliche Stadien der Silberentwerthung in den Jahren 1871 bis Ende 1879 dürften zu gelten haben:

Zur Zeit des ersten Reichsmünzgesetzes (Juli 1871) war der Silberpreis, wie oben erwähnt ward, $60^7/_8$ bis $60^3/_4$ Pence, die Werthrelation also 15,50; der Durchschnitt des ganzen Jahres stimmte hiermit ziemlich überein. — In den darauf folgenden Jahren zeigt sich bis August 1873 eine langsam fortschreitende, aber nicht sehr bedeutende Werthverminderung des Silbers bis hinab zum Preise von $58^1/_2$ Pence (Werthrelation 16,12). Von da an bis zum Anfang Juli 1876 bemerken wir ein weiteres Sinken des Silberpreises mit beträchtlichen Schwankungen. Anfang Juli 1876 erreicht die Silberentwerthung ihren bisher vorgekommenen niedrigsten Stand, $46^3/_4$ Pence, einer Werthrelation von 20,15 entsprechend. Darauf folgt aber ein sprungweises Steigen des Silbers, dessen Preis am Ende des Jahres 1876 sich wieder bis zu $58^1/_8$ Pence hebt. Auf dieser Höhe hält sich der Silberpreis nicht lange, und zeigt seit März 1877 bis jetzt (Ende 1879) fortdauernd starke Schwankungen, hinauf bis zu 56 Pence und hinab bis zu 49 Pence. Die höchsten, niedrigsten und durchschnittlichen Silberpreise in den letzten drei Jahren sind gewesen:

Jahr.	Höchster Preis.	Niedrigster Preis.	Durchschnitts-Preis.
1877 seit März . . .	Pence $56^1/_8$	$53^1/_2$	$54^3/_4$ (Werthrel. 17,22)
1878	„ 55	49	$52^5/_8$ („ 17,92)
1879	„ $53^5/_8$	$48^7/_8$	$51^5/_8$ („ 18,27)

Der vom britischen Unterhause am 9. März 1876 niedergesetzte Ausschuß zur Untersuchung der Ursachen der Silberentwerthung hat in seinem

ausgezeichneten Berichte vom 5. Juli 1876 hauptsächlich folgende Angaben und Gesichtspunkte hervorgehoben:

Die jährliche gesammte Silberproduktion sei in letzter Zeit beträchtlich gestiegen, auf etwa 280 Millionen *M.* gegen nur 160 bis 180 Millionen *M.* um das Jahr 1860.

Deutschland habe in Folge seiner Münzreform bedeutende Beträge seines demonetisirten Silbers zum Verkaufe gebracht und werde damit in nächster Zeit (nach Juli 1876) noch fortfahren. Wie groß solcher Betrag sein werde, darüber gingen die Meinungen weit auseinander. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde der überschüßige Silbervorrath Deutschlands in nächster Zeit, wenngleich nur temporär, stark auf den Markt drücken. — Dagegen sei der Betrag des demonetisirten Silbers in den ebenfalls zur Goldwährung übergegangenen skandinavischen Reichen nicht bedeutend.

Frankreich habe in den Jahren 1871 bis 1875 in Folge seiner Doppelwährung sehr große Summen Silber zu Münzzwecken verwendet — von einem disponibelen Silberquantum von ungefähr 1520 Millionen *M.* habe Frankreich etwa 670 Millionen *M.* absorbirt und die dadurch dem Silbermarkte gewordene Hülfe müsse außerordentlich hoch angeschlagen werden. Diese werde jedoch nothwendig aufhören und die Rückwirkung dann nicht ausbleiben.

Was Indien und das übrige Ostasien betreffe, welche bisher die bedeutendsten Silber-Abnehmer gewesen, so hänge so viel von der Prosperität und der Produktionsfähigkeit der Bevölkerung jener Länder, von dem Erträgniß ihrer Ernten und den Preisen ihrer Produkte ab, daß es unmöglich sei, bestimmte Angaben über den künftigen Silberabfluß dahin vorzulegen. Thatsächlich lasse sich nur konstatiren, daß jene Länder einerseits stets ganz bedeutende Quantitäten Silber absorbirt hätten, daß aber andererseits diese Absorbirung durch das Anwachsen der Summen, die jährlich von Indien an England zu zahlen seien, wesentlich vermindert worden. Die Gesammtausfuhr von Silber habe während der vier Jahre 1868 bis 1871 etwa 578 Millionen *M.*, in den letzten vier Jahren aber nur 312 Millionen *M.* betragen. Die Regierung verkaufe gegenwärtig Wechsel im Belauf von jährlich 300 Millionen *M.*, welche die ostindischen Schuldner kaufen könnten, so daß sie nicht nöthig hätten, Baarbeträge zu remittiren. Dieser Betrag sei allmählig gestiegen und zeige im Vergleich mit demjenigen vor zwanzig Jahren eine Zunahme von mehr als 200 Millionen *M.* —

Wenn man unbefangen den ganzen Bericht des Ausschusses, dem die vorstehenden summarischen Angaben entnommen sind, zu Rathe zieht, lassen sich die zusammenwirkenden verschiedenen Ursachen, welche von 1873

bis Juli 1876 das außerordentliche Sinken des Silberpreises herbeigeführt haben, nach ihrer Bedeutung annähernd würdigen. Der Bericht ist weit entfernt davon, der deutschen Münzreform einen so überwiegenden und entscheidenden Einfluß beizumessen, wie später so vielfach geschehen ist. Die Einwirkung der Zunahme der indischen Council-Bills, der gesteigerten Silberproduktion und die Einschränkung der Ausprägung von Silberkurant in Frankreich und den anderen Ländern des Francsystems haben einen ungleich stärkeren Druck auf den Silbermarkt, (wo Silber zu Anfang von 1873 noch mit 59¾ Pence, im Juli 1876 aber zeitweilig nur mit 46¾ Pence bezahlt wurde) ausgeübt als die deutschen Silberverkäufe in diesem Zeitraum. Diese haben von 1872 bis zum 30. September 1876 nur 871,800 Kg. Fein-Silber im Werthe von 144 Millionen *M.* betragen. Wie wenig bedeutet diese Summe gegen die Beträge der gleichzeitigen Zunahme der allgemeinen Silberproduktion und die Abnahme der baaren Rimessen nach Indien! Wäre die deutsche Münzpolitik die entscheidende Ursache der eingetretenen Silberentwerthung gewesen, so hätte letztere nach Juli 1876 notbwendig noch viel schlimmer werden müssen, denn die bedeutendsten Verkäufe des demonetisirten deutschen Silbers fallen in die Zeit vom 1. Oktober 1876 bis 30 September 1877, als davon über 1,680,000 Kg. im Werthe von 312 Millionen *M.* an den Markt gebracht wurden. Nun aber war der Durchschnittspreis des Silbers im Jahre 1876 etwas über 53 Pence, im Jahre 1877 aber wieder 54¾ Pence!

Unabhängig von dem eben erwähnten Berichte wurde von einigen eifrigen Anhängern der Doppelwährung — wie man letztere jetzt mit Vorliebe zu benennen anfing, des Bimetallismus — das Losungswort ausgegeben: die unüberlegte Demonetisation des Silbers in Deutschland ist die alleinige, oder doch die ganz vorwiegende Ursache der Silberentwerthung, und Abhülfe ist nur dann zu erwarten, wenn Deutschland seiner neu angenommenen alleinigen Goldwährung entsagt und mit den anderen civilisirten Staaten den Bimetallismus mit gleichmäßiger Werthrelation annimmt.

Wir wollen von vielen nur einzelne Aeußerungen dieser Art anführen. Herr Cernuschi erklärt in seiner vom 31. December 1875 datirten und vielverbreiteten Schrift „Bimetallische Münzen": "Es wäre eine der unglaublichsten Thatsachen, einer der größten Fehlgriffe in der Münzgeschichte, wenn 40 Millionen Herostraten mit leichtem Herzen für das Einziehen, die Entwerthung und Erniedrigung ihres gemünzten [Silber-] Geldes stimmten, ohne sich den unermeßlichen Schaden, den sie sich und allen Ländern zufügen, klar zu machen: „Hätte es auch den besten Willen

nichts zu übertreiben, Deutschland, das unglücklicherweise und mit Unrecht glaubt, sein Ehrgefühl erheische die Ausführung des Gold-Monometallismus, es könnte doch nicht weniger thun als viel Gold aus London ziehen 2c."

Herr E. Seyd beginnt das sechste Kapitel seiner Schrift „Decline of prosperity: its insidious causes and obvious remedy. London 1879" mit den Worten:

„Zwischen der Gold- und der Silber-Cirkulation bestand ein Gleichgewicht, bis Deutschland, nachdem es 5 Milliarden Kriegsentschädigung von Frankreich empfangen hatte, plötzlich beschloß, Silber aufzugeben und zu verkaufen und sich für Gold zu entscheiden, wodurch es das frühere Gleichgewicht gänzlich umwarf. Von dem Augenblick an, daß Deutschland seine Währungsänderung begann, sank der Werth des Silbers und der kommerzielle Nothstand trat ein."

Herr Göschen bemerkt in einer im Monat Juni 1879 im Parlament gehaltenen Rede u. A.: „Ich glaube das Richtige zu treffen, wenn ich sage, die Deutschen sind jetzt der Ansicht, bei der Umwandlung ihres alten Münzfußes ein schlechtes Geschäft gemacht zu haben, und man zögert in Berlin, die noch im Umlaufe befindlichen Thalerstücke einzuziehen, nachdem die anderen Münzen eingezogen sind. Möglicherweise kann die von Deutschland herbeigeführte Krisis am Silbermarkt jetzt zu Ende sein".

Es möchte übrigens kaum nöthig erscheinen, einzelne ausländische Aeußerungen, welche die Annahme der Goldwährung in Deutschland als einen übereilten gemeinschädlichen Beschluß hinstellen, beispielsweise zu erwähnen, da im Deutschen Reichstage selbst von gewichtiger Seite in gleichem Sinne Zeugniß abgelegt ist. Wir meinen hier nicht die Reden der Herren von Kardorff und Schröder am 19. Juni d. J., sondern die in der nämlichen Sitzung abgegebenen Erklärungen des Präsidenten des Reichsbank-Direktoriums. Dem stenographischen Berichte zufolge ward von demselben u. A. wörtlich geäußert:

„Ist es wahr, was die Fachleute fast aller Länder uns zum Vorwurf machen, daß hauptsächlich unser Silber an dem Falle der Silberpreise schuld sei, und daß, wenn wir nicht fort und fort ungeheure Summen Silber auf den Markt brächten, die Silberpreise schon längst wieder die frühere Höhe erreicht haben würden, so muß sich dies jetzt zeigen." .... „Der Reichstag würde dem Lande wie der ganzen Welt dadurch einen sehr wesentlichen Dienst leisten, wenn er den Markt von der Angst vor dem Deutschen Silber bleibend befreite und überhaupt kein Silber weiter verkaufen ließe. Wir leiden unter den Thalern, die noch im Kurs sind, in keiner Weise, und ich bin überzeugt, daß selbst die Süddeutschen

sich dieselben noch einige Jahre gefallen lassen würden, wenn sie erfahren, daß dadurch eine erhebliche Ausgabe dem Reiche erspart wird. Das Ausland wird uns dafür segnen, wenn wir den Alp, der nun schon seit länger als sechs Jahre auf allen Verhältnissen lastet, bleibend von ihm nehmen." —

Auf der anderen Seite hat es aber, wie wir bereits am Eingange dieses Aufsatzes kurz erwähnten, im Auslande nicht ganz an gewichtigen Zeugnissen gefehlt, daß die Ausführung der Deutschen Münzreform in nur untergeordneter Weise zur Entwerthung des Silbers beigetragen habe. Vor Allem haben wir auf eine Erklärung des schweizerischen Delegirten zu den internationalen Münz-Conferenzen von 1878, des Herrn Feer-Herzog hinzuweisen, die im Protokolle der dritten Conferenz wörtlich lautet:

„On dit que cet argent est plus dangereux que celui des mines, et qu'il pèse plus lourdement sur le marché, parce qu'il est là, prêt a y être jeté tout à coup. M. Feer-Herzog n'est pas de cet avis. Il est évident, pour lui, que le Gouvernement allemand n'agira dans cette affaire qu'avec beaucoup de prudence et de précautions; qu'il ne jettera pas cette masse d'argent en une fois sur le marché, de façon à en déprécier le cours; qu'il voudra l'écouler peu à peu par petites quantités, au moment opportun, en profitant des bonnes occasions, quand elles se présenteront.... Tel étant l'intérêt du Gouvernement allemand, M. Feer Herzog ne saurait voir, pour son compte, dans le stock métallique de l'Allemagne, ce fantôme aux apparitions duquel on attribue tous les maux de la situation actuelle et dont s'effrayent à tort certaines imaginations. Est-ce que l'influence exercée sur le marché par l'écoulement gradué de ce stock peut être comparée à l'effet colossal des besoins qui se produisent de temps à autre dans les Indes, besoins qui font surgir, tantôt une grande entreprise de travaux publics, tantôt une famine, et qui reclament instantanément de l'Europe. en une seule année, comme en 1877, l'envoi d'une somme d'argent égale à la totalité même du stock allemand? Evidemment, non. Dans la série des causes qui peuvent influer sur le cours de l'argent, l'existence de ce stock ne vient qu'en troisième ligne, après le commerce de l'Inde et la production des mines."

Einer der entschiedensten Vertheidiger der Doppelwährung war bis zum Jahre 1874 der frühere belgische Finanzminister Malou, im Gegensatz zum Minister Frère-Orban, welcher bekanntlich seit länger als 20 Jahren die Annahme der reinen Goldwährung für Belgien erstrebt hat. Man wird bei Herrn Malou daher sicher keine Voreingenommenheit für die deutsche Münzreform voraussetzen dürfen. Und wie äußert sich derselbe in einem von April 1879 datirten officiellen Bericht über die Einführung der Goldwährung in Deutschland? Es wird von ihm hervorgehoben, wie

Deutschland bei Feststellung seiner neuen einheitlichen Münzverfassung im Jahre 1871 habe voraussetzen müssen, daß bei den damaligen Münzverhältnissen in den Staaten des Lateinischen Münzvereins die Verwerthung seines überschüssigen Silbers mit Leichtigkeit und ohne Verlust sich beschaffen lassen werde, wie dann aber, nachdem die Vereinigten Staaten im Jahre 1873 um die nämliche Zeit, als ihre Silberproduktion einen mächtigen Aufschwung genommen, die fernere Silberkurant-Ausprägung gesetzlich aufgehoben hätten, diese auch innerhalb des Lateinischen Münzvereins habe beschränkt werden müssen; bei dem hiernach eintretenden starken Sinken des Silberpreises habe die deutsche Münzreform natürlich bedeutende finanzielle Opfer erfordern müssen. Der Plan und die Ausführung dieser großartigen und wohlthätigen Reform verdienten in jeder Hinsicht volle Anerkennung. Dieses vorangestellt, schließt der Bericht mit folgenden bemerkenswerthen Worten:

„Eussent les auteurs de la réforme allemande même pu prévoir ce deficit final, la nécessité de la réforme était tellement impérieuse qu'ils n'auraient pas eu de raisons suffisantes de s'abstenir de la réaliser. Le bienfait permanent qu'elle a produit ne serait pas acquis à un prix trop élevé s'il coutait à l'Allemagne 80 millions de marcs, c'est à dire moins de 2 marcs, une fois payés, par habitant de l'Empire.“

Jeder unbefangene Beurtheiler wird uns einräumen, daß die beiden vorstehenden Erklärungen auswärtiger Fachleute zu Gunsten der deutschen Goldwährung, gegenüber den vielen Verdächtigungen und Anfeindungen derselben, einige Beruhigung gewähren können. Allein wenn auch kein einziges Zeugniß dieser Art anzuführen wäre, so genügt schon eine objektive Darlegung der hauptsächlich in Betracht kommenden wirklichen Vorgänge, um die Haltlosigkeit der Behauptung, daß Deutschlands Münzreform die Entwerthung des Silbers und die sich hieran schließenden Kalamitäten verschuldet habe, zu erweisen.

Es kommt uns nicht entfernt in den Sinn, bestreiten zu wollen, daß der Uebergang Deutschlands von der Silberwährung zur Goldwährung — ein Ereigniß, welches, wie vorhin erwähnt wurde, zur Folge hatte, daß Deutschland von 1871 bis 1879 aus dem Auslande ungefähr 500,000 Kg. Gold heranzog und dort mehr als 1,360,000 Kg. Silber an den Markt brachte — unter allen Umständen einen mächtigen Einfluß auf den Edelmetallmarkt ausüben mußte, mit der Tendenz, den Werth des Goldes zu steigern und den Werth des Silbers zu drücken. Die Vorkämpfer der Goldwährung haben dies, während die Einführung derselben erstrebt wurde, nicht

verkannt; es durfte aber vorausgesetzt werden, nach den Erfahrungen der englischen Münzpolitik in den Jahren 1816 bis 1820, unter sonst gleichbleibenden Umständen, daß die Werthrelation zu Gunsten des Goldes die vor 1870 vorgekommene höchste Durchschnittsnorm von 1 : 16 nicht überschreiten und das allmählich zu verwerthende demonetisirte Silber zum Preise nicht unter etwa 59 Pence in Ostasien oder in den Münzstätten Frankreichs und der münzverbundenen Staaten Verwendung finden würde. Die schon angeführte „Notice historique sur la réforme monétaire en Allemagne par M. Jules Malou" bestätigt diese Auffassung, indem es dort heißt:

„En ce cas, le métal à vendre par l'Allemagne — une bagatelle de 675 millions de francs en cinq ou six années, — êut été échangé contre de l'or et n'eut pas pesé un atome dans la balance des prix." —

Die sonstigen Umstände, welche auf die Werthrelation der Edelmetalle einwirken, haben sich aber seit dem entscheidenden Beschluß des Reichstags wegen Einführung der Goldwährung in Deutschland im November 1871, wesentlich geändert und diesen Umständen ist die seitdem eingetretene Entwerthung des Silbers in ungleich höherem Grade zuzuschreiben als der deutschen Münzreform. Man darf zuversichtlich behaupten, daß dieselben an und für sich mächtig genug gewesen wären, um auch ohne die Demonetisation des Silbers in Deutschland das so sehr beklagte außerordentliche Schwanken und nachhaltige Sinken des weißen Metalls herbeizuführen. Diese Ursachen, neben denen die Deutsche Münzreform nur einen untergeordneten Einfluß geäußert hat, sind vorhin bereits nach dem Berichte des Britischen Parlaments-Ausschusses kurz erwähnt, müssen aber hier mit einigen vervollständigten ziffermäßigen Belegen nochmals vorgeführt werden.

Eine der Hauptursachen der Silberentwerthung ist darin zu suchen, daß seit 1870 während die Goldgewinnung sich verringert hat, die Silberproduktion durch die Ergiebigkeit der Minen von Nevada bedeutend zugenommen hat.

Man schätzt die durchschnittliche Jahresproduktion annähernd

	an Gold	an Silber
1861—70	188,500 Kg.	1,220,000 Kg.
1871—75	170,700 Kg.	1,996,000 Kg.

Die gesammte Silbergewinnung in den neun Jahren 1871 bis 1879 ist auf mehr als 18,000,000 Kg. zu schätzen, die deutschen Silberverkäufe in Folge der Demonetisation haben in dem nämlichen Zeitraum 3,650,000 Kg. nicht überschritten. —

Eine zweite Hauptursache der Silberentwerthung liegt in den veränderten Verhältnissen der ostasiatischen Zahlungsbilanz. Nach Ostasien ist bekanntlich seit Jahrhunderten der größte Theil des überhaupt gewonnenen Silbers abgeflossen. Die durchschnittliche jährliche Mehreinfuhr des Silbers allein im Britischen Indien hat betragen

1860/61 bis 1871/72 ca. 174 Millionen *M.*
1872/73 bis 1877/78 ca. 104 Millionen *M.*

Hätte der Silberimport in Indien in neuester Zeit einen gleichen Betrag erreicht wie im Durchschnitt der vorangegangenen zwölf Jahre (1860 bis 1871), so wäre die Silbernachfrage in den 8 Jahren von 1872 bis 1879 zusammen um ca. 560 Millionen *M.* beträchtlicher gewesen, und hätte hingereicht, das von Deutschland während dieser Zeit an den Markt gebrachte demonetisirte Silber zu absorbiren. Weshalb der Silberabfluß nach Indien aber so bedeutend abgenommen hat und nothwendig hat abnehmen müssen, dafür liegt der Grund klar vor Augen; es ist dies unmittelbar durch die enorm gestiegenen Summen der Indischen Council-Bills geschehen, welche um ihren Betrag die baaren Silbersendungen nach Indien vermindern. Die Mehrzahlungen, welche Europa an Indien für den Ueberschuß der von dort importirten Waaren gegen den Waarenexport dahin zu leisten hat, werden nämlich in erster Linie durch den Ankauf jener Wechsel auf die Indischen Regierungskassen in Calcutta, Madras und Bombay ausgeglichen und nur für die auf diese Weise nicht gedeckten Summen bleibt die Edelmetallversendung erforderlich. Der durchschnittliche Betrag der Council-Bills war aber

1860/61 bis 1871/72: 116,3 Millionen *M.*
1872/73 bis 1877/78: 244,3 Millionen *M.*

Durch das Anwachsen dieser Rimessen ist also für den Zeitraum von 1872 bis 1879 die Aussendung von über 1000 Millionen *M.* Silber erspart worden. Ohne diesen Umstand hätten die in den letzten acht Jahren an den Markt gebrachten deutschen Silberquantitäten, ohne den Preis sehr zu drücken, leichten Absatz gefunden. —

Die dritte Hauptursache, welche die Silberentwerthung mit herbeigeführt hat, ist die seit 1874 eingetretene Einschränkung und dann gänzliche Aufhebung der Silberausprägungen in Frankreich, Italien, Belgien und Holland. In den Jahren 1866 bis 1875 ist in den Münzstätten dieser Staaten ein Betrag von nahezu 1500 Millionen *M.* in Silber ausgemünzt. Der Ausfall von jährlich durchschnittlich 150 Millionen *M.* in der Nachfrage nach Silber bildet ein sehr erhebliches Moment für den Silbermarkt. Die Fortdauer dieser Silberverwendung würde den Silberpreis nicht unter 59 Pence haben sinken lassen.

Jede einzelne der eben aufgeführten drei Hauptursachen der Silberentwerthung überwiegt bedeutend die von der Deutschen Münzreform ausgegangenen zeitweiligen Einwirkungen. Es erscheint uns nicht zweifelhaft, daß wenn Deutschland 1871 seine Münzeinigung auf Grund der beibehaltenen Silberwährung oder einer Doppelwährung mit der Werthrelation des Francssystem geregelt hätte, jene drei anderen Ursachen aber so wie geschehen wirksam gewesen wären, das Schwanken und Sinken des Silberpreises im Großen und Ganzen in wesentlich gleichem Maße stattgefunden haben würde.

Abgesehen davon, daß die Beträge der deutschen Silberverkäufe im Vergleiche mit den Summen, welche, wie wir nachgewiesen haben, bei den übrigen Ursachen zusammen in Rechnung zu bringen sind, untergeordnet erscheinen, zeigen einzelne Vorgänge, daß das demonetisirte deutsche Silber keineswegs einen so entscheidenden und dauernden Einfluß auf den Silbermarkt geäußert hat, wie im Auslande meistens vorausgesetzt worden ist.

Am 10. Oktober 1876 ward bekannt, daß der Reichskanzler dem Bundesrath einen Gesetzentwurf habe vorlegen lassen, wonach der ursprünglich in Aussicht genommene Betrag der auszuprägenden Reichssilbermünzen von 10 *M.* auf 15 *M.* auf den Kopf der Bevölkerug erhöht werden solle, oder mit anderen Worten, daß das zum Verkaufe zu bringende demonetisirte Silber um nicht weniger als 215 Millionen *M.* oder etwa 1 Million Kg. Silber vermindert werden solle. Die Meinung, daß dieser Vorschlag durchgehen werde, war durchaus vorherrschend. Der auf dem Silbermarkt lastende Alp sollte also mit Einem Mal um etwa 10 Millionen £. erleichtert werden War nicht zu erwarten, daß, falls das deutsche Silber von überwiegendem Einfluß war, diese Aussicht den Silberpreis alsbald und beträchtlich zum Steigen bringen werde? Wie sind aber um dieselbe Zeit die Londoner Notirungen für Silber gewesen? Am 1. Oktob. $52^7/_{16}$ Pence, am 9., 10. u. 12. Oktob. 52 Pence, am 14. Oktob. $52^1/_8$ Pence. Man sieht, wie die Aussicht auf wesentliche Verminderung des deutschen Silberangebots ohne Einfluß geblieben. Als darauf am 1. November 1876 in glaubwürdiger Weise zur öffentlichen Kunde gelangte, daß jener Gesetzentwurf zurückgezogen und mithin die Aussicht auf den Mehrverkauf von 10 Millionen £ Silber wieder eingetreten sei, da hätte man doch nun einen merklichen Druck auf den Silbermarkt erwarten sollen, wenn der Faktor der deutschen Silberverkäufe wirklich so sehr in Betracht kam. Die Londoner Notirungen vom 30. Oktob. bis 4. Novemb. lauten auf $53^1/_4$ bis $53^1/_2$ Pence, sind also nach der geschwundenen Hoffnung auf Zurückhaltung von 1 Million Kg. deutschen Silbers höher, als vor einem Monate, als diese Hoffnung mit gutem Grunde gehegt werden konnte.

Und noch ein anderer spezieller Beleg. Der vorgekommene tiefste Stand des Silberpreises war $46^3/_4$ Pence zu Anfang Juli 1876. Bis dahin war aber nur erst etwa 1 Million Kg. deutsches Silber verkauft worden. Die anhaltendsten und beträchtlichsten deutschen Silberverkäufe fanden vom 1. Oktober 1876 bis 20. September 1877 mit nahezu 1,700000 Kg. Silber statt, allein gerade während dieser Zeit war der Silberpreis nicht etwa niedriger als im Sommer 1876, sondern stieg zeitweilig wieder über 58 Pence und betrug im Durchschnitt des Jahres 1877 über $54^1/_2$ Pence!

Die letzten Erfahrungen vom Jahre 1879 haben wiederum den untergeordneten Einfluß der deutschen Silberverkäufe auf den Silbermarkt evident erwiesen. Dieselben beschränkten sich vom 1. Januar bis 19. Mai 1879 auf 28 Millionen *M.*, und gleichwohl stand der Silberpreis in dieser Zeit um durchschnittlich etwa 5 Pence niedriger als 1877, wo die deutschen Silberverkäufe ihren größten Umfang hatten. Nachdem sodann am 19. Mai 1879 auf Anordnung des Reichskanzlers die Einziehungen des deutschen Silberkurants und die Verkäufe des hieraus gewonnenen Silbers bis auf Weiteres principiell eingestellt wurden, von welcher Maßregel die Rückkehr zu den früheren normalen Silberpreisen erwartet wurde, ist dieser Erfolg ausgeblieben. Der durchschnittliche Silberpreis in den Monaten Juni bis December 1879, während welcher Zeit nicht ein Kilogramm demonetisirtes deutsches Silber verkauft worden, ist $52^1/_4$ Pence gewesen, während derselbe in den gleichen sieben Monaten 1877, als Deutschland etwa für 160 Millionen *M.* Silber verkaufte, über $54^1/_4$ Pence war. Wenn inzwischen zeitweilig der Silberpreis etwas stieg, so geschah dies in Folge stärkerer Nachfrage für Indien; sobald diese befriedigt war, sank er wieder, trotz der Zurückhaltung der deutschen Silberverkäufe. —

Wie wir in den ersten vier Abschnitten dieser Abhandlung nachgewiesen haben, daß der Vorwurf, Deutschland habe im Jahre 1871 ohne gehörige Vorbereitung und Ueberlegung sich sozusagen leichten Herzens und blindlings in die Goldwährung hineingestürzt, unbegründet ist, so hoffen wir, daß auch der letzte Abschnitt seinen Zweck nicht gänzlich verfehlt haben wird, nämlich darzuthun, daß das gewiß sehr zu beklagende Schwanken und Sinken des Silberpreises seit 1873 das Ergebniß mehrerer zusammenwirkender sonstiger Ursachen gewesen ist und die Deutsche Münzreform nicht dafür verantwortlich gemacht werden darf, allein oder doch vorwiegend diesen Uebelstand herbeigeführt zu haben.

December 1879. Ad. Soetbeer.

General von Rüchel

(nach hinterlassenen Papieren).

2. Unter der Regierung Friedrich Wilhelm II. 1786—1798.

Ernst Philipp von Rüchel war zweiunddreißig Jahre alt, als der große Friedrich, sein königlicher Lehrmeister, die Augen schloß.

Ein Zeitgenosse, welcher Rüchels Bekanntschaft damals machte, beschreibt den Eindruck, den seine Erscheinung hervorbrachte, in folgender Art:

„Ein frischer, rüstiger Mann mit feinen, fast weiblich kleinen Zügen, aber hellblitzenden blauen Augen und hoher, freier Stirn. Das Haar trug er, wider allen damaligen Soldatenbrauch, lose, ohne daß es zu einem Zopf vereint war und es umwallte zwanglos die glänzende Uniform*)."

„Die zu der Zeit ganz ungewöhnliche Haartracht erweckte in mir, der ich so etwas noch nie bisher gesehen, außer in Taschenbüchern bei den Bildern von Washington und Seinesgleichen, den Gedanken, daß dies ein amerikanischer Officier sein müsse. So wunderbar kam mir überhaupt die ganze Erscheinung vor, daß es mir unbegreiflich war, als ich erfuhr, es sei ein preußischer Major, im Gefolge des Königs und von Geburt ein pommerscher Edelmann."

Zum Major wie zum Flügeladjutanten hatte Friedrich Wilhelm Rüchel bald nach seinem Regierungsantritt gemacht (1786).

Durch die aufrichtige Trauer, welche der junge Mann bei dem Tode von des Königs großem Oheim zeigte, wurde ihm gleich das Herz des Monarchen zugewandt.

So sehr auch Rüchel, der in der Welt so ziemlich allein dastand, eines Beschützers für seinen künftigen Lebensweg auch ferner bedurfte,

*) Die Ursache zu dieser Tracht war früher erwähnt.

so galt sein Schmerz nicht dem Verlust eines solchen, sondern ihm war mit dem Heldenkönig ein leuchtendes Vorbild, der Inbegriff alles Edlen und Hohen, ins Grab gesunken.

Das blieb ihm zwar sein Wohlthäter bis an das Ende seines Lebens, aber die Zusammengehörigkeit beider hatte doch ein jähes Ende erreicht und alles Glück, was ihm aus diesem Verhältniß bisher erwachsen, hatte aufgehört.

Als Friedrich Wilhelm II. zum ersten Mal nach seinem Regierungsantritt das Officiercorps der Potsdamer Garnison zu sich nach Sanssouci beschied, bemerkte er, welcher von hohem Wuchs, meist immer alle die ihn umgaben überragte, den jungen Capitain; dieser stand halb versteckt hinter einer Säule, an die er lehnte, allein im Hintergrunde und sich unbeobachtet glaubend ließ er seinen Thränen freien Lauf. Der König schritt durch die ehrerbietig auseinander weichenden Reihen so eilig auf Rüchel zu, daß dieser den Nahenden erst bemerkte, als er dicht vor ihm stand. Er reichte ihm dann gütig die Hand mit den Worten:

„Ich ehre Ihren Schmerz, lieber Rüchel. Niemand hat mehr verloren als Sie, der Sie an meinem Onkel einen wahren Vater hatten. Wenn mein Wohlwollen Ihnen indeß Ihren herben Verlust erleichtern kann, so sehn Sie fortan in mir einen Freund, der Ihr Verdienst nie verkannt hat und nie verkennen wird*).“

Sprachlos küßte Rüchel die königliche Hand.

Und Friedrich Wilhelm hat sein Wort treulich gehalten.

Schon während der letzten Jahre der Regierungszeit Friedrich des Großen, hatten dunkle Wolken den politischen Horizont verfinstert und immer drohender und Unheil verkündender gestalteten sich die Verhältnisse.

Der glückliche Erfolg der Nordamerikaner, die sich nach langem und blutigem Kampfe von der Oberherrschaft Englands befreit hatten, ermuthigte auch in Europa diejenigen, welche mit den bestehenden Zuständen unzufrieden waren.

Namentlich war es in Frankreich, wo die Gährung mit jedem Tage wuchs, zumal da unter der Regierung der Bourbonen nach und nach das Fundament untergraben worden war, auf dem ein geordnetes Staatswesen gegründet sein muß.

Am preußischen Hof bildeten sich nach dem Ausbruch der französischen Revolution zwei Parteien, deren Meinungen auseinander gingen über die Art wie man sich gegen Frankreich zu verhalten habe.

Der Minister von Herzberg und der Feldmarschall Herzog von

---

*) So hat ein Augenzeuge erzählt.

Braunschweig waren für ein Bündniß mit demselben gegen Oesterreich. Denn die Kämpfe des siebenjährigen Krieges waren noch in zu frischem Andenken um eine Waffenbrüderschaft mit dem deutschen Kaiserstaat für heilbringend zu halten. Leider zeigten die folgenden Jahre und die Begebenheiten während der Rheincampagne, daß diese Ansicht nicht ohne Berechtigung war.

Der König hingegen fühlte sich in seiner Würde durch die Anmaßungen des französischen Volks verletzt. Er sah mit Groll und Entrüstung die wachsende Frechheit, mit der dasselbe seinem Herrscher entgegen trat.

Der größte Theil des Volks und das Heer theilte diese Gesinnung.

In Holland sollten zuerst die preußischen Waffen sich mit der Revolution messen.

Der mehr lächerliche als bedrohliche Aufstand dort gab Gelegenheit zu einer militärischen Promenade, an der Rüchel keinen Theil nahm.

Dagegen übergab ihm der König 1788 die Inspection über alle militärischen Erziehungsanstalten des preußischen Staats.

Die verschiedenen Einflüsse, welche die Umgebung des Königs wechselweise auf seine Entschließungen ausübte, veranlaßte leider eine schwankende Politik, in der zumeist der Grund für die späteren Mißerfolge zu suchen ist. Trotz der Neigung des Monarchen und einer zahlreichen Partei gegen Frankreich in den Kampf zu ziehn, nahmen Verwicklungen mit Oesterreich schneller einen drohenden Charakter an, als Preußen einer kriegerischen Eventualität gegenüber, gerüstet war.

So wurde Rüchel mit Courierpferden nach Schlesien geschickt, um die dortige Armee schleunig zu organisiren und eine Mobilmachung vorzubereiten.

Obgleich ihm dabei die Energie und Umsicht des Ministers von Hoym seine Aufgabe sehr erleichterte, so fehlte es dennoch an Vielem was unerläßlich war und es mußte manches ungewöhnliche Mittel ergriffen werden, um für die Mängel Abhülfe zu schaffen.

Durch Anstellung von Postknechten und Benutzung von Postpferden wurde für die fehlende Bespannung und die Bedienung der Artillerie gesorgt und Fußartillerie in reitende verwandelt. Die Anzahl dieser für die preußische Armee zu vermehren, war schon damals ein Lieblingsgedanke Rüchels. Wir begegnen Plänen, um diese in Ausführung zu bringen, in seinem schriftlichen Nachlaß aus den verschiedensten Zeiten seines Lebens. Er stimmte in der Schätzung dieser Waffe überhaupt, wie in vielem andern, mit dem ihm eng befreundeten Scharnhorst überein, wie aus hinterlassenen Briefen beider Männer hervorgeht.

Als nun der König nach Schlesien kam, fand er durch die umsichtigen Anordnungen seines Flügeladjutanten die Armee schlagfertig und ein verschanztes Lager bei Wiese in der Grafschaft Glatz errichtet.

Der Vertrag von Reichenbach löste 1790 die Schwierigkeiten und beseitigte die Kriegsgefahr ohne daß das Schwert gezogen wurde. Aber das kriegsbereite Heer an Oesterreichs Gränzen erleichterte ohne alle Frage den Abschluß der Verhandlungen, was der König durch die Ernennung Rüchels zum Quartiermeister anerkannte wie er seinem persönlichen Wohlwollen durch das Geschenk eines kostbaren Degens Ausdruck gab.

Schon zwei Jahre früher hatte Rüchel sich mit der ältesten Tochter des Geheimrath von Ernsthausen vermählt. Er lebte mit dieser bis an seinen Tod, der 1823 erfolgte, in glücklichster Ehe, obgleich ihm kein männlicher Erbe sondern nur zwei Töchter geboren wurden. Die ältere war an einen Rittmeister von Flemming verheirathet und starb früh, die jüngere an den späteren General-Lieutenant von Rüchel-Kleist.

Auch als Quartiermeister blieb Rüchel in der Nähe des Königs und versah die Stelle eines Adjutanten. Außerdem beschäftigte er sich mit zahlreichen Vorschlägen und Verbesserungsplänen für die Einrichtungen im Heer, welche wie verschiedene Cabinetsordres aus dieser Zeit beweisen stets den Beifall des Monarchen erhielten. Leider gelangten sie, trotz Rüchels mehrfachem Drängen nicht zur Ausführung. Wäre dies geschehen, so möchte die Armee in mancher Beziehung den kriegerischen Eventualitäten kommender Tage besser vorbereitet entgegen gegangen sein.

Die Gründung einer Militär-Wittwenkasse hingegen wie die Bildung von Invaliden-Compagnien, wurde nach dem von Rüchel entworfenen Plan ins Leben gerufen. Wie zweckentsprechend dieser gewesen beweist am besten, daß beide Institute noch jetzt in derselben Art bestehn wie sie damals errichtet wurden. Man liest in einer Beurtheilung von Rüchels Wirksamkeit aus einer sachverständigen und unparteiischen Feder, daß derselbe sich durch diese Stiftungen ein bleibendes ehrenvolles Andenken in der Armee gesichert habe.

Friedrich Wilhelm belohnte den für das Wohl des Heeres gezeigten Eifer seines Flügel-Adjutanten und Quartiermeisters mit einer Gehaltserhöhung, die dem ganz unbemittelten Officier mehr als erwünscht kam.

Bald darauf wurde Rüchel mit der Reorganisation des ganzen Militär-Erziehungswesens betraut und erhielt durch dieselbe das von Friedrich dem Großen gestiftete Cadettencorps eine ganz neue Gestalt. Das Pagencorps wurde aufgehoben und die reichen Mittel jenem zugewandt. Diese Veränderungen waren so durchgreifend, daß von Vielen

wie früher bemerkt Rüchel als der Begründer des Cadettencorps, in seiner jetzigen Einrichtung, angesehn zu werden pflegt. Ebenso verdanken die Waisenhäuser der damaligen Thätigkeit Rüchels ihre Entstehung.

Inzwischen hatte sich die politische Constellation verändert. Aus denen die sich noch vor Kurzem drohend gegenüber gestanden, machte die gemeinsame Gefahr Freunde. Im Jahre 1791 kam der Vertrag von Pillnitz zum Abschluß.

Unter der Anführung des Herzogs Carl von Braunschweig, der seine ersten Lorbeeren im siebenjährigen Kriege gepflückt hatte, brach das Heer der Verbündeten 1792 gegen Frankreich auf. Ihm schlossen sich eine Menge französischer Emigranten an, zu einer Abtheilung vereint, in der es fast nur Officiere, keine Gemeinen gab. Dort vor allem erfüllte die Zuversicht die Gemüther, die Revolution niederzuwerfen, Frankreich in Sturm zu erobern, den König zu befreien.

Friedrich Wilhelm II., wie seine beiden ältesten Söhne, waren bei der Armee, doch führte der König nicht den Befehl. Nun er den Entschluß gefaßt hatte, Krieg zu führen, war er mit ganzem Eifer dabei und sowohl die Lässigkeit der Oesterreicher, als auch das Zögern des Herzogs verstimmte ihn. Dieser, der ja überhaupt gegen die Bekämpfung Frankreichs gewesen war, hoffte wohl noch immer auf eine Aenderung der Lage und konnte sich nicht entschließen, entscheidende Schritte zu thun.

So verging viel kostbare Zeit mit nutzlosem Hin- und Herziehn. Ein trauriges Vorspiel von dem, was die Zukunft noch in ihrem Schooße barg.

Endlich näherte man sich dem feindlichen Heere bei Valmy, dessen Angriff man in einer sehr vortheilhaften Stellung erwartete, als der Herzog plötzlich den Rückzug befahl.

Seine unbegreifliche Handlungsweise suchte er damit zu rechtfertigen, daß er auf die Verantwortlichkeit hindeutete, den Monarchen und die beiden Prinzen einer möglichen Gefahr für den Fall auszusetzen, daß sich der Sieg den preußischen Waffen nicht zuwendete.

Wie unheilvoll dieser Rückzug für das Heer wurde, ist bekannt.

Rüchel hatte nur den König bis Mainz begleitet, dann war ihm der Auftrag geworden, als preußischer Militärabgesandter zum hessischen Corps zu gehen*), an dessen Spitze sich der Landgraf von Hessen-Kassel selbst befand. Es läßt sich nicht läugnen, daß er sich zu dieser Stellung besonders eignete. Denn der Landgraf war zuweilen ein etwas wunderlicher Herr, und es war anzunehmen, daß derselbe sich von Rüchel, den

*) Die hierauf bezüglichen Ordres sind im Original, mit der Unterschrift des Herzogs vorhanden.

er sowohl persönlich, als auch zugleich als Schüler Friedrich des Großen achtete, am ersten würde berathen lassen. Nebenher mag auch wohl der Wunsch mit untergelaufen sein, Rüchel aus der Nähe des Monarchen auf diese Weise zu entfernen. Der Einfluß, den der junge, geistvolle Mann mehr und mehr auf Friedrich Wilhelm übte, war manchen unbequem. Alle Versuche, ihn aus der Gunst des Königs zu verdrängen, waren an der Anhänglichkeit und Vorliebe desselben gescheitert. Jetzt hatte man, beim Beginn des Feldzugs, geltend gemacht, daß die anerkannt großen Talente Rüchels viel nützlicher bei diesem Commando, als bei der großen Armee verwandt werden könnten.

Zu großen und entscheidenden Schlachten boten die Umstände keine Gelegenheit. Aber Rüchel verlebte mit den tapfern Hessen eine gar angenehme Zeit.

Der Action bei Clermont wohnte er bei und wo es zu Gefechten kam, da wurde es der Feind inne, daß er Kerntruppen unter einer guten und umsichtigen Führung sich gegenüber habe. Bald kehrte nämlich der Landgraf in seine bedrohten Besitzungen zurück und ging der Befehl, auch der Form nach, in Rüchels Hände über. Er erwarb sich in kurzer Zeit das Zutrauen der wackern Schaar durch die Fürsorge, die er bei jeder Gelegenheit für die unter seinem Commando stehende Truppe zeigte, und ohne zu murren ertrugen sie dann auch, wenn er nothgedrungen dies von ihnen fordern mußte, ungewöhnliche Entbehrungen und große Marschanstrengungen. Wie sehr Rüchel bemüht war, jeden Umstand zu benutzen, zum Vortheil für seine Soldaten, davon ist ein Zug der Vergessenheit entzogen.

Bei Longwey wurden preußische Kürassire in ihren Cantonnements durch feindliche Tirailleure beunruhigt und die vorhandenen Terrainschwierigkeiten machten die Unterstützung von Infanterie wünschenswerth.

Man schickte zu dem Major von Rüchel, dem Commandeur der Hessen, um Hülfe zu erbitten.

„Ganz gut", antwortete dieser. „Aber die Herren zu Pferde lassen, wie ich bemerkt, eine Heerde von Schlachtvieh mit sich treiben, von dem wir gut etwas brauchen könnten. Für jeden hessischen Jäger, den ich schicke, wird mir ein Ochse geliefert."

Den Reitern kam die Ruhe, den Hessen die bessere Verpflegung zu gute.

Der allgemeinen Rückzugsbewegung mußte natürlich auch das hessische Corps folgen. Hier, wie in der ganzen Armee, war die Stimmung eine sehr trübe. Denn die Marschbeschwerden waren ebenso groß als der Mißmuth über das fortwährende Retiriren. Dazu kam noch die nicht

unbegründete Besorgniß, daß Cüstine, der hier commandirende französische General, nachdem er sich in Mainz festgesetzt hatte, sich auch Coblenz und Ehrenbreitenstein bemächtigen würde. Dadurch wäre die verbündete Armee gezwungen worden, ihren beschwerlichen Weg bis Wesel rheinabwärts fortzusetzen, ehe es ihr möglich wurde, den Fluß zu überschreiten. Ob dort eine passirbare Brücke sei, darüber war man sich übrigens nicht einmal klar.

Auch Rüchel hielt es für sehr möglich, daß es den Franzosen eher, als den Deutschen gelingen möchte, Coblenz zu erreichen, wenn nicht außergewöhnliche Anstrengungen gemacht würden, um dies zu verhindern. Das aber zog er in Ueberlegung, und bald konnte er dem Könige einen Plan vorlegen, dessen Ausführung nicht unmöglich schien.

Er wollte mit seinem, noch in gutem Stand sich befindenden hessischen Corps sowohl Cüstine als auch der großen Armee den Vorrang abgewinnen und für letztere Coblenz und den dortigen Flußübergang sichern.

Es wurde ihm die Erlaubniß ertheilt, diesen Versuch zu wagen. Die Anstalten zur Ausführung des Unternehmens wurden mit ebenso großer Energie als Umsicht getroffen.

Rüchel schickte gut berittene Officiere auf der zuvor bestimmten Marschroute voraus, um Fuhrwerk und Lebensmittel zusammen zu treiben, während alles Gepäck auf der Mosel eingeschifft wurde.

Er besaß die glückliche Gabe, zu einer vorliegenden Aufgabe auch stets die dazu geeignete Persönlichkeit herauszufinden. So auch diesmal.

Alle Vorbereitungen waren aufs Beste gelungen und er konnte theils zu Fuß, theils zu Wagen, ungehindert der bedrohten Gegend zueilen.

In Trier wollte er den braven Hessen einen Ruhetag gönnen, dessen sie nach den forcirten Märschen so sehr bedurften. Aber die Nachricht, daß die Franzosen sich Coblenz näherten, trieb ihn unaufhaltsam weiter. Ja, er sandte noch ein Detaschement mit möglichst vielen Trommlern voraus, alle disponiblen Wagen benutzend, welche beim nächtlichen Einrücken einen gewaltigen Lärm machen mußten.

Diese Kriegslist hatte die gehoffte Wirkung. Französische Kundschafter trugen dem anrückenden Cüstine die Nachricht entgegen, daß ein starkes feindliches Corps Coblenz besetzt habe.

Erst am darauf folgenden Mittag rückten hessische Tirailleurs, die ebenfalls abwechselnd gefahren worden waren, und nicht lange darauf das übrige zu Fuß marschirende Corps ein.

Der Feind stutzte und faßte den Entschluß umzukehren, um so mehr, da die ihm feindlich gesonnene Bevölkerung seinen Rücken bedrohte. Er

war des eben besetzten Mainz in Folge der Stimmung der Einwohner auch nicht ganz sicher, und so beunruhigte ihn die Nachricht von der Nähe deutscher Truppen, deren Stärke er nicht kannte, doppelt.

Auf diese Art gewann Rüchel Zeit, die Brücke für das anrückende Heer in Stand zu setzen und Anstalten für die Unterbringung einer so großen Masse von Truppen zu treffen.

Ein hochgestellter Militär erzählte später aus dieser Zeit, die er in der Nähe Rüchels verlebt, wie dieser bei dem ersten Recognoscirungsritt in der Umgebung von Coblenz seine oft bewährte Gabe, sich schnell über Terrainverhältnisse zu orientiren, gezeigt. Er bezeichnete sofort eine Stelle, an der Verhaue und Verschanzungen anzubringen seien, und entwarf einen Plan dazu. Dies war in der Nähe der Karthäuse, zwischen Mosel und Rhein, wo dann auch wirklich später das Fort Alexander erbaut worden ist.

So wie Coblenz mußte Rüchel mit seinen Hessen auch Gießen und Hanau bis zur Ankunft der Alliirten gegen einen Handstreich der Feinde schützen, die nicht allein Mainz, sondern auch Frankfurt besetzt hatten.

Er wurde für diese glücklich ausgeführten Aufträge zum Oberstlieutenant ernannt und erhielt vom Landgrafen von Hessen den Löwenorden.

Die Winterquartiere bezog die nun vereinte ganze Armee zwischen Hanau und Homburg vor der Höhe.

So sehr die erschöpften Truppen auch der Ruhe bedurften, so wenig wurde sie ihnen zu Theil. Die Cantonnements waren zu eng, das Land ausgesogen, so daß die Verpflegung schlecht war. Aber mehr als durch diese ungünstigen Verhältnisse wurden die Soldaten durch unaufhörliche Neckereien des Feindes, welcher am diesseitigen Rheinufer sowohl in Frankfurt, als an der kleinen Festung Königstein einen Stützpunkt hatte, ermüdet und strapezirt.

Die Noth der Truppen erfüllte Rüchels Herz mit schmerzlichem Unwillen, und er schrieb um diese Zeit an einen Freund:

Was sollen wir hier? Wollen wir Frankfurt wie der Ochs das neue Thor angucken und uns in Contemplationen erschöpfen, wie Alles hätte werden können, wenn der nicht ein Thor, jener nicht ein Fabius cunctator gewesen wäre. Wollen wir den ganzen Winter mit dem Gewehr in der Hand schlafen, jeden Augenblick auf einen Anfall des Feindes gefaßt sein? Was jener unsinnige Rückzug nicht gethan, wo Alles unterblieb, was hätte geschehen sollen, und Alles geschah, was hätte unterbleiben sollen, das wird nun diese Winterruhe thun. Die beste Armee geht zu Grunde an einer schlechten Verpflegung und fehlender Ruhe. Dadurch werden unsere braven Truppen bis zum Frühlingsanfang vollends erschöpft und entmuthigt sein!“

Doch energisch und unternehmend wie Rüchel war, ließ er es nicht lange bei dem Klagen allein bewenden. Er sann auf Abhülfe. Bald gewann er die Ueberzeugung, daß es wenigstens möglich sein würde, Ruhe für die Winterquartiere zu erlangen, wenn es gelänge, den Feind aus Frankfurt zu vertreiben. Den Versuch hierzu wollte er so viel wie möglich im Stillen vorbereiten, wenn es auch nicht in seiner Macht lag, die vielen Mängel in der Armeeverwaltung abzuändern, deren Einrichtungen sich überlebt hatten, nach seiner oft ausgesprochenen Ansicht, abgesehen davon, daß außerdem noch unfähige und untreue Beamten die Interessen des Heeres schädigten, wo sie immer wußten und konnten*).

Um das Ziel zu erreichen knüpfte Rüchel Verbindungen mit den Bürgern von Frankfurt an, namentlich mit den Einwohnern der über den Main liegenden Vorstadt Sachsenhausen, welche meist Fischer, von entschlossenem und zuverlässigem Charakter waren.

Diese kecken Männer hatten versprochen, daß wenn man ihnen nur einige Kanonen und Mannschaften auf dem Rhein zuführen würde, sie sich der Brücke, welche Sachsenhausen mit Frankfurt verband, bemächtigen und dann den Verbündeten das Bockenheimer und Allerheiligen Thor öffnen wollten.

Zu diesen Unterhandlungen hatte Rüchel sich des früheren Werbeofficiers von Trenck bedient, den seine Geschäfte häufig nach Frankfurt geführt hatten. Auch zur Leitung der Wasserexpedition war von ihm dieser und der Lieutenant von Plüskow in Aussicht genommen.

Kähne lagen zur Fortschaffung der Kanonen und einiger Truppen bereit.

Die Absicht war, daß schon vor Anbruch des Tages die verbündeten Truppen vor den Thoren der Stadt sich gesammelt haben sollten um dann, mit Hülfe der Bürger, Herren der Stadt zu werden.

Als Alles so weit verabredet und vorbereitet war, brachte Rüchel den Plan in seinen Grundzügen zu Papier und legte ihn dem Könige vor.

Da dieser sogleich seinen lebhaften Beifall äußerte, so hoffte Rüchel um so mehr, denselben genehmigt und ausgeführt zu sehen, als Friedrich Wilhelm II. jetzt selbst den Oberbefehl übernommen hatte.

Wie billig, besprach sich indeß zuvor der Monarch mit dem Herzog, der unter ihm zunächst das Commando führte. Dieser aber war durchaus dagegen und erklärte das, was Rüchel so lange geplant, so wohl überlegt hatte, für die Ausgeburt eines jungen, aufbrausenden und tollkühnen Kopfes, dem es an aller Erfahrung fehle.

*) Viele Ausarbeitungen und Eingaben hierauf bezüglich, finden sich unter Rüchels Papieren aus den verschiedensten Zeiten.

Das war eine bittere Stunde, wo Rüchel diesen herben Ausspruch seines Vorgesetzten erfuhr, der so viel schöne Hoffnungen vernichtete!

Vor seinem kühnen Blick lag der sichre Erfolg, der für die Armee von so unberechenbarem Vortheil war und ein Wille, dem er sich fügen mußte, trat dazwischen und hinderte die Ausführung!

Seiner offnen, mittheilsamen Natur war es ein Bedürfniß, wie Freude, so auch Kummer mit den Kameraden zu theilen, und so hatte er auch an jenem Abend, wo er die so unwillkommene Nachricht erhielt, einen Kreis von Freunden in seinem Quartier um sich versammelt.

Man versuchte dort bei einem Punsch des Unmuths zu vergessen und trank sich fleißig auf bessere Zeiten und weniger bedenkliche Vorgesetzte zu. Mitternacht war unvermerkt herangekommen, als ein königlicher Leibjäger dem Flügeladjutanten ein Handschreiben des Monarchen überbrachte.

Noch ehe er den Freunden von dem Inhalt desselben Mittheilung gemacht, lasen sie denselben in den großen hell aufleuchtenden Augen Rüchels. Der König genehmigte nicht allein seinen Plan auf Frankfurt, sondern er übertrug ihm selbst sogar die Leitung der Expedition. Der Auftrag, eine Generaldisposition für die zu verwendenden Truppen zu entwerfen, wurde sogleich in Angriff genommen, da er dieselbe so bald als möglich einschicken sollte. Schleunig wurde der Tisch von den Ueberresten des Gelages gesäubert, dafür aber Schreibmaterialien herbeigeschafft und Rüchel dictirte, auf und ab gehend, einem seiner Freunde die Disposition. Der neue Tag war noch nicht angebrochen, als derselbe Jäger, der den königlichen Auftrag gebracht hatte, auch schon das Blatt, auf dem die Ausführung stand, mitzurücknehmen konnte.

Rüchel folgte dann bald selbst, und es wurde Zeit und Stunde für das Unternehmen festgesetzt, und darauf einige Tage später zur Ausführung geschritten.

Die Kähne waren beladen und lagen zur Abfahrt bereit. Die zum Angriff von der Landseite her bestimmten Colonnen hatte Rüchel nach seiner Disposition ausrücken sehen. Er selbst eilte, voll freudiger Erregung denselben voraus, indem er sich weichen Boden aussuchte, um geräuschlos bis vor die Thore Frankfurts zu gelangen und sich zu überzeugen, daß Alles dort noch still und ahnungslos war, als Zeichen, daß der Anschlag nicht verrathen sei.

Kein Laut war zu vernehmen; keine ungewöhnliche Bewegung zu bemerken. Aber auch auf die nahenden Truppen harrte er vergebens. Minuten däuchten dem Ungeduldigen sich zu Stunden auszudehnen! Es war die höchste Zeit, wenn der Ueberfall nicht mißlingen sollte, denn auf den Schutz der Dunkelheit und die Nachtruhe des Feindes war gerechnet wor-

den für ein glückliches Resultat. Was sollte aus den treuen Sachsenhäusern unter diesen Verhältnissen werden, was aus den gutgesinnten Bürgern Frankfurts, wenn die Bewegung in der Stadt eher losbrach, als sie von dem Angriff von außen unterstützt werden konnte?

Endlich wandte Rüchel sein Pferd sprengte den so sehnsüchtig erwarteten Truppen entgegen und traf zu seinem unmuthigen Erstaunen auf haltende Colonnen.

Auf seine Frage, weshalb der angeordnete Marsch unterbrochen sei? wurde ihm die Antwort:

„Auf Befehl des Herzogs von Braunschweig, Durchlaucht."

Er ritt mit wachsendem Ingrimm weiter und begegnete derselben Unterbrechung und wurde ihm dieselbe Antwort.

Endlich loderte Rüchels bis dahin nieder gekämpfter Zorn hoch auf, und laut fragte er nach dem Herzog, mit dem er endlich zusammenstieß.

Da erhob sich zwischen Beiden ein Wortwechsel. Jeder hatte hier ein Recht, sich als den Höchstcommandirenden zu betrachten. Der Eine als Feldherr überhaupt, der Andere als im besondern Auftrag des Königs handelnd.

Wenn nicht glücklicher Weise der Monarch selbst zur guten Stunde erschienen wäre, hätte der Auftritt vielleicht das Maaß des Erlaubten überschritten.

„Man*) stille sein! die Colonnen sollen sogleich ihren Marsch fortsetzen", rief er.

Seinem Befehl wurde nun freilich augenblicklich nachgekommen. Aber dieser Aufenthalt hatte mehrere Stunden geraubt und der Angriff bekam dadurch einen ganz anderen Charakter.

Man hatte die Stadt überrumpeln wollen. Jetzt stand man im hellen Sonnenlichte, ohne Sturmleitern, ohne schwere Artillerie, vor den gesperrten Thoren und während die erwartete Hülfe von innen ausblieb, eilte die Besatzung auf die Wälle und empfing die Angreifer mit wohlgezieltem Musketenfeuer. Kanonen fehlten den Franzosen ebenfalls, zum Glück!

An der Spitze der tapfern Hessen, denen noch preußische Reiterei zugetheilt war, eilte Rüchel nach dem Friedberger Thor. Obgleich ein heftiger Kugelregen dort die muthige Schaar empfing, hielt sie tapfer Stand. Doch währte es nicht lange, so waren alle Compagnieführer todt oder doch verwundet. Es fiel damals auch der Prinz von Hessen-Philippsthal, Commandeur der sächsischen Grenadiere.

*) „Man" statt „nur" ein brandenburger Provincialismus.

Das Unternehmen schien gescheitert.

Rüchel ritt langsam im Feuer auf und nieder. Mantel und Hut wurden vielfach durchlöchert, aber dennoch kam die ersehnte Kugel nicht, die ihn den vielen Tapfern zugesellte, die hier nutzlos ihr Blut vergossen.

Da aber wandte sich das Glück des Tages, plötzlich.

Wie gesagt war Frankfurts Besatzung ohne Geschütze. Nur über zwei Kanonen hatte der Commandant, General von Helden, zu verfügen. Diese hatte er vor dem Gasthaus auffahren lassen, in dem er den Ausgang des Kampfes abwartete. Endlich faßte er aber den Entschluß dieselben nach dem Friedberger Thor zu entsenden, was am meisten bedroht schien. Aber das Volk sammelte sich und hemmte den Zug, laut seine Sympathien für die Angreifer aussprechend. Der General ließ sich durch diese Kundgebungen einschüchtern, wie durch die Erwägung, wie leicht er mit seiner kleinen Besatzung von Mainz abgeschnitten werden könne. So beschloß er die Absendung eines Parlamentairs.

Dieser verließ die Stadt aus dem Friedberger Thor. In dem Augenblick, wo ein Flügel desselben sich zu diesem Zweck öffnete, drängten sich so viel Handwerksburschen dazwischen, daß es nicht wieder geschlossen werden konnte.

Diesen günstigen Moment benutzte Rüchel natürlich mit seinen Hessen.

Was den schnell Vordringenden von Franzosen in den Weg kam, wurde gefangen oder niedergemacht, während der Commandant mit der übrigen Besatzung, in aller Stille und Eile, aus dem Allerheiligen Thor gen Mainz zog.

Die einrückenden Sieger wurden mit Jubel begrüßt.

Aber nicht lange währte dieser, denn sehr bald traf die Meldung ein, daß General von Helden sich hinter der Nidda, mit einer Truppenabtheilung vereinigt habe, die ihm von Mainz her, zur Hülfe entgegen geschickt worden war. Er schien sich bei Bockenheim festsetzen zu wollen.

Nachdem Rüchel noch mehrere preußische Regimenter, zur Vermehrung seiner Streitkräfte, an sich gezogen, eilte er dem Feinde entgegen. Es erhob sich zunächst eine heftige Kanonade.

Der König, der anwesend war, wurde von dem feindlichen Feuer sehr belästigt, denn weithin machte ihn sein großes Gefolge kenntlich. Besorgt um seine Sicherheit, wollte man ihn veranlassen, hinter einer Gartenmauer Deckung zu suchen. Aber mit der, unserem Herrscherhause eigenthümlichen Kaltblütigkeit, antwortete er lächelnd:

„Wir schießen ja auch wieder“ und blieb wo er war.

Der Feind wich und Rüchel bat dringend um die Erlaubniß, ihm

nachrücken zu dürfen und einen kühnen Handstreich weiter auch auf Mainz zu wagen.

Aber der König versagte sie, da schon genug Blut, an dem einen Tage, vergossen sei. So sehr er selbst bereit war, sein eignes Leben zu exponiren, war er doch weichen Gemüths gegen die Leiden anderer. Freilich hätte es wahrscheinlich der Opfer weniger gekostet, wenn Rüchels Vorschlag angenommen wurde und diese Festung auf diese Art in die Hände der Verbündeten kam. Wie viel Zeit und Kräfte kostete die spätere Belagerung!

Jedenfalls war nun für die Ruhe der Winterquartiere gesorgt und der Feind ließ sich fortan nicht mehr diesseits des Rheins sehn, da er den Stützpunkt an Frankfurt verloren hatte.

Rüchel wurde, als Belohnung für die bei dieser Gelegenheit geleisteten Dienste, in seinem Patent zum Obersten vorgerückt und zugleich zum Commandeur des Regiments Prinz Ferdinand ernannt, mit Beibehaltung seiner Charge als Flügeladjutant. Auch erhielt er die Amtshauptmannschaften von Reez und Marienwalde.

Auch eine schöne Mosaik-Tabatière, begleitet von einem gnädigen Handschreiben, welche der König ihm, als ein Zeichen seines besonderen Wohlwollens und seiner Zufriedenheit sandte, erfreute den glücklichen Empfänger dieser Huld, um so mehr, als es eine Dose war, die Friedrich der Große früher selbst benutzt hatte*).

Im Frühjahr umschloß man Mainz und dazu mußte der Rhein überschritten werden. Leider fehlte es an dem für eine förmliche Belagerung nöthigen schweren Geschütz.

In der Nähe der Festung den Flußübergang zu bewerkstelligen, war unmöglich. So wurde versucht, den Feind zu täuschen, wenigstens seine Aufmerksamkeit zu theilen, um möglichst unbelästigt seinen Zweck zu erreichen.

Wie aus Notizen hervorgeht, die sich in dem schriftlichen Nachlaß des General von Rüchel vorgefunden haben, ward die für trefflich gehaltene Disposition zu diesem Flußübergange von ihm entworfen. Die Garde rückte in Folge dieser durch Darmstadt gegen Oppenheim, während der eigentliche Uebergang niederwärts von Mainz, bei Bacherach, ausgeführt wurde.

Zwischen Bingen und Mainz stand der General Houchard mit seinem Corps. Er ward angegriffen und vertrieben, in den Gefechten von Weilen

*) Diese befindet sich noch jetzt im Besitz der Familie. Andere kostbare Geschenke wie das ganze reichlich vorhandene Silbergeschirr der Familie wurde von dem General Rüchel 1813 auf dem Altar des Vaterlands geopfert. —

und Alzei, bei welchem Rüchel sich unter den Augen seines Königs auszuzeichnen Gelegenheit fand.

Nach einem Brief des Pfalzgrafen Maximilian stieß dieser im Frühjahr 1793 zu Rüchels Corps.

Das Schreiben lautet*):

Liebster Freund!

Gratuliren Sie mir. Ich habe das Glück Compagnie mit Ihnen zu machen. Se. Majestät haben mir gestern die Erlaubniß dazu gegeben.

Ew. Hochwohlgeboren können sich leicht meine Freude einbilden. Ich habe durch Major von Zastrow erfahren, daß dieselben krank waren. Ich hoffe, mein lieber Oberst, daß ich Sie wieder ganz gesund antreffen werde. Beiliegendes Schreiben bitte ich Sr. Majestät einzuhändigen.

Mein Bruder läßt Ihnen viel Schönes sagen und bittet Ihnen inständig den König auf den Paß bei Dahn, nach Rodalben, reflectiren zu machen, indem sich die Franzosen in dieser Gegend alle Tage verstärken.

Adieu lieber Freund. Verzeihen Sie mir, daß ich nicht selbst schreibe; indem die empfindende Freude mich zittern macht. Ich umarme Sie von Herzen und verbleibe, wie immer, Ihr treuer Freund und Diener Maximilian Pfalz-Graf.

Manheim d. 20. April 1793.

Auch die Oesterreicher unter Wurmser gingen jetzt bei Manheim über den Rhein, um endlich sich den kriegerischen Unternehmungen Preußens, unter dem Oberbefehl des Herzogs von Braunschweig, anzuschließen.

Rechter Ernst mit der Waffenbrüderschaft war es ihnen indeß noch nicht. Es fehlte z. B., wie schon erwähnt, den Preußen an dem zur Belagerung passenden Geschützen, welche dagegen die Oesterreicher mit sich führten. Auf das Ersuchen des Königs solche ihm zu überlassen, erhielt er eine abschlägige Antwort.

Wurmser hatte die Aufgabe, die auf beiden Ufern des Rheins begonnene Einschließung von Mainz zu decken.

Auf der Landzunge, die sich durch den Zusammenfluß des Rheins und des Mains bildet, war von altersher eine Schanze, wie es hieß noch aus der Schwedenzeit herrührend. Man nannte sie die Gustavsburg.

Die Verbündeten hatten dort nur eine schwache Besatzung, die Wichtigkeit des Punktes im Anfang unterschätzend. Die Franzosen überrumpelten das dortige Infanterie-Detachement und setzten sich in Besitz der Schanze. Preußischerseits wurde der Beschluß gefaßt den Fehler wieder gut zu machen.

*) Im Original vorhanden.

Der Oberst von Rüchel war freilich noch immer Flügeladjutant, befand sich aber um diese Zeit nicht in der nächsten Umgebung des Königs. Er erhielt jetzt den Auftrag die Gustavsburg wieder einzunehmen. Zu diesem Zweck wurde ein eignes kleines Corps formirt und seinem Commando unterstellt.

Von da an spielte die Gustavsburg, welche Rüchel eroberte und wo er sich festsetzte, eine bedeutende Rolle in der Belagerung von Mainz, die der Generallieutenant Graf von Kalkreuth, als Oberbefehlshaber, leitete.

Mit wohl angelegten Batterien bestrich der Oberst von Rüchel von da aus Kostenheim und die angrenzende Gegend und vertrieb den Feind aus der Nähe des preußischen Corps, welches unter General von Schönfeld von der Hochheimer Seite gegen Mainz operirte.

Auch die übrigen Rheininseln versah Rüchel, von der Gustavsburg aus, mit Schanzwerken, zu deren Besatzung er eine Verstärkung erhielt.

Nur eine von ihnen, der Bleiknopf genannt, blieb in Feindeshand, auch noch während der ersten Zeit, daß Rüchel in dieser Gegend das Commando führte, weil die verhältnißmäßig geringe Zahl der ihm zuertheilten Truppen, eine so weite Ausdehnung nicht zuließ. War der Wachdienst für sie doch ohnehin sehr beschwerlich und es blieben nur wenig Leute im Lager zurück, wenn die neue Ablösung nach der Schanze rückte.

Unter einem weniger geliebten Anführer wären diese großen Anstrengungen härter empfunden worden. Aber Rüchel verstand es Officiere wie Gemeine bei frischem Muth zu erhalten. Es herrschte trotz der nahen Gefahr und unter dem Feuer der Festungsgeschütze, auf der Gustavsburg ein munteres Leben. Auch sorgte er zu rechter Zeit reichlich, und mit Umsicht, für jedes Bedürfniß.

Galt es ungewöhnliche Entbehrungen zu ertragen oder die Ausführung eines besonders schwierigen oder gefahrvollen Unternehmens, so war er der Erste, der allen mit gutem Beispiel voran ging.

Das Werk auf der Gustavsburg bildete eine Sternschanze. In der Mitte desselben befand sich ein ziemlich großer Teich, umgeben von niederem Gebüsch und beschattet von einzelnen großen Eichen. Diese waren ein Bergungsort für viele Vögel, auch Nachtigallen. Das befiederte Völkchen gewöhnte sich bald an den Donner der Geschütze und ließ sich in seinem muntern Treiben ebensowenig stören, wie die Krieger, welche den Schatten des grünen Laubdaches mit ihnen theilten.

Jeden Abend um 10 Uhr erschien regelmäßig der Oberst von Rüchel mit einem seiner Adjutanten in der Schanze und zwar bei der Batterie des Hauptmanns Zorn und wer irgend sonst von den Officieren der Besatzung abkömmlich war, fand sich dazu.

Nachdem man einen Theil der Nacht in heiterer kameradschaftlicher Vereinigung zugebracht, legte man sich später, bis der Tag anbrach, im Freien zur Ruhe. Die schöne sommerliche Nachtluft war dazu einladend genug.

Ein Gegenstand häufiger Scherze war der Zorn des Hauptmanns Zorn, über ein treffliches französisches Geschütz. So wie es aufblitzte war die Kugel auch schon an der Stelle, auf die es gerichtet worden war. Zorn hatte diesem unbequemen Gast einen merkwürdigen Namen beigelegt. Er nannte ihn der „Strohschneider".*)

Die feindlichen Geschütze waren überhaupt nicht seltene Gäste auf der Gustavsburg, ohne daß man ihrer besonders achtete. Man legte sich um zu schlafen dicht an die Brüstung nieder und hielt sich da für gesichert, obgleich die Schießscharten schon den Kugeln freien Durchgang gestatteten.

Eines Morgens schlief Rüchel länger als gewöhnlich, gegen die Brustwehr gelehnt und in seinen Pelz gehüllt. Seine Adjutanten, welche die aufgehende Sonne früher geweckt hatte, umstanden ihn, seines Erwachens harrend. Jetzt glaubten sie diesen Augenblick gekommen. Er wandte den Kopf zur Seite, aber ohne sich zu ermuntern. Das sollte bald auf sehr unvorbereitete und sehr unsanfte Art geschehen, denn einige Augenblicke später sauste eine Kugel durch die gegenüber liegenden Schießscharten, grade auf die Stelle einschlagend, wo noch soeben des Obersten Kopf gelegen hatte.

Rüchel sprang, von Erde und Sand überschüttet, rasch mit der Frage in die Höhe:

„Was war das, meine Herren?"

Man zeigte ihm die Stelle wo die Kugel aufgesetzt und wünschte ihm Glück.

Der Hauptmann Zorn aber rief wüthend:

„Das ist der verfluchte Strohschneider. Artilleristen, allons, alle Hunde auf ihn losgelassen!"

Er richtete darauf eigenhändig seine sämmtlichen Geschütze auf die Schießscharte des Strohschneiders.

Vermuthlich war das feindliche Geschütz in wenig Minuten demontirt, denn von da an wurde man nicht mehr durch so gut gezielte Kugeln incommodirt.

*) Alle diese kleineren detaillirten Mittheilungen stammen von dem späteren Oberst v. Brixen, der während dieser ganzen Compagne Rüchels Adjutant war. Auch später 1806 und 1807 war Brixen Rüchel attachirt. Er starb als Oberst und Commandant von Stettin noch vor 1840.

So ernst und genau es Rüchel mit dem Dienst nahm, so suchte er durch jede zulässige Erleichterung seine Härte zu mindern. Die Besatzung der Gustavsburg machte vor Niemandem Honneurs, die Wachen durften kochen und Karten spielen. Man lebte wie im Lager. Nur daß keiner das Gewehr von sich lassen durfte. Es war überhaupt ein patriarchalisches Verhältniß, was Vorgesetzte und Untergebene verband, sobald Rüchel, durch ein längeres sich Einleben mit einer Truppenabtheilung, seinen Einfluß durchgreifend geltend machen konnte. Die zutrauliche Freundlichkeit, die seinem Wesen eigen, theilte sich auch bald seinen Untergebenen mit. Seine große Freigiebigkeit trug auch nicht wenig dazu bei, die Herzen für sich zu gewinnen. Freilich ließ diese seine eigenen Finanzen, bis an sein Lebensende, nie auf einen grünen Zweig kommen. Unbemittelten Offizieren, die ihre Pferde verloren hatten, schenkte er wohl neue. Die Husaren hatten Anweisung, die besten Beutepferde für ihn zu diesem Zweck aufzubewahren, was sie gern thaten, da er sie gut bezahlte.

Rüchel's Diensteifer wie seine Pünktlichkeit, dazu eine ihm angeborne Heftigkeit waren in der Armee bekannt und es kam wohl vor, daß Truppen, die seinem Corps zugetheilt wurden, nur ungern ihrer Bestimmung folgten. Aber gar bald hatte er die Herzen für sich gewonnen und man sah ihm untergebene Commandeure mit Thränen von ihm scheiden.

Der Baron von der Golz sagte einmal zu einem der Rüchel'schen Adjutanten:

„Bei Euch geht es kurios zu. Unter dem Gewehr ist der Befehlshaber ein Bassa von den drei Roßschweifen und außer dem Dienst ist alles Herr Bruder, so daß man nicht unterscheiden kann, wer befiehlt und wer gehorcht.“

Vom großen Belagerungscorps wurden verschiedene Versuche gemacht, die Verbindungsbrücke zwischen Castell und Mainz zu zerstören, welche indes mißlangen. Aber eine schwimmende Batterie wurde bei dieser Gelegenheit absichtslos an die Insel, der Bleiknopf genannt, getrieben, welche, wie schon erwähnt, noch in Besitz der Franzosen war. Die Besatzung hielt dies für einen Angriff und verließ die Insel, sich nach Mainz zurückziehend. Rüchel, inzwischen verstärkt, hatte nichts Eiligeres zu thun, als sich nun dort festzusetzen.

Er legte Verschanzungen und Batterien an, aus denen bei der größeren Nähe, weit wirksamer die Stellung des Feindes beschossen werden konnte. Diesen umsichtigen Anstalten hatte man besonders die Eroberung von Kostenheim und die endliche Capitulation von Mainz zu danken.

Rüchel wurde für den wesentlichen Antheil, den er an diesem glücklichen Erfolge genommen, zum General-Major außer der Tour ernannt.

Hier ist noch zu erwähnen, daß Rüchel, auch schon um diese Zeit, wie in späterer, von seinem Monarchen zu diplomatischen Missionen benützt wurde.

Als das Belagerungscorps von Mainz sich nach erfolgter Uebergabe auflöste, wurde Rüchel, welcher seine ihm unterstellte Truppenabtheilung behielt, in die Nähe von Dürkheim gesandt und schlug auf einige Tage seine Wohnung in dieser Stadt selbst auf. Dort gefiel es ihm und seinen Mannschaften sehr wohl, da die Einwohner auf alle Art ihre Freude äußerten, durch die preußische Einquartirung einen Schutz gegen das Vordringen der Franzosen zu haben.

Ohne einen wehmüthigen Eindruck mit sich zu nehmen, sollte Rüchel indeß diesen Ort nicht verlassen.

Es wurde ihm erzählt, daß ein emigrirter französischer General-Lieutenant dort lebe. Rüchel, dessen Sinn es entsprach, das Unglück zu ehren, ließ die Erlaubniß erbitten dem heimathslosen Cameraden einen Besuch abstatten zu dürfen.

Er fand einen durch die Jahre und den Kummer wie auch wohl durch manche Entbehrung gebeugten Krieger, dessen einst glänzende Uniform jetzt abgetragen und fadenscheinig war. Das trotzdem sehr ehrwürdige Aussehn der ganzen Erscheinung wurde durch eine Fülle von weißen Haaren vermehrt, welche sein Haupt schmückten. Aber womit fand er den Greis beschäftigt? Er stickte auf weißer Seide, an einem Rahmen sitzend, die schönsten Blumen, in den frischesten naturgetreusten Farben und mit dem, was ihm der Verkauf dieser Arbeiten eintrug, fristete er sein Leben!

Rüchel, vom tiefsten Mitleid ergriffen, leerte seine Taschen, so daß er, um den Bedürfnissen der nächsten Tage zu begegnen, Geld von seinem Adjutanten borgen mußte, bis dann neue Zuschüsse das Verschenkte ersetzten. Er kaufte dem Greise alles ab, was er von diesen Erzeugnissen seines Fleißes vorräthig hatte, bestimmte aber selbst den Preis. Lange wurden diese Andenken an den alten Herrn von Dürkheim aufbewahrt und die Geschichte, wie dieselbe in Rüchels Hände gekommen, wurde nach seinem Tode oft seinen Enkeln erzählt.

Von dort aufbrechend, bezog er Cantonements bei Neustadt an der Hardt und dann noch mehr in die Nähe von Landau sich ziehend, bei Roth. —

Hier folgte eine längere Ruhezeit, die Rüchel zu Waffenübungen benutzte. Wenn er auch gern, während des Krieges, den Truppen den Dienst so viel es anging erleichterte, so sorgte er auch stets für hinlängliche Beschäftigung, wenn Zeiten eintraten, wo die Arbeit nachließ. Bei einem so verschiedenartig zusammengesetzten Corps, wie das, welches unter seinem

Befehl vereinigt war, trat eine erhöhte Nothwendigkeit ein, die Zügel nicht schlaff werden zu lassen. Nur so konnte er ohne Strafen zu verhängen, die Disciplin aufrecht erhalten. Jene zu vermeiden, darauf nahm er besonders Bedacht.

Ein sehr gelungenes Manöver, im Beisein des Königs, zeigte demselben, daß sein früherer Flügeladjutant über die großartigen Aufgaben, mit denen er in letzter Zeit beschäftigt gewesen war, auch nicht die Treue im Kleinen vergessen hatte.

Nach der Schlacht von Pirmasens, wo der kriegserfahrne Herzog von Braunschweig den jugendlichen Republikaner Moreau (nicht der welcher bei Dresden später rühmlich fiel) geschlagen hatte, lösten die preußischen Truppen die Oesterreicher bei der Blockade von Landau ab. Den Oberbefehl übernahm der Kronprinz (nachmals Friedrich Wilhelm III.) und Rüchels Corps gehörte mit dazu. Ihm wies man eine Stellung am rechten Ufer der Queich an, zwischen Offenbach und Imfingen.

Bei der ersten unternommenen Terrain-Recognoscirung, überzeugte sich Rüchel sogleich, daß die häufigen Ueberfälle, die seine Vorgänger beunruhigt hatten, weniger eine Folge der ungünstigen Situation als der mangelhaften Vorschriftsmaßregeln waren.

Noch während der Anwesenheit des Königs dictirte er sogleich seinem Adjutanten die Disposition zum Einrücken der Truppen und die Vorpostenstellung. Er bestimmte die Grenzen des Lagers und den Ort wo Schanzen anzulegen seien. Bei seiner Rückkehr ins Quartier ließ er Bauern zur Schanzarbeit requiriren.

Es war am 18. September, als Rüchel alle diese Vorbereitungen, für die Sicherheit seiner Stellung, beendet hatte und seine Truppen dieselbe beziehen konnten.

Auch jetzt war der König zugegen und sprach wiederholt seine Zufriedenheit aus. Zum letzten Mal sah hier Friedrich Wilhelm II. seine Preußen im Felde. Die längst beschlossene Rückkehr nach Berlin stand nahe bevor.

Bewegt nahm er von dem General Abschied und sprach demselben wiederholt seine Anerkennung über seine bisherigen Leistungen aus. Dann versammelte er das Officier-Corps. Auch den Gemeinen rief er „Lebt wohl Kinder“ zu. Ein dreimaliges „Hoch“ donnerte ihm nach.

Sehr bald darauf bot sich dem General Rüchel Gelegenheit, die Tüchtigkeit seiner Lagerverschanzung, namentlich des bei Merlheim angelegten kleinen Forts, zu erproben.

Der Feind versuchte verschiedene Ausfälle, wurde aber stets, mit nicht unbedeutenden Verlusten, abgewiesen.

Um diese Zeit erhielt der General Rüchel das Regiment von Wegner. Das Capitulationsdocument, mit diesem Namen wird die Urkunde im Original bezeichnet, ist aus Berlin vom 1. Oktober 1793 datirt und bald nach der Rückkehr des Monarchen ausgefertigt.

Es mag hier in wörtlicher Abschrift einen Platz finden.

Wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden, König von Preußen, Markgraf von Brandenburg, des heiligen Römischen Reichs Erzkämmerer und Kurfürst u. s. w., thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Nachdem wir durch den erfolgten Tod, des bei der Affaire auf dem Vikarsberg gebliebenen General Major von Wegner sich eröfneten Infanterie Regiment wiederum zu disponiren und dasselbe unserm General Major Ernst Wilhelm von Rüchel wegen seiner ausgezeichneten und vorzüglichen Dienste, in dem gegenwärtigen Kriege, als einem besonders verdienten Officier zu verleihen allergnädigst resolviret haben. So thun Wir das euch übergeben und conferiren Unserm General Major von Rüchel, das jetzt besagte Wegnersche Regiment, hiermit und kraft dieses, und wollen demselben darüber nachfolgende Capitulation ertheilen.

1.

Soll gedachtes Regiment zu Fuß seinen, Unsers General Major von Rüchel Nahmen künftig führen, und alle dabei sich befindenden die hohe und niedere Officiers und Gemeine, Ihm als ihrem vorgesetztem Chef und Obristen, allen schuldigen Respect und Gehorsam erweisen.

2.

Welchemnächst Er davor Sorge zu tragen, daß dieses Regiment jedesmahl in gutem und completem Stande und kein Plaz von einem Gemeinen zum längstem in Friedens Zeiten über acht Tage vacant bleiben, sondern noch ehe, wenn es möglich, wieder besetzt, Officiere so wohl als Gemeine zu Beobachtung ihrer Schuldigkeit angewiesen auch dasjenige, was auf sie an Sold, Verpflegung, Unterhalt, Proviant oder sonst von Zeit zu Zeit gereicht und gezahlet wird, denselben sammt und sonders, ohne unzuläßige Abzügen, entrichtet werde.

3.

Wir verleihen auch Unserm General Major von Rüchel bei diesem Regiment die Jurisdiction in Civil und Criminal Sachen, und wird Er dasjenige, was Recht und Billigkeit nach Unsern Kriegs-Artikeln mit sich bringen, jedesmahl bei Vorfallenheiten zu decidiren und zu verabscheiden wissen, jedoch hat derselbe vor Publication und Execution der Urtheile, in Sachen, so die Ober-Officiere des Regiments betreffen, wie auch in allen und jeden Sachen, die Lebensstrafe nach sich ziehen, als bei Homi-

cidial, Duel und dergleichen Capital-Verbrechen, wenn vorher durch ein besetzt gewesenes und vereidetes Kriegs-Recht darüber gesprochen worden, Uns die verhandelten Inquisitions-Acte, nebst den darauf abgefaßten Sprüchen zu weiteren Verordnungen einzusenden. Alle übrigen bei dem Regiment abgefaßten Urtheile aber, welche auf Gassenlaufen oder andere Arbitrair-Strafen ausfallen, solche soll unser General Major von Rüchel, ohne darüber vorher Unsere Confirmation einzuholen, zur Exekution bringen zu lassen befugt sein.

4.

Im Fall auch ein oder der andere Officier bei vorgedachtem Regiment, ihrer so weit vergäßen, daß sie wider Unsern Articuls-Brief handelten oder sonst durch andere grobe Excesse sich vergriffen, so hat Unser General Major von Rüchel zwar Macht dieselben zu suspendiren, nicht aber zu cassiren und muß allemahl davon Uns berichtet werden.

5.

Soll Unser General Major von Rüchel sich äußerst angelegen sein lassen, daß unsern Reglements von Ober-Officieren so wohl, was Einquartirung, als Marsch und Werbung anbelangt, auf das aller genauste nachgekommen werde, damit Unseren Landen alle Excesse vermieden und Unsern Unterthanen, an deren Wohlfart die Conservation unsers Kriegs-Etas hanget, beibehalten werde welches Er allen Subalternen auf das Schärffste einzubinden.

6.

Wenn von diesem Regiment Officiere oder Gemeine vor dem Feind bleiben, oder sonst mit Tode abgehn, deren Verlassenschaft bleibt, Kriegs-Gebrauch nach, deren nächsten Anverwandten.

7.

Die Beschädigten und Blessirten von obigem Regiment, werden Wir Uns nach Befinden jedesmahl allergnädigst annehmen und dieselben mit nothdürftigen Lebens-Mitteln versehn lassen.

8.

Da Wir auch den Regimentern eine deutliche Ordnung vorschreiben lassen, wie dabei im Urteil und sonst in ein und andern gehalten werden soll. Alles wird Unser General Major von Rüchel derselben in allen Stücken, bei diesem ihm untergebenen Regiment, nachzukommen geflissen sein, so wie Unser Reglement lautet und es vorschreibt.

9.

Alles was obgedachtes Detail angeht davon muß direct an Uns berichtet werden, worauf Wir einem jeden mit behörigen Orders versehn lassen.

10.

Und wie wir bei Strafe der Cassation durchaus nicht wollen, daß denen Neubestellten Officiers hinkünftig weitere drei Monathe von ihrem Tractament abgezogen und einbehalten werden sollen. Allermaßen bei Abgang eines oder des anderen Officiers und in Fällen wenn Wir dessen Stelle nicht gleich wiederum besetzen, das Tractement bei der Regimentskasse zu verwahren, und solches dem neuen Officiere, bei Ankunft im Regiment daraus auszuzahlen ist. So hat mehrgedachter unser General Major der von Rüchel auch dieses bei obigen Regiment dergestalt zu observiren und bei Vermeidung obgedachter Strafe der Cassation von dem sich erledigenden Tractement Geldern, nichts einbehalten zu lassen.

Und wir Friedrich Wilhelm von Gottes Gnaden König von Preußen übergeben also und jetzt gedachtermaßen obgemeldetes Regiment zu Fuß an Unsern General Major von Rüchel, geloben und versprechen Ihm auch alles und jedes, was oben steht und daß wir ihn bei allen Prärogativen und Emolumenten so bisher sind gebräuchlich gewesen, schützen und dieselben ihm genießen lassen wollen. Zu dessen mehreren Urkunde haben Wir diese Capitulation Eigenhändig unterschrieben und mit unserm Gnaden Siegel bedrücken lassen. So geschehn und gegeben Berlin den 2. Oktober 1793.

L. S. (gez.) Friedrich Wilhelm.

Capitulation auf das Wegnersche Regiment für den General Major von Rüchel.

Rüchel, der seine heimathliche Provinz so sehr liebte, war die Verleihung grade dieses Regimentes, als eines altpommerschen, besonders erfreulich.

Doch wir kehren zu den Ereignissen von Landau zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Ugo Foscolo und sein Roman „die letzten Briefe des Jacopo Ortis“.

In dem kurzen Zeitraume eines Jahres hatte Bonaparte (1796—97) Oestreichs Heere aus dem nördlichen Italien hinausgetrieben, Schritt für Schritt war der Gegner gezwungen worden, den mit zäher Tapferkeit vertheidigten, mit Blut und Leichen gedüngten Boden aufzugeben, bis es endlich feststand, daß das Schicksal der Polandschaft nicht mehr dem Willen des deutschen Kaisers unterworfen, sondern von dem Machtgebote der französischen Republik abhängig sein sollte. Mit der kriegerischen Aufgabe war zugleich die zweite, organisatorische, von Bonaparte in die Hand genommen, denn es galt nicht blos durch kühne Waffenthaten äußerlich Frankreichs Uebergewicht darzuthun, sondern auch durch eine zweckentsprechende innere Umgestaltung die Machtsphäre der Republik über die eroberten Gebiete auszudehnen, deren Kräfte nutzbar zu machen und für neue Unternehmungen einen festen Stützpunkt zu gewinnen. Nur in diesem Sinne ist Bonaparte in Italien als Organisator thätig gewesen, so laut er auch in seinen Proclamationen den Anbruch der neuen Freiheitsaera den Bewohnern verkündete. Eine gewisse Meisterschaft auch in der Erfüllung dieser Aufgabe kann ihm nicht abgesprochen werden. Mit dem Vorrücken der Franzosen erfolgte der Umsturz des alten Regiments unmittelbar, und die Bevölkerung, nach dem Abzuge der Oesterreicher der Gewalt der Sieger wehrlos preisgegeben, fügte sich seinen Verordnungen meist ohne ernsten Widerstand. Wo man aber den französischen Requisitionen gegenüber eine Neigung zeigte, sich zu widersetzen, wie es beispielsweise in Pavia geschah, da wußte Bonaparte auf das Wirksamste kundzuthun, welches Schicksal ähnlichen Versuchen bevorstände. Sechsunddreißig Stunden lang ward die Stadt der furchtbarsten Plünderung preisgegeben. Um aber den Franzosen in der italienischen Bevölkerung Sympathieen zu erwecken und die öffentliche Meinung in die gewünschte Richtung künftiger Gestaltungen hineinzuleiten, begann gleich von Anfang her die Arbeit einer umfassenden Propaganda für die neuen Freiheitstheorieen, die sich bald

auf die der Lombardei benachbarten Gebiete ausdehnte; bemerkenswerth ist dabei, daß man die Stimmung, welche erst hervorgerufen werden sollte, mit klugem Kunstgriffe überall als bereits vorhanden voraussetzte. Wo aber, wie in Genua, der Terra firma und vor Allen in Venedig selber, diese Agitation eine Reihe von ernsten Unruhen gegen die fremden Befreier und Beglücker hervorrief, hatten diese Vorfälle immer nur den Ausgang, daß französischen Besatzungen die Aufgabe zufiel, den widerwilligen Theil der Bewohner Fügsamkeit zu lehren und unter Drohungen niederzuhalten. Daß man durch die verfügten Erpressungen, durch die verhängten Gewaltmaßregeln, sowie späterhin durch den Bruch gegebener Versprechungen den Unwillen und den Haß der Beraubten, Unterdrückten und Getäuschten sich zuzog, wurde im Gefühle militärischen Uebergewichts unbeachtet gelassen, und in den Berichten über die öffentlichen Zustände ward mit hochtönenden Phrasen immer nur von dem unwiderstehlichen Freiheitsmuthe der siegreichen Söhne Galliens und von dem heißen Verlangen der unter dem Joche der Fremdherrschaft geknechteten Bevölkerung nach dem Geschenke einer republikanischen Regierungsweise geredet. Grade wie man in den Siegesbülletins und Schlachtenberichten die mannigfachen Verlegenheiten des Heeres und des Führers, das oftmals bedenkliche Schwanken der Entscheidung zu Gunsten der französischen Waffen mit Stillschweigen übergangen, dagegen den Kampfesmuth der gallischen Legionen und das göttliche Genie des „Heldenjünglings“ Bonaparte in überschwänglichen Worten gerühmt hatte, so wurden die entstehenden Schwierigkeiten, in dem abgeneigten Verhalten der Befreiten, in der üblen Wirkung der angewandten Maßregeln und der Ausartung der Agitationen, immer nur auf praktischem Wege beseitigt, während in Proclamationen, Zeitungsartikeln und in Reden die Wohlthaten der neuen Freiheit gepriesen wurden.

Die Geschichte jener Tage, soweit sie die inneren Verhältnisse Cisalpiniens und der angrenzenden Gebiete betrifft, ist vorwiegend eine Geschichte dieser Agitation zu Gunsten der von Frankreich über die Alpen verpflanzten Freiheitsideen und zugleich zu Gunsten des in Italien zu begründenden französischen Uebergewichts. Als ihr nächstes Ziel galt die Aufrichtung republikanischer Verfassungen nach dem Muster der französischen Staatsform; aber auch der Verlauf der Bestrebungen im Dienste dieses Zieles war demjenigen ähnlich, den die Lage der Dinge fortschreitend in der französischen Republik genommen hat, nur ward diese in Italien noch dadurch verschlimmert, daß an die Stelle der einen Fremdherrschaft eine neue gesetzt wurde und zwar eine, unter deren Vormundschaft nicht sogleich geordnete Zustände erblühen konnten, sondern die äußerste Verwirrung und Gesetzlosigkeit entstehen mußte, bis es der neu sich bildenden

monarchischen Gewalt Bonapartes gelang, die im Hader der Parteien aufgelösten Elemente kräftiger zusammenfassen.

Die Uebung, welche sich französische Agenten und Emissäre in der Aufreizung der Massen zuvor im eigenen Lande angeeignet, und die Kenntniß der Mittel, welche sich zu diesem Zwecke wirksam gebrauchen lassen, kam ihnen hier zu Statten; günstig war auch der Umstand, daß die Italiener vermöge ihres leichten Blutes und ihrer lebhaften Phantasie für Bonaparte's wohlberechnete Worte und die sinnberauschendes Festgepränge rasch empfänglich waren. Um die Handhabung dieser Mittel zu erleichtern und ihre Wirkung zu verstärken, ward die Presse freigegeben und die Bildung von Vereinigungen oder Clubs gestattet. In der Geschichte bot sich der Vergleich zwischen Vergangenheit und Gegenwart in erwünschter Weise dar, um die überraschenden Vorgänge, mit denen die neue Freiheit sich einführte, in das glänzendste Licht zu stellen: die Schlachten aus den Zeiten, wo das Römerschwert Nationen auf Nationen bezwang, wurden in lebhaften Schilderungen vorgeführt, die Erfolge des lombardischen Städtebundes gegen die Hohenstaufenkaiser als Siege der Freiheitskämpfer über die fremden Eroberer gerühmt, um durch diese Erinnerungen den neuen Befreiungsthaten die nöthige Weihe zu geben, die Namen griechischer und römischer Krieger und Gesetzgeber wurden rühmend genannt, um den „Heldenjüngling", dessen gewaltiger Genius über die nordischen Barbaren triumphierte und neue Staaten entstehen ließ, mit ehrenden Beinamen zu schmücken. In Reden und Schriften ward an die Weltherrschaft Roms erinnert, der Freiheitssinn und die Bürgertugenden der Vorfahren dem lebenden Geschlechte als Muster vorgehalten; Bonaparte selbst suchte in seinen Proclamationen die Vorbilder seiner Thaten unter den ruhmreichen Feldherren und Staatsmännern des Alterthums und verkündete, daß er gekommen sei, die Herrschaft der Tyrannen zu brechen und das Capitol wieder aufzurichten.

Bald fehlte es nicht an Schwärmern und Bewunderern; Eiferer und Industrieritter stellten sich den Franzosen zur Verfügung, die einen von dem Klange der Freiheit berauscht und von Enthusiasmus für die republikanische Tapferkeit hingerissen, die andern von den weniger edlen Motiven des Eigennutzes und der Ehrsucht angetrieben, sie alle halfen in den Gemüthern die Vorstellung und Zuversicht erwecken; alle diese Wunderthaten französischen Heldenmuthes geschähen einzig zum Wohle Italiens. Am leichtesten war die Jugend in diese Stimmung hineingerissen, der weniger begüterte Theil der Adelsfamilien hoffte auf einträgliche Aemter und suchte Gelegenheit, sich auszuzeichnen; aus denselben oder ähnlichen Gründen wandten sich die Literaten den öffentlichen Angelegenheiten zu, ihnen eröff-

nete sich hier ein ganz neues Feld, während Dichtung und Wissenschaft bisher nur in den engen Kreisen des Privat- oder Hoflebens sich bethätigt hatten. Im venetianischen Gebiete dienten die Fremden, die aus Dalmatien oder von den Inseln herübergekommen waren, den französischen Plänen am eifrigsten. Wenig bedeutend ist überall die Zahl der Neuerer, aber um so lebhafter ihr Eifer, um so dreister ihre Rede, ihr Betragen um so kecker, weil sie sich unter dem französischen Schutze sicher fühlen.

Welchen Einfluß die Presse auszuüben vermag, um die Aufregung unter die Massen zu werfen, hatten die neuen Gewalthaber zur Genüge in Frankreich aus Erfahrung kennen gelernt, deshalb wurden gleich beim Beginn der Occupation des oberen Italiens die Schranken, welche dieselbe einengten, beseitigt. Eine Anzahl neuer Zeitungen tauchte sofort auf, in ihren Titeln schon die Richtung verkündigend, in der sie auf die öffentliche Meinung wirken sollten. Auch sie thaten das Ihrige, um mit den üblich gewordenen Wendungen und Schlagwörtern die republikanischen Ideen zu verbreiten, mit antiken Reminiscenzen die Freiheitsbegeisterung zu entflammen, den Tyrannen den Tod zu drohen und die Neugestaltung des Staates, wie sie von Bonaparte beabsichtigt war, zu fördern. Man ließ sie gewähren, so lange es für nützlich befunden wurde, als sie aber dem Muster der Jacobiner folgend zu den extremsten Consequenzen ihrer Freiheits- und Gleichheitstheorieen fortschritten und dem französischen Uebergewichte gefährlich zu werden anfingen, unterdrückte man sie, ohne Umstände zu machen. Aehnlich erging es den politischen Vereinigungen; auch diese waren als revolutionierende Werkzeuge ins Leben gerufen worden, nicht selten unter einem Namen, der an sich einen guten Zweck hätte bezeichnen können, wie die „Gesellschaft zur öffentlichen Unterweisung“ in Mailand; sie waren für die Verbreitung der neuen Doctrinen durch Reden und Schriften thätig und in gewissem Sinne wirklich eine Vorbildungsstätte für die Wortführer der politischen Parteien, zugleich die Sammelpunkte, von denen aus die Agenten ihre Weisungen empfingen; auch sie wußte man anfangs gut zu benutzen, nachher fand sich der Vorwand leicht, unter dem sie aufgelöst wurden.

Gelang es durch diese Agitationsmittel einen Theil der Bevölkerung für die politischen Neuerungen zu gewinnen, so mußte der Zeitpunkt eintreten, wo es geboten war, das erwachende Verlangen nach festen Institutionen zu befriedigen. Bei den Schritten, die hierzu gethan wurden, verfolgte Bonaparte wiederum den doppelten Zweck, einmal bis zu einem gewissen Grade dem Nationalgefühl der Italiener zu schmeicheln und doch die Einrichtungen so zu treffen, daß die französische Republik immer den maßgebenden Einfluß behielt. Die östreichische Herrschaft hatte in den ihr unter-

thänigen Gebieten niemals eine eigentliche Heeresmacht ausgebildet. Unter Karl VI. gab es nur ein italienisches Regiment, das sich aus Söldnern und zwar aus den untersten Classen zusammensetzte; als Maria Theresia 1759 eine Aushebung versuchte, flüchteten die jungen Leute, und Joseph II. nahm Lombardien ausdrücklich von der Aushebung aus. Als dann Franz II. zur Ergänzung der beiden italienischen Regimenter Belgiojoso und Caprana eintausenddreihundert Rekruten verlangte, erbot sich der Staat statt dessen 10000 Zecchinen jährlich, bis der Friede geschlossen wäre, zu leisten. Auf Bonapartes Befehl ward sogleich zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den Städten eine Nationalgarde errichtet, ferner ward neben der polnischen eine lombardische Legion gebildet, die nachher die cispadanische, später die cisalpinische hieß und zu der auch den Angehörigen anderer italienischer Staaten der Eintritt gestattet wurde. Der Stolz der Italiener sollte sich dadurch gehoben fühlen, daß man die Söhne des Landes an den glorreichen Waffenthaten der Franzosen Theil nehmen sah, und für die Zukunft sollte diese Legion die Anfänge eines eigenen nationalen Heeres bilden, dessen Bestimmung es wäre, die Grenzen des Vaterlandes und seine Freiheit zu vertheidigen. Den passenden Führer dieser Truppen glaubte Bonaparte in dem General Lahoz gewählt zu haben, und dieser leistete in der Aufwiegelung der angrenzenden Landschaften nicht unbedeutende Dienste, später jedoch nahmen die Cisalpinier die angedeutete Bestimmung ihrer Heeresmacht allzusehr für Ernst und grollten der französischen Staatskunst, welche nach dem Friedensschlusse 20,000 ihrer eigenen Soldaten den Schutz der jungen Republik überließ.

Die Verwaltung der eroberten Gebiete war einer von Bonaparte eingesetzten General-Administration der Lombardei übertragen worden, bis die definitive Verfassung aufgestellt wäre. Dem Entwurfe der Letzteren widmete er während der Waffenruhe vom April bis Oktober 1797 seine persönliche Aufmerksamkeit, und obwohl er jeden Punkt seiner eignen Entscheidung vorbehielt, so erschien es ihm doch zweckmäßig, einerseits den angesehensten Männern des Adels dadurch Vertrauen zu erweisen, daß er sie in die wichtigsten Aemter berief, andrerseits die Vertreter der Wissenschaft heranzuziehen, damit sie sich an der Regelung des Staates und der Entwickelung seiner Institute betheiligten. Nicht unbeachtet darf es bleiben, daß grade unter der östreichischen Herrschaft eine neue Schule des Staatsrechts sich gebildet hatte, an deren Spitze in Mailand Beccaria und Pietro Verri, Männer von europäischem Rufe, standen. Ihre Bestrebungen, humanere Grundsätze in die Handhabung der Gesetze einzuführen, wie die Pflege der volkswirthschaftlichen Interessen zu fördern, hatten unter Beihülfe einer freisinnigen Regierung heilsame Reformen

und nützliche Einrichtungen hervorgerufen, überhaupt war von ihnen eine wirksame Anregung der staatsrechtlichen Studien ausgegangen, so daß diese an den Universitäten Italiens einen hohen Aufschwung genommen und eine Anzahl tüchtiger Vertreter gewonnen hatten. An diese wandte man sich jetzt, daß sie durch Gutachten und Rathschläge bei der Constituierung der cisalpinischen Republik mitwirkten und in der Verwaltung einflußreiche Stellen übernähmen. Bei der Lösung der Preisaufgabe, welche von der Generaladministration über die Frage gestellt worden war: Welche Verfassung für Italien am besten sich eigne, betheiligten sich unter 52 Concurrenten Fantuzzi und Gioja; der Erstere erwarb sich für seine Arbeit eine ehrenvolle Erwähnung, während der Letztere den Preis erhielt. Melchiorre Gioja, hochgeachtet als Staatsökonom und Begründer der Statistik in Italien, befürwortete damals eine der französischen nachgebildete Verfassung. Obwohl er die Einheit und Unabhängigkeit Italiens als einer der Eifrigsten verfocht, ließ er sich doch, mit richtiger Einsicht in die Umstände, zu dem Zugeständnisse bewegen, daß unter den Fremdherrschaften die der Franzosen dem italienischen Volkscharakter am meisten conform und am erträglichsten sei.

Die Ausarbeitung des neuen Verfassungsentwurfes ward alsdann einer Commission von Zehnmännern übertragen (die Anspielung auf die römischen Decemvirn war gewiß nicht unbeabsichtigt), zu ihnen zählte der berühmte Mathematiker Gregorio Fontana, Professor zu Pavia, der auf Bonapartes besonderen Wunsch für das wichtige Geschäft gewonnen war. Das Resultat der Bemühungen dieser Zehn war kein anderes, als daß die französische Directorial-Constitution für die cisalpinische Republik acceptirt wurde. Am 9. Juli 1797 erlebte dann unter Bonapartes Anwesenheit Mailand das glänzende Schauspiel der Einweihung dieser Verfassung; unter dem Donner der Kanonen, dem Geläut der Glocken, mit fliegenden Fahnen und mit den zugehörigen republikanischen Reden ward sie dem Volke Cisalpiniens verkündigt.

Die Leiter der Republik waren zunächst durch Bonaparte sebst ernannt, wie überhaupt die Besetzung aller wichtigeren Magistrate durch ihn verfügt war, dabei trug er Fürsorge, daß bei der Auswahl der geeigneten Persönlichkeiten die größeren Städte gleichmäßig berücksichtigt wurden, damit sich auch hierin die Verbrüderung der italienischen Staaten erkennen ließe. Dann erfolgte der Friedensschluß von Campo Formio, die Grenzen der neuen Republik waren darin festgestellt, die Vereinigung der Legationen, der Emilia und Mantuas und mehrerer Striche des venetianischen Gebietes mit derselben verfügt; ein besonderer Artikel gestattete den Venetianern, welche der östreichischen Herrschaft nicht dienen

mochten, die Cisalpina zu ihrem neuen Vaterlande zu erwählen, und verhieß ihnen die Aufnahme in das volle Bürgerrecht. Im November 1797 trat die Verfassung mit der Eröffnung der gesetzgebenden Versammlung in Wirksamkeit. Bonaparte nahm für sich den stolzen Namen eines Begründers der neuen Republik in Anspruch; die Abschiedsworte, die er vor seiner Rückkehr nach Frankreich in einer Proklamation an dieselbe richtete, sprachen sehr deutlich aus, daß er ihr das Geschenk der Freiheit verliehen, daß die große Nation sich berufen fühle, dieselbe in Italien zu schützen, und daß das Schicksal beider Republiken, der gallischen und der cisalpinischen, künftig aufs Engste verknüpft sein werde. Seine Person hatte in allen vorangegangenen Kämpfen, in den erfolgten Umwälzungen, in den jetzt bewirkten Neuerungen die Hauptrolle gespielt, zu dem Ruhme eines Kriegshelden hatte er den des Gesetzgebers gefügt, seinen Bewunderern erschien er als der schützende Genius des neu geschaffenen Staates. Einen scharfen Mißton in die Begeisterung für den giovane eroe, der, weil er aus italienischem Blute entsprossen, zu Italiens Befreiung berufen zu sein vorgab, hatte allerdings die Auslieferung Venedigs an die östreichische Erbmonarchie hineingebracht, selbst seinen Verehrern erschien diese als ein Akt schreiendster Gewaltthat und rücksichtslosester Willkühr, dennoch führten die folgenden Ereignisse noch einmal dahin, daß die, welche als Anhänger der neuen Ideen, seinen Plänen gedient hatten, die Rettung und das Heil Italiens wieder in ihm erblickten.

Unter den Stürmen des Jahres 1799 brach die innerlich haltlose cisalpinische Republik zusammen, dem aus Aegypten zurückkehrenden Bonaparte war es vorbehalten, dieselbe unter dem Namen der italischen wiederherzustellen, und durch die damit verbundene Verfassungsveränderung trat er selbst an ihre Spitze. Seitdem war Italien in die schweren Wechselfälle des Consulates und des Kaiserreichs unmittelbar hineingezogen. Nicht alle Gemüther fühlten sich in dieser abhängigen Stellung ihres Vaterlandes befriedigt, vielmehr bildete sich aus der Opposition gegen die französische Uebermacht der Gedanke von der Unabhängigkeit und Einheit Italiens heraus, und grade die Leidenschaftlichsten unter denen, die sich vorher zu Organen der revolutionären Agitation hatten brauchen lassen, wurden zu den eifrigsten Vertretern dieser großen nationalen Idee, die unter Kämpfen und Gefahren immer mächtigeren Anreiz gewann, bis sie endlich ihrer Verwirklichung entgegengeführt wurde.

Aus der aufwiegelnden Tagespresse, aus den schwungvollen Reden und Freiheitsgesängen übertrug sich die geistige Erregung auch in die ernstere Literatur, die soeben unter dem Einflusse der fremdländischen Dichtungen einen neuen Aufschwung begonnen hatte, sie übernahm es

fortan, den Einheitsgedanken zu pflegen und fortzupflanzen; Dichter und Schriftsteller blieben nicht frei von excentrischen Illusionen, aber sie leisteten dem Vaterlande einen unvergeßlichen Dienst, indem sie den Glauben an die Erfüllung der großen Hoffnung aufrechterhielten. Von den Tagen der Revolution bis in die Gegenwart reiht sich die Zahl eigenthümlicher Dichtercharaktere an einander, welche, mitten in der nationalen Bewegung stehend, oftmals auf das Lebhafteste an ihr betheiligt, diesen Einheitsgedanken unter den mannigfachsten Gestaltungen immer von Neuem ihren Landsleuten vorhalten, als das einzig zu erstrebende Ziel ihres Patriotismus. Mit Ugo Foscolo beginnt diese Reihe. Von ihm darf man behaupten, daß die Eigenart und die Richtung seiner poetischen Fähigkeit in der Gluthitze der Revolution gestählt worden sei; in seinen Schriften spiegeln sich nicht blos die Anfänge der nationalen Idee, sondern auch die Fortschritte und Rückschritte, welche sie in den einzelnen Phasen derselben gemacht, Begeisterung und Niedergeschlagenheit, welche mit einander wechselnd diesen gefolgt sind. Und eben deshalb, weil durch ihn die Einheit und Unabhängigkeit Italiens zur Richtschnur aller patriotischen Bestrebungen geworden ist, ehren die heutigen Italiener sein Andenken, auch diejenigen, welche seinem Verhalten und seinen Grundsätzen in Bezug auf die Erreichung des hohen Zieles die bewußte Klarheit und unbefangene Einsicht absprechen. Wenn aber in Deutschland die Aufrichtung des Königreiches Italien das höchste Interesse erregt hat, so ist auch Ugo Foscolo bei uns der Beachtung dadurch werth geworden, daß er durch Wort und Schrift zu dieser Errungenschaft mitgewirkt hat, und grade dasjenige seiner Jugendwerke, worin diese Mitwirkung sich am deutlichsten kundgiebt, sein Roman „die letzten Briefe des Jacopo Ortis", steht zu der deutschen Literatur in ganz naher Beziehung, weil er daher das Vorbild entlehnt hat. Damit haben wir zugleich die Hauptpunkte bezeichnet, deren Erörterung wir uns in Folgendem zuwenden möchten: die Entstehung des Romans im Zusammenhange mit den politischen Umwälzungen am Ausgange des vorigen Jahrhunderts und sein Verhältniß zum Goetheschen Werther.

I.

Foscolo's politische Richtung in den Jahren 1797—1802.

In einem Alter von 18 Jahren war Foscolo 1797 mit zwei Dichtungen vor das Publikum getreten: in Venedig war es, wo er nicht nur wegen seines dichterischen Talents mit ihnen Beifall und Lob erntete, sondern auch wegen der darin enthaltenen politischen Ansichten das höchste Aufsehen erregte. Mit seinem Trauerspiele Tieste schloß er sich der

classischen Tragödie an, die eben durch Alfieri eine neue Stilform erhalten hatte, in der Sprache wie in dem Gedankengange lebten die starre Kraft, aber auch der gewaltige Tyrannenhaß und die umstürzenden Tendenzen des Meisters, und in der Ode auf Bonaparte den Befreier erhielten die letzteren noch eine bestimmtere Richtung, indem der Verfasser darin sich offen zu den Revolutionsideen bekannte und das Erscheinen der Franzosen als den Anfang der neuen Aera begrüßte.

Die Republik Venedig ging damals einer schweren Krisis entgegen: nach Außen durch die Neutralität schlecht geschützt, im Inneren schwankend geleitet, vermochte sie die anwachsende Unruhe ihrer Staatsangehörigen nicht mehr zu bemeistern. Die französische Agitation hatte auch hier sich einzudrängen gewußt und bereitete den aristokratischen Behörden durch Unterstützung der zuerst wenig zahlreichen, aber um so lauter lärmenden Opposition schwere Verlegenheiten. In Venedig selbst mußten die unruhigen Elemente, die man nothgedrungen verhaftet oder verbannt hatte, auf Bonapartes Befehl befreit und zurückgerufen werden, und zuletzt kam es dahin, daß die alten Magistrate ihre Aemter niederlegten, die Demokratie proclamirt und französischen Truppen die Aufrechterhaltung der Ordnung übertragen wurde. Damit waren der Nobilität die Zügel der Regierung aus den Händen genommen, angeblich sollte die Besetzung der Stadt nur so lange dauern, bis die Neugestaltung der Verfassung vollzogen wäre.

Daß der jugendliche Dichter an den Umtrieben der Demokraten lebhaft betheiligt gewesen, wird durch eine Reihe von Briefen aus der frühesten Periode bestätigt. Hat jemals seine Familie, wie er später in seinen Schriften behauptet, die Nobilitätsrechte besessen, so waren sie ihr seit lange verloren gegangen; diese galt es jetzt überhaupt umzustoßen, und persönlicher Ehrgeiz trieb ihn, seine Stimme zu Gunsten der Gleichberechtigung Aller zu erheben. Weil er aber durch seine Dichtungen den Behörden verdächtig geworden, so war er genöthigt, Venedig zu verlassen, und ist dem Schauplatze der Umwälzung grade in dem entscheidenden Zeitpunkte fern gewesen: das Patent, durch welches er als Ehrenmitglied einem berittenen Chasseurregimente der cisalpinischen Legion beigeordnet wurde, ist vom 23. Mai 1797 datirt, Foscolo selbst bezeichnet dasselbe mehr als eine Belohnung für die Ode auf Bonaparte. Sobald er erfahren, daß die Verfassungsveränderung beschlossen war*), trieb es ihn,

*) Der Beschluß der Verfassungsänderung erfolgte in der Mitte des Mai. Ueber Foscolo's politische Ansicht giebt der Brief Epistol. 6 Auskunft, darin kündigt er seinen Freunden in Brescia von Bologna aus seine Rückkehr an (der Brief datiert vom 2. Mai 1797). Das Patent ist zu lesen bei Cesare Cantù, Monti cet. S. 156; damit übereinstimmend Lodovico Corio, rivelazioni storiche intorno

nach Venedig zurückzukommen und bei dem nun folgenden Schlußakte in der Selbständigkeit der Republik hat er eine thätige Rolle gespielt. Bei der eingesetzten provisorischen Regierung, welche die neue Constitution entwerfen sollte, erhielt er das Amt eines Secretärs, als solcher schrieb und las er bei den öffentlich geführten Verhandlungen die Protokolle. Daß den Venetianern bei dem Friedensschlusse zwischen Bonaparte und den Oestreichern schwere Gebietsverluste bevorständen, war bereits aus den Präliminarien vom 18. April bekannt geworden; um deswegen die Unabhängigkeit der Republik zu retten, beeilte man sich, noch vor dem definitiven Abschlusse des Friedens mit der Berathung der neuen Verfassung zu Ende zu kommen. Eine Gesandtschaft, bei der sich Foscolo wieder als Secretär befand, ward nach Passeriano abgefertigt, um Bonaparte den Entwurf vorzulegen und seine Zustimmung dafür zu gewinnen*). Foscolo selbst erzählt, dieser habe mit eigner Hand seine Randbemerkungen zu der Vorlage gemacht, dann dem Entwurfe seine Genehmigung ertheilt und die Abgesandten mit der Miene eines wohlwollenden Protectors entlassen. Kaum waren die Gesandten zurückgekehrt, als die Friedensbedingungen von Campo Formio bekannt wurden. Wuth und Verzweiflung bemächtigten sich in der Stadt der Gemüther, aber die französische Besatzung zeigte sich bereit, jede unnütze Aufwallung niederzuschlagen; als dann Bonaparte auf die Vorstellungen der Venetianer erwidert, für die Republik nichts thun zu können, und auch ihre Bitte um die Vereinigung mit der Cisalpina abschlägig beschied, fügte man sich in das unvermeidliche Schicksal. Für die Demokraten, deren Mitwirkung zu diesem Handstreiche mißbraucht worden, war wenigstens insofern Sorge getragen, als ihnen die Aufnahme als Bürger in die cisalpinische Republik zugesichert wurde, falls sie das Vaterland verlassen wollten. Sie grade sollten dem übermächtigen Dictator auch noch den Vorwand liefern, um die Ausräumung aller brauchbaren Vorräthe aus Stadt, Land und Arsenal zu beschönigen; man wollte, hieß es, durch deren Verkauf einen Fonds zur Unterstützung der Flüchtigen gewinnen, und obwohl die Letzteren gegen die Ausplünderung ihrer Vaterstadt zu ihren Gunsten protestirten, geschah auch hier Bonapartes Befehl; zur Aus-

---

ad Ugo Foscolo, Milano 1873, S. 37 und 38. Man vergl. auch die Angaben der Autobiografia militare am Schlusse der prose politiche.

*) Vergl. hierzu die Briefe Foscolo's Epistol. 10, 14, 23, auch die längere Stelle in der lettera apologetica in den prose politiche S. 500; — der Brief vom 17. März 1798 ist aber erst später in den Ortis eingeschoben. Nach dem bei F. Trevisan, Ugo Foscolo, Mantova 1872 S. 190 beigebrachten Actenstücke begleitete Foscolo den Abgesandten Battagia nach Mombello und Passeriano. A. Franchetti, storia d'Italia S. 284 und 86. Vgl. v. Sybel, 5. Band S. 18, 28 und 29.

führung behielt man Zeit, da die Uebergabe der Stadt an die Oestreicher erst Anfang Januar 1798 erfolgte.

So hatte die Königin des adriatischen Meeres ihre einst so glänzende Laufbahn beschlossen: durch Gewalt und Ränke war Venedigs Selbstständigkeit vernichtet, die letzten Reste seines Wohlstandes und seiner Wehrhaftigkeit wurden ihm entrissen, damit sie in der Hand des neuen Besitzers nicht ein Mittel würden, seine kriegerische Kraft zu vermehren; selbst die wegen ihres stofflichen, wie um ihres künstlerischen Werthes willen bewunderten Denkmäler seiner einstigen Größe wurden zerstört oder als Beute fortgeführt, damit sie das geknechtete Volk nicht mahnen könnten, sich der Fesseln gewaltsam zu entledigen. Alle diejenigen, welche es nicht über sich gewinnen konnten, dem fremden Herrscher als Unterthanen zu gehorchen, mußten indes überlegen, wo sie nach dem Sturze ihres Vaterlandes eine Zuflucht suchen wollten, und nicht blos die, welche in der kurzen Zeit der Demokratie das Wort geführt hatten, sondern auch viele von den Adelsfamilien sahen es für unmöglich an, bei der veränderten Lage der Dinge in Venedig zu bleiben. Für den Antheil aber, den Foscolo an dem Wirken der provisorischen Regierung genommen, ist sehr bezeichnend, daß eins von den satirischen Flugblättern, womit man die demokratischen Eiferer nach diesem Ausgange in Venedig selber verspottete, auch seinen Namen erwähnte: auf einem der Blätter war ein Courier auf schnell dahineilendem Pferde dargestellt, dem losgeschnürten Felleisen entfällt eine Anzahl von Briefen, deren einer die Aufschrift trägt: al libero uomo Niccolò Ugo Foscolo. Diese Benennung war es, mit der er seine Gedichte und namentlich die Ode auf Bonaparte veröffentlicht hatte*).

Ob Foscolo von diesem Spotte seiner Landsleute, der ihm in die Fremde folgte, etwas erfahren, wissen wir nicht, welche Stimmung aber durch die erlebten Ereignisse in seinem Gemüthe erzeugt worden, das spricht sich in seinen Briefen und vor Allen in seinem Ortis aus. Hier bildet der Schmerz um den Verlust seines Vaterlandes den Ausgangspunkt, zu diesem Schmerze paart sich der Groll gegen die Person des Mannes, welcher dasselbe seinen Feinden überliefert hatte; doch sollten neue bittre Erfahrungen und trübe Enttäuschungen hinzukommen, ehe der Dichter seinem gepreßten Herzen mit diesem Romane Luft machte.

Um auch für das Folgende den sicheren historischen Boden zu gewinnen, wird es nöthig sein, in einem knappen Ueberblicke zu zeigen, welchen Verlauf die Dinge in der cisalpinischen Republik seit ihrer Con-

*) Carrer, prose e poesie di Ugo Foscolo, Venezia 1842 cap. XVI. am Schluß.

stituierung genommen. Mit Hülfe der Briefsammlung läßt es sich feststellen, daß Foscolo grade zu dem wichtigen Zeitpunkte in Mailand eintraf, wo die gesetzgebende Versammlung ihre Sitzungen eröffnete*). Ihr waren sehr ernste und schwierige Aufgaben gestellt. Dahin gehörte: die weitere Berathung der Verfassung in vielen einzelnen Punkten, vor Allen die Regelung der Finanzen und die Ordnung des Militärwesens, dann die Bestimmungen über das Vertragsverhältniß mit der französischen Republik — alles Aufgaben, die zu einer glücklichen Lösung ganz besondere patriotische Hingabe und hohe staatsmännische Einsicht erforderten. So wichtig und nothwendig diese beiden Erfordernisse waren, so war in dem jungen Freistaate von dem zweiten nur wenig vorhanden, während das erstere in einzelnen Personen zwar sich lebhaft äußerte, im Allgemeinen aber durch Eigennutz und Parteileidenschaft beeinträchtigt wurde. Von vornherein zeigte sich innerhalb jener Versammlung ein verhängnißvoller Gegensatz, der seinen Ausdruck in der Stellung der beiden Räthe zu einander fand, insofern in dem der Alten eine mehr aristokratische Richtung vertreten war, während in dem großen Rathe die Demokraten das Uebergewicht hatten. Beiden gegenüber operiren die Bevollmächtigten des Pariser Directoriums, und zwar auch diese bisweilen nach entgegengesetzten Richtungen, die militärischen mehr nach eigenen Ideen oder im Dienste einzelner maßgebender Persönlichkeiten in Frankreich und darum nicht immer in Uebereinstimmung mit den diplomatischen Abgesandten der französischen Republik. Diese Letzteren haben den Auftrag, in erster Linie den Bündnißvertrag zwischen beiden Staaten fertig zu bringen; um dies ganz zu Gunsten des französischen Uebergewichts zu erreichen, bedarf es mehrfacher Gewaltmaßregeln gegen die widerstrebenden Elemente, welche die Unabhängigkeit der cisalpinischen Republik vertheidigen. Aus diesen sich bekämpfenden Strömungen begreift sich der Verlauf, den die Berathungen und namentlich die Verhandlungen zwischen beiden Republiken genommen haben. Die Entwicklung vollzieht sich in zwei Abschnitten, von denen der erstere bis zum 15. März 1798, der zweite bis Ende August desselben Jahres dauerte. Jener endet damit, daß der Widerspruch des Rathes der Alten gegen das Schutz- und Trutzbündniß beseitigt wird, es gelingt dies dadurch, daß die opponirenden Mitglieder durch ein Decret des Di-

*) Dem Briefe Epistol. 10, woher diese Behauptung den schwankenden Angaben Pecchio's und Carrer's gegenüber entnommen ist, haben die Herausgeber irrthümlich die Jahreszahl 1798 beigesetzt; Alles darin paßt auf die Situation im Nov. 1797, hinzukommt, daß Foscolo im November 1798 gar nicht in Mailand war, sondern sich in Bologna aufhielt. — Das Folgende ist dargestellt nach den hierher gehörigen Briefen und Schriften Foscolo's und mit Rücksicht auf v. Sybel im 5. Bande, S. 18, 41 ff. Botta, storia d'Italia, tomo III, libro 14. A. Franchetti, S. 295 f.

rectoriums entfernt werden. Bemerkenswerth ist, daß diese Opposition grade von einer Anzahl venetianischer Nobili verstärkt worden war, denen nach ihrer Ausschließung aus dem Rathe der Alten großmüthig die Rückkehr nach ihrer Heimath gestattet wurde. Seitdem hatte die radikale Partei die Oberhand, sie bekennt sich ganz und gar zu den Grundsätzen der Jakobiner in Frankreich, sucht durch Bildung von Klubs und mittelst der Presse ihren Ideen Verbreitung zu verschaffen; auch unter ihnen giebt es mehrfache Spaltungen, die Einen sehen das Heil in dem Anschluß an Frankreich, die Mehrzahl hält an der Unabhängigkeit Cisalpiniens fest. Diese aber grade ist es, die man in Frankreich am wenigsten zugestehen will. Die Verwilderung der Finanzen, die Maßlosigkeiten der Presse und die Ohnmacht der Behörden bestimmen endlich das Directorium in Paris durch die Absendung Trouvé's in der Eigenschaft eines Civilcommissars diesem Zustande allgemeiner Verwirrung ein Ende zu machen, durch ihn wird dann eine Umänderung der Verfassung mehr im aristokratischen Sinne durchgesetzt. Weil aber ein solches Resultat nicht ohne Beihülfe der Militärmacht erreicht war, mußte ein so gewaltsames Verfahren die höchste Erbitterung hervorrufen, auch waren die Unruhen damit nicht gehoben, vielmehr dauerten sie bis in das folgende Jahr fort; die Erpressungen der französischen Generäle, die Unredlichkeit der Beamten, die Planlosigkeit der Verwaltung trugen dazu bei, Mißstimmung und Haß gegen die Franzosen unter der Bevölkerung zu verbreiten. Nach jenem Staatsstreiche Trouvé's fühlten sich hauptsächlich die Demokraten, zumal sie eine Zeitlang durch Vertreter derselben Ideen und Neigungen in der französischen Nation ermuthigt und unterstützt worden waren, auf das Tiefste verletzt: theils gezwungen, theils freiwillig verließen sie Mailand und verlegten den Mittelpunkt ihrer Parteibestrebungen nach Bologna, wo ohnehin die Stimmungen seit der Vereinigung mit der Cisalpina keineswegs befriedigt waren. Das Hauptziel blieb für dieselben die Aufrichtung eines unabhängigen italischen Staates, ausgestattet mit voller Selbständigkeit im Innern und nach Außen, als gleichberechtigter Verbündeter der französischen Republik. In Bologna gab sich diese Partei, welche sich die patriotische nannte und an deren Spitze die cisalpinischen Generäle Lahoz, Pino, Teulié und der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Birago standen, eine Art von Organisation und suchte unter dem Namen der Strahlengesellschaft in den übrigen Städten Italiens die Bevölkerungen für die nationale Sache zu gewinnen. Vor Allem ließen es sich die Führer angelegen sein, in der Romagna Truppenkörper anzusammeln, um an den bevorstehenden Kriegsereignissen kräftigen Antheil nehmen zu können, denn dadurch hoffte man das Anrecht auf eine unabhängige Stellung

des Staates, wie sie bei einer Neugestaltung nach dem Kriege geltend gemacht werden sollte, zu verstärken.

Das waren die politischen Verhältnisse, denen Foscolo entgegen ging, als er die cisalpinische Republik zu seinem neuen Vaterlande wählte. Aber nicht blos deswegen war der Moment, wo er dies that, für ihn wichtig und bedeutungsvoll. Viele Männer von Verdienst und Ruf hatten sich zur selben Zeit mit ihm in Mailand eingefunden, von der Erwartung geleitet, in dem neuen Staatswesen ein geeignetes Feld für ihre Thätigkeit anzutreffen, außerdem zählte diese Stadt selbst unter ihren Bewohnern eine Reihe namhafter Literaten und Gelehrten: theils die gleiche Lage, theils eine gleiche Gesinnung brachte den jungen Dichter mit einigen von ihnen in die engsten Freundschaftsbeziehungen, so vor Allen mit Parini und Monti. Da seine Bewerbung um eine Civilanstellung erfolglos blieb, so ließ er sich für die Mitwirkung bei einer politischen Zeitung, dem Monitore italiano, gewinnen, sein Name erscheint als der eines Leiters neben dem von Melchiorre Gioja, und die Redaction (Mainardi) wußte ihn in der Ankündigung dem Publikum als einen Schriftsteller zu empfehlen, „welcher sich durch eine Reihe beifällig aufgenommener Werke in Versen und Prosa und besonders durch die berühmte Tragödie Tieste bekannt gemacht habe.“

Nach dem ihm zugewiesenen Antheile an der Direktion übernahm er die Abfassung der Berichte über die Verhandlungen der gesetzgebenden Versammlung, und zwar begnügte er sich nicht damit, ein kurzes Referat der Berathungen zu geben, sondern fügte den Anträgen und Ausführungen einzelner Mitglieder und der Minister seine eignen Bemerkungen hinzu. In besonderen Artikeln wurden ferner die Aufgaben der republikanischen Regierung besprochen, Vorschläge über Verbesserungen in der Gesetzgebung gemacht, einzelne Vorfälle mit Rücksicht auf die Handhabung der Polizei mitgetheilt. Proben für beide Arten von Publicationen aus der Feder Foscolo's theilen die Herausgeber der Werke (Firenze le Monnier) in dem prose politiche betitelten Bande mit. Nach den beigesetzten Daten fallen die Berichte, wie die Artikel in den Februar des Jahres 1798. Die ersteren gehören also ausnahmslos jener ersten Periode der constitutionellen Entwickelung im cisalpinischen Freistaate an und berücksichtigen blos die Verhandlungen im Rathe der Alten. Als Aeußerungen des politischen Lebens jener Tage haben sie immerhin einigen Werth, mehr Beachtung jedoch verdienen die kritischen Bemerkungen des Verfassers: nicht als ob eine tiefe staatsmännische Weisheit darin enthalten wäre, denn es spricht sich in ihnen wenig mehr als eine rhetorische Entrüstung über die Zustände der Verwaltung und die sichere Vorahnung von dem

jähen Umsturze der Republik aus, wohl aber wird durch den phrasenreichen Wortschwall dieser lärmenden Ergüsse nicht allein der Bildungsgrad, sondern auch die politische Stellung des Autors gekennzeichnet Die ziemlich abgerissenen Sätze werden durch Citate aus Schriftstellern sehr verschiedener Zeiten und Richtungen illustrirt, aus Plato, Tacitus, Macchiavelli, Pufendorf und Robespierre, die geäußerten Ansichten verrathen einen unabhängigen Parteistandpunkt mit democratischen Grundsätzen und entschieden jacobinistischer Färbung. Nicht blos wörtliche Anklänge an diese Artikel, auch manches Thatsächliche daraus findet man in den Ortisbriefen wieder. Wichtig wäre es zu wissen, ob dies sämmtliche von Foscolo ausgegangenen Beiträge in der Zeitung sind oder ob dieselben noch weiter reichen, denn es heißt, der Monitore sei, nachdem vorher ein Wechsel in der Redaction stattgefunden hatte, nach drei bis vier Monaten seines Bestehens unterdrückt worden.

Noch zwei andere Aeußerungen seiner literarischen Thätigkeit sind uns aus jener Zeit erhalten, die eine sein Sonett auf die lateinische Sprache, die andere die Vertheidigung Monti's. Beide stehen im Zusammenhang mit Beschlüssen des gesetzgebenden Rathes und mit daran sich knüpfenden Vorgängen: in dem einem Decrete war das Studium und der Gebrauch der lateinischen Sprache untersagt, durch das andere sollten Diejenigen, welche gegen die Freiheit geschrieben oder geredet hätten, von einer Anstellung in der Republik ausgeschlossen sein. Ueber das letztere Decret wurde in der Mitte Februar verhandelt, am 21. ward es im Rathe der Alten bestätigt. In Mailand verstand man deutlich, daß dasselbe besonders den Mathematiker Gregorio Fontana (wegen seines Young) und Vincenzo Monti, den Dichter der Basvilliana, treffen sollte. Der Beschluß blieb dennoch unbeachtet, ihm entgegen war Monti als Secretär im Directorium angestellt worden und begleitete nachher den Commissar Oliva in das Departement des Rubicon, um die Emilia zu organisiren. Bald darauf wurde Oliva angeklagt, seine Befugnisse überschritten und die Aristokratie begünstigt zu haben; mit einer gleichen Anklage ward auch Monti bedroht, den seine Feinde übertreibend einen modernen Verres zu nennen beliebten; da unternahm es Foscolo, öffentlich den Dichter als den Gegenstand mißgünstiger Verfolgung zu vertheidigen, die auf dessen Dichtungen gestützten Vorwürfe antirepublikanischer Gesinnung zu entkräften und seine Gegner als Beneider seines poetischen Ruhmes und Talentes zu kennzeichnen. Schwungvolle Rhetorik und republikanischer Freimuth beleben die Sprache dieser Vertheidungsschrift, deren Vorbild man unter Cicero's Reden suchen möchte; was aber der Begründung an Ueberzeugungskraft

abgeht, hat der Verfasser durch scholastische Künste, kecke Sophismen und eine Fülle historischer Beispiele, zu ersetzen gewußt.

Ihm selber waren die Zustände in Mailand unerträglich geworden: mit der Zeitung war es zu Ende gegangen, die Empfehlungen seiner Freunde zum Zweck einer Anstellung blieben fruchtlos, so schwankte er zwischen Bologna und Mailand hin und her ohne Amt, ohne Einkommen und ernste Beschäftigung. Die spärlichen Briefe lassen seine Lage als dürftig erscheinen, umsonst sucht er durch ein literarisches Unternehmen nach einer Verbesserung derselben. Erst im November hat sich dazu Gelegenheit gefunden, ein Liebesroman ist es, der ihn beschäftigt, und der Buchhändler Marsili in Bologna hat den Druck desselben begonnen. Aber nur bis zur Hälfte kam das Werk zu Stande, in der Hast war es angefangen, eilig soll es abgebrochen sein. Als Ursache dieser Unterbrechung wird die neu entstandene Kriegsgefahr angegeben, über den näheren Umständen schwebt aber ein schwer zu enthüllendes Dunkel, und Foscolo's eigne Angaben tragen eher dazu bei, es zu verdichten, doch werden wir späterhin weiter darauf einzugehen haben. Für den von ihm, allerdings äußerst unbestimmt, angedeuteten Aufenthalt in Toskana bleibt bis zum Ausbruch des Krieges nur äußerst wenig Zeit übrig, derselbe könnte nur mit der Occupation des Großherzogthums durch die Franzosen im Zusammenhange stehen, diese wurde jedoch erst Ende März 1799 ausgeführt. Wenn dies der Fall ist, so darf man die Zeit, wo Foscolo sich angeblich in Toskana aufhielt, höchstens nach Wochen berechnen, sodaß wenig Raum für das Liebesverhältniß übrig bleibt, das er bei dieser Gelegenheit angeknüpft haben will, und das die Grundlage für den Ortis abgegeben haben soll. Er selbst freilich hat in dem später zu behandelnden Briefe an Bartholdy (1808, Epistol. 129) für diesen Besuch in Toskana eine ganz unbestimmte Zeitangabe gemacht, die nur dadurch eine genauere Bestimmung erhält, daß er den Krieg mit den Austro-Russen darauf folgen läßt. Viel wahrscheinlicher ist es, daß Foscolo in dieser Zeit gar nicht nach Toskana gekommen ist, sondern erst im Jahre 1800 und 1801.

Mit jäher Schnelligkeit waren sich die Kriegsereignisse im Jahre 1799 gefolgt, im März waren die Oesterreicher bis zum Po vorgerückt, durch die Russen verstärkt occupirten sie im April die Lombardei und drängten die Franzosen, zuerst unter Scherer, nachher unter Moreau, bis nach Piemont zurück. Dann lenkt die von Süden her anrückende Armee Macdonalds ihre Aufmerksamkeit auf sich. Nachdem dieser in den letzten Tagen des Mai sich in Toskana mit der Division Gauthier vereinigt, setzte er seinen Marsch auf Bologna fort, das durch österreichische Ab-

theilungen ernstlich bedroht war. Deren Vordringen war hier durch cisalpinische Truppen aufgehalten worden, an den Gefechten, wodurch dies bewerkstelligt wurde, nahm Foscolo als freiwilliges Mitglied der bolognesischen Nationalgarde rühmlichen Antheil: bei der Erstürmung von Cento ward er durch einen Bajonetstich in den Schenkel verwundet, bei einem Ausfall aus der Feste (Forte) Urbano gerieth er in Gefangenschaft, wurde nach Mantua gebracht, aber nach Macdonald's Ankunft ausgewechselt.

Durch die blutige Niederlage an der Trebbia scheiterte die beabsichtigte Vereinigung Macdonald's mit Moreau, diese erfolgte erst später auf dem Umwege im Westen und wurde dadurch erleichtert, daß man das schwere Geschütz einschiffte und so nach Ligurien brachte. Die Russen und Oestreicher waren in neuen Schlachten und Gefechten siegreich, bis die Franzosen zuletzt auf den Besitz von Genua beschränkt waren. Die denkwürdige Belagerung hat Foscolo mitgemacht, bei den häufigen Ausfällen kämpfte er mit Auszeichnung und erhielt im März 1800 wegen seiner Bravour die Ernennung zum Capitän, doch hat es nachher vieler Schreibereien bedurft, ehe dieselbe bestätigt wurde. Nach der Capitulation von Genua am 4. Juni 1800 sollte der Rest der tapfren Besatzung auf englischen Schiffen nach Frankreich transportirt werden, die Ausführung dieser Bedingung scheint jedoch wegen des schnell folgenden Sieges von Marengo unterblieben zu sein.

Die neuen politischen Einrichtungen wurden durch Bonaparte selbst getroffen, der cisalpinische Freistaat unter dem Namen der italischen Republik wiederhergestellt, und auf dem Congresse zu Lion (November 1801) Bonaparte zum Präsidenten ernannt. Für diesen Congreß verfaßte Foscolo im Auftrage der Regierungscommission der cisalpinischen Repulik, welche einstweilen die Geschäfte verwaltete, seine berühmte Rede an Bonaparte, nachdem er schon während der Belagerung von Genua seine Ode auf den Befreier mit einem freimüthigen Briefe als Vorrede, worin die Wünsche der italischen Nation ausgesprochen waren, von Neuem hatte drucken lassen. Zu erwähnen ist gleichzeitig, daß Foscolo im Laufe des Jahres 1799 eine Art Programm der patriotischen Wünsche abgefaßt und in zwei Auflagen an die commandirenden Generäle Moreau und Championnet gerichtet hatte. Dem Inhalte nach findet sich der engste Zusammenhang zwischen diesem discorso su l'Italia betitelten Schriftstücke, der Widmungsepistel und der Rede für den Congreß, und die vollste Uebereinstimmung mit den Zielen der patriotisch gesinnten Männer, welche die Unabhängigkeit Italiens vertraten. Alle drei Schriftstücke zeichnet derselbe Freimuth, derselbe rhetorische Schwung und das gleiche Feuer patriotischer

Begeisterung aus, das bedeutendste ist ohne Zweifel die Rede wegen des Stiles sowohl, wie wegen der eingehenden Betrachtung der verwahrlosten Zustände in der cisalpinischen Verwaltung, grade aber wegen des unabhängigen und kühnen Tones konnte die Rede an Bonaparte nicht überreicht werden, vielmehr ist sie erst 1802 im Druck erschienen. Von der gleichen Tendenz, die Leiden des Vaterlandes zu schildern, ist der Roman „die letzten Briefe des Jacopo Ortis“ getragen, der in demselben Jahre in der neuen Bearbeitung veröffentlicht wurde.

Wir würden aber dieselbe Lücke in Foscolo's Lebensgeschichte, die sich bei sämmtlichen Biographen findet, bestehen lassen, wollten wir sogleich zu diesem Werke übergehen, ohne gezeigt zu haben, wie sich die Schicksale des Autors in den drei Jahren 1800, 1801 und 1802 gestaltet haben. Eine treffliche Beihülfe hierzu bietet die kleine Schrift von Lodovico Corio, die den Titel führt: rivelazioni storiche intorno ad Ugo Foscolo Milano Carrara 1873, und mit einer Reihe von handschriftlichen Documenten und Briefen ausgestattet ist, — nach unsrem Urtheile bei weitem die zuverlässigste unter allen, die uns aus der jährlich anwachsenden Foscololiteratur bekannt sind. Im Juli 1800 dem Stabe des Generals Oudinot attachirt, wurde Foscolo zu verschiedenen militärischen Missionen verwendet; so wird er am 30. September mit Depeschen an General Pino nach Faenza entsendet, von da kehrt er im November nach Mailand zurück und trifft den Obergeneral in Brescia, der ihn wieder mit Aufträgen an Pino und zwar nach Siena abfertigt. December 1800, Januar Februar und zum Theil März 1801*) ist sein Aufenthalt beim Departement in Mailand unbekannt, Mitte März ist er dorthin zurückgekehrt und beschwert sich in einer Eingabe an den Kriegsminister Teulié, daß man ihm den Sold für diese Monate einbehalten wolle, in einem andren Briefe bezeichnet er diese Zeit als die „Campagne in der Romagna und in Toskana“. Dies ist nach unserer Meinung der Aufenthalt in dem „schönsten Theile Italiens“, den er in dem Briefe an Bartholdy mit beabsichtigter Undeutlichkeit vor die österreichisch-russische Occupation verschoben hat. Hier wird er die Bekanntschaft Niccolini's gemacht, den bewunderten Tragödiendichter Alfieri gesehen und Gelegenheit zu einem neuen Liebesverhältnisse gefunden haben. Neue Aufträge des Kriegsministers beschäftigten ihn im Juli und August 1801, unter Andren die Ausarbeitung eines Militärgesetzbuches, dann wird ihm von Seiten der Regierungscommission die Rede für den Congreß zu Lion zugewiesen. Im April 1802 stellt er an den Minister das Gesuch, die Mission nach Casalmaggiore einem Andren

*) Die Monate sind in den Schriftstücken nach der republikanischen Zeitrechnung angegeben.

zu übertragen, weil er den Druck eines neuen Werkes unternommen habe. Dies eben wird der Ortis gewesen sein. Zu erwähnen ist noch, daß im Jahre 1801 Foscolo's zweiter Bruder Giovanni starb; wie Einige erzählten, hatte er seinem Leben durch Selbstmord ein Ende gemacht und dies Ereigniß soll nicht ganz ohne Einfluß auf den Roman gewesen sein.

Den Lebensgang des Dichters weiter zu verfolgen, scheint uns unnöthig, da wir an dem Punkte angelangt sind, wo das in Frage stehende Werk zum zweiten Male dem Publikum in die Hände gegeben wurde. Eine eingehende Erörterung war aber deswegen geboten, weil nach des Verfassers Behauptnng die eignen Erlebnisse inmitten der revolutionären Umwälzung den Hauptinhalt für dies Buch geliefert haben und aus dem weiteren Grunde, weil er in seinen verschiedenen Berichten die Entstehungsgeschichte desselben nicht ganz im Einklange mit der Wirklichkeit der Thatsachen dargestellt hat.

(Schluß folgt.)

D. F. Zschech.

J. G. Rist's Lebenserinnerungen.

Die deutsche Litteraturgeschichte gewinnt ungemein an Farbe, wenn sie neben den eigentlich schöpferischen Männern auch die hervorragenden unter den receptiven ins Auge faßt. Beide gehören wesentlich zusammen, um das Bild des geistigen Lebens einer Zeit zu runden. Daher auch das nähere Interesse an zeitgenossischen Kritiken. Mitunter bleibt es freilich der Nachwelt vorbehalten, für große Erscheinungen die rechten Dimensionen zu finden; aber auch das macht den Erdgeschmack der unmittelbaren Wirkung nicht entbehrlich. Wenn wir uns z. B. vorbehalten, den Werther oder Wilhelm Meister nach unserm eigenen ästhetischen Maß zu beurtheilen, welches ein anderes ist, als das der Zeitgenossen, so erfahren wir doch, was in jenen Büchern zündete, hauptsächlich aus den unmittelbaren Eindrücken, wie sie von begabten und empfänglichen Zeitgenossen aufgezeichnet sind. So über Werther von Rehberg, Garve und andern.

Bei dieser Beobachtung scheiden sich auch bestimmter, als bei dem bloßen Studium der Meisterwerke, die Generationen, die für die Bewegung des geistigen Lebens den Ausschlag gaben. Meisterwerke werden in der Regel nur von reifen Menschen geschaffen; aber die Wünsche und Neigungen, die Ahnungen und Zweifel der Jugend bezeichnen das fruchtbare Erdreich, in dem der Same aufgehn soll.

Für die Generation der Romantiker, die Männer, die am Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre geboren wurden, sind hier am lehrreichsten die Memoiren von Steffens; nach ihnen kommt aber unmittelbar ein Mann, der sonst als Schriftsteller gar nicht hervorgetreten ist, Johann Georg Rist. In der Vorrede zum Leben seines Freundes Erich von Berger hat er das Eigenthümliche der Generation, zu der er gehörte, ihre Vorzüge und Schwächen so geist- und gemüthvoll ausgesprochen, daß es schöner gar nicht gesagt werden kann. Ich nahm daher seine eben erschienenen Lebenserinnerungen, herausgegeben von Poel (Gotha, Perthes), mit nicht geringem Interesse zur Hand.

Rist, Sohn eines gebildeten und frommen Landpfarrers in der Nähe von Hamburg, geb. 1775, kam Ostern 1795 auf die Universität Jena, die damals durch die Beziehungen Schillers zu Göthe, Humboldt und Fichte eine Zeitlang gewissermaßen der Mittelpunkt der deutschen Litteratur wurde. Kunst und Wissenschaft suchten ein engeres Band und, abgespannt durch die von der französischen Revolution so oft getäuschten Erwartungen, strebte der deutsche Geist aus der Wirklichkeit heraus nach einem Reich der Ideale, bis denn freilich die Wirklichkeit kam, und dies Zauberschloß unsanft über den Haufen warf. Das ist die Zeit von 1795 bis 1806, vom Baseler Frieden bis zur Schlacht von Jena; zugleich die Blüthezeit der romantischen Schule und des transscendentalen Idealismus.

Es ist der nämliche Zeitraum, den der vorliegende Band umfaßt. Freilich währte die unmittelbare Beziehung Rist's zur deutschen Litteratur nur kurze Zeit. Er studirte ein Jahr in Jena, wo ihn Herbart in die Mysterien der „Wissenschaftslehre" einweihte, dann noch ein Jahr in Kiel, wo er das neu errungene Wissen auf Steffens übertrug. In seinem spätern zerstreuten diplomatischen Leben hat er nur noch sporadisch von der deutschen Literatur Notiz genommen, aber warme Pietät hat er ihr stets bewahrt.

Bald nach seiner Ankunft in Jena brach der Aufstand der rohen und wüsten Ordensverbindungen gegen Fichte aus, dem sich auch Rist nicht ganz entziehen konnte. Bald darauf wurde er in die „Gesellschaft der freien Männer" aufgenommen, die das Studium Fichte's zu einer Herzenssache machten. Ganz freilich mochte sich Rist ihm nicht hingeben. „Das geistreiche und seltsame, aber tief gefaßte und wohlgegliederte System, welches Fichte vortrug, erregte wohl ein lebendiges Interesse bei mir, konnte mich aber nie mit dem Starren und Steifen einer ohne Rücksicht auf Erfahrung und Geschick durchgeführten, folglich in der Anwendung täuschenden Abstraction aussöhnen. Das Rücksichtslose und Imperative seiner Sätze sagte mir wohl zu, aber dem eisernen Zwang, der um der Folgerichtigkeit willen sich über alle Verhältnisse des Lebens legen wollte, konnte sich wieder mein freier Geist nicht fügen. Fichte war wirklich ein gewaltiger Mensch; ich habe ihn oft scherzend den Bonaparte der Philosophie genannt. Nicht ruhig wie ein Weltweiser, sondern gleichsam zornig und kampfslustig stand der kleine breitschultrige Mann auf seinem Katheder, und ordentlich sträubten sich seine braunen schlichten Haare um das gefurchte Gesicht, das Züge von einer alten Frau und einem Adler trug. Wenn er stand auf seinen stämmigen Beinen oder hinschritt, so war er festgewurzelt in der Erde, wo er ruhte, und

im Gefühl seiner Kraft sicher und unbeweglich. Kein sanftes Wort ging über seine Lippen und kein Lächeln; er schien der Welt, die seinem Ich gegenüberstand, den Krieg erklärt zu haben, um durch Herbigkeit den Mangel an Anmuth und Würde zu verbergen. In seinem Hause freilich ist er schon damals mitunter anspruchslos und heiter, ja in einem engen Kreise ausgelassen lustig beim Punsch gewesen, ohne doch je gemüthlich zu sein."

Die „Gesellschaft freier Männer" trieb aber nicht blos Philosophie, sie betheiligte sich eifrig an den theatralischen Versuchen in Weimar, mit einer Andacht, die uns fast fremd geworden ist. Der häufige Aufenthalt Goethes in Jena, dessen „Wilhelm Meister" gerade damals erschien, kam dazu, das Interesse der jungen Leute an der Dichtkunst wach zu halten. Rist war viel zu bescheiden, sich dem großen Dichter vorstellen zu lassen: „nichtsdestoweniger ward es mir so gut, Goethe öfter zu begegnen, wenn er in steifer Haltung auf der gefrorenen Saale am Paradiese sich unter die Schlittschuhläufer mischte, unter denen seine gerade, starke Figur, die nicht aus dem Gleichgewicht des gravitätischen Schrittes kam, sein langer braunrother Ueberrock und sein dreieckiger Hut nebst dem steifen Zopf seltsam abstach. Oefters sah ich ihn auch im Professoren-Club, zu welchem die gebildeteren Studenten Zutritt hatten. Er wechselte dort einige Worte mit Frauen oder reisenden Gelehrten, nahm auch wohl an den Spielen Theil, welche die ganze jüngere Generation bunt durcheinander zu mischen pflegten. Kam ich dann bei Tisch ihm gegenüber zu sitzen, so weidete ich mich an den großen strahlenden Augen und suchte, so gut ich es konnte, die seltsame Mischung des Anziehenden und Abstoßenden in dem räthselhaften Manne zu entziffern. Ich muß aber gestehen, daß ich jetzt damit nicht viel weiter bin als damals." Die Aufzeichnung ist von 1816.

Noch vor Ablauf seiner Studien wurde Rist als Privat-Secretair in den Dienst des Grafen Schimmelmann in Kopenhagen gezogen. In diesem Dienst sorgfältig zum Diplomaten gebildet, ging er 1801 als Legationssecretair nach Petersburg. Nach zwei Jahren wurde er in ähnlicher Stellung nach Madrid geschickt. Er machte eine interessante, zum Theil abenteuerliche Reise über den ganzen Continent; über Paris, wo er dem ersten Consul vorgestellt wurde, nach Spanien, wo er die Romantik aus erster Quelle studiren konnte. Er lernte dort noch Clavigo kennen, einen dicken, gemüthlichen Herrn, der durchaus nicht umgebracht sein wollte. October 1806 wurde er nach England versetzt.

Er ist fast mit allen bedeutenden Männern der Zeit zusammen getroffen und seine Galerie enthält eine Reihe interessanter Portraits, denen

man freilich oft eine kräftigere Physiognomie wünschen möchte. Von dem großen Gang der öffentlichen Dinge erfährt man nicht gerade viel Neues. Gegen einen Vorwurf möchte ich ihn in Schutz nehmen, der ihm von mehreren Seiten gemacht ist: den Vorwurf des Preußenhasses. Es ist wahr, er ist nicht gut auf Preußen zu sprechen, aber um ihm nicht Unrecht zu thun, muß man die allgemeine Stimmung der Zeit erwägen.

Was man 1795 deutsche Vaterlandsliebe nannte, war etwas ganz anderes, als was wir heute darunter verstehen. Eine der wichtigsten, vielleicht die wichtigste Errungenschaft des neunzehnten Jahrhunderts ist der Doppelsatz: daß eine nationale Gemeinschaft ohne den richtigen Werth ist, so lange sie noch nicht die staatliche Organisation gefunden hat; und daß ein gesunder staatlicher Organismus sich nur auf nationaler Basis denken läßt. Dieser Satz ist uns seit 1866 und 1870 so in Fleisch und Blut übergegangen, daß wir uns kaum mehr vorstellen können, er sei jemals unbekannt gewesen. Preußen hat seine organisatorische Kraft an der deutschen Nation so entschieden bewährt, daß nach langem Sträuben selbst unsere Vettern in Oestreich seine Berechtigung anerkannt haben.

Das war im Jahre 1795 anders. Der deutsche Patriotismus, so phrasenhaft er sich mitunter in Hamburg und im Göttinger Bunde unter Klopstock's Einfluß aussprach, und, so sehr ihm durch die vermeintlich weltbürgerliche Bewegung der französischen Revolution die Spitze abgebrochen wurde, war doch wirklich vorhanden und sogar warm empfunden, aber er hatte sich noch nicht articulirt. Der Hamburger war deutscher Patriot, aber er war vor allen Dingen Hamburger. In den Mittelstaaten war doch der Landesherr der nächste Vertreter des Nationalgefühls. Freilich hatte die gewaltige Gestalt Friedrich des Großen die Nation mächtiger ergriffen als man jetzt zugeben möchte, man hatte Preußen zwar nicht lieben, aber fürchten und damit achten gelernt. Aber seit dem Tode des großen Königs, seit dem Feldzug in der Champagne und namentlich seit dem Frieden von Basel wußte man nicht mehr, was man von Preußen denken sollte. Wenn der Kaiser hauptsächlich um seiner Hausinteressen willen den Krieg fortsetzte, so war doch wenigstens mittelbar das Reich daran betheiligt, Preußen schien sich um das Reich gar nicht mehr zu kümmern; es konnte also dem Patriotismus keine Stütze sein. Wir wissen jetzt freilich, daß alles das mit natürlichen Dingen zuging, aber damit wird die Empfindung nicht widerlegt, und die preußischen Heldenthaten von 1813 begegneten einer seit lange schon verstimmten Empfindung.

Ganz eigenthümlich gestaltete sich diese Vaterlandsliebe in Dänemark. Rist war in Petersburg, in Madrid und in London freilich Geschäftsträger des Königs von Dänemark, aber es fiel ihm nicht ein sich als

Däne zu fühlen; er bekannte sich überall mit Stolz als Deutscher. Im Grund war es in Kopenhagen nicht anders. Hier hatten Klopstock und Schiller die erste Unterstützung empfangen. Es kommt uns heute ganz wunderlich vor, wenn wir sehn, wie damals die gute Gesellschaft fast nur aus Deutschen zusammen gesetzt ist, wenn diese Schimmelmann, Rantzau, Bernstorff, Reventlow und wie sie Alle heißen, zum Theil nicht einmal die Sprache des Landes verstehn, das sie regieren!

Wenn die schleswig-holstein'sche Frage, die Losreißung der Herzogthümer von Dänemark die erste Kraftprobe der deutschen Wiedergeburt wurde, so darf man nicht vergessen, daß ihr ein anderes Ereigniß voranging: die Losreißung der National-Dänen von der Herrschaft der deutschen Minister, die Danisirung Dänemarks.

Insofern steht uns das Nationalbewußtsein vom Ende des vorigen und Anfang des gegenwärtigen Jahrhunderts als etwas ganz Fremdes gegenüber, und das Verdienst des vorliegenden Buchs liegt zum Theil gerade darin, uns den Abstand der beiden Perioden recht fühlbar zu machen.

Julian Schmidt.

Noch einige Bemerkungen zur Judenfrage.

Tagaus tagein stürmt eine Heerschaar von Flugschriften und Zeitungsartikeln gegen die Schlußworte meiner November-Rundschau heran. Meine Gegner selber scheinen zu fühlen, daß die kaufmännische Regel „die Menge muß es bringen" in geistigen Kämpfen nicht genügt; denn nachdem jede Zeile meines Aufsatzes durch ebenso viele Druckbogen voller Widerlegungen getödet worden ist, tritt an jedem neuen Tage ein neuer Streiter auf und hält für nöthig, die Blutarbeit von vorn zu beginnen.

Unter der Masse dieser Entgegnungen befindet sich eine, die ich mit aufrichtigem Bedauern gelesen habe: das würdig und sachlich gehaltene Sendschreiben meines Collegen Harry Breßlau. Als ich jenen Aufsatz schrieb, mußte ich unwillkürlich an einen verstorbenen Jugendfreund denken, einen guten Deutschen von jüdischer Abstammung, einen der treuesten, liebevollsten und uneigennützigsten Menschen, die ich je gekannt; ich richtete meine Worte so ein, als ob ich mit ihm spräche, und hoffte auf die Zustimmung jener Juden, die sich ohne Vorbehalt als Deutsche fühlen. Wenn ein so ganz deutsch gesinnter Mann, wie Breßlau, der meine Bemerkungen über die Auswüchse unseres Judenthums doch unmöglich auf sich beziehen kann, mir heute erklärt, daß er sich durch meine Worte tief gekränkt fühle, so sehe ich darin einen Beweis jener übertriebenen Empfindlichkeit, welche die deutschen Juden vor ihren französischen und englischen Stammgenossen auszeichnet. Diese Empfindlichkeit ist so krankhaft, daß man schließlich kaum noch weiß, mit welchem Namen man unsere israelitischen Mitbürger bezeichnen darf. Der Ausdruck Semit wird als eine schnöde Beleidigung zurückgewiesen; rede ich von Israeliten, so tadelt mich ein Breslauer Blatt wegen dieser hochmüthigen Cavalierphrase; ein jüdischer College an einer kleinen Universität hingegen, ein wohlmeinender Mann, der ähnlich denkt wie Breßlau, spricht mir die Hoffnung aus, es werde der beleidigende Name Jude ganz abkommen und künftig nur noch von Israeliten die Rede sein. Angesichts

solcher Reizbarkeit bleibt uns wirklich nur der alte deutsche Trost: Aergerniß hin, Aergerniß her!

Breßlau gelangt, obwohl er mir Einzelnes zugiebt, zuletzt doch zu dem Ergebniß, daß ich, befangen in einer unbegreiflichen Schrulle, meine Behauptungen aus der leeren Luft gegriffen hätte. Nun wohl; aber warum erregen dann diese willkürlichen Einfälle eines wunderlichen Heiligen nicht mitleidiges Lächeln, sondern einen unerhörten Sturm leidenschaftlicher Erwiderungen? Doch wohl nur, weil ein Theil der deutschen Judenschaft sich durch meine Worte getroffen fühlt, und weil man ahnt, daß ich keineswegs eine persönliche Ansicht ausgesprochen habe, sondern die Meinung von Hunderttausenden. Breßlau ist völlig im Irrthum, wenn er glaubt, die heutige Bewegung sei seit 1875 durch die Hochconservativen und Ultramontanen hervorgerufen worden. Sie ist in Wahrheit viel ältern Ursprungs; ich habe sie seit mehr als einem Jahrzehnt in der Stille anwachsen sehen. Seit vielen Jahren wird immer häufiger und immer leidenschaftlicher in den Gesprächen der guten Gesellschaft, ohne Unterschied der Partei, die Frage erörtert, wie wir unsere alte deutsche Art gegen die wachsende Macht und den wachsenden Uebermuth des Judenthums beschützen sollen. Wenn viele wackere Männer noch heute Bedenken tragen, ihre Meinung über die Frage öffentlich kundzugeben, so geschieht es nur, weil jene beiden extremen Parteien die vorhandene, in den weitesten Kreisen verbreitete Verstimmung für ihre Sonderzwecke auszubeuten suchen und nicht Jedermann die Gefahr laufen mag, als ein Gesinnungsgenosse der Clericalen verrufen zu werden. Mir schien es umgekehrt wünschenswerth, daß einmal ein Mann, den man nicht mit den beliebten Schlagworten „unduldsamer Pfaff“ oder „der Jude wird verbrannt“ abfertigen kann, sich unumwunden über die gegenwärtige Bewegung ausspräche.

Sollen wir etwa jene folgenschwere Veränderung unseres socialen Lebens, die sich vor unsern Augen vollzieht, nicht bemerken? Es bleibt dabei, daß in Berlin allein nahezu ebenso viel Juden leben wie in ganz Frankreich. Nach der neuesten mir zugänglichen amtlichen Zählung wohnten in Frankreich 49,439 Juden (was mit der etwas älteren Angabe Morpurgo's, die ich früher mittheilte, gut übereinstimmt), in Berlin im Jahre 1875: 45,464 Juden; die jüdische Bevölkerung unserer Hauptstadt hat sich seit 1811 auf das Vierzehnfache, die Gesammtzahl der Einwohner nur auf das Sechsfache vermehrt. Und dieser Stamm, der sich so mächtig in die Mittelpunkte unseres Staates und unserer Bildung hineindrängt, enthält außer sehr vielen achtungswerthen, gut patriotischen Leuten auch eine Schaar von unverfälschten Orientalen, wie ich ihrer

einen neulich nach seinen eigenen Worten schilderte, desgleichen einen Schwarm von heimathlosen internationalen Journalisten, sodann große, kosmopolitische Geldmächte — denn daß das Haus Rothschild mit Allem, was daran hängt, deutsch sei, wird doch wohl Niemand behaupten wollen — endlich manche schlechthin gemeinschädliche Elemente, von deren Bedeutung unsere mit jüdischen Wörtern so reich geschmückte Gaunersprache ein Zeugniß giebt. Die Emancipation hat insofern günstig gewirkt, als sie den Juden jeden Grund berechtigter Beschwerden entzog. Aber sie erschwert auch die Blutsvermischung, die doch zu allen Zeiten das wirksamste Mittel zur Ausgleichung der Stammesgegensätze war; die Zahl der Uebertritte zum Christenthum hat sich sehr verringert, und Mischehen zwischen Christen und ungetauften Juden werden immer nur seltene Ausnahmen bleiben so lange unser Volk seinen Christenglauben heilig hält.

Die Juden sind dem neuen Deutschland Dank schuldig für das Werk der Befreiung; denn die Theilnahme an der Leitung des Staats ist keineswegs ein natürliches Recht aller Einwohner, sondern jeder Staat entscheidet darüber nach seinem freien Ermessen. Statt solcher Dankbarkeit sehen wir in einem Theile unseres Judenthums einen Geist des Hochmuths aufwuchern, der sich keineswegs blos in der nichtswürdigen Religionsspötterei einzelner Zeitungsschreiber äußert, sondern zuweilen schon gradezu versucht die christliche Mehrheit in der Freiheit ihres Glaubens zu beeinträchtigen. Aus vielen wohlbeglaubigten Beispielen nur eines, das kürzlich von den Zeitungen berichtet wurde. In Linz am Rhein besteht eine katholische Volksschule, die auch von einigen jüdischen Kindern besucht wird. Bei dem Religionsunterrichte, woran die Juden selbstverständlich nicht theilnehmen, benutzt der Lehrer ein Lehrbuch der biblischen Geschichte, das, dem Neuen Testamente gemäß, erzählt, wie Christus von den Juden unschuldig gekreuzigt wurde. Alsbald beschwert sich der Synagogenvorstand bei der Regierung und verlangt Beseitigung dieses Lehrbuchs, weil es Haß und Verachtung gegen die Juden errege. Also im Namen der Toleranz maßt sich die winzige Minderheit ein Recht des Einspruchs an gegen die Glaubenslehre der Christen; für sich selber fordert sie die unbeschränkte Freiheit. Ohne jeden Zweifel beurtheilt Breßlau Vorfälle dieser Art genau ebenso wie ich; aber darf er es uns Christen verargen, wenn wir meinen, es sei hohe Zeit, einer Gesinnung, die schon wenige Jahre nach der Emancipation solche Früchte zeitigt, offen entgegenzutreten, bevor der Terrorismus einer rührigen Minderzahl, ermuthigt durch unsere feige Geduld, uns über den Kopf wächst?

Leider nöthigt mich Breßlau, noch einmal auf den Unterschied der

beiden großen Stämme des europäischen Judenthums zurückzukommen. Er redet fast, als ob ich diesen Unterschied erfunden hätte. Was ich sagte ist aber aktenmäßig nachweisbar aus der Geschichte der französischen Gesetzgebung. Als die ersten Gemeinde- und Departementswahlen des Revolutionszeitalters herannahten, wurde der Nationalversammlung ein Gesetzentwurf vorgelegt, der allen Nicht-Katholiken das Wahlrecht und die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter ertheilte. Maury und Rewbell, der Elsasser, beantragten die Juden von diesen Rechten auszuschließen, weil sie im Elsaß allzu verhaßt seien. Das Haus beschloß endlich, in das Gesetz, das am 24. December 1789 zu Stande kam, einen Satz aufzunehmen, kraft dessen die Constituante sich vorbehielt, über die Rechte der Juden später zu entscheiden. Nach abermaligen Berathungen folgte am 26. Januar 1790 das Gesetz „über die Juden des Südens": die sogenannten spanischen Juden (les Juifs connus en France sous le nom de Juifs portugais, espagnols et avignonais) erhielten das active Bürgerrecht. Gegen die deutschen Juden Frankreichs aber blieb jener Vorbehalt vom 24. December 1789 noch immer in Kraft, obgleich der Gedanke der égalité damals alle Köpfe beherrschte; sie erhielten die gesicherte Gleichberechtigung erst durch die Verfassung vom 3. September 1791. Aus diesen Thatsachen erhellt, daß die Franzosen den Stammesunterschied innerhalb des Judenthums sehr wohl kannten, daß die spanischen Juden bei dem christlichen Volke weniger verhaßt waren als die deutschen. Nun ist Südfrankreich bekanntlich das classische Land der religiösen Leidenschaften. Wie fürchterlich hat hier die Glaubenswuth gehaust die Jahrhunderte hindurch, in den Albigenser- und den Hugenottenkriegen; noch das achtzehnte Jahrhundert sah hier die Gräuel des Camisardenkampfes und die Hinrichtung des Jean Calas; noch im Jahre 1815 raste der weiße Schrecken durch das Land, in Nimes und Montpellier wurden die Protestanten von dem Pöbel ermordet. Wenn ein solches, durch fanatischen Glaubenseifer berühmtes Volk mit seinen Juden im Ganzen freundlicher lebte als die gutmüthigen Elsasser, die nach deutscher Weise schon längst an das friedliche Nebeneinander der Glaubensbekenntnisse gewöhnt und schon seit anderthalb Jahrhunderten dem Jammer der Religionskriege entwachsen waren, so ergiebt sich der unabweisbare Schluß, daß der spanische Judenstamm sich leichter als der deutsche in die abendländische Weise zu schicken wußte. Diese Haltung der spanischen Juden hat nachher, wie mir scheint, einen günstigen Einfluß ausgeübt auf die Stellung des Judenthums in Frankreich überhaupt, sowie auf die Sitten der später eingeströmten deutsch-jüdischen Einwanderung.

Auch meine Bemerkungen über das Uebergewicht des Judenthums

in der Tagespresse scheinen mir nicht widerlegt durch die Aufzählung der Zeitungen, die von Christen redigirt werden. Daß die Juden unter den Correspondenten ganz unverhältnißmäßig stark vertreten sind, giebt Breßlau selbst zu; wer aber das innere Getriebe unserer Zeitungen etwas näher kennt, der weiß auch, daß die Redacteure ihren Berichterstattern keineswegs so selbständig gegenüberstehen, wie Breßlau annimmt. Es kommt hier nicht blos in Betracht was die Zeitungen sagen, sondern auch was sie aus Furcht verschweigen. Viele Redactionen sind völlig außer Stande, sich der Ungnade ihrer jüdischen Correspondenten in Paris und London auszusetzen. Dazu die Rücksicht auf die Abonnenten. Die Schlesische Zeitung verlor im Sommer 1878 mit einem Schlage mehr als sechshundert jüdische Abonnenten, lediglich weil sie sich unterstanden hatte, über einige Aeußerungen jüdischer Ueberhebung ehrlich ihr Urtheil zu sagen. Endlich beziehen nahezu alle deutsche Zeitungen ihren Geschäftsgewinn aus den Inseraten, da der bei uns übliche allzu niedrige Abonnementspreis die Kosten nicht deckt; was aber die jüdische Kundschaft für diesen Zweig des journalistischen Geschäfts bedeutet, das lehrt ein Blick auf die vierte Seite unserer Lokalblätter. Ich selber bin über die stille sociale Macht des fest unter sich zusammenhaltenden Judenthums erst während der jüngsten Wochen ganz in's Klare gekommen — durch die Briefe von manchen achtungswerthen Männern, die mir ihre warme Zustimmung aussprechen, aber dringend um Verschweigung ihres Namens bitten, weil sie sich jüdischer Rachsucht nicht bloßstellen dürften. Nimmt man alle diese Verhältnisse zusammen, so wird erklärlich, warum ein großer Theil unserer liberalen Presse für die Ausschreitungen jüdischen Hochmuths nicht den zehnten Theil des Tadels übrig hat, der über jeden Fall christlicher Unduldsamkeit ausgeschüttet wird.

Ich sagte: wir wollen nicht, daß auf die Jahrhunderte germanischer Gesittung ein Zeitalter deutsch-jüdischer Mischcultur folge. Breßlau wirft mir ein, unsere Gesittung sei bereits eine Mischcultur. Das scheint mir ein Spiel mit Worten. Allen modernen Völkern ist die Gedankenarbeit vergangener Jahrtausende zum Stab und zur Stütze gegeben. Unsere deutsche Gesittung fließt, wie Breßlau richtig bemerkt, aus den drei großen Quellen: des classischen Alterthums, des Christenthums und des Germanenthums; doch ist sie darum durchaus nicht eine Mischcultur, sondern wir haben die classischen wie die christlichen Ideale mit unserem eigenen Wesen so völlig verschmolzen, daß sie uns in Fleisch und Blut übergegangen sind. Wir wollen aber nicht, daß zu diesen drei Culturmächten noch das neujüdische Wesen als eine vierte hinzutrete; denn was im Judenthum dem deutschen Genius zusagt, das ist schon längst durch

die Vermittlung des Christenthums in unsere Gesittung aufgenommen worden. Wir wollen dies nicht; denn wir haben schon einmal bitter genug erfahren, daß der neujüdische Geist, wenn er sich dem unseren selbständig gegenüberstellt, unser Volk auf Abwege führt.

In den Tagen des wie lucus a non lucendo sogenannten Jungen Deutschlands wurde unsere Literatur von Börne und Heine beherrscht. Je mehr wir uns aber von jener Epoche entfernen, je ruhiger wir sie betrachten, um so klarer erkennen wir, daß sie eine Zeit sittlichen und geistigen Verfalles war. Kein anderer Zeitraum unserer Literaturgeschichte seit Klopstock hat so wenig Bleibendes hinterlassen. Unheimische, radicale, abstracte Ideen drangen damals in unser Leben, eine sclavische Verehrung fremden Wesens ward im Namen der Freiheit gepredigt; und noch bis zum heutigen Tage arbeiten unsere besten geistigen Kräfte daran, die Nation von den undeutschen Idealen jener unfruchtbaren Epoche zu befreien und sie zu sich selber zurückzuführen. Breßlau täuscht sich, wenn er in Börne's Schriften den überlegenen Hohn Pufendorfs wiederzufinden glaubt. Dem Publicisten des Jungen Deutschlands fehlt gänzlich die Ueberlegenheit, die immer auf der Sachkenntniß ruhen muß: welch ein Abstand zwischen Pufendorfs gründlichem Fleiße und der Oberflächlichkeit Börnes, der niemals über irgend eine politische Frage ernstlich nachgedacht und geforscht hat! Der Hohn aber ist in der Politik nur dann berechtigt, wenn er aus der heißen Liebe zum Vaterlande, aus einem festen Nationalstolze entspringt. Was verhöhnte Pufendorf? Die verrotteten Formen des heiligen Reichs, die hohle Nichtigkeit der Kleinstaaterei. Von der deutschen Nation aber sprach er mitten in den Tagen ihres tiefsten Verfalles nie anders als mit freudigem Stolze, und ihrem ersten Manne, dem Großen Kurfürsten, setzte er ein Denkmal, das dauern wird wie Schlüters Standbild. Börne dagegen riß den größten Deutschen seiner Tage, Goethe, als den gereimten Knecht in den Koth und beschimpfte die Deutschen, das Volk der Bedienten, mit der ganzen Frechheit eines Mannes, der sich ihnen innerlich fremd fühlte. Die Geschichte hat bereits gerichtet. Börne ist todt, seine Gedanken sind überwunden, seine Schriften liest Niemand mehr außer den Fachgelehrten; Heine lebt und wird leben. Warum? Nicht blos, weil Heine eine ungleich reichere Natur war als Börne, nicht blos, weil die Dichtung eine zähere Lebenskraft besitzt als die Schriften des Publicisten, sondern vor Allem, weil Heine weit mehr ein Deutscher war als Börne. Heine's unsterbliche Werke sind wahrhaftig nicht jene internationalen Witze, um derentwillen er le seul poète vraiment parisien genannt wurde, sondern die schlichtweg deutsch empfundenen Gedichte: so die Loreley, dies echte

Kind deutscher Romantik, so jene herrlichen Verse: „Schon tausend Jahr aus Gräcia“, die noch einmal Alles zusammenfaßten, was die Deutschen seit Winkelmann's Tagen über die Schönheit der hellenischen Welt gesungen und gesagt hatten. Heine ist sogar in seiner Sprache, wie alle unsere großen Schriftsteller, nicht ohne einen leisen landschaftlichen Anklang. Wie Goethe den Franken, Schiller den Schwaben nicht verleugnen kann, wie Lessing und Fichte, so grundverschieden unter sich, doch Beide unverkennbar Obersachsen sind, so zeigt sich Heine, wo seine Kraft rein zu Tage tritt, als der Sohn des Rheinlands. Börne hingegen redet jene abstracte journalistische Bildungssprache, die wohl glänzen und blenden kann, doch niemals wahrhaft mächtig, niemals wahrhaft deutsch ist; ihr fehlt der Erdgeruch, die ursprüngliche Kraft; die Worte sinken nicht in des Hörers Seele.

Heute haben die wirklich bedeutenden und gesunden Talente unter unseren jüdischen Künstlern und Gelehrten längst eingesehen, daß sie nur auf den Bahnen des deutschen Geistes Großes erreichen können, und sie handeln darnach. Nur die anmaßende Mittelmäßigkeit stellt sich mit der Miene eingebildeter Ueberlegenheit dem ritterlichen germanischen Esau gegenüber; sie versucht die Marktschreierei der Geschäftswelt in die Literatur, das Kauderwälsch der Börse in das Heiligthum unserer Sprache einzuführen. Wenn wir solchen Unarten der schlechten Elemente unseres Judenthums entgegentreten, so sollten Männer wie Breßlau uns unterstützen. Eine ernste und tiefe Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und mir vermag ich nicht aufzufinden.

Das Gleiche kann ich von der Streitschrift eines anderen Collegen leider nicht sagen. M. Lazarus geht in seinem Vortrage „Was ist national?“ von dem unanfechtbaren Satze aus, daß das Wesen der Nationalität nicht in der Abstammung oder der Sprache allein zu suchen ist, sondern in dem zweifellosen, lebendigen Bewußtsein der Einheit. Aber obwohl er mit beredtem Pathos über die Bedeutung der Religion spricht, so läßt er sich doch nicht näher ein auf die schwierige Frage, inwieweit dies Bewußtsein der Einheit bei vollständiger Verschiedenheit des religiösen Gefühles möglich ist. Er nimmt vielmehr als erwiesen an, daß alle deutschen Juden in jedem Sinne Deutsche seien, und von dieser Behauptung gelangt er zu dem ungeheuerlichen Schlusse: „Das Judenthum ist ganz in demselben Sinne deutsch wie das Christenthum deutsch ist. Jede Nationalität umfaßt heute mehrere Religionen, wie jede Religion mehrere Nationalitäten.“ Hier muß ich rundweg widersprechen. Ich bin kein Anhänger der Lehre vom christlichen Staate, denn der Staat ist eine weltliche Ordnung und soll seine Macht auch gegen die Nicht-Christen mit un-

parteiischer Gerechtigkeit handhaben. Aber ganz unzweifelhaft sind wir Deutschen ein christliches Volk. Um diese Weltreligion unter den Heiden zu verbreiten vergossen unsere Ahnen ihr Blut in Strömen; um sie auszugestalten und fortzubilden litten und stritten sie als Bekenner und Helden. Mit jedem Schritte, den ich in der Erkenntniß der vaterländischen Geschichte vorwärts thue, wird mir klarer, wie fest das Christenthum mit allen Fasern des deutschen Wesens verwachsen ist; selbst der Unglaube, sofern er nicht in frivole Spötterei ausartet, vermag bei uns nicht den Boden des Christenthums ganz zu verlassen. Christliche Gedanken befruchten unsere Kunst und Wissenschaft; christlicher Geist lebt in allen gesunden Institutionen unseres Staates und unserer Gesellschaft. Das Judenthum dagegen ist die Nationalreligion eines uns ursprünglich fremden Stammes, seinem Wesen nach mehr zur Abwehr als zur Bekehrung geeignet und darum auch wesentlich auf die Stammgenossen beschränkt. An seiner Entwicklung nahmen die Deutschen durch die Jahrhunderte gar keinen Antheil; seine Ideen, soweit sie nicht in das Christenthum übergegangen sind, übten auf unseren Staat, unsere Gesittung gar keinen Einfluß. Wer Angesichts dieser offenkundigen Thatsachen behauptet, das Judenthum sei genau in demselben Sinne deutsch wie das Christenthum, der versündigt sich an der Herrlichkeit der deutschen Geschichte.

Ebenso falsch ist, in solcher Allgemeinheit hingestellt, die Behauptung, daß jede Nationalität heute mehrere Religionen umfasse. Die bestgesitteten Nationen der Gegenwart, die westeuropäischen, sind allesammt christliche Völker. Jenes lebendige Bewußtsein der Einheit, das die Nationalität bedingt, kann sich der Regel nach nicht bilden unter Menschen, die über die höchsten und heiligsten Fragen des Gemüthslebens grundverschieden denken. Man stelle sich nur vor, daß die Hälfte unseres Volkes sich vom Christenthum lossagte: kein Zweifel, die deutsche Nation müßte zerfallen, Alles was wir deutsch nennen ginge in Trümmer. Lazarus beachtet nicht den Unterschied von Religion und Confession; er denkt sich die Begriffe: katholisch, protestantisch, jüdisch als coordinirt. Confessionelle Unterschiede innerhalb derselben Religion kann eine Nationalität allerdings ertragen — schwer genug freilich, wie die Leidensgeschichte Deutschlands zeigt. Der Gegensatz der Protestanten und Katholiken, wie gehässig er auch leider oft hervortritt, bleibt doch ein häuslicher Streit innerhalb des Christenthums; wir Protestanten haben mit unseren katholischen Landsleuten wesentliche Grundsätze christlicher Dogmatik und Moral gemein. Wenn unsere tapferen Väter nach heißem Kampfe das Schwert in die Scheide steckten und sich die Hände boten zu einem Religionsfrieden, dann setzten sie in den Vertrag regelmäßig die Clausel: donec per Dei gratiam de

religione ipsa convenerit. So darf auch heute noch kein deutscher Christ die Hoffnung aufgeben, es werde dereinst eine reinere Form des Christenthums sich bilden, welche die getrennten Brüder wieder vereinigt. Hingegen das Bestehen mehrerer Religionen innerhalb einer Nationalität kommt wohl als ein Uebergangszustand vor; auf die Dauer ist es, wie die Geschichte aller abendländischen Culturvölker lehrt, nur da möglich, wo eine Religion die Regel bildet, die Andersgläubigen die Ausnahme, die verschwindende Minderheit. Dies ist die Lage des Judenthums im heutigen Westeuropa. Die christlichen Völker des Westens sind darum noch nicht christlich-jüdisch geworden, weil eine kleine Minderheit von Juden unter ihnen lebt. Sie mögen dieser Minderzahl alle staatsbürgerlichen Rechte und vollkommene Religionsfreiheit gewähren; doch sie bleiben auch nach der Judenemancipation berechtigt und verpflichtet, in dem angehobenen Gange ihrer christlichen Gesittung zu beharren, den christlichen Geist ihrer Institutionen zu bewahren. Es ist der Grundfehler des Lazarus'schen Vortrags, daß der Redner für alle diese Verhältnisse gar kein Auge hat, und die bescheidene Ausnahmestellung, welche dem Judenthum in der christlichen Culturwelt gebührt, hochmüthig verkennt.

Von den übrigen Streitschriften erwähne ich nur noch eine, weil in ihr ein händelsüchtiger, beleidigender Rassendünkel, mit christlicher Salbung versetzt, hervortritt. Wer Berliner Personen und Zustände kennt, wird leicht begreifen, daß Herr Paulus Cassel sich durch meine Bemerkungen über das Reclame-Unwesen des jüdischen Literatenthums schwer beleidigt fühlt und mich mit gewohnter Anmuth als den Pharisäer des modernen Bewußtseins darstellt. Unbegreiflich aber ist es, daß ein christlicher Geistlicher die Judenfrage der Gegenwart zu lösen vermeint durch die Worte Christi: „das Heil kommt von den Juden!“ und darauf die unbiblische, aus verschiedenen Bibelstellen willkürlich zusammengeschweißte Weissagung ausspricht: „Die Völker müssen alle in den Zelten von Christus Sem wohnen!“ Herr Cassel verschweigt dabei nur die Kleinigkeit, daß jene Worte Jesu gesprochen wurden bevor die Juden selber das Heil von sich stießen und Christus kreuzigten. Den heutigen Christen zurufen: „das Heil kommt von den Juden!“ — ist noch weit thörichter, als wenn ein Protestant zu Protestanten sagen wollte: das Heil kommt von Rom, weil Luther von der römischen Kirche ausging und der Protestantismus einen großen Theil seiner Cultur der alten Kirche verdankt. Jede junge geistige Macht, die eine ältere besiegt, ist selber das Kind ihrer Gegnerin. Die Größe der christlichen Lehre liegt darin, daß sie, hervorgegangen aus einem semitischen Volke, das Semitenthum überwand und zur Weltkirche wurde. Wenn Herr Paulus Cassel

in den Schriften des großen Apostels, auf dessen Namen er getauft ist, ernstlich forscht, so kann er sich über diese einfachen Wahrheiten unterrichten. Mag Herr Cassel zusehen, ob er für seine selbstverfertigte Lehre von „Christus Sem", den das Neue Testament nicht kennt, gläubige Hörer findet: wir deutschen Christen halten uns an das Evangelium von dem Gottessohne. Derselbe Geist maßlosen Dünkels spricht aus der Behauptung des Herrn Cassel: das Judenvolk sei erst durch die frivolen Deutschen seiner Frömmigkeit entfremdet worden. Gewiß, Heinrich Heine verdankte seine Liederlichkeit allein dem Umgange mit jener deutschen Jugend, welche die Schlachten des Befreiungskrieges geschlagen hatte! —

Seltsamerweise werden gerade diejenigen Sätze meiner November-Rundschau, die mir die wichtigsten waren, von keiner der zahlreichen Gegenschriften erwähnt: die Bemerkungen nämlich über die Mitschuld der Deutschen an der Macht des Judenthums. Wir haben uns durch die großen Worte von Toleranz und Aufklärung verleiten lassen zu manchen Mißgriffen im Schulwesen, welche die christliche Bildung unserer Jugend zu schädigen drohen, und beginnen jetzt endlich einzusehen, daß die Simultanschulen auf der niedersten Stufe des Unterrichts nur ein leidiger Nothbehelf sein können. Duldung ist ein köstlich Ding, doch sie setzt voraus, daß der Mensch selber schon eine feste religiöse Ueberzeugung habe. Ein guter Elementarunterricht muß in allen Fächern von dem gleichen Geiste durchdrungen sein. Weltgeschichte zu lehren vor Kindern, die nach Kinderart nur Gut und Böse, Wahr und Falsch zu unterscheiden wissen, und dabei weder den Protestanten, noch den Katholiken, noch den Juden Anstoß zu geben — das ist ein Eiertanz, der selbst einem bedeutenden Gelehrten kaum gelingen kann, geschweige denn der bescheidenen Bildung eines Elementarlehrers. Nichts gefährlicher für das kindliche Gemüth als die inhaltlose Phrase. Es ist die Pflicht des Staates scharf darüber zu wachen, daß unseren Schulkindern nicht unter dem Aushängeschilde der Duldsamkeit die Gleichgiltigkeit gegen die Religion anerzogen werde. Auch gegen die Tyrannei des Wuchers, die von den unsauberen Schichten des Judenthums wie des Christenthums in traurigem Wetteifer geübt wird, kann der Staat etwas mehr Schutz gewähren als heute.

Wichtiger als alle Maßregeln der Staatsgewalt bleibt doch die Haltung der Nation selbst. Unsere Sorglosigkeit und Schwerfälligkeit konnte von den wirthschaftlichen Tugenden des jüdischen Stammes Manches lernen. Statt dessen sind wir nur zu empfänglich gewesen für die Schwächen und Krankheiten des jüdischen Wesens. Unser Kosmopolitismus kam dem jüdischen entgegen, unsere Tadelsucht erlabte sich an den hetzenden Reden der jüdischen Scandalpresse. Ein Volk von festem Nationalstolze hätte

die Schmähungen der Epigonen Börne's niemals aufkommen lassen; ein Volk mit durchgebildeten Sitten hätte seine Sprache vor dem Einbruch jüdischer Witzblattsroheit spröder bewahrt. Vor allem Andern aber hat die unglückliche Zerfahrenheit unseres kirchlichen Lebens, die Spottsucht und der Materialismus so vieler Christen den jüdischen Uebermuth großgezogen. In den frivolen, glaubenlosen Kreisen des Judenthums steht die Meinung fest, daß die große Mehrheit der gebildeten Deutschen mit dem Christenthum längst gebrochen habe. Die Zeit wird kommen und sie ist vielleicht nahe, da die Noth uns wieder beten lehrt, da die bescheidene Frömmigkeit neben dem Bildungsstolze wieder zu ihrem Rechte gelangt. Am letzten Ende führt jede schwere sociale Frage den ernsten Betrachter auf die Religion zurück. Die deutsche Judenfrage wird nicht eher ganz zur Ruhe kommen, das Verhältniß zwischen Juden und Christen sich nicht eher wahrhaft friedlich gestalten, als bis unsere israelitischen Mitbürger durch unsere Haltung die Ueberzeugung gewinnen, daß wir ein christliches Volk sind und bleiben wollen. —

10. Januar. Heinrich von Treitschke.

Politische Correspondenz.

Berlin, 14. Januar 1880.

Seit dem Staatsstreich des Marschalls Mac-Mahon, d. h. seit der plötzlichen Entlassung des Ministeriums Jules Simon am 16. Mai 1877 hat keine der zahlreichen Evolutionen der innern Politik Frankreichs in so hohem Grade und mit gleicher Berechtigung die Aufmerksamkeit Europa's und vor allem Deutschlands in Anspruch genommen als die um die Jahreswende erfolgte Ernennung des Ministeriums de Freycinet. In der ersten Zeit des zweiten Kaiserreichs beruhte das Interesse, mit dem in wie außerhalb Deutschlands der Gang der französischen Politik verfolgt wurde, fast ausschließlich darauf, daß das Frankreich Napoleon's III., nachdem es im Krimkrieg mit Hülfe Englands und Sardiniens Rußland von der Weltmachtstellung, die dasselbe unter Kaiser Nikolaus eingenommen hatte, herabgestürzt und sich selbst an die Stelle des Kolosses mit den thönernen Füßen gesetzt hatte, sich zum Träger der Nationalitäten-Politik gemacht und so die Hoffnung der unterdrückten Nationen und der Schrecken der Unterdrückten geworden war. Mit dem Jahre 1866 änderte sich die Situation mit Einem Schlage. Das kleine Preußen hatte es gewagt, die Allianz mit dem mächtigen Nachbar zurückzuweisen, der König von Preußen sich geweigert dem begehrlichen Helfer bei der Einung der deutschen Nation den verlangten Preis durch Auslieferung der reichsten und schönsten Grenzprovinz zu zahlen. In der Folge war diesseits des Rheins Niemand darüber im Zweifel, daß Deutschland, etwas früher oder etwas später seine politische Existenz und seine nationale Selbstständigkeit gegen den „Erbfeind" werde vertheidigen müssen. Die Kriegserklärung Frankreichs im Juli 1870 wurde in ganz Deutschland als die Befreiung aus einer nachgerade unerträglich gewordenen Lage, mit ernster Befriedigung, mit Alle ergreifender Entrüstung aber über die Frechheit des Kaisers aufgenommen, der nachdem er Schmeicheleien und Drohungen vergeblich verschwendet hatte, um die Entwickelung der deutschen Staaten zu Einer Nation zu hemmen, zum letzten Mittel, zum Schwerte griff.

Der Frankfurter Frieden — ein Denkmal selbstbewußter Kraft und staatsmännischer Mäßigung — leitete hüben wie drüben eine Periode der

Erholung und Kräftigung ein. In Frankreich war der Republik, der Erbin des Kaiserreichs und der Kommune, die schwere Aufgabe der Befreiung des nationalen Bodens und die Wiederherstellung der Gesellschaft zugefallen. In Deutschland nahm die Heilung der Wunden, welche auch der glücklichste und ruhmreichste Krieg der nationalen Wirthschaft schlägt, und die Konstituirung des deutschen Staats alle Kräfte und alles Interesse in Anspruch. Aber von dem Augenblicke an, wo der letzte deutsche Soldat den französischen Boden verließ, wo Frankreich wieder sich selbst angehörte, kehrte das Bewußtsein zurück, daß jeder Schritt, der uns von dem Schauplatze des einen ausgekämpften Krieges entfernt, uns dem neuen, schwereren Kampf zur Vertheidigung des Errungenen annähere. Jeder Funke, den der Wind aus Ost oder West herantreibt, kann das Pulverfaß entzünden und die Explosion herbeiführen, von der wir nur Trümmer zu erwarten haben. Daß bei dieser Sachlage jeder Vorgang auch der innern Politik Frankreichs in viel schärferer Weise Beachtung verdient als vor dem Jahre 1870, wo die Entscheidung über Krieg oder Frieden in die Hand Eines Mannes gelegt war, darüber ist alle Welt einverstanden.

In der That ist denn auch die Entwickelung der französischen innern Politik seit dem Kriege Gegenstand der sorgfältigsten Beobachtung seitens aller derjenigen gewesen, welche die Versicherungen der Friedensliebe der in kurzen Zwischenräumen wechselnden Regierungen für einen Versuch, den Gegner zu täuschen, hielten oder im günstigsten Falle für eine Selbsttäuschung.

Der Rücktritt des Marschalls Mac-Mahon freilich konnte bei oberflächlicher Betrachtung als eine dem Frieden günstige Wendung beurtheilt werden. Der Sturz des Gründers der sogenannten „konservativen Republik", des Präsidenten Thiers (24. Mai 1873), erzwungen durch ein von der monarchistischen Majorität beschlossenes Tadelsvotum, und die Wahl des Marschalls Mac-Mahon hatte den ausgesprochenen Zweck, Frankreich zur Monarchie zurückzuführen und wenn der von der klerikalen Partei eifrig unterstützte Plan mißlang, so hatte das keinen anderen Grund als den, daß keine der drei Parteien, welche sich um die Herrschaft stritten — weder die Legitimisten, noch die Orleanisten, noch endlich die Bonapartisten — für sich allein stark genug war, den Platz zu behaupten. Die Saturnalien der „Regierung der moralischen Ordnung", welche nach dem Willen des Präsidenten der Republik der klerikalen Partei das Feld freiließ, riefen in den Jahren 1876 und 1877 eine tiefgehende Reaction hervor, die selbstverständlich ihre Stütze nur in der republikanischen Partei fand. Anfang 1877 sah sich der Marschall-Präsident einer in ihrer Mehrheit entschieden anti-klerikalen und republikanischen Kammer gegenüber,

während er im Senat die Majorität auf seiner Seite hatte. Die Gegner der Republik mußten sich sagen, daß sie Gefahr liefen, von der steigenden Fluth fortgerissen zu werden. Es galt einen letzten Versuch, die Strömung einzudämmen, wenn nicht auf dem Boden der Verfassung, dann gegen die Verfassung. Die Gefahr war in der That dringend genug. Im Frühjahr 1877 verfügte die Coalition der Monarchisten im Senat noch über eine Majorität, aber nur über eine solche von ein paar Stimmen; die nächsten Ergänzungswahlen konnten dieser prekären Situation ein Ende machen. So benutzte man die conservativen und bigotten Neigungen des Marschall-Präsidenten, um zunächst wenigstens einen Bruch zwischen ihm und den Republikanern herbeizuführen. Der damals sehr lebhafte Verdacht, daß der Marschall nicht das Werkzeug, sondern das Haupt der Verschwörung gegen die Republik sei, ist in der Folge durch das Verhalten des Präsidenten widerlegt worden. In der Botschaft, welche der Marschall, am 18. Mai, zwei Tage nach der Entlassung des Ministeriums Jules Simon an die Kammer richtete, erklärte er: „Diejenige Partei, welche sich jetzt für die republikanische hält, kann sich nicht verstärken, ohne als Ergänzung und Schlußfolgerung ihrer Grundsätze die vollständige Aenderung aller unserer großen Verwaltungs-, Gerichts-, Finanz- und Militär-Einrichtungen zu verlangen. Dieses Programm ist wohlbekannt. . . . . Weder mein Gewissen noch meine Vaterlandsliebe erlauben mir, mich auch nur von fern dem Triumphe dieser Ideen anzuschließen, die ich weder für heute noch für morgen passend glaube. Ich will ihre Anwendung weder selbst versuchen noch den Versuch meinem Nachfolger erleichtern." Der erste Akt des neuen Kabinets Broglie, in dem ein Bonapartist das Ministerium des Innern, ein Legitimist die landwirthschaftlichen Angelegenheiten und ein Klerikaler die Unterrichtsverwaltung leitete, war die Vertagung der Kammer auf einen Monat und nach Ablauf dieser Frist der Antrag an den Senat, der Auflösung der Deputirtenkammer zuzustimmen, der mit 149 gegen 130 Stimmen angenommen wurde. Inzwischen setzte die Regierung alle Hebel in Bewegung, um die Verwaltung von den republikanischen Elementen zu reinigen und dem Marschall den Wahlsieg zu sichern. Das wirksamste unter dem Kaiserreich so oft erprobte Mittel aber schien die Einführung der officiellen Kandidaturen. Indessen nahmen die Vorbereitungen zu den Neuwahlen über 3 Monate in Anspruch. Erst am 22. Septmber wurden die Neuwahlen auf den 14. October ausgeschrieben, der Zusammentritt der Kammer auf den 7. November festgesetzt. Charakteristisch für die damalige Situation ist die am 27. September veröffentlichte Liste der officiellen Kandidaturen. Von den 490 Kandidaten waren nicht weniger als 240 bonapartistische, 99 legitimistische, 27 or-

leanistische und 125 „monarchische". Der Sieg dieser Liste wäre, trotz der soldatischen Ehrlichkeit Mac-Mahon's die Wiederherstellung des Kaiserthums gewesen. Die Broglie und Genossen aber hatten sich in den Mitteln vergriffen. Der Versuch, die republikanische Strömung zurückzudrängen, machte allen Uneinigkeiten im republikanischen Lager ein Ende. Noch ehe die Auflösung erfolgt war, hatten sich Thiers und Gambetta über den Feldzugsplan geeinigt; es war beschlossene Sache, Thiers als den Präsidentschaftskandidaten der 363 Republikaner aufzustellen, falls der Marschall freiwillig oder gezwungen zurücktreten sollte. Herr Thiers indessen sollte den Ausgang des Kampfes nicht mehr erleben; er starb plötzlich am 3. September und so blieb ihm die traurige Rolle erspart, die Politik Gambetta mit der Fahne der „konservativen Republik" zu decken, welche nach dem Rücktritt Mac-Mahon's dem Präsidenten der Deputirtenkammer, dem Advokaten Jules Grévy zufiel.

Das Resultat der Wahlen vom 14. October blieb weit hinter den Erwartungen des Präsidenten und seiner Helfershelfer zurück. Die Koalition der Monarchisten gewann allerdings etwa 40 Stimmen, aber noch lange nicht genug, um den Republikanern die Majorität streitig zu machen. Von 533 Wahlsitzen behaupteten die Republikaner 314, also weit über die absolute Majorität. Den Wahlen zu der Deputirtenkammer folgten am 4. November die Wahlen zu den General- und Arrondissementsräthen, die von um so größerer Bedeutung waren, als der vollständige Sieg der Republikaner gerade bei diesen Wahlen den unumstößlichen Beweis lieferte, daß für die monarchistischen Parteien nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft verloren war. Von den 29 Departements, welche in Jahresfrist die Wahlen von 75 Senatoren an Stelle der nach dem Gesetz ausscheidenden zu vollziehen hatten, wählen 17 republikanisch und 12 konservativ. Mit andern Worten: der Marschall hatte seine letzte Stütze, die Majorität im Senat verloren, und so stand er in der That vor der Alternative, welche Gambetta in seiner Rede in Lille — dieselbe, wegen welcher das Pariser Zuchtpolizeigericht ihn zu 3 Monaten Gefängniß und 4000 Franken Geldbuße verurtheilte — aufgestellt hatte: se soumettre ou se demettre. Den Ausschlag gaben auch jetzt der Senat oder vielmehr die orleanistische Partei im Senat, welche kurz nach dem Zusammentritt der Kammern dem Marschall die Heeresfolge aufkündigte. Der Marschall versuchte noch einmal seinem Schicksal zu entrinnen, indem er unter dem Vorsitz des Generals Rochebouët ein außerparlamentarisches Ministerium aus lauter Nullitäten bildete. Am 23. November wurde das Ministerium ernannt; am 24. präsentirte es sich der Deputirtenkammer, die auf Antrag Ferry's (des

jetzigen Kultusministers) mit 323 gegen 208 folgenden Beschluß faßte: „Die Kammer, in Erwägung, daß das Ministerium vom 23. November durch seine Zusammensetzung und seine Organisation die Negation der parlamentarischen Rechte ist; daß dasselbe die Krisis, die seit dem 16. Mai so grausam auf den Geschäften lastet, nur verschärfen kann, erklärt, daß sie nicht in Beziehungen zu demselben trete und geht zur Tagesordnung über." Der Marschall, zu eitel, als daß er auf die Präsidentschaft verzichten mochte, zog es vor, die in seiner Botschaft vom 18. Mai abgegebene Erklärung, daß sein Gewissen und seine Vaterlandsliebe ihm verböten, die Unterstützung der republikanischen Partei anzurufen, zu verleugnen, und unterwarf sich, ohne eine Ahnung, wie es scheint, davon, daß diese Verleugnung seiner Ueberzeugung ihm doch nur eine kurze Frist gewähre. Le cheval du moins a l'air intélligent, schrieb ein journalistischer Witzbold über eine der während des Wahlkampfs verbreiteten Broschüren, auf deren Titelblatt der Marschall zu Pferde figurirte — und wurde deswegen unter allgemeinem Jubel der Republikaner vor Gericht gezogen.

Erst am 23. December, nachdem ein letzter Versuch, ein konservatives, aber parlamentarisches Kabinet zu bilden, gescheitert war, konstituirte sich das Ministerium Dufaure ausschließlich aus Mitgliedern der Linken des Senats und der Deputirtenkammer. Daß Gambetta schon damals die Fäden in der Hand hatte, an denen die innere Politik und zum größten Theil auch die auswärtige geleitet wurde, darauf weist der Eintritt seines Mitarbeiters aus der Zeit der Diktatur, des Herrn de Freycinet in das Ministerium hin.

Die Entwickelung der innern Politik Frankreichs im Jahre 1878 wird durch das langsame, aber immer ansehnliche Anwachsen der entschieden republikanischen Partei beherrscht. Der Wahlkampf des letzten Jahres, in dem es sich für die Republikaner um Sein oder Nichtsein handelte, hatte für einen Augenblick die Parteinüancen zwischen Thiers und Gambetta verwischt und zur Bildung der „Union républicaine" geführt, einer Vereinigung von Mitgliedern der Fraktionen der Linken, in welcher selbstverständlich Gambetta und seine Freunde das treibende Element waren. Wie die Stärke der monarchistischen Gruppen im Senat der eigentliche Stützpunkt des Ministeriums Broglie gewesen war, so bedingte sie jetzt die mäßigende Haltung des Ministeriums Dufaure. Die Mäßigung der Dufaure, Waddington, Léon Say schloß freilich nicht aus, daß die Regierung unter der Flagge der „konservativen Republik" nach und nach alle Hindernisse wegräumte, welche in den Personen wie in den Institutionen der Herrschaft der Gambettisten entgegenstanden. Unter dem Vorwande, neue reactionäre Versuche unmöglich zu machen, werden

sogenannte „Schutzgesetze“ erlassen, von denen eines die Verhängung des Belagerungszustandes ohne vorherige Zustimmung der Legislative unmöglich macht, ein anderes die Regierung bei den Aufnahmen außerordentlicher Kredite an die Zustimmung des permanenten Kammerausschusses bindet. Diese Gesetze, sowie ein Amnestie-Gesetz für die im Jahre 1877 wegen Preßvergehen Verurtheilten erhalten die Zustimmung des Senats, nachdem die orleanistische Gruppe, die sogenannten Konstitutionellen, sich zur Unterstützung des Kabinets entschlossen haben. Die Ergänzungswahlen zur Deputirtenkammer fallen regelmäßig zu Gunsten der Republikaner aus. Schon im Mai hat die Linke die Verluste, welche sie am 14. October 1877 erlitten, wieder ausgemerzt; im Juli verfügt sie über 380 Stimmen von 533. Der Marschall-Präsident muß sich sogar die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gefallen lassen, der Material zur Erhebung einer Ministeranklage gegen die Acteurs des 16. Mai sammeln soll. Die Rücksicht auf die am 1. Mai eröffnete Weltausstellung, deren Erfolge zur Verherrlichung der Republik und zur Beförderung der Propaganda für dieselbe dienen, sowie der Zusammentritt des Berliner Kongresses, auf dem die französische Republik zum ersten Mal im Kreise der Großmächte Platz nimmt, erzwingen einen kurzen Waffenstillstand. Der Erfolg dieser klugen und vorsichtigen Politik läßt nicht auf sich warten. Nach dem Senatsgesetz scheidet alle drei Jahre ein Drittel der gewählten Senatoren — 75 Mitglieder — aus. Die Neuwahlen erfolgen durch die Delegirten der Gemeinde-, General- und Arrondissementsräthe jedes Departements. Die Delegirten der Gemeinderäthe müssen bei jeder Erneuerung des Senats neu gewählt werden. Die Delegirtenwahlen fanden am 27. October statt und ergaben in 15,000 Gemeinden eine entschieden republikanische Majorität. Das Resultat war um so wichtiger, als die Delegirten der Gemeinderäthe für sich allein drei Viertel der Wähler des Departements repräsentiren. Der 27. October gab also die Garantie dafür, daß die Ergänzungswahlen zum Senat, welche auf den 5. Januar 1879 anberaumt wurden, der republikanischen Partei auch im Senat die Herrschaft geben würden. „Die Landbevölkerungen“, triumphirte das Journal des Débats, „sind republikanisch und zwar in conservativem Sinn, das Bauernthum, seßhaft, minder beweglich, solider als der Arbeiterstand, hat sich in den Boden der Republik eingepflanzt und darin seine starken Wurzeln getrieben. Der arbeitsame, schwerfällige Stier an seinem Pfluge, die geduldige und sparsame Ameise gesellen sich jetzt zu dem summenden und bewegten Korbe der städtischen Bienen.“ Die Politiker des linken Centrums hatten damals noch keine Ahnung davon, daß sie schließlich die Düpirten sein würden. Die Wahlen

vom 5. Januar 1879 gaben den Republikanern eine Majorität von 57 Stimmen. Der 5. Januar sprach das Todesurtheil über die Präsidentschaft des Marschalls Mac-Mahon. Die Rolle der „conservativen Republik“ war zu Ende. Das Ministerium Dufaure machte freilich den Versuch, den Kammern gegenüber die Wahlen vom 5. Januar als die „Billigung und Ermuthigung seiner Politik der Eintracht“ zu verwerthen. Aber schon am 20. Januar bei der Debatte über das Programm der Regierung erhielt das Kabinet ein unzweideutiges Mißtrauensvotum für den Fall, daß es Bedenken tragen sollte, sich der „Actionsfreiheit“ im Sinne der Linken zur Säuberung des Verwaltungs- und des Justizpersonals zu bedienen. Vor allem aber galt es den Marschall zu beseitigen.

Nach Art. 14 des Gesetzes vom 24. Juli 1873 über die allgemeine Organisation der Armee kann in Friedenszeiten der Commandant eines Armeekorps sein Commando höchstens während drei Jahre behalten, wenn er nicht beim Ablauf dieser Frist durch ein im Ministerrath beschlossenes besonderes Dekret in seinen Funktionen belassen wird. Der Zweck dieses Artikels war offenbar der, der Regierung die Mittel in die Hand zu geben, die Unterordnung der höchsten Militärs unter ihre Politik in jedem Augenblick zu erzwingen, nicht aber, den Wechsel bei den Commandostellen zur Regel zu machen. So war auch im Jahre 1876 nach Ablauf der ersten dreijährigen Frist verfahren worden, wenn gleich der Ministerrath damals Sorge getragen hatte, den Antrag auf Belassung der Corpscommandanten in ihren Stellen durch die „Unzuträglichkeiten zu motiviren, welche aus ihrer Ersetzung in dem Augenblick entstehen könnten, wo so viele wichtige Fragen in Betreff unserer Militär-Reorganisation noch der Prüfung unterliegen“. Auch in den Jahren 1877 und 1878 hatte man die Bestätigung der Commandanten unbedenklich erachtet. Jetzt mit Einem Male sollte dem Geiste des Gesetzes genügt und nicht weniger als 6 Commandanten zur Disposition gestellt, 3 versetzt werden. Der Kriegsminister, General Borel, der sich weigerte, diese Maßregel zu befürworten, war sofort zurückgetreten und durch General Gresley ersetzt worden. Die Zumuthung, dem Antrag des Ministerraths zuzustimmen, wies Mac-Mahon mit der Erklärung zurück, er könne seine Hand nicht zur Desorganisirung der Armee bieten und übersandte dem Präsidenten der Kammer seine Rücktrittserklärung. Noch an demselben Tage, dem 30. Jan., traten beide Kammern als Kongreß zusammen und wählten auf Vorschlag Gambetta's den Präsidenten der Deputirtenkammer, Jules Grévy zum Präsidenten der Republik auf sieben Jahre. An Stelle Dufaure's übernahm Waddington auch den Vorsitz im Ministerrath, Le Royer die Justiz, wäh-

rend Admiral Pothuau (Marine) und Teisserenc de Bort (Handel) durch die der Majorität genehmeren, Jauréguiberry und Lepère ersetzt wurden. Aber nach wenigen Wochen schon mußte de Marcère, von seinen Kollegen im Stiche gelassen, den Platz räumen, worauf Lepère das Innere und ein weiteres Mitglied der entschiedenen Linken, Tirard das Handelsministerium übernahm. Das Programm der neuen Aera, welches jetzt unter dem Triumphgeschrei der republikanischen Presse inaugurirt wurde, hatte Gambetta schon am 24. December 1878 auf einem Bankett in Paris skizzirt. „In einigen Tagen", sagte er, „werdet Ihr überall die Mehrheit haben, die Aera der Gefahren wird geschlossen sein, die der Verantwortung und der Schwierigkeiten wird beginnen. Man wird bei den künftigen Reformen erwägen müssen, was reif, was dringlich ist, andererseits, was noch warten, bei Seite gelassen oder geradezu verdammt werden muß." Die Worte klingen durchaus verständig: nur daß Gambetta in Wirklichkeit nicht „Reformen" in dem gebräuchlichen Sinne des Wortes im Auge hatte, sondern Maßregeln zur Beförderung und Sicherung der Herrschaft seiner Partei. Es galt nur, die Linke zu ermahnen, daß sie nicht versuchen möge, die Früchte der Herrschaft zu pflücken, ehe sie reif wären. Von wirklichen Reformen zu sprechen, war gefährlich. Der Versuch des Finanzministers, die Herabsetzung des Zinsfußes der 5 prozentigen Rente vorzubereiten, eine Maßregel, welche durch die Lage des Geldmarkts geboten war und dem Staatsbudget eine Erleichterung von etwa 40 Mill. Franken jährlich gesichert hätte, mußte schleunigst aufgegeben werden, weil die Conversion „im Inlande unpopulär" sei. Die Republikaner fürchteten, die Herabsetzung des Zinsfußes werde die Begeisterung der Renten-Inhaber für die Republik abkühlen! Allerdings erklärte Waddington den zahlreichen Deputationen der Industriellen, die Regierung sei entschlossen, soweit als möglich die Aera der Diskussionen zu schließen und an die geschäftlichen Fragen heranzutreten. Aber die „Aera der Diskussionen" zu schließen, hatte die Regierung keine Macht. Schon de Marcère hatte sich gezwungen gesehen, den Entwurf eines Gesetzes wegen einer allgemeinen Amnestie für die wegen Theilnahme an der Kommune Verurtheilten vorzulegen, von der nur diejenigen ausgeschlossen bleiben sollten, welche zu mehr als einem Jahre Strafe wegen Verbrechen und Vergehen gegen das gemeine Recht verurtheilt worden waren. Der Berathung des Amnestiegesetzes folgte die Diskussion des Berichtes der Untersuchungskommission über den 16. Mai, welche die Erhebung der Anklage gegen die Herren de Broglie und Genossen beantragte. Der Antrag wurde abgelehnt, aber nur mit Hülfe der Rechten, welche ihre Freunde zu schützen gezwungen war. Dann kam der Antrag, den Artikel 9 der Verfassung, der den Sitz der Kammern

nach Versailles verlegte, aufzuheben und Paris wieder in seine parlamentarischen Rechte einzusetzen. Die Deputirtenkammer votirte den Antrag ohne Bedenken; aber erst nach langen Verhandlungen gelang es, demselben im Senat eine schwache Majorität zu verschaffen. An dem Tage, an dem der Telegraph die Nachricht von dem Tode des Prinzen Napoleon meldete, am 19. Juni beschloß der Kongreß die Aufhebung des Artikels 9, worauf im Wege der gewöhnlichen Gesetzgebung der Zusammentritt der Kammern vom 3. November ab in Paris dekretirt wurde. In aller Stille wurde das Gesetz wegen Errichtung eines Generalstabs nach preußischem Muster erledigt. Um so heftiger war der Kampf, den das Ferry'sche Gesetz über die zur Ertheilung des Primär-Unterrichts erforderlichen Befähigungsnachweise hervorrief, weil der nachgerade berühmt gewordene § 7 die Ausschließung der vom Staate nicht anerkannten Kongregationen (vor allem der Jesuiten) von der Ertheilung des öffentlichen Unterrichts dekretiren soll. Das Gesetz wurde schon im Juni von der Deputirtenkammer angenommen; im Senat aber wurde die Berathung des Berichtes der Kommission, welche unter dem Vorsitz Jules Simon's den § 7 abgelehnt hatte, bis nach den Ferien vertagt und harrt heute noch der Erledigung, obgleich Ferry selbst und Waddington auf ihren Ferien-Reisen keine Mühe scheuten, Propaganda für eine Reform zu machen, welche den sozialen Einfluß des Klerus in Frankreich an der Wurzel fassen würde. Heute, wo die Republik auch mit der im Senat stärksten Partei, dem linken Centrum gebrochen hat, ist das Zustandekommen des Gesetzes fraglicher als damals, da die Partei nicht mehr bei der Erhaltung des Ministeriums, in dem sie nicht vertreten ist, interessirt ist. Das sind die geschäftlichen Resultate einer Session, welche bis Anfang August dauerte. Im Uebrigen Interpellationen über Interpellationen, die die Gemüther erhitzten und die Köpfe verwirrten.

Inzwischen zeigten sich mehr und mehr die tiefen und verhängnißvollen Nachwirkungen der Krisis von 1877. Die Akten der Untersuchungskommission haben allerdings den Nachweis geliefert, daß Marschall Mac-Mahon selbst nicht den Verdacht verdiente, der Monk des Kaiserreichs zu sein; aber die Verschwörer, die sich aus dem bonapartistischen und legitimistischen Lager rekrutirten und sich zum Theil in hohen militärischen und politischen Stellungen befanden, warteten nur auf den Moment, wo ein Conflikt zwischen der aufgeregten Menge und der Regierungsgewalt die Handhabe zur Verwirklichung ihrer gegen die Verfassung gerichteten Pläne bieten würde. Die Republikaner aber waren klug genug, sich innerhalb der Schranken des legalen Widerstandes zu halten und so wurde wenigstens der Bürgerkrieg vermieden. Aber die Entfesselung der reactionären

Parteien, auf deren Unterstützung die Regierung des Marschalls in der Zeit vom 16. Mai bis 13. December allein rechnen konnte, drängte die Masse der Bevölkerung gerade in das Lager derjenigen Partei, welche die monarchische oder kaiserliche Restauration am entschiedendsten bekämpften, d. h. in das Lager der republikanischen Republikaner. Das Jahr 1877 hat die Existenzfähigkeit der „konservativen Republik" des Herrn Thiers auf die Probe gestellt — sie hat die Probe nicht bestanden. Das Experiment, auf dem Boden des heutigen Frankreichs eine „konservative Republik" zu begründen, konnte nur gelingen, wenn die Aristokratie, welche naturgemäß die Repräsentantin der konservativen Ideen ist, sich ehrlich und ohne Hintergedanken auf den Boden der neuen Staatsorganisation stellte. Ob die monarchische Tradition in Frankreich bereits hinlänglich abgeblaßt ist, um den Trägern derselben einen Verzicht auf ihre Ideale zu ermöglichen, mochte von vornherein zweifelhaft erscheinen. Unglücklicher Weise aber waren in dem republikanischen Lager gerade die Elemente am rührigsten, welchen trotz der Erfahrungen des Jahres 1871 der Refrain des Jakobiner-Liedes: „Les aristocrates à la lanterne" noch immer in den Ohren summte. In dem October-Heft der Revue de la philosophie positive hat ein Aristokrat des Geistes, Littré, in einer Betrachtung über die „Dauer der Republik" diese Fragen erörtert. Herr Littré macht sich keine Illusion über das, was die Republik von den Vertretern der alten Parteien zu erwarten habe. Der Lauf der Geschichte, sagt er, hat sie aus ihrem Besitz getrieben, und dagegen läßt sich weder vom Standpunkt der Thatsache noch des Rechts etwas thun. Aber der Platz, den sie ausfüllten, ist immer noch da, und deshalb bedarf man auch heute noch einer Aristokratie, freilich einer von der früheren durchaus verschiedenen. Man mag noch so sehr die Gleichheit der Menschen predigen und zur demokratischen Nivellirung drängen, die Dinge sind stärker als die Metaphysik, und die Ungleichheit der Menschen wird niemals aufhören. Die Sociologie lehrt uns, diese Ungleichheit so zu benutzen, daß die Leitung der gesellschaftlichen Interessen in die Hände der Fähigsten gelegt wird. Die Aristokratie der Demokraten ist gebildet aus allem, was Einfluß, Wissen, Gewandtheit, Ansehen besitzt, den großen Grundeigenthümern und Industriellen, den Spitzen des Heeres und der Verwaltungen, den Gelehrten, Advokaten, Aerzten, Notaren, den hervorragenden Arbeitern." Das Unglück ist nur, daß die Mitglieder dieser neuen „Aristokratie" in politischen Fragen verschiedener Ansicht sind, und wenn es sich um die Organisation des Staats handelt, weder gleiche Interessen noch gleiche Ziele vertreten, daß sie ebenso wohl zu den Anhängern des Grafen von Chambord, der Orleans, der Na-

poleons, als zu den Gesinnungsgenossen Gambetta's gehören. Auch Herr Littré kommt über die Thatsache nicht hinaus, daß die „Conservativen“ in der französischen Republik nicht sowohl conservativ als monarchistisch sind, daß sie als Träger oder als Diener dieses angeblich republikanischen Staatswesens nur die Sprengung dieser Form im Auge haben. Auch die Fusion der alten Parteien, welche damals den Marschall-Präsident in seinem Widerstand gegen die Majorität der Deputirtenkammer stützte, erstrebte nicht die Herrschaft in der Republik, sondern die Zerstörung derselben. Und in diesem Streben fanden sie einen in Frankreich mächtigen Bundesgenossen in dem Klerus, der die Republik, entsprechend den Ultramontanen das Deutsche Reich im Jahre 1871, nur anerkennen wollte, wenn sie den im Frühjahr 1877 von allen Kanzeln gepredigten Feldzug zur Wiederherstellung der weltlichen Macht des Pabstes in ihr Programm aufnehmen würde. Aber das Ministerium Jules Simon, welchem Herr Waddington als Unterrichtsminister angehörte, ließ keinen Zweifel darüber bestehen, daß auch diese Regierung nicht gewillt sei, auf Abenteuer auszugehen. Zudem hatte selbst die Politik des Herrn Thiers von Anfang an in einem entschiedenen Gegensatz zu den Prätentionen der Klerikalen Partei gestanden. Der Antheil, den der „klerikale Fanatismus der Spanierin“, wie sich Gambetta einmal auf der Rednertribüne der Deputirtenkammer ausdrückte, an dem Ausbruch des Krieges von 1870 gehabt; die Rücksichtslosigkeit, mit der die französischen Bischöfe und die klerikale Partei sich in den preußischen Kulturkampf einmischten, auf die Gefahr hin, Frankreich neuen Demüthigungen auszusetzen, mußte die Anhänger der Republik zu bedingungslosen Gegnern des Klerikalismus machen, der durch das französische Unterrichtswesen die Gesellschaft beherrschte. Schon im Jahre 1876 proklamirte Gambetta den Kampf gegen den Ultramontanismus als das festeste Bindemittel zwischen den republikanischen Parteien. In Wirklichkeit haben die Sünden des Klerus und seiner Parteigänger nicht am wenigsten zu der Republikanisirung der französischen Nation beigetragen.

Mit der Unterwerfung des Marschalls Mac-Mahon unter den Willen der republikanischen Majorität war die Niederlage des Ultramontanismus entschieden — der Ausbruch des französischen Kulturkampfs zweifellos. Aber der Kampf auf Leben und Tod, den die republikanische Partei im Jahre 1877 gegen die mit den Klerus allirten monarchistischen Parteien zu bestehen hatte, mußte die französische Gesellschaft in ihren Tiefen aufregen. Je näher die Broglie und Genossen im Oktober 1877 ihrem Ziele, dem Umsturz der Republik waren, um so heftiger mußte, nachdem das Werkzeug ihrer Pläne, der „Sieger von Reichshofen“ den Dienst versagt

hatte, der Rückschlag zu Gunsten der Sieger sein. Mit dem 13. December 1877 hat das französische Staatsschiff das Gleichgewicht verloren. Die Phrase von der „conservativen Republik" ist bedeutungslos geworden. Die Republikaner aus Ueberlegung, wie Dufaure, Jules Simon u. s. w. hatten sich als machtlos erwiesen gegenüber den Verschwörern gegen die Republik. Nichts natürlicher als daß die Sympathien der Massen, die nur nach Ruhe und Frieden verlangen, sich den republikanischen Republikanern zuwendeten. Paris und die großen Städte des Südens stehen wie immer an der Spitze der Bewegung. Gelang es doch den Extremen, in Marseille bei einer Nachwahl zur Deputirtenkammer die Wahl Blanqui's „des ewigen Juden der Revolution" durchzusetzen, obgleich Blanqui gesetzlich nicht wählbar war. Grévy hatte allem Zureden, den Verbannten zu begnadigen, Widerstand geleistet; die Wahl in Marseille sollte die Begnadigung erzwingen. Die Deputirtenkammer erklärte mit 372 gegen 33 Stimmen die Wahl für ungültig und trotzdem gelang es den Anhängern Blanqui's, ihn bei der neuen Wahl wenigstens zur Stichwahl mit dem republikanischen Gegenkandidaten zu bringen. Mit dem 5. Juni war der Termin für die Begnadigungen auf Grund des Amnestiegesetzes abgelaufen. Im Laufe des August kehrten die Begnadigten — über 3000 — nach der Heimath zurück, und einige Communen, wie Paris, Lyon beeilten sich, ihre Begeisterung für die Republik durch die Wahl von Theilnehmern der Commune zu Mitgliedern des Gemeinderaths an den Tag zu legen.

Einen nicht geringen Antheil an dem Steigen der republikanischen Fluth ist dem im Juli 1879 erfolgten abenteuerlichen Tode des Trägers der imperialistischen Tradition, des Prinzen Louis Napoléon zuzuschreiben. Erst nach seinem Tode wurden Briefe veröffentlicht, in denen der Prinz seine, Ende Februar — nach der Niederlage der englischen Truppen bei Isandula — erfolgte Abreise nach Afrika erklärt. In einem Brief an einen Jugendfreund schreibt der Prinz u. a.: „Es muß mir daran liegen die Zweifel zu zerstreuen, die man noch bisweilen an der Energie meines Willens hegt, welche, glauben Sie es nur, jeder Schwachheit und jeder Feigheit unfähig ist und bleiben wird. Wenn man einem Geschlecht von Soldaten angehört, kann man sich nur mit dem Eisen in der Hand zu erkennen geben, und wenn man auf Reisen etwas lernen will, muß man in die Ferne ziehen."

Für einen Augenblick schien es, als sei mit dem Prinzen auch die Hoffnung der Bonapartisten begraben. Das republikanische Lager jubelte, weil es die Lebenskraft der imperialistischen Tradition unterschätzte. Der Prätendent war todt, aber der Stellvertreter bereit. Die Partei der Kaiserin versuchte zunächst, gestützt auf ein angeblich von dem Prinzen hinter-

lassenes Testament, den Prinzen Victor, den ältesten Sohn des kaiserlichen Vetters, des Prinzen Jerome Napoleon mit der Aufgabe zu betrauen, das Werk Napoleon I. und Napoleon III. fortzuführen. Prinz Jerome aber war nicht gewillt, seine Rechte auf die Prätendentschaft aufzugeben, und nach einigem Schwanken wurde Prinz Plon-Plon feierlichst, selbst von Rouher zum Erben der napoleonischen Ansprüche erklärt, — derselbe Prinz Jerome, der die Republik anerkannt hatte, der sich in Ajaccio zum Abgeordneten zur Deputirtenkammer hatte wählen lassen und am 24. November 1876 bei der Berathung des Cultusetat seine Jungfernrede hielt, welche er nach den heftigsten Tiraden gegen die clericale Partei mit den Worten schloß: „Ich für meinen Theil werde den großen Principien der Revolution treu bleiben." Zum Entsetzen der Bonapartisten sagte der Prinz: „Im Jahre 1828 sind die Jesuiten aus Frankreich vertrieben worden, heute sind sie in unserm Lande allmächtig. Sie waren es, welche im Jahre 1849 die unselige römische Expedition herbeigeführt haben. Eine andere historische Thatsache ist noch viel schlagender. Die Vertheidigung der weltlichen Herrschaft der Päpste hat uns — das Land möge es nun wissen — den Verlust von Elsaß-Lothringen zugezogen. Wenn wir beim Ausbruch des Krieges die weltliche Herrschaft ihrem Schicksal überlassen hätten, so hätten wir sofort eine Allianz (Italien) gehabt und eine andere (Oesterreich) hätte nicht lange auf sich warten lassen. Diese traurige Erfahrung möge wenigstens für die Folge beherzigt werden."

Selbstverständlich hat der Prinz, seitdem er als Haupt der kaiserlichen Familie anerkannt ist, sich beeilt, den Pflichten seiner Stellung Rechnung zu tragen, ohne sich der Gefahr der Ausweisung aus Frankreich auszusetzen. Zunächst wies er seine Anhänger auf die Nothwendigkeit hin, weise Zurückhaltung zu üben — und diese Nothwendigkeit war allerdings um so größer, als der „rothe Prinz", der unter dem Kaiserreich mit der Revolution geliebäugelt, eines gewissen Halbdunkels bedurfte, um die Aussöhnung mit den Ideen des Kaiserreichs und dessen Verbündeten zu bewerkstelligen. Aber schon Ende Juli schrieb die „Estaffette" anscheinend im Auftrage des Prinzen: „das Mittel, das Herz Frankreichs zu gewinnen, besteht nicht darin, den räuberischen Acten gegen die bewunderungswürdigen Brüder der christlichen Schulen und den Verfolgungsgesetzen gegen die Jesuiten, welche in der Kirche das Licht und die Heiligkeit vertreten, zuzujauchzen. Unser Land ist religiös, und es giebt sich nie lange Zeit zu den Maskeraden der materialistischen und atheistischen Freidenker her; schon fangen die Unwissendsten an zu begreifen, daß der Feldzug gegen die Jesuiten nur eine List der Opportunisten ist, die mit ihren Mitteln am Ende sind, um das Volk von der socialen Frage abzulenken. Der Prinz Napoleon

wird, wenn er wohl inspirirt ist, die socialistische Politik des Gefangenen von Ham und Napoleon's III. aufnehmen." Um so weniger konnte es überraschen, als man hörte der Prinz habe sich in einer Unterredung mit dem Cardinal Bonnechose gegen den § 7 des Ferry'schen Unterrichtsgesetzes ausgesprochen. Heute schon versichern die Bonapartisten, die Partei habe durch den Tod des Prinzen Louis Napoleon nicht an Einfluß verloren. Jedenfalls beweist die Anerkennung des Prinzen Jerome als Haupt der Familie Bonaparte, daß das Wort: le ridicule tue auf Prätendenten keine Anwendung findet. Von den anti republikanischen Parteien ist die bonapartistische die aussichtsvollste und Prinz Jerome als Schwiegersohn des Königs von Italien vielleicht gefährlicher als der Sohn Napoleon's III. hätte werden können. Voraussichtlich freilich wird die Wiederherstellung des Kaiserreichs ernstlich erst in Frage kommen, wenn die republikanische Bewegung zum Abschluß gelangt ist. Vorläufig hat Frankreich andere Sorgen.

Man hätte erwarten sollen, daß die herrschende Partei, nachdem sie den Präsidentenstuhl aus ihren Reihen besetzt und sich die Mehrheit im Parlament gesichert, an dem Programm der Beruhigung der Nation festgehalten hätte. Nach dem Schluß der letzten Versailler Kammersession aber zeigte sich sofort, daß die Gambettistische Partei das Ministerium Waddington nur als Deckmantel benutzt hatte, um ihre Ziele zu fördern. Nachdem die republikanische Majorität die Gegner geschlagen, erhob die stärkere Gruppe innerhalb der Majorität den Anspruch auf die Herrschaft. Es war ihr unerträglich, daß die am meisten gemäßigte Gruppe fast sämmtliche Portefeuille's inne hatte. Das linke Centrum ist nur im Senat die stärkste republikanische Partei mit seinen 81 Mitgliedern gegenüber den 79 der Linken und den 18 der äußersten Linken. In der Deputirtenkammer aber zählt das linke Centrum nur 41 Mitglieder, die Linke 158, die vorgeschrittene Linke 132 und die äußerste Linke 35. Grévy befindet sich demnach in derselben Lage, wie Mac-Mahon im Jahre 1877. Die Stütze seiner Politik ist der Senat, aber wie der widerstandslose Sturz des Ministeriums Waddington bewiesen hat, eine durchaus ungenügende Stütze. Auf die Rechte ist in beiden Kammern nicht zu zählen. Sie ist eben nicht konservativ, sondern ihrer Gesinnung nach anti-republikanisch und würde in jeder kritischen Frage den Präsidenten im Stich lassen; ihre Lieblingstaktik ist — Stimmenthaltung. Als die Kammern am 27. November zu der neuen Session zusammentraten, war das Ministerium vor die Frage gestellt, ob es mit seiner Vergangenheit brechen und sich das Programm seiner Politik von der Linken diktiren lassen oder zurücktreten wolle. Was die Linke verlangte, war: „Die Republik für den Republikaner." Die vollständige Säuberung des Beamtenpersonals

in der Verwaltung, dem auswärtigen Dienst, der Armee, der Justiz — das Gambetta'sche Programm verlangte nicht die Absetzbarkeit der Richter, sondern „nur“ eine neue Investitur, was freilich im Effekt auf dasselbe herauskommt — und vor allem in den Ministerien selbst.

Gambetta gab sich wenigstens den Schein, als ob seine Partei auf eigene Faust vorgehe. In Wirklichkeit aber entsprang seine Zurückhaltung nur der Ueberlegung, daß die Zeit, wo er selbst die Zügel der Regierung übernehmen könne, noch nicht gekommen sei. Wenn die Linke ihren Stellenhunger nicht mehr bezwingen kann, so mögen die Herren de Freycinet und Genossen es versuchen, mit einer Kammer zu regieren, in der die Parteizersplitterung die Bildung einer geschlossenen Majorität unmöglich macht. Das Auskunftsmittel einer Kammerauflösung stände allerdings zu ihrer Verfügung; aber die nächsten Erneuerungswahlen zum Senat können erst 1882 stattfinden, während das Mandat der Deputirtenkammer erst Ende 1881 oder Anfang 1882 abläuft. Die Frage ist nur, ob es in der Gewalt Gambetta's stehen wird, die verfassungsmäßige Neubildung der Kammern abzuwarten. Kaum ist die Partei Gambetta in die Position der Regierung eingerückt, so occupirt die äußerste Linke unter Clemenceau die Rolle des hoffnungsvollen Erben, auf den Moment lauernd, wo sie die Linke bei Seite schieben kann, wie die Linke gestern das linke Centrum kalt gestellt hat. In diesem Moment aber würde Gambetta gezwungen sein, die Geschäfte in die Hand zu nehmen und der Präsidentschaft Grévy's ein Ende zu machen.

Die Beschleunigung der Neuwahlen zur Deputirtenkammer aber wird noch durch eine andere Erwägung nahe gelegt. Die absolute Vernachlässigung der geschäftlichen Fragen, namentlich der volkswirthschaftlichen und ökonomischen Aufgaben der innern Politik, deren sich die regierende Partei schuldig macht, wird die französische Nation nicht lange mehr ertragen, ohne daß die Sympathien für die Republik erkalten. Dazu kommt die Mißernte des Jahres 1878 nicht nur an Getreide, sondern — was für Frankreich sehr viel empfindlicher — an Wein. Die republikanischen Blätter haben so lange die wirthschaftliche Blüthe der Nation auf Rechnung der republikanischen Institutionen gesetzt, daß sie sich nicht wundern dürfen, wenn die Leiden des ersten magern Jahres ebenfalls auf das Conto der Republik geschrieben werden. Sahen sich doch neulich die Organe der Majorität genöthigt, die Zustände in Oberschlesien als Beweis dafür anzuführen, daß wirthschaftliche Nothstände nicht eine republikanische Eigenthümlichkeit seien.

Bei dieser Disposition der öffentlichen Meinung in Frankreich wird Gambetta gezwungen sein, die Auflösung der Deputirtenkammer herbeizu-

führen, ehe die Reaction Kraft gewinnt. Die Neuwahlen — und damit die Präsidentschaft Gambetta's vorzubereiten, ist die Aufgabe des Ministeriums Freycinet, des „Cabinets Gambetta ohne Gambetta".

Mit dem Eintritt in das Jahr 1880 ist die Verfassung der Republik revisionsfähig geworden. Aber dringlicher — im Sinne Gambetta's — als die Revision der Verfassung ist die Revision des Wahlgesetzes zur Deputirtenkammer. Das allgemeine Stimmrecht ist den Minoritäten, der „Aristokratie in der Demokratie" ohnehin schon wenig günstig. Der Schutz der Minorität aber wird um so schwächer, je größer der Wahlkreis ist. Bei den Wahlen des Jahres 1876 sind in ganz Frankreich 4 687 117 republikanische, 2 147 094 monarchistische und 1 699 411 bonapartistische Stimmen abgegeben worden. Die Republikaner verfügten also über eine Majorität von nahezu 1 Million Stimmen. Bei den Neuwahlen des Jahres 1877 ist die Majorität zu Gunsten der Republik schwerlich eine erheblich geringere gewesen. Setzt man an die Stelle der Wahlen nach Wahlkreisen die Wahlen nach Departements — das berühmte Scrutin de liste so daß jeder Wähler des Departements sich bei der Wahl der auf das Departement fallenden Abgeordneten betheiligt, so ist die Hoffnung gerechtfertigt, daß es gelingen wird, die Minorität wenigstens in der Deputirtenkammer mundtodt zu machen. Die Frage ist nur, inwieweit Grévy gewillt ist, seinen Namen zu diesen Experimenten herzugeben. Seine Anhänger — dieselben freilich, welche auch an den Rücktritt Waddingtons nicht glauben wollten, setzen auf die Widerstandskraft des Präsidenten Hoffnungen, die einiger Maßen chimärisch erscheinen. Wenn der Patriotismus dem Linken Centrum gebietet, die Einsetzung des Ministeriums Freycinet zuzustimmen, gute Miene zum bösen Spiel zu machen, weil eine Coalition mit dem Gegner der Republik unmöglich ist, so wird Grévy sich vielleicht ähnlichen Erwägungen nicht entziehen. Die Einführung des Scrutin de liste würde freilich allen Hoffnungen auf eine Stärkung der gemäßigt republikanischen Partei ein Ende machen. Möglich ist es aber immerhin, daß die Linke, wenn sie erst im Besitz der Aemter ist, noch einmal auf einen Kompromiß mit dem linken Centrum eingeht und das Duumvirat Grévy-Gambetta erduldet. Möglich auch, daß Grévy, der die einflußlose Rolle eines rein konstitutionellen Präsidenten nur widerwillig übernommen hat, noch einmal den Versuch einer Schwenkung im Sinne der gemäßigten Partei macht. Daß die Beziehungen zwischen Grévy und Gambetta keineswegs so intim sind, wie die République française und Genossen sie darzustellen belieben, ist längst bekannt. „Vous mourrez dans la peau d'un revolté" hat Herr Grévy bei einer dieser „intimen" Conferenzen seinem Widerpart zugerufen — eine Prophezeiung, deren Erfüllung wir

abwarten müssen. Wie die Dinge stehen, ist eine Präsidentschaft Gambetta die nothwendige Konsequenz der politischen Lage Frankreichs. Wenn erst die Helfershelfer des Diktators von Tours im Besitz aller wichtigen und einflußreichen Posten sind, wird der Diktator zur Krönung des Gebäudes auf die Scene treten.

Verantwortlicher Redacteur: H. v. Treitschke.
Druck und Verlag von G. Reimer in Berlin.

Die Russen in Inner-Asien.

Von

Emil Lademann.

I.

Die Beziehungen der europäischen Großmächte zu einander werden jetzt mehr wie je beeinflußt durch die Verhältnisse ihrer außerhalb Europas belegenen Besitzungen. Im Vordergrunde des Interesses steht heute dasjenige Gebiet in Asien, wo man demnächst einen Zusammenstoß zwischen England und Rußland glaubt erwarten zu müssen. Die augenblicklichen politischen Grenzen der beiderseitigen asiatischen Besitzungen sind zwar noch durch Hunderte von Kilometern getrennt; aber beide Mächte sind im Kampfe mit unruhigen Grenznachbaren, deren sie nur durch Eroberung Herr werden können, und der trennende Zwischenraum in dem meist wenig bevölkerten Steppenlande wird immer kleiner. So ist es denn wesentlich die Möglichkeit eines feindlichen Gegenübertretens beider Staaten im Innern Asiens, speciell in dem Gebiete zwischen Indus und Amu-Darja, und die Rückwirkung eines solchen Kampfes auf Europa, welche unter dem Namen der centralasiatischen Frage erörtert wird. Eine zu eng begrenzte Bezeichnung für eine weit umfänglichere Sache.

Als vor wenig Jahren durch die Unruhen in Bosnien und Bulgarien die sogenannte „orientalische Frage" zu einer brennenden wurde, machte sich in Wort und Schrift vielfach der eine Gesichtspunkt geltend, als ob die Theilung der europäischen Türkei und namentlich der Besitz von Constantinopel den Schlüssel bilde zur Lösung der ganzen Frage. Und das geschah zu einer Zeit, als die Christenbedrückung in Armenien und Kurdistan die maßgebenden Kreise bereits ernstlich beschäftigte und als die Trace der anzulegenden Euphrat-Thal-Bahn schon eifrig studirt wurde.

Die europäische Türkei ist noch nicht beruhigt; der Schwerpunkt der orientalischen Frage aber ist vom Bosporus und den Dardanellen weit nach Osten hin verrückt. Wenn heute der Sultan freiwillig dem undank-

baren Europa den Rücken kehrte und seine Residenz nach Bagdad verlegte: — wäre dann die orientalische Frage wesentlich verändert? Die inner-europäische Verständigung über eine neue politische Eintheilung der Balkanhalbinsel könnte ein zweiter Berliner Kongreß vielleicht in kürzester Frist herbeiführen; die nun erst recht „orientalische“ Frage: „Was geschieht mit der zerfallenden Welt des Islam?“ bliebe nach wie vor ungelöst.

Von dieser einen großen Frage bildet auch die centralasiatische — (wenn dabei überhaupt von einer Frage die Rede sein kann) — nur einen Theil. Eine gewaltsame Abrechnung, dort auf verhältnißmäßig beschränktem Raum herbeigeführt, kann die Frage nicht lösen, ein unmittelbarer Kampf mit den Waffen kann eine wirkliche Entscheidung nicht bringen.

Sei es gestattet, an der Hand geographischer und geschichtlicher Betrachtung, die militärische Stellung Rußlands in Asien darzulegen, um dadurch die von vornherein zu bekennende Ansicht zu begründen, daß ein Zusammenstoß Rußlands mit England, gerade auf diesem Gebiete, materiell schwer möglich und auch für keinen von beiden Theilen wünschenswerth sei, daß vielmehr Beide der großen nun einmal in Angriff genommenen Aufgabe, die vom Islam verwüsteten Gebiete der Cultur zurückzugeben, am besten gerecht werden können, wenn sie als Nachbarn mit gegenseitig gesicherten Grenzen sich freundschaftlich die Hand reichen.

Geographische Uebersicht.

Den Kern von Asien bildet ein Gebiet, welches nach keiner Seite hin mit einem der Oceane in Verbindung steht. Dieses abflußlose Centralbecken, vom Freiherrn von Richthofen mit dem alten chinesischen Namen Han-Hai „das trockene Meer“ genannt, ein Plateau mit vorherrschendem Steppencharakter, welches sich über 40 Längengrade ausdehnt, ist das eigentliche Centralasien. Mächtige Erhebungen, theils Bergketten, theils Gebirgsstöcke von größerer Ausdehnung, trennen es von den übrigen Gliedern des Erdtheils. In politischer Beziehung bildet dies „trockene Meer“ einen Theil des chinesischen Reiches. Seit Jahren schon Reiseziel vieler Naturforscher und Geographen (namentlich der Russen Potanin, Prschewalski ꝛc.) hat es politisch neuerdings nur mit seinen westlichsten Landstrichen, dem von Muhamedanern bewohnten Gebiete von Kaschgar, in den Berechnungen der europäischen Diplomatie eine Rolle gespielt. Rußland hat zu der Zeit, wo Jakub Chan dort unabhängig herrschte, seinen Handelskarawanen freien Verkehr in jenem Landestheile gesichert und seinen Kasaken den Zutritt zu demselben eröffnet. England

hat durch die Reise der Forsyth'schen Gesandtschaft sich wenigstens überzeugt, daß eine kriegerische Bedrohung Indiens von dieser Seite aus nicht zu erwarten sei.

Dem Centralbecken ist im Norden das große Gebiet vorgelagert, welches seine Gewässer dem Eismeere zusendet: Sibirien, das unbestrittene Eigenthum Rußlands. Im Osten, in dem Gebiete, dessen Wasser der große Ocean aufnimmt, herrscht in dem von Nomaden spärlich bewohnten nördlichen Theile und an der Küste, bis zur Grenze von Korea hinab, Rußland; der reichere, dicht bevölkerte Süden gehört China. Südwärts des Karakorum-Gebirges breitet sich das Zuflußbecken des Indischen Oceans aus: Vorder- und Hinterindien, das Macht- und Absatz-Gebiet Englands.

Alles das sind einfache große Gruppen. Verwickelter liegen die Verhältnisse im Westen. Hier bezeichnet das Plateau des Pamir die Ostgrenze einer Uebergangszone. Am Südrande derselben sendet das Eranische Hochland nur kleine Küstengewässer zum Persischen Meerbusen; der größere Theil des Hochlandes ist abflußlos, ähnlich dem Centralbecken. Mit diesem ist es brückenartig verbunden durch den Gebirgskamm des Hindukusch, der Wasserscheide zwischen Indus und Amu-Darja. Der nördliche Theil jener Uebergangszone ist Tiefland mit großen meeresartigen Binnenseen. Gemeinsam bleibt dem ganzen Gebiete der Charakter der Oede und Verwüstung, den ihm nur zum Theil die Natur, zum Theil erst die Schuld der Menschen gegeben hat. —

Nicht immer war es so. Wir stehen auf dem Gebiete, wo seit unvordenklichen Zeiten die arischen und turanischen Völker im Kampfe sich begegneten, und Frieden haben diese Länder wenig gesehen. Einst aber waren sie doch der Sitz blühender Cultur und großer mächtiger Reiche.

Als Alexander der Große ein Heer von 60000 Streitern an den Jaxartes (Syr-Darja) führte, fand er in Sogdiana, dem Lande zwischen Syr und Amu-Darja, ein blühendes städtereiches Gebiet. Das Land südlich des Oxus (Amu), Baktriana, mit der Hauptstadt Baktra (Balch), erschien dem großen Macedonier als ein so mächtiges und wichtiges Reich, daß er eine Königstochter desselben zu seiner Gemahlin erhob, um so die Verbindung von Asien und Europa auch in seinem Hause sinnbildlich darzustellen. Im Winterlager von Nautaka, nördlich des Oxus, sammelte er das über 100000 Mann starke Heer, mit dem er den Feldzug nach Indien unternahm; in Baktra legte er Magazine an, nachdem in hartnäckigen Kämpfen die Bergvölker des Paropamisus (Hindukusch) unterworfen waren. Als er von der Mündung des Hydaspes in den Indus das schwere Fußvolk, die Kranken und die erbeuteten Elephanten nach der

Karmanischen Küste ziehen ließ, ist von Wüstenmärschen nicht die Rede, weniger noch in der Niederung des Oxus, wo die Etappenstraßen rückwärts zum Kaspischen Meere liefen. Nur der Marsch vom Indus-Delta nach Karmanien (persische Provinz Kirman) wird als entbehrungsvoller Wüstenmarsch geschildert. — So vor mehr denn zwei Jahrtausenden. — Auch im Mittelalter (nach 1200) entsandte Dschengischan vom Fuße des Pamir völkergleiche Heere über den Ural und die Wolga bis ins Herz Europas, und noch anderthalb Jahrhunderte später versammelte Timur um Samarkand die Hunderttausende, mit denen er, bald westwärts gegen die Türkei, bald südwärts gegen Indien, zu Felde zog. — Heute finden kleine Detachements nur spärlich Wasser und Weide beim Marsch durch öde Steppen. Flugsand hat das Culturland überdeckt, und selbst die Gewässer weichen vor ihm zurück. Vergeblich sucht schon auf der Karte das Auge den gewohnten Anblick der sich vereinigenden und dem Meere zueilenden Flüsse.

Die Ebenen von Turan erstrecken sich vom Fuße des Eranischen Hochlandes nach Norden bis in das Quell-Gebiet der sibirischen Ströme und vom Fuße des Pamir nach Westen bis an das Kaspische Meer. Dieser größte Binnensee der Erde, liegt in einer Einsenkung, die 26 m unter den Wasserspiegel des Oceans hinabreicht. Trotzdem findet von all den Gewässern, die zum Theil von den höchsten Gebirgen Asiens, durch jene Ebenen nach Westen abfließen, nur der Atrek seinen Weg in das Südende des Kaspischen Meeres. Alle von weiter her kommenden Flüsse enden entweder im Sande, wie der Heri Rud (Fluß von Herat) und die ehemaligen linken Zuflüsse des Amu-Darja, welche an den Orten Merw, Andchui, Balch und Chulm vorbei nach Norden fließen, oder sie münden in Binnenseen, wie der Ili in den Balchasch-See, der Tschu in den Saumal-Kul, der Syr-Darja und der Amu-Darja in den Aral-See. Der Wüstensand hat hier den Gewässern den Weg zum Meere verlegt. Bei dem größten der genannten Ströme, dem Amu, ist diese Veränderung sogar erst in neuerer Zeit eingetreten; denn noch vor dreihundert Jahren, so lautet die neueste Kunde aus Chiwa*), unter Sufian Chan von Charesm, ergoß der Amu sich bei Krasnowodsk ins Kaspische Meer. Jetzt bekommt dieses Meer seine Zuflüsse hauptsächlich nur noch aus dem Norden, vom Ural-Gebiete und aus dem europäischen Rußland. Aber alles was der Ural, die Wolga und der wasserreiche Terek dem Kaspi zuführen, genügt nicht, um die Verdunstung auszugleichen und dem Vordringen des Sandes von Osten her zu widerstehen. Der Wasserspiegel sinkt

---

*) Depesche der Amu-Darja-Expedition an die Moskauer Zeitung.

stetig, der See tritt mehr und mehr zurück. An der Mündung des Atrek ist die in letzter Zeit so viel genannte Rhede von Tschikischljar schon so flach geworden, daß erst 9 Seemeilen vom Ufer eine Wassertiefe von 3 m gefunden wird.

Die Ströme und ihre Zuflüsse bezeichnen heute in Turan die schmalen Striche, längs deren Anbau und seßhaftes Leben allein noch möglich sind. Das zwischenliegende Land ist Sandwüste oder Steppe, deren salzdurchzogener Boden nur an wenigen Stellen das süße Wasser darbietet, welches allein den Sommeraufenthalt von Nomaden gestattet.

Wenn diese natürlichen Verhältnisse in der Vergangenheit günstiger lagen, so war das die Folge rastloser Thätigkeit der dort wohnenden Völker, deren unermüdliche Sorgfalt die vordringende Wüstennatur täglich, ja stündlich bekämpfte und durch emsige Pflege des Pflanzenwuchses und großartige Kanäle die Niederschläge regelte und verwerthete. Dies ist seit fünfhundert Jahren nicht mehr der Fall; die Vegetation wie die Werke der Vergangenheit sind ungepflegt zu Grunde gegangen, und Neues ist nicht geschaffen worden. Die Völker Central-Asiens sind in Apathie versunken, und diese ist zum großen Theile die Folge ihrer Religion.

Das ganze von den verschiedensten Völkerstämmen bewohnte westliche Asien steht seit einem Jahrtausend unter der religiösen Herrschaft des Islam. Diesem gilt der Gebrauch der Pflugschar als schimpflich; der Krieg ist Glaubensvorschrift. Wie nun die Bekenner des Islam dahingezogen sind, mit Feuer und Schwert die Culturstätten der Menschen zu verwüsten, so zerstörten sie auch das, was die Natur selbst geschaffen. In Folge wilder Sorglosigkeit verschwand der Wald, nach ihm das Wasser, mit diesem auf weite Strecken der Rest nährenden Pflanzenwuchses. Auf den Höhen wie in den Ebenen blieben, abgesehen von den Strichen in der Nähe der unversiegbaren Wasseradern, nur der kahle Boden und der nackte Fels als Spielplatz für die freiwaltenden Kräfte der Natur.

So verschiedenen Stammes die Einwohner sind, treten doch nur zwei wesentlich verschiedene Lebensformen hervor. Ein Theil der Bevölkerung ist seßhaft, aber in blindem Vertrauen auf das Walten der Vorsehung in Unthätigkeit versunken, ein anderer lebt, den natürlichen Bedingungen seiner Heimath gemäß, als Nomade, ja aus wildem Naturtriebe und aus Noth als Räuber. Allen ist der Fanatismus gegen Andersgläubige und Fremde eigen, daneben blinde Unterwürfigkeit gegenüber dem despotischen Herren und Kampflust, namentlich sobald es gilt, dem eigenen Vortheil zu dienen.

Wie dem asiatischen Binnenlande feste Grenzlinien fehlen, so sind

auch die politischen Grenzen der Völker, die sich in unaufhörlichen Kämpfen befehden, höchst wechselvoll und verschwommen.

Die asiatische Türkei sogar hat feste Grenzen nur da, wo sie an's Meer stößt, und, durch europäische Fürsorge, gegen Rußland und Persien. Dieses letztere Land erstreckt sich aber im Osten und Nordosten schon in Gebiete hinein, wo die Anerkennung der Oberhoheit des „Königs der Könige" zu nicht geringem Theile abhängt von dem Selbstgefühle kleinerer Despoten oder dem Belieben von Nomaden. Diejenigen Turkmenenstämme z. B., welche Persien als seine Unterthanen betrachtet, behaupten ihrerseits, daß nie ein Perser ihr Gebiet betreten, es sei denn als Gefangener.

Noch unbestimmter sind die Verhältnisse Afghanistan's. Hier ist nur im Südosten, wo das Land an Indien grenzt, von den Briten eine feste Grenze gezogen; im Norden, gegen Buchara, bezeichnet eine solche allenfalls ein Theil des Amu-Darja. Wie eine anerkannte Grenze, so fehlt auch die bestimmte politische Organisation. Unabhängige Gebirgsstämme und kleine Völkerschaften, welche halb selbstständigen Chanen gehorchen, können nur durch die Person des Herrschers zu einer Art staatlicher Einheit verbunden werden. Mit dem Fehlen des anerkannten Oberhauptes ist sofort der Zerfall gegeben. — Als Folge der jüngsten Ereignisse wird eine theilweise Einverleibung des Landes in das indische Reich wohl unvermeidlich. Ob darüber hinaus eine neue Regelung seiner Herrschafts- und Grenzverhältnisse erfolgt, bleibt abzuwarten.

Noch innerhalb der jetzigen politischen Grenzen von Afghanistan und Persien bilden der Hindukusch, die ihm direct sich anschließenden afghanischen Gebirgsketten, ferner die Berge von Chorassan und zuletzt, südlich des Kaspischen Meeres, das Elburs-Gebirge die natürliche Südgrenze von Turan, eine Grenze, die nur an einer einzigen Stelle, und zwar vom Heri Rud, in ihrer ganzen Tiefe durchbrochen wird.

In der Ebene von Turan endlich bestehen am Ufer des Amu-Darja in schattenhafter Selbstständigkeit die Chanate von Chiwa und Buchara, und südlich des Stromes wohnt der unabhängige Nomadenstamm der Teke-Turkmenen mit dem Hauptsitze Merv. Alles Uebrige ist hier bereits Bestandtheil des russischen Reiches.

Rußlands Ausbreitung in Asien.

Seit mit dem Ausgange des Mittelalters Rußland sich frei gemacht hatte von der Herrschaft der mongolischen Tataren, wuchs und erstarkte es in stetem Kampfe gegen die Bekenner des Islam. Erst nachdem er 1469 das Chanat Kasan zinsbar gemacht, 1480 das kiptschak'sche

Chanat vernichtet, im Ganzen aber sein Reich von 10000 auf über 40000 Quadrat-Meilen Flächenraum vergrößert hatte, nahm Iwan III. den Titel Großfürst und Selbstherrscher von ganz Rußland an. Die Hauptverkehrs- ja die Lebensader dieses Reiches war die Wolga. An ihr concentrirt sich auch jetzt noch das eigentlich russische Leben; sie nimmt in Sang und Sage der Russen eine Stellung ein, nicht unähnlich derjenigen des Rheines bei uns Deutschen. Der Kampf um die Sicherung und Beherrschung der Wolga war der Brennpunkt der Kriege gegen die Tataren und Türken. Erst 1552 wurde das Chanat Kasan endgültig in Rußland einverleibt und 1556 die Stadt Astrachan genommen. Sie war fortan der Ausgangspunkt des Verkehrs nach Persien und dem Orient. Gegen die Tataren der Krym mußten Festungen und kleine Posten die Grenze sichern, mit den Nomadenstämmen am Ural ward ein Bund geschlossen.

Im Kampfe gegen die unruhigen Grenznachbarn bildete sich auch das Kasakenthum heraus, wie es Rußland eigenthümlich ist. Die Abenteurer slawischen Stammes, welche zuerst am Dnjpr und am Don den Schutz der Grenze gegen die Türken übernahmen, verstärkten sich durch Aufnahme der zum Christenthum bekehrten Tataren. Zu den Kasaken vom Don traten bald die vom Schwarzen Meer, von Astrachan, vom Kuban und vom Terek. Ueberall bezeichnet diese merkwürdige Institution die Grenze zwischen Christenthum und Islam, zwischen seßhafter Bevölkerung und Nomaden. Der Schutz der Grenze gegen Nomaden, eben durch Seßhaftmachen von Nomaden, das ist der Sinn des jetzigen specifisch russischen Kasakenthums, das an der gesammten Landgrenze des Reiches, in den Gebieten vom Ural, von Orenburg, von Semirjetschensk, von Sibirien, von Transbaikal und vom Amur eine wichtige Rolle spielt. Auf europäischem Boden und im Kaukasus trat jene Bedeutung des Kasakenthums allerdings bereits längst in den Hintergrund; sehr groß ist sie aber noch an den asiatischen Grenzen, wo z. B. die Ländereien der sibirischen Kasaken einen Grenzstreifen von 1800 Werst Länge bei 20 bis 30 Werst Breite einnehmen. Die Kasaken fehlen nur da, wo die Möglichkeit der Ansiedelung fehlt, oder wo noch stärkere Streitkräfte als die ihren zum Schutze der Grenzen nöthig sind. Beides ist in Turkestan der Fall.

Durch Kasaken begann schon 1568 die Unterwerfung Sibiriens, 1590 wurde Tomsk die Hauptstadt; 1600 war die Grenze des jetzigen Westsibirien erreicht. Im Jahre 1620 erschienen die Kosaken am Wilui, 1627 an der Angara, 1628 an der Lena, 1633 in Kamtschatka, 1646 am Baikal-See; 1699 war die Eroberung des weit ausgedehnten, dünn be-

völkerten sibirischen Landes vollendet. — Eine 1649 am Amur gegründete Niederlassung war 1689 wieder an China verloren gegangen. Erst 1844 begann hier ein neues Vorrücken; 1853 entstand südlich der Amurmündung Konstantinowsk; durch Verträge von 1858 und 1860 wurden zuletzt das Amurgebiet vom Ussuri abwärts und die Küste des Oceans bis zur Grenze von Korea endgültig von China erworben.

Langsamer ging der Fortschritt im Westen, wo Asow erst 1699, das Kuban-Gebiet erst 1783 in russischen Besitz übergingen.

In die Ebenen von Turan fand die erste Expedition, und zwar eine solche gegen Chiwa, um 1585 unter dem Kasaken-Hetman Netschai statt. Sie verunglückte in Folge einer durch die Chiwesen erlittenen Niederlage. Erst Peter der Große ließ 1715 den Versuch wiederholen. Er sandte den Fürsten Bekewitsch-Tscherkaßki von Astrachan aus nach der alten Mündung des Amu-Darja ins Kaspische Meer; von dort sollte er nach Chiwa gehen und dessen Chan zur Anerkennung der Oberhoheit Rußlands auffordern. Bekewitsch hatte sich Chiwa schon bis auf 15 Meilen genähert und drang kämpfend weiter vor, fand aber durch Verrath des Chans sammt seinem Heere den Untergang. — Im Jahre 1716 wurde der Plan in anderer Richtung wieder aufgenommen, und jetzt hatte ein Feldzug wenigstens die Einverleibung der zwischen der Wolga und dem Ural-Flusse nomadisirenden Kirghisen zur Folge. Diesem ersten Schritte in das östliche Steppengebiet folgte bald ein zweiter. Im Jahre 1732 erklärten die Kirghisen (ihrem nationalen Namen nach „Kaïzachen") der kleinen und der mittleren Horde sich freiwillig zu russischen Unterthanen, d. h. die Chane derselben boten ihre Unterwerfung an, um sich gegen die eigenen Unterthanen zu schützen. Kaiserin Anna nahm die Oberhoheit an. Das Steppengebiet der beiden Horden, welches sich vom Ural-Flusse bis zum Balchasch-See erstreckt, wurde aber nur dem Namen nach russischer Besitz; denn weder Anna I. noch ihre Nachfolger unterwarfen die Kirghisen wirklich. Der Ural blieb im Südosten die eigentliche Grenze Rußlands und mußte sogar nicht selten durch kleine Expeditionen gegen die nominellen „Unterthanen" gesichert werden.

Erst nach Beendigung der Kämpfe gegen Napoleon I. schritt Rußland dazu, die Oberhoheit über die Kirghisen zu einer Wahrheit zu machen. Es galt, das schon bezeichnete Gebiet, die jetzigen Kreise Turgai und Akmolinsk, im Innern zu beruhigen und gegen Angriffe der südlichen Nachbarn zu schützen: Aufgaben, deren Lösung um so schwieriger war, als man ein volles Jahrhundert lang die Nomaden ungestraft hatte gewähren lassen. Vergeblich waren alle Bemühungen, durch eine Reihe kleiner Posten zunächst auch nur die Grenze zu schützen.

Chiwa schürte die Unruhen in den Steppen; dort bargen die Räuber, die Flüchtlinge, sowohl sich selbst wie ihre Gefangenen und das geraubte Gut; Rußland mußte sich wieder gegen Chiwa wenden, um an der Grenze Ruhe zu schaffen. Das Chanat trotzte auf seine Unnahbarkeit und lehnte alle Verhandlungen ab. Eine kriegerische Expedition wurde nothwendig. Die für den Vormarsch einzuschlagenden Richtungen waren wiederholt recognoscirt worden; der Weg über den Ust-Urt, zwischen dem Aral-See und dem Kaspischen Meere hindurch erschien als der geeignetste. Zum Rückhalte für die Expedition legte man zwei neue feste Punkte in der Kirghisensteppe an: Embinsk an der oberen Emba, etwa 400 Werst von Orenburg, und Ak-Bulak, noch 160 Werst weiter nach dem Ust-Urt hin. Der Marsch sollte im Winter erfolgen, um die Beschwerden, welche Wassermangel, Hitze und Flugsand herbeiführen, möglichst zu vermeiden. Das kleine, für das Unternehmen bestimmte Korps sammelte sich um Orenburg. Am 29. November 1839 erfolgte der Aufbruch; aber Kälte und Schneestürme vereitelten das Beginnen; das Detachement erreichte nur Ak-Bulak. Am 13. Februar 1840 wurde dort der Befehl zum Rückmarsche gegeben, und am 8. Juni rückten die Reste der Truppen wieder in Orenburg ein, nachdem sie ein Drittheil der Mannschaft (1054 Todte, 609 Kranke von 4413 Mann) sowie den größten Theil der Pferde und Kameele im Kampfe gegen die Elemente verloren hatten, ohne den Feind gesehen zu haben. — Die Folge der mißglückten Expedition war ein allgemeiner Aufstand der Kirghisen, welcher anhielt, bis im Jahre 1846 ihr Führer, Kenissara Kassimow, von den Kirghisen selbst ermordet wurde.

Um das geschädigte Ansehen Rußlands den Nomaden gegenüber wieder zu heben, mußte jeder weitere Schritt doppelt gründlich vorbereitet werden.

Zunächst wollte man die bereits zum Reiche gehörigen Kirghisen durch eine möglichst leicht zu bewachende und zu vertheidigende Linie von den übrigen Steppenbewohnern trennen. Man suchte also eine natürliche Grenze in einem Lande, das deren weniger wie jedes andere besitzt. Willkürliche Bestimmungen und Befestigungen mußten eine Landmarke schaffen.

Mit diesem Aufsuchen einer festen Grenze in einem von kriegerischen Nomaden bewohnten Gebiet, das absolut keine durchgehenden Naturbarrieren darbietet, war ein verhängnißvoller Weg betreten. Führt die Grenze durch Wüsten und Steppen, so lassen sich Befestigungen nur da anlegen, wo wasserspendende Oasen eine Ansiedelung gestatten. Räuberische Einfälle können diese aber leicht umgehen. Sucht man statt der Steppen-

zone einen bewohnbaren Landstrich, auf dem es möglich ist, den Nomaden den Eintritt in die Steppe zu wehren, so trifft man seßhafte Bevölkerung. Diese leistet entweder Widerstand und wird bekämpft, oder es beginnt friedlicher Verkehr. Vertragsmäßige Beziehungen sind aber mit den halbcivilisirten asiatischen Staaten und namentlich mit den Chanaten Inner-Asiens auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten; denn diesen Ländern fehlen eben die Hauptbedingungen, auf denen der völkerrechtliche Verkehr zwischen Staaten beruht: feste Grenzen, Stetigkeit der Regierung und Verwaltung und schließlich sichere Herrschaft des Herrschers über die Unterthanen. Grenzen werden nur so weit anerkannt, als sie wirksam vertheidigt werden; Gesetz ist einzig die Willkür eines Despoten, der sich an eigene geschweige denn fremde frühere Zusagen nicht bindet, wenn er nicht durch Zwang dazu angehalten ist; Einhalten von Verträgen und Sicherheit der Person und des Eigenthums Fremder kann endlich auch ein Despot nicht verbürgen, dem die eigenen Unterthanen zwar sklavisch, aber oft nur so weit gehorchen, als sein Arm und sein Auge reicht, und der noch am besten Gehorsam findet, wenn er zum Kampfe gegen die Fremden ruft.

Jede Berührung mit diesen Staaten führt nothwendig zum Streit, und Recht schafft ihnen gegenüber nur die Macht. Auch diese aber wird lediglich im augenblicklichen Siege verstanden; jeder Rückzug gilt für Schwäche, hat Bruch der Verträge und somit neuen Krieg zur Folge.

Wie die Afghanen in der englischen Pension nur einen Tribut an ihren Herrscher, in der Gesandtschaft nur Geiseln sahen, so ist auch den Russen jeder Versuch, auf der Bahn der Eroberungen inne zu halten, jeder kleinste Schritt rückwärts mit einem Treubruch vergolten worden, und oft genug galt es, Chane, mit welchen Verträge geschlossen worden waren, gegen deren eigene Unterthanen zu schützen.

Auf den Steppen also wie in culturfähigem Lande fand man den Krieg. Namentlich um die vorgeschobenen Posten war ununterbrochen zu kämpfen. Jeder einzelne Kampf aber durfte nicht anders enden als mit einer Eroberung.

So kamen die Russen von der Emba zum Tschu, vom Tschu zum Syr, von diesem zum Amu-Darja und zum Atrek; so werden sie auch fortan weiter gehen müssen, bis sie am persischen Meerbusen eine natürliche oder an einem geordneten Staatswesen eine sichere politische Grenze finden.

Die Ereignisse entwickelten sich mit zunehmender Schnelligkeit.

In den vierziger Jahren nahm man auf Vorschlag des Generals Obrutschew für die Grenze eine Linie in Aussicht „am Nordrande jenes

Hunger- und Sandsteppen-Gebietes, welches sich vom Kaspischen Meere nach Osten über den Ust-Urt, nördlich des Aral-Sees zum Tschu-Flusse und längs dessen nördlichen Ufers zum Nordufer des Balchasch-Sees sich hinzieht*)."

Noch war diese Linie nicht eingerichtet, als die Kirghisen der großen Horde, welche östlich vom Balchasch-See bis zur chinesischen Grenze, im jetzigen Kreise Semirjetschensk wohnten, sich 1846 ebenfalls zu russischen Unterthanen erklärten. In ihrem Gebiete entstanden 1847 Fort Kopal und 1850 südlich des Ili das Fort Wernoje.

Ferner ward auf ausdrücklichen Befehl des Kaisers an der Mündung des Syr-Darja 1847 das Fort Raimskoje (Aralsk) angelegt und seitdem die Grenze vom Syr-Darja zum Tschu und dann diesen aufwärts geführt. Raimskoje erwies sich als unbewohnbar, bald trat Fort I (Kasalinsk) an seine Stelle; schon 1850 folgte noch weiter am Flusse Syr-Darja aufwärts Fort II (Kormaktschi) an der Stelle des den Kokanzen abgenommenen Kosch-kurgan.

Auf dem Aral-See wurde eine Anzahl kleiner auch zur Flußschifffahrt geeigneter Kriegsfahrzeuge hergestellt.

Durch die Wegnahme von Kosch-kurgan war der Streit mit dem damals noch bestehenden Chanat Kokan brennend geworden, zum wirklichen Kriege kam es aber erst 1853. Der Sieg des General Perowski bei Akmetschet, im Juli, führte zur Einnahme dieser Stadt und 1854 zum Bau des Fort Perowsk. Damit kam der Lauf des Syr-Darja auf 50 Meilen Länge in die Hände der Russen.

Sobald die ersten Folgen des Krymfeldzuges überwunden waren wandte man russischerseits den asiatischen Angelegenheiten wieder erhöhte Aufmerksamkeit zu. Im Jahre 1860 hatten 4000 Kokanzen den Ort Kastek (westlich Wernoje) überfallen; dafür wurden die Orte Tokmak und Pischpek am oberen Tschu genommen und zerstört. In demselben Jahre besetzte General Bezak auch Dschulek und Jany-Kurgan am Syr oberhalb Perowsk. Der Besitz am Syr war damit wieder etwa um 160 km verlängert.

Erneute Einfälle und auch Angriffe der Asiaten auf die Forts Dschulek und Perowski blieben zunächst ohne Erwiderung, weil die Unterdrückung des polnischen Aufstandes alle Kraft Rußlands in Anspruch nahm. Erst 1864 begannen neue Operationen, nun mit der bestimmten Absicht, durch gleichzeitiges Vorgehen von Osten wie von Westen aus, in dem bewohnbaren Theile des Chanat Kokan eine Vereinigung zu suchen. General Tschernajew rückte aus dem Kreise Semirjetschensk vor

*) Mil. Woch. Bl. 1873. Viertes Beiheft S. 116.

und nahm die Feste Aulié-Ata; Oberst Werewkin, der von Dschulek kam, bemächtigte sich der Stadt Turkestan; beide Kolonnen wandten sich dann gegen Tschimkent, das, nach einem ersten vergeblichen Angriffe, von dem verstärkten Korps am 13. September 1864 genommen wurde. Ein am 2. Oktober ausgeführter Versuch, auch Taschkent zu erstürmen, mißlang jedoch, und das Zurückgehen der Russen auf Tschimkent hatte sofort neue Angriffe seitens der Kokanzen zur Folge.

Während dieser Vorgänge stellte die russische Regierung in einem offiziellen Rundschreiben an ihre Vertreter im Auslande unterm 23. November 1864 folgende Grundsätze für ihre Politik in Innerasien auf:

1. Es sei unerläßlich, die beiden befestigten Linien, von denen die eine von der chinesischen Grenze zum See Issyk-kul (südlich der Quellen des Tschu), die andere vom Aral-See längs dem Syr-Darja laufe, durch neue befestigte Punkte zu vereinigen, die sich gegenseitig zu unterstützen vermöchten und keinen Zwischenraum frei ließen, wo ungestraft Plündereien und räuberische Einfälle der Nomadenstämme stattfinden könnten.

2. Es sei wesentlich, diese Linie vorgeschobener Forts in Gegenden zu haben, deren Fruchtbarkeit nicht nur für den Bezug der Verpflegung genüge, sondern auch regelrechte Ansiedelungen erleichtere, welche allein dem besetzten Gebiet eine gesicherte Zukunft bereiten und die benachbarten Völkerschaften dem civilisirten Leben zuführen könnten.

3. Es sei dringend geboten, diese Linie in bestimmter Weise festzustellen, um dem gefährlichen und fast unvermeidlichen Fortgerissenwerden zu entgehen, welches durch Repressionen und Repressalien eine unbeschränkte Ausdehnung zur Folge haben könnte.

Die Eroberungen der Russen sollten also mit dem, was 1864 gewonnen worden war, ihren Abschluß erreichen. Doch kaum war das Schreiben an seine Adresse gelangt, so mußte man schon bedauern, es abgeschickt zu haben. Dem Rundschreiben folgte nämlich fast auf dem Fuße die Nachricht von der Einnahme von Taschkent.

Den General Tschernajew, Gouverneur des Bezirks Turkestan, welcher aus den seit 1846 erworbenen Gebieten zu Anfang 1865 neu gebildet war, hatten angeblich die Unruhen in Kokan und dessen Krieg mit Buchara befürchten lassen, der Emir von Buchara könne sich auch Taschkent's bemächtigen. Da wollte er ihm doch zuvorkommen, rückte deshalb an den Tschirtschik (einen rechten Nebenfluß des Syr-Darja) vor; nahm Fort Nias-bek und erschien am 7. Mai 1865 vor Taschkent. Nach dreitägigem Kampfe war er Herr der Stadt, bei deren Vertheidigung der Chan von Kokan tödtlich verwundet wurde. Die Russen nahmen dann noch Tschinas, am Einfluß des Tschirtschik in den Syr, sowie Kelentschi

und stellten die Befestigungen von Nias-bek wieder her. Inzwischen hatte der Emir von Buchara sich der Städte Chodschent und Kokan bemächtigt und forderte nun, als faktischer Herrscher von Kokan, von den Russen die Räumung Taschkents. Eine russische Gesandtschaft, die mit ihm verhandeln sollte, setzte er gefangen. Damit war der Anlaß zu einem neuen Feldzuge, diesmal gegen Buchara, gegeben.

Tschernajew rückte im Januar 1866 zur Befreiung der Gefangenen gegen Dschisak (in der Richtung auf Samarkand gelegen), ließ sich aber durch nichtige Vorspiegelungen des Emir zur Umkehr bewegen, ohne die Gesandtschaft befreit zu haben. Sein Nachfolger im Oberbefehl ging von neuem vor und zwar von Tschinas aus längs des linken Ufers des Syr-Darja. Er schlug den Emir am 8. Mai 1866 auf der Ebene von Ir-Dschar. Die Bucharen eilten in wilder Flucht auf Samarkand zurück. Die Russen, um die Kokanzen von den Bucharen zu trennen, drangen zunächst längs des Syr weiter vor auf Chodschent, das sie nach achttägiger Belagerung am 24. Mai erstürmten. Nach diesem Erfolge wandten sie sich wieder südwärts gegen die Bucharen und nahmen am 2. und 18. Oktober die Bucharischen Grenzforts Dschisak und Uratübe. Ende 1866 war Kokan zur Seite gedrängt und die Russen hatten festen Fuß gefaßt südlich des Syr. An ein Zurückgehen konnte ohne ernstliche Schädigung des russischen Einflusses auch nach Befreiung der Gesandtschaft nicht gedacht werden. Im Gegentheil — der Emir von Buchara rüstete schon während des Winters zu neuem Kampfe. Zum dritten male mußten die Eroberungen weiter ausgedehnt werden. Für 1867 begnügte man sich mit der Besetzung von Jany-Kurgan und mit der Zerstörung der Stadt Uchum, letzteres als Strafe für einen von dorther unternommenen räuberischen Einfall. Der Sommer 1868 führte die Russen in das Thal des Saraffchan und zur Einnahme von Samarkand (1. Mai), sowie von Katty-Kurgan auf der Straße nach Buchara. Eine Schlacht auf den Höhen von Sera-Bulak (2. Juli) zerstreute endlich die Armee von Buchara vollständig, und der Emir schloß Frieden.

Nach hergestelltem Frieden wurden mit Buchara und Kokan Handelsverträge vereinbart, welche die Anwesenheit russischer Agenten in beiden Staaten und umgekehrt, sowie freien Verkehr und Durchzug für die beiderseitigen Kaufleute festsetzten. Buchara hat seitdem die Verträge treu gehalten. Allerdings konnte der Emir auch nur mit russischer Hülfe seine Herrschaft behaupten.

Rußland hatte also Ende 1864 offiziell erklärt, es wolle in Innerasien keine Eroberungen weiter machen. Und gerade seitdem drangen die russischen Kolonnen in beschleunigtem Tempo vor und trieben einen Keil in

die Gebiete der muhamedanischen Staaten, der diese räumlich trennte und den mächtigsten derselben, Buchara, thatsächlich zum Vasallen Rußlands machte.

War jene Erklärung nur zum Schein gegeben? Wozu das, sie kam ja freiwillig! War es Eroberungssucht und Ehrgeiz der russischen Generale, welcher zur Erneuerung der Kämpfe trieb? War es Ungehorsam, der sie gegen die Absichten ihrer Regierung immer neue Streitpunkte aufsuchen ließ?

Wenn einer dieser letzteren Faktoren überhaupt mit ins Spiel trat, so doch jedenfalls nur nebensächlich. Der eiserne Zwang der Verhältnisse war stärker als der menschliche Wille. Militärisch tritt bei der Kriegführung auf jenem asiatischen Kriegsschauplatz mehr als anderswo in den Vordergrund die Wichtigkeit des Besitzes einzelner bestimmter Oertlichkeiten, die bald auf viele Tagemärsche weit für größere Abtheilungen die einzigen Uebergangspunkte über Gebirge, bald, als mit Wasser versehene Oasen, die gebotenen Haltepunkte bei Märschen durch öde Steppen sind. Wer nicht die Lebensweise und die Kriegführung der Nomaden nachahmen, sondern zu ruhigem Besitz und zu friedlicher Thätigkeit der seßhaften Bevölkerung gelangen will, muß derartige Punkte, gleichsam Vorposten vor seiner Stellung, besetzen und behaupten. Gegenüber den Geboten des Islam, der seine Bekenner stets aufs Neue zum Kampfe gegen die Ungläubigen treibt, herrscht aber auf dieser vordersten Linie ein steter Krieg; nur wirksame Offensivstöße schaffen vorübergehend Ruhe, wirksam sind jedoch solche Stöße allein dann, wenn sie durch äußeren Druck sich thatsächlich fühlbar machen, also durch Besitznahme, Erheben von Kontributionen und Herstellung eines Abhängigkeitsverhältnisses.

Während der Kämpfe gegen Kokan und Buchara hatten die von Chiwa abhängigen Nomaden nicht geruht. Im Jahre 1869 brach ein förmlicher Aufstand unter den Kirghisen aus, der den Verkehr auf der Poststraße Orsk-Kasalinsk höchst unsicher machte. Eine Anzahl gefangener Russen war wiederum nach Chiwa gebracht worden. Der Chan wies jeden Versuch, ihn gütlich zur Freilassung der Gefangenen zu bestimmen, hartnäckig zurück. Auch die Besetzung von Krasnowodsk am Kaspischen Meere machte keinen Eindruck. Der Chan vertraute auf die Unzugänglichkeit seiner Oase.

Russischerseits war sowohl das Plateau des Ust-Urt, wie alle ostwärts des Aral-See's nach Chiwa führenden Wege wiederholt rekognoszirt worden. Mit vollem Bewußtsein, daß sehr große Schwierigkeiten zu überwinden seien, traf man im Winter 1872 zu 1873 die Vorbereitungen zu der unvermeidlichen Expedition. Jede Absicht einer Eroberung wurde

feierlich in Abrede gestellt. Hauptsächlich galt es, die Naturhindernisse zu überwinden, welche das Erreichen der Oase Chiwa erschweren. War man erst dort, so konnte der Waffenerfolg kaum fehlen. In diesem Sinne ward der Plan entworfen. Der Winterkälte wie der Sommerhitze suchte man zu entgehen, indem der Frühling zur Ausführung des Unternehmens bestimmt wurde. Um die Verpflegung während des Marsches durch die Wüsten möglichst zu erleichtern, sollten kleine Kolonnen von verschiedenen Punkten aus vorgehen und zum wirklichen Angriff auf der Oase zusammentreffen. Nöthigenfalls mußte jede einzelne Kolonne den Kampf gegen den wenig widerstandsfähigen Gegner aufnehmen und siegreich zu Ende führen können. Die Hauptstadt Chiwa war allen Abtheilungen als gemeinsamer Zielpunkt gegeben.

Von Dschisak und Kasalinsk aus setzten sich die Truppen des Turkestanischen Militärbezirks gegen den Amu-Darja in Bewegung; von Embinsk aus ging ein Detachement von Orenburger Truppen längs des Westufers des Aral-See's vor; eine kaukasische Kolonne durchschritt, von der Halbinsel Mangischlak ausgehend, den Ust-Urt und vereinigte sich am Südende des Aral-See's mit der von Orenburg kommenden Abtheilung; eine zweite kaukasische Kolonne sollte von Tschikischljar aus das alte Bett des Amu erreichen, und in diesem gegen Chiwa vorgehen. Letztere Kolonne konnte diese Stadt nicht erreichen und mußte nach Krasnowodsk ausweichen; aber auch die von Dschisak aus vorgerückte Abtheilung, die noch von Buchara aus unterstützt wurde, entging nur mit genauer Noth dem Untergange, den Wassermangel und Flugsand herbeizuführen drohten. Alle fünf Kolonnen zählten übrigens nur 14,000 Streiter, brauchten aber zum Transport ihrer Trains über 30,000 Kameele, von denen mehr als die Hälfte verloren ging.

Nach einer Reihe siegreicher Gefechte, welche die auf der Oase eintreffenden Detachements gegen Chiwesen und Turkmenen zu liefern hatten, wurde am 29. Mai 1873 die Stadt Chiwa genommen. Der Chan bequemte sich zum Frieden; aber noch ehe dieser geschlossen war, mußte gegen die Teke-Turkmenen der Steppen südlich des Amu, welche sich von Chiwa unabhängig erklärten, schon wieder gekämpft werden. Diese Kämpfe waren verlustreicher wie diejenigen gegen die Bewohner der Oase selbst. Den Turkmenen wurde zur Strafe eine besondere Kontribution von 310,000 Rubel auferlegt, und 26 Geiseln mußten für deren Erstattung bürgen.

In dem am 12. August 1873 abgeschlossenen Frieden trat Chiwa sein Gebiet auf dem rechten Ufer des Amu theils an Rußland, theils an Buchara ab; letzteres, damit die Chiwesen den Karawanenhandel nach

Buchara nicht mehr stören könnten, ersteres, um durch Beherrschung des Mündungs-Delta Rußland den freien Eintritt seiner Fahrzeuge in den Fluß zu sichern. Der Chan verpflichtete sich ferner außer zur Herausgabe aller Gefangenen auch zur Aufhebung der Sklaverei in seinem Lande und zur Zahlung einer Kontribution von 2,200,000 Rubel, zahlbar in kleinen Raten, deren letzte erst 1893 fällig ist.

Das Fort Petro-Alexandrowsk, wenig östlich Chiwa auf dem rechten Ufer angelegt, mit 9 Kompagnien &c. besetzt und mit Festungsgeschützen gut armirt, gewährleistet die Einhaltung des Vertrages und soll die Turkmenen im Schach halten, die übrigens nach Räumung des südlichen Ufers durch die Russen sich sofort wieder empörten.

Zu dem neu erworbenen Amu-Darja-Bezirk (etwa 1800 Qudrat-Meilen) trat in Folge des Feldzuges noch eine andere, räumlich bedeutendere Erweiterung des russischen Gebietes. Das Land zwischen dem Aral-See und dem Kaspischen Meere vom Mertwyi-Kultuk-Busen südwärts bis zum Atrek wurde offiziell in Besitz genommen und, während das nördlicher gelegene Gebiet militärisch zu Orenburg gehört, unterm 9. März 1874 als Transkaspischer Distrikt dem kaukasischen Militär-Bezirk zugetheilt. Die Ostgrenze dieses ca. 6000 Quadrat-Meilen großen Distrikts wurde derart gezogen, daß sie, von Süden angefangen, erst dem Sumbar, von dessen Mündung in den Atrek aufwärts, und dann bis zur Südspitze des Aral-See's der Grenze Chiwa's folgt.

Seitdem ist Chiwa auch im Westen ganz von russischem Gebiet umgeben, die Nomadenbevölkerung in weitem Umfange unter russische Botmäßigkeit gestellt und die Möglichkeit geschaffen, einen ruhigen Handelsverkehr von allen zugänglichen Punkten des Kaspischen Meeres aus ins Innere von Turkestan zu eröffnen.

Kaum war im Westen die Ruhe hergestellt, so wartete der Russen schon ein neuer Feldzug im Osten. Im Chanat Kokan brach im Juli 1875 eine Empörung aus. Der wegen Bedrückung seiner Unterthanen verhaßte Chan Chudojar ward vertrieben; sein Sohn und Nachfolger konnte das bisherige freundschaftliche Verhältniß zu den Russen nicht aufrecht erhalten. Schon am 7. August brachen die Aufständischen auf drei verschiedenen Punkten in das russische Gebiet ein und wandten sich gegen Aulié-ata, in das Angren-Thal und gegen Chodschent. Am 10. August schlug General Golowatschew mit nur 4 Kompagnien, 4½ Sotnien, 4 Geschützen die Kokanzen bei Teljau am Angren-Flusse; am 12. August wurde die Abtheilung, welche Chodschent umzingelt hatte, zurückgeschlagen, am 22. August erlitten durch ein Detachement von 16 Kompagnien, 9 Sotnien, 20 Geschützen die an 50,000 Mann starken Kokanzen eine

Niederlage bei der Festung Machram, die genommen wurde, am 30. August war auch die Hauptstadt Kokan in russischen Händen, am 8. September standen die Russen vor Margelan. Am 23. September 1875 ward mit dem Chan Nassr-Eddin ein Vertrag abgeschlossen, durch welchen das ganze Gebiet nördlich des Syr-Darja, zwischen der bisherigen russischen Grenze und dem Naryn, einer der fruchtbarsten Landstriche Mittelasiens, in russische Verwaltung überging. Der Chef dieser Verwaltung, der nachher im Türkenkriege so bekannt gewordene damalige Oberst Skobelew, nahm seinen Sitz in Namangan.

Das linke Ufer des Syr war indeß noch nicht lange geräumt, so brach der Aufstand von neuem aus. Der alte Führer der Empörer, Abdurachman, sammelte starke Schaaren (angeblich 70,000 Mann). Auch die Bevölkerung des erworbenen Gebietes erhob sich. Nach wechselvollen Kämpfen machte erst die Einnahme von Andidschan am 8. Jannar 1876 dem Aufstande ein Ende. Abdurachman ergab sich mit 26 Hauptführern am 24. Januar dem General Skobelew. Da jedoch Nassr-Eddin, als Chan nach Kokan zurückgekehrt, der russenfeindlichen Partei sofort schriftlich das Versprechen gab, den Krieg sobald als möglich wieder zu beginnen, sahen die Russen sich veranlaßt, schon am 8. Februar die Stadt Kokan zu besetzen, und am 19. Februar 1876 das bisherige Chanat als „Gebiet Ferghana" dem Reiche einzuverleiben.

Durch diese bis jetzt letzte Erwerbung hat das General-Gouvernement Turkestan eine Ausdehnung von rund 20,000 Quadrat-Meilen gewonnen. Rußland beherrscht nunmehr das ganze fruchtbare Gebiet am Oberlaufe des Syr und wie es das Mündungsdelta des Amu-Darja, sein eigen nennt, erstreckt es bereits seinen unmittelbaren Besitz bis in das Quellgebiet dieses Stromes, das sich eben erst der Kenntniß Europas erschließt. Buchara und die kleineren von diesem abhängigen Landschaften können sich eben so wenig der russischen Oberhoheit entziehen, wie am Unterlaufe des Stromes Chiwa.

Kann der Amu-Darja nun die Grenze der russischen Herrschaft bleiben? — Rußland besitzt durch Vertrag mit beiden Uferstaaten das Recht der freien Schiffahrt auf dem Strome. Eine Expedition, welche 1879 die Schiffbarkeit desselben festzustellen hatte, mußte sich aber bereits eines Angriffs der Turkmenen erwehren. Auch der russische Besitz am Kaspischen Meere erfreute sich keiner ungestörten Ruhe. Schon während des russisch-türkischen Krieges hatte General Lomakin von Krasnowodsk aus Vorstöße zu machen in das Steppengebiet südlich des Amu, um räuberische Einfälle der Turkmenen zurückzuweisen. Eine größere Expedition unter General Lazarew, später Lomakin, war

1879 bestimmt, diese kriegerischen Nomaden ernstlich zu züchtigen. Ein Detachement kriegserfahrener kaukasischer Truppen von 8½ Bataillonen, 8 Eskadrons, 16 Geschützen sollte von Tschikischljar aus längs des Atrek und Sumbar und weiter durch die am Nordfuße des Kopet-Dag sich hinziehende Reihe von Oasen vorgehen, um Karys, den Hauptort der Turkmenen, in dieser Gegend zu erreichen. Trotz langer Vorbereitungen scheiterte die Expedition schließlich an dem tapferen Widerstande der Teke, welche im Gefecht bei Dengil-Tepe den Russen Verluste beibrachten, die auf dem asiatischen Kriegsschauplatze bisher unerhört waren, und die ganz an die Verhältnisse europäischer Kriegführung erinnern. Von 3042 Mann, die am Gefecht Theil nahmen, verloren die Russen 453 Mann, also 15 Prozent ihrer Stärke; ihnen gegenüber standen 6000 bis 8000 Feinde.

Die oben für den Feldzug gegen Kokan mitgetheilten Zahlen, verglichen mit dieser letzteren Angabe, zeigen, wie gering der Widerstand der verweichlichteren seßhaften Bevölkerung im Osten des streitigen Gebietes anzuschlagen ist, gegenüber dem der kriegerischen Nomaden im Westen.

Das Unternehmen von 1879, welches auf Grund einer Menge früherer Erfahrungen vorbereitet war, zeigt recht deutlich die Schwierigkeiten eines Feldzuges in den öden turanischen Steppen.

Ein Detachement, welches noch nicht die Stärke einer Division erreicht, sammelt sich bei Tschikischljar, am Gestade des kaspischen Meeres. Schon zur Landung müssen die Schiffe meilenweit vom Ufer anhalten; nur flache Boote vermitteln in dem seichten Wasser den Verkehr mit dem Strande. Auf diesem selbst ist das Zeltlager der Truppen bei der geringsten Luftbewegung in dichte Staubwolken gehüllt. Der feine Sand ruft zahlreiche Augenentzündungen bei den Mannschaften hervor. Um Wasser zu haben, müssen täglich neue Schöpflöcher ausgegraben werden, in denen das Wasser nur allzuschnell wieder verdirbt. Menschen und Thiere leiden von der schlechten Beschaffenheit des Getränks, letztere bald auch von der fehlenden Weide. Zum Transport der Vorräthe für das kleine Corps sind an 20000 Kameele nothwendig. Es hält schwer sie aufzutreiben. Von etwa 3000 Thieren, die auf der Halbinsel Mangischlak zusammengebracht sind, geht die Hälfte verloren, ehe sie nur die Truppe erreichen. Die Kameele, welche von den bereits russischen Turkmenen, den Stammesbrüdern der zu Bekämpfenden, geliefert werden, erweisen sich noch am widerstandsfähigsten. Der Vormarsch selbst muß in mehreren Echelons hinter einander erfolgen, weil das ganze Corps auf den zur Nachtruhe oder längerem Halt ausersehenen Plätzen nicht hinlänglich Wasser und Weide finden würde.

In dieser für den Marsch gebotenen Trennung stoßen die Truppen auf den Feind. Der Führer greift, wie in hundert früheren Fällen, muthig an — der erste Angriff mißlingt jedoch diesmal, und alle späteren Versuche konnten die ungünstige Entscheidung des Tages nicht mehr abwenden. — Das Detachement ist nach Tschikischljar zurückgegangen und wird dort während des Winters von den Teke-Turkmenen umschwärmt.

Die Expedition muß mit verstärkten Mitteln wiederholt werden, das steht außer Frage. Dem Vernehmen nach soll, ähnlich wie 1873 gegen Chiwa, wiederum ein Zusammenwirken mehrerer Kolonnen von verschiedenen Seiten stattfinden. Die Herrscher von Chiwa und Buchara haben ihre Unterstützung behufs Züchtigung der Räuber zugesagt. Als Zielpunkt der einzelnen Kolonnen ist die Oase Merw in Aussicht genommen. Die Wege dahin vom russischen Turkestan aus führen durch das Gebiet von Buchara und über den Amu-Darja. Auf beiden Ufern des Stromes sind Wüstenstrecken zu durchschreiten. Eine sichere Basirung am Amu wird Vorbedingung des Erfolges sein.

Die Truppen aus dem Kaukasus dürften wieder von Tschikischljar aus vorgehen. Die Route längs des Sumbar und nördlich des Kopet Dag erwies sich als sehr schwierig. Einen bequemeren Weg vom Meere her deutete schon im vorigen Sommer eine Broschüre des russischen Staatsrechtslehrers Martens an, indem sie sagt:

„Die Frage betreffend Merw ist übrigens außerordentlich vereinfacht worden, seitdem im Jahre 1877 die Häuptlinge der Teke-Turkmenen mit der persischen Regierung eine Vereinbarung trafen, der gemäß dieser Stamm die Hoheit des Schah von Persien anerkennt. Wenn alle diese Turkmenen persische Unterthanen wurden, ist es klar, daß die persische Regierung nunmehr deren Verhalten Fremden gegenüber zu verantworten hat; würde diese sich zu ohnmächtig fühlen, die ruhestörenden Nomaden zu bestrafen, so dürfte eine ausländische Regierung diese Aufgabe auf sich nehmen, entweder mit Zustimmung des anerkannten aber ohnmächtigen Fürsten, oder auch ohne dessen Einwilligung, sobald die Nothwendigkeit einen erträglicheren Zustand herzustellen sich herausstellt."

Erinnern wir uns, daß schon 1879 die Feldpost und der Telegraph des russischen Expeditionscorps durch persisches Gebiet geführt waren. Ein Mehreres mit oder ohne Persiens Zustimmung heißt nach den jetzigen Machtverhältnissen: Vormarsch auf persischem Gebiet oder Frontmachen gegen Persien selbst. — Ob einer dieser Wege schon jetzt eingeschlagen wird, das muß die Zukunft lehren. (Fortsetzung folgt.)

Die Eisenbahngütertarife und die Privatbahnen in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Eine tarifpolitische Studie.

Es ist eine eigenthümliche, sehr beachtenswerthe Erscheinung, daß mit dem Versuche, ein deutsches Eisenbahntarifgesetz zu Stande zu bringen, und damit eine feste, gesetzliche Grundlage, auch für die Eisenbahntarife zu finden, eine gleiche Bewegung in den Vereinigten Staaten von Amerika parallel läuft. Dieser Parallelismus tritt hervor in formeller und materieller Beziehung. Formell insofern, als in beiden Bundesstaaten darnach gestrebt wird, von Reichswegen, nicht durch die Einzelstaaten die Frage zu regeln; materiell liegt die Aehnlichkeit darin, daß in beiden Ländern als Ziel der Bewegung eine größere Gleichförmigkeit und Stetigkeit der Tarife ins Auge gefaßt wird, und man eine solche nur durch eine Beschränkung der Tariffreiheit der Eisenbahnen, und durch eine Einwirkung der Volksvertretung — des Reichstags und des Bundesraths in Deutschland, des Vereinigten Staaten-Kongresses in Amerika — auf die Bildung und Höhe der Sätze erreichen zu können glaubt.

Bei voller Würdigung der großen Verschiedenheiten in den volkswirthschaftlichen und politischen Verhältnissen beider Länder, scheint mir doch das Verständniß dieser neuesten Phase der deutschen Eisenbahntarifpolitik nicht unwesentlich gefördert zu werden durch eine sorgfältige Beobachtung der verwandten Vorgänge in den Vereinigten Staaten, ihrer Ursachen und ihrer Ziele.

Ueber diese Erscheinung ist bis jetzt, soviel mir bekannt, Zusammenhängendes in Deutschland noch nicht veröffentlicht. Hie und da bringen die Tages- und Fachpresse Notizen, welche aber wenig Beachtung und noch weniger Verständniß finden. Es mag dieß zum Theil daher rühren, daß es keine ganz leichte Aufgabe ist, über diese verwickelten Angelegenheiten Studien aus den noch dazu sehr schwer zugänglichen Quellen zu machen; zum Theil liegt der Grund aber gewiß auch darin, daß man in Deutsch-

land vielfach auf die Verwaltung und den Betrieb der amerikanischen Eisenbahnen mit einer gewissen Selbstgenügsamkeit herabblickt. Es ist wahr, wenn man auch zugeben kann, daß das Eisenbahnwesen in den Vereinigten Staaten — abgesehen von der reinen Bau- und Maschinentechnik, welche ich ganz außer Betrachtung lassen werde — die Kinderschuhe jetzt ausgezogen hat, so steckt es doch noch tief in den Flegeljahren; Dinge, welchen dort als beinahe unerreichbaren Idealen nachgestrebt wird, sind bei uns fast schon ein überwundener Standpunkt. Dieß schließt aber nicht aus, daß wir selbst aus dieser Bewegung etwas lernen. Muß doch auch der Naturforscher häufig zur Beobachtung des Kindes schreiten, um den Erwachsenen verstehen zu können. Außerdem aber werden grade durch die Tarifpolitik der nordamerikanischen Eisenbahnen, die mit dem reinen Privatbahnsystem verbundenen Mißstände in grellster Beleuchtung vor Augen geführt.

Für die Erkenntniß der Ursachen dieser Bewegung bedarf es eines Rückblickes in die allerdings nicht allzuferne Vergangenheit der letzten sechs bis sieben Jahre. Einer der tüchtigsten, vielleicht der bedeutendste Kenner der Eisenbahnen in den Vereinigten Staaten, der Vorsitzende der Eisenbahnkommissare des Staats Massachusetts, Chs. Francis Adams jun., unterscheidet für die Entwicklung derselben drei Perioden, die Zeit des Baues, die Zeit der Konkurrenz und die Zeit der Verständigung. Die erstere reicht bis zur Vollendung der großen Pacificbahn — 1869 —, die zweite von da bis zum großen Krach des Jahres 1873, die dritte schließt sich an die zweite an und fällt von den Jahren 1873 bis 1876 noch theilweise mit der zweiten zusammen. Wir sehen mit andern Worten, wie auch in den Vereinigten Staaten, nachdem einstweilen das für den dortigen Verkehr genügende Eisenbahnnetz vollendet war, die Eisenbahnen sich durch den kurzen Zwischenzustand einer wüthenden Konkurrenz, zu einer das ganze riesige Land beherrschenden Monopolstellung herauszuarbeiten im Begriffe stehen. Eine Einwirkung des Bundes-Staates als Ganzen auf diese Entwickelung hat bis heute überhaupt nicht stattgefunden. Nur der Bau einzelner Linien ist von der Bundesregierung durch Unterstützungen verschiedener Art, Landschenkungen, Zinsgarantien und dergleichen, gefördert worden, wogegen als Aequivalent aber höchstens der Regierung eine gewisse Kontrole über die Finanzwirthschaft gewährt, ein Einfluß auf den Betrieb nirgends gestattet ist. In einzelnen der Bundesstaaten sehen wir schwache, schüchterne Anfänge zur Organisirung einer staatlichen Aufsicht über die Eisenbahnen, wobei man sich meist anlehnt an die bekannte und in ihrer Bedeutung von den Anhängern des Privatbahnsystems so sehr überschätzte englische Regulation of railways Act des Jahres 1873;

ohne daß man übrigens sich unterstehen darf, selbst dieses zahme Gesetz in vollem Umfang auf die amerikanischen Eisenbahnen zu übertragen. — Der ganze Entwicklungsgang hat in den Vereinigten Staaten einen urwüchsigen, elementaren Charakter. Der Konkurrenzkampf, der Eisenbahnkrieg, wie man sich bezeichnend ausdrückt, wird mit einer Erbitterung geführt, die nicht eher Ruhe findet, als bis der Gegner todt am Boden liegt, einerlei ob der Sieger selbst schwer zu Schaden kommt und ohne die geringste Rücksichtnahme auf das am Kampfe nur mittelbar betheiligte Publikum der Frachtgeber. Nur einmal hat dieses Publikum zu erkennen gegeben, daß es sich denn doch nicht Alles gefallen, sich nicht geradezu mit Füßen treten läßt. Die bekannte Bewegung der Grangers in den Jahren 1873 und 1874 ist nichts als eine Empörung der Landwirthe gegen die frivole Behandlung seitens der Eisenbahnen; eine Empörung, die aber auch nachhaltige Aenderungen nicht zur Folge gehabt hat. Ein anderes Mal haben die eigenen Beamten den Eisenbahnen schlimm mitgespielt. Als diese einen Versuch machten, ihre gesunkenen Reineinnahmen durch Verminderung der Ausgaben vornehmlich an Arbeitslöhnen, zu erhöhen, brach im Sommer 1877 der wilde Strike der Eisenbahnarbeiter aus, welcher einige hundert Menschenleben vernichtete und für etwa fünf Millionen Dollars Eigenthum zerstörte. Auch diese Bewegung wurde beigelegt, sie bildete nicht den Ausgangspunkt einer gesunden Reform.

Im Uebrigen sind den Eisenbahnen — ich brauche kaum zu sagen, daß die Vereinigten Staaten nur Privatbahnen unter eigener Verwaltung haben — bei Ausübung ihrer Konkurrenz keinerlei störende Hemmnisse entgegengetreten. Wir sehen dort eine Freiheit der Bewegung, wie in keinem anderen zivilisirten Lande, England nicht ausgenommen. Die Anhänger der wirthschaftlichen Lehre, daß auch für die gesunde Entwicklung des Eisenbahnwesens die freie Konkurrenz das einzige, mindestens das beste Mittel sei, haben also dort ein Versuchsfeld für die Bethätigung ihrer Anschauungen, wie sie es sich besser gar nicht wünschen können. Die Erfahrung nur weniger Jahre hat aber den Beweis geliefert, daß gerade eine solche absolut freie Konkurrenz nicht allein für die Eisenbahnen, sondern auch für das verkehrtreibende Publikum unerträgliche Zustände zur Folge gehabt hat; daß jedes andere Verhältniß, daß selbst die gänzliche Ausschließung der Konkurrenz, vor dem gegenwärtigen Zustande den Vorzug verdienen würde.

Versucht man, den Gründen dieser Erscheinuug nachzuforschen, so muß man sich zunächst von der Anschauung frei machen, als ob die thatsächlichen und rechtlichen Grundlagen des Eisenbahntarifwesens in den Vereinigten Staaten mit den bei uns, im Deutschen Reiche, bestehenden

auch nur die entfernteste Aehnlichkeit hätten. Bundesgesetze oder Bundesverordnungen über das Eisenbahntarifwesen giebt es in Amerika nicht. Die Zuständigkeit der Bundesgewalt für eine Mitwirkung bei Feststellung der Eisenbahnfrachtsätze wird abgeleitet aus der Bestimmung der Verfassung, daß dem Kongresse das Recht zustehe to regulate interstate commerce, d. h. den Verkehr zwischen den einzelnen Bundesstaaten zu regeln. Man wird zugeben, daß verglichen mit diesen in der That lapidarisch kurzen vier Worten unsere Artikel 41—47 der Reichsverfassung eine glänzende Errungenschaft der Einheitsbestrebungen auf diesem Gebiete genannt werden können. Von gleichen Betriebs-Bahnpolizeiverordnungen kann für die amerikanischen Eisenbahnen gleichfalls nicht die Rede sein. Formelle Bestimmungen über die Verpflichtung, die Tarife zu veröffentlichen, Tarifänderungen, insbesondere Erhöhungen, eine bestimmte Zeit, bevor sie in Kraft treten, bekannt zu machen, giebt es ebensowenig. Die Höhe der Tarife ist ganz und gar der Willkür der Eisenbahnen überlassen. In einzelnen Staaten hat man die englische Bestimmung eingeführt, daß im Falle einer Zahlung von mehr als 10 Prozent Dividende eine Ermäßigung der Tarife einzutreten habe. Aber auch in Amerika sind durch diese Klausel die Eisenbahnen mit voller Dampfkraft hindurchgefahren. Man verwässerte, sobald man die Möglichkeit befürchtete, daß der Staat auf Grund dieser Konzessionsbestimmung eine Ermäßigung der Frachten forderte, das Aktienkapital, gab in Form junger Aktien kapitalisirte Renten, und wußte stets neue Gründe zur Vermehrung des Aktienkapitals ausfindig zu machen. Half gar nichts mehr, so wurde behauptet, der Grund und Boden sei beim Bau der Bahn zu niedrig taxirt gewesen; dieser bedauerliche Schaden für die Aktionäre wurde durch eine entsprechend höhere Schätzung ausgeglichen, und jedem Aktienbesitzer die nöthige Anzahl neuer Aktien ausgehändigt. — Es bedarf nicht der Erwähnung, daß eine staatliche Kontrole der Tarife hienach gänzlich ausgeschlossen ist. Sie wurde durch kein Gesetz geboten, und also auch von Niemandem ausgeübt.

Die Folge dieses Fehlens einer jeden Einwirkung des Staates auf die Preisstellung der Eisenbahnen ist eine Entwicklung des Refaktienwesens in den Vereinigten Staaten, wie nirgendwo. Soweit Tarife veröffentlicht sind, weiß Jedermann, daß dieß nur Maximaltarife sind, welche für solche Transporte Anwendung finden, deren Aufgeber thöricht genug ist, sie für Normaltarife zu halten. Jeder große Geschäftsmann verhandelt über die Beförderung seiner Güter mit der Eisenbahngesellschaft oder deren Bevollmächtigten — den sogenannten Frachtagenten — genau ebenso wie über jedes andere Geschäft mit seinem Mitkontrahenten. Die Eisenbahn-

gesellschaft ihrerseits macht kein Hehl daraus, daß sie diesem Geschäftsmanne mehr, jenem weniger abnimmt, ohne andere, als die in der Individualität des Transports oder des Transportnehmers nach der Meinung ihrer Bevollmächtigten liegenden Gründe.

So lange nur Eine Eisenbahn den Aufgabe- und den Bestimmungsort verbindet, hat ein solches Verfahren seine Bedenken nur für das geschäftstreibende Publikum. Die Eisenbahn wird in ihrem eigenen Interesse niemals so tief herunter gehen, daß sie nichts mehr verdient; andererseits kann sie ihre Preise nicht so hoch steigern, daß der Transportnehmer lieber auf die ganze Beförderung verzichtet, oder sich eines anderen Transportmittels bedient. Dieses Bild gewinnt aber eine neue Seite, sobald mehrere Eisenbahnen von dem Aufgabe- zu dem Bestimmungsorte führen, sobald also mit anderen Worten die Möglichkeit einer Konkurrenz unter den Eisenbahnen vorliegt.

Welche Zustände für die Eisenbahnen und das Verkehr treibende Publikum sich dann entwickeln, dafür liefert uns die Eisenbahngeschichte der letzten Jahre in den Vereinigten Staaten mehr als ein lehrreiches Beispiel. Eines derselben welches zugleich einen tiefen und klaren Einblick in die Grundsätze gewährt, nach welchen die amerikanischen Eisenbahnen sich in ihrer Tarifpolitik leiten lassen, entnehme ich der ohne Zweifel durchaus zuverlässigen und quellenmäßigen Schilderung in Chs. Francis Adams jun. vortrefflichem Buche, Railroads, their origin and problems (New-York Putnam's Sons. 1879).

Es handelt sich um das Gebiet von fünf großen Eisenbahngesellschaften, welche eine jede ein abgesondertes und wichtiges Glied für den Verkehr der östlichen Hafenplätze, in erster Linie New-York, Philadelphia und Baltimore, mit den großen Stapelplätzen des Westens, vornehmlich Chicago, außerdem aber auch Milwaukee, St. Louis, Cincinnati bilden. Die fünf Eisenbahngesellschaften sind die New-York-Central, die Erie, die Pennsylvania-Central und die Baltimore und Ohio Eisenbahn in den Vereinigten Staaten, und die Grand Trunk-Eisenbahn, welche die großen Seen entlang Kanada durchschneidet. Die vier ersteren Bahnen stehen theils direkt, theils durch andere Bahnen in Verbindung mit New-York, der nächste Hafenplatz für die Pennsylvania-Central-Bahn ist indessen Philadelphia, für die Baltimore und Ohio Baltimore. Die Grand Trunk-Eisenbahn steht mit New-York überhaupt nicht in Schienenverbindung; ihr nächster Hafenplatz ist Boston.

Alle diese Bahnen hatten miteinander in scharfer Konkurrenz gestanden, sowohl für die Transporte von Westen nach Osten als umgekehrt von Osten nach Westen. Das Publikum hatte sich dabei nicht

schlecht gestanden, die Frachten waren auf mäßiger Höhe geblieben; die Eisenbahnen hatten auch nicht gerade gelitten unter der Konkurrenz; sie lebten in für Amerika gesunden Verhältnissen, und hatten bei den Frachten immer noch verdient. Da kam der große Eisenbahnkrach des Sommers 1873, die Grand Trunk-Linie wurde bankerott, sie kam unter die Verwaltung eines sogenannten Receiver's, d. h. eines Konkursverwalters, welcher aber in Amerika eine erheblich freiere und selbstständigere Stellung einnimmt, als bei uns. Die Konkurrenz mit bankerotten Eisenbahnen hat für die zahlungsfähigen äußerst bedenkliche Folgen. So lange die Eisenbahnen zahlungsfähig sind, fahren sie, wenn überhaupt, jedenfalls nicht lange Zeit mit Schaden. Sobald eine Gesellschaft fühlt, daß sie nichts mehr verdient, sucht sie nach einer Verständigung mit der Konkurrentin, und an die Stelle des Wettbetriebs tritt der gemeinschaftliche Betrieb zu erhöhten Tarifen. Anders mit den bankerotten Bahnen. „Die bankerotten Bahnen", sagt Adams (S. 149), „werden betrieben, nicht um irgend einen Nutzen abzuwerfen, sondern nur um überhaupt noch Geschäfte zu machen, Geschäfte um jeden Preis. Lohnen die Geschäfte, umso besser, lohnen sie nicht, nun so ist ein Geschäft doch immer besser, als die Einstellung des Betriebes." Mit andern Worten, auch das schlechteste Geschäft wird immer noch so viel einbringen, daß der Receiver und seine Leute für ihre Mühwalturg Vergütung erhalten.

Einer nach solchen Grundsätzen bewirthschafteten Bahn gegenüber ist die Lage der zahlungsfähigen Konkurrenzbahn sehr bald eine völlig unhaltbare. Sie hat die Wahl zwischen zwei Uebeln, entweder ihr ganzes Geschäft aufzugeben und der bankerotten Linie freies Spiel zu lassen, oder aber die Konkurrenz auch gegen die bankerotte Bahn aufzunehmen, und das führt mit mathematischer Gewißheit zu ihrem eigenen Bankerott. Eine Verschmelzung mit der bankerotten Bahn ist ein Ding der Unmöglichkeit; denn durch eine solche würde die zahlungsfähige Bahn gezwungen, die Schulden der bankerotten Bahn zu übernehmen. In dieser Lage befanden sich die vier vorgenannten Eisenbahnen im Sommer 1873 der Grand-Trunk-Bahn gegenüber. Sie beschlossen, wenigstens gemeinsam zu handeln, und die Präsidenten der drei hauptbetheiligten Bahnen trafen zu diesem Zwecke in Saratoga — dem vornehmsten Badeorte der Vereinigten Staaten — zusammen, woselbst der Präsident der bedeutendsten der Bahnen, der New-York-Central, Commodore W. H. Vanderbilt seine Sommerfrische zubrachte.

Die Verabredungen, welche von den drei Eisenbahnfürsten dort getroffen wurden, bezeichnen einen Wendepunkt in der Geschichte des Eisen-

bahntarifwesens der Vereinigten Staaten. Sie erregten sofort das größte Aufsehen und erfuhren lebhafte Angriffe von allen Seiten. Der Inhalt derselben ging im wesentlichen dahin, daß das geheime Unterbieten der Frachten der Konkurrenzroute ein Ende haben solle. Man verständigte sich vielmehr darüber, daß eine Art Schiedsgericht von den drei Bahnen eingesetzt werde, welches nach bestem Ermessen die Frachten für die einzelnen Routen festzustellen habe. Diese Frachten sollten ordnungsmäßig veröffentlicht werden, und die drei Bahnen verpflichteten sich, sich streng an dieselben zu halten. Jede einzelne derselben beförderte hiernach die ihr zugehenden Transporte und nahm für sich ihre Frachten ein; eine Verschmelzung der Bahnen, sei es auch nur in der Form einer Theilung der verdienten Frachten, nach irgend welchen Grundsätzen, war nicht beabsichtigt. — Es liegt auf der Hand, daß diese Vereinbarung, ihre strenge Durchführung vorausgesetzt, einen bedeutenden Fortschritt gegenüber den früheren Verhältnissen enthielt. Für das Publikum lag derselbe vor Allem darin, daß es die Höhe der Frachten kannte. Dasselbe hatte zum ersten Male Boden unter den Füßen, der Kaufmann brauchte nicht mehr zu befürchten, daß seinem Nachbarn günstigere Transportbedingungen zugestanden wurden, als ihm. Die *Höhe* der Tarife war freilich der Willkür der drei Bahnen anheimgestellt, vorausgesetzt, daß sie das Gebiet, über welches ihre Linien sich erstreckten, in der That vollständig beherrschten. Den einzigen Schutz gegen übermäßig hohe Tarife fand das Publikum in der Veröffentlichung derselben. Die öffentliche Meinung in diesen Handelsplätzen der Vereinigten Staaten ist eine so mächtige, daß ihr Einfluß wohl die Festsetzung halsabschneiderischer Frachten verhindert haben würde.

Indeß die *Eine* Voraussetzung, unter welcher allein ein dauernd ersprießlicher Erfolg des Saratoga-Vertrages denkbar erschien, traf nicht zu. Die drei Linien, deren Häupter sich in Saratoga verständigt hatten, beherrschten nicht den Handel zwischen dem Osten und Westen. Sie hatten im Süden und im Norden zwei gewaltige Konkurrenten. Der eine derselben, die Baltimore- und Ohio-Eisenbahn, war deswegen in Saratoga nicht vertreten, weil der Präsident dieser Bahn, Mr. Garret um jene Zeit nach Europa verreist gewesen. Sofort nach seiner Rückkehr machten ihm die Präsidenten der drei andern Bahnen in Baltimore ihre Aufwartung. Ihr Gesuch, sich dem getroffenen Abkommen anzuschließen, fand kein Entgegenkommen. Mr. Garret erklärte sich zwar bereit, die Frachten auf der von den anderen Bahnen angenommenen Grundlage auch für die Baltimore- und Ohio-Bahn aufzustellen, er weigerte sich aber, die Selbständigkeit seiner Linie preiszugeben, indem er sich den

Aussprüchen des eingesetzten Schiedsgerichts unterwerfe. — Das war ein höchst unangenehmer Zwischenfall, wie sich sogleich zeigte. Sobald das Schiedsgericht eingesetzt war, eröffnete die Baltimore- und Ohio-Bahn die Feindseligkeiten gegen die drei Verbündeten. Am schlimmsten wurde dadurch betroffen die unmittelbare Nachbarin, die Pennsylvania-Bahn. Der Kampf war zwar kurz, aber höchst erbittert, eine Zeitlang gewann es den Anschein, als werde derselbe die Eisenbahnverbindungen des halben Landes zerstören. Er endigte natürlich mit einer Verständigung der sämmtlichen vier Bahnen, deren jede ihre volle frühere Selbständigkeit wieder erhielt, so daß die Ergebnisse des Saratoga-Vertrages thatsächlich beseitigt waren. — Damit nicht genug. Auch diese ganz allgemeine und oberflächliche Verständigung wurde gestört durch die Grand-Trunk-Bahn. Die Tarifpolitik dieser bankerotten Bahn wurde mehr und mehr ausschließlich geleitet von ihren bankerotten Freunden im Westen. Sie kehrte sich überhaupt an gar keine Verabredungen, fuhr blind darauf los und that den übrigen Bahnen den größten Schaden; besonders aber schädigte sie die großen Eisenbahn- und Handels-Mittelpunkte des Ostens und Westens, New-York und Chicago. So lange dieser Eisenbahnkrieg dauerte, mußten beide Plätze zusehen, wie der Strom des Handels und Verkehrs, welcher durch ihre Kanäle geflossen war, im schnellsten Tempo eintrocknete, und die Kanäle der beiden Konkurrenzplätze, Boston und Milwaukee bis zum Ueberfließen anfüllte.

Diese ganz unerwarteten Folgen der Eisenbahntarifpolitik riefen in den beiden großen Handelsplätzen eine gewaltige Aufregung hervor. In Chicago wollte man sofort eine neue Eisenbahn vom Osten nach dem Westen bauen! In New-York fing man die Sache praktischer an. Die Kaufleute traten zusammen, wählten einen Ausschuß und dieser setzte sich mit den Direktoren der New-York-Central-Bahn in Verbindung, stellte ihnen vor, wie sehr ihr Unternehmen darunter leiden würde, wenn sie ihre besten Kunden, die New-Yorker Kaufmannschaft verlören, und überzeugten dieselben auch davon, daß unter den gegenwärtigen Umständen, da die Eisenbahnfrachten von Boston nach dem Westen um etwa 50 Prozent niedriger waren, als von New-York, eine Konkurrenz des New-Yorker Handels mit dem von Boston ein Ding der Unmöglichkeit sei, einzelnen Zweigen des New-Yorker Handels ein gewisser Untergang bevorstände. Die Herren Vanderbilt und Genossen gaben die Richtigkeit dieser Befürchtungen zu, sie versprachen Hülfe; sie kündigten sofort an, die New-York-Central-Bahn werde auch mit einer bankerotten Bahn den Kampf aufnehmen, sie ermäßigten dementsprechend ihre Frachten um etwa 60 Prozent. — Bevor aber diese Maßregel ausgeführt war, hörte man plötz-

lich von einer neuen Konferenz der betheiligten Bahnen in New-York. Auf dieser konnte man anfänglich zu keiner Verständigung gelangen. Da zogen sich die drei Präsidenten der Hauptlinien in ein benachbartes Hotel zurück, trennten sich nach einigen Stunden, und ließen in den Abendblättern anzeigen, die Bahnen hätten die Kriegsbeile begraben, die Frachten würden gleichzeitig wiederum auf sämmtlichen Linien auf eine „angemessene Höhe“ heraufgesetzt werden, so daß die Eisenbahnen wenigstens wieder etwas verdienten.

Das geschah im Dezember 1875. Die Verständigung erfolgte auf der Grundlage, daß es den längeren Linien gestattet wurde, dieselben Frachten wie die kürzeren zu erheben, und sich hierdurch Antheil an dem Verkehr zu schaffen. Aber auch diese Verständigung war von nur kurzer Dauer. Anfangs Februar 1876 wurde dieselbe gebrochen, zunächst in Folge eines Mißverständnisses zwischen der Erie- und New-York-Central-Bahn, welches ein plötzliches Sinken aller Frachten für die nach dem Osten gehenden Transporte herbeiführte. Das dauerte bis zum März. Man versuchte wiederum eine friedliche Lösung, erreichte aber nur einen kurzen Aufschub eines unvermeidlichen Kampfes. Es zeigte sich, daß der wahre Grund aller Schwierigkeiten nicht sowohl darin lag, daß die Eisenbahn-Direktoren von dem tiefsten Mißtrauen gegen einander erfüllt waren, ihre Untergebenen mithin niemals dazu zu bestimmen vermochten, die getroffenen Vereinbarungen auch ehrlich zu halten; als vielmehr in der erbitterten Rivalität zwischen den großen Handelsplätzen an der Küste des Atlantischen Ozeans. Baltimore und Philadelphia waren fürderhin nicht zufrieden mit der bloßen Behauptung, daß sie als Exportplätze es mit New-York aufnehmen könnten, sie beschlossen zu beweisen, daß sie ihrer mächtigen Stellung entsprechend, auch handeln würden. Die überlegene Stellung New-York's im Exporthandel hatte seit dem Jahre 1825 ihren Hauptgrund in seiner Lage am Ausgangspunkte des Erie-Kanals. Fast ein halbes Jahrhundert lang hatte es scheinbar außer dem Gebiete der Möglichkeit gelegen, daß die Eisenbahnen mit dieser Wasserstraße ernstlich die Konkurrenz aufnehmen könnten. Noch 1873 wurden 70 Prozent der Güter vom Osten her zu Wasser, nur 30 Prozent auf der Eisenbahn befördert. In den folgenden Jahren aber änderte sich das Verhältniß mehr und mehr zu Gunsten der Eisenbahnen, 1876 wurde schon die größere Menge, nämlich 53 Prozent auf der Eisenbahn und nur noch 47 Prozent auf dem Kanal bewegt. Die Ursache dieser Aenderung war das ganz bedeutende Herabgehen der Eisenbahnfrachten, welche nach und nach so niedrig wurden, daß sie die Kanäle nicht mehr unterbieten konnten. — Als es dem Handelsstande der Kon-

kurrenzplätze New-York's hiernach klar wurde, daß allerdings die Möglichkeit vorlag, die Konkurrenz aufzunehmen, ergab sich weiterhin, daß für den Eisenbahnverkehr die Lage von Baltimore und Philadelphia günstiger war, als die New-York's. Die beiden südlichen Hafenplätze lagen den Stapelplätzen des Ostens durch die Schienenverbindung näher, als New-York.

Gestützt auf diese Thatsache hatte man zunächst die Frachten so regulirt, daß die Tarife mit Boston 5 Prozent höher, die mit Philadelphia 5 Prozent, und die mit Baltimore 10 Prozent niedriger waren, als die Frachten mit New-York. Dieß änderte sich bald dahin, daß die Frachten mit New-York und Boston gleich, die mit Philadelphia und Baltimore unter einander ebenfalls gleich, aber 5 Prozent niedriger angesetzt wurden, als die ersteren. Der Einfluß dieser Aenderung auf den Verkehr New-York's war schon ein bedenklicher. Man versuchte eine für New-York günstigere Lage zu schaffen, indem man sich im Jahre 1875 über folgende Grundsätze verständigte: Als Grundlage für die Eisenbahntarife wurde ein nach der Entfernung der beiden Plätze bemessener Tarif zwischen New-York und Chicago aufgestellt. Die Tarife nach Philadelphia durften diesen Tarif um höchstens 10 Prozent, die nach Baltimore um höchstens 12½ Prozent unterbieten. Die Tarife nach Boston wurden durch dieses Uebereinkommen nicht betroffen.

Sehr bald stellte sich heraus, daß dieses Abkommen für die New-York-Central Bahn sehr ungünstige Folgen hatte. Der Unterschied der Eisenbahnfrachten war so groß, daß in vielen Fällen die — niedrigeren — Schiffsfrachten für den überseeischen Export durch denselben völlig ausgeglichen wurden. Der Exporthandel New-Yorks kam also in ernstliche Bedrängniß. Einstweilen versuchte man dieser Gefahr durch andere Mittel, als eine Ermäßigung der Frachten, zu begegnen. Man traf Fürsorge, daß unter allen Umständen die Gesammtfrachten mindestens die gleichen blieben, einerlei über welche Häfen die Güter ihren Weg nahmen. Man gewährte den über New-York gehenden Transporten alle denkbaren anderen Begünstigungen; indessen das waren Alles nur Palliativmittel, die nicht lange halfen. Eine dauernde Behauptung der leitenden Stellung war nur möglich, wenn man — trotz der ungünstigeren Lage — die Konkurrenz im Eisenbahnverkehr im vollen Umfange auf der Grundlage ganz gleicher Frachten nach den 4 Hafenplätzen aufnahm.

So lag die Sache im März 1876. Zuvörderst wurde noch ein letzter Versuch gemacht zu einer gütlichen Verständigung. Am 4. April 1876 gab die New-York-Central Bahn die Erklärung ab, sie könne sich fürderhin in der Konkurrenz gegen die Grand Trunk-Linie überhaupt nicht mehr

binden. Man gestand dies zu, in der Hoffnung, daß die übrigen Linien durch den Kampf mit der nördlichen Bahn nicht beeinflußt werden würden. In wenigen Tagen aber zeigte sich, daß diese Erwartung sich nicht erfüllen konnte. Schon 14 Tage nachher, in einer Konferenz vom 18. April erklärte die New-York-Central Bahn, daß sie sich nunmehr von jedem Vertrage lossage und fast gleichzeitig begann ein allgemeiner Tarifkrieg. Nach den Mittheilungen von Adams (a. a. O. S. 166) fielen in der Zeit zwischen dem 3. Mai und 14. Juni die Frachten zwischen Chicago und Boston über die New-York-Central Bahn von 25.85 Doll. auf 14 Doll. die über die Grand Trunk-Bahn von 23.85 Doll. auf 12 Doll. während die Rückfrachten von Boston nach Chicago für die Artikel der ersten Tarifklasse von 75 Cents für 100 Doll. auf 20 Cents, die für landwirthschaftliche Producte von Chicago nach New-York von 50 Cents für 100 Doll. auf 18 Cents herabsanken. Und das waren die veröffentlichten Tarife, welche für einzelne Verfrachter im Wege der heimlichen Vergünstigung noch bedeutend ermäßigt wurden! Sechs Monate lang wurde das Schauspiel aufgeführt, daß die Eisenbahnen auf einer Entfernung von 1013 (englischen) Meilen eine Tonne Güter in östlicher Richtung für 3.60 Doll. in westlicher für 2.80 Doll. fuhren, was einem Einheitssatze von 3.5 Mills und 2.8 Mills für die Tonne und Meile entspricht. Ein Mill ist der tausendste Theil eines Dollar. In deutsche Werthe umgewandelt, würde dieser Einheitssatz etwa einem solchen von 0.34 und 0.28 Markpfennig für den Zentner und die Meile gleichkommen, d. h. Tarifsätzen, durch welche die, soviel bekannt, zur Zeit niedrigsten Sätze auf deutschen Bahnen, die Kohlentarife des oberschlesischen Reviers nach den Ostseeplätzen von 0.45 Markpfennigen für den Zentner und die Meile noch ganz beträchtlich unterboten werden. Daß bei solchen Tarifen der amerikanischen Eisenbahnen von einem Verdienst nicht die Rede sein kann, wenn auch angenommen wird, daß die Betriebskosten dieser großen Linien verhältnißmäßig geringer sind, als die der Deutschen, das bedarf für einen Sachverständigen keiner näheren Ausführung. Diese Frachtsätze waren so niedrig, daß vor Erfindung der Eisenbahnen Niemand auch nur hätte ahnen können, zu welchen Preisen die Beförderung möglich war. Als Beispiel wird von Adams angeführt, daß der Transport einer Tonne Güter von Buffalo nach New-York (450 engl. Meilen) anfangs des Jahrhunderts etwa 100 Doll. kostete, während die Eisenbahnen denselben im Jahre 1876 für 1.50 Doll. bewirkten.

Der erbitterte Kampf dauerte 8 Monate während des Jubiläumsjahres 1876. Das naturgemäße Ende wäre eigentlich eine Fusion der sämmtlichen Konkurrenzbahnen gewesen. Dafür aber war jetzt die Zeit

noch nicht gekommen. So überstand die New-York-Central Bahn den Kampf am Westen, weil sie die reichste war. Die Baltimore-Ohio und die Pennsylvania-Bahnen wurden genöthigt, die Dividendenzahlungen einstweilen einzustellen, sie waren so mürbe geworden, daß sie sich bereit zeigten, zu einer vertragsmäßigen Regelung der Verhältnisse jetzt die Hand zu bieten. Und so verständigte man sich noch einmal; diesmal auf einer sehr verwickelten Grundlage, indem man die Frachten von den westlichen Stapelplätzen bis zu den europäischen Häfen berechnete, diese über alle amerikanischen Häfen gleichstellte uud darnach die Antheile der einzelnen Bahnen am Transporte bemaß. Auch dieser Vertrag trug den Todeskeim in sich. Es zeigte sich bald, daß er den Handel New-Yorks ungerechtfertigt beeinträchtigte, andererseits war er fast wirkungslos gegenüber den Manipulationen der Grand Trunk-Linie. Gleichwohl nahm mit Abschluß desselben auch der Eisenbahnkrieg für längere Zeit ein Ende. Adams theilt noch mit, wie die großen durchgehenden Linien sich demnächst nach dem Muster eines anderen, die südlichen Linien umfassenden Verbandes richteten, d. h. ihre gesammten durchgehenden Tarife von einem, gemeinschaftlich ernannten, Beamten feststellen ließen. Als ein solcher hatte sich für die südliche Vereinigung vortrefflich bewährt der Colonel Albert Finck, einer der bedeutendsten Eisenbahntarifmänner der Vereinigten Staaten. Derselbe wurde von den hier in Frage kommenden großen Bahnen berufen, und es gelang ihm, für den Handel von New-York nach dem Westen ein Verhältniß zwischen den vier Bahnen festzusetzen, welches in der That den Interessen jeder einzelnen völlig entsprach. — Ein Versuch, ähnliche Vereinbarungen auch für den Handel vom Westen nach dem Osten zustandezubringen, scheiterte dagegen zunächst vollständig. Einmal fehlte die hervorragende Persönlichkeit eines Finck, welche zur Aufrechterhaltung so verwickelter Vertragsverhältnisse unentbehrlich war. Sodann aber waren für diesen Verkehr nicht vier große, sondern neben denselben noch etwa 20—25 mittlere und kleinere Gesellschaften, die zum Theil mehr lokalen als durchgehenden Verkehr hatten, unter Einen Hut zu bringen. Und das ging eben auch nicht. Es blieb also nichts anderes übrig, als den Dingen einstweilen wieder freien Lauf zu lassen in dem — Vertrauen, daß wenigstens für die nächsten Jahre die Eisenbahnen selbst zu schlimme Erfahrungen mit dem Kriegszustande gemacht haben würden, um fürs erste wieder muthwillig Streit mit einander anzufangen. Ein Beweis für die unter diesen Eisenbahnen jetzt noch herrschende Friedensstimmung, liegt darin, daß dieselben wiederum im Laufe des vergangenen Sommers ein Schiedsgericht, bestehend aus drei Sachverständigen, eingesetzt haben, dessen Aufgabe es ist, die verschiedenen

sich erhebenden Streitfragen zu untersuchen und die Streitigkeiten zwischen ihnen beizulegen. Bei der Auswahl der Mitglieder dieses Schiedsgerichts ist man mit großem Geschick vorgegangen, es sind die Herren Chs. Francis Adams jr., David A. Wells und John A. Wright. Dieselben beziehen ein festes Gehalt, und treten von Zeit zu Zeit zusammen, zur Berathung des Materials, das sich inzwischen angehäuft hat. Es ist vorgesehen, daß ihre Entscheidungen endgültige, durch keinerlei Rechtsmittel angreifbare sind. — Daraus, daß mit diesem Schiedsgericht in den vergangenen wenigen Monaten im Ganzen gute Erfahrungen gemacht sind, darf man natürlich nicht schließen, daß hiemit die entstandenen Schwierigkeiten eine dauernde Lösung gefunden haben. So lange der gute Wille der betheiligten Bahnen andauert, d. h. so lange nicht die Interessen auch nur Einer Bahn durch das Schiedsgericht beeinträchtigt werden, mag es gut gehen. Sobald sich aber Eine Bahne von dem Vertrage lossagt, die Schiedssprüche für sich als bindend nicht mehr anerkennt, so ist diese Herrlichkeit auch zu Ende. In der amerikanischen Presse wird dieß ganz richtig gefühlt. Der Gedanke sei vortrefflich, aber — das Schiedsgericht müsse durch Gesetz eingesetzt und vom Staate mit den nöthigen Machtbefugnissen ausgestattet sein! Ehe nicht dieß geschehen, werden wir in den Vereinigten Staaten nur einen Waffenstillstand, einen modus vivendi zwischen den Eisenbahnen, keine dauernde Beseitigung der Mißstände, von welchen ich vorstehend nur eine Probe mitgetheilt habe, eingetreten sehen.

Solche Mißstände aber haben sich nicht allein auf dem Gebiete, welches wir unserer Betrachtung unterzogen, sie haben sich auf dem ganzen großen Gebiete der Vereinigten Staaten gezeigt, wo immer der Verkehr so stark ist, daß Ein Verkehrsmittel, oder Eine Eisenbahn denselben nicht mehr zu bewältigen vermochte. Sie haben sich entwickelt trotz, oder — sagen wir nicht besser in Folge? — einer gänzlich freien Konkurrenz im Eisenbahnverkehr. Kein noch so leidenschaftlicher Anhänger der Lehre, daß auch im Eisenbahnverkehr die Konkurrenz das Universalmittel für alle Schäden sei, wird den bei uns zu Lande so häufig gemachten Einwand erheben können, daß hier der Erfolg dieses Mittels kein zufriedenstellender gewesen, weil die Konkurrenz nicht frei genug gewesen sei. Eine noch ungebundenere Konkurrenz, als wir sie hier vor uns sehen, erscheint mir im Eisenbahnverkehr geradezu undenkbar. Wollen aber die Anhänger dieser wirthschaftlichen Lehre etwa behaupten, daß die Mißstände auf andere Ursachen, als die freie Konkurrenz zurückzuführen seien, nun so mögen sie ihre Behauptung beweisen! Der Beweis möchte nicht ganz leicht sein. An Ort und Stelle, in Amerika selbst, ist man, soweit ich gesehen habe, ziemlich übereinstimmend der Ansicht, daß dieser Konkurrenz unter den

Bahnen ein Riegel vorgeschoben werden muß, man streitet nur darüber, welcher Riegel und von wem; eine Ansicht, welche auch von Adams mit aller Entschiedenheit getheilt wird. Adams erklärt, man habe es auf der ganzen Welt versucht mit der Konkurrenz im Eisenbahnwesen, und jetzt zeige sich, daß man überall diesen Versuch aufgeben müsse.

Hält man aber daran fest, daß in der That gerade die freie Konkurrenz Zustände, wie ich sie geschildert, geschaffen, sicherlich verschlimmert hat, so wird der weitere Beweis zu führen sein, daß diese Zustände in der That beklagenswerthe sind, daß sie Handel und Verkehr lähmen, und auch die Eisenbahnen schädigen. Auch hierüber ist man in Amerika, d. h. unter dem unmittelbaren täglichen Eindruck der Eisenbahnwirthschaft, nicht mehr zweifelhaft. Die Eisenbahnen werden verglichen mit den Raubrittern und Wegelagerern des Mittelalters, die Eisenbahnfrage mit der Sklavenfrage, von deren baldiger, richtiger und energischer Lösung der Fortbestand des Bundes geradezu abhänge. Sonderbar — bei uns in Europa finden sich im gegenwärtigen Augenblick, in welchem ein Land nach dem andern daran geht, durch Erwerbung der Eisenbahnen für den Staat eine Entwicklung nach der amerikanischen Richtung hin unmöglich zu machen, doch immer noch Leute, welche ernstlich eine solche Entwicklung mit all' ihren Konsequenzen für eine richtige und gesunde erklären. Sehen wir ab von glücklicher Weise nur vereinzelten Rufen aus dem Lager der erbittertsten und festgeranntesten Freihändler, welche in ihrer Verstimmung über den Umschwung der Zoll- und Handelspolitik in Deutschland das Kind mit dem Bade ausschütten, so denke ich dabei vornehmlich an einen kürzlich gehaltenen, später als Broschüre gedruckten Vortrag des österreichischen Eisenbahndirektors Dr. v. Kuh. Derselbe ging unter dem Beifall seiner Zuhörerschaft so weit, nicht nur die unbedingte Freiheit in der Bildung der Differenzialtarife, sondern auch die Erlaubniß zur Gewährung heimlicher Refaktien in vollstem Umfange für die Eisenbahnen in Anspruch zu nehmen. Jede Fessel, durch welche die Bahnen in ihrer Tarifpolitik noch gehemmt sind, will dieser Herr lösen, und dann erwartet er endlich den bekannten ungeahnten Aufschwung des gesammten Verkehrs. — Um mich gegen die Einwendungen solcher Volkswirthe zu sichern, darf ich die Prüfung der Frage, worin sich denn zeigt, daß die Tarifpolitik der amerikanischen Eisenbahnen eine geradezu gemeingefährliche ist, nicht ganz übergehen.

Dieselbe ist eine schädigende einmal für die Eisenbahnen, welche genöthigt werden, Monate lang nicht nur umsonst zu fahren, sondern noch zuzusetzen, welche diesen Schaden auch nur unter der Voraussetzung auf sich nehmen können, daß später — nach Wegfall der Konkurrenz — der-

selbe durch neuen Gewinn wieder ausgeglichen wird. Nur die völlige Ohnmacht der Aktionäre der nordamerikanischen Privatbahnen giebt die Möglichkeit, daß in dieser Weise mit Hintansetzung aller wirthschaftlichen Prinzipien darauf losgefahren werden kann. Wir haben gesehen, daß in Folge des achtmonatlichen großen Tarifkrieges zwei solide Gesellschaften, die Baltimore- und Ohio- und die Pennsylvania-Eisenbahn ihre Dividendenzahlungen einstellen mußten; ich habe bereits angedeutet, nach welchen Grundsätzen bankerotte Bahnen von ihren receivers verwaltet werden; daß dieselben ohne jeden Gedanken daran, fremdes Eigenthum zu verwalten, weiter wirthschaften, so lange sie noch die Arbeiter und die Kohlen bezahlen können und ihre Gebühren übrig bleiben. Nur die reichste Bahn, die Domäne der Vanderbilt, die New-York-Central, konnte den Krieg aushalten, aber wie hoch sich die von derselben aufgewendeten Kriegskosten belaufen, das wird sie schwerlich irgend Jemandem verrathen haben.

Daß aber eine derartige Verschleuderung fremden Vermögens nach der Laune einiger weniger reichen und mächtigen Eisenbahnfürsten ein beklagenswerther Mißstand ist, wer wollte das leugnen? Und wem kommt diese Verschleuderung zu Gute? Doch auch wiederum nur den wenigen Personen, welchen es gelingt, die niedrigsten Frachten zu erhaschen, d. h. welche entweder dadurch, daß sie die meisten Güter aufgeben oder dadurch, daß sie die bedeutendsten Mittel zur — sagen wir es offen — Bestechung der Beamten aufwenden, einen Anspruch auf die billigsten Bedingungen sich erwerben. Sie kommen dadurch in die Lage, ihre weniger glücklichen oder schüchterneren Konkurrenten auf Kosten der Aktionäre völlig aus dem Felde zu schlagen.

Hat schon diese systematische, durch staatlich konzessionirte und monopolisirte Anstalten betriebene Uebervortheilnng der Kleinen durch die Großen einen geradezu entsittlichenden Einfluß auf die Gestaltung des Verkehrs, so wirkt beinahe noch schlimmer die gänzliche Unbestimmtheit und Ungewißheit über die Höhe der Eisenbahnfrachtsätze. Kein Landwirth weiß bei der Erndte, zu welchem Preise er die Erträge seiner Felder verwerthen kann, ja kein Kaufmann kann heute, bei Eingehung eines Geschäftes, auch nur ahnen, auch wie hoch sich morgen die Frachten belaufen. Werden einmal Tarife veröffentlicht, so weiß er nie, ob diese Tarife nun in der That für Jedermann gelten, oder richtiger er weiß ganz gewiß, daß sie nicht für Jedermann gelten. Er kennt fernerhin nicht die Zeitdauer für welche sie gelten, er weiß nicht wann etwa erhöhte, wann erniedrigte Preise in Kraft treten, und doch, er hat keine andere Wahl, als sich der Eisenbahn zu bedienen, auf welche der Staat ihn angewiesen hat.

Bei ernster Betrachtung begreift man oft nicht, wie ein solides Ge-

schäft in Amerika überhaupt noch fortbestehen kann. Der ganze Waarenhandel muß sich mit Naturnothwendigkeit zu einem wilden Hazardspiel entwickeln, das jeder vernünftigen Berechnung spottet. Dieser durch die ungesunden Eisenbahnverhältnisse hervorgerufene Zwang, Tag für Tag mit den gemeinsten Leidenschaften, dem Neid, der Habsucht, der Bestechung, zu rechnen muß auf die Dauer auch die gesundesten wirthschaftlichen Verhältnisse vergiften. Und endlich, diese Differenzialtarife! Man kann gern zugeben, daß kein Verwalter einer Eisenbahn Ausnahmetarife ganz zu entbehren vermag, eine gänzliche Beseitigung derselben auch im Interesse von Handel und Verkehr schwerlich jemals durchzusetzen ist, aber diese Differenzirung, wie sie sich in den Vereinigten Staaten findet, wird auch der begeistertste Anhänger der Differenzialtarife nie und nimmer billigen. Was sollen auch die dortigen Eisenbahnen machen? Im großen durchgehenden Verkehr fahren sie umsonst oder mit Schaden, sie müssen sich also am Lokalverkehr erholen, und das thun sie allerdings gründlich. Sie stellen ihre Preise und Bedingungen so, daß aus den Bewohnern der kleinen Plätze und des Landes der letzte Pfennig herausgepreßt wird. Welche Erbitterung und Wuth sich in Folge dessen gegen die Eisenbahnen ansammelt, das zeigte die Granger-Bewegung. Und hiedurch wird der Verkehr immer mehr künstlich in die großen Städte gedrängt und in den Händen weniger mächtiger Personen konzentrirt, welche mit den Eisenbahnen die gleichen Interessen haben.

Der verständige Sinn des amerikanischen Volkes scheint auch eingesehen zu haben, daß es so nicht weiter geht. Es hat wenigstens in den letzten Jahren an Versuchen nicht gefehlt, das Uebel, womöglich mit der Wurzel auszurotten. Würden die Eisenbahnen wie bisher sich ganz und gar selbst überlassen, so erwarten die Kenner der Verhältnisse, daß bald eine Verschmelzung der sämmtlichen großen Linien eintritt. Daß dieß nicht schon jetzt geschehen, hat in der Eifersucht der vielen einander ebenbürtigen Könige seinen Grund, deren keiner gesonnen ist, sich dem andern unterzuordnen. Indessen — noch eine Anzahl von Eisenbahnkriegen würde doch dazu führen, den mächtigsten der Herrscher herauszufinden, und nach und nach die übrigen geneigt machen, sich ihm zu unterwerfen. Für ein Staatswesen, wie das der Vereinigten Staaten von Amerika mit seiner losen, bundesstaatlichen, republikanischen Verfassung wäre die Errichtung eines solchen Eisenbahnkönigthums mit unbeschränkter Gewalt geradezu verhängnißvoll. Es würde nicht ausbleiben, daß der Herrscher über sämmtliche Eisenbahnen eine bei weitem größere Macht besäße, als der Präsident der Republik selbst, und die Welt könnte das ganz neue Schauspiel erleben, daß nicht ein Militärdiktator, sondern ein Eisenbahn-

direktor sich zum absoluten Herrscher über eine Republik aufwirft. Weil man sich der Besorgniß nicht verschließen kann, daß einmal ein solches Ereigniß eintritt, ist man auch der Meinung, daß mit Ausführung der Reform-Versuche nicht gezögert werden darf. Wer weiß, ob das, was heute noch erreicht werden kann, nicht morgen schon zu spät ist?

Der Gedanke, die sämmtlichen Eisenbahnen sei es für den Bund, sei es für die Einzelstaaten, anzukaufen, ist zwar aufgetaucht, hie und da, z. B. in Massachusetts, auch ernstlich erörtert, indessen bald verworfen. Ein solcher Plan paßt jetzt noch nicht in den ganzen Verwaltungsmechanismus der Vereinigten Staaten; er ist unausführbar, so lange die seit Jahren auf der Tagesordnnng stehende Frage einer Reform des Zivildienstes nicht befriedigend gelöst wird. So lange kann und will man aber mit der Eisenbahnreform nicht warten.

Man hat daher seine Zuflucht genommen zu der ordentlichen Gesetzgebung, zunächst der Gesetzgebung des Bundes. Der Abgeordenete Reagan brachte im Februar 1878 in das Repräsentantenhaus einen Gesetzentwurf ein betreffend „die Regelung des Frachtverkehrs zwischen den Bundesstaaten und das Verbot unbilliger Frachtunterschiede" („an Act to regulate interstate commerce and to prohibit unjust discriminations by common carriers"). Der Entwurf wurde einer Kommission überwiesen, von dieser zur Annahme empfohlen und auch in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. Dezember 1878 mit der unerwartet großen Mehrheit von 139 gegen 104 Stimmen angenommen. Der Inhalt dieses Gesetzentwurfs geht dahin, daß die Eisenbahnen verpflichtet sein sollen für Jedermann gleiche Frachten im Lokal- und Verbandsverkehre zu erheben; daß alle persönlichen Vergünstigungen Einzelner Frachtnehmer streng verboten, die sogenannten Frachtdisparitäten (d. h. die Erhebung höherer Frachten für die nähere, als für die entferntere Station derselben Strecke) untersagt, Publikation der Frachten, sowohl der Frachterhöhungen als der Ermäßigungen vorgeschrieben und Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen mit strenger Strafe bedroht werden. Die Strafe besteht theils in Geldbußen in Höhe von mindestens 1000 Dollar gegen jeden Beamten, welcher an der Zuwiderhandlung sei es direkt, sei es indirekt betheiligt ist; theils darin, daß der durch solche Zuwiderhandlung Geschädigte das Recht hat, den Ersatz des dreifachen Betrages des nachgewiesenen Schadens von demjenigen zu fordern, welcher den Schaden verursacht hat. Das Gesetz soll sich, wie ausdrücklich bestimmt wird, nicht beziehen auf den Eisenbahnverkehr eines einzelnen Staates, auf den Verkehr mit dem Auslande sowie auf die Beförderung für öffentliche, wohlthätige Zwecke, Ausstellungen und dergleichen.

In der Begründung dieses Gesetzentwurfs wurde vom Antragsteller davon ausgegangen, daß das gegenwärtige Treiben der Eisenbahnen dringend einer Abhülfe bedarf, welche nur durch die Gesetzgebung möglich erscheine. Es wurde fernerhin insbesondere eingehend ausgeführt, daß der Bund als solcher zuständig sei für den Erlaß eines derartigen Gesetzes. Die Diskussion in dem Abgeordnetenhause war eine sehr kurze, ja flüchtige. In wenigen Stunden wurde das ganze, in die Verkehrsverhältnisse tief einschneidende Gesetz durchberathen, und ohne alle Aenderungen angenommen. Die großen Eisenbahngesellschaften, die natürlichen Gegner eines solchen Gesetzes, wurden förmlich überrumpelt.

Indessen die Annahme des Gesetzes durch das Abgeordnetenhaus hatte nur zur Folge, daß dasselbe auf dem verfassungsmäßigen Weg an den Senat gelangte. Bis dieser, welcher gleichfalls den Entwurf einer Kommission überwies, mit seinen Berathungen begann, hatten die Eisenbahnen das Versäumte längst nachgeholt und den Widerstand gegen das Gesetz organisirt. Nicht allein die Eisenbahnen aber waren die Gegner des Gesetzes, sie erhielten merkwürdiger Weise Unterstützung aus dem feindlichen Lager. Den Eisenbahnen enthielt das Gesetz zu viel, ihren Gegnern — zu wenig. In dieser Beziehung ist besonders charakteristisch ein Gutachten des vorgenannten Colonel Albert Finck über den Gesetzentwurf, welches an die Senatskommission am 11. Februar 1879 erstattet worden ist. Colonel Finck erkennt in vollem Umfang den gesunden Gedanken, welches dem Gesetzentwurf zu Grunde liegt an, er hält es für unbedingt nothwendig für die weitere Entwicklung der Wohlfahrt seines Vaterlandes, daß auf gesetzlichem Wege vernünftige, billige und dauernde Eisenbahntarife (reasonable, equitable and permanent rates of transportation) hergestellt werden, aber er befürchtet, daß durch die Reagan'schen Vorschläge ein solches Ziel nicht erreicht werde. Theils seien die Bestimmungen unausführbar, theils aber würde, wenn sie ausgeführt wären, es doch beim Alten bleiben, das Gesetz die Eisenbahnen nicht hindern, in ihrer bisherigen Wirthschaft fortzufahren. Es würde mich zu weit führen, im Einzelnen zu prüfen, wie weit eine so scharfe Kritik berechtigt ist, ob nicht in diesem Falle das Bessere der Feind des Guten ist. Aber gerade für die Beurtheilung unserer deutschen Reformbestrebungen ist von wesentlichem Interesse, zu sehen, wo denn nach Ansicht eines solchen Beurtheilers der Hauptfehler in dem Gesetzentwurf steckt; was demselben hinzugefügt werden muß, um ein wahrhaft wohlthätiges und wirksames Gesetz aus ihm zu machen. Finck meint, ein Eisenbahntarifgesetz dürfe sich nicht darauf beschränken, die Tarife zu kontrolliren, d. h. Fürsorge zu treffen, daß dieselben nach richtigen Grund-

sätzen hergestellt, ordentlich veröffentlicht, richtig angewandt würden u. s. w., das Gesetz müsse vielmehr geradezu Bestimmungen treffen, über die Bildung und Höhe der einzelnen Tarifsätze selbst. Zu dem Ende sollen alle mit einander in Konkurrenz stehenden Eisenbahnen verpflichtet sein, zwischen allen Konkurrenzstationen Tarife herzustellen. — Diese Tarife sollen einer von der Regierung der Vereinigten Staaten eingesetzten Kommission vorgelegt, von derselben daraufhin geprüft werden, ob sie gerecht und billig sind, auf gesunden wirthschaftlichen Grundsätzen beruhen und nicht im Widerspruch stehen mit dem gemeinen Frachtrecht (if the tariff is just and equitable and based upon correct commercial principles, and not in violation of the common laws governing common carriers), wenn diese Voraussetzungen aber zutreffen, genehmigt werden, und dann so lange mit Gesetzeskraft im ganzen Lande in Geltung bleiben (shall become the law of the land), bis sie auf dieselbe Weise unter Vermittlung derselben Behörde geändert werden. — Können sich aber die Eisenbahnen über derartige Tarife nicht verständigen, oder erheben sich unter ihnen andere Streitfragen, welche im gewöhnlichen Laufe der Dinge zu einem Eisenbahnkriege führen würden, so sollen diese Streitigkeiten durch ein Schiedsgericht beigelegt werden, dessen Urtheile gleich den gewöhnlichen richterlichen Urtheilen vollstreckbar sind.

Ist das nicht in der That ein Gedanke, ganz ähnlich dem, auf welchem der von dem besonderen Bundesraths-Ausschuß im Sommer v. J. ausgearbeitete, so viel angefochtene Gesetzentwurf, betreffend die Regelung des Gütertarifwesens auf den deutschen Eisenbahnen, beruhte? Ein solches Ziel zu erreichen, scheint freilich in Amerika ganz besonders schwierig, vielleicht ist dasselbe für die dortigen Verhältnisse zu plötzlich und zu weit gesteckt, und es bleibt deswegen Alles beim Alten. Denn der Reagan'sche Entwurf ist bis jetzt noch nicht im Senate, weder in der Fassung des Abgeordnetenhauses, noch nach den Vorschlägen von Mr. Finck angenommen, durch ihn ist also eine Reform thatsächlich noch nicht angebahnt.

Hand in Hand mit diesen Versuchen im Schooße der gesetzgebenden Körperschaften gehen in den Vereinigten Staaten die agitatorischen Bestrebungen in den Kreisen der unter der Mißwirthschaft der Eisenbahnen am meisten leidenden Bevölkerung. Von vielen Seiten wird geradezu darauf hingewirkt, daß bei der nächstbevorstehenden Präsidentenwahl des Jahres 1881 die Bekämpfung der großen Eisenbahngesellschaften in das Programm der republikanischen Partei aufgenommen werden müsse. Daß die Bekämpfung nur mit gesetzlichen Mitteln durchgeführt werden muß, versteht sich von selbst. Vorschläge aber über den Inhalt solcher Gesetze

habe ich nicht gefunden. Am heftigsten war die Volksbewegung gegen die Eisenbahnen vielleicht im Staate und in der Welthandelsstadt New-York, welche allerdings, wie wir gesehen haben, besonders hart durch die rücksichtslosen Kämpfe der dortigen Eisenbahnen getroffen ist. Diese Bewegung hat sich auch vor andern darin ausgezeichnet, daß sie sehr bald von hervorragender Stelle geleitet und auf bestimmte, greifbare Ziele hingeführt wurde. Ja es gewinnt den Anschein, als ob sie schon jetzt es erreicht hätte, daß sich die dortigen Eisenbahnen nicht mehr ganz wohl und sicher in ihrer Haut fühlen und sich geneigt zeigen, aus ihrer rein verneinenden Stellung eines non possumus herauszutreten, und gemeinsame Sache mit dem Volke zur Lösung der Eisenbahnfrage durch ein Bundesgesetz zu machen.

An der Spitze der Eisenbahnagitation in New-York steht der dortige angesehene Anwalt und bekannte, freihändlerische Volkswirth Simon Sterne, von Abkunft ein Deutscher. Derselbe bemächtigte sich der Führerschaft in einer großen, am 19. April 1878 abgehaltenen Versammlung, in welcher er in glänzender, später auch durch den Druck veröffentlichten Rede die im Eisenbahnwesen herrschenden Zustände schilderte und mit beißendem Hohne geißelte; er ging mit großer Unerschrockenheit den Herren Vanderbilt und Genossen zu Leibe, und diese befanden sich in der unangenehmen Lage, die einmüthige Kundgebung, welche der Vortrag des Herrn Sterne zur Folge hatte, nicht ohne weiteres unbeachtet lassen zu können. Sterne verlangte eine strenge Staatsaufsicht über das gesammte Eisenbahnwesen, welche sich mit noch so freisinnigen, wirthschaftlichen und politischen Anschauungen nicht nur recht wohl vertrage, sondern in der gegenwärtigen Zeit vielleicht eines der besten Mittel zur Förderung der wirthschaftlichen, durch die Ketten der Eisenbahntyrannen wehrlos gefesselten Freiheit sei. Neben der Absicht, die öffentliche Meinung über das Treiben der Eisenbahnen aufzuklären, war der Zweck jener Versammlung der, den gesetzgebenden Körperschaften des Staates New-York eine Rückenstärkung zu bieten. An diese Körperschaft war eine Petition eingereicht worden, im Staate New-York eine ähnliche Gesetzgebung einzuführen, wie sie sich im Staate Massachusets für die Eisenbahnen und das Publikum bewährt hat. Zu dem Ende aber sollte zunächst von Staatswegen eine Enquête über das Eisenbahnwesen veranstaltet werden. Das war den Eisenbahnkönigen nichts weniger als angenehm, sie hatten Alles in Bewegung gesetzt, um eine Ablehnung der Anträge der Petenten zu erreichen. Nachdem aber die Versammlung vom 19. April 1878 diese Anträge einmüthig auf das wärmste unterstützt hatte, scheinen die Abgeordneten des Staates New-York nicht mehr den Muth gehabt zu haben,

wenigstens die Enquête zu verweigern. Am 28. Februar 1879 wurde von dem Abgeordnetenhause folgende Resolution angenommen:

„Es ist eine besondere Kommission von 5 (später auf 9 erhöht) Personen niederzusetzen, welche die Ermächtigung hat, Zeugen zu vernehmen, Urkunden zu beschaffen, auch einen Stenographen zuziehn darf, und deren Aufgabe es ist, die Mißbräuche zu untersuchen, welche angeblich bei dem Betriebe der vom Staate New-York konzessionirten Eisenbahnen bestehen sollen, insbesondere auch zu untersuchen und zu berichten über die Macht, die Kontrolle und die Verpflichtungen dieser Eisenbahnen. Die Kommission soll die Zeugen vernehmen in New-York oder an einem andern ihr geeignet erscheinenden Platze, und der gesetzgebenden Körperschaft entweder in der gegenwärtigen oder der nächsten Session in Form eines Gesetzentwurfs oder in einer andern ihr geeignet erscheinenden Form darüber Vorschläge machen, ob und welche Mittel ihr erforderlich erscheinen, zum Schutze und zur Förderung der Handels- und Gewerbe-Interessen des Staates New-York."

Diese Kommission ist am 26. März 1879 zusammengetreten, sie hat ihre Thätigkeit erst gegen Ende des Jahres abgeschlossen. Der stenographische Bericht über ihre Thätigkeit — ein Werk von 3500 gedruckten Seiten ohne die Anlagen — ist noch nicht ganz fertig gestellt und geordnet. Er enthält vielleicht zum ersten Male ein ganz zuverlässiges und und ein ungemein reichhaltiges Material über die Eisenbahnzustände in den Vereinigten Staaten. Viele der Hauptvernehmungen sind sofort durch die Presse veröffentlicht. Die Untersuchung hat das größte und peinlichste Aufsehen erregt, und unleugbar einen gewaltigen Eindruck auch auf die Präsidenten der Hauptbahnen gemacht. Die Herren Vanderbilt und Jewett hatten beim Beginn der Enquête der Kommission ein Schreiben voll frecher Anmaßung überreicht, in welchem die sämmtlichen Beschwerden gegen sie mit Spott und Hohn zurückgewiesen, und als Auswüchse persönlicher Mißgunst und Verfolgungssucht dargestellt werden. Als aber aus der Untersuchungskommission mehr und mehr in die Oeffentlichkeit drang, als sich ergab, daß die gegen die Eisenbahnen erhobenen Beschuldigungen nicht nur wohl begründet waren, daß vielmehr die Tyrannei des Verkehrs durch die Eisenbahnen, die Differenzialtarife, die willkürlichen Refaktien einen Höhepunkt erreicht hatten, welchen ohne die Untersuchung Niemand hätte vermuthen können, da erklärten sich plötzlich die Präsidenten der beiden schwächeren New-Yorker Bahnen, der Baltimore-Ohio- und der Pennsylvania-Central, bereit, ihrerseits mitzuwirken zu

dem Zustandekommen eines Eisenbahntarifgesetzes durch den Kongreß. Dieß gab der Handelskammer von New-York Veranlassung, unter dem 17. September 1879 an die Herren Vanderbilt und Jewett, die Präsidenten der mächtigen New-York Central- und der Erie-Bahn, ein höfliches Schreiben zu richten, in welchem dieselben ersucht wurden, an den Vorbereitungen für eine solche Gesetzgebung sich auch ihrerseits zu betheiligen. Die Herren werden gebeten, einen Gesetzentwurf, betreffend die Frachttarife für den durchgehenden Verkehr (d. h. den Verkehr zwischen den einzelnen Staaten der Union, interstate commerce) und die Einsetzung einer diese Frachten beaufsichtigenden Kommission auszuarbeiten, denselben den Handelskammern zur Begutachtung vorzulegen, und sodann in den Kongreß einzubringen. Nur eine auf einem Zusammenwirken der Eisenbahnen mit dem Handelsstande beruhende Vorbereitung biete die Bürgschaft, daß ein solches Gesetz im Kongresse Annahme finde. In dem Schreiben wird davon ausgegangen, daß die Frachten für den Verkehr innerhalb der einzelnen Staaten durch die Gesetzgebung der Einzelstaaten, die für den Verkehr zwischen den Staaten durch den Kongreß geregelt werden müßten. — Auf dieses sehr artig und verbindlich gehaltene Schreiben antworteten beide Präsidenten nicht ablehnend. Beide behielten sich ihren endgültigen Entschluß darüber, welche Stellung sie zu der Frage einnehmen wollten, natürlich vor; Beide hatten auch mancherlei an den Vorschlägen der Handelskammer auszusetzen. Unter Anderm bemerkt Vanderbilt nicht unrichtig, daß sich eine derartige Trennung der Frachten innerhalb der Einzelstaaten und zwischen denselben schwerlich werde durchführen lassen. Insbesondere sei es für den Staat New-York sehr bedenklich, wenn er seinen Eisenbahnen die Hände binde gegenüber der Konkurrenz der Nachbarstaaten. Indessen, er ist doch bereit, mit den Präsidenten der übrigen Bahnen zusammenzutreten, und den Versuch zu machen, in Gemeinschaft mit denselben ein Frachtgesetz auszuarbeiten, und über dieses Gesetz weiterhin auch eine Verständigung mit den Handelskammern und den übrigen Vertretern der Verkehrsinteressen zu versuchen. Aehnlich spricht sich auch Jewett aus.

Thatsächliche, weitergehende Folgen hat diese Episode, wie es scheint, bis jetzt nicht gehabt. Voraussichtlich wird dieselbe dazu beitragen, daß die Untersuchung der Eisenbahnverhältnisse New-York's nicht ganz ohne Ergebniß bleibt. Von der Presse ist dieß Entgegenkommen der Eisenbahnen jubelnd begrüßt worden. Es ist ein erster Erfolg der öffentlichen Meinung — ohne Zweifel. Ob aber ein wirklicher, oder bloß ein Scheinerfolg, das muß die Zukunft lehren. Wollte man ernstlich ein Eisenbahnfrachtgesetz, so bot sich hierzu bei der ziemlich gleichzeitigen Berathung

des Reagan'schen Entwurfes eine vortreffliche Gelegenheit; denn unverbesserlich ist dieser Entwurf, wie auch Finck ausgeführt hat, keineswegs.

Durch ihre Bereitwilligkeit, sich ihrerseits an der Reformarbeit zu betheiligen haben die Eisenbahnen einstweilen der Opposition die Spitze abgebrochen und wieder Zeit gewonnen, ein Gewinn, welcher nicht zu unterschätzen ist. Vielleicht gelingt es nun doch noch den großen Bahnen, sich rechtzeitig untereinander über eine Verschmelzung ihrer Netze zu verständigen, welcher gesetzliche Hindernisse nicht entgegenstehen, und damit sich eine Stellung zu schaffen, so übermächtig, daß die Kongresse der Einzelstaaten und der Kongreß der Union ihnen gegenüber zur vollständigsten Ohnmacht verurtheilt sind. Gerüchte über Verhandlungen in dieser Richtung zwischen den Eisenbahndirektoren und anderen großen Finanzgesellschaften haben in der Presse herumgeschwirrt. Die auffallende Thatsache, daß sich Herr Vanderbilt des Besitzes von 20 Millionen Dollars ihm eigenthümlich gehöriger Aktien der New-York Central-Eisenbahn zu Gunsten eines Banquierkonsortiums zu einem verhältnißmäßig niedrigen Kurse von 120 Prozent entäußert hat, — ihm grauet vor der Götter Neide — wird mit diesen Gerüchten in Zusammenhang gebracht. Jedenfalls ist der Verlauf der Ereignisse auf diesem Wirthschaftsgebiete in den Vereinigten Staaten in der letzten Zeit ein so stürmischer, die Bewegung eine so gewaltsame gewesen, daß irgend ein Resultat die Folge sein muß; sei es, daß das Volk doch noch die Macht hat, die Tyrannen unter ein Gesetz zu bringen, sei es, daß die Eisenbahnen sich thatsächlich der gänzlichen Herrschaft über das große Land bemächtigen.

Ich behalte mir vor, auf die Einzelheiten der New-Yorker Eisenbahnenquête gelegentlich zurückzukommen, wenn mir die Verhandlungen vollständig vorliegen. Die im Vorstehenden mitgetheilten Thatsachen — denn auf solche habe ich mich beschränkt — geben selbstverständlich kein auf Vollständigkeit Anspruch machendes Bild der Eisenbahntarifpolitik der Vereinigten Staaten. Um ein solches entwerfen zu können, wird es eingehender Studien an Ort und Stelle bedürfen, und es ist mir sehr fraglich, ob solche Studien einen der aufzuwendenden Mühe nur einigermaßen entsprechenden Nutzen haben würden. Mir lag vielmehr nur daran durch Schilderung der wirklichen Verhältnisse das Urtheil über die wirthschaftlichen Zustände in den Vereinigten Staaten auch auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens zu berichtigen, und zu zeigen, welche Zustände sich bei uns möglicher Weise herausgebildet hätten, wenn wir das reine Privatbahnsystem sich frei hätten entwickeln lassen. Denn darin gleicht die Verfassung des Deutschen Reichs der der Vereinigten Staaten, beide sind Bundesstaaten mit großer Selbständigkeit ihrer einzelnen Glieder, und

gerade bei dieser Staatsform ist die Ausbildung allzu mächtiger Privatgesellschaften besonders gemeingefährlich. Der Bundesstaat ist gegen dieselben weniger widerstandsfähig als der geschlossene Einheitsstaat, und die Gesellschaften sind in der Lage ihre Macht andauernd dadurch zu stärken, daß sie das eine Staatsganze gegen das andere ausspielen. Gerade, weil Frankreich und England Einheitsstaaten sind, hat sich dort die Macht der Eisenbahnen nicht entfernt so vergrößern können, als in Amerika. In Deutschland dagegen hat nur das Bestehen der Staatsbahnen neben den Privatbahnen, welches naturgemäß zu einem allmähligen Ueberwiegen der Staatsbahnen, und in seinem endlichen Ergebniß zu einer völligen Aufsaugung der Privatbahnen fortschreiten muß, der Ueberwucherung des öffentlichen Verkehrs durch die Privatbahnen schon frühzeitig einen wirksamen Riegel vorgeschoben.

Von großer Wichtigkeit aber erschien es mir gerade im gegenwärtigen Augenblicke, dem deutschen Volkswirth, welcher sich noch einen offenen Blick und ein unbefangenes Urtheil den Thatsachen gegenüber erhalten hat, diese neuen, durch ihre Eigenartigkeit besonders belehrenden Vorgänge vor Augen zu führen, welche wiederum beweisen, daß der Schwerpunkt der ganzen Eisenbahnfrage in der Tariffrage liegt, hier aber auch in Amerika Alles zunächst dahin drängt, die Tariffreiheit in die Schranken des Gesetzes einzuschließen. Mehr und mehr tritt der Charakter der Eisenbahnen als gewerbliche Unternehmungen zurück, hinter dem als öffentliche Straßen, mehr und mehr werden die Tarife zu Gebühren, und wie sich die Geschichte der Frachtsätze ich möchte fast sagen von Anbeginn an dahin entwickelt hat, daß sich die zuerst bestehenden Verschiedenheiten nach und nach ausglichen, so wird diese Entwicklung auch weiterhin in der Richtung fortschreiten, daß in einem Staatsgebiete die Möglichkeit der Herstellung gleicher Frachteinheitssätze sich ergiebt. Ob solche Einheitssätze, welche selbstverständlich für erst und auf lange Zeit nur als Regel und in Verbindung mit Ausnahmetarifen für besondere Verhältnisse zu denken sind, Handel und Verkehr schädigen, darüber wollen wir demnächst den Erfolg sprechen lassen.

Berlin, Mitte Januar 1880. A. v. d. L.

General von Rüchel

(nach hinterlassenen Papieren).

2. Unter der Regierung Friedrich Wilhelm II. 1786—1798.

(Fortsetzung.)

Nachdem die Oesterreicher unter Wurmser, die Weißenburger Linie erobert, ward der preußische Oberst von L'Estoque vom andern Ufer der Queich herüber gesandt und konnte jetzt Landau erst gründlich abgesperrt werden, nachdem an Rüchels linkem Flügel Arzenheim und Wolmersheim besetzt waren. Hätten die Oesterreicher nicht so lange gezögert und mit mehr Energie auf den Feind eingedrängt, ihn so früher zwingend die Stellung bei Weißenburg aufzugeben, so hätte Landau unbedingt capitulirt und wäre in die Hände der Verbündeten gefallen. Daß die auf diese Art verloren gegangene Zeit, nie wieder würde einzubringen sein, das hatte sich Rüchel mit steigendem Unmuth längst gesagt. Die Festung hatte während der unvollständigen Cernirung, Zeit und Gelegenheit gehabt, sich zu verproviantiren und wenn mancher Transport auch abgefangen wurde, so kamen viele dennoch ungehindert in ihre Mauern.

Die Folge hiervon war, daß der Commandant jede Aufforderung zur Uebergabe zurückwies. Darauf beschlossen die Belagerer es mit einem Bombardement zu versuchen. Aber die Anstalten dazu waren so mangelhaft, daß das Feuern bald wieder eingestellt werden mußte.

Das Rüchelsche Corps bezog Winterquartiere in und um Offenbach, doch blieben die Vorposten auf derselben Stelle, wie während der guten Jahreszeit. Ein Blockhaus ließ der General auf dem Wege von Inzheim nach Landau errichten. Von der Stimmung Rüchels, während dieses Winters, giebt ein längeres eigenhändiges Antwortschreiben*) Zeugniß,

*) Dies Schreiben von Möllendorf liegt im Original vor und ist vom 10. Januar 1794 aus Berlin datirt. Es wurde in den Marrée'schen Blättern für Armee und Marine abgedruckt mit einigen andern Briefen aus dem Rüchelschen Nachlaß, die einer spätern Zeit angehören. Etwa 20 andere eigenhändige Briefe Möllendorfs an Rüchel sind gleichfalls vorhanden, die aber zum Theil noch nicht entziffert sind, da die Handschrift des alten Feldmarschalls sehr unleserlich ist.

was er auf einen von ihm an den greisen Feldmarschall Möllendorf gerichteten Brief, von diesem erhielt. Zugleich überrascht der vertrauliche Ton des hochgestellten Vorgesetzten und muß als Beweis dienen, wie sehr Rüchel von diesem selbst, wie von der ganzen Armee geschätzt wurde. Er war vor kaum einem Jahr als Major ins Feld gezogen und nun ungewöhnlich schnell zum General avancirt, immerhin noch ein sehr junger Mann.

Trotz der lässigen Art, mit der die Belagerung meist durch Verschuldung der Oesterreicher betrieben wurde, war Landau doch endlich bereit zu capituliren. Der Kronprinz hatte sehr günstige Bedingungen zugestanden und das veranlaßte die Bürger einen Druck auf den Commandanten und die Besatzung zu üben.

Sehr zur Unzeit, für den glücklichen Fortgang der Operationen, wurde der Königssohn nach Berlin zurückgerufen. Er hatte sich während seines Aufenthaltes in Süddeutschland, mit der schönen und liebenswürdigen Mecklenburgischen Prinzessin Luise verlobt und sollte jetzt die Vermählung gefeiert werden. Er eilte aus dem Lager seinem Glück entgegen und schloß dann auch bald diese Verbindung, die Preußen eine der edelsten Königinnen gab, die je gelebt, und Europa das seltene Vorbild eines glücklichen Familienlebens auf einem Throne zeigt.

Es war ein großer Fehlgriff, daß der im Commando der Blokade folgende General von Knobelsdorf die Versprechungen, die der edle Prinz gemacht, nicht hielt. Auch wäre hier Milde gebotene Klugheit gewesen, wie dies jeder Einsichtsvolle voraussah und wie die Folgezeit es deutlich erwies.

Die Härte mit der ihnen jetzt begegnet wurde, ließ die Einwohner den Entschluß fassen, Vorräthe und Geschick und sei es bis zum Untergange, mit der Besatzung zu theilen.

Bald darauf wurde der Muth leider durch die Nachricht neu belebt, daß ein französisches Heer zu ihrer Befreiung nahe. Es bedrängte Wurmser hart, der mit seinen Oesterreichern die Weißenburger Linie vertheidigte und so zwischen Landau und den ihm nahenden Rettern stand.

Obgleich der Herzog von Braunschweig so viel als möglich that, um die Bundesgenossen zu unterstützen, mußten sie dennoch den anstürmenden Republikanern weichen. Nur weniger Tage, ja vielleicht nur weniger Stunden hätte es bedurft, und Landau wäre gefallen.

So aber kam der Stadt Hülfe in dem Augenblick, wo die letzten Lebensmittel ausgetheilt wurden. Rüchel hatte einen Husaren-Officier zur Recognoscirung gen Weißenburg abgeschickt und war dies der erste Bote, der die Nachricht von der Niederlage der Oesterreicher brachte. Dieser war den zurückfluthenden Truppen der Bundesgenossen begegnet,

die vom Feinde auf dem Fuße gefolgt, den Weg nach Germersheim einschlugen.

So traf Rüchel der Befehl des Herzogs von Braunschweig nicht unvorbereitet, welcher am 2. December vor Landau anlangte, die Blokade aufzugeben und den Rückzug hinter die Queich anzutreten.

Rüchel eilt sofort nach Germersheim, um im Interesse des Herzogs, wenn auch ohne seinen unmittelbaren Auftrag, mit dem dort anwesenden österreichischen Befehlshaber zu verhandeln. Er suchte diesen zu bestimmen, einen Theil seiner Truppen so lange auf dem linken Rheinufer zu belassen, bis der Herzog sich aus dem Gebirge gezogen, um so den Rückzug desselben zu decken. Seine wohlgemeinten Bemühungen scheiterten an der Mißgunst der unzuverlässigen Alliirten. Am 29. December wurde Rüchel, nachdem er schon angefangen hatte, die befohlene Rückzugsbewegung zu machen, von Landau aus angegriffen. Der Feind rückte in bedeutender Stärke gegen seine Vorposten an.

Der General ließ sogleich sein Fußvolk ins Gewehr treten und auf den Ridweiler Höhen eine sehr vortheilhafte Stellung einnehmen. Dann ging er mit sämmtlicher Kavallerie und Artillerie bis Oennigen vor.

Nach einer Kanonade von einigen Stunden zog sich der Feind zurück und Rüchel setzte ungehindert seinen Marsch bis Müllerstädt fort, wo das Infanterie-Regiment Wolfsramsdorf als Verstärkung zu ihm stieß. Die Brücke, welche über den Spierbach führt, wurde abgebrochen.

Er ging nach Frankenthal und beschloß, sich dort eine feste Stellung zu schaffen. Um so mehr schien dies eine gebotene Vorsicht, als die großen gefüllten Magazine, die in der Stadt vorhanden waren, sicher die Augen des Feindes auf sich ziehen würden.

Das Terrain eignete sich, wie Rüchel gleich bei der ersten Recognoscirung bemerkte, vortrefflich zu einer Anlage, wie er sie beabsichtigte. Nach dem Feinde zu war die Gegend von Gräben und Brüchen durchschnitten. Auf dem linken Flügel, nach dem Rhein zu, gab es Moräste und etwas Wald, während bei Frankenthal selbst ein schiffbarer Kanal vor der Stadt mehrere Bäche in sich aufnahm und dann bis in den Rhein führte. Auf beiden Seiten waren Dämme. Die Communikation der beiden Ufer wurde durch einige Brücken vermittelt. Rechts von der Stadt kamen mehrere Bäche in paralleler Richtung von den Bergen, die Dörfer Epstein und Flomersheim einschließend. Eine Chaussee, welche von Mainz über Oppenheim und Worms durch Frankenthal führte, durchschnitt Rüchel's Stellung senkrecht. Bei Ogersheim theilte sich diese Straße in zwei Arme, von denen der eine nach Mannheim, der andere in grader Richtung nach Mutterstädt führte.

Der General beschloß, zur Vertheidigung des Kanals sämmtliche Schützen der Infanterie zu verwenden, während die Vorpostenkette der Reiterei sich von dem Rheinufer an über Oppau, Ogersheim, Studenheim und Eppstein nach Flomersheim zog, von wo sie mit dem linken Flügel der Vorpostenkette der Hauptarmee in Verbindung trat.

Rechts von der Chaussee, die von Frankenthal nach Ogersheim führt, warf man eine starke Redoute für vier Kanonen auf und links der Chaussee, den Rücken gegen die Stadt, war das Grenadier-Bataillon von Wolframsdorf aufgestellt, um die davor liegende Ebene zu vertheidigen, welche auch von den Geschützen auf der Schanze bestrichen wurde. Rechts von dem Städtchen stand das übrige Fußvolk nebst der Fußartillerie hinter dem ziemlich tiefen, 24 Fuß breiten, mit Buschwerk bewachsenen Graben, der sich von Lamsheim herunterzog. Zu besserer Deckung des rechten Flügels lehnte sich die Stellung an einen kleinen Ort, die sieben Häuser genannt.

Das Grenadier-Bataillon von Rüchel stand hinter der Stadt nach einer Ziegelei zu, als disponible Reserve.

In dieser gesicherten Aufstellung konnte man ruhig einem feindlichen Angriff entgegen sehen. Dennoch war es dem General mehr als zweifelhaft, ob es möglich sein würde, die Stadt während des Winters zu halten. Er mußte sich als ein vorgeschobenes Corps, in Anbetracht der Stellung der übrigen Armee, betrachten. Und zum Hauptquartier eines solchen eignete sich ein Ort wenig, in welchem große Vorräthe aufgestapelt waren. Deßhalb befahl er die Verladung des in den Magazinen vorhandenen Korns und Mehls in Kähnen, die sich auf dem Rhein befanden.

Das Anstecken der Magazine verbot er aber auf das allerstrengste, es sei denn, daß ein von ihm genau bezeichneter Officier einen von seiner eignen Hand geschriebenen schriftlichen Befehl, dem Verwalter überbringen würde. Solche vorsichtigen und bestimmten Anweisungen waren nöthig, denn es stand leider damals, wie schon früher angedeutet, sehr schlecht um das preußische Commissariat für die Verpflegung der Armee, und kam es nicht selten vor, daß untreue Beamte einen blinden Lärm von der Annäherung des Feindes, vielleicht von ihnen selbst veranlaßt, benutzten, um sich durch die Zerstörung der Magazine der Verantwortlichkeit zu entziehen.

In der Neujahrsnacht des Jahres 1794 griff der Feind die Rüchelschen Vorposten an und drang bis Ogersheim vor. Doch zog er sich für diesmal nach einem kleinen Gefecht und einigen Verlusten wieder bis Mutterstädt zurück.

Der Versuch wurde am 2. Januar erneuert und behielten die Fran-

zosen Ogersheim seitdem besetzt, mußten es aber aufgeben, bis Epstein und Flomersheim vorzudringen.

Indeß war sich General Lefevre seines späteren Sieges so sicher, daß er beim Magistrat von Frankenthal durch einen Boten sich zum 3. Januar sein Mittagsessen von Ogersheim aus bestellte.

Rüchel wurde von dieser Unverschämtheit natürlich Mittheilung gemacht, und antwortete er dem ängstlich gewordenen Stadtältesten:

„Seien Sie für diesmal unbesorgt. Morgen wird General Lefevre sein Mittagbrodt noch in Ogersheim verspeisen.“

Ebenso unerwartet als ungewünscht traf am 3. Januar Morgens der Befehl des Herzogs von Braunschweig ein, die Position von Frankenthal der Brigade des General v. Pfau zu übergeben. Rüchel selbst sollte mit seinem Corps nach Alzei zu rücken.

„Wie?“ rief der General erzürnt, „denkt der Herzog, ich würde mich nicht vertheidigen? Oder ich verstände meine Sache weniger gut, als der General v. Pfau?“

Mit innerem Unmuth schickte er sich an, wie es seine Pflicht von ihm forderte, dem erhaltenen Befehl nachzukommen und war dabei, die nöthigen Anordnungen dazu zu treffen, als die Meldung von den Vorposten einlief, daß Lefevre mit seiner ganzen Streitmacht heranziehe und der Donner feindlicher Geschosse tönte zugleich herüber. Nie kam dieser Schall dem Erzürnten erwünschter, als in diesem Augenblick, wo er dadurch gezwungen wurde, seine mit so vieler Umsicht getroffenen Vertheidigungsanstalten dem Feinde gegenüber zu erproben, statt, wie er eben noch gefürchtet, sie kampflos räumen zu müssen.

Rüchel sprengte sogleich freudig in den Morgen hinaus, der ernsten Tagesaufgabe entgegen.

Der Angriff galt zunächst Flomersheim; er wurde abgewiesen. Ein scheinbares Ausweichen zog die Franzosen in das Bereich der Batterie. Reitende Artillerie und Cavallerie des rechten Flügels verfolgte dann die vor dem Feuer des Geschützes Weichenden.

Ein zweiter stärkerer Angriff, verbunden mit dem Versuch, die Stellung zu umgehn, gelang ebenso wenig. Während desselben versuchte der Feind das Grenadier-Bataillon Wolframsdorf aus seiner Stellung zu verdrängen.

Die tapfere Schaar hielt, ihrer Aufgabe gemäß, Stand.

Da loderten plötzlich, trotz der gemessenen Befehle des Generals, die Magazine von Frankenthal dennoch auf. Der Commandeur der Grenadiere hielt dies, verbunden mit der starken Canonade auf dem rechten Flügel für ein Zeichen, daß der Augenblick gekommen sei, wo er die Stellung aufzugeben habe.

Deßhalb ging er in guter Ordnung um die Stadt herum und stellte sich hinter derselben wieder auf.

Rüchel, der auf dem rechten Flügel den Feind zurückgewiesen, hörte mit Entrüstung, daß derselbe ungehindert auf der Chaussee vordringe, und daß schon eine Straße der Stadt von französischen Kugeln bestrichen werde.

Ohne einen Augenblick zu verlieren, übergab er bei Epstein seinem Adjutanten*) die weitere Anordnung, denn dort war der Sieg schon errungen. Er selbst aber eilte zu dem zurückgeworfenen Bataillone und setzte sich an dessen Spitze, es durch die Stadt dem Feinde entgegenführend. Seinem eigenen Regimente, das in der Reserve stand, ließ er durch einen Adjutanten befehlen, nachzurücken, die am Graben befindlichen Schützen sollte hingegen der Lieutenant von Schlegel in des Feindes linke Flanke führen.

Am Ausgang der Stadt angelangt, sprang Rüchel vom Pferde, stellte sich mit gezogenem Degen vor die Fahnen und führte so selbst die Grenadiere ins feindliche Feuer zurück, ihre aufgegebene Position wieder zu erobern. Eine Schwadron Dragoner des Regiments von Voß, angeführt von ihrem General selbst, kam den Schützen zu Hülfe, mehrere Gräben überspringend, bis der breite Flußgraben die muthigen Reiter aufhielt.

Mit gefälltem Bajonet ward der Feind zurückgeworfen. Eine reitende Batterie, gegen dessen linke Flanke in die Nähe des Dorfes Fischbach vorgeschickt, sandte ihr verheerendes Feuer in die Reihen der Weichenden, die eiligst ihren Weg nach Ogersheim einschlugen. Für sein Diner in Frankenthal war dem General Lefevre sicher der Appetit verdorben.

Die nicht unbedeutenden Verluste des Feindes ließen sich nicht feststellen. Zu Gefangenen wurden 20 Mann gemacht, und als Beute fiel ein Pulverwagen in die Hände der Preußen.

Diesseits waren die Verluste gering. Das Grenadier-Bataillon Wolframsdorf zählte 10 Todte und 40 Verwundete, unter welchen sich ein Hauptmann und 2 Lieutenants befanden.

Bei seiner Rückkehr nach Frankenthal erfuhr der General zu seiner Freude, daß wenigstens Mehl und Korn gerettet seien, während Stroh und Heu durch Qualm und Nässe verdorben seien. Man hatte nämlich das Feuer wieder gelöscht und der ungehorsame Beamte entging seiner wohlverdienten Strafe nicht.

*) Vermuthlich dem späteren Oberst von Brixen, dem man alle diese genauen Berichte verdankt.

Dem zuvor erhaltenen Befehl gemäß, rückte das Rüchelsche Corps noch am Nachmittag dieses denkwürdigen 3. Januars, in die Gegend von Alzey ab.

Am 5. Januar kam der General nach Obernheim, wo ihm der Auftrag wurde, einen Theil der Vorpostenkette zu bilden.

Die preußische Hauptarmee bezog neue Winterquartiere oberhalb Mainz von Oppenheim über Ober-Ingelsheim, gegen die Nahe.

Die Stellung bei Frankenthal wurde übrigens sehr bald, ohne weiteres Gefecht, geräumt und überzeugte sich Rüchel, daß wenigstens kein Mißtrauen der Grund zu seiner Abberufung gewesen war. Sonst mochte er nicht Unrecht haben, daß der Herzog ihm nicht besonders wohlwollte, wie ihm überhaupt von Vielen, sein ungewöhnlich schnelles Emporsteigen nicht gegönnt wurde. In dem früher erwähnten Brief spricht Feldmarschall Möllendorf auch von Neidern, vor deren Mißgunst er den jüngeren Cameraden warnt. Es zeugt für Rüchel, daß solche sich indeß nur unter denen befanden, die ihn nicht genau kannten und daß es ihm meist gelang, durch eine nähere Berührung, bald seine Feinde in Freunde zu verwandeln. Man schrieb wohl sein Glück oft einer Einwirkung auf die Umgebung des Monarchen zu, aber sein späteres Leben hat es zur Genüge bewiesen, wie wenig seine grade Natur für das Hofleben geeignet war und, daß er dennoch immer wieder in die Nähe seiner königlichen Herren gelangte, ist ein Beweis seiner Tüchtigkeit und des vorurtheilsfreien Blickes der Herrscher. Denn ein bequemer Untergebener war er häufig nicht. Er hat nie die Wahrheit zu sagen versäumt und oft es nicht verstanden, das Unerwünschte, was vielleicht Pflicht war nicht zu verschweigen, in der am wenigsten verletzenden Form, vorzubringen.

Bei dieser Gelegenheit hatte Rüchel sich indeß nicht über den Herzog zu beklagen. In einem sehr anerkennenden Schreiben sprach er seinen Beifall in Bezug auf das Gefecht bei Frankenthal aus und eine bedeutende Verstärkung, die er bald darauf Rüchel zuwandte, zeigten thatsächlich, daß er dessen Leistungen und Talente anerkannte.

Die Infanterie des Rüchelschen Corps concentrirte sich jetzt in und um Obernheim. Seine Vorposten standen bis gegen Kreuznach und Zelle, den Priembach vor der Front. An dieselben schlossen sich die vom Hohenloheschen Corps.

Am 6. Januar drängten die Franzosen mit großer Uebermacht die Vorposten bei Zelle und Kirchheim-Boland und am 7. die bei Kreuznach zurück.

Die Ruhe der Winterquartiere vor einem so nahstehenden Feinde beunruhigt zu sehn, war für die Armee unerträglich und ertheilte der

Herzog deßhalb dem General von Rüchel den Auftrag, eine Recognoscirung zu unternehmen und nach Umständen zu verfahren. Der sächsische General von Lind sollte seinen rechten Flügel decken und über Oppelheim und Hilersheim gegen Kreuznach vorrücken.

Rüchel brach am 8. Januar früh Morgens auf.

Die Avantgarde führte der Oberst von L'Estoq, während Rüchel mit der zweiten Colonne folgte.

L'Estoq marschirte über Alzei, den nächsten Weg bis über Neu-Bamberg, Rüchel über Odernheim nach Badenheim, wo man mit dem General Lind zusammenstieß.

Bei Eichloch blieb ein kleines Detaschement stehn, um die Verbindung mit den in Odernheim befindlichen Truppen, zu unterhalten. General Lind zog sich rechts nach den Höhen von Planick, wo er Stellung nahm.

Mit den übrigen Truppen marschirte Rüchel gegen Hackenheim. Bei Posenheim traf er Oberst von Blücher, damals Kommandeur des Husaren-Regiments von Golz, das zu dem Rüchelschen Corps gehörte. Der Oberst von Blücher stieß mit feindlicher Reiterei zusammen und warf sie, mit seiner bekannten Kühnheit über den Haufen.

Man sah ein starkes feindliches Detaschement, nach Schätzung etwa 6000 Mann, die Höhen von Hackenheim besetzt halten, in der Richtung der Kapelle St. Michael bei Kreuznach.

Rüchel beschloß sofort zum Angriff zu schreiten. Da aber sein Corps allein zu schwach war, bat er den sächsischen General um Verstärkung. Dieser weigerte sich indeß, die verlangte Hülfe zu leisten.

Die Disposition zu dem Angriff war der Art, daß wenn nicht durch unnöthige Unterhandlungen mit dem sächsischen Anführer, die Zeit verstrichen wäre, der Erfolg ein eben so glänzender, als sicherer gewesen sein würde.

Inzwischen hatte der Feind seine gefährliche Lage erkannt, änderte seine Stellung, zugleich Verstärkungen an sich ziehend, so daß sich jetzt die Gelegenheit zu einem vortheilhaften Vordringen gegen denselben nicht mehr bot.

Rüchel begnügte sich den Gegner eine Zeit lang mit Kugeln zu bewerfen und zog sich dann, in einer Ordnung wie auf dem Exercierplatz, zurück, während die Franzosen ihm regungslos zuschauten.

Nur die Reiterei hatte Gelegenheit zu glücklichen Gefechten, an diesem Tage gehabt. Denn wie Blücher mit seinen Husaren, so hatte auch der Dragonerhauptmann von Dizelsky 40 Gefangene gemacht und 56 Pferde erbeutet. Die Franzosen hatten hundert Todte auf dem Platz gelassen.

Die diesseitigen Verluste waren gering.

Es lag in Rüchels Absicht diesem ersten Versuch den Feind zurückzudrängen, einen ernsteren Angriff auf dessen Position folgen zu lassen, aber dann ohne sich auf die Hülfe unzuverlässiger Bundesgenossen zu verlassen. Indeß zog sich das Gros des Feindes ohne Weiteres, bis gegen Meißenheim und Lauteneck zurück. Doch blieben Kirchheim und das Zeller Thal in seinen Händen. In Mosheim befanden sich ebenfalls 800 Franzosen.

Rüchel glaubte auch hier den Feind besser vertreiben zu müssen und schickte eine von ihm entworfene Disposition, welche bestimmt war, dieses Vorhaben auszuführen, an den Oberst von Blücher, dessen Husaren dabei eine Hauptaufgabe zufiel.

Aber auch Blücher selbst hatte denselben Gedanken gehabt, wie sein ihm engbefreundeter Vorgesetzter, und während dessen ein Bote noch unterwegs war, traf schon des Obersten Bitte bei Rüchel ein, ihm einen Angriff seinerseits zu erlauben. Beide Pläne hatten viel Aehnlichkeit nur, daß natürlich Rüchel, der über das ganze Corps zu disponiren hatte, größere Truppen-Massen und Erfolge im Sinne hatte.

Das Verhältniß dieser beiden Waffengefährten war ein sehr eigenthümliches und verschwand hier mehr, als es ohnehin in Rüchels Wesen lag die Schranke, die sonst Vorgesetzte von Untergebenen trennt.

Wie Rüchel in seiner Dienststellung voranstehend war und blieb, so war Blücher um beinah zehn Jahre älter, als er. Beide waren sich in mancher Beziehung sehr ähnlich. An Derbheit und oft rücksichtsloser Offenheit, übertraf Blücher seinen Freund noch und hatte er die glückliche Gabe, diese nicht selten mit Erfolg, als persönliche Waffe zu brauchen, vor der seine Widersacher den Rückzug antreten mußten*).

Hier bei dieser Gelegenheit, sollte Rüchel einen Zornausbruch seines Freundes zu ertragen haben. Er kannte ihn gut genug und schätzte ihn zu hoch, um denselben nicht mit ihn, so wie mit den Freund ehrender Nachsicht, zu verzeihen und sogar dem, in so stürmischer Art ausgesprochenen Verlangen nachzugeben.

Rüchel freute sich schon im Voraus auf die Ueberraschung die das Zusammentreffen ihrer Ideen, dem Cameraden bereitet haben würde, als er zu seinem Befremden, folgenden Brief erhielt**).

„Der Teufel mag unter Ihnen dienen, Herr General! Sie sind

---

*) Diese aus alter Zeit stammende Bemerkung, findet in dem Buch „Blücher in Briefen" aus der Zeit von 1813 ihre Bestätigung.

**) Wir sind leider auf ein, freilich ganz glaubwürdiges Referat dieses Briefwechsels angewiesen, da die Originale verloren gegangen sind.

rasch emporgestiegen, Sie tragen drei hohe Orden*) und wollen einem ehrlichen Kerl nicht gönnen, daß er unter Ihrem Befehl, sich einmal auf eigene Hand, auszeichnen kann."

Nur einen Augenblick übermannte Rüchel der Zorn, denn das Schreiben war doch dienstlich gemeint, da die beiden sich sonst „Du" nannten. Aber bald hatte er sich gefaßt und antwortete dann wie folgt:

„Herr Bruder, Du wirst wohl selbst es Dir überlegt haben, daß man so nicht an seinen Vorgesetzten schreibt. Dir zu Liebe will ich davon absehen. Ja, ich will sogar für Dich etwas thun, was sonst nicht in meiner Manier liegt. Ich will nämlich einen Soldatengedanken, der mir angehört, Dir zur Ausführung überlassen. Es bleibt bei meiner Disposition, nur, daß Du sie ausführen sollst und ohne daß ich dabei bin."

Und so geschah es. Unter Blüchers Leitung wurde der Ueberfall ausgeführt. Der Feind ward geworfen und verlor 150 Gefangene. Mosheim und Kirchheim blieben für den Rest des Winters in den Händen der Alliirten.

Es darf behauptet werden, daß dieser Erfolg zuerst die allgemeinere Aufmerksamkeit auf den kühnen Reiteroberst lenkte.

Nie hat Blücher dieses waffenbrüderliche Freundschaftsstück vergessen. Erst nach einer Reihe von Jahren, fand er Gelegenheit es dem Kameraden zu vergelten und daß er es nicht auf glänzendere Weise thun konnte, das lag sicher nicht an des alten Helden gutem Willen.

Nach den ersten Monaten des Jahres 1794 kehrte der Herzog von Braunschweig in seine Erblande zurück und der Feldmarschall Möllendorf übernahm das Obercommando am Rhein. Wir sahen schon in wie freundschaftlichen Beziehungen dieser zu Rüchel stand.

Aber auch sein Verhältniß zu dem Herzog fand noch einen befriedigenden Abschluß. Dieser umarmte ihn mehrere Mal öffentlich und sprach wiederholt seine Anerkennung und Zufriedenheit ihm aus. Seitdem blieb der Verkehr zwischen beiden ungetrübt, wenn sie gleich auch späterhin, nicht immer einer Meinung waren**).

Nun die letzten Expeditionen des Rüchelschen Corps die Ruhe und Sicherheit der Cantonnementsquartiere gesichert hatten, begann für die Truppen eine fröhliche Erholungszeit.

---

*) Für das Gefecht von Frankenthal war Rüchel auch noch decorirt worden. Siehe seinen Nekrolog, welcher von einem seiner früheren Adjutanten, dem General Pfuel geschrieben worden ist, der zur Zeit von Rüchels Tode Commandeur des Alexander-Regiments war.

**) Eine größere Correspondenz Rüchels mit den beiden Heerführeren ist in den Originalen vorhanden.

Die Bewohner der Pfalz sind ein lebenslustiges Völkchen und die Freude an heiteren geselligen Vereinigungen, theilen alle Klassen der Einwohnerschaft. Selbst die Schrecken des Krieges hatte diese nicht verscheucht.

Rüchel, der selbst ein so heiteres, lebhaftes Temperament hatte, bot gern die Hand zu jeder erlaubten Belustigung. Im Hauptquartier des Generals ging es am lustigsten zu, und auch in den umliegenden Orten, woselbst Truppen seines Corps einquartiert waren, fehlte er selten bei den Festen, welche die Officiere arrangirten. Durch seine Gegenwart fühlte man sich nie genirt, sondern sie erhöhte vielmehr die glückliche Stimmung.

Erst spät im Frühling wurde der Feldzug wieder eröffnet, was seinen Grund in diplomatischen Verhandlungen und in dem Ausbleiben der englischen Subsidien hatte.

Der Feind stand damals Mannheim gegenüber, seinen rechten Flügel an den Rhein gelehnt, seinen linken bis gegen Kaiserslautern ausdehnend.

Nach des Feldmarschalls Absicht sollte ein Angriff auf seine Postenkette den Feldzug eröffnen und zwar sollte das verbündete Heer in verschiedenen Colonnen, zu gleicher Zeit den Feind angreifen.

Rüchel seinerseits erhielt folgende Disposition, in Bezug auf den Antheil, welchen er an diesem Angriffsplan nehmen sollte.

Den 21. Mai Aufbruch und Marsch bis Gellheim.

Den 22. Vorrücken, bis nach dem Neubau, Aufstellung auf den sogenannten Schellenköpfen.

Am 23. Angriff auf Kaiserslautern.

Die Gesammtoperation sollte, so viel als möglich, den Charakter eines Ueberfalls tragen. Einige Kanonenschüsse waren das Zeichen für das allgemeine Vordringen.

So gut immer die Disposition des Feldmarschalls ersonnen war, so hatte sie doch den wesentlichen Nachtheil, daß ein so weit ausgedehntes Angriffsfeld, die Gefahr vergrößerte, daß das rechtzeitige Zusammenwirken durch allerlei Zufälligkeiten gehindert werden konnte.

Um 8 Uhr Morgens am 23. Mai stand Rüchel, dem erhaltenen Befehl gemäß, an der ihm bezeichneten Stelle, zum Angriff bereit und das verabredete Zeichen mit Ungeduld erwartend.

Er hatte das Glück gehabt, die feindlichen Vorposten so gänzlich zu überraschen, daß kein einziger Mann entkommen war, um sein Nahen zu verrathen.

Aber vergeblich wartete er. Minuten wurden zu Stunden. Eine fast über seine Kräfte gehende Geduldsprobe, für unsern feurigen General.

Er war so gut von dem Walde gedeckt, daß eine lange Zeit verging,

ehe er von dem Feinde bemerkt wurde. Endlich wurde man die Preußen, in so großer Nähe gewahr, was einen allgemeinen Schrecken verursachte. Die Franzosen, von ihren Angreifern gedrängt und verfolgt, wichen zurück, bald trat Unordnung ein und der Rückzug wurde zur Flucht.

Ganze Bataillone fielen, in der Waldung, zwischen Kaiserslautern und Zweibrücken den Preußen in die Hände.

Das Rüchelsche Corps erbeutete in diesem Gefecht 2 Fahnen, 13 Kanonen, 24 Pulverwagen, 2 Feldschmiede, 60 Bagage Wagen und 300 Pferde. An Gefangenen 1 Oberst, 1 Major, 7 Hauptleute, 26 Ober- und Unterofficiere und 2026 Gemeine.

Wenn auch auf den meisten übrigen Angriffspunkten Erfolge errungen waren, so blieb dennoch der Ausgang des ganzen großen Unternehmens, unter den gehegten Erwartungen zurück.

Der Feind hatte zwar seine Stellung, mit nicht unbedeutenden Verlusten, räumen müssen, aber eine nachhaltige glückliche Wendung, für die Lage der Alliirten, brachte dieser Sieg so wenig, wie manche früheren!

Rüchel blieb bei Kaiserslautern stehn, einen Dragonerposten von 50 Pferden gegen Zweibrücken vorschiebend.

Abgesehn von kleinen Vorposten-Plänkereien, blieb alles bis zum 10. Juni still wo die Nachricht einlief, daß der Feind wieder vorrücke.

Rüchel erhielt den Befehl ein Gleiches zu thun. Zu Anfang wurde das gegenüberstehende feindliche Detaschement auf 6000 Mann geschätzt, doch zog es täglich neue Verstärkungen an sich.

Der General ließ seine Truppen am 29. Juni Cantonirungen bei Martinshöhe, Langwieren, Knopf Landsborn u. s. w. beziehen, während er seine Vorposten bedeutend verstärkte.

Am 2. Juli erwartete man bestimmt einen feindlichen Angriff. Rüchel, der ängstlich vermied, seine Truppen durch falsche Alarmirungen zu ermüden und zu verstimmen, überzeugte sich erst selbst genau davon, daß es diesmal ernst gemeint sei und traf dann seine Anstalten.

Er schickte zur Unterstützung des Cavalleriepostens bei Zweibrücken 150 Pferde unter Major von Schmude und Artillerie geführt von Major von Quitzow, auf die freie Berghöhe, vor jener im Thal liegenden Stadt. Diesem Detaschement folgten bald noch einige Schwadronen Husaren commandirt von dem Rittmeister von Hedemann, wie auch ferner reitende Artillerie.

Nach der Seite der Preußen zu, wo die Berghöhe einen eingehenden Winkel durch Waldungen begrenzt bildete, wurde ein Füsilier-Bataillon, wie sämmtliche Schützen des Corps, zum Soutien der Cavallerie aufgestellt.

Von der Höhe herab läuft die Straße ehe sie Zweibrücken erreicht, durch ein mit niederem Holz bewachsenes Thal.

Diese Anhöhe wurde mit einer Fußbatterie besetzt.

So war dem Feinde das Vordringen sehr erschwert, das Aufmarschiren in dem waldigen Grunde, Angesichts der preußischen Geschütze, fast ganz unmöglich, selbst bei bedeutender Uebermacht, bevor er nicht die Füsiliere und Schützen aus dem Gehölz vertrieben hatte.

Ein Vortheil war noch, daß die Aufstellung des Rüchelschen Corps fast ganz vor den Augen des Feindes verdeckt war, während jener in allen seinen Bewegungen beobachtet werden konnte.

Auf dem linken Flügel lehnte sich Rüchels Aufstellung eng genug an den General von Kalkreuth, und wurde eine Umgehung seiner Stellung aus diesem Grunde unmöglich.

Bei Tagesanbruch, wo den General die erwähnte Meldung (am 2. Julius) erreichte, ritt er, während das Corps ins Gewehr treten mußte, zu den Vorposten.

Er fand Major Schmude mit seinem Commando auf der Höhe vor Zweibrücken, den Major von Quitzow bei einer Ziegelei, etwas links, an einem Ort, wo er mit seinen Geschützen eine aus Zweibrücken grade defilirende feindliche Colonne heftig beschoß.

Bald zeigten sich indeß an einem mit Buschwerk bewachsenen Hügel feindliche Tirailleurs, die sich jeden Augenblick so sehr vermehrten, daß es nicht mehr gerathen schien, diesen weitvorliegenden Posten weiter besetzt zu halten.

So zogen sich die beiden Reitercommandos nebst den Geschützen langsam nach der Waldung, links der Straße, zurück, wo sie sich unter dem Schutz der Füsiliere aufstellten, bereit zu einer offensiven Flankenbewegung gegen den etwa weiter vordringenden Feind. Rechts von der Straße postirte sich am Waldrande, gleichfalls verdeckt, eine halbe reitende Batterie. Eine schmale, aber tiefe Schlucht diente ihr zur Deckung in der Fronte. Dem Blick des Feindes blieb in diesem Moment nur noch die wenig über 60 Pferde starke Husaren-Schwadron des Rittmeister von Hedemann sichtbar. Sie war zu beiden Seiten der Straße aufmarschirt und bildeten ihre Flankeurs eine Kette vor dem einspringenden Winkel, sich an dessen Waldbegränzung hinziehend. Der Gegner war sichtlich in Verlegenheit, wie er sich einer so räthselhaften Aufstellung gegenüber benehmen sollte. Er ließ seine Infanterie auf den Höhen diesseits Zweibrücken weiter vorrücken, während seine Cavallerie zu beiden Seiten der Straße in zwei großen Haufen, jeder 800 Pferde stark, hielt.

Diesmal angreifend vorzugehen, das lag nicht in der Absicht Rüchels

und der Feind schien dazu keine passende Gelegenheit zu entdecken. So ward, ohne daß ein sichtlicher Erfolg zu bemerken war, bis gegen Abend von beiden Seiten kanonirt und man glaubte, daß der Feind seinen Rückzug vorbereite bei einbrechender Dunkelheit, als plötzlich zwei Signalschüsse aufblitzten.

Die eine feindliche Cavallerie-Abtheilung formirte sich und trabte gegen die 60 preußischen Reiter los. Diese zogen sich in den Schutz der Batterie zurück, welche dann die feindliche Reiterei mit einer Kartätschen-Ladung empfing.

Die Franzosen wankten. In diesem Augenblick sprengte Rüchel mit seinem Stabe heran und commandirte den Husaren: „Front gemacht."

Rasch sind sie gegen den Feind formirt. Der General setzt sich an die Spitze und läßt zur Attacke blasen. Aber in der Eile und Ueberraschung hat er ganz vergessen, daß er einen Stock statt des Säbels in der Hand hält und reitet tapfer den andern voran, auf den Feind los, einen seiner Adjutanten mit dem Auftrag zurücksendend, die übrige Cavallerie nachzubringen.

Jetzt bricht auch Major von Schmude mit seinen 150 Pferden aus dem Gebüsch in die rechte Flanke der französischen Reiter, und sie werden geworfen.

Ohne die Deckung zweier tapferer Reiterordonnanzen wäre es dem General mit seiner improvisirten Waffe sehr übel ergangen, da er mitten im Handgemenge war. Sie blieben ihm zur Seite und deckten ihn mit ihren Klingen. Adjutanten, Ordonnanz-Officiere folgten ihm und bildeten eine Art von Avantgarde der Husaren. Selbst die Reitknechte zogen ihre Säbel und hieben munter mit in die Feinde. Die geworfenen französischen Reiter jagten bis hinter ihre Infanterie und zogen mit derselben allesammt durch Zweibrücken wieder ab. Einer seiner Adjutanten macht jetzt erst den General auf seine wunderbare Waffe aufmerksam. Bis dahin hatte er seinen Irrthum noch nicht bemerkt.

Lachend blickte Rüchel auf seinen Stock und sagte:

„Ich habe doch auch mit darunter gehauen, und wenn es kein Blut gab, so waren es doch immer Hiebe."

Als in späteren Jahren einmal von diesem Tage die Rede war, sagte Rüchel:

„Mir war, als sei ich 18 Jahr und müßte ich mir erst die Sporen verdienen und hatte alles vergessen über die Lust, bei Kampf und Sieg mich persönlich zu betheiligen. Damit muß ich es entschuldigen, wenn ich als General, wie ein Junker, die tolle Jagd mitmachte."

Noch an demselben Abend dieses so glücklich beschlossenen Tages er-

hielt Rüchel den Befehl, seine jetzige Stellung aufzugeben und nach Bann zurückzugehen.

Er kannte das Terrain zu genau, um nicht gleich zu sehen, wie sehr ungünstig dort seine Stellung sein würde, und sandte einen seiner Adjutanten mit der Bitte an den Feldmarschall, ihm zu erlauben, eine Position bei Krickbach einzunehmen, wenn es doch beschlossen worden sei, eine rückgängige Bewegung zu machen.

Nachdem der mit den Ansichten seines Generals ganz vertraute Adjutant dem Feldmarschall die Gründe zu diesem Vorschlag auseinandergesetzt, genehmigte er denselben sogleich.

Da trat aber ein Generalstabs-Officier, die Karte in der Hand, hervor und begann einen Vortrag über den Schlüssel zu einer Centralstellung und bezeichnete Bann als einen solchen. Diesen unterbrach Möllendorf indessen, einige Ungeduld zeigend, mit der Bemerkung gegen den Rüchelschen Adjutanten:

„Mein Freund, machen Sie, daß Sie fortkommen, Ihr General wird Sie erwarten."

Der Adjutant ließ sich das nicht zweimal sagen, und Rüchel bezog die gewünschte Stellung bei Krickbach, deren günstiges Terrain er benutzte, sie zu einer sehr gesicherten zu machen.

Schon einige Tage darauf, am 10. Juli, bewährte sie sich in dieser Art. Die französischen Colonnen rückten gegen die ausgedehnte Kettenstellung der Alliirten. Seiner günstigen Position verdankte es Rüchel, daß er selbst unangefochten blieb. Als er dem heranrückenden Feinde ein kleines Detachement entgegen schickte, machte derselbe Halt und wagte sich nicht heran, indem er die ungünstige Lage, in die er gerathen würde, durch ein weiteres Vordringen sofort begriff.

Rüchel wollte nicht die Vortheile, die er seiner Aufstellung verdankte, aufgeben und erlaubte überdieß sein Verhältniß zu den beiden Corps, die ihm zur Seite standen, keine kräftige Offensive.

Nicht so günstig hatte der Tag an den andern Stellen der langen Linie geschlossen und erhielt Rüchel, in Folge dieser Mißerfolge, den Befehl, bis nach Kaiserslautern zurückzugehen.

Der Feldmarschall faßte den Entschluß, ein ebneres Terrain aufzusuchen, wo den Alliirten mehr Gelegenheit geboten würde, ihre Cavallerie auszunutzen, die der des Feindes bei weitem überlegen war. So marschirte er den 15. Juli nach Münchweiler. General Rüchel bildete die Arrieregarde.

Den 30. stand sein Corps zwischen Boland und Mannheim.

Die Rüchelschen Vorposten wurden am 21. von dem Feinde zurück-

gedrängt. Am folgenden Tage eroberten sie ihre Stellung zurück und behaupteten sie von da an, während das Corps eine Lagerstellung bei Freimersheim und Sion bezog.

Der Feind schien sich nicht über Kaiserslautern hinauswagen zu wollen.

Am 31ten führte Rüchel den empfangenen Befehl, wieder bis Kirchheim vorzugehen, ohne Hindernisse zu finden, aus.

Aber das Glück war nicht mit den Fahnen der Verbündeten.

Die französische Somber-Armee hatte inzwischen Namur genommen, und war bis Lüttich vorgegangen. Einem Gerüchte zu Folge sollte der Feind sogar ein Detachement gegen Trier vorgeschoben haben, wo der österreichische General Blankenstein commandirte. So mußte General Kalkreuth am 3. October zu seiner Unterstützung gen Sobersheim rücken, Rüchel dagegen am 7. nach Weißenheim, wo er auf der Kalbacher Höhen ein Lager bezog.

Aber Trier war ohne Widerstand schon in die Hände der Franzosen gefallen, ehe alle diese Anstalten zu seinem Nutzen getroffen wurden. General Kalkreuth war dem Feinde über Kirn bis Thomasweiler entgegen gerückt und Rüchel folgte bis Kirn, wo sein Corps Cantonirungen bezog.

Das Vordringen der Freiheitskämpfer hatte sehr günstig auf die Stimmung der Einwohner, ihren deutschen Landleuten gegenüber, gewirkt.

Aus der Ferne angesehen, hatte die Idee von Freiheit und Gleichheit für Viele ein verlockendes Ansehen gehabt, und man hatte geschwankt, ob man die Franzosen als Feinde oder als Befreier begrüßen und ansehen sollte.

Aber bald gingen den armen Verblendeten die Augen auf und sie erkannten ihren Irrthum.

Die Gräuel der Revolution hatte diese Republikaner gegen alles menschliche Gefühl abgestumpft. Keine Feder kann die Schreckensscenen beschreiben, die zu den alltäglichen Vorkommnissen gehörten. Schon die Andeutungen, die z. B. Wolfgang Menzel in seiner Geschichte der Deutschen über die Art macht, wie diese Unmenschen in den deutschen Landen hausten, läßt das Haar sich vor Entsetzen sträuben.

So kam es, daß jetzt überall den Verbündeten mit der größten Freundlichkeit entgegen gekommen wurde.

Namentlich die an strenge Ordnung und Disciplin gewöhnten Preußen wurden mit Jubel begrüßt, und man sah in ihnen eine Erlösung und einen Schutz gegen drohendes Verderben.

Die Oesterreicher, welche so leichtsinnig Trier aufgegeben, bereuten es jetzt und entwarfen den Plan, es wieder zurückzuerobern. Sie wandten sich an Möllendorf mit dem Ersuchen um Unterstützung. Vorzüglich auf

Rüchel's Bitte und Fürsprache, sagte der Feldmarschall seine Hülfe zu. Wenn weder dieser, noch Rüchel sich einen großen Erfolg von der Unternehmung versprachen, so wollte man den Verbündeten doch keinen Grund zu der Behauptung geben, daß sich das preußische Heer nicht bereit fand ihnen Hülfe zu leisten, wenn sie dieselbe begehrten. Es mußte hier einem gewissen kriegerischen Ehrenpunkt gehuldigt werden.

Rüchel erhielt den Auftrag, gegen die Saar vorzurücken.

Am 20. September bis Salbach gekommen, war er eben in Begriff, dort ein Lager zu beziehen, als ein Courier die Nachricht ihm überbrachte, daß die kaiserlichen Generale Melas und Nauendorf das Unternehmen auf Trier gezwungenermaßen aufgegeben hätten, da Pichegru, der Anführer der Republikaner, die Generale Latour und Otto geschlagen habe und nun gegen des Generalfeldzeugmeisters Clairfait linken Flügel andringe. Melas sehe sich zum Rückmarsch genöthigt, den er auch schon angetreten habe.

Rüchel blieb noch drei Tage auf Lothringscher Erde stehen. Er konnte das wagen, da seine Rückzugslinie mit Umsicht und Vorsicht gedeckt war und er so am besten seinen weiteren Auftrag, die Flanke des Hohenloheschen Corps zu decken, auszuführen im Stande war. Dieses hatte Gelegenheit, dem Feinde abermals bei Kaiserslautern einen tüchtigen Schlag beizubringen.

Mit dem Gros seiner Truppenabtheilung ging Rüchel, seinen Rückzug antretend, nach Oberstein, während die Arrieregarde, unter General von Voß, in Birkenfelde Quartiere bezog. Am 25. hatte er wieder seine frühere Stellung bei Kirn inne, und man hoffte überhaupt, noch sich den Winter hindurch auf dem linken Rheinufer halten zu können.

Da liefen aber sehr ungünstige Nachrichten von der Moselarmee ein, welche spätere Berichte des General von Kalkreuth leider bestätigten. Nach diesen befanden sich die österreichischen Generale Melas und Nauendorf schon in der Nähe von Coblenz, wodurch Generallieutenant von Kalkreuth seine rechte Flanke gänzlich entblößt sah und nach Kirchbach zurückgehen mußte.

Eine weitere Folge war, daß die Stellung des deutschen Heeres auf dem westlichen Rheinufer überhaupt unmöglich wurde und demselben nichts weiter übrig blieb, als eine Anlehnung an Mainz zu suchen. Aber auch dieser Ausweg war in mancher Beziehung kein günstiger. Schon am 3. October drangen die Franzosen bis Kirchheim vor, zeigten sich dem Rüchelschen Corps gegenüber in Nohfelden und Gronersweiler und streiften mit ihren Patrouillen bis Birkenfeld. So concentrirte der General seine Vorposten und zog seine Infanterie auf die Höhen von Monzingen zusammen. Die Arrieregarde stand dann in und bei Kirn. Daß

die Pässe endlich dem Feinde in die Hände fallen mußten, das unterlag, nach der Stellung des übrigen deutschen Heeres, leider keinem Zweifel. Es kam jetzt nur darauf an, daß dies so spät als immer möglich geschah.

Als die den Deutschen freundlich gesinnten Thalbewohner jetzt inne wurden, was ihnen bevorstand, ohne einen Begriff von der zwingenden strategischen Nothwendigkeit zu haben, bestürmten sie den General Rüchel mit Bitten, sie nicht in die Hände der Franzosen fallen zu lassen. Alle erdenklichen Lieferungen stellten sie für die Truppen in Aussicht und versprachen sogar, jeden Soldaten am Sonntag mit Wein zu traktiren.

Wie gern wäre Rüchel, auch ohne das geblieben! Sein treues, preußisches Herz wollte fast brechen über alle diese traurigen Verhältnisse, die, wie Möllendorf ihm nicht lange, ehe er statt des Herzogs den Oberbefehl übernommen, geschrieben, die Armee zwangen, „sich siegend ihr Grab zu graben.“ Wäre der letzte Schüler des Großen Friedrich's doch freudig bereit gewesen, mit seinem Leben jedes neue Lorbeerblatt zu bezahlen, was sich an die Siegeskränze früherer Tage reihte, welche Preußens Fahnen schmückten!

Auch seit das Commando gewechselt, war es nicht anders geworden; ohne eigentlich eine Niederlage zu erleiden, ging man beständig zurück, und daß ein möglichst ungünstiger Friede das Ende sein würde, daran konnte Niemand mehr zweifeln.

Einige kleine glückliche Gefechte führte das Rüchelsche Corps, ohne daß der General darüber rechte Freude empfinden konnte, auch war es nicht möglich, den errungenen Vortheil genügend auszunutzen. Denn er mußte ja der allgemeinen Rückzugsbewegung folgen. Bei Kreuznach fand noch ein bedeutenderer Zusammenstoß statt, wo das Corps seine Tapferkeit von Neuem bewährte.

Am 22. November marschirte Rüchel auf das Plateau von Mainz nach Marienborn.

Am 23. Morgens ging das Hauptheer über den Rhein, Rüchel folgte am Abend. Der Mittelpunkt der Stellung des Feldmarschalls war Hochheim, während Rüchel Winterquartiere in Mosbach und der umliegenden Gegend bezog.

Auch in diesem Jahr, wie das Jahr zuvor, bot die eingenommene Stellung zu Anfang nicht genügende Sicherheit für eine ungestörte Winterruhe. Besonders fehlte diese, wenn der Fall eintrat, daß der Rhein zufror.

Um diesem Uebelstand abzuhelfen, schlug Rüchel dem Feldmarschall vor jetzt, wo man noch mit dem Spaten in die Erde kommen konnte, Schanzen zur Sicherung der Stellung aufzuwerfen.

Möllendorf gab seine Zustimmung und beauftragte den General,

diese Arbeiten zu leiten, die dann sogleich in Angriff genommen und bald vollendet wurden. Auch die Hauptinsel des Rheins, Mosbach gegenüber, wurde befestigt und mit Baracken für den Winter versehen.

Drei Bataillone lösten einander dort täglich als Besatzung ab. So blieb die Armee auch wirklich dann unbelästigt, als der Rhein im Januar 1795 zufror.

Rüchel hatte sein Hauptquartier im Schloß zu Biebrich aufgeschlagen, aus dessen Fenstern man einen freien, weithin reichenden Blick über die ganze Gegend hat.

Nicht so friedlich wie hier, ging es am linken Rheinufer in Mainz selbst zu. Die Besatzung bestand aus Oesterreichern und wurde von den Franzosen hart bedrängt; verlor sogar die Zählbacher Schanze, deren Wiedereroberung beschlossen wurde. Man erbat, zur Deckung des Angriffs, preußische Cavallerie und Möllendorf bestimmte dazu 10 Schwadronen des Husaren-Regiments von Eben, und da dies zu seinem Corps gehörte, war Rüchel natürlich auch mit dabei.

Es war das letzte mal, während dieses Krieges, daß Preußen und Franzosen einander gegenüber standen, und es war für erstere kein unrühmlicher Schluß.

Obwohl die Husaren durch das wohlgezielte Feuer der französischen Geschütze bedeutend litten, hielten sie doch tapfer Stand.

„Da erkennt man „in dem Stück“*) die alten Ziethen-Husaren“, meinte der Feldmarschall befriedigt. Rüchels Heiterkeit und Kaltblütigkeit trug auch nicht wenig dazu bei, die kühnen Reiter bei gutem Muth zu erhalten. Trotz der Friedensunterhandlungen, die im Gange waren, bedrohten die Franzosen jetzt die westphälischen Besitzungen Preußens, und erhielt der Feldmarschall von Berlin aus den Befehl, mit dem gesammten Heere den Strom abwärts zu ziehen, um diese Provinz zu schützen. Die Ausführung dieser Anordnung war indeß mit sehr großen Schwierigkeiten verknüpft.

Da Thauwetter eingetreten war, so waren die Wege grundlos. Das und der Umstand, daß der Marsch durch bundesverwandte Lande ging, machte die Verpflegung ungemein schwierig. Dazu die über alle Begriffe schlechte Armee-Verwaltung, von der Rüchel zu sagen pflegte, es sei zweifelhaft, ob die Untreue oder die Unwissenheit der bei derselben angestellten Beamten größer sei.

Während die Hauptarmee über Gießen und Kassel nach Westphalen ihren Weg nahm, zog das Kalkreuthsche und Rüchelsche Corps längs des Rheins.

---

*) Bekannte Redensart Möllendorfs.

Wie sehr die Noth der Leute, der sie während dieses Marsches, fortwährend ausgesetzt waren, Rüchel zu Herzen ging, ist begreiflich, da sein Hauptbestreben stets dahin ging, auch materiell, möglichst gut für die ihm untergebene Truppe zu sorgen. Sein Zorn über die schlechten Einrichtungen des Commissariats, kannte oft keine Grenzen und verfehlte auch der Feldmarschall ihn, nach seiner Meinung, genügend in seinen gerechten Forderungen zu unterstützen. Beinah wäre dies ein Anlaß geworden, daß sich die beiden langjährigen Freunde erzürnt hätten, denn Rüchel erklärte rundheraus, keinen Schritt weiter marschiren zu wollen, wenn die Truppen nicht mit dem, was sie nöthig brauchten versehn würden. Es scheint als habe solche energische Erklärung wenigstens einigen Erfolg gehabt.

Unter so schwierigen Verhältnissen, empfand es Rüchel doppelt schwer, daß man ihm, um diese Zeit grade, seinen langjährigen Adjutanten, Brixen, nahm, mit dem er sich so gut eingelebt hatte und auf dessen Umsicht er sich verlassen konnte. Es kam häufig vor, daß ihn solch ein Schicksal traf. Er hatte ein seltenes Glück, die tüchtigsten Menschen herauszufinden und es währte denn gewöhnlich auch nicht lange, daß die Aufmerksamkeit höherer Vorgesetzten, sich den Rüchelschen Adjutanten zuwandte und sie dann eine andere Bestimmung erhielten. Viele der Namen, die später in der Armee Berühmtheit erlangt, finden wir unter den Schriftstücken, die aus dem Bureau Rüchels hervorgegangen sind.

Auch mit den Behörden entstanden Verwicklungen, in Betreff der Forderungen, die Rüchel für seine Leute machte. Die ganze Regierung verließ, in Folge solcher Differenzen, bei seinem Einrücken in Westphalen, ihren Sitz und siedelte nach Lippstadt über, ihre Klagen über Rüchel bei dem Feldmarschall anbringend.

Dieser aber nahm sich des Verklagten an und erkannte des Generals Forderungen für gerechte an und die Regierung fügte sich diesem Richterspruche.

Der Baseler Friede führte Rüchel nach Pommern zurück und in die seinem Regiment bestimmte Garnison Anklam. Er konnte, was seine Person betraf, mit Befriedigung auf den Feldzug und seine Ergebnisse zurückblicken. Vor nicht viel mehr als drei Jahren, war er als Major ausgerückt und kehrte als General mit Orden geschmückt und beglückt durch die Anerkennung seines Monarchen und seiner übrigen Vorgesetzten wieder heim.

Vierzehn Cabinetsordres, aus der Zeit Friedrich Wilhelms II., enthalten fast eine jede, ein neues Zeichen von Huld und Gnade, sei es für sich selbst, sei es, auf seine Fürsprache, für einen andern. Sie sind ein beredtes Zeichen, in wie großer Gunst er bei seinem König stand und mit wie hohem Vertrauen der Monarch ihn beehrte.

Rüchel war indeß gewohnt, das Wohl des Königs, des Staats, denn beide Begriffe bedeuteten ihm dasselbe, weit über sich und seinen persönlichen Vortheil zu stellen. So war sein Herz jetzt mit Trauer, statt mit Freude, erfüllt.

Das erste Mal war es, daß ein König von Preußen, bei einem Friedensschluß Provinzen verlor, statt welche zu gewinnen. Und mehr noch als das, hatte Preußen an Ansehn und Achtung verloren.

Unter den Reichen Europas nahm es nicht mehr, das durfte sich Niemand verhehlen, die Stellung ein, die ihm Friedrich der Große, sowohl durch Blut und Eisen, als durch Klugheit und Umsicht gesichert hatte.

Jedoch Arbeit, die so viel Schmerzen heilt, so viel Kummer lindert, die mußte auch Rüchel aus seinem Trübsinn reißen. Dieser lag sonst freilich wenig in seiner, so glücklich angelegten und begabten Natur.

Während des Feldzugs war ihm genugsam Gelegenheit geworden, allerlei Mängel bei der Armee-Organisation, nach den verschiedensten Seiten hin, zu entdecken, die dringend Abhülfe forderten.

Er stellte diese Erfahrungen und seine Ansichten über die nöthigen Verbesserungen, in mehreren Memoiren zusammen. Namentlich hatte er auch die großen Nachtheile erkannt, die das Werbesystem, der fortschreitenden Kriegskunst gegenüber hatte. Das Vorhandensein so vieler Ausländer in der Truppe, machte, bei dieser zusammengewürfelten Schaar, eine eiserne Disciplin zur Nothwendigkeit, ein Einwirken durch geistige Erziehungsmittel, unmöglich. Das hinderte die Entwicklung des Ehrgefühls im einzelnen Mann. Aber eben den Werth des Individuums habe die Folgezeit die Aufgabe zu heben und zu beachten, gegenüber der, einer Maschine ähnlichen Masse! Nur auf diese Weise konnte, nach Rüchels Meinung, eine größere Beweglichkeit der Truppenkörper erzielt werden, wie das die Kämpfe in Amerika und auch bei den Heeren der französischen Republik, zeigten. Mit Vorliebe studierte Rüchel, damals diese Kriegsgeschichte, wie viele, leider ganz unzusammenhängende Bruchstücke, von seiner Hand, oder nach seinem Dictat geschrieben zeigen.

Die Liebe, welche Rüchel den ihm unterstellten Soldaten einzuflößen verstand, hatte es ihm möglich gemacht, trotz der ungünstigsten Zusammensetzung der Regimenter, eine mildere Behandlung eintreten zu lassen und hatten die guten Früchte nicht auf sich warten lassen. Bei Truppen, die länger unter seinem Commando standen, verminderten sich die Desertionen erheblich, ebenso die Strafen. Der Mangel der Liebe zur Fahne, war ein Hauptschade, bei diesen, aus aller Herren Ländern geworbenen Schaaren. Dies und vieles andere beschäftigte Rüchel nachdem er heimgekehrt. Auch Vorschläge zur Bildung einer Landmilize, finden sich schon aus dieser

Zeit und beweist das alles wohl zur Genüge, wie Unrecht man ihm gethan hat, mit dem Vorwurf, daß er so sehr für das Alte eingenommen gewesen wäre, daß er allem Neuen abhold sei.

Wir kommen später hierauf zurück und können das Zeugniß bewährter Zeitgenossen zu seinen Gunsten, in dieser, wie in mancher anderen Beziehung, anführen.

So schwer, den mit der innigsten Liebe den Seinigen zugethanen Krieger, die lange Trennung von Frau und Töchtern war, so führte ihn auch der Friede, nicht mit denselben zusammen. Sie residirten auch ferner auf seinem Gut in Pommern, wie während des Krieges. Denn Anklam war selbst für ihn, obgleich es seine eigentliche Garnison war, kaum ein Ruhepunkt in seinem viel bewegten Leben. Der König ertheilte ihm die verschiedenartigsten Aufträge, welche die Veranlassung zu größeren Reisen wurden. Zu solchen zwang ihn außerdem die Leitung der verschiedenen Militär-Erziehungsanstalten, welche er nach seiner Rückkehr aus dem Felde wieder übernommen hatte*).

Im Jahre 1796 erhielt Rüchel den Befehl, die Küsten der Ostsee zu bereisen um Vorschläge**) für ihre Vertheidigung zu machen. Die Veranlassung war eine ähnliche wie damals als er zu Anfang der Regierung Friedrich Wilhelm II. nach Schlesien geschickt wurde.

Der preußische Staat befand sich wieder in der ungünstigen Lage, fast nach allen Weltgegenden Front machen zu müssen. Eine Folge seiner schwankenden Politik.

Im Jahre darauf wurde Rüchel mit einer geheimen Mission nach Petersburg betraut und erwarb sich, bei dieser Gelegenheit, den Ruf eines geschickten Diplomaten, denn die drohenden Verwicklungen mit Rußland wurden beigelegt und das Resultat seiner Unterhandlungen befriedigte beide Monarchen.

Der Kaiser Paul beehrte Rüchel mit seinem besonderen Vertrauen. Er verlieh ihm den Andreas Orden überhäufte ihn mit Gnadenbeweisen aller Art, ebenso mit reichen Geschenken***).

Bald nach Rüchels Rückkehr starb der König, der ihm stets ein gnädiger Herr gewesen war und dessen dankbares Andenken in seinem Herzen fortlebte. —

*) Eine umfangreiche Correspondenz, sowohl Privatbriefe als dienstliche Schreiben sind aus dieser Zeit vorhanden.

**) Ein Memoire darüber von Rüchels Hand vorhanden.

***) Diese meist in Werthsachen bestehend wurden 1813 auf dem Altar des Vaterlandes nieder gelegt.

Aus Belgien.

Es ist eine in Deutschland und auch sonst weit verbreitete Meinung, die Belgier seien noch heute Halb-Franzosen — „Fransquillons", wie man es mit einem landläufigen Ausdruck bezeichnet — ein Volk ohne Nationalität, ohne eigenes ursprüngliches Leben, das im Grunde seines Herzens französisch gesinnt sei; Belgien sei nichts als ein getreuer Trabant des Planeten Frankreich, und zwei Drittel seiner Bewohner würden es nicht für ein großes Unglück halten, von der nächsten politischen Krisis ihrem südlichen Nachbar in die Arme geworfen zu werden.

Vor fünfzig Jahren wäre eine solche Auffassung allenfalls, wenn auch nur in beschränktem Maße, berechtigt gewesen. Damals, als das belgische Volk, unmittelbar nach der Eroberung seiner Unabhängigkeit, unentschlossen, überrascht und fast verlegen über seinen Sieg dastand, sprach man wohl von einer Vereinigung mit Frankreich, jauchzte man den Soldaten Louis Philipps zu, erörterte man die Frage, den belgischen Thron dem Herzog von Nemours anzubieten. Damals waren in der Kammer unter 200 Stimmen beinahe 100 für ihn; damals war die belgische Presse zum großen Theil in den Händen französischer Redacteure und zählte die in größter Eile geschaffene belgische Armee eine Anzahl französischer Officiere, so daß es fast scheinen konnte, als fürchtete Belgien, auf eigenen Füßen zu stehen und auf eigene Rechnung zu leben.

Allein seit jener Zeit ist Vieles anders geworden. Frankreichs politischer Einfluß in Belgien ist heute gleich Null. Die Belgier haben in dem verflossenen halben Jahrhundert Zeit gehabt, sich zu überzeugen, daß sie vollkommen im Stande sind, durch sich und für sich selbst zu leben. Sie haben gelernt, sich als eine Nation zu fühlen; und wenn — was durchaus unwahrscheinlich ist — das Unglück wollte, daß ihre Dynastie erlöschte, so wäre es ganz sicher nicht Frankreich, von woher sie sich eine neue holen würden.

So oft Victor Hugo, Emil de Girardin oder irgend ein anderer von den Annexionisten an der Seine dem belgischen Volke seine nationale Berechtigung abspricht und ihm zu beweisen sucht, daß es früher oder später in die „moralischen, politischen, natürlichen und nothwendigen"

Gränzen Frankreichs — die sich natürlich bis zum Rhein erstrecken — zurückkehren müßte: erheben sich die Belgier mit aller Gewalt der Vaterlandsliebe und mit einer Einstimmigkeit, welche alle jene großen Träumer in Paris zurückschrecken müßte, wenn diese Herren nicht verurtheilt wären, bis an ihr Ende in ihrer Blindheit und Unbußfertigkeit zu verharren.

Friedrich Oetker, unter den Deutschen Derjenige, der als der beste Kenner Belgiens gilt, ist der Meinung, daß in den letzten Jahren kein Land in Europa solche Fortschritte gemacht habe, wie Belgien. Er könnte hinzufügen, daß kein Volk in Europa sich glücklicher und mit seinem Schicksal zufriedener fühlt, als das Belgische; und dies seltene Glück und das stolze Gefühl dieser Befriedigung würde allein schon genügen zu der Erklärung des festen Entschlusses, seine Unabhängigkeit zu bewahren.

Belgien ist geringer besteuert als irgend einer seiner Nachbarstaaten. In seinem Staatshaushalt halten Einnahmen und Ausgaben einander das Gleichgewicht, und das Land hat, so zu sagen, keine nationale Schuld. Antwerpen ist der beträchtlichste Hafen des Festlandes geworden; sein jährlicher Verkehr beläuft sich auf mehr als 5½ Millionen Tonnen. Das kleine Belgien besitzt mehr als 4000 Kilometer fertiger Eisenbahnen; sein Handel, der im Jahre 1830 kaum 200 Millionen betrug, berechnet sich heut auf 4½ Milliarden Franken. Der Werth seines Grundbesitzes ist in 40 Jahren um 63 Procent gestiegen. In Betreff seines Handelverkehrs nimmt es den fünften Rang in der ganzen Welt ein und zählt unmittelbar hinter England, Frankreich, dem Zollverein und den Vereinigten Staaten.

Es giebt auch in Frankreich, namentlich unter dem großen Publikum, Leute genug, welche die Berechtigung des belgischen Staates willig anerkennen, und die es ernstlich mißbilligen, wenn die politischen Wettermacher zu Paris denselben fortwährend über seine Zukunft zu beunruhigen suchen. Aber diese Wohlgesinnten gelten bei ihren Landsleuten für einfältige „Philister", ohne eine Vorstellung und ohne Verständniß für die große Mission, welche Frankreich in Europa zu erfüllen berufen ist. Die Anderen, die Weisen im Lande, können trotz allem, was geschehen ist, sich nicht entschließen, die Unabhängigkeit Belgiens als eine feststehende und unbestreitbare Thatsache anzuerkennen.

Von allen französischen Staatsmännern, die seit 1830 in Frankreich eine Rolle gespielt, war Guizot vielleicht der Einzige, der sich entschließen konnte, jeden Gedanken an eine Annexion der Flamänder und Wallonen aufzugeben. Ein belgischer Minister schrieb im Jahre 1836 an Lamartine Folgendes: „Frankreich hat wider Willen unsere Unabhängigkeit aner-

kannt; es muß weiter gehen und, den ehrgeizigen Ueberlieferungen Ludwigs XIV. und Napoleons entsagend, uns frei und ohne jeden Hintergedanken annehmen. Bis jetzt hat noch Niemand im französischen Parlament auszusprechen gewagt, daß es Frankreich vielleicht möglich sei, auch ohne die Rheingrenze und trotz der Unabhängigkeit Belgiens stark und glücklich zu sein. Auf diesen Redner warten wir."

Noch heut wartet man auf ihn. „Frankreich muß in seiner ganzen Größe wieder hergestellt werden" — hat Thiers selbst nach 1871 gepredigt, derselbe Thiers, welcher von den Verträgen von 1815 gesagt hat, man müsse sie halten aber verabscheuen. Michelet schreibt in seiner Geschichte der französischen Revolution: „Belgien ist eine englische Erfindung; es hat niemals ein Belgien gegeben und wird niemals ein solches geben." Victor Hugo, der in seinem Buch über den Rhein die Vergrößerung seines Vaterlandes bis an die Ufer dieses Flusses predigt, schrieb im Jahr 1875: „Der Zukunft ist die Auseinandersetzung zwischen Frankreich und Deutschland vorbehalten; das Eine wird seinen Theil an der Donau, das Andere am Rhein erhalten. Bis dahin kein Friede! Ich spreche das mit Schmerz aus, aber mit vollkommener Gewißheit." Le Rappel, das Organ des großen Dichters, sagte noch ganz kürzlich, der König von Belgien sitze nur auf einem „Provinzialthron". Es ist bekannt, daß der Herzog von Broglie als Botschafter in London einigen seiner Collegen vertraulich eröffnete, Deutschland könne sich mit Frankreich aussöhnen, wenn es diesem Letzteren freie Hand ließe, sich Belgiens zu bemächtigen. Im Jahr 1875 machte Emil de Girardin den Vorschlag, Belgien an Frankreich auszuliefern und dann zur Abrüstung zu schreiten; und als die Belgier in ihrem „Localpatriotismus" sich dagegen erhoben, erwiderte ihnen dieser hervorragende Schriftsteller und Staatsmann: „Euer Vaterland ist und bleibt elend und unfruchtbar solange es nicht uns zugehört." Und der Constitutionnel schrieb: „Die weisen Gedanken des Herrn von Girardin bringen weiter in die Tiefe und in die Breite; sie werden das Programm der Zukunft bilden." Kurze Zeit darauf sagte Herr Marcus Allart in einer Aufsehen erregenden Druckschrift: „Der Rhein allein kann unsere Kraft wieder stählen." Noch deutlicher und nachdrücklicher ist die Sprache des Herrn Duvergier de Hauranne: „Meint man, Frankreich habe dem Gedanken, eines Tages seine natürliche Gränze (den Rhein) wieder zu nehmen, abgeschworen? Wenn es in diesem Lande einen unvergänglichen, ewigen Gedanken gibt, so ist es dieser. Er kann eine Zeit lang schlummern; nichts vermag ihn aus dem Herzen Frankreichs zu reißen." Hören wir zum Schluß noch, was Le Pays sagt: „Sobald die ersten weißen Schurzfelle eines französischen Sappeur-Regi-

ments vor Brüssel erscheinen, wird die Stadt und ganz Belgien vor ihnen tanzen wie David vor der Bundeslade."

Während der 18 Jahre seines Bestehens hat das Bonapartistische Kaiserreich Belgien in fortwährender Aufregung erhalten. Bald beschuldigte man den Geist der Nation einer unversöhnlichen Feindseligkeit gegen Frankreich, sein Oberhaupt und seine Einrichtungen; bald bemühte man sich, das Land gegen seinen Willen in einen Zollverband zu locken; bald wiederum versuchte man, sich seiner strategischen Linien zu bemächtigen. Immer gab es neue Beschuldigungen, neue Anklagen, neue Beschwerden. Der französische Wolf fand jeden Augenblick, daß das belgische Lamm ihm das Wasser trübe. Und die Belgier beschränkten sich darauf, durch Kundgebungen der Vaterlandsliebe dagegen Einsprache zu thun.

„So seid doch gescheidt!" rief die Revue des Deux Mondes ihnen zu — „der Untergang eurer Nationalität wird euer Glück sein. Der Handel von Antwerpen wird eine ungeahnte Entwickelung erfahren, die Kohlenbecken des Hainaut, die Spinnereien Flanderns, die Schmiedewerkstätten Lüttichs, die Webereien von Verviers werden ihren Absatz und eure Reichthümer verdoppeln." Allein die Antwerpener, Flamänder und Wallonen schüttelten den Kopf und sprachen: „Ehe wir an euch fallen, eher mögen unsere Städte zerstört und Belgien eine Wüste werden wie im 16. Jahrhundert!"

Endlich kam Sedan und Deutschlands Einigung. Die Belgier athmeten auf; sie begriffen, daß sie jetzt eine Stütze, einen mächtigen Schutz haben würden. Seit 1871 ist ihr Vertrauen zum Deutschen Reiche nur immer größer und fester geworden. Vor dem Kriege war Preußen für die Belgier ein Land, um welches sie sich nur wenig kümmerten und das sie nur aus den Mittheilungen französischer Schriftsteller kannten, die ihnen allerlei Schreckliches darüber berichteten.

Allmählich begriff man, nicht nur in den maßgebenden höchsten Kreisen in Brüssel, sondern im Publikum, in der Presse, in allen einigermaßen politisch gebildeten Schichten der Gesellschaft, daß das Deutsche Reich der natürliche Bundesgenosse Belgiens geworden sei, und daß dessen Unabhängigkeit ihm gerade so am Herzen liegen müsse, wie den ehrgeizigen und beutegierigen Franzosen die Vernichtung derselben Deutschland hat nun zehn Jahre lang bewiesen, daß es offen und ohne Hintergedanken die Stellung Belgiens in Europa anerkennt. Der Fürst Bismarck hat dies dem König Leopold II., der Feldmarschall Moltke hat dasselbe im Reichstage in aller Form erklärt. Die deutsche Regierung läßt Belgien vollkommen ungehindert gewähren. Der Fall Duchesne, der unter einer liberalen Regierung in Belgien nicht vorgekommen wäre, hat nur vor-

übergehende kleine Störungen veranlaßt. Es ist nur natürlich, daß das Gefühl der Freundschaft für Deutschlaud in Belgien mit jedem Jahre zunimmt; es wäre unerklärlich, wenn es anders wäre.

Die Flamändischen Schriftsteller — und es gibt deren mehr, als man gewöhnlich im Auslande meint — sind von den besten Gesinnungen für das Deutsche Reich beseelt. Die ganze Flamändische Bewegung ist eine germanische und macht sich als solche geltend, trotz der französischen Schriftsteller, welche dem Volke einreden möchten, daß ganz Belgien nur celtisch sei. Die deutsche Strömung macht in Belgien zusehends Fortschritte, mehr als die französische. Der Unterricht im Flamändischen breitet sich immer weiter aus, selbst unter den Wallonen. Es wird eine Zeit kommen, wo man nur beider Sprachen kundige Beamte im Lande haben wird. Die Regierung ist jetzt schon gezwungen, viele ihrer Erlasse, die sonst nur französisch erschienen, in Flamändischer Sprache verbreiten zu lassen. Man möge sich in Paris nicht täuschen, das germanische Element in Belgien stirbt nicht aus!

Die Belgier treiben deutsche Studien mit allem Ernst, mehr und mehr lernen sie die deutsche Sprache und Literatur verstehen und schätzen. Die Universitäten, die nur noch wenige französische Professoren haben, zählen eine große Zahl deutscher Gelehrter zu den Ihren. Der höhere Unterricht schöpft immer mehr aus dem Quell der deutschen Wissenschaft, und man kann behaupten, daß schon jetzt das germanische Element im Lande so mächtig geworden ist als das gälische. In den meisten Städten haben sich deutsche Ansiedelungen gebildet: die Bank, der Gewerbfleiß, der Handel, das freie Handwerk zählen viele und bedeutende Vertreter deutschen Geistes. Vielleicht ist die Zahl der Deutschen in Belgien schon jetzt der der Franzosen gleich.

Und diese friedliche Invasion hat nichts Erschreckendes für die Belgier; sie sind im Gegentheil erfreut darüber und beeifern sich, Alles zu thun, was dazu beitragen kann, den französischen Annexionisten die Augen zu öffnen.

Es wäre unvernünftig, zu glauben, daß das neutrale Belgien Frankreich gegenüber eine feindliche Stellung einnehmen könnte; es wird nach wie vor die ernsten und großen Vorzüge des Nachbarvolkes zu würdigen, die freundschaftlichen Beziehungen zu demselben zu wahren und den Austausch der Erzeugnisse und der Gedanken mit ihm aufrecht zu erhalten wissen. Aber sein Vertrauen hat es auf Deutschland gesetzt, und mehr als irgend ein Volk sind die Belgier auf den Wunsch angewiesen, daß das Deutsche Reich einig und stark bleibe. Es ist eine Lebensbedingung für Belgien.

Die Pariser Commune 1871.

Von

Franz Mehring.

IV.

Proletarische Aufstände kämpfen gleichsam unter einer Tarnkappe; ihr sicherster Schirm und Schutz ist die Unsichtbarkeit ihres Entstehens und Wachsens. Wie seltsam es klingt, da solche Bewegungen sich zunächst ja nur durch Vereine und Zeitungen, also im hellsten Lichte der Oeffentlichkeit zu entwickeln vermögen, so ist es doch eine traurige Thatsache, daß sie unterirdischen Vulkanen gleichen, deren drohendes Grollen nur sehr feine Ohren vernehmen, während die große Masse der Zeitgenossen erst dann ihr Dasein gewahrt, wenn sie schon Flammen und Rauch zu speien beginnen. Die Ursache der befremdlichen Erscheinung ist freilich nicht schwer zu finden. Diese furchtbaren Mächte der Tiefe verbergen sich gemeiniglich unter den lächerlichsten und leersten Masken; nichts ist flüchtiger als der Schaum, den die unheimlichsten Bewegungen der Zeit emporwerfen. Was die Vereine und Zeitungen eines aufrührerischen Proletariats geistig hervorbringen, ist meist so handgreiflich dumm und falsch oder im besten Falle so gedankenarm und unbedeutend, daß die selbstgefällige Bildung oder gar die selbstgefälligere Halbbildung darüber immer mit vornehmem oder scheinbar vornehmen Achselzucken hinwegzugehen geneigt ist. Höchstens rafft man sich zu einer „Widerlegung“ auf; sie pflegt mehr oder minder treffend zu sein oder doch so zu scheinen und damit glaubt man dann des Werkes besten Theil gethan zu haben. Dieser Irrthum ist ebenso gefährlich, wie er weit verbreitet ist. Schöpfe man doch unermüdlich, mit wahrer Danaidengeduld von der Oberfläche eines wild bewegten Flusses den Schaum ab, der im nächsten Augenblicke schon von selbst zerrinnt: man ändert dadurch gar nichts an der Stärke und dem Ungestüm der Strömung. Nicht ob die socialistischen Programme unmöglichen Widersinn enthalten, ist die entscheidende Frage, sondern vielmehr darum handelt es sich: zu erkennen, auf dem Hintergrunde welcher

geschichtlichen Zustände die falschen Ideale einen die Seelen der Arbeiter so dämonisch berückenden Glanz gewinnen können. Bei Lösung dieser schweren und undankbaren Aufgabe — denn nur zu häufig wird der wohlmeinende Warner für einen versteckten Bundesgenossen des Feindes gehalten —, kann man nicht vorsichtig genug den Schein vom Wesen trennen.

In den früheren Abschnitten dieser Darstellung ist versucht worden, von den letzten Jahren des Kaiserreichs ab die Ereignisse und Zustände in Paris zu schildern, aus denen das räthselhafte Gebilde der Commune emporwuchs. Die revolutionäre Agitation des Jacobinerthums zeigte sich dabei kaum als eine Ursache dritten oder vierten Ranges; fast ganz in den Hintergrund trat die Internationale, die eigentliche Thäterin aller Schandthaten dieser Zeit, wenn man anders der französischen Bourgeoisie glauben will. Allein je lebhafter die unerhörten Ausnahmezustände in Paris hervortraten, die ohne jede Beihülfe von Verschwörern und Verschwörungen den Bürgerkrieg hervorrufen mußten, um so eher kann man in einen entgegengesetzten Irrthum verfallen, die Pariser Commune selbst nur als eine ausnahmsweise, nicht durch geheime Leiden des französischen Gesellschafts- und Staatskörpers, sondern allein durch die furchtbaren Erschütterungen des deutschen Krieges hervorgerufene Erscheinung betrachten und kurzweg leugnen, daß sie ein organisches Glied in der Reihenfolge der französischen Revolutionen sei. Die Oberflächlichkeit dieser Auffassung wird am klarsten dargethan durch einen Blick auf die gleichzeitigen Bewegungen in der Provinz. Es ist nur wenig darüber bekannt; wären in der Offenherzigkeit des ersten Entsetzens nicht von den hohen Gerichts- und Polizeibeamten in den Hauptstädten der Departements amtliche Berichte eingefordert worden, so würden als fast einzige Quellen nur die übertreibenden Berichte der Communards vorhanden sein. Sonst gehen die französischen Schriftsteller an der unheimlichen Erscheinung entweder mit scheuem Schweigen vorüber oder fertigen sie mit einigen beiläufigen Worten ab; sie suchen geflissentlich die Vorstellung zu nähren, als habe das ganze Land diesen Aufstand der Hauptstadt wie ein neues und unerhörtes Verbrechen betrachtet und sich voll unüberwindlichen Abscheus von ihm gewandt. Meist wird sogar ein besonderes tröstliches Zeichen darin zu erkennen gesucht, daß zum ersten Male in der französischen Geschichte des letzten Jahrhunderts eine politische Umwälzung der Hauptstadt von der Provinz verworfen worden sei. Dies ist äußerlich vollkommen richtig, aber wie sich bei genauerer Prüfung sofort ergiebt, eben auch nur äußerlich. Es bedarf keines besonderen Nachweises, daß eine Erhebung von Paris, die mit in erster Reihe durch einen feindseligen Gegensatz zwischen der

Hauptstadt und der Provinz verursacht wurde, nicht die begeisterte Zustimmung des ganzen Landes finden konnte, aber nur um so bedeutsamer ist die Thatsache, daß sie trotzdem wie ein elektrischer Schlag durch alle Glieder des Reichs bis nach Algier hinüber zuckte. Hieran ist nach gewichtigen Zeugnissen von beiden Seiten kein Zweifel möglich; wie schwankend die allgemeine Stimmung war, geht schlagend aus dem beiläufigen, aber bezeichnenden Umstande hervor, daß die Bewohner der kleinen Städte und des platten Landes, ja selbst die alten, aus der Gefangenschaft heimkehrenden Troupiers der napoleonischen Armee sich massenhaft den Rath der deutschen Officiere darüber erbaten, ob sie sich den Parisern oder Versaillern anschließen sollten*).

Ein näherer Vergleich der hauptstädtischen und provincialen Erhebung ergiebt höchst lehrreiche Momente. Nur zum kleineren Theile drängten die gleichen Ursachen auf die gleichen Wirkungen. Auch in der Provinz war die Nationalgarde überall in formloser und überhasteter Weise gebildet und damit den revolutionären Elementen eine willkommene Gelegenheit gegeben worden, sich einen weiten Einfluß zu verschaffen. Ferner zeigten die Beamten der Septemberregierung in den Departements meist denselben Mangel an Thatkraft und Umsicht, wie die Mitglieder der Regierung in Paris selbst; gleich diesen verloren sie nach und nach alles Ansehen. Endlich bewährten auch die besitzenden Klassen im Lande dieselbe namenlose Feigheit und Trägheit, wie in der Hauptstadt; sogar der parlamentarische Untersuchungsbericht über den 18. März kann nicht umhin, hierin la grande cause de l'insurrection zu erblicken. Aber im Uebrigen ergiebt sich eine große Unähnlichkeit der Lage. Was in Paris zum Aufstande drängte: die geistige und wirthschaftliche Auflösung der socialen Ordnung, die Hungersnoth, die Miethen- und Wechselfrage, der patriotische Zorn über den Einmarsch des deutschen Heeres, die ewige Neuerungssucht der weltstädtischen Club- und Straßendemagogie, die revolutionäre Maschinerie der rothen Clubs und Zeitungen, der Ueberfluß an Waffen, die Angst vor den Staatsstreichen der clerical-reactionären Nationalversammlung, die Sorge um das nationale und internationale Prestige der Stadt — alles das traf für die Provinz gar nicht oder nur in weit geringerem Umfange zu. Dagegen machte eine Reihe anderer Momente das Ende des deutschen Krieges für die Departements zum denkbar ungünstigsten Augenblicke einer gewaltsamen Schilderhebung. Das Land blutete aus tausend Wunden, überall herrschte eine tiefe Sehnsucht nach Frieden um jeden Preis, die große Masse der Landbevölkerung gehorchte blindlings

*) Mirbach a. a. O. 52.

dem Adel und der Geistlichkeit, der dritte Theil Frankreichs war von einem feindlichen, mächtigen, siegreichen Heere besetzt, das fast jeden Verkehr zwischen den einzelnen Landestheilen und namentlich zwischen den großen Städten unterbrach und schließlich — ein wie sinnloser Widerspruch war es doch, wenn die Provinz sich einem Aufstande anschließen wollte, der gegen die von ihr selbst ins Parlament gesandten „Krautjunker“ gerichtet war? Selbst für die entschlossenen Revolutionäre konnte es wenig Verlockendes haben, der Hauptstadt zu folgen; sie wußten von den dortigen Vorgängen fast nichts als was Thiers' Depeschen an die Präfecten meldeten, die natürlich Schwarz in Schwarz einen völlig ruch- und sinnlosen Pöbelaufruhr malten; ganz und gar abschreckend mußte wirken, daß die bekannten republikanischen Namen von 1848 einschließlich selbst eines Louis Blanc, dieselben Männer, die eben erst wieder von unheuren Mehrheiten der Pariser Wählerschaft auf den Schild gehoben waren, in Versailles blieben, um gegen Paris zu kämpfen. Alle diese Gesichtspunkte erklären genügend, weshalb die provinciale Erhebung ein widerspruchsvolles, in einer Reihe von Putschen alsbald wirkungslos verpuffendes Unternehmen war, aber gerade dadurch, daß sie dies völlig aussichtslose Unternehmen nicht von vornherein zu hindern vermochten, zeigen sie auch, wie gesättigt der Boden des Landes mit revolutionären Keimen war, die schon lange unter der Oberfläche gewuchert haben mußten, ehe sie durch die grenzenlose Verwirrung dieses argen Frühlings an's Licht gelockt wurden.

Naturgemäß tritt der innere Kern einer revolutionären Bewegung da unzweideutiger hervor, wo die äußeren und mehr zufälligen Umstände sich ihr hindernd, als wo sie sich ihr fördernd erweisen. In diesem Falle also in der Provinz. Hier fehlte ganz oder so gut wie ganz dasjenige Element, das sich in Paris am breitesten und lautesten machte, aber geschichtlich am bedeutungslosesten war: die Club- und Straßendemagogie, das Lumpenproletariat, dieser Abhub der verkommenen Subjecte aller Stände, diese käufliche, schmutzige, verächtliche Bande, welche die ernsthaften Revolutionäre der arbeitenden Klassen selbst als den schlimmsten unter allen denkbaren Bundesgenossen hassen. Diese Grundsuppe menschlicher Erbärmlichkeit und Niedertracht wirft selbstverständlich in einer Weltstadt die mächtigsten Blasen auf; namentlich Paris hat von jeher jedes verlorene Menschenleben mit magnetischer Gewalt an sich gezogen. Die provinciale Bewegung ist wesentlich frei von dieser Pest und deshalb enthüllt sie viel besser die eigentlich treibenden Kräfte des Aufstandes von 1871. Sie trägt wesentlich einen decentralistischen zugleich und socialistischen Charakter. Noch ehe die Pariser Commune das Vorbild geben konnte, gipfelte die Erhebung überall in der communalistischen Form;

überall wird sie von den Arbeitermassen getragen. Kein Zweifel: die Ueberlieferungen des Convents hören auf, das Banner zu sein, unter welchem die Revolution in Frankreich marschirt; auch ihre unbelehrbarsten Hitzköpfe beginnen einzusehen, daß jene Einheit und Gleichheit, die der Convent durch seinen Vernichtungskrieg gegen die Provinzen begann und der eiserne Despotismus des ersten Napoleon dann vollendete, nur ein Unterbau der Tyrannis, daß es die innerste Natur dieser Demokratie ist, wie es der dritte Napoleon einmal ausdrückte, sich in einer Alleinherrschaft zu verkörpern. Ueber diese für die französische Zukunft hochwichtige Thatsache wird man immer in Täuschungen verfallen, wenn man den Pariser Aufstand getrennt von den gleichzeitigen Provinzaufständen betrachtet. Denn dort allerdings errang durch das Ueberwiegen der Club- und Straßendemagogie das Jahr 1793 noch einen Pyrrhussieg; der letzte Dictator der Pariser Commune war der Jacobiner und Socialistenhasser Delescluze. Anders, ganz anders in der Provinz. Hier erweist sich die „Einheit und Untheilbarkeit der Republik" nur mehr noch als ein verblaßtes Schlagwort; in den zahlreichen Aufrufen der Localrevolten kehrt **la république une et indivisible** nur einmal wieder in Toulouse, wo die Bewegung in die Hände Duportals gerieth, eines alten Jacobiners, den die Septemberregierung zum Präfecten ernannt hatte, und wo sie eben hieran sofort scheiterte. Sonst zeigt der föderative Gedanke fast durchweg eine in diesem classischen Lande der Staatseinheit erstaunliche Kraft. Und was noch bedeutsamer ist und noch schlüssiger die gründliche Abwirthschaftung des Jacobinerthums beweist, ist die innige Verschmelzung und Verschwisterung des decentralistischen mit dem socialistischen Gedanken. Ueber das centralistische und föderative Princip im Socialismus ist bekanntlich viel gestritten worden, namentlich auch in Deutschland, wo man einst hierin einen großen Gegensatz zwischen der lassalleanischen und marxistischen Secte erblickte. Sehr mit Unrecht, denn all dies Weh und Ach war wesentlich aus dem einen Punkte zu curiren, daß Lassalle sein Schifflein auf dem großen Strom der deutschen Einheitsbewegung treiben zu lassen gedachte, während Marx auf den Schultern des sächsischen und süddeutschen Particularismus emporsteigen wollte und emporstieg. In Frankreich hat das Problem einen ungleich tieferen Hintergrund und hier ist die Selbstverwaltung, das gesunde Reformziel der besonnensten und einsichtigsten Patrioten, zugleich ein gefährlicher und mächtiger Schlachtruf des Umsturzes geworden; gleich einem giftigen Insectenschwarm hat sich die communistische Agitation in die offene Wunde eingenistet, an welcher das unglückliche Land wieder und wieder verblutet. Eben deshalb hat Proudhon, obgleich er unter den namhaften Socialisten dieses Jahrhun-

derts wenn nicht der unbedeutendste, so doch jedenfalls der unklarste und verworrenste war, so maßgebenden Einfluß gewonnen, weil seine anarchistische Theorie den decentralistischen mit dem socialistischen Gedanken am engsten und geschicktesten verwebt. Es ist wie eine verkehrte Welt, wo Vernunft Unsinn, Wohlthat Plage wird. Gemeinhin pflegt gerade die bureaukratische Centralisation, ihr Allesbeglückenwollen und ihr Allesbesserwissen eine nahe Verwandtschaft mit dem Socialismus zu offenbaren; in dieser alten Erfahrung hat man, und sicherlich nicht ohne guten Grund, eine der Ursachen erkennen wollen, die den socialistischen Anschauungen auf französischer Erde eine so weite Wirkung verschafft haben. Umgekehrt pflegt die Selbstverwaltung eine eminente sociale Heilkraft zu besitzen, die Klassenunterschiede auszugleichen und zu überbrücken; dafür zeugt vornehmlich das englische Beispiel. Deshalb war es eine sehr kühne, aber nichts weniger wie gedankenlose oder taktisch ungeschickte Schwenkung, als die neuere französische Socialdemokratie von Louis Blanc's gouvernement investi d'une grande force überging zur Forderung der Decentralisiation, ihren gesunden Kern natürlich verunstaltend zu der grellen Uebertreibung, daß die straffste Staatseinheit der modernen Welt sich in ein loses Geröll mehrerer tausend unabhängiger Gemeinwesen verwandeln solle. Was sie damit erreichen wollte, hat sie erreicht; sie hat einen tödtlichen Stoß nach der Achillesferse des Staats geführt. Wie der übermäßige Genuß geistiger Getränke den menschlichen Körper entnervt und zerstört, aber ihn zuletzt auch wieder so weit nothdürftig zusammenhält, daß eine Rückkehr zu gesunder Lebensweise schnellen Tod herbeiführen würde, so hat der ewige Rausch, den die Ueberlieferungen der großen Revolution erzeugen, Frankreich in jenen höchsten Grad inneren Siechthums gestürzt, worin das Gift zur Arzenei, die Arzenei zum Gift wird. Niemals werden die inneren Zuckungen aufhören, so lange die überstraffe Centralisation währt; niemals kann ein ernsthafter Schritt zur Selbstverwaltung geschehen, ohne daß er die gestauten Wasser der socialistischen Umtriebe zu verheerendem Ergusse entfesselt.

Unter solchen Umständen war es kein blinder Zufall, sondern ein bedeutsames Kennzeichen, daß schon ein halbes Jahr vor dem 18. März in demselben Lyon, das von allen französischen Städten vielleicht am längsten die municipalen Erinnerungen bewahrt und noch im Jahre 1815 eine Gesandtschaft an den Kaiser von Oesterreich gesandt hatte mit der Bitte, die Stadt als selbständige Republik von dem französischen Staatskörper zu trennen, zuerst die Commune ausgerufen, die rothe Fahne gehißt wurde. Und zwar gehißt wurde nicht von den Jacobinern, noch auch nur von der Internationalen, sondern von dem bakunistischen Zweige

der französischen Socialdemokratie, welcher sich zu der anarchistischen Theorie Proudhons bekennt. In der Morgenfrühe des 4. September 1870 bildete sich ein Wohlfahrtsausschuß, besetzte das Stadthaus, erklärte sich für die einzige Behörde der Stadt, für die Commune von Lyon. Der Bakunismus enthüllte sich sofort in seiner viehischen Nacktheit; eine unerschöpfliche Fülle unsinniger Beschlüsse ergoß sich über die unglückliche Stadt. Zwar der Erlaß einer Amnestie, die Unterdrückung der Polizei, die Ernennung eines Procurators der Republik, die Ernennung ferner Garibaldis und Cluserets zu Befehlshabern der Freiwilligen, die Verhaftung politischer Gegner und namentlich widerspenstiger Beamten, gehörte zu dem üblichen Handwerkszeug, mit welchem ein französischer Aufstand zu arbeiten gewohnt ist, aber neu war, daß die städtischen Verzehrsteuern aufgehoben, dagegen alle geistlichen Güter, sowie das Vermögen aller Personen, die Lyon verlassen würden, eingezogen, endlich zwanzig Millionen auf dem Wege der Zwangsrequisition beschafft werden sollten. Die amtliche Begründung des letzterwähnten Beschlusses ist ein classisches Stück der Zukunftswirthschaft; sie führt die vier Gründe an, daß eine Anleihe die Finanzen der Stadt in schlechtes Licht stellen würde, eine Steuer langweilig und schwierig zu erheben sei, eine Zwangsrequisition immer ihr gutes Recht habe, quand il faut agir révolutionnairement und — last not least — die deutschen Truppen sich auch nicht geniren und noch mehr nehmen würden, falls sie bei ihrem Eintreffen in Lyon überhaupt noch etwas vorfänden. Derweil kam Challemel-Lacour, der bekannte Freund Gambettas, als neu ernannter Präfect des Rhonedepartements aus Paris an und entwickelte sofort wieder jenen holden Leichtsinn, jene hartnäckige Unbelehrbarkeit, die den blauen gegenüber den rothen Republikanern nun einmal unauslöschlich anzuhaften scheint. In einem Briefe an Delescluze spottete er über ces drôles im Stadthause, schrieb: „Le collectivisme est leur affaire. Savez-vous ce que c'est que cette bête-là?“ und sprach schließlich sein herzliches Mitleid mit den armen Schelmen aus, die er zermalmen lassen könnte, sobald er nur einen Finger erhöbe*). Nun, mit diesem Zermalmen hatte es denn seine guten Wege; vielmehr konnte Challemel-Lacour nicht einmal seine Anerkennung als Präfect durchsetzen, sondern mußte sich nach langen Verhandlungen vorläufig begnügen, als Vertreter der Septemberregierung bei der Commune von Lyon wenigstens eine Art amtlicher Stellung zu erlangen.

Inzwischen hatte der Wohlfahrtsausschuß Wahlen ausgeschrieben, die

*) Der Brief ist abgedruckt in der „Enquete parlementaire“ I, 333 u. f.

überwiegend in seinem Sinne ausfielen und die Mehrzahl seiner Mitglieder in den neuen Gemeinderath brachte. Diese Körperschaft gab den Anordnungen des Ausschusses nachträgliche Gesetzeskraft, nur daß sie einige ganz unausführbare Beschlüsse mildern mußte; so wurden die geistlichen Güter nicht sofort verkauft, sondern nur erst unter Siegel gelegt, die Zwangsrequisition von zwanzig Millionen in eine freiwillige Anleihe von zehn Millionen verwandelt und ähnliches mehr. In der Hauptsache aber blieb es bei dem, was der Wohlfahrtsausschuß angeordnet hatte; namentlich die städtischen Verzehrsteuern, „diese Schule des Bagnos und der Liederlichkeit“, blieben für ewig aufgehoben, ein demagogischer Scherz, welcher der Stadt etwa acht Millionen gekostet hat. Die Willfährigkeit des Gemeinderaths rettete ihm einstweilen das Leben; man ließ ihn als eine Art Embryo der souveränen Commune bestehen, beeinflußte und überwachte ihn nur durch eine Unzahl demagogischer Comités, verlor dann gelegentlich doch wieder die Geduld und versuchte nun Putsche, die niemals ganz glückten und niemals ganz fehlschlugen und in diesem entsetzlichem Fegefeuer hing die zweite Stadt des Reichs durch drei ganze Vierteljahre. Am 28. September versuchte Bakunin und Cluseret selbst einen Hauptschlag. Sie kamen nach Lyon, sammelten einige tausend Mann aufständischer Nationalgarde, eroberten das Stadthaus, ließen den Präfecten, den Maire und den Gemeinderath militärisch bewachen, setzten einen Wohlfahrtsausschuß nieder und begannen den Bau der neuen Welt damit, daß Bakunin die Verhaftung aller Bourgeois' und Priester vorschlug. In diesem tollen Stile ging es noch einige Stunden fort; dann ermannten sich ein paar sichere Bataillone der Nationalgarde und trieben den ganzen Spuk auseinander. Bakunin reiste noch denselben Tag ab, indem er Cluseret als einen Verräther an der Arbeitersache ächtete; er hat sich seitdem nicht mehr in die Bewegung gemischt, sondern schied für immer aus ihr mit dem melancholischen Stoßseufzer, daß es um Frankreich geschehen sei und die büreaukratische, wie militärische Intelligenz Preußens für mindestens fünfzig Jahre die Ordnung und Ruhe auf dem ganzen, europäischen Continente verbürge. Am schmerzlichsten beklagte er, daß der Sieg der deutschen Waffen auch den Sieg des deutschen Socialismus über seine anarchischen Bestrebungen herbeiführen werde*).

Während des Winters nahm die föderativ-socialistische Bewegung in der Provinz eine weite Ausdehnung an. Sie konnte zwar naturgemäß nicht dort aufkommen, wo der deutsche Kriegsschauplatz war, also im Norden

*) Diese wunderlichen Klagen legt Bakunin nieder in einem nicht uninteressanten Briefe an seinen Freund Palix. S. Oscar Testut „l'Internationale et le Jacobinisme au ban de l'Europe“, Paris 1872, II. 280 u. f.

und Osten des Landes, aber um so reger entfaltete sie sich im Süden und Westen. Dort entstanden zwei große Städtebündnisse: der Süd- und der Südwestbund. Jenen leiteten Lyon und Marseille, diesen Bordeaux und Toulouse. Leider finden sich so gut wie gar keine Nachrichten über Umfang und Verfassung dieser merkwürdigen Erscheinungen; nur so viel geht aus amtlichen Berichten hervor, daß jede dieser Föderationen ihr eigenes Budget, ihre eigene Agitationsmaschinerie, ihre Blätter, ihre Gesandten, ja selbst ihre Vertreter bei dem Regierungsausschusse in Tours hatte, kurzum völlige Souverainetät beanspruchte und erstrebte. In jedem Falle knüpften diese Bündnisse enge Beziehungen zwischen einer großen Anzahl von Städten und ihre Hauptorte erhoben sich sofort, als die Nachrichten des 18. März aus Paris in die Provinz kamen. Lyon und Marseille brachen gleichzeitig am 23. März los. Dort wiederholte sich die schon hinlänglich bekannte Komödie: Eroberung des Stadthauses durch aufrührerische Nationalgarde, Verhaftung des Präfecten, Bildung eines Wohlfahrtsausschusses als einer Commune von Lyon. Der Gemeinderath erklärte sich für neutral, stand aber in naher Verbindung mit der Empörung. So schien die Gelegenheit günstiger denn je zuvor und in der That, diesmal wurde die neue Commune gewaltsam gar nicht in ihren Weltbeglückungsplänen gestört. Sie scheiterte allein an ihrer eigenen Unfähigkeit, an dem leeren Wahnsinn des bakunistischen Treibens; in ihres Nichts durchbohrendem Gefühle legte sie schon am 25. März in einer unorthographischen Erklärung ihre angemaßte Gewalt nieder. Der Hutmacher Amouroux, der als Sendling des Pariser Aufstandes in Lyon eingetroffen war, hatte sofort erkannt, wie dort die Sachen lagen, und war nach Marseille weitergereist.

Hier hatte die Empörung günstigere Aussichten. Die glühende Bevölkerung dieser Sonnenstadt war leicht zu erregen; die socialistischen Arbeiter standen nicht unter dem Einflusse des Bakunismus, sondern der Internationalen; ihr Führer Chauvin, ein Arbeiter der Docks, war ein eifriges Mitglied des Bundes. Hand in Hand mit ihm ging der Mechaniker Megy, der unter dem Kaiserreich einen Pariser Polizeiagenten niedergeschossen hatte, dann von der Septemberbewegung als „politischer Gefangener“ aus dem Bagno erlöst worden war und in den ersten Tagen des März nach Marseille kam, um seiner Retterin den bekannten Communistendank in landesüblicher Münze zu zahlen. Mit Chauvin und Megy theilte sich der junge Hitzkopf Gaston Cremieux in die Herrschaft über die Massen. Bereits am 31. October hatte Marseille einen schüchternen Versuch gemacht, die Commune auszurufen; als am 20. März die Pariser Ereignisse bekannt wurden, gährte es von Neuem heftig, namentlich

in den Eisenwerken und auf den Schiffswerften; um diese Aufregung zu beschwichtigen, kamen die bürgerlichen und militärischen Behörden der Stadt auf den unglücklichen Gedanken, für den Morgen des 23. März die Nationalgarde zu einer feierlichen Kundgebung gegen Paris zu sammeln. Die Sache verlief genau so, wie bei einigem Nachdenken hätte vorausgesehen werden können; die versammelten Bataillone erklärten sich für Paris, eroberten die Präfectur, verhafteten den Präfecten, den Admiral Cosnier, den General Ollivier; nur dem General Espivent gelang es, mit den paar Linientruppen, die in der Stadt lagen, nach Aubagne zu entkommen, auch die öffentlichen Kassen mitzunehmen. Als Embryo der Commune wurde eine „Departementalcommission“ von sechs Mitgliedern gewählt; ihr Vorsitzender war Gaston Cremieux. Der Gemeinderath und die Nationalgarde sandten noch je drei Mitglieder in die Commission. Nach dem ersten Aufschwunge trat freilich auch hier völlige Rathlosigkeit ein; wie ein stummes Räthsel hing die rothe Fahne auf dem Glockenthurm der Präfectur; nur zu einigen boshaft-kindischen Frechheiten raffte man sich auf; so wurde der Admiral Cosnier, der niemals irgend eine politische Rolle gespielt hatte, gezwungen seine Abdankung zu unterschreiben; die Scham über diese Nachgiebigkeit machte später den ausgezeichneten Seemann zum Selbstmörder. Am 27. März kamen Amouroux und Landeck aus Paris an, um den rechten Sinn und Verstand in die Empörung zu bringen. Gaston Cremieux wurde verdrängt und Landeck, ein unwissender Prahlhans, der ehedem in Verbindung mit der kaiserlichen Polizei gestanden hatte, warf sich zum Dictator auf. Die jämmerliche Komödie dauerte etwa noch eine Woche. Am 3. April sollten endlich die Wahlen für die Commune stattfinden, aber es war zu spät. General Espivent hatte sechs- bis siebentausend Mann Linientruppen gesammelt und rückte vor die Stadt; am 4. April eroberte er sie nach einem heftigen Bombardement der Präfectur und einem blutigen, zwölfstündigen Kampfe. Amouroux, Landeck, Megy entkamen; Gaston Cremieux wurde auf dem Judenkirchhof in Weiberkleidern gefangen.

Mit dem Fall von Marseille zerfiel der Südbund; der Südwestbund zerstob, als sein Hauptort Toulouse in die Hände von Versailles kam. Die Commune dieser Stadt ist dadurch merkwürdig, daß sie von jacobinischer Seite ausging und von der Arbeiterbevölkerung der Vorstädte nicht anerkannt oder doch nicht unterstützt wurde. Der Präfect der Haute-Garonne, Armand Duportal, ein Bewunderer von 1793, war durch die Septemberregierung ernannt worden und hatte sofort eine Art Schreckensherrschaft begonnen, alle ihm mißliebigen Personen als „Preußen des Innern“ gebrandmarkt, hohe Officiere verhaftet, die ihm reactionärer Ge-

sinnung verdächtig erschienen. Schon im November hatte ihm der Regierungsausschuß von Tours andeuten lassen, er möchte sein Abschiedsgesuch einreichen, worauf Duportal kaltblütig antwortete, die Herren möchten nur selbst kommen und ihn absetzen. Diese Unverschämtheit hatte nun freilich die Ernennung eines Nachfolgers, des Professors Huc, zur Folge, aber ehe derselbe sich der Präfectur bemächtigen konnte, wurde er durch tumultuarische Volkshaufen vertrieben und der würdige Duportal behauptete sich in seiner Stellung. Nach dem 18. März erklärte er sich zwar nicht für Paris, aber er wüthete in tobenden Volksversammlungen gegen Versailles und verkündete öffentlich, als homme d'action eher Barrikaden bauen, als aus seinem Amte scheiden zu wollen. Thiers setzte ihn nun aber wirklich ab und ernannte Keratry an seine Stelle; Duportal erwiderte, er werde zurücktreten und am 25. März Mittags seinen Nachfolger der versammelten Nationalgarde vorstellen. Natürlich ging Keratry nicht in diese Falle, sondern blieb in Agen, wo er Truppen zu sammeln suchte, um sein Recht mit Gewalt durchzusetzen. Duportal aber ließ wirklich zur gedachten Zeit die Nationalgarde zusammentreten, sie mit scharfen Patronen bewaffnen, Keratry als abgesetzt erklären und endlich unter Hochs auf Paris die Commune von Toulouse ausrufen, die vorläufig sich in dem Officiercorps der seßhaften Nationalgarde verkörpern sollte; dann zeigte er den Vorgang ganz ordnungsgemäß dem Minister des Innern an. Indessen nach kaum achtundvierzig Stunden war der ganze Carneval im Sande verlaufen; das gegenseitige Mißtrauen zwischen der socialistischen Arbeiterbevölkerung und dem jacobinischen Präfecten lähmte jeden ernsthafteren Versuch der Empörung. Keratry rückte mit sechshundert Mann Infanterie und zweihundert Reitern ein, bemächtigte sich nach einigen Weitläufigkeiten mit der Nationalgarde, die schließlich den Präfecten fallen ließ, des Arsenals, des Kapitols, der Präfectur und wurde so Herr der Stadt.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, alle Aufstandsversuche der Provinz ausführlich zu schildern. An sich verliefen sie mehr oder minder spurlos; die Bedeutung dieser Zuckungen liegt eben darin, daß sie in fast allen Theilen des Landes, wo nicht die Anwesenheit des deutschen Heeres sie von selbst niederhielt, in erschreckender Gleichförmigkeit und Regelmäßigkeit hervorbrachen. Sie zeigten sich in Bordeaux, St. Etienne, wo der Präfect de l'Espée ermordet wurde, in Bourges, Limoges, Narbonne, Rouen, im Creuzot und einer sehr großen Anzahl kleinerer Städte. Und selbst als diese revolutionären Regungen überall erstickt waren, nagte noch immer eine zitternde Unruhe an den städtischen Be-

völkerungen. Dauernd blieb eine rege Bewegung für die aufständische Hauptstadt im Gange; sie führte zu zahlreichen Sympathiebezeugungen in zahlreichen Städten des Landes und sogar zu dem dreimal mit großer Hartnäckigkeit wiederholten Versuche der Städte über zwanzigtausend Einwohner, aus Abgeordneten ihrer Gemeinderäthe ein Schiedsgericht zu bilden, das zwischen Paris und Versailles entscheiden sollte. Doch da diese Zwischenfälle nicht selbständige Zwecke verfolgten, sondern nur die Hauptstadt zu entsetzen gedachten, so gehören sie in die engere Geschichte der Pariser Commune*).

Für die grauenvolle Verwirrung, in welcher sich die Geschichte der Pariser Commune befindet, giebt es kaum ein beredteres Zeichen, als daß nicht einmal über die entscheidenden Wahlen vom 26. März ein hinlänglich klares Licht verbreitet ist. Selbst Namen und Zahl der Gewählten muß man mühsam aus den Listen und sonstigen Veröffentlichungen des amtlichen Blattes zusammen suchen; vieles Wichtigere, namentlich was sich auf den politisch-staatsrechtlichen Charakter der Wahlen bezieht, läßt sich theilweise nur aus mittelbaren Anzeichen ableiten; Manches bleibt noch ganz im Dunkeln. Mit dem Schwamm der sittlichen Entrüstung fahren die französischen Schriftsteller über alles Licht auf dieser, über allen Schatten auf jener Seite fort, gleich als hätte es sich bei der ganzen Begebenheit nur um den Kampf der reinsten Tugend mit dem schnödesten Laster gehandelt und nicht vielmehr um eine allgemeine Zerrüttung der öffentlichen Dinge, von welcher sich keine Partei und keine Richtung des nationalen Lebens mit pharisäischem Selbstbewußtsein freisprechen darf.

Es ist schon eine arge Uebertreibung, die Wahlen als eine schlechthin ungesetzliche Handlung hinzustellen. Sie waren freilich insofern nicht gesetzlich, als sie gegen den offenkundigen Willen der Nationalversammlung stattfanden, die in diesem Augenblick der Souverän von Frankreich war, aber sie waren auch nicht eigentlich revolutionär, denn sie wurden durch die gesetzmäßige Verwaltungsbehörde der Stadt angeordnet, durch die

*) Das wichtigste Material über die Communen der Provinz ist enthalten in der „Enquete parlementaire“ I, 147—160, 271—299, 437—630, ferner im zweiten Bande von Oscar Testut „l'Internationale et le Jacobinisme au ban de l'Europe“, Paris 1872, endlich von gegnerischer Seite in den entsprechenden Capiteln des Buches von Lissagaray.

Maires und ihre Beigeordneten, deren Vollmachten von Versailles anerkannt waren. Allerdings nur ein Theil dieser Beamten, genau die Hälfte, berief zu den Wahlen, aber es ist wiederum nur eine Finte, wenn neuestens in französischen Darstellungen behauptet wird, diese Hälfte hätte kein Recht gehabt, im Namen des Ganzen zu handeln und zu sprechen. Vielmehr hatte die fehlende Hälfte nicht etwa deshalb nicht unterzeichnet, weil sie den Wahlen widersprach, sondern weil sie zufällig bei Veröffentlichung des Wahlaufrufs nicht zugegen war. Auf demselben prangten conservative Namen, wie Vautrain, fehlten revolutionäre, wie Dereure. Ja Tirard, der eigentliche Führer des Widerstandes, beeilte sich noch nachträglich in einem besonderen Aufrufe seine Zustimmung zu geben, und zwar wenn nicht auf den Rath, so doch mit der Zustimmung des Staatsoberhaupts*). Thiers spannte eben zwei Stränge auf seinen Bogen. Er telegraphirte sofort an die Provinzen, daß die Pariser Wahlen ohne Zustimmung der Regierung vor sich gingen, daß sie probablement sans liberté et dès lors sans autorité morale sein würden, aber er hütete sich, sie öffentlich für radicalement nulles zu erklären, wie er es gesprächsweise gegenüber Tirard that.

Diese Halbheit rächte sich, wie sich alle Halbheiten zu rächen pflegen, wenn die Dinge bis zum schroffsten Für oder Wider gediehen sind und nur noch wie auf Messers Schneide dahin laufen. Sie führte die geflohenen Bürger nicht nach Paris zurück, aber sie ermuthigte die ruhigen Elemente in der Stadt, an der Urne zu erscheinen; sie half so den gesetzlichen Schein der Wahlen verstärken, ohne ihr günstiges Ergebniß zu sichern. Freilich was dabei verloren ging, war eben nur noch ein Schein, war eben nur der schöne Vorwand, als hätten die Revolutionäre nur gesiegt, weil eben nur sie an dem aufrührerischen Beginnen theilgenommen hätten. Die Sache selbst war längst verdorben und verloren durch die Feigheit der Bourgeoisie; dies zu erkennen, genügt ein Blick auf das Wahlergebniß. Eingeschrieben waren 490,000 Wähler**). Von ihnen fehlten 270,000; es wurden abgegeben 220,000 Stimmen, davon 160,000 für den Aufstand, 60,000 gegen ihn. Da die Revolution nach einer

---

*) „Enquete parlamentaire“ II, 343.

**) Da die Listen der Februarwahlen dem Wahlacte zu Grunde lagen, und in diesen 550000 Namen verzeichnet waren, so ergiebt sich ein Unterschied von 60000 Stimmen, über den sich nirgends eine Aufklärung findet. Vermuthlich rührt er daher, daß im Februar die zwischen den Forts und der Umwallung gelegenen Außenbezirke der Stadt mitwählten. Im März betheiligten sich jedenfalls nnr die zwanzig Bezirke innerhalb der Umwallung an der Wahl; einzelne kleine Nester in dem Weichbilde wählten sich später ihre eigene Commune.

alten und niemals trügenden Erfahrung bei solchen Entscheidungen immer ihren letzten Mann marschiren läßt — die späteren Ereignisse zeigten sogar, daß sie nicht entfernt mit unbedingter Sicherheit auf jene 160,000 Köpfe zählen konnte — so hätte noch in der letzten Minute der zwölften Stunde zwar schwerlich mehr alles, aber doch noch vieles gewandt werden können, falls nur die erhaltenden Kräfte der hauptstädtischen Bevölkerung dasselbe Maß von Einsicht und Muth gezeigt hätten, wie die zerstörenden, ein wahrlich nicht unbescheiden gerütteltes Maß, denn es kam eben nur auf die Abgabe eines Stimmzettels an. Dann hätten jene diesen gegenüber gestanden, wie 2 : 1. Ueber die schreiende Kritik dieser stummen Ziffern hilft alles nachträgliche Beschönigen nicht fort.

In ihren Einzelnheiten ging die Wahlhandlung nach revolutionärer Anordnung vor sich; wie das Stadthaus bestimmt hatte, dienten die Februarwahlen als Muster. Allgemeines Stimmrecht, Listenwahlen in den einzelnen Bezirken, ein Achtel der eingeschriebenen Stimmen als Minimalgrenze für die Giltigkeit jeder Wahl. Die Abstimmung war geheim, doch da das Centralcomité die geheime Wahl als eigentlich unwürdig wahrer Revolutionäre erklärt hatte, wählten einzelne Vorstädte mit offenen Stimmzetteln. Dem getroffenen Uebereinkommen gemäß hätten die vertriebenen Maires wieder in ihre Mairien eingesetzt werden müssen, um die Wahlen zu leiten; dies ist nach der bestimmten Versicherung des parlamentarischen Untersuchungsberichts nicht geschehen, obgleich nirgends eine genauere Mittheilung darüber zu entdecken ist, wie die Sache in den einzelnen Bezirken verlief. Vermuthlich entschied der augenblickliche Besitzstand; in den Stadttheilen, die noch von den Maires gehalten wurden, im Bank- und Börsen-, im Louvreviertel, in den elysäischen Feldern, in Auteuil und Passy fielen die Wahlen conservativ aus. Ein Gemeindewahlrecht gab es für Paris nicht. Unter dem Kaiserreich wurden die Mitglieder des Gemeinderaths vom Kaiser ernannt; bei den Novemberwahlen von 1870 waren die Maires und Beigeordneten der Bezirke nicht als Mitglieder einer communalen Körperschaft gewählt worden, sondern als Untergebene des Maires von Paris, den die Regierung ernannte. In dem Gemeindegesetzentwurfe, den Picard in die Nationalversammlung eingebracht hatte, war für Paris ein Gemeinderath von sechszig Mitgliedern vorgesehen, doch diese Vorlage war noch nicht Gesetz, und so blieb es, anscheinend unter allseitiger Zustimmung, bei der Bestimmung des Centralcomités, wonach in jedem Bezirke auf jede 20,000 und jeden überschießenden Bruchtheil von 10,000 Einwohnern je ein Mitglied des Raths entfallen sollte. Die Gesammtzahl der Mitglieder ist nur mit einiger

Schwierigkeit festzustellen, da nachträglich einzelnen Bezirken noch einzelne Stimmen zugebilligt wurden. Nach den gewöhnlichen Angaben waren es 90, nach der einen Liste des amtlichen Blattes 91, nach der andern 92, in Wirklichkeit aber zuletzt 93 Mitglieder, aus denen die Commune sich zusammensetzen sollte, wenngleich sie thatsächlich immer unter dieser Ziffer geblieben ist*).

Am Schwierigsten von allem ist schließlich festzustellen, wer die Männer waren, die aus diesen Wahlen hervorgingen. Es giebt über sie freilich eine kleine Literatur von Biographien; sogar die Lebensläufe ihrer Mätressen sind einer wißbegierigen Nachwelt nicht vorenthalten worden. Alles was ins standesamtliche Register schlägt, ist in actenmäßiger Genauigkeit vorhanden; alles was ins criminalistische Gebiet streift, wird mit überquellender Phantasie geschildert. Ist man vorsichtig genug, immer nur fünfzig und gelegentlich auch nur fünfundzwanzig Procent von dem zu glauben, was ihre Biographen unter feierlichen Versicherungen lauter-

*) Da noch nirgends ein übersichtliches und vollständiges Bild der Wahlen unter der Commune gegeben ist, so mag hier eine nach dem amtlichen Blatte zusammengestellte Liste ihren Platz finden. Am 26. März wurden 92 Mitglieder gewählt und zwar nach den einzelnen Bezirken: I, Adam, Meline, Rochrd, Barré; II, Brelay, Loiseau-Pinson, Tirard, Cheron; III, Demay, Arnaud, Pindy, Ch. Murat, C. Dupont; IV, Arthur Arnould, Lefrançais, Clemence, E. Gerardin, Amouroux; V, Regere, Jourde, Tridon, Blanchet, Ledroit; VI, Leroy, Gougil, Robinet, Beslay, Barlin; VII, Parisel, Lefevre, Urbain, Brunel; VIII, Raoul Rigault, Baillant, Arthur Arnould, Allix, IX, Ranc, U. Parent, Desmarest, Ferry, Nast; X, Gambon, Felix Pyat, Fortuné, Champy, Babick, Rastoul; XI, Mortier, Delescluze, Assi, Protot, Eudes, Avrial, Verdure; XII, Barlin, Geresme, Theiß, Fruneau; XIII, Leo Meillet, Duval, Chardon, Frankel; XIV, Billioray, Martelet, Decamp; XV, J. B. Chement, Jules Balles, Langevin; XVI, Marmottan, de Bouteiller; XVII, Barlin, L. Clement, C. Gerardin, Chalain, Malon; XVIII, Blanqui, Theiß, Dereure, J. B. Clement, Ferré, Vermorel, Grousset; XIX, Oudet, Puget, Delescluze, Miot, Ostyn, Flourens; XX, Bergeret, Ranvier, Flourens, Blanqui. — Von diesen 92 nahmen die 21 Mitglieder, deren Namen gesperrt gedruckt sind, ihr Mandat entweder gar nicht an, oder legten es schon in den ersten Tagen der Commune nieder; 7 andere Mandate wurden dadurch frei, daß Barlin dreifach, Arnould, Delescluze, Theiß, Blanqui nnd Flourens doppelt gewählt waren; zwei Sitze wurden am 3. April durch den Fall von Duval und Flourens erledigt; einem Bezirk wurde noch nachträglich ein Vertreter zugebilligt. Darnach waren 31 neue Wahlen nothwendig, die am 16. April vor sich gingen. Wegen mangelnder Betheiligung der Wähler kamen 10 dieser Wahlen gar nicht zu Stande; gewählt wurden nach den einzelnen Bezirken: I, Besnier, Cluseret, Pillot, Andrieu; II, Pothier, Serraillier, Durand, Johannard; III, Courbet, Rogeard; VII, Sicard; IX, Briosne; XII, Philippe, Lonclas; XVI, Longuet; XVII, A. Dupont; XVIII, Cluseret, Arnold; XIX, Menotti Garibaldi; XX, Viard, Trinquet. Von diesen 21 Wahlen fiel ein Mandat durch die Doppelwahl Clusersts aus; Briosne und Rogeard lehnten wegen unzureichender Stimmenzahl ab; Menotti Garibaldi verzichtete schweigend auf den ehrenvollen Ruf. Es waren also am 26. März 62, am 16. April 17 bleibende Mitglieder der Commune gewählt; ihr wirklicher Bestand belief sich somit auf 79 Köpfe, wobei noch zu bemerken ist, daß Blanqui durch seine Gefangenschaft gehindert wurde, jemals im Stadthause zu tagen.

ster Wahrhaftigkeit von ihnen melden, so kann man von jedem einzelnen der Communemitglieder erfahren, ob er ein Trinker, ein Schlemmer, ein Wüstling, ob er gar ein Polizeispion oder ein Wechselfälscher war. Auch über die Farbe ihrer Haare, die Länge ihrer Nasen, ihr Räuspern und ihr Spucken kann sich leicht jeder unterrichten, der sich irgend darüber zu unterrichten wünscht. Genug, zu drei Viertheilen aus Lüge geknetet und zu einem Viertheil aus Wahrheit, sind diese Gestalten vom Scheitel bis zur Sohle fertig, in jenen Bildersaal einzugehen, zu dem die Meister der historischen Schauerromantik den Schlüssel tragen. Aber sobald ein Strahl ernsthafter geschichtlicher Betrachtung sie trifft, zerfließen sie wie wesenlose Schemen der Nacht; vergebens sucht man nach den Fäden, die einst hin- und herliefen zwischen ihren Seelen und dem Webstuhl der Weltgeschichte.

Damit soll keineswegs gesagt werden, daß diese Männer an sich den Beruf und das Zeug zu geschichtlichen Rollen gehabt hätten. Nichts weniger wie das. Nicht die Kraft ihrer Arme, sondern eine unterseeische Springflut warf sie an die Oberfläche des Meeres; im Drange der Wogen erwiesen sie sich als elende Schwimmer und sanken sofort wie Blei. Aber eben, so wie sie waren, nicht durch glänzende Eigenschaften, durch große Fähigkeiten emporgetragen, sondern wahllos aufgewirbelt aus dem wimmelnden Leben der Tiefe, Bein von seinem Bein und Blut von seinem Blut, gewähren sie einen unvergleichlichen Einblick in die politische Psychologie der Bewegung, wenn man anders sie recht betrachtet. Das heißt, wenn man sich nicht an die zufälligen Eigenthümlichkeiten der einzelnen Individuen hängt, sondern die gemeinsamen Merkmale der Art und Gattung in den mannigfach verschiedenen Charakteren zu erkennen sucht. Nicht sowohl darauf kommt es an, ob dieses Herz schwarz oder jene Seele verkrüppelt war, sondern ob und wie die Epoche selbst Herzen und Seelen gefärbt und gestaltet hat. Leider ist diese Aufgabe nur noch in bescheidenem Maße lösbar, eben weil die französische Literatur die Männer der Commune immer als eine bunt verworrene Masse sinnloser Verbrecher, aber niemals oder so gut wie niemals als ein fein abgetöntes Bild socialpolitischer Typen aufgefaßt, weil sie das dümmste und gleichgiltigste Zeug bergehoch über sie geschrieben, aber höchstens flüchtige Seitenblicke dahin geworfen hat, worauf gerade nur alles ankommt.

Man sagt gemeiniglich: es waren Narren, Schurken, Verbrecher, im besten Falle mehr oder minder ehrenwerthe, aber durchweg leere, unbedeutende Menschen. Bis zu einem gewissen Grade ist das auch vollkommen richtig; es fragt sich nur, bis zu welchem Grade. Offenbar ist

mit dieser Kennzeichnung das culturgeschichtliche, das öffentliche, das politisch-sociale Moment in den Charakteren der Communemitglieder nicht entfernt getroffen; vielmehr macht die Erklärung das Unerklärliche nur noch viel unerklärlicher. Narren, Schurken, unbedeutende Menschen — wo giebt es ihrer nicht in schwerer Menge, aber wann hat ihres Nichts durchbohrendes Gefühl sie denn je in einem mächtigen Mittelpunkte des gesitteten Völkerlebens an die Spitze der menschlichen Geschicke gehoben? Der parlamentarische Untersuchungsbericht sucht sich zu helfen, indem er die Mitglieder der Commune eintheilt in so und so viel radicale Journalisten, so und so viel Ultrarevolutionäre, so und so viel Clubschwätzer und so weiter. Aber das sind keine politischen, keine psychologischen, keine socialen Unterschiede; vergebens sucht man nach einem greifbaren Inhalt dieser unklaren und verschwommenen Begriffe. Andere, wie Ducamp, suchen die gespaltenen Haare dann nochmals zu spalten, sprechen von Blanquisten, Hebertisten, Maratisten und wie diese Kriegsnamen sonst noch lauten mögen. Bei genauerer Prüfung findet sich, daß dieselben gar keinen sachlichen Kern haben; es sind Schreckensrufe, die alberne Prahlhänse erfanden, um sich wichtig und andere graulich zu machen; dies Spiel mit bunten Bändern hat nicht einmal den Werth, wie die verschiedenen Devisen und Farben akademischer Verbindungen auf deutschen Hochschulen. Mit einem Worte, auf solchen Wegen kommt man niemals zu einer menschlichen und wirklichen Erkenntniß dessen, was die Häuptlinge des größten, proletarischen Aufstandes im neunzehnten Jahrhundert waren. Vielmehr muß man für diesen Zweck den umgekehrten Weg der Forschung einschlagen, wie er bisher eingeschlagen worden ist; man muß nicht aus den Personen auf die Sache, sondern aus der Sache auf die Personen schließen, man muß die Mitglieder der Commune, so wie sie es in Wirklichkeit waren, nicht als die Schöpfer, sondern als die Geschöpfe der Bewegung auffassen, in deren Wirbeln sie selbst nur mühsam rangen, „verlorne Schwimmer in der Brandung Schwelle"; man muß prüfen, wie sich die geistigen, politischen, socialen Strömungen, aus denen die Commune emporwuchs, in diesen Gestalten verkörperten. Dann mag man sie vielleicht noch trotz der großen Lücken des thatsächlichen Stoffs mit einer Art schattenhafter Plastik aus dem ungeheuren Wirrwarr hervortreten sehen; namentlich wird man dann erkennen, daß der bunt schillernde, verworrene Eindruck, den die achtzig oder neunzig Köpfe auf den ersten Anblick machen, doch merklich trügt, und thatsächlich sich von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, aus einer leisen Schattirung immer unmerklich in die andere, ein fesselndes, nirgends durch grelle Sprünge in

Farbe und Ton unterbrochenes Bild der Leidenschaften und Thorheiten entwickelt, die mit Eulenflügeln um das Haupt des modernen Menschen schwirren *).

---

*) Das biographische, meist äußerst unzureichende Material über die Mitglieder der Commune ist in der ganzen Literatur über den Aufstand zerstreut. Vieles und verhältnißmäßig auch wohl das Beste enthält das umfassende Werk von Ducamp, dessen vierter und letzter Theil eben unter dem Titel: „La commune a l'hotel de ville", Paris 1880, erschienen ist. Der psychologische Blick des Verfassers ist zwar unglaublich stumpf, aber in der äußerlichen Richtigkeit der trockenen Thatsachen ist er verläßlicher, wie andere. Mehrere Schriften beschäftigen sich ausschließlich mit der biographischen Seite der Sache. Georges d'Heylli „Le livre rouge de la commune", Paris 1871, zählt nach dem amtlichen Blatt Aemter und Namen aller derer auf, die irgend eine Rolle in dem Aufstande gespielt haben. Jules Clere „Les hommes de la commune", Paris 1871, giebt die Lebensläufe aller Mitglieder der Commune, ebenso Delion in seiner Schrift „Les membres de la commune et du comité central", Paris 1871; letzterer fügt auch noch die Biographien der namhafteren Beamten, Officiere und Journalisten der Commune bei. Clere ist zuverlässiger, wie Delion. Eine kurze Probe aus letzterem mag noch zeigen, wie auf diesem Gebiete gelogen worden ist selbst in Schriften, die besonders auf ihre Zuverlässigkeit in biographischer Hinsicht pochen. Ueber Frankel heißt es bei Delion S. 93: „Er wurde 1864 in die preußische Armee gesteckt und kam in Garnison nach Königsschwartz in Schlesien. Dort lernte er Bebel und Jacoby kennen, von denen jener wegen seines Essais über die Zukunft der Arbeiter, dieser wegen seiner Flugschrift über den Bürgerkrieg in der Festung gefangen saß. Diese alten Revolutionäre machten aus dem jungen Soldaten einen überzeugten Socialisten, der bald zur streitenden Propaganda gehörte und sich der Marianne, wie dem Bunde der Freiheitsfreunde anschloß. Als die Internationale diese beiden Gesellschaften aufsog, nahm Frankel natürlich an ihr Theil 2c." So geht es seitenlang fort über die „letzte und blutigste Schmach", über den „Berliner", der die französische Gastfreundschaft mit „deutscher Münze" gelohnt habe. Der ganze Unsinn entbehrt sogar jenen Schattens von thatsächlichem Anhalt, dessen die Spinnweben selbst der dreistesten Lügen gewöhnlich doch nicht ganz entrathen mögen. Frankel war kein Preuße, sondern ein Oesterreicher. Dieser Schwindel ist weder der einzige, noch auch nur der ärgste seiner Art; er ist hier nur hervorgehoben, weil deutsche Leser ihn schon mit einem flüchtigen Blicke in seiner ganzen, grotesken Größe zu erkennen vermögen.

Ein Deutsches und ein Französisches Gemälde.

Die in dem Uhrsaale der Akademie ausgestellten beiden Gemälde, Die Girondisten von Piloty und Der Tag von Le Bourget von Neuville, sind deshalb von einer gewissen Wichtigkeit, weil sie in ausgezeichneter Weise die Richtungen charakterisiren aus deren Verfolg sie hervorgegangen sind. Auf dem einen sehen wir einen Deutschen Maler einen Französischen Stoff, auf dem andern einen Französischen Maler einen Deutschen Stoff behandeln. Den Französischen Maler sehen wir bestrebt im Sinne des Deutschen historischen Realismus, den Deutschen Maler in der Art eines Französischen idealen Genremalers zu arbeiten. Jeder will ein bestimmtes historisches Factum so effectvoll als möglich darstellen. Wo liegt der Unterschied?

Die Französische Revolution hat aufgehört für einen unabwendbaren Kampf heroischer Mächte zu gelten. Noch vor zwanzig Jahren war sie der „große innere Krieg“ der Vorkämpferin unter den modernen Nationen, den zu verhindern keine Hand stark genug gewesen wäre; heute, wo die Polizeiberichte jener furchtbaren Jahre und Tage gedruckt vorliegen, sehen wir nur einen politischen Schwindelanfall in ihr, dem mit abkühlenden Mitteln wohl beizukommen gewesen wäre. Die ganze Kahlheit der damaligen Gedankenwelt ist uns heute unverborgen. Was gut und groß war, war bereits vorhanden ehe die Tage der Revolution erschienen, was nach der Revolution als scheinbare Blüthe neu aufsproßte, waren nur Schößlinge aus den Wurzeln der edlen in den Schreckenstagen gefällten Bäume: keine neuen Schonungen aus frisch gerodetem Boden. Ich weiß nicht, ob spätere Zeiten ebenso urtheilen werden, weiß auch sehr wohl, daß nicht Jedermann heute so urtheilt, allein Jedermann dennoch wird zugeben, daß eine allgemeine Tendenz heute herrscht so zu urtheilen. Wollte heute Jemand ein Volkstrauerspiel schreiben, in welchem die Girondisten als dem Untergange stark entgegengehende Helden aufträten, so würden ohne Zweifel viele Blätter Recensionen bringen in denen dies Heldenthum mehr oder minder angezweifelt würde, während dem Publicum

im Theater selber gegenüber die Herren ohne Zweifel etwas fremd aufträten und Vieles nebenbei sagen müßten, woraus erhellte, was sie gewesen sind. Es gab eine Zeit wo ganz Deutschland von den Girondisten sprach: vor 1848, als Lamartine's Buch die Stimmung vorbereiten half, aus der die Revolution in Paris entstand. Heute sind diese Dinge uns ferner gerückt, weil wir an uns selbst zuviel erlebt haben. Und so blieb dem Künstler nichts übrig, als eine Illustration zu dem schrecklichen Texte zu liefern, daß bei den zum Vortheil des leidenden Volkes aufgewühlten Revolutionen die Männer, welche die reinsten Absichten hegten, am sichersten vom Volke selber zerrissen werden. Gewiß ein grandioses Thema zu einem Gemälde das erschüttern könnte.

Auch hat der Künstler sein Möglichstes gethan. Von den Verurtheilten blickt die Hauptperson begeistert, als sei er dem Irdischen bereits entrückt, gen Himmel: der bekannte Märtyrer, der mit demselben Blicke etwa als Christ in einer römischen Arena den zuspringenden Tiger zu erwarten pflegt. Der hergebrachte Andere, neben diesem ersten, fehlt, der die ihn umgebende Welt kälter ansieht, der was geschehen ist, geschieht und geschehen wird mit nach innen gewandten Gedanken überlegt, und sich sagt, daß nach einigen Minuten seine Halsmuskeln einen entscheidenden Schnitt empfangen haben. Der Dritte, der elegante Abbée, wirft einen Seitenblick auf den Todten im Karren und scheint sich zu sagen: das Leben wäre doch schön, ich war einmal jung, und lebenslustig, indessen, fort damit! nach soviel vergnügten Abenden muß ein schlimmer Morgen wie heute mit hinuntergeschluckt werden. Eine ähnliche Nüancirung zeigt das Gemälde bei den Tricoteusen: die fanatische Megäre, die verhärtete Gleichgültige und das von einem heimlichen Zuge des Mitleids angehauchte, immer noch ein Herz im Busen tragende Weib. Dazu dann als Umgebung die Soldaten, welche ihre Pflicht thun, und schließlich die Straßenjungen, für die jede Leiche ein Amüsement ist, einerlei wer im Sarge liegt.

Diese Gegensätze sind von Piloty weder erfunden, noch neu formulirt, noch interessiren sie die Welt überhaupt heute in besonderer Weise. Man vergleiche, mit welcher Tiefe sich auf Delaroche's Verurtheilung der Maria Antoinette in den Frauenfiguren rechts am Rande jene drei Gefühlsunterschiede dargestellt finden.

Das eigentliche Interesse des Gemäldes liegt aber auch nicht hier.

Piloty ist bekanntlich einer der Hauptvertreter des modernen sogenannten Realismus, der die Dinge malen will, nicht wie sie sein sollten, sondern wie sie sind. Unsre Realisten sagen: wenn wir an die Ereignisse glauben sollen, müssen die daran betheiligten Persönlichkeiten vor

allen Dingen Kleider tragen, an die wir glauben können. Allmälig ist diese Wahrheit dann dahin erweitert worden, daß sie heißt: wenn die Persönlichkeiten, die wir euch malen, Kleider tragen, an die ihr glauben könnt, so könnt ihr auch sicher sein, daß die Begebenheiten, die wir darstellen, ächt historische sind.

Nun aber fängt unser Publicum an, diesem zweiten Satze keinen rechten Glauben mehr schenken zu wollen. Und, sonderbarer Weise, die Künstler auch nicht. Piloty scheint auf einer stillen Umkehr begriffen zu sein. Es ist auffallend, wie wenig, trotz all des scheinbaren Realismus, von der rohen Existenz der Dinge in seinem Gemälde zu sehen ist, dessen Figuren vielmehr der Mehrzahl nach in Bewegung wie in den Umrissen eine gewisse ideale Linienführung erkennen lassen, oder wenigstens ein Streben nach ihr verrathen. Dasselbe bemerken wir im Colorit. Niemand wird diese gebrochenen Töne, deren Harmonie durch einen fast unsichtbaren blassen Nebel herbeigeführt worden ist, für die der Natur vom Leibe gerissenen Farben halten, welche herzustellen das Bestreben der heutigen Münchner Schule sein soll. Piloty's Farbengebung erinnert auf diesem Gemälde an ein vor 20—30 Jahren von manchen pariser Malern erstrebtes Colorit. Stände das Werk ohne Namen und Jahreszahl da, so würde man es wirklich vielleicht für ein älteres französisches Werk halten, dessen melodramatische Auffassung weder rechte Historie, noch rechtes Heldengedicht, sondern das wäre, was man heute „ein Romancapitel“ zu nennen pflegt.

Ebenso französisch auch der Umstand, daß das eigentliche Neue auf dem Gemälde die Ausbeutung der „strickenden Damen aus dem Volke“ ist. Offenbar bildet diese Stelle den Glanzpunkt der Arbeit; auch ist die meiste Sorgfalt darauf verwandt worden. —

Wie ächt Deutsch spricht uns beim ersten Hinblicke dagegen Neuville's Darstellung an! Hier tragen die Soldaten keine Balletstiefel, sondern wirkliches Leder an den Füßen. Dieser Boden ist von ächtem Schneewasser zu dem wirklichen patschnassen Elemente gemacht worden, in dem man mit feuchten Füßen und heißem Kopfe dasteht und mit allen Nerven fühlt wozu man dastehe. Es weht eine Luft aus dem Gemälde uns an, als umgebe dieser trübe Tag von le Bourget uns selbst mit und müßten wir in die furchtbare Arbeit, mit der hier einen Augenblick nur innegehalten wird, mit hineingerissen werden. Das ist Realismus. Wie diese Röcke unserer Soldaten all den Regen eingesogen haben der an jenem Tage fiel, wie das Blut da auf den Steinen eine ächte Mischung von flüssigem Schmutz und Menschenblut ist, und wie alle diese Fäuste bereit sind, auf einen Wink mit den Waffen in der alten Arbeit fortzufahren.

Und doch ist das Gemälde nicht das eines Deutschen, den ein gewisses inneres Gefühl der Dinge Deutsche Soldaten so bis ins kleinste Detail kennen und darstellen läßt, sondern ein Franzose hat es gemalt, dem vielmehr der Haß die Blicke für all das schärfte und die Fähigkeit verlieh, es zu reproduciren.

Dieses Gemälde ist nicht aus der unbestimmten Absicht entstanden, irgend einen historischen Moment populär-rührenden Inhaltes zu illustriren, sondern verdankt fester, bitterlich ernst gemeinter Gesinnung sein Dasein. Es will etwas und soll etwas sein: das Unterliegen der undisciplinirten höheren Raçe ist dargestellt unter der Wucht der niederen aber disciplinirten. Diese Franzosen, die da verwundet stehen und sterbend herausgetragen werden, sind im Sinne des Malers die letzten „Menschen", die im ungeheuren Umschwunge der Weltgeschichte denen unterliegen, die im höheren historischen Sinne entweder noch keine Menschen geworden sind oder leise bereits aufgehört haben es zu sein. Gloria Victis! So empfanden die letzten Römer den Gothen gegenüber. Wir dürfen dem Franzosen diese Auffassung nicht übel nehmen, umsoweniger, als man im allgemeinen in Frankreich wieder ruhiger geworden ist und das Kind nicht mehr mit dem Bade ausschüttet. Aber wenn Kunstwerke reden, warum ihre Sprache nicht verstehen wollen? Was uns von dieser Seite gesagt wird, ist ebenso deutlich, als was voriges Jahr Matejko's großes Gemälde sagte, auf dem wir an erster Stelle einen polnischen Bauer dem Comthur von Brandenburg eine Schlinge um den Hals werfen sahen. Am liebsten möchten sie den Hanf der ganzen Welt zu solchen Schlingen verarbeiten.

Neuville's Gemälde sagt was es sagen will, nicht in herausfordernder, beleidigender Sprache, sondern mit beinahe elegischem Accente. Es zeugt von ungemeiner Fähigkeit die Natur nach jeder Richtung hin zu beobachten und treu wiederzugeben. Man sehe nur rechts diese Straße herunter, in der die Bataillone fortmarschiren. Es ist keine unlebendige Stelle auf der Leinwand, Alles ist studirt, Alles mit Liebe wiedergegeben, nirgends ein Schimmer von Uebertreibung, sondern rein Alles der Natur abgeschrieben. Dies der Grund, weshalb das Werk je länger wir davorstehen, um so anziehender wirkt. Es verdient in vollem Maße die Anerkennung, die es bereits gefunden hatte als es nur in Photographien erst bekannt geworden war.

Nachdem soviel zum Lobe dieser Arbeit gesagt worden ist, schließen wir denn doch mit etwas anderem.

Warum läßt auch Neuville's Gemälde keinen befriedigenden Eindruck in der Seele des Betrachtenden zurück? Etwa weil, wie Militärs ver-

sichern, die Affaire durchaus anders verlief als sie hier dargestellt wird? Dies kann der Grund unseres Mißbehagens nicht sein, denn, erstens, wissen nur Wenige diesen Nebenumstand und, zweitens, man vergißt ihn dem Werke gegenüber, so lebendig ist dessen Wirkung. Niemand aber wird leugnen wollen: das Gemälde ergreift uns nur solange wir davorstehen, es verwirrt sich wenn wir es uns in Gedanken zurückrufen wollen.

Weder das was Piloty, noch was Neuville hier gewollt und jeder in seiner Weise erreicht hat, ist, unserer Meinung nach, ächte Kunst. Weder Piloty's heimlicher Versuch, ideale Linien in seine Composition hineinzubringen, noch Neuville's unbedingte Hingabe an die Wirklichkeit vermochten ein Werk von reinmenschlichem Gehalte zu schaffen. Es giebt alte Sätze, die keine Revolution jemals umstoßen wird: die ächte Kunst soll unschuldig erfreuen, oder, wo sie das Furchtbare behandelt, erheben und befreien. Der Realismus, an den heute so fanatisch geglaubt wird, kann vorübergehend ergreifen und erschüttern, niemals aber die Seele mit jener großen ernsten und nachhaltigen Harmonie erfüllen, ohne die alle Tragik nur scheinbare Tragik ist.

Den 14. Februar 1880. H. G.

Politische Correspondenz.

Die auswärtige Politik Frankreichs und die Militärvorlage.

Berlin, 11. Februar 1880.

Wenn der Geschichtschreiber die Aufgabe hat, die Gegenwart aus der Vergangenheit zu erklären, das Gewordene im Werden zugleich erkennen zu lassen und zu motiviren, so ist der Publicist, der im Strudel der Ereignisse steht, und nicht nach Decennien, sondern nach Monaten und wenn es hoch kommt, nach Jahren rechnet, vielmehr darauf hingewiesen, den Anhaltspunkt für die Beurtheilung dessen, was gestern war, in dem zu gewinnen, was heute ist. Er ist nicht in der Lage abzuwarten, bis die Kette sich schließt und die einzelnen Ringe, aus denen sie besteht, gezählt werden können. Unser Wissen ist Stückwerk. Nicht das Gewordene steht vor unseren Augen, sondern das Werdende. In den meisten Fällen kennen wir nicht einmal alle Momente des Prozesses, der sich in unserem Beisein vollzieht, sondern nur die Symptome, deren Bedeutung wir uns, Jeder nach seinem Standpunkt, zurecht legen, oft richtig, oft falsch, bis ein großes Ereigniß ein plötzliches Licht auf die Gegenwart und die Vergangenheit wirft.

Der Zerfall des Dreikaiserbündnisses und der Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses vom 15. October 1879 hat die Welt überrascht, obgleich die plötzlich hervortretende Thatsache, wir wollen nicht sagen, die nothwendige, aber doch die wahrscheinliche Consequenz des Berliner Vertrags vom 13. Juli 1878 war. Es handelt sich aber hier nicht um ein Ereigniß, welches zugleich die Vergangenheit und die Zukunft erkennen läßt. Die wirkliche Bedeutung des Vorgangs vermag nur der zu erkennen, der die Fäden des Gewebes in der Hand hält. Noch heute wird ja darüber gestritten, ob die deutsche Politik nur den Versuch gemacht habe, einem allzu anspruchsvollen Verbündeten den Werth ihrer Freundschaft begreiflich zu machen. Welche besonderen Vorgänge zu jenem Bündniß geführt haben, ist noch heute ein Geheimniß, welches von den handelnden Personen sorgfältig gehütet wird. Die Aeußerung des Fürsten

Bismarck aus dem Februar 1878, nur die russische Regierung könne die deutsch-russische Freundschaft zerstören — eine Aeußerung, die damals mehr eine rhetorische Wendung als eine Warnung schien — hat durch den Gang der Dinge sehr rasch eine authentische Interpretation erhalten.

Immer aber bleibt das deutsch-österreichische Bündniß nur ein Symptom — freilich das Symptom einer Krisis in den europäischen Verhältnissen und namentlich in den Beziehungen des deutschen Reiches zu seinen Nachbarn, deren Gefährlichkeit um so deutlicher hervortritt, wenn man bedenkt, daß zum ersten Mal seit der Wiederherstellung des deutschen Staates ein Bündniß geschlossen wird, nicht ad hoc, wie das mit Italien im Jahre 1866, sondern auf lange Jahre hinaus. Die optimistische Auffassung, daß das Bündniß mit Oesterreich eine unerschütterliche Garantie für den Frieden Mitteleuropa's sei, ist sehr rasch zurückgedrängt worden nicht sowohl durch die Einbringung des Militärgesetzes, als durch die überraschende Offenheit, mit der die Forderung einer so erheblichen Verstärkung der Rüstung motivirt worden ist. Obgleich nämlich die Bedeutung, welche die seit 1874 außerhalb Deutschlands eingeführten Heeresreformen für Deutschland haben, durch den Hinweis darauf in's Licht gesetzt wird, daß Deutschland auf weite Strecken von drei Groß- und vier Mittelstaaten begrenzt, an einer ausgedehnten Meeresküste zugänglich, jederzeit zur Vertheidigung seiner Freiheit und Sicherheit bereit sein müsse, giebt sich die den Motiven angehängte statistische Zusammenstellung nicht einmal die Mühe, neben den Friedensformationen Frankreichs und Rußlands auch diejenige Oesterreich-Ungarns mitzutheilen, obgleich die bezüglichen Ziffern dem Verfasser ohne Zweifel zur Hand waren. Im Inlande wie im Auslande ist diese Zahlen-Gruppirung und die Betonung der Deutschland eigenthümlichen centralen Lage, welche die Möglichkeit eines gleichzeitigen Krieges auf mehreren Fronten nicht ausschließt, als Beweis dafür aufgefaßt worden, daß die Reichsregierung einen combinirten russisch-französischen Angriff zum mindesten für möglich halte. Daß diese Auffassung nicht von alarmistischen Geistern in die Vorlage hineingetragen ist, wird Jedem klar werden, der sich die Möglichkeit vorstellt, daß das Begleitschreiben des Reichskanzlers nicht das Datum des Januar 1880, sondern dasjenige des Januar 1879 trüge. Damals hätte man in der That sagen können, der preußische Kriegsminister lasse sich lediglich von technisch-militärischen Erwägungen leiten. Seit dem August 1879 ist dieses Raisonnement ausgeschlossen. Angesichts der seit jener Zeit notorisch gewordenen Erschütterung der deutsch-russischen Beziehungen wirkte die Vorlage des Reichskanzlers an den Bundesrath wie eine diplomatische Enthüllung. Wollte der Reichskanzler urbi et orbi zu wissen thun, daß er russisch-französischen

Zetteleien gegen Deutschland auf der Spur sei? Nicht daß unsere militärischen Autoritäten eine Vermehrung der Zahl und der inneren Stärke der deutschen Armee für nothwendig erachteten, sondern daß der Reichskanzler die ursprünglich noch weiter gehenden Forderungen der Militärs beschränkend, die Vorlage wenigstens in dem jetzigen Umfange mit seiner Autorität deckt, muß bedeutsam erscheinen. Bis dahin, muß man annehmen, hatte der Reichskanzler Widerstand geleistet. Weshalb aber verzichtete er jetzt auf das ihm zustehende Veto? Sollen in der That die Andeutungen das Rechte treffen, daß Vorgänge neuesten Datums den Beschluß herbeigeführt hätten, den Ablauf des im Jahre 1874 beschlossenen Septennats nicht abzuwarten, wie es bis dahin in der Absicht der Regierung gelegen hatte? Welches diese Vorgänge sind, ist nicht schwer zu errathen. Der Beschluß, einen Antrag auf Vermehrung der Armee jetzt schon an den Reichstag zu bringen, ist der Einsetzung des Ministeriums Freycinet in Frankreich auf dem Fuße gefolgt. Das post hoc, ergo propter hoc mag immerhin mit plausibel scheinenden Gründen bestritten werden; die „brutale Thatsache" ist nicht in Abrede zu stellen. Was die Einsetzung des Ministeriums Freycinet für die innere Politik Frankreichs bedeutet, ist kürzlich an dieser Stelle erörtert worden. Heute scheint es angesichts der Militärvorlage doppelt geboten, die Frage aufzuwerfen, ob und welche Bedeutung der französische Ministerwechsel für die auswärtige Politik der Republik hat.

Die Sprache der Diplomatie und der Presse wird man hierbei billiger Weise aus dem Spiel lassen müssen. Die Aufgabe der Diplomatie ist durch das bekannte Wort Talleyrand's zur Genüge gekennzeichnet. Nicht einmal auf den Umstand, daß der französische Botschafter am Berliner Hofe, Graf de Saint-Vallier, der sofort nach dem Eintreffen der Nachricht von dem definitiven Rücktritt Waddington's und der Ernennung des Herrn von Freycinet dem neuen Minister des Auswärtigen sein Botschafter-Mandat vor die Füße warf, wird unser Urtheil bestimmen dürfen. Graf de St. Vallier hat dem Appell der Republikaner nicht widerstehen können und nach einigem Schwanken eingewilligt, die Politik seiner Regierung mit seiner Flagge zu decken. Niemand außer seinen Intimen hat das Recht, ihm einen Vorwurf zu machen. Ein Graf de St. Vallier ist ohne Zweifel ein besserer Deckmantel für Gambettistische Tendenzen als ein Challemel-Lacour. Gerade die unnatürliche Verbindung dieses Herrn und dieses Dieners ist geeignet, unser Mißtrauen zu schärfen.

Ueber die Haltung der französischen Regierungspresse, d. h. der Presse der regierenden Partei würden wir schweigen, wenn wir nicht dringende Veranlassung hätten, ihre Verdienste anzuerkennen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen — und diese bestätigen nur die Regel —

legt die Presse wahrhaft staunenswerthe Beweise einer Disciplin ab, einer bedingungs- und rücksichtslosen Unterwerfung unter das Staatsinteresse, welches hier allerdings mit dem Privat- oder Partei-Interesse zusammenfällt, wie sie beispielsweise mit dem individualistischen Zuge der deutschen Nation ganz unvereinbar erscheint. Ist doch gerade die Frage des Rücktritts Waddington's und der Abberufung des Grafen de St. Vallier im entscheidenden Momente wenigstens in den leitenden Blättern der herrschenden Partei mit einer Zurückhaltung behandelt worden, die Bewunderung verdient und die den deutschen Blättern, welche den Grafen Peter Schuwalow durch das unerschöpfliche Lob seiner deutschfreundlichen Gesinnung in London wie in St. Petersburg unmöglich gemacht haben, unbegreiflich erscheinen dürfte. Es wäre denn auch ein vergebliches Bemühen, aus der Lektüre der République française, des „Temps", der seine Anhänglichkeit an die Männer des linken Centrums dem Bedürfniß, Organ des Herrn Freycinet zu sein, wie er das des Herrn Waddington gewesen, unbedenklich geopfert hat, die Kenntniß der in den leitenden Kreisen herrschenden Auffassungen zu schöpfen.

Daß Frankreich eine Macht zweiten Ranges geworden ist, daß es des Friedens bedarf, bis es zu dem geheimnißvollen „Ziele" seiner Politik gelangt sein wird, daß es jeder Verwickelung mit größter Sorgfalt aus dem Wege gehen muß, um dem gewaltthätigen deutschen Reichskanzler nur ja keinen Vorwand zur Demüthigung der Republik zu geben, — das ist so ziemlich die Quintessenz der Reflexionen über die auswärtige Politik. Und merkwürdiger Weise ist diese Taktik nicht ohne Eindruck auf einen großen Theil des deutschen Publikums geblieben. Die Friedensliebe der französischen Politik wird in Deutschland von der großen Masse der Zeitungleser mit aufrichtiger Befriedigung anerkannt und in der Regel von der inspirirten Presse mit einer Beflissenheit constatirt, welche nicht frei ist von politischer Heuchelei. Eine gewisse Stabilität ist wenigstens dem auswärtigen Ministerium nicht abzusprechen. Vielleicht in keinem Verwaltungszweige sind die Personenwechsel so selten gewesen und anscheinend so bedeutungslos als in diesem. Als nach dem Sturz des Präsidenten Thiers am 24. Mai 1873 der legitimistische Herzog von Broglie das Portefeuille der auswärtigen Angelegenheiten aus den Händen des Herrn Rémusat übernahm, beeilte er sich die Versicherung abzugeben, daß die auswärtige Politik mit dem Präsidentenwechsel nichts zu thun habe. „Sie können sich erinnern", schreibt der Herzog an die Vertreter Frankreichs im Auslande, „daß während der letzten zwei Jahre die Verhaltungslinie, welche Herr Thiers einschlug, um nach dem Kriegsunglück von 1870 unsere Beziehungen zu den auswärtigen Mächten wiederherzustellen, nie-

mals der Gegenstand einer Debatte in der Nationalversammlung gewesen ist; im Gegentheil bestätigen zahlreiche Abstimmungen das erfolgreiche Bemühen dieses hochansehnlichen Mannes, die Spuren unseres Unglücks zu entfernen und Frankreich seine volle nationale Unabhängigkeit wiederzugeben." Ein Jahr später, als der Versuch der Wiederherstellung der Monarchie gescheitert war und das Ministerium Cissey dem Ministerium Broglie folgte, trat der orleanistische Herzog Decazes, dessen Freundschaft mit dem Fürsten Gortschakoff seinen Sturz überdauert hat, in das auswärtige Amt ein. Es ist überflüssig, den Leser mit der Aufzählung der bald nach Rechts bald nach Links wechselnden Ministercombinationen zu ermüden, welche in die Zeit bis zum 13. December 1877 fallen, wo der Herzog von Magenta, des langen Haders müde, seine Sorgen in die Hände des Ministeriums Dufaure, des Vorläufers der Präsidentschaft Grévy und des Ministeriums Waddington, niederlegte. Zwei Jahre lang leitete Waddington die auswärtige Politik Frankreichs, bis Gambetta die Zeit für gekommen erachtete, seinen Genossen aus der Kriegszeit, Herrn von Freycinet, der dem Ministerium Waddington als Minister der öffentlichen Arbeiten angehört hatte, mit der obersten Leitung der innern und der alleinigen Leitung der auswärtigen Politik zu beauftragen. Selbst Herr von Freycinet hat von dem Rundschreiben des Herzogs von Broglie Gebrauch gemacht, nur mit der Variante, daß die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Frankreichs als fait accompli behandelt wird.

Hat aber, so muß man fragen, die Phrase, daß von dem Auf und Ab der innern Politik die auswärtige Politik Frankreichs unabhängig ist, irgend einen Sinn? Ist die auswärtige Politik der Ministerien Broglie und Decazes in der That identisch mit derjenigen des Herrn Waddington und der noch unbekannten des Herrn von Freycinet?

„Sauvez Rome et la France" war der Refrain der Pilger-Gesänge auf den Wallfahrten nach Chartres und Paray-le-Monial, an denen das ganze katholische Frankreich als an einer großartigen Demonstration gegen den deutschen Eroberer und das kirchenräuberische Italien Theil nahm, so daß Pius IX. in seiner Antwort auf die Adresse der legitimistisch-clericalen Abgeordneten (Juli 1873) in den Jubelruf ausbrach, „in Frankreich habe sich nach so langer Finsterniß des Irrthums von Neuem die Sonne der Gerechtigkeit erhoben." Während in Preußen der Kulturkampf tobte, war die Befreiung des Pabstthums die Parole der in Frankreich herrschenden Parteien. Die nächste Folge war der Besuch, den der König von Italien im September 1873 mit großem Gefolge und in Begleitung des Ministerpräsidenten Minghetti, des Ministers des Auswärtigen,

Visconti-Venosta, und einer Anzahl höherer Militairs den Höfen in Wien und Berlin abstattete, um sich für den Fall der Noth des Schutzes der beiden Großmächte zu versichern. Und während die friedliebenden Staatsmänner der französischen Republik dem italienischen Nachbar in ohnmächtiger Wuth drohten, buhlten sie in Petersburg um die Freundschaft Rußlands. So kam das Jahr 1875 und der Erlaß des französischen Cadresgesetzes vom 12. März, welches die 496 Infanterie-Bataillone der Armee um 149 Bataillone und die Friedensstärke um 144,000 Mann vermehrte, angeblich um durch die Errichtung der vierten Bataillone für das Avancement der so mäßig besoldeten Officiere zu sorgen, ein Motiv, welches durch das einstimmige Votum der Nationalversammlung in das hellste Licht gestellt wurde. Die Beunruhigung, welche diese so unschuldige Maßregel in den deutschen militairischen Kreisen hervorrief, und die in den bekannten „Krieg — in — Sicht"-Artikeln Wiederhall fanden, gaben dem Herrn Decazes die erwünschte Gelegenheit, über Frankreichs Bedrohung durch den Fürsten Bismarck in Petersburg und London Klage zu führen. Mit welchem Erfolg, ist bekannt. Die Königin Victoria appellirte an die Friedensliebe des Kaisers Wilhelm und Lord Derby hatte die Naivetät, dem Fürsten Bismarck die guten Dienste der englischen Regierung anzubieten. Leider hat die englische Regierung trotz ihres Durstes nach Oeffentlichkeit die damalige Antwort des deutschen Reichskanzlers für sich behalten. Die Rolle, welche Fürst Gortschakoff in dieser Tragikomödie spielte, haben die Enthüllungen des Pariser „Figaro" im August v. J., zu denen Niemand anders als der Herzog Decazes selbst das Material lieferte, gekennzeichnet. „Seid stark, sagt der russische Reichskanzler zu dem französischen Botschafter, General Leflô. Ihr seid zu reich, um nicht Neid zu erregen. Die Milliarden, die Ihr gezahlt habt, kehren zu Euch zurück und Frankreich macht Bismarck Sorge. Ich habe es ihm gesagt; denn wir sind über seine Handlungsweise entrüstet. Noch einmal, macht Euch stark. Ich verspreche Ihnen, mich in Berlin bei dem Fürsten Bismarck zu verwenden. Der Czar wird bei dem Kaiser dasselbe thun." Aber obgleich der englische Botschafter in Berlin noch vor dem Eintreffen des Kaisers Alexander in der deutschen Hauptstadt die beruhigende Meldung nach London gelangen ließ, jede Kriegsgefahr sei beseitigt, setzte Fürst Gortschakoff seine Friedensbemühungen, von denen er wußte, daß sie überflüssig waren, mit compromittirendem Eifer fort, um, wie Fürst Bismarck während des Berliner Congresses dem Pariser Times-Correspondenten vertraute, als „Retter Frankreichs" in Berlin auftreten zu können. Die „Times" ließ damals den Fürsten Bismarck erzählen: „Ich sagte dem Kaiser von Rußland und ich sagte Gortschakoff:

Wenn Sie ein solches Verlangen nach einer französischen Apotheose haben, so besitzen wir noch Credit genug in Paris, um sie in irgend einem Theater erscheinen zu lassen in einem mythologischen Costüm, mit Flügeln an ihren Schultern und umgeben von bengalischen Lichtern. Es lohnte sich wirklich nicht, uns als Bösewichter darzustellen zu dem einzigen Zwecke, ein Cirkular zu erlassen."

Das Wort des Kaisers Alexander beim Empfang des diplomatischen Corps am 18. Mai 1875: „Der Friede ist gesichert", fand in Frankreich um so lautern Beifall, als Rußland, welches schon im Januar 1874 die allgemeine Wehrpflicht eingeführt und seine Armee ganz nach preußischem Vorbild organisirt hatte, für eine Deutschland mindestens ebenbürtige Militärmacht galt, deren Allianz wenigstens für die Zukunft von der größten Bedeutung sein würde. Vorläufig freilich überwog das Gefühl der Furcht vor dem Sieger von 1870—71. Der Ausbruch der Orientkrisis, welche im Spätsommer 1875 den Aufstand in der Herzegowina einleitete, drängte alle Hoffnungen zurück. Rußland, England und Oesterreich waren durch ihre Stellung zu den Orientfragen gebunden, Italien durch die Hetzereien der Ultramontanen Frankreich entfremdet und auf die Freundschaft Deutschlands hingewiesen. Wenn Fürst Bismarck in der That die Absicht gehabt hätte, über Frankreich herzufallen, um die Wiederherstellung seiner Militärmacht zu verhindern, die Zeit des russisch-türkischen Krieges wäre die günstigste zur Ausführung dieser Absicht gewesen. Die deutsche Politik hatte andere Ziele, was sie freilich nicht abhielt, mit Sorgfalt darüber zu wachen, daß Frankreich sich nicht in die Irrgänge des orientalischen Labyrinths vertiefte.

Wesentlich erleichtert wurde diese Aufgabe zunächst durch den Sieg der republikanischen Partei bei den Neuwahlen zur Deputirtenkammer am 14. October 1877. Die seit 4 Jahren mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln betriebene Agitation der ultramontanen Elemente hatte in dem französischen Volke eine Reaction gegen die Bestrebungen der herrschenden Partei hervorgerufen, welche einmal den republikanischen Ideen die Gewinnung der Sympathie der Bourgeoisie erleichterte, dann aber die Republikaner zwang, mit größerer Energie, als sie aus taktischen Rücksichten vielleicht wünschen mochten, mit den Mitteln der Gesetzgebung der Herrschaft des Klerus über Familie und Schule ein Ende zu bereiten. Damit war die Aussöhnung mit Italien von selbst gegeben und die deutsch-italienische Freundschaft überflüssig geworden.

Auf der andern Seite trugen die Mißerfolge der russischen Armee in dem Kriege gegen die Türkei, welche dem pomphaften Uebergang über die Donau folgten, nicht am wenigsten dazu bei, der russischen Allianz

in den Augen der Franzosen Abbruch zu thun. So führte der Ausgang des Berliner Congresses zu einem vollständigen Frontwechsel der französischen Politik. Die persönlichen Sympathien des neuen Ministers des Auswärtigen, des protestantischen Waddington — in dem Cabinet Dufaure waren merkwürdiger Weise von 9 Ministern 5 Protestanten — für das Heimathland seiner Familie haben zu der Annäherung an England ohne Zweifel beigetragen. Das republikanische Frankreich stand seiner ganzen Auffassung nach dem streng constitutionellen England ungleich näher als dem absolutistisch-anarchischen Rußland. Es wäre aber ein capitaler Irrthum, anzunehmen, daß die Allianz mit England, welche Gambetta unmittelbar nach dem Congreß proclamirte, lediglich auf der Uebereinstimmung politischer Grundsätze beruht habe.

Zum ersten Male seit den Zeiten Palmerston's hatte die englische Politik sich von der Kriegsfurcht des Manchesterthums frei gemacht und den ernsten Entschluß gezeigt, aus seiner Antipathie der continentalen Politik gegenüber herauszutreten. So glaubten Gambetta und seine Freunde hoffen zu dürfen, England werde vorkommenden Falls das „Verbrechen", welches es in den Jahren 1870—71 begangen hatte, indem es Frankreich den deutschen Waffen preisgab, durch thatkräftiges Eintreten für den neuen Alliirten sühnen. Begreiflicher Weise kam Lord Beaconsfield, während er die letzten Hoffnungen Gambetta's ignorirte, den Freundschaftswünschen der französischen Regierung mit um so größerem Eifer entgegen, als ihm daran gelegen sein mußte, für den Fall künftiger Verwickelungen mit Rußland sich mit Frankreich über die Wahrung der Interessen desselben im Mittelmeer in gütlicher Weise auseinanderzusetzen. Die englisch-französische Intimität ist freilich über einen mäßigen Wärmegrad nie hinausgekommen. Schon der Cypern-Vertrag war Frankreich nicht sympathisch, nicht weil er die traditionellen Interessen Frankreichs in Syrien in Frage stellte, sondern weil England, indem es für alle Zukunft den Besitzstand der Türkei in Kleinasien garantirte, sich allzusehr im fernen Orient engagirte. Einem ähnlichen Raisonnement entspringt die unwillige Beurtheilung der englischen Politik in Afghanistan und in Südafrika seitens der französischen Presse. Es sollte aber noch schlimmer kommen. Während England mit überraschender Nüchternheit alle Versuchungen, in Egypten über die moralische Intervention hinauszugehen, ablehnte, und sogar der Action des Herrn Waddington in der griechischen Grenzfrage nur eine durchaus platonische Unterstützung angedeihen ließ, nutzte es die Freundschaft Frankreichs in vollstem Maße aus, um alle Bestrebungen Rußlands, den im Berliner Vertrag auf 9 Monate beziehungsweise 1 Jahr festgesetzten Termin für die vollständige Räu-

mung Ostrumeliens, Bulgariens und Rumäniens hinauszuschieben oder mindestens eine gemeinschaftliche Occupation Ostrumeliens herbeizuführen, zu paralysiren. Die nächste Folge war, daß Rußland gezwungen wurde, die Stipulationen des Berliner Vertrags strikte auszuführen und mit steigendem Groll zuzusehen, wie Oesterreich-Ungarn, nachdem endlich Anfang Juni 1879 die Convention mit der Türkei wegen der in Berlin vorgesehenen Besetzung des Sandschak's von Novi-Bazar zum Abschluß gelangt war, sich anschickte, seine Truppen in diese strategisch wichtigen, den Weg nach Salonichi beherrschenden Gebiete einrücken zu lassen. Die ohnmächtige Wuth der petersburger Politiker gegen Deutschland und den Fürsten Bismarck, dem sie die Hauptschuld an dem Rußland so ungünstigen Ausgang des Berliner Congresses aufbürdeten, reflectirte der unmittelbar nach dem 3. August, dem Jahrestag der Ratification des Berliner Vertrags, ausbrechende russische Preßkrieg gegen Deutschland und gegen Oesterreich. Der Hauptanklagepunkt war der, daß Fürst Bismarck jetzt, wo Deutschland Frankreich nicht mehr zu fürchten habe, der Freundschaft Oesterreichs die Rücksichten auf Rußland nachsetze. Die Kriegsdrohungen der petersburger Blätter, die über Wien und Berlin nach Constantinopel marschiren wollten — in der That war durch Ukas vom 19. April 1879 die Zahl der Bataillone der Linien-Infanterie-Regimenter von drei auf vier, und somit die Kriegsstärke der Armee um etwa 400,000 Mann erhöht worden — hatten schwerlich einen andern Zweck als den, die maßgebenden Berliner Kreise vor dem allzuengen Anschluß an Oesterreich zu warnen; sie hatten indessen eine Wirkung, auf welche man in St. Petersburg nicht vorbereitet schien; sie drängten, trotz der von dem Fürsten Bismarck mißbilligten Sendung des Feldmarschall Grafen von Manteuffel nach Warschau und trotz der Reise des Kaisers Wilhelm nach Alexandrowo (3. September), zur Allianz mit Oesterreich. Was während dieser ereignißvollen Monate August und September zwischen den zunächst betheiligten Cabinetten vorgegangen ist, entzieht sich zur Zeit noch der Kenntniß. Aber das dürfte doch von vornherein feststehen, daß Kaiser Wilhelm schwerwiegendere Gründe, als die uns bekannten gehabt haben muß, als er die Abmachungen, welche Fürst Bismarck bei seiner Anwesenheit in Wien (20.—24. September) getroffen hatte, nach wochenlanger Erwägung ratificirte (15. October).

Begreiflicher Weise mußte der Jubelruf, mit dem Lord Salisbury das deutsch-österreichische Bündniß begrüßte, an der Seine ein klagendes Echo finden. Die Hoffnung auf das „perfide Albion" war ganz zu Schanden geworden. Von jenem Tage an war Waddington in den Augen der Gambettisten moralisch todt. Als die Kammern am 27. November

wieder zusammentraten, wurde das Cabinet Waddington in der Deputirtenkammer mit eisiger Kälte empfangen. „Waddington interpellirt die Deputirtenkammer“ höhnte die République française nach der Interpellation Brisson.

Wie mit dem Rücktritt des Herzogs Decazes die russische Phase der französischen Regierungspolitik, fand mit dem Rücktritt Waddington's die englische Phase ihren Abschluß. Der Sturz Waddington's war um so kläglicher, als der Minister nicht sowohl in Folge einer Niederlage fiel, die seine persönliche Politik erlitten hatte, sondern in Folge der Enttäuschung Gambetta's über die möglichen Consequenzen der Intimität mit England.

Was bedeuten die angeblichen Erfolge der Politik Waddington's in der griechischen, rumänischen und egyptischen Frage gegenüber der Thatsache, daß Frankreich heute noch, nahezu 9 Jahre nach dem Frankfurter Frieden ohne wirksame Allianz für den Kriegsfall ist!

Freilich hatte sich, noch ehe Fürst Bismarck in Wien eintraf, der russische Versucher wieder eingestellt, aber nicht sowohl als Hülfebietender denn als Hülfesuchender. Am 9. September d. J. empfing Fürst Gortschakoff in Baden-Baden einen Mitarbeiter des Pariser „Soleil“, des Hauptorgans der orleanistischen Partei, Herrn Peyramont, den ihm ein „hervorragender Staatsmann“, nämlich der alte Freund des russischen Reichskanzlers, der Herzog Decazes empfohlen hatte, um auf dem nicht mehr ungewöhnlichen Wege des journalistischen Interwiews der französischen Nation begreiflich zu machen, daß sie stets auf die Freundschaft Rußlands zählen könne. Wie im Frühjahr 1875 ermahnte Fürst Gortschakoff auch jetzt wieder die französischen Staatsmänner „stark zu sein“. Es sei das für die eigene Sicherheit Frankreichs und das europäische Gleichgewicht unerläßlich. Die Fiction, daß Frankreich von Deutschland bedroht sei, wird auch hier aufrecht erhalten, aber mit einer bemerkenswerthen Ergänzung: „Was uns Russen betrifft, sagte Fürst Gortschakoff, als der Interwiewer der Eventualität einer Coalition Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und nöthigenfalls Italiens gegen Rußland und Frankreich erwähnte, was uns Russen betrifft, so kann ich Ihnen nur versichern, daß wir einen Invasionskrieg keineswegs fürchten. Auf alle Fälle ist es aber wohlgethan auf seiner Hut zu sein, und einer Ihrer berühmten Fabeldichter hat mit Recht gesagt, daß Vorsicht die Mutter der Weisheit ist.“ Die Aufnahme, welche die Avancen des Fürsten Gortschakoff bei der öffentlichen Meinung Frankreichs fanden, entsprachen weder seiner Erwartung noch derjenigen des Herzogs Decazes. Seitdem Frankreich aufgehört hat, die tonangebende Macht Europa's zu sein, ist sein Interesse für das „europäische Gleichgewicht“ — eine Phrase, hinter der Napoleon III. seine

Gier nach deutschem Gebiet versteckte — ganz geschwunden. Vor allem aber findet man, daß dem russischen Reichskanzler die gönnerhafte Miene, mit der er Frankreich aufforderte, stark zu sein, schlecht zu Gesichte steht. Die Franzosen haben keine Lust, für Rußland die Kastanien aus dem Feuer zu holen, auf die Gefahr hin, daß die entzweiten Freunde sich hinter ihrem Rücken und auf Kosten Frankreichs verständigen. Solange Kaiser Alexander am Leben ist, glauben sie nicht an die Möglichkeit eines ernsten deutsch-russischen Zerwürfnisses. Im Falle eines Krieges würde Rußland im Orient durch England in Schach gehalten und könnte in Europa bestenfalls einen Theil der deutschen Armee festhalten, während Frankreich dem Ansturm der Sieger von 1870—71 blosgestellt wäre. Angesichts dieser Erwägungen mußte der greise russische Reichskanzler sich mit einem succès d'estime begnügen. Die Vorsicht, welche Fürst Gortschakoff empfahl, wurde zuerst ihm selbst gegenüber zur Anwendung gebracht. Der „Soleil" klagte umsonst: „Wir suchen Freundschaften, die sich von uns abwenden, und weisen solche zurück, die sich uns anbieten. Eines schönen Morgens werden wir aus einem mehr oder weniger langen und traumreichen Schlafe plötzlich erwachen ohne Allianz und ohne Beistand, vor uns die rauhe Wirklichkeit, nämlich die Coalition". Das Wort „Coalition" hat indessen keine Wirkung auf die Phantasie der Franzosen von heute. Sie wissen, daß Fürst Bismarck, von dem sie allerdings heute noch glauben, daß er im Jahre 1875 einen Ueberfall geplant habe, zu einem solchen Unternehmen keine Alliirten finden würde. Heute glauben sie zudem gegen einen Ueberfall seitens Deutschlands gefeit zu sein. Das Gefühl der Sicherheit schließt aber nicht aus, daß Frankreich zur Zeit wenigstens alles vermeidet, was dem Fürsten Bismarck einen „Vorwand" bieten könnte: die französische Nation hat, trotz aller Rodomontaden der Pariser Journalistik, die Schläge noch nicht verwunden, welche das Kriegsjahr über sie gebracht. Wenn die alte Wunde brennt, mischt sich in das Gefühl des Hasses noch immer ein gutes Theil Furcht. Deutschen Lesern gegenüber ist es kaum nöthig, die Frage aufzuwerfen, ob die französische Nation die Hoffnung erfüllen wird, welche Fürst Bismarck bei seinem Besuch in Wien dem dortigen französischen Botschafter, Herr Teisserenc de Bort gegenüber ausgesprochen haben soll: „Frankreich werde Sedan vergessen, ebenso wie es Waterloo vergessen habe." Bei Waterloo unterlag Frankreich einer Coalition, die hervorzurufen es alles gethan hatte. Die Revolution, die Kriege des Consulats und des ersten Kaiserreichs hatten Frankreich in den Grundfesten erschüttert und auf Decennien hinaus kampfunfähig gemacht. Der Krieg von 1870 hat Frankreich nur einen Augenblick wehrlos gemacht, aber die Quelle seiner Kraft und seines Reich-

thums nicht erschöpft. Schon insoweit ist der Vergleich zwischen Sedan und Waterloo nicht zutreffend. „Eine Niederlage, schrieb Anfang October der „Temps", läßt in den Herzen der Besiegten nur ein Gefühl der Demüthigung zurück, das mit der Zeit an Bitterkeit verlieren und unter gewissen Bedingungen sogar vollständig transformirt werden kann. Aber wenn ein Land von einem Eroberer heimgesucht worden, wenn ihm ein Theil seines alten Besitzstandes gewaltsam entrissen worden ist, dann sind es nicht Revanchegelüste, die seine Haltung dem siegreichen Feinde gegenüber bestimmen; es hat das Bedürfniß, die alten Bedingungen des nationalen Lebens, an die es sich gewöhnt hatte und die ihm lieb geworden waren, wiederherzustellen, und dieses Bedürfniß leitet seine Politik." Das schrieb, wie gesagt, nicht etwa die République française oder eines der bonapartistischen oder monarchistischen Blätter, die aus dem Cultus der Revanche-Ideen eine Waffe gegen die Regierung schmieden, sondern das Organ Waddington's. In dieser Hinsicht besteht aber kein Unterschied zwischen Waddington und Gambetta und zwischen diesem und Decazes. Ueber das Ziel sind alle einig und auf diese Uebereinstimmung reducirt sich die vielbelobte Continuität der auswärtigen Politik Frankreichs. Auch über einen zweiten Punkt herrscht vollständiges Einvernehmen: darüber nämlich, daß Frankreich allein den Krieg gegen Deutschland nicht wieder aufnehmen dürfe. Diese Ueberzeugung ist durch das deutsch-österreichische Bündniß noch befestigt worden. Insofern kann man allerdings sagen, daß die Mißerfolge der Versuche des Herzogs Decazes und Waddington's die Aussicht auf Erhaltung des Friedens verstärkt. Die Politik der Isolirung, die das eigentliche Programm des Ministeriums Freycinet sein soll, ist eine Phrase, die die Noth der Lage verhüllt, zugleich aber die Erhebung der Allianzlosigkeit Frankreichs zu einem neuen politischen Programm. Das innere Motiv freilich ist nicht das, daß Frankreich keine Allianz gegen Deutschland will, sondern daß es sich freie Hand wahrt, den ihm genehmen Augenblick zu benützen.

Mit diesem Vorbehalt ist von allen französischen Friedensversicherungen Act zu nehmen. Wer daran noch zweifeln sollte, der möge sich durch den berühmten Akademiker Littré belehren lassen, der sich in einer Studie über „die französische Republik und das Ausland" in der Révue de la philosophie positive also vernehmen läßt. „Frankreich denkte nicht an die Revanche, weil es nicht an dieselbe denken könne. Wenn ein allgemeiner Krieg ausbräche, würde die französische Republik das ihr mit Gewalt Abgenommene mit Gewalt zurückzugewinnen trachten."

Ob, wie Herr Littré meint, zu einem solchen Kriege Aussicht ist oder nicht, ist eine Frage für sich. Die Offenheit, mit der er erklärt, das

auch militärisch reconstituirte Frankreich werde jedem Störer des europäischen Friedens ein bereiter Helfer sein, ist am wenigsten dazu angethan, die Friedensstörung zu erschweren. Im Gegentheil, jede Deutschland-feindliche Macht weiß, daß sie mit Sicherheit auf Frankreich rechnen darf, welches wie Herr Littré sich ausdrückt, „nöthigenfalls einen hübschen Succurs bieten könne". Seit August vorigen Jahres ist wenigstens die Möglichkeit vorhanden, daß Rußland, etwas früher oder etwas später, diesen Succurs in Anspruch nimmt. Dieser Möglichkeit Rechnung zu tragen, ist die deutsche Armeeverwaltung um so mehr veranlaßt, als eine deutsch-russische Verwicklung in kürzester Frist zu einem allgemeinen Kriege ausarten würde. Es ist nicht gerade wahrscheinlich, daß die russische Politik, ihre innersten Motive hervorkehrend, einen Krieg mit Deutschland vom Zaun brechen werde. Wie der Anlaß zu der Erkaltung der Beziehungen zwischen St. Petersburg und Berlin im Orient und in der Stellung Oesterreichs zu den Völkerschaften auf der Balkanhalbinsel liegt, so würde voraussichtlich auch die Rivalität Rußlands und Oesterreichs im Orient, z. B. in Serbien der Ausgangspunkt der russischen Kriegspolitik sein. Für Rußland wäre dieses Procedere um so bequemer, als es zunächst in die Lage käme, praktisch die Tragweite des deutsch-österreichischen Bündnisses zu erproben und Deutschland wenigstens den Schein der Aggression zuzuschieben, wenn Fürst Bismarck den Casus foederis als gegeben erachten sollte. Oesterreich würde alsdann nur an seiner deutschen Grenze frei sein, während im Südosten die südslavische Bewegung, im Norden Rußland und im Südwesten — Italien seine Kräfte binden würde. Die italienische Politik befindet sich ja Oesterreich gegenüber in einer ähnlichen Lage wie Frankreich Deutschland gegenüber. Die Politik der Italia irredenta, d. h. der Befreiung des Trentino und Triest's von der österreichischen Fremdherrschaft setzt voraus, daß der Gegner rücklings angegriffen werden kann. Die italienische Presse behandelt die Allianzenfrage ganz in derselben Weise wie die französische. Auch sie perhorrescirt bindende Verpflichtungen, welche vorzeitige Verwicklungen hervorrufen könnten; aber Frankreich und Rußland wissen, daß wenn der Krieg ausbricht, die von dem Ministerium bald geförderte bald hingehaltene Strömung der Italia irredenta jede Regierung über Bord schwemmen würde, welche den Versuch machen sollte, neutral zu bleiben. Das Festungsviereck käme dieses Mal Oesterreich nicht mehr zu Statten. Die österreichische Armee würde also wenigstens beim Beginn des Feldzuges durch Rußland und Italien gebunden sein — und bei dieser Sachlage ist es erklärlich, daß die Motive des Militärgesetzes die österreichisch-ungarische Armee gar nicht in Rechnung stellen. Wenn man den ganzen Ueberschuß der Bataillone, welche Rußland in das Feld

stellen kann über die Zahl der deutschen (1484—923) hinaus als durch den Kampf gegen Oesterreich gebunden annimmt, so hat immer noch die deutsche Armee mit zwei Feinden zu kämpfen, von denen der eine dieselbe Truppenzahl — die Stärke der Bataillone ist bekanntlich in den Armeen Deutschlands, Frankreichs und Rußlands die gleiche — wie Deutschland, der andere noch fast ein Drittel mehr stellen kann. Der Vorsprung, den die deutsche Armee durch ihre feste Organisation und die bessere Ausbildung hat, wird also ohnehin völlig ausgenutzt werden müssen.

Eine weitere Erschwerung der Lage Deutschlands liegt in dem Umstande, daß die Grenzlinie, welche Frankreich gegenüber geschützt werden muß, erheblich größer ist als die unmittelbar deutsch-französische Grenze. Während Herr Thiers seinerzeit es als zweifellos betrachtete, daß nach der Abtretung von Metz und Straßburg an Deutschland der französische Angriff gegen das letztere über belgisches Gebiet gehen müsse, wird neuerdings in militärischen Kreisen die Ansicht festgehalten, Frankreich werde von Südosten über Langres und Belfort durch die Schweiz in Süddeutschland einbrechen. Die Schweizerischen Militärbehörden sind in der That beschäftigt, Defensivmaßregeln in dieser Richtung vorzubereiten. Möglicherweise rechnen die Franzosen darauf, daß England eine Verletzung der Neutralität der Schweiz weniger ernst nehmen werde als die Verletzung der Neutralität Belgien's, die mit den Waffen zu schützen es sich schon 1870/71 verpflichtet hatte. In beiden Fällen freilich würde die französische Armeeleitung den Hauptgrundsatz der Strategie außer Acht lassen, daß der Angriff gegen das Centrum der Macht des Gegners gerichtet werden müsse.

„Die verhältnißmäßig zahlreiche Cavallerie Deutschlands, heißt es in den Motiven des Militairgesetzes, ist durch dessen eigenthümliche centrale Lage bedingt, welche die Möglichkeit eines gleichzeitigen Krieges auf mehreren Fronten eröffnet, welche mit Erfolg nur durch energische Offensiv-Operationen geführt werden könnte, die ihrerseits ohne eine zahlreiche, weithin aufklärende und die eigenen Bewegungen verdeckende Cavallerie undurchführbar sein würde." Die Offensiv-Operationen gegen Frankreich, deren Ziel natürlich die Hauptstadt sein würde, sind indessen durch den eisernen Gürtel der Befestigungen der Ostfront erheblich erschwert, während Angriffsoperationen gegen Rußland mit dem Mangel an Communicationen und der die Unterhaltung der Truppen in Frage stellenden Unfruchtbarkeit des Bodens und der schwachen Bevölkerung der zunächst in Betracht kommenden Gebiete zu kämpfen haben. Die Offensive gegen Rußland würde also mit der Besetzung Polens und der Ostsee-Provinzen sehr bald zum Stehen kommen, während der Hauptstoß dem

gefährlicheren der beiden Gegner gelten würde. Bei der numerischen Schwäche der deutschen Armee wird die Möglichkeit, Dislocationen in größter Schnelligkeit auszuführen, erheblich in's Gewicht fallen und in dieser Hinsicht ist der Ankauf der preußischen Privatbahnen, welcher die durchgehenden Linien zwischen Westen und Osten in die Hand des preußischen Staates legt, von großer Bedeutung. Auch auf diesem Gebiete übrigens hat Frankreich vor Deutschland einen erheblichen Vorsprung gewonnen. Herr von Freycinet, der Bautenminister des Cabinets Waddington hat bekanntlich im Jahre 1878 binnen wenigeu Wochen die Kammern zur Annahme eines Gesetzes bestimmt, welches den ersten Schritt zur Ausführung seines großartigen Planes zur Vervollständigung des französischen Eisenbahn- und Kanalnetzes durch den Ankauf einer Reihe kleinerer aber strategisch wichtiger Eisenbahnen zu einem Gesammtbetrage von 500 Mill. Franken gethan hat. Der Minister sicherte durch diese Maßregel den Betrieb dieser schlecht rentirenden Bahnen und übte zugleich einen Druck auf die großen Eisenbahngesellschaften aus, die er zu depossediren nicht die Macht hat, die aber nach den eigenen Erfahrungen des Herrn von Freycinet in den Kriegsjahren den Anforderungen der Militairleitung nicht immer in der wünschenswerthen Weise entsprochen haben. Unter diesen Umständen war es ein entschiedener Mißgriff, wenn der Versuch gemacht wurde, über die Tendenz der Politik des Herrn von Freycinet irre zuführen, indem seine Thätigkeit als Bautenminister als Beweis für sein Vertrauen auf die Erhaltung des Friedens verwerthet wurde.

Bei der Umschau über die Nachbarn Deutschlands sind endlich auch die scandinavischen Staaten nicht außer Acht zu lassen. Was Dänemark betrifft, so ist den deutsch-feindlichen Tendenzen die bequeme Handhabe des Artikels 5 des Prager Friedens bezüglich der nordschleswigschen Districte durch die Convention vom 11. October 1878, die Vorläuferin des deutsch-österreichischen Allianzvertrages auf immer entzogen werden. Und diese diplomatische Vorsichtsmaßregel hat durch die wenig später erfolgte Vermählung der Prinzessin Thyra mit dem Herzog von Cumberland eine authentische Interpretation erhalten. Gleichwohl ist der erste Besuch, den der König und die Königin von Dänemark im October v. J. den Höfen von Wien und Berlin abgestattet hat, gewisser Maßen als Unterpfand für die Neutralität Dänemarks im Falle einer kriegerischen Verwickelung mit Freuden begrüßt worden; in Dänemark selbst aber hat gerade diese Reise des Königs zu entschieden anti-deutschen Demonstrationen Anlaß gegeben. Nach welcher Richtung in Copenhagen schließlich das Zünglein der Wage sich wenden wird, ist bei den engen verwandtschaftlichen Beziehungen des Königshauses zu den Höfen von London und St. Peters-

burg, Stockholm und — Gmunden nicht leicht zu errathen. Jedenfalls wird man in Deutschland mit einer gewissen Ueberraschung wahrgenommen haben, daß der sicherlich nicht deutsch-feindliche Verfasser der im Sommer 1879 erschienenen Studie „Deux Détroits“ die Aussöhnung Dänemarks mit Deutschland von der freiwilligen Rückgabe Nordschleswigs abhängig machte. Von mehr actueller Bedeutung sind die Bemerkungen, welche der schwedische Verfasser der Schrift (für den trotz gelegentlicher Dementis der König Oscar selbst gehalten wird) über die Zukunft Finnlands macht. Nach dem Sturz Gustav Adolf IV. war bekanntlich Schweden gezwungen, im Frieden von Frederikshamn (17. September 1809) das ganze Großfürstenthum Finnland nebst den Alands-Inseln an Rußland abzutreten. Das Land behielt seine eigene Verfassung und Verwaltung, was freilich die russische Regierung nicht abgehalten hat, die Censur und die russische Sprache einzuführen. „Die erzwungene Einführung einer fremden Sprache hat, während sie denationalisiren sollte, im Gegentheil einer nationalen Propaganda Bestand gegeben, der „Fenomanie“, einer Propaganda, die von Tag zu Tag den Abgrund zwischen den beiden Völkern mehr und mehr unüberschreitbar macht; denn die Finnländer, indem sie als Fremde behandelt werden, werden sich gewöhnen, sich als solche zu betrachten und zu benehmen. Wenn dieses System fortdauert, wird es früher oder später eine völlige Trennung des Großfürstenthums von dem Kaiserreich nach sich ziehen.“ Das klingt wie eine anticipirte Revindication Finnlands seitens Schwedens. In der That haben die Aeußerungen der schwedischen Presse gelegentlich des Besuches des Großfürsten Thronfolgers im August v. J. erkennen lassen, daß in Stockholm kein Boden für eine schwedisch-russische Allianz vorhanden ist.

Nach Allem ist anzuerkennen, daß der motivirende Hinweis des Militärgesetzentwurfs auf die centrale Lage Deutschlands, welche dasselbe dem Angriff auf mehreren Fronten aussetzt, keine tendenziöse Schwarzmalerei, sondern der präcise Ausdruck der diplomatischen Lage ist. Dieser in den Grenzen des Nothwendigen Rechnung zu tragen, wird der deutsche Reichstag als Hüter der Freiheit und Ehre der Nation nicht unterlassen dürfen. Leider ist jetzt so wenig wie im Jahre 1874 Aussicht, daß die erste Vertretung der Nation in dieser Frage rücksichtslos den nationalen Standpunkt einnehmen und unter Zurückdrängung der Partei- oder gar Fractionsunterschiede zu einem einstimmigen Votum gelange. Ist es nicht beschämend für uns Deutsche, von Franzosen zu hören, daß in den intimen Kreisen, deren Mittelpunkt Gambetta ist, die Einbringung des Militärgesetzes im Bundesrathe gerade deshalb eine so tiefe Enttäuschung hervorgebracht hat, weil man sich mit der Hoffnung trug, eine Erneuerung

des Septennats schon auf der bisherigen Basis werde bei der ungünstigen Finanzlage Deutschlands an dem Widerspruch des Reichstags scheitern. Man liebte es, die Rüstungs- und im Anschluß daran die Revanche-Frage als eine Geldfrage zu betrachten. Deutschland werde, meinte man, in kurzer Frist gezwungen sein, sich die militärische Rüstung, seinen Feinden den Sieg zu erleichtern. Dergleichen Hoffnungen würden von vorn herein ausgeschlossen sein, wenn nicht diejenige Partei des Reichstags, welche unter kirchlicher Flagge den Sammelpunkt aller partikularistischen Elemente bildet, jede Maßregel bekämpfte, die der Reichsidee zu Gute kommt. Das Centrum sollte sich doch das Verhalten seiner Gesinnungsgenossen und seiner erbittertsten Gegner in Frankreich zum Vorbild nehmen. Jede Regierung, mag sie ultrareactionär oder republikanisch sein, kann, sobald es sich um die Wehrhaftmachung der Nation handelt, nicht nur auf die Zustimmung der Mehrheit, sondern auf die einstimmige Zustimmung der Vertretung rechnen. Und doch liegen den Parteibildungen der französischen Kammern nicht politische Grundsätze, sondern recht eigentlich Machtfragen, d. h. der Kampf um Republik oder Monarchie zu Grunde. In den kritischen Momenten, wie nach dem Staatsstreich Mac-Mahon's vom 16. Mai 1877, als schon die Auflösung der Deputirtenkammer beschlossen und damit der Kampf gegen die republikanische Majorität der 363 eröffnet war, beeilte dieselbe sich dem Kampfministerium des Herrn von Broglie für das militärische Liquidationsconto die Summe von 209 Millionen Franken und zwar einstimmig zu bewilligen. Bei der Berathung des Militärbudgets für 1877 ereignete es sich sogar, daß die Kammer den Kriegsminister Cissey zu lau fand und ihrerseits — allen parlamentarischen Grundsätzen zum Trotz — die Ausgabensätze erhöhte und u. a. eine Summe von 13 Millionen Franken mehr in den Etat einstellte, damit die séconde portion des Contingents, nicht 6 Monate, sondern ein Jahr zum activen Dienst herangezogen werde. Die militärische Erziehung des Landes, erklärte Gambetta, erheische dringend ein stärkeres Effektiv, als bisher, der Kostenpunkt könne nicht in Frage kommen, wo es sich um die Ehre und die Sicherheit Frankreichs handele. Seit 1875, d. h. seit der Constituirung der öffentlichen Gewalten ist das Ordinarium des französischen Militäretats nahezu verdoppelt worden, — der Voranschlag für 1881 beläuft sich auf 575 Millionen Franken —, während der deutsche Militäretat, nach Ausführung des Militärgesetzes um etwa 21 Millionen Franken erhöht worden ist und also im Jahre 1881—82 etwa 410 Millionen Franken erfordern wird. Daneben hat Frankreich, nach Deckung der nahezu 10 Milliarden betragenden Ausgaben in Folge des Krieges, noch bis Ende 1879

über $1\frac{1}{2}$ Milliarden für Befestigungen, Bewaffnung und sonstige militärische Zwecke verausgabt.

Um gerecht zu sein, muß man allerdings anerkennen, daß die Erbitterung über eine beispiellose Niederlage und der brennende Durst nach Rache und, nach Wiederherstellung des Besitzstandes die die französische Nation beseelen, ein mächtigeres Stimulans ist als das Gefühl der Uebermacht und das Verlangen nach Sicherung des wiedererworbenen Eigenthums. Ohne jene Antriebe würde eine Nation wie die französische sich nicht mit so großer Bereitwilligkeit der „Blutsteuer", d. h. der Einführung der allgemeinen Dienstpflicht unterworfen haben, deren Einfluß auf die Friedensliebe der Bevölkerung nicht ganz außer Acht zu lassen, aber auch nicht zu überschätzen ist.

Mit Frankreich auf diesem Gebiete zu wetteifern, hat Deutschland freilich keine Veranlassung: einer volles Vertrauen verdienenden Armeeleitung aber das nach ihrer Ueberzeugung Nothwendige zu versagen, wäre würdelose Sparsamkeit. Eine einzige von den verschiedenen Milliarden Kriegscontribution, welche Deutschland ein unglücklicher Feldzug auflegen könnte, würde unser Budget mit einer jährlichen Ausgabe von 50 Millionen belasten, also mit einer fast drei Mal höheren Summe als das Militärgesetz in Anspruch nimmt.

Die stets wiederholte Argumentation Deutschland könne auf die Dauer die stetige Steigerung der Militärlasten nicht ertragen, beruht leider auf der völlig falschen Voraussetzung, daß die gegenwärtige Weltlage eine normale sei. Darüber kann man sich nicht täuschen, daß wir vor oder vielleicht schon in einer Weltkrisis stehen, die uns zwingt, unsere Existenz als Nation und als Weltmacht einzusetzen. Es widerspricht jeder historischen Wahrscheinlichkeit, daß eine so durchgreifende Umwälzung der Machtverhältnisse, wie sie in Europa durch die Auferstehung Deutschlands herbeigeführt worden ist, von den Mächten, deren bis dahin maßgebender Einfluß zurückgedrängt ist, gutwillig und ohne ernsten Widerstand anerkannt wird. Videant consules!

Notizen.

Zur Judenfrage. Von dem Synagogenvorstande zu Linz a. Rh. wird uns eine sogenannte Berichtigung zugesendet, zu deren Abdruck wir nach § 11 des Preßgesetzes nicht verpflichtet sind, da dieselbe sich keineswegs auf thatsächliche Angaben beschränkt. Wir theilen jedoch den thatsächlichen Inhalt wörtlich mit. Im Januarhefte d. Bl. wurde auf Grund einer bisher unwiderlegten Zeitungsnachricht erzählt, daß der Linzer Synagogenvorstand die Beseitigung eines beim Religionsunterrichte der dortigen katholischen Volksschule benutzten Bibellesebuchs verlangt habe, weil es Haß und Verachtung gegen die Juden errege. Der Vorstand erwidert uns:

„Wir sind bei dem Königlichen Unterrichtsministerium nicht wegen des angegebenen Grundes, sodern lediglich gegen den in dem Schulbuche „Biblische Geschichte für kath. Volksschulen von Dr. Schuster" S. 7 enthaltenen Satz: „Kain (der Brudermörder) war ein Vorbild der über die ganze Erde zerstreuten Juden" vorstellig geworden, und nicht um die Beseitigung des Schulbuches baten wir, sondern nur um die Beseitigung dieses Satzes aus den zukünftigen Auflagen des Schulbuches."

Aus dieser Erwiderung erhellt zunächst nur, daß der Synagogenvorstand nicht die Beseitigung eines katholischen Lehrbuchs, wohl aber eine Abänderung desselben in jüdischem Sinne gefordert haben will; beide Forderungen aber sind gleich unberechtigt. Die „Berichtigung" ist weder genau noch aufrichtig. Der ganze Thatbestand wird sich erst dann übersehen lassen, wenn der Synagogenvorstand seine Eingabe an das Ministerium und den ihm ertheilten abschlägigen Bescheid vollständig veröffentlicht. Immerhin genügt das eigene Geständniß des Synagogenvorstandes, um das im Januarhefte ausgesprochene Urtheil vollkommen zu rechtfertigen. Diese jüdische Behörde hat sich in der That unterstanden, Einspruch zu erheben gegen den katholischen Religionsunterricht einer katholischen Volksschule, während keine christliche Kirchenbehörde jemals darnach fragt, was in den jüdischen Religionsstunden über Christus und die Christen gelehrt wird. —

Eine abermalige Erwiderung von H. Breßlau (in der zweiten Auflage seines Sendschreibens) veranlaßt mich zu einer thatsächlichen Bemerkung. Das französische Gesetz v. 28. Januar 1790 über die Juden des Südens enthält nicht blos, wie Breßlau annimmt, eine Bestätigung alter, sondern auch eine Verleihung neuer Rechte: die spanischen Juden erhielten dadurch die soeben erst von der revolutionären Gesetzgebung neu geschaffenen droits de citoyen actif. F. A. Hélie in seinem anerkannt unbefangenen und sachkundigen Commentar (Les constitutions de la France I. 96) interpretirt den Sinn jenes Gesetzes

genau ebenso wie ich. Uebrigens thut dieser Streit nichts zur Sache. Die Thatsache, daß die spanischen Juden sich leichter als die deutschen an abendländische Sitte gewöhnten, ist notorisch, sie ist bisher von den Juden selbst nie bestritten worden. Unter vielen jüdischen Zeugnissen nur eines. Der verdiente jüdische Schriftsteller Dr. A. Rée sagt in seiner noch heute lesenswerthen Schrift „über die Sprachverhältnisse der heutigen Juden“ (Hamburg 1844, S. 99) von den aus der pyrenäischen Halbinsel vertriebenen Juden: „Haben sie irgendwo etwas von ihrer spanischen oder portugiesischen Nationalität aufgegeben, so haben sie sich, was wiederum wohl zu merken ist, vielmehr dem sie umgebenden Volksleben, als dem Thun und Treiben ihrer deutschen Glaubensbrüder angeschlossen, weshalb sie auch immer, und zwar mit Recht, eine viel bessere sociale Stellung als jene hatten“. —

Im Begriff dies Heft abzuschließen erhalte ich noch die Schrift von Prof. H. Cohen in Marburg „Ein Bekenntniß in der Judenfrage“ — soweit ich urtheilen kann, die am Tiefsten durchdachte und am Wärmsten empfundene unter den Erwiderungen meiner Gegner. Es widerstrebt mir, mit dem Herrn Verfasser über Einzelheiten zu rechten, zumal da er mehrmals den Sinn meiner Worte mißverstanden hat. In vielem Wesentlichen bin ich mit ihm einig; denn er verlangt, daß unser Judenthum auf eine nationale Sonderstellung innerhalb der deutschen Nation verzichte, und er giebt unbefangen zu, daß die Verschmelzung sich noch keineswegs vollständig vollzogen hat. Ich kann nur wünschen, daß diese warmen und eindringlichen Mahnungen eines einsichtigen Glaubensgenossen von dem deutschen Judenthum beherzigt werden.

H. v. T.

Eine Reliquie Friedrichs des Großen. Während die von der Berliner Akademie veranstaltete Sammlung der Politischen Correspondenz Friedrichs des Großen rüstig vorschreitet (es ist bereits der dritte Band erschienen), und in jedem neuen Bande das Genie des Königs mächtiger, wunderbarer hervortritt, schenkt uns ein französischer Bücherfreund einen bescheidenen aber werthvollen Beitrag zur Kenntniß der politischen Ideen Friedrichs. Als Napoleon nach der Schlacht von Jena die Schlösser in und um Potsdam plünderte, raubte er auch ein Exemplar von Montesquieus Considérations sur la grandeur des Romains, das einst dem Könige Friedrich gehört hatte und von ihm mit Randbemerkungen versehen worden war. Das Original soll in Talleyrands Händen verschwunden sein; von den Noten aber hatte sich Mollien eine Abschrift genommen. Eine Copie dieser Abschrift wiederum ist in den Besitz des Herrn J. Charvet in La Source gelangt, der das Buch nebst den Anmerkungen i. J. 1876 für einen kleinen Kreis von Bücherfreunden drucken ließ und gegenwärtig eine zweite Ausgabe in eleganter Ausstattung für sehr mäßigen Preis (Paris, Baton) dem großen Publikum vorlegt. In einer Einleitung spricht sich der Herausgeber mit einer erfreulichen Unbefangenheit, wie sie im heutigen

Frankreich leider selten ist, über das Genie des Königs aus. Er macht es wahrscheinlich, daß die Noten vor den Principes généraux de la guerre (1748) geschrieben sind. Unsererseits fügen wir hinzu, daß sie erst nach der Schlacht von Culloden entstanden sein können, da das klägliche Benehmen des Prätendenten während des schottischen Aufstandes darin erwähnt wird. Die Abfassung wird also in das Jahr 1747 oder 1748 fallen, in die glücklichsten und kräftigsten Tage des Königs. Die Echtheit des Fundes ist schon von dem verstorbenen Preuß anerkannt worden; sie muß jedem Kundigen sofort einleuchten. Die Orthographie, der Stil, der Gedankengang, Alles stimmt; überall jener unnachahmliche Zauber kecker, freier Heiterkeit, welcher die Schriften des jugendlichen Königs auszeichnet. Den sichersten Beweis für die Echtheit bieten wohl einige halb müssige Bemerkungen ohne Pointe, die ein Fälscher nie ersinnen würde. Ein paar kleine Versehen werden Keinem Anstoß geben, der die kritzliche Handschrift des Königs kennt; so hat der Abschreiber einmal Sintzouder gelesen für Sintzendorff (oder Sintzendor, wie Friedrich zuweilen schreibt).

Es sind nur etwa sechzig Noten, aber welche Fülle des Lebens auf diesen wenigen Blättern! Wie charakteristisch die kurze schlagende Vertheidigung Caesar's gegen Montesquieu: die römische Republik ging im Bürgerkriege unter, wenn sie nicht einen Herrscher fand! Oder das mächtige fürstliche Selbstgefühl in den Worten: Le souverain est un moulle sur lequel par la longueur du tems se forme la fason de penser de tous ses sujets. Oder der große Ehrgeiz in der Note: Un bigot ne fera que des actions de bigot; mais un homme d'honneur suivra toujours la gloire. Und daneben wieder die herbe Verachtung gegen die gemeine Ruhmbegierde der meisten Fürsten, die sich begnügen de quelqun de ces coups d'éclat qui établissent la réputation. Auch an schonungslos cynischen Sarkasmen fehlt es nicht. Am merkwürdigsten, ja gradezu erschreckend durch ihre divinatorische Macht ist doch die kurze Note zu der Stelle Montesquieus, welche das Verhältniß der makedonischen Könige zu den Staaten Griechenlands schildert. Hier schreibt der König an den Rand: Ces Rois de Macedoine étoient ce qu'est un Roy de Prusse et un Roy de Sardaigne de nos jours — und dies in einer Zeit, da die wunderbare Schicksalsgemeinschaft zwischen Preußen und Piemont wohl in Turin von Einzelnen, doch in Deutschland noch von Niemand geahnt wurde! — Kurz vor dem Erscheinen des vorliegenden Buches hat L. Vian ebenfalls eine Ausgabe des Montesquieu'schen Werkes mit den fridericianischen Noten (Paris, Didot) veranstaltet. Wir kennen dieselbe nicht und vermögen nicht zu entscheiden, ob sie nur ein Plagiat der ersten Charvet'schen Edition ist oder ob ihr eine andere Copie zu Grunde liegt. Jedenfalls gebührt Herrn Charvet unser Dank. Wagt sich endlich einmal ein Historiker an die reizvolle Aufgabe, den Bildungsgang König Friedrichs zu schildern und im Einzelnen nachzuweisen, wie aus dem Verfasser des Antimachiavell der Philosoph von Sanssouci sich entwickelte, so wird er an diesem schönen Funde nicht achtlos vorübergehen dürfen. —

Theodor von Bernhardi hat soeben eine Auswahl seiner Abhandlungen unter dem Titel: Kleine Schriften (Zwei Bände. Berlin, G. Reimer) herausgegeben. Wir können uns an dieser Stelle mit einer kurzen Hinweisung auf das vortreffliche Buch begnügen, da mehrere der Aufsätze zuerst in den Pr. Jahrbüchern erschienen sind, und die Mehrzahl unserer Leser die eigenthümlichen Vorzüge des verdienten Schriftstellers längst kennen wird: seine gründliche politische, historische und militärische Sachkenntniß, seinen scharfen, klaren, zuweilen sarkastischen Stil, endlich den unerbittlichen Realismus seines Urtheils und den Ernst seines patriotischen Stolzes. Der erste Band bringt die zwei bekannten Essays zur Geschichte der Zeit von 1812–14, welche neben den Denkwürdigkeiten des Grafen Toll so wesentlich zur Klärung des Urtheils über das napoleonische Zeitalter beigetragen haben; ferner mehrere Abhandlungen zur neuen russischen Geschichte. Wir erwähnen namentlich eine aus den handschriftlichen Denkwürdigkeiten des Generals Bennigsen geschöpfte Darstellung der Ermordung Kaiser Pauls; eine lehrreiche Abhandlung über den Weltumsegler Krusenstern, die einst in einer deutsch-russischen Zeitschrift vergraben war; endlich eine Schilderung des russischen Heeres beim Ausbruch des Krimkrieges. Die Grundgedanken dieser, ursprünglich nur für einen engeren Kreis von Offizieren niedergeschriebenen Skizze haben sich, trotz der großen in der russischen Armee vorgegangenen Veränderungen, auch während des jüngsten orientalischen Krieges bewährt, und die Arbeit ist noch heute nicht blos für den Historiker sondern auch für den Praktiker werthvoll. Der zweite Band bietet überwiegend politische Abhandlungen, namentlich zwei merkwürdige Aufsätze über die preußische Heeresreform, welche einst in der Erbitterung der Conflictszeit an der aufgeregten öffentlichen Meinung fast spurlos vorübergingen, heute aber sicher eine gerechtere Würdigung finden werden. Mehrere Fundamentalsätze der modernen deutschen Heeresverfassung sind hier mit überzeugender Klarheit entwickelt; der Erfolg hat dem Verfasser vollständig Recht gegeben; seine Arbeiten verdienen grade jetzt, da die Berathung des Militärgesetzes bevorsteht, erneute Beachtung. Auch die Aufsätze über den italienischen Feldzug von 1859 und über das Verhältniß des französischen Adels zur Revolution sind keineswegs veraltet; sie geben vielmehr manchen sicheren Fingerzeig zur Beurtheilung der heutigen französischen Verhältnisse. Niemand wird das Buch aus der Hand legen ohne das Gefühl, daß der Verfasser mit seinem sicheren politischen Blicke, seiner ungewöhnlichen Kenntniß von Welt und Menschen sich den besten deutschen Publicisten an die Seite stellen darf. —

Verantwortlicher Redacteur: H. v. Treitschke.
Druck und Verlag von G. Reimer in Berlin.

Die Russen in Inner-Asien.

Von

Emil Lademann.

II.

Organisation und Friedensarbeit.

Für die Landeseintheilung der asiatischen Besitzungen Rußlands zu Verwaltungszwecken sind wesentlich militärische Rücksichten maßgebend gewesen. Die großen Militärbezirke (Okrugs) umfassen jeder mehrere, immer aber ganze Gouvernements oder Oblasts. Letzteres Wort bezeichnet solche Gebiete, welche noch keine förmliche Gouvernementsverfassung haben.

Die Kirghisen-Länder nördlich der früher (S. 122) erwähnten vom General Obrutschew vorgeschlagenen Grenzlinie (Kaspi — Tschu — Balchasch-See) und das Gebiet des Ust-Urt bis hinab zu der Linie vom Mertwyi-Kultuk-Busen zum Aral-See sind den Okrugs Orenburg und Westsibirien zugetheilt. Das südwestlich des Aral-See's gelegene Transkaspische Gebiet gehört zum kaukasischen Okrug. Die Erwerbungen östlich des Aral-See's bilden den Militärbezirk Turkestan.

Letzterer umfaßt in den Oblasts vom Syr-Darja, vom Amu-Darja, vom Serafschan, Ferghana und Semirjetschensk 19250 Quadrat-Meilen mit 3,140,247 Einwohnern. Das zu Orenburg und Westsibirien gehörige Steppengebiet der Oblasts Uralsk, Turgai, Akmolinsk und Semipalatinsk wird auf 33,708 Quadrat-Meilen mit 1,963,836 Einwohnern, das Transkaspische Gebiet auf 5960 Quadrat-Meilen mit 275,000 Einwohnern berechnet*).

Schon diese Zahlen lassen erkennen, daß Rußland in Turkestan mit dem Gebiete der großen Ströme auch volkreichere Landschaften erworben hat, so schwach eine Bevölkerung von 163 Seelen auf die Quadrat-Meile an sich auch scheinen mag. Von der für Turkestan angegebenen Zahl

*) Zahlen nach den Zusammenstellungen im Petersburg. Allg. Kalender für 1880. Die Zählungen gehen bis 1870 zurück.

fällt aber fast ein Drittheil (960,000) auf die seßhafte Bevölkerung des 1875/1876 neuerworbenen Gebietes Ferghana (1330 Quadrat-Meilen). Für die übrigen Oblasts schätzt das schon citirte Beiheft zum Mil. Woch. Bl. das Verhältniß der seßhaften Bevölkerung zu den Nomaden wie 1 : 2½, so daß auf rund 650,000 Seßhafte 1,630,000 Nomaden kämen. Im Transkaspischen Gebiet und den Kirghisensteppen ist natürlich das Verhältniß noch weit ungünstiger.

Man wird sich diese Bevölkerungsverhältnisse gegenwärtig halten müssen, um zu ermessen, welche materiellen Vortheile Rußland aus seinen inner-asiatischen Besitzungen ziehen kann, und welche Hülfsmittel dieselben als Ausgangspunkt eines etwaigen Feldzuges gegen Britisch-Indien zu bieten vermöchten.

Peter der Große wollte durch die Expedition des Fürsten Bekewitsch (Vgl. S. 120) einen Handelsweg nach Indien gewinnen und das Goldland erreichen, welches, nach Aussage von Turkmenen-Häuptlingen, am oberen Laufe des Amu-Darja zu finden wäre. Es ist das derselbe Antrieb, welcher die seefahrenden Völker Westeuropas zur Erwerbung von Kolonien führte, und sie Reichthum und Macht, oft weit über die Bedeutung des Mutterlandes hinaus gewinnen ließ. Rußland, dem der freie Zutritt zum Meere fehlte, suchte sein „Indien" zu Lande, und wenn es dabei ebensowenig nach dem eigentlichen Indien gelangte wie die Conquistadoren der iberischen Halbinsel, so hat es doch gleich jenen andere hochwichtige Gebiete in den Bereich der europäischen Kulturbestrebungen gerückt. — Wie weit bei dem späteren Vorgehen Rußlands die Gedanken Peters d. Gr. noch mitgewirkt haben, bleibe dahingestellt. Jedenfalls ist Turkestan ein Gebiet, welches nach Klima und Naturprodukten (Baumwolle, Seide, Wein, Tabak, Reis, Südfrüchte) den Russen einen eigentlichen Kolonialbesitz theilweis ersetzen und als Ziel etwaiger Auswanderung dienen kann. So wenig ertragsfähig das Land jetzt ist, so vortheilhaft unterscheidet es sich doch von den übrigen Theilen des asiatischen Rußland, aus denen nur Pelze und Gold den Transport nach dem Westen lohnen, deren übrige Naturprodukte aber das europäische Rußland selbst im Ueberfluß hervorbringt.

Zur Kolonisirung dieser von Muhamedanern bewohnten Länder sind die Russen mehr befähigt wie irgend ein anderes Volk Europas, weil sie nicht nur nach ihrem Wesen und Charakter, sondern auch in Aeußerlichkeiten, wie in den Formen des Gottesdienstes, den Asiaten weit näher stehen und sich ihrer Denkungsweise leichter anbequemen als die West-Europäer. Wenn wir uns bei dem Gedanken an russische Kultur eines stillen Lächelns nicht erwehren können: für jene Asiaten war und

ist die russische Zucht eine Wohlthat. Ohne Härte und Strenge haben auch die Engländer nirgends uncivilisirte Völker beherrscht, und was auch Habsucht, Eigennutz und Willkür russischer Beamten verschuldet haben mögen: es schwindet zu Nichts gegen die rücksichtslose Ausbeutung der Bewohner durch die früheren despotischen Herrscher, oder gegen die Ausplünderungen durch räuberische Nomaden.

Rußland hat den von ihm erworbenen Gebieten nach Jahrhunderten der Mißwirthschaft und steter Kämpfe wieder Ruhe und Sicherheit, eine geordnete Rechtspflege und Verwaltung gegeben; es hat die Sklaverei abgeschafft, den Plünderungen wie dem Menschenraube der Nomaden ein Ziel gesetzt, diese in feste Schranken gebannt, und es hat überall die Keime zu fruchtbringender wirthschaftlicher Kulturarbeit gelegt. Alle Entwickelung freilich ist noch in den Anfängen; kaum hier und da sind die ersten Früchte davon zu sehen; es wird noch lange Jahre hindurch großer Opfer und gewaltiger Anstrengungen bedürfen, um diese Gebiete für die Zukunft ertragsfähig und nutzbringend zu machen. Wie sehr aber die Muhamedaner schon jetzt die Vortheile der russischen Verwaltung zu schätzen wissen, das zeigt die Einwanderung derselben auf russisches Gebiet, sowohl aus dem von China wieder eroberten Kaschgar, als aus dem kürzlich von Rußland an China zurückgegebenen Theile des Distrikts von Kuldscha.

Die Opfer, welche Rußland für den Besitz von Turkestan bringt, kommen nicht blos in dem beträchtlichen Deficit des Budgets für diese Landestheile zum Ausdruck, sondern mehr noch in dem Verbrauche von Menschen für den dortigen Dienst. Der jährliche Ersatz für die Truppen Turkestans, welche etwa ein deutsches Armeekorps ausmachen, leidet schon auf den monatelangen Märschen empfindlich. Beträgt doch die Entfernung von Orsk am Uralflusse bis Taschkent an 1800, die von Semipalatinsk am Irtysch bis Taschkent an 1700 Werst (256 resp. 240 Meilen) deren Zurücklegung nach deutschen Grundsätzen 106 resp. 100 Tage erfordern würde, ganz abgesehen von dem Aufenthalte, den Wetter, Wege und die Ungeübtheit der Ausgehobenen im Marschiren verursacht. Die Stärke der Kontingente muß deßhalb gleich bei der Absendung höher angenommen werden als für den Dienst in Turkestan eigentlich nothwendig wäre, und nach Ablauf der in Asien 15jährigen Dienstzeit kehren wohl wenige nach Rußland zurück; obgleich von Ansiedelungen ausgedienter Soldaten, die allerdings ganz auf Staatskosten erfolgen müßte, bis jetzt nichts verlautet hat. Die einheimische Bevölkerung selbst wird zum Dienste noch nicht herangezogen.

Zu dem zeitraubenden und kostspieligen Transporte der Mann-

schaften tritt dann noch der des Materials, dessen Kosten Krahmer*) z. B. für jeden in Taschkent abgefeuerten Kanonenschuß auf 10 Rubel berechnet; denn Waffen- oder Munitionsfabriken giebt es im asiatischen Rußland noch nicht. Auch die Unterhaltung des einzelnen Soldaten an Ort und Stelle ist um 5—6 Rubel für den Kopf kostspieliger wie im europäischen Rußland.

Das Deficit in dem eigentlichen turkestanischen Budget schätzte für 1872 der Amerikaner Schuyler, diplomatischer Agent der Vereinigten Staaten, welcher der Expedition gegen Chiwa beiwohnte, bei 1,627,000 Rubel Einnahme und 8,000,000 Ausgabe auf 6,373,000 Rubel; Hauptmann Krahmer berechnet für die fünf Jahre von 1868—1872 die Einnahmen auf 10,115,428 Rubel, die Ausgaben auf 28,967,300 also den Ausfall auf 18,851,872 Rubel. Die Expeditionen gegen Chiwa, Kokan und gegen die Turkmenen haben das Deficit sicher von Jahr zu Jahr mehr anschwellen lassen, und noch auf Jahrzehnte hinaus wird Rußland die Kosten aller Unternehmungen ganz allein zu tragen haben.

Um Einblick in die Thätigkeit und das Verfahren der russischen Behörden zu gewinnen und die Richtungen kennen zu lernen, nach denen dieselben auf die Hebung des Landes hinarbeiten, dürften einige Angaben genügen, welche dem letzten Jahrgange der wöchentlich einmal in Taschkent erscheinenden Turkestanischen Zeitung entnommen sind. Einen sehr bedeutenden Raum dieses Blattes füllen Berichte und Anordnungen über das Schulwesen. — Die Ausschreiben der Intendantur betreffen hauptsächlich Bauten zur Unterbringung der Truppen, Lieferungen zu deren Verpflegung, aber auch Transporte von Mannschaften und Gepäck, wobei für je 2 Mann ein Kameel gerechnet wird. — Fortlaufende Berichte des chemischen Laboratoriums bringen Aufschluß über die Zusammensetzung des Wassers der verschiedensten Seen, Flüsse, Quellen und Brunnen; so giebt Nr. 4 der Zeitung die Analysen für den See von Sary-Kamysch (bei Kunie Urgentsch am trocknen Bette des Amu) und der Quellen in der Schlucht von Aksui nahe dem Issyk-Kul (Semirjentschensk). Die Ursache der Ueberschwemmungen durch den Tschirtschik bei Taschkent, die das dortige Staatsgestüt in ernste Gefahr brachten, wird in dem mangelhaften Zustande der Kanal-Anlagen gefunden. Zur Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse in dem über 70,000 Einwohner zählenden Taschkent wird für 1880 die Verlegung aller Gerbereien in die äußere Umgebung der Stadt angeordnet. Für die zahlreichen Fieberkranken der Garnison und namentlich für die Reconvalescenten wird ein Zeltlazareth an dem Luft-

*) Grenzboten 1877 Nr. 3, S. 89.

kurorte Tschimgan*) 90 Werst von der Stadt auf etwa 5000 Fuß Meereshöhe angelegt.

Aus dem Oblast Semirjetschensk (Siebenstromland), zur Zeit Hauptzielpunkt der russischen Einwanderung, sind hauptsächlich von Interesse die Angaben über die vom statistischen Comité für Semirjetschensk veranlaßte Volkszählung in Wernoje (officiell Wjernui) [5. April 1879]. Sie ergab 18,423 Einwohner gegen 15,539 im Jahre 1870**). Von dieser Zahl kommen aber 3586 Köpfe auf das Militär. Ferner ist für 1878 die Gesammtzahl der christlichen Bevölkerung des Oblast nach Kreisen und Kirchspielen festgestellt worden; sie betrug (einschließlich 2670 Seelen des Rayon von Kuldscha) 47,931 Köpfe, davon 27,758 männlichen und 20,173 weiblichen Geschlechts.

Eine stehende Rubrik in den Correspondenzen aus Wjernui bilden Berichte über den Verkehr mit benachbarten chinesischen Gebieten, namentlich mit der Dzungarei, über die Beeinträchtigung, welche Kaufleute und Andere dort erleiden, und — über die Bewegungen der chinesischen Truppen. Nur auf dem Wege dieser Correspondenz kam die plötzliche Ausweisung des Gelehrten Dr. Regel zur öffentlichen Besprechung. Kurz diese Berichte enthalten auch die Sammlung des Materials für künftige Beschwerden über die Nachbarn; sie werden, früher oder später, Ausgangspunkte für neue Expeditionen sein.

Aus Ferghana kommt der Jahresbericht (1877) der kaiserlichen Baumwollplantage bei Samarkand. Gute amerikanische Sorten sollen mit der Zeit die gelbe einheimische Baumwolle ersetzen, und man hofft, daß der Ertrag dieser am ganzen Laufe des Syr und Amu erfolgreich betriebenen Kultur Rußland von der Baumwollindustrie des Auslandes unabhängig machen werde. Ueber den Transport der Baumwolle, von der Buchara, Chiwa und Russisch-Turkestan jetzt über 50 Millionen Kilogramm liefern, in den Industriebezirk um Moskau mit seinen drei Millionen Spindeln wird weiter unten zu reden sein. Das Bestreben Englands (welches unter anderm auch die Bombay-Times jüngst verkündete): durch eine Eisenbahn Karantschi-Kandahar die englischen Gewebe auf den Märkten von Chiwa, Buchara und Samarkand concurrenzfähig zu machen mit den Produkten der russischen Industrie — ist einer der unaus-

*) Die in der Zeitung mitgetheilte Marschroute lautet: frühere Festung Niasbek 32 Werst, Dorf Tschimbalyk 26½ Werst, Chodshakent 14 Werst, Tschimgan 15½ Werst. Summa 88 Werst.

**) Von der Civilbevölkerung (14,837 Seelen) waren der Nationalität nach 11,464 Russen, 1039 Tataren, von den übrigen z. B. 62 Juden, 35 Deutsche, 1 Engländer; dem Glauben nach 11,702 griechische Katholiken, 2720 Mahomedaner, 237 Buddhisten dann unter anderm 35 Protestanten.

gesprochenen Beschwerdepunkte in der großen asiatischen Frage. Augenblicklich zahlen in Chiwa und Buchara die russischen Waaren einen Zoll von 2½ Procent, die englischen einen solchen von etwa 32 Procent vom Werthe.

Aus dem bucharischen Gebiete südlich vom Serafschan, kommen die Berichte der russischen Recognoscenten und Forscher. Barometer und Meßinstrument statt des Gewehres über den Rücken gehängt, erklettert dort der Kasak, das Pferd am Zügel führend, hinter seinem Officier die steilen waldlosen Felsenhänge. Flußaufwärts strebt man ins Hochgebirge, bis die Quellen der Ströme gefunden sind, und dann thalwärts auf flachem Boot, sobald das Wasser ein solches trägt, oft an den verschütteten Ruinen unbekannter Städte vorbei, bis die Mündung in den Amu erreicht ist; dann gehts wieder landeinwärts durch öde Gefilde zum nächsten belebenden Wasserlauf und die Untersuchung beginnt von Neuem. So ist und wird von Fluß zu Fluß das Nordufer des Amu erforscht, dessen Oberlauf, der Aksu noch heute von den Eingeborenen Ok-su ausgesprochen wird, wie einst die Alten den ganzen Strom genannt. — Südlich des Amu liegt, von den Russen noch unbetreten, Afghanistan, und bald näher bald ferner dem Ufer erheben sich dort die Bergmassen des Hindûkusch. — Bald werden die Recognoscenten auf jenen Höhen Rußlands natürliche Grenze suchen. — Rastlos vorwärts eilt der Forscher; langsamer folgt erobernd der Soldat; Vortheil suchend hängt sich der Kaufmann ihm an; auch das Gewerbe noch kann allenfalls eine Stätte finden im Feldlager der Truppen oder unter den Zelten der Nomaden; aber die schwerste und wichtigste der Kulturen, der Landbau vermag nur fest an die Scholle gebunden durch harte unermüdliche Arbeit zu gedeihen. Doch auch an Maßregeln zur Hebung dieses Kulturzweiges fehlt es nicht ganz.

Aus Kasalinsk (fast an der Mündung des Syr) kommt ein Bericht über Herstellung der alten Bewässerungsanlagen. Der Verfasser erinnert daran, daß nach den Schriften arabischer Geographen die Ufer des Syr-Darja einst so dicht bewohnt waren, daß „leicht eine Katze auf den Dächern und Zäunen von Taschkent nach Jangi-kent (unweit des heutigen Kasalinsk) hätte gehen können“, eine Strecke die schon in der Luftlinie weit über 100 Meilen beträgt. Seit 1876 sind, Dank den Bemühungen des Kreischefs Herrn Abgral, auf dem linken Ufer des Syr alte Bewässerungskanäle in einer Länge von 113 Werst wieder hergestellt worden, die so viel Land bewässern, wie für die Aussaat von 22,500 Pud (368,500 kg.) Getreide erforderlich ist. Bei einem der Kanäle, dem in gerader Linie 10 Werst langen aber vielfach verzweigten Ergerek, wird die Zunahme des Anbaues für 1879 auf 5000 Pud Aussaat gegen 3000 im Jahre 1878

angegeben. An diesem Kanal haben 1878 während 11 Tagen 4000 Menschen und 1879 nur 2000 Menschen 8 Tage lang gearbeitet. Der Bericht fügt hinzu, daß die Erd-Arbeiten nur während zweier Monate, im Frühjahr und nach Eintritt der Herbstregen, die den Boden anfeuchten, möglich seien, daß dann aber auch die ganzen Stämme arbeiteten, entweder bevor sie die Nomaden-Wanderung antreten oder nach der Rückkehr von derselben.

Herr Abgral hat sich um Kasalinsk noch ein weiteres Verdienst erworben; er hat durch Schöpfräder Wasser aus dem Syr gehoben und dadurch eine regelmäßige Besprengung zum Niederhalten des Staubes ermöglicht; ferner hat er eine Baumpflanzung von 5 Dessjatinen (5,46 ha.) nahe bei der Stadt geschaffen.

Wo einst viele Millionen Menschen in gesegneten Gefilden dicht gedrängt bei einander wohnten, ist nach 30 Jahren russischen Besitzes ein erster Schritt gethan zur Wiederbelebung der einst blühenden Kultur des Landes. Ein erster Schritt, aber an einer wichtigen Stelle: bei Kasalinsk erreicht die große Post- und Etappenstraße von Orenburg her den Syr-Darja; mannigfache Verkehrswege laufen hier zusammen; für die Zukunft ist es ein wichtiger Handelsplatz, schon heut der natürliche Sammelpunkt für Karawanen und Truppen, die von Orenburg nach dem Süden, oder vom Amu und Syr nach dem europäischen Rußland ziehen. — Wann wird es möglich sein, dort aus der Umgegend die Vorräthe zu beschaffen, wie sie der Bedeutung des Ortes entsprechen; oder wann wird es gelingen, hier die Verpflegung auch nur für eine Division sicher zu stellen?

Ueber die Anfänge der Entwickelung in dem gefürchtetsten Wüstengebiete, im transkaspischen Gebiet bringt der Verwaltungsbericht des General Lomakin für 1874—1877 genauere Angaben. Wohnplätze sind hier überhaupt erst von den Russen hergestellt worden. In dem nördlichen Bezirke (Pristawstwo) Mangischlak, besteht beim Fort Alexandrowsk eine Ansiedelung von 93 Seelen und unweit desselben seit 1849 die Staniza Nikolajewsk, Fischerstation mit städtischen Gerechtsamen; sie zählte vor ihrer Zerstörung durch die Kirghisen (1870) 25, im Jahre 1877 schon 85 Häuser mit 276 Seelen (141 männliche). Die Nomaden dieses Bereichs sind 2—4 Amtsbezirken (Wolosts) zugetheilt worden, deren Vorsteher eben so wie die Aeltesten der einzelnen Auls von den Bewohnern selbst gewählt werden. 1877 gab es im ganzen Bezirke 8360 Kibitken, theils von Kirghisen, theils von Turkmenen. In dem südlichen Bezirke ist Krasnowodsk, der Sitz des Gouverneurs, schon auf einen Bestand von 65 steinernen Privathäusern und eine Civilbevölkerung von 427 Seelen (284 Männer), darunter viele persische Handwerker, angewachsen, und die

Zahl der Brunnen, von denen allerdings nur 3 „ein ziemlich gutes, fast süßes“ Wasser lieferten, ist von 6 auf 20 gestiegen. Ein Apparat zur Gewinnung von Trinkwasser aus Seewasser lieferte täglich bis 3000 Wedro (36,800 Liter). Bei größerer Ausdehnung der Stadt soll Süßwasser von den 30 Werst entfernten Burnak'schen Quellen her zugeleitet werden.

Die Anlage einer Baumpflanzung und die Einrichtung eines Küchengartens für die Garnison gingen, wie der Bericht sagt, langsam vorwärts; nur einheimische kleine Steppenbäume, dann Lycium-Sträucher faßten Wurzel; ferner gedeihen Salat, Radieschen und Melonen. Krasnowodsk aber ist der einzige für große Schiffe zugängliche Hafen an der Ostküste des Schwarzen Meeres, und seine Bedeutung wird natürlich noch steigen, wenn dereinst die Ablenkung des Amu ins Kaspische Meer gelingen sollte, und der Strom das öde Steppengebiet einst wieder in fruchtbares Land verwandelt haben wird.

Von den Nomaden im Pristawstwo Krasnowodsk hat ein großer Theil seine Wintersitze und halbe Seßhaftigkeit auf persischem Gebiet zwischen den Flüssen Gjurgen und Atrek. Acht Sommermonate lang halten sie sich im russischen Gebiet auf, meist in der Nähe der vom Kaspischen Meere nach Chiwa führenden Karawanenstraßen oder der Rußland unterthänigen Auls. Zur Beaufsichtigung dieser Turkmenen ist vorgeschrieben, daß jeder Stamm beim Eintritt ins russische Gebiet einen Chan, jeder Aul einen Aeltesten zu wählen hat. Die Chane müssen in der Umgebung von Krasnowodsk ihre Zeltlager aufschlagen und von dort aus ihre Auls besichtigen. In die inneren Angelegenheiten dieser Nomaden mischt sich die russische Regierung nicht, und sie erhebt auch von ihnen keine Abgaben.

Feldbau wird im transkaspischen Gebiete nur auf kleinen Landstrecken der Halbinsel Mangischlak, zusammen etwa 1000 Dessjätinen (zu je 1,092 ha.) und auf etwa 2000 Dessjätinen Land am nördlichen Ufer des Atrek getrieben. Melonen werden hier und da am Meeresufer gezogen; Bäume gedeihen nur auf der Oase der Achal-teke. Der Reichthum der Nomaden besteht in Kameelen, Schafen und Pferden, welch' letztere man an Ort und Stelle das Stück auf 300—400 Rubel schätzt. Neben dem Ertrage der Viehzucht, der Jagd und des Fischfangs im Kaspischen Meere sind für die Zukunft des Landes einige Naturprodukte bemerkenswerth. Salz liegt außer auf Seen und Sümpfen auch vielfach in fußdicken Schichten als Steinsalz zu Tage. Die Balkan-Berge und die Insel Tscheleken sind reich an Napthaquellen. Man heizt die Dampfer mit Naptharesten; die reichen Kohlenlager von Mangischlak sind deshalb noch kaum berührt. Auch bedeutende Schwefellager harren der Ausbeutung.

Den Handel zwischen Krasnowodsk und Chiwa vermittelten vom April 1874 bis September 1877, also in 3½ Jahren, 111 Karawanen mit 18,073 Kameelen, vom Atrek nach Chiwa 14 Karawanen mit 7272 Kameelen, der Umsatz betrug 6,483,000 und 108,000 Rubel. Auch dies zeigt die Wichtigkeit von Krasnowodsk, wo fünf große Dampfer bequem anlegen und unmittelbar an der Landungsstelle laden können, während sie vor der Atrek-Mündung weit vom Ufer auf ungeschützter Rhede liegen müssen.

Eine der Hauptschwierigkeiten für Rußland in dem ganzen Bereiche seiner innerasiatischen Besitzungen bildet das Verkehrswesen.

Die auf Veranlassung der Intendantur in Taschkent von Pjankow im Oktober 1879 herausgegebene Marschroutenkarte zeigt von Orenburg (dem Endpunkte der russischen Bahnen) bis hinab zum Amu ein ganz stattliches Netz von Straßen, besetzt mit Etappenorten und Poststationen; es frägt sich nur, mit welchem Maßstabe man diese Anlagen messen soll.

Gebahnte Wege giebt es nur in den mehr bewohnten Landstrichen, und dort sind theilweise auch Karren und Wagen in Gebrauch. Haupt-Transportmittel sind Pferd und Kameel; letzteres dient als Reit-, wie als Lastthier und soll „reglementsmäßig“ 40 bis 50 Werst (43 bis 53 km) in einem Marsche zurücklegen. Die Lage der Etappen und Stationen richtet sich nach dem Vorhandensein von Wasser und Weide. — Als wesentlichen Fortschritt konnte im Frühjahr 1879 die Moskauer Zeitung melden, daß es zwei unternehmenden Kaufleuten, den Gebrüdern Wanjuschin, gelungen wäre, eine Karawane vom Mertwyi-Kultuk Busen nach Kungrad (unweit der Amu-Mündung) zu führen, wobei die Kameele vierrädrige Wagen gezogen und so 30 Pud statt der sonst getragenen Last von 16 Pud befördert hätten. Man fand auf der 400 Werst langen Strecke leidlich ebenen und festen Boden sowie 20 Brunnen und Quellen, die für 200 Kameele Wasser lieferten. Das Auffinden eines solchen neuen kürzeren Weges an Stelle der je 700 bis 900 Werst langen Routen von Mangischlak, Krasnowodsk und dem Atrek nach Chiwa war ein Ereigniß; der neue Weg verkürzt den Landtransport und bietet als direkte Verbindung vom Amu nach dem Kaspischen Meere überhaupt den billigsten Transport aus Buchara und Chiwa nach dem europäischen Rußland. Auch schon vor dieser Entdeckung wurde übrigens der Weg von Chiwa über Krasnowodsk zum Meere und zur Wolga dem Landwege über Kasalinsk und Orenburg vorgezogen. In Zahlen ausgedrückt besteht der Vortheil darin, daß z. B. der Transport von 1 Pud Baumwolle aus Chiwa über Orenburg nach Nischnij-Nowgorod 1 Rubel 60 Kop., dagegen über Krasnowodsk und Astrachan nur 1 Rubel 40 Kop. kostet. An Zeit braucht

man für den Weg Chiwa-Orenburg 2 Monat, und weitere 10 Tage bis Nischnij-Nowgorod; auf dem Wege von Chiwa nach Krasnowodsk aber nur 20 Tage*), 6 Tage von dort nach Astrachahan und 10 für die Fahrt auf der Wolga, zusammen also 1 Monat und 6 Tage.

Ein Artikel im Jahrgang 1869 dieser Zeitschrift**) sah bereits im Geiste eine 60 Meilen lange strategische Eisenbahn von der Mertwyi-Kultuk-Bai zum Aral-See in voller Ausführung begriffen — heute ist von diesem Projekte gar nicht mehr die Rede; nur der erste Versuch, Räderfuhrwerk durch die Wüste zu führen, ist gelungen. Eben jener Aufsatz citirt auch eine russische Denkschrift, der zufolge die Oase Chiwa „von Rußland abhängig, der Centralpunkt wäre für den asiatischen Handel, der tief bis nach Indien hinein die Handelsübermacht Englands erschüttern würde"; noch jetzt aber fürchtet man in Buchara und in Chiwa selbst die englische Konkurrenz. Auch der Bau der Bahn Tiflis-Baku, welche damals bestimmt sein sollte, die russischen Regimenter behufs Einschiffung nach Krasnowodsk ans Meer heranzuführen, ist vorläufig aufgegeben. Der schnelle Flug der Gedanken allein vermag die materiellen Hindernisse nicht hinwegzuräumen, und es wird noch vieler Jahrzehnte bedürfen, ehe solche Pläne sich verwirklichen lassen. Bis dahin verbessert man die Karawanenwege durch Bohrung von Brunnen und sichert sie, wo es nöthig ist, durch Anlage kleiner Forts. — Die Vortheile des Verkehrs zu Wasser, den die Natur der asiatischen Landverbindungen doppelt werthvoll erscheinen läßt, ist Rußland bestrebt, nach jeder Richtung hin auszubeuten. Kriegs- wie Transport-Fahrzeuge befuhren den Aral-See und den Syr-Darja, sobald die Russen dort Fuß gefaßt hatten. Auf dem Amu, dessen Schiffbarkeit 1879 seiner ganzen Länge nach festgestellt worden ist, wird in Kurzem das Gleiche der Fall sein. Die weiten Landwege von Kasalinsk nach Orenburg und von Amu zum Kaspischen Meere lassen sich aber nicht umgehen und kürzen. Im Winter machen ohnedies Kälte und Schneesturm beide Wege fast unpassirbar. Rußland muß deshalb suchen, die Verbindungen von seinem Machtcentrum aus nach Inner-Asien auf andere Weise zu beschleunigen und zu erleichtern. Die Mittel, welche diesem Zwecke dienen sollen, sind aber vorläufig nur Zukunftsprojekte.

Es handelt sich dabei: 1) bezgl. Gewinnung einer zusammenhängenden Wasserstraße um die Umleitung des Amu-Darja in sein altes Bette nach dem Kaspischen Meere, 2) für den Landweg um den Bau einer Eisenbahn von Orenburg nach Taschkent und Samarkand.

*) Postreiter legen den Weg in 9—10 Tagen zurück; sie erhalten für den Hin- und Rückweg (1500 Werst) eine Entschädigung beiläufig von 100 Rubel.

**) Bd. 25, S. 422 ff.

Das erstere Projekt, die Wiederherstellung der Handelsstraße, auf der, nach Plinius, im Alterthume die indischen Waaren auf dem Ikarus (dem jetzt im Wüstensande endenden Flusse von Balch) zum Amu-Darja und auf diesem zum Kaspischen Meere kamen, dann aber im Kaukasus zwischen Kur und Rion fünf Tagemärsche weit zu Lande transportirt werden mußten, hat jüngst noch eine Erweiterung erfahren. Der Ingenieur Danilow bearbeitet den bereits genehmigten Plan, auch zwischen dem Kaspischen und dem Schwarzen Meere in der Niederung des Manytsch, mit Zuhülfenahme der Wassermassen des Terek und Kuban, eine Schiffahrtsstraße herzustellen und so das Kaspische Meer und mit ihm den Amu-Darja dem Weltverkehre zugänglich zu machen. — Ein großartiges Project! Aber doch wohl großartiger in der Idee als in der praktischen Folgewirkung. Die Dampfschiffverbindung aus der Wolga ins Kaspische Meer ist nämlich alljährlich von November bis April durch den Frost unterbrochen; auch der nördliche Theil des Kaspi friert in dieser Zeit zu; nur von der Linie Baku-Krasnowodsk (40—41 Grad n. Br.) südwärts bleibt das Meer stets offen. Nun hat die Flotte des Kaspischen Meeres ihre Hauptstationen zwar bei der Insel Aschurade ganz im Süden nahe der persischen Küste, und im Frieden mit Persien von 1828 hat sich Rußland neben dem Rechte ausschließlicher Schifffahrt auch den Besitz jener Insel gesichert und damit den Naturverhältnissen des großen Binnenmeeres Rechnung getragen. Indessen ununterbrochenen Zugang zum Kaspi hat Rußland von Europa aus während der Wintermonate doch nur durch seine kaukasischen Besitzungen. Dort aber enden die Eisenbahnen von Westen zur Zeit noch in Wladikawkas und Tiflis.

Die Umleitung des Amu-Darja nach seiner alten Mündung bei Krasnowodsk würde Rußland eine zusammenhängende Wasserstraße aus dem Herzen seines Reiches bis an den Fuß des Pamir und Hindûkusch eröffnen; es könnte aus den Arsenalen und Magazinen Petersburgs Vorräthe ohne Umladung bis an die Grenzen von Afghanistan führen. Den Plan dieser Flußverlegung faßte schon Peter d. Gr. vor 170 Jahren; heute sind wenigstens die natürlichen Verhältnisse durch eine russische Kommission untersucht, und nach den letzten kurzen telegraphischen Nachrichten scheint auch ein Anfang zur Ausführung gemacht zu sein. Die Verlegung eines Stromlaufes in ein seit drei Jahrhunderten versandetes Bett von rund 100 deutschen Meilen Länge ist jedoch ein so außerordentliches Unternehmen, daß man doch den genauen Bericht der Kommission wird abwarten müssen, bevor man sich ein Urtheil darüber zu bilden versucht, wie viel Zeit, Mittel und Arbeitskräfte zur Ausführung der Flußumleitung erforderlich sein dürften. Bis jetzt ist nur der eine Faktor bekannt, daß in den Wassermassen des Amu und in dem be-

deutenden Gefälle, welches dieselben bis zum Kaspischen Meere finden, die Natur selbst eine gewaltige Kraft für die Arbeitsleistung zur Verfügung stellt.

Ueber die Feststellung der Route der großen Zukunftseisenbahn sind zahlreiche Mittheilungen in die Oeffentlichkeit gekommen. Von der Aufsuchung der Richtung bis zur Vollendung des Baues ist aber der Weg noch weit. Die Strecke von Taschkent bis Samarkand ist erst 1879 untersucht. Die Schwierigkeiten werden dort, in verhältnißmäßig bevölkerter und angebauter Gegend, nicht größer gewesen sein, als auf den 1877 und 1878 durchforschten Abschnitten. Der entscheidende Theil der Anlage ist die 1600 Werst lange Strecke durch das Steppengebiet von Orenburg nach Taschkent, speziell die 900 Werst von Orenburg bis Kara-turgai, wo die Bahn den Syr-Darja erreichen soll. Die technische Möglichkeit der Herstellung einer Bahn gilt als bewiesen. Die Angaben, welche über die Ergebnisse der Forschungen in den Rechenschaftsberichten der sogenannten Samara-Expedition veröffentlicht wurden, lauten überaus ermuthigend; aber es ist doch sehr möglich, daß in diesen Berichten die Hoffnung dem kalten Urtheil vorgegriffen hat. Was mit kritischer Auswahl Nasackin in der „Oesterreichischen Monatsschrift für den Orient" darüber zusammenstellt, läßt einige der schlimmsten Schwierigkeiten errathen. Allerdings erbot sich (Zeitungsnachrichten zufolge) bereits im Herbst 1879 eine Gesellschaft, für den Preis von 65,679 Rubel auf die Werst der bis Samarkand zu 2650 Werst angenommenen Länge die Bahn zu bauen. Die Faktoren aber, mit welchen bei dieser Anlage zu rechnen ist, lassen ahnen, wie weit es von der Feststellung des Projekts bis zum wirklichen Bau und zur Inbetriebsetzung der Bahn sei.

Auf der ersten etwa 330 Werst langen Strecke, von Orenburg bis zu dem Muhodschar-Gebirge, fand die Expedition, ihrem Berichte zufolge, eine lehmreiche, mit federartigem Pfriemengrase bewachsene, stellenweise hügelige Steppe, die überreich von Wasser aus den Zuflüssen des Ural, namentlich aus dem Ilek und Ori getränkt wird und sich zum Feldbau eigne. Längs der ganzen Strecke begegnete man sogar Aeckern, in den Flußthälern Wiesen und kirghisischen Winterlagern. Auch mehrere Kasakenniederlassungen fanden sich in der Nähe von Orenburg und Iletzk, wo stellenweise sogar Schwarzerde vorherrschte.

In eben dieser Gegend aber ging 1839 auf dem Marsche zur Emba die russische Expedition durch Schneestürme fast zu Grunde. Wie damals, so wird sich auch heute noch der Schnee 2 bis 3 Meter hoch aufthürmen und monatelang jeden Verkehr unmöglich machen. Der Wald, der die Bahn gegen Schneewehen schützen soll, muß erst angepflanzt, die Men-

schen, welche die Bahn bewachen und offen halten sollen, müssen erst angesiedelt, die Felder von deren Ertrag die Menschen leben sollen, müssen erst angebaut werden.

Weiterhin durchschneidet der Weg auf rund 100 Werst Länge die Kette der Muhodshar-Berge. Quellwasser ist hier, wie der Bericht angiebt, reichlich vorhanden; die Thäler und Bergrücken sind bequem zu passiren. Der Nordwestabhang ist zeitweise mit Steppengras bewachsen; am Südostabhang herrschen Wermuth und Salzkraut vor — nirgends aber wird ein Baum oder Strauch erwähnt, der Schutz gegen Staub und Schnee zu bieten, nirgends Pflanzenwuchs, der den Boden standfest zu machen vermöchte. Nur zeitweise grünen einige wenig nahrhafte Kräuter, sonst ist der kahle Boden ein Spielball der Winde.

Von den Muhodshar-Bergen bis zur Nordwestgrenze der Sandwüste Kara-kum (über 220 Werst) breitet sich eine lehmig-salzhaltige, mit Wermuth bewachsene, oft hügelige, aber dem Berichte zufolge gleichfalls nicht wasserlose Steppe aus. Zu beiden Seiten der projektirten Trace fand die Expedition zahlreiche Halteplätze (Sommerstände wie Winterlager) der Kirghisen. Der Boden aber ist offenbar ebenso ertraglos wie der vorige, und das unumgänglich nothwendige Wasser liefern nicht mehr spontane Quellen, sondern es muß erbohrt und in Cisternen gesammelt werden, um dem Gebrauch der Menschen zu dienen.

Endlich ist die über 240 Werst lange Wüste Kara-kum zu passiren, bevor der Syr-Darja erreicht ist.

Der Sand ist, wie der Bericht sagt, hier unterbrochen durch lehmig-salzhaltige Strecken und durch Salzmoräste, auch wird er von Vertiefungen durchschnitten, „die im Allgemeinen parallel der projektirten Eisenbahnrichtung laufen, also für diese günstig liegen würden“. Zeitweise, so hören wir, sind die Abhänge der einzelnen Sandanhäufungen, die Vertiefungen zwischen den Gruppen von Sandhügeln und viele verdunstete Salzmoore mit einem reichlichen Pflanzenwachsthum bedeckt; es giebt sogar Grasflächen, welche den Kirghisen, sowie den Bewohnern der Stationen an der Poststraße Orenburg-Taschkent das Heumachen gestatten. Die Kirghisen benutzen solche Sommerweiden jährlich während 4—6 Wochen. An der linken Seite der projektirten Trace sind (nach dem Berichte) noch Spuren früherer Aecker und Bewässerungsgräben wahrnehmbar, die aus Quellen oder durch Frühjahrswasser gespeist wurden. Rechts, nach Kasalinsk zu, begegnete man auch „Bewässerungsgräben mit regelmäßigem Zufluß aus dem Syr, ein Umstand, aus dem die Expedition schließt, daß sich hier dauernde Ansiedelungen gründen lassen würden, welche unter Anderem den ergiebigen Fischfang im Aral-See sich zu

Nutzen machen könnten." Die Wüste zeigte meist festen Sand „der vermittelst einer verhältnißmäßig reichen Strauch- und Grasvegetation eine gewisse Ständigkeit sich aneignen könnte." Nackten Flugsand-Ansammlungen begegnete man ziemlich selten. Das Vorkommen von 70 verschiedenen Pflanzen, darunter Sandweide und wilder Oelbaum, welche lehmigen, für erfolgreiche Durchführung von Baumanpflanzungen günstigen Untergrund verlangen, berechtigten anscheinend auf die Möglichkeit einer Bewaldung der Sanddistrikte in der Kirghisensteppe zu zählen. Der „Kara-kum Sand", eine pflanzenreiche Oase in dem Lehm der weit ausgedehnten Steppen, hat auch bereits die ersten Bewaldungsversuche gesehen. Man hat Kiefern, Pappeln, Akazien, Weiden u. s. w. verschiedener Arten säen und anpflanzen lassen; dichtgedrängte Strauchgräser, die Ansamung einheimischer Pflanzen und Sandschilf sollen den Flugsand ständig machen. Ein Mitglied der Expedition studirt in den französischen „Landes" die Art und Weise, wie dort im Laufe eines Jahrhunderts der nackte Meersand in ein 110,000 Hektaren umfassendes, mit Fichten bewachsenes Waldgebiet verwandelt worden ist.

Brunnenbohrungen wurden mehrfach vorgenommen, um festzustellen, wie tief unter dem Sande das Wasser zu finden, und in welcher Stärke sein Zufluß zu erwarten sei.

Die Expedition fand also nirgends ganz kulturunfähiges Land, aber z. B. auch nirgends Gehölze. Die letzten Reste von solchen zerstörten in den ersten Zonen die Kirghisen, in den letzten die Bewohner der Steppenforts und Poststationen; endlich hat die Aral-See-Flotille vollends damit aufgeräumt. Die Expedition konnte bei ihrem vorübergehenden Aufenthalt den an 7000 Liter betragenden Wasserbedarf überall decken; wie weit für länger dauernden Gebrauch gesorgt sei, spricht sie nicht aus.

Der Bericht läßt genugsam erkennen, was vor Beginn eines jeden Eisenbahnbaues in dortiger Gegend noch zu thun wäre. Wald und Wasser zum Bauen wie zum Betriebe fehlen, nur Sand und Salz sind überreich vorhanden. Wälder müssen angepflanzt, Sandflächen standfest gemacht, Steppen in fruchtbare Weiden verwandelt, Bewässerungsgräben hergestellt und die früher dem Feldbau dienenden Strecken wieder beackert werden. Es sind Brunnen zu graben und setzen wir gleich hinzu, Kohlenfelder bloszulegen, um aus ihren Schätzen das landesübliche Brennmaterial, den Dünger der Heerden, der zum Eisenbahnbetrieb denn doch nicht ausreichen dürfte, zu ersetzen. Kurz, die weiten Flächen müssen kultivirt und neu besiedelt werden. Und dann gilt es einen Bahnbau von über hundert deutschen Meilen Länge zu beginnen, für den jede Schwelle, jede Schiene auf den Rücken der Kameele aus dem europäischen

Rußland herangetragen werden muß. Ueber den Ural-Fluß wäre eine etwa 425 m lange Brücke zu führen. Brücken über den Kurala, den Kargala, den Ori, den Taldyk, den Tschit-Irgys je 42 bis 108 Meter lang, sind weitere große Kunstbauten, deren Ausführung nothwendig wäre. Für die Größe der beim Bahnbau zu bewegenden Erdmassen fehlt noch jeder Maßstab.

Ueber die Zeit und die Kosten des Baues, die Beschaffung der Arbeiter und des Materials eine Vorstellung zu gewinnen, ist ohne genauere Kenntniß nicht möglich. Wie lange es dauern kann, bis etwas Kulturland für die Stationen der Zukunftsbahn geschaffen ist, und bis Waldstreifen die Bahngeleise gegen Verwehung durch trocknen Sand oder Schnee zu schützen vermögen, dafür geben die oben erwähnten Arbeiten bei Kasalinsk und die Bewaldungsversuche an den deutschen, jütischen und französischen Küsten einen Maßstab.

Mit dem Erreichen des Syr-Darja ist aber erst ein Drittheil der Bahn hergestellt. Daß in den folgenden Abschnitten die Schwierigkeiten nicht geringer werden, dafür nur zwei Beispiele. Die Bahn soll auf dem rechten Ufer des Syr am mittleren Laufe zum Theil „auf einem Damme angelegt werden, welch' letzterem zugleich die Aufgabe zufallen dürfte, den Wasserzutritt zum Kara-Usiak-Morast zu hemmen". Dadurch, so hofft man, werde dann entweder der Flußlauf sich vertiefen, oder das Wasser nach dem trocknen Flußbett des Jany-Darja abfließen und verlassene Aecker bewässern. Wie lang der Damm sein müsse, wie tief der Sumpf ist, woher das Material zum Bau zu nehmen sei, das sind noch ungelöste Fragen. Das Interesse der Landeskultur tritt auch hier in den Vordergrund; sie erst kann den Bahnbau möglich machen. Weiter stromaufwärts fand in dem letzten trocknen Sommer eine wissenschaftliche Expedition in das Gebirge zwischen Tschu und Syr-Darja, über welche die Turkest. Ztg. vom 13./25. Nov. berichtet, um die Mitte des Juli bei 9000—10,000 Fuß Meereshöhe allen Pflanzenwuchs verdorrt und den Boden durch tiefe, weit klaffende Spalten zerrissen. Das tiefe Spalten ist eine wohlbekannte Erscheinung in der Steppennatur; es wird langer Vorarbeiten bedürfen, um dereinst den Bahndamm gegen solche Zerstörungen durch Hitze und Dürre schützen zu können.

Die Bahn nach Samarkand ist also ein Projekt für eine nicht ganz nahe Zukunft, fast mehr noch wie die Umlenkung des Amu-Darja, und der Friede in Asien wäre noch lange Zeit gesichert, wenn der Eintritt kriegerischer Begebenheiten von der Vollendung dieser Arbeiten abhinge.

Die Machtmittel.

Rußland verfügt in seiner europäisch-kaukasischen Feldarmee von 40 Infanterie- und 20 Kavallerie-Divisionen, unter Einrechnung der Schützen, über 786 Bataillone, 392 Eskadrons und Sotnien nebst 327 Batterien oder (auf Kriegsfuß) über rund 786,000 Mann, 59,000 Pferde und 2538 Geschütze. Dahinter steht in zweiter Linie die neu organisirte Reserve-Armee. Von dieser sind 384 Bataillone nebst 112 Marscheskadrons und bis jetzt 48 Batterien, rund 384,000 Mann, 20,000 Pferde, 384 Geschütze in 24 Divisionen für den Dienst auf Etappen und im Felde bestimmt, 101 Bataillone aber (darunter 5 der Garde) speciell für den Besatzungsdienst im Innern Rußlands. Das letzte Glied dieser Armee bilden, abgesehen vom Landsturme (Reichswehr), die Ersatztruppen mit 199 Bataillone 50 Eskadrons und 51 Batterien.

An irregulären Formationen treten zu der europäischen Feldarmee die Kasaken vom Don. Ein Drittheil derselben, das erste Aufgebot ist schon bei den Feldtruppen mit eingerechnet; in zweiter und dritter Linie stellen sie noch 40 Regimenter = 240 Sotnien und 14 Batterien, d. h. 36,000 Pferde und 84 Geschütze.

Der kaukasischen Armee sind zuzurechnen die Kasaken vom Kuban und vom Terek. Von ihren zusammen 7 Bataillonen, 240 Sotnien und 7 Batterien sind 50 Sotnien mit 5 Batterien schon oben bei den Kavallerie-Divisionen mitgezählt, es bleiben noch 7 Bataillone, 190 Sotnien, 2 Batterien oder 7000 Mann, 28000 Pferde und 10 Geschütze.

Für die Heranziehung von Truppen für asiatische Zwecke aus dem europäischen Rußland kann als Maßstab dienen, daß 1877, als der Kaukasus im Aufstand und die Grenze durch die türkische Armee ernstlich gefährdet war, nur 2 Divisionen, die 40. aus Saratow und die 1. Grenadier-Division aus Moskau dorthin geschickt wurden, während die Divisionen aus Kasan und Nischnij-Nowgorod, für welche der Wasserweg nach dem Kaukasus zur Verfügung gestanden hätte, auf dem Kriegsschauplatz an der Donau erschienen, und eine ganze Anzahl Divisionen noch unthätig in Polen zur Verfügung stand. Die Entsendung größerer Truppenmassen nach dem Osten würde jedenfalls längere Vorbereitung und, um einen beliebten Ausdruck zu gebrauchen, eine theilweise Verlegung des Schwerpunktes der militärischen Macht des russischen Reiches von der Westgrenze hinweg erfordern. Es ist ferner daran zu erinnern, daß, wie oben näher erläutert wurde, nur vom Kaukasus aus eine stets offene Wasserverbindung mit der Ostküste des Kaspischen Meeres besteht. Ein Transport von der Wolga aus,

oder gar ein Fußmarsch von Orenburg ab durch die Steppen ist nur während der günstigen Jahreszeit möglich.

Der Kaukasus enthält also das große Reservoir, aus dem für jede Verwendung von Truppen in Inner-Asien zunächst zu schöpfen ist; es kommen von der großen Feldarmee vorzugsweise die Truppen der kaukasischen Armee in Betracht. Dieselben zählen in 7 Infanterie- und 3 Kavallerie-Divisionen nebst 1 Schützenbrigade, 116 Bataillone, 70 Eskadrons und Sotnien und 47 Batterien mit rund 116,000 Mann, 10,500 Pferden und 364 Geschützen. Neben diesen Feldtruppen und dem entsprechenden Antheile an Reserve- und Ersatz-Formationen sind für den Besatzungsdienst im kaukasischen Militärbezirk noch vorhanden: 3 Lokalbataillone nebst 39 kleineren Kommandos und 7 Linienbataillone (so genannt nach ihrer ursprünglichen Verwendung im Grenzkordondienst). Mit den oben genannten Kasaken vom Kuban und Terek berechnet sich hiernach die Streitmacht im Kaukasus auf 133 Bataillone 260 Eskadrons und Sotnien, 49 Batterien mit rund 133,000 Mann, 38,500 Pferden, 374 Geschützen. Im Kriegsfalle werden noch einige weitere lokale Milizen zu Fuß und zu Pferde aufgeboten, ja theilweise thun sie auch schon im Frieden Dienst. (1877 wurden sie auf rund 10,000 Mann geschätzt.) Von der kaukasischen Armee befinden sich im transkaspischen Gebiet außer dem S. 130 erwähnten Expeditionskorps des General Lomakon von 8½ Bataillonen, 8 Eskadrons mit 16 Geschützen, nur kleine Besatzungen in Krasnowodsk und Alexandrowsk.

Verschwindend klein gegen die bisher genannten Zahlen und im Verhältniß zu den räumlichen Entfernungen, welche die einzelnen Abtheilungen trennen, sind die russischen Streitkräfte in den asiatischen Besitzungen selbst. Das mobile Element vertreten dort die Linienbataillone und die Kasaken.

Auf Sachalin, im Amur-Lande und in Ostsibirien vertheilt, also auf 450 deutsche Meilen Luftlinie von Krasnojarsk bis Wladiwostok, bestehen 3 Lokal- und 6 Linienbataillone mit 3 Batterieen. Die Kasaken vom Amur und vom Sabaikal-Lande können dazu noch 10 Fußbataillone, 27 Sotnien und 3 Batterieen aufstellen; einige isolirte Abtheilungen besorgen den Transportdienst im Innern und den Hafendienst in Petro-Alexandrowsk (Kamtschatka). Auf ein Eingreifen dieser Truppen in Kriegshandlungen außerhalb des ihrer Bewachung unmittelbar anvertrauten Landstriches ist nicht zu rechnen.

In Westsibirien stehen 3 Lokalbataillone in den Gouvernements-Hauptstädten Tobolsk, Tomsk und Omsk, von den 4 Linienbataillonen aber je 1 in Akmolinsk, Semipalatinsk, im Saisanposten (ebenda auch

1 Batterie) und das vierte schon in Margelan (Ferghana). Die beiden Orenburgischen Linienbataillone in Orenburg und Uralsk und die erstgenannten drei westsibirischen Linienbataillone sind die nächsten regulären Truppentheile, die durch einen Fußmarsch von rund 200 deutschen Meilen nach Taschkent herangezogen werden könnten.

Günstiger ist das Verhältniß der irregulären Streitkräfte. Die Kasaken von Sibirien (9 Regimenter) von Orenburg (17 Regimenter, 8 Batterien) und vom Ural (9 Regimenter) sowie schließlich die von Astrachan (3 Regimenter) gestatten, 222 Sotnien und 8 Batterien (rund 33,000 Pferde mit 48 Geschützen) für ein Unternehmen nach Taschkent aufzubieten. Die Friedenskontingente dieser Kasaken stehen schon jetzt zum größten Theile im Militärbezirk Turkestan. In diesem selbst sind formirt 3 Lokalbataillone zu Taschkent, Wernui und Samarkand, dann 17 Linienbataillone und in einer Brigade 4 turkestanische Schützenbataillone, ferner 2 Artillerie-Brigaden mit 8 Batterien (darunter 2 Fuß- und 1 reitende Gebirgsbatterie), Festungsartillerie-Kompagnien in Taschkent, Tschinas, Perowsk und Wernui und 2 Sappeurkompagnien. Als Reiterei sind 2 Regimenter = 12 Sotnien Kasaken von Semirjetschensk für den Kriegsfall verfügbar.

Von den für Verwendung im Felde bestimmten Truppen: 22 Bataillon (einschließlich des 4. westsibirischen) und 8 Batterien oder 22,000 Mann mit 62 Geschützen, standen im Herbst 1879: 5 Bataillone und 4 Batterien, sowie die Sappeure, dazu an Kasaken 6 Sotnien nebst 1 Batterie in Taschkent, 3 Bataillone mit 6 Sotnien in Samarkand, 3 Bataillone mit 6 Sotnien, 1 Gebirgs- und 1 Kasaken-Batterie in Margelan, 2 Bat., 6 Sotnien in Petro-Alexandrowsk, 2 Bat. 3 Batterien in Wjernui (zugleich Stabsquartiere der Kasaken von Semirjetschensk) 1 Bat., 6 Sotnien in Kuldsha, 6 Sotnien in Perowsk, je 1 Bataillon in Karakol, Kokan, Namangan, Andidshan, Osch und Katty-kurgan. Die überwiegende Menge der Truppen ist also in dem fruchtbaren, wegsamen und verhältnißmäßig stärker bewohnten Ferghana und dem in gleicher Lage befindlichen Oblast Serafschan dislocirt; sie ist hier aber auch zum Theil nothwendig, um jedem Versuche, die Einwohner zum Kampfe gegen die Russen aufzuhetzen, sofort entgegentreten zu können.

Wie viel von diesen Truppen nach außen verwandt werden kann, ist aus der Ferne nicht zu beurtheilen. Jedenfalls reichen sie aus, um die schwachen asiatischen Staaten im Zaume zu halten und sie oder die nomadischen Nachbarn, wenn nöthig, erfolgreich zu bekämpfen.

Zu weit ausgreifenden Expeditionen, bei denen es gilt, gleichzeitig dem

Fanatismus der Muselmanen und den Streitkräften eines geordneten Staatswesens zu begegnen, sind diese Kräfte und alle aufzubietenden Kasaken nicht genügend, und wird man für solche Zwecke unzweifelhaft der Heranziehung von Truppen aus dem Kaukasus bedürfen.

Aber selbst die Möglichkeit, stärkere Truppenmassen, ja auch nur die großen Schaaren irregulärer Reiter, die Rußland in Asien aufbieten kann, in Turkestan oder im transkaspischen Gebiet zu versammeln oder zu erhalten, muß nach dem Vorstehenden zweifelhaft erscheinen. Jede weitaussehende Operation ferner mit einer mehrere hundert Werst langen Karawanenstraße durch Wüsten oder Steppen als einzige Verbindungslinie im Rücken, ist ein äußerst gewagtes Unternehmen, bei dem jeder Rückschlag, oder das Ausbleiben eines Waffenerfolges, leicht zu einer Katastrophe führen kann.

Der einzige Weg nun, auf dem Rußland für die nächst absehbare Zeit Truppen und Vorräthe aus Europa und dem Kaukasus verhältnißmäßig leicht und sicher in die innerasiatischen Gebiete entsenden könnte, ist der durch das fruchtbare Thal des Atrek, längs dieses freilich nur mit flachen Booten zu befahrenden Flusses.

Dieser Weg liegt aber in eben dem Lande, wo England jetzt die Tracen seiner Zukunftsbahnen vom Mittelmeer nach Indien studirt. Es ist ein wohl durchdachter und längst vorbereiteter Schritt, wenn England heute öffentlich durch seine Garantie-Erklärung das Siegel des indischen Reiches an die Grenzpfähle Persiens legt und dadurch Rußland für sein weiteres Vorgehen auf den Weg durch die Wüste weist.

(Schluß folgt.)

König Oskar von Schweden und die Schrift: „Deux détroits etc.“

Es ist eine undankbare Aufgabe für einen Publicisten einen immerhin glänzenden Mythos zu zerstören, eine doppelt undankbare vielleicht für den autorisirten Uebersetzer einer Schrift, derselben die Autorschaft eines Königs, welche ihr von zahlreichen und nicht unbedeutenden Organen aufoctroyirt worden ist, aberkennen zu müssen. Die Neue freie Presse hat zuerst die Sensationsnachricht gebracht, König Oskar von Schweden sei der Verfasser: Deux détroits, quelques réflexions sur la phase actuelle de la question d'Orient, in welcher der Stand der orientalischen Frage und ihre präsumtiven Consequenzen mit seltener Klarheit, Schärfe und Kühnheit dargelegt werden. Das Werkchen, welches sowohl durch seinen Inhalt, als durch seinen Umfang (8 Druckbogen) sich über das Niveau der gewöhnlich als „Broschüren“ bezeichneten meist ephemeren Erscheinungen erhebt, darf Anspruch darauf machen, daß die deutsche Presse von ihr Notiz nehme. Je weniger der Deutsche gewohnt und verwöhnt ist, sein Volksthum und die Verkörperung desselben, das Reich, im Auslande gerecht beurtheilt und richtig gewürdigt zu sehen, um so mehr ist es die Pflicht der deutschen Publicistik, auf solche Stimmen ausländischer Schriftsteller hinzuweisen, welche die Bedeutung Deutschlands für den europäischen Frieden gebührend anzuerkennen wissen, wie es in der vorliegenden Schrift geschieht. Ein höheres Interesse gewinnt aber die Broschüre noch dadurch für uns, daß sie dem russischen Chauvinismus einen gründlichen Dämpfer aufzusetzen geeignet ist. Daß der Verfasser eine hochgestellte Persönlichkeit ist, nicht ein Theoretiker, der in seinem Studierzimmer sich seine Welt nach eigner Phantasie zusammenbaut, das findet sich auf verschiedenen Seiten der Schrift angedeutet und auch ohne dies würde ein aufmerksamer Leser das herausfühlen. Da nun ferner das Buch im Verlage der Königlichen Hofbuchhandlung von Norstedt und Söner zu Stockholm erschienen und von einer dem Könige nicht ganz fernstehenden Persönlichket, nämlich dem Major Gustav Kleen vom

schwedischen großen Generalstabe zum Druck befördert worden war, so lag die Vermuthung nicht fern, König Oskar, der mit so glänzendem Erfolge als Redner und Dichter aufgetreten ist, habe sich auch einmal als politischer Publicist versuchen wollen. Und selbst ein so hochgebildeter und hochbegabter Diplomat von Fach würde sich einer so soliden Arbeit nicht schämen brauchen, wie sie uns in der Schrift vorliegt. Noch mehr könnte der Umstand die Vermuthung bestärken, ein Fürst sei der Autor, daß offenbar manche Quellen benutzt sind, welche sonst das Geheimniß einer im diplomatischen Dienst beschäftigten Minderheit oder der Cabinette selbst bleiben und die wenigstens nicht leicht publicirt zu werden pflegen, ehe die darin berührten Verwickelungen zum Austrag gebracht sind.

Vielleicht haben diese Indicien genügt, dem Correspondenten der Neuen freien Presse und den zahlreichen Zeitungen verschiedener Länder, welche die Nachricht abhängig oder unabhängig von derselben gebracht haben, die kühne Hypothese von der königlichen Autorschaft einzugeben. Weitere Gründe für die Stichhaltigkeit einer solchen Behauptung dürften — so viel glaube ich bestimmt nachweisen zu können — kaum vorhanden sein. Dieser Nachweis würde sehr erleichtert werden, wenn der wahre Autor, der übrigens gar nicht in Schweden, sondern in einem dem Orient näher liegenden Lande wohnt, in der Lage wäre, aus seiner Anonymität herauszutreten. Die erwähnte Mittelsperson, welche mit ihrem Namen für die Richtigkeit des Dementis einzutreten bereit ist, berührt in einem Briefe, in welchem mir die Autorisation zur Uebersetzung ins Deutsche übertragen wird, das falsche Gerücht mit dem Bemerken, daß dasselbe auf den König von Schweden den allerpeinlichsten Eindruck gemacht habe. Er weist darauf hin, daß König Oskar gegen eine befreundete Nation (Oesterreich) niemals eine solche Sprache geführt haben würde, wie es der Verfasser thut, daß derselbe ferner schwerlich seinen Hofbuchhändler zum Verleger gewählt haben würde in einem Falle, wo doch stricte Anonymität hätte gewahrt werden müssen, und daß gerade der wirkliche Autor aus diesem Grunde eine seinem Wohnort so fernliegende Stadt zum Druckort gewählt habe.

Allein neben diesen mehr äußeren Beweisgründen enthält die Schrift noch eine Reihe sicherlich schwerer wiegende innere gegen die Annahme der Autorschaft des Königs von Schweden. Eine gedrängte Uebersicht des Inhalts und Gedankenganges der Broschüre wird mir Gelegenheit geben, auf solche Punkte aufmerksam zu machen.

Das Motto, welches die Tendenz der Arbeit mit den Worten „qui trop embrasse, mal étreint" schlagend zum Ausdruck bringt, richtet sich gegen die Ländergier und Eroberungsgelüste der russischen Actionspartei

und des Panslavismus, und so gipfelt die ganze Beweisführung in dem Nachweise, daß Rußland unmöglich in Europa nach Süden und Westen sich auszudehnen hoffen könne, und daß vor Allem eine etwaige Verwickelung mit Deutschland für Rußland ernste Gefahren und wenig Aussicht auf irgend welchen Erfolg in sich schließen würde.

Der Verfasser betont im Eingange die Wichtigkeit der geographischen Lage und Gestaltung für die Politik jedes Landes; dieselbe schaffe mit innerer Nothwendigkeit, was dem Blick des Nichteingeweihten das Werk des blindwaltenden Geschickes zu sein scheine. Der Umstand, daß Rußland bei seinem Eintritt in die Reihe der europäischen Staaten weder im Westen noch im Süden an das Meer reichte, war der ganz natürliche ja nothwendige Ausgangspunkt seiner Eroberungspolitik; dieselbe wurde für die sonst friedliche Nation zur Existenzfrage. Rußland hätte sozusagen ersticken müssen, wenn die Ostsee ein schwedisches, das Schwarze Meer ein türkisches Gewässer blieb. So mußte die Rücksicht auf die freie Durchfahrt oder den Besitz der beiden hochwichtigen Meerengen, des Bosporus und des Sundes, für die Gesammtpolitik Rußlands von der Zeit Peters des Großen bis auf die Gegenwart bestimmend sein. Am kühnsten ging nach Peter dem Großen Kaiser Nicolaus in dieser Richtung vor, allein seine reactionäre Regierung lähmte die Volkskraft; höher sei der Standpunkt Alexanders. Zwar habe seine Diplomatie 1871 für die Beseitigung des für das russische Reich erniedrigenden § 11 des pariser Friedens eine wenig glückliche Form gewählt, aber es habe doch durch die dadurch wieder gewonnene freie Action im Schwarzen Meere keinen Staat in seinem Besitzstande geschmälert. Auch daß man sich die Freundschaft der Nachbarstaaten der Meerengen (Dänemarks und Griechenlands) durch Familienverbindungen zu sichern gesucht habe, könne man der russischen Dynastie nicht verargen und es liege darin kein Grund zu Besorgnissen; dennoch sei die russische auswärtige Politik von dem Vorwurf der Rücksichtslosigkeit in der Verletzung und Verhöhnung internationaler Verträge nicht freizusprechen, und dies sei nicht ein Beweis von diplomatischer Ueberlegenheit, sondern ein Zeichen von Schwäche. An die Absichten Rußlands auf den Sund glaubt der Verfasser nicht, die Neutralität der Uferstaaten ist eine genügende Garantie für dasselbe. Während also vor einigen Jahrzehnten Rußland noch die ernstlichsten Versuche machte, beide Meerengen factisch in seine Gewalt zu bringen, beschränken sich die Ziele seiner Sundpolitik jetzt darauf, den gegenwärtigen Zustand in den Uferstaaten erhalten zu sehen, d. h. den Sund in den Händen von nicht erobernden Nationen zu wissen. Von einer völligen Verwirklichung des sogenannten Testaments Peters des Großen sei man mithin

schon zurückgekommen. Sobald Rußland durch Eroberung der bis dahin schwedischen Ostseeprovinzen das Meer erreicht hatte, hörte es auf der natürliche Feind Schwedens zu sein, von dem es keine Beschränkung der freien Durchfahrt durch den Sund zu befürchten hat. Anders liegt dagegen, so argumentirt der Verfasser weiter, die Sache in Bezug auf den Bosporus. Die anarchischen Zustände in der Türkei, die unglaubliche Mißwirthschaft, welche jeden Augenblick die ernstesten Verwicklungen herbeiführen kann, bieten durchaus keine Garantie für die Aufrechterhaltung des für Rußlands Handel unerläßlich nothwendigen status quo. Indeß haben nach der Ansicht des Autors die maritimen Verkehrswege schon nicht mehr die colossale Bedeutung wie in früherer Zeit. In einem höchst interessanten Excurse weist er nach, daß der Landverkehr unzweifelhaft eine größere Zukunft habe, als der maritime. Die Landverkehrsmittel sind sicherer, schneller, sie werden von keiner Jahreszeit und keinen elementaren Einflüssen in dem Grade beeinträchtigt, wie die Schifffahrt. Wenn auch manche Güter wegen ihres niedrigen Preises noch nicht tariffähig sind, so läßt sich von der unaufhörlich fortschreitenden Entwickelung des Eisenbahnwesens mit Bestimmtheit erwarten, daß namentlich die auf Ersparniß oder bessere Ausnutzung der Brennmaterialien abzweckenden Erfindungen die Bahnen noch in höherem Grade concurrenzfähig mit der Schifffahrt machen werden. Eine ganz großartige Bedeutung wird mit Recht einer anzustrebenden directen Eisenbahnverbindung zwischen Indien und Europa beigemessen. Die schon einmal ernstlich geplante, durch die Eifersucht der Mächte vorläufig vereitelte Anlage einer Linie Belgrad-Constantinopel-Alexandrette-Aleppo durch das Euphratthal nach Bombay würde das überreiche Indien, den natürlichen Stapelplatz für die wichtigsten Erzeugnisse Süd- und Ost-Asiens direct mit den Balkanländern, Deutschland und England verbinden, Rußland aber von dieser Weltverkehrslinie ausschließen. Diesem letzteren Staate würde dann in erster Linie die Civilisation und Ausbeutung Centralasiens als Culturaufgabe zufallen, dagegen sei es zu bezweifeln, daß derselbe im Stande wäre, noch einen bedeutenden Theil Süd-Asiens zu colonisiren. Die erwähnte Aufgabe würde seine ganze Kraft in Anspruch nehmen; Indien könne somit von Rußland nicht wohl bedroht werden.

Der Autor giebt sich im Folgenden der Hoffnung hin, die fortschreitende Bildung und die damit immer wachsende Erkenntniß der Solidarität der Staaten unter einander werde den Nationalhaß immer mehr schwinden lassen, und schon jetzt sei der Begriff Ruhm weit weniger als früher identisch mit Kriegsruhm. Das nothwendige, von der Natur selbst gesteckte Ziel der Politik der Gegenwart müsse die Durchführung des

Nationlitätsprinzips ohne Nationalhaß und des Freihandels sein, darin sieht er die Rückkehr zur reinen und ursprünglichen Natur, die Befreiung der Staaten von den politischen und socialen Parasiten.

Der Vertheidigung des Nationalitätsprinzips ist ein längerer mit besonderer Wärme geschriebener Abschnitt gewidmet. Das Streben gleichartiger Elemente nach Vereinigung ist im Leben der Individuen, wie der Völker naturgemäß begründet, die Sprache von den unterscheidenden Merkmalen des Volksthums das vornehmste. In der Einigung Deutschlands und Italiens, welche die Serben mit Erfolg zum Vorbild genommen haben, findet das Nationalitätsprinzip eine glückliche Verwirklichung. Verletzungen dieses Prinzips wie in Nizza, Nordschleswig und Lothringen, können seine Richtigkeit nur bestätigen, denn die Incorporirung fremdsprachiger Elemente hat eher die Schwächung eines Staates zur Folge, als die Vermehrung seiner Macht. Nur dürfe das Nationalitätsprinzip nicht auf die Spitze getrieben werden, wie dies in den phantastischen Programmen der Panslavisten geschieht, während die Idee des Pangermanismus und Panlatinismus wohl nur in einzelnen müßigen Köpfen spuken dürften. Einzelne kaum noch zu redressirende Verletzungen des Nationalitätsprinzips wie in Wales, bei den Sachsen Siebenbürgens und den Skipetaren Albaniens betrachtet der Verfasser als Ausnahmen, welche die Regel nur bestätigten.

Man kann im Allgemeinen den im Vorstehenden skizzirten Sätzen, welche der Verfasser vortrefflich begründet, beistimmen, nur das in Bezug auf Lothringen und die Siebenbürger Sachsen Gesagte scheint nicht ganz gerecht zu sein. In dem einen Falle haben wir es mit einem ursprünglich deutschen, allerdings durch mehrhundertjährige Entfremdung französirten Stamme zu thun, dessen Zurückeroberung deshalb schon keine Verletzung des Nationalitätsprinzips ist, und die, wenn sie es wäre, durch strategische Gründe völlig gerechtfertigt erscheint; in dem andern wird ein lebensfähiger deutscher Stamm durch eine fremde Nationalität, welche geistig unter ihm steht, vergewaltigt und das in einem Staate, dessen geistiger Schwerpunkt trotz der numerischen Ueberlegenheit der nicht deutschen Elemente, doch noch immer in dem Deutschthum liegt. Hier liegt also in der That eine Verletzung des Nationalitätsprinzips, nicht eine nothwendige Ausnahme vor, und nur in der Ungunst der geographischen Lage kann dieselbe eine Art Rechtfertigung finden.

Ein ganz besonderes Augenmerk richtet der Verfasser auf den Nachweis der vollen Daseinsberechtigung ja der Nothwendigkeit der Mittel- und Kleinstaaten, und auf ihre Bedeutung für das europäische Gleichgewicht. Sie sind etwas naturgemäß Gewordenes, die Vorsehung hat

sie gewollt. Sie zeigen oft eine größere Vitalität, als die Großmächte. Wenn sie in Gefahr sind, von den Großstaaten aufgesogen zu werden, so sind diese eben so gut der Zerstückelung, dem Zerfall ausgesetzt.

Der Umschwung, den nun das Freihandels- und Nationalitätsprinzip bereits in den Ideen der Menschen bewirkt hat, muß nach der Ansicht des Anonymus allmählig eine friedlichere Annäherung der Völker zur Folge haben und so zum höchsten Ziele der internationalen Entwickelung führen. Indem er dann die Stichhaltigkeit dieser Maxime an der orientalischen Frage prüft, constatirt er, daß für Rußland die überwiegende Wichtigkeit der in Asien zu lösenden Aufgaben (die orientalische Frage κατ᾽ ἐξοχήν eingeschlossen) schon jetzt die Sundfrage in den Hintergrund gedrängt habe. Die Lage Petersburgs als Hauptstadt des russischen Reiches sei eine ganz verfehlte; Moskau die ehrwürdige Metropole habe nicht blos die centrale Lage, sondern den national-russischen Typus vor Petersburg voraus. Der Schwerpunkt müsse sich nothwendiger Weise immer mehr nach Osten verlegen und damit verliere der Sund immer mehr seine Bedeutung für Rußland. Aus der Grundverschiedenheit der russischen und schwedischen Nationalität wird die Undenkbarkeit eines auf dies Land gerichteten russischen Annexionsversuches gefolgert. „Nie war das baltische Meer breiter als jetzt“, schließt der Verfasser diese Betrachtung. Dagegen seien Rußlands Rohprodukte und die Erzeugnisse der schwedischen Industrie Tauschobjekte, die auf einander angewiesen sind. Die freie Durchfahrt durch den Sund aber werde dem russischen Handel dadurch garantirt, daß keiner der Uferstaaten eine Militärmacht repräsentire.

Anders am Bosporus. Eine unausbleibliche Neugestaltung oder Umgestaltung der Dinge werde dort den Einfluß Rußlands schwächen, der außerdem für diesen Staat nicht mehr von der früheren Bedeutung sein würde, sobald eine Indisch-Europäische Eisenbahnlinie dem Handel eine andere Richtung giebt. Deutschland aber als zukünftiges Centrum der von dieser Linie durchschnittenen Staaten hat das größte Interesse an der Verwirklichung des Projektes und auf diesem Gebiet sind seine Interessen mit denen Englands auf das engste verknüpft.

Dennoch wird kein Land bei der Wiederbelebung des Orients, wie sie der Verfasser im Sinne hat, mehr gewinnen als Rußland, nur dürfe es nicht die Hand nach Constantinopel ausstrecken. Die davon unzertrennliche Einverleibung einer Anzahl südslavischer Stämme berge für Rußland die größten Gefahren. Die Südslaven würden bald die herrschende Nation im russischen Reiche werden, wenn es gelänge sie zu annectiren. Aber dies letztere sei gar nicht so leicht. Russen und Südslaven seien in

Sprache und Volkscharakter grundverschieden, die Verwandtschaft eine so entfernte, daß beispielsweise Serben und Russen sich gar nicht verständen. Allen aber sei die Abneigung gegen die russische Annexion gemeinsam. Die Zukunft der Südslaven gehöre den Serben, denen es mit ihren Kultur- und Bildungszwecken wirklich ernst sei. Wie sehr aber dieser gesundeste südslavische Stamm schon vor den bitteren Erfahrungen von 1876 von der Inferiorität der russischen Institutionen überzeugt gewesen sei, fährt unser Anonymus fort, das beweise der Umstand, daß derselbe nicht nach russischem, sondern nach französischem, englischem und deutschem Muster seine Einrichtungen reformirt hätte. Rußland habe das auch selbst eingesehen und nicht sowohl nach Serbien, als nach Bulgarien geblickt, welches letztere auch ein sehr zweifelhafter Vasall sei. Das serbische Volksthum hält der Verfasser für gesünder und lebensfähiger, als das russische, von dem gesagt wird, es sei schon verrottet, ehe es nur zur Reife gelangte (avec la puberté elle a atteint simultanément la décrepitude!). Von der inneren Fäulniß der von der Civilisation nur wie mit einem Firniß überzogenen russischen Gesellschaft entwirft nun der Verfasser eine haarsträubende, aber sicher zutreffende Schilderung. Er giebt den Russen den Rath die Führung auf der Balkanhalbinsel den Serben zu überlassen, welche einzig Beruf dazu haben, noch weniger aber nach dem Besitz Indiens zu streben, sondern sich auf friedlichen Austausch der reichen Produkte dieser und anderer Grenzländer zu beschränken. Durch eine Förderung seines Tausch- und Transithandels könne Rußland, wenn es der abenteuerlichen Eroberungspolitik entsage, zu Glück und Wohlstand gelangen.

Das nun folgende Resumé der letzten kriegerischen Ereignisse auf der Balkanhalbinsel wird durch eine ergötzliche Schilderung des Zeitungsgeschreies eingeleitet, welches sich in der europäischen Presse erhob, als der Aufstand in der Herzegovina ausbrach. Natürlich wurde Bismarck für Alles verantwortlich gemacht. Ueberall sollte er seine mächtige Hand im Spiel gehabt haben. Auch den slavischen Comités wurde ein gut Theil der Schuld beigemessen. Diesen unwahren oder übertriebenen Gerüchten gegenüber ist der Anonymus in der Lage zu constatiren, daß der Aufstand allerdings von Außen Unterstützung gefunden habe und zwar von Dalmatien aus, selbst von Seiten des kaiserlichen Statthalters. Als eigentliche Ursache aber seien einzig die unerträglichen Zustände unter der türkischen Mißwirthschaft anzusehen. Man habe beim Ausbruch des Aufstandes in der Herzegovina nichts erstreben wollen, als ein menschenwürdiges Dasein. In der That war es jener durch den türkischen Aga niedergedrückten Bevölkerung, wie der Verfasser ausführlich schildert, vorläufig ganz gleich,

wem sie zufallen werde, wenn sie nur nicht unter dem unerträglichen türkischen Joche zu bleiben brauchte.

Die Orientfrage, nach der Lage der Sache gegenwärtig für die Türkei und Oestreich eine Lebensfrage, gewinnt nach der Ansicht des Verfassers eine allgemeinere Bedeutung durch die Rücksicht auf die Wichtigkeit Indiens, (la pépinière et le dépositaire des richesses de l'Asie). Auch nach dem Berliner Frieden, dessen Bestimmungen allerdings in den letzten Wochen (d. h. nach dem Erscheinen unserer Broschüre) mehr und mehr erfüllt sind, meint er, habe die orientalische Frage noch Zündstoff genug zu einem allgemeinen Völkerbrande in sich. Die russische Politik, welche sich trotz aller beruhigenden Erklärungen Freiheit der Action gewahrt hat, hält er immer noch nicht für so engherzig und kleinlich egoistisch, als die englische, mit der er streng in's Gericht geht. Bemerkenswerth ist, daß der Autor schon zur Zeit der Abfassung seiner Schrift von den Vorgängen im kaiserlichen Palast zu Petersburg unterrichtet ist, daß er in Geheimnisse eingeweiht ist, von denen erst in den letzten Wochen vereinzelte Nachrichten in's Publikum gedrungen sind. „In der unmittelbaren Umgebung des Thrones", sagt er, „wacht ein genialer Kopf von lebhafter, durchdringender Intelligenz mit offenem und weitschauendem Blick, ein Freund des Occident, eine Person, die zwar nie bestimmt ist, die Krone zu tragen, wohl aber ihr in nicht zu ferner Zukunft heilsame Rathschläge zu geben." Nur wenn solche Elemente die Oberhand gewinnen und nur wenn es ihnen gelingt, Rußland in die Reihe der constitutionellen Staaten zu heben, kann dies Reich seine dreifache, schwere, aber aussichtsreiche Aufgabe lösen: nämlich die, Centralasien für die Sache der Civilisation zu gewinnen, die Reichthümer Ostasiens dem Occident vermitteln zu helfen, und den Südwesten Europas zu pacificiren. Nur von einer Erschütterung des Staates erwarte man in Rußland jetzt die endliche Verwirklichung des Constitutionalismus und dies sei in der Geschichte begründet, sagt der Verfasser. Preußen verdanke seine Wiedergeburt der Niederlage bei Jena, Oestreich den Schlachten bei Solferino und Sadowa, Italien (Piemont) der von Novara und die Niederlagen in Finland (1808) haben den Schweden ihre Constitution verschafft. Der Krimmkrieg habe die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland zur Folge gehabt. So könne es nicht befremden, wenn die Freunde dieses Staates ihm eine schmerzliche Erschütterung, selbst eine Niederlage wünschten, denn ein absolutes Rußland würde bei einer endgültigen Entscheidung der orientalischen Frage das ihm zukommende Erbe nicht antreten, oder wenigstens nicht festhalten können. Nur durch die Ueberlegenheit seiner Kultur vermöge England Indien festzuhalten, jeder Eroberer, der dieselbe nicht besitze, werde in

Indien sein Grab finden. Die Richtigkeit dieser Ansicht wird in Rücksicht auf die einzelnen Länder, welche für Rußland vielleicht Eroberungsobjecte sein können, schlagend nachgewiesen. Rußland kann Indien wohl erobern, aber nicht behaupten; eine Annexion größerer Theile der Balkanhalbinsel und die davon unzertrennliche Verlegung des Schwerpunktes nach Süden, in das Gebiet der Südslaven, würde die Gefahr einer Loslösung Polens, Finlands und Turkestans nach sich ziehen, außerdem aber kann weder Deutschland noch Oestreich sich von Rußland bis an das adriatische Meer umklammern und dadurch seinen Levantehandel ruiniren lassen. Die Allianz mit Frankreich, auf welche Rußland vielleicht in einem solchen Falle rechnen könne, werde sicher durch Intervention anderer Staaten parirt werden, und es gebe genug Mächte, welche bei dem Zusammengehen Rußlands und Frankreichs gemeinsame Interessen mit Deutschland und Oesterreich verbänden. Außer den Genannten würden Polen, dem der Verfasser noch eine bedeutende Lebensfähigkeit zuschreibt, sowie Rumänien, dessen Fürst ein preußischer Vorposten an der Donau genannt wird, sowie das kürzlich von Rußland annectirte rumänische Bessarabien sicherlich auf Deutschlands Seite stehen und dieser lange Länderstreifen zwischen den beiden kriegführenden Nationen würden die Unternehmungen Rußlands auf das Empfindlichste erschweren und lähmen. Diese und ähnliche Nachweise richten sich in nachdrücklicher Weise an die Adresse der russischen Actionspartei, welche auch noch für eine Anzahl anderer schlimmer Verwickelungen verantwortlich gemacht wird, die eine fehlerhafte Annexionspolitik Rußlands in Europa hervorrufen würde. So würde allein durch die Besitzergreifung des Bosporus von Seiten Rußlands Deutschland, trotz seiner Abneigung gegen alle ferneren Annexionen nothgedrungen nach dem Besitz des Sundes trachten müssen. „Es ist schwer mit Gewißheit vorauszusagen“, bemerkt der Verfasser hierzu, „auf welcher Seite dann der größte Schade wäre, während ein Nutzen nirgends zu erwarten sein würde. Da indessen jede Krisis ungesunden Naturen größere Gefahren bringt, als gesunden, so ist es sicher, daß die Nation, welche die Regeln einer naturgemäßen Politik am meisten außer Augen gelassen hat, dem Sturz am nächsten kommen würde.“

Die Frage, was nun eigentlich Rußland zu dem Kriege von 1877/78 bewogen habe, wird dahin beantwortet: Rußland habe wirklich in erster Linie humanitäre Motive, d. h. die Befreiung der stammverwandten Völkerschaften der Halbinsel im Auge gehabt und natürlich daneben den daraus zu erwartenden Einfluß auf dieselbe, nicht aber eine Annexion derselben beabsichtigt; endlich habe es eine bescheidene, aber immerhin wichtige Arrondirung in Asien, wie in Europa angestrebt und auch erreicht. Als

Zeitpunkt, diese Pläne zu verwirklichen, sei klüglich eine Phase gewählt, in der Frankreich und Oestreich mit inneren Angelegenheiten vollauf beschäftigt, Rußland aber der wohlwollenden Neutralität Deutschlands, auf die es nicht immer werde rechnen dürfen, versichert gewesen wäre: so haben mithin die Südslaven den Deutschen eigentlich ihre Befreiung zu verdanken. Und indem der Verfasser in geistvoller Weise den schon oben ausgesprochenen Gedanken von der Solidarität der Interessen einzelner Nationen weiter ausführt und den inneren Zusammenhang der Consequenzen kriegerischer Ereignisse und ihre Bedeutung auch für die zunächst anscheinend ganz unbetheiligten Staaten nachweist, schließt er mit der Bemerkung: bei Solferino sei der Grundstein zum deutschen Einheitsbau gelegt, bei Sedan der erste Schritt zur Befreiung der Südslaven geschehen. Immer ist ihm das Deutsche Reich, wenn es bei seiner ehrlichen Politik bleibt und sich jedes Annexionsgelüstes enthält, der eigentliche Schwerpunkt Europas, der starke Hort des Friedens. Jemehr es sich aus dem ihm noch immer anhaftenden Feudalismus und seinem militärischen Pedantismus herausarbeitet, desto mehr Sympathieen wird es sich im Auslande erwerben. Vor Allem sind Schweden und Serbien seine natürlichen Bundesgenossen. Vernachlässigt Deutschland diese beiden Staaten, so wird Rußland Vortheil daraus zu ziehen wissen. Nachdem schließlich Bismarck gegen die Verdächtigung vertheidigt worden ist, als habe er den orientalischen Brand geschürt — wozu er keinerlei denkbare Veranlassung gehabt habe, — schließt dieser Theil des Werkes mit den für Deutschland so schmeichelhaften Worten: „Alles was gethan, alles was unternommen werden mag, wird wenn nicht ausschließlich, so doch vorwiegend zum Vortheil Deutschlands ausschlagen, weil es über die Atouts verfügt und weil es zugleich durch die Gewalt der Thatsachen und durch die Fehler der Anderen unterstützt wird.“

Der folgende Abschnitt der Schrift bildet eine scharfe, im Ganzen zutreffende, in mancher Hinsicht zu absprechende Kritik der östreichischen Politik. Einen Zuwachs Oestreichs an slavischen Elementen hält der Verfasser für höchst gefährlich. Die drei auseinanderstrebenden Hauptnationalitäten Oestreichs werden nur durch das schwache dynastische Band zusammengehalten. Ebenso unvermittelt stehen sich die einzelnen Parteien gegenüber. Am strengsten werden von diesen die der Clericalen und Feudalen verurtheilt, denen der Verfasser jeden wahren Patriotismus abspricht. Die letzteren acceptiren den Zuwachs, weil er eine Vermehrung der rückschrittlichen Elemente bedeutet, die Clericalen, weil sie an der durch den türkischen Druck fanatisirten Bevölkerung Bosniens ebenfalls Parteigenossen zu finden hoffen. Einen weiteren und freieren Blick, höhere und patrio-

tischere Ziele hat allein die Partei Jungöstreichs, le parti régénérateur, wie er sie nennt; sie erstrebt bei der Unterstützung der Annexionspolitik eine Verbindung Oestreichs mit dem Aegäischen Meer, um für einen eventuellen Verlust des Hafens von Triest an Italien einen Ersatz zu gewinnen. Dagegen würden allerdings Rußland, Griechenland und Serbien Einsprache erheben. Den letzteren Staat, sowie Rumänien hätten sich die Ungarn durch ihre Haltung während des letzten Krieges zu Feinden gemacht: so beruhe auch Oestreichs ganze Hoffnung auf Deutschland.

Der Verfasser glaubt an die Nothwendigkeit eines Antagonismus zwischen Rußland und Deutschland: diese beiden mächtigen Staaten werden einmal um die Hegemonie zu streiten haben. Bei der Schätzung der Mittel beider neigt sich die Wage zu Gunsten der Macht Deutschlands, welches furchtbare Waffen gegen Rußland besitzt. Rußland hat sich den Haß der Finnen zugezogen durch die Einführung der Censur und die Versuche einer gewaltsamen Russificirung; es hat Polen in den Staub getreten und dennoch nicht oder nur vorübergehend gebändigt, Serbien und Rumänien tief gekränkt, geschädigt, verletzt, der Nihilismus zerfrißt und unterwühlt sein Inneres, ein Fehltritt und das Maaß muß überlaufen und auch im Innern noch die natürlichen Bundesgenossen Deutschlands vermehren. „Ein unabhängiges Finnland“, heißt es auf S. 120, „ein befreites Polen, welches bis an seine durch die Düna und den Dnieper gebildeten natürlichen Grenzen reichte, ein durch Bessarabien vergrößertes Rumänien, ein bis an den Bosporus reichendes freies Serbien, läge das nicht Alles im reinsten und evidentesten Sinne in Deutschlands Interesse, gerade wie eine Deutsch-Italienische Allianz? Das neue Deutsche Reich würde so über vier tapfere und treue Bundesgenossen verfügen können, welche einer großen Entwicklung fähig wären und welche den Russen jeden Einfall in Deutschland bedeutend erschweren würden.“ Preußisch Polen aber sei schon zu sehr germanisirt, um in solchem Falle den Deutschen noch Verlegenheiten bereiten zu können.

Diese und andere (schon oben erwähnte) natürliche Bundesgenossen, wie Schweden, setzen Deutschland in die Lage, den europäischen Frieden mit seiner gewaltigen Macht aufrecht zu erhalten. Und nach dieser Richtung hin muß der Gang der europäischen Politik gehen, wenn man nicht glauben soll, es werde zu einem Compromiß zwischen Deutschland und Rußland kommen, durch welchen die Hegemonie zwischen beiden getheilt werde, wie durch die Tractate von Tilsit und Erfurt zwischen Napoleon I. und Alexander I. geplant gewesen war, ein Unternehmen, welches allem Völkerrecht Hohn sprechen und die Entrüstung der ganzen Welt hervor-

rufen würde. Der Verfasser glaubt nicht, daß eine solche Wendung je eintreten werde und dem kann man vollständig beistimmen.

Zum Schluß entwickelt der Verfasser seine Ansichten über die Zukunft der Türken. Er glaubt, daß sie wenig Aussicht haben, sich aus ihrer Barbarei empor zu arbeiten; nur wenn die Locomotive den Koran, das Buch des Rückschritts und des blinden Fanatismus, unter ihren Rädern zermalmt haben werde, könne die türkische Nation, „une des plus sobres“, wie er sie mit Recht nennt, auf eine dauernde Existenz rechnen. Auf Asien beschränkt, muß sie die ursprünglich so schönen und ergiebigen Länder durch friedliche Wechselbeziehungen mit den Culturvölkern wieder empor zu bringen suchen. Den Tag, an welchem der Türke dereinst über den Bosporus zurückgedrängt werden wird, segnet vielleicht sein Enkel einmal und feiert ihn wie einen nationalen Gedenktag, weil er an demselben seinen wahren Wohnsitz und die Aera des Friedens und Glücks gefunden hat. „Und der bekehrte Enkel des fanatischen, gehässigen Ulema“, so schließt die Schrift, „wenn er von seinen Studien an der Universität Wien oder Heidelberg zurückkehrt, um sich ruhig an den Ufern des Euphrat niederzulassen, speculirt vielleicht von Zeit zu Zeit in Actien der Skutari-Bassoraer oder der Suez-Bagdad-Kaschgarer Eisenbahn, trinkt die Weine Frankreichs und Ungarns auf die Gesundheit der Engländer und Russen und ruft, wenn seine Lippen den belebenden Trank des Occidents berühren, begeistert aus: „Welch eine schöne Sache ist es doch um die Versöhnung und Annäherung der Völker zu gemeinsamer Förderung der gesammten Civilisation!“

Ich habe im Vorstehenden genau und ohne Uebergehung eines wichtigen Gedankens den Inhalt der Schrift wiederzugeben gesucht, in der Absicht, dem Leser Gelegenheit zu geben, sich seine Ansicht über die Autorschaft der Broschüre selbst zu bilden. Was sollte, so kann man fragen, den König Oskar von Schweden bewogen haben, ein solches Buch zu schreiben? Allerdings kommt Schweden bei der Beurtheilung der einzelnen Staaten und ihrer Politik, sowie ihrer Wichtigkeit für die fernere Entwicklung Europas nicht schlecht weg, aber schwerlich würde ein noch so strenger, ja argwöhnischer Beurtheiler eine Bevorzugung dieses Staates, ja selbst nur ein erhöhtes Interesse für denselben, welches doch bei solcher Autorschaft nur zu erklärlich wäre, herausfinden können. Vielmehr scheint das Gewicht, welches Schweden in die Wagschale zu werfen im Stande ist, zu gering angeschlagen zu sein, denn dieser kerngesunde Staat, dessen Einrichtungen zu den besten gehören, auf dem Gebiet der Volkserziehung aber vielleicht die erste Stelle einnehmen, würde im Falle einer europäischen Entwicklung auch für den mächtigsten Großstaat ein schätzens-

werther Bundesgenosse sein. Und gewiß würde es jeden wahren deutschen Patrioten mit hoher Freude erfüllen, wenn er den König Oskar als den Verfasser der Schrift ansehen oder wenigstens hoffen dürfte, derselbe hege in Betreff des über Deutschland Gesagten dieselben Ansichten, wie der Verfasser. Vielleicht aber berechtigen uns die wirklich vortrefflichen Beziehungen Schwedens zu Deutschland zu der letzteren Hoffnung, und in diesem Sinne können wir Deutschen uns das interessante qui pro quo gewiß gern gefallen lassen.

Gustav Dannehl.

Ueber das Verhältniß des modernen Lebens zur Natur.

Seit einiger Zeit durchläuft die öffentlichen Blätter eine Notiz des Inhalts: es sei der Plan gefaßt worden, auf den Drachenfels, den berühmtesten Punkt des rheinischen Siebengebirges, eine Eisenbahn nach dem Muster der Rigibahn zu bauen; das Project nähere sich jetzt seiner Verwirklichung, die Vorarbeiten seien bereits begonnen und die obrigkeitliche Concession werde dem Unternehmen hoffentlich nicht fehlen. Dies Alles natürlich, ohne daß bis heute irgendwo nur eine leiseste Andeutung darüber laut geworden wäre, daß das angepriesene Unternehmen auch eine Kehrseite haben könnte.

Mit der Natur und den Denkmälern der Geschichte, die in gewissem Sinne, so weit sie malerisch und poetisch wirken, als ein Stück Natur gelten können, wird heutzutage ein eigenthümliches Doppelspiel getrieben.

Auf der einen Seite ignorirt man ihre Reize und tritt sie in grausamer Rücksichtslosigkeit um des materiellen Vortheils willen mit Füßen.

Im Plauenschen Grund bei Dresden, dessen Lieblichkeit einst Wilhelm Müller zu seinen reizenden Frühlingsgedichten begeisterte, ist im Lauf der Jahre ein Wald von Fabrikschornsteinen aus dem Boden emporgewachsen, die mit ihrem Qualm allen Duft der Poesie längst hinweggeräuchert haben, deren garstige, himmelhoch hinausgereckte Geradlinigkeit allem Malerischen Hohn spricht. Durch jedes noch so schöne, stille Gebirgsthal läßt man die Lokomotive sausen und pfeifen, um eine möglichst abgekürzte Route zwischen zwei entfernten Punkten zu haben; oder man legt den Schienenstrang so, daß er, wie an der „Loreley“, die herrlichsten Felsenprofile durchbricht.

Kaum eine einzige kleinere oder mittelgroße deutsche Stadt ferner, deren behaglichem Charakter nicht geradezu ins Gesicht geschlagen würde durch die Plattheit, mit der sich allerlei moderne Bauspeculation mitten zwischen die gemüthvolle Architektur der alten Zeit drängt. Die alten Umwallungen werden planirt; ja selbst in Nürnberg, das vor allen übrigen

bisher den Charakter des Mittelalterlichen bewahrt hatte, dessen Name deshalb in ganz Deutschland mit Ehrfurcht und Stolz genannt werden durfte, reißt man die mächtigen Stadtmauern mit ihren Thoren und Thürmen nieder, angeblich um dem Luftzug freieren Zutritt zur inneren Stadt zu verschaffen (was mit ein paar Durchbrechungen erreicht sein würde), in Wahrheit um Baustellen zu gewinnen, deren Verkauf bedeutende Summen Geldes einbringt.

Das Malerische und Poetische der Landschaft entsteht, wo ihre Elemente zu zwangloser Mischung verbunden sind, wie die Natur und das langsame Walten der Geschichte sie hat werden lassen. Je plötzlicher und gewaltsamer eine abstracte Theorie diesem Gewordenen aufgezwängt wird, je mathematischer sie verfährt, je radicaler sie die Scheidung jener Elemente in einzelne Kategorien vollzieht, die einem bestimmten praktischen Zweck dienen, um so sicherer vernichtet sie auch alle Physiognomie, allen Reiz individuellen Lebens. In Nord- und Mitteldeutschland ist man in diesem Sinn bemüht, gelegentlich der Verkoppelungen*) und Gemeinheitstheilungen das bunte, anmuthige Land zu einem möglichst kahlen, glatt geschorenen, regelmäßig geviertheilten Landkartenschema umzuarbeiten. Jede vorspringende Waldspitze wird dem Gedanken der bequemen geraden Linie zu Liebe rasirt, jede Wiese, die sich in das Gehölz hineinzieht, vollgepflanzt, auch im Inneren der Forsten keine Lichtung, keine Waldwiese, auf die das Wild heraustreten könnte, mehr geduldet. Die Bäche, die die Unart haben, in gewundenem Lauf sich dahinzuschlängeln, müssen sich bequemen, in Gräben geradeaus zu fließen. Der Begriff des Feldweges, als eines Fußpfades, der sich in ungekünstelter Linie bald zwischen wogenden Aehren, bald über ein Stück Wiese dahinzieht, wie ihn im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte das Bedürfniß hat werden lassen, hört für die Wirklichkeit auf zu existiren. Herrman und Dorothea treffen einander zukünftig auf dem „Koppelweg“, d. h. einem endlos in schnurgerader Richtung das ebene oder unebene Terrain durchschneidenden Ackerfuhrweg von 10—20 Meter Breite, dem sein alter ego, der „Koppelgraben“, das moderne Substitut für den ehemaligen Wiesenbach, getreulich zur Seite läuft. Bei der rechtwinkligen Eintheilung der Grundstücke fallen dann auch alle Hecken und einzelnen Bäume oder Büsche, die ehedem auf den Feldmarken standen, der Axt zum Opfer. Daß die Heerde und der Hirt verschwinden, ist die unmittelbare Folge der Gemeinheitstheilungen. Damit fällt das Bedürfniß nach schützender Einfriedigung der Wiesen und

*) Zusammenlegungen der bäuerlichen Grundstücke zum Zweck bequemerer Bewirthschaftung.

Aecker, die Nöthigung, neue Hecken anzupflanzen, fort und so ist dafür gesorgt, daß weder der Wanderer oder Arbeiter einen hübschen, schattigen Platz findet um auszuruhen, noch der Singvogel eine Stelle, an der er nisten mag.

In dem Allen offenbart sich ein schonungsloser Realismus, der da, wo das Aufopfern der ästhetischen Rücksicht mit nur einigem Verständniß und ebenso viel gutem Willen zu vermeiden gewesen wäre, Barbarei genannt zu werden verdient, dessen Berechtigung aber in vielen anderen Fällen, wo eine dringende praktische Forderung dem Anspruch des Gemüths gegenüber steht, kaum wird angezweifelt werden können.

In scheinbarem Gegensatz hierzu steht es, wenn auf der anderen Seite zugestanden werden muß, daß vom Naturgenuß, vom Reisen in jeder Form und nach jedem erdenklichen Ziel noch niemals in der Welt so viel die Rede gewesen ist, als in unseren Tagen. Der Begriff des „Touristen" ist ein durchaus moderner. Aber, daß man einen solchen Begriff hat, daß man einen Sammelnamen erfindet für eine Gattung von Leuten, deren gemeinsames charakteristisches Merkmal in nichts Anderem besteht als darin, daß sie alle möglichen Schönheiten und Merkwürdigkeiten der Welt zu ihrem Amüsement aufsuchen und absuchen: dieser fatale Beigeschmack der Geschäftsmäßigkeit im Genießen, der dem Ausdruck anhaftet, deutet schon zur Genüge an, was von jener vermeintlichen größeren Verbreitung und Steigerung des ästhetischen Sinnes zu halten ist. Freilich man bietet die Romantik in jeder Zeitung, in hunderttausenden von rotheingebundenen Büchern aus, aber man vergißt, daß die Schönheit, die auf öffentlicher Gasse feilgeboten wird, bereits ihren wahren Werth verloren hat. Man feiert die Natur, aber man feiert sie, indem man sie prostituirt.

Ein vielgenannter, für seine Virtuosität im Reclamemachen übelberüchtigter Impresario drang wiederholt in einen unserer vornehmsten Künstler, sich einmal seinem Unternehmen anzuschließen. Als dieser ihn endlich damit abfertigen wollte, daß er ihm geradezu seinen Widerwillen gegen alles marktschreierische Anpreisen bekannte, suchte Jener ihn damit zu beschwichtigen, daß er ihm versicherte, er verfahre mit Jedem ganz nach seiner Individualität: von ihm werde er in den Ankündigungen nur sprechen als „von dem Edlen, dem Bescheidenen, dem Zurückhaltenden". Ganz auf dasselbe läuft es hinaus, wenn man für das „Idyllische" oder „Romantische" Reclame macht.

Eine wahre Manie hat die Welt ergriffen, die Natur in ihrem eigensten Wesen zu zerstören unter dem Vorgeben, daß man sie dem Genuß zugänglich machen will: eine Manie, ähnlich der Thorheit der

Kinder', die die rechte Freude an ihrem Spielwerk darin suchen, daß sie es zerbrechen.

Damit die Romantik der Heidelberger Schloßruine vollends zu jeder Tages- und Nachtzeit bequem gewürdigt werden könne, errichtet man zu allen bereits vorhandenen Restaurationslokalen noch ein Riesenhotel unmittelbar im Angesicht dieser Herrlichkeit. Nicht genug, daß ein Hotel durch sein Dasein überhaupt die Stätte schändet: das in Rede stehende Exemplar theilt zugleich mit den meisten seines Geschlechts die ausgesuchteste Nüchternheit, die hohlste Renommisterei des Styls. Niemals, auch dann nicht, wenn es selbst zur Ruine geworden ist, wird es einen erträglichen Anblick bieten; dafür sorgt die Magerkeit und Eintönigkeit seiner Grundformen, die Unsolidität des Materials. So bleibt also nur die eine Gewißheit, daß es sich in seiner Abgeschmacktheit allezeit breit genug machen wird, um nicht übersehen werden zu können.

Die wilde Einsamkeit des Bodethals im Harz soll „genossen" werden, und man baut zu besserer Erreichung dieses Zwecks colossale Gasthäuser oben und unten, macht aus dem alten, steilen, steinigen Fußpfad, der ehedem durch das Geröll zur Thalsohle führte, einen mit gelbem Kies bestreuten säuberlichen Promenadenzickzackweg, auf dem Jeder bequem auf- und abschlendern kann, führt über den schmalen reißenden Bach anstatt der ehemaligen schwanken Stege schwere, massige, hochgeländrige, mit hellbraunem Oelanstrich weithin leuchtende Brücken, deren Solidität auch von dem furchtsamsten Mädchen nicht mehr angezweifelt werden kann, und hat dann die Genugthuung, daß, so lange es gutes Wetter giebt, in billigen Extrazügen die Magdeburger, Leipziger und Berliner u. s. w. zu hunderten, oft tausenden herangeschwemmt werden, um sich wie ein zweiter Strom das enge Thal hinaufzuwälzen.

In dieselbe Kategorie des Naturkultus gehört auch der Plan, für den man, wie Eingangs berichtet worden ist, gerade augenblicklich Propaganda macht. Man will den Drachenfels, den man bereits zu Fuß, zu Pferde, zu Esel und zu Wagen in kurzer Zeit bequem ersteigen kann, auch noch mit einer Eisenbahn beschenken, damit unter dem allgemeinen Getümmel endlich auch der letzte Rest der Poesie, die Berg und Ruine ehedem umfloß, erstickt werde und verstumme.

Es ist offenbar: die beiden scheinbar entgegengesetzten Tendenzen der Zeit, hier das völlig gleichgültige Hinopfern der Schönheit im Drange praktischer Bestrebungen, dort das Ausbeutungs- und Abnutzungssystem des Touristenwesens berühren sich ebenso sehr im Resultat, als sie der nämlichen Wurzel entstammen, einer mehr und mehr ausschließlichen Herrschaft realistischer Lebensauffassung, deren natürliches Gegenbild zu-

nehmende Grobsinnigkeit und Stumpfsinnigkeit auf idealem Gebiet sein muß.

Der Kellner auf dem Rigi fragt: „Wie befehlen Sie? Zuerst Souper und dann Sonnenuntergang, oder in umgekehrter Reihenfolge? Für beide Eventualitäten ist gesorgt." Der Sonnenuntergang rangirt neben Hummersalat und Champagner, Billardspiel und Conversation als einer der verschiedenen Artikel, die dazu bestimmt sind, dem Menschen auf amüsante Weise die Zeit todtschlagen zu helfen. Das erhabene Bild der Alpenkette hat den Rahmen für das elegante Treiben herzuleihen; es wird zur Decoration herabgewürdigt. Schließlich kommt kaum mehr allzuviel darauf an, ob der Effect von der Natur producirt oder mit Hülfe von Pappe, Farbentöpfen und allerhand Beleuchtungsapparaten künstlich hergestellt ist.

Die Schweiz ist das Musterland für den geschäftsmäßigen Betrieb des Naturgenießens. Sie steht nicht nur in Beziehung auf die Menge und Großartigkeit der Hotels, das Raffinement ihrer inneren Einrichtung, die Ausbeutung jeder irgendwie auffallenden einzelnen Natur-Erscheinung zum Zweck des Gelderwerbes obenan, sie hat ebenso im ausgedehntesten Maße und mit der geschicktesten Berechnung für das prompte Ineinandergreifen aller Beförderungen von einem Ort zum andern, für das Auskaufen und Sparen der Minuten gesorgt, so daß ihr denn auch der Ruhm zufällt, die erste Eisenbahn gebaut zu haben, die mit Hülfe einer besonders hierfür erfundenen Construction gerades Weges einen hohen Berg hinanführt. Der Rigi ist durch die Bahn, die im Sommer tagtäglich ganze Schwärme von Touristen jeder Nationalität, jedes Standes, Geschlechts und Alters den Berg heraufschleppt, noch mehr, als er es bereits war, zu einem Rendezvous-Platz der europäischen Gesellschaft geworden. Wenn Abends nicht ein Blick aus den Fenstern darüber belehrte, welche Höhe man erstiegen hat, so könnte man ebensogut meinen, man befände sich in einem der großen Hotels von Berlin, Paris oder welcher anderen Großstadt. Mag man sich freuen, daß es vermittelst dieser Eisenbahn Schwachen, Alten und Kranken ermöglicht worden ist, einmal Hochalpenluft zu trinken (wenn auch in unmittelbarer Nachbarschaft von Salonparfüm und Locomotivendampf); mag man ferner zugestehen, daß ein besonders ausgehungertes Gemüth auch unter so erschwerenden Umständen immer noch ein Plätzchen, einen Augenblick finden wird, wo es sich dem gewaltigen Eindruck des Panoramas ungestört hinzugeben vermag: im Großen und Ganzen bleibt es doch wahr, daß man den Rigi zu vermeiden hat, wenn man Natur haben will. Es ist hier wirklich gelungen, vor lauter Zurüstungen für den Naturgenuß so

gut wie gar keine Gelegenheit übrig zu lassen, um im wahren Sinne des Wortes „Natur" zu genießen.

Doch die Schweiz ist groß und wenn es auch an den meisten ihrer weltberühmten Punkte in Interlaken, am Gießbach, auf der Wengernalp, im Chamounix-Thal u. s. w. um Nichts besser steht, die Dimensionen der Alpen sind so ungeheure, die Frische ihrer Hochgebirgsnatur ist eine so tiefgrundige, daß es schwer halten möchte, sie in der That zu erschöpfen. Schlimmer sind unsere kleinen mitteldeutschen Gebirge daran. Hier ist das Verderben, wo es einmal Platz greift, radikaler und fühlbarer, weil das Einzelne näher zusammenrückt, weil man nicht, wie in den Alpen, rechts und links ausweichen kann. So sind gewisse hervorragende Partheien des Harzes, der sächsischen Schweiz, des Thüringer Waldes, der Rheingegenden zum Besten der Touristen und Sommerfrischler schon längst total verdorben; ihre Ursprünglichkeit ist bis auf die Neige vernichtet; der Rest aber dessen, was noch einigermaßen verschont geblieben, wird von Jahr zu Jahr kleiner.

Und was kommt für die Menschheit im Allgemeinen bei dieser Praxis heraus? — Sind wir poetischer, idealer geworden, seit das Reisen en masse in die Mode gekommen ist? Man müßte blind sein oder der Wahrheit geflissentlich den Rücken kehren, wenn man nicht zugeben wollte, daß gerade das Gegentheil der Fall ist. Die Majorität aus allen Schichten der Gesellschaft ist und bleibt trivial. Wenn diese Leute auf Reisen gehen, so wollen sie im Grunde nichts als einmal eine Veränderung des Lokals, um dann draußen dasselbe Treiben fortzusetzen, das sie zu Hause verlassen haben. Wer das nicht glauben will, der beobachte das Publikum, das die Fest- und Sonntagsextrazüge z. B. in den Harz transportiren. Wohl werden sich Ausnahmen finden. Bei den Meisten aber handelt es sich nur um eine Kneiperei in veränderter Form, höchstens zugleich um eine Befriedigung der Neugier. Hier wie dort dieselben Nichtigkeiten im Kopf und auf der Zunge, derselbe Plunder von Eitelkeit, Leichtfertigkeit, Albernheit, rein äußerlicher Vergnügungssucht; das Alles ist mit auf die Reise gegangen, und macht sich in freier Luft nur um so widerlicher breit. Ist es schön und richtig, daß zum Besten dieser Leute, für die ein brillanter Kaffeegarten vor der Stadt mit bunten Lampions, guter Küche, gutem Getränk und Tanzmusik der ganz entsprechende Aufenthalt wäre, eine Stelle wie das Roßtrappenthal banalisirt wird? Alle die Zurüstungen, die gemacht werden müssen, um solchem Publikum gefällig zu sein, alle die Spuren, die es zurückläßt, verwischen den ursprünglichen Charakter einer Gegend so vollständig, drücken ihr so deutlich das Gepräge des Entweihten, Verbrauchten auf, daß es einem

feineren Sinn kaum gelingen wird, unter dem Bann dieser Eindrücke noch einigermaßen Empfänglichkeit für das zu bewahren, was nicht zerstört werden konnte. — Eine andere Gattung wiederum schwätzt und thut entzückt über das Idyllische einfacher, ländlicher Verhältnisse, und ist doch so wenig fähig, sich der erfrischenden Gesundheit solcher Eindrücke in Wahrheit hinzugeben, daß sie, statt der eigenen Verwöhnung Zwang anzuthun, für sich selbst den Anspruch erhebt, von all dem Apparat umgeben zu bleiben, den die Befriedigung verfeinerter Lebensbedürfnisse fordert, bis sie es glücklich soweit gebracht hat, daß Dank der ganzen importirten Wirthschaft die ursprüngliche Einfalt entweder völlig vernichtet ist oder halb erheuchelt fortbesteht.

Gewiß, ein Lehrling ehedem, der auf die Wanderschaft ging, ein Student, der zu Fuß die Welt durchstreifte, soweit Ferienzeit und Geldbeutel ihn kommen ließen, erfuhr mehr von Land und Leuten als ein heutiger Tourist, der sich auf Vermittelung von Stange's Reisebureau bis an die Enden der Lybien hat schieben lassen. Auch für die Gesundheit ist der Ertrag der modernen Reisemethode meistens nicht allzu groß; die Hast unterwegs verzehrt die Hälfte, der Rest von Erfrischung wird in dem Räderwerk des städtischen Getriebes nur allzu bald wieder zerrieben. Und — last not least — die ansässige Bevölkerung aller der Ortschaften und Distrikte, die dem Fremdenverkehr im großen Styl verfallen, trägt trotz des Geldes, das plötzlich von außen zuströmt, im Grunde nicht Gewinn sondern Schaden davon. Die neue Art des Erwerbens, die sich hier aufthut, ist theils eine zu unsichere, theils eine zu leichte; sie hat Etwas vom Spielgewinnst an sich. Zusehends lenkt damit die sociale Entwickelung auf faule, ungesunde Bahnen. Von einer gedeihlichen geistigen Einwirkung, die sich von den Gästen her dem Landvolk mittheilte, ist natürlich ebensowenig die Rede. Der Landmann pflegt nicht bewußt poetisch zu sein, obwohl ihn, ohne daß er sich darüber Rechenschaft geben mag, der Zauber der Natur, die ihn umgiebt, mit tausend Fäden festhält. Man würde aber sehr irren, wenn man meinte, die Touristenschwärmer mit ihrer Naturbewunderung brächten ihm nun die noch fehlende ästhetische Aufklärung, machten ihm seine Heimath etwa theuerer. Im Gegentheil: die Fremden machen ihm das Eigene fremd. Mit der ächten Liebe ist es vorbei, wenn der Gegenstand dieser Liebe zur Buhlerin geworden ist, die sich Jedem preisgiebt, dem darum zu thun ist, sie auf ihre Reize hin anzugaffen. Das hohle Treiben der Vergnüglinge wird den Leuten Anfangs halb unverständlich, halb verächtlich erscheinen; allmählich verstricken sie sich selbst hinein, und so gesellt sich zur Unsolidität der materiellen Existenz als zweite Frucht die sittliche Verkommenheit.

Ueber die rechte Art, wie die Natur in der Landschaft, in den Denkmälern der Vergangenheit u. s. w. empfunden werden kann und soll, hat Schiller im Eingang seines Aufsatzes „über naive und sentimentalische Dichtung" ein paar Andeutungen gegeben, die als wahrhaft goldene Worte hier ihre Stelle finden mögen. Er sagt:

„Es giebt Augenblicke in unserem Leben, wo wir der Natur in Pflanzen, Mineralien, Thieren, Landschaften, sowie der menschlichen Natur in Kindern, in den Sitten des Landvolks und der Urwelt, nicht weil sie unseren Sinnen wohlthut, auch nicht, weil sie unseren Verstand oder Geschmack befriedigt (von beiden kann oft das Gegentheil stattfinden) sondern blos weil sie Natur ist, eine Art von Liebe und von rührender Achtung widmen. Jeder feinere Mensch, dem es nicht ganz und gar an Empfindung fehlt, erfährt dieses, wenn er im Freien wandelt, wenn er auf dem Lande lebt, oder sich bei den Denkmälern der alten Zeiten verweilet, kurz, wenn er in künstlichen Verhältnissen und Situationen mit dem Anblick der einfältigen Natur überrascht wird. Dieses nicht selten zum Bedürfniß erhöhte Interesse ist es, was vielen unserer Liebhabereien für Blumen und Thiere, für einfache Gärten, für Spaziergänge, für das Land und seine Bewohner, für manche Produkte des fernen Alterthums und dergleichen zum Grund liegt; vorausgesetzt, daß weder Affektation, noch sonst ein zufälliges Interesse dabei im Spiele sei. . . ."

„Es sind nicht diese Gegenstände, es ist eine durch sie dargestellte Idee, was wir in ihnen lieben. Wir lieben in ihnen das stille schaffende Leben, das ruhige Wirken aus sich selbst, das Dasein nach eigenen Gesetzen, die innere Nothwendigkeit, die ewige Einheit mit sich selbst. Sie sind, was wir waren; sie sind, was wir wieder werden sollen. Wir waren Natur, wie sie, und unsere Kultur soll uns auf dem Wege der Vernunft und der Freiheit zur Natur zurückführen. Sie sind also zugleich Darstellung unserer verlorenen Kindheit, die uns ewig das Theuerste bleibt; daher sie uns mit einer gewissen Wehmuth erfüllen. Zugleich sind sie Darstellungen unserer höchsten Vollendung im Ideale, daher sie uns in eine erhabene Rührung versetzen. . . .

Da sich dieses Interesse für Natur auf eine Idee gründet, so kann es sich nur in Gemüthern zeigen, welche für Ideen empfänglich sind, d. h. in moralischen. Bei weitem die mehrsten Menschen affektiren es blos, und die Allgemeinheit dieses sentimentalischen Geschmacks zu unseren Zeiten, welcher sich, besonders seit der Erscheinung gewisser Schriften, in empfindsamen Reisen, dergleichen Gärten, Spaziergängen und anderen Liebhabereien dieser Art äußert, ist noch ganz und gar kein Beweis für die Allgemeinheit dieser Empfindungsweise."

Der Gesichtspunkt, von dem Schiller hier ausgeht, ist der entscheidende: er betont die moralische Seite der Naturempfindung. Ohne sie wird das nur Aesthetische darin mehr und mehr entwerthet; das Gefühl büßt dasjenige Element ein, was ihm recht eigentlich Tiefe und Adel verleiht; ja wir erleben es, wie dies ästhetische Genießen, wo ihm jener Hintergrund fehlt, allmählich bis zur völligen Verschwisterung mit dem rein materiellen herabsinkt.

Soll aber die Natur moralisch, d. h. reinigend und erhebend wirken, so muß sie vor Allem selbst unentweihte, unverfälschte Natur geblieben sein. „Könnte man einer gemachten Blume", so heißt es an derselben Stelle bei Schiller, „den Schein der Natur mit der vollkommensten Täuschung geben, ... so würde die Entdeckung, daß es Nachahmung sei, das Gefühl, von dem die Rede ist, gänzlich vernichten."

Nichts ist charakteristischer für den Durchschnittsstandpunkt der heutigen Naturschwärmer, als daß man beispielsweise im Radauthal einen großen künstlichen Wasserfall anlegt oder den Gießbach mit bengalischen Flammen beleuchtet.

Die Gelegenheiten zu einer wahrhaft reinen, ungetrübten Wirkung der Natur auf das Gemüth werden in immer beschränktere Räume zurückgedrängt. Die Bewegung, die dahin treibt, ist von den verschiedensten Seiten her eine übermächtige. Der Conflict zwischen realen und idealen Interessen hat sich in unserem Zeitalter zu einer Schärfe zugespitzt, von der man ehedem nichts wußte. Der Charakter der Arbeit, auch der scheinbar nüchternsten des Alltagslebens, war noch vor wenigen Menschenaltern ein solcher, daß er irgendwie eine künstlerische Verklärung zuließ. Die Maschine mit Allem, was in unmittelbarer Beziehung zu ihr steht, schließt diese Möglichkeit schlechterdings aus. Die Mühle, die Schmiede wird zum malerischen Motiv in der Landschaft. Die Fabrik ist und bleibt — aller Menzel'schen Virtuosität zum Trotz — nüchtern und häßlich. Das Handwerk, der Ackerbau in seiner alten patriarchalischen Form läßt sich besingen. Das Maschinenwesen in Verse zu bringen, wird Niemandem beifallen; wenigstens würden die Verse keine Poesie ergeben. Dort bleibt eben individuelle Lebensbethätigung; hier ist das Subject selbst völlig indifferent geworden: es dient nur dazu, den fertigen Mechanismus, d. h. ein an sich Todtes, äußerlich in Bewegung zu setzen. Und — „es schauert Leben vor dem Tod"; die Schönheit des natürlichen Lebens weist jede organische Verbindung mit diesen Dingen zu einer poetischen Gesammterscheinung unerbittlich zurück.

Doch die Errungenschaften der modernen Entwickelung auf technischem Gebiet verdienen als solche so viel Bewunderung, sind trotz des Fluches

der Unschönheit, der auf ihnen lastet, ja trotz weit größerer Uebel, die sich an ihre Sohlen heften, zugleich in ihren positiven Wirkungen von so außerordentlicher Tragweite, daß jeder Widerstand, der sich im Allgemeinen gegen sie auflehnen wollte, ohne Gnade an der Gewalt der Thatsachen zerschellen müßte. Ebenso fordert das unnatürliche, ja ungeheuerliche und gefährliche Wachsen der Großstädte, das mit jener Entwickelung zusammenhängt, so gebieterisch eine Rückwirkung heraus, daß es nicht nur vergeblich, sondern auch grausam wäre, wollte man allen den Veranstaltungen entgegentreten, die es den gequälten, eingepferchten und verdumpften Menschen erleichtern, sich einmal in freier Natur zu erfrischen. Hat doch auch der Bruchtheil der wahrhaft Empfänglichen und Bedürftigen sein Maß an Naturfreude vielfach geradezu jenen Veranstaltungen zu danken, die auf geringe Baarschaft an Geld und Zeit Rücksicht nehmen.

Eines ruft das Andere, Ursachen und Wirkungen haben sich zu einem dichten, fast unentwirrbaren Gewebe verschlungen, und so wird eine eigentliche Lösung des Problems, beiden Seiten in vollem Maße gerecht zu werden, nicht mehr zu finden sein.

Ist aber das Vollkommene nicht zu erreichen, so schließt das nicht aus, daß geschieht, was geschehen kann; und es kann Viel geschehen.

Ein namenlos einseitiges Hervorkehren der materiellen Gesichtspunkte, ein völliges Ignoriren der idealen ist längst in der Behandlung aller hierher gehörigen Fragen an der Tagesordnung. Dieser Einseitigkeit müßte endlich ein Ende gemacht werden. Es müßten vor Allem alle diejenigen, denen irgendwie Macht und Beruf gegeben ist, in die Entwicklung der öffentlichen Angelegenheiten wirksam einzugreifen, lebendiger davon durchdrungen werden, daß es hier gilt, nicht nur mit dem Strom zu schwimmen, sondern ebenso sehr, wo es angezeigt ist, ihm einen Damm entgegenzusetzen; nicht nur zu fördern, was die laute Stimme der Majorität im Augenblick begehrt, sondern auch zu sorgen, daß der berechtigte Anspruch der Minderzahl nicht ohne Noth mit Füßen getreten werde, daß die Uebergriffe des derben Geistes der Zeit nicht in das Maßlose hinauswachsen.

In manchem Einzelnen können unsere Nachbarn uns zum Vorbild dienen. Frankreich ist uns in der verständnißvollen Erhaltung und Inventarisirung aller, auch der kleinsten Reste alterthümlicher Architektur weit voraus. Die Pietät der Engländer vor den Denkmälern ihrer Vergangenheit ist bekannt; die Feinsinnigkeit, mit der sie auf dem Lande wirthschaftliches und ästhetisches Interesse zu verbinden wissen, verdient ebenso sehr gerühmt zu werden. Hier ist der thatsächliche Beweis geliefert, daß eine hohe Kultur nicht nothwendig zur Mißhandlung der

Natur führen muß. Freilich England hat den ächten, wilden Wald leider längst eingebüßt, seine Holzungen sind eher Parks zu nennen. Aber in diesem Lande der Fabriken und der rationellen Landwirthschaft lebt neben dem praktischen Sinn ein so tiefes und allgemein ausgebildetes Gefühl für die Anmuth der Landschaft, daß das Land nicht etwa wie ein Magazin für ökonomische Produkte, sondern wie ein Garten aussieht. Aecker und Wiesen sind von üppigen Hecken eingefaßt, deren Vorhandensein so wenig als ein Abzug an materiellem Gewinn empfunden wird, daß nach officieller Schätzung 5 Procent des urbaren Landes von ihnen eingenommen werden. Eine Fülle einzelner frei und schön entwickelter Bäume oder Baumgruppen ist über das Land verstreut; auf den herrlich saftigen Wiesen, an den Ufern der Bäche, ja inmitten der Felder, überall beleben sie das Bild.

Man vergleiche damit das oben geschilderte Verfahren bei unseren Verkoppelungen, die wahrhaft beklagenswerthe Verunglimpfung unseres schönen Vaterlandes, die hier im größten Styl, ohne irgendwie nennenswerthen Widerspruch zu erfahren, fort und fort betrieben wird. Das Zusammenlegen der bäuerlichen Grundstücke ermöglicht Einheitlichkeit der Bewirthschaftung, regt damit zur Anstrebung höherer Bodenkultur an und bringt durch Regelung der Wasserabzüge und dergleichen unmittelbar unläugbare wirthschaftliche Vortheile mit sich. An manchen Stellen stehen diese Vortheile in keinem Verhältniß zu den bedeutenden Kosten, die das ganze umständliche Verfahren verursacht, und es läuft schließlich darauf hinaus, daß ein paar wohlhabende Leute gewinnen, während die Uebrigen die Zeche bezahlen. Doch sehen wir hiervon ab, und gestehen wir das Wünschenswerthe der Sache an sich für eine große Reihe von Gemeinden zu; warum kann nicht das wirthschaftlich Nöthige geschehen, ohne daß das landschaftlich Schöne achtlos geopfert wird? Daß das Begradigen der Bäche, das Jahrzehnte hindurch an der Tagesordnung war, nicht nur vom ästhetischen Gesichtspunkt aus eine Barbarei zu nennen ist, sondern in Folge des zu raschen Wasserablaufs, den es veranlaßt, die entschiedensten realen Nachtheile mit sich bringt, hat der kürzlich verstorbene Oberforstdirektor Burkhardt in Hannover nachgewiesen, und vielleicht ist seitdem in dieser Richtung ein kleiner Rückschlag eingetreten. Hier sollte nun im Wege der Instruktion ein für alle Mal Schicht gemacht werden, und ebenso den mit der Ausführung betrauten Commissionen auf das Strengste anbefohlen sein, daß die malerischen Formen der Waldgränzen, ihr Auslaufen in einzelne Baumgruppen und Gebüsch, kurz alle Eigenthümlichkeiten des Uebergehens von Wald zu Wiese und Feld zu schonen sind, daß man ferner von dem System der absoluten Geradlinigkeit und Recht-

winkligkeit in der Anlage der Wege abzusehen, und in erster Linie auch die Rücksicht auf möglichste Erhaltung des historisch Gewordenen in Betracht zu ziehen hat. Endlich müßte seitens der Regierung energische Anregung gegeben werden, die Hecken, wo sie in Folge der Neueintheilung haben weichen müssen, an anderer Stelle wieder anzulegen, Wiesen und Gärten regelmäßig damit einzufriedigen, auch einzelne Bäume und Büsche sei es zu erhalten, sei es neu anzupflanzen, und so nicht nur das Malerische der Landschaft zu fördern, sondern zugleich für die Erhaltung der Vögel Sorge zu tragen, denen ihre Brutstätten durch die Verkoppelung der Feldmarken nach heutiger Praxis fast vollständig genommen zu werden drohen.

Doch nicht nur eine Abwehr gilt es zum Besten des feiner empfindenden Bruchtheils der Gesellschaft, sondern noch mehr eine positive Sorge für das tiefer verstandene Gesammtgedeihen des Volkes. Das Erwachen einer ächten, lebendigen Pietät für die Natur, eine volle Würdigung alles dessen, was an erhaltenden, reinigenden Mächten in ihr beschlossen ist, könnte von einer so segensreichen Einwirkung auf die Entwickelung aller unserer Lebensverhältnisse sein, wie kaum etwas Anderes. Wenn man sich entschließen wollte, die gesunden, ursprünglichen Beziehungen des Menschen zur Natur, statt sie fortgesetzt zu zerstören, umgekehrt zu kräftigen, wo sie noch bestehen, sie wiederherzustellen und neu anzuregen, wo sie vernichtet sind oder überhaupt fehlen — es würde nicht nur dem Schwammgewächs des modernen Touristenwesens dadurch ein gutes Theil Nahrung entzogen: nein, geradezu eine Menge socialen Giftstoffs würde nach und nach in der sich neu bildenden Atmosphäre resorbirt werden. Es ist einmal irgendwo gesagt worden: „Jeder Mensch sollte einen Fleck Erde besitzen, den er sein eigen nennt". Das ist viel verlangt, und im buchstäblichen Sinn weder durchführbar noch nothwendig. Aber das ist die Wahrheit in dem Satz: Jeder Mensch sollte lernen sich irgendwo zu Hause zu fühlen. Diese Kunst, die sich ehedem von selbst verstand, kommt uns mehr und mehr abhanden. Sie wieder zu beleben, dafür Sorge zu tragen, daß die Liebe zum heimathlichen Boden wieder eine Macht werde im Volksleben, das müßte als eine der vornehmsten und dringendsten Aufgaben unserer Gesetzgebung, unserer Verwaltung angesehen werden.

Es gehört dazu vor Allem, daß man der Landbevölkerung das Land nicht verleidet, daß man vorzüglich die Aermeren nicht verführt, ihr Heil in der großen Stadt zu suchen. Das Prinzip der Ablösungen in einem bedeutenden Umfang aufzurichten, war gewiß seiner Zeit unvermeidlich; daß man es bis in die äußersten Consequenzen hinein

verfolgt hat und noch immer weiter verfolgt, ist ebenso gewiß verhängnißvoll. Es geschieht immer wieder, daß gewiße Ideen, die von irgend einer Seite her einem augenblicklich stark empfundenen Bedürfniß entgegenkommen, nur um dieses einen Moments der Wahrheit willen von der Majorität mit einer solchen Leidenschaftlichkeit aufgegriffen, mit Wort und That in die Welt hinaus gepredigt werden, daß hier eine Weile jeder Widerspruch gegen die Einseitigkeit ihrer Herrschaft verstummt oder ungehört verhallt. Es ist, als ob die schwere Artillerie über ein Saatfeld dahinjagte; Besinnen und Erbarmen giebt es nicht. Endlich einmal muß aber doch Halt gemacht werden. Könnte es auf diesem Gebiet nicht geschehen, ehe der letzte Halm geknickt ist? Sollte man nicht, noch ehe es ganz und gar zu spät ist, zu der Einsicht kommen, daß man Gold wegwirft, um Kupferdreier aufzulesen? So lange der gemeinsame Besitz einer Gemeinde an Aengern und Weiden noch nicht getheilt ist, so lange hat jeder Zugehörige, auch der Aermste, wenigstens einen unveräußerlichen Besitz: das Recht, sein Vieh, sei es eine Kuh, ein paar Ziegen oder Gänse umsonst zu ernähren. Wird getheilt, so ist das Fleckchen Land, das dabei für ihn abfällt, bald genug verkauft, wenn die Noth an die Thür klopft. So lange eine Gemeinde das Recht hat, ihren Bedarf an Bau- und Brennholz alljährlich aus der Staatsforst sich anweisen, ihre Schweine unter den Eichen sich mästen zu lassen, ihre Kühe auf die Waldtriften zu treiben, wie im Harz, wo bis vor Kurzem das harmonische Geläut der Heerden von einem Ende des Gebirges zum anderen hinübertönte, da ist sie wohl geborgen. Hat sie sich erst „abfinden" lassen, sei es mit baarem Gelde, sei es mit einem Stück Wald, das wiederum frei verkäuflich ist, so bedarf es nur eines gewissenlosen Bürgermeisters und einer leichtsinnigen Mehrheit, um das Geld zur Vertheilung unter die Einzelnen zu bringen, und damit die Wohlfahrt der Gesammtheit gründlich für alle Zeit zu ruiniren. Noch Eins: die unmittelbare Folge der Ablösungen und Theilungen ist die Stallfütterung, deren national-ökonomische Vorzüge gepriesen werden. Da heißt es, man ziehe von den ehemaligen Aengern weit höheren Ertrag, man erreiche, daß Nichts von Dungstoffen ungenutzt verloren gehe, man spare die Groschen, die dem Hirten als Lohn gegeben werden müssen, und was dergleichen mehr gerühmt wird. Es soll auch schade sein, daß die edle Menschenkraft, die sich hier in der Person des Hirten darstellt, auf eine so unwürdige und wenig einträgliche Weise vergeudet werde. Als ob es besser wäre, daß ein solcher Mann etwa dazu gebracht würde, das Contingent des arbeitslosen städtischen Fabrikproletariats zu vermehren, statt das freilich sehr bescheidene aber immerhin nützliche Amt des Gemeinde-

hirten redlich zu besorgen, und dafür, wie das auf dem Lande so beiweitem leichter geht, von seinen Nebenmenschen mit dem Nothdürftigsten versehen zu werden! Ist denn aber überhaupt anzunehmen, daß die Stallfütterung, wenn sie zu ausschließlicher Herrschaft gelangt, sich wirklich auf die Dauer als vernünftig erweisen kann? Ist es denkbar, daß nicht allmählich eine Degeneration des Viehs eintreten sollte, wenn es gänzlich von der freien Luft abgeschnitten, Jahr aus Jahr ein im dumpfen Stall steht und liegt ohne seine Muskeln zu gebrauchen? Ist es denkbar, daß der Genuß des Fleisches, der Milch von solchem Vieh nicht ebenso allmählich auch auf den menschlichen Organismus nachtheilig einwirken muß? Die Natur wird schwerlich die Rache hier ausbleiben lassen, die sie überall nimmt, wo man ihren Geboten zuwider handelt. Nur daß die Rache im vorliegenden Fall sich freilich nicht an einzelnen Beispielen, kaum an den Erfahrungen großer Zeitläufte wird nachweisen lassen. Man hat es also bequem, Generationen hindurch darauf loszusündigen, bis die Hülfe zu spät kommt.

Wie stellt sich nun unsere bisherige Gesetzgebung zu diesen Dingen? Statt die Gemeinheitstheilungen im Interesse der Aermeren theils zu erschweren, theils unter manchen Verhältnissen, besonders in gebirgigen Gegenden, wo der Boden als Acker geringen Werth hat, gänzlich zu verbieten, befördert man sie nach Kräften, indem man die Entscheidung darüber ob getheilt werden soll, in die Hand der Meistbesitzenden legt, d. h. derjenigen, die jedenfalls den größesten, wenn nicht den alleinigen Vortheil aus der Umgestaltung zu ziehen hoffen dürfen. Und in wie energischer Weise werden die Forstablösungen von Seiten des Staats betrieben! Unter dem Vorgeben freilich und gewiß in der vollen Absicht, den Nationalwohlstand zu heben; aber ist nicht — Alles zugestanden, was der Staatskasse durch die Möglichkeit äußerster Ausnutzung des Bodens, Ersparung an Beamtenpersonal u. s. w. an Gewinn zufließen mag — die Rechnung dennoch im tiefsten Grunde falsch? Ist die Summe dieser materiellen Vortheile nicht schließlich ein Geringes gegenüber dem Schaden, der der ganzen socialen Entwickelung droht, wenn die Landbevölkerung mehr und mehr aufhört, sich verwachsen zu fühlen mit dem natürlichen Boden, wenn ihrem Zuströmen in die Großstädte damit Thor und Thür geöffnet wird?

Das Große, Dauernde, in der Stille Wirkende übersieht man über dem augenblicklich Auffälligen. Einen äußersten Schritt auf dieser Bahn versuchte der Entwurf des Feld- und Forstpolizeigesetzes in einigen Bestimmungen, wie er kürzlich dem Landtag zur Berathung vorlag. Es sollte den Armen künftighin verboten sein, Beeren und Pilze im Walde zu sammeln, und selbst das Betreten des Waldes wollte man von der Erlaubniß des Besitzers abhängig machen. Kein Vernünftiger wird wün-

schen, daß nicht der Waldeigenthümer als solcher den vollen Schutz der Gesetze genießen sollte. Mag jeder Frevel auf das Unnachsichtigste gestraft werden, mag man auch bemüht sein, durch Vorsichtsmaßregeln ihm vorzubeugen: hier aber handelt es sich um etwas Anderes. Der ideale Mitbesitz an Gottes Erde, der dem Menschen als Menschen gebührt, und der in der Freiheit, den Wald zu betreten, seinen schönsten Ausdruck findet, wird durch jene Gesetzesparagraphen stillschweigend streitig gemacht, und das ist ein Schnitt in das Herz des deutschen Volkes. Nicht unter der leidigen Rubrik des „harmlosen Spaziergängers" oder gar des „Touristen", — wie schwächlich und müßiggängerisch klingt das! — will ich im Walde „geduldet" sein; auch nicht das bekümmert mich, ob gewisse offizielle Naturschönheiten der Masse zum Zweck der Bewunderung zugänglich bleiben oder nicht: ich will das Recht haben, in der Welt und vor Allem in meiner Heimath da meinen Fuß hinzusetzen, da Lebens-Luft und -Lust zu athmen, wo mein Herz es begehrt, und ich meinem Nächsten weder schade, noch ihn im Genuß seiner Güter störe. Welch ein unerträgliches Gefühl, die Erde ansehen zu sollen als ein Conglomerat von Einzelbesitzthümern, die Welt versperrt denken zu müssen bis auf die Landstraße und die paar Stellen, die die Gnade Anderer für gut findet mir zum Erfrischungsaufenthalt anzuweisen! Der tiefe Sinn für Billigkeit, der den Germanen innewohnt, hat von jeher instinktmäßig in dem Begriff der „freien Natur" einen Ausgleich gefunden für die Nothwendigkeit der Kluft zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, und man kann nichts Revolutionäreres thun, als hier den Spaten einsetzen, hier die uralten Wurzeln des Rechtsgefühls erschüttern und stören. Unbegreiflich, daß konservative Männer dies nicht erkennen wollen! Es ist der Socialdemokratie in die Hände gearbeitet, wenn man in solcher Weise die Gewissen gerade der Treusten und Bravsten im Volke verwirrt, wenn die Besitzenden in diesem Punkt sich ihrer Verbindlichkeit gegen die Nichtbesitzenden los und ledig erklären wollen. Man sehe sich doch zehn Mal vor, ehe man es unternimmt, einen gesellschaftlichen Zustand und die unmittelbare Lebensempfindung, die aus ihm für den Einzelnen wie für die Gesammtheit entspringt, zu zerstören; man vernichtet damit etwas Unersetzliches, einen Hort schaffender Kräfte, dem gegenüber ein ganzes Bündel von Einzelvortheilen noch nicht in die Wagschale fallen darf.

Den Armen auf dem Lande nimmt man Alles, was ihnen die Heimat lieb machen kann, lockert jedes feste Band, das sie an die Scholle bindet, sorgt dafür, daß die Erde allen Schmuckes, aller Anmuth baar, das Land und das Vieh zur Waare, der Bauer zum Speculanten werde, und treibt sie so endlich in die Städte, damit sie hier zu Proletariern, d. h. zu wahrhaft Elenden werden; die Städter aber schleppt man

auf das Land. Statt dessen sollte man nicht nur aufhören jenen das Leben draußen zu verkümmern, sondern umgekehrt diesen etwas Seßhafteres dadurch zu geben versuchen, daß man die städtischen Anlagen weitläuftiger gestaltete, statt der Miethskasernen mehr und mehr kleine einzelne Häuser baute, und, wenn auch nur in Gestalt eines Gartens, ein Stück Natur Jedem in unmittelbare Nähe rückte, so daß das Gift der Atmosphäre ihn nicht allein schon zwingen dürfte, sein Heil fortwährend in der Ferne zu suchen. In der Fürsorge für solch ein kleines Fleckchen Erde würde er lernen, die Natur wahrer zu verstehen, als wenn er sie nur von Sonntagsausflügen her kennt. Um aber etwas derartiges überhaupt zu ermöglichen, ließe sich die Menge billiger und rascher Verkehrsmittel, die die Gegenwart in Schwung gebracht hat, vortrefflich verwerthen.

In dem innigen und tiefen Gefühl für die Natur liegen recht eigentlich die Wurzeln des germanischen Wesens. Was unsere Urväter in Wodans heilige Eichenhaine bannte, was in den Sagen des Mittelalters, in den Gestalten der Melusine, des Dornröschen lebt, was in den Liedern Walters von der Vogelweide anklingt, um dann in neuer ungeahnter Fülle in Goethes oder Eichendorffs Lyrik, endlich in der eigenartigsten Offenbarung des deutschen Genius, in unserer herrlichen Musik wieder hervorzubrechen: immer ist es derselbe Grundton, derselbe tiefe Zug der Seele zu den wundervollen und unergründlichen Geheimnissen der Natur, der aus diesen Aeußerungen des Volksgemüths spricht. Ist es nicht, als wenn ein böser Dämon uns triebe, in der Jagd nach den Phantomen des Glanzes und des Genusses dies Allerheiligste, das uns gleichsam das Leben gegeben, zu zertreten, den Born zu verschütten, aus dem wir immer wieder verjüngenden Trank schöpfen konnten? Wer mag von national-ökonomischen Vortheilen hören, der weiß, daß sie um solchen Preis erkauft sind, daß um ihretwillen die Keime zerstört werden, aus denen frisches geistiges Leben erblühen kann! —

Im alten Hellas sorgte der Staat auf dem Gebiet, das damals im Mittelpunkt des idealen Interesse lag, dafür, daß alles Häßliche unterdrückt werde. Wenn es bei der Vielgestaltigkeit unserer modernen Existenz auch freilich unmöglich sein würde, in umfassendem Maß eine derartige Zucht von oben herab auszuüben, irgend ein öffentlicher Schutz für das in unserem Sinne Schöne müßte geschaffen werden. Und so möge denn ein erster, wenn auch kleiner Schritt in dieser Richtung darin begrüßt werden dürfen, daß man einem Unternehmen, wie es die projectirte Drachenfels-Eisenbahn ist, einem Unternehmen, das zu seiner Rechtfertigung kein anderes Motiv als das der nackten Spekulation anzuführen vermag, die nachgesuchte Concession verweigert. E. R.

Die Pariser Commune 1871.

Von

Franz Mehring.

V.

Naturgemäß waren in den Mitgliedern der Commune die drei Elemente verkörpert, aus denen sie entstand: der kleinbürgerliche Radicalismus, die Club- und Straßendemagogie oder das Lumpenproletariat, endlich die socialistische Arbeiterwelt. Diese drei Abtheilungen sondern sich jede wieder in mannigfache Gruppen; in ihrer Gesammtheit bilden sie eine reiche Beispielsammlung der revolutionären Theorie. Wie in einem Mikrokosmos vollzieht sich hier eine Entwicklung merkwürdiger Art, etwas, das man mit Hegel die Negation der Negation nennen könnte. Die hundertjährige Lüge des Jacobinerthums stirbt an sich selbst, verkommt in Elend und Schmutz, aber ihr verwesender Rest, zerrieben, zerstäubt, zerstreut in alle Winde, düngt ringsum weite Aecker, aus denen wie nach einer Saat von Drachenzähnen die geharnischten Phalangen einer neuen und mächtigeren Revolution emporwachsen. So geht es von dem socialistenfeindlichen Jacobinerthume Stufe um Stufe hinab bis zu dem wahnsinnigen Treiben des Lumpenproletariats und von dem wahnsinnigen Treiben des Lumpenproletariats wieder Stufe um Stufe empor bis zu den gewaltsamen Umsturzplänen des revolutionären Socialismus.

Die Anhänger des kleinbürgerlichen Radicalismus schieden sich dreifach. Die erste Gruppe bestand aus den fünfzehn Mitgliedern, die ihr Amt gar nicht erst antraten. Es waren Adam, Meline, Rochard, Barré, Brelay, Loiseau-Pinson, Tirard, Cheron, Ch. Murat, Leroy, Desmarest, Ferry, Nast, Marmottan, de Bouteiller, fast durchweg wieder gewählte Maires und Beigeordnete. Sie bildeten das conservative Element unter den Gewählten, conservativ natürlich nicht im Sinne der Nationalversammlung, denn auch sie traten für die Rechte der Stadt ein, soweit dieselben irgend begründet waren, auch sie verlangten Abhilfe ihrer gerechten Beschwerden und namentlich ihre communale Selbständigkeit, aber

conservativ waren sie insofern, als sie eine friedliche Einigung mit Versailles für möglich hielten und unter allen Umständen wünschten. Sie entschlossen sich sofort zurückzutreten, als der neue Gemeinderath von vornherein souveräne Befugnisse beanspruchte und damit den Bürgerkrieg entzündete. Ihr Führer und Sprecher war Tirard, der in der ersten Sitzung der Commune eine bezügliche Erklärung abgab.

Nicht ganz so klar war die Haltung der zweiten Gruppe. Sie setzte sich aus sechs Mitgliedern zusammen, Ranc, U. Parent, Fruneau, Robinet, Goupil und Lefevre. Ihr Haupt war Ranc, der Freund Gambettas. Diese Volksvertreter wurden jedenfalls nicht von allzu peinlichen Gesetzes- und Gewissensscrupeln geplagt, denn sie tagten noch im Stadthause, nachdem sich die Commune schon offen als revolutionäre Körperschaft aufgethan hatte und der Krieg mit Versailles im blutigen Gange war. Erst als es auch dem blödesten Auge offenbar wurde, daß es sich hier um ein Stück Weltbrand handelte, welches ohne Ansehen der Person um sich fraß, und nicht blos um eine der üblichen Revolten, bei denen der dumme Pöbel seine Knochen auf die Barrikaden trägt, während die gesinnungstüchtigen Führer mit Fahnenschwenken, Hurrahschreien und donnernden Reden den sichern Hintergrund angenehm beleben, verschwanden sie nach und nach, zuletzt Ranc am 6. und Goupil am 7. April.

Die dritte und letzte Gruppe des kleinbürgerlichen Radicalismus bestand aus den eigentlichen Jacobinern; sie schlug zugleich die verbindende Brücke ins Lager der Club- und Straßendemagogie. Ihr Kopf und ihre Seele war Delescluze. Dieser graubärtige Fanatiker verfocht schon seit den dreißiger Jahren die Grundsätze von 1793 in der radicalen Presse, zahllose Verurtheilungen zeugten von seinem steten Kampfe mit den Gerichten. Seine Verdienste um die republikanische Sache verschafften ihm, als sein Gönner Ledru-Rollin 1848 die innere Verwaltung leitete, die Schärpe eines Generalcommissars für einige nordöstliche Departements; in dieser einflußreichen Stellung begünstigte er sofort ganz nach der propagandistischen Art der Jacobiner den Einfall republikanischer Freischaaren in Belgien und machte sich dadurch unmöglich. Seine Betheiligung an dem Juniputsch von 1849 zwang ihn zur Flucht nach London, aber schon 1853 führte ihn unbezwingliches Heimweh nach Paris zurück. Binnen wenigen Wochen wurde er von der kaiserlichen Polizei aufgegriffen, wegen Betheiligung an einer geheimen Gesellschaft zu vierjähriger Gefängnißstrafe verurtheilt, anfangs auf Belle-Isle, dem einsamen Felsen an der bretonischen Küste, dann in einem corsischen Gefängnisse eingethürmt. Nach Ablauf seiner Strafzeit traf ihn ein gräßliches Geschick, der schwerste und niemals verwundene Schlag seines Lebens. Auf Grund des berüchtigten Sicherheits-

gesetzes von 1851 wurde er durch administrativen Beschluß, ohne richterliches Urtheil, „zur Ueberwachung" für zehn Jahre nach Cayenne geschickt. Man schleppte ihn in das Bagno von Toulon, schor ihn wie die Galeerensträflinge, kleidete ihn in ihre buntscheckigen Lumpen, behandelte ihn in allem und jedem als ihresgleichen, ja schmiedete ihn zeitweise auf der Fahrt nach Guyana mit den gemeinsten Verbrechern an dieselbe Eisenbarre des Transportschiffs. Nach einer qualvollen Odyssee um die halbe Erde setzte man ihn anfangs auf der Teufelsinsel aus; einen Monat darauf siedelte man ihn in die Fiebersümpfe von Cayenne über.

Dieser schreckliche Aufenthalt pflanzte in seinen Körper die Keime unheilbaren Siechthums, entfachte in seiner Seele den verzehrenden Durst nach Rache. Die Amnestie von 1859 rettete ihn vor dem langsamen Martertode; er kehrte sofort in die Höhle des Löwen zurück und harrte in tiefer Zurückgezogenheit der vergeltenden Stunde. Als nach 1866 der Stern des dritten Napoleon tiefer und tiefer sank, war es zuerst Delescluze, der in dem „Reveil" die Todtenglocke des zweiten Kaiserreichs läutete. Einsam schritt er durchs Leben, eine wandelnde Mumie, nur beseelt von der einen finstern Leidenschaft. Sie gab seinem Wesen einen Schimmer düsterer Größe; sein grausames Schicksal adelte und hob ihn; so schien er am ehesten unter ihren zahlreichen Nachäffern die Toga der Männer von 1793 tragen zu dürfen. Dennoch war er nur eine durchaus epigonenhafte, durchaus unbedeutende Natur, brav und rein in seinem persönlichen, beschränkt und eigensinnig in seinem öffentlichen Leben. Ihm fehlte selbst jede tiefere Auffassung des revolutionären Gedankens. Indem er sich der Commune anschloß, verrieth er die Ueberzeugungen seines ganzen Lebens; was von geistiger Kraft in der Bewegung lebte, der föderative wie der socialistische Gedanke, mußte dem starren Jacobiner gleich feindlich und fremd sein. Das fühlte Delescluze auch wohl, er zögerte anfangs und erklärte sich erst einige Tage nach dem 18. März in einem gewundenen Schreiben für das Stadthaus. Ueber alle Bedenken trug ihn, der an der Schwelle des Grabes stand, der quälende Gedanke fort, daß wenn er diesen Tag der Rache versäume, ihm nie ein zweiter erscheinen würde, daß sich jetzt oder nimmermehr die Träume wilder Zerstörung erfüllen müßten, in denen seine gemarterte Seele so heiß und so tief geschwelgt hatte.

Um Delescluze scharten sich zunächst einige Grauköpfe von 1848, der Eigenthümer Gambon, der Apotheker Miot, der homöopathische Arzt Pillot. Gambons Laufbahn würde eine sehr lustige Posse sein, wenn sie nicht in einer so gräßlichen Schlußscene endete; sie kennzeichnet unübertrefflich gewisse „Männer des Volks", gewisse unverwüstliche Schwächen des modernen

Parteilebens. Gambon war kaum ein mittelmäßiger Kopf, aber seine Gaben hatten eben hingereicht für die juristischen Prüfungen; er war in den vierziger Jahren erst Advocat, dann Hilfsrichter irgendwo in der Provinz geworden und in dieser bescheidenen Stellung würde er zweifellos eine nützliche Thätigkeit entfaltet haben, wenn er nicht den festen Entschluß gefaßt hätte, ein großer Mann zu werden. Gedacht, gethan! Bei einem Banket weigerte sich Gambon, die Gesundheit des Bürgerkönigs zu trinken. Darüber entbrannte allgemeiner Jubel auf der ganzen Linie der Opposition; dann wurde der neueste Retter des Vaterlandes natürlich mit dienstlichen Schereien verfolgt; so war der Märtyrer fertig, den das dankbare Volk erst in die Constituante, dann auch in die Legislative von 1848 sandte. Hier setzte sich Gambon mitten in die Bergpartei, theilte willenlos alle ihre Schicksale, büßte schließlich mit einer mehrjährigen Haft für irgend welche außerparlamentarischen Sünden nicht sowohl seiner selbst, als seiner Partei. Stolz kehrte er in die Heimath zurück, um nach diesen bürgerlichen Feldzügen als moderner Cincinnatus auf seinem väterlichen Landgute zu leben, sich im Glanze seines Namens zu sonnen. Aber ach! dieser Name war ganz und gar vergessen, Niemand kannte den berühmten Toastverweigerer mehr, selbst die ängstliche Polizei des Kaiserreichs fürchtete ihn nicht, ließ ihn ungeschoren seinen Kohl bauen, seine Bienen züchten. Das war mehr, als dies ehrgeizige Gemüth ertragen konnte; Gambon sann auf eine zweite That und wurde in den sechziger Jahren Steuerverweigerer auf eigene Faust. Statt baaren Geldes mußte der Steuerbote regelmäßig mit einer gepfändeten Kuh vorlieb nehmen. Diese Kuh richtete noch weit mehr aus, wie jener Toast. Gambon wurde nicht blos wieder eine französische, er wurde selbst eine europäische Berühmtheit; wie manche deutsche Zeitung hat dazumal diesen einzigen, eisernen Charakter inmitten eines entnervten Volkes gefeiert! Nur in seinem engsten Vaterlande galt der Prophet nichts, wie üblich; seine heimathlichen Wähler mochten ihm nicht wieder ein parlamentarisches Mandat anvertrauen. Da erbarmte sich die geistreiche, glänzende Hauptstadt, gleichfalls wie üblich, des großen Charakters, den bäurischer Unverstand verschmähte; sie hob den homme à la vache auf den Schild, löste ihm unermüdlich durch immer neue Geldsammlungen besagte Kuh aus dem Pfandstall und vergaß seiner auch in dem stürmischen Jahresanfang von 1871 so wenig, daß sie ihm im Februar ein Mandat für die Nationalversammlung, im März einen Sitz in der Commune gewährte. Was für Gambon eine Kuh, war für Miot ein langer, weißer Bart, der wie ein glitzerndes Banner im Sturmwinde seiner dröhnenden Beredsamkeit flog und das jubelnde Entzücken jedes gutgesinnten Clubs erregen mußte. Auch Miot hatte 1848

zur Bergpartei, später zu den Geächteten des 2. December gehört. Sonst ist wenig von ihm bekannt, als daß er die drei brauchbarsten Werkzeuge eines handfesten Demagogen im vollsten Maße besaß: ein leeres Hirn, einen großen Mund, einen weiß wallenden Bart. Mit minder groben Mitteln, wie Gambon und Miot, betrieb Pillot die Volksverdummung; er machte in gewerbsmäßiger Gotteslästerung. In jungen Jahren hatte er die priesterliche Laufbahn betreten, um sie alsbald wieder zu verlassen; seine canonischen Kenntnisse benutzte er dazu, die Gottlosigkeit in eine Art religiöses System zu bringen. Bisweilen hatte er großen Zulauf; die Secte der Pillotisten stieg gelegentlich auf einige tausend Köpfe; kitzelt doch nichts so sehr die innerste Rohheit des Pöbels, als wenn er den lieben Gott auf du und du behandeln kann. Zwischenein trieb Pillot ärztliche Praxis, erwies sich dann als harmloser Narr. Merkwürdig, daß dies Kleeblatt von Greisen, die wie geschaffen waren für ein ehrbar langweiliges Philisterdasein, in der Commune zu den Wildesten der Wilden gehörte; es ist ein grotesk-schauerlicher Anblick, diese an 1793 tollgewordenen Spießbürger bis an die Knie durch Blut waten zu sehen in dem vergeblichen Bestreben, aus Affen zu Tigern zu werden.

Ist der Nachwuchs einer Partei der beste Probirstein auf ihre Lebensfähigkeit, dann war es mit dieser jacobinischen Gruppe übel bestellt; sie konnte mit ihren jungen Leuten in der Commune keinen Staat machen. Es waren der Journalist Cournet*), die Advocaten Meillet und Protot, die Aerzte Parisel und Rastoul. Nur in Cournet blinken Züge eines

*) Cournet hat zweifellos seit dem 26. März in der Commune gesessen, obgleich nicht mehr mit völliger Sicherheit nachzuweisen ist, wie er hineingelangte. In dem amtlichen Wahlberichte der Commune sowohl, wie in der Liste des parlamentarischen Untersuchungsberichts fehlt sein Name. Dagegen findet er sich in der ersten, vorläufigen Mittheilung des amtlichen Blatts der Commune über den Ausfall der Wahl und zwar ist Cournet hier als Gewählter des neunzehnten Bezirks aufgeführt, wofür der Name von Flourens ausfällt, der somit nur im zwanzigsten Bezirk gewählt wäre. Nun ist allerdings diese erste Liste des amtlichen Blatts so fehlerhaft und unvollständig und die Doppelwahl von Flourens wird überall mit so großer Bestimmtheit behauptet, daß hieraus kein unzweideutiger Beweis zu führen ist. Dagegen spricht allerdings in überzeugender Weise für diese Eventualität die — sonst unverständliche — Vertheilung der Nachwahlen auf die einzelnen Bezirke. Daraus würde nun aber noch ein weiterer Zweifel entstehen. Wenn Flourens nur einmal gewählt war, dann hätten auch nur 30, nicht 31 Nachwahlen stattfinden brauchen; da aber 31 stattgefunden haben, so bleibt nur die Schlußfolgerung übrig, daß man dem alten Blanqui seinen Platz gar nicht offen gehalten, sondern für ihn nicht eine, sondern zwei Nachwahlen angeordnet hat, eine Schlußfolgerung, welche wieder durch die Vertheilung der Nachwahlen auf die einzelnen Bezirke durchaus bestätigt wird. Die Thatsache ist nicht ohne weiter tragendes Interesse. Denn später wurde Blanqui als Erwählter des Pariser Volks aus der Gefangenschaft der Versailler zurückgefordert und seine Nichtauslieferung mußte einen Hauptvorwand für die Festhaltung und Niedermetzelung der Geiseln, insbesondere des Pariser Erzbischofs liefern. Die Kopfzahl der Commune bleibt übrigens in diesem Falle dieselbe; für Blanqui tritt eben Cournet ein.

edleren und ernsteren Wesens durch; er war der Sohn eines Barrikadenkämpfers von 1848; aufgewachsen in allem Elend der Verbannung, aller sittlichen Verwilderung eines ruhelosen Verschwörertreibens, umgetrieben in mehr als einem Erdtheile, hatte er dennoch einen bessern Theil seines Wesens gerettet. Glühende Bewunderung fesselte ihn an Delescluze; als gläubiger Jünger trat er durchaus in die Fußtapfen dieses bewunderten Meisters und wenn er dadurch freilich gehindert wurde, etwas Gescheidtes zu thun, so ehrt ihn noch die Fähigkeit selbstloser Hingabe, die in dieser Umgebung voll Haß, Mißgunst, Neid rührend und seltsam genug hervortritt. Ganz anderer Art war jenes Doppelpaar von Advocaten und Aerzten. Sie vertreten einen eigenthümlichen Menschenschlag, der neuerdings in den politisch radicalen Parteien weit um sich greift, aber weder ihnen noch unserer Zeit zur besonderen Ehre gereicht. Es sind keineswegs catilinarische Existenzen, im Gegentheile haben sie ihre bürgerlichen Papiere in bester Ordnung, auch fehlt ihnen dazu das überschäumende Maß von Kraft, Liederlichkeit, Schlechtigkeit. An ihnen ist nichts zu lang, aber alles zu kurz. Dünne, dürftige, geistlose Naturen, mühsam durch den akademischen Firniß zu einer Art geistiger Fähigkeit auflackirt. In ihre dunklen und engen Seelen fällt nie ein Funke echter Freiheitsglut, nie ein Strahl werkthätiger Menschenliebe; was sie in die Arme der Demokratie treibt, ist mangelnder Erfolg, verletzte Eitelkeit, der maßlose Hochmuth, mit dem sich kleine Geister vor ihres Nichts durchbohrendem Gefühle zu retten suchen. Kein Hauch an ihnen von männlicher Jugend; Kinderköpfe vielmehr mit greisenhaften, faltigen, welken Gesichtszügen. Ein gefrorener Dünkel hält nothdürftig den schwächlichen Knochenbau zusammen. Rastoul wurde unter der Commune zum Generalarzt der Lazarethe ernannt; jeden ernsthafteren Menschen, der einmal in diese Gesellschaft gerathen war, hätte ein derartiges Amt noch am ehesten mit seinem Loose versöhnt; er aber legte es unter einem ungeheuren Aufwand von sittlicher Entrüstung nieder, weil ihm eine Schildwache nicht die gebührenden Honneurs gemacht hatte. Der kleine Zug kennzeichnet diese ganze demokratische Rasse in ihrer lächerlichen Eitelkeit, ihrer kleinlichen Verbissenheit. Von ihrer Weltanschauung kann kaum gesprochen werden; außer ihrem Ich ist diesen Menschen alles Menschliche fremd. Es sind dürre Fanatiker des Einmaleins; sie glauben alle Menschen- und Welträthsel gelöst zu haben in der beseligenden Gewißheit, daß zweimal zwei wirklich vier ist; höchstens daß sie auf diesem oder jenem einzelnen Gebiete subalterne Talente entfalten. Ihnen fehlt jeder geschichtliche Blick, jedes unbefangene Maß der Dinge; darum vergraben diese ausgestopften Catone ihre Nasen mit Vorliebe in jeden kleinlichen Quark.

Meillet lebte politisch von der Forderung, daß die Sühnekapelle niedergerissen werden solle, die auf der Stätte des Mordes von General Brea errichtet worden war; Rastoul erschöpfte sein öffentliches Wirken in dem Antrage, die amtliche Zeitung umsonst unter das Volk zu vertheilen. Diese Beiden waren übrigens die Harmloseren in dem Viergespann; sie zeigten sich nicht blos immer als schlechte Musikanten, sondern gelegentlich auch als gute Menschen. Meillet half den General Chanzy vor der Wuth des Pöbels retten; Rastoul verlangte, als die Niederlage der Commune völlig entschieden war, daß ihre Mitglieder sich freiwillig an Versailles ausliefern sollten, wenn dafür der Bevölkerung von Paris völlige Amnestie gewährt würde, ein Vorschlag, der neben einer billigen und theatralischen Großmuth doch eine Art von Gewissensregung verrieth. Bösartiger waren Parisel und Protot; sie benutzten ihre Bildung und Jugend nicht, die Commune zu heben, sondern suchten sie nur immer tiefer in Brand und Mord zu stürzen.

Ungleich fesselnder und interessanter, wie diese jungen Jacobiner, ist unter den Mitgliedern der Commune eine andere Reihe meist jüngerer Männer, welche als die erste Gruppe der Club- und Straßendemagogie betrachtet werden darf. Es sind eigenartige Persönlichkeiten, nicht blos Rechenpfennige von klirrendem Bleche, sondern vollwichtige Münzen von ursprünglichem Gepräge. Sehr verschiedenen Standes, namhafte Gelehrte, wie Flourens und Vermorel, glänzende Schriftsteller, wie Tridon und namentlich Vallès, große Künstler, wie Courbet, schneidige Offiziere, wie Brunel, haben sie einen gemeinsamen Charakterzug; ihnen kommt das viel mißbrauchte Wort zu gute, daß ihre Zeit mehr an ihnen gesündigt hat, wie sie an ihrer Zeit. Sie durften sich eines ehrlichen Wollens, eines wirklichen Könnens rühmen; was ihnen mangelte, was sie in der gedanken- und glaubenlosen Stickluft des zweiten Kaiserreichs, mitten in den Orgien der Knechtschaft und des Sinnenrausches nicht gewinnen konnten, war der Glaube an sich, an ihr Volk, der Glaube an ein Ideal, war mit einem Worte die erste Vorbedingung jedes großen Schaffens. Zu ernst und tief veranlagt, um sich an dem rasenden Tanz um das goldene Kalb zu betheiligen, flüchteten sie in einen schwärmerischen Socialismus, sannen sie wilde Empörung gegen den verbrecherischen Raub der Gemeinschaft an dem unveräußerlichen Rechte des einzelnen Menschen, sich nach allen Kräften auszuleben. In dem tollen Wirbel dieser Leidenschaft haben sie viel gesündigt, sind sie tief bis in die Hefe des Volks gesunken, aber solchen Charakteren, die einmal wirklich der Menschheit ganzer Jammer angefaßt hat, wird man am wenigsten gerecht, wenn man aus dieser That oder jenem Worte ein abschließendes Urtheil über sie

schöpfen will. Sie haben das Vorrecht edler Naturen, mit dem zu zahlen, was sie waren, nicht mit dem, was sie thaten. Ueber den wüsten Trümmern ihres Geistes liegt wie melancholischer Abendsonnenschein der unvergängliche Abglanz eines tragischen Schicksals und jedem von ihnen gebührt die schmerzliche Klage:

O what a noble mind is here o'erthrown!

Am berühmtesten unter ihnen war Courbet, der Maler von Ornans. Wie jeder genialen Künstlerseele wurde ihm seine Kunst ein Thautropfen, der die ganze Welt widerspiegelte; in der Revolution, die sein epochemachender Naturalismus auf dem Gebiete der bildenden Künste hervorrief, sah er nur den Mikrokosmos einer Umwälzung, welche das goldene Zeitalter der Welt eröffnen sollte. Der verhaßte Gegenpol seines künstlerischen, politischen, socialen Glaubens wurde die Vendômesäule; sie kleidete den Bändiger der Revolution, den blutigen Eroberer, den harten Despoten in die lügnerische Tracht der alten Cäsaren. Ausgeschlossen vom öffentlichen Leben, in seiner Kunst viel bewundert und viel gescholten, erfüllte Courbet das grausame Geschick bahnbrechender Geister: seine kühne Einseitigkeit erstarrte zu schrullenhaftem Größenwahn. Er duldete um sich nur noch schlechte Gesellen; mit ihnen saß er Abends in einer Bierschänke neben seinem Atelier, cynisch schon in seinem äußeren Gebahren, nackt die gewaltigen Arme, der mächtige Stiernacken; das feine Haupt entstellt von widrigem Lachen über die kläglichen Possen, die schmutzigen Zoten seiner unwürdigen Genossen. Glücklich noch er, denn sein Name lebt nicht nur in den Annalen der Commune, sondern auch im goldenen Buch der Kunst fort; wieviel jammervoller war das Schicksal Brunels und Tridons. Brunel fiel dem abenteuernden Landsknechtsgeiste des napoleonischen Heeres zum Opfer; jung, schön, tapfer, reich mit irdischen Glücksgütern gesegnet, hatte er sich als Jägerleutenant im Kriege ausgezeichnet; wie er an der Spitze von vierzig Bataillonen aufständiger Nationalgarde die Capitulation von Paris zu brechen suchte, ist früher erwähnt worden; nach dieser ersten Befleckung seiner militärischen Ehre sank er mit entsetzlicher Schnelligkeit, endete binnen wenigen Monaten als wüster Mordbrenner. Und wer mag den ersten Stein auf den armen Schwindsüchtigen Tridon werfen, der jährlich sechzigtausend Francs Rente zu verzehren hatte und den letzten schwachen Rest seines verflackernden Lebens an eine Sache setzte, die für ihn nun einmal die Sache der Armen und Elenden war!

Am schärfsten prägte sich jenes unselige Verhängniß, das in einem unreinen Gemeinwesen auch die reinen Kräfte verzehrt, an dem ritterlichen Flourens, dem schwärmerischen Vermorel aus. Beide durften nach Cha-

rakter und Gaben in einem gesunden Staate einen großen Lauf wagen; im zweiten Kaiserreiche wurden sie, zu ideal für die banausische Jagd nach Besitz und Genuß, zu tief für den leeren Tamtam der republikanischen Opposition, zu eigenartig und vornehm für den öden Gleichheitsfanatismus des socialdemokratischen Treibens, die irrenden Ritter einer weltbeglückenden Revolution, die nirgends als in ihren Köpfen spukte. In Flourens schlug eine echte Ader von Don Quixote; schon als Jüngling hatte er sich würdig erwiesen des berühmten Gelehrtennamens, den er trug, aber er verließ seine Bücher, um einsam, den blanken Degen in der Faust, durch Europa zu ziehen und für das unterdrückte Recht zu kämpfen. Seine Leiden und Thaten in dem kretischen Aufstande, in welchem die Türken sogar einen Preis auf seinen Kopf setzten, lesen sich wie ein abenteuerlicher Roman. Nichts widersinniger, nichts was dem platten Verstande der Mittelmäßigkeit bequemeren Stoff zum Spotte gegeben hätte, als seine politischen Gedanken und Pläne. Er war ein Thor, wie er thörichter gar nicht gedacht werden konnte, aber ein Thor mit einer Heldenseele, eine jener arglosen, begeisterten, glücklichen Naturen, die mitten im tiefsten Sumpfe niemals den Sumpf sehen. Hätte sich Flourens einem großen Gedanken opfern können, so mochte er ein anderer Garibaldi werden; auch er hatte ein Herz von Gold, aber den Kopf eines Büffels; wenn er in dem schweren Winter der Belagerung tagsüber mit seiner wilden Jagd auf den Straßen randalirt hatte, ging er Abends in seinem geliebten Belleville von Mansarde zu Mansarde, forschte hier, tröstete dort, ermuthigte und half überall, mit seinem Gelde nicht minder verschwenderisch wie mit seinem Blute. Kein Fluch fiel auf sein frühes Grab, seine ärgsten Feinde beklagten ihn aufrichtig, hüben und drüben zitterte auf allen Lippen ein „Pauvre homme". Ein mehr politischer und doch auch ernster, gläubiger, stolzer Charakter war Vermorel, mild und sanft in seinem privaten Leben, radical und rücksichtslos in seinem publicistischen Wirken. Unter hundertfachen Proben seiner Ueberzeugungstreue, unter den schwersten Opfern hatte er mit Geist und Wissen das Kaiserreich bekämpft, dann aber auch die radicale Bourgeoisie vor der Hohlheit ihres Treibens gewarnt, sie auf den drohenden Ernst der socialen Bewegung gewiesen; natürlich erhielt er den Lohn, mit dem diese beschränkteste und verbohrteste aller Parteien überall redlichen Warnern zu danken pflegt; man verleumdete ihn als eine bezahlte Feder der Tuilerien. Vermorel trägt den Stempel eines wirklichen Denkers, eines streitbaren Kämpfers, der immer seinen eigenen Weg ging, der Clique und Coterie niemals Zugeständnisse machte, damit überall anstieß. Nach dem 18. März trat er gegen das Centralcomité der Nationalgarde auf, verließ dann unmuthig

Paris, als die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Wirren schwand. In Lyon traf ihn die Nachricht von seiner Wahl in die Commune; er kehrte spornstreichs zurück, nahm seinen Sitz im Stadthause ein, hielt bis zum letzten Ende aus. Was ihn dazu bewog, ist nicht hinlänglich aufgeklärt; wohl aber steht durch das Zeugniß von Feind und Freund fest, daß er durchaus mäßigend und maßvoll in der Commune wirkte, daß er, wenn er naturgemäß nicht viel Gutes ausrichten konnte, doch viel Böses verhindert hat, daß auch an seiner offenen Gruft seine zahlreichen Gegner verstummt sind. Ein schöner Zufall wollte, daß während die große Mehrzahl der Communemitglieder mit dem Leben davonkam, während eine geringe Minderzahl füsilirt wurde oder sich niederschießen ließ, um der Strafe zu entgehen, gerade einzig und allein Flourens und Vermorel im ehrlichen Kampfe Mann gegen Mann einen sühnenden Tod fanden.

Die verkommenste dieser Lucifernaturen ist endlich Vallès, die verkommenste zweifellos, in manchem Betracht vielleicht auch die begabteste. Sein Geist hatte sich seinen Körper gebaut. Ein nicht mehr junger Mann, um die Vierzig herum, mit entstelltem, herbem, zerquältem Gesicht, in das Ehrgeiz, Leidenschaft, wilde Energie tiefe Furchen und Rinnen gruben, düster flammende Augen belebten den grandios häßlichen Kopf. Grandios häßlich, nur noch spärlich von echten Strahlen des Genius erleuchtet, war auch sein literarisches Talent, das ehedem eigenthümliche Größe und Kraft besessen hatte. Es glich einer zerrissenen Felslandschaft, Trümmer thürmten sich über Trümmer, mitten in den steinigen und unfruchtbaren Fels bettete sich dann wol ein klarer See, der die unendliche Bläue des Himmels auffing. Vallès war im Grunde kein böser Mensch, aber er war faul, liederlich, verlumpt. Seine reichen Gaben zerfielen, weil er sie niemals in einem großen Gedanken, einem großen Ziele wie in einem Brennpunkte sammeln konnte; nur dies eine fehlte ihm, um zu den großen Schriftstellern seines Landes zu gehören. Immer jagte er nach einem berühmten Namen; immer war er ihm dicht auf den Fersen; niemals hat er ihn erreicht. Auf dieser rastlosen Schattenjagd verkam er mehr und mehr. Heute schrieb er einen Artikel, den die ersten Zeitungen fürstlich belohnten; morgen lag er doch wieder in der Gosse. Alles in ihm entartete zu einem gräßlichen Cynismus; niemals vielleicht hat ein moderner Mensch so schamlos Vernunft und Wissenschaft gelästert wie er. Ihn lüstete nach dem Ruhme Amrus, des Bibliothekenzerstörers; er wollte alle Bücher verbrennen, alle Bildsäulen zerschlagen. Gegen die Geschichte schleuderte er den lakonischen Fluch: „à bas les morts!“; die großen Dichter, einen Dante, einen Moliere, schalt er lächerliche Knirpse; über Homer schrieb er mit unübersetzbarer Frechheit: „A bas l'immortel Patachon, qui a fait l'Iliade et

l'Odyssée. Vive la blague: cascade, Hortense Schneider! et toi, vieil Homère, aux Quinze-Vingts!" Und doch war unter diesen Bergen von Asche und Schutt der göttliche Funke in Vallès nicht völlig erloschen. In seinem berühmtesten Aufsatze, den „Refractaires", schildert er — anknüpfend an die Refractaires des ersten Kaiserreichs, die in die Wälder entflohen, um der Conscription zu entgehen — das ganze Elend, die grenzenlose Verzweiflung der Jugend, die unter dem zweiten Kaiserreich einem entgötterten Dasein entgegenwuchs. Mit hinreißender Gewalt malt er ihr Leben wie in der Wildniß, ihre Enttäuschungen, ihren Jammer, ihre unheilbaren Leiden; in unheimlicher Weissagung sagt er voraus, welche Zuchtruthe sich Gesellschaft und Staat in diesen Wildlingen, diesen Zigeunern gebunden haben. „Gebt mir", schreibt er, „dreihundert solcher Refractaires, etwas wie eine Fahne und stellt uns dem Kugelregen von Regimentern entgegen, dann werdet ihr sehen, was wir ausrichten". Aus allen seinen Drohungen und Lästerungen, seinen ungeheuerlichen Hyperbeln klingt, jedem feineren Ohre vernehmlich, der entsetzliche Todesschrei einer verschmachtenden Menschenseele.

Wenn Gestalten, wie Courbet, Flourens, Vermorel und selbst Vallès hier zur ersten Gruppe der Club- und Straßendemagogie gerechnet werden, so soll damit natürlich nicht gesagt sein, daß sie zum eigentlichen Lumpenproletariat gehören. Vielmehr zählen sie nur hierher, weil sie weder eine Klasse, noch eine Partei vertreten, sondern als öffentliche Charaktere die ersten Anfänge jener eigenthümlichen geistig-moralischen Zerrüttung aufzeigen, die bei ihrem epidemischen Umsichgreifen in allen Schichten der Gesellschaft allerdings das Lumpenproletariat in Masse erzeugt. An sich besteht zwischen diesen Männern und den Ferré-Rigaults noch ein weiter Abstand, der in der Commune durch etwa sechs Mitglieder ausgefüllt wird, welche die zweite Gruppe der Club- und Straßendemagogie darstellen. Gemeinsam ist ihnen, daß sie noch mehr oder minder jeder eine persönliche Bedeutung beanspruchen können, während zugleich das ideale und, falls der Ausdruck gestattet ist, weltschmerzliche Element in ihnen stetig abnimmt, bis es zuletzt ganz erlischt. Andrieu und Arthur Arnould berühren sich noch nahe genug mit der vorigen Gruppe, nur daß die problematische Natur weder im Guten noch im Schlimmen so scharf bei ihnen hervortritt. Andrieu war ein älterer, erfahrener Verwaltungsbeamter, Arnould ein junger talentvoller Journalist. Beide hatten sich literarischen Ruf erworben, jener durch eine populäre Geschichte des Mittelalters, dieser durch eine Arbeit über Edgar Poe. Beide waren gebildet, unterrichtet, socialistisch angehaucht, verhältnißmäßig maßvoll. Dies Lob gebührt keineswegs dem bukolischen Dichter J. B. Clement, der zwar seinem Haberrohr

gemüthliche und schmelzende Töne zu entlocken wußte, allein als revolutionärer Staatsmann keineswegs lyrische Weichheit verrieth. Geringer begabt, aber gutmüthiger war Paschal Grousset; die windige Seele dieses eitlen Stutzers ging doch nicht ganz in äußerlichem Tande auf; als Minister des Auswärtigen half er, wie Washburne dankbar bezeugt, immer und überall, wo seine Hülfe beansprucht wurde. Alle edleren Regungen verschwinden dann aber völlig vor harter Selbstsucht, vor boshafter Tücke in den beiden letzten Gestalten dieses Kreises: in Cluseret und Felix Pyat, die beide eine erste Rolle in der Commune gespielt haben.

Clüseret stammte aus einer alten Soldatenfamilie, er war in St. Cyr erzogen, avancirte 1848 zum Leutnant, befehligte in den Junitagen ein Bataillon der Nationalgarde, erwarb sich das Kreuz durch den Sturm einer Barrikade. Später kämpfte er mit Auszeichnung in der Krim, wurde dann bei den arabischen Bureaux in Algier angestellt. Ehrgeiz, Selbstgefühl, Unmuth über zu langsames Avancement trieben ihn auf die Bahn des militärischen Abenteurers. Er war unter den Tausend von Marsala, rückte in dem amerikanischen Secessionskriege zum Brigadier auf, versuchte vergeblich das Schwert der Fenier zu werden, bot sich auch der Internationalen mit nicht größerem Erfolg als Condottiere an. Nach dem 4. September verlangte er von Gambetta ein Kommando in der republikanischen Armee; als es ihm auch hier nicht glückte, putschte er mit Bakunin im südlichen Frankreich umher. Schon dieser Lebenslauf beweist, daß Cluseret ein Mann ohne Glauben und Ueberzeugung war; die Welt war ihm eben nur eine Auster, die er mit seinem Schwerte zu öffnen gedachte. Ein ganz gewöhnlicher Landsknecht, erfahren in militärischen Dingen, aber ohne jede hervorstechenden Talente. Dabei hochmüthig und kleinlich; auf die Commune sah er mit unendlicher Verachtung herab; als Oberbefehlshaber ihrer Streitkräfte trug er stets bürgerliche Kleidung, niemals die Uniform der Nationalgarde. Kennzeichnete ihn rücksichtslose Selbstsucht, so kennzeichnete Felix Pyat heimtückische Bosheit. Man ist versucht, ein psychologisches Räthsel in diesem Manne zu suchen, der reich mit geistigen und körperlichen Vorzügen bedacht, eines großen Dichterrufs sich erfreuend, seitdem in den vierziger Jahren seine socialistischen Tendenzdramen ein ungeheures Aufsehen erregten, dennoch ein so bösartiger und lumpenhafter Charakter war, wie er selten in der Geschichte auftreten mag. Aber man findet nichts als die baare und blanke Gemeinheit, die man nicht einmal teuflisch nennen kann, so boshaft und niedrig ist sie. Obendrein ein feiger Ausreißer, der immer in der Stunde der Gefahr spurlos verschwand, als hätte ihn die Erde verschluckt. Felix Pyat hatte eigentlich keinen persönlichen Anhang; auch in revolutionären Kreisen

war er verachtet, aber er trotzte dem vernichtenden Urtheil der eigenen Genossen mit eiserner Stirn und dadurch übte er wieder einen fascinirenden Einfluß auf den süßen Pöbel, der in dem berühmten Manne alle seine schlechtesten Instincte verkörpert sah. Auf Pyats Haupt fallen die schwersten Frevel der Commune. Von der ersten Stunde an trieb er sie in das Verbrechen und sein Einfluß war leider nur zu groß, denn sobald er in das Stadthaus trat, umschwirrte ihn, wie die Motten die Flamme, das echte und eigentliche Lumpenproletariat, jene dritte Gruppe der Club- und Straßendemagogie, die mehr als den dritten Theil aller Communemitglieder umfaßte.

Wer in diesen Kreis tritt, mag sich erinnern:

Lasciate ogni speranza, voi ch'entrate.

Mephitische Dünste steigen aus einer Cloake, in welche das Bordell, die Galeere und das Irrenhaus spie. Bunt durch einander catilinarische Existenzen, Gassenjungen, Narren, Verbrecher, und zuletzt auch, gleich als wolle die reiche Natur ihre unerschöpfliche Güte bewähren, mitten in solchem Wirrwarr einige brave und ehrliche Burschen. Unter die catilinarischen Existenzen reihen sich etwa der ehemalige Eisenbahnbeamte Arnaud, der Architekt Arnold, der Maler Billioray, der Elementarschullehrer Urbain, der Porzellanmaler Ranvier, der Thierarzt Regere. Sie alle machen der Menschheit einen unversöhnlichen Proceß, aber ihr Titanenweh hat sehr nüchterne und prosaische Ursachen. Arnaud, der sich mit seiner Gesellschaft überworfen, ihre Geschäftsgeheimnisse in Klatschblättern verrathen, dadurch das Vertrauen der Clubs erworben hatte; Arnold, der einen Rompreis nicht zu erlangen vermochte; Billioray, ein Schüler von Rosa Bonheur, dessen Schmierereien niemals über den Salon des Refusés hinausdrangen; das verrückte und wüthende Schulmeisterlein Urbain, dem aufgesagt worden war, weil er die Kinder in revolutionären Grundsätzen unterrichtete; der Bankerotteur Ranvier — sie alle, mit einziger Ausnahme etwa von Arnold, waren boshafte, giftige Creaturen, sie wollten morden und sengen in dem herrlichen Wahne unserer herrlichen Zeit, daß immer die Welt, niemals der Mensch selbst sein Unglück verschulde. Halb noch zu diesen Wütherichen, halb schon zu den completen Narren gehörte Regere; grausam und heftig wie er war, spielte er noch den Tartüffe, ging mit Weib und Kind zur Beichte, während die Kirchen geschlossen, die Priester verhaftet wurden; seine früheren Freunde entschuldigten ihn damit, daß er seiner fünf Sinnne nicht mehr ganz mächtig sei.

Eine Stufe noch unter den catilinarischen Existenzen, die doch einmal, sei es auch noch so unglücklich, mit dem Ernste des Lebens gerungen hatten,

stehen die Gassenjungen in der Commune, die „Generale“ Bergeret und Eudes, der Handlungsreisende C. Gerardin, der Crinolinenhändler Sicard, der Firnißkocher Viard, namentlich aber der Student Rigault und der Buchhalter Ferré. Sie sind die ebenbürtigsten Kinder einer Epoche, in welcher künstlich alle niedern Triebe der Sinnlichkeit bis zur Ueberreizung gezüchtet, alle geistigen Regungen gewaltsam unterdrückt wurden. Menschen nicht sowohl, als ekle, flache, schale Reste von Menschen; was übrig bleibt von vernünftigen Wesen, welche die Vernunft zur dienenden Magd der Unvernunft erniedrigt haben; Mollusken, in denen allein noch thierische Instincte walten, aber diese thierischen Instincte verderbt durch alle menschlichen Laster. Gestalten, die hohl bis auf's Mark ihrer Knochen sind; ihr Herz ist ein fauliger Pilz, frech und stier der Ausdruck ihrer gläsernen Augen. In diesem wimmelnden Menschenkehricht sind die einzelnen Individuen schwer zu unterscheiden, eben weil ihnen jede individuelle Entwicklung fehlt; nur wenn Naturen von eigenthümlichen Anlagen in so schauerlicher Weise verkrüppeln, entstehen auffallende Mißgeburten, wie Rigault und Ferré waren.

Rigaults Familie genoß gerechten und großen Ansehens; sie hatte ihm eine vortreffliche Erziehung gegeben. Er verlotterte im lateinischen Viertel, gewann schon mit zwanzig Jahren allgemeinen Ruf als der classische Typus des gänzlich heruntergekommenen Studenten. Jedermann kannte ihn, wenn er so über die Boulevards strich, mit schmutzigen Kleidern und Wäsche, schiefgetretenen Sohlen, verbogenem Hute, rother Cravatte, umgeben von einem fliegenden Schwarme ähnlicher Schlingel, aus denen er eine Art revolutionären Polizeicorps drillte. Polizeiliche Künste, Hetzen, Spüren, Fallenstellen reizten allein noch seinen armseligen Witz an. Seine Späße waren gähnender, quälender Art, das matte Aufblitzen eines verbrannten Gehirns, wie flüchtige Funken noch über die Asche des Papiers huschen, das die Flamme längst verzehrt hat. Aber ganz Paris belachte sie, hielt diesen schäbigen Kater wirklich für so etwas, wie den brüllenden Löwen des lateinischen Viertels. Rigault war eine concentrirte Säure von Frechheit; selbst mit republikanischen Phrasen befleckte er seine Lippen nicht mehr; er sprach nur noch von der Zeit, quand nous serons les maîtres. Wer ihn neckte, dem sagte er schalkhaft lächelnd: „Toi! j'aurai ta tête.“ Er hatte eine neue Art von Justiz erfunden, das jugement par les impairs: die Väter sollten von ihren Söhnen, die Gendarmen von den Gefangenen, die Officiere von den Soldaten, die Gerichte von den Verurtheilten gerichtet werden. Die Guillotine war ihm zu langsam, um die Sprüche dieser Tribunale auszuführen; er erfand eine elektrische Batterie, die in einer Minute fünfhundert Reactionäre enthaupten könnte.

Ueber jeden solchen Witz war Paris albern genug, einen ganzen Tag zu lachen; was Wunder, daß Rigault vor Eitelkeit berstete!

Wie der Schatten dem Körper, so folgte ihm Ferré, der nur auch erst fünfundzwanzig Jahre zählte. Ein epileptischer, ungestalter, verwachsener Zwerg, langer Kopf, kurzer Körper, das Gesicht ein wild wuchernder Bart, eine ungeheure Nase, zwei Augengläser, hinter denen Sterne von tiefstem Schwarz mit kaltem Glanze funkelten. Bei der Baudinkundgebung auf dem Kirchhofe Montmartre tauchte Ferré zuerst auf; Niemand hatte ihn bis dahin in revolutionären Kreisen gesehen. Er hockte grinsend auf einem Leichenstein, schwenkte die langen Spinnenarme wie Windmühlenflügel in der Luft, hob sich wie ein zorniger Hahn krähend auf die Fußspitzen und schrie wie ein Besessener: „La Convention aux Tuileries! La Raison à Notre-Dame!“ Es ist noch ein Schriftstück von seiner Hand da, das er als vierzehnjähriger Knabe aufgesetzt hat; darin schildert er, wie seine Häßlichkeit sein ganzes Leben zerstört, wie seine Schulkameraden ihn höhnen, die Buben auf der Straße ihm nachschreien, die Besucher seiner Eltern ihn verstohlen von der Seite betrachten mit aufrichtigem Abscheu, wie er aber doch einen höheren Beruf in sich fühle, ernster, strenger, geistig vorgeschrittener sei, als seine gleichaltrigen Genossen, und wie alles das zerschelle an seiner Hanswurstfigur. Dann aber beißt er die Zähne zusammen und schließt: „Allons, pauvre ami, sois fort, dédaigne les mauvaises paroles, aie du coeur et de l'énergie, tu parviendras et personne n'aura rien à te réclamer.“ Und wahrhaftig, es hat Niemand mehr über ihn gespottet, als er an seinem Ziele war. Hätte dieser Unhold nicht eine fürchterliche Blut- und Feuerspur hinterlassen, man möchte ihn für ein Traumgebild halten, „wie's in schwülen Sommertagen aus dem Hirn des Dichters quillt“. Aus dem Hirne etwa eines Victor Hugo. Auch jener Zug fehlte ihm nicht, mit dem die Romandichter den erschreckenden Eindruck solcher Ungeheuer zu mildern pflegen; er haßte die ganze Welt, aber er liebte doch einen Menschen aufrichtig, glühend und selbstlos, sein großes Vorbild Rigault.

Nach den Gassenjungen die Narren und Verbrecher. Ausgesprochene Geisteskranke waren Allix und Babick, beide übrigens gutmüthige und harmlose Leute, die keinen Menschen kränkten. Babick blieb bis zuletzt im Stadthause; mit einem Dutzend Schärpen geschmückt, rannte er umher und predigte seine berühmte réligion fusionienne. Dagegen war Allix in dem Grade irrsinnig, daß die Commune selbst ihn nach Charenton schicken mußte. Unter den Verbrechern steht Blanchet obenan. Ein böser Bube, lahm, paralytisch; selbst in dieser hartgesottenen Gesellschaft wurde

ein unheimlicher Eindruck rege, wenn er mit heiserer Stimme die blutigsten Maßregeln verlangte und dabei drohend mit der Krücke über die Köpfe seiner Collegen fuhr. Rigaults polizeilicher Scharfblick erkannte den Gesellen bald; er hieß eigentlich Pourille, war als Kapuzinermönch aus seinem Kloster entlaufen, dann als Polizist in Lyon angestellt und wegen betrügerischen Bankerotts sechs Jahre eingesperrt gewesen. Der Schuhmacher Ledroit hatte im Bagno von Toulon gesessen; man weiß weder weshalb, noch wie er eigentlich hieß; seinen schönen Namen hatte er nur als Protest gegen seine Verurtheilung angenommen. Ein anderer Schuhmacher, E. Clement, entpuppte sich als ehemaliger Mouchard des Kaiserreichs. Lonclas und Philippe, ein unzertrennliches Brüderpaar, nannten sich Weinkaufleute, doch deckte der ehrbare Name nur ein ehrloses Gewerbe. Uebrigens benutzten diese Biedermänner ihr Amt allein, um ihren Handel mit Menschenfleisch zu fördern, kümmerten sich sonst gar nicht um die Berathungen und Beschlüsse der Commune.

Und zu so verworfenem Abschaum einer großen Stadt gesellen sich dann einige brave, junge Leute, einige ehrliche Pfahlbürger! Sie waren fleißige Besucher der Clubs gewesen, nicht eigentlich aus Begeisterung für die Revolution, sondern aus Neugierde, aus Mangel an Arbeit, um eine Abendunterhaltung zu haben oder einem unbezwinglichen Redebedürfnisse zu genügen. Der junge Architektengehilfe Mortier, ein harmlos leichtsinniger Strick, wäre nie auf diese abschüssige Bahn gerathen, wenn nicht während der Belagerung das Bureau geschlossen worden wäre, in welchem er arbeitete; einfach um sich zu zerstreuen, ging er in einen Club; ein schüchterner Redeversuch wurde mit dem gebräuchlichen Beifall belohnt und nun ging es ihm wie dem Löwen, der einmal Menschenblut geleckt hat. Der Buchhalter Puget wurde gleichfalls als Clubredner gewählt, lehnte die Wahl zwar nicht ab, aber kam nie auf's Stadthaus. Nicht ganz so zurückhaltend benahm sich eine dritte Clubgröße, der Weißzeughändler Ostyn, ein schon älterer Mann, aber er hat sich redlich bemüht, die Commune vor allen Tollheiten zu bewahren. Ein harmloser Charakter, trefflicher Gatte und Vater, war ferner A. Dupont, ehedem Beamter des Credit foncier; er war von der napoleonischen Polizei in ein bestelltes Complot auf höchst bübische Weise verwickelt und darauf hin zu schwerer Zwangsarbeit verurtheilt worden; dies Märtyrerthum, aus dem ihn der 4. September befreite, verschaffte ihm den Sitz in der Commune. Pottier gehörte zu den reichen Mitgliedern des Stadthauses; er leitete ein großes Mustergeschäft, war ein vorzüglicher Zeichner, dessen neue Muster auf jeder Ausstellung reichen Beifall fanden; erst in höherem Lebensalter hatte er sich zu dieser angesehenen Stellung emporgeschwungen, hatte ein

Herz behalten für die Leiden der arbeitenden Klassen, kam als begeisterter Fourierist auf so traurige Irrwege. Gleichfalls reinen Willens, aber politisch verbohrt zeigte sich Lefrançais, ein Pantoffelheld und zärtlicher Familienvater, der in den abendlichen Clubs gegen die Unsittlichkeit der Ehe und Familie donnerte. Seines Zeichens ein verabschiedeter Elementarschullehrer, mit dem ganzen Dünkel der Halbbildung, in welchem sein gutes Herz aber niemals völlig erfror. Darin unterscheidet er sich durchaus von seinem Collegen Urbain; eine Mittelstellung zwischen beiden nimmt Verdure ein, der dritte Schulmeister in der Commune.

Weit merkwürdiger, als die Vorgenannten, ist endlich ein junger Mann, der ganz und gar in dem mütterlichen Boden dieser Gruppe wurzelt, aber zu der Masse ihrer Mitglieder in schreiendem Gegensatze steht. Jourde hat die französische Geschichte um den denkwürdigen Zug bereichert, daß der ehrlichste und sauberste Finanzminister, den das Land seit den Tagen der Restauration gehabt hatte, der Finanzminister der Commune gewesen ist und man würde gern in seinem Vorleben Momente finden, die ihn über die Gesellschaft erhöben, in welche er nunmehr gebannt ist. Allein man sucht darnach ganz vergebens; er ist durchaus nur ein fruit sec des lateinischen Viertels, scheiterte als Mediciner und wurde Rechnungsbeamter in einem Bankhause, war auch, wie alle diese Schächer, am „Altare der Natur“ verheirathet. Aber wie dem immer sei — Jourde hat sich in der Commune zwar nicht als finanzielles Genie, aber als ein völlig reiner, treuer, peinlich sauberer Mann bewährt; während er über Millionen gebot, über Milliarden schalten konnte, hat er sich nicht um Pfennigswerth bereichert. Er änderte in Nichts seine dürftige Lebensweise, speiste in derselben dunkeln Studentenkneipe, seine Geliebte wusch, sein Kind besuchte die Armenschule nach wie vor. Mit in erster Reihe der persönlichen Ehrlichkeit und Rechtschaffenheit Jourdes ist zu danken, daß die Commune nicht noch ungleich größere Verheerungen angerichtet hat, als sie anrichtete; leider ist ihm von Versailles mit schnödem Undanke gelohnt worden.

In der eben geschilderten Gruppe der Club- und Straßendemagogie zeigen sich die revolutionären Ueberlieferungen von 1793 auf der denkbar tiefsten Stufe der Entartung und Erniedrigung. Sie können nicht wohl tiefer sinken und müssen ihrer unrettbaren Zersetzung entgegen gehen; wenn aber diese Zuversicht auch den widerwärtigen Eindruck der häßlichen Erscheinung zu mildern vermag, so darf doch nicht übersehen werden, daß sie nicht spurlos verschwinden können und werden. Es tritt vielmehr jener Prozeß ein, wo das Jacobinerthum in seinen feindlichen Gegensatz umschlägt und in den revolutionären Socialismus verschlungen wird. Die

politisch-radicalen Parteien können niemals ohne einen breiten Rückhalt an den arbeitenden Klassen bestehen; deshalb müssen sie dieselben immer in ihre Agitation zu ziehen versuchen. Dies wird ihnen anfangs auch immer in außerordentlich hohem Grade gelingen; die zuversichtlichen Verheißungen einer schöneren Zukunft müssen einen Stand verlocken, der einen harten Kampf mit dem Dasein führt. Eine Weile lang wird alles vortrefflich gehen; Begeisterung und Zorn, Haß und Liebe, Furcht und Hoffnung werden die Arbeiter vollauf beschäftigen. Aber auf diese heftigen Erregungen folgt unausbleiblich ein Zustand der Ermattung und Erschöpfung; in ihm lernen die Arbeiter das Messer der Kritik auch an die legen, welche es sie zuerst führen gelehrt haben. Mag dieser Zeitpunkt früher oder später eintreten, je nachdem der Arbeiterstand geistig entwickelt ist, je nachdem die ihn führende Partei noch frisch oder schon verfallen ist: einmal tritt er sicherlich ein. Und ebenso sicher wird das Ergebniß dieser Kritik unerfreulich sein. Denn der Arbeiter mißt die öffentlichen Dinge zunächst an seinen persönlichen Verhältnissen und wenn nicht seine Einsicht und sein Verstand, so wird ihm ein untrüglicher Klasseninstinct nach und nach sagen, daß die Hebung seiner socialen Lage und die Interessen des politischen Radicalismus ganz verschiedene und gelegentlich recht sehr widerstrebende Dinge sind. Er wird sich von denen lösen, die ihn von allen anderen Mächten des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens gelöst haben; dadurch aber wird in ihm unwillkürlich der Gedanke seiner allseitigen Verlassenheit rege, er wächst wie von selbst in das Bewußtsein eines feindlichen Gegensatzes, in welchem seine Klasse zu allen anderen Klassen steht, das will sagen in den revolutionären Socialismus hinein. Natürlich vollzieht sich diese Entwicklung niemals so glatt und kurz, wie sie hier geschildert wird, aber im Großen und Ganzen ist sie noch immer und überall eingetroffen. Mag die bürgerliche Demokratie tausendmal versichern, daß sie die Todfeindin der socialen Demokratie ist, was ja besonders das französische Jacobinerthum mit vollem Rechte von sich sagen kann, so kann ihr jedenfalls niemals der Sieg in dem Kampfe werden, denn sie lebt nur, um der Feindin immer neue Truppen zu werben.

Einen anschaulichen Beleg hierfür bietet etwa ein Dutzend Communemitglieder, welche die vierte Gruppe der Club- und Straßendemagogie bilden und zugleich zu der dritten Abtheilung, zu den socialdemokratischen Arbeitern überleiten. Es sind der Hutmacher Amouroux, der Mechaniker Assi, der Goldarbeiter Champy, der Kesselflicker Chardon, der Färber B. Clement, der Kupferschmied, spätere Bureaudiener Descamp, der Korbflechter C. Dupont, die Schuhmacher Durand und Trinquet, der Saffiangerber Fortuné, der Stuhlarbeiter Geresme, die Decorationsmaler Mar-

teleт und Oudet. Sie alle sind in der Mauserung von der bürgerlichen zur socialen Demokratie begriffen, stellen die verschiedenen Stadien dieses Entwicklungsprozesses dar. Descamp ist noch im Stande gänzlicher politischer Unschuld; eben erst hatte ihn die Club- und Straßendemagogie gepackt und ins Stadthaus geschleudert; himmelhoch bat er seine Collegen ihn zu entlassen; als die fürchterlichen Drohungen Rigaults ihn zum Bleiben zwangen, suchte er sich wenigstens dadurch nützlich zu machen, daß er im Sitzungssaale die Tintenfässer füllte, die Sessel abstäubte. Nicht ganz so naiv mehr, aber doch noch sehr auf seiner Hut gegen die politischen Schwätzer war V. Clement, ein frischer, munterer, tüchtiger Mensch. Dagegen spielte schon mit außerordentlicher Gewandtheit Geresme den revolutionären Narren, Chardon den militärischen Bramarbas, der ganze Mann nur eine Pfeife und ein Säbel, Assi den blasirten Stutzer, der die Welt einstürzen sieht, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken. Ueber dies kindliche Treiben waren dann wieder weit hinaus Leute, wie Amouroux und Durand, welche schon Schulter an Schulter mit der Internationalen standen. In der Commune hatte diese Vorschule der Socialdemokratie, eben weil sie noch einen unfertigen Uebergang darstellte, nur geringen Einfluß; etwa nur Amouroux und in manchem Betracht auch Assi und Clement treten mehr hervor.

Die dritte Abtheilung der Communemitglieder setzt sich dann aus Vertretern der modernen Socialdemokratie zusammen, aus den neunzehn Mitgliedern der Internationalen, die im Stadthause tagten. Auch sie zerfällt in verschiedene Gruppen, zu deren erschöpfender Kennzeichnung ein flüchtiger Blick auf die Entwicklung des Bundes in Frankreich unerläßlich ist. Bereits in der einleitenden Skizze dieser Darstellung wurde hervorgehoben, daß der französische Zweig der Internationalen in seinen ersten Anfängen ein durchaus unpolitischer Arbeiterverein war, der auf die Gründung von Syndicalkammern, Sparkassen u. s. w. hinarbeitete, sich einzelne Gedanken aus den Lehren Proudhons, wie das Tauschbanksystem aneignete, ohne sich übrigens um die verschwommenen Endziele des Mutualismus zu kümmern. Hiermit stießen sie überall an. Marx und der Generalrath in London verhöhnten die coopérateurs, sagten ihnen, die Arbeiter müßten erst zehnmal unglücklicher werden, als gegenwärtig, wenn die Saaten der Internationalen aufgehen sollten*). Der Kaiser wollte zwar der Entwicklung freien Lauf lassen, allein er wünschte, um den wachsenden Schwierigkeiten der inneren Lage zu begegnen, ein Vertrauensvotum der Arbeiter, was ihm diese zu verweigern entschlossen waren. Besonders aber

*) „Enquete parlementaire", II, 542. Aussage von Heligon.

die politische Opposition, die radicale Bourgeoisie, abgesehen von einzelnen einsichtigeren Mitgliedern, wie Henri Martin, Gustav Chaudey, Jules Simon, verdächtigte die Führer der Internationalen, namentlich den heutigen Senator Tolain, als Agenten des Palais royal, beschuldigte sie des césarisme plonplonnien, suchte ihre Anhänger unter den Arbeitern von den friedlich-reformatorischen Bestrebungen zur Hebung ihrer Klassenlage abzuziehen in das wilde Getümmel der politischen Kirchhofs- und Straßenkundgebungen*). Leider hatten diese Bestrebungen den erwünschten Erfolg; auf dem Congresse der Friedens- und Freiheitsliga zu Genf kam 1867 namentlich durch Chaudeys Vermittlung jener Löwenvertrag zu Stande, wonach das französische Proletariat zunächst der französischen Bourgeoisie die politischen Freiheiten erobern helfen sollte, um dann aus ihrer Hand freiwillig seine wirthschaftliche Emancipation zu empfangen. Nun betheiligte sich der Pariser Zweig der Internationalen an dem Kampfe gegen das Kaiserreich, und die Club- und Straßendemagogie drang in ihn ein, „Studenten", sagt Tolain, „wie man sie im lateinischen Viertel findet, das heißt Studenten, die arbeiten oder auch nicht arbeiten." Unter solchem Einfluß und unter dem Drucke der Verfolgungen, die nunmehr das Kaiserreich gegen die Internationale richtetete, zerfloß und zerging der französische Zweig des Bundes in dem allgemeinen revolutionären Tohu Wabohu, wie es bereits in dem ersten Abschnitt dieser Arbeit zu schildern versucht worden ist. Namentlich seit dem Januar und noch mehr seit dem September von 1870 verblaßte der eigenthümliche Charakter der Internationalen; „in den Werkstätten", schreibt Fribourg, „wirbt man für die Internationale und schließt sich ihr an, wie man ein Glas Wein anbietet und annimmt".

Diese verschiedenen Phasen nun sind in eigenthümlicher Weise unter den Mitgliedern der Commune vertreten. Zu den Anhängern der letzten

*) Mutatis mutandis genau dieselben Vorgänge, die sich kurz darauf in Deutschland abspielten. Als Hr. v. Schweitzer vor und nach 1866 den allgemeinen deutschen Arbeiterverein in dem Sinne zu leiten suchte, daß er sich ganz und voll den deutschen Einheitsbestrebungen anschließen und von diesem neu gewonnenen Boden aus eine allmähliche Reform des modernen Arbeiterrechts erstreben sollte, wurde er von der fortschrittlichen Presse als ein bestochener Agent des preußischen Ministerpräsidenten verklagt, ein Märchen, das bekanntlich heute noch jeder gesinnungstüchtige Fortschrittsmann bei Strafe der Acht und Aberacht glauben muß. Dagegen predigte der besondere Arbeiterführer der Fortschrittspartei, Hr. Max Hirsch, den berliner Arbeitern das herrliche Dogma von der „Arbeiterfeindlichkeit der preußischen Monarchie". Umgekehrt, als Schweitzer bei Berathung der Gewerbeordnung im norddeutschen Reichstage die Einführung von Fabrikinspectoren beantragte, donnerte Hr. Hirsch gegen diese reactionär-socialistische Erfindung. Woher die deutschen Arbeiter in dichten Schaaren von der Fortschrittspartei zu der Socialdemokratie übergingen und woher sich die Fortschrittspartei mit so zerschmetternder Emphase „das stärkste Bollwerk gegen die Socialdemokratie" nennt.

Stunde haben anscheinend Amouroux, Assi, Arnaud, Durand, Pottier und andre gehört, die ihrem innern Wesen nach durchaus zur Club- und Straßendemagogie zählen. Genaues läßt sich darüber nicht mehr feststellen und auch wenn es möglich wäre, kommt wenigstens hier nichts darauf an, wo die Mitglieder der Commune eben nicht nach äußerlichen Kennzeichen, sondern nach den socialpolitischen Elementen geordnet werden sollen, deren unbewußte Träger sie waren.

Von den studentischen Mitgliedern der Internationalen, über die Tolain ein so schmeichelhaftes Urtheil fällt, saßen drei in der Commune: Longuet, dem schon das Centralcomité der Nationalgarde das amtliche Blatt übertragen hatte, der „deutsche Philosoph“ Vaillant und Vesinier, ein früherer Secretär Eugen Sues, ein schlechter, verächtlicher Mensch, der, wie sein Meister, schmutzig-socialistische Romane schrieb. Er löste später Longuet in der Herausgabe des „Journal officiel“ ab, das sich auch der Mitarbeiterschaft Vaillants erfreute. Diese drei Männer haben das gemacht, was man die Theorie der Commune nennen mag, namentlich Longuet, der weitaus begabteste von ihnen; er erinnert in seinem äußern und innern Habitus einigermaßen an den deutschen Socialdemokraten Hasselmann; nur daß er ungleich talentvoller war, als dieser. In den ersten Tagen nach dem 18. März wurde ihm die Herrschaft über das amtliche Blatt streitig gemacht*), dann aber hat er in theilweise glänzenden Artikeln Sinn und Tragweite des Aufstandes zu erläutern versucht; unter steter, in der Form verdeckter und vorsichtiger, in der Sache rücksichtsloser und scharfer Abweisung des jacobinischen Elements betonte er den föderativen und socialistischen Gedanken, bemühte er sich die Nothwendigkeit ihrer Ergänzung und Verschmelzung nachzuweisen. Vermuthlich hat diese Gruppe in engerer Beziehung zu dem Generalrathe in London gestanden. Fribourg bezeugt ausdrücklich, daß Vesinier von Marx benutzt worden sei, die Pariser Mitglieder der Internationalen immer tiefer in revolutionäre Putsche zu verwickeln; Longuet und Vaillant waren die getreusten Satelliten von Marx, zeigten sich noch auf dem Haager Congresse von 1872, als Bakunin die Internationale sprengte und namentlich die französischen Vertreter äußerst feindselig gegen Marx auftraten, gemeinsam mit den deutschen Socialdemokraten als seine blinden Anhänger. Longuet wurde vor Jahresfrist in der englischen Presse als

*) Von einem gewissen Lebeau, der durch Lullier zum Herausgeber ernannt war; er war völlig unfähig; auf seine Rechnung kommen die anfänglichen Dummheiten des Blattes. Näheres darüber in der sonst ganz unbrauchbaren Schrift: „Le Livre noir de la commune de Paris“, Brüssel 1871.

Schwiegersohn von Marx genannt, was er allerdings in den Tagen der Commune nicht gewesen sein kann.

Die alten und eigentlichen Mitglieder der Internationalen nun aus ihrer unpolitischen Periode theilten sich der Commune gegenüber in zwei Gruppen. Eine Minderzahl, aber darunter die eigentlichen Stifter, Tolain, Fribourg, Heligon, Murat, blieben neutral oder sogar feindlich. Tolain behielt seinen Sitz in der Nationalversammlung bei, wurde dafür im April durch den Generalrath aus dem Bunde ausgestoßen. Die Mehrzahl dagegen hatte sich in den mehrjährigen Putschen doch schon so an revolutionäre Vorstellungen gewöhnt, sich so sehr den communistischen Umsturzideen genähert, daß sie den Anschluß des Pariser Bundesraths an das Stadthaus durchsetzte. Ihrer sechzehn wurden in die Commune gewählt. Bis auf den greisen Beslay lauter Handarbeiter. Beslay ist der alte Demmler, wie er leibt und lebt. Wie dieser ein Mecklenburger, war er ein Bretone; beide haben auch als Vorkämpfer des Zukunftsstaats niemals den Erdgeruch ihrer patriarchalischen Heimat verloren. Beide haben in ihren Berufen, Beslay als Ingenieur, Demmler als Baumeister, ursprüngliche Talente entwickelt; beide haben sich im Laufe von vierzig Jahren vom constitutionellen Liberalismus über die bürgerliche zur socialen Demokratie entwickelt; beide haben auf dieser Irrfahrt, wie abenteuerlich sie war, keinen andern Rathgeber gehabt, als ein reines und warmes Herz, in dem kein Tropfen falschen Blutes rollte. Endlich wie Demmler in der deutschen, so hat Beslay in der französischen Volkswirthschaft mit die ersten Versuche gemacht, das schwierige Problem der Gewinnbetheilung zu lösen; nur daß hierin der Deutsche viel glücklicher war, wie der Franzose. Demmlers entsprechende Einrichtungen haben sich bei den mecklenburgischen Staatsbauten bekanntlich vortrefflich bewährt, während Beslay erst in den vierziger Jahren bei einem Versuche, die Arbeiter seiner Maschinenfabrik am Geschäftsgewinn zu betheiligen, dann ein Jahrzehnt später bei Einrichtung einer Leihbank nach proudhonistischen Grundsätzen sein großes Vermögen einbüßte.

Neben Beslay stellen fünfzehn Handarbeiter das proletarisch-socialistische Element in der Commune dar. Sie zeigen am deutlichsten, wie wenig für eine ernsthafte, geschichtliche Betrachtung damit gethan ist, jedes einzelne Communemitglied unter die Lupe zu nehmen und, sei es auch mit aufrichtigem Streben nach Wahrheit, als privates Einzelwesen zu zergliedern. Keiner unter jenen fünfzehn Männern zeichnet sich durch irgend etwas aus; sie haben alle den dunklen und einfachen Lebenslauf von Handarbeitern geführt, waren fast alle noch jung, etwa um die Dreißig herum. Aber betrachtet man sie als socialpolitische Gruppe, so sieht man

eine durchaus eigenthümliche Erscheinung des modernen Culturlebens, welche die höchste Aufmerksamkeit des politischen Psychologen erwecken muß. Eine Reihe von — wie die kaiserlichen Procuratoren in den Prozessen gegen die Internationale zu sagen pflegten — „fleißigen, ehrenwerthen und einsichtigen“ Arbeitern, die das Gepräge einer ganz eigenartigen und ursprünglichen Bildung, den Stempel eines denkwürdigen, politischen Charakters tragen und in dieser geistigen Selbständigkeit sich doch unter einander so sehr ähneln, daß ihre individuellen Eigenthümlichkeiten vollkommen verschwinden und sie nur noch als typische Gestalten einer Massenentwicklung dastehen.

Freilich gilt das nicht von allen gleichmäßig. Es gab unter ihnen einzelne schwächere Naturen, wie den Kupferschmied Chalain*), den Schuhmacher Dereure, den Blumenmacher Johannard; ein zwar reiner, aber roher und ungehobelter Charakter war der Eisengießer Duval; am tiefsten von ihnen sank der Tischler Pindy, der als militärischer Befehlshaber des Stadthauses, sinnlos vom Blutdurst der siebentägigen Straßenschlacht berauscht, das prächtige Gebäude einäscherte. In diesen Männern ist jener Typus noch mehr oder minder mit fremdartigen Bestandtheilen vermischt; er tritt aber vollkommen rein hervor in dem Mechaniker Avrial, den Buchbindern Clemence und Varlin, dem Bildschnitzer Demay, dem Goldarbeiter Frankel, dem Gebäudemaler E. Gerardin, dem Metalldreher Langevin, dem Färber Malon, dem Leistenarbeiter Serraillier und dem Ciseleur Theiß. Sie alle haben sich aus den niedrigsten Verhältnissen durch rüstige Kraft auf eine sehr achtungswerthe Höhe der Bildung und einige selbst des Wohlstands geschwungen; an ihrer aller persönlichem Leben haftet nicht der leiseste Makel. Frankel und Malon scheinen die anderen ein wenig überragt zu haben, doch treten gerade sie aus einem gewissen Halbdunkel nicht heraus**).

Es ist nicht ganz leicht, den innern Gehalt eines politisch-socialen Typus festzustellen, für den noch alle vergleichenden Maßstäbe fehlen.

*) Chalain hat allerdings bei dem dritten Prozesse gegen die Internationale im Sommer 1870 eine große Rede gehalten, die ihn mit an die Spitze dieser Männer stellen würde, doch erzählen Clere und Delion übereinstimmend, daß die eigentlichen Urheber der bedeutsamen Leistung Avrial und Theiß gewesen seien und Chalain sie nur wegen seines sonoren Organs habe vortragen müssen. Diese Behauptung ist, so wie Chalain sich sonst gezeigt hat, durchaus nicht unglaubhaft.

**) Frankel und Malon haben sich auch an der Presse der deutschen Socialdemokratie betheiligt. Jener arbeitete und arbeitet vielleicht noch an der „Arbeiter-Wochenchronik“ in Pest mit; Malon veröffentlichte in der „Zukunft“ einen größeren und sehr lehrreichen Aufsatz über die sociale Lage in Italien. Jahrgang 1877 S. 202 u. f. Beiläufig war Frankel der einzige Nichtfranzose in der Commune; Billioray war zwar in Neapel geboren, aber ein Kind französischer Eltern. Geborene Pariser gab es freilich nur dreizehn im Stadthause: Babick, Clemence, Cluseret, Cournet, Demay, Duval, Ferré, Flourens, Londas, Mortier, Ostyn, Pottier, Rigault.

Am wenigsten darf man natürlich glauben, diese Männer hätten ihre Bildung aus jenen „bildenden" Arbeitervorträgen geschöpft, welche heute das Mondgebirge, morgen die darwinistische Monere, übermorgen den Ursprung der Sprache behandeln, welche den Arbeiter nur anmaßend und dumm machen und billiger Weise nirgends gestattet werden sollten, wo man noch streng über Brunnenvergiftung denkt. Nicht eine halbe, sondern eine zwar einseitige, aber ganze Bildung kennzeichnet sie. Sie haben einen Schlüssel zu allen Räthseln des Lebens; sie haben einen Archimedespunkt, von dem aus sie die Welt aus den Angeln heben wollen. „Wir sind keine einzelnen Personen, wir sind auch kein Verein", sagte einer von ihnen vor Gericht, „wir sind la grande masse ouvrière qui revendique ses droits." Das klingt wie eine Phrase und es wäre fürwahr eine sehr lächerliche Phrase im Munde eines Rigault und selbst eines Vermorel; im Munde eines Avrial, Clemence, Theiß ist es ein trauriger Wahn, aber ein felsenfester Glaube und deshalb eine furchtbare Kraft. Sie athmen gleichsam nur noch als Atome eines ungeheuren Körpers; die ganz rückhaltlose Hingabe an einen Gedanken, jene verzehrende Ausschließlichkeit, deren sonst nur noch einsame Idealisten, aber niemals andere Klassen, niemals andere Parteien fähig sind, giebt solchen Gestalten eine unverwüstliche Spannkraft. In ihr wachsen sie über sich selbst hinaus; in ihr sammeln sich alle Strahlen ihres Geistes zu unendlich gesteigerter Wirkung, so daß sie eine rauhe Energie der Denkkraft und selbst eine sichere Bewältigung der sprachlichen Form entwickeln, die oft genug das höchste Erstaunen hochgebildeter Hörer erregt haben.

Sie sind schweren Irrthümern unterworfen, aber dauernd täuschen sie sich nicht über das Wesen der Dinge. Bedacht auf eine ehrliche und praktische Lösung ihrer Lebensziele, werden sie durch den allgemeinen Unverstand in eine revolutionäre Agitation gestoßen, aber sie wissen recht wohl, wer ihre neuen Bundesgenossen sind. „Die am meisten schreien", sagt Varlin einmal mit kalter Verachtung, „thun am wenigsten." In die Commune treten sie zögernd ein, mit sehr gemischten Gefühlen, aber sie bilden in ihr sofort den Kern einer maßvollen und verständigen Minderheit, um den sich die besseren Elemente der übrigen Gruppen, ein Jourde, ein Vermorel schaaren. Sie kämpfen gegen alle Dummheiten, alle Gewaltsamkeiten, genießen den bittersten Haß der jacobinischen Mehrheit*). Als jede Hoffnung geschwunden ist, aus der Commune ein sociales Gebilde zu gestalten, ziehen sie sich mehr oder minder vom Stadthause zurück, bemühen sich in ihrem Wirkungskreise als Beamte, als Maires dem wahn-

*) Ihre besonders heftigen Gegner waren Cournet, Delescluze, Eudes, Ferré, Lefrançais, Oudet, Pyat, Ranvier, Protot, Regere, Rigault, Tridon.

sinnigen Wüthen der Affen von 1793 eine wirksame Schranke zu ziehen. Beslay und Varlin retten gemeinsam mit Jourde die Bank, Malon das Quartier Batignolles, Theiß das Posthotel vor Brand und Raub. Aber in der Stunde der Niederlage erinnern sie sich des gemeinsamen Bandes; noch im letzten Augenblicke der blutigen Maiwoche, als die Feiglinge und Schurken längst in alle Winde zerstoben waren, wirft Varlin sich hier unter Opferung des eigenen Lebens dem großen Geiselnmorde in der Straße Haxo, dort an der Spitze der letzten Aufständischen im heldischen Verzweiflungskampfe den Truppen der Regierung entgegen. Die aus ihrer Zahl gefangen wurden, wagte selbst der Rachedurst von Versailles nicht vor die Kriegsgerichte zu stellen; Beslay, Malon, Theiß erhielten heimlich Pässe, den französischen Boden zu verlassen.

Um das letzte Licht auf die Stellung zu werfen, welche die Mitglieder der Internationalen in der Commune einnahmen, noch ein Wort über die Haltung des Generalraths. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß Marx bis zum 18. März keinen Aufstand gewollt hat; die reactionären Märchen, daß er im Juli 1870 Frankreich von Paris und Deutschland von — Braunschweig aus, von wo damals der deutsche Zweig der Internationalen geleitet wurde, habe insurgiren wollen, sind rein lächerlich. Ihnen widersprechen nicht nur die gleichzeitigen Manifeste des Generalraths, sondern auch die geheimen Correspondenzen des Bundes, so weit sie seitdem in verschiedenen Processen veröffentlicht worden sind; ihnen widerspricht namentlich das ABC der Agitationstheorie von Engels und Marx. Sie berühren dieselbe bekanntlich niemals in ihren wissenschaftlichen Werken, aber seit dreißig Jahren haben sie alle wichtigeren Zeitereignisse mit einer langen Reihe größerer oder kleinerer Flugschriften*) begleitet, aus denen klar hervorgeht, wie sie sich den Gang der communistischen Revolution denken. Danach sind nicht Deutschland und Frankreich, sondern England und Rußland die Länder, auf die es zunächst ankommt. Engels führt aus, daß ehe das heutige russische Reich, der „letzte Hort

*) In dem „Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte", dem „Communistenprozeß", dem „Ritter vom edelmüthigen Bewußtsein", einer Reihe gegen Palmerston geschleuderten Pamphlets in englischer Sprache, in der größeren Schrift „Herr Vogt" behandelt Marx den Staatsstreich vom 2. December, die preußische Reactionsperiode, den Krimkrieg, den italienischen Krieg mit steter Bezugnahme auf seine Pläne. Eine Fortsetzung dieser Schriften sind dann die Manifeste der Internationalen. Eine fast noch größere Zahl ähnlicher Veröffentlichungen liegt von Engels vor, der stets nach gemeinsamer Verabredung mit Marx arbeitet und ihn zu ergänzen bestrebt ist. Er hat von 1859 („Po und Rhein", „Savoyen, Nizza und der Rhein") bis zu den spanischen Communistenaufständen („Die Bakunisten an der Arbeit") und der nihilistischen Bewegung in Rußland („Sociales aus Rußland") einen fortlaufenden Commentar der Zeitgeschichte geschrieben. Aus allen diesen meist leider äußerst selten gewordenen Schriften ließe sich ein interessanter Revolutionskatechismus zusammenstellen.

der westeuropäischen Reaction" nicht zertrümmert werde, jeder Aufstandsversuch in dem westlichen Europa unsinnig sei und noch öfter hat Marx dargelegt, daß die proletarische Umsturzbewegung selbst allein von England ausgehen könne als dem einzigen Lande, in dem der Capitalbesitz in wenigen Händen zusammen geflossen ist, in dem es keine Bauern mehr giebt und die große Mehrheit der Bevölkerung aus Lohnarbeitern besteht. Dagegen ist es ebenso unzweifelhaft, daß Marx und der Generalrath der Internationalen nach dem 18. März sich sofort entschlossen haben, den Bund in den Pariser Aufstand zu verstricken, getreu dem schon im communistischen Manifeste von 1848 ausgesprochenen Grundsatze, daß die Communisten sich an jeder ausbrechenden Revolution zu betheiligen haben. Der bündige Sinn dieses Grundsatzes liegt auf der Hand; Wunden, in welche dies Gift fließt, verharschen niemals. Mannigfache Spuren deuten darauf hin, daß in der Woche vom 18. bis 26. März ein lebhafter Verkehr zwischen den Pariser Mitgliedern und dem Londoner Generalrath des Bundes stattgefunden hat; auch ein Gesandter scheint über den Kanal gegangen zu sein, um genauere Verhaltungsmaßregeln zu holen*). Sofort nach dem Sturz der Commune pflückte Marx die Früchte jenes preiswürdigen Grundsatzes; er nahm die volle Verantwortung für alle ihre Thaten auf die Schultern des Bundes, den er als ihre eigentliche Triebfeder schilderte; er feierte sie als die leuchtende Morgenröthe des Befreiungstages, erklärte durch ihre grausame Niederwerfung das Tischtuch zwischen den arbeitenden und besitzenden Klassen für immer zerschnitten. Diese Prahlereien bekamen ihm zunächst sehr schlecht; sie führten zum Abfall der englischen Arbeiter, in ihren weiteren Folgen auch zur Sprengung des Bundes. Fraglicher dürfte sein, ob er auch heute noch findet, daß er sich verrechnet hat**).

---

*) Marx spricht in einem Briefe an die „Times" vom 23. März von seinem „in London befindlichen Freund Serraillier".

**) Die Geschichte der Internationalen liegt leider noch ganz im Argen, so viel Bücher über sie auch schon geschrieben sind. Von französischen Schriften ist Fribourgs „L'association internationale des travailleurs", Paris 1871, bescheiden, einfach, aber wirklich belehrend und angenehm zu lesen. Die vier oder fünf Bücher von Oscar Testut über den Gegenstand „L'Internationale", Paris 1871, „Le livre bleu de l'Internatioale", Paris 1871 u. s. w. enthalten manches actenmäßige Material, sind aber leer und weitschweifig, mit geringem oder eigentlich gar keinem socialpolitischen Verstande geschrieben. Villetards „Histoire de l'Internationale", Paris 1872 ist eine gewandte, sonst aber recht mäßige Journalistenarbeit. Unter den deutschen Schriften kann M. B. „Zur Geschichte der Internationalen", Leipzig 1872, nur als werthlose Compilation genannt werden; Rudolf Meyers mehr erwähnter „Emancipationskampf" hat zur Zeit seines Erscheinens unzweifelhafte Verdienste gehabt, ist heute aber schon ziemlich veraltet. Wenn Roscher dem Buche „rücksichtslose Wahrheitsliebe" nachrühmt, so ist dies aus solchem Munde doppelt hohe Lob doch nicht haltbar, wenn man eingehender an den Quellen prüft, wie tendenziös Meyer fast in jeder Zeile darstellt und wie wenig man sich selbst auf seine thatsächlichen

Die Flittertage der Commune dauerten wieder genau eine Woche, vom Sonntag den 26. März bis Sonntag den 2. April, an welchem Tage das blutige Ringen mit Versailles begann. In dieser Zeit wandelte sich der neue Gemeinderath von Paris unzweideutig in eine politische und socialrevolutionäre Körperschaft um. Die einzelnen Stufen der Umwälzung entziehen sich freilich genauerer Erkenntniß, einerseits weil die Commune bei verschlossenen Thüren tagte und zunächst auch keine Berichte über ihre Sitzungen veröffentlichte, andererseits und hauptsächlich weil die Entwicklung sich nicht sowohl auf den Antrieb einzelner Personen oder Umstände, als vielmehr in dem Schuß, in den die Dinge einmal gerathen waren, gewissermaßen von selbst vollzog.

Bereits am Wahltage hatte das Centralcomité der Nationalgarde seine Aufgabe für beendigt, sich selbst für bereit erklärt, seinen Platz im Stadthause den gewählten Boten des Volks abzutreten. Am Dienstage, den 28. März, legte es seine angemaßten Gewalten in die Hände der Commune nieder. Nach den übereinstimmenden Berichten aller Augenzeugen war der feierliche Vorgang von hinreißender Gewalt; in voller Glorie entfaltete sich eins jener heldenhaft-komödiantischen Schauspiele, in denen das aufrührerische Volk von Paris von jeher geglänzt hat. Wie in unzähligen Rinnsalen strömte aus allen Ecken und Enden der Weltstadt eine Flut von hunderttausend Menschen auf dem Greveplatze zusammen, wo vor dem Hauptthore des Stadthauses eine weite, mit rothem Tuche bekleidete Bühne errichtet war. Rothe Banner verhüllten das Reiterstandbild Heinrichs IV.; davor erhob sich in einem Kranze von rothen Fahnenbündeln, umgürtet mit rother Schärpe, die Büste der Republik. Von den Erkern und Giebeln des Stadthauses flatterten rothe Wimpel wie ungeheure Feuerzungen. Jedes Fenster zeigte eine drei- und vierfache Reihe von Köpfen; auf allen Dächern kauerten Kinder und Weiber. Um vier Uhr am Nachmittage schwenkte Bataillon auf Bataillon, die phrygische Mütze über den rothen Fahnen, rothe Schleifen an den Gewehren, um die Arme rothe Binden auf den weiten Platz ein. Doch nur ein geringer Theil des aufständischen Heeres fand hier genügenden

Angaben verlassen kann. Ein vortrefflicher Beitrag zur Geschichte der modernen Arbeiterbewegung in Frankreich überhaupt ist eben erschienen in Lexis' „Gewerkvereine und Unternehmerverbände in Frankreich", Leipzig 1879. Ueber den Antheil der Internationalen an der Entstehung der Commune äußert Hr. Lexis genau dieselbe Ansicht, die früher an dieser Stelle aus den actenmäßigen Quellen nachgewiesen wurde; er schreibt S. 192: „Die Internationale selbst spielt als Organisation in der Commune so gut wie gar keine Rolle. Die Legenden von dem geheimen Walten des „allmächtigen" Bundes wie von den Millionen, die aus London gekommen sein sollen, um den Aufstand zu schüren, sind nur aus der Phantasie unkritischer, französischer Patrioten und Spießbürger oder aus den Aufschneidereien der Nächstbetheiligten entsprungen."

Raum; noch alle Quais und Straßen hinab, die am Stadthause münden, blinkte im glänzenden Sonnenlichte ein dichter Wald von Bayonnetten bis in unabsehbare Ferne. Hörner schmetterten, Trommeln wirbelten, vom Ufer der Seine donnerte die Kanone der alten Commune. Dann huben alle Musikbanden den Marseiller Marsch an und aus hunderttausend Kehlen stieg in gewaltigen Accorden das mächtige Lied empor, das jedes französische Herz mit immer neuem Zauber umstrickt. Inzwischen hatten sich die Mitglieder des Centralcomités und der Commune auf der Bühne vor dem Stadthause versammelt; die Namen der Gewählten vom 26. März wurden verlesen; mit thränenerstickter Stimme rief Ranvier in die wogenden Massen hinab: „Im Namen des Volkes, die Commune ist ausgerufen!“ Und von hunderttausend Lippen rang sich in herzerschütterndem Aufschrei der einzige Ruf: „Hoch die Commune!“ Es war, als jauchze das Herz des Volkes selbst auf; die gekommen waren, über das Schauspiel zu spotten, wurden unwiderstehlich in den Taumel der trunkenen Begeisterung gerissen; sie alle schildern übereinstimmend den unvergleichlich tiefen Eindruck der Scene. Die Spione aber aus Versailles berichteten in bleichem Schrecken an Thiers: „Es ist keine Verschwörung, es ist ganz Paris.“

Noch an demselben Tage trat der Rath zu seiner ersten Sitzung zusammen. Die Eröffnungsrede des Alterspräsidenten Beslay gehört zu den classischen Actenstücken der Commune; sie enthält im Keime das Programm der späteren Minderheit, bekämpft die Ueberlieferungen von 1793 und zeigt schon anschaulich, in wie kaum noch unterscheidbarer Weise sich die gesunden Ansprüche der Selbstverwaltung und die ungesunden Bestrebungen des Socialismus verschmelzen. Ihre bezeichnenden Sätze lauten: „Die Befreiung der Gemeinde von Paris ist die Befreiung aller Gemeinden der Republik. Seit fünfzig Jahren höhnten uns die Schwätzer einer überlebten Politik mit den großen Worten der Decentralisation, der Regierung des Landes durch das Land. Die großen Redensarten haben uns nichts eingetragen. . . . Nun sagen unsere Gegner, daß wir die Republik schlügen; wohlan, schlagen wir sie wirklich, so ist es, wie man den Pfahl schlägt, den man tiefer in die Erde treibt. Nur durch die völlige Freiheit der Gemeinde wird sich die Republik in unserm Lande einwurzeln. Die Republik ist heute nicht mehr, was sie in den Tagen unserer großen Revolution war. Die Republik von 1793 war ein Soldat, der alle Kräfte des Vaterlandes in seiner Hand vereinigen mußte, um die äußern und innern Feinde zu bekämpfen; die Republik von 1871 ist ein Arbeiter, welcher vornehmlich die Freiheit braucht, um den Frieden zu befruchten. Frieden und Arbeit ist unsere Zukunft. Ich wiederhole,

die Befreiung der Gemeinde ist die Befreiung der Republik selbst. Jede ihrer gesellschaftlichen Gruppen wird ihre ganze Unabhängigkeit, ihre volle Freiheit der Bewegung wieder erlangen. Die Gemeinde wird sich mit den localen, der Bezirk mit den provinzialen, die Regierung mit den nationalen Fragen beschäftigen. Und bekennen wir laut: die Gemeinde, welche wir gründen, wird die Mustergemeinde sein. Wer Arbeit sagt, sagt Ordnung, Sparsamkeit, Ehrenhaftigkeit, strenge Aufsicht und nicht in der republikanischen Gemeinde wird Paris Unterschleife von vierhundert Millionen entdecken." Schließlich erklärte Beslay, sein Amt wegen zu hohen Alters niederlegen zu wollen; dringende und vielfältige Bitten gerade aus conservativen Kreisen, auf seinem Posten im öffentlichen Interesse auszuharren und soweit möglich noch alles zum Besten zu wenden, bewogen ihn, sein Entlassungsgesuch zurückzuziehen; in allen verständigen Kreisen von Paris wie Versailles ist seine Rede als Friedenspfand aufgefaßt worden.

Sein Einfluß auf den Rath wurde dabei freilich arg überschätzt. Nur in dem ersten Aufrufe, in welchem das neue Regiment sich der Bevölkerung ankündigte, sind noch schüchterne Anklänge seiner Rede zu finden. Derselbe fährt zwar heftig gegen Versailles los, aber indem er die Aufgaben der Commune umschreibt, bleibt er noch wesentlich innerhalb der Befugnisse einer Gemeindevertretung. Er verspricht alsbaldige Lösung der Miethen- und Wechselfrage, eine vereinfachende Wiederherstellung der öffentlichen Dienstzweige, die Reorganisation der Nationalgarde; überhaupt soll der Arbeit, dem Gewerbe, dem Handel kräftige Fürsorge gewidmet werden. Auch wenn die Commune gleich in ihrer ersten Sitzung die Erklärung erließ, daß sich das Centralcomité und die Nationalgarde um die Republik und das Vaterland wohl verdient gemacht hätten, so mag man auf diese Erfüllung einer nach dem revolutionären Katechismus unerläßlichen Höflichkeitspflicht keinen allzu großen Werth legen. Aber die Art und Weise der Verhandlungen war so lärmend und wüst, die Prüfung der Wahlen führte zu so ärgerlichem Zank, von einzelnen Stimmführern der Club- und Straßendemagogie wurden schon so unvernünftige Forderungen erhoben, daß Tirard die Sache auf- und die bereits erwähnte Rücktrittserklärung abgab. Es folgte eine stürmische Scene; nur mit genauer Noth entging der eifrige Führer des Widerstandes der Verhaftung und thätlichen Mißhandlungen. Er durfte wenigstens die Genugthuung mit sich nehmen, daß es ihm noch in der sechzigsten Minute der zwölften Stunde gelungen war, dem Aufstande mittelbar einen schweren Streich zu versetzen. Die Furcht vor ähnlichen Auftritten veranlaßte den Rath zu dem Beschlusse, künftighin nur noch in streng geheimen Sitzungen zu

tagen, womit er von vornherein einen großen Theil seiner Volksthümlichkeit verlor.

Wie viel genauer der kaltblütige Rechner Tirard gesehen hatte, als der greise Schwärmer Beslay, zeigte schon die zweite Sitzung der Commune am 29. März. In ihr offenbarte sich ebenso die hilflose Schwäche des Raths im Handeln, wie seine unsinnige Maßlosigkeit im Fordern. Eine Gesandtschaft vom Centralcomité der Nationalgarde trat in den Versammlungssaal und erklärte, daß diese revolutionäre Behörde ihre Gewalten in die Hände der Commune niederlege. Einigermaßen überrascht durch dies, selbst unter den obwaltenden Umständen kaum erhörte Uebermaß von Schwatzhaftigkeit — denn die gleiche Erklärung hatte das Centralcomité schon in wer weiß wie vielen Aufrufen niedergelegt und noch am Tage zuvor auf dem Greveplatze feierlich und persönlich wiederholt —, hörte die Commune den langen Redeschwall des Wortführers an, bis sie durch seine harmlose und gleichsam wie selbstverständliche Schlußbemerkung, das Centralcomité ziehe sich bescheiden und gern in seine ursprünglichen Befugnisse zurück, in unangenehmer Weise darüber belehrt wurde, daß auch diesem Reptile das Gift im Schwanze steckte. In der That, das noch am 18. März so blöde und scheue Centralcomité hatte eine fausse sortie gemacht; es fand die Reize der Macht zu unwiderstehlich und wollte kurz und gut auf die Oberherrschaft über die Nationalgarde, das will sagen über Paris nicht verzichten. Ohnehin war es durch die Niederlage erbittert, die es am 26. März gegenüber der Corderie erlitten hatte; von seinen Mitgliedern war nur etwa ein Dutzend in den Gemeinderath gewählt worden und selbst von dieser geringen Zahl gehörten die Einen, wie C. Dupont, Fortuné, Geresme, Mortier zu den bedeutungs- und einflußlosesten Mitgliedern der Commune, während die Andern, wie Eudes, Ranvier, Varlin gesiegt hatten nicht als Mitglieder der Centralcomités, sondern als bekannte Demagogen der Corderie. Genug das Centralcomité wollte trotz seiner bindendsten Versprechungen nicht weichen und obgleich die Commune instinctiv fühlte, daß es sich für sie hierbei um Sein oder Nichtsein handelte, so besaß sie doch weder die klare Einsicht, noch die rasche Entschlossenheit, die rebellische Körperschaft aufzulösen, was ihr bei dem noch frischen Glanze, der sie am zweiten Tage ihrer Herrschaft umstrahlte, zweifellos gelungen wäre. Vielmehr ließ sie sich auf ein langwieriges Unterhandeln ein. Das Gerede spann sich endlos fort, bis dann zuletzt, wie häufig in diesen Wirren, die allgemeine Spannung durch eines jener geflügelten Worte gelöst wurde, welche die französische Sprache wie von selbst zu bilden und auch auf die ungefügesten Lippen zu legen weiß. „Ihr", sagte die Gesandtschaft des Centralcomités zur Commune, „seid

der Kopf der Revolution; wir aber, der große Familienrath der Nationalgarde, sind ihr starker Arm". Darob allgemeines Händeschütteln und Umarmen; die eigentliche Streitfrage blieb unerledigt, aber die Gesandtschaft zog befriedigt von dannen und das Centralcomité nahm noch an demselben Tage durch neue Aufrufe und Befehle seine Oberherrschaft über die Nationalgarde wieder auf, die es dann auch, durch neue Wahlen ergänzt, als einflußreiche und vielfach maßgebende Nebenregierung bis zum letzten Tage des Aufstandes behauptet hat.

Nach diesem schweren Mißerfolge stürzte sich die Commune, als wolle sie ihre Unfähigkeit übertäuben, in den revolutionärsten Wahnsinn. Felix Pyat war längst des trockenen Tones satt; wie von der Tarantel gestochen, sprang er empor und schleuderte den Antrag in die Versammlung, sie solle die Conscription abschaffen, also den unzweideutigsten Einbruch in die Rechte der Landesregierung vollziehen. Kaum war diese Fährte angeschlagen, als sich die ganze Meute der Club- und Straßendemagogie hinterdrein stürzte. Im Sturm wurde der Antrag angenommen und ein Gesetz erlassen, wonach die militärische Aushebung hinfort verboten sein, keine soldatische Macht außer der Nationalgarde in Paris weilen, der Nationalgarde aber alle wehrfähigen Bürger angehören sollten. Und damit nicht genug, wurde ein nicht minder freches Attentat auf die Landeshoheit durch einen Beschluß versucht, welcher allen Beamten bei Strafe der Absetzung gebot, alle Befehle und Mittheilungen von Versailles für null und nichtig zu betrachten. Damit war der Rubicon ganz unzweideutig überschritten und wenigstens die Folgerichtigkeit muß man der Commune zuerkennen, daß sie nunmehr sofort daran ging, sich als souveräne Körperschaft auf revolutionärem Boden auszubilden.

Theils geschah dies schon am 29. März, theils an den folgenden Tagen. Bei den Wahlprüfungen wurde der letzte Rest von Gesetzlichkeit abgestreift, der etwa noch an dem Wahlgange gehaftet hatte. In schreiender Rechtsverletzung erklärte die Commune sechs Mandate für giltig, deren Träger nicht den achten Theil der eingeschriebenen Stimmen auf sich vereinigt hatten. Ferner wurde anläßlich der Wahl von Frankel beschlossen, daß auch Ausländern der Eintritt in den Rath offen stehe, sintemalen das Banner der Commune eben nur das Banner der Weltrepublik sei; dagegen sollte kein Mitglied des Raths zugleich in der Nationalversammlung sitzen dürfen. Darauf hin legten Cournet und Delescluze ihre Mandate für Versailles nieder; Gambon, Malon, Felix Pyat, Tridon waren schon früher aus der Landesvertretung geschieden. In ihren Berathungen und Beschlüssen suchte die Commune die republikanische Gleichheit bis in die letzten Folgerungen durchzuführen. Sie verzichtete nicht

nur auf eine Geschäftsordnung, sondern auch auf einen Präsidenten als dauernden Leiter der Verhandlungen. In jeder Sitzung wurde ein neuer Vorsitzender gewählt. Alle Erlasse und Veröffentlichungen sollten nur „Die Commune von Paris" unterzeichnet werden, eine Verfügung, die allerdings nichts weniger wie regelmäßig beobachtet wurde. Eine ebenso einfache Adresse mußten alle Briefe und Eingaben an das Stadthaus tragen. Nicht ganz so bescheiden-demokratisch erwies sich die Commune in der Bestimmung, daß ihre Mitglieder Tagegelder von fünfzehn Francs erhalten sollen; auch hierdurch setzte sie sich in geraden Widerspruch zu dem geltenden Recht, welches die Besoldung von Gemeindebeamten verbot. Freilich ahmte der 18. März darin nur den 4. September nach. Von diesem Beschlusse machte übrigens die Commune keinerlei Aufhebens; um so tiefer schwelgte ihr gesetzgeberischer Griffel in catonischem Stile, als sie das höchste Jahresgehalt der Beamten auf sechstausend Francs feststellte.

Neben der gesetzgebenden umfaßte die Commune auch die vollziehende Gewalt. Um sie auszuüben, gliederte sie sich zwiefach. Für die staatlichen Zwecke spaltete sie sich in zehn Ausschüsse. Die eigentliche Regierung lag in den Händen der Executivcommission; sie setzte sich aus sieben Mitgliedern zusammen, von denen vier (Lefrançais, Felix Pyat, Tridon, Vaillant) dem bürgerlichen, drei (Bergeret, Duval, Eudes) dem militärischen oder quasi-militärischen Stande angehörten. Die anderen neun Commissionen waren: für Finanzwesen (Beslay, Jourde, Varlin), für Kriegswesen (Bergeret, Chardon, Duval, Eudes, Flourens, Pindy, Ranvier), für Gerichtswesen (Meillet, Protot, Vermorel), für öffentliches Sicherheitswesen (Assi, Cournet, Ferré, Rigault), für Beschaffung von Lebensmitteln (Dereure, Ostyn, Parisel), für Arbeit, Gewerbe und Austausch*) (Avrial, E. Gerardin, Frankel, Malon, Theiß), für auswärtige Beziehungen (Arnaud, Delescluze, Grousset), für öffentliche Dienstzweige (Billioray, J. B. Clement, Rastoul), für Unterrichtswesen (Demay, Urbain, Vallès, Verdure). Die meisten dieser Ausschüsse verrathen ihre Aufgabe schon in ihren Namen und entsprechen etwa den Ministerien der modernen Staaten; einzelne waren vorübergehender Natur, wie die Verproviantirungscommission, die den noch immer nicht ausreichenden Umlauf von Lebensmitteln in Paris zu regeln und gegebenenfalls Mundvorrath für eine zweite Belagerung zu sammeln hatte, oder sie zeigten schüchterne Ansätze zu neuen socialen Gestaltungen, wie die Commission für Arbeit, Gewerbe und Austausch, welche das amtliche Ausbietungs- und Versteigerungsverfahren zu ordnen, die Verträge mit den Unternehmern

*) échange ist ein technischer Ausdruck der proudhonistischen Lehre.

öffentlicher Arbeiten zu prüfen, das Steuer- und Tarifwesen auf seine wirthschaftliche Gesundheit zu untersuchen, namentlich aber alle in das moderne Arbeitsverhältniß einschlagenden Fragen zu begutachten und zu entscheiden hatte. Der Commission für die öffentlichen Dienstzweige waren das Oberwegeamt, die öffentlichen Bauten, das Beleuchtungswesen, die Gesundheitspflege, die Marktordnung und die Stadtzölle unterworfen; sie berührte schon die communalen Aufgaben des Gemeinderaths, für welche derselbe sich anders gestaltete, wie für die staatlichen Zwecke.

Er bestimmte, daß die in jedem Bezirke gewählten Mitglieder den Gemeinderath dieses Bezirks bilden sollten; sie hatten die städtische Verwaltung zu führen, waren namentlich auch Standesbeamte.

In dieser Form etwa stellt sich die Verfassung dar, welche sich die Commune in der ersten Woche ihres Daseins gab oder wenigstens das Knochengerüst dieser Verfassung, soweit sich dasselbe noch aus den in den einzelnen Beschlüssen und Gesetzen zerstreuten Gliedern zusammenfügen läßt. Man sieht daraus, mit wie gutem Rechte das amtliche Blatt am 1. April voll tiefer Verachtung von der „seltsamen und sogar kindischen Einbildung“ sprechen konnte, als hätte der Aufstand vom 18. März nur das Ziel gehabt, der Hauptstadt eine gewählte Gemeindevertretung zu geben. Aber man erkennt doch auch, eine wie schwere Zangengeburt, ein wie unreifer Organismus diese Verfassung gewesen ist. „Soviel Arbeit um ein Leichentuch!“ Denn es handelt sich hier keineswegs und sei es auch nur im bescheidensten Sinne um eine neue, schöpferische Form des Gesellschaft- und Staatslebens, sondern um die künstlichen Wiederbelebungsversuche einer vermoderten Leiche. Die entwickelteren Verhältnisse des modernen Flächenstaats werden dem überlebten Stadtstaate auf den Leib zu schneiden versucht. Dies ist in der That alles. Kaum der Schatten einer Absicht, aus den bisherigen Geleisen von Gesellschaft und Staat zu einer höheren Form des Culturlebens vorzudringen; es wäre lächerlich, die paar gleichheitswüthigen Hanswurstereien der Commune überhaupt hierher rechnen zu wollen; bedeutender in gewissem Sinne, aber auch um so schüchterner ist der Versuch, welcher mit der Einrichtung des Arbeits- und Gewerbeamts gewagt wurde. So ist die Verfassung der Commune, nimmt man sie selbst so ernsthaft wie irgend möglich, ernsthafter vielleicht als sie genommen zu werden verdient, doch nur eine Verkrüppelung moderner Gesellschafts- und Staatsformen und sogar diese Verkrüppelung hat es nicht einmal zu einem gewissen Abschlusse in ihrer Art gebracht. Denn es fehlt ganz und gar der krönende Schlußstein des Gebäudes: die Stellung der souveränen Gemeinde zu dem übrigen Lande, der übrigen Welt; angedeutet wird sie höchstens insofern, als der Verkehr mit der

Provinz dem Ausschusse für die auswärtigen Angelegenheiten zuertheilt war. Die Commune setzte zwar gleich am ersten Tage einen Ausschuß nieder, um eine Adresse an das französische Volk zu verfassen, die ihm kundthun sollte, welcher nationale Sinn in dem localen Aufstande verborgen sei, aber weder dieser Ausschuß, noch andere, die ihm folgten, vermochten wochenlang etwas fertig zu bringen, was den Machthabern des Stadthauses annehmbar erschien. Darüber starben die Aufstände in der Provinz hin, ohne daß von der Hauptstadt aus auch nur der leiseste Versuch gemacht wurde, sie um ein gemeinsames Banner zu schaaren. Die Ursache dieser Saumseligkeit war nun allerdings nicht, wie man gemeiniglich annimmt, die Unmöglichkeit, zu sagen was man will, wenn man es selbst nicht weiß; schon aus Longuets Aufsätzen im amtlichen Blatte hätten sich für den fraglichen Zweck ein halb Dutzend blendender Aufrufe — blendend wenigstens im Sinne demagogischer Rhetorik — herstellen lassen. Vielmehr lag die Schuld an den Gegensätzen innerhalb der Commune. Ueber die äußerliche Form der Verfassung konnte sich die jacobinische Mehrheit und die socialistische Minderheit nothdürftig einigen, wenn auch nur auf Kosten alles inneren Lebens, aller Entwicklungsfähigkeit; sprechen doch selbst sichere Anzeichen dafür, daß jenes Arbeits- und Gewerbeamt nur „aus Bosheit" gegründet wurde, um die fähigsten Mitglieder der Internationalen in ein beschauliches Stillleben wohlmeinender Betrachtungen abschieben zu können. Aber sobald es sich um die Stellung der Commune im nationalen Leben handelte, war keine Einigung mehr möglich zwischen den feindlichen Brüdern. Für die Jacobiner blieb die Gemeindefreiheit von Paris nach wie vor die politische Herrschaft der Stadt über das ganze Land, während die Socialisten in ihrer Art den ehrlichen Versuch machen wollten, allen Gemeinden des Landes billig sein zu lassen, was der hauptstädtischen Gemeinde recht war. Sie faßten die Pariser Commune nur als Gleiche unter Gleichen oder höchstens als Erste unter Gleichen auf. Das amtliche Blatt, in welchem die Minderheit das entscheidende Wort führte, wird nicht müde, in schimmernden Antithesen diesen Gedanken zu entwickeln. Paris will frei sein, aber es will nicht herrschen; es erstrebt keine andere Dictatur, als die Dictatur des Vorbildes; es will seinen Willen nicht aufgeben, aber es beansprucht nicht, ihn andern aufzuzwingen; indem es seine Freiheit gründet, rüstet es nur die Freiheit der Andern; es treibt Niemanden gewaltsam auf den Weg der Republik, sondern es bescheidet sich, ihn zuerst zu betreten. In einem andern Artikel werden die Anhänger der bourgeoisen, centralistischen, formalistischen Republik, die sich auf den Widerstreit des Bürgers und des Staats, des Einzelnen und der Gesammtheit, der Arbeit und des

Capitals, der mittleren und der unteren Klassen gründet, eindringlich ermahnt, die Utopien von 1793 fahren zu lassen; mit andern Worten wird der Gedanke des dritten Napoleon ausgeführt, daß diese Republik immer in einer Tyrannei enden müsse. Und selbst wenn das amtliche Blatt, sei es aus nothgedrungener Rücksicht auf die jacobinische Mehrheit, sei es um sie schmeichelnd zu gewinnen, einmal ausführt, daß Paris als Mittelpunkt der großen nationalen Einrichtungen niemals auf seine bahnbrechende Rolle im französischen und selbst europäischen Leben verzichten könne und werde, so wird es doch nicht müde, auch dann zu wiederholen, daß die anscheinende Allmacht der Stadt nur die täuschende Kehrseite ihrer wirklichen Ohnmacht sei. Alle diese, theilweise sehr beredten und als Widerspiegelungen der eigentlich treibenden Kräfte des Aufstandes immer lehrreichen Ausführungen finden sich schon in der ersten Woche der Commune; selbstverständlich prallten sie wirkungslos an der verbohrten Hartnäckigkeit des Jacobinerthums ab.

Nächst und neben ihrer eigenen Organisation mußte sich die Commune in ihren ersten Sitzungen naturgemäß auch damit beschäftigen, den dringendsten Beschwerden der Bevölkerung abzuhelfen. Die schwierige und verwickelte Miethenfrage löste sie in denkbar brutalster Weise; alle Miethsforderungen für die Zeit vom 1. October 1870 bis 1. Juli 1871 schlug sie kurzweg nieder, ja sogar die in diesen neun Monaten wirklich gezahlten Miethen sollten auf künftige Termine angerechnet werden dürfen. Eine ähnlich ausschweifende Bevorzugung wurde den Miethern für die Kündigungsfristen eingeräumt. Der Beschluß erregte selbst in den aufständischen Kreisen großen Unwillen, vielleicht nicht sowohl deshalb, weil er viele Hausbesitzer einfach wirthschaftlich todtschlug, als weil er einer Unzahl reicher und wohlhabender Leute ebenso reichliche wie überflüssige Geschenke in den Schoß warf; er war nicht weniger unsinnig, wie die unbegreifliche Weigerung der Nationalversammlung, in dieser brennenden Frage irgend einen billigen und leidlichen Ausweg zu schaffen, unsinnig gewesen war. Ungleich maßvoller war der Befehl, mit dem Verkaufe der Pfänder auf den städtischen Leihämtern einstweilen aufzuhören und einen verhältnißmäßig vernünftigen Beschluß faßte die Commune auch in der Wechselfrage. Vermuthlich auf Anregung ihrer Arbeits- und Gewerbecommission, mit welcher sich die Syndicalkammern des Handels und der Industrie, sowie die Arbeitergesellschaften eingehend berathen sollten, wie hier ein verständiger Ausgleich aller einschlägigen Interessen zu erzielen sei.

In solchem Treiben lebte Paris acht Tage dahin, alles in allem noch eher zufrieden, wie es scheint, als unzufrieden; mit dem holden Leichtsinn seiner leichtblütigen Bevölkerung hingegeben den neuen und unerhörten

Dingen, die sich auf allen Stätten des amtlichen und öffentlichen Lebens abspielten. Man dachte kaum an ein Heut, viel weniger an ein Morgen; Versailles hatte man mehr oder weniger vergessen; wurde es irgendwo erwähnt, so geschah es in Hohn und Spott. Felix Pyat verkündete am Morgen des 2. April in seinem „Vengeur", daß am Tage vorher die Versailler Armee habe mit Ja und Nein abstimmen müssen, ob sie nach Paris marschieren wolle; sie habe einstimmig Nein geantwortet. Dann bekam dies würdige Mitglied des Regierungsausschusses wieder einen seiner verrückten Anfälle, rannte auf's Stadthaus, beantragte einen Gesetzentwurf, welcher die Kirche vom Staate trennte und die Güter der todten Hand für Nationaleigenthum erklärte. Der Entwurf wurde augenblicklich angenommen. In seinem ersten Theile war er eine unsagbare Albernheit, denn — wie Lissagaray ganz zutreffend hervorhebt — was hatte die Commune, die selbst den Staat abschaffen wollte, noch erst vom Staate zu trennen; in seinem zweiten Theile verkündete er den nacktesten Raub. Aber diesmal wenigstens schritt die Nemesis unmittelbar in den Fußtapfen des nichtswürdigsten Unfugs; an demselben Tage und noch ehe jener Beschluß der Commune gefaßt wurde, hatte der Waffentanz zwischen Paris und Versailles begonnen, der die groteske Idylle alsbald in ein furchtbares Trauerspiel verwandeln sollte*).

*) Ueber die ersten Tage der Commune giebt betreffs ihrer öffentlichen Wirksamkeit das amtliche Blatt, betreffs ihrer geheimen Geschichte das Buch von Lissagaray die beste Auskunft. Leider ist auch aus diesen Quellen keine Kunde zu schöpfen, wie sich Mehrheit und Minderheit in den ersten Sitzungen zu einander gestellt haben. Die angeblichen Berichte über diese Sitzungen, die ihrerzeit in Pariser Blättern erschienen und von da in manche Bücher übergegangen sind, erweisen sich schon bei oberflächlicher Prüfung als dreiste Fälschungen.

Der russische Nihilismus und Iwan Turgènjew.

Seit unsere freundnachbarlichen Beziehungen zu Rußland sich gelockert haben, ist Grund genug vorhanden, alles was in diesem gewaltigen Reiche vorgeht, aufmerksam zu beobachten. Ein Krieg mit Rußland, so günstig sein Ausgang sein möge, würde ein schweres Unglück für den Fortgang unserer Cultur sein.

Es besteht in Rußland eine anscheinend sehr mächtige Schule, die sich als unsere offene Feindin geberdet, die Schule der Panslavisten: ihr Ideal ist, sämmtliche Slaven in einem Reich zu vereinigen, und in ihrer Geographie erstreckt sich das Slaventhum bis zur Elbe, bis zum adriatischen Meere und bis zum Bosporus. Außerdem tragen sie einen verbissenen Deutschenhaß zur Schau, der sich in seinem Ursprung vielleicht weniger auf uns als auf die Deutsch-Russen bezieht. Jahrhunderte lang theilweise von Deutschen regiert zu sein, das kann ihr Nationalstolz nicht vergeben, dafür wollen sie sich an Deutschland rächen.

Die Gefahr von dieser Seite wäre sehr groß, wenn sie nicht durch zwei Umstände gemindert würde. Einmal nehmen die Vertreter des Panslavismus den Mund sehr voll; sie machen aus ihren Eroberungs- und Rachegelüsten gar kein Hehl, sie bedrohen uns Tag aus, Tag ein, sie melden schon an, daß sie Constantinopel in Berlin erkämpfen wollen. Aber nicht die lauten Gegner sind die gefährlichsten: je lauter sie sprechen, desto leichter bilden sie sich ein, eine That bereits vollbracht zu haben; das weitere kann dann hinausgeschoben werden.

Ferner, diese Meinungsäußerungen würden aufhören, sobald man sie von oben her untersagte. Freilich ist es ganz richtig, daß auch im absoluten Regiment der Wille der Regierung einigermaßen durch die Stimmung des Volks beeinflußt wird. Aber diese panslavistischen Ideen sind doch in den Kreis derer eingeschränkt, die mit Interesse politische Zeitschriften lesen, und dieser Kreis hat in Rußland keinen großen Umfang. Die große Masse des Volks steht unter ganz andern Einflüssen, sie gehorcht der Kirche, und der Hauptvertreter der russischen Kirche ist der Kaiser.

Der Krieg ist eine sehr complicirte Maschinerie: wenn die Regierung ihn nicht will, der Panslavismus allein wird ihn nicht machen. Aeußer-

lich aber wird die Regierung durch den Panslavismus nicht bestimmt werden, dazu kennt sie ihre Macht zu gut; sie läßt ihn gewähren, weil sie ihn für ihre Zwecke vortrefflich ausbeuten kann; sie spielt mit dem Feuer, weil sie glaubt, es sofort löschen zu können, wenn es ihr nicht mehr convenirt. Die Kriegsgefahr würde erst dann eintreten, wenn die Regierung innerlich panslavistisch würde d. h. wenn ihr Ehrgeiz einen solchen Hitzegrad erreichte, die Gefahr eines deutschen Kriegs, die denn doch größer wäre als die eines türkischen, auf sich zu nehmen.

Aber dieser Hitzegrad könnte von einer andern Seite kommen, und darin liegt für mich die Gefahr des Nihilismus. In ihm hat die russische Regierung einen Feind, von dem sie weder weiß, was er will noch wo er ist; einen unerbittlichen, tödtlichen Feind, ohne Furcht und ohne Gewissen, der auftritt, wo man ihn am wenigsten ahnt, der die weitläufigsten Verzweigungen zu haben scheint und über erstaunliche Mittel disponirt. Das peinliche Gefühl dieser inneren Krankheit, bei der wie beim Krebs, kein Schneiden hilft, könnte die maßgebenden Kreise, endlich in eine so unerträgliche Aufregung versetzen, daß sie um jeden Preis eine Luftveränderung versuchten, ohne sich vorher klar zu machen, was das helfen soll.

Der russische Nihilismus, wie er namentlich seit dem alten Jahr hervorgetreten ist, gehört zu den unheimlichsten Erscheinungen unseres Jahrhunderts. Die Dreistigkeit des Verbrechens ist es nicht allein, es ist die lange ausgedachte, planvolle Durchführung, es ist namentlich die sehr gemischte Empfindung, die es in der „guten Gesellschaft“ erregt, was allen historischen Analogien widerspricht. Die Freisprechung der Wera Sassulitsch ist ein ebenso bedenkliches Symptom, wie der Versuch, den Winterpalast in die Luft zu sprengen. Wir stehen vor einem Räthsel, und es scheint den Russen nicht anders zu gehen.

Wenn man, um ein historisches Räthsel zu lösen, sich an einen Dichter wendet, so scheint das eine verkehrte Maßregel. Aber es liegt hier auch ein ganz eigener Fall vor. Iwan Turgénjew, für uns der Hauptvertreter der russischen Literatur und mit Recht einer unserer Lieblinge wegen der hohen Anmuth seiner Erzählung und der Schärfe seiner Charakteristik, hat sich mit dem Nihilismus bereits ernsthaft beschäftigt, ehe in Europa überhaupt davon die Rede war. Er hat eine Gabe der Beobachtung, die man mitunter ein Second sight zu nennen versucht wäre, und sein Bericht wird von einer seltenen Wahrheitsliebe getragen. Als vor drei Jahren sein Roman „Neuland“ erschien, brach in Rußland ein förmlicher Sturm der liberalen Presse los; man schalt den Dichter einen Verräther, man behauptete, alles was er erzähle, sei unwahr. Darauf erfolgte der Monstreproceß gegen die Nihilisten, aus dem sich ergab,

wie wahrheitsgetreu alle seine Bilder waren. Nun trat in der öffentlichen Meinung ein Umschlag ein: der Dichter wurde in den Kreisen der liberalen russischen Jugend enthusiastisch gefeiert, so gefeiert, daß es nach oben hin Anstoß gegeben zu haben scheint. Jetzt, wo er wieder in St. Petersburg Gelegenheit hat, die Dinge aus der Nähe zu beobachten, wird er wohl seine Anschauungen mannichfach erweitern und berichtigen.

Denn so treffend all die einzelnen Bilder in „Neuland" sind, so fehlt dem Ganzen doch ein sehr wesentlicher Zug, der, als er den Roman schrieb, freilich noch nicht hervorgetreten war: man sah nicht deutlich daraus, was gerade bei der Eigenthümlichkeit des russischen Charakters das vollkommen richtig geschilderte Treiben der Nihilisten für große und ernste Gefahren in sich schloß. Ich habe gleich bei der Anzeige des Buchs darauf aufmerksam gemacht, ohne zu ahnen, wie nah die Gefahr war.

„Neuland" ist dem Leser bekannt genug. Ich mache auf zwei ältere Werke Turgenjews aufmerksam, in denen er zuerst versucht, dem Wesen des Nihilismus beizukommen: „Väter und Söhne" und „Rauch", zwei Novellen vom ersten Range; es soll aber hier nicht von dem Kunstwerth die Rede sein, sondern nur von dem politischen Inhalt.

„Väter und Söhne" erschien 1861, und ist gewissermaßen ein Ausschnitt aus dem Bildungsgang des Dichters selbst. Die Sympathie der russischen Dichter wendet sich fast ausschließlich an die Franzosen, ihre intellectuelle Bildung aber suchen sie meistens in Deutschland. So hat es Turgénjew gemacht, er hat in Berlin studirt, als noch Romantik, Goethe, Idealismus, Hegel'sche Philosophie in Flor war; freilich im Begriff, in das Gegentheil umzuschlagen. Als er zum zweiten Mal in Berlin war, gaben erst die Junghegelianer, dann die Materialisten den Ton an. Alles wollte modern und practisch sein, die Romantik war ein förmliches Scheltwort geworden; von Poesie und Geschichte wollte man nicht viel mehr wissen, Naturwissenschaft und National-Oeconomie war das Einzige, was man gelten ließ. Dem extramundanen Gott hatte man längst abgesagt, dafür hatte Feuerbach im „Wesen des Christenthums" die „Menschheit" oder die „Gattung" auf den Altar gestellt. Das sollte nun auch romantisch sein! Max Stirner gab das jetzt verschollene, damals viel gelesene Buch „Der Einzelne und sein Eigenthum" heraus; durch Moleschott, Vogt und Büchner wurde nun auch Feuerbach bekehrt und erklärte: „der Mensch ist was er ißt".

Diese Wandlungen machten die jungen Russen, die in Berlin studirten, getreulich mit. Sie waren in einer früheren Periode Romantiker, Verehrer des Faust, Idealisten und Hegelianer gewesen, sie wurden nun Materialisten oder Nihilisten.

Diese Beziehung zur deutschen Culturbewegung muß man im Auge haben, wenn man „Väter und Söhne" richtig verstehen will. Der Roman schildert den Gegensatz zweier Generationen, aber wohl gemerkt, nicht wie er im Volk lebt, sondern wie er bei den durch die europäische Cultur gegangenen Gebildeten sich zeigt.

Arkadi, ein junger Student aus Petersburg, kommt in den Ferien nach Hause und bringt seinen Universitätsfreund Bazarof mit. Arkadi's Vater ist Romantiker und Idealist aus der alten Schule; sein Onkel Paul, englisch gebildet, Gentleman, ist mehr für die „Principien" als für die „Ideale". Arkadi stellt ihm seinen Freund als einen „Nihilisten" vor.

„Nihilist? Das muß aus dem Lateinischen kommen, nihil: also ein Mensch, der nichts gelten läßt."

„Ein Mensch, der nichts gelten läßt, kein Princip, kein Ideal und keine Autorität, wie groß auch ihr Kredit sei, ohne sie vorher geprüft zu haben."

Im weitern ergiebt sich, daß Bazarof alle Principien und Ideale für Romantik erklärt. Abgesehen von dem Cynismus in seinen Ausdrücken und Betragen, ist sein Grundsatz, nichts ohne Prüfung zu glauben, für die wissenschaftliche Arbeit der ganz richtige; für das handelnde politische Leben scheint er nicht gemacht zu sein. Als Arkadi, Bazarofs Anhänger, erklärt: „wir d. h. wir Nihilisten zerstören, weil wir eine Macht sind; wir haben eine Pflicht zu erfüllen, wir haben nicht das Recht, uns der Befriedigung des persönlichen Egoismus zu überlassen", kommt diese Auffassung seinem Lehrer auch ziemlich romantisch vor.

Paul meint, der Materialismus, den die neue Schule predigt, habe sich bereits als unzulänglich erwiesen.

„Wir predigen gar nichts!" antwortet Bazarof, „das ist nicht in unserer Gewohnheit".

„Was thun Sie denn?"

„Das will ich Ihnen sagen. Wir fingen damit an, auf die Bestechlichkeit der Beamten, auf die schlechte Justiz, auf den Mangel an Landstraßen und Aehnliches aufmerksam zu machen. Dann aber sahen wir ein, daß auch damit nichts gewonnen ist, da uns das tägliche Brod fehlt, da wir unter dem dicksten Aberglauben ersticken, da es bei uns keine ehrlichen Menschen giebt. Auch die Emancipation der Leibeigenen würde nichts Gutes hervorbringen, da unser Bauer bereit wäre, sich selbst zu bestehlen, um im Wirthshaus Schnaps zu trinken."

„Sehr wohl! Sie wissen das alles, und doch sind Sie entschlossen, nichts Ernsthaftes zu unternehmen?"

„Ja, dazu sind wir entschlossen".

„Und das nennt man Nihilismus?"

„Das nennt man Nihilismus“.

Auf die weitere Frage: ob die Nihilisten etwa die Absicht haben, sich für eine spätere Action vorzubereiten? bleibt Bazarof stumm, bemerkt aber nach einer Pause, sie wären zahlreicher als man glaube.

„Ihr wollt nur alles verspotten!“ sagt ihm Paul.

„Nein, wir wollen Frösche seciren.“ Er hat sich nämlich ganz den naturwissenschaftlichen Experimenten hingegeben. —

Ein Charakter, wie der hier geschilderte, scheint wenig geeignet, an die Spitze einer Verschwörung zu treten; noch weniger, als untergeordnetes Glied an einer Verschwörung Theil zu nehmen, da er keine Autorität über sich erkennt. In der That ist auch von einer solchen Verschwörung im Buch nicht weiter die Rede. Aber ein Wort Bazarof's wirft ein grelles Streiflicht auf die Lage der Dinge: „ich will mich bekehren, wenn Sie mir ein einziges, nur ein einziges Institut nennen, das werth wäre, erhalten zu bleiben“.

Bazarof trotz seiner Verachtung alles Bestehenden hat nicht die Neigung, Schwarm zu machen; wer sein Anhänger sein will, thut es auf eigene Gefahr; ihm genügt es, seine Meinung recht derb gelegentlich auszusprechen. —

Der Roman „Rauch“ zeigt uns dagegen eine Persönlichkeit, die ohne eigentlichen geistigen Inhalt rein aus Herrschsucht es wirklich dahin bringt, sich einen ziemlichen Anhang zu schaffen. Es ist der große Gubareff, von Geburt Aristokrat, wie Bazarof von Geburt Plebejer. Eine große Anzahl von Studenten in Heidelberg, aber auch, wie es scheint, von russischen Universitäten, sind fest von seiner Größe überzeugt; sie glauben ihm aufs Wort und thun was er haben will. Hören wir nun, wie ein Mann, der in dem Augenblick die Meinung des Dichters vertritt, sich über das Verhältniß ausspricht.

„Dieser Gubaref hat weder Verstand noch Kenntniß, weder Talent noch Charakter, aber er hat einen starken Willen, und der fehlt uns Slaven. Er hat sich in den Kopf gesetzt, Parteiführer zu werden, und ist es geworden. Wir sind geborene Leibeigene, wir brauchen in Allem und Jedem einen Herrn, wir sind wie weicher Thon, uns zu kneten ist nicht schwer; treffen wir einen an, der eine große Meinung von sich selbst hat und sich die Mühe giebt, uns zu befehlen, so gehorchen wir blind.“ —

Dieser Roman erschien 1866, er spielt aber nur ein Jahr nach „Väter und Söhne“, 1862. Dazwischen war die Emancipation der Leibeigenen erfolgt. Die Nihilisten des zweiten Romans haben mit denen des ersten nur das gemein, daß sie für die Naturwissenschaft schwärmen, sonst nichts. Bazarof war bei aller Einseitigkeit ein gescheuter Mann, Gubaref

ist geistig eine Null, seine Anhänger sind noch ärgere Nullen. Bazarof gilt den Vertretern des Alten für einen Anhänger der deutschen Civilisation, Gubaref hat Fühlung mit den Panslavisten. Die Schritte, zu denen er seine Anhänger verleitet, obgleich nicht viel dabei heraus kommt, haben für diese zum Theil übele Folgen, er selbst geht frei aus und wendet fortan seine Brutalität gegen seine Gutsangehörigen.

Wenn wir über das innere Wesen des Nihilismus in diesen beiden Romanen noch nicht viel erfahren, so treten doch zwei Momente deutlich hervor. Einmal die Ueberzeugung, daß kein einziges Institut in Rußland werth sei erhalten zu bleiben; sodann die stark in der Natur des Russen liegende Neigung, sich einen Führer zu suchen, dem er unbedingt folgt. Durch die Lehre des Materialismus von den Banden der Kirche, durch die Emancipation aus der Gewohnheits-Knechtschaft gelöst, fällt er leicht einen dämonischen Menschen in die Hände, der gebieterisch seinem Leben ein Ziel setzt, wäre das Ziel auch nur die Zerstörung.

Der Roman „Neuland“ erschien etwa 15 Jahre nach „Väter und Söhne“, aber die Zeiten, in denen der Dichter die beiden Geschichten spielen läßt, liegen einander noch näher: für „Neuland“ hat Turgènjew ausdrücklich die Jahre 1868—70 angegeben.

In dieser Zeit hat der Nihilismus bereits gewaltig um sich gegriffen. Ein geheimer Oberer, Wassili Nikolajewitsch, hat eine Schaar unbedingter Anhänger um sich gesammelt, die seinen Befehlen gehorchen wie die Assasinen den Befehlen des Alten vom Berge. Was er ihnen aufträgt, ist völlig sinnlos. Sie müssen das Volk in Landbezirken, die zum Theil des Lesens unkundig sind, zum Aufruhr auffordern. Die einzige Folge ist, daß sie den Behörden ausgeliefert und nach Sibirien transportirt werden. Gleichwohl wird durch diesen Mißerfolg das Ansehen des Dictators keineswegs vermindert, man dient ihm mit demselben Zutrauen wie vorher, und bei der Untersuchung wird nichts verrathen.

Indessen hat man nach dem Erscheinen des Romans für die „große Action“ ein einfacheres handgreiflicheres Mittel gewählt, den Mord. Freilich weiß man ebensowenig, was dabei herauskommen soll, wenn das Verbrechen wirklich gelänge, als man weiß, was der Aufruhr eines entlegenen Districts für einen Einfluß auf das Reich ausüben sollte. Aber es geschieht doch etwas, man ist in Action.

Aus welchen Classen recrutirt sich die Gesellschaft, die Wassili Nikolajewitsch zu seinen Werkzeugen gebraucht? Die Acten des großen Nihilistenprocesses liefern darüber noch mehr Aufklärung als Turgènjews Roman. Die Jugend, namentlich die studirende Jugend, ist überwiegend vertreten: Neschdanof in Neuland ist dafür eine typische Figur. Aber es kommen

auch andere Altersclassen vor. Angehörige der vornehmen Gesellschaft, kleine Edelleute, Männer und Weiber aus dem Volke, Alles drängt sich bunt durcheinander. Für die letzteren sind Ostrodumof und Matschurina ebenso prächtig gezeichnete Typen wie Neschdanof.

Am bemerkenswerthesten ist die Theilnahme der Frauen. Marianne, ein Fräulein aus adeligem Geschlecht, aber in einer abhängigen Lage, spielt im Roman eine erhebliche Rolle. Turgénjew macht es mit ihr wie mit so manchen seiner weiblichen Lieblingsfiguren: ihr äußeres Verhalten tritt mit einer Anschaulichkeit heraus, daß es den Eindruck der unbedingten Wahrheit macht; was aber in den Tiefen ihres Innern vorgeht, darüber schweigt er. Indeß bieten seine übrigen Novellen Handhaben genug, nach der Analogie zu schließen.

Würde man aus diesen Novellen sich eine allgemeine Regel abstrahiren dürfen, so wären in Rußland die Frauen das stärkere Geschlecht. Sie sind ganz und voll in ihrer Empfindung, die Männer werden durch mancherlei Bedenken nach verschiedenen Seiten gezogen. Die Frauen bei Turgénjew suchen durchweg einen Helden: so Helena, so Nathalie in „Rudin", so hier Marianne, und so die meisten übrigen. Zum Theil ist es weibliche Neugier, zum Theil aber auch das Bedürfniß, sich nur dem hinzugeben, den sie anbeten. In der Regel werden sie in ihrem Suchen getäuscht, dann tritt aber eine andere Fähigkeit bei ihnen ein, die Fähigkeit, sich aufzuopfern, wenn nicht für eine Person, dann für eine Idee. Die katholische Kirche hat ihre festeste Wurzel im Gemüth der Frauen, und nicht minder der russische Nihilismus, wenn er sich zu einem Glauben erhebt. Bei den Nihilistenprocessen möchte man immer fragen wie jener französische Criminalist: où est la femme?

Wer aber ist das geheime Haupt dieser Secte? Der große Anonyme, als welcher ihn ein Spaßmacher in „Neuland" bezeichnet.

Bazarof oder einer Seinesgleichen ist es nicht. Der Materialismus ruft weder Aufopferung noch Verbrechen hervor, zu beiden gehört irgend ein vermeintliches Ideal. Als vorbereitend kann Bazarof's Richtung freilich gedacht werden, insofern Nihilismus gleichbedeutend ist mit Pessimismus. Wenn man wiederholt alle öffentlichen Zustände als völlig verrottet und hoffnungslos darstellt, so kann sich daraus allmälig eine Stimmung erzeugen, die sich einen Sprung ins Unbestimmte, ins Blaue als den einzig rettenden Ausweg vorstellt.

Aber den Glauben, der zu diesem Sprung gehört, kann ein Bazarof nicht hervorbringen. Können es Gubaref oder Wassili Nikolajewitsch? Von dem Letzteren wird erzählt, er sei ein kleiner verwachsener Mann, aber von starker Vitalität und von einem unbedingten Glauben an sich

selbst. — Man hat an Stelle dieser anonymen Wühler nach hochgestellten Persönlichkeiten gesucht, die ein positives Interesse an dem Verbrechen haben könnten; die russische Geschichte ist ja nicht arm an solchen Erfahrungen! Aber bei der einmal vorhandenen Stimmung, daß nichts in Rußland haltbar ist, und bei dem Bedürfniß einer großen Action wäre es nicht ganz unmöglich, daß wirklich jene Gubaref und Wassili Nikolajewitsch das Heft in Händen halten.

Solche Persönlichkeiten sind auch in Deutschland vorgekommen, ich erinnere nur an Lassalle. Sie traten auch im vorigen Jahrhundert ein, und ich will mit einigen Bemerkungen unserer großen Schriftsteller über diese „dämonischen Menschen" schließen.

„Es sind nicht immer die vorzüglichsten Menschen", sagt Goethe in „Wahrheit und Dichtung", „weder an Geist noch an Talenten; selten durch Herzensgüte sich empfehlend, aber sie üben eine unglaubliche Gewalt über alle Geschöpfe. Alle vereinten sittlichen Kräfte vermögen nichts gegen sie; vergebens daß der hellere Theil der Menschen sie als Betrogene oder Betrüger verdächtig machen will — die Masse wird von ihnen angezogen." —

„Schwärmerei", sagt Herder, „ist eine ansteckende Krankheit; vielleicht die ansteckendste, der unsere Natur ausgesetzt bleibt, eben weil der Mensch ein geselliges sympathisirendes Geschöpf ist. Krämpfe und Contorsionen gehen aus einer Seele in die andere über. Ein mächtiger Wille gebietet, reizbare Naturen, Sinne, Triebe folgen; sie folgen oft ungern und werden wider Willen gezogen, wie der betäubte Vogel ängstlich der Klapperschlange zufliegt."

„Wenn es Unglück bringende Menschen giebt, so sind es nicht jene trübsinnigen, die sich selbst dafür halten, sondern jene stolzen frechen Menschen, die sich berufen glauben, ihr Bildniß Jedermann aufzuprägen. Solche Menschen können auf Generationen Unglück verbreiten." — —

Die Hauptgefahr für Rußland liegt darin, daß dieser fanatischen Secte eine höchst schwankende öffentliche Meinung gegenüber steht. Die Freisprechung der Wera Sassulitsch verräth deutlich, daß die pessimistischen Anschauungen Bazarofs auch die besseren Kreise der Gesellschaft inficirt hatten, daß sie den Widerstand aufgeben, weil sie nichts um sich sehen, das die Mühe der Rettung lohnt.

So darf die Staatsgewalt nicht denken: wie schlecht sie beschaffen sein möge, dem reinen Chaos gegenüber hat sie das Recht und die Pflicht, ihre Existenz zu vertheidigen. Julian Schmidt.

Russische Probleme.

(Politische Correspondenz.)

Berlin, 14. März 1880.

Die im Inlande wie im Auslande mit großer Spannung erwartete Eröffnung der diesjährigen Session des deutschen Reichstags hat eine Klärung der Beziehungen Deutschlands zu den übrigen europäischen Großmächten weder herbeiführen können noch herbeiführen wollen. Die Eröffnungsrede vom 12. Februar begnügte sich damit der Nation mit photographischer Treue das Augenblicksbild der Weltlage zu zeichnen und von Neuem die Stellung zu fixiren, welche die deutsche Politik zu behaupten entschlossen ist. Den Pessimisten, welche die Vorlegung der Novelle zu dem Reichsmilitairgesetz vom 2. Mai 1874 als Symptom einer unmittelbar drohenden Verwickelung auszubeuten versuchten, tritt die Eröffnungsrede mit der Erklärung entgegen: „Die Beziehungen des deutschen Reichs zu allen auswärtigen Mächten sind friedlich und freundschaftlich." In der Thronrede vom 12. Februar 1879 hatte Kaiser Wilhelm, nachdem er von dem Ergebniß des Congresses von Berlin Act genommen, die nächste Aufgabe seiner Politik also bezeichnet: „Die durch den Berliner Vertrag bekräftigten friedlichen Beziehungen der auswärtigen Mächte zu Deutschland und zu einander zu fördern, soll auch ferner die Aufgabe sein und bleiben, in deren Dienst Ich die große Macht, welche Deutschland durch seine Einigung gewonnen hat, verwenden will, soweit sie in Meine Hand gelegt ist." Die diesjährige Eröffnung des Kaisers an die Nation konnte mit Befriedigung constatiren: „Das Vertrauen auf die Sicherung des Friedens durch die Ergebnisse des Congresses, welchem Se. Majestät der Kaiser und König im vorigen Jahre Ausdruck gab, hat sich als ein berechtigtes bewährt. Die Bestimmungen des Berliner Vertrags haben in nahezu allen Punkten ihre Ausführung bereits gefunden." Die definitive Regelung der montenegrinisch-türkischen Grenze und die griechische Grenzfrage, welche der Berliner Congreß mehr angedeutet als gelöst hat, sind nicht geeignet, das Werk des Berliner Congresses in Frage zu stellen.

Die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel sind, wenn auch nicht überall gleichmäßig, im Großen und Ganzen geregelt und berechtigen zu der Hoffnung, daß die von dem Druck der türkischen Herrschaft befreiten Völkerschaften den Weg ruhiger Entwickelung finden werden, wofern der störende Einfluß der im Orient wetteifernden Mächte fern gehalten wird.

Hätte die Thronrede sich auf die Hervorhebung der nahezu vollständigen Ausführung des Berliner Vertrags beschränkt, so würde man ihr mit Recht den Vorwurf machen, daß sie das deutsche Volk mit geschlossenen Augen an dem gähnenden Abgrund vorüber führen wolle. Seit dem Frühjahr 1879 haben sich die Wolken, welche der Sturm von dem orientalischen Himmel weggefegt hat, über Centraleuropa gelagert. „An allen weiteren Bestrebungen, den Frieden Europa's dauernd sicher zu stellen" fährt die Eröffnungsrede fort, „bleibt das Deutsche Reich nach wie vor betheiligt." Mit anderen Worten: die friedlichen und freundlichen Beziehungen, in denen das Deutsche Reich zur Zeit zu allen auswärtigen Mächten steht, enthalten noch keine Bürgschaft für die dauernde Sicherstellung des Friedens Europa's. Aber nicht Deutschland ist es, dessen Aspirationen den Frieden bedrohen. Die kriegstüchtigste Nation Europa's, diejenige Nation, welche das Ideal des „Volks in Waffen" verkörpert hat, ist zugleich die am meisten friedlich gesinnte. „Mit der Herstellung unserer nationalen Einigung sind die friedlichen Neigungen des deutschen Volkes in ihr volles Recht getreten." In dem nationalen Staate sind Souverain und Volk untrennbar. Der Deutsche Kaiser ist der würdige Träger der „friedlichen Neigungen des deutschen Volkes". „In Bethätigung derselben, schließt die Thronrede, bleibt die Politik Sr. Majestät des Kaisers und Königs eine friedliche und erhaltende; mit der unbeirrten Stetigkeit, welche das Gefühl eigner Kraft verleiht, wird sie auch ferner bestrebt sein in voller Uneigennützigkeit für die Erhaltung des Friedens nicht nur selbst einzutreten, sondern die Mitwirkung und die Bürgschaft der gleichgesinnten Mächte zu gewinnen und sicher zu stellen."

Mit andern Worten: zur dauernden Sicherung des Friedens bedarf Deutschland Bundesgenossen, gleichgesinnter Mächte, welche, wie es selbst, um ihrer selbst willen den Frieden wollen, gleichzeitig aber die nationale Selbstständigkeit und die internationale Machtstellung Deutschlands anerkennen. Daß der Kaiser die gleichgesinnten Mächte nicht, geschweige denn die eine, deren Mitwirkung und Bürgschaft bereits gewonnen ist, nennen konnte, ohne die möglicher Weise feindlich Gesinnten zu provoziren, liegt auf der Hand. Ein ausdrücklicher Hinweis auf das deutsch-österreichische Bündniß würde in St. Petersburg als eine indirecte Herausforderung empfunden worden sein.

Entscheidend aber mochte für die Zurückhaltung der Staatsschrift eine andere Erwägung sein. Es wäre zunächst ein innerer Widerspruch, wenn dieselbe Thronrede, welche mit der Versicherung beginnt, daß die Beziehungen des Reichs zu allen auswärtigen Mächten friedlich und freundschaftlich sind, eine oder mehrere Mächte anklagte, daß sie die Fortdauer dieser friedlichen und freundschaftlichen Beziehungen in Frage zu stellen gewillt seien. Nicht die Regierungen, wenigstens nicht die gegenwärtigen Regierungen Frankreichs, Rußlands und Italiens hat die Thronrede im Auge, wenn sie die Nothwendigkeit hervorhebt, Mitwirkung und Bürgschaft der gleichgesinnten Mächte zu gewinnen. Alle Nationen, sagte Graf von Moltke bei der ersten Berathung des Militärgesetzes im Reichstage, alle Nationen bedürfen gleichmäßig des Friedens, und ich möchte behaupten, alle Regierungen werden den Frieden halten, so lange sie stark genug sind, um es zu können. Ich meine, man sollte sie in aller Weise stärken und stützen; eine schwache Regierung ist ein Unglück für jedes Land und eine Gefahr für den Nachbar. Wir haben Alle Kriege ausbrechen sehen, die weder das Staatsoberhaupt — noch das wirkliche Volk gewollt haben, sondern die Parteihäupter, welche sich zu seinen Wortführern aufwarfen, die leicht beeinflußbare Menge und schließlich auch die Regierung nach sich zogen.

Wer denkt hier nicht an den Napoleon III. aufgezwungenen Krieg gegen Deutschland vom Jahre 1870 und an den letzten Krieg Rußlands gegen die Türkei, in den notorisch Alexander II. von den Führern der russischen Nationalpartei hineingedrängt wurde! Graf von Moltke fährt fort: „Annexions- und Revanchegelüste, Mißbehagen über innere Zustände, das Streben, stammverwandte Völkerschaften an sich zu ziehen, die im Laufe der Zeit anderen Staatenbildungen eingefügt sind — dies und vieles andere kann auch in Zukunft immer wieder neue Verwickelungen hervorrufen, und so fürchte ich allerdings, daß wir noch lange die schwere Rüstung tragen müssen, welche unsere geschichtliche Entwickelung und unsere Weltstellung uns aufnöthigen."

Welches die Mächte sind, die Graf von Moltke im Auge hatte, ist nicht schwer zu errathen. Annexions- und Revanche-Gelüste — in Frankreich; Mißbehagen über innere Zustände — in Rußland; das Streben, stammverwandte Völkerschaften an sich zu ziehen, die im Laufe der Zeiten anderen Staatenbildungen eingefügt sind — in Italien.

Der Hinweis auf die Thatsache, daß die zeitige Regierung oder die augenblicklich herrschende Partei weder in Rußland noch in Frankreich noch in Italien sich mit Kriegsprojecten tragen, muß ohne Eindruck bleiben, sobald es sich nicht mehr um die Beurtheilung der unmittelbaren Gegen-

wart handelt. Im Gegentheil, die Gefahr für den Weltfrieden erscheint um so größer und zugleich um so unberechenbarer, solange nationale Leidenschaften nur durch augenblickliche Verhältnisse im Zaume gehalten und an dem Ausbruch gehindert werden. Bei den Verhandlungen über das Militärgesetz im Reichstage hat Herr von Treitschke die Friedensmission der allgemeinen Wehrpflicht hervorgehoben. „Allerdings, sagte er, wir Deutschen tragen die Hauptschuld daran, daß heutzutage der Welttheil in Waffen starrt. Wir tragen die Schuld darum, weil wir jenes nationale Heerwesen geschaffen haben Dank Scharnhorst und seinen Freunden, das, nachdem es sich einmal zeigte und seine Kraft offenbarte, alle andern Nationen gezwungen hat, unseren Spuren zu folgen. Dieses Werk, das die Völker umgestaltet in geordnete Heere, dieses nothwendige, zeitgemäße und kulturfreundliche Werk des 19. Jahrhunderts geht heute seinen Gang und ich will nur wünschen, daß unsere Nachbarn mit der Zeit sich auch aneignen mögen, als die nothwendige Folge der Heeresorganisation Deutschlands, die Gesinnungen eines Volkes in Waffen: jene friedfertige Gesinnung, welche am letzten Ende aus einem wirklich nationalen Heerwesen hervorgeht. Sie ist noch im Werden, dereinst wird sie eintreten." Niemand wird dieser Hoffnung auf das „Dereinst" entgegentreten wollen; in der Gegenwart aber sehen wir nur das Eine, daß bei der Uebertragung auf die übrigen Nationen das deutsche Wehrsystem nicht den Charakter der Nationen modificirt, sondern daß der Charakter der Nationen sich und seinen Bedürfnissen das Wehrsystem anpaßt. Die allgemeine Wehrpflicht zieht allerdings der alten Cabinetspolitik Schranken. Für dynastische Interessen kann man wohl ein Söldnerheer, nicht aber „die Nation in Waffen" in Bewegung setzen. Dagegen sind nationale Heere die stetsbereiten und gefährlichsten Werkzeuge nationaler Leidenschaften und derjenigen Parteien, welche es verstehen, die Sympathien und Antipathien der Völker für ihre Zwecke auszubeuten. Je größer der Antheil wird, den die Masse der Nation auf die Richtung der Politik des Landes ausübt, um so unmittelbarer und unwiderstehlicher treten die in der Volksseele wirkenden Naturkräfte in Action und deßhalb ist diejenige Regierung in nationaler Weise die stärkste, welche sich am rückhaltlosesten mit den instinktiven Strebungen des Volkes identificirt.

Die notorische Schwäche der russischen Regierung beruht gerade darauf, daß sie in einem bis jetzt unlösbaren Widerspruch steht mit den nationalen Instinkten der Nation. In Deutschland ist man, wesentlich aus Unkenntniß der Geschichte Rußlands, allzusehr geneigt, den sogenannten „Panslawismus" als eine Verirrung gelehrter Kreise, als mißverstandene Consequenz abstruser Theorien zu verurtheilen. Zutreffend ist diese Auf-

fassung nur, insofern auch die Polen, welche durch Geschichte, Religion und Sprache von dem russischen Volke geschieden sind, als Mitglieder der großen slavischen Familie in Anspruch genommen werden. Die ersten bewußten Regungen der nationalrussischen Politik liefen auf die gewaltsame Russificirung der Polen in dem Königreich Polen, der Deutschen in den baltischen Provinzen und sogar der Finländer in dem Großfürstenthum Finland hinaus. National-russisch ist nicht das Streben nach Ausdehnung der Sprache, Religion und Herrschaft Rußlands nach Westen, sondern der Drang nach Süden, nach Befreiung der orthodoxen Völkerschaften der Balkanhalbinsel von der Herrschaft der Ungläubigen, auf deren Hauptstadt Constantinopel die russischen Kaiser nach der volksthümlichen Auffassung durch die Vermählung des Großfürsten Iwan III. mit der Nichte des bei der Einnahme von Constantinopel durch die Türken gefallenen letzten oströmischen Kaisers Constantin XII. Paläologos einen unverjährbaren Anspruch erheben. Daß die Bedeutung dieser Vermählung nicht erst ex post combinirt worden ist, beweist die Thatsache, daß gleichzeitig (1475) der doppelköpfige griechische Reichsadler in das Wappen des russischen Reichs aufgenommen wurde. In welchem Grade der Symbolismus dieser Verbindung zwischen Petersburg und Byzanz die russische Politik unter Peter dem Großen, Catharina und ihren Nachfolgern beherrscht, wie der instinktive Haß des russischen Volkes gegen den unrechtmäßigen Besitzer von Constantinopel nach jedem mißlungenen Versuch zu neuen Kriegszügen führt, gehört der Geschichte an. Den Zusammenhang der national-russischen Orientpolitik mit dieser vier Jahrhunderte alten Tradition hat der verdiente Verfasser des Werkes „Rußland vor und nach dem Kriege*)“, welches für unsere Kenntniß des heutigen Rußlands geradezu epochemachend ist, in dem Abschnitt „Die nationale Auffassung der orientalischen Frage“ auch dem Auge des in der Geschichte unseres östlichen Nachbars weniger bewanderten Lesers offen gelegt.

Die politische Färbung hat dieses lediglich auf religiöser Gemeinschaft beruhende Verhältniß Rußlands zu den Völkerschaften der Balkanhalbinsel erst in Folge des Rückschlages angenommen, den die Nationalitäten-Politik des Westens und des Centrums Europas auf Rußland ausübte. Keine Großmacht, selbst Frankreich nicht, hat durch die Wiedererrichtung des deutschen Reiches eine so große Einbuße an moralischem Einfluß und an materieller Macht erlitten, als Rußland, wie ein flüchtiger Vergleich der Stellung Rußlands nach dem deutsch-französischen Kriege mit der Zeit des Kaisers Nicolaus erkennen läßt. Was war natürlicher, als daß

*) Leipzig bei Brockhaus, 1870.

die russische „Nation“, der der Absolutismus der Regierung das eigene Gebiet streitig machte, mit größerer Energie als je zuvor ihre Blicke nach dem Süden richtete, wo die „Glaubensbrüder“ unter dem Joch des Halbmonds schmachteten. Je weniger ausgebildet in dem russischen Volk der Begriff der Staatseinheit ist, um so leichter war die Verwechselung politischer Zugehörigkeit und religiöser Glaubensgemeinschaft. Auf dieser Verwechselung beruht die ganze panslavistische Bewegung, die allen, welche nicht in jenem nationalen Irrthum befangen sind, als Eroberungsdurst erscheinen muß. Aber gleichviel, ob Irrthum, ob Wahrheit, die national-slavische Idee beherrscht gerade die lebensfrischeren Elemente der Nation, die durch die absolutistische Politik der Regierung sich abgestoßen fühlen, in dem Maße, daß Kaiser Alexander halb mit halb gegen seinen Willen zu der Kriegserklärung gegen die Pforte und zu der militairischen Promenade nach Constantinopel gedrängt wurde. Daß dieses Unternehmen, welches unter dem Vorwande der Befreiung der christlichen Völkerschaften der Türkei die Ausdehnung der politischen Herrschaft Rußlands bis zum Bosporus und zum adriatischen Meere anstrebte, mit einer ungeheuren Enttäuschung enden mußte, wenn Europa nicht völlig seine Interessen vergaß, darüber konnten halbwegs zurechnungsfähige Politiker von Anfang an nicht im Zweifel sein. Die nationale Partei aber schrieb diese Enttäuschung, welche der Berliner Vertrag besiegelte, nicht ihrer eigenen Verirrung, sondern dem Verrath des deutschen Nachbars zu. Deutschland hat nicht nur den Einfluß Rußlands in Europa gebrochen; es hat auch zu Gunsten des österreichischen Concurrenten Rußland den Weg nach Constantinopel versperrt und das russische Volk um die Früchte des blutigen Sieges gebracht. So lautete die unfruchtbare „Kritik des Parteigeistes“, gegen welchen Fürst Bismarck bereits im Voraus in der Schlußsitzung des Berliner Congresses das Friedenswerk desselben in Schutz nahm. Der panslavistische Parteigeist hat in der That dem Berliner Vertrag nichts anhaben können. Um so erbitterter warf er sich auf die eigene Regierung, die nicht wahnsinnig genug gewesen war, es auf einen Krieg mit England ankommen zu lassen und auf das verrätherische Deutschland, welches seine Machtstellung dem Wohlwollen Rußlands verdanken sollte.

Als die Panslavisten aus dem Orientkriege nach Hause zurückkehrten, machten sie die peinliche Entdeckung, daß die russische Regierung, die sehr bereit gewesen, das neugegründete Bulgarien mit einer Verfassung zu dotiren, in keiner Weise geneigt war, die Verwaltung Rußland im europäischen Sinne zu reformiren oder von den Machtbefugnissen, in deren Besitz sie sich befand, auch nur ein Titelchen preiszugeben. Die pansla-

vistischen Schreier, die Aksakoff u. Gen., deren agitatorische Beredsamkeit die Regierung mit Recht fürchtete, wurden kurzweg zur Ruhe verwiesen. Man erinnert sich noch, daß die „Moskauer Zeitung“ wegen eines Feuilletons, in dem die Verfassungsfrage in bescheidenster Weise erörtert war, preßpolizeilich gemaßregelt wurde. Dem Siege der „nationalen“ Politik auf den Schlachtfeldern, hatte man gemeint, müsse der Sieg der nationalen Idee im Innern folgen. Jetzt erst merkte man, daß die Nachgiebigkeit Rußlands auf dem Congreß ebensowohl durch die Furcht vor England, als durch die Besorgnisse dictirt war, welche die Gährung im Innern rechtfertigte. Ist es doch ein seltsames Zusammentreffen, daß Kaiser Alexander an demselben Tage, an dem die Wera Sassulitsch von den Geschworenen wegen des Attentats auf General Trepoff freigesprochen wurde (11. April 1878), ein Handschreiben an den Kaiser Wilhelm richtete, um demselben die Interessen Rußlands an's Herz zu legen — das erste Symptom, daß Kaiser Alexander den Frieden von San Stefano nicht als das letzte Wort der russischen Politik betrachtete. Die national-slavische Partei fühlte sich dupirt. Die höhnische Kritik, in der sich die gebildeten Kreise gegen den deutschen Hof und das absolutistische Regierungssystem ergingen, wurde von den roheren, aber thatkräftigeren Elementen der Umsturzpartei in Brandstiftungen, Attentate auf die Werkzeuge des Systems und endlich auf den Kaiser selbst übersetzt; gerade wie die Hödel und Nobiling bei uns den frevelhaften Versuch machten, den sozialistischen Theorien die Wege zu ebnen.

Seit nahezu 2 Jahren beobachten wir den steigenden Mißerfolg einer Politik, welche mit den alten unzulänglichen Mitteln den Versuch macht, den alten Zustand wieder herzustellen; die beweglichen Kräfte der Nation wieder in den Kerker zurückzuzwängen, dem sie durch den Krieg gegen die Türkei entrinnen zu können vermeinten.

Die Stärke der Nihilisten liegt sicherlich nicht in der Vollkommenheit ihrer Organisation oder der Zahl ihrer Mitglieder oder in der Intelligenz, über welche sie verfügt. Die Proclamationen, mit denen die Verschwörer von Zeit zu Zeit die öffentliche Meinung in Schrecken setzen, sind nicht geeignet, authentische Aufschlüsse zu geben. Ist es doch bisher noch Niemanden eingefallen, die Nihilisten als eine Unterabtheilung der constitutionellen Partei zu betrachten, weil ihre Proclamationen die Berufung einer constituirenden Versammlung fordern. Diese Forderung, das wissen die Urheber sehr wohl, sichert ihnen in weiten Kreisen passive Bundesgenossen, die sich unter Umständen kein Gewissen daraus machen, der Polizei ein Schnippchen zu schlagen. Handelte es sich nicht sowohl um sporadische Ausbrüche des Zerstörungstriebes, sondern um systematisch

vorbereitete Unternehmungen, so wäre die eigenthümliche Mischung von Raffinement und Mangel an Ueberlegung unbegreiflich. Solowieff bediente sich zu dem Mordanfall auf den Kaiser am 14. April 1879 eines alten, zu dem Zwecke völlig unbrauchbaren Terzerols. Das Moskauer Attentat auf den Eisenbahnzug, in dem man den Kaiser vermuthete, würde auch dann resultatlos geblieben sein, wenn nicht zufällig der Reisezug des Kaisers dem Baggagezug vorausgefahren wäre. Noch greller tritt das Mißverhältniß zwischen den angewendeten Mitteln und der beabsichtigter Wirkung bei der Explosion im Winterpalais hervor. Die Dynamitladung, welche den kaiserlichen Speisesaal in die Luft sprengen sollte, war nicht stark genug, die kolossalen Zwischengewölbe zu durchbrechen, so daß die Intervention der Vorsehung, als deren Werkzeuge die Diebe gepriesen wurden, welche das Gepäck des Fürsten von Bulgarien auf der Reise heimgesucht und dadurch die Verschiebung der Dinerstunde veranlaßt hatten, sich als völlig überflüssig erwies.

Der Versuch, diese Attentatsepidemie mit Polizeimaßregeln zu bekämpfen, steht etwa auf derselben Linie, wie wenn Jemand den Ausbruch eines feuerspeienden Berges durch Verschüttung des Kraters verhindern wollte. Und obendrein treffen alle die chicanösen Maßregeln nicht die ohnehin an eine unterirdische Existenz gewöhnten Verbrecher, sondern die große Masse der unbetheiligten Bevölkerung, ohne die Autorität der Regierung zu stärken. Die Stärke der Nihilisten beruht eben auf der Schwäche der Regierung, auf dem absoluten Mangel an Einheit in der Exekutive und auf dem Kampf der Behörden untereinander, so daß die Umgebung des Kaisers mit einem Schein von Berechtigung den Nihilismus als die Empörung der unteren Beamtenklassen gegen die höheren darstellen konnte. Der schwerste Vorwurf gegen das russische Regierungssystem ist ja nicht der, daß es ein absolutistisches ist, sondern daß das ungeheure Kapital von Machtvollkommenheit, über welches der Kaiser verfügt, in einer langen Reihe von Instanzen verzettelt wird zum Nachtheil der Regierung wie der Regierten; daß ferner die einzelnen Behörden sich nicht gegenseitig ergänzen und controlliren, sondern daß die Competenzen derselben ineinander übergreifen und dadurch Reibungen entstehen, welche die besten Kräfte nutzlos aufzehren; mit einem Worte: daß das russische Regierungssystem das Gegentheil des „aufgeklärten Absolutismus“ ist. Das Problem, welches die russische Regierung lösen muß, hat mit dem Gegensatz zwischen conservativ und liberal gar nichts zu thun; es handelt sich in erster Linie darum, wieder eine actionsfähige Regierung zu schaffen, an die Stelle einer erschlaffenden und corrumpirenden Verwirrung eine zielbewußte, einheitlich geleitete Exekutive zu setzen. Der brennende Durst der russischen

Gesellschaft — sehr wohl zu unterscheiden von der Nation, die in ihren breitesten Schichten noch ein embryonisches Dasein führt —, nach Theilnahme an dem staatlichen Leben wird ja etwas früher oder etwas später befriedigt werden müssen. Aber wer einem Anderen Macht und Einfluß übertragen soll, muß zuerst selbst im anerkannten Besitz derselben sein. Eine starke Regierung kann Vollmachten delegiren; eine schwache ist gezwungen, die Herrschaft zu theilen. Der Entschluß des Kaisers Alexander, auf dem Gebiet der Staatsverwaltung gewissermaßen tabula rasa zu machen, die tausendköpfige Hydra der Bureaukratie durch eine „Dictatur" zu ersetzen, ist deshalb überall da, wo die russischen Dinge nicht nach der europäischen Schablone beurtheilt werden, mit entschiedener Zustimmung begleitet worden. Die wichtigste Frage ist freilich die, ob die Wahl des Kaisers die geeignete Person getroffen hat. Graf Loris-Melikoff, der Sieger am Aladja Dag, der Eroberer von Kars, der, Armenier von Geburt, eine Zeit lang mit dem Plan der Gründung eines von der Türkei unabhängigen Armeniens in Verbindung gebracht wurde, hat sich nach dem Kriege als Gouverneur des Wolgabezirks ebenso im Kampfe gegen die Pest bewährt, wie als Generalgouverneur von Charkow im Kampfe gegen die nihilistischen Verschwörungen. Seine erste Kundgebung als Präsident der „höchsten Exekutiv-Kommission zur Wahrung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung" bestand in einem Aufruf an die Einwohner von St. Petersburg, dessen Sprache rücksichtslose Energie mit weiser Mäßigung verbindet. Graf Loris-Melikoff appellirt nicht nur an die Gewalt, deren erster Träger er ist. „Auf die Unterstützung der Gesellschaft", heißt es in dem Aufruf, blicke ich als auf die Hauptkraft, welche die amtliche Gewalt bei der Wiederherstellung des regelrechten Laufes des staatlichen Lebens unterstützen kann, dessen Unterbrechung am meisten die Interessen der Gesellschaft selbst schädigt." Selbstverständlich ist es Sache des Diktators, die Form zu finden, in der „die Unterstützung der Gesellschaft" gewonnen werden kann. Vielleicht ist die Aufforderung, welche der General an die St. Petersburger Duma (Magistrat) gerichtet hat, vier Mitglieder zu wählen, welche wenn auch nur mit berathender Stimme in die Exekutiv-Kommission berufen werden sollen, der erste folgenreiche Schritt.

Die Klugheit, welche General Loris-Melikoff durch diese Maßregel an den Tag legt, wird vortheilhaft ergänzt durch den persönlichen Muth, den er beim Ergreifen des Mordgesellen bewies, der sich den Dictator als Opfer ausersehen hatte. Am 2. März fand der Mordversuch statt; am 5. schon wurde das von dem Kriegsgericht gesprochene Urtheil vollstreckt. Die Petersburger Gesellschaft mochte grollen, daß sie um eine

interessante Gerichtsverhandlung betrogen war. Der auf der That ergriffene Mlodetzki fand nicht einmal Zeit wie seine Vorgänger — soweit dieselben nämlich überhaupt entdeckt werden konnten — vor der „Nation" die leitenden Gedanken seiner „Partei" mit der pikanten Beredtsamkeit der Extremsten darzulegen. Das Urtheil und die Strafe folgten der That auf dem Fuße — eine Procedur, höchst prosaisch und außerordentlich nüchtern für die an Haut-Gout gewöhnten Helden der St. Petersburger Salons; aber von drastischer Wirkung.

Eine nachhaltige Wirkung wird freilich weder die einzelne Execution, noch die Dictatur überhaupt auf die inneren Verhältnisse Rußlands ausüben können. Graf Loris-Melikoff mag den ärgsten Ausschreitungen der nihilistischen Verkommenheit Schranken setzen. Den Nihilismus selbst, d. h. die Erhebung des „Nichts", der Ziel- und Zwecklosigkeit zum Princip wird die russische Gesellschaft auch mit Hülfe der Militärherrschaft nicht überwinden.

Am Ende der Dictatur wird der Kaiser wieder vor demselben Problem stehen, dem er durch die Einsetzung einer über allen Behörden stehenden Executiv-Commission aus dem Wege gegangen ist; vor der Aufgabe einer durchgreifenden Reorganisation der Staatsverwaltung, vor der Nothwendigkeit, das Leben der Nation mit einem neuen Inhalt zu erfüllen; vor der Forderung, der Gesellschaft eine thätige Mitwirkung bei der Entscheidung über ihre Interessen einzuräumen.

Begreiflicher Weise nimmt sich die deutsche Presse mit einer gewissen Wärme der politischen Forderungen an, welche auf eine Umgestaltung der Institutionen Rußlands in dem bezeichneten Sinne hinauslaufen. Es wäre aber ein vollständiger Irrthum, von einer solchen Reform die Rückkehr Rußlands zu einer feindlichen Politik Deuschland und Oesterreich gegenüber zu erwarten. Wenn erst der Kampf um die Herrschaft im Innern, der bis jetzt die alte Büreaukratie zu einem erbitterten Gegner der „neuen Welt", der panslavistischen oder sagen wir lieber der national-slavischen Strömung gemacht hat, erst zu Gunsten der letzteren entschieden ist, so wird die Gefahr, daß die Sieger sich der dann in ihrem Besitz befindlichen Machtmittel des Staates bedienen, um ihrer Politik auch nach Außen hin zum Siege zu verhelfen, eine sehr viel größere werden. Die von Natur friedliebenden mittleren und unteren Schichten der Nation, der Bürger und Bauernstand ist vorläufig noch durch das Niveau seiner Bildung von der Einwirkung auf die Geschicke des Staates ausgeschlossen. Schon die Einsetzung der Dictatur, welche zuerst die „Moskauer Zeitung" befürwortet hat, wurde von den Führern der Nationalpartei als halber Sieg ihrer Sache betrachtet, während die altrussischen

Conservativen alle Mittel aufgeboten hatten, die Bankeroterklärung der Büreaukratie zu verhindern. Daß jetzt bereits die Ratten das sinkende Schiff verlassen, zeigt die Kniebeugung, zu der sich der greise Fürst Gortschakoff vor dem neuen Gestirn herabließ, indem er den Grafen Loris-Milikoff seine Dienste als Mitglied der Executiv-Commission anbot. Ob das Anerbieten angenommen wurde, ist noch ebenso unbekannt, wie die Zusammensetzung der Executiv-Commission überhaupt.

Sollte aber die Scheidewand fallen, welche bis jetzt die eigentlich regierenden Kreise von der nationalen Kriegspartei scheidet, so ist es unvermeidlich, daß zwei aus verschiedenen Quellen fließende Ströme des Hasses gegen Deutschland und die Deutschen in Ein Bette zusammenfließen. Wenn die Nationalen Deutschland hassen, weil es sich als Hinderniß ihrer Orientpolitik bewährt hat, — der Geist der dem Throne nahe stehenden Kreise, der seit 1866 und 1870/71, d. h. seit der Zeit, wo die Wiederherstellung des Deutschen Reiches die Machtstellung Rußlands in Deutschland und Deutschland gegenüber brach, mindestens nicht an Intensität verloren hat, äußert sich heute vielleicht nicht mehr in so greller und beleidigender Weise als damals, wo ein russischer Großfürst sich weigerte, den zum Besuche des kaiserlichen Hofes eintreffenden Kronprinzen von Preußen am Bahnhofe zu empfangen: die Gesinnung hat sich in keiner Weise geändert, trotz der Besuche in Berlin und Wien. Schien es doch eine Weile, als ob es den Einflüsterungen unserer Feinde gelungen sei, den allzubestimmbaren Sinn des Kaisers Alexander seinem Onkel, dem Kaiser Wilhelm zu entfremden, dessen ersten Rathgeber man sich nicht entblödet, als Friedensstörer zu denunciren. Indessen so erfolgreich die Bemühungen waren, den persönlichen Verkehr der beiden Kaiser zu verhindern, eben so erfolglos blieb das Bestreben, die persönliche Freundschaft der beiden Souveräne zu erschüttern. Gerade die nihilistischen Attentate, die das Vertrauen des Kaisers so in's Schwanken brachten, daß er bei dem Empfang eines Telegramms, in welchem das preußische Kaiser-Alexander-Regiment ihm als seinem Chef zur Errettung Glück wünschte, zu dem General-Gouverneur der Hauptstadt äußerte: „Wären alle meine Soldaten so treu wie diese, die Nihilisten hätten es nicht so weit gebracht" — gaben den Anlaß, Versicherungen unerschütterlicher Freundschaft auszutauschen. Es war sicherlich mehr als ein Act höfischer Etiquette, als der russische „Regierungsbote" am Morgen des 2. März und gewissermaßen als Einleitung zu der Feier des 25jährigen Regierungsjubiläums des Kaisers das von dem deutschen Reichskanzler gegengezeichnete Schreiben des Kaiser Wilhelm veröffentlichte, welches mit dem Ausdruck der Freude darüber begann, „daß die Freundschaft, welche unsere in Gott ruhenden Väter ver-

band, sich auch in unseren gegenseitigen Beziehungen bewährt habe" und dann fortfuhr: „In dem Rückblick auf die Zeit, in welcher sich diese Freundschaft bewährt hat, finde Ich die Zuversicht, daß dieselbe bis an Mein Lebensende ungetrübt bestehen bleibt". Beiläufig bemerkt, scheint in der Gegenzeichnung dieses Schreibens seitens des Fürsten Bismarck der Beweis zu liegen, daß die Allianzverhandlungen mit Frankreich im vorigen Sommer nicht mit Vorwissen des Kaisers Alexander stattgefunden haben.

Die Veröffentlichung dieser Kundgebung des Kaisers Wilhelm und des für die deutsche Politik verantwortlichen Reichskanzlers war, wie auch die Haltung der russischen Presse erkennen ließ, darauf berechnet, die öffentliche Meinung zu beruhigen. Auch der heißblütigste der Panslavisten muß sich sagen, daß Rußland für jetzt nicht in der Lage ist, sich auf auswärtige Unternehmungen einzulassen.

Die allgemeinen Aspekten der europäischen Lage freilich haben sich wenigstens für denjenigen, der auf das Dauernde in der Erscheinungen Flucht sieht, in keiner Weise geändert. Nur Eins hat sich, seitdem wir zuletzt, den Blick vorzugsweise nach Westen kehrend die Lage prüften*),

---

*) Bei der ersten Berathung des Militärgesetzes in der Sitzung des Reichstages vom 1. März hat der Herr Abg. Richter (Hagen), die Taktik der französischen Presse nachahmend, die Politische Correspondenz im Februar-Heft der „Preußischen Jahrbücher" erwähnt als einen Artikel, „den man als einen Krieg-in-Sicht-Artikel wohl richtig bezeichnet". „Dieser Artikel, meint Herr Richter, athmet einen Kriegsfanatismus gegen Frankreich und Rußland, wie er mir kaum vorgekommen ist und wie er mir gerade im gegenwärtigen Augenblicke am wenigsten angebracht erscheint." Zum Beweise für diese jedem unbefangenen Leser des Artikels sicherlich unverständliche Auffassung — eine Auffassung, die allerdings in der Oeconomie der Reden des Herrn Abgeordneten ihren Platz hat — greift Herr Richter die Erwähnung des französischen Cadresgesetzes vom Jahre 1875 und der durch dasselbe herbeigeführten Vermehrung der „Friedensstärke" der Armee um 144,000 Mann (S. 211) heraus, um „die Historiker" der Preußischen Jahrbücher an den Pranger zu stellen, welche ihre Deductionen auf „erfundene" Zahlen basiren. Als wenn auch nur eine einzige unserer Conclusion durch die Ehrenrettung des so schmählich verläumdeten Cadresgesetzes hinfällig würde! Komisch aber ist nicht dieses natürlich unfreiwillige Mißverständniß des Herrn Richter, sondern daß er mit dem ihm eigenen Pathos die behauptete Vermehrung der Friedensstärke um 144,000 Mann eingehend widerlegt, ohne zu merken, was ein aufmerksamer und mit militärischen Dingen halbwegs vertrauter Leser sofort gesehen haben wird, daß nicht von der Friedensstärke, sondern von der Kriegsstärke die Rede ist. Der Herr Graf von Moltke, obgleich er den Artikel der „Preußischen Jahrbücher" in dem Augenblicke, als er Herrn Richter antwortete, nicht gelesen hatte, sprach denn auch an dieser Stelle nur von der Kriegsstärke. „Im Feldzuge 1870, sagte Herr Graf von Moltke, trat Frankreich uns entgegen mit 8 Armeekorps, gegenwärtig besitzt es deren 19. Damals hatte es 26 Infanteriedivisionen, jetzt 38; damals 26 Cavalleriebrigaden, jetzt 37. Die Stärke der französischen Armee in ihrer ersten Aufstellung betrug 366,000 Mann; gegenwärtig kann Frankreich uns nach den Etatszahlen entgegenstellen 670,000 Mann. Die Territorialarmee ist darin nicht eingerechnet. Ich komme zu dem Resultate, daß Frankreich seit dem Jahre 1874, also in 6 Jahren, seine Armee mehr als verdoppelt hat, und, meine Herren, in dieser selben Zeit, oder vielmehr schon seit dem letzten Frieden sind wir ruhig stehen geblieben bei Einem Procent einer antiquirten Volkszählung."

verändert: unser Vertrauen auf die Zukunft ist befestigt durch die patriotische Aufnahme, welche das neue Septennatsgesetz in dem deutschen Reichstage gefunden hat und welche demselben nahezu die Zwei-Drittel-Majorität sichert. Die Bedeutung dieses auf den ersten Blick so unscheinbaren Gesetzes ist erst allmählig hervorgetreten. In wenigen Jahren wird die deutsche Kriegsmacht um 250 bis 300,000 Mann verstärkt sein, um eine Armee, stark genug, die Eine unserer Fronten zu decken, so daß wir uns mit ganzer Wucht auf den gefährlichsten Gegner werfen können.

Diese Wahrnehmung wird in gleicher Weise unsere Freunde ermuthigen und unsere Gegner zur Vorsicht mahnen. So werden die schweren Opfer an Geld und persönlichen Leistungen, welche die Nation bringt, unserer Sicherheit und dem Frieden Europa's zu Gute kommen.

Berichtigung.

In dem dritten Abschnitte meiner Arbeit über die Pariser Commune (44. Bd. der „Preußischen Jahrbücher" S. 77) habe ich durch ein bedauerliches Ausgleiten der Feder Schiller genannt als Dichter der Zeilen:

Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben,
Der täglich sie erobern muß.

Eine sofortige Ausmerzung des alsbald erkannten Irrthums erwies sich leider wegen schon vollendeten Drucks des betreffenden Bogens unmöglich und eine nachträgliche Berichtigung schien mir angesichts der großen Verbreitung jenes Citats aus dem zweiten Theile des „Faust" nicht eben nothwendig. Da indessen noch jetzt ein entsprechender Wunsch aus dem Leserkreise d. Bl. verlautet, so mag ihm hiermit Genüge geschehen.

Franz Mehring.

Verantwortlicher Redacteur: H. v. Treitschke.
Druck und Verlag von G. Reimer in Berlin.

Der Prinz von Homburg in Geschichte und Dichtung.

Von

C. Varrentrapp.

Seit der gegenwärtige Herausgeber dieser Blätter in ihrem zweiten Bande zuerst seinen Aufsatz über Heinrich von Kleist veröffentlichte, haben die Preußischen Jahrbücher wiederholt ihrem Interesse für den Prinzen von Homburg wirksamen Ausdruck gegeben. Und in der That müßte es Verwunderung erregen, wäre nicht gerade an dieser Stelle mit Vorliebe das deutsche historische Drama gewürdigt, das wie kein anderes für die Verbreitung und das Verständniß preußischer Anschauungen auf das Bedeutsamste gewirkt hat und dessen Wirkung andrerseits durch sie in unseren Tagen auf das Mächtigste gefördert ist. Diese Erwägung ermuthigt mich, den Lesern der Jahrbücher den wesentlichen Inhalt eines Vortrags vorzulegen, den ich im vergangenen Winter in Marburg hielt. Hier und jetzt, im preußischen Marburg hat es einen eigenen Reiz den Spuren alter Verbindung zwischen Hessen und Brandenburg-Preußen nachzugehen. Ein steinernes Denkmal solcher Verbindung ist noch heute auf dem Marburger Schloß zu sehen: in eine Mauer des äußeren Schloßhofs sind neben einander das hessische und das brandenburgische Wappen eingefügt. Sie sind keineswegs erst in unseren Tagen hier zusammengestellt; sie entstammen der Zeit, da eine geborene Brandenburgerin, die Schwester des Großen Kurfürsten Hedwig Sophie in Hessen regierte. Unter allen Nachkommen Philipp's des Großmüthigen aber ist außerhalb der hessischen Grenzen keiner mehr bekannt und gefeiert, als der Zeitgenosse und Freund Hedwig Sophien's, Landgraf Friedrich II. von Homburg, seit der größte brandenburgische Dichter ihn, den hessischen Führer brandenburgischer Truppen am Tage von Fehrbellin in seinem letzten und reifsten Drama verherrlicht hat. Wohl wäre es übel, bedürften wir zum Genuß und Verständniß des Kleist'schen Stückes eines historischen Commentars; gewiß

darf das Urtheil über seinen Werth als Kunstwerk nicht von historisch-politischen Erwägungen beeinflußt werden. Aber es ist nicht unbegreiflich und nicht unberechtigt, wenn wir an diesem Stoff und seiner Behandlung noch ein anderes als ein ästhetisches Interesse nehmen; mit besonderer Lebhaftigkeit drängt sich gerade in Hessen der Wunsch auf, die historische Bedeutung des hessischen Helden des 17. und der seinen Nachruhm verbürgenden Dichtung des 19. Jahrhunderts in klares Licht zu setzen, genauer als es bisher geschehen ist im Einzelnen darzulegen, wie die geschichtliche Persönlichkeit beschaffen war, die sich Kleist zum Helden erwählte, wie er den historischen Stoff vorfand, wie er ihn gestaltete und mit welchem Geiste er ihn erfüllte. So fühle ich mich zu besonderem Dank den Vorständen des Geheimen Staats-Archivs in Berlin und des hessischen Haus- und Staats-Archivs in Darmstadt verpflichtet, deren freundliches Entgegenkommen mir die Kenntniß von Aktenstücken ermöglichte, welche unser bisheriges Wissen über Landgraf Friedrich ergänzen und uns namentlich über sein Verhältniß zum Großen Kurfürsten neue Aufschlüsse geben*).

Wem der jugendliche Held Kleist's, der Geliebte Nataliens lebhaft vor der Seele steht, ist überrascht, wenn er zuerst erfährt, daß der historische Prinz Friedrich von Homburg zur Zeit der Schlacht von Fehrbellin 42 Jahre alt und bereits zum zweiten Male verheirathet war. Mitten in den Stürmen des dreißigjährigen Krieges war er am 30. Mai 1633 geboren, ein halbes Jahr nach dem Tode Gustav Adolf's, ein Jahr vor der Ermordung Wallenstein's. Sein gleichnamiger Vater, der erste Landgraf von Homburg, der Sohn Georg's I. von Darmstadt, der Enkel Philipp's des Großmüthigen starb bereits 1638, als unser Friedrich, sein jüngster Sohn, erst 5 Jahre alt war; die Mutter, eine geborene Gräfin von Leiningen-Westerburg gerieth mit der Grafschaft durch die Wirren des Kriegs in mannigfache Bedrängnisse. Bürgermeister und Gemeinde von

---

*) In dem Darmstädter Archiv, dem nach dem Tode des letzten Landgrafen von Homburg die auf die Geschichte des Fürstenhauses bezüglichen Akten des ehemaligen Homburger Archivs überliefert sind, finden sich von der Correspondenz Friedrich's II. mit seiner zweiten Gemahlin leider nur die drei interessanten Briefe aus dem Juni 1675 vor, die zuerst von Hamel, nach ihm auch in der Festschrift von Hassel und Witzleben über Fehrbellin veröffentlicht sind; dagegen sind erfreulicher Weise dort nicht nur ausführliche Akten über Friedrich's erste Gemahlin, sondern namentlich auch eine große Zahl der 1672—79 an den Landgrafen gerichteten Schreiben des Großen Kurfürsten, Derfflinger's und anderer brandenburgischer Kriegs- und Staatsmänner sowie der Concepte von Friedrich's Antworten erhalten. Nur weniges ergeben für seine Geschichte die 1866 nach Idstein gebrachten auf die Homburgische Landesgeschichte bezüglichen Archivalien und die Akten des Marburger Staats-Archivs; letztere sind bereits von Wyß für seinen Artikel über den Landgrafen in der Allgemeinen Deutschen Biographie (7, 520 ff.) benutzt; am Schluß desselben verzeichnet W. die bisherige Literatur über Friedrich.

Homburg klagten 1643, wie sie „unter Schweden und Kaiserlichen zugleich gelitten, wie ihnen das Brod vor dem Mund weggenommen, sie auch von Haus und Hof vertrieben, so daß die Mehrzahl in Hunger und Kummer habe sterben und verderben müssen“. Die Gräfin suchte Schutz bei dem nächstverwandten Darmstädter Fürsten; ein Brief von ihr aus dem Jahr 1645 belehrt uns über ihre Absicht, ihren Friedrich nach Marburg zu schicken; Georg von Darmstadt versprach ihr, er solle wie seine eigenen Söhne behandelt, alles Ersprießliche zur Fortsetzung seiner Studien und Exercitien gethan werden. Schon früh interessirte den Jüngling hauptsächlich alles, was sich auf das Kriegswesen bezog; Turenne fand deshalb Gefallen an ihm und wünschte ihn für den Dienst des französischen Königs zu gewinnen, die Mutter aber wollte von den lockenden Anerbietungen des Franzosen nichts hören. Sie schickte ihren Sohn auf die Akademie nach Genf; er lernte dort Französisch, bildete sich im Tanzen, Fechten und vor allem im Reiten aus und besuchte von Genf aus einen Theil Frankreichs und Italiens. Der Aufenthalt in der Fremde hatte seine soldatischen Neigungen nur gestärkt; als er zurückgekehrt war, litt es ihn nicht daheim: er wandte sich nach Stockholm und trat unter dem eben zum König erhobenen kriegslustigen Karl X. in das schwedische Heer. Er hatte mancherlei Fährlichkeiten zu bestehen: glücklich entging er den Gefahren einer Vergiftung an der Tafel des Grafen Königsmarck und eines Schiffbruchs auf der Reise nach Deutschland. Hier warb er ein Regiment*), dämpfte einen Aufstand, der sich erhob, und brachte so seine Soldaten in das Hauptquartier vor Danzig; an der Belagerung dieser Stadt wie später an der von Kopenhagen nahm er einen ruhmvollen Antheil. Schon vor Danzig hatte ein unglücklicher Sturz mit dem Pferde ihn eine Zeit lang kampfunfähig gemacht; ein schlimmerer Unfall traf ihn vor Kopenhagen. Bei einem Ausfall, den die Belagerten am 19. Januar 1659 unternahmen, wurde ihm das Pferd unter dem Leib getödtet und ihm selbst der linke Oberschenkel abgeschossen. Dieser hing, so erzählt eine 1708 von einem landgräflichen Kammerdiener verfaßte biographische Aufzeichnung, noch an der Sehne; da ließ der Landgraf sich ein Messer geben und schnitt den Schenkel selbst ab. Dabei hatte er sich „so verblutet, daß ein Adjutant ein Glas Schlagwasser brachte ihn einzureiben; Friedrich nahm dem Adjutanten das Glas aus der Hand und setzte es an den Mund und trank es aus: da wurde er wieder frisch“. Aber viele Splitter

*) Im Oktober 1655 meldete Somnitz aus Königsberg nach Wien: „Landgraf Fritz wirbt noch in Deutschland“; der Kurfürst beauftragte seinen Gesandten in Wien beim Kaiser gegen diese Werbungen im Reich um ein Verbot einzukommen. Urkunden und Actenstücke z. G. des Kurfürsten Friedrich Wilhelm 7, 419.

waren im Fleisch zurückgeblieben; der Verwundete hatte auch ferner arge Schmerzen auszustehen — nicht am wenigsten in Folge der ungeschickten Behandlung der Aerzte; wohl liefert ein gutes Zeugniß für seine kräftige Natur, daß er dabei, wie der angeführte Bericht erzählt, „vor Ungeduld sich zu Pferde setzte, auf das Feld ritt und etliche Hasen schoß"; endlich fiel das wilde Fleisch ab sammt dem Pflaster, das „ein trefflicher Balbierer" in Oppenheim aufgelegt hatte, und der Patient wurde „glücklich korrirt". Es wurde ihm ein künstliches Bein mit silbernen Gelenken angefertigt; danach hieß er seitdem der Landgraf mit dem silbernen Bein. König Karl X. wünschte seinen Generalmajor für seine Leistungen und Schmerzen zu belohnen; er stellte ihm die Statthalterwürde von Livland in Aussicht; aber als der König 1660 gestorben, wollten die schwedischen Adligen, die während der Minderjährigkeit Karl's XI. das Regiment führten, dem Deutschen den wichtigen ihm versprochenen Posten nicht einräumen. Friedrich empfand die Kränkung so bitter, daß er den schwedischen Dienst verließ; bald sollte sich zeigen, wie sehr die Schweden sich geschädigt, als sie den Deutschen zurückstießen, wie sehr sie ihm und uns genützt. Oft ist es mit Recht als segensreiche Fügung gepriesen, daß die Hohenzollern, daß namentlich der Große Kurfürst den vielfachen Verlockungen, die ihn in die Fremde riefen, widerstand und seine Kraft seinem Staate erhalten blieb; er verstand es diesem auch eine Reihe werthvoller anderer deutscher Kräfte zu gewinnen: so ist wie Derfflinger und Görtzke auch der Landgraf aus dem schwedischen in das brandenburgische Heer gekommen. Als schwedischer Generalmajor erscheint auch er als einer der in seinen Tagen so zahlreichen „kraftvollen Sprößlinge vom deutschen Stamm, die dem Vaterlande verloren gingen"; er aber wurde ihm zurückgegeben, und was er in der Schule der Fremden gelernt, sollte er ihnen gegenüber im Dienste des jungen deutschen Staates bewähren.

Seine Heirath mit der Tochter des schwedischen Reichsraths Brahe setzte ihn in den Stand, Güter in Norddeutschland zu erwerben: er kaufte die Aemter Weferlingen und Winningen im Halberstädtischen, Hötensleben im Magdeburgischen und Neustadt an der Dosse in Brandenburg. So wurde er der Unterthan des Großen Kurfürsten, dieser gab ihm Beweise seiner Gunst, verlieh auf Friedrich's Bitte dem von ihm mannigfach geförderten Neustadt 1664 das Stadtrecht; 1670 traten Beide in nahe persönliche Beziehungen. Friedrich vermählte sich, anderthalb Jahre nach dem Tode seiner ersten Gemahlin, mit einer Nichte des Kurfürsten, Luise Elisabeth, einer Tochter des Herzogs von Kurland; gleichzeitig erfolgte sein Uebertritt von der lutherischen zur reformirten Confession und seine Ernennung zum General der Cavallerie in der brandenburg-preu-

gischen Armee. Die neuere Forschung hat auf das Klarste dargelegt, mit wie mannigfachen und gewaltigen Schwierigkeiten der Große Kurfürst bei der Schöpfung dieses Heeres zu kämpfen hatte, von wie großer Bedeutung seine und seines Enkels Leistungen auf diesem Gebiet für die innere und äußere Erhebung Preußens und Deutschlands gewesen sind; es galt und es gelang nach Schmoller's bezeichnenden Worten „aus den Privatunternehmungen von räuberischen, geldsüchtigen Obersten eine nationale Armee zu bilden, die dem Staate festeingefügt, mit ihm verwachsen, nur der Ehre und dem Interesse des Ganzen diente". In dem Nordischen Krieg, in dem sich Friedrich unter schwedischen Fahnen die Sporen verdient hatte, waren zuerst der Große Kurfürst und sein Heer als Mehrer deutschen Ruhms und deutscher Macht aufgetreten: durch sie war nach „Jahrhunderten endloser Verluste an allen Grenzen unserer Nation, wie Droysen treffend ausführt, die erste Wiedereroberung" erzielt und zugleich „hatte Brandenburg eine Stellung genommen, die auf ein großes europäisches Bedürfniß gegründet war. Und dies Bedürfniß blieb und wuchs in dem Maße, als neue Kämpfe das Gleichgewicht heftiger erschütterten." Zu der heftigsten Erschütterung, zu den bedeutsamsten Kämpfen kam es bekanntlich in dem Jahrzehnt, das dem Eintritt Homburg's in die brandenburgische Armee folgte. Unter allen Fürsten Europas hat allein der Brandenburger Kurfürst nicht nur die Gefahr erkannt, mit der das Uebergewicht Ludwig's XIV. Deutschlands und Europas Freiheit bedrohte: er ist ihr kräftig begegnet. Er allein trat den bedrängten Niederlanden hülfreich zur Seite, als der französische König sie 1672 überfiel; vorübergehend zum Frieden mit Frankreich gezwungen, erlaubte er doch 1673 seinem General Friedrich von Homburg für seine Person an dem Krieg gegen Frankreich Theil zu nehmen, und als die Möglichkeit und bessere Aussichten zum Wiederbeginn energischen Kampfes gegen die französischen Prätentionen sich boten, war es der Kurfürst, der 1674 auf das Kräftigste im Elsaß die deutsche Sache vertheidigte. Nicht seine Schuld war es, daß die Operationen der Deutschen unglücklich ausgingen; es gab wohl Franzosen, die auf den Kurfürsten und seine Generale schmähten, auf den gänzlich verdienstlosen Schneider Derfflinger, wie auf Homburg, den man für fähig halte eine Compagnie zu führen, wenn er gesunden Menschenverstand hätte*); an maßgebender Stelle aber täuschte man sich nicht, daß die Brandenburger die entschlossensten und gefährlichsten Feinde Frankreichs waren. Sie zu lähmen

*) S. den Bericht von Verjus an Louvois vom 24. Juli 1674, Urkunden und Actenstücke z. G. des Kurfürsten Friedrich Wilhelm 2, 522 ff.

trieb man Schweden in den Krieg; während der Kurfürst im Elsaß focht, brach ein schwedisches Heer in Brandenburg ein.

Friedrich Wilhelm erkannte klar die ganze Schwierigkeit seiner Lage, er empfand auf das Tiefste die Bedrängniß seiner Unterthanen; doch folgte er darum den Rathgebern nicht, welche ihn mahnten nur an diese zu denken und die gemeinsame Sache der antifranzösischen Coalition preiszugeben. „Der Höchste hat mich“, so schrieb er, „von meiner Jugend an wunderbarlicher Weise gegen aller Menschen Vermuthungen aus mancher Gefahr errettet; ich habe demselben auch alle Zeit vertraut, bin derhalben versichert, er werde mir in diesem Zustande beistehen und Seine väterliche Hand von mir nicht abziehen, sondern Freude und Vergnügen an meinen Feinden erleben lassen.“ Für seiner Lande, für Deutschlands und Europas Freiheit war er in den Kampf gegen Frankreich gegangen; da sich diesem als Helfer jetzt die zweite fremde Macht beigesellte, die schwer auf Brandenburg und Deutschland drückte, war er entschlossen alles daran zu wenden, ihren Uebergriffen dauernd ein Ziel zu setzen, die Schweden nicht nur aus der Mark herauszuschlagen, jetzt ihnen gegenüber auch sein altes Recht auf Pommern zur Geltung zu bringen, Oder und Rhein zugleich aus der Gefangenschaft der Fremden zu befreien. In tiefstem Geheimniß, mit größtem Geschick traf er seine Vorbereitungen zum Zuge gegen die Verheerer Brandenburgs; aus dem kurfürstlichen Hauptquartier Schweinfurt erging am 21. Mai 1675 die Weisung an Landgraf Friedrich mit den Regimentern, die im Hohenlohischen, Rothenburgischen und Wertheimischen ständen, über Gemünden nach Fulda und dann weiter nordwärts zu marschiren und zuletzt einige Compagnien aus dem Eichsfeld an sich zu ziehen. Er erhielt so die Führung des linken Flügels; nachdrücklich wurde ihm die Pflicht eingeschärft, auf strenge Disciplin und möglichste Schonung der Truppen wie der Bevölkerung und auf Erkundung sicherer Nachrichten über feindselige und verdächtige Bewegungen von Schweden und Hanoveranern in Westdeutschland bedacht zu sein; im Uebrigen wurde alles seiner „bekannten Generosität und erlangten Kriegsexperientz“ anheimgestellt. Friedrich entsprach dem Vertrauen, das auf ihn gesetzt wurde; er leitete „trotz der über die Maßen beschwerlichen bösen Wege“ glücklich den Marsch seiner Truppen, bis sie sich mit dem Hauptheer vereinten.

Das Geheimniß des Zugs war auf das Beste gewahrt; die Schweden, die in langgedehnter Linie an der Havel standen, dachten an keine drängende Gefahr, als am 15. Juni eine Abtheilung von ihnen in Rathenow überfallen und damit das Centrum ihrer Aufstellung durchbrochen wurde. Noch am Abend des Tages schrieb der Landgraf an seine Frau:

„Es ist die schönste Action von der Welt vor der ganzen Feindts Armada einen so considerabeln Ort zu gewinnen; ob Gott will, erfolgt balten ein mehreres; hetten wir unsre Infanterie bei uns, wollten wir den Feind gut schlagen; enfin Gott wird schont machen.“ Bei der 200jährigen Wiederkehr der ruhmreichsten Siegestage des Großen Kurfürsten hat einer der besten Kenner seiner Geschichte im 36. Bande dieser Zeitschrift eingehender geschildert, welche Bestürzung der Ueberfall von Rathenow bei den Schweden hervorrief und wie die Brandenburger diese Bestürzung auszunutzen wußten. Gern hätte der Kurfürst die Feinde, die eilig sich rückwärts zu concentriren suchten, in dem Winkel zwischen Havel und Rhin festgehalten, bis sein Fußvolk herangekommen, das noch nicht zur Stelle war, da er von Magdeburg mit den Reitern allein vorwärts gestürmt war; jedenfalls galt es der von Wolmar Wrangel befestigten schwedischen Hauptmacht an den Fersen zu bleiben. Am 17. meldete der Landgraf aus Nauen: „Wir seint braff auf der Jacht mit den Herren Schweden“, er berichtete erfreut über deren Verluste: „wir haben noch kein 60 Mann verloren und unsere Leite fechten als Lewen“. Auch aus seinem Brief sehen wir, noch dachte man daran die Feinde aufzuhalten, sie zu umgehen und ihnen so den Rückzug zu verlegen; um auf ihre „Contenance Acht zu haben“, wurde Friedrich in der Nacht auf den 18. mit 1600 Reitern vorangeschickt. Es war 6 Uhr Morgens, als er der feindlichen Hauptmacht ansichtig wurde; da er die Gelegenheit zum Angriff für günstig hielt, ließ er sich mit ihr in ein Scharmützel ein und bat, das Gros möge vorrücken und ihn unterstützen. Er fürchtete, seine Bitte möge abgeschlagen und ihm befohlen werden, das Gefecht abzubrechen; auf seine wiederholten Vorstellungen aber entschied der Kurfürst selbst dafür, daß, da man dem Feind so nahe, er nun Haare lassen müsse*). So wurde der Plan aufgegeben, eine Umgehung über Cremmen zu versuchen; in der That wäre nach dem Vorsprung, den die Schweden gewonnen hatten, es nicht mehr möglich gewesen, auf diesem Weg vor ihnen nach dem Paß von Fehrbellin zu gelangen**); um so wichtiger war, wenn es gelang, ihnen noch auf dem Marsche einen entscheidenden Schlag zu versetzen, die von dem Landgrafen mit Energie und Geschick begonnene Schlacht zu glücklichem Ende zu führen. Aber war darauf zu hoffen? Der schwedische Feldherr verfügte über ein Heer, das nicht nur

---

*) So erzählt der Kammerherr von Buch, der bei dem entscheidenden Gespräch zwischen dem Kurfürsten und Derfflinger selbst zugegen war: diese Nachricht ist durchaus glaubwürdig, mag man über die andere Nachricht, deren anscheinende Differenz mit ihr Schwartz, Bilder aus der Brandenburgisch-preußischen Geschichte 51 auszugleichen bestrebt ist, denken wie man will.

**) S. von Witzleben, Festschrift 85 und Militärwochenblatt 1876 Sp. 1468 Anm.

an Zahl den Brandenburgern überlegen*), in dem alle Waffengattungen vertreten waren, er verfügte über mehr Geschütze und über Infanterie; seine Aufstellung bei dem Dorfe Hakenberg erfolgte nach allen Regeln der Kriegskunst. Nur an einer Stelle war sie verwundbar: in der Verlängerung des rechten Flügels der Schweden lagen Sandhügel, die sie unbesetzt gelassen hatten. Während die brandenburgische Avantgarde den Feind in der Front beschäftigte, wurden nun diese Hügel durch Dragoner unter der Führung des Capitän Kottwitz besetzt und hier Geschütze aufgestellt, welche die schwedische Linie bestrichen. Der schwedische Feldherr erkannte bald, daß alles darauf ankam, die Brandenburger von diesen Hügeln zu vertreiben; so entspann sich um sie der heftigste Streit. Er wogte hin und her; „zuweilen mußt ich laufen, zuweilen macht ich laufen“, schrieb der Landgraf den Tag darauf an seine Frau. Er wie die andern brandenburgischen Führer gab leuchtende Proben persönlicher Tapferkeit; „ich bin etliche Male ganz umringet gewesen“, berichtet er, „Gott hat mir doch allemal geholfen und weren alle unsere Stücke und der Feldmarschall (Derfflinger) selbst verloren gewesen, wenn ich nicht en personne secundirt hätte“. Auch der Kurfürst griff bekanntlich persönlich in den Kampf ein; dicht neben ihm hat an diesem Tag eine feindliche Kugel seinen Stallmeister Froben dahingerafft. Diesem Muth fehlte schließlich der Erfolg nicht; das tapfere feindliche Infanterie-Regiment Delvig wurde zuletzt umzingelt und niedergeritten, 8 Regimentsfahnen, 2 Standarten und eine Kanone wurden erbeutet, mit der völligen Niederlage des rechten schwedischen Flügels war die Schlacht entschieden. Allerdings hinderte die Erschöpfung der brandenburgischen Reiter, die 10 Tage lang nicht abgesattelt hatten, eine weitere wirksame Verfolgung; ein neuer Angriff, den Homburg auf die den Rückzug deckende noch intacte schwedische Reiterei des linken Flügels unternahm, hatte nicht den gewünschten Erfolg; so gelangte Wrangel nach Fehrbellin und Pommern. Aber seine und der Seinen moralische Kraft war gebrochen; „eine solche schreckliche terreur panique“ herrschte nach Homburg's Ausdruck „unter der schwedischen Armee, daß sie nun auch braff laufen können“. Wohl hatten die Brandenburger Grund, am Abend des 18. sich, wie der Landgraf seiner Frau berichtete, „auf der Wahlstatt braff lustig zu machen“; es lag keine Uebertreibung in seinen Worten: „Es ist wohl nicht viel mehr gehöret worden, daß eine formirte Armee mit einer starken Infanterie und Kanonen so wohl versehen von bloßer Cavallerie und Dragonern ist geschlagen worden“. Wie mußte nach allen deutschen Niederlagen die Kunde

*) Ueber die Stärke beider Heere s. Militärwochenblatt 1876 Sp. 1441 und Köcher, Historische Zeitschrift 41, 517 f.

wirken, daß es deutschen Reitern gelungen war, den heimischen Boden von den Fremden zu säubern, das seit 40 Jahren in keiner Feldschlacht besiegte schwedische Heer zu schlagen! So bezeichnet Fehrbellin einen neuen Abschnitt deutscher Geschichte; es bezeichnet, wie treffend die Stiftungsurkunde des am letzten Sedantag enthüllten Denkmals hervorhebt, „dieser große und unvergeßliche Siegestag den Anfang der Befreiung deutschen Bodens von fremder Herrschaft, der Erneuerung deutschen Waffenruhms und freudiger Kriegsbereitschaft zu Schutz und Trutz, der Erfüllung erhebender Pflichten, in welcher der Name Brandenburg seinen deutschen Beruf gefunden und bewährt hat“.

In Regensburg und Paris, überall in Europa fühlte man die Bedeutung dieses Siegs; in Straßburg wurde ein Lied gedruckt, das zum ersten Male von dem Großen Kurfürsten sang und sehr richtig wurde hier betont, wie bedeutsam dieser Erfolg nicht nur Schweden, auch Frankreich gegenüber sei:

Als dieser Sieg im Reich erschall,
Erschracken die Franzosen,
Weil diese Nachricht überall
Ihn'n bracht betrübte Schosen.

Die größten Aussichten eröffneten sich, wenn dieser Sieg voll ausgenutzt wurde, wenn jetzt wirklich, wie Turenne fürchtete, „ganz Deutschlands Gedanken sich änderten“. Doch eben hier, eben bei den Verbündeten, auf die er angewiesen war, stieß der Kurfürst auf die größten Schwierigkeiten bei der Verfolgung seiner Pläne. Die oben erwähnten Darmstädter Archivalien liefern neue Beiträge für die Erkenntniß, mit wie vielen Reibungen und Hemmungen der Sieger von Fehrbellin zu kämpfen hatte, an denen nicht die Feinde, an denen seine Verbündeten, ja zu Zeiten die Seinen selbst die Schuld trugen. Die Unterthanen seufzten über die Last des Kriegs und die Officiere klagten, daß die Civilverwaltung sie nicht genügend unterstütze; es fehlte nicht an mancherlei sachlichen und persönlichen Streitigkeiten auch innerhalb des brandenburgischen Hofs und Heers. Auch Landgraf Friedrich fand mehrfach Grund zu klagen: er glaubte sich zurückgesetzt, seine Leistungen nicht genügend anerkannt und belohnt zu sehen. Bald nach Fehrbellin kam es aus solchen Gründen zu einer Verstimmung zwischen ihm und dem Kurfürsten. Friedrich hatte schon am Tag vor der Schlacht seiner Frau seine Absicht mitgetheilt, „wann die Bataille vorbei“, nach Schwalbach in das Bad zu gehen; er dachte daran, aus seinem Urlaub überhaupt nicht wieder zur Armee zurückzukehren, weil er sich für zurückgesetzt hielt; auch Hedwig Sophie, die Tante seiner Frau, schrieb: „Dem redlichen

Landgrafen ist nicht eins gedankt für das, was er bei Fehrbellin gethan; so geht es in der Welt, die Pferde, die den Haber verdienen, bekommen am wenigsten." Schon im Mai hatten zwei seiner Räthe dem Landgrafen ihr Bedauern geäußert, daß er nicht, wie sie gehofft, sich dem Krieg entzogen, um endlich der Sorge für seine eigenen Angelegenheiten zu leben, daß vielmehr seine „angeborene Tapferkeit und unsterbliche Glorie suchende Begierde die vor Augen gestellten Nutzbarkeiten überwogen und die angehende Campagne wieder anzutreten inspiriret". Sie hielten sich für verpflichtet, nachdrücklich ihren Herrn auf den übelen Zustand seiner Gesundheit und seiner Vermögensverhältnisse hinzuweisen. Friedrich hatte damals sich durch ihre Vorstellungen nicht zurückhalten lassen: nach neuen Leistungen und Anstrengungen aber glaubte er nun um so mehr auch seine persönlichen Interessen zur Geltung bringen zu sollen. Wie sich aus seinem Memorial vom 20. August ergiebt, beklagte er sich besonders darüber, daß auch von seiner Brauerei in Weferlingen die Accise erhoben und auch seine Beamten besteuert seien. Er forderte, daß, ehe er nach seiner Kur wieder seinen Dienst anträte, ihm Exemtionen für sich und die Seinen, außerdem die Anwartschaft auf ein Gouvernement, die Erhöhung seiner Gage und andere persönliche Annehmlichkeiten und Vortheile zugesichert würden, die sich auf seine Avancementsverhältnisse, seine Stellung dem Fürsten von Anhalt und dem Herzog von Holstein gegenüber und die Errichtung eines Regiments bezogen. Der Kurfürst zeigte sich in seiner Antwort gern bereit, Friedrich's Wünschen entgegen zu kommen, freilich nur soweit die Rücksicht auf andere Interessen und namentlich auf das allgemeine Beste es ihm ermöglichte; wie er dieses voranstellte, wie er hieran auch die Seinen zu mahnen wußte, das vergegenwärtigen die im Berliner Archiv aufbewahrten Schriftstücke, die ich deßhalb glaubte unten in ihrem vollen Wortlaut mittheilen zu sollen. Sehr bezeichnend erscheint mir, wie hier die Aufrechterhaltung der hinsichtlich der Accise getroffenen Verordnungen und die Ablehnung der Bitte des Landgrafen um eine eximirte Stellung motivirt, wie weiter die Nothwendigkeit einer Vermeidung aller Differenzen über das Avancement und die Herstellung guter Einigkeit betont wird. In seinem Begleitschreiben zu dieser seiner Resolution äußerte der Kurfürst die Hoffnung, der Landgraf werde mit ihr zufrieden sein; im Darmstädter Archiv finden sich zwei Briefe von Canitz und Schwerin an Friedrich, in denen diese sich bemühen seinen Unmuth zu beschwichtigen und ihn dem Heere wiederzugewinnen. Noch ehe Schwerin seinen Brief abgesandt, erhielt er die Nachricht, der Landgraf wolle wieder zur Armee kommen; in einer Nachschrift sprach er seine Freude über diesen Entschluß und seine Ueber-

zeugung aus, derselbe werde Homburg nicht gereuen. Im folgenden Jahr übertrug diesem der Kurfürst die Wachtmeister'schen und Rheinschild'schen Güter — als Belohnung für seine Leistungen, namentlich auch für die Verdienste, die er sich beim Winterfeldzug in Pommern erworben hatte. Später sehen wir den Landgrafen in Preußen thätig; von dort rief ihn der Kurfürst eilig herbei, damit er noch „an der glorieusen action“ der Expedition gegen Rügen Theil nehmen könne. Auch hier und bei der Belagerung Stralsunds leistete er wichtige Dienste; freilich auch hier glaubte er einmal durch einen Tadel des Kurfürsten so sehr verletzt zu sein, daß er seinen Abschied forderte. Der Kurfürst antwortete ihm, er erinnere sich nicht, daß „dasjenige, was ich zu Ew. Liebden geredt, aus einiger vorher gefaßter Ungnade hergerühret, sondern daß ich Ew. Liebden aus gebührender Sorgfalt den Mangel des Volks im Lager vorgestellt. Daß nun ein und ander Wort etwas vehement dabei gefallen, solches hat die dabei vorgekommene Contestation verursacht und kann Mir nicht verdacht werden, daß, weil Ich am meisten dabei interessiret, Ich auch die meiste Sorge trage, daß kein Unglück geschehe und Ich vor dem Feind eine Schlappe bekomme. Wann Ew. Liebden etwas bei Mir ansuchen lassen, so de concedendis gewesen und Ich ohne Meinen Nachtheil gestatten können, habe Ich solches gar gerne gethan; in andern Fällen aber kann Ich ja nicht verdacht werden, wenn Ich mit Meinem Schaden etwas nachzugeben Bedenken trage. Ew. Liebden wissen wohl, daß es jetzo, da man vor dem Feind stehet, nicht Zeit ist dergleichen Dinge weitleuftig zu eclairiren, weniger von Abschied zu sprechen. Ew. Liebden thun Mir so wohl, wie ich das Vertrauen zu Sie habe: so wird sich das Uebrige schon alles zu beiderseits Vergnügung finden.“

Auch im Verhältniß zu Homburg hat der Kurfürst seine echte Herrschernatur bewährt: er hat auch ihn zu leiten, ihn im Dienst der großen Aufgaben festzuhalten gewußt, für deren Lösung er ihn als tauglichen Mitarbeiter erkannt hatte. Wie Homburg hat 1678 Derfflinger einmal seinen Abschied gefordert: Beide sind der Armee erhalten und haben trefflich bei den Operationen mitgewirkt, durch welche den Schweden die letzten Plätze, die sie in Pommern behauptet hatten, entrissen wurden. Ganz Pommern befand sich in des Kurfürsten Hand, als seine Verbündeten ihn zu einem Frieden zwangen, in dem er auf die Frucht so vieler Anstrengungen und Siege verzichten mußte. Durch die Krämerpolitik derselben Holländer, denen beim Beginn des Kriegs er allein die hülfreiche Hand geboten hatte, und durch die Eifersucht der Wiener Hofburg gegen den neu sich erhebenden König der Vandalen wurde er zum Frieden von St. Germain genöthigt. Er sah sich zu einer Reduction seines Heeres gezwungen, die

auch den Landgrafen und das von ihm geworbene Regiment betraf; Friedrich, der als Gesandter des Kurfürsten sich noch an den Friedensverhandlungen betheiligt hatte, nahm fortan seinen Wohnsitz in Homburg.

Nach dem Hinscheiden seiner sämmtlichen älteren Brüder überkam er 1681 die Regierung der Landgrafschaft; er war hier wie der Große Kurfürst in seinem Staate, wie er selbst früher in dem brandenburgischen Neustadt *) bemüht die Wunden zu heilen, die der dreißigjährige Krieg geschlagen hatte; er verstand Colonisten anzuziehen, den Gewerbfleiß und Wohlstand der Bevölkerung zu heben. Und wie bei dem Großen Kurfürsten steht auch bei ihm diese Sorge für die materielle Wohlfahrt seines Landes in innigem Zusammenhang mit seiner freisinnigen kirchlichen Politik: die wichtigsten Colonisten, die er in die Landgrafschaft zog, waren ihres Glaubens wegen Verfolgte, vertriebene Waldenser und geflüchtete französische Hugenotten. So ist die Neustadt Homburg, die französische Colonie Friedrichsdorf gegründet, das wüste Dorf Dornholzhausen mit Waldensern neu bevölkert. In Homburg selbst legte er den Grundstein zu dem jetzigen Schloß und setzte die verfallenen Salinen wieder in Stand. Dieser segensreichen landesväterlichen Thätigkeit **) hat Friedrich vor allem seine Kraft in seinen letzten 30 Lebensjahren gewidmet; noch 20 Jahre hat er den Großen Kurfürsten überlebt. Nach einer achtwöchentlichen Unpäßlichkeit ***) starb er am 24. Jan. 1708, also an dem Tage, an dem vier Jahre später dem deutschen Volke der größere Urenkel des Großen Kurfürsten geboren wurde, der König, unter dessen Leitung das preußische Heer zu den Lorbeeren von Fehrbellin neue glänzendere gewinnen sollte.

Schon diese kurze Skizze zeigt, mancherlei ist aus Friedrich's vielbewegtem Leben zu erzählen; entscheidend aber für seine ganze Entwicklung ist sein Verhältniß zum Großen Kurfürsten geworden: in seinem, im Dienst des brandenburgisch-preußischen Heeres ist die zu Zeiten etwas überschäumende Lebenskraft und Kampflust des Hessen zu fruchtreicher Arbeit für die großen Aufgaben nationaler Politik herangebildet. Und diesem Umstand dankt er auch seinen Nachruhm. Nicht weniger als 15 Kinder †) sind ihm geboren; aber heute ist der Mannsstamm seines Ge-

*) Vgl. über Friedrichs Thätigkeit für Neustadt, das er 1694 dem Kurfürsten überließ, Riedel, Codex diplom. Brandenburg. 1. 4, 494. Fontane, Wanderungen durch die Mark Brandenburg 1 (3. Aufl.), 355 ff.

**) Vgl. über sie Schlözer's Briefwechsel Heft 55, 18 ff.; Staats-Anzeigen Heft 3, 324 ff. Heft 9, 66 ff., 73 ff. Gouthaud, Monographie de Dornholzhausen. Hombourg 1864.

***) Monatlicher Staatsspiegel auf den Monat Januar 1708.

†) Vgl. über ihre und ihrer Nachkommen Schicksale das 1878 erschienene Buch von Karl Schwartz, Landgraf Friedrich V. von Homburg und seine Familie.

schlechts erloschen, und wenig weiß man außerhalb Homburg's von der Thätigkeit seiner Souveräne. Wenn wir dankbar den Namen des Hauses Homburg nennen, so denken wir unter seinen jüngeren Vertretern an jene drei Geschwister, die wie Friedrich engverbunden mit dem preußischen Herrscherhaus für Preußens und Deutschlands Ehre gerungen haben, an Ludwig, den Führer der Brigade Ostpreußen bei Großbeeren, Dennewitz und Leizig, an Leopold, dessen Heldentod in der Lützower Schlacht Schenkendorf besungen hat, und an ihre Schwester Marianne, die Prinzeß Wilhelm, die Freundin Stein's und Gneisenau's; vor Allen aber wird stets ihr Ahnherr der preußische Reitergeneral Friedrich von Homburg gefeiert werden, weil er untrennbar sein Gedächtniß mit der Erinnerung an den Tag von Fehrbellin verknüpft hat. Und nur bekannter hat seinen Namen die Sage gemacht, welche die historische Tradition über die Schlacht und auch über des Landgrafen Antheil an ihr eigenthümlich umgestaltet hat.

Treffender hat kein Historiker die Bedeutung des Feldzuges von 1675 gewürdigt als Friedrich der Große; gerade durch seine Darstellung aber haben sagenhafte Erzählungen weite Verbreitung gefunden. Max Posner hat neuerdings sorgfältig im Einzelnen dargelegt, mit welchem Verständniß der König nicht nur geschichtliche Probleme zu fixiren, mit welchem Geschick er auch das Material zu ihrer Lösung herbeizuschaffen und zu verarbeiten wußte; wir können nun klar erkennen, welche Aufklärungen er auch den Archiven für seine Geschichte des Großen Kurfürsten entnahm; gerade für dessen Kampf mit den Schweden aber hat er in ausgedehntem Maße Quellen ganz anderer Art benutzt. Noch als Kronprinz hatte er das Schlachtfeld von Fehrbellin besucht; von dieser Schlacht, erzählte er später, sei er so gut orientirt, als sei er selbst dabei gewesen. Er hatte einen alten Bürger, der den Wahlplatz gut kannte und die Bataille gut zu beschreiben wußte, mit sich genommen und von ihm sich alles zeigen lassen. Schließlich fragte er den Alten, ob er nicht wisse, warum die beiden Fürsten sich mit einander gestritten. „O ja, erwiderte der, Ihro Königliche Hoheiten, dat will ick se woll seggen. As unser Chorfürste is jung gewest, hät he in Utrecht studirt und da ist der König von Schweden as Prinz ohk gewest, da hebben nun die beeden Herren sick vertörnt, hebben sick in den Haaren gelegen und dit is nu de Pike davon.“ Friedrich hatte „doch auch seinen Spaß mit dem Alten haben“ wollen; mit seinen Erzählungen über den Schauplatz und Verlauf der Schlacht aber war er sehr zufrieden. Diese oder ähnliche mündliche Ueberlieferungen, Familien- oder lokale Sagen, wie sie leicht auch über den alten Herrn des dem Schlachtfeld benachbarten Neustadt entstehen mochten, haben wohl die

Schilderung in den brandenburgischen Denkwürdigkeiten beeinflußt; jedenfalls finden wir hier eine den gleichzeitigen historischen Aufzeichnungen widersprechende Darstellung über die Einnahme Rathenow's, über den Opfertod des Stallmeisters Froben und über den Prinzen von Homburg. Einstimmig erzählen die Zeitgenossen, Stallmeister Froben sei in unmittelbarer Nähe des Kurfürsten tödlich getroffen; man sah das Außerordentliche des Ereignisses darin, daß er den Tod in der Schlacht fand, an der Theil zu nehmen ihn sein Dienst nicht verpflichtete, und daß ihn an der Seite des Kurfürsten eine Kugel traf, die wohl diesen treffen sollte. Die Leiche des am Hofe angesehenen und beliebten Mannes wurde feierlich beigesetzt; mit der ganzen Armee beklagte der Fürst den Tod des treuen Dieners, wie ausdrücklich der Kammerherr von Buch in seinem Tagebuch hervorhebt; aber weder hier noch in den Leichenpredigten auf Froben und seinen Bruder noch in irgend einem anderen zuverlässigen zeitgenössischen Bericht findet sich ein Anhalt für die Erzählung, daß der Stallmeister den Kurfürsten zu einem Pferdewechsel bestimmte, weil er sah, daß die Feinde auf den Schimmel des Fürsten zielten, und so sich bewußt für seinen Herrn opferte; erst im 18. Jahrhundert begegnet diese Legende und ist namentlich durch die Bücher Friedrichs des Großen und des Baron von Pöllnitz weiter verbreitet worden. Schon vor ihnen hat Gundling, in einer auf der Berliner Bibliothek aufbewahrten handschriftlichen Geschichte des Großen Kurfürsten, den Pferdewechsel zwischen diesem und Froben erwähnt*), dagegen deutet auch er in keiner Weise an, daß ein

---

*) Doch ist zu bemerken, daß Gundling nur erzählt, der Churfürst habe „sein Pferd verwechselt, weilen solches allzu leicht kunte erkannt werden", ohne hinzuzufügen, es sei der Stallmeister gewesen, der seinen Herrn zu dem Pferdewechsel bestimmte; es ist demnach nicht gerechtfertigt, wenn Preuß sagt, daß Gundling rapporte ce fait de la même manière, und in Folge dessen auch kaum erlaubt ohne Weiteres zu behaupten, wie neuestens noch Schwarze in der Allgemeinen Deutschen Biographie 8, 125 gethan, daß aus Gundling die Geschichte von Froben in die Brandenburgischen Denkwürdigkeiten übergegangen sei. Auch möchte ich nicht mit Schwarze der von W. Schwartz mehrfach vertretenen Ansicht zustimmen, nach welcher die Umgestaltung der Tradition über Froben's Tod sich daraus erklärt, daß bei Fehrbellin dem Kurfürsten wirklich ein anderes Pferd aufgenöthigt, aber nicht von Froben, sondern von dem Leibjäger Uhle, dem dann das kurfürstliche Pferd unter dem Leib erschossen worden: die Zuverlässigkeit dieser Ueberlieferung scheint mir auch durch die neuesten Ausführungen von Schwartz (Zeitschrift für preußische Geschichte 13, 209 ff.) nicht nachgewiesen zu sein; vgl. dagegen namentlich Brock ebend. 13, 354 ff. Die Hauptsache, daß für Froben's Pferdewechsel ein historisches Zeugniß nicht vorliegt, steht fest; wie wenig hierfür in der zeitgenössischen zuverlässigen Tradition ein Anhalt sich findet, dafür liefert einen neuen Beleg die von mir im Marburger Archiv eingesehene Halberstädtische Erklärung, die im Reichsfürstenrath im Juli 1675 abgegeben wurde. Um die Nothwendigkeit einer Unterstützung Brandenburgs zu motiviren, wurde hier auf das Verfahren der Schweden gegen den Kurfürsten hingewiesen, bis er endlich „den trotzigen stolzen leuten mores gelehret. Als die Chfl. Dl. weiter in Ihren landen gezogen, hat man Ihro den weg und paß mit einer rangirten bataglie zu roß und fuß freventlich disputirt, ja Ihrer höchsten person so

vorschriftswidriges Handeln des Landgrafen diesem eine Rüge von Seiten des Kurfürsten zugezogen habe. Wir sahen, vielmehr umgekehrt hat Homburg's Verstimmung über eine ihm nach seiner Ansicht widerfahrene Zurücksetzung Differenzen zwischen Beiden veranlaßt; stand der Angriff des Landgrafen im Gegensatz zu dem früheren Plane, eine Umgehung des Feindes zu versuchen, so war es doch, wie bemerkt, der Kurfürst selbst, der diese Wendung billigte und durchführte; immerhin können bei mündlicher Ueberlieferung diese entscheidenden Punkte verwischt sein und so mag eine undeutliche Erinnerung daran, daß überhaupt Differenzen zwischen Beiden vorgekommen und daß im Zusammenhang mit dem Vorgehen des Landgrafen der in den Tagen zuvor gehegte Plan aufgegeben, sowie vielleicht auch an ein ungünstiges Urtheil, das der Kurfürst über die letzte mißglückte Attacke geäußert hatte: solch undeutliche Reminiscenzen mögen, sage ich, mitgewirkt haben zur Bildung der Auffassung, die wir in den brandenburgischen Denkwürdigkeiten vertreten finden. Nach ihnen ist der Angriff des Landgrafen im ausdrücklichen Widerspruch zu dem Befehl des Kurfürsten erfolgt: nur deßhalb hat dieser sich zu Friedrich's Unterstützung entschlossen, um die Vernichtung seiner Truppen abzuwenden; als aber dann der Sieg erfochten war, „verzieh er dem Prinzen von Homburg die Leichtfertigkeit, mit welcher er das Glück des ganzen Staats*) auf das Spiel gesetzt hatte, indem er ihm sagte: Nach der Strenge der Kriegsgesetze hättet Ihr den Tod verdient; aber Gott würde es nicht gefallen, wenn ich meine Lorbeeren mit dem Blut eines Fürsten befleckte, der eins der vornehmsten Werkzeuge meines Siegs gewesen ist".

Es nimmt nicht Wunder, daß eine solche Erzählung, die obzwar unhistorisch, doch keineswegs in Widerspruch mit dem historischen Charakter des Großen Kurfürsten stand, von solcher Autorität vertreten, Verbreitung in der Literatur fand — und nicht nur in dieser — sie wurde auch durch die bildende Kunst verherrlicht. Der Berichterstatter über die Berliner Kunstausstellung von 1800 in den „Jahrbüchern der Preußischen Monarchie" erwähnt unter den vaterländisch-historischen Gemälden an erster

---

wenig geschont, daß man auch die stück auf Sie gerichtet und mit einem Dero stallmeister, welcher nahe hinter Ihr gehalten, dergestalt getroffen, daß er geschwinde darauf gestorben". Vergl. im Uebrigen die von Schwarze a. a. O. verzeichnete Literatur über Froben; nicht erwähnt sind hier die beachtenswerthen Bemerkungen von Ranke, S. W. 28, 604 ff., der auch das Verhältniß der Darstellung Friedrich's des Großen zu der von Pöllnitz bespricht; s. hierüber auch Droysen, Preußische Politik 4. 4, 117 f. Ueber Voltaire's Einfluß auf die verschiedene Gestaltung dieses Abschnitts der Denkwürdigkeiten in den verschiedenen Redactionen s. Miscellaneen z. G. Friedrich's des Großen S. 280.

*) La fortune de tout l'Etat lesen wir in den Oeuvres 1, 76, während in der früheren Redaction der Denkwürdigkeiten Friedrich geschrieben hatte la fortune de tout un peuple.

Stelle das Werk des Braunschweiger Kretschmar, der hier „die interessante Scene zwischen dem Großen Kurfürsten und dem Prinzen von Homburg vortrefflich darstellt"; das Bild wurde von dem König angekauft und dem Künstler der erste Preis verliehen, ihm dadurch eine Kunstreise nach Italien und Frankreich ermöglicht und so seine ganze Entwicklung durch diese seine Arbeit auf das Bedeutsamste gefördert*). Vielleicht hat dieses Bild besonders auch den Dichter angezogen, in dessen Werk „die Sagenbildung und Dichtung, die an diese Ereignisse anschloß, ihren Sammel- und Höhepunkt erreichen" sollte. Mit unserer gesammten geistigen und politischen Entwickelung hängt es zusammen, daß eben in unseren Tagen die Anerkennung und das Verständniß von Kleist's Werken weiter verbreitet sind; eine unschätzbare Förderung für die Vertiefung dieses Verständnisses bot, daß 1860 Kleist's Briefe an seine Schwester Ulrike und 1862 seine politischen Schriften veröffentlicht wurden. Gewähren uns jene die tiefsten Einblicke in die geheimen Seelenkämpfe des reichbegabten unglücklichen Menschen, so treten uns in diesen auf das Klarste die Grund-Gedanken und Empfindungen des Patrioten entgegen. Hier, in seinem Katechismus der Deutschen, den er angeregt durch die Erhebung Spaniens „zum Gebrauch für Kinder und Alte nach dem Spanischen" abfaßte, spricht er aus, warum er sein Vaterland liebt — nicht nach verständiger Abwägung all seiner Vorzüge, sondern heraus aus dem natürlichen Gefühl des gesunden Menschen: weil es sein Vaterland ist; hier bekennt er seine Anschauung über das Recht von Liebe und Haß. „Wohin kommt der, welcher liebt?" wird gefragt und geantwortet: „In den Himmel. Und der, welcher haßt? In die Hölle. Aber derjenige, welcher weder liebt noch haßt? Der kommt in die siebente, tiefste und unterste Hölle." Die Empfindung, die in diesen Worten sich ausspricht, tritt in Kleist's ganzem vaterländischen Denken und Dichten zu Tage. Wohl gilt von ihm selbst, was Julian Schmidt von seinem Hermann sagt: „Sein dämonischer Haß hat etwas Wildes und Barbarisches, aber er entfaltet die inneren Bewegungen einer groß angelegten Natur" — und unverkennbar ist dessen Kehrseite, dessen Quelle heiße Liebe zum Vaterland, zum preußischen Staat. Kleist's Preußenthum giebt seinem nationalen Gefühl in Liebe und Haß die charakteristische Färbung. Die Erinnerung an Preußens alte Größe schärft bei ihm die Erbitterung gegen ihren Zerstörer, den Schmerz über das Elend der Gegenwart; aber sie hat nicht nur erbitternd, auch aufrichtend und erhebend auf ihn gewirkt. Gerade in den Tagen des Unglücks kam ihm zu vollem Bewußtsein, was ihm die Heimath, was ihm sein Staat

*) Vgl. Jahrbücher der preußischen Monarchie 1800, Bd. 3 (Dezember), 359. Nekrolog der Deutschen 25 (1847), 163.

und sein Königshaus bedeutete: er gründete seine Hoffnung für die Zukunft darauf, daß er die erziehende Kraft des Unglücks auch im ersten Hause Preußens wirksam sah. Am 6. December 1806 schrieb er an seine Schwester: „Es scheint mir, als ob das allgemeine Unglück die Menschen erzöge; ich finde sie weiser und wärmer und ihre Ansicht von der Welt großherziger. An unsere Königin kann ich gar nicht ohne Rührung denken. In diesem Kriege, den sie einen unglücklichen nennt, macht sie einen größeren Gewinn, als sie in einem ganzen Leben voll Friede und Freude gemacht haben würde. Man sieht sie einen wahrhaft königlichen Charakter entwickeln". Und als, was Kleist hier schon wenige Wochen nach Jena so klar erschaut hatte, durch die folgenden Jahre bewahrheitet wurde, da sprach er der Königin Luise selbst zu ihrem letzten Geburtstag es aus:

Erwäg ich, wie in jenen Schreckenstagen
Still Deine Brust verschlossen, was sie litt,
Wie Du das Unglück mit der Grazie Schritt
Auf jungen Schultern herrlich*) hast getragen,
Wie trotz der Wunde, die Dein Herz durchschnitt,
Du stets der Hoffnung Fahn' uns vorgetragen:
O Herrscherin, die Zeit dann möcht' ich segnen!
Wir sahn Dich Anmuth endlos niederregnen
Wie groß Du warst, das ahndeten wir nicht.

Ihr dachte er auch seinen Prinz von Homburg zu widmen. Es ist an und für sich ein Beweis für Kleist's historischen Sinn, daß er in den Leiden der Gegenwart für sich und sein Volk Trost suchte in der Erinnerung an Fehrbellin; wichtiger natürlich ist die Art und Gesinnung, in der er diesen Stoff behandelte.

Aus den obigen Ausführungen ergiebt sich, wie wenig fast alles Einzelne in diesem Drama der beglaubigten Geschichte entspricht; hoffentlich ist aus ihnen nicht minder ersichtlich, wie zutreffend Kleist's historische Gesammtanschauung war. Mancherlei Einwendungen gegen das Stück liegen nahe genug, auch Einwendungen ähnlicher Art, wie sie Schiller in seiner Recension des Egmont gegen Goethe's Umwandlung des Familienvaters Egmont vorbringt; aber man wird Kleist doch nicht nur nachrühmen dürfen, daß auch er in höchstem Grade das Lob verdient, das Schiller Goethe spendet, die Umgebung seines Helden auf das Klarste und Schärfste auf-

*) So liest man in der aus Tieck's Nachlaß stammenden Handschrift der Berliner Königlichen Bibliothek, während J. Schmidt zur Ergänzung der nach den übrigen Ausgaben in diesem Verse fehlenden zwei Silben „edel" eingefügt hat. Wie mir mein College Lucae mittheilt, hat ihm gegenüber schon früher Reinhold Köhler geäußert, an dieser Stelle sei herrlich zu lesen, unter Hinweis auf die ausführlichere ältere Fassung des Gedichts, die M. Bernays aus den „Musen" im Morgenblatt 1864, S. 87 ff. und Graf York in den Grenzboten 1867, S. I Bd. II. S. 1 ff. veröffentlicht haben.

gefaßt und vergegenwärtigt zu haben: der Dichter erweist seine Kraft historischer Intuition nicht nur in der Schilderung des Großen Kurfürsten und seines Heeres, auch in der Auffassung und Lösung des tragischen Conflicts. Er schöpft aus eigenster persönlicher Erfahrung, aber zugleich aus der richtig erfaßten Geschichte seines Vaterlands, wenn er zu schildern unternimmt, wie der Jüngling zum Manne gereift wird, da ihm der strenge Ernst des Gesetzes entgegentritt; die obige Darstellung hat, hoffe ich, den Beweis für die Richtigkeit der Anschauung erbracht, daß auf den Prinzen von Homburg erziehend der Große Kurfürst, der Dienst in seinem Heere gewirkt hat. Auf ihn wie auf viele Andere. Der Angehörige einer alten brandenburgischen Adels- und Offizierfamilie, der ehemalige preußische Offizier, bei dem Familienstolz, Heimathsgefühl und Vaterlandsliebe in schönster Verbindung sich zeigen, ersehnte und erhoffte Tilgung der Schmach, die auf den Namen seiner Familie und seines Staats gehäuft war, durch die Neubelebung des opferfreudigen Patriotismus, zu dem seine Verwandten und Standesgenossen in der strengen Schule des preußischen Heeres herangebildet waren; wohl mochte ihm auch die Erinnerung vorschweben, wie der Größte der Zollern sich selbst erst gefunden hatte, da „dem Leichtsinn, dem Uebermuth, den Phantasien des unreifen Jünglings die Autorität in ihrer schroffsten Härte, die ernste Wucht der Wirklichkeiten entgegentrat“*). Und wo ist deutlicher als in der Geschichte des preußischen Heers die Wahrheit verkündet, daß bei den Collisionen zwischen wagendem Heldenmuth und strenger Gesetzestreue eine heilvolle Lösung nur möglich, wenn, wie Kleist es darstellt, Beiden ihr Recht wird, wenn der kühne Held, der um den Staat zu retten, selbst das Gesetz übertritt, sich bereit zeigt, auch das Gesetz durch freien Tod zu verherrlichen! Die Verbindung von freiestem kühnstem Handeln und unbedingter Anerkennung der Autorität des Staats ist kein Gebilde dichterischer Phantasie: gerade sie gab und giebt unserem Heere das bezeichnende Gepräge; sie hat die Erfolge ermöglicht, die in den leidensvollen Tagen Kleist's vorbereitet sind. Giebt uns der Dichter im Prinzen von Homburg eine historisch tief empfundene Schilderung eines der bedeutsamsten Momente der Vergangenheit — sein Werk ist zugleich ein historisches Denkmal, ein historisches Zeugniß für seine Zeit. Die prachtvollen Worte, die er dem alten Kottwitz in den Mund legt, drücken auf das Beste die Gesinnung der Führer der Befreiungskriege aus.

Gerade in seiner letzten Lebenszeit hat Kleist mehrfach mit Gneisenau verkehrt, und seine Sehnsucht ausgesprochen, seinen Platz „in der Um-

---

*) So Droysen, Preußische Politik 5. 1, 30 über Friedrich's Jugend.

ringung dieses herrlichen Mannes“ zu finden*); doch hat er wohl kaum je etwas von den Worten erfahren, in denen Gneisenau — der Gemahl einer Freiin von Kottwitz — in frappanter Uebereinstimmung mit der Kottwitz'schen Rede dem König gegenüber das gute Recht der „Empfindung“ im Staatsleben vertrat. Es bedarf keiner Ausführung, wie sehr der in dem Werke des Dichters geschilderte Conflict und die in ihm auftretenden Persönlichkeiten verschieden von den maßgebenden preußischen Männern des Jahres 1811 und ihren Gegensätzen; aber wohl scheint mir, hat gerade die neuere Forschung die Existenz denkwürdiger mit Motiven der Kleist'schen Dichtung verwandter Züge in der Geschichte von 1811 klar gestellt. Seit uns Duncker's und Treitschke's Arbeiten Friedrich Wilhelm III. besser haben kennen lehren, wissen wir, auch er durfte von sich behaupten, was des Dichters Kurfürst sagt, sein Herz sei auf Seiten seiner Officiere; „hätte ich nicht höhere Pflichten“, erklärte er 1809, „ich dächte wie sie“. Aber diese höheren Pflichten schienen ihm ein vorsichtiges Handeln zu gebieten, die Annahme der Pläne unmöglich zu machen, die seine militärischen idealistischen Rathgeber, und neben ihnen im Sommer 1811 auch Hardenberg, ihm gegenüber vertraten; in seinen Randglossen zu Gneisenau's Entwurf über die Entfesselung eines Volkskriegs in Preußen bemerkte er: „Als Poesie gut“. Hierauf schrieb Gneisenau, er wolle sich gern zur Poesie bekennen. „Religion, Gebet, Liebe zum Regenten, zum Vaterland sind nichts anderes als Poesie, keine Herzenserhebung ohne poetische Stimmung. Wer nur nach kalter Berechnung handelt, wird ein starrer Egoist. Auf Poesie ist die Sicherheit der Throne gegründet. Wie so mancher von uns, die wir mit Bekümmerniß auf den wankenden Thron blicken, würde eine ruhige, glückliche Lage in stiller Eingezogenheit finden können, wie mancher selbst eine glänzende erwarten dürfen, wenn er statt zu fühlen, nur berechnen wollte. Jeder Herrscher ist ihm dann gleichgültig; aber die Bande der Geburt, der Zuneigung, der Dankbarkeit, des Hasses gegen die Fremdlinge fesseln ihn an seinen alten Herrn, mit ihm will er leben und fallen; für ihn entsagt er den Familienfreuden; für ihn giebt er Leben und Gut ungewisser Zukunft Preis. Dies ist Poesie und zwar der edelsten Art. An ihr will ich mich aufrichten mein Lebelang und zur Ehre will ich mir es rechnen, der Schaar jener Begeisterten anzugehören, die Alles daran setzen, um Ew. Majestät Alles zu retten; denn wahrlich zu einem solchen Entschluß gehört Begeisterung, die jede selbstsüchtige Berechnung verschmäht. Viel sind der Männer, die so denken und weit

*) Vgl. Wilbrandt, Heinrich von Kleist S. 400 f.; Pertz, Gneisenau 2, 14.

stehe ich ihnen an Adel der Gesinnungen nach, aber ich will mich bestreben, ihnen ähnlich zu werden"*).

Wir begreifen, daß Gneisenau's Worte den König nicht umzustimmen vermochten; er hatte nur zu viele und zu gute Gründe, wenn er das Gelingen der kühnen Entwürfe seiner Rathgeber in diesem Augenblick für unmöglich erklärte; wohl dürfen wir es heute preisen, daß er von ihrer Empfindung sich damals nicht fortreißen ließ. Aber ebenso bewahrheitet die Geschichte dieser Tage das gute Recht der Kottwitz'schen Mahnung, nicht „um des einen Falls, da die Empfindung sich verderblich zeigt, zehn andere zu vergessen, da die Empfindung einzig retten kann". „Der Erfolg, urtheilt Sybel in dem eben erschienenen Artikel der Deutschen Biographie über Hardenberg, hat dieses Mal der bedächtigen Klugheit gegen die Forderungen des begeisterten Todesmuthes Recht gegeben; doch wird man hinzusetzen dürfen, daß ohne die unablässig vorwärts drängende Gesinnung der Drei (Gneisenau's, Scharnhorst's und Hardenberg's) der König niemals die Früchte des Erfolges geerntet haben würde". Verdanken wir es an erster Stelle Friedrich Wilhelm's klarer Einsicht in die Schwierigkeiten der Lage, daß nicht vorzeitig der Kampf der Befreiung begonnen wurde: den Kampf und Sieg hat entschieden, daß neben ihm Männer standen, die den Muth und den Schwung der Seele besaßen, um mitten in allem Elend von 1811 die Gedanken der Erhebung von 1813 festzustellen und festzuhalten. Wie in Kleist's Dichtung ist auch in der Geschichte seiner Zeit die heilvolle Lösung dadurch erbracht, daß der wagende Heldenmuth in seiner Berechtigung und in der Begrenzung seiner Rechte richtig gewürdigt wurde, daß bei allen Gegensätzen allen Betheiligten als „höchstes, oberstes Gesetz das Vaterland" galt.

Der unglückliche Dichter hat sich selbst des Glücks beraubt die Tage zu schauen, die auch seiner Sehnsucht die Erfüllung brachten — nachdem er all die Versuche hatte scheitern sehen, das Werk in weitere Kreise zu bringen, an das er für sich selbst und für sein Vaterland die größten Hoffnungen geknüpft hatte. Er starb — aber der Geist, den er verherrlicht hatte, lebte weit über die Kreise seiner nächsten Gesinnungsgenossen hinaus: wieder fast im Wortlaut erinnert an Kottwitz' Rede der Schluß des Schreibens, in dem York seinem Könige die That von Tauroggen meldete. Und die Früchte von dieses Geistes Wirksamkeit zu pflücken ist dem Geschlecht von heute beschieden gewesen; hat gerade der Krieg von

*) So Gneisenau in seinem Schreiben an den König vom 20. August 1811. Wie Duncker (Aus der Zeit Friedrichs des Großen und Friedrich Wilhelms III. S. 370) bemerkt, hat Pertz, Gneisenau 2, 188 ff. dies Schreiben nach dem Concept abdrucken lassen und falsch datirt.

1870 auf das Neue mehrfach die noch heute gültige Bedeutung der Motive des Conflicts des Kleist'schen Drama's in die Erinnerung gerufen, mit Recht ist gerade damals auch darauf hingewiesen, schöner sei nie eines glaubensvollen Dichters Prophezeihung in Erfüllung gegangen als Nataliens Worte an den Kurfürsten:

> Das Vaterland, das Du uns gründetest,
> Steht eine feste Burg, mein edler Ohm:
> Das wird sich ausbaun herrlich in der Zukunft,
> Erweitern unter Enkels Hand, verschönern
> Mit Zinnen, üppig, feenhaft, zur Wonne
> Der Freunde und zum Schrecken aller Feinde.

Glänzende Erfolge danken wir den idealen Kräften, deren Wirksamkeit im preußischen Heer Kleist hier geschildert und vertreten hat; möchte ein künftiger Historiker es als die dauernde historische Bedeutung seines Prinzen von Homburg rühmen können, daß er dazu beigetragen, auch unter mannigfach trüben, verwirrenden und verstimmenden Strömungen patriotische und idealistische Gesinnung aufrecht zu halten und zu stärken, möchten so fort und fort des alten Kottwitz Worte gelesen und gehört und beherzigt werden!

Marburg. Im Oktober 1879.

---

1. Memorial Herrn Landgraf Friedrich zu Hessen Fl. Dl. an S. Chfl. Dl. zu Brandenburg gehorsamst zu überreichen. Darmstadt 20. August 1675.

Obwohl des Herrn Landgrafen Fl. Dl. bishero gehofft, es würden S. Chfl. Dl. sich auf dasjenige, so deroselben in einem kleinen memorial gehorsamst vorgestellet worden, so gnd. erklärt haben, daß des Herrn Landgrafen Fl. Dl. die verlangte abhelfung dero höchst billigen beschwerden daraus empfinden mogen: so scheinet doch, daß wegen der bisherigen steten unruhe und anderer hochwichtigen geschefte S. Chfl. Dl. solches verhindert worden: gleichwol S. Fl. Dl. höchste angelegenheit erfordert darauf mit völliger resolution versehen zu werden: als sind dieselbe solches alles nochmaln gehorsamst vorzustellen und zu repetiren bewogen worden, mit gehorsamster bitte, S. Chfl. Dl. wollten gnd. geruhen die verhoffentlich vor augen stehende höchste billigkeit sothanen dero suchens in gnädige consideration zu ziehen und darauf dero gewierige resolution verlangender maßen gnd. zu ertheilen.

Und zwar 1) haben des Herrn Landgrafen Fl. Dl. gehofft, es würde nach der von Sr. Chfl. Dl. in Magdeburg gegebenen gnd. Vertröstung wegen der im Amt Weselingen auf das brauwesen und S. Fl. Dl. eigene bediente gesetzte accise einige änderung erfolgt sein. So müssen dieselbe doch vernehmen, daß nachhero und in dero bisherigen abwesen viel schärfere verordnungen eingelaufen und S. Chfl. Dl. selbst gar hart darauf in dero an des Herrn Landgrafen Fl. Dl. abgelassenen letzten schreiben dringen. Nun ist zwar schon guten theils remonstriret worden, wie ungleich Sr. Chfl. Dl. die herrn accis-directoren diese sach vorgestellet und unbillig S. Fl. Dl. diesem oneri unterwerfen wollen, angesehen 1) daß das brauwesen das beste pertinent

stück der Weferlingen amtsintraden ist, selbige aber S. Fl. Dl. vor das darauf stehend habende capital der 50,000 rtl. gänzlich verschrieben und sie also selbiges titulo oneroso schon besitzen und also darinnen mit keinen mehrern beschwerden rechtmeßig zu belegen sind. Und obzwar opponiret wird, daß die accise von den consumenten erlegt und also das brauwesen an sich nicht beschwert würde, so gibt doch die gesunde vernunft, daß, indem wegen dieser auflage nothwendig der bierpreis in den krügen erhöhet werden muß, das amt aber wie bekannt rund herum in lauter fremden gränzen belegen, welche häufig mit krügen, so das bier viel geringern preises ausstellen, versehen, die consumption dahin gezogen, das amtsbier liegen gelassen und verdorben und also Sr. Fl. Dl. ein merklicher abgang der intraden, so in dem abgelaufenen einem Jahr auf die 600 rtlr. darzustellen stehet, verursachet wird. 2) ist die accise loco contributionis introduciret. Nun ist aber dieses brauwesen als ein proper eingenthumb S. Chfl. Dl. nimmer vorher unter der contribution gestanden noch deshalben etwas, wie sonst in den städten von brauereien allzeit geschehen, gefordert worden, dahero selbiges ja billig auch jetzo nicht zu graviren und vielmehr wohl zu bedenken were, was vor schädliche consequenz dieses mit sich führt, da leichtlich künftig, wenn der jetzige modus etwa wieder geändert und die contribution aufbracht werden sollte, dieses sonst freie brauwesen anderen gravirten brauereien gleich zu halten und unter die contribution mit zu schlagen praetendiret werden könnte. 3) S. Fl. Dl. bediente leben allein von dero jährlich verdienenden besoldung, ohne andere von den Chfl. landen und dero unterthanen ziehenden nutzen nnd genießes, dahero selbige dann auch unbillig zur tragung der gemeinen last gezogen werden. Und ist zwischen ihnen und den Chfl. bedienten deshalben eine große difference, indem diese von S. Chfl. Dl. ihre stattliche besoldungen und viele andere gnade und nutzbarkeiten wirklich genießen, in Chfl. landen gesessen und mit vielen herrlichen eigenthumen versehen und also ein geringes onus leicht abtragen können, jene aber in eines anderen reichsfürsten diensten begriffen als frembde nichts als die wenige gage (dan die so einige contribuable stücke besitzen, davon das ihrige unweigerlich abstatten) zu erheben und also alles vortheils der andern beraubt: daß also S. Fl. Dl. ein sehr hartes zumuthen scheint ihre allein eigene bediente dergestalt zu belegen und darunter ihren fürstlichen Stand und angeborne Freiheit zu verringern, maßen in effectu doch auf sie selbst das onus redundiren würde, indem sie entweder ohne diener leben oder selbige mit höheren belohnungen zu ihrem auskommen mit eigenen schaden versehen müsten: tragen aber zu S. Chfl. D. das gehorsame vertrauen, es werden dieselbe sich dero zu der zeit, als S. Fl. Dl. sich erst in dero landen niederzulassen gewillet worden, gegebenen Chfl. versicherung, dieselben als einen freien reichsfürsten allemal zu tractiren, worauf Sie sich gründlich verlassen und alle das ihrige dahin gewendet, gnädig erinnern und also mit dergleichen dero fürstlichen stand und von Gott und dero geburt habenden freiheit und rechtens stracks zuwider laufenden belastungen verschonen.

2) Haben bei S. Chfl. Dl. des Herrn Landgrafen Fl. Dl. gehorsam ansuchung gethan, nachdem dero bekannter leibeszustand nicht zulassen wollte, viele travaglien im felde mehr zu verrichten und wie sehr sie auch sonst verlangten darinnen S. Chfl. Dl. dero stets tragende gehorsame devotion und dienstbegierigkeit zu erweisen, S. Chfl. Dl. geruhen mögten dieselbe etwan mit einigen gouvernement gnädig anzusehen, zumal sie der hofnung weren S. Chfl. Dl. bei bisher etwan vorgefallnen occasionen dero schuldigsten devoir dergestalt abgestattet zu haben, daß selbige auch gleicher gnade, so vielen andern von S. Chfl. Dl. bishero erwiesen worden, sich mit zu erfreuen haben würden. Und ob zwar keine vacanz anjetzo vorhanden, könnten doch S. Chfl. Dl. nach dero gnädigem gefallen dieselbe wohl etwan mit der survivance auf einigen ort und

etwa unmaßgeblich dessen, so vorhin dem H. Pfalzgrafen von Simmern Fl. Dl. gegeben gewesen, begnaden. Und wolten sie alsdan gerne, da etwan an solchen orten, so doch Gott verhüten wolle, einige kriegsunruh vorfallen solte, sich sowohl im felde als garnisonen erheischender nothurft nach gebrauchen lassen und alle menschmöglichste dienste willigst erstatten.

3) Weil auch S. Fl. Dl. bei denen bisherigen feldzügen ein großes zugesetzt, so ersuchen dieselbe S. Chfl. Dl. gehorsamst, ihro etwan einige ergötzlichkeit deshalb gnädig widerfahren zu lassen, auch da sie derselben ferners in campagne aufwarten solten, dero jetzige gage insoweit zu verbessern, daß sie gleichwohl sich nicht dabei ruiniren und alles ihrige verzehren müßten: wie sie auch hoffen und gehorsam bitten, daß dero von etlichen monaten noch nachständiger rest ihres tractaments deroselben ehistes möge völlig entrichtet werden.

4) Als auch S. Fl. Dl. wichtige bedenken haben unter commando des fürsten von Anhalt Fl. Dl. im felde zu stehen und Sr. Chfl. Dl. solches selbst weitläuftiger schon vorgestellt, dieselbe auch solches zu verhüten S. Fl. Dl. gnd. vertröstet: so bitten S. Fl. Dl. desfalls, wie auch daß es wegen des avancements des H. Herzogs von Holstein Fl. Dl. bei dem verbleiben solle, wie zwischen Fl. Dl. und des H. Landgrafen Fl. Dl. in gegenwart des herrn feldmarschalls Freihl. Exc. abgeredet und verglichen worden, um schriftlich gnd. versicherung, damit nicht sonst etwan zu ungelegener zeit deswegen disputen erreget werden mögten.

5) Sr. Chfl. Dl. wird auch noch gnd. erinnerlich sein, wie von deroselben auf ein regiment zu fus zu richten schon längst gnädige vertröstung gegeben werden, und ob sie zwar deshalb mit dem Obristlieutenant Helldorf bereits capitulirt gehabt, ist es doch nachgehends dahin gekommen, daß selbiger an sich selbst eine freie Esquadron aufgerichtet. Stellen also des H. Landgrafen Fl. Dl. zu Sr. Chfl. Dl. gnd. gefallen, ob nicht deroselben diese eine Esquadron gegeben und zu so viel als zu richtung der andern nötig verordnung erteilet, sie also ein völlig regiment erlangen und anderen generalen, die meist alle verschiedene regimenter haben, gleich tractiret werden mögten. Und weil nunmehr Sr. Fl. Dl. mit Sr. Chfl. Dl. gnd. permission gebrauchten sauerbrunnencur zu ende gelaufen und sie dero function wieder anzutreten, vorhero aber gerne Sr. Chfl. Dl. gnd. resolution auf obige puncten verlangen: so haben sie solche hiemit überreichen und umb gnd. erclärung darauf gehorsamst bitten wollen, sich im übrigen Sr. Chfl. Dl. zu hoher affection und Chfl. gnd. wohlwollen recommandirend und allstets verbleiben

Sr. Chfl. Dl. gehorsambster trewer diener
Friedrich L. z. Hessen.

2. Sr. Chfl. Dl. zu Brandenburg resolution auf des H. Landgrafen zu Hessen, Generals Sr. Chfl. Dl. der Cavallerie, Fl. Gn. memorial. Schwan 13. Septbr. 1675. (Conc. von Somnitz.)

1) Das accis-wesen belangend ist Sr. Fl. Gn. guter massen erinnerlich, welcher gestalt Se. Chfl. Dl. verschiedene verordnungen ergehen lassen, das werck zu untersuchen oder fürschläge zu thuen, ob das contribution-wesen im Weserlingschen auf einen andren Fuß zu richten oder wie sonsten S. Fl. Gn. gefüget werden könnte, die auch zur conservation der unterthanen strecken möchte. Als aber darauf bestendig berichtet worden, das das accis-werck gar in confusion gerathen würde, wen es nicht durchgehend beibehalten würde: so tragen höchstgnd. S. Chfl. Dl. zu S. Fl. Gn. das gute freundvetterliche vertrauen, Sie werden nicht gerne sehen, das dasjenige, so S. Chfl. Dl. zur soulagirung ihrer unterthanen in abtragung der gemeinen onerum eingeführt und in der that gut

befunden wird, zu Sr. Chfl. Dl. merklichem schaden geendert oder abgestellt werde, zumahlen auch sonsten verhütet werden kan, das von fremden brawern S. Fl. Gn. kein eintrag geschehe und dieselbe also den bierkauf der billigkeit nach wol erhöhen können. So seind auch S. Chfl. Dl. nicht gemeinet, wan die accise cessiren sollte, das brauwerk in diesem amte ferner zu beschweren. Sie bleiben auch nach wie vor bei der vorhin erteileten freundvetterlichen erklärung, das alle die freiheiten, so bei diesem werke S. Chfl. Dl. für dero hohe person selbst gebrauchet, S. Fl. Gn. auch genießen möge. Und obzwar S. Fl. Gn. bediente von abstattung der acciß sich nicht entbrechen können, wie denn S. Chfl. Dl. eigene sowol geheime als andere räthe und alle andere bediente derselben underworfen und viele aus deren mitteln dieselbe zahlen müssen, die auch in denen landen, da die acciß eingefürt, nicht begütert: so seind S. Chfl. Dl. dennoch aus sonderbarer affection gegen S. Fl. Gn. zufrieden, das alles dasjenige, so dero räthe und bediente an accis erleget, alle quartal ihnen zurückgegeben werde.

2) Mit einem Gouvernement wollten S. Chfl. Dl. auch S. Fl. Gn. gerne versehen wissen. Es ist aber derselben bekannt, wie durch die feindliche einfälle und große kriegsbeschwerden S. Chfl. Dl. lande so sehr verderbet und daher dero intraden merklich abgenommen. So müssen auch S. Chfl. Dl. auf die von dem Allerhöchsten gnädigst bescheerten printzen und wie sie zu versorgen billig reflectiren. Sollte sich aber einige gelegenheit ereignen, dabei S. Chfl. Dl. S. Fl. Gn. dero freundvetterliche affection bezeugen könnten, werden S. Chfl. Dl. dieselbe nicht aus henden gehen lassen.

3) Die erhöhung der gage würde Sr. Chfl. Dl. nicht allein für itzo, sondern auch ins künftige eine gar beschwerliche consequenz verursachen und nach sich ziehen. Sollten aber sich mittel ereignen, Sr. Fl. Dl. einige extra-ordinair ergötzlichkeit zuzuwenden, werden S. Chfl. Dl. dieselbe ganz gerne ergreiffen. Zur bezahlung der reste soll auch mögliche anstalt gemachet werden.

4) Werden Sr. Chfl. Dl. bedacht sein, wie das alle differencien des commando und avancements halber verhütet und gute einigkeit beibehalten und gestiftet werde, wie Sie dan auch zu S. Fl. G. und anderen im memorial benannten interessenten das gute freundvetterliche vertrauen gesetzt, sie hierunter der billigkeit nach sich von selbst anschicken und sich also begeben werden, das S. Chfl. Dl. bestes befördert und sie selbst ein gutes bestendiges vergnügen daher erlangen mögen.

5) Wenn auch die wartegelder und verpflegungsmittel für itzo bei der hand oder leicht aufzubringen weren, würden S. Chfl. Dl. kein bedenken haben, Sr. Fl. Gn. zur anwerbung eines regiments zu fuße patente zu erteilen, wie sie dan darauf auch fernerhin bedacht sein werden. Und wird schließlich S. Chfl. Dl. lieb und angenehm sein, wenn S. Fl. Gn. nach glücklich geendigter Saurbrunnencur zur verrichtung dero function bei Sr. Chfl. Dl. sich förderlichst einfinden werden, dero sie mit freundvetterlicher affection alle zeit wol beigethan verbleiben.

Das Wirken der verewigten Großherzogin von Hessen-Darmstadt Alice.

(Zum 25. April.)

Von

Dr. Gotthold Kreyenberg.

Wenn der Norddeutsche, dem Zug nach Süden folgend, bis nach Frankfurt a. M. gekommen ist, so pflegt er sich hier einen Rasttag zu gönnen. Die Erinnerungen an die Kaiserherrlichkeit, an den seligen Bundestag, an Goethe und manches Schaustück der deutschen Kunst laden dazu ein. Rascher setzt er dann seine Reise südwärts fort und pflegt ohne Beachtung an der Stadt vorüberzueilen, von deren Unternehmungen wir auf diesen Seiten sprechen wollen. Die breiten Straßen des neuen Theils von Darmstadt sehen etwas langweilig aus; böse Zungen behaupten, es wachse in ihnen das Gras. Wenn sie nun auch nicht so verkehrsreich sind, wie die Zeil in Frankfurt, so pulsirt doch in den Häusern ein reges geistiges Leben. Daß es kein Leben auf der Oberfläche und nicht nur nach außen scheinend ist, macht es um so schätzenswerther.

Darmstadt entbehrt zwar der romantischen Umgebung Heidelbergs, doch ist es nicht arm an bedeutenden Waldungen und schönen Spaziergängen. Wir führen den in der Nähe des Residenzschlosses belegenen Herrengarten an, und zwar auch wegen eines bedeutungsvollen Monuments. Sofort zur rechten Hand, wenn man die Anlagen betritt, befindet sich auf dem Grabhügel der Markgräfin Henriette Caroline, die im Jahre 1774 starb, der Urgroßmutter des Königs von Preußen, eine Urne aus Marmor, — auf welcher die Inschrift steht: Femina sexu, ingenio vir! — Die Inschrift stammt von dem großen Friedrich, der sie dort eingraben ließ.

Was Friedrich der Große von Henriette Caroline sagte, gilt mit eben solchem und vielleicht größerem Rechte von der verewigten Großherzogin von Hessen-Darmstadt, Alice, die in der frischesten Blüthe ihrer Jahre dahingerafft wurde. Am 25. April dieses Jahres würde sie erst 37 Jahre zählen. Gegen Ende von 1878 war bösartige Krankheit auch in

die Wohnstätte des hessischen Landesherrn gedrungen. Schon eine schwere Heimsuchung war der Tod des jüngsten blühenden Kindes. Auch die übrigen Kinder und den Gatten warf die Krankheit nieder. Ungebeugt durch den herben Verlust der Prinzessin Marie hatte die Großherzogin ihre Kinder und den Gatten gepflegt, mit aller Kunst und Erfahrung, die sie an vielen Krankenbetten gelernt und ausgeübt hatte. Da wurde auch sie ein Opfer der Krankheit und des Todes.

Schreiber dieser Zeilen, der stets mit Aufmerksamkeit dem Wirken der heimgegangenen Fürstin gefolgt ist, sammelte kurz nach ihrem Tode die Blätter, welche Nachrufe über die hohe Frau brachten. In eben dem Maße, wie er außer Stande ist, ein einigermaßen vollständiges Lebensbild zu geben, möchte er durch die nachfolgenden Zeilen daran erinnern, daß diese Aufgabe von berufener Feder noch zu erfüllen ist.

Alice Maud Mary, die verstorbene Gemahlin des Großherzogs, war die zweite Tochter der Königin Victoria von England und des Prinz-Gemahls Albert. Sie wurde am 25. April 1843 auf dem Schlosse Windsor geboren. Dieses Old Castle wurde bekanntlich schon von Wilhelm dem Eroberer erbaut und ist mit der Geschichte Englands und seiner Könige eng verwachsen. Die Taufe des Kindes fand am 2. Juni desselben Jahres statt. Schon von früher Jugend offenbarte sich eine reichbegabte Natur in der Prinzeß Alice. Mit welcher Liebe und auf die kleinsten Dinge sich erstreckenden Sorgfalt das englische Königspaar seine Kinder erzog, ist allgemein bekannt. Daneben vererbte der Vater auf seine Tochter den Trieb der Forschung und den Durst nach Wahrheit. Confirmirt wurde Alice am 21. April 1859.

Die königliche Familie Englands liebt als Sommeraufenthalt die entzückende Insel Wight. In der That läßt sich sowohl klimatisch wie landschaftlich kaum ein anziehenderer Ort denken. Und hier ist es das königliche Lustschloß Osborne, wohin die Königin besonders gern zurückkehrt. Am ersten Juli 1862 fand dort Alice's Vermählung mit dem Prinzen Ludwig von Hessen und bei Rhein statt, dem Neffen des damals regierenden Großherzogs Ludwig III. und dem Sohne des Prinzen Karl von Hessen. Die Hochzeit war eine stille Feier im stillen Familienkreise; denn der Tod hatte bereits in das Frühlingsleben der Braut seinen dunklen Schatten geworfen und ihr den unvergeßlichen Vater entrissen, noch ehe der Ehebund besiegelt war.

Am 12. Juli desselben Jahres hielt die neunzehnjährige anmuthige Fürstentochter mit ihrem Gemahl ihren Einzug in die Haupt- und Residenzstadt Darmstadt. So erheblich nun auch der geistige Verkehr für die Größe dieser Stadt sein mag, sie bildet doch einen gewaltigen Abstand

gegen London, wo täglich das Leben einer ganzen Welt zusammenfluthet. Da mag es der in dieser Beziehung verwöhnten Engländerin nicht eben leicht gewesen sein, sich in die engeren Verhältnisse eines anspruchslosen Hofes und eines deutschen Kleinstaates zu finden. Die Großartigkeit von St. James-Court fand sie nicht vor, eine Fülle von herzlicher Zuneigung wurde ihr aber gleich bei ihrem Erscheinen entgegengebracht. Und daß sie gern zu kommen schien, bezeugten alle Diejenigen, welche sie einziehen sahen und die aus der Provinz Starkenburg, aus der fruchtbaren Wetterau, aus den Tiefen des Odenwalds und von der obstreichen Bergstraße herbeigeeilt waren, um die junge Fürstin zu begrüßen. Auch Rheinhessen hatte sein Bestes, seine „Liebfrauenmilch" gesendet. Gegenüber allen denen, welche mit ihr in Berührung kamen, zeigte sie jene Ungezwungenheit des Wesens, die den Engländerinnen eigen ist, aber auch jene Würde, welche „die Vertraulichkeit entfernt". Sie verleugnete die Fürstin nie. Jedoch gestattete sie solchen, die sie achtete, große Freiheit der Mittheilung. Vor Allem leuchtete gleich aus ihren ersten Kundgebungen der feste Wille hervor, dem Volke, mit welchem sie sich verbunden, auch ganz zu gehören, und ihm als eine der ersten Bürgerinnen nun auch nützlich zu werden.

Trotz ihrer großen Jugend fing sie das Werk ihres Lebens gleich beim richtigen Anfang an. Sie erkannte klar, daß man nicht wohl Landesmutter sein könne, ohne die Pflichten des eigenen Hauses streng zu erfüllen. Wie das Beispiel mehr wirkt als alle Lehre, so besonders in dem Falle, wo eine Fürstin den Frauen ihres Landes das Leben der Hausfrau vorlebt, wo sie eben nicht blos repräsentirt und „Frau vom Hause" ist. Mag auch ein Leben in bevorzugter Stellung viele andere Pflichten unabweisbar mit sich führen, wie wenig bedeuten doch selbst auf einem Throne alle Vorzüge, wenn der Fürstin dieses hohe, ja dieses höchste Talent fehlt, trotz aller Hindernisse ein Familienleben einzurichten und zu führen. Das Vorbild des elterlichen Hauses hatte sich ihr unauslöschlich eingeprägt. Es schien ihr selbstverständlich, daß sie sich, wie jede bürgerliche Hausfrau und Mutter um die Erziehung ihrer Kinder, namentlich auch die physische, zu bekümmern habe. Sie erachtete es außerdem für ihre Pflicht, in allen andern häuslichen Angelegenheiten selbst Bescheid zu wissen und ihre Sorge denselben zuzuwenden; sie war keine Prinzessin des Märchens, die vom Staube der Wirthschaft nichts an sich haben darf. In einer, nur durch einen, allerdings höchst unglücklichen Zwischenfall getrübten Ehe gab sie ihrem Gemahl sieben Kinder, zwei Söhne und fünf Töchter. Der Unglücksfall ereignete sich im Jahr 1873 und war wohl dazu angethan, auf immer einen überaus schmerzlichen Eindruck zu hinter-

lassen. Wie noch in Vieler Erinnerung sein wird, stürzte der jüngere Sohn des Prinzen Ludwig, Friedrich, ein hoffnungsvolles Kind von drei Jahren, in einem unbewachten Augenblicke aus dem Fenster des Schlosses und starb an dem Fall. Frisch blühten aber die andern Kinder heran. Es ging Einem das Herz auf, berichtet ein Augenzeuge, wenn man diesen prächtigen Kinderkreis sah, gesund, einfach und natürlich erzogen, wenn man hörte, welch herzlicher und liebevoller Ton in der Familie waltete. Hier war nichts von dem Frost oder Mehlthau mancher fürstlichen Verhältnisse, wo die Kinder von der Etikette oder gar der Theilnahmlosigkeit zu leiden haben, sondern ein traulicher, Geist und Gemüth naturgemäß entwickelnder Verkehr herrschte zwischen Eltern und Kindern.

Die häusliche Thätigkeit, so gewissenhaft sie bis ins Einzelne von der Prinzessin ausgeübt wurde, genügte indeß ihrem lebhaften und umfassenden Geiste keineswegs. Es war zwar kein ungestümer Sturm und Drang, kein blinder Eifer, der sie antrieb, wie so viele „Wohlthätige Frauen", das Weichbild des häuslichen Schaffens zu überschreiten; nur fühlte sie die Kraft in sich, größere Aufgaben zu lösen, und auch dann noch ihrer eigentlichen Aufgabe nicht untreu zu werden. Trefflich schilderte der Pfarrer Dr. Sell in seiner Rede beim Trauergottesdienst, zum Gedächtniß der edlen Fürstin ihr inneres Wesen: „Es ist die große Gefahr fürstlichen Standes", sagte er, „daß, wer auf solcher Höhe steht, sich damit begnügt, durch seine bloße Gegenwart zu glänzen und mit jenen Strahlen, die von der Sonne der Majestät gewissermaßen von selber ausgehen, der Huld und Milde im Geben und Belohnen, sein Werk gethan glaubt, als ob, wer über den Sorgen und Nöthen der meisten Menschenkinder steht, auch über ihren Pflichten erhaben sei. Die verewigte Fürstin hat ihren Stand, als Pflicht, als Beruf, als Aufgabe im höchsten Sinne des Wortes angesehen und ihm in ernster Arbeit gedient. Gott hatte sie dazu mit reichen Gaben des Geistes und Körpers geschmückt. Eine ungemeine Rührigkeit und Elasticität des ganzen Wesens befähigte sie, in den verschiedenartigsten Anstrengungen, Arbeiten und Beschäftigungen auszudauern; ein vielseitig geschärftes Auffassungsvermögen machte, daß ihr nicht leicht eine bedeutende Erscheinung des geistigen Lebens entging. Ob sie dem Worte von Denkern oder Dichtern lauschte, ob sie sich künstlerischen Beschäftigungen hingab, ob sie die politischen Ereignisse verfolgte oder praktischen Bestrebungen zur Verbesserung des Looses von Armen, Kranken, Berufs- und Hülflosen nachsann, immer war sie die geistreiche und urtheilsfähige Frau, die den Dingen selbständig auf den Grund ging."

Deshalb konnte die Prinzessin Ludwig auch nie in den Fehler jener wohlthätigen Frauen verfallen, deren Treiben in neuerer Zeit ein gern

gesehenes Lustspiel geißelt. Wie wenig, gerade wenn der satte Ueberfluß der Armuth sich naht, schont er ihre Gefühle! Wie wenig weiß er den immerhin reichen Spenden diejenige Würze zu verleihen, welche auch das Herz des Armen, mehr als man meint, erquickt, nämlich die Liebe! Wie manchmal fehlt den von Wohlthätigkeitsvereinen oder gar von höheren Schulen veranstalteten Christbescheerungen das Zartgefühl oder selbst der Tact! Und falsches Wohlthun ist kaum besser als kein Wohlthun! Noch immer gilt, was schon oft ausgesprochen ist, daß eine Barmherzigkeit von fern nicht genügt, und daß die Frau durch ein derartiges Wohlthun ihrer Pflicht als Christin und Menschenfreundin noch lange nicht ledig wird. Sie darf sich nicht für zu gut halten, nicht zu bequem sein, um selbst zu gehen und persönlich einzuwirken; denn es gilt nicht blos das physische, es gilt noch mehr das sittliche Elend zu heben, der Unordnung, der Vernachlässigung, dem tausendfältigen Jammer zu steuern, welcher nicht nur aus der Noth, sondern oft aus schlechten Angewohnheiten, aus Faulheit und Unwissenheit entspringt. Eine erfolgreiche und nachhaltige Aenderung kann nur erzielt werden, wenn die vermögende Frau neben dem Almosengeben eine Besserung der sittlichen und geistigen Bedürftigkeit ihrer Mitschwestern anstrebt.

Welch segensvolles Beispiel war nun vorzugsweise in dieser Beziehung die verstorbene Großherzogin Alice schon als junge Prinzessin! Sie hat das goldene Wort drucken lassen, welches man über der Thür eines jeden Wohlthätigkeitslocals anbringen sollte, und besonders da, wo aus Eitelkeit und Herrschsucht die modische Wohlthätigkeit mit viel Lärmen um Nichts sich breit macht: „Wir müssen den Armen Freunde werden, um ihre Wohlthäter sein zu können!"

Wenn wir im Folgenden eine Uebersicht der von der Prinzessin und nachmaligen Großherzogin angeregten und geleiteten Bestrebungen zu geben versuchen, so werden wir bei der „Uebersicht" gewiß auch Manches „übersehen". Zu einer Ergänzung, namentlich Anführung einzelner Züge, sollen diese Zeilen ja gerade auffordern. Dabei werden wir aber ebenso wenig wie irgend ein Anderer von jener Wohlthätigkeit sprechen können, die im Verborgenen wirkte wie der Thau in stiller Nacht, wenn Alles schläft und nichts mehr wacht — als die Noth!

Das erste öffentliche Werk, soweit wir es wissen, dem sie ihre Kräfte widmete, war die allerdings schon vor ihrer Ankunft im Großherzogthum betriebene Gründung einer Idiotenanstalt bei Darmstadt. Mit dem den guten Deutschen fast rücksichtslos scheinenden „Go ahead" verstand sie es, sofort selbst in dem kleineren Kreise, auf den sich ihr Einfluß beschränkte, Geldbeiträge für ihren Zweck in einer verhältnißmäßig sehr bedeutenden

Höhe zusammenzubringen. Die Anstalt erfreut sich nun schon lange eines gesicherten Bestandes und wird auch in Zukunft eine segensreiche Thätigkeit entfalten.

Was ihrer öffentlichen Wirksamkeit von vornherein ein einheitliches Gepräge aufdrückt und diese als über jede Bemängelung erhaben hinstellt, beruht in dem nicht genug zu betonenden Umstande, daß sie die Frauen in kein ihnen fremdes Gebiet drängen wollte. Sie knüpfte an den natürlichen Beruf des Weibes an. So haben wir zwei Richtungen ihres Wirkens zu unterscheiden, welche mit diesem natürlichen Berufe eng zusammenhängen. Wie kann sich die Liebe der Frau außerhalb des Hauses besser bethätigen, als durch treue und geschickte Pflege am Krankenbette? Welche Bestrebungen haben sicherer auf Erfolg zu rechnen, um die Erwerbsfähigkeit des weiblichen Geschlechtes zu erweitern, als diejenigen, welche eine durchdachte Reform auf dem Gebiete der weiblichen Handarbeiten und des Frauen-Kunstfleißes bezwecken?

Ein Lustrum war seit jenem Einzuge der jungen Fürstin vergangen, als auf ihren Betrieb 1867 zwei Vereine in's Leben traten: Der Frauenverein für die Krankenpflege im Großherzogthum Hessen und der Verein für Frauenbildung und Erwerb. Es lag auf der Hand, daß englische Reminiscenzen, wenigstens zum Theil hier einwirkten. Wem wäre unbekannt, wie gerade auf dem Gebiete der freiwilligen Krankenpflege englische Frauen Großes leisten! Andererseits wurden vornehmlich mit dem letzteren Verein ganz neue Wege eingeschlagen und neue Ziele angestrebt. Anregung dazu war im neuen deutschen Vaterlande reichlich vorhanden. Die Prinzessin organisirte diese Vereine und leitete sie in vielen Sitzungen selbst; denn sie war die persönliche Präsidentin. Sie stellte jede Kraft an ihren Platz, überwachte diese aber auch beständig, indem sie geschickt und energisch überall eingriff wo es Noth that.

Es konnte nicht fehlen, daß der Alice-Frauenverein für Krankenpflege bald dem andern für Frauenbildung und Erwerb gleichsam den Rang ablief. Die Ziele des ersteren waren wenn auch kaum praktischer, so doch in die Augen fallender und einem unmittelbar fühlbaren Bedürfnisse entsprechender. Die Zeitereignisse thaten das Ihrige, um gerade einen solchen Verein zu fördern. Hatte schon der schleswig-holsteinsche Krieg die Nothwendigkeit einer systematischen Krankenpflege auch durch Frauen dargethan, so wirkte noch einschneidender der Krieg des Jahres 1866. Aber die Leistungen in der Krankenpflege bis dahin waren nichts gegen diejenigen aus der Kriegszeit der Jahre 1870 und 1871. Als Prinz Ludwig in Frankreich stand und Darmstadt theils wegen der vielen Kriegsgefangenen einer französischen Garnisonstadt glich, theils wie

ein großes Lazareth sich ausnahm, wo Tausende von Verwundeten aller deutschen Stämme aber auch der Fremdlinge verpflegt wurden, entfaltete Prinzeß Alice mit ihren Vereinsdamen eine weitverzweigte Thätigkeit. Den Mittheilungen zufolge, welche mir kurz nach jener Zeit zugingen, zählte der Alice-Verein für Krankenpflege sammt den 35 Zweig- und Anschlußvereinen des Großherzogthums ungefähr 2700 Mitglieder. Für seine ausgedehnte Kriegsthätigkeit in der Materialkammer des Hülfsvereins zur Pflege der Verwundeten auf der Eisenbahn und zur Verwaltung einer größeren Anzahl von Lazarethen war eine Erweiterung des Vereins durch Zuziehung von ungefähr 200 Frauen und Jungfrauen erforderlich gewesen. Die Einnahmen und Ausgaben fanden in Gemeinschaft mit dem hessischen Hülfsvereine statt und gingen weit über 600,000 Mark. Auch in der Sammlung und Anfertigung von Sachen war volle Gemeinschaft mit dem Hülfsverein; 70 bis 80 Damen des Alice-Frauenvereins besorgten, berathen von einem Männer-Comité, alle Arbeiten der Landes-Materialkammer, wie Empfangnahme und Sichtung der Sendungen, Ausbesserung und Verarbeitung der großen Masse von Leinen und Wollstoffen, unter Beihülfe der doppelten Anzahl von freiwilligen Händen und unterstützungsbedürftigen Soldatenfrauen. Der Gesammtwerth in Geld und Materialien, welche der Hülfsverein und den Alice-Verein sammelten, belief sich bereits Ende 1870 auf über 1,800,000 Mk. Dabei sammelte speciell der Alice-Frauenverein nahe an 100,000 Mk. Dieser hatte zwei große eigene Lazarethe eingerichtet, das Alice-Hospital in Darmstadt und ein Baracken-Hospital in Worms. Ersteres war aus Mitteln des englischen Hülfsvereins ursprünglich von englischen Aerzten gegründet worden und im Anfang vorzugsweise für innere Krankheiten bestimmt. Seine Leistungen erwarben sich aber dergestalt die Anerkennung der oberen Militär-Behörde, daß dieselbe eine bedeutende Erweiterung anordnete, die englischen Aerzte als Stabsärzte anstellte und das ganze Unternehmen mit dem Alice-Hospital verschmolz. Außer in diesen Lazarethen übernahm der Verein die Pflege auf Kriegsdauer in 31 Hülfsvereins-, Reserve- und Feldlazarethen und Stationen mit im Ganzen 113 Berufs- und freiwilligen Krankenpflegerinnen.

Dieses mit wenigen Strichen gezeichnete Bild der unter Leitung und Hülfe unsrer Prinzessin gepflogenen Samariterthätigkeit war in der damaligen Zeit gewiß nichts Unerhörtes und Beispielloses. Charakteristisch ist hier nur, daß die gewaltige Thätigkeit, welche nach der Anspannung aller Kräfte an andern Orten naturgemäß bald erlahmte, von der Prinzeß mit gleicher Energie fortgesetzt wurde. Hatte sich nämlich der Alice-Frauenverein die Aufgabe gestellt, in Kriegszeiten mit dem Hülfsverein

für die Krankenpflege und die Unterstützung der Soldaten im Felde zusammenzuwirken und demnach die Militär-Verwaltung in der Pflege verwundeter und kranker Soldaten durch eine geordnete Privathülfe zu unterstützen; hielt er sich ferner verpflichtet, in Kriegszeiten auch solchen Personen, deren Ernährer unter die Fahnen gerufen waren und welche in Folge dessen Mangel litten, während der Abwesenheit ihrer Ernährer eine Beihülfe für ihr Fortkommen zuzuwenden, so war damit die Aufgabe des Vereins doch keineswegs erschöpft. In Friedenszeiten gestaltete sich dieselbe, wenn auch weniger für den Augenblick berechnet, so doch mindestens ebenso verdienstvoll. Es sollten in Voraussicht der Möglichkeit eines neuen Krieges Krankenpfleger und Krankenpflegerinnen ausgebildet, es sollten durch den Verein und die von demselben mit den nöthigen Kenntnissen ausgerüsteten Pflegerinnen bessere Einsicht in die Natur der Krankheiten, erfahrene Behandlung und Verhütung der menschlichen Uebel im Volke angebahnt und verbreitet werden. Wie die Alice-Krankenpflegerinnen im Felde einstimmiges Lob ernteten, so war dies auch mit der Friedensthätigkeit in den Krankenhäusern und in der Privatpflege der Fall. Dieser Alice-Verein ließ es sich von vornherein gewissenhaft angelegen sein, neben den schon bestehenden Verbänden der barmherzigen Schwestern und Diakonissinnen ein so zu sagen weltliches Institut ins Leben zu rufen, welches an Treue, Kenntnissen und Erfahrung den andern in keiner Weise nachstehen sollte.

Beabsichtigt nämlich eine weibliche Person, sich der Krankenpflege innerhalb des Alice-Vereins zu widmen, so muß sie zunächst einen Probe-Cursus durchmachen. Bewährt sie sich nach einer gewissen Frist, die gewöhnlich drei Monate dauert, so erhält sie behufs der eigentlichen Ausbildung Ausstattungsgeld, Wäschevergütung und bereits ein ziemlich beträchtliches Honorar. Als Gegenleistung übernimmt die auszubildende Pflegerin die Verpflichtung, nach beendeter Lehrzeit dem Vereine mindestens zwei Jahre als active Pflegerin zu dienen. Die Zeit der Ausbildung ist je nach den Vorkenntnissen und den individuellen Anlagen verschieden. Die Thätigkeit geschieht später in und außerhalb der dem Alice-Verein zur Verfügung stehenden Heilanstalten. Die Verwendung zu auswärtiger Thätigkeit ist immer ein Beweis großen Vertrauens. Hat die Pflegerin ihre Ausbildung vollendet, so wird ihr darüber ein Diplom ausgestellt. Sehr beachtenswerth ist noch, daß den Berufspflegerinnen des Alice-Vereins, die sich im Besitze eines Diploms des General-Comités befinden, und die fortgesetzt, Unterbrechungen durch Krankheiten oder Beurlaubungen natürlich abgerechnet, im Dienste des Vereins thätig waren, bei dauernder Dienstunfähigkeit ein Recht auf lebenslängliche

Pension aus Vereinsmitteln nach festgesetzten Bestimmungen zusteht. Sie müssen aber schon mindestens fünf Jahre als Pflegerinnen gewirkt haben.

Damit nun dem Verein allzeit eine Uebungsstätte zu Gebote stände und auch die Pflegerinnen eine Art Mutterhaus besäßen, ging im Jahre 1872 eine Heilanstalt für chirurgische Augenkranke zu Darmstadt auf den Verein über. Der Alice-Verein verpflichtete sich zu einer Erweiterung der Anstalt, die für seine Zwecke ja auch nothwendig war. Denn erst durch die Verbindung mit einer solchen Anstalt konnte er seine Ziele vollständig zu erreichen hoffen.

Eine große Schwierigkeit — so urtheilt mit Sachkenntniß einer der Rechenschaftsberichte der genannten Heilanstalt — welche die angehende Pflegerin zu überwinden hat, ist die Aneignung des richtigen Tactes. Denn dieser befähigt sie erst, in allen Verhältnissen ihr Benehmen so einzurichten, daß durch dieses allein und unmittelbar ein Ansehen gesichert wird, welches die Pflegerin zu einer in jeder Beziehung gedeihlichen Ausübung ihres Berufes bedarf. Auch die aus religiösen Gemeinschaften hervorgehenden Pflegerinnen, die barmherzigen Schwestern und die evangelischen Diakonissinnen, welche ihr ganzes Dasein in den Dienst der Barmherzigkeit gestellt haben, können der Oberin nicht wohl entrathen, weil der Mensch, mit einer nur mäßigen Bildung ausgerüstet, stets der Führung bedarf. In geistiger und sittlicher Beziehung. Denn, sehen wir von vereinzelten Fällen ab, die meisten Krankenpflegerinnen besitzen bei ihrem Eintritt in den Beruf nicht einmal die nothwendigen sittlichen Eigenschaften, die Willensstärke, Ausdauer und den Muth, welcher sich durch kein äußeres Hinderniß und keinen Ekel abschrecken oder niederdrücken läßt; dieselben müssen sämmtlich erst anerzogen und gelernt werden. Zwar bringen die Novizen eine gewisse Dosis guten Willens wohl mit, ebenso meistens eine, wenn auch unbestimmte Ahnung von der zu übernehmenden Aufgabe; sicherlich aber noch keine Klarheit und nicht die volle Kraft der Sittlichkeit. Damit sich nun die Oberin ein sicheres Urtheil über die geistige und sittliche Beschaffenheit der Novize, ihre Fähigkeit, in dem neuen Berufe zu lernen und in erster Linie ihrer Anstelligkeit überhaupt bilden könne, ist noch vor der eigentlichen Lehrzeit eine Verwendung innerhalb der Mauern eines derartigen Krankenhauses, wie es oben erwähnt wurde, überaus wichtig.

Endlich tritt der citirte Rechenschaftsbericht warm für die sogenannten weltlichen Pflegerinnen ein. Er betont, daß trotz der barmherzigen Schwestern und Diakonissinnen weitere Pflegerinnen eine Nothwendigkeit seien. Hätten uns die letzten Kriege auch nicht darüber belehrt, wächst denn nicht rasch mit der zunehmenden Erkenntniß vom Werthe einer wirk-

lich tüchtigen Krankenpflege und mit der in erfreulichem Maße sich mehrenden allseitigen Sorge für das Leid und die Armuth auch das Bedürfniß nach einer weit größeren Zahl guter Krankenpflgerinnen? Und worin bestehen noch die Vorurtheile gegen die weltlichen Krankenpflegerinnen? Im Krieg und Frieden haben sie es an Hingebung und Tüchtigkeit nicht fehlen lassen, ja, bei den Kämpfen um Gravelotte sich ganz besonders ausgezeichnet. Freilich führt man, und wohl nicht ganz mit Unrecht, an, daß ein Theil in dem Berufe geringe Ausdauer zeige und demselben bald untreu werde. Dies selbst zugestanden, fällt nicht dabei auch wieder der Umstand in's Gewicht, daß solche für die Krankenpflege besonders ausgebildete Personen gerade durch ihren Austritt die besten Apostel sind, die Lehre von der Verhütung und Pflege der Krankheiten in die weitesten Kreise zu tragen? Und es wird von den Krankenpflegerinnen des Alice-Vereins, bevor sie ein Diplom erhalten, nicht gar wenig verlangt. Sie müssen Uebung in der Krankenpflege und Krankenbeobachtung und in denjenigen Hülfeleistungen an den Tag legen, welche man gemeiniglich nur von einem Chirurgen verlangt, ebenso technische Fertigkeiten wie Herstellung von Compressen, Pappschienen u. dergl., besitzen, ganz abgesehen von der bei einer Frau eigentlich selbstverständlichen Gewandtheit in der Zubereitung leichter Krankenspeisen und passender Getränke.

So hat sich Prinzessin Alice durch die Ausbildung dieses neuen, allerdings schwierigen aber andrerseits wieder lohnenden Frauenberufs in Deutschland, insofern der Alice-Verein, gleich mehreren anderen Vereinen Deutschlands, die Krankenpflege von den religiösen Genossenschaften trennte, ein namhaftes Verdienst erworben. —

Wir gehen jetzt zur Betrachtung des Alice-Vereins für Frauen-Bildung und Erwerb und seiner Thätigkeit über.

In dem Vereine für Krankenpflege wirkte unter der Prinzessin eine tüchtige Frau als ausführende Leiterin, der denn auch die schmerzliche Aufgabe zugefallen ist, ihrer Fürstin die letzten Liebesdienste erweisen zn dürfen. Die Thätigkeit dieser Dame, welche wir hier nicht nennen, ist ebenso mit dem Wirken des Vereins für Krankenpflege verwachsen, wie die unermüdliche Thätigkeit einer andern Persönlichkeit in dem zweiten Alice-Verein, dessen Zweck Frauen-Bildung und Erwerb ist. Irren wir nicht, so wurde bald nach dem Hinscheiden Luise Büchners deren Wirksamkeit auch in diesem Verein geschildert. Wir wollen uns also hier mit einigen aphoristischen Bemerkungen begnügen. Den ersten Impuls zu einer Verbesserung des Frauenlooses gab, wie Luise Büchner in ihrer kleinen Schrift: „Praktische Versuche zur Lösung der Frauenfrage, Berlin, Otto Janke“, bemerkt, das Jahr 1848. Jedoch sehr unklar

waren damals die Bestrebungen; entweder geradezu socialistisch gefärbt und der Abklatsch von communistischen Ideen transrhenanischen Ursprungs, oder entsetzlich unpraktische und extravagante Versuche à la Frauenuniversität in Hamburg. Auch in Darmstadt entstand zu damaliger Zeit ein Verein für Volkserziehung und Volkswohl. Les beaux restes dieses Vereins, insofern sie sich auf das Loos der Frauen bezogen, waren eine Fortbildungsschule für die Töchter unbemittelter Bürger, in welcher die Mädchen vorzugsweise das für das Leben ja besonders brauchbare Weißnähen erlernen sollten. Ein Comité widmete sich zwanzig Jahre hindurch in uneigennütziger Weise eben diesen Bestrebungen und lenkte geschickt und glücklich das kleine Fahrzeug in manchem Sturm. Da erhielt das Schiff den Stoß, welcher es dem Untergang weihen mußte. Der Gemeinderath zog eine bisher bewilligte Jahresunterstützung zurück. Den Grund führt Luise Büchner nicht an.

Nun bildete sich der Verein zur Förderung weiblicher Industrie, der gründlich die Frage zu erörtern bestrebt war, wie den Frauen, die nur durch Handarbeit sich ganz oder theilweise ernähren, in etwas könne geholfen werden, welche Gebiete man ihnen außerhalb der Handarbeit erschließen könne und namentlich, wie sie zur Arbeit erzogen werden sollten! Die Lösung dieser Aufgabe war durchaus nicht leicht; denn bestanden auch an andern Orten bereits Einrichtungen, wie Frauen-Bazare, Verkaufsläden für weibliche Handarbeiten u. dergl., so hatten diese Schöpfungen entweder sich nicht bewährt, oder sie existirten erst sehr kurze Zeit, oder sie waren auf so kleinem Fuße eingerichtet, daß dabei ein günstiges oder ungünstiges Ergebniß von geringem Belange erschien. Die Prinzipien, welche bei den Veranstaltungen zur Förderung der weiblichen Handarbeit geltend gemacht werden mußten, waren und sind unserer Meinung nach folgende:

Einestheils hatte ein Massenangebot von weiblichen Handarbeiten, wie von Bunt- und Weißstickerei, welche in größeren Städten und namentlich in Berlin von unbeschäftigten Frauenhänden in den Mußestunden gefertigt werden, den Preis dafür so herabgedrückt, daß diejenigen Arbeiterinnen, welche auf einen derartigen Lebensunterhalt angewiesen waren, nicht bestehen konnten. Anderntheils war gerade dadurch dem Dilettantismus Thür und Thor geöffnet, und an wirklich tüchtigen Arbeiterinnen fehlte es nach wie vor. Demnach mußte erstens ein Geschäft, welches aber nicht auf völlige und ungerechtfertigte Ausnutzung der Arbeitskraft abzielte, den Verkauf der Handarbeiten übernehmen und also den Arbeiterinnen einen möglichst hohen Lohn zu verschaffen bestrebt sein; zweitens war vor Allem nöthig, daß durch die ganze Leitung des Unternehmens

die Handarbeit an und für sich zu immer größerer Vollkommenheit gebracht wurde. Wenn demnach Bazare für weibliche Handarbeiten an mehreren Orten keinen Erfolg hatten, so scheiterten sie entweder daran, daß der Geschäftsführer zu sehr Kaufmann sein wollte und der Gemeinnützigkeit des Unternehmens zu wenig Rechnung trug, oder daß die eingelieferte Waare nicht so vorzüglich war, um das Geschäft in den Stand zu setzen, dauernd auf einen guten Preis zu halten. An beiden Klippen ist der Alice-Verein mit seinem Hauptunternehmen, dem Alice-Bazar, ganz ungefährdet vorbei gekommen, weil von vornherein nicht nur die Gemeinnützigkeit des Unternehmens betont, sondern auch die Vorzüglichkeit der Leistungen mit Erfolg angestrebt wurde. Der Darmstädter Bazar hat sogar die Genugthuung gehabt, daß ähnliche Unternehmungen in andern Städten, nachdem sie zwischen Sein und Nichtsein lange geschwebt hatten, ja schon aufgegeben waren, nach dem Muster des Alice-Bazars auf Grund der Erfahrungen des Unternehmens reorganisirt wurden und nun einen gedeihlichen Fortgang nahmen. Die Fürstin Alice und Luise Büchner haben aber auch stets dafür gesorgt, daß neben dem Bazar der Unterricht in den weiblichen Handarbeiten von unten auf gefördert wurde. Nicht nur wurden eigene Schulen eingerichtet, die sich gegenwärtig in erfreulicher Blüthe befinden, wie die Anstalt zur Ausbildung von Handarbeitlehrerinnen und die Industrieschule; noch wichtiger war die vorausgehende und mit Erfolg gekrönte Agitation für Einführung der Schallenfeldschen Methode und des obligatorischen Handarbeitunterrichts. Wie einst die Königin Luise durch ihre Begeisterung für die Ideen Pestalozzi's denselben in den preußischen Schulen Eingang verschaffte, so wirkte die Fürstin Alice auf dem Gebiete der weiblichen Handarbeiten.

Noch einer Schöpfung wollen wir gedenken, von der wir aber glauben, daß die Fürstin ihr im Grunde nicht so nahe gestanden hat, wie den übrigen; wir meinen das Alice-Lyceum in Darmstadt. Der Kreis war ein zu kleiner, sowohl der der Gebenden wie der Empfangenden, um auf die Länge der Zeit die nöthige geistige Anregung und Abwechslung zu bieten. Mehrfache Versuche wurden angestellt, Gelehrte auch von außen heranzuziehen, z. B. aus dem nahe gelegenen Frankfurt am Main. Der Erfolg schien zweifelhaft. Am Ende wird das allmähliche Absterben dieses Zweiges der Alice-Schöpfungen der Prinzessin weniger Schmerz bereitet haben, als sie in anderen emporblühenden Anstalten Freude und Ersatz für den Verlust fand.

Eine andere Wirksamkeit, die der Fürstin sehr am Herzen lag, war die Waisenpflege. Wenn auch die Mittel etwas karg bemessen waren, die aus öffentlichen Fonds dazu bewilligt wurden, so war doch der Eifer

um so größer, und nach vielen Richtungen ist gewiß gerade aus dieser Thätigkeit ein reicher Segen entsprossen.

Unsere Skizze würde eine Lücke aufweisen, wollten wir nicht noch der Bemühungen der Prinzeß Alice um die Armenpflege zum Schluß gedenken. Vorzugsweise in der letzten Zeit wandte sie ihre Gedanken diesem Gegenstande zu. Sind auch die sehr bedeutenden Reformen auf dem Gebiete der communalen und privaten Armenpflege, durch welche Darmstadt sozusagen eine führende Stellung übernommen hat, wesentlich das Verdienst einer andern edelherzigen Persönlichkeit, so hat die Fürstin von vornherein diesen Bestrebungen nicht nur ein reges Interesse geschenkt, sondern auch thätig eingegriffen. Sie ließ nämlich das Buch der bekannten Engländerin Octavia Hill, mit der sie übrigens eifrig correspondirte: „Aus der Londoner Armenpflege (Homes of the London Poor)“, ins Deutsche übersetzen. Das Werkchen, bei Julius Nieder in Wiesbaden erschienen, enthält fünf Abhandlungen, welche zu verschiedenen Zeiten und für verschiedene Zwecke geschrieben sind: 1., Armenwohnungen in London, 2., vier Jahre Verwaltung einer Londoner Gasse, 3., Hauswirthe und Miethsleute in London, 4., das Wirken von Freiwilligen in der Organisation der Armenpflege, 5., Zusammenwirken von Freiwilligen mit Organen des öffentlichen Armenwesens. In der Natur der Sache liegt, daß diese Aufsätze manche Wiederholungen bringen; jedoch sind eben deswegen die sich ergebenden Wahrheiten typische und recht beherzigenswerth. Aus jeder Zeile leuchtet die praktische Erfahrung, und ein so gesunder, menschenfreundlicher Sinn durchweht die Blätter, daß man sich leicht erklären kann, wie das Ganze der Fürstin aus dem Herzen geschrieben war. Aus diesem Grunde nahm sie keinen Anstand, der deutschen Uebersetzung einen Geleitbrief in die Oeffentlichkeit mitzugeben. Das nur kurze Vorredewort spiegelt ihre Denkweise treu wieder. Es lautet: „Dieses kleine Buch enthält die Geschichte des Wirkens einer edlen Frau, welche mir vergönnt war bei meinem letzten Besuch in meiner englischen Heimath kennen zu lernen und in ihrer Thätigkeit zu beobachten. Der tiefe Eindruck, den ich von ihrer selbstlosen, thatkräftigen und reichgesegneten Liebe mit hinwegnahm, erfüllte mich mit dem Wunsche, daß uns — die wir ähnliche Zwecke und, wie ich hoffe, in demselben Geist — verfolgen, das Anschauen eines so edelen Beispieles in unserer eigenen Arbeit ermuthigen und stärken möchte. — Systeme mögen, wie Miß Hill richtig bemerkt, werthvoll, ja nöthig sein; aber in den meisten Fällen und jedenfalls in diesem sind sie wie Maschinen: nutzlos, oder schlimmer als das, wenn das beseelende Element der Persönlichkeit in den Plan ihrer Wirkung nicht aufgenommen ist. — Wenn wir die Arbeit nicht mit dem Herzen und

mit ganzem Herzen ergreifen, können wir nichts für unsere Armen thun." (Und nun folgt das weiter oben bereits angeführte Wort: Wir müssen den Armen Freunde werden, um ihnen Wohlthäter sein zu können.) „Das Buch zeigt, wie Miß Hill mit eben so viel richtigem Tact wie aufopfernder Liebe, durch Geduld und standhaftes Beharren bei den einmal gewonnenen Grundsätzen Freundin ihrer Armen zu werden verstand, ohne deren Liebe durch Almosen zu erkaufen, und ihnen unendliches Gute that vor Allem durch Aufschließung und Entwickelung ihrer eigenen moralischen Hülfsquellen. Solches Streben wird immer von Schwierigkeiten und Entbehrungen begleitet sein. Wir selber haben ja dazu beigetragen, die Armen zu demoralisiren, indem wir in den Tag hinein Unterstützungen austheilten, ihre Selbstachtung, ihren Willen und ihre Fähigkeit zur Selbsthülfe untergruben. Aber es ist Zeit, dem ein Ende zu machen und als den Hauptgesichtspunkt einer verständigen und wahrhaft liebevollen Armenpflege den erziehlichen zu erkennen. — Was für englische Verhältnisse praktisch ist, kann man auf deutsche nicht ohne Weiteres übertragen, noch in denselben nachahmen. Möge Niemand die Herausgabe des Buches in deutscher Uebersetzung so verstehen, als würde dies für möglich oder wünschenswerth gehalten. Aber aus jeder wahrhaft praktischen Erfassung einer Aufgabe in noch so fremden Verhältnissen können wir für die Bewältigung dieser Aufgabe, wie sie sich uns darstellt, fruchtbare Anregungen entnehmen."

Wie richtig beurtheilt die Fürstin hier einige hervorstechende Mängel der heutigen, fast allgemein noch üblichen Armenpflege in Deutschland, dies müßige, vornehme und doch so unfruchtbare, ja, sie gebraucht den Ausdruck: „demoralisirende" bloße Almosengeben!

— Und nun noch — last not least — eine Angelegenheit, mit welcher sich Prinzeß Alice in den letzten Monaten beschäftigte, als sie vom Tode überrascht wurde. Aus ihrer englischen Heimath hatte sie ein Schriftchen mitgebracht, welches uns ebenfalls vorliegt, das sie in Dutzenden von Exemplaren verbreitete uud welches nicht minder verdiente, übersetzt zu werden. Es heißt: Work in Brighton or Woman's mission to women. London, Hatchards, Piccadilly 1878. Die Verfasserin ist Ellice Hopkins, author of „active service", „work among the lost" etc. Bevorwortet wurde es von der berühmten Miß Florence Nigthingale und behandelt das, was man gewöhnlich mit „Magdalenensache" bezeichnet.

Hier ist der Punkt, wo die humanitären Liebeswerke übergehen in das Werk der „inneren Mission". Wie allein das Christenthum zur Rettung der Gefallenen einestheils Antrieb geben, anderentheils Hülfe und Rettung gewähren kann, das hat die Prinzessin Alice offen ausgesprochen! — —

Hiermit haben wir in einigen Umrissen das Wirken der edlen Fürstin gezeichnet, aber es würde ein großer Irrthum sein, wollte man annehmen, daß sie sich auf die Zweige der öffentlichen Thätigkeit beschränkte. Eine sehr schätzenswerthe Persönlichkeit, dem Hofe nahe stehend, schreibt mir, er müsse vor Allem davor warnen, ihr Bild zu sehr nach einer Seite, er meint die der praktischen Frauenthätigkeit, auszuzeichnen! Die hohe Frau wäre ungemein vielseitig gewesen; er habe beispielsweise in langen und mannichfaltigen Unterredungen mit ihr nie über Fragen der Krankenpflege, Frauenbildung &c., wofür sie so rastlos arbeitete, gesprochen, wohl aber über tausend und ein andere Dinge. Sie hatte eine eigene Art, Jeden in seinem Fache und seiner Stellung zu nehmen und zu verwenden, ohne ihm dauernden Einfluß auf irgend welche andere Dinge zu gestatten. Mit Luise Büchner verkehrte sie, man möchte fast sagen, freundschaftlich. Dennoch befand sie sich religiös wie politisch auf einem ganz andern Standpunkte als die bekannte Schriftstellerin und würde sicherlich jeden Versuch, auf dieses Gebiet überzugreifen, sehr entschieden abgelehnt haben.

Eigentlich Großherzogin ist Prinzeß Alice nur anderthalb Jahre gewesen. Sie kam mit ihrem Gemahl am 13. Juni 1877 zur Regierung. Gleich einem wohlthuenden, frischen Luftzuge berührte der Wechsel damals das Land, und die ersten Handlungen bahnten sofort eine neue Epoche für das öffentliche und gesellige Leben an. Das Familienleben sollte wieder Mittelpunkt des Hofes werden. Vieles in den öffentlichen Verhältnissen gewann eine veränderte einfachere Färbung, athmete einen wärmeren Ton. Im Theater, wo bis dahin das glänzende Ballet und die Flitterpracht der Ausstattungsstücke, höchstens noch die Oper geherrscht hatten, wurde von nun an, — und dies war der Wunsch sowohl der Großherzogin wie des Großherzogs, — das klassische Schauspiel wieder beachtet und gepflegt.

Ueberhaupt war die Großherzogin mit hervorragenden künstlerischen Talenten ausgestattet. Sie zeichnete, modellirte und malte mit entschiedener Begabung und künstlerischer Freiheit. Sie spielte vortrefflich Clavier. Ihre Lieblinge waren Bach, Beethoven, Brahms. Den Bestrebungen zur Hebung des Kirchengesanges im Lande wendete sich ihre volle Theilnahme zu. Die Einführung von Kindergottesdiensten war ihr ein ernstes Anliegen.

Unendlich schwer war das Leid, welches kurz vor ihrem Tode über sie hereinbrach. Nach dem Hinscheiden der Prinzessin Marie war es ihre beständige Sorge, daß dieser Todesfall nicht der einzige bleiben würde. Als nun die Gefahr unter ihrer umsichtigsten Pflege glücklich bekämpft war, der Großherzog und sein einziger Sohn, der Erbgroßherzog, sowie

die vier Töchter das Krankenlager verlassen hatten, da erachteten die Aerzte für die Großherzogin eine Luftveränderung als nothwendig. In dem Schloßhôtel welches die Heidelberger Ruine überragt, sollte für einige Zeit Wohnung genommen werden. Die Uebersiedelung war auf den 9. Dezember 1878 festgesetzt. In der Nacht vorher erkrankte die Großherzogin an derselben Krankheit (Diphtheritis) und starb am 14. Dezember Vormittags, an demselben Tage, an welchem vor 17 Jahren ihr Vater, Prinz Albert, dessen treue Pflegerin sie in seiner letzten Krankheit gewesen war, das Zeitliche gesegnet hatte. Den Eindruck, den ihr Leben hinterließ, faßte kurz nach dem Trauerfalle das Haupt der Stadt Darmstadt in einer Rede an die städtischen Behörden in dem Ausspruch zusammen, wie erst der ruhige Rückblick auf die Persönlichkeit, auf das Leben, Denken und Wirken der verewigten Fürstin das Urtheil aller Vorurtheilsfreien dahin feststellen werde, daß sie an geistiger Befähigung und Bildung den größten Geistern unserer Zeit ebenbürtig war und daß das Jahrhundert wohl wenige Fürstinnen aufzuweisen haben werde, bei welchen diese hohe geistige Begabung so glücklich vereinigt war mit der allerbesten und edelsten Gemüthsbildung, mit der hoch idealen Auffassung nicht nur des Berufes einer Fürstin sondern des Berufes der Frau überhaupt, mag sie die Krone oder die bürgerliche Haube tragen. Der den Beruf des weiblichen Geschlechts richtig erfassende Theil der Nation insbesondere wird der Verewigten im Herzen und durch Betreten sowie Festhalten der von ihr vorgezeichneten Bahnen die schuldige Dankbarkeit bethätigen müssen für den rastlosen Eifer, mit welchem sie ebenso für die richtige geistige Bildung wie für eine zeitgemäße Berufs- und Erwerbsthätigkeit der Frauen thätig gewesen ist. —

Ein solches Zeichen der Dankbarkeit war die Gedächtnißfeier, welche bei der ersten Wiederkehr des Todestages am 14. Dezember 1879 von Alice-Frauen-Verein für Krankenpflege in der Heilanstalt zu Darmstadt veranstaltet wurde. Eröffnet wurde sie mit einem Gesange aus dem Oratorium von L. Spohr: Die letzten Dinge. Nach einer Ansprache des Stadtpfarrers Dr. Sell folgten ein Choral aus der Matthäus-Passion und ein Gebet. Ein Gesang in der Form des Segens schloß die Feier, bei welcher auch die Uebergabe des Bildnisses der verewigten Protectorin an das Haus stattfand und zu der die erlauchten fürstlichen Mitarbeiterinnen am gleichen Werke in Berlin und Karlsruhe Zeichen ihres Antheils gesendet hatten.

Etienne Marcel und die Pariser Commune.

Die sichtlich steigende Bedeutung, welche die Anarchisten in Frankreich heute bereits wieder gewinnen, wo noch die von den Flammen des Communardenbrandes geschwärzten Ruinen gespenstisch in das lebensvolle Treiben der Hauptstadt hineinschauen, läßt die Befürchtung, daß bald neue Ausbrüche des revolutionären Vulkans eintreten werden, nicht unbegründet erscheinen. Und abermals ist es der Gegensatz zwischen Stadt und Staat, der wiederholt eine große und verhängnißvolle Rolle in der französischen Geschichte gespielt hat, an den die Parteien anknüpfen. Kaum acht Jahre sind vergangen, seitdem dieser Gegensatz in einem blutigen Bürgerkriege seinen furchtbaren Ausdruck gefunden, und obwohl die republikanische Staatsform auf breiter Basis begründet worden und die Regierung mit Mäßigung aber auch mit Festigkeit und Entschiedenheit bestrebt ist, der Freiheit eine dauernde Stätte in jenem Lande zu bereiten, das freilich dazu bestimmt scheint, nichts Dauerndes als den Wechsel kennen zu lernen, so stehen die alten Gegner unter der Fahne des freien und autonomen Städtethums wieder kampfbereit da. Wie kommt es, das dieser Gedanke des autonomen Städtethums, der tief in das Mittelalter zurückreicht, in unserem Zeitalter des centralisirten Einheitsstaates auf nationaler Basis grade in Frankreich sich entwickelt? Findet sich doch bei keinem anderen Volke die gleiche Tendenz so scharf ausgeprägt, wenn wir von schwächlichen Nachahmungen, die etwa in Spanien versucht worden sind, absehen. Grade in Frankreich aber scheint das Streben nach einem autonomen Städtethum gegen alle Voraussetzungen zu verstoßen. Das Genie der Nation neigt nicht zur Bildung von einer Mannichfaltigkeit kleinerer in sich abgeschlossenen Organismen, sondern ist auf die Entwickelung und Förderung einer die Gesammtheit als untheilbares Ganzes umfassenden Einheit, die Hand in Hand geht mit einer nivellirenden Gleichheit gerichtet. In allen Wechselfällen einer 600jährigen Geschichte ist diese Tendenz unverändert festgehalten worden, so daß Frankreich als der prägnanteste Ausdruck der Idee des centralisirten Nationalstaats angesehen werden muß.

Allen Parteien dort galt ohne Unterschied diese Staatseinheit als die kostbarste Errungenschaft einer ruhmvollen Geschichte: nur darüber war höchstens Streit, ob um diese Staatseinheit das alte Regime, das Königsthum vor 1789 oder die Revolution und das Kaiserreich sich größere Verdienste erworben haben. Und nun sollte durch diese in Fleisch und Blut des Volkes übergegangenen Anschauungen ein Strich gemacht werden: dem centralisirten Einheitsstaat wird der souveräne Municipalstaat, der Staatenbund autonomer Städte entgegengestellt; das Stadthaus, nicht das Parlamentshaus, dieses ebensowenig, wie seiner Zeit das Königsschloß soll der Mittelpunkt im Staatsleben sein! Wer den Ursachen dieser Bewegung nachgeht, um zu erkennen, inwieweit dieselbe einen lebensfähigen Kern in sich trägt, unterscheidet zwei Strömungen: die eine ist rein sozialistischer Art; sie erstrebt die fundamentale Umwälzung der politischen, sozialen und wirthschaftlichen Zustände Frankreichs. Ihre Anhänger unterscheiden sich wenig oder gar nicht von ihren internationalen Genossen in den übrigen Staaten; für sie ist der moderne Staat überhaupt nur „werth, daß er zu Grunde geht" und alles brauchbar, was dazu dient, diesen Prozeß zu beschleunigen. Das autonome Städtethum ist ihnen daher nicht Ziel, sondern nur Mittel zur Erreichung ganz anderer Zwecke, zunächst der völligen Beseitigung der staatlichen Autorität. Ist erst das Band gelöst, das die einzelnen Theile zusammenhält, so meinen sie das Spiel gewonnen zu haben, zumal wenn sie selbst im Besitz von Paris sind, dessen natürliches Uebergewicht sie bald in den Stand setzen würde, die Centralisation wieder zur Geltung zu bringen und die Bande schärfer als je vorher anzuziehen. Denn noch immer hat jede siegreiche revolutionäre Bewegung in Frankreich zu einer Stärkung der Centralisation auf Kosten der Autonomie und Selbstverwaltung geführt, in höchstem Maße aber würde dies für eine siegreiche sozialistische Revolution zutreffen, die nur durch den blutigen Despotismus eines Marat aufrecht erhalten werden kann.

Diese socialistische Strömung im heutigen Frankreich wird daher bei der Prüfung der Frage, in wie weit der auf Herstellung städtischer Autonomie gerichteten Bewegung ein lebensfähiger Kern innewohnt, außer Acht bleiben müssen. Ein wenig anders verhält es sich mit der zweiten Strömung, die zum Unterschied von der communistischen als die communalistische zu bezeichnen ist; auch diese wird von durchaus radicalen Elementen getragen, die jedoch nicht sowohl socialistische Utopieen, als wirklich politische Ziele verfolgen; sie sehen in der städtischen Autonomie einen Sieg des demokratischen Gedankens, in der Herstellung eines Städtebundes den Schutzwall gegen vom platten Lande drohende reactionäre Hochfluthen, und sie finden theilweise wenigstens Unterstützung bei denen, die die Aus-

bildung einer freien Gemeindeverfassung in Frankreich, natürlich ohne bis zur souveränen Autonomie der Gemeinden zu gehen, als unerläßlich erkennen. So bedenklich der Gedanke eines demokratischen Städtebundes im Gegensatz zum flachen Lande ist, der, wenn er zur Verwirklichung gelangte, die Staatseinheit Frankreichs zerreißen und die Bürgerkriege des Mittelalters heraufbeschwören würde, eben so wohlberechtigt ist das Streben nach einer freien Gemeindeverfassung, und hier liegt ein berechtigter sittlicher Kern in jener Bewegung zu Gunsten der Commune. Ob er lebensfähig ist? Diese Frage ist kaum bejahend zu beantworten. Denn hier haben die Sünden der Väter und die Thorheiten der Söhne gleichmäßig gewirkt, daß die Voraussetzungen für die Entwickelung einer freien Gemeindeverfassung gar nicht oder doch nur kümmerlich vorhanden sind.

„Die Gemeindeverfassung ist für die Freiheit das, was die Elementarschulen für die Wissenschaften sind. Sie macht dem Volke den Werth der Freiheit begreiflich, es findet Geschmack an dem ruhigen Genuß derselben und wird gewöhnt, sich der Freiheit zu bedienen". Es ist nicht möglich, treffender den Werth einer freien Gemeindeverfassung für das moderne Staatswesen zu umgrenzen, als dies hier Alexis de Tocqueville in seinem berühmten Buch über die Demokratie in Amerika thut. „Ohne Gemeindeverfassung — fährt er fort — kann sich eine Nation eine freie Regierung geben, aber sie hat nicht den Geist der Freiheit. Flüchtige Leidenschaften, augenblickliche Interessen, zufällige Umstände können ihr die Form der Unabhängigkeit geben, aber der in's Innere des Gesellschaftskörpers zurückgedrängte Despotismus erscheint früher oder später wieder auf der Oberfläche". Es sind nahezu funfzig Jahre her, daß Tocqueville diese Sätze niederschrieb, aber sie beruhen auf einer so tiefen, durch divinatorische Begabung und ernstes Studium gewonnenen Kenntniß der französischen Zustände, daß noch heute jeder Tag eine neue Bestätigung ihrer vollen Giltigkeit bringt.

Frankreich hat eben eine freie Gemeindeverfassung nicht besessen, hat nicht in der Elementarschule den Werth der Freiheit kennen gelernt. Wenn darin die Erklärung der Erscheinung gegeben ist, daß in diesem Lande das absolute Regiment und die Revolution in fast regelmäßigen Umlaufsperioden sich folgen, daß das Staatsschiff von Krisen und Katastrophen ruhelos umhergetrieben wird, während von einer stetigen Entwickelung des freiheitlichen Gedankens keine Rede ist, so drängt sich von selbst die weitere Frage auf, wie ist es gekommen, daß in Frankreich die Ausbildung dieser festesten Stütze eines gesunden politischen Organismus nicht erfolgt ist? Ist dies nicht um so befremdlicher, als grade dort wie in keinem anderen Lande der modernen Kulturwelt ein städtisches Gemeinwesen, das Pariser,

den größten Einfluß auf die Geschicke des Staats und des Landes gehabt hat? Grade in diesem Ueberwiegen einer Stadt liegt eine und nicht die geringste Ursache, warum die Freiheit des städtischen Lebens in Frankreich verkrüppelt geblieben ist. Eine weitere und allgemeinere Erklärung findet diese Erscheinung in dem Umstand, daß als der feindliche Gegensatz zwischen Adel und Städtethum den Untergang des Feudalstaats vorbereitete, nicht durch die Abgrenzung und Ausgleichung der ständischen Elemente ein den sozialen und politischen Verhältnissen entsprechender Aufbau des Staats geschaffen wurde, sondern die Krone die Schwäche beider Elemente zur Begründung ihrer ausschließlichen Macht benutzte, auf Kosten der Rechte und Privilegien dieser, die in Folge dessen aufhörten oder gar nicht in die Lage kamen, das Gegengewicht gegen das centralisirende und in verhängnißvoller Weise nivellirende Königthum zu bilden.

Wenn der Radikalismus heute in Frankreich das autonome Städtethum, die Commune als die Basis seines politischen Programms aufstellt, so pflegt er seinen Stammbaum zurückzuführen auf die ersten Zeiten des Kampfes zwischen Städtethum und Adel, als in der Mitte des 14. Jahrhunderts, eine große populäre Bewegung losbricht, in deren Mittelpunkt Etienne Marcel steht, der erste Bürgermeister von Paris, der aus mittelalterlichem Dunkel hervortritt. Diese Revolution von 1357, die den Uebergang aus dem Mittelalter in die neuere Zeit in Frankreich mit blutigrothem Scheine beleuchtet, markirt in der That einen Augenblick von entscheidender Bedeutung für die innere Entwickelung des Landes. Städtethum, Adel und Königthum treten hier zum ersten Mal in den feindlichen Gegensatz, der von nun an die Geschichte Frankreichs beherrscht und zu immer neuen revolutionären Kämpfen, zu Krisen und Katastrophen aller Art geführt hat; und hier zum ersten Male tritt das Pariser Stadthaus in die Geschichte des Landes als bewegende Kraft ein. Etienne Marcel kaufte am 6. Juli 1357 in seiner Eigenschaft als Haupt der Stadt das „Säulenhaus“ am Greveplatz zum Sitz und Versammlungsort der Gemeindebehörden; es stand an derselben Stelle, wie das „Hotel de Ville“, zu dem es im 16. Jahrhundert umgebaut wurde. Seine Rolle in der Geschichte Frankreichs ist bekannt. Nicht immer der Ausgangspunkt ist es doch stets der Mittelpunkt der revolutionären Bewegungen gewesen. „Bitte, bemühen Sie sich in diesen Saal; hier pflegen die provisorischen Regierungen sich zu versammeln“, — so soll ein alter und mit dem genius loci wohl vertrauter Diener des Hotel de Ville am 4. September 1870 nach dem so überraschend schnellen Sturz des Kaiserreichs die Mitglieder der neuen provisorischen Regierung mit etwas sarkastischem Humor zurecht gewiesen haben. Fabel oder Wahrheit — gleichviel — Thatsache bleibt,

daß der Saal im Pariser Stadthause eine große Fülle von provisorischen Regierungen unter Kämpfen, Blutvergießen und Schrecknissen aller Art entstehen, herrschen und vergehen sah, bis zuletzt der Saal und das Stadthaus selbst untergegangen sind in der Feuersbrunst, mit der die provisorische Regierung der Commune ihren Sturz beleuchtete. Die unerbittliche Logik der Weltgeschichte spricht gewaltig aus diesem Brande des Pariser Stadthauses, das so lange der Heerd der Revolutionen nun selbst den revolutionären Leidenschaften zum Opfer fiel. Es ist in der That ein fatalistischer Zug in der Geschichte des Stadthauses; ihr Ende schließt sich mit dem Anfang, der in der Zeit die Etienne Marcel fällt, zu einem revolutionären Kreislaufe. Das Ende ist weltbekannt; weniger gilt dies vom Anfang, und doch ist die Episode in der Geschichte von Paris und Frankreich, die den Namen jenes Bürgermeisters trägt, um so bemerkenswerther, als sie die Ursachen deutlich erkennen läßt, die bewirken, daß die freiheitliche Entwickelung Frankreichs niemals aus dem revolutionären Kreislaufe herausgekommen ist.

Die Lage der Dinge in Frankreich zur Zeit Etienne Marcels, zeigt in ihren äußeren Umrissen manche überraschende Aehnlichkeit mit der des Landes im Jahre 1870. Der Feind stand im Herzen der Monarchie; England hatte nicht nur den Westen Frankreichs erobert, sondern bedrohte auch die nördlichen Provinzen und den Mittelpunkt der Monarchie selbst, Paris. Das Ansehen der Krone war erschüttert; Gewaltthätigkeiten der schlimmsten Art, unerschwingliche Steuerbelastungen, die fortgesetzten Geldverlegenheiten der Könige, die sie zu zahlreichen Erpressungen greifen ließen, hatten in der städtischen und ländlichen Bevölkerung die bitterste Stimmung hervorgerufen; namentlich auch hatte die Unsicherheit im Geldwesen, die von den Königen zur Füllung ihrer Kassen benutzt wurde, die allgemeinste Unzufriedenheit erregt. König Johann der Gute leistete in dieser Beziehung das Unmögliche; bald ward der Werth des laufenden Geldes erhöht, um die Zahlungen des Königs zu verringern, bald — und dies war das Häufigere — ward der Werth des Silbers herabgesetzt und das Geld geringwerthig geprägt. Die Schwankungen waren ebenso groß wie plötzlich. Als Johann auf den Thron stieg, war die Mark Silber 5 Livres 5 Sous werth; vierzehn Monate später war sie auf 11 Livres gebracht. In jedem Jahre wurde der Werth des Geldes 6 bis 8 Mal verändert, oft häufiger, im Jahre 1355 nicht weniger als 18 Mal. Von 1351 bis 1360 änderte die Livre tournois, ein Geldstück von 20 Sous, 71 mal ihren Werth.

Der Adel war theils in Gefangenschaft gerathen, theils auf den Schlachtfeldern geblieben. War schon vorher der Haß gegen denselben

wegen der Bedrückung und Aussaugung des Volkes ein allgemeiner gewesen, so machte sich nach den schimpflichen Niederlagen bei Crecy und Poitiers eine auf's Aeußerste gesteigerte Nichtachtung desselben geltend; hatte sein Ansehen und seine Machtstellung bis dahin sich auf der Tüchtigkeit seiner kriegerischen Leistungen und der Furcht gegründet, die er einzuflößen vermochte, so war jetzt sein Prestige gänzlich erschüttert.

Während aber das Königthum und der Adel sich in mißlichen Verhältnissen befanden, war ein neuer Faktor im sozialen und politischen Leben Frankreichs mächtig hervorgetreten. Das Bürgerthum hatte seit dem 12. Jahrhundert einen wesentlichen Aufschwung genommen, namentlich im Norden Frankreichs, wohin aus den benachbarten flamländischen Städten die Idee des deutschen städtischen Gemeinwesens gedrungen war, und war alsbald bestrebt, in den städtischen Machtkreis Alles zu ziehen, was mißbräuchlich oder gewohnheitsmäßig unter die Herrschaft des Domaniums gefallen war. Es hatte vor Allem das Recht, sich zu eignem Schutze zu bewaffnen, in den Reichstagen zu sitzen und mitzuwirken bei der Feststellung der Steuern und Subsidien, gewonnen. Der französische Geschichtsschreiber A. Thierry meint, dies Bestreben habe sich nicht in den Grenzen einer municipalen Umwälzung gehalten, sondern sei der Keim einer Serie von Revolutionen gewesen, die bestimmt waren, die feudale Gesellschaft gänzlich umzustürzen. Er sieht in dieser Befestigung und in der Ausdehnung der Machtsphäre des Bürgerthums die ersten Kundgebungen der socialen Ordnung der Neuzeit. Mit vollem Recht: das Bürgerthum tritt einerseits zwischen Adel und Leibeigenschaft und vernichtet so die sociale Zweitheilung des feudalen Zeitalters, andererseits zwischen Adel und Krone und strebt nach einer Neuvertheilung der politischen Macht im Staat. Das Recht der Theilnahme an den Reichstagen bot ihm hierzu die Handhabe.

Die Reichsstände hatten seit dem Ende des 13. Jahrhunderts angefangen, eine hervorragende Rolle in Frankreich zu spielen. Die Könige bedurften ihrer, theils um im Kampf gegen Rom eine wirksame Stütze zu finden, theils um sich die Mittel zur Bestreitung der Ausgaben für die Krone zu beschaffen. Anfänglich hatten die Städte ein besonderes Gewicht auf diese Theilnahme an den Ständeberathungen nicht gelegt, die regelmäßig auf Geldbewilligungen hinausliefen, deren Kosten wesentlich sie selbst tragen mußten. Nach und nach änderte sich dies. Je mehr das Bürgerthum Verständniß des politischen Lebens sich erwarb, je mehr es durch die Verwaltung der Städte mit den öffentlichen Dingen vertraut ward, je mehr es in Folge der eignen steigenden Wohlhabenheit den Werth der Ordnung, der Sparsamkeit, der Kontrolle im städtischen Haus-

halt erkennen lernte, um so tiefer empfand es die Schäden in der Verwaltung des Staats, die betrügerischen Maßnahmen, zu denen man hier seine Zuflucht nahm, die Gewaltthätigkeit des Regierungssystems, und war bemüht, ein ständisches Regiment zu setzen, das die Macht des Adels brechen und der Macht des Königthums enge Schranken ziehen sollte. Die Geldforderungen der Könige zu den Kriegen gegen die Engländer gewährten ihnen zahlreiche Gelegenheiten, in dieser Richtung vorzugehen. Der Reichstag von 1355, der zwei Jahre vor der Revolution von 1357 von König Johann einberufen worden war, ist in dieser Beziehung von besonderer Bedeutung. Die Stände forderten und erhielten zunächst das Recht zu gemeinsamer Berathung: auf den Betrieb welchen Standes ist nicht festzustellen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß der Antrag von den Vertretern des Bürgerthums ausging, denn nur für diese war die gemeinsame Berathung von Wichtigkeit, da sie ihnen Gelegenheit bot, gestützt auf ihr besseres Wissen, auf ihre theoretische und praktische Kenntniß der Geschäfte und der Rechtsverhältnisse, sich gegenüber dem ungebildeten und in Verwaltungsdingen wenig erfahrenen Adel das Uebergewicht zu erwerben. Nur der geistliche Stand konnte an Bildung und Kenntniß der Staatsangelegenheiten namentlich Seitens der Bischöfe und höheren Würdenträger sich mit dem Bürgerthume messen, allein es ist ein scharf hervorstechender, höchst charakteristischer Zug in dem Gesammtbilde der Bewegung von 1357, daß die Geistlichkeit weniger auf der Seite des Königthums als vielmehr des Bürgerthums stand. Der niedere Clerus machte vollständig gemeinschaftliche Sache mit diesem und von den Bischöfen vertraten nicht wenige die Forderungen desselben. Aber auch im Stande des Adels fehlte es nicht an Männern, die wesentlich geleitet von Ehrgeiz oder durch persönliche Beziehungen zu den Prinzen des Königshauses, dessen einzelne Mitglieder sich damals nicht minder feindlich, als späterhin die Orleans den Bourbons gegenüberstanden, gemeinschaftliche Sache mit dem Bürgerthum machten.

Die Klarheit und Schärfe mit der auf jenem Reichstag und in den Versammlungen, die in den nächsten zwei Jahren stattfanden, der Idee eines umfassenden ständischen Regiments, das nicht im Adel, sondern im Bürgerthum seinen Schwerpunkt findet, Ausdruck und präcise Form gegeben wird, sind überaus bemerkenswerth: sie reichen in vielen Punkten nicht nur an die heutigen constitutionellen Principien heran, sondern gehen vielfach wohl noch weiter; jedenfalls bedurfte es eines Zeitraums von mehr als 400 Jahren bis das Wesentliche von dem, was jene Reichsstände mit kühnem Geist und Scharfblick als nothwendig erkannt hatten, zur Wahrheit ward. Zunächst ward ein Ausschuß niedergesetzt, in dem die drei Stände gleichmäßig durch

je drei Abgeordnete vertreten sein sollten; diesem Ausschuß wurde die Ueberwachung der Erhebung der Steuerauflagen und der Verwaltung der eingekommenen Gelder übertragen, und zugleich das Recht eingeräumt, den Beistand aller Bürger, aller Leute des Königs zu verlangen, ja sogar ausdrücklich gegen den Willen des Königs zu handeln. Der König müsse schwören, das Ergebniß der Steuern, zu deren Entrichtung auch das königliche Haus verpflichtet ward, nur für die Zwecke des Krieges zu verwenden; der Ausschuß sollte zu allen Verhandlungen über Krieg und Frieden herbeigezogen werden, — Maßnahmen, die eine sehr erhebliche Beschränkung der königlichen Gewalt in sich schlossen. Aber den Ständen kam es nicht nur darauf an, den bisherigen Mißbräuchen bei Erhebung und Verwendung der Steuern einen Riegel vorzuschieben, sondern sie erstrebten eine umfassende Erweiterung ihrer eignen Machtverhältnisse: zunächst richteten sie ihr Augenmerk auf die regelmäßige Wiederkehr ihrer Berathung, während bisher ihre Einberufung nur zu erfolgen pflegte, wenn die Noth auf's Aeußerste gestiegen war. Zu diesem Zwecke wurden die für den Krieg bestimmten Auflagen nur für die Dauer eines Jahres bewilligt, aber die Befugniß in Anspruch genommen, sich ohne weitere Einberufung an einem bestimmten Tage des nächsten Jahres, zunächst im März, dann aber auch im November 1356 wieder zu versammeln; ferner sollten die von den Ständen gefaßten Beschlüsse Gesetzeskraft haben und selbst das einstimmige Votum zweier Stände niemals von der Pflicht entbinden, auch die Zustimmung des fehlenden Standes einzuholen, dieser aber stets die Freiheit haben seine Zustimmung zu verweigern. Es ist unschwer in diesem letzten Beschluß die Hand der Vertreter der Städte zu erkennen, denen es vor Allem darauf ankommen mußte, sich gegen eine Vereinigung der beiden anderen Stände zu sichern.

Noch weitere Beschlüsse endlich gaben dem Volke das Recht sich zu waffnen; nur dem König und seinem ältesten Sohne wurde das Recht gegeben, die waffenfähige Mannschaft, die nicht schon Waffendienste leistete, aufzubieten, und auch dies nur im Falle dringender Noth. Der Gebrauch, daß alle königlichen Diener überall Wagen, Pferde, Lebensmittel angeblich für die Bedürfnisse des königlichen Hauses während der Reisen von Mitgliedern des letztern requiriren durften ohne Zahlung zu leisten, ward verboten und den Bürgern und Bauern sogar das Recht ertheilt, sich mit den Waffen in der Hand zu widersetzen. Andere Maßregeln galten dem Schutze des Handels gegen Eingriffe königlicher Beamten; die Gerichtsbarkeit der höheren Beamten wurde auf die Disciplin ihrer unmittelbaren Umgebungen beschränkt, ferner die wichtige Bestimmung getroffen, daß Niemand seinem natürlichen Richter entzogen werden dürfe, und festge-

stellt — was den Privilegien der heutigen Abgeordneten vollkommen entspricht — daß die Deputirten unter den Schutz des Königs gestellt seien und ihnen gestattet wäre, sich überall von Bewaffneten geleiten zu lassen. Auch die Idee der Einkommensteuer findet hier bereits ihren Ausdruck, aber freilich in einer Form, die erkennen läßt, daß wenn die Vertreter des Bürgerthums juristisch wohl geschulte Köpfe waren, ihre staatswirthschaftlichen Kenntnisse noch einiges zu wünschen übrig ließen, ein Einkommen von weniger als 100 Livres zahlte nämlich 5, ein solches von 100 Livres nur 4, darüber hinaus nur 2 Prozent. Allerdings gilt dies nur für diejenigen, die nicht selbst in der Lage waren, der Kriegsdienstpflicht zu genügen; aber es läßt sich nicht bestreiten, daß diejenigen, die am Wenigsten hatten, am Meisten steuern mußten.

Man kann in der That nur mit Anerkennung und Staunen auf die Reichsstände blicken, die in solcher Weise bestrebt gewesen sind, im Drange sehr schwieriger Zeiten ein Werk vorzubereiten, das wenn es von Erfolg gekrönt gewesen wäre, für Frankreich die größte und segensreichste Bedeutung gewonnen haben dürfte. Woran aber ist es gescheitert? Einmal an dem Umstand, daß die Männer, die in den Reichsständen die treibende Kraft bildeten, dem Volke weit voraus waren; diesem fehlte die Reife für eine solche Umformung in den Staatsverhältnissen gänzlich; es würdigte die Bedeutung jener Beschlüsse nicht, empfand aber desto lebhafter den Druck der Steuern und Kriegsauflagen, die die Reichsstände als Entgelt für die dem König abgerungenen Concessionen verwilligt hatten. Dennoch würde eine allmähliche Entwickelung in jener Richtung nicht unmöglich gewesen sein, allein die zunächst nur auf eine Reform gerichtete Bewegung artete zur Revolution aus. Statt die Begründung und den Ausbau der Neuerungen im Volke durch die Gesetzgebung zu befestigen und das Königthum mit denselben zu versöhnen, glaubte man auf gewaltthätige Weise vorgehen und die ungünstige Lage, in der sich das Königthum nach der Gefangennahme König Johanns befand, benutzen zu können, um dasselbe machtlos zu machen. Ein zweiter und verhängnißvoller Fehler. Denn nicht nur, daß die Macht des Königthums überhaupt unterschätzt ward, — war dasselbe doch das einzige Band, das damals den Staat Frankreich zusammenhielt — durch das gewaltthätige Vorgehen von Paris, unter der Führung Etienne Marcels, durch die Revolution von 1357 ward das Königthum zum Bündniß mit dem Adel genöthigt, das, wenn es auch nur von kurzer Dauer war, genügte, nicht bloß den Widerstand von Paris zu brechen, sondern die Ansätze zur Entwickelung eines ständischen Regierungssystems und die municipalen Freiheiten und Privilegien für Jahrhunderte hinaus zu vernichten.

Der Träger der Revolution von 1357, deren Ausbruch zurückzuführen ist in die ersten Tage nach der verhängnißvollen Schlacht bei Poitiers, (19. Sept. 1356) ist Etienne Marcel. Dieser entstammte einer alten Pariser Bürgerfamilie, die eine angesehene Stelle in der Gemeinde und in der Tuchwirker innung einnahm. Seine Vorfahren hatten bereits Aemter im Gemeindedienst bekleidet: er selbst gelangte zum ersten Male in die höchste Würde der Stadt Paris, in die Stelle des Vorstehers der Kaufmannschaft. Es gab in der Gesellschaft des mittelalterlichen Frankreichs kaum ein Amt von größerem und unbestritteneren Ansehen. Der Vorsteher der Kaufmannschaft, war ungleich machtvoller als heutzutage die Bürgermeister: er leitete die Innungen und die Stadt mit nahezu völliger Selbständigkeit. Es ist vielleicht nicht ohne Interesse, wenigstens in allgemeinen Zügen ein Bild von den municipalen Einrichtungen in dem Paris jener Zeit zu geben. Die Municipalität, deren Haupt der Vorsteher der Kaufmannschaft war, entsprang, wie Perrens in seinem Buch über Etienne Marcel mittheilt, einer kaufmännischen Genossenschaft, der „Marchandise de l'eau“; ein anderer französischer Geschichtsforscher Lanfrey nennt sie kurzweg die Pariser Hansa. Es mag dahingestellt bleiben, in wie ferne etwa diese Bezeichnung auf die deutsche Hansa zurückweist, die, wie ihre Niederlassungen im Auslande überhaupt sich eines sehr bedeutenden Ansehens erfreuten, vielleicht in Paris, auf dessen Gemeindeverfassung das deutsche Vorbild im XII. Jahrhundert nicht ohne Einfluß geblieben, dazu beigetragen haben mag, daß grade der Schiffahrttreibenden Kaufmannschaft in der Gemeindeverwaltung eine hervorragende Rolle zugefallen ist. Wie dem indessen sei, die Genossenschaft der Marchandise de l'eau hatte von Philipp August 1192 das ausschließliche Recht erhalten, Lebensmittel zu Wasser nach Paris zu führen und besaß überhaupt das ausschließliche Recht die Seine zu Thal und zu Berg, von Auxerre bis Mantes zu befahren und erhebliche Abgaben von allen Schiffen zu erheben, die diese wichtige und damals vorzugsweise benutzte Verkehrsstraße befuhren. Dies auch die Abstammung des Wappen, welches die Stadt Paris noch heute führt: ein Schiff mit entfalteten Segeln, mit der inhaltsschweren Devise: Fluctuat nec mergitur. Früher nur im Besitz der Handelsgerichtsbarkeit wurde der Genossenschaft von Philipp August die niedere Gerichtsbarkeit, die obere Polizei, die Kontrolle über die Maße und Gewichte übertragen. Dieser bevorzugten Stellung entsprach ihre finanzielle Bedeutung: sie zog aus dem Monopol der Schiffahrt ansehnliche Vortheile und war klug genug, um sich den Besitz desselben in einer Zeit, wo die Krone oft und viel Geld bedurfte, zu sichern, einen bedeutenden Theil ihres Gewinns dem König zu zahlen, und dadurch ihre Macht noch zu befestigen, so daß sie

ganz an die Stelle der alten Municipalität trat. Ihr Haupt führte den Namen Vorsteher der Kaufmannschaft zu Wasser oder der Genossenschaft der Kaufleute. Später wurde diese Genossenschaft durch andere Gilden überflügelt, unter denen, es waren 6 an der Zahl, die Tuchwirker die erste Stelle einnahmen; jede derselben hatte ihren Vorsteher, aber das Bedürfniß nach einer Einigung machte sich bald geltend und die verschiedenen Gilden wählten daher neben ihren eigenen Beamten, noch allgemeine Beamte, deren Jurisdiction sich über die Corporationen in der Bürgerschaft erstreckte. Die Zahl derselben, die den Namen Schöffen führten, war 4; sie waren einem fünften, dem Vorsteher der Kaufmannschaft der den Vorsitz führte, untergeordnet, und hatten zunächst die gemeinsamen Interessen der Kaufmannschaft, dann aber auch die der Stadt überhaupt zu hüten. Sie führten die Verwaltung mit Hilfe von zwei Schreibern und 24 Beisitzern, die aus den Aeltesten der Gilden genommen wurden. Der Vorsteher wurde auf zwei Jahre aus einer Vorschlagsliste, auf der die reichsten Bürger und die Häupter der Gilden die Namen von vier Candidaten verzeichneten, von der Stadt gewählt; er hatte zu seinem Dienste Subalternbeamte, die er selbst ernannte und die seine Beschlüsse oder die der Schöffen auszuführen hatten.

Etienne Marcel, der das Vorsteheramt der Kaufmannschaft — oder den Posten des Bürgermeisters bereits im Jahre 1355 bekleidete, traf alsbald nach der Nachricht von der Niederlage des französischen Heeres und der Gefangennahme des Königs Johann bei Poitiers die nöthigen Maßnahmen zur Vertheidigung der Hauptstadt; mit der größten Beschleunigung wurden die alten Mauern ausgebessert und neue umfangreiche Befestigungswerke angelegt und zwar in großem Maßstabe, für eine nach damaligen Begriffen sehr bedeutende Summe von 132,000 Livres. Gleichzeitig organisirte er die waffenfähige Mannschaft der Stadt so, daß er nach der Behauptung seiner Biographen bald über 20,000 Mann verfügte. Die Energie und das organisatorische Talent Marcels bewährten sich aufs Beste: er hatte alsbald sich und der Stadt Paris eine Machtstellung ohne Gleichen für die augenblicklichen Verhältnisse Frankreichs geschaffen. Es sollte sich bald zeigen, wie er sie auszunutzen gedenke, und zwar ausschließlich in den innern Angelegenheiten des Landes, da die englischen Truppen den Sieg bei Poitiers nicht weiter verfolgten; wenigstens kam Paris nicht in die Lage, gegen die Fremdlinge von seinen Vertheidigungsmaßnahmen Gebrauch machen zu müssen.

Bald nach der Niederlage bei Poitiers war der älteste Sohn des gefangenen Königs und sein Stellvertreter, Herzog Carl von der Normandie, nach Paris gekommen, feierlich empfangen von der Bürgerschaft. Der

Prinz war noch sehr jung, kaum 19 Jahre alt, kränklich, und nicht geeignet durch ritterliches Wesen oder durch eine glänzende Genialität die Gemüther zu gewinnen: aber im Besitz einer frühzeitig entwickelten Geschicklichkeit in der Leitung der Geschäfte, abwartend und verschlagen wußte er mit kaltblütiger Ueberlegung und einem sehr praktischen Sinn die Schwierigkeiten der Lage zu überwinden und bewährte als Prinz bereits sich als Mann von Nachdenken und Geist in den überaus kritischen Verhältnissen, in denen er sich befand, eingekeilt zwischen den siegreichen Engländern auf der einen, dem Pariser Bürgerthum auf der andern Seite, das entschlossen war, die Vortheile der Situation zur Verstärkung seiner Machtstellung rückhaltslos auszubeuten. Seine erste That war die beschleunigte Einberufung der Reichsstände. Diese erschienen zahlreich, am zahlreichsten die Vertreter der Städte; die Reihen des Adels waren gelichtet durch Tod und Gefangenschaft, und die erschienenen Vertreter dieses Standes waren vielfach zu jung, um einen Einfluß ausüben zu können; dagegen war die Geistlichkeit immerhin gut vertreten, wenn auch nicht so zahlreich, wie der dritte Stand, in dessen vorjähriger Sitzung Etienne Marcel bereits als Redner und Hauptvertreter der Städte eine hervorragende Rolle gespielt hatte. Es ergiebt sich von selbst, daß in den Vertretern des dritten Standes der Schwerpunkt für diese Berathungen der Reichsstände lag: sie fanden statt in dem befestigten Paris, unter dem Schutz der von Marcel aufgebotenen und sorgfältig eingeübten Mannschaft; ein Umstand, der das Ansehen der Pariser Vertreter noch wesentlich steigern mußte, so daß diese, Marcel an ihrer Spitze, die Situation beherrschten. Neben diesem ragt besonders eine Persönlichkeit hervor, Robert Lecocq, ein früherer Rechtsgelehrter, der später in den Dienst der Kirche getreten war und hier bald die höchsten Würden erlangt hatte. Er war zur Zeit Bischof von Laon, ein ehrgeiziger Parteimann, der an Schärfe der politischen Conception Marcel überlegen war, aber an Ehrlichkeit der Gesinnung hinter diesem zurückstand, und wohl auch wesentlich andere Ziele als Marcel verfolgte, obwohl sie beide bis zum letzten Augenblick der Revolution fest und treu zu einander gehalten haben.

Was Etienne Marcel erstrebte war, wie dies aus den Beschlüssen der früheren Reichstage bereits hervorgeht, die Beschränkung der königlichen Gewalt und eine Erweiterung der ständischen Rechte, nicht weniger aber die Vernichtung der politischen Macht des Adels. Um dies zu ermöglichen, schien ihm die Herstellung eines Städtebundes, ähnlich wie ihn die flamländischen Städte wenige Jahre vorher unter Artevelde gebildet hatten, das zweckmäßige Mittel, wie denn überhaupt die Beziehungen zwischen jenen flamländischen Städten und den nordfranzösischen sehr

intim waren. Dieser Städtebund sollte durch eine gemeinschaftliche Vertretung das Land regieren, während der König dem Namen nach die Oberherrlichkeit behielte — derselbe Gedanke, der seither in den französischen Revolutionen stets wiedergekehrt ist. In der großen Revolution des vorigen Jahrhunderts wie in den Kommunetagen von 1871 ist die „Fédération des villes“ wiederholt das Stichwort im Munde der radikalen Parteiführer gewesen. Die französische Demokratie, die auf den centralisirten Einheitsstaat das größte Gewicht legt, hat versucht Marcel von der Vaterschaft dieses Gedankens zu befreien. Schwerlich mit Recht. Denn der Gedanke der Staatseinheit konnte damals wol in der Politik der französischen Könige bereits eine Rolle spielen, schwerlich aber in dem Kopfe eines Tribunen, eines Parteimannes. Wie sollte dieser, so patriotisch und national gesinnt er auch sein mochte, nicht bereit gewesen sein, um dem Bürgerthum eine Machtstellung zu sichern, den Gedanken der staatlichen Einheit zu opfern; war doch ein Drittel des Landes, wenn nicht mehr, in den Händen des Landesfeindes, war doch das Ansehen der Krone auf's Aeußerste erschüttert und kaum in der Lage, sich der großen Vasallen zu erwehren. Ueberhaupt aber war damals die nationale Einheit Frankreichs keineswegs so fest zusammengeschweißt, um jeden Gedanken an eine Loslösung von dem Staate als Felonie erscheinen zu lassen. Man wird sagen dürfen, daß weniger Marcel's Nichtwollen als sein Nichtvermögen bewirkte, daß jener Gedanke nicht zur Ausführung kam. Wie wenig er aber mit demselben vereinzelt stand, geht aus einer Bemerkung Ranke's hervor, der gelegentlich des Sieges, den einige zwanzig Jahre später der französische Adel über die flandrischen Städte erfocht, die Ansicht ausspricht, eine Niederlage jenes Adels hätte eine Republikanisirung des nördlichen Frankreichs zur Folge haben können.

In den Verhandlungen der Reichsstände machte sich alsbald die auf die Schmälerung der königlichen Macht gerichtete Tendenz stetig geltend. Da die Versammlung zu zahlreich war — sie zählte etwa 400 Theilnehmer — so wurde zunächst die Bildung eines großen Ausschusses zur Vorberathung der zu treffenden Maßregeln beschlossen, den königlichen Commissaren aber die Theilnahme an den Berathungen der Commission verweigert. Als die Stände die Vorschläge des Ausschusses jeder für sich genehmigt hatten, ward der Herzog zu einer geheimen Sitzung eingeladen, um ihm zunächst hier die Beschlüsse mitzutheilen, bevor dies in der öffentlichen Schlußsitzung geschah, in der eine Gegenrede nicht zulässig war. Fürchteten die Stände einen zu lebhaften Widerspruch Seitens des Herzogs und wollten sie deshalb vorher sich mit ihm über die Forderungen, die sie stellten, verständigen? Dies ist nicht anzunehmen. Oder rechneten sie

darauf, den Herzog durch die Mittheilung jener Forderungen zu überraschen und ihm die Einwilligung abzutrotzen, bevor er sich mit seiner Umgebung über weitere Maßnahmen verständigen konnte? Letztere Annahme scheint nach der Natur der Forderungen, die die Stände stellten, die wahrscheinlichere. Zunächst eröffneten die Stände, daß sie die Kriegssubsidien für 30000 Mann bewilligten, aber diese Zusicherung enthielt eine Klausel, die ihren Werth ziemlich zweifelhaft machte: „vorausgesetzt, daß diese Hilfsmaßregeln den Leuten der Stände, die die Deputirten entsendet hatten, gefallen würden.“ Man sieht, die Hinterthür, durch welche die Deputirten sich ihren Rückzug sichern wollten, war weit genug geöffnet, für den Fall, daß der Herzog ihre weiteren Wünsche nicht erfüllte. Dann forderten sie, daß der Prinz die Beamten, die sein Vertrauen hatten, entließe und gestatte, daß dieselben, die sofort eingezogen werden sollten, vor einem Ausschuß der Stände zur Verantwortung gezogen würden. Es waren dies sieben der höchsten Beamten, darunter der Kanzler-Erzbischof von Rouen, der erste Präsident des Parlaments, der Großkammerherr des Königs u. s. w.; sie wurden der Unfähigkeit, einer schlechten unredlichen Verwaltung, sowie zahlreicher Unterschlagungen beschuldigt. Die zweite Bedingung war die Freigebung des Königs von Navarra, Vetters und Schwagers des Herzogs, den König Johann vor Jahr und Tag, weil er ihn beargwöhnte nach dem Throne zu trachten, gefangen genommen hatte. Es wird vielfach behauptet, Marcel's Streben sei dahin gegangen, die regierende Linie des Königshauses zu stürzen und dem Staat einen König aus seiner Hand zu geben, eben jenen Karl von Navarra, ein Plan, der ja später in der Geschichte Frankreichs ohne und mit Erfolg wiederholt versucht worden ist. Daß der Bischof von Laon, Robert Lecocq, und ebenso der zweite Genosse Marcels im Stande des Adels, Picquigny, diesen Thronwechsel angestrebt habe, darf als zweifellos gelten. Was dagegen Etienne Marcel betrifft, so spricht Vieles für die Annahme, daß er damals als Politiker handeln und den König Carl von Navarra nur benutzen wollte, um den Regenten willfährig zu machen. Später ist er allerdings auf dem abschüssigen Wege, den er einmal eingeschlagen hatte, so weit gekommen, thatsächlich an einen Wechsel der Dynastie zu denken.

An diese beiden Forderungen reihten die Stände eine dritte, die tief in die Befugnisse der königlichen Machtvollkommenheit einschnitt: das Ministerium — wenn man diese Bezeichnung auf den königlichen Rath anwenden darf — soll von den Ständen ernannt werden. Der König von Frankreich bildete den Rath, der ihn bei den Regierungsgeschäften unterstützte, aus dem Parlament, aus dem Gerichtshof, der Rechnungs-

kammer und Edelleuten seiner Begleitung: die Zahl der Räthe war unbeschränkt, doch mußten ihrer, damit die Beschlüsse gültig seien, mindestens 3 sein. Jetzt forderten die Stände das Recht, diesen Rath selbst zu ernennen, und zwar sollte er anfänglich aus 4 Prälaten, 12 Adligen und 12 Bürgern bestehen, doch ward dies Zahlenverhältniß dann wesentlich zu Gunsten des Bürgerthums dahin geändert, daß die Geistlichkeit 11, der Adel nur 6, der dritte Stand aber 17 Räthe der Krone zu ernennen haben würde. Es scheint, daß diese 34 Räthe auch alsbald namhaft gemacht worden sind; das Namensverzeichniß liegt vor: an der Spitze der Mitglieder aus dem dritten Stande steht Etienne Marcel. Damit hatte der dritte Stand einen großen Erfolg errungen: er war in den Stand gesetzt, jeder Coalition der Vertreter der beiden anderen Stände im Rathe des Königs die Spitze abzubrechen. Die Tragweite dieser Forderung — die übrigens wie die anderen einstimmig auch Seitens des Adels angenommen worden war — wird treffend dahin umgrenzt, daß das, was dem Königthum von seiner alten Macht verblieb, sich fast auf das Recht der Zustimmung und das des Veto beschränkte und die Monarchie, wenn diese neugeschaffenen Verhältnisse Dauer gehabt hätten, nur noch dem Namen nach erhalten geblieben wäre. Der Regent, der nach einer alten Handschrift die Vorwürfe der Stände wie die bitteren Pillen des Arztes herunterschluckte, verließ die Sitzung ohne eine Erklärung abzugeben. Er beschloß indessen nach längerer Berathung mit seiner Umgebung auf die Forderungen nicht einzugehen und um die Deputirten nicht mit einer einfach ablehnenden Antwort heimzusenden, ward der Ausweg gewählt, der Versammlung mitzutheilen, daß die Schlußsitzung vertagt sei. Der Prinz rechnete darauf, daß die Deputirten aus den Provinzen diese verzögerte Sitzung nicht abwarten, sondern in ihre Heimath reisen, daß dann aber Marcel und seine Freunde keinen Widerstand leisten würden. Der erste Theil dieser Erwartung ging in Erfüllung; als die Deputirten fast sämmtlich Paris verlassen hatten, beschloß der Prinz eine neue Verzögerung eintreten zu lassen und eröffnete am Vorabend des für die feierliche Schlußsitzung anberaumten Tages Etienne Marcel und Andern zu ihrem größten Erstaunen, daß er es für geeignet erachte, bevor er die Wünsche der Stände entgegen nehme, sich zu seinem Oheim dem Kaiser Carl IV. nach Metz zu begeben, und auch den Rath seines gefangenen Vaters zu hören.

Dieser unerwartete Schachzug des jungen Prinzen, der aber keineswegs unberechtigt war, überraschte die ständische Partei auf's Höchste, so daß sie, die bisher sich innerhalb der Schranken des Gesetzes bewegt hatte, sich zu einem ungesetzlichen Schritt hinreißen ließ: am folgenden Tage

traten der ständische Ausschuß, der jene Maßnahmen beantragt hatte, sowie die in Paris noch anwesenden Deputirten zu einer Sitzung ohne officielle Ladung zusammen, wozu sie nicht berechtigt waren, und beschlossen auf Antrag Robert Lecocq's die Verkündigung der Vorstellungen und Vorschläge, die sie dem Prinzen in der öffentlichen Schlußsitzung zu machen beabsichtigt hatten, — eine Maßnahme, zu der sie ebenfalls nicht berechtigt waren. Die Leidenschaften fingen an sich zu erhitzen: vertheidigte doch Lecocq die Absetzung der königlichen Beamten mit den ominösen Worten, eine solche Forderung sei durchaus gesetzlich, habe man doch schon Könige von Frankreich absetzen sehen, was er dann, als ihm einer seiner Nachbarn auf den Fuß trat, um ihm seine Unvorsichtigkeit bemerklich zu machen, dahin erläuterte, daß ja ein Papst auf Wunsch der Stände die Absetzung eines Königs von Frankreich ausgesprochen habe. Man sieht, der revolutionäre Sturmwind fing an kräftig zu wehen.

Für's Erste blieben indessen die Gegner sich in abwartender Stellung gegenüber. Die ständischen Parteihäupter in Paris trugen Sorge die Nachricht von den Vorgängen, namentlich auch von den vergeblichen Forderungen, die sie dem Regenten gestellt, in den Provinzen zu verbreiten, weil sie meinten, der Prinz werde Subsidien, die ihm die Reichsstände vorenthalten, von den Provinzialständen zu erlangen suchen. Dies scheint auch in der That der Fall gewesen zu sein, allein ohne rechten Erfolg. Die königlichen Kassen blieben leer, so daß, zumal auch die Reise nach Metz Geld kostete, das alte beliebte Mittel wieder angewendet ward: der Werth des Geldes wurde um 50 Procent erhöht. Vergebens heischte Marcel während der Abwesenheit des Regenten von dessen Stellvertreter die Suspendirung dieser Maßregel; da ihm dies nicht gelang, erließ er ein Verbot an alle Geschäftsleute in Paris das neue Geld anzunehmen. Als der Regent heimkehrte, suchte er den Bürgermeister zu einer Aufhebung dieses Befehls zu bewegen: der Vertreter der Krone und der der Stadt verhandelten beide mit einander wie zwei gleichberechtigte Mächte unter Waffen. Der Bürgermeister von Paris begiebt sich zu einer Unterredung mit dem Bevollmächtigten des Prinzen geleitet von einer großen Schaar Bewaffneter, und da eine Verständigung nicht erzielt wird, heißt er die Gewerbe die Arbeit einstellen und ruft die Pariser zu den Waffen. Von den beiden Mächten war das Königthum augenblicklich die schwächere: Karl erkannte dies wohl und gab wenn auch nicht in allen Punkten, so doch in den hauptsächlichsten nach: er erklärte sich bereit zur alsbaldigen Einberufung der Stände, sowie zur Verhaftung seiner Beamten, die er bis zur Rückkehr seines Vaters in Gefangenschaft halten wollte, und zur Zurücknahme der Befehle über die neue Geldprägung. Die

Stände kamen anfangs Februar 1357 zusammen und hatten in wenigen Wochen ihr Werk vollendet. Der Inhalt der Ordonnanz, welche in der Schlußsitzung am 3. März 1357 verkündet ward und den Namen der großen Ordonnanz führt, ist jene oben bereits hervorgehobene Manifestation zu Gunsten des ständischen Regierungssystems, die in der That eine hervorragende Stelle in der Geschichte der französischen Verfassungskämpfe verdient. In einem Punkte hatten die Stände nachgegeben; sie forderten diesmal nicht die Freilassung des Königs von Navarra, dafür gingen sie in anderen Stücken weiter, so namentlich darin, daß nicht nur die höheren Beamten abgesetzt und vor Gericht gezogen werden sollten, und zwar in ungleich größerer Zahl als früher beschlossen worden war, sondern daß alle Beamte des Königs provisorisch suspendirt werden sollten, bis der neue Rath der Vierunddreißig ihre Amtsführung untersucht haben würde.

Aber mit dieser Ordonnanz hatte die Bewegung ihren Höhepunkt erreicht: von nun an geht es abwärts mit ihr, durch die Revolution zur Reaktion. Kaum waren die Reichsstände, die übrigens den Zeitpunkt für ihren Zusammentritt bereits wieder festgesetzt hatten, auseinandergegangen, so begann der Rückschlag sich zu vollziehen. Der Rath der Vierunddreißig ging in seinen Reformen, was das Personal der Verwaltung betrifft, mit üblem Eifer vor. Der Beschluß, alle Beamte einstweilen zu suspendiren, führte zu einer verhängnißvollen Erschütterung der Verwaltung; dazu kam, daß die Neuernannten vielleicht sehr redliche aber den Geschäften fremde, oft unfähige Männer waren. Die neuen Mitglieder der Rechnungskammer waren kaum 24 Stunden im Amt, als sie schon um die Erlaubniß einkommen mußten, die ehemaligen Beamten wieder hinzuziehen zu dürfen. So entstand eine chaotische Unordnung in der Verwaltung, die von der Bevölkerung übel empfunden ward. Diese hatte überhaupt, wie es nicht anders zu erwarten war, wenig Verständniß für die Errungenschaften der Stände; sie begegneten im Volke — mit Ausnahme der Stadt Paris — einer völligen Gleichgültigkeit, vielfach aber zeigten sich auch Symptome einer eifersüchtigen Stimmung gegen Paris selbst, das man beschuldigte, zumeist auf die Sicherung seiner eigenen Macht und Bedeutung bedacht zu sein. Und dazu kam vollends die Eintreibung der neu bewilligten Steuern, die die Reichsstände, um die Verwendung des Ergebnisses zu sichern, durch ihre Leute vornehmen ließen; es war dies an sich nicht ungerechtfertigt, aber sie hatten auch die ganze Unpopularität zu tragen, die diese Maßnahme ihnen, die man als die Urheber derselben ansah, zugezogen. Die Gegner benutzten namentlich den letzten Umstand sehr geschickt. Sehr bald nach dem Schluß der Reichsstände war ein zweijähriger Waffenstillstand mit den Engländern geschlossen worden. Die Krone hatte

daher nach dieser Seite freie Hand und konnte entschiedener gegen die ständische Partei vorgehen, die an ihrer verwundbarsten Stelle angegriffen ward. König Johann ließ verkünden, daß er die Ausführung der Anordnungen der Stände verbiete, namentlich in Bezug auf die Erhebung der Kriegssteuern. Dieser Schachzug erzielte da, wohin er zunächst gerichtet war, eine volle Wirkung; die ständischen Commissarien wurden in den Provinzen übel empfangen, und in der Regel mit leeren Taschen heimgeschickt, nicht selten wurde ihr Leben von der aufgeregten Bevölkerung bedroht. In Paris erregte die Nachricht von dem Befehl des Königs in entgegengesetzter Richtung einen heftigen Sturm; das bewaffnete Volk stürzte in die Straßen, so daß die königlichen Commissare eiligst die Flucht ergreifen mußten. Marcel zwang den Prinzen, die Befehle seines Vaters für ungiltig zu erklären. Die Revolution war nun in der Hauptstadt auf die Straßen gestiegen, und der Bürgermeister von Paris, der sich wohl bewußt geworden, daß es nun entweder sich zu unterwerfen oder die Revolution fortzusetzen gelte, entschied sich für das Letztere: er betrieb mit erneuter Energie die Bewaffnung und militärische Organisation der Bürger, und die Befestigung der Stadt nach Außen sowohl wie nach Innen. Zum ersten Male wird in diesen Tagen von Barrikaden in den Straßen von Paris berichtet. Aber alle Energie des gewaltthätigen Mannes konnte nichts daran ändern, daß Paris allein stand. Die bisherige Harmonie mit den Provinzen, in denen man offen aussprach, daß die Hauptstadt des Landes sie nur erdrücken wolle, daß Etienne Marcel und seine Genossen nur ihre Bereicherung erstrebten, war, abgesehen von wenigen Städten, zerstört. Mag sein daß die Absichten Marcels verkannt wurden, aber dies ändert nichts daran daß es ein verhängnißvoller Fehler von ihm war, gleichwohl auf der revolutionären Bahn zu verharren, anstatt dahin zu wirken, daß die Kluft zwischen Stadt und Land durch angemessene Schritte ausgefüllt, eine Verständigung mit der Krone angebahnt und dem Staate der innere Frieden wiedergegeben werde, derselbe Fehler, der freilich in der Geschichte fast aller revolutionärer Führer wiederkehrt, daß sie, je mehr die Isolirung sie bedroht, desto rascher auf der abschüssigen Ebene vorschreiten und so Katastrophen heraufführen, in denen oft nicht nur die bei größerer Mäßigung gesicherten Ergebnisse verloren gehen, sondern die für lange Zeit hinaus die Zukunft vernichten.

Indessen noch herrschte der energische Tribun in Paris als Diktator und im Rathe des Herzogs Carl war sein Wille nicht minder maßgebend. Ist es vielleicht übertrieben, wenn berichtet wird, er habe mit seinen Gesinnungsgenossen gewissermaßen einen geheimen Ausschuß gebildet, der allein die Geschäfte geleitet habe, so werden die Dinge

im Großen und Ganzen wohl in dieser Weise sich gestaltet haben. Dies beweist schon der Umstand, daß fast alle Mitglieder des Raths von gemäßigterer Gesinnung ausschieden, so daß thatsächlich nur Etienne Marcel mit seinem Anhang und die Freunde des Königs von Navarra in jener Versammlung blieben. Der Prinz selbst, obwohl er über Truppen verfügte, war kaum in der Lage, etwas gegen den Willen Marcel's zu thun; dieser aber erkannte wohl, daß das Interesse seiner Sache erheische, so lange als möglich den offnen Bruch mit dem Prinzen zu vermeiden. War auch das Königthum geschwächt, so war es doch von großem moralischen Nutzen für ihn und seine Sache, daß das Volk im Glauben erhalten bleibe, was Marcel thue, geschehe mit Zustimmung des Vertreters der Krone. Wie großes Gewicht Ersterer darauf legte, den Prinzen in seiner Nähe und in seiner Macht zu haben, zeigt ein Brief, in dem Marcel ihn, der sich von Paris nach der Normandie begeben hatte, durch die weitgehendsten Versprechungen zu bewegen sucht, wieder in die Stadt zu kommen: man werde weder von der Absetzung der Beamten noch von der Freilassung des Königs von Navarra reden; der Prinz sollte Geld in Ueberfluß haben, vorausgesetzt nur, daß er den Deputirten von 20 oder 30 Städten erlaube, sich in Paris zu versammeln. Unzweifelhaft beabsichtigte Marcel hier einen Versuch zu machen, in wie weit der Städtebund, dem eine Anzahl französischer Städte, wie Laon, Senlis, Amiens, Beauvais, beigetreten waren, sich zu einem politischen Organismus entwickeln könne. Der Prinz, der außerhalb Paris nicht die gesuchte Unterstützung gefunden hatte, kehrte wirklich nach Paris zurück, und bewilligte auch die Bitte Marcels. Freilich mochte er wohl das Bedenkliche einer solchen Sonderversammlung der mit Marcel verbündeten Städte erkannt haben und ließ die Einladungen zu einer Berathung an eine weit größere Zahl, namentlich auch an solche Städte richten, von deren Ergebenheit er überzeugt sein durfte. Es ist eine Aeußerlichkeit, aber bezeichnend, daß die Einladungsschreiben mit dem Siegel des Bürgermeisters von Paris versehen waren. Eine große thatsächliche Bedeutung scheint jenem Städtetage nicht innegewohnt zu haben. Derselbe richtete jedoch an den Prinzen die Bitte um baldige Einberufung der Reichsstände, während Robert Lecocq auf Verlangen Marcels die erste Stelle im Rath des Königs erhielt. Alsbald tritt auch die Persönlichkeit des Königs von Navarra wieder in den Vordergrund. Kaum waren die Reichsstände — übrigens sehr wenig zahlreich — in Paris eingetroffen, als Marcel eine Versammlung der ihm ergebenen Deputirten berief und in dieser, der Lecocq und Picquigny anwohnten, beschloß man in erster Linie, die Freigebung des Königs zu fordern. Auch diesmal wollte Marcel nur desselben sich bedienen, um den

Regenten geschmeidig zu erhalten, aber die Annahme liegt nahe, daß er schon jetzt den Gedanken nicht mehr von der Hand wies, in dem Könige von Navárra sich einen Candidaten für den Thron bereit zu halten, für den Fall, daß der Bruch mit dem Regenten unvermeidlich würde.

Der Prinz sprach die Freilassung aus, nicht ohne Hintergedanken, die indessen vereitelt wurden. König Carl von Navarra, der alsbald in Paris eintraf, war der Vetter und Gemahl der Schwester des Herzog von der Normandie, ein begabter, ehrgeiziger Mann und überaus intrigant, dessen Streben auf den Erwerb der französischen Königskrone in Folge seiner Erbansprüche von weiblicher Seite her gerichtet und der deshalb ein Gegenstand steten Mißtrauens für die regierende Linie war. Carl von Navarra, sehr gewinnend im Verkehr, erfreute sich einer großen Popularität, die er in geschickter Weise zu fördern wußte. Bei seiner Ankunft in Paris mit königlichen Ehren empfangen, hielt er, ein Meister populärer Beredsamkeit, eine mehrstündige Ansprache an das Volk und die Studenten, in der er sich über die Ursachen des Streites zwischen ihm und dem König Johann zu rechtfertigen suchte und die er mit boshaften Anspielungen aller Art auf den Regenten würzte, zur größten Freude des Volkes, das sich gewissermaßen als Richter im Streit der Könige fühlte. Es begreift sich, daß die Versöhnung zwischen den beiden Fürsten, die nunmehr in Scene gesetzt wurde, eine rein äußerliche war. Das ganze Verhältniß erinnert ungemein lebhaft an das Verhältniß zwischen dem sechszehnten Ludwig und dem Herzog von Orleans; wenn überhaupt die Revolution von 1357 eine Fülle charakteristischer Züge aufweist, die in der Revolution von 1789 wiederkehren, so ist sicherlich die Rivalität der beiden Linien des Königshauses nicht der am wenigsten bemerkenswerthe.

Carl von Navarra ging, sobald der Regent, gezwungen durch Marcel und Lecocq, seine Forderungen hinsichtlich einzelner Schlösser anerkannt hatte, auf seine Besitzungen; bald aber konnte kein Zweifel mehr über seine feindlichen Absichten gegen den Regenten sein; seine Söldner streiften bis in die Nähe von Paris. Und jetzt that auch Etienne Marcel einen bedeutungsvollen Schritt vorwärts: Anfangs Januar 1358 gab er seinen Anhängern in Paris ein Abzeichen in den Farben der Stadt, Roth und Blau mit der Inschrift auf der Agraffe: „Zeichen des Bundes auf Leben und Tod mit dem Bürgermeister gegen Jedweden“. Auch in den verbündeten Städten ward dies Zeichen angelegt und die Revolution hatte ihre Embleme, so gut wie die Revolution von 1789 ihre Fahnen und Kokarden in Roth, Blau und Weiß. Zugleich bildete Marcel noch einen engeren Kreis unter seinen Anhängern, dem, sei es um die eigentlichen

Zwecke zu verbergen, sei es um sich den Sitten der Zeit anzupassen und die Geistlichkeit auf seine Seite zu ziehen, der Charakter einer kirchlichen Genossenschaft gegeben ward. Diese Vorgänge machten die Lage des Prinzen sehr schwierig: nicht vermögend, offenen Widerstand zu leisten, versuchte er um seine Gegner zu schwächen, in ihrem Lager Mißtrauen zu säen. Am 11. Januar 1358 ließ er plötzlich ankündigen, daß er ebenfalls zum Volke zu reden beabsichtige. Die Wahl des für diesen seltsamen Schritt bestimmten Platzes in dem bevölkertsten Theile von Paris läßt annehmen, daß seine Rede namentlich auf die unteren Klassen wirken sollte. Dieser Zweck wurde auch erreicht; geschickte Anspielungen auf die mangelhafte Finanzverwaltung der Stände machten Eindruck und zwar in solchem Maße, daß am andern Tage auch Marcel seinerseits die Pariser zu einer öffentlichen Versammlung berief, in der zunächst einer seiner Anhänger die Beschuldigungen des Prinzen vom Tage vorher widerlegte und dann Marcel selbst sich in einer Ansprache rechtfertigte. In geschickter Weise ward schließlich eine Huldigung für den Bürgermeister in Scene gesetzt, und so der Versuch des Prinzen, sich Luft zu machen, vereitelt. Gewiß ein seltsames Vorkommniß, dieses Wortgefecht zwischen dem Königthum und der Revolution in den Straßen von Paris, aber es war das Vorspiel zu ernsten blutigen Vorgängen. Wenn auch jene Tage der öffentlichen Versammlungen ohne weitere Unordnungen verlaufen waren, so waren doch die Geister auf's Aeußerste erregt und es bedurfte nur eines an sich unbedeutenden Vorfalls, um Gewaltthätigkeiten zu veranlassen. Dieser Vorfall blieb nicht aus. Zwischen dem Stallknecht eines Wechslers, der ein Paar Pferde in den prinzlichen Stall verkauft hatte, und dem Schatzmeister des Regenten, kam es wegen der Bezahlung zu Zwistigkeiten, in deren Verlauf der Knecht den Schatzmeister erschlug, sich selbst in eine Kirche, die das Asylrecht besaß, rettete. Der Prinz, über den Mord auf's Außerste erzürnt, ließ gleichwohl den Knecht aus seiner Zufluchtsstätte wegholen und ihn alsbald hängen. Ein schwerer Fehler, denn die ohnehin der ständischen Partei geneigte Geistlichkeit fühlte sich durch die Nichtachtung des kirchlichen Asylrechts auf's Aeußerste verletzt und machte gemeinsame Sache mit Marcel und seinen Anhängern. Der Leichnam des Gehängten ward in feierlicher Procession nach Paris geführt und mit Pomp begraben, im selben Augenblick, da die Diener des Prinzen mit nicht geringerer Feierlichkeit den ermordeten Schatzmeister bestatteten. Gleich darauf machten die Universität und der Clerus einen energischen Schritt beim Regenten, damit derselbe endlich die dem König von Navarra gemachten Zusagen erfülle: einer der Redner drohte rundweg, daß Universität, Geistlichkeit und städtische Behörden gemeinschaftliche Sache

gegen ihn machen würden. Der Prinz suchte die Gemüther zu beschwichtigen, aber die Dinge waren in Bewegung gekommen und ließen sich nicht mehr aufhalten.

In der Umgebung des Regenten befanden sich zwei Männer, die Marschälle der Champagne und der Normandie, die besonders verhaßt waren, weil man ihnen einen großen Einfluß auf den jungen Fürsten zuschrieb und in ihnen die hauptsächlichen Gegner der populären Bewegung zu sehen glaubte. Würden sie beseitigt, so meinte man, werde dem Regenten nichts übrig bleiben, als sich dieser Bewegung ganz zu überlassen. Und diese Beseitigung ward alsbald in Scene gesetzt. Etienne Marcel, ob ganz auf eignen Antrieb, ob auf Andringen des Königs von Navarra, bleibe dahin gestellt, befiehlt, daß sich die Gewerke in Waffen in der Nähe des Palastes am 22. Februar 1358 versammeln; dort findet zunächst eine kurze vertrauliche Besprechung der Häupter statt; die Glocke von Notre Dame schlägt an und alsbald setzen sich Tausende von Bewaffneten unter Marcels Befehl in Bewegung und die ganze Menge stürmt in den Palast. Der Prinz, der von dem Vorgang keine Ahnung gehabt zu haben scheint, war von nur wenigen Vertrauten umgeben, unter ihnen die beiden Marschälle. Etienne Marcel richtete an ihn alsbald scharfe Worte des Tadels, daß der Prinz nichts gegen die Engländer vor den Thoren von Paris unternehme; dieser antwortete nicht weniger lebhaft und es folgte ein kurzer Austausch bitterer Bemerkungen, denen Marcel plötzlich mit den Worten ein Ende machte: „Erstaunen Sie nicht, Sire, es ist befohlen und es muß so sein", und sich zu seinen Bewaffneten wendend, „macht kurz das, weshalb Ihr gekommen seid". Sofort stürzen sich die Verschwornen auf den Marschall der Champagne und stoßen ihn neben dem Prinzen, dessen Kleid von Blut befleckt wird, nieder; der Marschall der Normandie sucht zu fliehen, aber er wird waffenlos ohne Widerstand in einem Nebenzimmer niedergeschlagen. Die übrigen Diener des Regenten entfliehen; einer, der Generaladvokat Regnauld d'Acy eilt auf die Straße und wird im Laden eines Nachbarhauses ermordet. Dem Regenten selbst versichert Marcel, ihm drohe keine Gefahr und tauscht mit ihm zum Zeichen seines Schutzes die Kappe; der Bürgermeister trug die goldgestickte des Prinzen, dieser die blau und rothe des Tribunen. Welch ein Seitenstück zu der Scene aus der Revolution von 1789, als der Bürgermeister Petion auf dem Balkon der Tuilerien Ludwig XVI. die rothe Mütze aufsetzt!

Die Ermordung der Marschälle ist ein Verbrechen, von dem selbst die Vertheidiger Marcel's diesen nicht freisprechen. Mag sein, daß jene in der That, wie er es später in einem kurz vor dem Ende der

Erhebung an die Städte gerichteten Briefe behauptet, die Seele der Ränke und Verschwörungen waren, die im Palais des Regenten gegen ihn geschmiedet worden und die auf seine, Marcel's Tödtung gerichtet gewesen seien — Beweise liegen dafür nicht vor und jene's blutige Erreigniß wirft einen dunklen Schatten auf Marcel und seine Sache. In demselben tritt in der Form einer grauenvollen That mit unwiderleglicher Deutlichkeit der Bruch zu Tage, der sich längst in dem Verhalten des Bürgermeisters von Paris vollzogen hatte; der Reformator war zum Revolutionär geworden.

Alsbald nach der Ermordung begab sich Marcel vom Palast des Regenten in das Stadthaus. Der Greveplatz war überfüllt von bewaffneten Männern, denen er in einer kurzen Ansprache das Vorgefallene mittheilte mit der Aufforderung, ihn zu unterstützen. Stürmische Zurufe der Bürger sicherten ihm ihren Beistand zu. Wiederum kehrte der Bürgermeister zum Palast zurück, um vom Prinzen die Gutheißung des Geschehenen zu verlangen. Dieser, der noch unter dem erschütternden Eindruck der Vorgänge dieses Tages stand und verlassen von seinen Vertrauten, sich in der Macht der Männer wußte, die mit ihren Piken bewaffnet den Schloßhof anfüllten, versprach mit Marcel gemeinschaftliche Sache zu machen und zum Zeichen davon seine Leute die blau und rothe Kappe tragen zu lassen. Die Menge zog sich befriedigt zurück; der Bürgermeister aber, trotz seines Triumphes über die Folgen der Bluthat keineswegs beruhigt, war alsbald bemüht, sich für alle Fälle Beistand zu sichern und ließ noch am selben Abend den König von Navarra nach Paris rufen. Dieser traf sofort ein, allein er verließ auch diesmal schnell wieder die Stadt, als er erkannte, daß Marcel einerseits doch seinen Bestrebungen, die Krone zu erwerben, nicht so weit entgegenkam als er gehofft hatte, andererseits die Nachricht von der Ermordung in vielen Städten, auf deren Beistand jener gerechnet, eine ungünstige Wirkung erzeugt hatte.

Außerhalb Paris hatte in der That der Mord der Marschälle die Stimmung gegen Paris sehr verschlechtert, ein Grund mehr für Marcel, sorgfältig die Hand über den Prinzen zu halten, in dessen Rath er unumschränkt schaltete und waltete, nachdem auf sein Verlangen alle adligen Mitglieder desselben entlassen worden waren. Thatsächlich war der Prinz sein Gefangener, dessen Schritte sorgfältig bewacht wurden. Es erklärt sich wohl nur aus dem Umstand, daß damals schon lebhafte Strömungen im Geheimen gegen das Schreckensregiment Marcel's sich gebildet hatten, wenn trotz alledem der Prinz Gelegenheit fand, zu entkommen. In einer Märznacht flüchtete Herzog Karl auf einen Kahn und fuhr auf diesem die Seine abwärts nach Meaux. Marcel's Zorn war begreiflicherweise groß,

als er Tags darauf erfuhr, der Prinz sei nicht mehr in seiner Gewalt, und damit seinen Plänen das Fundament genommen. Zwar ließ er sagen, die Entfernung des Prinzen habe mit seinem Willen stattgefunden, aber wenn es nicht aus den Verhältnissen selbst hervorginge, wie schwer durch diesen Zwischenfall Marcel betroffen worden, so würde es der Umstand beweisen, daß er, sobald sich die Gelegenheit dazu bot, Rache nahm an den zwei Männern, die jene Flucht ermöglicht hatten. Beide büßten diese That auf dem Schaffot.

Die glückliche Flucht des Regenten veränderte die Lage erheblich: der Bruch zwischen den Häuptern der ständischen Partei und dem Prinzen, der schon so lange vorhanden war, war nun öffentlich geworden. Nur vollständiger Sieg oder vollständige Unterwerfung — ein Drittes gab es für keinen der beiden Gegner. Und es war nicht schwer zu erkennen, auf welche Seite sich der Sieg neigen werde, neigen mußte. Der Prinz, der von den Reichsständen wenig erwartete, zog es vor, zunächst die Provinzialstände der einzelnen Landschaften einzuberufen, und sich von diesen mit wechselndem Erfolge Gelder zu erbitten. Zugleich aber eröffnete er auch den Feldzug gegen Paris, indem er mit einem kühnen Handstreich das feste Schloß von Meaux besetzte; er schlug damit auf der einen Seite dem König von Navarra eine Wunde, auf der andern aber der Stadt Paris, der er die Zufuhr von Lebensmitteln auf dem Wasserweg sehr erschwerte. Marcel blieb die Antwort nicht schuldig; nachdem er zur Fortsetzung der Befestigungsarbeiten von Paris und zur Beschaffung von Proviant für die Einwohner, deren Zahl täglich durch große Schaaren flüchtiger Landleute stieg, ein beträchtliches Anlehen bei Niemand Geringerem als dem Großprior des St. Johanniter-Ordens abgeschlossen, bemächtigte er sich der bedeutenden Artillerie, die der Regent in dem festen Louvre, der damals noch außerhalb der Stadt lag, besaß; diese sollte eben nach Meaux geführt werden, als Marcel, wie es scheint, ohne ernsten Widerstand zu erfahren, die Hand darauf legte und sie nach dem Stadthause bringen ließ. Am selben Tage noch richtete er ein Schreiben an den Regenten, in dem er die Beschwerden des Pariser Volkes gegen diesen zusammenfaßt, daß er nämlich nichts gegen den Feind thue, daß seine Soldaten schlimmer hausten als jener, daß er militärische Vorkehrungen getroffen, die Paris bedrohten, daß er die gegebenen Versprechungen niemals erfüllt habe. Das Schreiben schließt mit der Aufforderung, der Prinz möge nach Paris zurückkehren. Es ist in einem ungemein energischen und drohenden Tone gehalten und wenig geeignet, als ein versöhnlicher Schritt zu gelten. Schwerlich hatte Marcel es in diesem Sinne verfaßt; die alsbaldige Veröffentlichung sowie die Uebersendung desselben an die mit Paris verbündeten

Städte in Frankreich und Flandern läßt erkennen, daß er vielmehr beabsichtigte, sein eigenes gewaltthätiges Vorgehen zu rechtfertigen.

Anfangs Mai traten die Reichsstände in Compiègne zusammen. Von der großen Bedeutung, die sie vor wenigen Monaten gehabt, war keine Rede mehr. Sie erschienen auch nur in kleiner Zahl; die Geistlichkeit fehlte zum großen Theil, von der Bürgerschaft waren nur wenige anwesend, auch die Vertreter des Adels hatten sich nicht übermäßig zahlreich eingefunden, doch bildeten sie wohl die Mehrheit. Auch der Geist in der Versammlung war ein anderer. Zwar wurden in vielen wesentlichen Punkten die Beschränkungen der königlichen Gewalt, die in den früheren Berathungen beschlossen worden waren, aufrecht erhalten, und dem Regenten zunächst nur auf ein Jahr die geforderten Gelder bewilligt, aber sie wurden doch bewilligt, vor Allem aber wurde der Prinz aufgefordert, den Mord der Marschälle zu rächen, wie denn überhaupt gegen Paris eine sehr erbitterte Stimmung herrschte. Gegen Rob. Lecocq, der seinen Platz im Rathe des Regenten wieder eingenommen hatte, ward die Erhebung in den Anklagestand beschlossen, der er sich einstweilen nur durch die Flucht nach Paris entzog, wo er Marcel und dem König von Navarra, der sich ebenfalls dorthin begeben hatte und von der Bevölkerung jubelnd empfangen worden war, berichtete, daß an einen Ausgleich nicht mehr zu denken sei. Indessen wollte Marcel noch immer nicht die Hoffnung fallen lassen, daß es ihm gelingen werde, den Regenten zur Rückkehr nach Paris zu bewegen und so seine Pläne wieder unter den Schatten des Königthums zu stellen. Der Regent seinerseits legte auch Gewicht darauf, nicht den Schein zu erwecken, als sehe er die königliche Autorität über Paris für im Mindesten beeinträchtigt an: er suchte dieselbe bei jeder Gelegenheit zu wahren und unterließ nicht, Marcel aufzufordern, er möge für Paris Kommissare zur Erhebung der von den Reichsständen bewilligten Steuern wählen lassen, wovon der Bürgermeister natürlich nichts wissen wollte. Dieser Verkehr führte indessen noch einmal zu Ausgleichsverhandlungen, die erfolglos blieben, da der Regent die Auslieferung der Führer der Pariser, gegen die Zusicherung sie nicht zu tödten, heischte. Marcel erkannte wohl, daß der Regent die völlige Unterwerfung seiner Gegner forderte, und da er ihm diese nicht gutwillig gewähren wollte, so schien weiter nichts übrig zu bleiben, als sich nach Streitkräften umzusehen, d. h. sich dem König von Navarra in die Arme zu werfen, der sich im Besitz eines Heeres befand.

Die Zeit war lange vorüber, wo Marcel als Führer der Reichsstände eine bedeutsame, wohldurchdachte Reform des ganzen Staatswesens anstrebte. Es war immer einsamer um ihn geworden auf der Bahn gewaltthätiger blutiger Erhebung; nur die Bevölkerung von Paris schaarte

sich noch um ihn, und einzelne verbündete Städte hielten fest; die Provinzen hatten sich von ihm losgesagt, die Reichsstände theils ihre Bedeutung verloren, theils herrschte in ihnen die gegnerische Partei. Es konnte sich für Marcel nicht mehr um Reformen handeln, sondern nur um die Möglichkeit, ein besseres Abkommen mit dem König von Navarra, dem er die Krone Frankreichs verschaffen würde, als mit dem Regenten zu treffen. Da, im Begriff die Hand dem Fürsten zu reichen, über dessen zweideutige Politik er sich nicht täuschen konnte, bot sich ihm plötzlich die Möglichkeit einer anderen Allianz, und es ist begreiflich genug, daß der Sinkende eiligst zugriff, ohne zu ermessen, daß diese Bundesgenossenschaft noch viel verhängnißvoller für ihn und seine Sache werden mußte.

Der Bauernaufstand, der unter dem Namen der Jacquerie bekannt ist, ähnelt durchaus dem deutschen Bauernkriege im 16. Jahrhundert. Zwar auf ein kleines Gebiet, im Nordwesten, Norden und Nordosten von Paris beschränkt und von kurzer Dauer, ist er kaum weniger gesättigt mit Blut- und Greuelthaten aller Art. Die endlosen, unglücklichen Kriege mit den Engländern, die Zwistigkeiten der Fürsten und Großen, die ihre „Compagnien“ räuberisch das Land verwüsten ließen, die Bedrückungen des Adels und nun der Aufstand des Pariser Bürgerthums hatten ein unendliches Elend über die Bauern gebracht. Alle Bande staatlicher Ordnung waren aufgelöst; was Wunder nun, wenn auch die Bauern sich erhoben, mit Dreschflegeln und Aexten das Land durchzogen und die brennenden Fackeln in die verwüsteten Schlösser warfen! Gegen Ende Mai 1358 brach zwischen Beauvais und Clermont der Aufstand aus und verbreitete sich wie eine vom Sturm getragene Feuersbrunst durch alle Landstriche im Norden und Nordwesten von Paris, die zuletzt in einem Meer von Blut gelöscht ward. Hatte „Jacques Bonhomme“, wie der französische Bauer spöttisch genannt ward, in den wenigen Wochen, die die Erhebung dauerte, des Adels nicht geschont, so wüthete der Adel, nachdem er sich vom ersten Schrecken ermannt, in der entsetzlichsten Weise unter den Gegnern, die ihm plötzlich entstanden waren. Viele Tausende sind nach den Angaben der Chronisten getödtet worden. So reich an grauenvollen Vorgängen die Geschichte Frankreichs ist, niemals bietet jenes Land ein gleich entsetzliches Bild, wie in dem Sommer 1358: die Engländer vor den Thoren von Paris, das flache Land von den Soldaten des fremden, wie von denen des eignen Fürsten und namentlich von den Freischaaren im Dienst des einen und anderen der Condottieri, die bald auf dieser, bald auf jener Seite standen, verwüstet, in Paris selbst eine siegreiche Revolution, die staatliche Autorität vernichtet, der König gefangen, die Krone der Gegenstand offener und geheimer Feindseligkeiten

zwischen den Prinzen, das Landvolk und der Adel in einem Vernichtungskampf begriffen. Ein einziger greller Feuerschein ruht über dem ganzen Lande.

Hat Marcel die Flamme des Bauernaufstandes entzündet? Vielfach wird es gesagt, doch scheint es wenig glaublich; er selbst erklärt in seinem allerdings nachher geschriebenen Briefe an die flandrischen Städte, daß er lieber gestorben sein würde, als die Art und Weise zu billigen, in der die Jacquerie begonnen hat, doch rühmt er sich zu gleicher Zeit, mäßigend auf die Führer der Bauern eingewirkt zu haben. In inniger Verbindung hat er jedenfalls mit ihnen schon in den ersten Tagen gestanden; anfänglich beschränkte er sich darauf, ihnen geeignete Führer namhaft zu machen und bezeichnete ihnen wohl auch die Schlösser seiner Gegner unter dem Adel, deren Vernichtung ihm erwünscht war. Bald aber meinte er, daß wenn der Aufstand ihm wirklich Nutzen bringen sollte, er ihm geordnete Mannschaften und erfahrene Führer geben müsse. Er that dies und daß dadurch Ordnung in die Menge kam, daß eine gewisse Disciplin sich in dem Bauernlager geltend machte und ihre Kriegführung eine menschlichere ward, ist unbestreitbar; für seine Sache, die freilich auch schon im Uebermaß mit Blut getränkt war, ward diese Verbindung zum verhängnißvollen Fehler. Ueberall hatten die Gräuelscenen der Jacquerie den lebhaftesten Abscheu erregt, und mit denselben Augen, mit denen man diese betrachtete, ward nunmehr auch die Sache Marcels angesehen. Aber nicht bloß eine moralische Schädigung ward dieser dadurch zugefügt, auch eine materielle. Marcel zersplitterte und schwächte seine Streitkräfte durch das Bündniß mit der Jacquerie, ohne daß diese im Stande war, auch nur irgend welchen dauernden Vortheil zu erlangen, und zuletzt war es grade der König von Navarra, der Freund und die letzte Zuflucht Marcels, der sich genöthigt sah dem bedrängten Adel zu Hilfe zu eilen und der dem Bauernaufstand die tödtlichste Wunde beibrachte. Noch im letzten Augenblick versuchte Marcel mit der Hülfe der Bauern wenigstens die Truppen des Regenten aus dem festen Schloß in Meaux zu verdrängen aber er erlitt eine blutige Niederlage, die ihn darauf verzichten ließ, den Kampf im offenen Felde fortzusetzen.

So zerbrach eine nach der anderen von den Stützen, nach denen Marcel in immer steigender Bedrängniß die Hand ausstreckte: und schon zeigten sich in der Pariser Bevölkerung selbst ihm feindliche Strömungen. Unfähig den Kampf allein fortzusetzen, entschloß er sich den immer wieder verschobenen Schritt zu thun und Carl von Navarra zu Hilfe zu rufen. Der König hielt vom Rathhause herab abermals eine Rede, in der er versicherte, mit dem Volke von Paris leben und sterben zu wollen. Etienne Marcel ließ ihn zum Oberbefehlshaber ausrufen unter den lauten Zu-

rufen der Bevölkerung: Navarra, Navarra; aber es fehlte nicht an finstern Gesichtern in der Menge; und auch außerhalb Paris, in den verbündeten Städten ward diese Nachricht mit sehr gemischten Empfindungen aufgenommen. Ueberdies fiel ein Theil der Adligen, die bisher dem König von Navarra gefolgt waren, von ihm ab, theils weil sie in ihm jetzt einen Bundesgenossen der Jacquerie sahen, theils weil sie, wie nicht wenige unter den Bürgern von Paris und in den anderen Städten, wohl erkannten, daß das Ziel der Sturz des rechtmäßigen Königshauses sei. Auch König Carl selbst beeinträchtigte bald seine Stellung durch sein zweideutiges Verhalten; als er an der Spitze einer stattlichen Truppe von Pariser Freiwilligen gegen die Truppen des Regenten auszog, aber einen ernsten Kampf mit ihm vermied, da brach der Sturm in Paris selbst los. Die Zurückgekehrten klagten den König des Verraths an und gegen Marcel selbst erhoben sich laute Verwünschungen. Die Armee des Regenten rückte nahe an Paris heran, hinter dessen Mauern sich die Zahl derer tägliche mehrte, die ihm den Sieg wünschten.

Der Schauplatz, auf dem der letzte Akt des Dramas sich vollziehen sollte, wird enger und enger umgrenzt. Mit großer Energie und dem Aufgebot der äußersten Kräfte hält Marcel seine Herrschaft im Stadtgebiet aufrecht; vor derselben im Osten breitete sich das stattliche Heer des Prinzen aus, im Norden in St. Denis behauptete der König von Navarra seine Stellung, der unter seine Truppen auch englische Söldlinge aufgenommen hatte, deren Anwesenheit die Mißstimmung in Paris noch steigerte, weil man glaubte, der König habe mit den Engländern ein geheimes Bündniß abgeschlossen. Die größten Gefahren, die Etienne Marcel bedrohten, waren nicht mehr außerhalb der Stadt, sondern innerhalb der Mauern von Paris zu suchen. Eine Erscheinung, die in allen revolutionären Erhebungen wiederkehrt, zeigt sich auch hier, — die einst vergötterten Führer werden von der Menge verlassen, sobald das Glück sich von ihnen wendet. Die Lage des Bürgermeisters von Paris war verzweifelt: die abermals mit dem Regenten angeknüpften Unterhandlungen zerschlugen sich; dieser wußte sehr gut, wie es in der Stadt stand, und daß in kurzer Zeit die Ergebung bedingungslos erfolgen müsse; Carl von Navarra flößte nach keiner Seite hin Vertrauen ein. So wendet sich Marcel noch einmal an die Städte in einem bereits erwähnten Schreiben vom 11. Juli 1358; er sucht seine Handlungsweise zu rechtfertigen und fordert sie zum Beistand auf gegen den Adel, in dem er den den Städten gemeinsamen Feind sieht; diese sollen überall sich der Adligen bemächtigen, und von den Häuptern derselben sendet er ihnen eine namentliche Liste; Paris würde bis zum Aeußersten widerstehen. „Man will, ruft er aus,

uns mit den Pferden vor den Pflug spannen, aber mit Hilfe des Königs von Navarra, der uns beisteht, werden wir unsern Feinden trotzen." Wenn auch die Städte hätten helfen wollen und helfen können, es wäre zu spät gewesen. Noch einmal bietet sich die Hoffnung auf einen Ausgleich; ein Abkommen mit dem Regenten wird erzielt, demzufolge sich Paris unterwirft auf Gnade und Ungnade, der Regent aber sich verpflichtet keine Bestimmung über die Bevölkerung zu treffen ohne die einstimmige Billigung eines Rathes, der aus, dem Regenten wenig zugethanen Mitgliedern der königlichen Familie zusammengesetzt wird. Wie weit es dem Prinzen mit diesem Vertrag Ernst war, bleibe dahingestellt; thatsächlich ist die Ausführung desselben an dem Widerstand gescheitert, den die Pariser erhoben. Hatte Marcel früher Alles gethan, um das Vertrauen in den Regenten zu vernichten, so erndtete er jetzt die Frucht: man forderte bessere Bürgschaften für die Ausführung des Vertrags; wer aber sollte sie geben? Zugleich schürten die Gegner Marcels das Mißtrauen gegen ihn; die einen machten geltend er habe seinen Frieden mit dem Regenten auf Kosten des Volks gemacht; andere deuteten an, er habe das Geld der Stadt nach St. Denis zum König von Navarra geschickt und mit diesem getheilt, nun verrathe er Paris an die Engländer, seien doch die englischen Truppen bereits vom König in die Stadt gebracht. Die Stimmung wurde von Tag zu Tag leidenschaftlicher. Die aufgeregte Bevölkerung fing Händel mit den englischen Söldnern des Königs von Navarra an. Etienne Marcel brachte diese die er nur mit äußerster Anstrengung zu retten vermochte, aus der Stadt, und schwächte dadurch die Kräfte erheblich, auf die allein er sich noch stützen konnte. Als aber die Söldner ihrerseits, um sich an den Parisern zu rächen, die Vorstädte verwüsteten, forderten die letzteren, daß dieselben mit Gewalt vertrieben würden. Vergebens suchte Marcel und der König von Navarra die Erregung zu dämpfen, indem sie hervorhoben, daß die inneren Uneinigkeiten und Kämpfe nur dem Gegner Vortheil brächten. Das bewaffnete Volk füllte den Greveplatz, aber die beiden Männer, deren Reden so oft eben dort mit lautem Beifall begleitet worden waren, vermögen nichts mehr über die entfesselten Leidenschaften. Ihre Mahnungen zur Mäßigung und Besonnenheit übertönt der Ruf: „Die Engländer müssen getödtet werden". Der König und Etienne Marcel werden gezwungen, sich an die Spitze von zwei Heerhaufen zu stellen, nachdem vorher in aller Eile die Söldner benachrichtigt und aufgefordert worden, jeden Zusammenstoß zu vermeiden. Dieser Versuch, die Gegner aus einander zu halten, glückte indessen nicht: eine heimkehrende Abtheilung von Parisern wird von Söldlingen überfallen und niedergemacht; das Gleiche wiederholt sich Tags darauf, als die Pariser sich an-

schickten, die Leichen der Gefallenen zu holen. Nun bricht der Sturm los: Marcel wird verhöhnt und verwünscht wo er sich sehen läßt, seine Popularität, sein Ansehen sind unwiederbringlich verloren. In immer weitere Kreise dringt die Gegenströmung: man erkannte, der Kampf sei, soweit es sich um Paris handelte, aussichtslos, es bleibe nur übrig, sich dem Regenten oder dem König von Navarra zu unterwerfen, und da sei Ersteres, meinte man, doch noch vorzuziehen. Vielleicht hätte Marcel nachgegeben, wenn es sich um sein Leben allein, nicht auch um das seiner Genossen gehandelt hätte, aber er wußte oder man hatte ihn wenigstens glauben machen, daß der Regent erklärt habe, er werde keinen Fuß nach Paris setzen, so lange die Mörder der Marschälle am Leben seien. So beschlossen denn der Bürgermeister und die Häupter seiner Partei, sich ganz dem König von Navarra zu unterwerfen und diesem die Krone von Frankreich zu übertragen. Sie konnten sie nicht mehr vergeben; ihre Macht war erschöpft, das Volk in leidenschaftlicher Erregung gegen den König und im geheimen Rathe Marcel's selbst saß bereits der Verräther, ein Schöffe von Paris, Jean Maillard, ein Verwandter Marcel's und Kommandant des Festungsthores von St. Denis.

Als der König von Navarra die Botschaft Marcel's empfing, soll er eben mit englischen Abgesandten über die Theilung Frankreichs verhandelt haben. Er brach diese Unterhandlungen ab, um die Hand nach der ihm von Marcel gebotenen Krone auszustrecken, die er freilich nie erfassen sollte. In der Nacht vom 31. Juli bis 1. August sollte, so war es verabredet, der König durch das Thor von St. Denis eingelassen werden. Gegen Abend erscheint dort Marcel und giebt dem Kommandanten Maillard den Befehl, seine Leute zurückzuziehen und die Schlüssel einem Vertrauten des Bürgermeisters zu übergeben. Maillard weigert sich und nach heftigem Streite ergreift er die Fahne und eilt unter dem Ruf: „Montjoye und St. Denis für den König und für den Herzog“ nach den Hallen; große Menschenmassen schaaren sich um ihn. Seinerseits begiebt sich Marcel mit seinem Anhang zum Thor St. Antoine. Dort treffen beide Parteien auf einander und dort wird im Handgemenge Etienne Marcel erschlagen. Seine Gegner eilen sofort, der Hauptpunkte sich zu bemächtigen; die Häupter der Partei Marcel's werden noch in derselben Nacht in das Gefängniß geworfen, die Leichen Marcel's und der um ihn Gefallenen durch die Straßen geschleift und nackt auf die Stufen der Kirche St. Katharine geworfen, eben dorthin, wohin 6 Monate vorher die Körper der ermordeten Marschälle geschleppt worden waren. Die am Morgen noch zu den Waffen gegriffen hatten, um mit den Häuptern der Volkspartei zu leben und zu sterben, erklärten Abends, sich nur gewaffnet

zu haben, um die Thore dem Regenten zu öffnen. Verschwunden waren alsbald die roth und blauen Kappen und Alles frohlockt über die Wendung der Dinge. Während die Verschworenen — denn die Präcision in den Maßnahmen deutet wohl auf eine Verabredung hin — ihre Vorkehrungen in der Stadt trafen, und Jean Maillard Boten zum Regenten sendete, erschien der König von Navarra, der von dem was vorgefallen, nichts ahnte, vor den Thoren, die ihm nicht geöffnet wurden. Nach einem vergeblichen Angriff zog er sich zornig zurück. Am folgenden Tage fielen die Häupter der Führer der populären Partei auf dem Schaffot in Folge der schnell abgegebenen und schnell ausgeführten Sentenz einer vom Regenten ernannten Kommission. Dieser selbst hielt am 2. August seinen Einzug unter dem lärmenden Zurufe derselben Menge, die noch vor wenig Tagen dem Bürgermeister zugejubelt hatte. Noch lagen auf den Kirchenstufen die Körper Marcel's und seiner Genossen: sie wurden auf Befehl des Regenten in die Seine geworfen.

Blutig und gewaltthätig wie die Erhebung gewesen, war auch die Unterdrückung. Der Regent ließ alsbald die ansehnlichen Besitzungen der Theilnehmer an dem Aufstand einziehen und an seine Getreuen oder an solche, die ihm in Paris selbst beigestanden hatten, vertheilen. Nicht wenige der Häupter der Erhebung wurden zum Tode geführt, mit Ausnahme Lecocq's, den sein hohes geistliches Amt rettete — ihm ward ein Bisthum im Süden übertragen. Eine so große Bewegung pflegt nicht mit einem Male zum Stillstande gebracht zu werden, sondern von Zeit zu Zeit machen sich von Neuem vereinzelte Erschütterungen bemerkbar; so auch in Paris. Nach einigen Wochen suchten die übrig gebliebenen Anhänger Marcels neue Unruhen hervorzurufen, allein ohne jeden Erfolg. Sie dienten nur dazu, den Regenten zu neuen Gewaltmaßregeln zu veranlassen. Indessen war Carl — dem die Geschichte später den Beinamen der Weise gegeben hat — zu klug, um nicht, nachdem er seine Rache genommen, Milde walten zu lassen, auch gegen die Familie seines kraftvollen Gegners. Er selbst trat, nachdem er 1359 sich mit dem König von Navarra versöhnt, und 1360 zu Bretigny einen Frieden mit den Engländern geschlossen, der dem König Johann die Freiheit wiedergab, auf einige Jahre von der Regierung zurück. Als Karl V. hat er dann die Erfahrungen seiner Jugend wohl benutzt; er ist der erste in der Reihe der staatsklugen Könige Frankreichs, die den dritten Stand pflegen, um in ihm eine Stütze gegen den Adel zu haben und die Staatseinheit Frankreichs fest zu gründen. Vom 14. bis zum 18. Jahrhundert ist das Königthum in Frankreich immer enge verbunden mit dem dritten Stande, wenn es auch an vorübergehenden Zwistigkeiten zwischen denselben nicht

gefehlt hat. Allein es ist in höchstem Maße bezeichnend, daß, während beide an dem Werk der Nivellirung arbeiten, nicht bloß der feudale Adel, sondern auch das freie Städtethum in Frankreich zu Grunde gegangen ist. Das mächtige Königthum, das sich auf der staatlichen Einheit Frankreichs erhob, duldete neben sich keine freien Organisationen, weder die Aristokratie eines selbstständigen kraftvollen Adels, noch die Demokratie auf Grund einer freien Verfassung sich selbst verwaltender municipaler Gemeindewesen.

Als die revolutionäre Bewegung, die mit dem tragischen Schicksal Etienne Marcels unauflöslich verbunden ist, begann, fand der Gedanke des ständischen Staatswesens einen bis dahin nicht erreichten Ausdruck; unter König Carl V. verlor derselbe jede Bedeutung, ihm gelang die Einführung ständiger Steuern, ein tödtlicher Schlag für die Freiheiten des Adels und der Städte, und wenn auch seine Nachfolger diese Macht sich nicht dauernd zu erhalten vermochten, eine hervorragende Bedeutung haben die Reichsstände nicht wieder gewonnen. Mit der ständischen Reform aber gingen auch die städtischen Freiheiten verloren. Vierundzwanzig Jahre nach Marcels Tode, in einer neuen Hochfluth des Kampfes zwischen Bürgerthum und Adel, vernichtete das Königthum, den Sieg des letztern benutzend, die Privilegien der Stadt Paris; das Recht, die Schöffen zu wählen, jede jurisdiktionelle Befugniß wurde zurückgenommen; dafür ward inmitten der Stadt der feste Bau der Bastille vollendet.

So ging die Revolution von 1357 zu Ende. Weit entfernt, die Freiheit geschaffen zu haben, hinterließ sie nur Bruchstücke, die selbst in den Gluthen der Revolution von 1789 nicht wieder zu einem Ganzen gefügt werden konnten. Wer billig urtheilt, wird dem tragischen Geschick Marcels seine Theilnahme nicht versagen, aber er wird auch nicht verkennen, daß die Revolution, die sein Werk war, verhängnißvoll geworden ist für Frankreich. Sie hat die Ansätze einer stetigen freiheitlichen Entwickelung vernichtet, dafür aber dem Lande eine schicksalsvolle Erbschaft, das revolutionäre Prestige von Paris, hinterlassen.

„Schon damals traten in der Pariser Municipalität die charakteristischen Züge hervor, die ihr seither stets verblieben sind. Sie beschäftigt sich nicht allein mit ihren eigenen Vorrechten und den lokalen Interessen, sie handelt im Namen der ganzen Nation und betrachtet sich als den Vormund eines noch minderjährigen Volks; sie ist nicht bloß eine municipale Vertretung, sie ist eine revolutionäre Gewalt mit aller einer solchen eigenthümlichen Kühnheit und Unternehmungskraft, aber auch mit aller Unbeständigkeit, Inkonsequenz und Maßlosigkeit. Unwiderstehlich in den Tagen der Energie und des Aufschwungs weiß sie sich nicht zu zü-

geln und zu beherrschen und verfehlt stets das Ziel, weil sie stets darüber hinausgreift." Diesen Worten Lanfrey's ist nichts hinzuzusetzen; sie zeigen klar die eine aber nicht die alleinige Ursache, welche bewirkt, daß Frankreich sich in einem Kreislauf von revolutionären Krisen und Katastrophen bewegt. Die andere liegt darin, daß die Revolution von 1357 durch die selbstmörderische Schwächung des Adels und des Bürgerthums den Boden geebnet hat für den Despotismus des alten Königthums. Diesem dankt Frankreich die staatliche Einheit und der Revolution von 1789 die bürgerliche Gleichheit: große und unersetzliche Errungenschaften. Allein sie sind erworben auf Kosten der gesunden Gliederung der socialen und politischen Organisation im Staate. Die alte Monarchie sah nur sich im Staate: nicht anders die Revolution; auch diese durfte auf sich die Worte Ludwigs XIV. anwenden: der Staat bin ich. Beide hatten ihre fest geschlossene Centralisation; den Mittelpunkt der einen bildete das Tuilerienschloß, den der andern das Stadthaus. Aber weder die eine noch die andere hat verstanden, nach der Beendigung des Kampfes der Stände unter einander dem nationalen Bürgerthum in einer freien Gemeinde- und Provinzial-Verfassung die natürliche Grundlage für die stetige Entwickelung freiheitlicher Einrichtungen zu schaffen. So ist es gekommen, daß in vollständigster Verkennung der wirklichen Bedeutung des kommunalen Gedankens für den modernen Staat, das widrige Unwesen der Commune zu einer Macht heranwachsen konnte, die Stadthaus und Königsschloß in einem grauenvollen Brande vernichtete, und die, wenn auch diesmal niedergeworfen, voraussichtlich von Neuem das Haupt erheben wird. Freilich nicht zwischen Stadthaus und Königsschloß wird das Drama der revolutionären Entwickelung seine Peripetien haben, sondern zwischen den Kasernen der Arbeiter und denen der Prätorianer. Denn es scheint in der That, als werde es sich in diesem Drama nicht mehr um die Entwickelung der Freiheit des Gesammtbürgerthums, sondern nur um die Behauptung der Gewalt seitens einzelner Klassen handeln. Vor mehr als zwanzig Jahren hat ein italienischer Geschichtsforscher, Ferrari, über Frankreich gesagt: das Gesetz seiner Geschichte ist der Despotismus; so oft die Franzosen sich davon auch zu befreien suchen, verstoßen sie gegen ihre Aufgabe und ihr Genie, so oft sie sich ihm unterordnen, gehorchen sie ihrem Erfolge. Ein hartes, wohl zu hartes Wort, aber die Geschichte jenes Volkes von den Tagen Marcel's an zeigt in Lapidarschrift eine Lehre für alle Nationen: die Freiheit gedeiht nicht im Kampfe der Stände und Klassen, sondern nur in der zielbewußten harmonischen Ausgleichung der verschieden gearteten aber berechtigten Interessen aller Gesellschaftskreise des Volkes.

P. v. Bojanowski.

Franz Lenbach.

Seit einigen Wochen ist in dem Berliner National-Museum ein neues Bildniß des Fürsten Bismarck aufgestellt, ein Werk von so packender Gewalt des Ausdrucks, ausgeführt mit so bedeutenden Mitteln der Kunst, daß der Sinn des Beschauers, wenn er von dem Staunen über diese technische Leistung wieder zu sich gekommen ist, ganz von selbst über das Werk hinaus nach der Persönlichkeit des Malers forscht und sich die Frage stellt, ob und wann es schon sonst der Kunst gelungen ist, die einzelnen verborgenen und zerstreuten Eigenschaften einer Menschennatur in ein so festes, sofort verständliches Ganze zusammen zu fügen. Eine Orientirung über diese beiden Fragen zu geben lohnt wohl der Mühe.

Franz Lenbach ist über die Grenzen seines deutschen Vaterlandes hinaus schon längst mit Ehren bekannt und speziell dem Berliner Publikum seit vielen Jahren werth geworden, seitdem er eine Reihe von Portraits in dem Ausstellungsraum des Künstlerhauses präsentirte; vor Allem, seit sein Bildniß des Grafen Moltke eine Zierde des National-Museums wurde. Schon längst stößt die Behauptung unter Urtheilsfähigen nicht mehr auf Widerspruch, daß wir in dem genannten Maler einen der ersten Porträtisten der Gegenwart zu verehren haben. Ich wage hinzuzufügen, daß seit den Tagen der ganz großen Bildnißmaler er zum ersten Male wieder diese Kunst auf ihrer Höhe zeigt. Ein geborener Niederbaier hat Lenbach seine Lehrjahre bei dem Hauptmeister der Münchener Schule Piloty durchgemacht und nach mehrjähriger Pilgerfahrt durch halb Europa zu den heiligen Stätten seiner Kunst sich den Weg zu den Meisterjahren auf eine eigenthümliche Weise gebahnt. Im Auftrage des wohlbekannten, kunstsinnigen Freiherrn von Schack copirte er für die berühmte Galerie desselben eine Reihe von Meisterwerken besonders der großen venetianischen Maler, sowie des Rubens und Velasquez. Diese Copien stehen in ihrer Art einzig da; vielleicht hat es nie ein Künstler verstanden, in die technischen Geheimnisse schon entschwundener Perioden so sicher und bestimmt einzudringen. Jedem Besucher der berühmten „Schackothek" sind

diese, die Originale fast ersetzenden Reproduktionen unvergeßlich. Eine solche sich selbst aufgebende Unterordnung, dazu noch unter Meister von sehr verschiedener Individualität hätte für ein geringeres Talent verhängnißvoll werden können; für Lenbach hatte sie den Gewinn, ihn in den Vollbesitz der technischen Mittel seiner Kunst zu setzen, indem sie ihn mit den Kunstgriffen der bedeutendsten Coloristen bekannt machte. Sobald er dies Ziel erreicht hatte, concentrirte er sich mit vollster Entschiedenheit auf die Provinz seiner Kunst, in der er sich als souveränen Herrscher fühlte, auf die Bildnißmalerei.

Die schon früher bekannten Gemälde: Fürst Bismarck, Graf Moltke, Gräfin Schleinitz, R. Wagner, Franz Liszt mögen hier genannt werden. Er ist augenblicklich damit beschäftigt, die drei ersten der Genannten auf's neue zu malen und zwar wiederum in einer von der früheren verschiedenen Auffassung.

Wie für den Historiker die Biographie den höchsten Reiz aber auch die größte Schwierigkeit bietet, so bereitet es wohl dem Maler den größten Genuß, eine Menscheninbividualität ganz abgesondert von ihren sonstigen Bedingungen als abgeschlossen und in sich vollkommen hinzustellen. Es ist aber die Möglichkeit vorhanden, dieser schweren Aufgabe von verschiedenen Seiten beizukommen. Das Wesen des Einzelnen ist ein Räthsel, das sich in mehrfacher Weise lösen läßt. So ist unserm Maler Fürst Bismarck einmal der vorsichtig planende Diplomat, der mit unheimlicher Ruhe sein Ziel in's Auge faßt und mit unerbittlicher Sicherheit verfolgt. So z. B. zeigt ihn uns das neue Bild des Nationalmuseums. Ein ander Mal glauben wir ihn zu sehen, wie er darüber nachdenken muß, auch die kleinen Widerstände, die sich gegen seine innere Politik erheben, zu brechen; gewaltig und ruhig wirkt er auch hier, aber weniger imponirend. Aber immer kommt das verborgene Wesen des Menschen, seine wirklich echten und großen Eigenschaften zum Vorschein und man kann beim Beschauen eines Lenbachschen Bildnisses den Ausruf schwer unterdrücken: Wie tief dringen diese forschenden Künstleraugen in das Innere der Menschenseele hinein!

Eine ähnliche Mannigfaltigkeit der Idee zeigen seine Moltke-Bildnisse; während das ältere Bild des Nationalmuseums neben der Hoheit und dem Adel, der auf dem schönen Antlitz des greisen Strategen lagert, auch die berühmte und rührende Anspruchslosigkeit dieses Helden zum Ausdruck bringt, stellt ihn ein neues Werk Lenbachs als den von Geist und Energie sprühenden Schlachtenlenker dar. Ist eine Prophezeihung erlaubt, so möchte ich zu behaupten wagen, daß spätere Biographen und Historiker sich doch am liebsten an das zuerst bezeichnete Bild Moltkes

halten werden, während Fürst Bismarck etwa so in der Vorstellung der Nachwelt leben wird, wie wir ihn in dem neuen Werk des Nationalmuseums erblicken.

Mustert man neben diesen denkbar größesten Aufgaben die ferneren Leistungen des Meisters, beobachtet man, wie er dem Wesen der vornehmen, von Schönheit und Geist strahlenden Dame eben so gerecht wird, wie der anspruchslosen schlichten bürgerlichen Mädchenerscheinung, und es dem Künstler nichts auszumachen scheint, ob er die ausdrucksvollen Züge eines weißbärtigen Greises, oder die etwas sinnliche Schönheit einer röthlich-blonden Engländerin uns durch die Mittel seiner Kunst verklären soll, — so wird man zu dem Schlusse kommen: die Größe dieses Meisters beruht nicht allein in der freilich erstaunlichen Handhabung seiner technischen Mittel, sondern und vor Allem in der Sicherheit, mit der er das eigentliche Wesen jedes Menschen erfaßt, also in seinem psychologischen Scharfblick. Der große Künstler ist es in letzter Instanz doch eben deßhalb, weil er ein großer Philosoph ist, — um einen treffenden und in diesem Zusammenhange nicht mißzuverstehenden Ausdruck des Meisters selbst zu gebrauchen. Goethe wurde ja nicht müde, denselben Gedanken in seiner Weise auszusprechen.

Diese innere Vertiefung des Künstlers, der eigene „Gehalt seines Busens“, der ihn erst befähigt, Kunstwerke nicht bloße Kunststücke zu schaffen, ist vor Allem erforderlich bei dem Porträt, als der ganz individuellen Auffassung und der idealen Wiedergabe eines Menschen, die, weit davon entfernt, eine bloße Abschrift der Natur zu sein, uns durch die Mittel der Kunst gerade das sagen soll, was uns die Natur, wenigstens auf den ersten Blick, vorzuenthalten scheint.

Diese Forderung, durch welche das Porträt zu einer der höchsten und schwierigsten Aufgaben wird, haben die größesten dieser Kunst zu allen Zeiten zu erfüllen verstanden.

Auch hier nennen wir die griechischen Porträtkünstler zuerst, nicht bloß in chronologischer Hinsicht. Als die griechische Plastik in mehrhundertjähriger Arbeit es gelernt hatte, ihre Kunstmittel ganz und völlig zu beherrschen, begann sie auch, noch im Zeitalter des Phidias, den historischen, individuellen Menschen darzustellen. Es giebt eine schöne Stelle beim Plinius (nat. hist. 34. 74), daß Cresilas, der Zeitgenosse des Phidias, den „Olympier“ Perikles, „seines Beinamens würdig“, dargestellt habe und „daß das Wunderbare an seiner Kunst sei, daß sie edle Männer noch edler gemacht habe“, — womit Plinius wohl sagen wollte, daß man eben damals die Bildnisse im höchsten Sinne historisch schuf, „indem man die zufälligen Züge den wesentlichen unterordnete, oder sie

wegließ, indem man den Charakter des ganzen Menschen ergründete und von diesem aus den ganzen Menschen wieder belebte, nicht wie er wirklich war, sondern wie er nach dem geistigen Kern seines Wesens hätte sein müssen“ (Jacob Burckhardt).

Jener Ausspruch des Römers ist für uns kein abstraktes unverständliches Urtheil. In dem Sophokles des Lateran haben wir das höchste Beispiel einer Kunstleistung, die mit den einfachsten Mitteln das Wesen eines Mannes zum Ausdruck bringt. Diese Porträtstatue par excellence stellt in ihrer großartigen Wahrhaftigkeit den Typus des tiefen tragischen Dichters, des freien, auch zur körperlichen Schönheit entwickelten und glücklichen attischen Bürgers dar; dabei ist sie doch die Wiedergabe eines ganz individuellen Menschen.

Mustern wir ferner die Maler der Renaissance im Süden und Norden der Alpen, so finden wir, daß das Porträt bei allen den Großen unter ihnen ein mit Liebe gepflegtes Gebiet war. — Michelangelo und Murillo bilden allerdings eine Ausnahme, auf deren Gründe ich hier nicht näher eingehe. Im Allgemeinen hatten die Italiener ihre Aufgabe bequemer als die Porträtisten des Nordens; sie konnten sich beim Conterfei auf die ihnen bekannteren und vertrauteren Typen ihrer Landsleute beschränken. In den nicht häufigen Fällen, da sie fremde Persönlichkeiten zu malen hatten, wie etwa Tizian den fünften Karl, waren diese so bedeutend und interessant, daß es wenigstens der Mühe lohnte, auf solche Gesichter einzugehen. Vielleicht ist das der Grund, warum die italienischen Porträts der großen Cinquecentisten, also vor Allem Raffael's, der Venetianer und Bronzino's, den Eindruck der größeren Objektivität machen. Wir fragen bei diesen Wunderwerken kaum nach der Persönlichkeit des schaffenden Künstlers; derselbe hält sich so klug im Hintergrund, daß wir ihn oft kaum aus seinem Werke ahnen. Die Mona Lisa des Lionardo freilich mit ihrem Zauberlächeln darf hier nicht genannt werden, — wie denn solche generell sein wollende Charakteristiken immer ihre schwache Stelle haben.

Wir brauchen um dieselbe Zeit, als die oben Genannten in Italien blühten, nur die Alpen zu überschreiten, und wir begegnen einem der größten Bildnißmaler, die es gegeben hat, dem jüngeren Holbein. Vielleicht ist sein Georg Gisze des Berliner Museums sein vollkommenstes Porträt, zugleich sein objektivstes; meist läßt er sich mehr gehen und sein eigenes Wesen durch die Erscheinung des Porträts durchblicken. Dies ist ja auch das Natürlichste und völlig wird kein Maler das Hineinmischen seines Wesens in das Kunstwerk vermeiden können; man wird immer ahnen, was für ein Charakter der Maler gewesen sei, wenn man

eine längere Reihe von Bildnissen seiner Hand sieht. Bei Holbein ist es die bürgerliche Behaglichkeit, das ruhige Nachdenken, das in allen seinen Bildnissen wiederkehrt. Es sind nicht grade die dämonischen Eigenschaften des Menschen, die es ihn reizt herauszusuchen und uns zu präsentiren. Selbst das brutale Gesicht Karls VIII. weiß er uns noch auf diese Weise als ein leidlich harmloses und erträgliches hinzustellen, während die feinen Züge des Humanisten Amerbach in dieser Holbein'schen Auffassung etwas sehr anziehend Träumerisches und Passives erhalten. Diese Perle des Baseler Museums ist bekanntlich durch die prachtvolle Grabstichelarbeit Fr. Webers zu einem der beliebtesten Zimmerschmuckblätter geworden. Es war vielleicht unter dem Eindruck dieser Stimmung, die behagliche philiströse Seite der Menschennatur hervorzukehren, daß Holbein in späteren Jahren mit einer gewissen Vorliebe die volle en-face-Auffassung des Gesichtes bevorzugte, die bei den breiten englischen Gesichtern, die er vielfach zu malen hatte, doppelt auffällt.

In ganz andrer Weise subjektiv ist Holbein's hundert Jahr jüngerer Nachfolger in dem Amte eines englischen Hofporträtmalers, Van Dyk. Wie jener unwillkührlich den Lords etwas von seiner allemanischen Philisterhaftigkeit beimischte, so wird unter Van Dyks Händen Jeder zum Cavalier. Seine Berühmtheit und Beliebtheit begreift sich am besten, wenn man erwägt, wie sehr das Leben am Hofe des eleganten und gewissenlosen Stuart dieser Richtung entgegenkam. Man kann es förmlich aus den Van Dyk'schen Porträts Karls I. noch herausfühlen, wie zusagend eine solche Auffassung dem König war. Solche Bilder werden stets interessante Stücke der Sammlungen bleiben; viel größeren Eindruck machen aber doch die einfacher empfundenen Bildnisse Van Dyk's, die belgischen schwarzgekleideten Juristen, Gelehrten, Klosterfrauen ꝛc., bei deren Auffassung der Maler auf dem Boden einer ihm ganz homogenen Cultur stand. Es ist dies derselbe Umstand, welcher den Porträts der gleichzeitigen holländischen Maler eine soviel höhere Kraft und Schönheit verleiht, wir empfinden beim Anblick ihrer Werke, wie sie aus einer selbsterworbenen, werthvollen Cultur herausgewachsen sind. Diese Künstler — wir brauchen nicht bloß an die beiden größten Meister Rembrandt und Hals zu denken — können deshalb wieder objektiv sein, weil es ihnen gestattet ist, ganz unmittelbar zu empfinden und aufzufassen; sie leben in keinem Zwiespalt; ihre mühsam erworbene Freiheit, ihre schwer erkämpfte Religion gehört ihnen ganz und giebt ihnen grade das Vaterland, das sie wünschen: ein Glück, das der Künstler nie ganz entbehren kann, das aber selten so direkt und segensreich gewirkt hat, wie in der Mitte des 17. Jahrhunderts in den holländischen Städten. Denn wenn eine recht-

schaffene Liebe zu der Natur und ihren Erscheinungen die erste Bedingung aller und jeder Kunst ist, so muß speziell der Porträt- und Historienmaler im Stande sein, Freude und Interesse an der ihn umgebenden Menschenwelt zu empfinden; er muß sie grade so wünschen, wie sie ist, nicht das Verlangen haben, sie umzuschaffen. Die Periode, da dies für einen rechtschaffenen Künstler möglich war, war in Holland kurz; wie schnell sank die sittliche Kraft der aristokratischen Handelsrepublik! Langsam entartete auch die herrliche Kunst der Holländer; und seit ihrem Untergang sah Europa auf dem Gebiete der Porträtmalerei zwar manchen verdienstvollen Meister — selbst die Roccocokunst hat deren geboren — aber selten einen ganz souveränen Künstler von solcher Frische und Unmittelbarkeit, wie der, an dessen Namen sich diese wenigen Betrachtungen anknüpften.

B. Förster.

Eine neue Regel der Geschäftsordnung des Hauses der Gemeinen in England.

Der Geschäftskreis des englischen Parlaments ist, wie bekannt, ein sehr umfassender. Es braucht nur an die Ausdehnung des Gebietes des vereinigten Königreiches, die Verschiedenartigkeit der Gebietstheile und der in diesen geltenden Gesetze, wie daran erinnert zu werden, daß die auswärtigen Angelegenheiten nicht minder als die inneren, zu welchen überdies die Privat-Bills gehören, Gegenstand seiner Berathungen sind. Mr. Gladstone gedachte gelegentlich eines Ausspruches des Fürsten Bismarck: das englische Parlament habe too many irons in the fire (zu viele Eisen im Feuer). Sicher muß es, wenn es seine Aufgabe lösen soll, zeitraubende Abschweifungen in seinen Verhandlungen abzuschneiden im Stande sein. Das nun aufgelöste Parlament hat verschiedene wichtige, allerdings umfangreiche Vorlagen, welche in einander folgenden Sitzungs-Perioden wiederholt zur Berathung standen, nicht zu erledigen vermocht. Dies wird hauptsächlich einer verhältnißmäßig kleinen Zahl irischer Mitglieder des Unterhauses, den sogenannten home rulers schuld gegeben, welche in den letzten drei bis vier Jahren den Fortgang der Verhandlungen theils durch Stellung von Amendements und endlose Reden, theils durch Dringen auf förmliche Abstimmung (division) zu hemmen suchten. Eine nicht 21 erreichende Zahl dieser Mitglieder veranlaßte in der Sitzungs-Periode von 1876 — 40, in der von 1877 — 101, in der von 1878 bis zum 16. April 29 solcher Abstimmungen. In diesen 170 Abstimmungen bildeten die Minorität stets weniger als 21 Mitglieder. Eines derselben hat in der Sitzungs-Periode von 1879 das Wort 500 mal, ein anderes 329 mal, ein drittes 284 mal, ein viertes 135 mal ergriffen. Am 31. Juli 1877 begann die Sitzung des Hauses der Gemeinen Nachmittags um 3¾ Uhr und währte bis Nachmittags des folgenden Tages 6¼ Uhr. Diese längste Dauer einer Sitzung des englischen Parlaments hatte in dem auf Verzögerung berechneten Bestreben der bezeichneten Partei ihren Grund.

Dieses Verfahren (obstruction) wird nicht unterschiedslos als dem Geiste der Geschäftsordnung widersprechend verurtheilt. Beabsichtigt die Minorität einer Maßregel, welche sie als solche mißbilligt, Hindernisse in den Weg zu legen, so mag sie sich bona fide aller nach der Geschäftsordnung zulässigen Mittel bedienen, um der Annahme derselben entgegenzutreten. Als es sich im Jahre 1771 um die Bestrafung der Drucker von Zeitungen handelte, in welchen angeblich Reden von Mitgliedern des Parlaments entstellt wiedergegeben waren, griff die Minorität zu allen Mitteln, welche die parlamentarischen Formen an die Hand geben, um Aufschub herbeizuführen; in diesem Sinne stellte sie Vertagungs-Anträge und Amendements; es kam zu 23 förmlichen Abstimmungen, die Debatte währte bis nach 4 Uhr Morgens. Burke urtheilte über diese Verhandlungen: „die Nachkommenschaft wird dereinst die an diesem Tage gezeigte Hartnäckigkeit segnen“.

Ein Anderes ist es jedoch, ob der Widerstand in der Ueberzeugung wurzelt, daß die zur Debatte stehende Maßregel das öffentliche Wohl schädigt; oder ob der Widerstand geleistet wird in der Absicht, den Fortgang der Verhandlungen zu stören, gleichgültig, was den Gegenstand derselben bildet. Mr. Newdegate, ein langjähriges Mitglied des Hauses der Gemeinen, welcher dem Treiben der home rulers initiativ entgegenzutreten beabsichtigt hatte, citirte bei der Verhandlung über die dagegen anzuwendenden Mittel die von Sir May in dem 1879 veröffentlichten Buche, „das englische Parlament und sein Verfahren“ ausgesprochene Ansicht, welche sowohl im Hause als außerhalb desselben von Gewicht sei:

> „Die Geschäftsordnung des Parlaments bezweckt, der Diskussion so vielen Raum, als berechtigterweise beansprucht werden kann, zu gewähren, der Beschlußfassung über wichtige Maßregeln angemessene Fristen zu sichern, und das Recht der Minorität zu wahren. Bei Handhabung der Geschäftsordnung haben beide Häuser in großmüthiger Weise auf die Rechte der einzelnen Mitglieder wie der politischen Parteien gerücksichtigt. Mit seltener Geduld und Selbstverleugnung ist die Freiheit der Debatte geachtet. Nirgend sind die Grundsätze der Freiheit und Duldsamkeit in hellerem Lichte zu Tage getreten, als innerhalb der Wände des Parlamentshauses. Bei einigen denkwürdigen Gelegenheiten gelang es einer entschlossenen Minorität, gestützt auf die öffentliche Meinung, der Macht der Majorität Widerstand zu leisten. Neuerdings aber wurden die wohlthätigen Regeln der Geschäfsordnung in dem Hause der Gemeinen, um den Geschäftsgang zu hemmen, mißbraucht. Wird bei einem solchen Beginnen

verharret, so würde die Macht und das Ansehn des Parlaments vernichtet, und die Herrschaft einer kleinen Minorität, welche von dem besonnenen Urtheil des Hauses wie des Landes mißbilligt wird, gesichert sein. Daß dies unparlamentarisch und den Grundsätzen einer ordnungsmäßigen Regierung entgegen ist, liegt auf der Hand. Am 25. Juni 1877 erklärte der Sprecher: „„ein Abgeordneter, welcher absichtlich und hartnäckig die Erledigung der öffentlichen Geschäfte hemmt, ist der Mißachtung (contempt) des Hauses schuldig und setzt sich der Strafe des Verweises, der Suspendirung von der Theilnahme an den Geschäften des Hauses oder der Verhaftung aus, je welche dieser Strafen das Haus verhängt.““

Bisher nahm das Haus Anstand, die Privilegien seiner Mitglieder allgemein zu beschränken, oder mit Strenge die Umgehung und den Mißbrauch der Geschäftsordnung zu ahnden; der Gegenstand wurde aber bereits ernstlich im Jahre 1878 von einem Sonder-Ausschuß erwogen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß Maßregeln werden ergriffen werden, das Ansehen des Parlaments zu wahren und ein ernstes politisches Uebel zu unterdrücken.“

Die hier ausgesprochene Voraussagung hat sich erfüllt.

Am 23. Februar 1880 kündigte der Schatzkanzler Sir Stafford Northcote in dem Hause der Gemeinen die Einbringung folgender Resolutionen an:

1) Hat der Sprecher oder der Vorsitzende im Ausschusse des ganzen Hauses ein Mitglied bei seinem Namen aufgerufen, weil es die Autorität des Vorsitzes mißachtet oder die Regeln des Hauses mißbraucht, um fortgesetzt und absichtlich der Geschäftserledigung des Hauses auf diese oder andere Weise Hindernisse in den Weg zu legen, so soll der Sprecher, falls die Uebertretung im Hause geschehen ist, anf den Antrag eines Mitgliedes sofort, ohne daß ein Amendement, Vertagung oder Debatte zulässig ist, die Frage stellen, ob das betreffende Mitglied während der weiteren Dauer der Sitzung an diesem Tage von der Theilnahme an den Geschäften des Hauses ausgeschlossen sein soll, — und falls die Uebertretung im Ausschuße des ganzen Hauses sich ereignet hat, soll der Vorsitzende auf Antrag eines Mitgliedes die gleiche Frage in ähnlicher Weise stellen, und falls der Antrag angenommen wird, die Verhandlung des Ausschußes sofort aussetzen und dem Hause das Vorgefallene berichten. Demnächst soll der Sprecher dieselbe Frage ohne Zulassung eines Amendement, Vertagung oder Debatte stellen, gleich als ob die Uebertretung in dem Hause selbst stattgefunden hätte. Ist auf Grund dieser Bestimmung ein

Mitglied dreimal während einer Sitzungs-Periode suspendirt, so soll die dritte Suspendirung eine Woche und bis dahin dauern, daß ein Antrag gestellt wird, bezüglich dessen das Haus in einer Sitzung zu entscheiden hat, ob die Suspendirung aufhören oder für welchen weiteren Zeitraum sie andauern soll. Gelegentlich eines solchen Antrages darf das Mitglied von seinem Platze aus gehört werden.

2) Diese Bestimmung bildet eine dauernde Regel der Geschäftsordnung*).

Die Debatten über diese Resolutionen nahmen mehrere Sitzungen in Anspruch. Die Nothwendigkeit einer entsprechenden Maßregel wurde von allen Seiten, die kleine Partei derer ausgenommen, welche hierzu Veranlassung gegeben hatten, anerkannt, auch im Prinzip gebilligt. Dagegen fanden die Resolutionen in einzelnen Theilen Widerspruch und gaben zu mannigfachen Verbesserungsanträgen Anlaß.

Was den unter Strafe zu stellenden Mißbrauch betrifft, so war man einig, daß als solcher die Anwendung sonst statthafter Mittel der Geschäftsordnung in der Absicht, die Verhandlungen des Parlaments überhaupt zu verzögern oder zu vereiteln, also die Anwendung mala fide anzusehen sei. In dieser Richtung wurde aber die Fassung der ersten Resolution bemängelt. Die Worte „oder auf andere Weise" könnten möglicherweise auf jeden anderen Verstoß bezogen und dadurch die dem Hause beiwohnende Strafgewalt geschmälert werden. Der Führer der Regierungs-Partei erläuterte jedoch, daß der Zusatz „oder auf andere Weise" nur eine zu enge Auslegung des schwer zu definirenden Begriffes von obstruction zu verhüten bezwecke, erklärte sich aber mit einem Amendement einverstanden, welches der Resolution einen Zusatz zufügt, nach welchem „nichts darin dahin gedeutet werden solle, die Befugniß des Hauses zu beeinträchtigen, gegen ein Mitglied in Gemäßheit des alten Brauches zu verfahren."

Erwogen wurde sodann, ob andere Mittel als das in der Resolution vorgeschlagene das fragliche Uebel zu beseitigen geeigneter seien. Der in Parlamenten des Kontinents übliche Antrag auf Schluß der Debatte konnte nicht unbeachtet bleiben. Wenngleich von einzelnen Rednern darauf hingewiesen wurde, daß, wenn die sonst sich bietenden Mittel zur Beseitigung des Uebels sich unzureichend erweisen sollten, schließlich zur „cloture" werde übergegangen werden müssen, — man könne ja den Antrag auf Schluß der Debatte von einer Majorität von $^3/_4$ der Anwesenden abhängig machen —, so wurde doch kein Antrag in dieser Richtung ge-

*) Vergl. Times vom 24. Februar 1880.

stellt. Der Gedanke an die Zulässigkeit eines Antrages auf Schluß fand im Uebrigen von den verschiedensten Seiten Zurückweisung als eine unstatthafte Vergewaltigung der Minorität. Insbesondere hob man hervor, daß das Vertrauen zu den Beschlüssen des Parlaments dadurch gerade erhöhet werde, daß der Minorität die Gelegenheit, ihre Gegengründe unbeschränkt zu entwickeln, gesichert sei.

Auch das in der Resolution vorgeschlagene Strafmittel der Suspendirung, welches dem Sonder-Ausschusse des Jahres 1878 von dem Sprecher und Sir May empfohlen worden war, fand nicht ungetheilten Beifall. Fast allseitig wurde anerkannt, daß das Haus sich damit kein neues Recht beilege, daß es, wenn auch seit etwa 200 Jahren nicht angewendet, vordem häufig zur Anwendung gekommen sei. Auch gehe aus dem unbestreitbaren Rechte der Verhaftung eines Mitgliedes das Recht der Suspendirung als ein Minus hervor. Geltend gemacht wurde jedoch dagegen, daß die Suspendirung von der Gesammtthätigkeit nicht minder eine Strafe des betreffenden Mitgliedes als seiner Wähler sei, welche in Folge der Suspendirung im Parlamente unvertreten seien; überdies vertrete ein jedes Mitglied nicht einen Wahlkörper allein, sondern das Volk im Allgemeinen. Weiter noch gieng ein Redner mit der Behauptung, weil die Suspendirung einem Wahlkörper die Vertretung, daher gewissermaßen das Wahlrecht nehme, sei das Haus der Gemeinen für sich allein nicht berechtigt die Suspendirung zu verhängen, bedürfe es dazu vielmehr eines Aktes der Gesetzgebung. Der Antrag indeß, die Suspendirung auf Entziehung des Wortes für kürzere oder längere Dauer zu beschränken und dem suspendirten Mitgliede die Stimmgebung zu belassen, wurde mit überwiegender Majorität abgelehnt.

Gegenstand vielseitiger Erörterung war ferner, wer die Strafe verhängen solle, ob der Sprecher beziehungsweise der Vorsitzende im Ausschusse des ganzen Hauses oder das Haus selbst. Allgemein zeigte sich Geneigtheit das ganze Verfahren in die Hand des Sprechers zu geben, dessen unparteiische Stellung ihn hierzu völlig geeignet erscheinen lasse. Man berief sich dafür wiederum auf das von dem Sprecher und Sir May vor dem Sonder-Ausschusse des Jahres 1878 abgegebene Gutachten. Dem stand aber entgegen, daß das von dem Sprecher Geltende sich von dem Vorsitzenden im Ausschusse des ganzen Hauses nicht behaupten lasse, dem letzteren könne ein gleiches Vertrauen nicht geschenkt werden, einmal, weil er an den Verhandlungen des Hauses als Parteimann theilnehme, sodann, weil in dem Vorsitze im Ausschusse des ganzen Hauses sehr häufig Vertretung stattfinde, weiter aber der Sprecher über die Vorgänge im Ausschusse des ganzen Hauses kein Urtheil habe, da er

in diesen Verhandlungen nicht thätig sei. Andererseits wurde freilich nicht verkannt, daß es bedenklich sei, dem Hause die Entscheidung zu überlassen, weil bei dieser Entscheidung Mitglieder mitstimmen würden, welche dem Vorgange nicht beigewohnt haben; denn, kommt es zu einer förmlichen Abstimmung, so giebt die Glocke das Zeichen, und es treten viele Abgeordnete in das Haus, welche sich inzwischen in Nebenräumen befunden haben, also nicht Zeuge des Vorganges gewesen sind. Dieses Bedenken falle um so mehr ins Gewicht, wenn das Haus über einen im Ausschusse des ganzen Hauses stattgehabten Vorfall entscheiden solle. Es wurde deshalb beantragt, dem betreffenden Mitgliede schon vor der ersten Suspendirung, wenn auch nur auf eine Zeit von 10 Minuten, das Wort zu gewähren, dieser Antrag aber abgelehnt, indem man hervorhob, daß dann auch eine Entgegnung und daher eine Debatte zugelassen werden müsse, da sonst leicht ein unrichtiger Eindruck des Vorganges hervorgerufen werden könne.

Auch der Antrag, nur die bei dem zu strafenden Vorgange anwesenden Mitglieder zur Stimmgebung zuzulassen, wie der anderweit gestellte Antrag, die Anwesenheit von mindestens 100 Mitgliedern zu erfordern, wurde verworfen.

Ebensowenig fand der Vorschlag Berücksichtigung, bei dem Beginn jeder Sitzungs-Periode einen Ausschuß zu ernennen, welchem die Prüfung und gutachtliche Berichterstattung in Fällen der in Rede stehenden Ausschreitungen obliege.

Dagegen, daß das Haus entscheide, wurde ferner geltend gemacht, der Sprecher beziehungsweise der Vorsitzende im Ausschusse des ganzen Hauses komme dadurch in eine mit seiner Autorität unverträgliche Lage, weil dies zu einer Kritik über den Ausspruch des Vorsitzenden führe. Diesem Einwande stellten die Vertheidiger der Resolution entgegen, daß das vorgeschlagene Verfahren dieser Auffassung nicht Raum gebe. Der Vorsitzende, sei es im Hause oder in dem Ausschusse des ganzen Hauses solle darüber befinden, ob ein Mitglied sich der „obstruction" schuldig gemacht, er vollziehe durch den Aufruf des Mitgliedes bei Namen einen Strafakt, — ein Strafakt, welcher den Abgeordneten momentan seiner Eigenschaft als Vertreter seiner Wählerschaft entkleide und die Person als solche treffe. Sei in dieser Weise von dem Vorsitzenden das „Schuldig" gesprochen, so habe das Haus, falls ein Mitglied dies beantragt, zu entscheiden, ob eine weitere Strafe eintreten solle. Verneine das Haus dies, so habe dies nur die Bedeutung, daß es eine weitere Strafe nicht für angemessen erachte, nicht aber, daß es den Ausspruch des Vorsitzenden mißbillige. Bejahe das Haus die Frage, so habe dies nicht den Cha-

rakter einer höherinstanzlichen Bestätigung des Ausspruches des Vorsitzenden, sondern bilde einen für sich bestehenden besonderen Ausspruch.

Während einerseits verlangt war, daß schon vor der ersten Suspendirung das betreffende Mitglied zum Wort verstattet werde, rügte man andererseits selbst, daß vor der dritten Suspendirung eine Debatte zugelassen werden solle, da durch eine solche der Zweck der Maßregel, Zeitersparniß, erheblich beeinträchtigt werde. Es überwog jedoch die Ansicht, daß eine so tief eingreifende Maßregel wie die der Suspendirung von längerer Dauer nicht ohne Erörterung durch Abstimmung allein herbeigeführt werden dürfe.

Ohne Erfolg wurde demnächst bemängelt, daß über die andauernde Suspendirung erst im Falle der dritten Uebertretung entschieden werden solle, es rechtfertige sich dies schon, wenn ein Mitglied sich zum zweiten Mal in derselben Sitzungs-Periode einer solchen schuldig mache.

Ein gleiches Schicksal hatte das Verlangen, statt bei der dritten Suspendirung die Dauer von dem Befinden des Hauses abhängen zu lassen, in der Resolution sogleich eine bestimmte Frist festzusetzen, was sich um so mehr empfehle, als es zur Abkürzung des Verfahrens diene. Dem war entgegengehalten worden, daß bei der möglichen Verschiedenartigkeit der Fälle nicht unterschiedlos ein festes Strafmaß bestimmt werden könne, solches vielmehr je nach dem Falle bemessen werden müsse.

Während von mancher Seite die Resolution den Vorwurf zu großer Härte erfuhr, rügte man von anderer Seite die zu große Milde.

Sämmtliche Amendements, von dem, wie zuvor gedacht, seitens des Führers der Regierungs-Partei acceptirten abgesehn, wurden jedoch theils zurückgezogen, theils mit weitüberwiegenden Majoritäten abgelehnt, und schließlich die erste Resolution ohne förmliche Abstimmung angenommen.

Die zweite Resolution, welche die erste zu einer feststehenden Regel der Geschäftsordnung macht, ihr also Geltung über die Dauer der laufenden Sitzungs-Periode verleiht, fand Widersacher. Diese hoben hervor, daß einem in der letzten Sitzungs-Periode tagenden, seinem Erlöschen nahen Parlamente nicht zukomme Regeln festzustellen, welche künftige Parlamente zu binden bestimmt seien, und dies um so weniger, als es sich um einen nicht erprobten Versuch handele, welcher in die Privilegien der Mitglieder eingreife. Die Vertheidiger der Resolution machten dagegen geltend, daß es sich um Bekämpfung eines früher ungekannten, erst in den Sitzungs-Perioden des noch tagenden Parlaments hervorgetretenen Uebels handele, und es deshalb gerade die Pflicht dieses Parlaments sei, die zur Unterdrückung des Uebels dienenden Mittel zu schaffen. Wolle man die Resolution nur für die Dauer der Sitzungs-Periode gelten lassen (sessional

order), so würde bei dem Beginn jeder Sitzungs-Periode voraussichtlich eine zeitraubende Debatte zu gewärtigen sein; es stehe ja auch jeder Zeit in dem Belieben des Hauses, eine feststehende Regel der Geschäftsordnung zu ändern oder aufzuheben. Dafür, daß die erste Resolution nur für die Dauer der laufenden Sitzungs-Periode Geltung haben solle, stimmten nur 20, dagegen 106 Mitglieder. —

Durch Beschluß des Hauses der Gemeinen vom 29. Februar 1880 wurden die von dem Führer der Regierungs-Partei eingebrachten Resolutionen mit dem erwähnten Zusatz angenommen, und so der Geschäftsordnung eine neue Regel zugefügt.

Berlin im März 1880. O. G. O.

Politische Correspondenz.

Das Schreiben des Papstes an den Erzbischof Melchers.

Berlin, 11. April 1880.

Als Cardinal Pecci am 20. Februar 1878 von dem Cardinal-Collegium mit der erforderlichen Zwei-Drittel-Majorität zum Nachfolger Pius IX. erwählt wurde, schien die Niederlage der eigentlichen Jesuitenpartei unter den Cardinälen, welche den Cardinal Billo, den geistigen Vater des Syllabus zu ihrem Candidaten ausersehen hatten, eine Garantie dafür zu bieten, daß nicht nur ein Personenwechsel erfolgt, daß ein Systemwechsel in Aussicht stehe; daß Leo XIII. als friedliebender Papst der Politik des streitbaren Pius IX., welche den päpstlichen Stuhl in einen feindlichen Gegensatz fast zu allen Regierungen gebracht hatte, ein Ende machen werde. Zwei Jahre hat Deutschland vergebens auf die Erfüllung dieser Hoffnung gewartet; gewartet in der Meinung, daß aus den geheimnißvollen Verhandlungen, welche Leo XIII. durch sein Notificationsschreiben an den Kaiser Wilhelm angebahnt hatte, der Friede zwischen Staat und Kirche plötzlich wie ein Deus ex machina hervorgehen werde. Das Schreiben Leo XIII. an den Kaiser trägt das Datum des 24. Februar 1878; am 24. Februar 1880 richtete der Papst an den früheren Erzbischof von Cöln, Dr. Paulus Melchers, der seit seiner am 28. Juni 1876 durch den Gerichtshof für die kirchlichen Angelegenheiten erfolgten Absetzung seinen Aufenthalt in Rom genommen hat, ein Schreiben — Breve nennt der „Reichsanzeiger" das der preußischen Regierung durch Vermittlung der Botschaft in Wien amtlich und in einer französischen Uebersetzung mitgetheilte Aktenstück, um erkennen zu lassen, daß es sich nicht nur um eine private sondern um eine officielle Kundgebung des Papstes handelt — welches in Deutschland und weit über die deutschen Grenzen hinaus außerordentliches Aufsehen erregt hat, weil es das Ende des kirchenpolitischen Streites, der seit fast einem Decennium die Aufmerksamkeit Europa's in Anspruch genommen, zu bedeuten schien.

Der Inhalt des Schreibens widerspricht freilich dieser Auffassung. „Schon das zweite Jahr läuft ab, schreibt Leo XIII., seit Wir gebeten

haben, daß Du Deine und Deiner Gläubigen Gebete mit den Unsrigen vereinigen mögest, damit Gott, der an Barmherzigkeit reich ist, Unsere Gebete erhöre und die so sehr ersehnte Freiheit der Kirche im Deutschen Reiche glücklich wieder schenke. Noch wurde Uns die Erfüllung Unserer Wünsche nicht zu Theil; aber Wir stützen Uns auf die feste Hoffnung, daß mit dem Beistande der göttlichen Hülfe Unsere Bemühungen den gewünschten Erfolg haben werden. Allmählich und nach und nach wird der leere Verdacht und, was daraus zu entstehen pflegt, die ungerechte Eifersucht gegen die Kirche ein Ende nehmen und die Lenker des Staates werden, wenn sie billigen und geneigten Geistes die Thatsachen erwägen, leicht einsehen, daß Wir nicht in fremde Rechte eingreifen und daß zwischen der kirchlichen und staatlichen Gewalt ein dauerndes Einvernehmen bestehen kann, wenn nur auf beiden Seiten der geneigte Wille, den Frieden aufrecht zu halten oder, wo es nöthig ist, wieder herzustellen, nicht fehlt. Daß Wir von diesem Geiste und diesem Willen beseelt sind, steht bei Dir, Ehrwürdiger Bruder, und bei allen Gläubigen Deutschlands gewiß und zuverlässig fest. Ja, wir hegen diesen Willen so entschieden, daß Wir in Voraussicht der Vortheile, welche daraus für das Heil der Seelen und für die öffentliche Ordnung hervorgehen werden, kein Bedenken tragen, Dir zu erklären, daß Wir, um dieses Einvernehmen zu zeitigen, zulassen wollen, daß der Preußischen Regierung von der canonischen Institution die Namen derjenigen Priester angezeigt werden, welche die Bischöfe der Diözesen zu Theilnehmern ihrer Sorgen in der Ausübung der Seelsorge berufen." Der Papst geht also durchaus nicht von der Voraussetzung aus, daß seine „Erklärung" die Herbeiführung des dauernden Einvernehmens (concordia) zwischen der kirchlichen und staatlichen Gewalt zur unmittelbaren Folge haben könne; er thut den nach seiner Meinung zur Zeitigung dieser langsam reifenden Frucht geeigneten Schritt, um zu beweisen, daß auf seiner Seite der geneigte Wille vorhanden ist, den Frieden aufrecht zu erhalten oder, wo es nöthig ist, wieder herzustellen, und um andrerseits der preußischen Regierung Anlaß zu geben, auch ihre Friedensliebe praktisch zu bethätigen. Das vornehmste Organ der päpstlichen Partei in Deutschland, die „Germania", welches zuerst (am 15. März) den Wortlaut des päpstlichen Erlasses — leider nur in deutscher Uebersetzung — veröffentlichte, beeilte sich denn auch die Gegenleistung zu bezeichnen, welche von der Regierung erwartet werden müsse. „Angesichts der heut von uns mitgetheilten Erklärung des heiligen Vaters wird die preußische Staatsregierung hoffentlich die Verpflichtung begreifen, rasch vorzugehen, um den heillosen Zuständen ein Ende zu machen. Eine Vertagung der Vorlage (wegen Revision der Maigesetze) bis zur nächsten Session, also bis zum

Spätherbst, würde vom Volke nicht als ein Beweis von friedlichen Regungen und von pflichtmäßiger Sorge für das Wohl des Volkes angesehen werden können." Welche practische Bedeutung die Erklärung des Papstes hat, in wie fern durch das, was er für zulässig erklärt, auch nur Einer Bestimmung der Maigesetze Genüge gethan würde, ist vorläufig noch ein Räthsel. § 15 des Gesetzes über die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen vom 11. Mai 1873 lautet also: „Die geistlichen Oberen sind verpflichtet, denjenigen Candidaten, dem ein geistliches Amt übertragen werden soll, dem Oberpräsidenten unter Bezeichnung des Amtes zu benennen. Dasselbe gilt bei Versetzung eines Geistlichen in ein anderes geistliches Amt oder bei Umwandlung einer widerruflichen Anstellung in eine dauernde. Innerhalb 30 Tagen nach der Benennung kann Einspruch gegen die Anstellung erhoben werden. Die Erhebung des Einspruchs steht dem Oberpräsidenten zu." § 16 regelt die Voraussetzungen des Einspruchs und die Berufung gegen denselben an den königlichen Gerichtshof für die kirchlichen Angelegenheiten. Ist die Benennung der Geistlichen, welche der Papst zulassen zu wollen erklärt, gleichbedeutend mit derjenigen, welche das Gesetz vom 11. Mai 1873 den geistlichen Oberen vorschreibt? Soll auch der Einspruch des Oberpräsidenten zugelassen werden sowohl in denjenigen Fällen, in denen derselbe obligatorisch ist, d. h. wenn dem Anzustellenden die in den §§ 1 bis 3 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 bezeichnete Qualification abgeht, als in den Fällen, in denen nach § 16 der Einspruch des Oberpräsidenten zulässig ist?

Das päpstliche Schreiben enthält keine Andeutung in dieser Hinsicht; die Fassung der „Erklärung" macht im Gegentheil den Eindruck, als ob absichtlich alle jene dunkeln Punkte unaufgeklärt gelassen würden.

Ein Anderes wäre es, wenn wir in der Erklärung des Papstes, er werde die Benennung der Geistlichen zulassen, eine Antwort sehen könnten auf Vorstellungen der deutschen Bischöfe, welche um der von Tag zu Tag sich verschlimmernden Lage der katholischen Kirche abzuhelfen, wenn nicht die Anerkennung, so doch die thatsächliche Befolgung der Staatsgesetze befürworteten. Freilich hat schon vor Jahren verlautet, die preußischen Bischöfe hätten auf Befragen der Curie Maßregeln zur Herbeiführung des Friedens zwischen Staat und Kirche in Anregung gebracht. Von dem Inhalt dieser Vorstellungen ist nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen; aber wer sich nur die Mühe geben will, die von dem Vatikan und den Bischöfen ausgehenden Kundgebungen zu lesen, wird über die Tendenzen beider Theile nicht in Zweifel sein können.

„Mit ganz besonderem Wohlgefallen", beginnt das Breve Leo's XIII. vom 24. Februar, „haben wir den jüngst von Dir herausgegebenen Com-

mentar zu unserem Sendschreiben durchgelesen, in welchem Wir die Uebel des Socialismus beklagten. Eine sehr vortheilhafte und nützliche Mühe hast Du, Ehrwürdiger Bruder, wie Wir glauben, auf die Erläuterung der heilsamen Warnungen und väterlichen Ermahnungen verwendet, welche Wir, die Lehre der katholischen Kirche über diese Angelegenheit auseinandersetzend, im vorigen Jahre kundgegeben haben".

Es dürfte sich wohl der Mühe verlohnen, diesem Hinweis des Papstes auf die Encyclica vom 28. December 1878 und dem Commentar des Erzbischofes zu derselben folgend, eine authentische Interpretation der neuesten Kundgebung des Papstes zu versuchen.

Nach einer gedrängten Charakteristik derjenigen „Sorte von Menschen, welche mit verschiedenen, fast barbarischen Namen, Socialisten, Communisten oder Nihilisten genannt werden", geht die Encyclica vom 28. December 1878 auf den Ursprung dieser Verirrung des menschlichen Geistes ein. „Diese Verwegenheit gottloser Menschen, welche die bürgerliche Gesellschaft von Tag zu Tag mit immer größeren Gefahren bedroht und alle Gemüther in Angst und Zittern versetzt, hat ihren Grund und Ursprung in jenen vergifteten Lehren, welche in früherer Zeit als böser Samen unter die Völker ausgesäet, seiner Zeit so pestartige Früchte hervorgebracht haben. Denn Ihr wisset sehr wohl, ehrwürdiger Bruder, daß der feindliche Krieg, der seit dem 16. Jahrhundert (sic!) von den Neuerern gegen den katholischen Glauben begonnen ward und bis jetzt täglich heftiger entbrannte, dahin zielt, daß nach Beseitigung aller Offenbarung und nach dem Umsturz jeder übernatürlichen Ordnung nur noch die Erfindungen oder vielmehr die Fieberträume der Vernunft Geltung haben sollen. Diese Verirrung, welche sich mit Unrecht von der Vernunft den Namen („Rationalismus") beigelegt hat, reizet und stachelt die dem Menschen angeborene Sucht nach Auszeichnung und lockert die Zügel jeglicher Begehrlichkeit; eben deshalb ist sie auch so leicht nicht nur in die Herzen sehr vieler Menschen, sondern auch in die bürgerliche Gesellschaft im weitesten Umfange eingedrungen. Demzufolge wurden mit einer neuen, selbst bei den Heiden unerhörten Gottlosigkeit Staatsverfassungen errichtet, ohne irgend welche Rücksichtnahme auf Gott und auf die von ihm eingesetzte Ordnung der Dinge, indem man behauptete, die Staatsgewalt habe weder ihren Ursprung noch ihr Ansehen und ihre Gewalt, zu regieren, von Gott, sondern vielmehr vom Volke, welches von jeder göttlichen Anordnung sich lossagend, nur solchen Gesetzen sich unterwerfen könne, die es sich selbst nach eigenem Ermessen gegeben habe. Nachdem man die übernatürlichen Wahrheiten des Glaubens als vernunftwidrig bekämpft und verworfen hatte, mußte der Ur-

heber und Erlöser des Menschengeschlechtes von den Universitäten, Lyceen und Gymnasien, sowie aus dem ganzen öffentlichen Verkehr des menschlichen Lebens allmälig für immer verbannt werden. Nachdem man endlich die Belohnungen und Strafen des ewigen Lebens der Vergessenheit überliefert hatte, wurde das glühende Verlangen nach Glückseligkeit auf den Zeitraum des gegenwärtigen Lebens beschränkt. Und da diese Lehren weit und breit ausgestreut sind, und eine solche Zügellosigkeit im Denken und Handeln überall Geltung errungen hat, so ist es kein Wunder, daß Leute niederen Standes, der ärmlichen Hütte und Werkstätte überdrüßig, die Häuser und Glücksgüter der Reichen sich anzueignen verlangen; da ist es kein Wunder, daß im öffentlichen sowohl als im Privatleben keine Zufriedenheit mehr besteht und das menschliche Geschlecht beinahe schon in das äußerste Verderben gerathen ist".

Mit Einem Worte: Reformation, Rationalismus und Constitutionalismus: das sind die eigentlichen Vorfrüchte des Socialismus.

Nach einer Aufzählung der Bemühungen seiner Vorgänger, von Clemens XII. bis auf Pius IX., jene Irrlehren auszurotten, erhebt Pabst Leo XIII. die Anklage gegen die Regierungen. „Zu bedauern aber ist es, daß diejenigen, welchen die Sorge für die öffentliche Wohlfahrt obliegt, durch die Arglist gottloser Menschen hintergangen und durch ihre Drohungen eingeschüchtert, gegen die Kirche stets argwöhnisch oder sogar feindlich gesinnt waren und nicht erkannten, wie die Bestrebungen dieser Secten vereitelt worden wären, wenn die Lehre der katholischen Kirche und die Autorität der römischen Päbste immer nach Gebühr in Ehren gehalten worden wäre."

Das Sendschreiben stellt alsdann den Irrlehren des „Socialismus" die Auffassung der Kirche über das Verhältniß zwischen Fürsten und Völkern, die Nothwendigkeit der Stände, die Unauflöslichkeit der Ehe, die Unverletzlichkeit des Eigenthums und die Sorge für die Armen gegenüber. „Selig sind die Armen, denn ihrer ist das Himmelreich."

„Wer sollte es aber verkennen, ruft Leo XIII. aus, daß das — der Hinweis auf das Jenseits — die beste Art und Weise ist, die uralte Zwietracht zwischen Armen und Reichen beizulegen? Denn, wenn diese Weise verworfen oder hintangesetzt wird, dann muß, wie die Natur der Sache selbst und die Erfahrung es klar beweisen, eines von beiden nothwendig eintreffen: daß nämlich entweder der größte Theil des menschlichen Geschlechts in den schmachvollen Zustand der Sklaverei versinkt, wie er lange Zeit unter den Heiden bestanden hat, oder daß die menschliche Gesellschaft immerfort durch Aufstände erschüttert und durch Raub und Mord geschändet wird, wie es leider in neuester Zeit geschehen ist."

So also bezeichnet Leo XIII. „den von furchtbaren Stürmen hin und her geworfenen Völkern und Fürsten" die katholische Kirche als den Hafen, worin sie eine sichere Zuflucht finden können. Aber „wenn sie es erkennen, daß der Kirche Christi zur Abwehr der Pestseuche des Socialismus eine so wirksame Kraft innewohnt, wie sie weder in menschlichen Gesetzen (dem Socialistengesetz nämlich) noch in obrigkeitlichen Zwangsmaßregeln, noch in den Waffen der Soldaten zu finden ist, so mögen sie denn endlich auch die Kirche in eine solche Lage und Freiheit wiedereinsetzen, daß sie ihre so heilbringende Kraft zum Wohle der ganzen menschlichen Gesellschaft auszuüben im Stande ist."

Mit andern Worten: Nur „diese freie Kirche" ist eine wirksame Bundesgenossin der Staatsgewalt zur Bekämpfung des Socialismus.

Während der universelle Charakter der Encyclica als eines an die Bischöfe der ganzen katholischen Welt gerichteten Sendschreibens ein specielleres Eingehen auf die deutschen Verhältnisse ausschließt, ergänzt der Commentar (Das Sendschreiben des heiligen Vaters Leo XIII. über den Socialismus nebst erläuternden Bemerkungen des Erzbischofs Dr. Paulus Melchers, Cöln 1880. Druck und Verlag von J. P. Bachem) des Erzbischofs Dr. Paulus Melchers die Ausführungen des Pabstes in einer ausschließlich auf die Lage der katholischen Kirche in Deutschland und Preußen berechneten Weise. Der Inhalt dieses Commentars, den Papst Leo XIII. „mit ganz besonderem Wohlgefallen" gelesen hat, ist auch für uns um so lehrreicher, als das Breve vom 24. Februar d. J. sich an den Erzbischof von Cöln gewissermaßen als an den Repräsentanten des preußischen Episkopats wendet.

Herr Melchers weiß mit großem Geschick das Lob Pius IX., dessen besonderer Lebensberuf es gewesen, „alle Gläubigen von der Unvereinbarkeit des sogenannten „modernen Liberalismus" mit dem katholischen Glauben zu überzeugen" zu verbinden mit der Anerkennung Leo's XIII., der in Folge „einer sehr glücklichen Neuwahl" auf den heiligen Stuhl erhoben, „von der Vorsehung berufen erscheint, die im langen und heißen Kampfe geschiedenen Geister wieder zu versöhnen und zu vereinigen mit ihrer Mutter, der heiligen katholischen Kirche durch das himmlische Licht der Wahrheit und Gnade".

Die Solidarität der Staatsgewalt und der Kirche gegenüber den Gefahren der socialistischen Secten, „die zum großen Theil eine Frucht der Verirrungen des herrschenden Liberalismus sind", bildet selbstverständlich auch das Thema der erzbischöflichen Erläuterungen. Wie der fälschlich sogenannte „Rationalismus" — fälschlich, denn, sagt der Commentator, „nichts ist vernünftiger als seine Vernunft dem Glauben an

die göttliche Autorität zu unterwerfen" — die nothwendige, wenn auch von den Reformatoren nicht gewollte Consequenz des Abfalls von dem „Glauben an das unfehlbare Lehramt der von Christus auf dem Felsen Petri gestifteten Kirche" war, so ist der Socialismus die Consequenz der glaubenslosen Wissenschaft und der ohne alle Rücksicht auf Gott und auf die von Gott selbst begründeten Ordnungen errichteten neuen Staaten und Staatsverfassungen. „Wer kann da sich noch wundern" schreibt der Erzbischof, „wenn zuletzt in einer Zeit, wo einerseits in Folge unerhörter Steuer- und Militärlasten, beständiger und enormer Theuerung aller Lebensbedürfnisse, immerfort steigender Noth und Zahl der Armen und Bedürftigen eine allgemeine Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen herrscht, während andrerseits der Einfluß der Kirche fast überall mehr oder weniger von staatlicher Seite beschränkt und gehemmt wird, aus jenen glaubenslosen Grundsätzen von der besitzlosen Klasse auch die letzten Forderungen gezogen und mit Leidenschaft ergriffen werden."

Leo XIII. hält die dem Staate zu Gebote stehenden Mittel zur Bekämpfung des Socialismus für ungenügend. Nach der Ansicht des Erzbischofs verschlimmern die Strafgesetze das vorhandene Uebel. „Es scheint allerdings, sagt er, eine Nothwendigkeit gewesen zu sein, daß die Staatsgewalt der offenen Verbreitung des Socialismus durch Strafgesetze entgegen trat; auch werden diese nebst den Maßregeln der Gewalt ohne Zweifel eine Zeit lang den Ausbruch des drohenden Uebels aufzuhalten vermögen. Die Verbannung der Socialisten und das Verbot der socialistischen Presse werden die öffentliche Weiterverbreitung der Ideen und Pläne dieser Secten verhindern; aber sie können die geheime Verbreitung nicht hemmen. Die Soldaten können den Ausbruch von Aufständen und Revolutionen unterdrücken, aber sie können die geistige Krankheit, welche dem Uebel zu Grunde liegt, nicht verbannen. Es ist eine wahre Pest, eine ansteckende, epidemische Seuche, die im Geheimen noch gefährlicher, als wenn es in offenkundiger Weise geschieht, sich verbreitet, die eine öffentliche Bekämpfung nicht zuläßt." Während also der Erzbischof den absoluten Widerspruch des Centrums im Reichstage gegen das Socialistengesetz mißbilligt, indem er die Nothwendigkeit der Strafgesetze anerkennt, scheint er andeuten zu wollen, daß ein Weitergehen auf diesem Wege, eine Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes die Gefahr nicht vermindern könne. „Und wer weiß, fährt der Commentator fort, wie lange es noch währen wird, bis auch die Soldaten, die aus der Masse des Volkes hervorgehen, selbst von dieser Seuche angesteckt werden und dagegen zu kämpfen nicht mehr vermocht werden können, wovon leider

nach öffentlichen Nachrichten in einigen Ländern bereits Anzeichen hervortreten?"

Auch von der Staats-Schule ist auf diesem Gebiete nichts zu hoffen. „Der Staat hat während der Dauer des sogenannten Culturkampfes die Schule als Herr und Meister in die Hand genommen, alles Mögliche gethan und verordnet, um nationale Bildung und Erziehung zu fördern. Aber welche Früchte hat es gebracht? Es ist eine allgemeine Klage, daß Gottesfurcht und gute Sitten bei der Jugend immer mehr abnehmen, Unbotmäßigkeit und Sittenlosigkeit täglich schlimmer sich offenbaren. Es giebt nur ein Mittel, welches Hülfe schaffen kann in der gegenwärtigen Zeit, welches retten kann aus der drohenden Gefahr. Der deutsche Kaiser hat es erkannt und öffentlich kund gethan, als er von der Hand gottloser Frevler meuchelmörderisch überfallen, aber durch Gottes gnädigen Schutz gerettet worden. „Sorget, daß die Religion dem Volke nicht verloren gehe", sprach er zu seinen Ministern und Beamten. Das ist ein wahrhaft kaiserliches, des Kaisers würdiges Wort."

Aber nicht der Staat ist „der von Gott bestellte Träger und Hüter der Religion", sondern die „vom Gottmenschen selbst gestiftete, mit göttlicher Autorität und Vollmacht ausgestattete Kirche".

So kommen wir zu der brennenden Frage, unter welchen Voraussetzungen die katholische Kirche die ihr gestellte Aufgabe erfüllen kann. Die erläuternden Bemerkungen des Wortführers des preußischen Episcopats zu den Worten Leo XIII., daß der Kirche ihre „Freiheit" wiedergegeben werden müsse, sind gerade in diesem Augenblick von besonderem Interesse, indem sie die Stellung des Commentators zu der Maigesetzgebung deutlich erkennen lassen. Die Kirche muß „frei und unabhängig" zu wirken im Stande sein. „Denn sie ist, wie der Apostel Paulus sagt: „„Die Freie, unsere Mutter"", nicht, wie die Synagoge des alten Bundes, mit der staatlichen Macht verbunden und vereinigt, noch auch einer staatliche Oberaufsicht und Herrschaft unterworfen, wie es mit der Religion und dem Priesterthum in den heidnischen Staaten durchgängig der Fall war". Nach der von dem Papste gebilligten Auffassung des Erzbischofs ist es „eine große und verderbliche Verirrung des menschlichen Geistes, wenn er den Staat allein und ausschließlich als die Quelle alles Rechtes ansieht und für ihn die Befugniß in Anspruch nimmt, über Alles und Jedes Gesetze zu geben. . . . Nirgends in der h. Schrift oder in der mündlichen Ueberlieferung des göttlichen Wortes ist der Staatsgewalt das Recht eingeräumt, in geistlichen Dingen und kirchlichen Angelegenheiten rechtsverbindliche Gesetze zu geben oder die Kirche der staatlichen Leitung und Aufsicht zu unterwerfen. Wenn aber die Reformatoren

des 16. Jahrhunderts den Königen und Fürsten eine solche souveräne Gewalt über die von ihnen gestifteten Religionsgesellschaften zugestanden und den Fürsten des Landes zum obersten Bischof seiner Unterthanen gemacht haben, so geschah dies lediglich in der Absicht, um an der Staatsgewalt eine Stütze und Beschützerin zu erhalten, ohne daß dafür im Worte Gottes irgend ein Grund oder Anhalt gegeben wäre. Soll die Kirche ihre Aufgabe erfüllen und ihre Segnungen zum Heile der Seelen verbreiten, dann muß sie frei und unabhängig sein in ihrem Wirkungskreise, sie muß frei sein in der Verkündigung des göttlichen Wortes und in der Ausübung des ihr von Gott übertragenen Lehramts sowohl als in der Spendung der Gnadenmittel und in der Anordnung ihres Cultus; frei in der Bildung und Erziehung sowie in der Sendung und Anstellung ihrer Diener, frei in der Ausübung des ihr von Gott übertragenen kirchlichen Richteramts und ganz besonders frei in der Uebung des ihr von Rechtswegen gebührenden Einflusses auf die religiöse Erziehung und Bildung der Jugend sowohl in als außerhalb der Schule. Sie muß ferner frei sein in der Errichtung und Leitung derjenigen Anstalten, Orden und Genossenschaften, welche zur Ausübung der evangelischen Räthe, zur vollkommenen Nachfolge Christi stets in der katholischen Kirche als ein vorzügliches Mittel und Bedürfniß für die zum Streben nach Vollkommenheit berufenen Seelen gegolten und einen unermeßlichen Segen gestiftet haben; — — Frei muß die Kirche endlich sein auch in dem Besitze und in der Verwaltung der ihr gehörigen irdischen Güter und Mittel, deren sie zur Erfüllung ihrer Aufgabe nicht entbehren kann, so wie in dem Verkehr mit ihren Obern und Vorgesetzten".

Mit der „Freiheit und Unabhängigkeit" der Kirche sind also unvereinbar das Gesetz wegen Vorbildung und Anstellung von Geistlichen, das Gesetz über die kirchliche Disciplinargewalt und der königliche Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten, das Gesetz über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Zuchtmittel, das Schulaufsichtsgesetz, das Reichsgesetz betreffend den Orden der Gesellschaft Jesu, sowie das preußische Gesetz betreffend die geistlichen Orden und die ordensähnlichen Congregationen, und endlich das Gesetz über die Vermögensverwaltung der katholischen Kirchengemeinden, das letztere, obgleich die preußischen Bischöfe nach einem nutzlosen Proteste gegen dasselbe, unter Vorgang des Erzbischofs von Cöln zur Durchführung der Vorschriften desselben die Hand geboten haben.

Alle diese Gesetze stellen einen Eingriff des Staates in die Sphäre der Kirche dar und „wo immer ein solcher Eingriff in einen kirchlichen

Wirkungskreis gemacht wird, da können katholische Christen nicht ohne Weiteres für verpflichtet oder für befugt erachtet werden, zur Ausführung desfallsiger staatlicher Gesetze und Verordnungen mitzuwirken, die mit den Rechten der Kirche und mit den Pflichten ihrer Mitglieder in Widerspruch stehen".

Steht dem Staate nicht das Recht zu, in die eigene Sphäre der Kirche gesetzgeberisch einzugreifen, so ist er umsoweniger befugt, die Grenzen des kirchlichen und des staatlichen Gebietes einseitig mit souveräner Gewalt zu ziehen. „Dem Rechte wie der Billigkeit entspricht es, läßt sich der Erzbischof vernehmen, daß über solche Streitpunkte die Staatsgewalt mit dem Oberhaupte der Kirche sich verständige, und daß durch eine friedliche Uebereinkunft die Normen festgestellt werden, welche zur Vermeidung von Conflicten erforderlich sind, wie solches in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts fast überall zu geschehen pflegte. In der neuesten Zeit aber, wo der kirchenfeindliche Liberalismus einen überragenden und herrschenden Einfluß auf die Gesetzgebung und Regierung der Staaten erlangt hat, sind leider fast überall solche früher geschlossene Verträge mit dem päpstlichen Stuhle staatlicherseits zerrissen worden". Daß auch die Curie, wenn ihr die Gelegenheit günstig erscheint, die Gültigkeit der Concordate in Frage zu stellen kein Bedenken trägt, hat das deutsche Reich trotz seiner Jugend bereits erfahren, als der päpstliche Staatssecretär Antonelli im Jahre 1872 den Versuch machte, den Culturkampf auch auf Elsaß-Lothringen auszudehnen, indem er in einem Schreiben an den Bischof von Straßburg erklärte, das Concordat von 1801 habe dort von dem Augenblicke an keine Kraft mehr, in welchem Elsaß ein Theil des deutschen Reiches geworden sei. Von dem Augenblick an sollte nach der Ansicht der Curie in Elsaß-Lothringen nicht etwa das gemeine französische Recht, sondern das — canonische Recht unbeschränkte Gültigkeit erlangen, bis das Reich sich bequemt haben würde, ein neues Concordat abzuschließen. Als aber die Reichsregierung erklärte, im Falle des Rücktritts der Curie von dem Concordat würde sie die kirchenpolitischen Verhältnisse des Reichslandes im Wege der Reichsgesetzgebung regeln, beeilte sich Staatssecretär Antonelli dem Bischof von Straßburg zu bedeuten, daß es keineswegs die Absicht des päpstlichen Stuhles gewesen sei, das Concordat von 1801 zu „kündigen". So lange eine neue Uebereinkunft nicht getroffen sei, müßten selbstverständlich die Verfügungen des Concordats fortwährend beobachtet werden.

Die preußischen Maigesetze, von denen Erzbischof Melchers sagt: „durch einseitige Staatsgesetze, die von Mißtrauen und Abneigung gegen die Kirche dictirt waren, hat man dieselbe in den Zustand unwürdiger Abhängigkeit und Dienstbarkeit versetzt und in ihrer heilbringenden Wirk-

samkeit eben dadurch allseitig beschränkt, gehindert und geschwächt", haben der katholischen Kirche dieselbe Lage bereitet, in welche Cardinal Antonelli durch die Nichtigkeitserklärung des Concordats von 1801 die Staatsgewalt in Elsaß-Lothringen versetzen wollte. Die Rückkehr zum canonischen Recht sollte den deutschen Staat in die Nothwendigkeit bringen, die Entscheidung des heiligen Stuhls anzurufen, um auf dem Wege des Vertrags zu einer erträglichen Regelung der kirchenpolitischen Verhältnisse zu gelangen. Die preußischen Maigesetze geben dem Staate ungefähr die Stellung, welche die katholische Kirche in Elsaß-Lothringen angenommen haben würde, wenn der superkluge Plan Antonelli's gelungen wäre. Im Sommer 1877 erschien im „Daheim" ein authentischer Bericht über die Audienz einer Anzahl württembergischer Pastore bei dem Reichskanzler während dessen Aufenthalts in Kissingen, welcher den Fürsten Bismarck u. A. sagen ließ: „Ich bin mit den Maigesetzen nicht in allen Einzelheiten einverstanden, aber im Großen und Ganzen entsprechen sie meiner Anschauung und sind für den Staat in dem Kampf gegen die katholische Kirche ein unentbehrliches Bollwerk. Wir haben mit ihrer Hilfe jetzt ungefähr die Stellung wieder gewonnen, welche wir vor dem Jahre 1840 inne hatten, wir können uns nun in der Defensive halten und die Sache an uns herankommen lassen."

Die Hoffnung Pius IX., das Bollwerk der Maigesetze in Sturm zu nehmen, ist mit dem streitbaren Kirchenfürsten selbst zu Grabe getragen worden. Sein Nachfolger „ein Mann voll Sanftmuth und Wohlwollen, aber auch voll Einsicht und Entschiedenheit des Urtheils und des Willens", wie Erzbischof Melchers Leo XIII. charakterisirt, mit anderen Worten, ein Diplomat durch und durch, hat bisher vergeblich versucht, auf dem Wege der Verhandlungen die Staatsgewalt zur Capitulation zu bringen um die „Freiheit" der katholischen Kirche, ihre Unabhängigkeit von dem Staate wieder herzustellen. Die Diplomatie Leo's XIII. hat freilich bisher nur geringe Erfolge zu verzeichnen, obgleich die allgemeinen Verhältnisse in Deutschland, welche Herr Melchers freilich mit den Zeiten des römischen Kaiserreichs und der Christenverfolgungen vergleicht, in den beiden letzten Jahren den Plänen der Curie durchaus nicht ungünstig waren. Das Jahr 1878, das Jahr der Attentate auf den Kaiser Wilhelm bezeichnet den Höhepunkt der socialistischen Strömung in Deutschland, zugleich freilich den Moment, wo die Staatsgewalt sich zunächst auf dem Gebiete der reinen Politik von dem Grundsatz des „Laisser aller" lossagte. Noch einmal schien die Constellation sich zu erneuern, mit deren Hülfe die katholische Kirche in Deutschland 30 Jahre früher die erste Bresche in die altpreußische Kirchenpolitik gelegt hatte.

„Wir hatten auch in Preußen, läßt der oben erwähnte Bericht den Fürsten Bismarck sagen, bis zum Jahre 1848 ganz leidliche confessionelle Verhältnisse. Die katholische Kirche hatte die ihr gebührende Stellung und die nothwendige Freiheit der Bewegung und der Staat hatte seine gesicherte Stellung durch das preußische Landrecht, durch sonstige Gesetze und durch die langjährige allgemeine Gewöhnung. So blieb der Friede gewahrt, wenn auch einzelne Conflictsfälle vorkamen, z. B. in der bekannten Angelegenheit von Droste-Vischering. Unter der Regierung des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV. änderten sich nun aber diese Verhältnisse allmälig. Insbesondere war es eine vielvermögende, der höchsten Aristokratie angehörige streng katholische Familie, die ihren Einfluß geltend zu machen wußte, um der katholischen Kirche eine andere bevorzugte Stellung in Preußen zu verschaffen. Dieses Bestreben wurde durch die Ereignisse begünstigt. Es kam das Jahr 1848 mit seinen der Bewegung anfänglich beigemischten socialistischen Tendenzen, und da waren die in den katholischen Landestheilen vollzogenen Wahlen zum Landtag fast noch die einzigen für die Regierung acceptablen. Hierdurch legitimirten sich die katholischen als die conservativen Kreise und das machte der Regierung den ultramontanen Einflüssen geneigter. So wurde die „katholische Abtheilung“ (im Cultusministerium) gegründet, um den Verkehr der Regierung mit der katholischen Kirche zu erleichtern, aber die Familie *** beherrschte die „katholische Abtheilung“ vollständig, deren Mitglieder so zu sagen der Familie leibeigen waren. Die Jesuiten drängten sich weich und wohlwollend heran. Die katholische Kirche gewann immer mehr Terrain und hatte endlich eine bevorrechtigtere Stellung wie sonst nirgendwo. Das Verhältniß wurde schließlich so unerträglich, daß eine päpstliche Nuntiatur eine wahre Wohlthat dagegen wäre. Denn bei einem Nuntius wußte man doch, mit wem man es zu thun hatte, während die „katholische Abtheilung“ eigentlich geschaffen sein sollte zu einer Vertretung des Königs gegen den Papst, in Wahrheit aber eine Vertretung des Papstes gegen den König und das Land geworden war.“

Wie im Jahre 1848 hoffte die Curie im Jahre 1878 den Schrecken, den die socialistische Bewegung der Regierung einflößte, zu ihren Gunsten auszubeuten zu Nutz und Frommen der katholischen Kirche in Deutschland und namentlich in Preußen; aber das Centrum konnte sich bei der Berathung des Socialistengesetzes im Reichstage nicht überwinden, sich in dem Kampf gegen die Socialdemokratie auf die Seite der Staatsgewalt zu stellen. Einmal erwies sich der Tropfen demokratischen Oels, mit welchem das Centrum gesalbt war, als zu wirksam und zum Zweiten verhinderte die Hoffnung, daß die socialistische Bewegung, je intensiver sie

sei, um so sicherer die Staatsgewalt in die Arme der „katholischen Partei“ drängen werde, das Centrum, sich „als conservative Partei zu legitimiren“. Vergebens versichert der Commentator der päpstlichen Encyclica, „das Mährchen von einem Bündniß zwischen der sogenannten rothen und schwarzen Internationalen, d. h. zwischen den Umsturzparteien und der katholischen Kirche, welches sich in den letzten Jahren mitunter aus liberalem Munde hat vernehmen lassen, ist so albern und grundlos, daß Niemand, welcher nur einiger Maßen das eigentliche Wesen der revolutionären Parteien und ihrer Grundsätze sowohl als die Lehre und Wirksamkeit der katholischen Kirche kennen gelernt hat, einer solchen Behauptung Glauben schenken und nicht sofort ihre Falschheit und gänzliche Grundlosigkeit erkennen sollte.“ Ist es doch notorisch, daß bei den Neuwahlen zum Reichstage im Sommer des Jahres 1878 die Candidaten des Centrums in einer Reihe von Wahlbezirken mit den „Sectirern“ eine Allianz ad hoc eingingen, um die Regierung in die Enge zu treiben. Man braucht nur an den berühmten Revers zu erinnern, durch den der Domcapitular in Mainz Dr. Moufang bei der Stichwahl die Stimmen der Socialdemokraten erkaufte. „Die drei an mich gerichteten Antworten“, lautet dieses historische Aktenstück, „beantworte ich, in Uebereinstimmung mit dem Programm des Centrumsfractions-Vorstandes vom Juni 1878 und des hiesigen Wahlcomités der Volkspartei in gewünschter Kürze dahin: daß ich entschlossen bin, falls ich Mitglied des Reichstages werde, zu stimmen: 1) gegen die Abänderung des im Artikel 20 der Reichsverfassung begründeten allgemeinen und direkten Wahlrechts, 2) gegen Ausnahmegesetze und einseitige Verschärfung der Strafgesetze in politischer Beziehung (d. h. gegen das Socialistengesetz), 3) gegen Vermehrung der Steuern und Lasten.“ Mainz am 4. August 1878. (gez.) Dr. Christoph Moufang.

Auch in dem politischen Programm des Erzbischofs Melchers wird die Nothwendigkeit betont, „mit aller Kraft dahin zu wirken, daß die Ursachen der allgemein herrschenden Noth und der Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen und Verhältnissen, namentlich die drückende Steuer- und Militair-Last, die jetzt beständig herrschende ganz enorme Theuerung aller Lebensbedürfnisse, das Ueberhandnehmen der Armuth der städtischen Bevölkerung, der Krebsschaden der Wucherfreiheit und der betrügerischen und schwindelhaften Actien- und Börsen-Geschäfte nach Möglichkeit beseitigt werden.“ Treu diesem Programm hat dasselbe Centrum, welches durch sein interessirtes Votum für den Zolltarif seine Reichsfreundlichkeit bezeugt haben wollte, gerade in diesen Tagen einstimmig bis auf ein einziges Mitglied — exceptio firmat regulam — gegen das Militärgesetz im Reichstage gestimmt.

Nach einer warmen Empfehlung der katholischen Vereine und Zeitschriften schließt der Exeget der päpstlichen Encyclica seine verdienstvolle Auseinandersetzung mit einem Triumphgesang auf den Niedergang des „modernen Liberalismus“, der es gewagt hat, die Staatsgewalt in dem Existenzkampf gegen die Anhänger der „Wahrheit, des Rechtes und der Freiheit“ d. h. „der Rechte und der Freiheit der Kirche“ zu unterstützen. „Wir dürfen hoffen“ ruft der Erzbischof aus, „daß die Zeit der Befreiung der Kirche nicht mehr fern ist. Denn die Herrschaft des modernen Liberalismus, durch dessen Einfluß es möglich geworden, daß die Kirche mit solcher Feindseligkeit und Heftigkeit verfolgt, in solche Unfreiheit und Gebundenheit versetzt wurde, wie es in unserer Zeit geschehen, ist ihrem Ende nahe. Seine Macht ist gebrochen, seine Täuschungen und Fallstricke sind offenbar geworden, er ist entlarvt als der Feind und Widersacher alles Guten, als der Vater und Urheber der verderblichen Irrthümer und Maßregeln, wodurch die menschliche Gesellschaft in unserer Zeit in so große Noth und in so großes Elend an Leib und Seele gerathen ist“. Der Niedergang des modernen Liberalismus ist die Vorbedingung der Wiederherstellung der Freiheit der Kirche und eines „wahren und dauerhaften Friedens“ zwischen Staat und Kirche, den Leo XIII. im August 1878, erschreckt durch den plötzlichen Tod des allzu versöhnlich gesinnten Cardinal-Staatssekretärs Franchi, der damals schon die Anzeigepflicht der kirchlichen Oberen bei der Anstellung von Geistlichen anzuerkennen bereit war, in seinem Schreiben an dessen Nachfolger, den Cardinal Nina als sein eigentliches Ziel bezeichnete. „Es ist Ihnen wohlbekannt, Herr Cardinal“, heißt es in diesem Schreiben, „daß wir, um dem Antriebe Unseres Herzens Folge zu leisten, Uns auch an den mächtigen Kaiser der edlen deutschen Nation, welche wegen der den Katholiken bereiteten schwierigen Lage ganz besonders Unsere Fürsorge erheischt, gewendet haben. Dieses Wort, einzig und allein von dem Wunsche eingegeben, Deutschland den religiösen Frieden wiedergegeben zu sehen, fand eine günstige Aufnahme von Seiten des erhabenen Kaisers und hatte das erfreuliche Ergebniß, zu freundschaftlichen Unterhandlungen zu führen, bei denen es nicht Unsere Absicht war, zu einem einfachen Waffenstillstande zu gelangen, welcher den Weg zu neuen Conflicten offen ließe, sondern nach Entfernung der Hindernisse einen wahren, soliden und dauerhaften Frieden zu schließen“.

Als das Breve vom 24. Februar d. J. bekannt wurde, konnte man einen Augenblick wenigstens glauben, daß der Pabst sich endlich in das Unvermeidliche fügen wolle; daß er sich in der That anschicke, die Hoffnung zu erfüllen, der Kaiser Wilhelm am 24. März 1878 in Beantwor-

tung des päpstlichen Notificationsschreibens Ausdruck gab, „daß Sie geneigt sein werden, mit dem mächtigen Einfluß, welchen die Verfassung Ihrer Kirche Ew. Heiligkeit auf alle Diener derselben gewährt, dahin zu wirken, daß auch diejenigen unter den Letzteren, welche es bisher unterließen, nunmehr dem Beispiel der ihrer geistlichen Pflege befohlenen Bevölkerung folgend, den Gesetzen des Landes, in dem sie wohnen, sich fügen werden."

Leider aber scheint Leo XIII., indem er immer noch zögert, zunächst wenigstens die noch im Amte befindlichen Bischöfe von Ermland, Culm, Hildesheim und den Capitelvicar in Fulda von der Zulässigkeit der Benennung der anzustellenden Geistlichen in Kenntniß zu setzen, mehr den Bedürfnissen des kampflustigen Clerus als denjenigen der ihrer Seelsorge beraubten Gemeinden Rechnung zu tragen. Wenn jene Benennung erfolgt — und derselben steht in jenen vier Diözesen kein objectives Hinderniß entgegen — so kommen die Bestimmungen des § 26 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 in Betracht. „Die Vorschriften dieses Gesetzes über den Nachweis wissenschaftlicher Vorbildung und Befähigung finden keine Anwendung auf Personen, welche vor Verkündigung dieses Gesetzes, (also vor dem 11. Mai 1873) im geistlichen Amte angestellt sind oder die Fähigkeit zur Anstellung im geistlichen Amte erlangt haben. Außerdem ist der Minister der geistlichen Angelegenheiten ermächtigt, denjenigen Personen, welche vor Verkündigung dieses Gesetzes in ihrer Vorbildung zum geistlichen Amte vorgeschritten waren, den in diesem Gesetze vorgeschriebenen Nachweis der Vorbildung ganz oder theilweise zu erlassen. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist auch ermächtigt, Ausländer von den Erfordernissen des § 4 dieses Gesetzes (Zeugniß der Reife von einem deutschen Gymnasium, dreijähriges theologisches Studium auf einer deutschen Universität und Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung) zu dispensiren."

Sollte die römische Curie sich wirklich mit der Hoffnung schmeicheln, die preußische Regierung werde auf das Breve vom 24. Februar mit der Erklärung antworten, daß sie den durch den Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten zur Entfernung aus ihrem Amte verurtheilten Bischöfen die Rückkehr in ihre Diözesen gestatte? Nach § 24 des Gesetzes über die kirchliche Disziplinargewalt und die Errichtung des kgl. Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten vom 12. Mai 1873 können Kirchendiener, welche die auf ihr Amt oder ihre geistlichen Amtsverrichtungen bezüglichen Vorschriften der Staatsgesetze oder die in dieser Hinsicht von der Obrigkeit innerhalb ihrer gesetzlichen Zuständigkeit getroffenen Anordnungen so schwer verletzen, daß ihr Verbleiben im Amte mit der öffentlichen Ordnung unverträglich erscheint, auf

Antrag der Staatsbehörde durch gerichtliches Urtheil aus ihrem Amte entlassen werden. Die Entlassung aus dem Amt hat die rechtliche Unfähigkeit zur Ausübung des Amtes, den Verlust des Amtseinkommens und die Erledigung der Stelle zur Folge.

Auf Grund dieser Bestimmung sind die Bischöfe ihrer Aemter entsetzt worden. Die „rechtliche Unfähigkeit zur Ausübung des Amtes“ aber setzt dem Begnadigungsrecht des Souverains unübersteigliche Schranken. Die durch richterliches Urtheil erledigten Stellen können nur durch völlig qualificirte Personen wieder besetzt werden.

Vergeblich würde die römische Curie hoffen, daß die Staatsgewalt im Vertrauen auf die guten, aber vielleicht nicht hinlänglich festen Absichten des gegenwärtigen Papstes die Bollwerke wieder niederreißen werde, welche sie zum Schutze der bürgerlichen Gesellschaft gegen hierarchische Herrschaftsgelüste aufgerichtet hat. Was der gegenwärtige Papst zulassen zu können erklärt hat, kann ein Nachfolger wieder wie es seit 1873 geschehen, als „mit seinem Gewissen unvereinbar“ erklären. Grade das Breve Leo XIII., wie es dem katholischen Clerus den Weg zeigt, auf dem die principielle Wahrung der vermeintlichen Souveränetät der Kirche in Einklang gebracht werden kann mit der bitteren Nothwendigkeit der Unterwerfung unter die staatlichen Gesetze, muß für die Regierung eine Mahnung sein, den „wahren, soliden und dauerhaften Frieden“ durch unerschütterliches Festhalten an dem Grundsatze der Staatssouveränetät, des „gleichen Rechtes für alle,“ herbeizuführen und wenn es sein muß, zu erzwingen.

Niemand freilich wird verkennen, daß es jetzt schwerer ist für eine um das Wohl aller Angehörigen besorgte Regierung, den unter dem Schleier aufrichtiger Friedensliebe verborgenen diplomatischen Taktiken des geistigen Oberhauptes der Kirche auszuweichen, als es bis zum Jahre 1878 gewesen ist, den beleidigenden Drohungen eines Pius IX. Stand zu halten. Glücklicher Weise aber können wir Deutsche uns, wenn wir auf den Gang der Dinge seit dem 24. Februar 1878 zurückblicken, dem Bewußtsein überlassen, daß der deutsche Kanzler, wie er sich den Diplomaten im Frack überlegen erwiesen hat, auch einem Diplomaten im Purpur gewachsen sein wird. A diplomate, diplomate et demi.

Nachschrift.

Wie berechtigt das Zutrauen zu der diplomatischen Vorsicht des deutschen Kanzlers ist, ergiebt sich aus dem Inhalt des so eben bekannt gewordenen Beschlusses des Staatsministeriums vom 17. März d. J., welcher der Curie durch Vermittlung der Botschaft in Wien mitgetheilt worden ist. Der Beschluß lautet:

„Die königlich preußische Staatsregierung erblickt in dem päpstlichen

Breve vom 24. Februar 1880 um so bereitwilliger ein neues Zeichen der friedlichen Gesinnung, von welcher der heilige Stuhl beseelt ist, als diese Gesinnung damit zum ersten Male einen auch nach außen hin erkennbaren concreten Ausdruck gefunden hat.

Indeß kann die königliche Regierung jener Kundgebung, so lange Zweifel über deren Congruenz mit den bezüglichen staatsgesetzlichen Vorschriften bestehen, sowie in Anbetracht des in ihr zu Tage tretenden Mangels an einer bestimmten, die Erfüllung der gesetzlichen Anzeigepflicht sichernden Anordnung vorerst nur einen theoretischen Werth beimessen.

Demgemäß hofft sie zunächst erwarten zu dürfen, daß der erneuten Erklärung über die versöhnlichen Absichten Seiner Heiligkeit auch praktische Folge gegeben wird. Sobald die königliche Regierung den sichtlichen und in Thatsachen ausgedrückten Beweis hierfür in Händen hat, wird sie sich bemühen, von der Landesvertretung Vollmachten zu gewinnen, welche ihr bei Anwendung und Handhabung der einschlagenden Gesetzgebung freiere Hand gewähren und damit die Möglichkeit bieten, solche Vorschriften und Anordnungen, welche von der römischen Kirche als Härten empfunden werden, zu mildern oder zu beseitigen und so ein dem Verhalten der katholischen Geistlichkeit entsprechendes Entgegenkommen auch staatsseitig zu bethätigen."

Die „praktische Frage", welche die Staatsregierung erwartet, ist eben die Erfüllung der gesetzlichen Anzeigepflicht bei der Ernennung von Geistlichen zunächst in den Diözesen Ermland, Culm, Hildesheim und Fulda.

Notiz.

[Zu S. 353.] Nachdem der Druck der ersten Bogen dieses Heftes bereits vollendet war, ist es mir verstattet gewesen das Original des von Pertz wie bemerkt nur nach dem Concept abgedruckten Schreibens von Gneisenau im Geh. Staatsarchiv selbst einzusehen; ich erlaube mir danach die Sätze des Schreibens, welche im Original eine andere Form zeigen, nach diesem nochmals abzudrucken und hebe dabei die von dem Pertz'schen Druck abweichenden Worte durch gesperrte Schrift hervor. „Religion, Gebet, Liebe zum Regenten, zum Vaterland, zur Tugend sind nichts anderes als Poesie; keine Herzenserhebung ohne sie. Wer nur nach kalter Berechnung seine Handlungen regelt, wird ein starrer Egoist. . . . Wie so mancher von uns, der mit Bekümmernis auf den wankenden Thron blickt, würde eine ruhige glückliche Lage in stiller Abgezogenheit finden können. . . . Aber die Bande der Geburt, der Zuneigung oder der Dankbarkeit fesseln ihn an seinen alten Herrn; dessen Unglück kettet ihn noch mehr an selbigen. . . . Viel sind der Männer, die so denken und mich an Adel der Gesinnungen weit übertreffen; ich werde mich bestreben ihnen ähnlich zu werden."

Außerdem ist in den Actenstücken zu lesen:

Seite 356 Z. 8 v. o. ausseллen statt ausstellen
„ 357 „ 5 „ „ abstatten „ erstatten
„ 358 „ 9 v. u. begehen „ begeben
„ „ „ 7 „ „ werbegelder statt wartegelder

C. Varrentrapp.

Verantwortlicher Redacteur: H. v. Treitschke.

Druck und Verlag von G. Reimer in Berlin.

Zur Geschichte des Verhältnisses von Staat und Kirche am Ausgange des Mittelalters.

Es ist ein unvergängliches Verdienst der historischen Schule in der Rechtswissenschaft, auch auf dem Gebiete der Forschung über Recht und Staat dem Gesetze volle Geltung verschafft und dauernd gesichert zu haben: einmal daß die Entwickelung von Recht und Staat in einer bestimmten Epoche nicht isolirt sondern nur im Zusammenhange mit den anderweiten Lebensbethätigungen eines Volkes betrachtet werden dürfe und zweitens daß jede neue Epoche nur einen Theil des großen Werdeprocesses der Menschengeschichte bilde, somit nur — sei es in positiver sei es in negativer Weise — als Product der vorangegangenen Zeiten richtig verstanden werden könne.

Diese Grundwahrheiten der rechtshistorischen Forschung werden, so hoffen wir, für alle Zeiten unverloren bleiben, auch wenn man sich mehr als dies bis jetzt geschehen genöthigt sehen wird, die Gesammtrechnung welche die historische Schule der Jurisprudenz im XIX. Jahrhundert aufgemacht hat nach ihren einzelnen Posten kritisch zu prüfen und wenn man zu dem Resultate kommen sollte, daß viele von diesen einzelnen Posten, vielleicht eben so viele wie seiner Zeit bei der Abrechnung mit dem alten Naturrecht, als irrig auszuscheiden seien.

I.

Die Anfänge der Ausbildung derjenigen Principien, auf welchen unsere heutige Anschauung über das Verhältniß von Staat und Kirche ruht, sind zu suchen in jenen Bewegungen, welche am Ausgang des Mittelalters darauf gerichtet waren, dem nationalen Momente im Leben der Völker die Berechtigung als oberster Factor des Rechts- und Staatslebens gegenüber dem universalen Momente der römisch-katholischen Kirche, das im Höhepunkte der mittelalterlichen Entwickelung das für alle Lebensverhältnisse der Christenheit allein maßgebende gewesen war, zu erkämpfen. Welch' ungeheurer, Jahrhunderte lang die abendländische Welt in ihren

Fundamenten erschütternder Kämpfe bedurfte es doch, um jener Universalität des kirchlichen nicht allein Religions- sondern Rechts-, Staats-, Wirthschafts- und Wissenschaftssystemes den Todesstoß zu versetzen! Es ist das gewaltigste Bild der Weltgeschichte, wie die an den Quellen des classischen Alterthums verjüngte Wissenschaft mit der Scholastik, wie der durch neu entdeckte Welten zu ungeheurer Entfaltung emporgewachsene Handel mit dem jeden Handel erstickenden canonischen Geld- und Wirthschaftssysteme, wie der an der lauteren Quelle des göttlichen Wortes erwachsene Glaube und das in diesem Glauben geschärfte christliche Gewissen mit Menschensatzung und einem in Aeußerlichkeiten verkommenen und gewissenlos gewordenen Religionssysteme, wie der nationale Staats- und Rechtsgedanke mit dem universalen Staats- und Rechtsgedanken der mittelalterlichen Kirche ringen und wie aus all diesen ungeheuren Bewegungen eine neue Welt in Religion, in Wissenschaft, in Staat und Recht entsteht, eine neue Welt, in welcher bis zur Stunde die besten Wurzeln unserer Kraft ruhen.

Und dennoch — wie oft in der Geschichte der letzten Jahrhunderte ist an die Staaten und Völker die Frage herangetreten: haben jene ungeheuren Kämpfe, deren Resultat die moderne Weltanschauung war, dem Systeme des Mittelalters, das wir kurzweg als das canonische bezeichnen dürfen, wirklich den Todesstoß versetzt? Lehrt uns nicht die Geschichte der letztvergangegenen Jahrhunderte, und speciell des XIX. Jahrhunderts, daß die Theorie jenes Systems bis zur Stunde unverändert geblieben und daß es schließlich immer von der Persönlichkeit des jeweiligen Papstes abhängt, ob nicht die gewaltigen Machtmittel, welche auch nach der Katastrophe dem mittelalterlichen Systeme noch zur Verfügung blieben und welche eben durch jene Katastrophe, die auch das römische Kirchensystem zu durchgreifender Reformation, wenn auch nicht des dogmatischen so doch des disciplinaren Gebietes nöthigte, neu gekräftigt und neu concentrirt wurden — ob nicht diese gewaltigen Machtmittel mobilisirt werden sollen zu fanatischem Kampf und Sturmlauf gegen die Grundlagen der modernen Welt? Ob nicht wieder und wieder der Versuch unternommen werden soll, Religion zu mengen mit Dingen des Staates, und die allezeit behauptete Theorie des universalen canonischen Systems auch wieder in Praxis umzusetzen?

Wir werden gewiß nicht zum Kampfe blasen, wenn von Rom her Friedenslieder tönen. Die Natur der Dinge gebietet, daß die Confessionen in Deutschland sich vertragen müssen und daß auch der Staat verschiedenen Religionssystemen gerecht werden muß. Aber sie müssen Religionssysteme bleiben. Und möge doch unser deutsches Volk, mögen unsere Conservativen insonderheit nie zu ihrem und des Reiches Schaden

des Wortes vergessen, welches warnend jüngst der große Staatsmann ausgerufen, dessen Namen mit unvergänglichem Glanze in der Geschichte leuchten wird als des tapfersten Vorkämpfers gegen das in Pius IX. neuerdings zu höchster Schroffheit outrirte canonische System, des Wortes: daß jeder Papst auch der friedliebendste Träger des curialen Systemes sein werde und sein müsse! —

In die Zeiten des ausgehenden Mittelalters, in die Zeiten der Kämpfe zwischen der sinkenden Welt einer erlöschenden und der in annoch unklarer Bewegung emporstrebenden Welt einer neuen Zeit versetzen uns zwei in den letzten Jahren erschienene Schriften, auf deren bedeutsamen Inhalt wir in diesen Blättern aufmerksam machen möchten. Die eine derselben, ein Werk des bekannten Prager Historikers Constantin v. Höfler (Wien, 1878) zeigt uns gleichsam aus der Vogelperspective in großen historischen Umrissen „die romanische Welt und ihr Verhältniß zu den Reformideen des Mittelalters“. Die andere verfolgt in sorgfältiger Sichtung eines vielfach schwierigen Quellenmateriales den „Kampf Ludwigs des Baiern mit der römischen Curie“. Der Verfasser, Lic. Dr. Carl Müller zu Tübingen, nennt sein Werk einen „Beitrag zur kirchlichen Geschichte des XIV. Jahrhunderts“ und gibt in einem ersten Bande (Tübingen, 1879) zunächst eine Darstellung des Kampfes zwischen Ludwig dem Baiern und Johann XXII.

Die beiden Schriften, ganz unabhängig von einander entstanden, haben eine unmittelbare Beziehung zu einander: die Welt des Mittelalters in Staat Religion Recht ist der Ausgangspunkt, die Darstellung der großen Reformbewegung zu Ende des Mittelalters bez. eines Theils derselben der Zweck beider Schriften und es ist von großem Interesse, zu vergleichen, welchen Reflex jene Bewegung im Lichte der romanischen, welchen im Lichte der germanischen Anschauung bietet. Wir sagen: der romanischen Anschauung, sind aber alsbald genöthigt, hier eine Restriction von großer Wichtigkeit zu machen.

Abgesehen von einem meteorartigen und resultatlos gebliebenen Versuche in England, abgesehen ferner von einer leider zu wenig gewürdigten, hochbedeutsamen und in der Hauptsache von Erfolg gekrönten Bewegung in Norwegen war der Kampf, den Philipp der Schöne von Frankreich siegreich gegen Bonifacius VIII. kämpfte, der erste, in welchem der nationale Rechts- und Staatsgedanke durchgreifenden Erfolg gewann gegenüber dem universalen Rechts- und Staatsgedanken der mittelalterlichen von der Kirche beherrschten Welt. Wir sind über diesen Kampf durch ein ausreichendes Quellenmaterial unterrichtet und entnehmen demselben, daß jener Kampf des französischen Königs und Volkes ausschließlich

ein Kampf um's Recht, um die Souveränetät war, indeß rein religiöse Momente nur geringen Einfluß auf denselben übten. Nur seinen Staat wollte Philipp mit absoluter Deutlichkeit als von der Lehnsherrlichkeit des päpstlichen Stuhles eximirt anerkannt wissen: in religiöser Hinsicht trat er nicht in Gegensatz gegen die Dogmen der Kirche. In den Augen der Päpste freilich handelte es sich bei allen diesen Fragen um religiöse Dinge, nicht aber an sich. „Ketzerische“ Motive sind dem Kampfe fern. Dieser Gesichtspunkt blieb allezeit für Frankreich bestimmend. Unzweifelhaft hat Philipp der Schöne den Kampf um die Souveränetät des nationalen französischen Staates gegen die Päpste siegreich durchgefochten.

Ganz anders liegen die Dinge in der übrigen romanischen Welt. Portugal war Zinsland des römischen Stuhles und wurde von letzterem 1179 zum Zins- also Vasallen-Königreich erhoben; das Königreich Neapel war römisches Zinslehen (1130); Aragon ebenso, seit Pedro II. Scepter und Diadem am Grabe des Apostelfürsten geopfert (1204); die Inseln Sardinien und Corsica gab Bonifacius VIII. 1297 dem König von Aragon zu Lehen; Sicilien war gleichfalls Zinsland und sein Fürst durch Lehenseid Vasall des Papstes. „Von den romanischen Königreichen behaupteten so nur zwei, Frankreich und Castilien, den rein weltlichen Charakter, das volle Gepräge weltlicher Unabhängigkeit.“ (Höfler 15.) „Die romanischen Staaten bildeten zwar kein politisches Ganze wie das Deutsche Reich, sie scheinen jedoch längere Zeit durch politische Verbindungen mit den Päpsten sich in einem päpstlichen Staatensysteme zu vereinigen, in welches nur Castilien und Frankreich einzutreten sich weigerten.“ (ib. 20.) Ueberdies gehörte zu diesem Zins- und Lehensverband bekanntlich auch England seit der Thronbesteigung des Hauses Plantagenet mit Heinrich II. (1173); Johann ohne Land leistete dem Papst den echten Lehenseid und zahlte Lehenszins: „das Königreich ward dadurch geistlich, das Priesterthum königlich, wie Papst Innocenz III. an König Johann im Jahre 1213 schrieb“ (ib. 14*).

Angesichts dieser historischen Beläge ist es im strengsten Sinne formell juristischer Begriffe richtig, wenn wir sagen: für den weitaus größten Theil der romanischen und einen Theil der germanischen Welt

*) Mit großer Klarheit in Betonung der staatsrechtlichen Gesichtspunkte handelt über diese Periode auch Maassen: Neun Kapitel über freie Kirche und Gewissensfreiheit 178ff.; hier finden sich auch noch weitere historische Beläge beigebracht. Einen weiteren Belag aus der norwegischen Geschichte siehe bei Zorn, Staat und Kirche in Norwegen S. 103—149; ich halte die hier gegebene Darstellung der principiellen Seite des Conflictes fest auch nach dem Votum, das Maurer in „Norwegens Schenkung an den heiligen Olaf“ (akadem. Abhandl.) in der Streitfrage abgegeben.

war auf Jahrhunderte das Rechtsverhältniß so, daß der Papst als Oberhaupt der Kirche Träger der Souveränetät jener Staaten war, daß die betreffenden Staaten Lehensstaaten des päpstlichen Stuhles, daß ihre weltlichen Fürsten zinspflichtige, durch den Lehenseid gebundene päpstliche Vasallen waren.

Soweit aber dieser von Seiten der Kirche erhobene Rechtsanspruch noch nicht praktisch hatte zur Geltung gebracht werden können, sollte er es werden; dafür setzte Bonifacius VIII. all seine Kraft gegen Frankreich, Johann XXII. gegen Deutschland ein. „Dadurch wird begreiflich, wie es kommen konnte, daß bei dem großen Jubiläum d. J. 1300 Bonifacius VIII. als monarcha mundi sich den massenhaft herzuströmenden Pilgern an einem Tage mit der dreifachen Krone auf dem Haupte, am anderen Tage mit den kaiserlichen Insignien geziert zeigte" (ib. 56). Die Einzelheiten des um dieses Princip zwischen Bonifacius VIII. und Philipp dem Schönen entbrannten Kampfes sollen hier nicht erörtert werden; daß die Männer, die um das Princip kämpften, beide gewaltsame, willkürliche Naturen waren, ist nicht zu leugnen; was aber Höfler bei Philipp das Bestreben nach „Aufrichtung einer Herrschaft, die keine Schranken eines natürlichen, menschlichen oder göttlichen Rechtes kannte", nennt, das ist doch eben nichts anderes als die Betonung des Principes, welches den Grundpfeiler der modernen Staatsentwickelung bildet, des Principes der Souveränetät. Das läßt sich nicht verdunkeln durch die neuerdings wiederholt in Curs gesetzten Schlagworte von „natürlichem göttlichen und menschlichen Recht", von „Omnipotenz" und dergleichen.

Als dann freilich nach Bonifacius des VIII. Gefangennahme und Tod die französischen Könige die Verlegung der päpstlichen Residenz nach Avignon erzwangen, da war die ganze Großartigkeit des Gedankens der päpstlichen Universalgewalt über die Seelen nicht nur sondern auch über die Leiber der Menschen, über die Staaten, gebrochen: der Papst war ja selbst zum Hauscaplan der französischen Könige erniedrigt. Nicht ohne Großartigkeit der Conception aber griffen einige avignonesische Päpste doch wieder auf die früheren Ideen zurück und suchten das Papstthum zu identificiren mit der romanischen Idee im Gegensatz zur germanischen: und wenn zwar äußerlich betrachtet diese Päpste nur im Dienste des französischen Königthumes zu handeln und dessen Machterweiterung zu erstreben schienen, wenn französische Schriftsteller jener Zeit wie Pierre Dubois gerade auf die Stellung des Papstes als französischen Pensionärs ihre Hoffnung gründeten, mit Hilfe der spirituellen Macht des Papstes die französische Macht über den Erdkreis auszudehnen, so war doch zweifellos der letzte Gedanke dieser Päpste ganz der nämliche wie der Bonifacius des VIII.:

Erhöhung der Papstgewalt auch über das französische Königthum. Noch einmal „gelang es Johann XXII., der Welt an dem Papstthum einen großen Mittelpunkt zu geben. Er erhob den K. Robert von Neapel (Sicilien) zum Senator von Rom. K. Eduard II. zahlte ihm den jährlichen Zins für das Königreich England und das Land Hibernia. Jacob II. König von Aragon, Valencia, Sardinien und Corsica und Graf von Barcelona erkannte ihn als Oberlehnsherrn für Sardinien und Corsica an. Der Papst erhob ferner den St. Peterspfennig von England, Wales, Irland, Schweden, Norwegen, Dänemark und Polen, behauptete das Oberlehensrecht über das Königreich Trinakria (Sicilien), ertheilte Robert Bruce den Titel eines Königs von Schottland (1320) und an ihm lag es nicht, wenn K. Karl IV. von Frankreich nicht statt Ludwigs IV. römischer König wurde (1324).“ (Höfler 113.) Ja selbst das Herzogthum Stettin wurde auf die Bitte seines Inhabers päpstliches Lehen und dies zu einer Zeit, da der Kampf zwischen der Curie und dem deutschen Könige gerade am heftigsten entbrannt war. (Müller 260.) Die Pläne Johanns nahmen immer mehr einen weltumfassenden Charakter an und insbesondere sollte ein Kreuzzug des Königs von Frankreich zu deren Verwirklichung dienen: „da starb Johann XXII. ohne den letzten Plan seines Lebens, einen neuen Kaiser zu ernennen — in quo facto Rex Philippus Francorum et Joannes Rex Bohemiae sibi multum favebant*) —, in Ausführung bringen zu können, ohne die Eroberung Syriens durch französische Waffen erlebt zu haben, 4. December 1334.“ (Höfler 116.)

Immer mehr gelangten jedoch die centrifugalen Tendenzen zur Herrschaft: das Papstthum hatte seine innere Kraft als Mittelpunkt der Welt verloren. Von Johanns zweitem Nachfolger Clemens VI. bekennt Höfler: „er hatte den Versuch gemacht, einer aus ihren Fugen tretenden Welt das Papstthum allein entgegen zu stellen; er war mißlungen“ (127). „Die Weltlichen waren der Priesterherrschaft müde und wie auf allgemeine Verabredung fand in allen Staaten die Auflehnung gegen ihre zu weit gedehnten Rechte, ihren Besitz, ihre Genußsucht statt“ (128).

Wenn Höfler diesen Wendepunkt in das Pontificat Clemens VI. verlegt, so dürfte dagegen zu erinnern sein, daß thatsächlich der Wendepunkt bereits im Pontificate Bonifacius' des VIII. liegt, indem die avignonesische Periode in der ersten Hälfte des XIV. Jahrhunderts bei allem äußeren und zwar specifisch romanischen Glanze doch bereits ein vom

*) Ueber die Stellung des im Intriguenspiel meisterhaften Johann von Luxemburg und sein Verhältniß zur französischen Throncandidatur siehe jedoch Müller a. a. O. 274 ff.

französischen Königthum unterjochtes Papstthum repräsentirt, auch unter Johann XXII. Die Bulle Unam Sanctam war zugleich das Hohelied und das Schwanenlied des universalen Papstkönigthumes gewesen. „Als Don Pedro IV. König von Aragon 1336 von dem Erzbischof von Saragossa gekrönt werden sollte, ergriff er rasch die Krone, die einst einer seiner Ahnen dem heiligen Petrus gewidmet und die seitdem so lange als päpstliche Krone gegolten hatte, setzte sie sich selbst auf und erklärte unter keiner Bedingung päpstlicher Vasall werden zu wollen.“ „In England vergaß man auf K. Johanns Lehenszins und die Lehensabhängigkeit.“ „Das päpstliche Staatensystem schlief (?!) allmählich ein“ (143).

Noch einmal zwar trat romanisches Staatenwesen mit dem Papstthum in eine Verbindung von blendendem äußeren Glanze. Es war zu der Zeit, als durch die Entdeckungen kühner Portugiesen und Spanier eine neue Welt von ungeahnter Herrlichkeit erschlossen worden war, die Welt Indiens und weiterhin die Welt Amerikas. „Die Regierung Manuels 1495—1521 bildet einen der großartigsten Wendepunkte in der Geschichte Europas, ja der Welt, da unter ihm Lisboa der Ring geworden war, der in Bezug auf Handel und Seemacht drei Erdtheile umspannte und auch den vierten, Amerika, zu umfassen begann. Mit wahrer Herzensfreude konnte Manuel schon 1514 dem Papste schreiben, die Zeit sei nahe, in welcher der Orient sich zum Christenthum bekehren, sein Gesandter Diego Pacheco die Eroberung Asiens und Afrikas Papst Leo X. in Aussicht stellen.“ (Höfler 192.)

Es war gewiß einer der denkwürdigsten Momente der Weltgeschichte, als ein Spanier auf dem päpstlichen Stuhle Alexander VI. eine Grenzlinie durch den Ocean zog, um die Rechte der Spanier und der Portugiesen abzugrenzen. Und dennoch: die Welt, auch die romanische, hatte den Glauben verloren an das höchste Schiedsrichteramt des Papstes; die Zeit wo ein Scheusal wie Alexander VI. zum „Stellvertreter Christi auf Erden“ erhoben werden konnte, mußte eine Zeit allgemeiner innerer und äußerer Auflösung sein. Trotz all der ungeheuren Erfolge in neu entdeckten Welten: die alte Welt gieng rettungslos aus ihren Fugen und der päpstliche Stuhl, das bisherige Centrum der Welt war innerlich verfault und äußerlich geborsten. Als Centrum und Schwerpunkt des Daseins der Völker hatte auch in den romanischen Ländern der Gedanke des nationalen souveränen Staates sich fest ausgebildet: nicht in Castilien und Frankreich allein, sondern auch in den übrigen Staaten. Noch einmal am Schlusse dieser Periode blendet der ganze Glanz des universalen Staatsgedankens unser Auge: sein Träger aber ist nicht der Papst, sondern Kaiser Karl V., der auf seinem Haupte die Kronen von Castilien-Leon-Navarra-Granada mit

denen von Aragon-Sicilien, des deutschen Reiches, der habsburgischen und burgundischen Länder vereinigte. Wohl ist es richtig: Karl V. besaß eine Weltmacht, wie das Mittelalter und die antike Geschichte ihres Gleichen nicht erblickt. Dieses Universalreich aber muthet uns an, wie der letzte Glanz der versinkenden Sonne: nur kurze Zeit vermochte es zu dauern und die einzige hohe Aufgabe, die jenem Universalreiche gestellt war, die Erhaltung bezw. Wiederherstellung der Glaubenseinheit, vermochte es nicht zu lösen.

Nicht allein die oberlehnsherrliche Gewalt der Päpste war gebrochen, auch in den romanischen Ländern, sondern auch die Einheit des Glaubens und der Kirche selbst gingen unter Karl V. rettungslos in Trümmer.

Die weltumspannenden Ideen der Päpste lösten sich auf in die kleinen Händel mittelitalischer Dynastenfamilien, der Borgia, Rovere, Piccolomini u. a., von welchen nur das Haus der Medici einen Rest der alten großartigen Papstherrlichkeit uns repräsentirt. —

II.

Dies war das Ende der staatlichen Evolutionen, welche Anfang des XIV. Jahrhunderts mit Philipp dem Schönen von Frankreich in der romanischen Welt begonnen hatten. Welches Bild bietet uns dagegen die germanische Welt?

Die Kämpfe deutscher Kaiser mit dem Papstthum in der ersten Hälfte des Mittelalters waren zwar päpstlicherseits Kämpfe um ein klar erkanntes und klar formulirtes Princip, nicht aber war dies auf kaiserlicher Seite der Fall. Die Idee des Kaiserthums als der Vorherrschaft über die ganze Christenheit war auch dann noch, als der Vorrang lediglich zu einem inhaltlosen Titel herabgesunken war, blendend genug, um die deutschen Könige ihren nationalen Pflichten zu entziehen, um andrerseits ihnen die principielle Unhaltbarkeit einer Stellung zu verdecken, welche auch nach der Anschauung des Sachsenspiegels sie mit den Päpsten in jedem Falle theilen mußten. Immerhin gelang es den Päpsten nicht, Deutschland und seinen König in die Vassallenstellung zu drängen, welche wir oben als die der meisten romanischen Staaten kennen gelernt haben. Zwar behaupteten die Päpste jederzeit, daß die Krönung des Kaisers durch den Papst den rechtlichen Inhalt habe, das geforderte Vassallenverhältniß auch formell juristisch zu begründen: aber nur ein einziger Kaiser hat seinerseits diesen Standpunkt anerkannt, Albrecht I.*). Zwar wurde die Er-

*) Maassen a. a. O. 204.

klärung, daß der Kaisereid ein wahrer Lehenseid, in das Gesetzbuch Clemens' V., die sog. Clementinen, aufgenommen*), aber Albrecht I. allein hat es dem Papstthum zugestanden, daß das Recht, einen römischen König zu wählen, den Kurfürsten von Rom aus Gnaden gewährt sei, ergo auch vom Papste wieder zurückgenommen werden könnte. Das war die tiefste Erniedrigung des deutschen Königthumes und Albrechts zweiter Nachfolger, Ludwig der Bayer, scheute nicht davor zurück, in schweren Kampf mit dem Papstthum einzutreten um das Princip der Selbständigkeit deutschen Königthumes vom Vassallenjoche des Papstes.

Dieser Kampf Ludwig des Bayern ist bezüglich seiner principiellen Seite sehr verschieden von den staatskirchlichen Kämpfen des früheren Mittelalters; seine principielle Bedeutung ist vielmehr die nämliche, wie die oben für den Kampf Philipps des Schönen mit dem Papstthum festgestellte. Das erste Erwachen des Gedankens vom nationalen souveränen Staate liegt für Deutschland in diesem Kampfe Ludwigs des Bayern. Bis vor kurzer Zeit war Ludwigs Person und Kampf wenig gewürdigt worden: neuerdings hat Riezler in einer trefflichen Arbeit das Augenmerk auf die literarische Seite jenes Kampfes gelenkt und Müller versucht in der oben bezeichneten Schrift auch nach der staats- und kirchenrechtlichen Seite der Regierung Ludwigs des Bayern die richtige Stelle anzuweisen. Wer einigermaßen mit der Geschichte jener Zeit vertraut ist, der weiß, welch' schwieriges Unternehmen dies ist: lückenhaftes und wenig zubereitetes Quellenmaterial, meist tendenziös nach der einen oder andern Seite die Thatsachen verdunkelnd, spärliche Vorarbeiten, Zersplitterung des Materiales in deutschen, italienischen und französischen Archiven — das sind Dinge, die dem Forscher den großen Reiz, den der Stoff an sich bietet, stark beschränken müssen. Um so dankbarer begrüßen wir die treffliche Arbeit Müllers: zwar sieht sich der Verfasser mehrfach genöthigt, seine Untersuchung mit Non liquet abzuschließen, zwar wird über den und jenen Punkt wohl mit dem Verfasser gerechtet werden müssen — aber im Ganzen ist durch die Arbeit Müllers unsere Kenntniß jener kirchen- und staatsrechtlich so wichtigen Periode unserer deutschen Geschichte wesentlich gefördert. Indeß Höfler uns in großen oft gewaltig ergreifenden Strichen das religiöse und staatliche Leben der romanischen Völker vor der Reformation zeichnet, ausgerüstet mit der Fülle der Detailkenntniß und zugleich mit dem großen sicheren Blick über die ungeheure Masse des Details, beides Vorzüge, die nur langjährige ausdauernde Beschäftigung mit einem Stoffe geben kann: ist die Arbeit Müllers ein

*) Lib II. tit. IX. cap. un.

Werk historischer Kleinarbeit im besten Sinne des Wortes; vorsichtig kritisch prüfend geht der Verfasser Schritt für Schritt voran und verliert dabei doch nicht das Ganze aus dem Auge; der Leser versinkt nicht, wie leider so oft bei den monographischen Arbeiten heutiger Geschichtsschreibung im Sumpfe kleinen Details, sondern bewahrt den Zusammenhang mit dem Gang der Weltgeschichte, was allerdings bis zu einem gewissen Grade schon im Stoffe selbst liegt.

Um den Kampf Ludwig des Bayern richtig zu beurtheilen, müssen wir uns gegenwärtig halten: einmal die faktische Oberlehnsherrlichkeit, welche der Papst unbestritten über die meisten romanischen Staaten übte, sodann die theoretische Behauptung der Päpste, daß der Kaisereid auch ein Lehnseid sei und die Anerkennung der Theorie von dem durch die Päpste den Kurfürsten verliehenen Rechte der deutschen Königswahl durch Albrecht I.

Darum erhob sich der Kampf. Derselbe hat bei aller principiellen Gleichheit mit dem zwischen Bonifacius VIII. und Philipp dem Schönen geführten verschiedene sehr charakteristische Besonderheiten: einmal wird die Reinheit des principiellen Gegensatzes zwischen Staat und Kirche mehrfach verwischt dadurch, daß das Papstthum jener Zeit an den Wagen des französischen Staates geschmiedet war; bei aller ungeheuren Machtfülle, die die Bullen Johanns XXII. athmen, ist die Rücksicht, zu welcher das Papstthum von Avignon gegen den französischen Staat sich gezwungen sieht, als schwer empfundene Schranke wiederholt bemerkbar. Sodann mischen sich in den deutschen Streit mit bestimmendem Einfluß rein religiöse Momente, die dem französischen fehlen; u. E. hat gerade nach dieser Richtung die Arbeit Müllers auf den Streit mehrfach neue helle Lichter fallen lassen. Endlich ist es für den deutschen Kampf besonders charakteristisch, daß er eine überaus starke literarische Beimischung hatte, die ihrerseits sich theilweise mit der religiösen mischte und die jedenfalls viel beitrug zu der mehr und mehr sich steigernden principiellen Schärfe des Conflictes. —

Die Königswahl von 1314 war zwiespältig gewesen: Ludwig der Bayer hatte 4 (Mainz, Trier, Brandenburg, Böhmen), Friedrich von Oesterreich 2 (Cöln und Pfalz) Stimmen erhalten, indeß die sächsische zwischen zwei Linien, die verschieden gestimmt hatten, streitig war. Den althergebrachten Ort der Kaiserwahl, das Klapperfeld bei Frankfurt, hatte Ludwig inne und zog von hier in Frankfurt ein, indeß Friedrich bei Sachsenhausen lagerte. Ludwig wurde zwar in Aachen, aber durch den Erzbischof von Trier gekrönt, Friedrich zwar durch den Erzbischof von Cöln, aber in Bonn. Die Reichsinsignien hatte Friedrich.

Wer sollte entscheiden? Es gab nur zwei Wege: die Waffen oder der Papst. Eine Appellation an den letzteren wurde von keiner der beiden Parteien eingelegt: Ludwig forderte vom Papste nur die Krönung, Friedrich die „Approbation".

Im selben Jahre, wie der deutsche Königsthron, war auch der päpstliche Stuhl erledigt worden; bei dem heftigen Zwiespalt, der die Parteien im Cardinalscollegium trennte, blieb derselbe über 2 Jahre unbesetzt und es bedurfte eines gewaltsamen Eingreifens des französischen Reichsverwesers, um endlich die Wahl Jacobs von Cahors zu erzwingen, der den Namen Johann XXII. annahm. „Er war klein und unscheinbar. Aber trotz seines hohen Alters war er noch voll Rüstigkeit. Seine Regierung und seine Lebensweise legen davon genügendes Zeugniß ab. Die 19 Jahre seines Pontificates zeigen ihn uns als eine überaus zähe, alles bis in die extremsten Consequenzen verfolgende Natur, kein Mittel scheuend in seiner Politik, die Finanzwirthschaft insbesondere mit einer Schamlosigkeit betreibend, von der die Welt bisher noch keinen Begriff gehabt hatte, in der theologischen Wissenschaft nicht schulmäßig gebildet, aber dennoch die Formen der Schule einhaltend, dabei selbständig und verrannt in seine Ideen, mit dem Drang, neue Dogmen zu schaffen, unentschiedene zu fixiren, überhaupt in unerhörter Weise die Welt mit seinen Bullen füllend, die Ansprüche des Papstthums höher treibend, als je ein Papst vor ihm, und doch weit entfernt von der Großartigkeit eines Gregor VII., Innocenz III., ja auch nur von dem immer noch imponirenden Ehrgeiz eines Bonifaz VIII., völlig dahin gegeben in den Willen zweier ihn umklammernden Mächte, zuerst Neapels, dann noch mehr Frankreichs, unfähig von seiner Umgebung einen Widerspruch zu ertragen, dagegen diejenigen mit Gnaden überschüttend, welche ihm Angenehmes sagten; — so macht er vielmehr den Eindruck eines von unbezwinglichem Eigensinn besessenen Hitzkopfes, als eines von großartigen Ideen getragenen Charakters."

Ob die Wahldekrete der deutschen Gegenkönige dem Papste, wie dieser verlangte, in Vorlage gebracht wurden, darüber hat man bisher gestritten; Müllers Nachweis, daß dies nicht geschehen, dürfte als gelungen anzunehmen sein; wahrscheinlich jedoch hatte sofort nach vollzogener Wahl das Cardinalskollegium sede vacante eine Anzeige von beiden Seiten erhalten. In den ersten Schreiben an die Gegenkönige, die wir besitzen — Johann zeigt darin seine Wahl zum Papste beiden Gegenkönigen an — bezeichnet der Papst beide als „electi"; Müller folgert aus dieser Bezeichnung: daß der Papst die Wahl anerkannt habe und damit auch den Rechtsanspruch auf päpstliche Bestätigung, die der Papst dem rechtmäßig Gewählten zu ertheilen hatte. Aber eben über die Frage der recht-

mäßigen Wahl maßte sich ja Johann die Entscheidung an. Zudem wie hätte er das Recht für beide zugleich in dieser Weise anerkennen können? Die Bezeichnung „electi“ ist doch wohl lediglich als Formalität zu betrachten, der Papst gab den Titel beiden, weil er damit seiner Entscheidung nicht präjudicirte und weil ihm Anfangs in der That die beiden Gegner ganz gleichwerthig waren. Das Schwanken des Papstes dauert noch längere Zeit fort: wir sind leider über die erste Periode von Johanns Pontificat nur mangelhaft unterrichtet. Soviel aber läßt sich feststellen: daß Johann unter dem bestimmenden Einflusse Roberts von Anjou-Neapel sein Programm dahin formulirte: keine Kaiserkrönung und Ausschluß des römischen Königs von Italien. Die Spitze dieses Programms richtete sich in der ersten Zeit gegen Friedrich, der in Italien viel Anhang gefunden und dort einen Reichsverweser bestellt hatte. Aus einer Bulle von 1317 geht mit aller Klarheit hervor: 1) daß Johann das Reich von Rechtswegen als erledigt, 2) daß er sich imperio vacante von Rechtswegen als Verweser betrachtet: die Bulle setzt Strafen auf den Gehorsam gegen den von Friedrich bestellten Reichsvicar. „In diesen ersten Schritten des Papstes liegt schon der Standpunkt bezeichnet, den er fernerhin in seiner ganzen Regierung eingenommen hat: der Papst durch göttliches Recht der absolute Herrscher auf Erden über geistliche und weltliche Dinge; der Kaiser in Folge dessen nur der Lehnsträger des Papstes als des primären Inhabers aller Macht und Obrigkeit; die Berechtigung seiner Herrschaft abhängig von päpstlicher Bestätigung und zur Zeit des Fehlens dieser Bestätigung der Papst auch der unmittelbare Besitzer der kaiserlichen Regierungsrechte, der allein berechtigte Regent des imperium — das waren die Gedanken, die mit dieser Bulle der Welt verkündigt wurden“; das war, fügen wir hinzu, durchaus nichts Neues und Besonderes, vielmehr die Quintessenz des mittelalterlichen Systemes, dessen Praxis hinsichtlich der romanischen Staaten wir oben in großen Zügen angegeben.

Durch die Schlacht von Mühldorf 1322 wird der Streit der Gegenkönige beendet, Friedrich besiegt und gefangen gesetzt. Johann aber verweigert Ludwig nach wie vor die Anerkennung und verlangt Unterwerfung unter das höchste Schiedsgericht des Papstes. Johann sowohl wie Ludwig ernennen Reichsvicare für Italien, zwischen welchen es alsbald zu Conflicten kommt, welche zum Nachtheile Johanns enden. Daraufhin beschließt der Papst energisches Vorgehen und am 8. October 1323 wird der erste Proceß gegen Ludwig in Scene gesetzt: wegen Anmaßung des regnum und imperium (frühere Acte sprachen nur von letzterem) wird Ludwig vor den Richterstuhl des Papstes citirt und mit der in drei Mo-

naten ipso facto eintretenden Excommunication bedroht, wenn er sich nicht unterwerfe. Der Proceß wird der gesammten Christenheit feierlich verkündigt.

Ludwig schwankte offenbar im Anfang über das zu beobachtende Verhalten: er sandte Gesandte an den Papst mit der Anfrage, ob die Kunde über jenen Proceß auf Wahrheit beruhe, eventuell mit der Bitte: der kurzgemessene Termin von 3 Monaten möge verlängert werden. Der Papst erfüllt die letztere Bitte, indem er zugleich an die Gesandten eine für Ludwig bitter verletzende Rede hielt. Inzwischen aber hatte sich Ludwig anders besonnen: in feierlicher zu Nürnberg erlassener Appellation verwahrt er seine Rechte auf das regnum und imperium und — beschuldigt den Papst der Ketzerei, weil er nicht gegen die Minoriten vorgehe, verlangt zugleich ein allgemeines Concil, das die höchste Entscheidung fällen solle. —

Schon hier also spielen die religiösen Controversen jener Zeit, die hauptsächlich durch den Minoritenorden hervorgerufen worden waren, in den Streit herein. Ludwig ließ sich, wie Müller sehr wahrscheinlich macht, vom Bischof von Regensburg dazu drängen, den rein staatsrechtlichen Standpunkt schon in diesem Stadium zu verlassen und sich in die religiösen Händel zu mischen: Ludwig hoffte damit eine schneidige Waffe gegen den Papst gewonnen zu haben und dem war auch in der That so: aber die Waffe war zweischneidig und die von Ludwig damit beschrittene Bahn verhängnißvoll.

Dies zeigt sich schon in der Sachsenhäuser Appellation vom 22. Januar 1324: der Papst wird hier gar nicht mehr als solcher anerkannt („Johann der sich Papst nennt"), die staatsrechtlichen Gesichtspunkte treten in den Hintergrund, die religiösen Händel, die in höchst excessiver Sprache behandelt werden, beherrschen die Situation. Nicht aber, wie in der Nürnberger Protestation, erklärt sich Ludwig hier gegen die Minoriten, sondern er hat vielmehr jetzt ihre Sache ganz zu der seinigen gemacht, ja er stellt seine Sache neben der der Minoriten in die zweite Linie. Wir werden auf diese religiösen Händel später im Zusammenhange zurückkommen: hier sei nur constatirt, daß die Maßlosigkeit der Sachsenhäuser Appellation das Werk der Minoriten ist; Ludwig hat später die Verantwortung dafür abgelehnt und eine Fälschung hat zweifellos stattgefunden; Müller behandelt die Geschichte der ganzen Appellation, Entstehung, Einfluß der Minoriten, Fälschung, Verhältniß Ludwigs zum Inhalte der Appellation, sehr ausführlich und das Resultat der Untersuchung dürfte darnach wohl als gesichert anzunehmen sein.

Inzwischen hatte Johann durch Bulle vom März 1324 über Ludwig

die Excommunication verhängt und ihn des Reiches formell entsetzt, überdies in einer weiteren Bulle gegen die italienischen Ghibellinen die ganze Schärfe seines Standpunktes in der Frage des deutschen Königthumes wiederholt energisch gewahrt. Auch praktisch ist Johann bestrebt, seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen: mit aller Mühe sucht er die Wahl eines neuen Gegenkönigs zu veranlassen; es beginnt ein merkwürdiges Intriguenspiel zwischen Böhmen, dem damals mächtigsten deutschen Territorialstaat und Frankreich, zwischen König Johann und König Karl IV.; auch Leopold von Oestreich, des gefangenen Friedrich Bruder, wirkt für Frankreich und zwischen Karl und Leopold wird im Vertrage von Bar sur Aube vereinbart, daß der — in Frankreichs Händen befindliche — Papst den deutschen König kraft seines höchsten Rechtes ernennen solle, falls die deutschen Kurfürsten nicht zu Willen sein würden!

Zu gleicher Zeit aber sucht Ludwig, um seine Stellung zu befestigen, sich mit Oestreich auszugleichen. Trotz der Abmahnungen des Papstes läßt Friedrich sich auf die Anträge Ludwigs ein: es kommt am 13. März 1325 zur Sühne von der Trausnitz, Friedrich wird frei und verspricht dafür sein Wahldecret an Ludwig auszuliefern und diesem gegen den Papst beizustehen. Dieser letztere erklärt sofort die ganze Abmachung für null und nichtig. Leopold zögert beizutreten; erst als im Münchener Vertrage vom 5. September 1325 Ludwig Friedrich als seinen Mitregenten — die Regierung sollte territorial so getheilt werden, daß Ludwig sie in Italien, Friedrich in Deutschland führe — anerkennt, tritt auch Leopold bei. Im Ulmer Vertrag vom 7. Januar 1326 geht dann Ludwig noch weiter und will das ganze Königthum an Friedrich abtreten, falls der Papst hierzu seine Genehmigung ertheile. Die Geschichte dieses Ulmer Vertrages ist ebenfalls einer von den dunklen Punkten in der Geschichte Ludwigs des Bayern. Müller sucht denselben in folgender Weise aufzuklären: weder hinsichtlich des Münchener noch des Ulmer Vertrages waren die Kurfürsten befragt worden; nach dem Bekanntwerden des ersteren erhob sich alsbald starke Opposition der Kurfürsten, welche eine Theilung des Königthumes unter keiner Bedingung zulassen wollten; die französische Candidatur für den deutschen Königsthron stand, von der starken Autorität des Papstes getragen, drohend im Vordergrunde der kritischen Situation, unterstützt von den drei Kurfürsten von Cöln, Mainz und Pfalz. Um nun den Papst wo möglich von der französischen Candidatur abzuziehen, wollte Ludwig zu Gunsten Friedrichs ganz verzichten. Zweifellos lag in dem Ulmer Vertrage nicht nur ein Entgegenkommen gegen den Papst, sondern in gewisser Hinsicht das Angebot einer vollen Unterwerfung Ludwigs; ebenso wurde von Seiten der Habsburger aller Eifer angewendet,

um des Papstes Bestätigung für den Ulmer Vertrag zu gewinnen: des Papstes Pläne aber gingen viel weiter, er wollte auch den Oestreicher nicht, die deutsche Königskrone sollte auf das Haupt des französischen Königs gesetzt und damit die romanische Welt zu ungeheurer Machtfülle erhoben, die germanische definitiv gebrochen werden. Die deutsche Staatsgeschichte stand an einem ihrer kritischsten Momente. Johann bestätigte den Ulmer Vertrag demgemäß nicht und somit blieb Ludwig König, die französische Candidatur aber wurde gekreuzt von den böhmischen Luxemburgern und so war der ganze weltumfassende Plan des Papstes wie eine Seifenblase zerplatzt. Auch als Mitregenten anerkannte Johann Friedrich nicht; nach längeren resultatlosen Verhandlungen behielt Friedrich zwar den Königstitel, regierte aber nur in seinen Erblanden.

Inzwischen hatte Ludwigs Stellung in Deutschland trotz der päpstlichen Processe und der Excommunication sich mehr und mehr befestigt. Die Mehrzahl der Bischöfe und das Volk standen auf Ludwigs Seite gegen den Papst. Die Gunst der Umstände gedachte Ludwig am besten dadurch auszubeuten, daß er Italien sich definitiv unterwerfe und in Rom selbst mit dem Papste abrechne. So wurde insbesondere auch auf das Drängen der italienischen Ghibellinen hin der Römerzug des Jahres 1326 unternommen: anfangs von blendenden Erfolgen begleitet, bis eine Fülle unpolitischer Maßregeln in Rom selbst die Katastrophe herbeiführte, die Ludwig ruhmlos nach Deutschland heimzukehren nöthigte.

Indeß Ludwig unter dem Einflusse der an seinem Hofe versammelten Minoriten den Papst wiederholt und feierlich für einen Häretiker erklärte, instruirte dieser neue Processe gegen ihn, auf Grund deren die früheren Sentenzen bestätigt, Ludwig überdies auch seines Herzogthumes Bayern entsetzt, wegen Begünstigung der Häresie vor den Papst citirt und seine Anhänger nominatim excommunicirt wurden. Ludwig ließ sich indeß in Monza mit der eisernen Krone krönen und zog gegen Rom. Während der Papst ihn durch eine neue Bulle auch der Kurwürde für verlustig erklärte, hielt Ludwig feierlichen Einzug in Rom, vom Jubel des Volkes begrüßt und ließ sich am 17. Januar 1327 unter großem Pompe krönen: nicht aus des Papstes oder seines Legaten Händen empfing er die Krone, sondern direct vom Volke durch dessen Vertreter. Immer weiter ließ sich nun Ludwig auf dieser abschüssigen Bahn drängen, immer mehr wurde er der Sklave der Volkslaunen und machte sich zum Träger des Hasses der Römer gegen die Franzosen; er sah nicht, wie sehr er dadurch seine ganze Stellung immer mehr von den Launen einer ungezügelten Volksmasse abhängig machte. Johann ließ nun gegen den Usurpator das Kreuz predigen, Ludwig aber verkündete durch eine vor ungeheurer Volksver-

sammlung verlesene Proclamation am 18. April 1328 die Absetzung des Papstes wegen Häresie und Majestätsverbrechen*); durch Gesetz wird bestimmt: daß der Papst immer zu Rom residiren müsse und alsbald wird ein Gegenpapst bestellt, ein Minorit, der sich Nicolaus V. nannte, gleichfalls durch Volkswahl. Die beiden von Volkes Gnaden erhobenen Häupter der Christenheit krönen sich feierlich unter dem Jubel des Volkes. Bald aber sind die Reizmittel erschöpft, das Volk wird der Komödie überdrüssig und am 4. August 1328 verläßt Ludwig unter den Schmähungen der Römer die Stadt. Der Abfall in Italien nimmt immer weitere Dimensionen an; Ludwig hält sich noch einige Zeit in Oberitalien auf und kehrt dann über Trient nach Deutschland zurück. Papst Nicolaus verbirgt sich erst in Italien, wird dann an Johann ausgeliefert, schwört unter feierlichen Ceremonien ab und stirbt bald darauf. —

Trotz dieses kläglichen Fiasco des Römerzuges war die Stellung Ludwigs in Deutschland nach wie vor eine feste und es ist von hohem Interesse, zu bemerken, wie wenig auch die schärfsten Censuren des Papstes in Deutschland Ludwig zu erschüttern vermochten. Das vom Papst verhängte Interdict befolgte der größere Theil des Klerus von vorne herein nicht; insbesondere hatte Ludwig die Klöster, deren Einfluß auf das Volk sehr bedeutend war, durch Privilegien und Gunstbezeugungen für sich gewonnen. Wo der Klerus aber den päpstlichen Befehlen nachkommen wollte, da schritt Ludwig mit äußerster Energie ein, so daß factisch die Wirkung des Interdictes fast ganz auf Null reducirt war. Dazwischen laufen fortwährende Vermittelungsversuche zwischen Ludwig und dem Papst, deren Träger in dieser Zeit vorzüglich die Luxemburger waren. Ludwig, offenbar oft und stark von religiösen Scrupeln gepeinigt und immer unbeständig und haltlos, wenn nicht von außen stark auf ihn gewirkt wurde, erklärt sich sogar bereit, sich ganz der Gnade des Papstes zu unterwerfen, unter der Bedingung, daß er Kaiser und König bleibe. Johann weist dies schroff zurück und macht neue Versuche, einen Gegenkönig aufzustellen, als welchen er Otto von Oestreich in Aussicht nimmt; die päpstlichen Bemühungen bleiben wiederholt resultatlos, vielmehr entwickelt sich nun ein höchst inniges Bundesverhältniß zwischen Bayern und Oestreich, während die Beziehungen Ludwigs zu dem luxemburgischen Hause schwankend sind. Ludwig beruft einen Reichstag, dessen Besuch Johann ohne jeglichen Erfolg verbietet: auf dem Reichstage wird Otto von Oestreich zum Reichsvicar ernannt. Ludwig seinerseits versucht trotz der feindlichen Haltung

*) Ueber den Zusammenhang dieser Proclamation mit dem Defensor Pacis bietet Müller 187 ff. eine besonders interessante Erörterung, auf welche hier speciell hingewiesen werden soll.

des Papstes fortwährend einen Ausgleich herbeizuführen und seinen Schritten nach dieser Richtung wird der Vorwurf charakterloser Preisgabe der Principien nicht erspart werden können: alle diese Schritte aber scheiterten immer an der Hartnäckigkeit des Papstes, der unbedingte Unterwerfung wollte. Die Stärke von Ludwigs deutscher Position trat besonders klar bei der Sedisvacanz von Mainz zu Tage: der Papst providirte für dieses wichtigste der deutschen Bisthümer eine ihm genehme Persönlichkeit; das Kapitel aber wählte Balduin von Trier, eine der bedeutendsten Persönlichkeiten im Reiche; Balduin war ein entschiedener Anhänger Ludwigs; sein Gegner konnte in Mainz nicht Fuß fassen und der Papst unterlag somit vollständig. Neben den eigenen Bisthümern Trier und Mainz administrirte Balduin auch noch Worms und zeitweilig Speyer in ausgezeichneter Verwaltung; es scheint fast, als habe schon damals an Balduins Persönlichkeit sich der Gedanke einer deutschen Nationalkirche geknüpft. Jedenfalls waren grade die Verhältnisse der Bisthümer für Ludwig überaus günstig, nur vier derselben standen noch durchaus auf päpstlicher Seite. —

So war einerseits die Position Ludwigs in Deutschland eine trotz aller verzweifelten Versuche des Papstes gänzlich unerschütterte; andrerseits war trotz der entgegenkommenden Schritte Ludwigs jede Versöhnung an der Hartnäckigkeit des Papstes gescheitert.

Da verzichtete Ludwig am 19. November 1333 abermals auf das Reich und zwar zu Gunsten Heinrichs von Niederbayern; als einzige Bedingung stellte er: daß der Papst ihm zuvor die Absolution von den kirchlichen Censuren ertheile. Damit stehen wir abermals vor einem vielumstrittenen Räthsel in der Geschichte Ludwig des Bayern. Müller versucht die dunkle Geschichte aufzuklären; zweifellos ist die treibende Kraft dieses Verzichtes Johann von Luxemburg gewesen. Heinrich von Niederbayern war einerseits aus dem Hause Ludwigs, andrerseits Johanns Eidam. Durch welche Mittel Johann den Verzicht von Ludwig zu erlangen wußte, ist unaufgeklärt. Johann steht in jener Zeit überhaupt im Vordergrunde der deutschen Geschichte: bald verhandelt er mit dem Papste, bald mit Frankreich, bald mit den Kurfürsten, bald mit Ludwig. Die böhmisch-luxemburgische Hausmacht war in jener Zeit bereits auf eine sehr hohe Stufe erhoben; es hat alle Wahrscheinlichkeit für sich, daß Johann seinem Hause die erbliche Kaiserwürde zu erwerben gedachte. Darum durchkreuzte er mit aller Energie die Pläne des Papstes, der Karl IV. von Frankreich zum deutschen König erheben wollte; andrerseits aber leistete er wieder dem Papste und dem französischen Könige Dienste und näherte sich ihnen, um diese wichtigen Factoren nicht gegen sich zu erbittern; die Kurfürsten

suchte er möglichst in das Interesse seines Hauses zu ziehen und intriguirte bald für bald gegen Ludwig. Frankreich wurde damals abgefunden durch einen formellen urkundlichen Verzicht auf Arélat und Cambray, die faktisch längst nicht mehr zum Reiche gehörten. Für Ludwigs Verzicht aber zu Gunsten des luxemburgischen Hauses finden wir doch keinen genügenden Grund; waren religiöse Skrupel bei dem charakterschwachen Manne so stark, um ihm selbst diesen Preis als für die Absolution nicht zu hoch erscheinen zu lassen?! Für den Fall der Weigerung des Papstes, die Absolution zu geben und den Verzicht zu genehmigen, schloßen übrigens Ludwig und Johann einen engen Bund.

Trotz der feinen und umsichtigen Anlage scheiterte der Plan. Robert von Neapel protestirte zuerst dagegen, daß die Länder, die er vom Reich zu Lehen trage, an Frankreich fallen sollten und Johann XXII., der jederzeit den Interessen Roberts am unbedingtesten ergeben war, zeigte sich in Folge dessen bereits schwierig. Ueberdies wurde Ludwig der Verzicht bald leid. Johann war durch seine Predigten über die evangelische Armuth, mehr noch aber über das Verhältniß der abgeschiedenen Seelen (visio beatifica) in den Ruf der Ketzerei gefallen, die Polemik der durch Geist und Energie ausgezeichneten Gegner Johanns aus dem Minoritenorden hatte immer mehr Erfolg und es kam schließlich soweit, daß unter den Cardinälen selbst sich eine von Napoleon Orsini geführte antipäpstliche Partei bildete. Letztere trat mit Ludwig in Verbindung, der die Berufung eines Conciles beantragte; Napoleon war nicht abgeneigt, darauf einzugehen. Die Position Ludwigs hatte dadurch erhöhte Kräftigung gewonnen und als sich Aussicht bot, zu einem Frieden mit der Kirche auch ohne und gegen den Papst zu gelangen, da wollte er von dem Verzichte nichts mehr wissen, ja leugnete ihn den Städten gegenüber formell ab. Mitten unter diesen Wirren starb Papst Johann (August 1334), nicht ohne zuvor seine Ketzereien feierlichst widerrufen zu haben.

Aus der letzten Zeit Johanns XXII. rührt eine interessante Bulle, in welcher noch einmal der ganze principielle Standpunkt der Curie in seiner concentrirten Stärke zum Ausdruck gebracht ist: die Bulle, durch welche Johann kraft seiner höchsten Machtvollkommenheit Italien und Frankreich vom Reiche trennt*). „Provinciam Italiae", so sagt der Papst, ab eodem imperio et regno Alemanniae totaliter eximentes, ipsam a subjectione communitate et jurisdictione eorundem regni et imperii separamus dividimus per partes scindimus ac de potetatis nostrae plenitudine liberamus — — de regimine et gubernatione

*) Von Höfler in Florenz in vollständigem Text gefunden, abgedruckt bei Müller Beil. 9.

cum providentia regis aeterni et eorundem fratrum nostrorum consilio et deliberatione sollemni cautius provisuri. Ac declaramus regnum predictum Alemanniae a regno Franciae claris distingui terminis et notis finibus limitari per nos de ipsorum fratrum nostrorum consilio paterno more provide distinguendis"; und als Grund für diese Maßregel wird geltend gemacht: „hoc nos exemplum Christi actionis instruit qui propter peccata regnantium regna divisit." Die Ausführungen Müllers gerade über diese Bulle sind höchst interessant und dürften als endgiltige Erledigung der einschlägigen Fragen zu betrachten sein, sowohl was die Echtheit als den Zusammenhang der Bulle mit der Geschichte Ludwigs des Bayern betrifft. Höfler hatte die Bulle in den Anfang des Pontificates Johann XXII. gesetzt, wogegen Müller sie mit Recht dem Jahre 1334 und zwar dem August desselben zuweist: als der Plan, die deutsche Krone dem König von Frankreich zuzuwenden, und ebenso der andere Plan zur Vergrößerung Frankreichs durch die Thronbesteigung Heinrichs von Niederbayern, gescheitert waren, löste der Papst aus eigener höchster Machtvollkommenheit Frankreich und ebenso, dem Verlangen seines neapolitanischen Beschützers Robert gemäß, Italien vom Reiche.

Bis zum Tode Papst Johanns hat Müller im ersten Bande die Untersuchung geführt. Hat dieselbe auch nicht alles Dunkel jener bewegten Periode gelichtet, so danken wir derselben in jedem Falle bedeutende Förderung der historischen Kenntniß und Erkenntniß jener Zeit. Speciell hat Müller den eigenthümlichen Charakter Ludwigs u. E. richtig gewürdigt: „so vortrefflich und consequent, so fruchtbar und erfolgreich Ludwigs Verwaltung und innere Politik war, so ziel- und regellos war seine Regierung nach außen, seine europäische Politik, vor allem sein Verhältniß zum Papst." Ludwig war nicht charakterstark genug für den Principienkampf mit der Curie; er ließ sich insbesondere von den Minoriten zu unbedachten Excessen drängen, die weit über das Ziel hinausschoßen und in Dinge eingriffen, von welchen eine richtige Politik sich fern halten mußte, er ließ sich dann doch wieder durch religiöse Scrupel zu Schritten des Entgegenkommens gegen den Papst drängen, die weder der Stärke seiner deutschen Position noch der Würde des unternommenen Kampfes entsprachen; er war in Rom der willenlose Sklave des Volkes und erlag dann in Deutschland den Intriguen des Luxemburgers. Der gewaltige Principienkampf, den Ludwig mit dem Papstthum kämpfte, war weniger das Werk seines eigenen Willens als das Product der Zeitumstände, der aggressiven Haltung Johanns XXII., andrerseits der an Ludwigs Hofe versammelten scharfsinnigen Vertheidiger der Rechte des Staates, eines

Marsilius von Padua, Johann von Jandun, Wilhelm von Occam u. a. m. Ludwig hätte wiederholt gerne um jeden Preis Frieden geschlossen, doch Johanns Halsstarrigkeit vereitelte dies immer und nöthigte immer wieder zur Fortsetzung des Streites. Im Innern des Reiches entwickelte Ludwig allerdings mehr Consequenz und Energie, so insbesondere gegenüber dem päpstlichen Interdicte; aber auch hier war wohl weniger Ludwigs eigene Thätigkeit die Ursache, als das gegenüber den päpstlichen Uebergriffen mehr und mehr erwachende Nationalbewußtsein, dazu die Gunst der Umstände, indem der höhere Klerus gerade in jener Zeit vorwiegend aus thatkräftigen Anhängern Ludwigs, wie jenem Balduin bestand. Den kritischsten Moment der Epoche, die französische Throncandidatur, überwand überdies nicht Ludwig, sondern Johann von Luxemburg, dem das eigene Interesse an dieser Frage das deutsche Interesse mit aller Macht zu schirmen gebot.

Wir erwarten mit lebhaftem Interesse die Fortsetzung der trefflichen Müller'schen Arbeit.

III.

Wenden wir den Blick noch in Kürze auf die religiösen Bewegungen jener Zeit. Sie wurzelten durchweg in romanischer Ideen- und Gedankenwelt; insbesondere gilt dies von dem großen Conflicte des Minoritenordens mit der officiellen Autorität der Kirche, welcher weiterhin in so bedeutsamer Weise sich mit Ludwig des Bayern Kampf gegen die Curie verflocht. Es ist Höfler in der oben citirten Schrift gelungen, die religiös-kirchlichen und die politisch-staatlichen Bewegungen der romanischen Welt am Ausgange des Mittelalters zu einem großartigen Gesammtbilde zu gestalten: das Höchste, was der Historiker mit seinem Stoffe zu leisten vermag. Wer dagegen jene Bewegungen in erster Linie nach ihrer staatsrechtlich-politischen Ausprägung im Gegensatz zu der früheren und als Ausgangspunkt der späteren, in gewissem Sinne der heutigen Zeit, zu würdigen unternimmt, dem wird es nicht zum Vorwurfe gereichen, wenn er versucht, aus dem combinirten Gesammtbilde des Historikers auf dem Wege der Analyse einige Züge zum Zwecke schärferer Fixirung auszuscheiden und gesondert zu betrachten. Wir bemerkten oben, daß der Kampf Philipps des Schönen gegen die Curie einen sehr viel reineren staatsrechtlichen Charakter trägt, als der vielfach in bestimmender Weise von religiösen Momenten beeinflußte Kampf Ludwigs des Bayern. Versuchen wir noch, in die religiösen Bewegungen der Zeit einen tieferen Einblick zu gewinnen.

Die oben skizzirte Entwickelung der Kirche zu einer universalen Weltmacht, die Ausbildung eines eigentlichen päpstlichen Staatensystemes konnte sich nicht vollziehen, ohne die Kirche mit ihrer wahren Aufgabe in Zwie-

spalt zu bringen. „Evangelium und Kirche standen sich im Leben schroff gegenüber"; die Folge davon war, daß „die großen häretischen Bewegungen begannen". „Die Gefahr der inneren Auflösung", sagt Höfler, „des Christenthums, der Ersetzung traditioneller Einrichtungen und Dogmen, an welchen Orient und Occident festhielten, durch rein willkürliche Auslegung des Evangeliums und willkürliche Satzung einerseits, durch positive Verdrängung des specifisch Christlichen anderseits und Einführung eines Cultus, der kaum dem Namen nach christlich war, war niemals drohender gewesen, als in dem Augenblicke der großartigsten äußeren Entfaltung der Kirche, des vollendeten Sieges romanischer Hierarchie und als die Fürsten sich herzudrängten, ihre Kronen auf den Altar des heiligen Petrus zu legen und sie von da als Lehenträger seiner Nachfolger wieder zu empfangen" (S. 34).

Es war insbesondere die Verweltlichung des Klerus, der immer wachsende Reichthum der Kirche an äußerem Gut, die damit zusammenhängende Ueppigkeit und Sittenverderbniß, was den Stein des Anstoßes bildete. Dagegen erhoben sich die Sekten der Albigenser, der Waldenser, der Armen von Lyon, dagegen hatte Arnold von Brescia seine feurige Predigt gerichtet. Die officielle Kirche, mit dem Weltregimente über die Staaten beschäftigt, dachte nicht an innere Reform: die „häretischen" Bewegungen wurden, so lange es ging, mit Feuer und Schwert unterdrückt und die höchsten Autoritäten wandelten sorglos weiter auf dem schwindelnden Pfade der Weltherrschaft, der die Kirche immer mehr in's Verderben führen mußte.

Im Zusammenhange mit den häretischen Bewegungen des XII. und XIII. Jahrhunderts stehen zwei Ordensstiftungen, welche für die Kirche von großer Bedeutung werden sollten: der Dominicaner und Franciscaner. Der erstgenannte Orden war direct zur Bekämpfung der Ketzerei durch Predigt und Belehrung, überhaupt durch wissenschaftliche Thätigkeit gegründet (daher auch „Predigermönche"): nicht durch Feuer und Schwert allein sollte künftig den häretischen Bewegungen begegnet werden, sondern auch mit geistigen Waffen. Welch ungeheure Bedeutung der Orden für die Kirche gewann, geht am besten aus den von Höfler mitgetheilten statistischen Daten hervor: 4 Päpste, 50 Cardinäle, 150 Erzbischöfe, 800 Bischöfe werden dem Orden zugezählt.

Wichtiger aber noch wurde der Orden der Franciskaner für die Kirche. Was die Dominicaner durch ihre Lehre, das wollten die Franciskaner oder Minoriten durch ihr Leben erreichen: Unterdrückung der Häresieen. Inmitten der argen Corruption, in welcher die Kirche zu versinken drohte, predigten die Franciskaner „Einfalt und Gottinnigkeit, De-

muth und Reinheit des Herzens, vor allem aber vollkommene Armuth bis zur äußersten Besitzlosigkeit". Wie sehr diese Predigt dem Drange religiös gestimmter Gemüther damaliger Zeit entsprach, beweist nichts klarer, als der Umstand, daß der Orden i. J. 1264—1229 war Franz von Assisi, der Stifter, gestorben — bereits 8000 Klöster mit 200,000 Conventualen hatte. Bald aber erhob sich im Orden selbst Streit über die Auslegung der Regel: die Strengen preßten den Begriff der Armuth aufs Aeußerste, indeß eine laxere Richtung Eigenthum des Ordens für zulässig halten wollte. Dieser Streit wurde für die ganze Kirche verhängnißvoll. Zwar suchte Nicolaus III. durch die Bulle Exiit qui seminat denselben aus der Welt zu schaffen, indem er 1) alles Eigenthum des Ordens dem Papst zusprach und damit im Sinne der strengen Meinung entschied, indem er 2) Angesichts der großen Dienste die der Orden der Kirche bereits geleistet und der schweren Gefahr, mit welcher die ausgebrochene Differenz den Orden nicht nur, sondern die ganze Kirche bedrohte, jede weitere Discussion verbot. Damit war der Streit zwar nicht beendet, immerhin aber trat er nicht mehr in acuter Weise an die Oberfläche.

Erst unter dem Pontificate Johann XXII. wurde die Controverse neuerdings brennend und gewann alsbald eine weltumfassende Bedeutung. Im Jahre 1321 war ein Beghine durch einen Dominikaner verurtheilt worden, weil er lehrte, daß Christus und die Apostel keinerlei Eigenthum besessen hätten, weder für sich noch in Gemeinschaft. Die Minoriten, bei welchen stets die strengere Meinung das Uebergewicht behauptet hatte, nahmen Partei für den Verurtheilten, die Sache kam vor den Papst und dieser entschied durch die Bulle Quia nonnunquam, daß die Frage eine offene sei, hob also damit die Bulle Exiit qui seminat auf. Dagegen erhob sich der Minoritenorden wie ein Mann. An der Spitze des Ordens stand seit 1316 als Ordensgeneral ein hervorragender und energischer Geist, Michael von Cesena, Provincial von England war Wilhelm von Occam, von Deutschland Heinrich von Thalheim, ebenfalls hervorragende Männer. Der Orden repräsentirte nicht nur einen hohen Grad theologischer Gelehrsamkeit, sondern er wußte sich auch festgewurzelt im Herzen der Völker, dessen Liebling er in kurzer Frist geworden war. In feierlicher Versammlung des Generalcapitels wagte es der Orden, der höchsten Autorität der Kirche direct und schroff entgegenzutreten, indem er die Meinung des Papstes über die evangelische Armuth für irrig erklärte. Daraufhin gab der Papst durch die Bulle Ad conditorem canonum (8. Dec. 1322) das Eigenthum bezüglich der Ordensgüter feierlich auf und wollte damit den Orden faktisch zur Annahme

der mildernen Meinung zwingen. Diese Bulle gab dem gelehrten Ordensprocurator Bonagratia Anlaß zu einer umfassenden Appellation, welche der Papst alsbald zurückwies und durch die Bulle Cum inter die Ansicht des Generalcapitels als häretisch verdammte.

Damit war der Streit bereits auf's Aeußerste zugespitzt. Die Minoriten waren weit entfernt, sich der officiellen Autorität der Kirche zu beugen. Sie suchten vielmehr eine weltliche Stütze gegen den Papst und fanden diese in Ludwig dem Bayern, dessen Conflict mit Johann XXII. immer größere Dimensionen annahm. Es dürfte auf Grund der Müller'schen Untersuchung als feststehend anzunehmen sein, daß bereits die Sachsenhäuser Appellation von 1324 unter dem maßgebenden Einfluß der Minoriten entstanden ist. Dieselbe verläßt bereits den specifisch staatsrechtlichen Boden des Streites, ergeht sich in gelehrten theologischen Erörterungen, nimmt völlig die heftige Sprache theologischer Polemik an und gipfelt darin: daß Johann wegen der Bullen Ad conditorem und Cum inter als Ketzer erklärt wird.

Das war ganz und gar das Werk der Minoriten.

Es ist kein Zweifel, in Avignon herrschte über dieses Bündniß zwischen Ludwig und den Minoriten die höchste Bestürzung; die Minoriten waren dem Papste sehr viel gefährlicher als Ludwig: die Vereinigung beider Mächte bedeutete für Johann eine kritische Situation von höchstem Ernste. Daraus erklärt sich ein kurzes Innehalten Johanns auf dem Wege der Processe gegen Ludwig. Die Sachsenhäuser Appellation wurde in ihrem theologischen Theile beantwortet durch die Bulle Quia quorundam: in directer Anknüpfung an die einzelnen Punkte der Appellation sucht Johann dieselbe in gelehrter und maßvoller Deduction zurückzuweisen, ohne den Namen Ludwigs in der Bulle überhaupt zu nennen.

An den Maßnahmen Ludwigs in Rom (s. oben) hatten die Minoriten keinen Antheil. Sie sind hervorgegangen aus der Gedankenreihe des Marsilius von Padua; wenn man den Einfluß dieses letztgenannten hervorragenden Geistes mit dem der Minoriten am Hofe Ludwigs vielfach identificirt hat, so erscheint dies als durchaus irrig und es ist ein besonderes Verdienst Müllers, daß er es unternahm, den verschiedenen Gedankenreihen, die auf Ludwigs Maßnahmen Einfluß gewannen, nachzugehen und dieselben principiell zu sondern. Erst als Ludwig auf dem Rückzuge aus Rom sich befand, in Pisa, treten die Minoriten wieder in den Vordergrund der Situation. Johann hatte den Ordensgeneral Michael von Cesena nach Avignon citirt und hier war es zu schroffem Bruch zwischen beiden gekommen: Michael erklärte Johann am 13. April 1328 für einen Häretiker in feierlicher Unterredung, vor dem Papste selbst.

Dann begab er sich auf die Flucht und traf zu Pisa mit Ludwig zusammen. Hier wurde die bereits in Rom vor dem Volke feierlich proclamirte Absetzungssentenz gegen Johann unter Michaels Einfluß neu redigirt und neben den staatsrechtlichen Gesichtspunkten des Defensor Pacis die minoritisch-religiösen, die den Papst der größten Häresie für schuldig erklärten, eingefügt (s. die vorzügliche Erörterung bei Müller 254 ff.).

Bald darauf wurde der schwere Conflict beendet. Ein Generalcapitel zu Paris setzte Michael als Ordensgeneral ab, die Hauptmasse desselben nahm die Entscheidung Johanns XXII. an, selbst Michael und Bonagratia unterwarfen sich: nur versprengte Reste im Orient und in Süditalien hielten fest an dem strengen Ideale evangelischer Armuth, an das einen kurzen Moment die Hoffnung einer Reformation der Kirche sich mit Aussicht auf Erfolg geknüpft hatte.

Der Streit der Minoriten mit der officiellen Kirche um die evangelische Armuth war der erste und großartigste Versuch einer Reformation der in weltlichen Lüsten versinkenden Kirche auf romanischem Boden und aus romanischer Gedankenwelt heraus; der einzige romanische Versuch, die Kirche durch das Mittel einer relgiösen Erneuerung von Innen heraus zu reformiren. Der Versuch, so vielversprechend er begonnen, war gänzlich mißlungen; die officielle Autorität der Kirche, Johann XXII., wollte keine Reform und auf Seiten des Papstes stand der Klerus; das Ideal, das die Minoriten erstrebt, war zu hoch, als daß die in weltlicher Lust schwach gewordene Kirche die Kraft hätte aufbringen können, in ernster religiöser Erneuerung jenes Ideal zu erreichen.

Der Bund der Minoriten mit Ludwig war überdies für beide Theile verhängnißvoll: er trieb den unselbständigen Bayernfürsten auf die Bahn der religiösen Controverse und Ludwig verbrauchte in unfruchtbarem theologischen Gezänke den besten Theil seiner Kraft, wenn auch andererseits die Hilfe, welche der am Herzen des Volkes festgewachsene Minoritenorden dem König zubrachte, nicht zu unterschätzen ist und wenn auch außerdem zugegeben werden muß, daß die Verquickung religiöser und staatsrechtlicher Gesichtspunkte damals noch durchaus im Geiste der Zeit lag (vgl. auch Müller 158). Der Minoritenorden seinerseits benutzte zwar Ludwig in erster Linie für seine Zwecke, wurde aber doch im Vertrauen auf die Stütze der weltlichen Macht in seinem Conflict mit dem Papste sachlich und formell weiter gedrängt, als für die religiösen Interessen, um die es sich handelte, dienlich sein konnte.

Die Reformideen aber waren durch das Mißlingen der minoritischen Bewegung keineswegs vernichtet. Auch im XIV. Jahrhundert war es die romanische Welt, welche die Reformideen trug. Die Periode von

Avignon führte zu dem großen Schisma, an welches die Concilienperiode sich anschloß: wir gehen hier nicht näher auf den Verlauf derselben ein. Ihr Resultat war, nachdem in tönenden Worten die „Reform an Haupt und Gliedern“ proclamirt worden war, ebenso null, wie das der minoritischen Reformbewegung. Der Zustand der Kirche blieb nach wie vor gleich verrottet.

Neben der conciliarischen Reformbewegung bemerken wir im ganzen XIV. Jahrhundert noch eine zweite Reformbewegung. Während die erstere im Gedanken der Reform die ganze Christenheit umfaßte, war die andere Bewegung durchaus individuell gerichtet: einzelne Männer traten auf, überwältigt vom Verderbniß des officiellen Kirchenthumes und predigten eine religiöse Erneuerung, indem sie sich speciell an ihre Volksgenossen wandten und in ihren Reformvorschlägen das nationale Moment wohl auch stark in den Vordergrund stellten. Ihr Verhältniß zur officiellen Kirche war hier ein weniger dort ein mehr feindliches: am stärksten wirkte das nationale Moment bei Hus, dem czechischen Reformator, ähnlich bei dem Engländer John Wycliffe (Höfler 145 ff.). In Spanien wirkte Vincenz Ferrer im Sinne der evangelischen Armuth für eine Reformation der Kirche (Höfler 149 ff.), in Italien eine Reihe von Männern, wie Giustiniani, Antonino, Bernardino von Siena, Savonarola (Höfler 222 ff.). Die officielle Kirche aber verschloß sich mit eiserner Consequenz der Reform: Hus und Savonarola büßten die Reformideen auf dem Scheiterhaufen und die Kirche schien gerettet.

Zwar war das päpstliche Staatensystem in Trümmer gegangen, aber die Einheit der Kirche wenigstens sollte, wenn nöthig, mit den äußersten Mitteln bewahrt werden. Die Dominicaner wütheten mit unerhörter Grausamkeit gegen die Ketzer: viele Tausende von Juden und Saracenen wurden in Spanien durch die im Namen des Staates die Glaubenseinheit schirmende Behörde der Inquisition geschlachtet und verbrannt. (Höfler 154 f. 197 ff.). (Die neuerdings wieder ventilirte Frage, ob die Inquisition Staatsanstalt war, ist zweifellos in bejahendem Sinne zu entscheiden; dieselbe ist übrigens gänzlich irrelevant.)

Noch einmal war im XV. Jahrhundert ein Zeitpunkt gekommen, wo eine Perspective von weitestem Umfange sich aufthat: der Gedanke, die Wiedervereinigung der abendländischen und morgenländischen Kirche in einem Pontificat Bessarion zu fester Consistenz und zu großartigem Ausdruck zu bringen. Aber es ist eine nur aus Voreingenommenheit erklärbare Täuschung, wenn Höfler daran den Gedanken knüpft, als habe ein solches Pontificat Bessarion das drohende Verderben aufhalten können. An trefflichen Päpsten fehlte es im XV. Jahrhundert garnicht. Pius II.,

Sixtus IV. waren Päpste, der besten Epochen des Papstthums würdig und auch Julius II. und Leo X. waren in ihrer Art hervorragende Männer. Und es muthet uns wie der Gedanke einer besseren Zeit an, wenn Nicolaus V. in schönen Worten das Bedürfniß einer Bibelübersetzung betont.

Alles blieb vergeblich: weder aus dem Ordensleben, noch auf dem Wege der großen Kirchenversammlungen, noch durch individuell-nationale Bestrebungen, mochten sie noch so gewaltig sich äußern, konnte auf romanischem Boden und aus der romanischen Gedankenwelt heraus erreicht werden, wonach seit dem XIII. Jahrhundert alle Welt seufzte und stöhnte: eine Reform der Kirche an Haupt und Gliedern.

Die letzte Reformbewegung, die sich vor der großen Reformation des XVI. Jahrhunderts verfolgen läßt, trug trotz berechtigter Unterlage von vorne herein nicht den Charakter einer religiösen Reform an sich. Der Versuch, die päpstliche Allgewalt durch das Concil zu beschränken, war zweifellos religiös bestimmt gewesen. Er war mißlungen. Er wurde abgelöst von dem anderen Versuche, die päpstliche Gewalt durch das Cardinalscollegium zu beschränken. Derselbe hatte nicht in religiösen, sondern in rein weltlichen Motiven seinen Grund, die mit der Ausbildung des weltlichen Kirchenstaates zusammenhängen. Daß gerade die damalige Zeit hierzu drängte, ist aus den Zeitverhältnißen erklärlich: allenthalben bemerken wir damals die schärfere Fixirung und Abgrenzung der Staatsgewalt. Zudem waren die Päpste von selbst dazu gedrängt, sich für den Zerfall des päpstlichen Staatensystemes in Italien schadlos zu halten. Es ist bekannt, wie im Zusammenhange dieser Gesichtspunkte sich ein System päpstlicher Hausmacht, Nepotismus, entwickelte, das zwar für die Familien der jeweiligen Päpste sehr nützlich, für die Gesammtkirche aber höchst unwürdig war. Den Höhepunkt erreichte bekanntlich dieses System unter Alexander VI. aus dem Hause der Borgia. Mit aller Macht waren dem gegenüber die Cardinäle bestrebt, den Schwerpunkt des Kirchen- und Staatsregimentes in ihr Collegium zu verlegen. Einen Moment war Alexander VI. selbst hierauf eingegangen, und vor der Wahl seines Nachfolgers hatten die Cardinäle selbst sich eidlich verpflichtet, ein Concil zur Besserung der Kirche zu berufen und den Schwerpunkt des Regimentes in das Collegium der Cardinäle zu verlegen. Es kam soweit, daß sogar dem neugewählten Papst vor der Inthronisation Capitulationen vorgelegt wurden, die er unterschreiben und beschwören mußte. So geschah es insonderheit bei der Wahl Leo's X. Die Einheit der Kirche war in jener Zeit wieder stark gefährdet: die Franzosen standen in offenem Schisma und allen Ernstes hatte der König von Frankreich dem deutschen Kaiser Maximilian das Angebot gemacht, ihn selbst auf den päpstlichen Stuhl

zu erheben. Ueberdies war unter französischem Einfluß von einem Theil der Cardinäle ein Concil nach Pisa berufen worden, welches im Gegensatz zum Papste die Reform der Kirche in's Werk setzen sollte. Die Pläne der Franzosen mißlangen: Maximilian söhnte sich mit dem Papste aus, Julius berief ein Concil nach Rom, das dann durch seine Beschlüsse „den Absolutismus der Päpste gesetzlich beschränkte".

Das nannte man „Reform an Haupt und Gliedern"!

Das Concil von 1512 blieb ebenso resultatlos wie die früheren. Aber die Vorgänge auf demselben sind für die ganze Geschichte der mehrere Jahrhunderte umfassenden romanischen Reformbewegung doch vom höchsten Interesse. Denn wir stehen unmittelbar an der Schwelle der großen germanischen Reformation. Die Eröffnungsrede constatirte die schweren Gefahren, die die Kirche mit dem Untergang bedrohten, da beinahe alles Ansehen der Kirche geschwunden sei und setzte die einzige Hoffnung, die noch geblieben, auf ein Concil. „Quando, so ruft der Redner aus, enim vita nostra mollior, quando ambitio petulantior, quando cupiditas inflammatior, quando peccandi licentia impudentior, quando audacia adversus pietatem loquendi disputandi scribendi aut frequentior aut securior fuit? Quando in populis rerum sacrarum, quando sacramentorum, quando et clavium et sanctorum praeceptorum non modo negligentia et contemptus major, quando apertius religio et sedes nostra ludibrio vel tenui plebiculae fuit? quando proh dolor scisma in ecclesia perniciosius?" (Höfler 252[5]).

In diesen drastischen Worten constatirte der Vertreter des Papstes den bisherigen Erfolg der romanischen Reformationsepoche.

Während des Conciles starb Julius II. Sein Nachfolger Leo X. beschwor eine Urkunde, in welcher einmal für die Cardinäle pecuniäre Vortheile und Privilegien aller Art ausbedungen, sodann aber gefordert war: „Romanam curiam in capite et in membris reformabit et inceptam per Julium f. r. continuabit reformationem hisque modo et forma prout coepta est absque alia excusatione vel mora." (Höfler 259).

„Diesen freilich ganz unerwarteten Ausgang, so bemerkt Höfler, nachdem er in langer Reihe die Privilegien, die sich die Cardinäle in der Capitulation ausbedungen hatten, aufgezählt, nahm die Concilienbewegung, welche so lange die edelsten Männer, die glühendsten Reformfreunde mit der Hoffnung des Besserwerdens erfüllt hatte:" das Cardinalscollegium war der Inbegriff der Kirche geworden und hatte den Papst in aller Form des Rechtes vollkommen abhängig von sich gemacht. Die Bemerkungen Höflers über diese letzte Periode romanischer Reformbestrebungen

sind so treffend, daß wir uns nicht versagen können, auch weiterhin die Periode mit Höflers eigenen Worten zu charakterisiren. „Ob die völlige Umwandlung der monarchischen Regierung der Kirche in eine Oligarchie, in eine geistliche Plutokratie auch Anderen nütze als den Cardinälen — — und ob sie ohne das Verderbniß des Ganzen durchgeführt werden könne oder nicht, ob nicht unter derartigen Verhältnissen die Bedingung des Besserwerdens nur in einem gewaltsamen Bruche mit diesem Systeme und Allem, was daran hing beruhte, war eine Frage, welche die nächste Zeit zu lösen hatte"; und dazu die bitter satirischen Bemerkungen: „war die Kirche ein Kaufhaus geworden, so paßte jetzt Niemand besser an ihre Spitze, als der Sohn des fürstlichen Kaufherrn von Florenz." „Leo X. war nun selbst in Mitte jener Kloake gerathen, als welche sein Vater Lorenzo dem Messer Giovanni, dem jugendlichen Cardinal, 1492 Rom bezeichnete. Er mochte sehen, wie er sich ohne beschmutzt zu werden, herauszuwinden im Stande sei. Hielt er die Capitulation nicht, und er konnte und durfte es nicht, da höhere Pflichten es ihm nicht gestatteten, so ward er eidbrüchig, hielt er sie, so zerstörte er den Inbegriff der päpstlichen Macht und lieferte er das Pontificat den Cardinälen aus." (Höfler 262—263).

Die Persönlichkeit Leos charakterisirt Höfler in folgenden treffenden Worten: „huldigte Leo auch zu sehr den Freuden des Males, er war kein Schlemmer und wir wissen genau, an welchen Wochentagen er fastete. Pflegte er zu sehr der fürstlichen Gewohnheit der Jagd, liebte er vielleicht zu sehr die Musik; es war kein Verbrechen inmitten einer Welt voll Disharmonie, sich an der Harmonie der Töne zu ergötzen. Es ging von ihm, dem Florentiner, dem Mediceer ein Geist der Milde aus; man fühlte sich in Rom behaglich, freute sich des Genusses und der geistigen Arbeit, die sich ebenso mit platonischer Philosophie als mit derber Sinnlichkeit vertrug. Das Schifflein Petri war mit Rosen geschmückt und hatte Musiker, Maler, Bildhauer und Gelehrte an Bord, als es mit aller Gewalt auf Klippen auffuhr, die plötzlich aus dem Wasserspiegel emporstiegen" (281).

Wie aber stand Leo zur Reform?

„Man hat kein Recht, sagt Höfler, den kunstsinnigen Mediceer anzuklagen, daß er die Reform der Kirche nicht gewollt habe. Er dachte eben nur zwei einander ausschließende Dinge, Reform und Genuß, vereinigen zu können" (265). Noch im Jahre 1513 trat das Concil wieder zusammen. Dasselbe beendete vor allem das französische Schisma, die widerspänstigen Cardinäle schworen feierlich ab und Ludwig XII. kehrte reumüthig zur Einheit der Kirche zurück. Darin lag unbedingt ein großer

Erfolg, mag man im übrigen über die von Leo gemachten Concessionen noch so hart urtheilen. Ferner wurde eine umfassende Reformation der Kirche durch das Concil der Christenheit verkündigt; das Concil fand sich mit dieser großen Reformation in drei, sage drei Sitzungen ab und wurde am 17. März 1517 abgeschlossen. Eine Fülle von Reformen wurde in Worten über die Welt ausgegossen. Mit unanständiger Hast erledigte das Concil die Reformfrage.

Es ist Angesichts dessen schwer verständlich, wie Höfler sagen kann: „man konnte der Synode nicht nachsagen, daß sie nicht, was zum Heile diente, auf das Ernsteste erwogen und wenn die Welt noch durch Synodalbeschlüsse in Ordnung gebracht werden konnte, sie nicht das Ihrige in vollem Maße gethan hätte“ (271).

Man meint allerdings in der That, evangelische Wahrheit zu vernehmen, wenn man in der Schlußrede des Bischofs Massimo Corvino (17. August 1517) liest: „est igitur evangelii instrumentum sola intelligentia, sola disciplina et sola vera casta et sancta sapientia cujus non mortalis sed ipse Deus optimus maximus autor effector et illustrator extitit, ex quo quidem evangelio omnium doctrinarum virtutum et rerum divinarum atque admirabilium tanquam ex oceano cum venae tum fontes effluxerunt“ (Höfler 274[1]). „Mit dieser feierlichen Berufung auf das Evangelium als das wahre Heil, schloß das Concil im verhängnißvollen Jahre 1517. Es war ein denkwürdiger Moment in der Weltgeschichte. Die Einheit der Kirche, kurz vorher so sehr bedroht durch das Schisma der Romanen, war kaum hergestellt, als dieser großartige Appell stattfand, dem alle christlich denkenden Herzen freudig entgegenschlugen“ (Höfler 274).

Und welches war der Erfolg des Conciles und seines Appells an das Evangelium?

Höfler bemerkt (274): die Geschichtschreiber der Reformation gehen wie auf gemeinsame Verabredung über die Reformthatsachen des Conciles hinweg, da dieselben nicht passen zu der Beleuchtung, welche man zur Beschönigung des deutschen Schismas bedarf. Man vergißt, fährt er fort, „daß der auf allen Gebieten ausgestreute geistige Same zwar gewaltsam durch die Glaubensspaltung beseitiget werden konnte, zuletzt aber denn doch wieder emporschoß und die neue Zeit gestaltete“. Und er schließt sein bis an die Schwelle der germanischen Reformation geführtes Werk mit folgendem Hymnus auf die Romanen: „die gewaltigsten Gegensätze der früheren Zeiten waren beseitigt, der welthistorische Dualismus im Westen zerstört, Spanien und Deutschland zur politischen Einheit gebracht. Es erschien als die Aufgabe der Romanen zur nationalen Einheit die poli-

tische, die religiöse hinzuzufügen, alle Nationen des Abendlandes durch das Band einer gemeinsamen Cultursprache, der Kunst, der Wissenschaft, der Kirche zu vereinigen. Sie waren das bewegende, ja selbst das vereinigende Element Europas geworden."

In glänzender Darstellung hat uns der geistreiche Verfasser auf den Höhepunkt romanischer Weltstellung geführt; mit einer großartigen Perspective schließt er ab. Er spricht es nicht aus, aber es ist zweifellos sein Gedanke: und diese großartige Zukunft der Welt, die auf den Schultern der Romanen so fest und sicher ruhte, hat das Schisma des deutschen Mönches zerstört, jenes Schisma, dessen furchtbare Verantwortung um so schwerer wiegt, als es nicht einmal nothwendig war, denn der segensreiche Keim der Reform war ja in aller Welt ausgestreut, er bedurfte nur Zeit, um sich zu entfalten und er, dieser Reformkeim des lateranischen Conciles war es doch, der später die neue Zeit gestaltete.

Wir müssen auf Grund der von Höfler so meisterhaft dargelegten Prämissen zu einem anderen Facit gelangen. Selten wohl hat ein Autor die absolute Nothwendigkeit der Reformation Luthers so überzeugend, so drastisch dargethan, als wider seinen Willen gerade Höfler. Alle Reformversuche, welche die romanische Welt unternommen hatte, waren gänzlich gescheitert: weder der das Volk wie nie ein anderer Orden beherrschende Minoritenorden, noch die wiederholten großen Kirchenversammlungen des XV. Jahrhunderts, noch die Versuche einzelner gewaltiger gottbegeisterter Menschen waren im Stande gewesen, den Zustand der Kirche einigermaßen erträglich zu gestalten. Das hat Höfler in unwiderleglicher Weise dargethan.

Und diesen theilweise mit ungeheurer Kraft unternommenen, zeitweilig die ganze Christenheit bewegenden Reformversuchen gegenüber sollte sich irgend ein Unparteiischer einen Erfolg von dem Lateranconcil 1513 bis 1517 versprechen? Von einem Concile, das ein wilder Kriegsmann berief und ein weicher Lust- und Lebemann auf dem päpstlichen Stuhle schloß? Von einem Concile, dessen Ausgangspunkt doch hauptsächlich die Habsucht und Geldgier der Cardinäle war? Von einem Concile, das sich vorzüglich damit befaßte, diesem widerlichen Treiben der Cardinäle die gesetzliche Sanction zu geben und so den Teufel durch Beelzebub zu vertreiben? Von einem Concile, das, nachdem es die Verwandelung der Kirche in ein Kaufhaus sanctionirt, die Reformfrage in drei, sage drei Sitzungen eilig über's Knie abbrach, das die Welt mit volltönenden Worten überschüttete, denen keine Thaten folgten?

Sollte es Höfler wirklich Ernst sein mit der Zumuthung, ein Nichtvoreingenommener könne von diesem Concile überzeugt sein, es habe auf allen Gebieten einen geistigen Samen ausgestreut?

Höfter fällt selbst das schneidendste Verdict über diese letzte romanische Reformperiode mit den Worten: „es gährte seit dem Concile auch in Italien, als Hoffnungen rege gemacht worden waren, die nicht in Erfüllung gingen und jenes selbst dem Loche glich, das der Stein bereitet, der in das Wasser geschleudert werde. Rasch spritzt die Woge auf, während der Stein in der Tiefe versinkt. Es bilden sich Ringe, je größer sie werden, desto glatter wird die Oberfläche. Bald rauschen die Wasser wie früher und es ist als wäre nichts vorgegangen."

Die Curie selbst aber blieb die Cloake, als welche Leo's X. Vater sie bezeichnet hatte.. „Die Anzahl der verkäuflichen (geistlichen) Aemter nahm in Rom in erschreckender Weise zu. — — Sich unter Papst Leo X. ein Amt zu kaufen, galt als die beste Capitalsanlage. Das Schlimmste aber war, daß diejenigen, welche so ihr Capital angelegt hatten, dadurch auch ein Recht gewonnen zu haben glaubten, die Früchte desselben zu ernten und jedem neuen Papste, der etwa die Curie zu reformiren gedachte, ihren Schein vorzulegen im Stande waren, dem zufolge ihre Interessen berücksichtigt werden sollten. Der Papst befand sich dann ihnen gegenüber mit gebundenen Händen."

Mit diesen Worten Höflers ist das Ende der romanischen Reformaera in schwerwiegenden Worten constatirt. Wir haben dem nichts beizufügen. Die germanische Reformation Luthers war zur welthistorischen Nothwendigkeit geworden, denn alle romanischen Reformversuche waren gewesen wie der Stein, der in's Wasser fällt und nach dessen Versinken die Wasser rauschen wie vorher. Zu einer wirklichen Reform vermochte auch die katholische Kirche erst nach der Reformation Luthers, gezwungen von harter Nothwendigkeit, sich zu erheben. Und nicht die todten Keime der kümmerlichen romanischen Reformversuche, speciell des lateranischen Concils, waren es, die die neue Welt gestaltet, sondern die germanische Reformation Luthers. Aus ihr erwuchs in ungestümer Gewalt die neue Welt und ihr Verdienst ist es auch, das Tridentinische Concil herbeigeführt zu haben, durch welches die katholische Kirche aus dem verderbten Zustand des späteren Mittelalters, den zu bessern alle Versuche gescheitert waren, wieder zur heutigen Lebensfähigkeit emporgerichtet wurde.

Philipp Zorn.

Aus dem Leben A. F. J. Thibaut's.

Vor wenigen Monaten wurde an den deutschen Universitäten das Gedächtniß jenes großen Rechtslehrers gefeiert, in dem die deutsche Wissenschaft, wenn nicht den Gründer, so doch unstreitig das Haupt und den Meister der historischen Rechtsschule verehrt*). Der Name Friedrich Karl von Savigny's tönte am 21. Februar 1879 hinaus in die weitesten Kreise, die Säkularfeier seiner Geburt bekundete, wie tief sein Wirken eingegriffen in das Rechtsleben der gesammten Nation. Da konnte es aber nicht fehlen, daß neben Savigny auch ein anderer genannt wurde, der, gleich ihm ein Forscher und Lehrer des römischen Rechts, in einer in der Geschichte der Wissenschaft unvergeßlichen Fehde ihm gegenübergestanden hatte, nämlich Anton Friedrich Justus Thibaut. Mehr als sechzig Jahre sind dahingerauscht, seit Thibaut den Ruf erhob nach einem allgemeinen bürgerlichen Recht für Deutschland**), und seitdem Savigny ihm entgegentrat***), heute können wir ruhig die Größe des Einen feiern, ohne darum dem Zweiten die verdiente Anerkennung zu kürzen. Denn, was Savigny siegreich seiner Zeit bestritt, den Beruf zur Kodifikation, das hat er, wie eine Stimme bei seiner Säkularfeier mit Recht hervorhob, im Grunde abgesprochen allen Zeiten, und, was Thibaut, des patriotischen Schwunges der Befreiungskriege voll, für seine Tage vorzeitig verlangte, das allgemeine deutsche bürgerliche Gesetzbuch, heute, wenige Jahre nach der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches, ist es in vollem Werden.

So mag es denn vielleicht nicht unzeitgemäß sein, gerade jetzt, da das Leben Savigny's von vielen Stimmen geschildert worden, einen neuen Beitrag zu der Biographie und Charakteristik Thibaut's zu liefern, einen Beitrag, geschöpft aus bisher ungedruckten Briefen desselben. Wohl

---

*) Maassen, Gedächtnißrede zur Säkularfeier der Geburt Friedrich Karl von Savigny's. Wien, Manz, 1879.

**) „Ueber die Nothwendigkeit eines allgemeinen bürgerlichen Rechts für Deutschland." Heidelberg, 1814. Mohr.

***) „Ueber den Beruf unserer Zeit für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft". Heidelberg, 1815, Mohr.

stammen diese Briefe aus der Jugendzeit Thibaut's, sie beginnen mit dem Jahre 1795, dem Jahre von Thibaut's Promotion in Kiel, und schließen 1808, kurz nach der Ansiedlung in Heidelberg; die Höhe seines Wirkens, als gefeierter Pandektenlehrer an letztgenannter Universität, umfassen sie nicht. Allein die Bedeutung des Mannes spiegelt sich schon in dem Jüngling, und, wem gleich uns gerade der Werdegang eines hervorragenden Geistes, sein Kampf mit den Verhältnissen als das Interessanteste erscheint, der wird nicht ohne Rührung und ohne Erhebung diesen Blick in ein junges Gelehrtenleben thun. Alle Freuden und alle Leiden des deutschen Privatdozenten ziehen da an uns vorüber; mühsam arbeitet sich Thibaut aus drückenden Sorgen um die Noth des Lebens empor, doch sein Muth verläßt ihn nicht. Ihn belebt der zwiefache Erfolg des Lehrers und Schriftstellers, und wenn die Bürde der Gegenwart allzuschwer auf ihm lastet, so eröffnet die Jugendliebe, welche ihn beseligt, ihm einen befreienden Ausblick in die Zukunft.

Die Briefe, aus denen wir das allgemein Bedeutsame mittheilen wollen, sind an Thibaut's Studienfreund **Wilhelm Josef Kalmann** in Steiermark gerichtet, an jenen Kalmann, dessen **Niebuhr** in seinen Briefen von der Universität neben dem österreichischen Grafen **Purgstall** und neben Thibaut in erster Linie als eines Genossen seines kleinen Freundeskreises gedenkt*). Von Jena aus waren Purgstall und Kalmann im Jahre 1794 ihrem verehrten Lehrer Reinhold nach Kiel gefolgt und durch ihn hier in nahe Beziehungen zu dem Hause von Reinhold's nächstem Kollegen, dem Professor der Philosophie **Ehlers** getreten. Mit **Thibaut**, der von Königsberg zurückgekehrt als Student in Kiel verweilte, schlossen die beiden und insbesondere Kalmann einen innigen Freundschaftsbund und so lag es nahe, daß Thibaut durch Kalmann in das Haus Ehlers eingeführt wurde, dessen Tochter Jette uns in den Briefen als seine Braut und Gattin begegnen wird.

Von Kiel begab sich Kalmann in die Steiermark, um in die Dienste seines gräflichen Freundes zu treten; Thibaut hatte diese Wandlung in seinem Schicksal eingeleitet. Thibaut blieb aber, den Aufenthalt während eines Winters in dem mütterlichen Hause zu Hannover abgerechnet, in Kiel, um dort zu promoviren und sich zu habilitiren, er gab daher dem

*) Ueber **Kalmann** und andere in diesen Briefen erwähnte Personen und Beziehungen siehe „Im neuen Reich" 1879, II., S. 450 ff. die Briefe „Aus dem Kreise K. L. Reinholds", S. 814 ff und 869 ff. die Briefe von „Karl Ludwig Fernow", sodann im Wiener „Literatur-Blatt", 1879, Nr. 4, 6—10 den Aufsatz „Aus dem Leben des vorletzten Grafen von Purgstall". (Der erste Brief Purgstall's über Kant ist aus dem Literatur-Blatt abgedruckt in der „Altpreußischen Monatsschrift", Bd. XVI. Heft 7 und 8. S. 607—612.)

von dem Verkehr der Geister abgeschiedenen herrschaftlichen Beamten auf der Riegersburg in den Briefen, die hier veröffentlicht werden sollen, Nachricht aus dem alten Freundeskreise der nordischen Hochschule.

Bis zum Jahre 1800 ist der Briefwechsel im ununterbrochenen Gange; dann tritt eine Pause von 7 Jahren ein, wie Thibaut behauptet, durch Kalmann's Schuld. Noch einmal wird Thibaut veranlaßt, sich an den alten Freund zu wenden, dieser antwortet, aber der frühere Briefwechsel scheint nicht mehr angeknüpft worden zu sein.

Von der Veröffentlichung der vorliegenden Briefe haben uns längere Zeit Bedenken abgehalten. Nicht, als ob uns der Inhalt irgendwie bedenklich erschienen wäre, allein wir zögerten aus dem Grunde, weil die Ueberlieferung besagt, daß Thibaut selbst ein entschiedener Feind der Veröffentlichung von Briefen war. Wir haben diese Bedenken schließlich niedergekämpft. Alles, was Thibaut's inneres Leben, die Angelegenheiten seines Herzens, was seine Beziehungen zu den verschiedenen Gliedern der Familie Ehlers und die inneren Verhältnisse der letzteren betrifft, haben wir sorgfältig ausgeschieden; aber den Bildungsgang eines großen Mannes zu verhüllen, die Beleuchtung seiner äußeren Lebensverhältnisse zu unterlassen, weil er das Eine oder das Andere zur Zeit seines Lebens nicht bekannt gemacht haben wollte, dieß schien uns eine zu weit gehende Rücksicht. Die Nation soll es wissen, wie hart der Kampf um's Dasein den edelsten ihrer Söhne wird, die Mühen des Kampfes erheben das Andenken desjenigen, der ihn siegreich bestanden, sie dienen den Nachstrebenden zum Trost und zur Stärkung.

Ueber Thibaut's Leben im Ganzen liegt eine erschöpfende Biographie nicht vor, was nach seinem Tode über ihn geschrieben wurde, ist zumeist nur eine allgemeine Würdigung seines Wirkens. An seinem Grabe hatten zwei berühmte Heidelberger Theologen ihm einen Nachruf gewidmet*), in den Hallischen Jahrbüchern und in dem Archiv für zivilistische Praxis wurde sein Einfluß auf die Rechtswissenschaft alsbald nach seinem Tode eingehend geschildert**). Aber hier überall ist natürlich keine biographische Darstellung zu suchen, und umfassend ist eine solche auch in der größten Gedächtnißschrift, welche über Thibaut erschienen ist, nämlich in den von Baumstark herausgegebenen Blättern der Erinnerung***), nicht geboten.

---

*) Rothe und Dittenberger, Worte, gesprochen bei der Beerdigung des Geh. Raths rc. A. F. J. Thibaut. Heidelberg. 1840. 8.

**) Hallische Jahrbücher für deutsche Wissenschaft und Kunst, 1840, Nr. 127—129; Archiv für zivilistische Praxis, Bd. XXIII. S. 188. 189 u. a. m.

***) Dr. E. Baumstark, Anton Friedrich Justus Thibaut. Blätter der Erinnerung für seine Verehrer und für die Freunde der reinen Tonkunst. Leipzig. Engelmann. 1841.

Baumstark gibt nur, auf einen dreizehnjährigen Umgang (1825—1838) in Thibaut's letzter Lebensphase gestützt, eine Charakteristik von dessen Leben und Wirken in Heidelberg im Allgemeinen und von seiner musikalischen Richtung insbesondere. Die äußeren Verhältnisse Thibaut's in Heidelberg, seine akademische Wirksamkeit daselbst, sowie seine ganze Persönlichkeit treten uns klar vor die Augen, und wer den Musiker Thibaut aus der Schrift über die „Reinheit der Tonkunst" nicht vollständig beurtheilen zu können glaubte, der wird von Baumstark in den Thibaut'schen Singverein hineingeführt und erhält an der Hand der Chronologie der hier von 1825 bis 1833 gesungenen Musikstücke den vollen Einblick in das Verhältniß Thibaut's zu der musikalischen Richtung seiner Zeit. Durch den Singverein war Baumstark in die innige Verbindung mit Thibaut, und zwar nur mit Thibaut, nicht auch mit dessen Familie, getreten, und so erklärt es sich, daß, als Baumstark von dem Strande der Ostsee aus (er war damals sowie heute Professor der Staats- und Kameralwissenschaften in Greifswald) dem am Neckar verschiedenen väterlichen Freunde die Worte der Erinnerung nachrief, er die eine Seite seines Lebens besonders betonte und über die früheren Perioden ganz hinwegging. Das Ausführlichste, was von Thibaut's früherem Leben bisher bekannt geworden, danken wir dem Herausgeber seines „juristischen Nachlasses" Carl Julius Guyet*), der in dem Vorworte zu dem ersten Bande des genannten Werkes (S. XVI—XXIII) eine Skizze von Thibaut's Leben entworfen hat; an diesen kurzen Abriß wollen wir uns in Nachstehendem anschließen und die Briefe werden dann, so hoffen wir, eine nicht ganz unwillkommene Ergänzung, hie und da sogar eine Berichtigung des Bildes liefern**).

A. F. J. Thibaut wurde am 4. Januar 1772***) zu Hameln ge-

*) Anton Friedrich Justus Thibaut's juristischer Nachlaß, herausgegeben von Dr. Carl Julius Guyet, Professor der Rechte zu Jena. Berlin, Duncker und Humblot. I. B. 1841, II. B. 1842.

**) Daß Brockhaus, Pierer und Meyer Thibaut's gedenken, haben wir im Texte ausdrücklich hervorzuheben nicht für nothwendig befunden. In Wagener's Staat- und Gesellschaftslexikon findet sich desgleichen ein verhältnißmäßig ausführlicher Artikel, der aber an manchen Unrichtigkeiten leidet. Günther gibt in seinen „Lebensskizzen der Professoren der Universität Jena seit 1558 bis 1858", welche als Festgabe zur dritten Säkularfeier der Universität 1858 bei Mauke erschienen, allerdings auch eine Lebensskizze von Thibaut (S. 79), aber eben nur eine Skizze. Die „badischen Biographieen" von Weech sind uns nicht zugänglich gewesen, die „allgemeine deutsche Biographie" endlich ist noch nicht über die Hälfte des Alphabets hinaus gekommen. (A. d. Red. Weech's badische Biographien enthalten zwei kurze, aber treffliche Artikel von Stintzing und Giehne über Thibaut als Juristen und Musiker.)

***) Wir folgen in der Angabe des Geburtsdatums Guyet, Günther und Oettinger (Moniteur des dates).

Brockhaus, Meyer, Wagener bringen das Geburtsdatum 4. Januar 1774. Wenn es aber schon Erstaunen erregt, daß die unten mitgetheilten Briefe aus dem

boren, woselbst sein Vater als hannöverscher Major lebte; die Familie stammte aus Frankreich, woher sie zur Zeit der Aufhebung des Edikts von Nantes nach Deutschland ausgewandert war. Seine Kindheit verlebte Thibaut zu Hameln, Harburg und Hannover; er hatte mit seinen Eltern viele harte Schicksale zu tragen, die er selbst als eine Schule zu bezeichnen pflegte.

Schon in dem Knaben äußerte sich jener lebhafte Sinn für die Natur, welcher in dem späteren Leben des Mannes als entschiedenes Bedürfniß hervortrat, und ebenso entkeimte schon damals in ihm jene unendliche Liebe zur Musik, welche Thibaut späterhin oft seine Religion genannt hat. Die von den Chorknaben Hannovers bei ihrem sonnabendlichen Umgange durch die Straßen gesungenen Choräle erfüllten ihn mit hoher Seligkeit und seine vorwiegende Liebe zur geistlichen Musik hat sich entschieden in diesen ersten Eindrücken der Kindheit begründet. Mit dem fünfzehnten Jahre entschied er sich, getäuscht durch ein selbsterdachtes Ideal von freiem, romantischen Waldleben, für das Forstwesen, und brachte deßhalb fast zwei Jahre bei einem Forstbeamten zu. Bald aber sah er sich enttäuscht; er verließ den begonnenen Weg, über den er in seinem späteren Leben mit heiterer Selbstironie scherzen konnte, und kehrte nach Hannover zurück, wo er durch seine Energie das in den verlassenen Schulstudien Versäumte sehr bald wieder einholte. Hier und während der akademischen Studienzeit arbeitete er in Gemeinschaft mit seinem Bruder Bernhard Friedrich (geboren zu Harburg am 22. Dezember 1775, gestorben als Professor der Mathematik zu Göttingen am 4. November 1832), dem geliebtesten unter seinen sieben Geschwistern, der mit ihm die unverkennbarste geistige und körperliche Aehnlichkeit besaß. Im Jahre 1792 zog er mit diesem Bruder zunächst nach Göttingen. Die dürre, geistlose und pedantische Handwerksmäßigkeit, welche er hier antraf, verleidete ihm beinahe das Rechtsstudium; er war zu den fleißigen Besuchern der Vorlesungen in Göttingen keineswegs zu zählen und eilte im nächsten Jahre fort nach Königsberg. Der Aufenthalt daselbst war entscheidend für Thibaut's geistige Richtung, denn er wurde erst Zuhörer von Kant, dann sein eifriger Schüler, und endlich der treueste Verehrer des großen Mannes, um dies bis in seine spätesten Tage zu bleiben. „Der klare philosophische Sinn, welcher seine Schriften, von der ersten bis zur letzten, charakterisirt, und die echt philosophische Anschauung des bestehenden Rechtes, das Erfassen seines ewigen

---

Jahre 1795 von einem 23 jährigen Manne herrühren, so wäre es ganz unglaublich, daß eine solche Reife des Urtheils in einem Alter von 21 Jahren vorhanden gewesen sein sollte.

Keimes und seine Ablösung von der blos zufälligen Schale in den einzelnen Rechtsinstituten, die sich bei Thibaut besonders in seinen Katheder-vorträgen so kräftig herausdrängte, das war die Erbschaft, die er von Königsberg mitnahm und welche ihm die Rechtswissenschaft wieder theuer machte. Schon in Königsberg und dann in Kiel warf er sich mit der vollsten Kraft auf das Studium der römischen Rechtsquellen, und als er fand, daß sie ihm, der nun den Schleier der Isis zu heben verstand, auf alle Fragen Antwort gaben, daß sie in ihrem innersten Wesen mit der Wahrheit unzertrennlich zusammenhingen, die sich ihm in Königsberg erschlossen, da war sein Schicksal fest entschieden." Zu Anfang des Jahres 1794 ging Thibaut nach Kiel ab, und unverwandt steuerte er nun seinem Ziele zu. Wir sind damit zu der Zeit gelangt, in die seine Begegnung und Freundschaft mit Graf Purgstall und Kalmann, sowie der für das ganze Leben geschlossene Bund mit Niebuhr und dem Hause Ehlers fällt, wir brechen somit hier den Faden der Erzählung ab und lassen von nun an die Briefe sprechen.

I.

Kiel, den 2. Oktober 1795.

Ihren Brief vom 2. September habe ich am 22. erhalten und ich würde ihn gleich beantwortet haben, wenn nicht eine leidige Krankheit und hundert andere Hindernisse mich davon abgehalten hätten. Ich lebe jetzt in einem Wirrwarr von Sorgen, Grillen, Geschäften und Zerstreuungen, der unbeschreiblich ist und mich beinahe mit mir selbst unbekannt macht.

Meine Promotion, die etwa in 6 Wochen vor sich gehen wird, überladet mich mit den lästigsten und ekelhaftesten Arbeiten, und meine nahe Abreise (am Ende November) macht mir ebenfalls manche unruhige und finstere Stunde. — — — — — — — — — — — — — — — —

Ich habe indeß bei allen diesen Uebeln weder meine Heiterkeit noch meine Geduld ganz verloren und ich sehe es jetzt erst recht lebhaft ein, wie unendlich viel ich hier in Kiel zu meinem wahren Besten gelernt habe. — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Purgstall ist die vorige Woche von Montag bis Sonnabend hier gewesen. Seine Reisen scheinen seinem Körper sehr wohl gethan zu haben. Er ist gesund und heiter und sieht äußerst frisch und blühend aus. Er ist verschiedentlich bei mir gewesen und von ihm habe ich denn natürlich sehr viel von Ihnen erfahren. Was mich am meisten freut, ist, daß er nicht bloß mit Ihnen zufrieden ist, sondern daß er sich mit voller Ueberzeugung und ganz aus eigenem Antriebe Glück dazu

wünscht, Sie gefunden zu haben, und daß er es vollkommen einsieht, wie wichtig und einträglich Sie ihm dereinst sein werden. Dies ist es, was ich vorzüglich gewünscht habe. Das ewige Wohlthun muß am Ende für beide Theile lästig werden und zuletzt nothwendig einen wechselseitigen Kaltsinn erzeugen. Sie haben dies jetzt nicht zu befürchten, denn Purgstall gewinnt nach meiner Ueberzeugung, wenn alles gut geht, mehr durch Sie, als Sie durch ihn, und Ihre Freundschaft wird so durch Hülfe des Eigennutzes aufrecht erhalten, wenn auch andre Triebfedern zu ihrer Erhöhung und Veredlung vieles beitragen mögen. Die menschliche Natur hat ein gewisses Ziel, worüber sie nicht hinaus kann, und ich glaube Sie beide daher nicht zu beleidigen, wenn ich Sie gleichfalls für Menschen halte. Ich habe Purgstall daher auch in dem Glauben zu bestärken gesucht, wie viel sein eigenes Interesse dabei gewinnt, wenn er Ihnen einst einen größeren Wirkungskreis einräumt, und ich glaube, daß Sie mir deßhalb nicht böse sein werden. Nur möchte ich Sie bitten, mit Ihren Verbesserungsplänen noch einstweilen so viel als möglich zurückzuhalten, nicht bloß deswegen, weil ich glaube, daß Sie überhaupt bei Ihren Beobachtungen zu vorschnell und gleich zu sehr im Allgemeinen urtheilen, sondern weil Sie für jetzt durchaus das Ansehen eines Reformators vermeiden müssen. Der Ekel an Gelehrten, Schriftstellern und Revolutionen, woran Purgstall jetzt laborirt, hat ihm überhaupt, ohne sein Bewußtsein, eine gewisse Liebe zum Alten und einen verzweifelnden Widerwillen gegen alles Neue eingeflößt, von welchem er sich nicht eher befreien wird, als bis eine bleibende Stätte und bestimmte Geschäfte ihm mehr Ruhe und Festigkeit werden gegeben haben.

Er bewundert vielleicht das Zutreffende und Neue Ihrer Vorschläge, gibt ihnen anfangs seinen Beifall und hält die Ausführung für leicht und möglich; allein ich fürchte, daß dies nur in hellen und heiteren Augenblicken von ihm geschieht, und daß er sich in den vielen unlustigen und trüben Stunden, welche er jetzt nothwendig haben muß, gerade auf die entgegengesetzte Seite neigen wird. Dies ist das Schicksal aller Menschen, welche leicht für eine Sache mit Wärme eingenommen werden, und Sie selbst sind nicht von diesem Fehler frei. Sammeln Sie lieber ein Jahr lang im Stillen, feilen Sie an ihren Planen mit größter Sorgfalt, tragen Sie unermüdet alles zusammen, was zu Ihrem Zwecke dient: und dann treten Sie auf einmal zu einer günstigen Zeit mit Ihren durchdachten Vorschlägen hervor. Sie haben dann nicht den Vorwurf zu befürchten, als hätte es Ihnen an Zeit zu einem gründlichen Urtheil gemangelt, und Sie können sicher darauf rechnen, daß Ihr Einfluß dauernd und wirksam sein wird. — — — — — — — — — — —

Ich gebe Ihnen diesen Rath nicht als etwas fein Gedachtes, oder um den Lehrer bei Ihnen zu spielen, sondern weil ich glaube, daß Ihre Lebhaftigkeit und Gutmüthigkeit Sie manches übersehen lassen, was uns kalten und vorsichtigen Menschen ganz einfach und handgreiflich scheint. Vielleicht haben Sie indeß bei Ihren Briefen an Purgstall einen bestimmten Plan vor Augen gehabt; alsdann muß ich Ihnen freilich auch Ihre Ueberzeugungen lassen. — — — — — — — — — — — — — — —

Von Ihren Freunden beschwert sich Niemand über Ihr Stillschweigen, als Reinhold. Nach dem, was er für Sie gethan hat, und besonders nach dem, was er überhaupt von Jedermann fordert, dürfen Sie es sich überhaupt nicht wundern lassen, wenn er nicht zum Besten davon urtheilt, daß Sie nicht einmal über Wieland und seine Schwester an ihn geschrieben haben. Er ist in allem Ernst etwas piquirt darüber, wird aber, wie ich glaube, schon wieder einlenken, wenn Sie Ihren Fehler nur in der gehörigen Form wieder gut zu machen wissen, doch muß dieß so bald als möglich geschehen. Ein Glück ist es, daß Purgstall wenig mehr aus ihm macht, denn sonst würde bei seinem hiesigen Aufenthalte wohl manches zu Ihrem Nachtheil geschehen sein, was aber jetzt entweder nicht geschehen oder doch wenigstens ganz ohne Wirkung geblieben ist. — — — — — — — — — — — — — — — — — —

In Ehlers Hause steht alles auf dem alten Fuße, und Sie würden gewiß wieder in Einem Tage so wohnlich wie vorhin darin sein. Ich habe von allen viele herzliche Grüße an Sie, besonders aber von Jette, die sich Ihrer sehr oft erinnert, aus Gründen, die Sie leicht errathen können. — — — — — — — — — — — — — — — —

Von meiner Familie in Hannover kann ich Ihnen nichts weiter schreiben, als daß sich mein Bruder auf dem Rückwege aus der französischen Gefangenschaft befindet*), und daß meine Schwester etwa in vier Wochen Hochzeit machen wird. — — — — — — — — — — — — — —

*) Der junge Thibaut muß nach dem oben Mitgetheilten an der Kampagne der churhannöverischen Truppen in Flandern im Jahre 1793 und 1794 theilgenommen haben. So sehr sich das hannöverische Korps in einzelnen Aktionen, wie in dem Siege von Favars Valenciennes und in der Vertheidigung von Menin mit Ruhm bedeckte, so wurde es doch schließlich mit den verbündeten Heeren, zuerst aus Belgien, dann auch aus Holland, zurückgedrängt, so daß es zu Münster und Osnabrück stand, als Preußen durch den Seperatfrieden von Basel vom 5. April 1795 den Feindseligkeiten ein Ende machte. Am 17. Mai 1795 folgte der Vertrag über die Demarkationslinie, durch den auch Hannover eventuell für neutral erklärt war. Die kurfürstliche Regierung fügte sich, obgleich mit Widerstreben, den Abmachungen, denn Preußen wäre im Weigerungsfalle zur Besetzung des Kurstaates geschritten. Es kann hiernach nur Wunder nehmen, daß die Gefangenen erst im Herbst 1795 und nicht schon im Sommer ausgewechselt wurden Wenn der junge Thibaut, wie wir noch hören werden, im Herbst 1795 ein Jahr in Kriegsgefangenschaft gewesen war, so muß er in einem der in Holland gelieferten Gefechte, vielleicht bei Herzogen-

Riemann's Heft werde ich Ihnen schicken, sobald ich es erhalte. Er ist jetzt in Holtenau*).

Meinen Aufsatz habe ich Ihnen nicht geschickt, weil ich ihn nur theilweise erträglich finde, und weil sich die Abschreibekosten beinahe auf 3 Rthl. belaufen würden. Bestehen Sie indeß darauf, so sollen Sie ihn nächstens erhalten.

Ich habe jetzt noch Eine Seite übrig, und Sie müssen es mir verzeihen, wenn ich diese ganz zu meinen eigenen Angelegenheiten verwende. Es ist jetzt vielleicht das erste Mal, daß ich Ihres Beistandes recht dringend bedarf, und Sie werden es mir, wie ich hoffe, nicht zum Eigennutz anrechnen, daß ich mich an keinen andern als Sie wende. Hören Sie also mein Klaglied mit Geduld und ohne Verdrießlichkeit an, die Erfüllung meiner Bitten stelle ich ganz in Ihre Willkür.

Als ich vor einigen Wochen an meine Mutter schrieb, um die Kosten der Promotion von ihr zu erhalten, antwortete sie mir, daß ich das Geld nächstens erhalten solle, daß dann noch 150 Rthl. von meinem Vermögen übrig blieben, und daß sie nach deren Auszahlung genöthigt sei, mich ganz meinem eigenen Schicksal zu überlassen, weil mancherlei Unglücksfälle und die Ausstattung meiner Schwester ihr eine fernere Unterstützung durchaus untersagten. So sehr ich auch Anfangs darüber erschrak, so wußte ich mir doch bald die Zukunft wieder heiter zu machen, und ich würde nichts daraus gemacht haben, wenn nicht vor einigen Tagen ein zweiter Brief gekommen wäre, in welchem gerade so viel Geld enthalten war, als zu meiner Promotion und zu der Reise nach Hannover erforderlich ist, wovon ich aber

---

busch, in Gefangenschaft gerathen sein. Vergl. Havemann, Geschichte der Lande Braunschweig und Lüneburg. Göttingen, Dieterich, 1857, 3. Band, 4. Abschnitt, 1. Kapitel.

*) A. Chr. H. Riemann wurde am 30. Januar 1761 zu Altona geboren und starb nach einer langjährigen erfolgreichen akademischen Wirksamkeit am 22. Mai 1832 zu Kiel. Ebenso bekannt wie als Professor war aber Riemann zugleich als einer der fruchtbarsten Schriftsteller seiner Zeit, die „Grundsätze der Staatswirthschaft" (Altona, 1790), der „Abriß des sogenannten Kameralstudiums" (Altona, 1795) und der „Statistik und Staatenkunde" (Altona, 1800), die „Schleswig-Holsteinsche Vaterlandskunde" (Altona, 1801), die „Schleswig-Holsteinschen Provinzialberichte" (Altona, 1787 bis 1800 und 1811 bis 1818), die „Vaterländischen Weltberichte" (Altona, 1820 und 1822) und andere Schriften rühren von ihm her. In der studentischen Welt wird Riemann's Andenken unvergessen fortleben, so lange von deutschen Studenten der „Landesvater" in der heute üblichen Weise gestochen wird; denn wenn auch die Sitte, daß bei einem bestimmten Kommersliede der Hut jedes Mitcommercirenden der Reihe nach mit dem Schläger durchbohrt wird, uralt ist und auf den meisten deutschen Universitäten schon zu Anfange des 17. Jahrhunderts im Schwange war, so rührt der Text des „Landesvaters" in seiner gegenwärtigen Fassung doch ohne Zweifel von Riemann her. (Vergl. Hoffmann von Fallersleben, „Findlinge", Leipzig, 1859, 1. Theil) — Holtenau liegt eine Stunde von Kiel entfernt an der Westseite der Kieler Bucht, und zwar an der Mündung des schleswig-holsteinischen Kanals.

nicht einmal den Druck meiner Dissertation bestreiten, viel weniger meine kleinen rückständigen Schulden tilgen kann. An die Bezahlung meiner Buchladenrechnung, die sich an 100 Thlr. beläuft, ist hiebei gar nicht zu denken, doch ängstigt mich diese nicht, weil ich sie nächstens abzuschreiben denke. — Will ich mir diesen Winter einen irgend erträglichen, meiner Gesundheit nicht nachtheiligen Aufenthalt in Hannover verschaffen, so darf meine Mutter von diesem allen nichts wissen, nicht zu gedenken, daß es ihr jetzt in der That physisch unmöglich ist, mir auf irgend eine Weise beizustehen. Dazu kommt noch, daß ich diesen Winter zu meinen Schriftstellereien sehr viele Bücher nöthig habe, und mir einen eigenen Abschreiber halten muß, wenn ich nicht etwa ein halbes Jahr mit Kopiren morden und mich ganz um mein Bischen Gesundheit bringen will. —

Von dem glücklichen Erfolg meiner Arbeiten des nächsten Jahres hängt beinahe meine ganze künftige Existenz ab. Gelingt es mir in dieser Zeit, so kann vielleicht einst noch etwas aus mir werden, wo nicht, so wird ein gemeiner Mensch aus mir, und meine Gesundheit geht vielleicht aus Verdruß und Gram obendrein verloren. — Ich würde Purgstall meine Noth geklagt und auch gewiß Hülfe bei ihm gefunden haben; allein eine unwillkürliche Neigung zog mich immer davon zurück. Es schien mir, als wenn ich dabei Gefahr liefe, auf krumme Wege zu gerathen, zu heucheln, zu schmeicheln oder gar zu lügen, und davor soll mich Gott bewahren. Es bleibt mir daher kein Ausweg übrig, als mich an Sie zu wenden. Können Sie mir helfen, so werde ich Ihnen ewig dankbar dafür sein, wo nicht, so schlagen Sie es mir gradezu ab. Doch sollen Sie nicht etwa denken, als wolle ich Sie zum Unterhändler bei Purgstall gebrauchen, ich verbiete Ihnen dies ausdrücklich, so stark und dringend, als ich es nur irgend kann, und ich versichere Sie, daß ich kein Geld aus dieser Quelle annehme. — Kennen Sie in Wien oder anderwärts einen Menschen, der Ihnen auf Ihr Ehrenwort 100—200 Rthlr. auf Ein Jahr oder so lange als möglich gegen gewissenhaft zu entrichtende Interessen leiht, so schicken Sie es mir, so bald und eilig, als Sie können. Ich stelle Ihnen dann auf den Todesfall eine Quittung zu, aus welcher Sie gewiß befriedigt werden. Schicken Sie mir, was Sie können, und so bald Sie können, nur nicht, wenn Sie dabei auf irgend eine Art selbst in Unannehmlichkeiten verwickelt werden. Lassen Sie sich bei dieser Gelegenheit durchaus keine Leichtfertigkeit zu Schulden kommen. Sie sollen durchaus keinen Nachtheil davon haben, und ich werde Ihr Geld nur dann annehmen, wenn ich gewiß weiß, daß Sie nicht unehrlich gegen sich selbst waren, indem Sie sich meiner anzunehmen suchten. Doch ich darf wegen meines steifen Nackens nicht weiter schreiben, und ich würde es

nach dieser Bitte auch ohnehin nicht thuen, aus Gründen, die Sie vielleicht selbst errathen werden.

A. F. J. Thibaut.

Bis Ende November's bleibe ich hier. Von da an finden mich Ihre Briefe in Hannover — abzugeben bei der Frau Majorin Thibaut.

II.

Hannover, den 15. Dezember 1795.

Endlich habe ich einen freien Augenblick, den ich Ihnen und der Erfüllung meines Versprechens widmen kann. Ich befinde mich zwar schon seit 8 Tagen hier in Hannover, allein ich bin diese ganze Zeit so verstimmt und unstät gewesen, daß ich mit der größten Anstrengung kaum 3 kleine Briefe nach Kiel habe zu Stande bringen können. Nach meiner Promotion hielt ich mich nur noch 3 Tage in Kiel auf, und 5 Tage war ich auf der Reise: Sie sehen also, daß alles der Erfüllung meines Versprechens im Wege stand*).

In Hamburg hielt ich mich gar nicht auf. Ich hörte zwar, daß Sie mir dort eine Stätte bereitet hätten; allein ich war zu finster und betäubt und würde ganz um den Verstand gekommen sein, wenn ich mich in die dortigen kultivirten und humanisirten Zirkel hätte wagen wollen. Ich habe in diesem Sommer Gelegenheit gehabt, die Rudolphi in Kiel zu sehen und zu sprechen, und eben dadurch ist mein Widerwille gegen die Hamburgischen Schöngeister, Philosophen und edlen Seelen auf das Höchste gestiegen. Wozu doch dieses grimassirte, süße, verzerrte und überspannte Wesen, durch welches allenthalben Eitelkeit und Geistesarmuth durchschimmert? Eine gezierte Tugend ist mir verdächtiger als ein unverhohlenes Laster; sie paßt nur für Menschen, welche, weil sie die Wahrheit nicht ohne Schleier sehen können, in der Täuschung allein ihr Heil finden, und denen es bequemer ist, ihre schlechten, kleinlichen Triebe in schöne Formen zu verhüllen, als mit angestrengter Thätigkeit an ihrer Vernichtung zu arbeiten. Sie sind vielleicht für die Rudolphi eingenommen, lieber Kalmann, und Sie werden wahrscheinlich etwas auffahren, indem Sie mein hartes Urtheil über dieses allgemein geachtete und be-

*) Das Datum von Thibaut's Promotion ist durch diese Nachrichten beinahe außer allen Zweifel gestellt; sie muß in den letzten Tagen des November 1795 stattgefunden haben und Guyets Angabe, der sie in das Jahr 1791 verlegt, ist entschieden unrichtig. Es ist daher auch gar nicht zu verwundern, wenn sich Thibaut „erst" 1796 habilitirte; selbst im Jahre 1797, auf welches wir in den Anmerkungen zu Purgstall's Briefen (III.) nach der Angabe bei Wagener die Habilitation verlegten, wäre Thibaut nicht mehr als 25jährig und die Intervalle zwischen Promotion und Habilitirung nur ein Zeitraum von 3—4 Semestern gewesen.

wunderte Mädchen lesen; allein dies wird mich nicht abschrecken, Ihnen auch meine Meinung darüber zu sagen, weil mir eben dies Gelegenheit gibt, Sie etwas aufmerksamer auf Ihre Beurtheilung der Menschen zu machen. Sie lassen sich zu leicht durch Formen, Manieren und Wendungen täuschen, guter Kalmann: dieß ist die Klippe, woran Sie bisher ohne Aufhören gescheitert sind. Eine Thräne, eine Händedruck, ein schönes, rührendes Wort berauscht Sie bis zum Uebermaß; Ihre ganze Meinung von einem Menschen kann dadurch über den Haufen geworfen werden, und Sie entschuldigen und bemänteln unwillkürlich eine Menge schlechter Streiche, bevor Ihnen über einen solchen Menschen die Augen aufgehen und Sie seine Handlungen zu richten wagen. Dieß ist alles, was ich Ihnen auf Ihre neuliche Klage über die inhumanen, unsittlichen Menschen der dortigen Gegenden zum Trost sagen kann. Ihre Ideale von guten Menschen sind zu groß, zu einseitig, zu sehr durch das Bestreben, Ideale zu finden, entstanden. Sie rechnen Ihren Freunden alles an, was den äußeren Schein der Moralität an sich trägt: Gerechtigkeit aus Gleichgiltigkeit und Phlegma, Leutseligkeit aus Feigheit, Wohlthätigkeit und Gefälligkeit aus Egoismus und Eitelkeit — kurz, alles erklären Sie aus Einem Prinzip, so lange bis der Bogen bricht und Ihr lebhaftes Gefühl Sie wieder auf die entgegengesetzte Seite fortreißt. — —

Mich dünkt das Bestreben, allenthalben so lange gern die Tugend vorauszusetzen, bis man deutlich vom Gegentheil überzeugt ist, hat nur so lange Werth, als es dem natürlichen Triebe, durch Entdeckung der Fehler anderer sich selbst zu erhöhen, zum Gegengewicht dient und als Werkzeug zur Vertilgung dieser egoistischen Richtung gebraucht wird. Nach Unterdrückung und Vertilgung der Schadenfreude enthält die milde, schonende Denkart nichts als den Grund ewiger Täuschungen in sich und schadet der Wahrheit nothwendig, es sei denn, daß der Zufall etwas Gutes durch sie stiftete. Fangen Sie einmal an, die Menschen in der Beobachtung und Rückerinnerung ohne alles Interesse zu betrachten, nicht allenthalben, wo Sie humane Aeußerungen wahrnehmen, auf Tugend, und wo Rohheit Sie zurückstößt, auf Laster und Ausartung zu schließen. Ihre Ideale werden gewiß bei dieser Probe manches verlieren, und die Menschen, von denen Sie umgeben sind, werden auf's Wenigste das Verächtliche und Niedrige verlieren, welches aus Ihren einseitigen Vergleichungen nothwendig auf sie zurückfallen mußte. — — — — — — —

Doch genug hievon. Ihr eigentliches Verlangen ging dahin, Neuigkeiten aus Kiel und Hannover von mir zu erfahren; lassen Sie uns also bei diesem Kapitel stehen bleiben.

Das Erste, worüber ich mit Ihnen ins Reine kommen muß, ist

der versprochene Aufsatz. Ich wollte ihn in Kiel abschreiben lassen, konnte aber in der Eile keinen vernünftigen Abschreiber finden. Ich nahm ihn daher mit mir nach Hannover. Allein auf dem Wege entstanden wieder neue Bedenklichkeiten in mir. Wie soll ich es anfangen, ihn in Ihre Hände zu spielen, da bei Ihnen ohne Censur nichts eingeführt werden darf und alle nicht censirten gelehrten Sachen dort konfiszirt werden?

Außerdem, lieber Kalmann, mißfällt mir der Aufsatz immer mehr, je öfter ich ihn lese, und dieß muß bei Ihnen nothwendig noch mehr der Fall sein, da Ihnen tausend kleine Umstände, worauf ich Rücksicht nahm, unbekannt sind, und alles am Ende nur darauf hinauslaufen würde, daß Sie, unzufrieden mit meiner Arbeit, einen großen Theil Ihrer bisherigen guten Meinung von mir verlören. Dieser letzte Umstand ist wohl die Hauptursache, warum ich so ungern an die Erfüllung meines Versprechens gehe. Verlangen Sie aber auch dieses Opfer von mir — nun gut! so muß ich mich zu überwinden suchen; Sie können sich aber darauf verlassen, daß ich Ihnen dieß höher anrechnen werde als alles, was ich Ihnen bisher zü Liebe gethan habe*). — — — — — — — — — —

Ehlers Haus ist wohl eigentlich der Hauptgegenstand, worüber Sie etwas von mir zu erfahren wünschten, und worüber ich Ihnen auch in der That sehr vieles sagen könnte, wenn Sie nicht alles eben so gut als ich wüßten; denn von Ihrer Abreise an bis auf den gegenwärtigen Tag ist auch nicht die kleinste beträchtliche Veränderung vorgegangen.

(Es folgt nun eine Schilderung des freundschaftlichen Verkehrs mit den Gliedern des Hauses Ehlers, insbesondere mit den Töchtern Mieke, Jette, Hanne, Meta. Thibaut theilt Kalmann mit, daß sein Verhältniß zu Jette, seiner späteren Frau, nunmehr erklärt worden sei und fährt dann über dieses Thema im Nachstehenden fort.)

Ich nahm mir beim Anfange dieses Briefes vor, Ihnen recht viel über unser wechselseitiges Verhältniß zu schreiben, allein je mehr ich mich diesem Ziele nähere, desto stärker fühle ich mich davon zurückgezogen. Lieber Kalmann! Ich bin über alle meine Erwartungen glücklich, und meine wirkliche Zukunft ist schöner als alles, was ich mir ehemals davon träumte. Lassen Sie sich an diesem kurzen Geständniß genügen, denn für das, was ich empfinde, suche ich vergebens nach Worten. Doch muß ich Ihnen noch sagen, daß Jette alle meine Wünsche und Erwartungen übertroffen hat, daß sich täglich neue und herrliche Eigenschaften in ihr entwickeln, daß ich vor meiner Erklärung nur die kleinste Hälfte

*) Der Aufsatz, von dem im Obenstehenden die Rede ist, scheint nach allem nie gedruckt worden zu sein und kein juristisches Thema behandelt zu haben; die Bemerkungen in den späteren Briefen über die Inauguraldissertation u. ä. machen dies völlig klar.

ihrer Vorzüge gekannt habe, und daß mir meine Wahl bis auf diese Minute auch nicht Einen Augenblick gereuet ist. — — — — — —

Bei Niemanns, Jensens, Binzers und Reinholds ist alles auf dem alten Fuß, außer daß Baggesen diesen Winter mit seiner Frau bei Reinhold wohnt. Ihre Briefe haben den letzten völlig wieder versöhnt. — —

Daß ich mir hier in Hannover nicht gefalle, werden Sie schon ohne meine Versicherung glauben. Bis jetzt habe ich noch keine heitere Stunde gehabt, und alles ist so trübe und finster in mir, daß ich es nicht beschreiben kann. Arbeiten kann ich nicht und lungern noch viel weniger; ich bin daher den ganzen Tag unstät, fange bald etwas an und lasse es gleich darauf wieder liegen — mit einem Wort! ich tauge zu nichts, und mein guter Geist ist gänzlich von mir gewichen. Doch hoffe ich, nur auf einige Zeit: denn sollte dieser Zustand noch lange fortdauern, so müßte ich doch am Ende auf eine baldige Abreise bedacht sein. Verliebte Träumereien sind nicht Schuld davon, wie Sie vielleicht glauben könnten. Seitdem Jette meine Absichten weiß, und ich über ihre Gesinnungen zur Gewißheit gekommen bin, habe ich nie mehr von diesem Uebel gelitten, und von eben diesem Zeitpunkte an habe ich meine Berufsarbeiten, selbst die trockensten und langweiligsten, mit einem Eifer und einer Stätigkeit verrichtet, wovon ich ehemals mir kaum einen Begriff machen konnte. Meine Rückkehr nach Kiel und die herrlichen Aussichten, die ich dort zu einer baldigen Beförderung habe, sind das Einzige, was mich in meinem jetzigen Exilio noch aufrecht erhält. Sollte dies aber auch nicht sein, so würde und müßte ich mich doch gewiß durch einige Anstrengung an meine jetzige Lage gewöhnen können; denn zuletzt liegt doch wohl die Ursache meiner Unzufriedenheit größtentheils nur in mir selbst.

Meine Schwester ist etwa 4 Wochen mit dem Bereiter Giese verheiratet und 8 Tage darauf mit ihm nach London gereist, wohin er auf Befehl des Königs kommen mußte. Ich habe beide nicht vor ihrer Abreise gesehen und es ist sogar zweifelhaft, ob ich sie jemals wiedersehen werde, da es noch nicht ausgemacht ist, ob Giese nur einige Zeit oder auf immer in London bleiben muß.

Meine Mutter befindet sich sehr wohl. Sie hat mir viel von Ihnen erzählt und läßt Sie recht herzlich und freundschaftlich durch mich grüßen. Meine Brüder sind jetzt alle hier, auch der Gefangene. Er ist aus einem Jungen ein großer, starker Kerl geworden, aber durch seine bisherige Lebensart in Ansehung des Geistes ziemlich verwildert.

Das wäre eben alles, was ich an Neuigkeiten für Sie hätte. Vielleicht könnte ich Ihnen noch mehr auffinden, allein Gott weiß, ich bin

so stumpf zum Schreiben und Denken, daß ich es kaum begreife, wie ich nur Eine Seite habe zu Stande bringen können. Verzeihen Sie mir diese Schwäche, lieber Kalmann, meine Besserung ist vielleicht nicht mehr fern, und die Sonne wird auch gewiß an meinem Himmel bald wieder zum Vorschein kommen. Ich kann nur jetzt nicht Herr über meinen bösen Dämon werden; aber ich muß und werde ihn überwinden, oder ich bin nicht werth, den kleinsten Theil des Glücks, welches mir zu Theil geworden ist, zu genießen.

A. F. J. Thibaut.

Hannover, den 17. Januar 1796.

Stellen Sie sich meinen Aerger und mein Erstaunen vor, als ich gestern diesen Brief wieder von der Post zurückerhalte. Ich hatte ihn ganz frankirt, auf dem Posthause meinten sie, er müsse bis Dannenberg frankirt werden, in Dannenberg sind sie wieder anderer Meinung und schicken mir also mein Unglückskind von dort aus wieder in's Haus. Ich werde gleich selbst nach der Post gehen und den Herrn den Text lesen. Verzeihen Sie mir, lieber Kalmann, doch ich bin ja ganz außer aller Schuld und muß überdem noch zusehen, wie ich mich von meinem Aerger und Verdruß wieder los mache. Antworten Sie mir doch gleich, ob dieses Mal alles gut abgelaufen ist.

III.

Hannover, den 11. Januar 1796.

Vor etwa 6—7 Tagen habe ich durch Meisl die 100 Rthlr. aus Wien erhalten. Die Summe war ungefähr richtig, allein die Dukaten waren so schlecht, daß an manchen 10, 8, 6 Aß*) u. s. w. fehlen. Doch ich habe ja den Kern und dabei achte ich nicht viel auf die Schale. Ich habe Meisl gleich am folgenden Tage geantwortet und ihm, weil ich gerade sehr beschäftigt war, den Auftrag gegeben, Sie vorläufig davon zu benachrichtigen, bis ich Zeit haben würde, Ihnen umständlicher zu schreiben. — — — — — — — — — — — — — — — — — —

Meinen langen Brief aus den letzten Tagen des vorigen Jahres werden Sie nun schon längst erhalten haben und daraus sehen, wie es mir hier geht. Meine Lage bessert sich täglich, aber meine Kielische Heiterkeit werde ich hier schwerlich wieder erlangen, zumal da ich den ganzen Tag an der Ausarbeitung einer lateinischen Abhandlung sitzen muß, welche Arbeit mir im höchsten Grade langweilig und ekelhaft ist**).
— —

*) 64 Aß gehen auf einen Dukaten.

**) Es ist dies ohne Zweifel die in Kayser's Bücherlexikon angeführte „Diss. inaug.

Von Meisl(*) habe ich einen Brief gehabt, worin er sich sehr über das Traurige seiner jetzigen Lage beklagt und sehr niedergeschlagen darüber ist, daß es ihm fast unmöglich scheine, seine adoptirten moralischen Grundsätze mit dem Genuß der Freuden der großen Welt in gehörige Eintracht bringen zu können. Ich habe ihm nicht darauf geantwortet, theils weil es mir gänzlich an Zeit zu einem guten Briefe mangelte und theils, weil ich überzeugt war, daß Gründe und Deklamationen sehr wenig über den vermögen, der nicht gleich auf der Stelle einsieht, daß Sittlichkeit und Unsittlichkeit sich unter keiner Bedingung paaren lassen, und daß der Wunsch zu einer solchen Harmonie zuletzt nur auf verdorbenen Gefühlen und Neigungen beruhen kann. Was sagen Sie dazu — soll ich ihm darauf antworten? Er scheint Zutrauen zu mir zu haben — dieß ist das Einzige, was mich dazu bestimmen könnte.

Gestern habe ich einen Brief aus London von meiner Schwester erhalten. Sie ist nach einer 10tägigen, höchst unglücklichen Reise dort angelangt und wäre beinahe an den Küsten von Schottland gestrandet. — Lieber, bester Kalmann, Gott erhalte, behüte und schütze Sie. Ich wünsche nichts wärmer und inniger als Ihr Wohlergehen. — — — — — — —

A. Thibaut.

IV.

Kiel, den 12. August 1796.

Lieber Kalmann!

Es ist mir unmöglich, meine Unruhe länger in mich zu verschließen. Vor 5 Monaten versprachen Sie mir die Beantwortung meines letzten langen Briefes, und bis diesen Augenblick habe ich noch keine Zeile weiter von Ihnen gesehen! Sind Sie nicht wohl, sind Sie todt oder sind Ihre Briefe, wie der meinige, in der Irre gegangen? Seit mehreren Monaten ist kein Tag hingegangen, wo ich nicht um Sie in Sorge gewesen wäre. — — — — — — — — — — — — — — — — — — —
Wenn Sie diesen Brief erhalten, so bitte ich Sie bei allem, was Ihnen theuer ist, antworten Sie mir schnell, wenn auch kurz. Alles frägt mich nach Ihnen, und ich selbst fühle es erst jetzt recht stark und lebhaft, wie sehr ich an Ihnen hänge, und wie nöthig es mir zu meiner eigenen Ruhe ist, Sie glücklich und unverändert in Ihren Gesinnungen gegen mich zu wissen. Schreiben Sie mir bald, recht bald, Sie werden einen schweren Stein von meinem Herzen wälzen. — — — — — — —

de genuina juris personarum et rerum indole, veroque hujus divisionis pretio." 8 maj. Kiel. 1796 (Hammerich in Altona).

*) Ueber die Persönlichkeit Meisl's vergl. die diesen betreffende Anmerkung zu Purgstall's Brief I.

Ich bin so unruhig, so ängstlich — eilen Sie, wenigstens aus Mitleid, mich aus diesem Zustande zu reißen. A. Thibaut.

Von mir selbst kann ich Ihnen sagen, daß ich über alles wohl und heiter bin. Meine Jette macht mich unbeschreiblich glücklich. — — —

Ich lese jetzt 2 Kollegien und habe außerdem Fakultätsarbeiten. Sie können sich denken, in welcher starken Anstrengung ich lebe. Reinhold und Mieken Ehlers wollen Briefe für Sie einlegen; allein ich zweifle, ob sie es thun. Mieken ist dabei außer Schuld, denn sie ist jetzt den ganzen Tag bei der Holstein, die sehr durch den Tod ihres Mannes angegriffen ist*).

V.

Kiel, den 6. Oktober 1796.

In diesem Augenblick erhalte ich Ihren Brief, lieber, bester Kalmann. Mir ist Ein Stein vom Herzen gewälzt, aber Sie müssen mich auch noch von einem andern befreien. — — — — — — — — —

Mieken ist mit Jette in Neversdorf**) und wird erst in 12 Tagen zurückkommen. Bis dahin kann ich nicht umständlich an Sie schreiben, denn ich hoffe von Mieken mehr zu erfahren, als Sie mir gesagt haben. Von allen Ihren Briefen habe ich keinen erhalten. Gottlob, daß Sie leben. Sehen [Sie] diese Zeilen nicht als einen Brief, nicht als eine Antwort, sondern als einen Freudenschrei an, der mir über das Wiedersehen des verlornen Sohnes entfährt, und den ich so eilig als möglich zu Ihren Ohren möchte kommen lassen. Ich umarme Sie tausend tausendmal in Gedanken. Alle Ihre Aufträge sollen gewissenhaft besorgt werden.

A. Thibaut.

VI.

Sonnabend, den 15. Oktober 1796.

Mieken und meine kleine Frau***) sind seit vorgestern wieder in Kiel. Ich hätte Ihnen gern augenblicklich nach ihrer Zurückkunft geantwortet, wie ich es in meiner vorläufigen Antwort versprach; allein unerwartete Störungen hinderten mich daran. Sie wissen, daß einem Menschen so etwas wohl ohne sein Verschulden begegnen könne, und werden also daraus keine Schlüsse auf Nachlässigkeit und Mangel an Zuneigung machen.

---

*) Es ist hier ohne Zweifel die Witwe des Grafen Heinrich Holstein-Holsteinburg, Friederike Christiane Marie, geborene Gräfin von Ranzau-Breitenburg, gemeint. Vergl. Nr. VI. von Purgstall's Briefen.

**) Ein Dorf im holsteinischen Kreise Segeberg.

***) Thibaut meint hier offenbar seine Braut.

Ich habe Ihren Brief an Mieken gelesen und bin dadurch ziemlich von der Angst und Furcht befreit worden, die Ihr räthselhafter Brief an mich in mir erregt hatte. Ich finde Ihre Lage nicht reizend, nicht beneidenswerth, aber auch nicht traurig und beunruhigend. Ihre Arbeiten mögen vielleicht uninteressant sein, aber sie sind doch nicht so gehäuft, daß Sie Ihre Gesundheit dabei auf's Spiel oder gar zuzusetzen brauchten. Sie haben Muße für Ihre Lieblingsstudien und — was gewiß sehr viel sagen will — ein sicheres, hinlängliches Auskommen und gute Hoffnungen für die Zukunft. Das alles ist nicht genug — dieß weiß ich wohl. Allein, werden Sie keinen wahren Freund finden, wenn Sie dort erst mehr bekannt, erst unabhängiger und freier sind? Ich kann mich vom Gegentheil nicht überzeugen. Die guten Menschen sind nicht in Einem Winkel der Erde zusammengezwängt, und ich glaube zuverlässig, daß Sie in jedem Orte Menschen finden werden, welche Ihren Kopf und Ihr Herz interessiren. Vielleicht suchen Sie eine Zeit lang vergeblich. Wollen Sie aber bloß deswegen gleich alle Hoffnung verlieren, und darüber all das Gute vergessen, in dessen Besitz Sie sind, dessen Verlust Sie unendlich viel unglücklicher machen würde als das Entbehren alles dessen, was Sie jetzt vermissen? — Doch ich sollte Ihnen ja von mir, und nur von mir schreiben. Halten Sie mir diese kleine Episode zu Gute. Sie wissen, daß ich dergleichen Abschweifungen nicht in böser Absicht mache.

Interessantes und Erfreuliches kann ich Ihnen von meinem literarischen Leben wenig sagen, aber doch mancherlei, was Sie noch nicht wissen. Den ganzen vorigen Winter habe ich, wie Ihnen bekannt ist, in Hannover bei meiner Mutter zugebracht. In dieser Zeit arbeitete ich meine Inaugural-Dissertation (die etwa 10 Bogen stark ist, und welche nächstens auf die Messe kommen wird) und eine andere kleine deutsche Abhandlung oder Programm aus. Beide sind stockjuristisch und die erste lateinisch. Ich habe es also nicht der Mühe und der Kosten werth gehalten, sie Ihnen zu überschicken. Seit dieser Zeit habe ich noch nichts wieder drucken lassen. Ich arbeite indeß jetzt an einer juristischen Encyklopädie, die Ostern (etwa 20—24 Bogen stark) erscheinen wird; auch habe ich schon zu einem Bande vermischter juristischer Abhandlungen die Materialien liegen*).

*) Den Titel der Inauguraldissertation haben wir schon oben mitgetheilt. Aus den Nachrichten in diesem Briefe scheint hervorzugehen, daß Thibaut die Habilitationsschrift im Manuskript vorgelegt und erst später zum Druck befördert habe. Es ist dies um so wahrscheinlicher, da die Dissertation im Winter ausgearbeitet wurde und Thibaut im Sommer schon als Dozent fungirte. Die erwähnte deutsche Abhandlung führt den Titel „Erklärung der L. 22. §. ult. und der L. 23. Digest.

Im künftigen Sommer werde ich sie poliren und feilen und dann Michaelis herausgeben. Das wären also zwei Opera, die ich in Jahresfrist ans Licht stellen werde, — aber leider wird alles für Sie unschmackhaft sein*).

Ich habe im vorigen Sommer 2 Vorlesungen gehalten, die eine vor 3, die andere vor 12 Zuhörern. Mein Vortrag soll — Sie wollen ja alles wissen — wie man mir sagt, gefallen. In diesem Winter werde ich wieder 2 Vorlesungen halten, und zwar die eine auf Verlangen von etwa 10—12 Studenten, zu denen sich vielleicht noch mehrere gesellen werden**). Das Lesen selbst macht mir viel Freude und erhält mich in einer immerwährenden Emsigkeit und Spannung, die meinem Geiste nnd Körper sehr wohl bekommen. Ich habe seit 4 Monaten vielleicht keinen ganzen Tag gefeiert und arbeite von dem Morgen bis zum Abend ununterbrochen. Und doch bin ich keine Stunde unpäßlich und — was noch mehr ist, keine Stunde finster und übellaunig gewesen. Meine hiesigen Aussichten sind zwar noch nicht unbezweifelt gewiß, indeß habe ich doch unter allen hiesigen Dozenten die besten Hoffnungen. Vor etwa drei Wochen habe ich mit Mackensen, Hargens, Meyer und Reiher zugleich um die Adjunktur und außerdem noch besonders um die außerordentliche Beisitzerstelle bei dem hiesigen Spruch-Kollegium (wo auswärtige Prozesse entschieden und Gutachten ausgestellt werden) angehalten***).

---

de pignorat. actione". Was die Enzyklopädie betrifft, so hat Thibaut vollkommen Wort gehalten, denn sie erschien 1797 bei Hammerich in Altona; ihr voller Titel lautet: „Juristische Enzyklopädie und Methodologie, zum eigenen Studio für Anfänger und zum Gebrauch akademischer Vorlesungen entworfen." Nicht minder ist die zweite Zusage in Erfüllung gegangen, denn schon 1798 (oder nach Michaelis 1797) erschienen in 2 Theilen die „Versuche über einzelne Theile der Theorie des Rechts" und in diesen, nicht in den 1814 herausgegebenen „Zivilischen Abhandlungen" erblicken wir die verheißene Arbeit. Fürwahr, die Produktivität des 25—26jährigen Dozenten ist erstaunlich!

*) Kalmann hatte Medizin studirt.

**) Durch die gütige Vermittlung des Herrn Universitätsbibliothekars Dr. Leithe haben wir die Lektionskataloge Kiel's aus der dortigen Bibliothek zur Einsicht erhalten. Nach diesen lautete die Ankündigung der Vorlesungen Thibaut's für das Sommersemester 1796 folgendermaßen: A. F. G. Thibaut, Dr. publicis lectionibus potiora juris civilis controversi capita explanabit; privatim institutiones juris civilis, libellum Hoepfnerianum commentaturus, proponet. (Plura de docendi ratione praefatus est in fine dissertationis, cui titulus inscriptus: Erklärung der L. 22 und 23 D. de pignoratitia actione.) Von der Ankündigung für das Wintersemester 1796/1797 werden wir weiter unten sprechen.

***) Ueber Mackensen vergl. Nr. III. von Purgstall's Briefen, Lit. Bl. S. 96. In dem Personalstand der Kieler Universität erscheint Mackensen Ostern 1795 als Privatdozent, Ostern 1797 als Adjunkt der philosophischen Fakultät.

Christian Friedrich Hargens taucht im Mai 1794 in dem Lektionskataloge Kiel's als Privatdozent der Medizin auf und findet sich als Adjunkt der medizinischen Fakultät noch im Wintersemester 1828—1829.

Joh. Heinrich Meyer erscheint in den Lektionskatalogen von Michaelis 1791 bis Ostern 1798 als Privatdozent, beziehungsweise Adjunkt der philosophischen Fa-

Wie ich höre, hat die D[eutsche] Kanzlei alles zugestanden, und unsere Bestallungen sind schon auf der Post oder gar hier angelangt. Reelle Vortheile sind, wie Sie wissen, mit der Adjunktur nicht verknüpft, und im Spruch-Kollegio kann ich durch unsägliche Mühe und Arbeit jährlich höchstens 50—70 Thlr. verdienen. Doch habe ich den Vortheil, daß ich es weit früher als gewöhnlich geworden bin und deswegen vielleicht zwei und mehrere Jahre früher als andere zur Professur kommen [werde], besonders, wenn ich durch Lesen und Schreiben Beifall erwerben sollte, welches die hiesigen Privatdozenten ihre letzte Sorge sein lassen. Außerdem habe ich hier keinen Feind und alle hiesigen Juristen, selbst Trendelenburg und Cramer, bei denen ich nichts gehört habe, nehmen sich meiner auf's thätigste an*). Ich schmeichle Niemand, bin aber gefällig und bescheiden gegen Jeden. Ueberhaupt bin ich hier in Ansehung des Umgangs in einer sehr angenehmen Lage. Zu Gaste werde ich nirgend mehr gebeten, weil ich es allenthalben gesagt habe, daß mir daran nichts gelegen ist, aber dafür darf ich auch allenthalben ungebeten kommen, wenn ich will. Sie kennen meine Laune, um zu wissen, wie sehr ich mir bei dieser Lebensweise gefallen muß.

Philosophie treibe ich jetzt gar nicht als Studium, sondern höchstens rhapsodistisch, oder beinahe gar nicht. Ich philosophire indeß aus freier Hand, d. h. ohne Bücher, beim Spazierengehen und in Gesellschaft ziem-

kultät. Von ihm rühren, wie wir glauben, sowohl die „Grammaticae universae elementa" als der „Versuch einer neuen Grundlegung zur allgemeinen Rechtslehre" und andere Schriften verschiedenen Inhalts her.

Johann Georg Reyher wurde zu Kiel im Jahre 1757 geboren und starb daselbst am 15. März 1807. Als Privatdozent der Medizin fungirte er in Kiel seit Michaelis 1782, zu Ostern 1797 erscheint er in dem Index scholarum als Adjunkt, im Oktober 1799 als außerordentlicher Professor und dies bleibt er bis in sein Todesjahr; er scheint überdieß ein hervorragender praktischer Arzt gewesen zu sein und hat eine Reihe von medizinischen Schriften, größtentheils enzyklopädisch-praktischer Natur, veröffentlicht.

*) Adolph Friedrich Trendelenburg wurde am 25. Mai 1737 zu Kiel geboren und starb daselbst am 18. August 1803. Von selbstständigen literarischen Arbeiten desselben ist bei Kayser nur die „Oratio duci regn. Mecklenburgico dicta". 4. Bützow. 1773 erwähnt.

A. W. Cramer wurde am 24. Dezember 1760 zu Kopenhagen geboren und starb am 23. Januar 1833 zu Kiel; seine Verdienste um die Kritik der römischen Rechtsquellen hat noch in den jüngsten Tagen Maassen (a. a. O., S. 4) gewürdigt und ihn neben Haubold und Hugo als Vorgänger Savigny's bezeichnet. Seiner Stellung als Oberbibliothekar der Universität entsprechend hat sich Cramer aber auch in anderer Richtung, besonders als Philolog schriftstellerisch bethätigt; außer einer Jugendarbeit über Sueton liegen Ausgaben von Cicero's Reden, Juvenal's Satyren und einer Lebensbeschreibung des heiligen Augustinus vor und schließlich rührt von ihm auch die „Hauschronik, meinen Verwandten und Freunden gewidmet" (Hamburg, Perthes, 1822) her. Cramer's „kleine Schriften" sind nebst Mittheilungen aus seinem literarischen Nachlaß von H. Ratjen (Gr. 8, Leipzig, Hinrichs, 1837) herausgegeben worden und diesem Sammelwerke wurde auch die „Memoria Crameri, inter juris civilis interpretes celeberrimi" von G. W. Nitzsch einverleibt.

lich viel, und habe auf diese Weise einen ziemlichen Vorrath selbstgedachter Ueberzeugungen gesammelt, besonders in Rücksicht der Selbst- und Menschenkenntniß und anderer zur praktischen Moral gehörenden Theile. Wenn ich nur einen Freund hätte, mit dem ich mich unterreden könnte. Hensler und Niebuhr sind in Kopenhagen, und außer diesen wüßte ich hier Niemand, an den sich mein Herz zugleich mit meinem Verstande anschlösse. Mackensen ist geistreich und interessant, wie vielleicht Niemand von meinen Bekannten; er ist edel und gut und besser als hundert andre, die besser scheinen, aber — demungeachtet kann ich mich ihm nicht ganz hingeben. Er ist zu parador, zu lebhaft und heftig bei seinen einseitigen Ueberzeugungen, und zu sehr Hagestolz aus Grundsätzen, als daß eine wahre Harmonie unter uns Statt finden könnte. Wir kommen daher, ungeachtet wir uns sehr gut sind, nur höchst selten, kaum alle 8 Wochen einmal zusammen. — Sein Vortrag gefällt hier nicht. Er hat Ideen und Einfälle in Menge, aber es fehlt ihm ganz die Gabe, einen Gedanken zu zergliedern und seine Ueberzeugungen deutlich zu machen, wenigstens mündlich. — Dagegen steigt aber sein Ruhm als Schriftsteller immer höher, und selbst Schiller hat sich kürzlich nicht geschämt, eine ganze Abhandlung über das d. National-Theater — wörtlich abzuschreiben und sie selbst als seine eigene Arbeit dem Publiko aufzutischen*).

---

*) Die schwere Beschuldigung, welche Thibaut in dem oben abgedruckten Satze gegen Schiller erhebt, hat uns selbstverständlich nicht ruhen lassen.

Es galt zunächst, Mackensen's Schrift zu eruiren, d. i. die 1794 bei Albrecht in Wolfenbüttel anonym erschienene Broschüre „Untersuchung über den deutschen Nationalcharakter in Beziehung auf die Frage: warum gibt es kein deutsches Nationaltheater?" Die Sache war nicht leicht, denn im Buchhandel ist die Schrift längst vergriffen und auf einer Reihe von Bibliotheken Oesterreichs und Deutschlands, bei denen wir theils direkt, theils durch gütige Vermittlung des Herrn Universitätsbibliothekars Dr. Leithe in Wien nachforschten, war sie ebenfalls nicht aufzutreiben. Selbst eine öffentliche Anfrage in Petzholdt's Bibliotheksanzeiger fruchtete nichts. Endlich gelang es, die Existenz des Schriftchens auf einer Bibliothek sicherzustellen, an die wir ursprünglich gar nicht gedacht hatten und auch gar nicht denken konnten, nämlich auf der Universitätsbibliothek in Königsberg, und durch die Liberalität dieser Anstalt sowie der Wiener Universitätsbibliothek erhielten wir die kleine Broschüre zur Einsicht nach Wien.

Nun begann die eigentliche Aufgabe, nämlich, die von Schiller angeblich entlehnte Stelle nachzuweisen.

Thibaut schreibt am 15. Oktober 1796, die Entlehnung habe kürzlich stattgefunden. Wir griffen daher zunächst zu dem Jahrgange 1796 der Horen, da die prosaischen Schriften Schiller's aus dieser Periode in dieser von ihm herausgegebenen Zeitschrift den Zeitgenossen zuerst bekannt geworden sind. Vergeblich. Weder der Schlußaufsatz „über naive und sentimentalische Dichter" noch jener „über den moralischen Nutzen ästhetischer Sitten", die einzigen dieses Jahrgangs, welche Schiller ausgesprochener Maßen angehören, enthalten eine Spur einer Entlehnung.

Wir wandten uns nun dem Jahrgange 1795 zu. In diesem liegt eine Reihe prosaischer Arbeiten Schiller's vor, aber wieder war in keiner derselben, weder in den „Briefen über die ästhetische Erziehung des Menschen" noch in den Abhandlungen „von den nothwendigen Grenzen des Schönen", „über das Naive" u. s. w. ein Anhaltspunkt für Thibaut's Beschuldigung zu finden. Endlich untersuchten wir

— Sein Lebenswandel ist stets derselbe: in keinem Hause Umgang, alle Nachmittag im Dorfgarten, und alle Abend bei Strauß*).

Niebuhr ist Sekretär bei Schimmelmann und kürzlich obendrein Bibliothek-Sekretär in Kopenhagen geworden. Er ist beiden Stellen gewiß vollkommen gewachsen und soll Schimmelmanns ganze Gnade besitzen**).

Woltmann's im V. Stück (S. 15—49) enthaltenen „Beitrag zu einer Geschichte des französischen Nationalcharakters" und da fand sich in der That von S. 45—47 eine Stelle, welche sich zwar als keine wörtliche Entlehnung, aber doch als eine unverkennbare Benützung von Mackensen's Ideen über den Zusammenhang des französischen Nationalcharakters mit der Blüthe der französischen Komödie darstellt.

Der Aufsatz Woltmann's ist nach Uebung der Horen nicht signirt und so erklärt es sich, daß er nach seinem Erscheinen dem Herausgeber Schiller zugeschrieben werden konnte. Unerklärlich ist es nur, daß an dem Irrthum auch nach der Ausgabe des Jahresindex festgehalten wurde, welcher Woltmann als Verfasser nennt, ja daß die Größe der Beschuldigung nicht von selbst dazu führte, sich die naheliegende Gewißheit über den Autor zu verschaffen. Wenn wir somit mit der freudigen Genugthuung schließen können, daß an Schiller's Namen auch in diesem Falle kein Makel haftet, so ist die Beschuldigung Thibaut's doch der Wiedergabe werth zum neuerlichen Beweise von Max Müller's richtiger Bemerkung, wie wenig das Urtheil der Zeitgenossen über unsere Dichterfürsten oft der Bedeutung derselben entsprochen habe. —

*) Es dürfte hier am Platze sein, das interessante Urtheil einzuschalten, welches Niebuhr über Mackensen gefällt hat. Niebuhr spricht sich in einem Briefe an seine Braut dd. London, 28. August 1798 (a. a. O. B. I., S. 189) über Mackensen aus Anlaß der Nachricht von dessen Tode folgendermaßen aus:

„— —

Mackensen genoß meiner Hochachtung in einem hohen Grade; es war ein sehr starker Kopf, ein heller, lebhafter Geist, in Tugenden und Fehlern ein wahrer Engländer — ebenso gesund an Verstand, ebenso derb an Gefühl — er war auch ein inniger Freund und ein edler Mann. Wir waren wenig verbunden. Dies war anfangs seine, und nachher, als ich ihn einmal fürchtete, meine Schuld — vielleicht zu beiden Zeiten meine. Der ihn liebte und ganz zu schätzen wußte, das war K. Hensler, — es war aber auch in ihm selber, was die Verehrung des herben Mackensen gewinnen mußte und früh gewann. Am Gespräch, am bloßen Umgang, wäre es auch der liebenswürdigste, lag Mackensen wenig; er wollte neue treffende Gedanken, Spuren berufenen Nachdenkens, reifen Verstandes, oder Erholung, wenn auch nicht von der auserlesensten Art. Ich fürchtete ihn eine Zeitlang, hatte ihn zuerst verkannt, und pries ihn zuletzt glücklich wegen seiner inwohnenden Kraft. Sein Tod ist ein Verlust für die Nation: seine Werke wären ihr, hätte er länger gelebt, ein Schmuck gewesen." — — — — — — — — — — — — — — —

**) Barthold Georg Niebuhr, der berühmte Verfasser der „römischen Geschichte", geboren den 27. August 1776, gestorben am 2. Januar 1831, bezog zu Ostern 1794 die Universität Kiel, wo er zwei Jahre den historischen, philologischen und juristischen Studien oblag. Im Januar 1796 erhielt er den Antrag, die Stelle eines Privatsekretärs bei Graf Schimmelmann anzunehmen, und folgte diesem Rufe nach einigem Bedenken; doch, obwohl das Verhältniß zu dem Grafen das erwünschteste war, so drückte ihn das Leben in der großen Welt, so daß er schon 1796 die Stelle eines Sekretärs an der Bibliothek antrat, welche ihm Minister Graf P. A. Bernstorf verlieh. Auch hier war seines Bleibens nicht lange, er wurde von der dänischen Regierung mit verschiedenen anderen amtlichen Stellungen und diplomatischen Sendungen betraut, bis er 1806 in preußische Dienste trat. Seine Wirksamkeit in Deutschland ist bekannt. — Der vorstehende Brief spricht davon, Niebuhr habe die Stelle eines Sekretärs bei Schimmelmann und das Bibliotheksekretariat neben einander bekleidet. Dieß ist für einige Zeit auch richtig. Die Stelle an der Bibliothek

Hensler studirt noch immer in Kopenhagen, macht aber dort schon große Kuren. Er wird gewiß ein herrlicher Arzt werden. Wenn er doch hieher käme. Sein Umgang ist ganz nach meinem Herzen und würde gewiß für mich von großem Nutzen sein*).

Mit Reinhold lebe ich in guter, in sehr guter Freundschaft, aber — wir sehen uns selten. Die Gründe warum? brauche ich Ihnen nicht mehr zu wiederholen. Wenn ich Umgang suche, so muß ich mich erholen, durch Gespräche erheitern können. Wo nähme ich doch, wenn ich meinen ganzen Tag im Schweiße des Angesichts gearbeitet habe, noch den Abend die Kräfte her, eine stundenlange Vorlesung mit Bedacht und Vergnügen anhören zu können? Dieß wird sich nicht ändern, und also auch in diesem Betracht alles beim Alten bleiben. Aber dessen kann ich Sie versichern, daß alle Bitterkeit und Kälte unter uns aufgehört hat. Er ist nicht verlegen gegen mich und ich nicht gegen ihn, und wir gehen sehr zutraulich und freundschaftlich mit einander um, wenn auch keiner grade großes Interesse an dem andern nimmt und zu nehmen scheint. Seine Frau soll besser werden. Ich weiß es nicht, wünsche und hoffe es aber zu Gott. Jensen und Binzer — beide ziemlich gläubig — sind die einzigen, mit denen er eigentlich umgeht. Doch macht er viele Exkursionen auf's Land. —

Wie glücklich ich durch meine Jette bin, hat Ihnen, wie ich sehe, Mieken umständlicher geschrieben. Unsere Liebe wächst mit jedem Tage, und ich habe jeden Tag Veranlassung, dem Himmel zu danken, der mich bei dieser Wahl geleitet hat. Alles ist erfolgt, wie ich es erwartet hatte.

Den 17. November.

So weit war ich gekommen, als mich — wie soll ich es nennen? — ein scheußliches, gräßliches Zahnweh überfiel, welches mir allen Verstand, alle Lust und Liebe zum Schreiben und Arbeiten benahm. Weil ich dieses Uebel bisher nicht kannte, so bestand ich darauf, es sei ein Fluß. Ich quälte mich lange damit, bis ich endlich dahinter kam, daß die Schuld an einem hohlen Zahn lag. Ich ließ diesen ausziehn, hatte aber das Unglück, daß mir Herr M. den Zahn, der sehr fest war, durch die Lippe

wurde Niebuhr im August 1796 verliehen, da aber Schimmelmann einen passenden Nachfolger für Niebuhr nicht sofort fand, so versah dieser noch bis in den Mai oder Juni 1797 auch seine früheren Geschäfte. Vergl. „Lebensnachrichten über Barthold Georg Niebuhr aus Briefen desselben und aus Erinnerungen einiger seiner nächsten Freunde". Hamburg. Perthes. 1838. 1839, I. Band. S. 74.

*) Philipp Gabriel Hensler, geboren am 11. Dezember 1733, gestorben am 31. Dezember 1805, war seit 1789 ordentlicher Professor der Medizin zu Kiel. Hier und später ist ohne Zweifel von jenem jüngeren Vetter Hensler's, Konrad Hensler, die Rede, welcher uns aus den Briefen Niebuhr's als dessen naher Freund bekannt ist.

riß und so ein neues Uebel an die Stelle des alten setzte. Während dieser Unglücksfälle gingen die Vorlesungen an, ich mußte einige eilige Arbeiten für das Spruch-Kollegium machen, — und so kam es, daß ich bis diese Stunde diesen Brief unvollendet liegen lassen mußte. Mein Zahnweh ist ganz weg, und ich befinde mich herrlich; wenn ich nur etwas freier von Arbeiten wäre. Der Himmel weiß, wie ich mich diesen Winter noch durchschlagen werde.

Meine Vorlesungen habe ich beide zu Stande gebracht. In der einen sind 14, in der anderen 16 Zuhörer. Sie können sich nicht vorstellen, wie froh ich darüber bin, und mit welcher Lust und Freude ich lese, zumal da ich beide Kollegia privatim halte, und also das Umsonst mir keinen Zulauf verschafft hat. Sollte dies so fortgehen, so hoffe ich meine Wünsche bald erfüllt zu sehen*). — — — — — — — — — —

A. F. J. Thibaut.

VII.

Kiel, den 8. März 1797.

Vorgestern erhielt ich Ihren Brief, lieber Kalmann. Was soll ich Ihnen darüber sagen? Daß ich glücklich darüber bin, daß Sie dadurch meinem Herzen wohl gethan haben? Dies können und werden Sie nicht von mir erwarten. Sie haben sichtbar in einem verstimmten, unlustigen Zustande geschrieben. Wären nicht einige Aeußerungen in Ihrem Briefe und glaubte ich Sie nicht besser zu kennen: so möchte ich das Ganze für Ironie halten. —
Aber ich weiß, daß ich dies nicht um Sie verdient habe. Was ich schrieb, war gut gemeint, und wenn ich Sie auch nicht ganz befriedigte, tröstete und überzeugte: so konnte Ihnen doch meine gute Absicht unmöglich zweifelhaft sein. Gott ist mein Zeuge, daß ich es vom Grunde des Herzens ehrlich mit Ihnen meine. Ich sorge viel für Sie, erinnere mich Ihrer täglich und bin oft traurig darüber, daß ich nichts, gar nichts Reelles zur Erleichterung Ihres Schicksals für Sie thun kann. Sagen Sie mir, was ich besseres thun soll. Kann ich es, so wird alles geschehen, was Sie wollen.

Ein Unglück ist es, daß Sie mir nichts Spezielles über Ihre gegenwärtige Lage sagen, jemals gesagt haben. Ich erklärte mir dann

*) Die Ankündigung der Vorlesungen hatte in dem Lektionskataloge gelautet: „A. F. J. Thibaut, D. publice tradet principia juris communis de concursu creditorum, privatim introductionem in universum Germanorum jurisprudentiam, quam vulgo Encyclopaediam vocant; utrumque PPphos., auditoribus e scriniis suppeditandos sequuturus. Nec iis deerit, qui vel institutionum, vel pandectarum jus examine repetere cupiant." Nach dem Briefe zu schließen muß aber Thibaut die Ankündigung des erstgenannten Publikums über das Konkursrecht zurückgezogen haben.

manches, worüber ich dann vergeblich und vielleicht zu schwarz grüble. Ich habe doppeltes Interesse dabei. Sie sind mein Freund, und ich bin zugleich gewissermaßen der Urheber Ihres gegenwärtigen Standes. Das letzte quält mich mehr als alles, sobald ich nur ahnde, daß Sie Ihr Schritt gereuen könnte. — Ihr Brief hat mich bis auf diese Stunde in eine Stimmung versetzt, die ich Ihnen nicht beschreiben kann und mag.

Sollte ich noch eine bessere Stunde finden, so schreibe ich Ihnen, wie es meinem Herzen am angenehmsten ist; wo nicht, so begnügen Sie sich dieses Mal an folgenden Neuigkeiten.

Mackensen geht Ostern von hier, und zwar nach Kopenhagen als Hofmeister bei dem jüngsten Sohne der Grafen Bernstorf*). Was ihn eigentlich dazu bestimmt hat, ist mir völlig räthselhaft, ob Geldnoth, ob Hoffnung zu einer künftigen Beförderung, oder, wie er sagt, das Verlangen, mit der großen Welt bekannt und nicht zum bloßen Stubengelehrten zu werden? — Das alles weiß ich nicht. Schlechte Absicht hat er unfehlbar nicht; aber ich fürchte, er täuscht sich über vieles. Sein Ruf ist jetzt entschieden; wer weiß, ob er nicht in Kurzem eine Vokation von hier erhalten hätte. — Der tolle Baggesen ist der erste Urheber des Ganzen. Dünkt es Ihnen nicht, daß das bloße Verlangen, einen solchen Menschen, wie Mackensen, zum Hofmeister zu haben, schon eine grobe Indelikatesse ist?

Baggesen reist in 14 Tagen mit seiner schwindsüchtigen, halbtodten, von ihm körperlich und geistig ruinirten Frau nach Italien. Er ist völlig unstät und zu keiner anhaltenden Arbeit fähig. Die Freundschaft zwischen ihm und Reinhold ist ziemlich erkaltet; aber dafür ist er hier im vorigen Sommer sterblich in ein Paar seiner hingebenden Jüngerinnen, Benedikte und Christiane v. Q. . . ., verliebt gewesen, und das unter den Augen seiner Frau, die sich sogar nach seinen Liebeleien sehnt, um ihn bei guter Laune erhalten zu können. — — — —

An meine Anleihe von 100 Thalern denke ich oft, und bin fest entschlossen, um Weihnachten richtig meine Schuld abzutragen. Ich werde zu diesem Ende im Sommer ein privatissimum lesen, und was dann fehlt, wird Gott schon herbeischaffen helfen. — — — — — — — — —

Mit der nächsten Gelegenheit erwarte ich einen Brief von Ihnen,

---

*) Der berühmte dänische Minister Andreas Peter Graf von Bernstorf, der Neffe von Johann Hartwig Ernst Graf von Bernstorf, ist hier gemeint. Er ward geboren den 28. August 1735 zu Gartow im Lüneburgischen und starb den 21. Juni 1797 zu Kopenhagen. Vermählt von 1763 – 1782 mit Heneriette und seit 1783 mit Auguste Gräfin von Stolberg, den Schwestern der beiden Dichter dieses Namens, hatte er neun Kinder aus der ersten, eines, und zwar einen Sohn, aus der zweiten Ehe; bei diesem Sohne zweiter Ehe muß Mackensen Hofmeister gewesen sein.

lieber Kalmann, wie ich ihn mit Recht wünsche, einen Brief, in dem Sie weniger von der Voraussetzung ausgehen, daß ich alles weiß und errathen kann, was Sie mir bis jetzt verschwiegen haben. Wir sind jetzt zwei Jahre von einander getrennt, und in Ihrer Lebensweise ist eine gänzliche Revolution vorgegangen. Was Sie seit dieser Zeit geworden sind, wie Sie denken, empfinden, wünschen, hoffen, wie Ihre äußeren Verhältnisse sind — das alles kann ich nicht a priori aus dem entwickeln, was ich durch eigene Erfahrung von Ihnen weiß. Setzen Sie voraus, daß ich Sie in ihrer jetzigen Gestalt gar nicht kenne, und daß mich jede Kleinigkeit interessirt, welche Sie betrifft: alsdann, denke ich, wird unser Briefwechsel eine Wendung nehmen, ohne welche nothwendig Stockungen in demselben entstehen müssen. Von mir selbst mag ich Ihnen nicht immer schreiben, wenn Sie sich nicht mit mir gleich stellen, und über wissenschaftliche Gegenstände können wir uns eben so wenig unterhalten, weil ich mein Bischen Kraft sorgfältig für den Hausbedarf zu Rathe halten muß. Zu historischen Briefen haben wir beide Kraft und Muße, und wenn wir die Rolle des Erzählers und Hörers nach Recht und Billigkeit vertheilen, so wird es uns nicht leicht an Stoff zu angenehmen, unser Herz interessirenden Unterhaltungen gebrechen. Bis jetzt habe ich das Meinige gethan, so sehr, daß ich mich oft schämte, bloß von mir und meinen Angelegenheiten zu sprechen. Glauben Sie mir, es ist auch dem Egoisten, wie ich vielleicht wohl ziemlich bin, sehr, sehr schwer, das Ich ewig zu setzen, wenn das Nicht-Ich seine Schuldigkeit nicht thun will. A. Thibaut.

Das Buch von (?) über die Weiber habe ich noch nicht gelesen. Seit einem Jahre habe ich keine Stunde auf solche Sachen verwenden können.

VIII.

Kiel, den 17. Juni 1797.

Seit 14 Tagen habe ich unerwartet 2 Briefe hinter einander von Ihnen erhalten, einen kurzen und zuletzt einen herrlichen langen, welcher die Antwort auf meinen jüngsten Brief enthält. Der letzte ist mir nicht wegen seiner Länge, sondern wegen seines Gehalts bei weitem der interessanteste, vielleicht der interessanteste von allen (wenigstens nach meinem Gefühl), welche Sie jemals an mich geschrieben haben: Denn nicht leicht bin ich zufriedener, heiterer, Ihnen herzlicher und wärmer zugethan gewesen, als nach der Lesung dieses Briefes.

Ich danke Ihnen herzlich für diesen neuen Beweis Ihrer freundschaftlichen Gesinnungen; im Herzen noch mehr, als ich es Ihnen sagen kann, und in diesem Augenblick, von tausend Berufsgeschäften überhäuft,

sagen darf. — Ich lese in diesem Sommer 3 Kollegia*), das halbe Jahr ist kurz, und meine gewöhnlichen Nebenarbeiten dauern ununterbrochen fort. Was ich treibe, muß mit allem ersinnlichen Fleiß geschehen, auch wenn alle meine Neigungen dawider sind. Sie wissen, ich bin doppelt dazu verpflichtet. Nehmen Sie daher auch dieses Mal mit meinen kurzen Aphorismen vorlieb, und trösten Sie sich mit dem Gedanken, daß ein gut gemeintes Schärflein der armen Wittwe und ein Wort aus der Fülle des Herzens Ihnen auf allen Fall sichere Bürgen der Fortdauer meiner bisherigen Gesinnungen sind. — — — — — — — — — — —

Für die verstattete Galgenfrist in Ansehung der 100 Thlr. danke ich Ihnen herzlich. Ihr vorletzter Mahnbrief setzte mich in nicht geringe Verlegenheit, weil nach meiner Berechnung der Zahlungstermin erst auf Weihnachten fällt. Indeß werde ich himmelfest das Geld nebst den Zinsen präzis um Michaelis von hier abschicken. Ich verdiene diesen Sommer mit meiner Vorlesung 150 Thlr. und vielleicht noch mehr, aber einen Theil davon erhalte ich erst am Ende des halben Jahres. Was davon nicht höchstnöthig zu meiner Erhaltung nothwendig ist, spare ich für Sie auf, und wenn dann noch etwas fehlt, so werde ich gewiß Rath schaffen. — Es freut mich unendlich, daß ich mich so nach und nach durch eigenen Verdienst aus meinen Schulden reißen kann. — — — — —

Neues ist hier nichts, wenigstens nichts von Bedeutung vorgefallen.

Mackensen ist in Kopenhagen und gefällt in Bernstorfs Hause sehr, aber leider wird er höchst wahrscheinlich bald wieder von dort müssen, weil der Graf fast ohne Hoffnung am Podagra krank liegt.

Der Dr. Eimbke ist Ober-Inspektor des Oldesloer Salzwerks geworden, nachdem er vorher vergeblich um die außerordentliche Professur angehalten hatte. Er war zu grob und träg, um als Dozent einigen Beifall zu gewinnen**).

Hensler ist diesen Sommer hier in Kiel, um zu promoviren. Er wohnt mit mir Zimmer an Zimmer, und wir haben viele glückliche Stunden mit einander. Er arbeitet in diesem Augenblick mit mir in Einer Stube (?), und hat mir eben viele herzliche Grüße in die Feder diktirt.

---

*) Das Vorlesungsverzeichniß für das Sommersemester 1797 besagt: „A. F. J. Thibaut, D. publice in G. L. Boehmeri principia juris feudalis commentabitur; privatim Institutiones juris civilis, duce Hoepfnero, exponet, nec non Encyclopaediam et Methodologiam juris, ad filum libelli sui (cui titulus inscriptus: juristische Enzyklopädie und Methodologie. Altona 1797.) docebit."

**) Dr. Georg Eimbke erscheint in dem Lektionskataloge des Sommersemesters 1794 zuerst als Privatdozent; nach den Briefen Niebuhr's (a. a. O. S. 60) hörte dieser im Winter 1794/1795 bei Eimbke Physik und organische Chemie.

Aus Riemanns und Binzers Hause soll ich Sie gleichfalls herzlich grüßen.

Leben Sie wohl, zufrieden und glücklich, lieber Kalmann, und erhalten Sie mein Andenken, wie ich das Ihre stets erhalten habe und erhalten werde. Gott lohne Ihnen Ihre Liebe und Freundschaft. Vergelten kann ich Ihnen nicht, was Sie an mir gethan haben, aber darauf können Sie sicher bauen, daß ich zeitlebens Ihr wärmster, aufrichtigster, treuester Freund sein und bleiben werde. A. Thibaut.

Wissen Sie es schon, daß die Baggesen vor 4 Wochen hier an der Schwindsucht gestorben ist? — — — — — — — — — — — —

In ihrer Krankheit hat sich B. sehr gut gegen sie genommen, und war bei ihrem Tode ganz außer sich — wenigstens in der Phantasie, die sein Wille nach Gutbefinden leiten kann. — Aber — nach 14 Tagen hielt er schon — freilich unter dem Schein des Schönen, im Namen seiner verklärten Sophie — um ein anderes Mädchen an!!! — — —

Jetzt wüthet er in Hamburg, denn — — — — er hat richtig einen Korb gekriegt*).

IX.

Kiel, den 20. August 1797.

Sie erhalten hiebei die schuldigen 100 Thlr. nebst den seit zwei Jahren fälligen Zinsen. An den letzten fehlt etwas, weil ich es nicht in Gelde überschicken konnte. Ich werde davon Ihre etwaigen Aufträge, welche Sie mir geben, bestreiten.

Ihren letzten Brief habe ich erhalten, wie Sie aus den beiliegenden Wirkungen sehen werden. Nächstens schreibe ich Ihnen mehr. Jetzt habe ich keinen Augenblick Zeit dazu. A. Thibaut.

X.

Kiel, den 8. Januar 1798.

Ich bin durch dringende, schwierige und zum Theil höchst verdrießliche Geschäfte seit Michaelis im höchsten Grade überladen gewesen, so sehr, daß ich seit 4 Wochen vielerlei Ungemach in Ansehung meiner Gesundheit habe dulden müssen. Denken Sie sich nur: ich habe 3 Kollegia gelesen, eine äußerst schwierige Vorlesung größtentheils ausgearbeitet und ein ganzes Buch, alles in Zeit von 3 Monaten, vollendet, meine praktischen Arbeiten nicht mit eingerechnet**). Dabei habe ich wegen meiner

*) Baggesen verheirathete sich nach einigen Quellen noch im Jahre 1797, jedenfalls aber 1798 oder 1799 zum zweiten Male, nämlich mit der Genferin Fanny Reybaz; die Vermählung erfolgte in Paris während seiner zweiten großen Reise.

**) Das Buch, von dem oben die Rede ist, sind entweder die schon erwähnten „Versuche über einzelne Theile der Theorie des Rechts" oder ist es die „Theorie der Auslegung des römischen Rechts". (Gr. 8 Altona. 1799. Hammerich.)

Die Ankündigung der Kollegien hatte gelautet: „A. F. J. Thibaut, D. quatuor per hebdomadem diebus institutiones juris civilis examinando

jetzigen und künftigen Existenz viele Sorgen und noch mehr andre schmerzliche Verdrießlichkeiten und Kümmernisse gehabt. Dies hat mir so alle Zeit und Kraft geraubt, daß ich nothgedrungen das Schreiben an Sie von Tage zu Tage verschieben mußte. Ich hoffe, Sie kennen mich, und ich kenne Sie zu gut, als daß es nöthig wäre, Ihnen noch mehr Ausführliches zu meiner Entschuldigung zu sagen. Noch nie, glauben Sie mir, habe ich mit solcher innigen, schmerzlichen Sehnsucht einem ruhigen, freien Augenblick entgegengesehen, als dieses Mal, um Ihnen sagen zu können, daß meine Liebe für Sie unverändert, daß meine Freundschaft gegen Sie noch eben so stark, warm und aufrichtig ist, als sie es jemals war, und daß ich mich nur noch immer öfter und verlangender an Sie erinnere, je mehr Zeit und Umstände uns von einander trennen und entfernter zu halten scheinen.

Auch in Ehlers Hause grünt und blühet das Andenken an Sie noch eben so lebendig, als ob Sie erst vor einer Stunde von uns gegangen wären. Wir sprechen viel und oft von Ihnen, und gewiß alle mit Empfindungen, welche Sie über alles glücklich machen würden, wenn Sie es möglich zu machen wüßten, in dem Herzen eines jeden zu lesen. Hanne, welche mit Pohrt versprochen ist, und sich sehr glücklich durch ihn fühlt, hat besonders oft Gelegenheit, mit Liebe und Dankbarkeit an Sie zu denken. Pohrt wird selbst an Sie einige Zeilen beilegen. Er ist schon seit 3 Wochen in Ehlers Hause und wird im künftigen Monat nach Riga abgehen, um sich eine Pfarre zu suchen und sich in den Stand zu setzen, Hanne bald zu sich herüber zu holen.

Emil ist jetzt in Jena, dies, glaube ich, wissen Sie schon. — — —

Vor einigen Tagen habe ich erfahren, daß der Graf Purgstall jetzt wieder auf seinen Gütern ist. Ich hoffe, seine Gegenwart wird viel zur Verbesserung Ihrer bisherigen Lage beitragen. Wenn Sie wollen und können, so schreiben Sie mir recht bald etwas darüber, und wenn es nicht anders sein kann, nur darüber allein. Meine Neugier und mein Verlangen, recht schnell wieder etwas von Ihnen zu hören, ist auf den höchsten Grad gespannt. Die Wünsche Ihrer Freunde waren Ihnen sonst heilig; ich hoffe also, daß Sie auch diesmal meine Bitten nicht lange unerhört lassen werden. — — — — — — — — — — — —

Von ganzer Seele Ihr A. Thibaut.

---

portractabit, junctis more consueto exercitationibus, quae legum tum interpretationi tum applicationi inservient, nec non totidem quavis septimana horis hermeneutices juris Romani praecepta tradet"; da Thibaut in dem vorstehenden Briefe von drei Kollegien spricht, so hat er wohl, wenn nicht ein Kollegium nachträglich eingeschoben wurde, das Praktikum abgesondert von dem Examinatorium in Anschlag gebracht.

XI.

Kiel, den 15. Juli 1799.

Emil hat seit seinem Aufenthalte bei Ihnen nicht an Sie geschrieben. Der Grund ist, weil er den ganzen vorigen Winter in Wien sehr krank war, krank von dort abreiste, und erst seit einigen Wochen wieder hergestellt ist. Er war oft sehr unruhig darüber, was Sie und Purgstall von seinem Stillschweigen denken würden. Seit 8 Tagen macht er eine kleine Gesundheitsreise hier im Lande*).

In Ehlers Hause ist alles wohl und unverändert, und ich habe von allen viele herzliche Grüße für Sie.

Meine eigene Lage ist nicht eben die reizendste. Ich muß meine ganze Existenz meinem Berufe widmen und bin mit Arbeiten bis zum Ersticken überladen. Dennoch habe ich noch kein Gehalt, weil unsre Kasse so arm ist, und verwickle mich immer tiefer in Schulden, welche mir um so drückender werden, da ich Jette Ostern meines Glücks und meiner Ruhe wegen durchaus heirathen will, es folge auch daraus, was wolle. Im Uebrigen habe ich freilich alle Ursache, mit meiner Lage zufrieden zu sein. Meine Vorlesungen sind fortwährend sehr stark besetzt, und meine Schriften finden einen Beifall, auf den ich nicht gerechnet hatte. Auch will man mir in Kopenhagen sehr wohl, und ich habe das Versprechen, daß mir zuerst geholfen werden soll. Aber es fehlt leider dazu an Mitteln. Gewiß würde ich schon längst auf eine andere Akademie gegangen sein, wenn mein Herz mich nicht so sehr an Kiel fesselte.

Ich verlange auf diesen Brief nur einige Zeilen Antwort von Ihnen, aber ich wünsche es innig, daß Sie mir recht ausführlich antworten, daß Sie mir einmal recht umständlich von sich, Ihrer Lage und Ihren Aussichten in die Zukunft Nachricht geben. Ich wiederhole Ihnen noch einmal: Niemand kann treuer, wärmer und inniger Ihr Freund sein, als ich es bin. Jedesmal durchschneidet es mir das Herz, wenn ich denke, daß Sie meine Freundschaft von sich stoßen.

*) Emil Ehlers hat die Steiermark während der Herbstferien des Jahres 1798 von Wien aus besucht, er spricht in den uns vorliegenden Briefen an Kalmann wiederholt mit Freude von der Weinlese in Radkersburg und Luttenberg. Den Winter 1798 1799 (wie wir die Anmerkung zu Purgstall's Brief X., L. Bl. S. 164, berichtigend bemerken) brachte Ehlers seiner medizinischen Studien wegen in Wien zu, den Winter 1799—1800 befand er sich zu gleichem Zwecke schon in Kopenhagen. Nach seiner Promotion weilte er das Jahr 1801 hindurch in Paris und siedelte sich dann (1802) in Altona als praktischer Arzt an, um 1803 Rosine Coith aus Wien zu heirathen. Eine Frucht seiner Reise nach Paris scheint die Uebersetzung einer medizinischen Schrift in's Französische gewesen zu sein, auf welche ein Brief an Kalmann aus Nancy (vom 2. Januar des 10. Jahres der Republik) hindeutet. Im Jahre 1803 erschien schon die zweite Ausgabe dieser Arbeit (Himly, M. K., de la paralysie de l'iris etc. Traduit par E. A. Ehlers. Gr. 8. Altona. Hammerich.)

Purgstall grüßen Sie auf's Herzlichste von mir und uns allen. Was uns Emil von ihm und seiner Lage erzählt hat, war uns sehr erfreulich. Ich hätte schon längst einmal an ihn geschrieben, wenn ich wüßte, daß es ihm angenehm wäre, und wenn nicht schon seit 4 Jahren meine Freiheit so beschränkt gewesen wäre, daß ich beinahe alle Forderungen meines Herzens unbefriedigt lassen mußte. Ich würde dies nicht ertragen haben, wenn ich nicht auf bessere Zeiten hoffen könnte. — —

Von ganzem Herzen Ihr A. F. J. Thibaut.

Schreiben Sie mir doch auch, ob Sie die von mir an Sie abgesandten 100 Thlr. erhalten haben. Sollte es nicht sein, so ist es noch Zeit, daß ich meinen Mandatar oder die Post in Anspruch nehme.

XII.

Kiel, den 21. Oktober 1799.

In Ehlers Hause ist alles wohl. Ich habe von Vater, Mieken, Hanne, Meta und Jette tausend Grüße an Sie und Ihre Frau, welche letzte kennen zu lernen wir alle vor Begierde brennen. Daß Ihr Sohn mir ähnlich ist, habe ich mit Schrecken vernommen, und mein einziger Trost ist, daß er noch alles verwachsen wird*). — Emil hat vergessen, worüber er mit Ihnen gewettet hat, und bittet Sie, mir oder ihm durch einige Zeilen Belehrung darüber zu ertheilen. Daß er von seiner Krankheit, die der Melancholie in Wien sehr nahe war, ganz wieder hergestellt ist, habe ich Ihnen, glaube ich, schon geschrieben. Er hat heute plötzlich nach Kopenhagen, wo er in diesem Winter Accouchement treiben wird, abreisen müssen, wird aber auf allen Fall Ostern zu der Hochzeit von Jette und Hanne hieher kommen. — Pohrt ist jetzt auf dem Punkt, eine Pfarre zu erhalten. Gottlob, daß Hanne so stark ist! Mieken, Meta

*) Thibaut scheint hier gegen sich selbst ungerecht gewesen zu sein. Guyet beschreibt (a. a. O. Seite XXV) Thibaut's äußere Erscheinung in späteren Jahren folgendermaßen: „Thibaut war von Gestalt über Mittelgröße. Auf breiten kräftigen Schultern thronte ein herrlicher Kopf, dessen Züge unverkennbar an den angenommenen Typus des Zeus mahnten, vor Allem aber waren seine Sonnenaugen herrlich zu nennen, mochten sie Gewitterzorn über Gemeines ausdrücken oder freundliches Wohlwollen sprechen; starkes, zierliches, langes Haar hieng gescheitelt herab, das schon früh zu ergrauen anfieng, und späterhin ganz weiß wurde, wobei ein, in den letzteren Jahren angenommenes Hausmützchen von schwarzem Sammt wohl kleidete. Der Oberkörper war äußerst stark, der Unterkörper erschien etwas klein dagegen." Baumstark aber spricht sich (a. a. O., S. 72), wie folgt, aus: „Der Ueberrock, welcher immer zugeknöpft war, gab seiner ohnehin hohen und kräftigen Gestalt ein noch höheres Ansehen. Ueber dieser großen mächtigen Gestalt thronte aber ein Haupt, welches der lebendige Ausdruck von Geist und Kraft war. Derselbe konnte streng genommen nicht schön genaunt werden, aber seine großen ausdrucksvollen lebendigen blauen Augen, seine ungewöhnlich hohe und breite gewölbte Stirne, und das in langen Locken herabwallende Silberhaar gaben ihm eine Mächtigkeit und Würde, welche auch dem allerfremdesten Besucher Heidelbergs unwillkürlich Ehrfurcht einflößte."

und Jette ertrügen eine solche Trennung von den Ihrigen nicht. — Im Uebrigen ist hier alles noch im Ganzen auf dem Alten. Folgende Neuigkeiten interessiren Sie indeß vielleicht: Der junge Professor Hensler hat, zum dritten Mal, ein sehr feines Mädchen aus Husum; der Professor Müller, zum zweiten Mal, die älteste Tochter von Trendelenburg, die verwittwete Wiesen; ferner Trendelenburg ein Fräulein aus dem Mecklenburgischen, und endlich der kleine Hargens die Ihnen bekannte Madame Meier, worin Meisl verliebt war, geheirathet*). Die Niemann hat vor 8 Tagen wieder eine Tochter geboren, nachdem vor etwa 12 Wochen ihre jüngste Tochter Amalie gestorben ist.

Die Philosophie liegt hier fast in letzten Zügen. Das Reich wird immer mehr uneins; Geist und Geschmack werden immer seltener; und so ist es denn kein Wunder, wenn das Volk mißtrauisch und gleichgültig wird.

Bei dieser Gelegenheit hätte ich noch eine Frage und Bitte an Sie. — Ich habe einen Bruder, welcher jetzt etwa 24 Jahre alt ist, und obgleich er fast 10 Jahre mit Auszeichnung als Offizier gedient hat, dennoch nicht weiter als bis zum Fähndrich vorgerückt ist, weil ihm sein General, welcher bestechlich war, im Anfange des Krieges auf einmal 12—14 reiche, adliche Bauernjungen vorsetzte. Er ist jetzt entschlossen, den Militärdienst aufzugeben, und sich dagegen der Oekonomie zu widmen. Zu diesem Ende wird er erst ein Jahr nach Göttingen gehen und dann hier im Lande praktisch bei einem geschickten Landwirth die Oekonomie studiren. Leider hat er aber kein Geld, um sich in der Zukunft anzukaufen. Er wird mithin durch Pachtungen sein Glück machen müssen. Da diese hier aber auch sehr schwer unter vortheilhaften Bedingungen zu erhalten sind: so wünschte ich wohl von Ihnen zu erfahren, ob er nicht vielleicht in den dortigen Gegenden besser und sicherer sein Glück machen könnte? Er hat viel Kopf, ist beinahe bis zum Eigensinn redlich, und hat dabei viel Lebensart und Kultur. Das einzige, was ich an ihm zu tadeln weiß, ist, daß er zu viel militärisches point d'honneur hat; aber

---

*) Im Wintersemester 1799/1800 finden sich in dem Kieler Lektionskataloge zwei Professoren Hensler, der eine ist der uns schon bekannte Mediziner Ph. G. Hensler, der väterliche Freund Niebuhr's, der zweite der Theologe C. G. Hensler. Beide tauchen gleichzeitig, nämlich im Winter 1789/1790 als ordentliche Professoren auf, der Theologe war aber schon seit dem Herbste 1786 Extraordinarius gewesen; gleichwohl halten wir den letzteren für den jüngeren. Er fungirte bis 1811, während der Mediziner schon 1805 starb. Letzterer hatte, wie wir aus Niebuhr's Briefen wissen, seine Frau am 11. Dezember 1794 verloren.

Unter dem Professor Müller ist der Extraordinarius der theologischen Fakultät H. Müller zu verstehen, welcher von Ostern 1789 bis Ostern 1805 als solcher und von da bis Ostern 1814 als Ordinarius der philosophischen Fakultät fungirte.

dies wird sich, denke ich, wohl noch abschleifen. Er ist im verflossenen Sommer einige Monate hier bei uns gewesen.

Vielleicht, lieber Kalmann, haben Sie diesen Brief schon 14 Tage früher von mir erwartet, zumal, da jetzt gerade Ferien sind. Ich hoffe aber, Sie werden mir dieses Zaudern verzeihen. Die Ferienzeit ist gerade die härteste für mich. Gewöhnlich häufen sich dann die Fakultätsarbeiten so sehr, daß ich oft beinahe daran verzweifle, wie ich mich hindurch arbeiten soll. So ist es auch in diesen Ferien gegangen. Sie glauben es nicht, wie ich, oft zum Nachtheil meiner Ruhe und Gesundheit, alle Kräfte fortwährend in der höchsten Spannung halten muß, um mir mein Leben zu fristen, und mich dagegen zu sichern, daß ich nicht immer tiefer in Schulden sinke. Vor etwa 3 Monaten, da ich ein neues Buch an die D[eutsche] Kanzlei einsandte*), habe ich förmlich und in sehr starken Ausdrücken um ein ordentliches Gehalt gebeten. Der Minister Reventlow**) antwortete mir in einem Privatbriefe: Die Kanzlei erkenne ganz die Rechtmäßigkeit meiner Forderungen, man habe schon oft an mich gedacht, — aber der erschöpfte Fond mache der Kanzlei viele Schwierigkeiten. Indeß wolle er alles Mögliche versuchen, um mir zu helfen. — Gott gebe, daß dies mehr als leere Formel ist***)!

Leben Sie recht, recht wohl, lieber Kalman, und denken Sie so oft an uns, als wir uns Ihrer erinnern. Ihre Frau grüßen Sie herzlich von mir, so wie den Graf Purgstall. — Könnte ich nur einmal einige Tage bei Ihnen sein! A. F. J. Thibaut.

---

*) In diesem Falle ohne Zweifel die „Theorie der logischen Auslegung".

**) Der hier genannte Minister Graf Reventlow muß entweder der Graf Christian Detlev Friedrich (geboren 11. März 1748, gestorben 11. Oktober 1827) oder der Graf Caj Friedrich (geboren 17. November 1753, gestorben 7. August 1834) gewesen sein. Beide waren Minister. Die Herausgeber der Briefe Niebuhr's bezeichnen in der Anmerkung zu Niebuhr's Briefe aus Kopenhagen vom 24. November 1797, in welchem von dem Grafen Caj Friedrich, dem Gemahl der Gräfin Louise Henriette von Bernstorf, die Rede ist, diesen Grafen als den Präsidenten der deutschen Kanzlei.

***) Guyet und Günther berichten übereinstimmend, daß Thibaut 1798 zum außerordentlichen und 1799 zum ordentlichen Professor der Rechte ernannt worden sei; Guyet fügt noch bei, letzteres sei nach Ablehnung eines Rufes nach Kopenhagen erfolgt. In der schon zitirten Anmerkung zu Purgstall's Briefen hatten wir nach Wagener angenommen, Thibaut sei 1799 erst zum Extraordinarius ernannt worden und als solcher bis 1802 in Kiel verblieben.

An der Hand der Lektionskataloge sind wir nunmehr in der Lage, diese Daten vollkommen sicherzustellen. Thibaut erscheint im Status des Wintersemesters 1798/1799 zum ersten Male als Extraordinarius und in jenem des Sommersemesters 1801 zum ersten Male als Ordinarius; die Angaben bei Günther, Guyet und Wagener sind demnach größtentheils unrichtig. Die Widersprüche lassen sich indessen an der Hand des vorstehenden Briefes wohl dahin lösen, daß Thibaut von 1798—1799 unbesoldeter Extraordinarius war und daß er Ende 1799 die Beförderung in die erbetene Gehaltskategorie erhielt. Im Sommersemester 1802 ist Thibaut's Namen im Kieler Lektionskataloge nicht mehr zu finden.

Wenn Sie mir antworten, so möchte ich Sie wohl bitten, hübsch klein, eng und auf feinem Papier zu schreiben. Das Porto ist hier unsäglich theuer, und es mir jetzt oft manche Kleinigkeit drückend, welche ich ehemals nicht achtete*).

XIII.

Kiel, den 12. Januar 1800.

Mit schwerem und betrübtem Herzen mache ich Ihnen hierdurch bekannt, daß unser theurer, unvergeßlicher Vater **Ehlers** vor 4 Tagen, nämlich den 9. d. M., Morgens um 5 Uhr, nach einer 3tägigen Krankheit, sanft und ruhig entschlummert ist.

Mieken, Hanne, Meta und Jette sind gefaßt, wie es möglich ist. Von Emil, der sich jetzt in Kopenhagen aufhält, werden wir erst in 8 Tagen etwas erfahren.

Ich hielt es für meine Pflicht, Ihnen wenigstens dies zu sagen. Mehr kann ich nicht. Dem Graf Purgstall machen Sie wohl alles bekannt. Alle grüßen Sie und ihn.

Vergessen Sie uns wenigstens nicht ganz. Wir verdienen es nicht. Denn unsre Freundschaft ist noch so warm, wie je**).

A. Thibaut.

XIV.

Heidelberg im Großherzogthum Baden, den 17. Oktober 1807.

Die Noth zwingt mich zu diesen Zeilen an Sie. Beträfe die Sache mich, so würde mir dieser Brief sehr schwer werden. Denn ich gestehe Ihnen, daß mich oft bittrer Unmuth ergreift, wenn ich bedenke, daß meine Ihnen Jahre lang erprobte redliche Freundschaft das Schicksal hat erleben müssen, nun schon 7 Jahre, wie es scheint, gänzlich von Ihnen

---

*) Wenn man vorstehende Mahnung liest, wird es einem zum Theile begreiflich, weßhalb die Briefe aus jenen Tagen so unendlich eng und klein geschrieben sind. Auf eine kleine Oktavseite kommen bei Thibaut über 40 Zeilen. Auch das „Einlegen" von Briefen in fremde Briefe erhält seine eigenthümliche praktische Begründung. So motivirt indeß Thibaut's Mahnung auch gewesen sein mag, Kalmann scheint sie verstimmt und zum Einstellen der Korrespondenz veranlaßt zu haben.

) Martin **Ehlers wurde zu Nortorf in der Wilstermarsch im Herzogthum Holstein den 6. Januar 1732 geboren. Nachdem er von 1760 an als Schulmann gewirkt hatte, folgte er 1776 einem Rufe als Professor der Philosophie an die Kieler Universität. Aber auch als akademischer Lehrer wirkte er unablässig zur Verbesserung des Erziehungswesens durch seine Vorlesungen über Pädagogik und durch seinen thätigen Antheil an dem Campe'schen Revisionswerke. Seine Bedeutung beruhte überhaupt nicht auf dem Gebiete der spekulativen, sondern auf jenem der populären, praktischen Philosophie und Moral. Sein schriftstellerisches Wirken („Gedanken von den zur Verbesserung der Schulen nothwendigen Erfordernissen", Altona, 1766, „Sammlung kleiner, das Schul und Erziehungswesen betreffender Schriften", Flensburg, 1776, „Winke für gute Fürsten, Prinzenerzieher und Volksfreunde", Kiel und Hamburg, 1786—1787, 2 Theile, „Betrachtungen über die Sittlichkeit der Vergnügungen", Dessau, 1782) sowie sein häusliches Leben stehen hiemit in vollem Einklange.

vergessen zu sein. In diesem Gefühl würde ich — ich sage dies mit meiner alten Offenheit — es kaum über mich vermögen, zu meinem Besten einen Wunsch an Sie zu richten. Allein diese Zeilen betreffen nicht mich; sie betreffen eine Freundin, welche Sie sonst über alles verehrten und gewiß immer von ganzer Seele lieben werden. Hier kann ich mich denn der Freude, einige Zeilen an Sie nach langen Jahren wiederum zu richten, ohne Zwang und Verlegenheit überlassen. — — — Ueberlegen Sie nun alles, und lassen Sie mich auf's schnellste das Resultat wissen. Ich bitte Sie darum bei allem, was Ihnen und mir sonst heilig und theuer war.

Zugleich ersuche ich Sie recht sehr, mir über das Schicksal des Graf Purgstall das Nöthige zu sagen und ihn auf's Herzlichste von mir zu grüßen. Seit 5 Jahren weiß ich nichts davon, wie und wo er lebt. Eben so wenig weiß ich von Ihnen. Wenn es Sie auch nicht interessiren sollte, ferner etwas Genaueres von mir zu erfahren, so bitte ich Sie, doch zu glauben, daß Nachrichten von Ihrem Glück mich herzlich erfreuen werden. Sollte die Ueberzeugung von meiner Theilnahme alte Empfindungen wieder in Ihnen hervorrufen, so würde ich Ihnen alles mittheilen, was Sie über mich und die Meinigen zu wissen wünschen.

Meine Frau grüßt [Sie] herzlich, mit eben der Wärme, mit welcher ich wünsche, daß das Glück Sie und die Ihrigen stets freundlich in seinen Schutz nehmen möge. Thibaut

(jetzt Professor hier in Heidelberg).

XV.

Heidelberg, den 17. Januar 1808.

Welchen Eindruck Ihr Brief auf mich gemacht hat, brauche ich Ihnen wohl nicht zu beschreiben. Sie waren der letzte, von dem ich Rettung für unsre Freundin hoffte! Der Himmel weiß, wie es jetzt mit ihr werden wird, besonders bei dem unglücklichen Schicksal ihres Vaterlandes. Ich habe ihr gleich Ihren Brief mitgetheilt, und sie wird Ihnen gewiß mit mir für Ihre Theilnahme herzlich danken, sowie sie sich mit mir auf gleiche Art über alles freuen wird, was Sie uns von Ihrem häuslichen Glücke erzählen.

Zu den Nachrichten von mir, welche Sie zu erfahren wünschen, verstehe ich mich fast ungern. Gott hat mich vor vielen begünstigt; aber kaum mag ich mich meines Glücks freuen und über mein Glück denken und sprechen, seitdem (vor 6 Monaten) unser ältestes, himmlisches Mädchen durch einen unerwarteten Tod aus unsrer Mitte gegangen ist. Unsre Wunden bluten fast noch, wie am ersten Tage, und noch oft vermögen

wir es nicht, uns zu fassen. Darum verzeihen Sie mir, wenn ich Ihnen nur kurz dieß sage*).

Ich habe 3 Kinder, zwei Mädchen von 2 und 3 Jahren, und einen Knaben von 15 Wochen, alle liebliche, gute Kinder**). Mit meiner Frau lebe ich noch jetzt so glücklich, wie in der ersten Stunde unsrer Ehe. Selbst meine Hoffnungen hat sie übertroffen.

In Kiel war ich Professor bis 1802. Da folgte ich einer Vokation nach Jena, weil der trübe holsteinische Himmel meiner Gesundheit sehr schadete. In Jena, wo ich den schönen Schiller'schen Garten besaß, verlebte ich drei herrliche Jahre, gesund, und in der schönsten Wirksamkeit***). Als endlich durch den Muthwillen des Hofes in Weimar die Akademie fast absichtlich an den Rand des Verderbens gebracht ward, und [Leute] wie Ulrich, Heinrich, Hennings und Eichstedt das Ruder bekamen, war auch meines Bleibens dort nicht länger†). Ich folgte also einem

---

*) Guyet erzählt (a. a. O. S. XXVI), Thibaut sei durch geistigen Schmerz jedes Mal auch körperlich auf das Tiefste ergriffen worden, so daß ihn bei dem Verluste mehrerer Kinder (in früherer Lebensperiode) jedes Mal schwere Krankheit befallen habe. —

**) Nach Guyet (a. a. O. S. XXX) verheirathete sich Thibaut 1800 und erhielt noch in Kiel sein erstes Kind, es dürfte dies das Mädchen sein, dessen Tod Thibaut in vorstehendem Briefe beklagt. Entweder der 1807 oder ein später geborener Sohn ist der nachmalige Bibliothekar der Heidelberger Universitätsbibliothek, Dr. C. Thibaut.

***) In dem Schiller'schen Häuschen entstand Thibaut's Hauptwerk, das „System des Pandektenrecht's", welches Thibaut's Ruhm begründete nnd ihm sofort nach der ersten Auflage (Jena, 1803) zahlreiche Berufungen (Greifswalde, Halle, Mitau, Petersburg) verschaffte; als Thibaut längst schon in Heidelberg wirkte, gingen die Pandekten in stets erneuter Ausgabe von Mauke's Verlag in Jena in die Welt hinaus, zum letzten (9.) Male, sogar nach des Verfassers Tode, nämlich 1846 in einer durch Buchholtz besorgten Redaktion. Nur die „Reinheit der Tonkunst" hat eine noch größere Lebensfrische bewiesen, denn, nachdem sie aus Thibaut's Hand zweimal, 1824 und 1826, das Licht der Welt erblickt hatte (Heidelberg, Mohr), erschien sie seit Thibaut's Tode unter der Führung von K. Bähr noch in jedem Dezennium (1851, 1861, 1874) neu.

Was die Dauer des Aufenthaltes Thibaut's in Jena betrifft, so müßte man, da er von drei Jahren spricht, annehmen, er sei 1805 nach Heidelberg abgegangen. Aber nicht nur Günther (a. a. O. S. 79), sondern auch Guyet (a. a. O. S. XXI) behauptet ausdrücklich, Thibaut sei im Herbste 1806 übergesiedelt, Guyet, nachdem er ebenfalls vorher von „drei glücklichen" Jahren gesprochen. Die Lösung dürfte darin bestehen, daß die Berufung, welche nach Guyet schon im Jahre 1805 durch den Minister Reizenstein erfolgte, als der Abschluß der normalen Wirksamkeit betrachtet wird. Guyet sagt, „mancherlei äußere Verhältnisse" hätten Thibaut veranlaßt, dem Rufe im Herbste 1806 zu folgen.

†) Johann August Heinrich Ulrich wurde zu Rudolstadt am 16. April 1746 geboren, studirte zu Jena, erlangte dort 1767 die Magisterwürde und später die ordentliche Professur der Philosophie, Moral und Politik. Von dem Herzog von Sachsen-Gotha wurde er 1801 zum geheimen Hofrath ernannt und starb den 4. Februar 1813 zu Jena.

Christoph Gottlob Heinrich war am 14. August 1748 geboren, hatte zu Leipzig und Jena studirt, war auf letzterer Universität Magister und außerordentlicher Professor in der philosophischen Fakultät geworden, erhielt 1782 den ordentlichen Lehrstuhl der Geschichte, 1790 den Charakter eines weimarischen Hofraths und starb am 24. Mai 1870. Sein Vortrag auf dem Katheder wird als trocken und weitschweifig

sehr ansehnlichen Ruf hieher, und wenn Gott will, so soll nichts von diesem Paradiese Deutschlands mich wieder trennen. Gegend, Klima, Menschen und Lebensweise, — alles ist herrlich, und die Akademie blühet so schön empor, daß sie bei einigem guten Willen der Regierung für Deutschland ganz das werden kann, was ehemals Jena war. Nur die vielen Arbeiten drücken mich etwas. Denn es ist kein Kleines, eine schlechte katholische*) Akademie zu regeneriren, und bei diesem Geschäft wird alles auf die Schultern der neuberufenen Juristen gewälzt, daher mir bald nach meiner Ankunft das Loos zu Theil ward, 15 Monate das Prorektorat verwalten zu müssen. Zum Glück bin ich indeß, kleine Nervenschwächen abgerechnet, recht gesund und frei von aller Hypochondrie und sonstigen Gelehrtenübeln: daher ich mich denn bis jetzt mit jugendlicher Munterkeit durch alle Lasten durchgeschlagen habe.

Meta lebt seit 4 Jahren bei uns. — — Mieken ist jetzt 5 Jahre

---

geschildert; als Schriftsteller hat er eine umfangreiche Thätigkeit entwickelt, eine „deutsche Reichsgeschichte" in 9 Bänden, eine Geschichte Frankreichs, Englands, Sachsens und andere Werke rühren von ihm her.

Justus Christian Hennings, geboren 1731, trat 1756 als Dozent in Jena auf und wurde daselbst 1765 zum ordentlichen Professor der Moral und Politik und später der Logik und Metaphysik ernannt. Kant war mit ihm vorgeschlagen gewesen, Henning erhielt aber den Vorzug, da er ein Landeskind sowie ein beliebter Dozent und bekannter Schriftsteller war, während bei Kant dies alles damals nicht zutraf. Hennings überlebte indeß seinen akademischen Ruhm, zunächst zog Ulrich alle Hörer an sich, schließlich wurde er als Professor in den Ruhestand versetzt, behielt aber seine Stelle in dem Senate und in der Fakultät. Er starb in einem Alter von 84 Jahren in der Nacht vom 29. zum 30. August 1815, nachdem er noch bis zum Februar desselben Jahres das Dekanat verwaltet und beendigt hatte, und ihm eben das seltene Glück zu Theil werden sollte, sein fünfzigjähriges Jubiläum als Senator zu feiern.

Heinrich Karl Abraham Eichstädt (geboren zu Oschatz den 8. August 1772, gestorben zu Jena den 4. März 1848) befand sich, nachdem er früher an der Leipziger Universität Philosophie dozirt hatte, seit 1797 in Jena. Er wurde hier nach dem Abgange von Schütz 1803 ordentlicher Professor der Beredsamkeit und Dichtkunst, 1804 Oberbibliothekar und erhielt 1809 den Charakter eines geheimen Hofraths; durch eine lange Reihe von Jahren stand überdieß die neue „Jenaische allgemeine Literaturzeitung" unter seiner Leitung. Eichstädt genoß in Deutschland wie im Auslande den Ruf eines der besten lateinischen Stylisten, eine Sammlung seiner „Opuscula oratoria" (Jena 1848 — 1849) wurde von ihm selbst begonnen und von Weißenborn zu Ende geführt.

Inwiefern das harte Urtheil Thibaut's über diese Männer berechtigt war, müssen wir natürlich dahingestellt sein lassen, Thatsache ist es, daß in jenen Jahren eine Reihe von bedeutenden Professoren Jena verließ, so Loder, Paulus, Schütz, Ersch, Hufeland u. a. Die Blüthe, deren sich Jena in den letzten Dezennien des 18. Jahrhunderts erfreut hatte, war dahin, und wie Jena sank, stieg Heidelberg empor.

*) Seit dem Einzuge der Jesuiten in Heidelberg begann die früher rein protestantische Universität einen katholischen Charakter anzunehmen. In der Geschichte der Universität Heidelberg von Hautz, herausgegeben von Reichlin-Melbegg (Mannheim, Schneider, 1864) ist die Periode 1685—1803 ausdrücklich als vorherrschend katholische Zeit bezeichnet. Die Religionsdeklaration Max-Joseph IV. von 1799 und die Restauration der Universität durch Karl Friedrich im Jahre 1803 machte diesem Zustande ein Ende.

an einen herrlichen Mann, den Hardesvogt Tönsen zu Tondern verheiratet, sie hat zwei Kinder, und Mutter Ehlers bei sich. — — Hanne ist noch immer die alte; froh, naiv und geistvoll, aber doch durch die Trennung von den Ihrigen und die Einsamkeit in dem barbarischen Livland (sie lebt 30 Meilen von Riga) etwas ernster geworden. Sie hat ein Mädchen und zwei Knaben und erwartet das vierte Kind. — — Wenn ihre, an sich ganz guten, aber durch den Krieg sehr herabgebrachten Umstände sich etwas bessern, so hoffen wir bald von ihr einen Besuch in Heidelberg.

Von Jette und Meta soll ich Ihnen die herzlichsten Grüße bringen. Sie nehmen gewiß, wie ich, den wärmsten Theil an Ihrem Glück, und werden nie aufhören, Ihnen und den Ihrigen das beste Glück dieser Erde zu wünschen. Der Ihrige

Thibaut.

Mit vorstehendem Briefe schließt die Korrespondenz. Manches mag die Zeit dazu beigetragen haben, Kalmann in der Steiermark, wo er ursprünglich so schwer Wurzel zu fassen vermochte, geistig heimisch zu machen und ihn dem Verkehre mit den nordischen Jugendfreunden zu entziehen; die erste Ursache des Abbruchs der Verbindung mit Thibaut sehen wir aber in jener schon berührten Verstimmung, die bei einer empfindlichen Natur leicht erklärlich ist, und der einmal abgerissene Faden ward nicht mehr angeknüpft. Das Andenken an die Universitätsgenossen war zwar deshalb in Kalmann keineswegs erloschen. Als ein Sohn von Kalmann zu Ende der zwanziger Jahre nach Deutschland kam, da wandte er, in Heidelberg angelangt, den Familientraditionen getreu, seine Schritte sofort zu dem Hause Thibaut's. Allein, was hüben eine momentane Verstimmung verursacht, das scheint drüben bis zu einem gewissen Grade eine dauernde Kälte hervorgerufen zu haben; der Empfang, über den der Sohn Kalmann an seine Eltern berichtet, war kein unfreundlicher, aber er ließ jene Wärme vermissen, die aus Thibaut's Briefen spricht*).

Thibaut's Leben und Wirken nach dem Schlusse der hier berührten Zeit sind bekannt.

*) Vieles wird hiebei auch auf Rechnung von Thibaut's Eigenthümlichkeiten späterer Tagen zu setzen sein. Wir wissen aus Baumstark's Zeugniß (S. 48. 49), wie ablehnend sich Thibaut allen Besuchen von Reisenden gegenüber verhielt, wie sehr das gesellige Leben in Thibaut's Hause auf den Singverein beschränkt war; es ist also mit Rücksicht hierauf auch hoch anzuschlagen, daß Thibaut den Sohn des Jugendfreundes mit den weiblichen Gliedern des Hauses bekannt machte. Baumstark hatte dreizehn Jahre in ununterbrochenem, innigem Verkehre mit Thibaut gestanden, ihn zu allen Tageszeiten besucht und auf seinen Spaziergängen begleitet, mit seiner Frau und seinen Töchtern aber nur an den Singabenden und auch da höchst selten einige Worte gewechselt.

Was Thibaut in dem letzten Briefe vorhergesagt, ist richtig eingetreten, von Heidelberg hat ihn im Leben nichts mehr getrennt; mehrfache Berufungen nach Göttingen, München und Leipzig lehnte er ab. Welche Wirksamkeit er aber in Heidelberg entfaltete, davon mögen, wie Guyet sagt, die Tausende seiner Schüler sprechen, die er dort im Laufe von fünf und dreißig Jahren versammelt hat; denn seine Sphäre war dort, „wo er mit vollem, kräftigen Tone, als lebendiger Geist zu lebendigen Geistern und Herzen redete.“ Ihm ist das schöne Los zu Theil geworden, mitten in der vollen Kraft zu scheiden; er hatte seine Wintervorlesungen eben dem Ende zugeführt, als er am 28. März 1840 nach einem Leiden von wenigen Tagen abberufen wurde*).

*) Acht Tage vor seinem Tode hatte Thibaut seine letzte juristische Arbeit vollendet, es wareu die „Nachträge zu seiner Abhandlung über possessio civilis“, welche in dem „Archiv für die zivilistische Praxis“ (23. Band, 2. Heft) erschienen sind. Mittermaier begleitete diese Arbeit mit einem kurzen Nachrufe „dankbarer Anerkennung für den großen Meister“ und bemerkte in demselben u. a.: „Noch sechs Tage vor seinem Tode hatte ich die letzte Uuterredung mit ihm über juristische Gegenstände. Damals hatte noch keine Ahnung seines nahen Endes seine Seele beschlichen. Frisch und lebenskräftig nahm er Antheil an allen Fortschritten der Wissenschaft und Gesetzgebung.“

Wien, Juni 1879. Dr. Karl Hugelmann.

Die Russen in Inner=Asien.

Von

Emil Lademann.

III.

(Schluß.)

Das Verhältniß zu England.

England beherrscht in seinem indischen Kaiserreich ein Gebiet von 68,500 Quatratmeilen mit über 240 Millionen Einwohnern. Mehr wie ein Drittheil jenes Flächenraumes mit 49 Millionen Bewohnern nehmen Tributärstaaten ein; das Uebrige, 42,300 Quadratmeilen mit 191 Millionen Einwohnern ist unmittelbares Besitzthum der Britischen Krone. Eins der reichsten Kulturländer der Erde, mit 4516 Seelen auf der Quadratmeile, dichter bevölkert als die meisten westeuropäischen Staaten, gut verwaltet und mit einem reichen Netze von Verkehrsstraßen überzogen, bietet das Reich für den Krieg alle nur denkbaren Hülfsmittel.

Unter der Gesammtzahl der direkten britischen Unterthanen befinden sich indessen nach der Zählung von 1871 nur 121,148 Nicht-Asiaten, davon 75,734 Briten. Diese geringe Zahl, zu der etwa 62,000 Mann britischer Truppen treten, beherrscht und regiert ein Land, in dem neben 149 Millionen Hindus auch weit über 40 Millionen Muhamedaner leben.

Politische Verhältnisse, ähnlich denen, welche die Russen nach der ersten Berührung mit Kokan in stets zunehmender Schnelligkeit bis an und über den Oxus führten, haben die Engländer in Indien genöthigt, von ihren Küstenplätzen aus immer weiter vorzudringen und zuletzt zur Eroberung der ganzen Halbinsel bis an und über den Indus zu schreiten. Die Grenze des Vorgehens aber ist noch nicht erreicht. Im Osten wie im Westen, in Afghanistan und Burmah, harren streitige Fragen ihrer Lösung und können eine solche nur finden durch neue Erweiterungen des britischen Gebietes.

Mehr als einmal schon hat England mit Streitkräften, etwa gleich denen, welche Rußland seiner Zeit gegen Chiwa in Bewegung setzte, Afghanistan niedergeworfen und dann versucht, das Land sich selbst zu überlassen. Eine sehr begreifliche, weil für die britische Krone wünschenswerthe Praxis. In Abyssinien und im Aschantilande ist ein solcher Rückzug nach errungenem Siege auch wirklich gelungen, weil mit dem Abzuge der englischen Truppen zugleich jeder Verkehr mit dem betreffenden Lande aufhörte. An der Grenze des eigenen Gebietes jedoch, bei steter Berührung mit dem feindlichen Nachbar, konnte ein derartiger Versuch nicht glücken. Der rasche Rückzug aus Afghanistan nach schnell erkämpftem Frieden hatte bekanntlich noch 1879 fast unmittelbar den Gesandtenmord zur Folge. Die Theorie der wissenschaftlichen Grenzberichtigung zur Sicherung Indiens ist damit hinfällig geworden. Nach den neuesten Erklärungen im englischen Parlamente sollen die Afghanen erst gehorchen, bevor man an erneuten Rückzug und theilweise Räumung denken will. Gehorchen werden die Afghanen aber sicher nur als Unterthanen oder als Vasallen Englands, so lange sie dessen Macht fühlen und soweit britische Bajonette bereit sind, den Gehorsam zu erzwingen.

An Streitmitteln besitzt das britische Reich eine durch Werbung ergänzte Feldarmee von 150 Bataillonen, 124 Eskadrons, 124 Batterien oder 120,000 Mann, 18,000 Pferde und 744 Geschütze, dazu Garnison-Artillerie und technische Truppen.

Von dieser Armee stehen in Großbritannien und Irland selbst nur 63 Bataillone, 80 Eskadrons, 62 Batterien; 33 Bataillone, 8 Eskadrons und 4 Batterien erfordert der Besatzungsdienst in Gibraltar, auf Malta, am Kap und in einer Anzahl kleinerer Kolonien, endlich befinden sich 52 Bataillone, 27 Eskadrons*) und 58 Batterien nebst 28 Garnison-Batterien in Britisch-Indien und bilden hier mit der Eingeborenen-Armee, welche 143 Bataillone, 168 Eskadrons, 13 Batterien und 25 Genie-Kompagnien zählt, das Englisch-Ostindische Heer, das also in 195 Bataillonen, 195 Eskadrons und 71 Batterien, sowie einer Anzahl irregulärer Formationen mit rund 156,000 Mann, 30,000 Pferden nebst 426 Geschützen, fast dieselbe Stärke hat wie die russischerseits in Kaukasien und in Turkestan dislozirten Truppen. — Das bisher Aufgezählte ist aber nur der aktive Theil der englischen Wehrkraft; ihr treten in allen Gebieten des weiten Reiches noch Territorial-Truppen hinzu. Im europäischen Mutterlande bestehen zunächst die Yeomenry-Reiterei, in 39 Korps (etwa 15,000 Pferde), und die im Frieden gleich dem stehenden

*) In drei Eskadrons von 9 Regimentern.

Heere durch Werbung ergänzte Miliz, (nach dem letzten Etat rund 138,000 Mann), wovon 119,000 Mann Infanterie in distriktweise gebildeten Bataillonen, der Rest Garnison-Artillerie und Genie-Abtheilungen.

Der im Jahr 1875 bekannt gemachte Mobilmachungsplan der englischen Armee stellt in Großbritannien und Irland 8 Armeekorps auf, von denen zwei zur Verwendung in einem auswärtigen Kriege bestimmt sind; aber nur ein einziges dieser Korps besteht ganz aus Truppen des stehenden Heeres; dem zweiten ist schon eine Division (7 Bataillone) Miliz zugetheilt. Bei den im Lande verbleibenden Korps befindet sich vollends nur je eine Brigade (3 Bataillone) bis höchstens eine Division stehender Truppen. Die Miliz ist zwar gesetzlich nur zum Dienst im Innern des Landes verpflichtet, doch rechnet man mit Sicherheit darauf, daß sich Bataillone freiwillig zum äußeren Dienst melden werden. Durch solche Bataillone sollen eventuell auch die Besatzungen von Gibraltar, Malta und anderen Kolonien abgelöst und zur Bildung eines dritten Armeekorps verfügbar gemacht werden. — England gedenkt dann in einem auswärtigen Kriege mit 3 Armeekorps aufzutreten, davon jedes normal 21 Bataillone, 24 Eskadrons, 15 Batterien zählt, und die insgesammt eine Gefechtsstärke von 60,000 Mann, 10,800 Pferden und 290 Geschützen haben würden.

Ob Großbritannien wirklich diese Armee aufstellen kann, und wie viel Truppen von der Englisch-Ostindischen Armee vorkommendenfalls concentrirt und auch außerhalb der Grenzen Indiens verwendet werden könnten, das sind Fragen, deren Beantwortung der Zukunft überlassen bleiben muß. Oberst Baker schätzte 1875 in einer sehr beachtenswerthen Denkschrift die Zahl der nach außen verwendbaren indischen Truppen auf nur 30,000 Mann, schlug aber zugleich Aenderungen in der Organisation vor, namentlich eine Vermehrung der Spezialwaffen, wonach dort 6 Armeekorps, also das Doppelte der oben genannten europäischen Streitmacht ins Feld gestellt werden sollen. Ein Ausländer, an andere Militärverhältnisse gewöhnt, findet alle diese, schon hoch angenommenen Zahlen nur klein und ist noch dazu leicht geneigt, an der Möglichkeit, die genannten Truppenstärken zur Verwendung im Felde bereit zu stellen, zu zweifeln. England selbst bezweifelt seine Stärke nicht. Die englische Armee, die noch nie eine Panik erlebt, noch nie eine Niederlage in offener Feldschlacht erlitten hat, hält im Bewußtsein ihrer eigenthümlichen inneren Kraft auch mit geringen Zahlenstärken sich den schwersten Aufgaben für gewachsen.

Ein Beweis für dieses mächtige Selbstbewußtsein der Engländer ist auch die Entstehung des zweiten Theiles der britischen Territorialtruppen, der Volunteers.

Als man im Anfang der sechsziger Jahre eine kriegerische Bedrohung

Englands zu fürchten begann, kam die Freiwilligen-Bewegung in Fluß, und Ende 1879 waren in den vereinigten Königreichen nach den Times vom 1. Januar 1880 bereits 208,622 Mann im Lebensalter zwischen 18 und 49 Jahren in die Listen der Volunteers eingeschrieben; über 200,000 Wehrhafte hatten wirklich eine Ausbildung erfahren. Davon sind etwa 155,000 Mann Schützen, 37,000 Mann Artilleristen, 8000 Ingenieure. Zweifelsohne werden sich im Kriegsfalle viele Tausende dieser Volunteers auch zum auswärtigen Dienste bereit finden lassen.

In Canada, wo keine englischen Truppen stehen, sind an 30,000 Mann Milizen aktiv; 655,000 Mann werden als Reserven in den Listen geführt; beim Drohen eines Krieges im Sommer 1878 waren auch dort zahlreiche Meldungen zum Dienst im Auslande erfolgt. Australien organisirt seine Milizen; Freiwilligenkorps von etwa 10,000 Mann versehen den Dienst in den dortigen Kolonien, wo die Krone keine Truppen mehr hält. In Indien selbst sind unter den Briten Freiwilligenabtheilungen in der Bildung begriffen, und an einheimischen Kräften steht dort ein Polizeikorps von 190,000 Mann unter englischen Offizieren ganz militärisch organisirt zur Verfügung. Dies Korps bildet eine mit Land und Klima völlig vertraute Reserve für jede Truppenverwendung im Innern oder an den Grenzen Indiens.

Nicht zu vergessen ist schließlich, daß auch die Fürsten der tributären indischen Staaten, welche eine Truppenmacht von rund 315,000 Mann (241,000 Fußsoldaten, 64,000 Reiter, 10,000 ausgebildete Artilleristen) unterhalten, England gegenüber zur Heeresfolge verpflichtet sind. Ein Theil ihrer Kontingente hat auch bereits an dem Feldzuge gegen Afghanistan Theil genommen.

Wohl werden hier und da Zweifel laut, ob die tributären Staaten, und ob selbst die eingeborene Armee, England unter allen Umständen die Treue bewahren würden. Grund zu Befürchtungen nach dieser Richtung dürfte aber England schwerlich haben. Die Inder, wie alle Asiaten, gehorchen der Macht, welche sie unmittelbar fühlen, und je zweifelloser England seine Macht und seine Ueberlegenheit hinstellt, um so zweifelloser wird es den Gehorsam der indischen Truppen und die Heerfolge der Vasallen finden. Nicht umsonst hat der Prinz von Wales, der zukünftige „Kaisâr of Hind" die Huldigungen dieses Landes entgegengenommen. Doch selbst zugegeben, England käme zu dem Glauben, daß nach dieser Richtung hin die Sicherheit seiner indischen Besitzungen fraglich erschiene, so würde ein Parlamentsbeschluß, der die Verwendung der Miliz außer Landes gestattet, und ein zweiter, der an Stelle der jetzt üblichen Werbung die gesetzlich niemals aufgehobene Milizpflicht wieder zur Regel macht, nicht

lange auf sich warten lassen. Damit aber wäre ein überreiches Menschenmaterial für die Landesvertheidigung zur Verfügung gestellt.

Jedenfalls kann England Besatzungstruppen genug heranziehen, um mit der Zeit ohne Besorgniß für die Ruhe im Innern Indiens oder für eine Bedrohung der Grenzen dieses Kaiserreiches, die ganze dortige Feldarmee zum Schutze seiner Interessen im mohamedanischen Asien auch außer Landes verwenden zu können.

Einen direkten Angriff auf Indien von Seiten Rußlands fürchtet England so bald noch nicht. Seine Interessen aber reichen auch weit über die unmittelbaren Grenzen Indiens hinaus. Es gilt vor allem die Verbindung des europäischen Mutterlandes mit Indien, und zwar nicht nur die maritime, sondern auch die kontinentale, gegen jede Bedrohung zu sichern; es gilt ferner, diese Verbindung in der möglichst kürzesten Richtung neu herzustellen.

An die Stelle des weiten Seeweges um das Kap der guten Hoffnung herum ist seit einem Jahrzehnt die Fahrt durch den Suez-Kanal und das rothe Meer nach Bombay getreten. Jetzt soll durch eine Eisenbahn von der syrischen Küste nach der Mündung des Euphrat ein neuer Verkehrsweg geschaffen werden, und an diesen Ueberlandweg soll sich eine Dampferfahrt durch den persischen Meerbusen nach Karantschi (Kurrachee) an der Mündung des Indus anschließen. In Zukunft aber beabsichtigt man, eine ununterbrochene Eisenbahnverbindung vom Mittelmeere aus durch Persien und Afghanistan nach Indien herzustellen.

Die Rücksicht auf Freihaltung des Ueberlandweges vom Mittelmeer nach Indien hat in den letzten Jahren wesentlich bestimmend gewirkt auf Englands Politik in Asien.

Die Erwerbung von Cypern mag sich noch durch die bloße Rücksichtnahme auf den Suez-Kanal erklären lassen; die Uebernahme der Garantie für den Länderbestand der asiatischen Türkei soll aber wesentlich den Landweg sichern. Auch die neuesten Verhandlungen mit Persien fallen zum Theil unter diesen Gesichtspunkt.

Im Süden des Kaukasus ist durch den Berliner Frieden die russische Grenze bis dicht an das Stromgebiet des Euphrat herangerückt; jeder weitere Fortschritt könnte den Russen eine schiffbare Handelsstraße nach dem persischen Meerbusen eröffnen und die projectirte Bahn unter russischen Einfluß bringen. Angesichts dieser Möglichkeit hat England geglaubt, fortan selbst die Wache an der russisch-türkischen Grenze übernehmen zu müssen. Die absterbende Türkei tritt damit in die zweite Linie zurück; die beiden Großmächte stehen sich im osmanischen Asien bereits Aug' in Auge gegenüber. Die Streitmittel, welche die Pforte

dort aufzubieten vermag, müssen bei eintretenden Verwickelungen als ein sehr bedeutender Faktor zu Gunsten Englands in Rechnung gestellt werden. Des Oberbefehls und der freien Verfügung über diese Streitkräfte dürfte England sich zweifellos versichert haben.

Bestimmte Zahlen lassen sich für die durch den letzten Krieg völlig desorganisirte osmanische Armee zur Zeit allerdings kaum geben. Die bewaffnete Macht des türkischen Reiches wird jetzt auf 150,000 Mann geschätzt, deren weitaus größter Theil auf europäischem Boden steht. Im Kriegsfalle dürfte nach den Erfahrungen des Krieges von 1877/78, diese Zahl sich unschwer verdoppeln lassen und unter englischer Führung jedenfalls Tüchtiges leisten. Im letzten Feldzuge, wo die türkisch-asiatische Armee nur wenig zahlreich war und vielfach aus Neuformationen bestand, hat die über 200,000 Mann starke russische Kaukasus-Armee ihre Erfolge mit einem Verluste von mehr denn 70,000 Todten und Verwundeten erkauft, was gewiß für die Tüchtigkeit der türkischen Truppen spricht, auch wenn man von jener Zahl einen ganz bedeutenden Procentsatz für Verluste gegen die Aufständischen im Kaukasus abrechnet.

Für Anlage der durch türkisches Gebiet zu führenden Bahn selbst liegt auf Grund genauer Terrainaufnahmen ein von Deutschen ausgearbeitetes Projekt seit 1874 fertig vor; nur der Mangel an Mitteln hat dem früheren Generaldirektor der türkischen Bahnen, Herrn Pressel, die Inangriffnahme des Baues unmöglich gemacht. Nach dem deutschen Projekt sollte die Bahn nach Diarbekr und dann auf dem linken Ufer des Tigris (also von Persien aus leicht zu gefährden) zum Meere hinabführen, und im Ganzen etwa 1800 km lang werden. Der englische Ingenieur Andrew befürwortet statt dessen eine Trace im Thale des Euphrat. Die Bahn durch Persien soll entsprechend dem bekannten Reuter'schen Projekte von Bagdad über Isfahan nach Bandarabbas am persischen Meerbusen, und von hier längs der Küste nach Karantschi, dem Anfangspunkte der indischen Bahnen geführt werden. Die englische Regierung hat Ende 1878 Herrn Cameron zur Prüfung der einzuschlagenden Route nach Syrien und Persien entsandt; über das Resultat der Untersuchung verlautet noch nichts. Jedenfalls würde es nicht der Mangel an Mitteln und Arbeitskräften sein, der Großbritannien von sofortiger Inangriffnahme des ihm wünschenswerth scheinenden Baues zurückhalten könnte.

England geht weiter. Es hält seine Schiffahrt im persischen Meerbusen, seinen Landweg nach Indien für gefährdet, wenn Rußland in Persien die Oberhand bekäme. Die Verhältnisse drängen Rußland vorwärts, wie oben (S. 122) gesagt worden, bis es am persischen Meerbusen eine natürliche, oder an einem geordneten Staatswesen eine sichere poli-

tische Grenze findet. Solche sichere Grenze kann Persien selbst aber nicht bieten. Die natürlichen Verhältnisse sind dort annähernd dieselben wie im russischen Turkestan; die politischen Zustände dürften sich um so entschiedener als haltlos erweisen, je mehr die europäischen Staaten mit Persien in Berührung kommen.

England tritt durch den Bündnißvertrag, über welchen gegenwärtig verhandelt wird, gewissermaßen an Persiens Stelle. Es sichert sich, wie früher in der Türkei, die maßgebende Stimme auch in Persien.

Die Berechtigung dazu, als Vormacht der islamitischen Staaten im Süden Asiens aufzutreten, kann die Kaiserin von Indien aus dem Umstande herleiten, daß sie selbst in den 40 Millionen Muhamedanern Hindostans weit mehr Bekenner des Islam beherrscht, als irgend ein anderer muhamedanischer Fürst. England rechnet dabei auch mit den Anschauungen und Gefühlen dieser seiner Unterthanen, welche ein volles Fünftheil der Bevölkerung Britisch-Indiens ausmachen und mit die kräftigsten und kriegerischesten Elemente derselben umfassen.

England macht, nach allem was über den Vertrag verlautet, die Streitkräfte Persiens bereits jetzt direkt sich dienstbar, indem es diesem Staate die Eroberung von Herat überträgt. Den Oberbefehl in jener Stadt soll jedoch ein englischer General führen, und eine kleine indische Garnison wird die Citadelle besetzt halten. Persien aber soll das Gebiet beherrschen und verwalten; es soll ferner die Verproviantirung der britischen Truppen übernehmen und (falls die Verbindung zwischen Kabul und Herat unterbrochen werde) den Engländern eine Etappenstraße von Buschehr am persischen Meerbusen nach Herat einräumen. — „Ihr allein sollt Oesterreich niederwerfen!“ redete einst Napoleon I. süddeutsche Truppen an. England läßt Muhamedaner, die ihm vor der Hand nichts nützen können, durch Muhamedaner besiegen und beherrschen; es begnügt sich mit der Oberherrlichkeit über den alternden Staat und mit der freien Verfügung über die Streitkräfte desselben, sei es gegen Angriffe von außen (Russen und [?] Turkmenen), sei es gegen Aufstände im Innern (Afghanen).

Das persische Heer, dessen Stab 8 Marschälle und 72 Generale zählt, besteht aus 77 regulären Bataillonen von je 600—800 Mann; dazu kommen 200 Geschütze. Reguläre Reiterei giebt es nicht, nur irreguläre Regimenter werden aufgeboten, je 1 auf jede Tribus, zusammen 79 mit etwa 30,000 Pferden. In der Bewaffnung der Truppen sind fast alle Gewehr- und Geschützsysteme Europas vertreten. Oberst Baker, der 1873 Persien und speziell die persisch-russische Grenze bereiste, schätzt jedoch die Heeresmacht, welche das 7 Millionen Einwohner zählende Land aufstellen könne, auf nur 35,000 Mann; lediglich die Truppen, welche in

der Nähe von Teheran standen, fand er wirklich brauchbar, doch lobt er das Rekruten-Material. Seit einigen Jahren sind österreichische Offiziere bei der Reorganisation und Ausbildung der Truppen thätig, und 1878 wurden auch russische Offiziere berufen, um eine Reiterei nach Art der Kasaken zu organisiren; über den Erfolg der beiderseitigen Bemühungen liegen noch keine Erfahrungen vor.

Es ist ein buntes Bild, welches diese verschiedenen Elemente der britischen Wehrkraft bieten, gegenüber der einheitlichen Organisation des großen russischen Heeres; aber England hat es stets verstanden, die Heereskontingente der verschiedensten Länder unter seinen Fahnen zu vereinigen und für seine Zwecke zum Siege zu führen. Man darf sich daher nicht wundern, wenn bei einem etwa ausbrechenden Konflikt in Innerasien Türken, Perser und Inder gemeinsam unter Englands Führung gegen Rußland kämpfen.

Die irregulären Aufgebote der afghanischen Stämme und die, auf 120,000 Pferde geschätzten Reiterschaaren der Turkmenen können bei einem Zusammenstoße der beiden Großmächte wohl nur in so weit in Betracht kommen, als ihr Gebiet von den Operationen berührt wird, sie also direkt in Mitleidenschaft treten. Hoch anzuschlagen wird ihre Mitwirkung nicht sein. Afghanistan, so weit es nicht schon von England besetzt oder an Persien überlassen ist, bleibt voraussichtlich fast unberührt. Die Turkmenen, deren Unabhängigkeitstrieb und Beutelust sie mit allen ihren Nachbarn in stete Kämpfe verwickelt hat, können nicht als verläßliche Bundesgenossen eines Staates angesehen werden, der ihnen, auch im günstigsten Falle, eigentlich Nichts zu bieten vermag. Die Annahme, nach welcher einige englische Stimmen sie als zweifellose Verbündete ja gewissermaßen als die Vortruppen Englands in Rechnung stellen, könnte sich leicht als irrthümlich erweisen. Ein ergiebiges Feld bietet aber die Turkmenensteppe möglicherweise für Werbungen.

Der mögliche Kriegsschauplatz.

Nach allem, was von den Urtheilen der verschiedensten Reisenden und Rekognoszenten in die Oeffentlichkeit gekommen ist, scheint eine kriegerische Begegnung der Engländer und Russen in der Richtung, wo ihre Grenzen sich am nächsten liegen, durch die Beschaffenheit des Landes für jetzt noch ausgeschlossen. Der Hindûkusch gilt als unübersteigliche Barriere. Auch der alten Karawanenstraße von Balch nach Kabul und Indien, über den 14,000 Fuß hohen, durch Sturm und Schnee mehrere Monate alljährlich ungangbaren, Bamian-Paß, wird kaum militärische Bedeutung beigelegt. Truppenbewegungen hält man erst für durchführbar von Merw aus im

Thale des Murghab, oder im Thale des Heri-Rud, nach Süden in der Richtung auf Herat. Der Kriegsschauplatz ist dadurch von selbst von der Nordwestgrenze Indiens bis an die Westgrenze von Afghanistan verlegt. Die Bodenverhältnisse in Afghanistan werden derart geschildert, daß für die Verbindung von Herat mit Kabul nur der Weg im Norden über Balch und den Bamian-Paß, oder im Süden über Kandahar, für Truppenmärsche also nur die Straße Herat—Kandahar—Kabul in Betracht kommen könnte. Die Wege über Balch und Kandahar nach den beiden Endpunkten liegen fast rechtwinklig zu einander, und namentlich auf der südlichen, kürzeren Straße bilden die Strecken Herat-Kandahar und Kandahar-Kabul (je 483 und 467 km lang), ein fast gleichschenkliges rechtwinkliges Dreieck über der geraden Linie von Kabul nach Herat (650 km). Die Engländer haben Märsche durch Wüsten und rauhe Gebirge bisher nie gescheut, und alle möglichen Zugänge zur Grenze Indiens sind ihrer Beobachtung sicher nicht entgangen. Man darf also annehmen, daß so lange nicht englisches Kapital und Arbeit die Wegsamkeit Afghanistans geändert haben, der Osten und Süden des Landes nur über Herat zugänglich ist. Kabul und Kandahar sichern die Pässe, welche aus dem Hochlande von Afghanistan hinab zum Thale des Indus führen; die Besitznahme von Herat sichert Afghanistan selbst und verlegt die Vertheidigungslinie Englands an die natürliche Südgrenze der turanischen Ebene.

Nach Herat führen von den Grenzen Turkestans aus nur die Karawanenwege durch die Wüsten südlich des Amu-Darja in der Richtung auf Merw, von hier ab die anbaufähigen Thäler der schon genannten beiden Flüsse, des Murghab und des Heri-Rud. Von der Küste des Kaspischen Meeres gehen drei hier in Betracht kommende Straßen aus, die nördlichste von Tschikischljar längs des Atrek und Sumbar, von Kysyl-Arwat ab aber über die Oasenreihe am Nordfuße des Kopet-Dag entlang, also die Straße, auf der General Lazarew im vorigen Sommer gegen die Teke vorging. Sie führt im weiteren Verlauf durch Landstriche woselbst, wie Oberst Baker sagt, Wartthürme die Richtung der persischen Grenze zwar deutlich bezeichnen, diese selbst aber nur zeitweilig, je nach dem Charakter des Provinzgouverneurs von den Turkmenen respektirt wird, gewöhnlich jedoch blos ein geographischer Begriff ist. Die Landschaft Dereges und der Ort Sarachs, wo diese Straße den Durchbruch des Heri-Rud durch das Grenzgebirge erreicht, werden auch jetzt noch auf den Karten als persisches Gebiet bezeichnet. Es wird einer Verständigung der beiden Großmächte bedürfen um hier die Nordgrenze Persiens endgültig zu bestimmen.

Eine zweite Straße führt im Thale des Atrek aufwärts zur Wasserscheide bei Kutschan und dann über Meschhed hinab zum Heri-Rud. —

Ein dritter weniger guter Weg führt von der Landestelle gegenüber der russischen Flottenstation auf der Insel Aschurade nach Asterabad, von hier auf Schahrud und dann, gleichlaufend mit dem Nordrande der „Großen Salzsteppe", über Sebsewar und Nischapur einerseits nach Mesched, andererseits in mehr südöstlicher Richtung direkt auf Ghurian und Herat.

Südwärts dieser Straße bildet die große persische Wüste, nach Baker, eine so entschiedene Trennungszone, daß die ohnedies wasserarmen Wege im Süden Persiens als Anmarschstraßen einer Armee kaum in Betracht kommen. Ja, Baker meint, die Besetzung von Asterabad und Schahrud allein genüge, um das östliche Persien völlig von dem westlicher liegenden Theile des Landes zu trennen und jede Störung eines Feldzuges gegen Herat von Westen her zu hindern. Ganz wörtlich wird dies nicht zu nehmen sein. Die Südküste des Kaspischen Meeres mit ihrer Fortsetzung im Thale des Atrek und der Landstrich von Tabris bis Teheran sind die bewohnbarsten, gangbarsten, am wenigsten verödeten Theile Persiens; sie liegen in unmittelbarster Nähe der russischen Grenze und sind bei eintretenden Verwickelungen für die Russen, und für diese allein, auf weite Strecken zu Land und Wasser zugänglich. Ostwärts von Schahrud und Asterabad, bis nach Kandahar, sind dagegen die Bewegungen der Heere für beide etwa kriegführende Theile nur auf ganz bestimmte Straßen gewiesen, deren Richtung der Lauf der Gewässer und das Vorhandensein von Brunnen vorschreibt.

Für die Verpflegung größerer Truppenmassen bieten auf der ganzen, in der Luftlinie über 1200 Kilometer langen Strecke zwischen Kandahar und Asterabad nur die Gegenden um Herat und Mesched, je 450 Kilometer von den beiden Ausgangspunkten entfernt, einige bereite Hülfsmittel; in der Hauptsache aber sind die Heere lediglich auf das Mitführen von Proviant und auf Kameele als Transportmittel dafür angewiesen.

Die Schwierigkeit der Verpflegung ist hauptsächlich der Grund, aus dem die Russen in Turkestan und die Engländer in Afghanistan bisher mit so geringen Truppenstärken aufgetreten sind, und dieser Grund wird sich mit doppeltem Schwergewichte geltend machen, wenn es auf dem unwirthlichen Boden Innerasiens zu einem Zusammenstoße zwischen europäischen Truppen kommen sollte.

Schlußbetrachtung.

Zwei große europäische Mächte sind in den öden Gebieten Innerasiens in Streit mit kleinen mohamedanischen Grenznachbaren, die sich den Geboten der fortschreitenden Gesittung noch nicht fügen, den ihnen

fremden Regeln des völkerrechtlichen Verkehrs sich nicht unterwerfen wollen. Nach Glauben, Anschauungen und Gewohnheiten ist steter Krieg für diese Völkerschaften gewissermaßen der Normalzustand; unwillig nur fügen sie sich dem Friedensgebote einer überlegenen Macht. Die Europäer wollen in den Schranken ihres Besitzes Ruhe und Ordnung haben und sichern diese, indem sie die Grenzen, an denen sie Krieg führen müssen, weil Recht und Gesetz noch nicht geachtet werden, stetig vorwärts schieben und somit den Bereich der friedlichen Arbeit im Innern erweitern. Der Augenblick ist nicht fern, wo bei diesem Vorschreiten die Vorkämpfer des Christenthums und der europäischen Civilisation sich im Herzen Asiens die Hand reichen müssen; jetzt aber tobt von beiden Seiten noch der Kampf gegen ungebändigte Muselmanen. Klein nur wie die jedesmaligen Zwecke, sind auch die Kräfte, mit denen diese Kämpfe geführt werden. Gerade diese Kleinheit der Streitmittel charakterisirt ja hier wie überall die Kämpfe der Kulturvölker gegen Barbaren. Wie im Vorgefühle des nahen Unterganges nur flackert der Fanatismus der letzteren noch einmal hell auf und belebt den hoffnungslosen Widerstand gegen das Vordringen der Europäer. Für die Kulturvölker haben Wüsten und Gebirge ihre Schrecken zum großen Theile verloren; ja die Zerstörung, die einst geschaffen ward, um Feinde fern zu halten, scheint die Europäer nur immer mehr zum Vorgehen anzuspornen. Bald — so sollte man glauben — wird durch das beiderseitige Vorwärtsschreiten das Ziel der Kämpfe erreicht, wird den langverheerten Gebieten der Friede wieder gegeben werden — da taucht ein neuer Kriegsgrund auf. Nicht mehr gilt es jetzt, einzelne Raubzüge zu bestrafen und Verletzungen des Völkerrechts zu ahnden — nein — die beiden Kulturmächte selbst sollen für ihre gefährdeten Interessen gegen einander zum Schwerte greifen!

Den Widerstreit der Interessen abzuwägen, ist nicht Aufgabe dieser Zeilen. Jedenfalls liegen die eigentlichen Interessen der Großmächte keineswegs in den verwahrlosten Wüstengebieten Innerasiens. Dort könnte nur ein Zusammenwirken von Rußland und England die endliche Herbeiführung eines Friedenszustandes beschleunigen, der diese Gebiete statt zum Schauplatze kostspieliger Expeditionen zu einer Quelle lohnenden Schaffens und höheren Wohlstandes machen dürfte. Der Widerstreit der Großmächte kann nur die Kämpfe verlängern, nimmermehr aber kann er dort zum Austrag gebracht werden. Die beiden Mächte sind gar nicht im Stande, im Innern Asiens einen lokalisirten Krieg zu führen, und übrigens friedlich neben einander zu leben. Ein Kampf, auch wenn er um die Interessen in Asien entbrennt, wird seinen Mittelpunkt da finden, wo die betheiligten Völker ihre ganze Kraft einzusetzen vermögen, um eine Ent-

scheidung zu erzwingen, nicht da, wo sie sich nur mit schwachen Kräften und nicht einmal wirksam treffen können. Eher ließe sich sagen: Wenn beide Staaten in Europa oder anderswo sich bekämpfen, so müssen sie trotzdem in Innerasien zusammengehen, um die dort wohnenden unruhigen Völkerschaften, welche die beiderseitigen Gebiete jetzt noch trennen, niederzuhalten.

Soll England angriffsweise gegen die Russen vorgehen? Richtig mag es sein, wie Rawlinson sagt, daß 3000 Mann genügen, um Süd-Afghanistan im Zaume zu halten, und daß England alle seine sonst disponibel zu machenden indischen Streitkräfte um Herat concentriren könne. Nach dem Urtheile englischer Offiziere selbst sind das für den Anfang nur etwa 30,000 Mann, denn die von Baker vorgeschlagenen Reformen sind noch nicht ausgeführt; und mehr als jene Zahl vermöchte man dort auch nicht zu ernähren, so lange die Bahnen von der Indus-Mündung nach Kandahar und Herat nicht bestehen*).

Auch nach Abschluß des Garantie-Vertrages mit Persien, der die Vertheidigungslinie für England an die persisch-russische Grenze verlegt, kann die genannte oder selbst eine nach Bakers Vorschlägen vervierfachte Truppenstärke, welche Großbritannien seinem indischen Heere entnehmen möchte, doch nichts weiter sein, als eine starke Grenzwache, die jeden Angreifer siegreich zurückweist. Auch die 2 oder 3 Korps der europäischen Armee würde England doch nur in unmittelbarer Verbindung mit seiner Flotte, etwa auf dem garantirten Boden der europäischen Türkei oder auf russischem Gebiete selbst in der Nähe der Küste verwenden können, aber schwerlich jemals angriffsweise gegen die an Zahl so weit überlegenen russischen Streitkräfte vorzugehen vermögen, um Rußlands Wehrfähigkeit ernstlich zu erschüttern. Der Gedanke „die Russen werden in Innerasien so weit vordringen, wie England es ihnen erlauben wird“, ist in den einflußreichen Kreisen Großbritanniens oft und eingehend erörtert worden — heute handelt England danach, es zieht die Grenzlinie, die es für seine Interessen festzuhalten gesonnen ist, es verlegt dorthin seine Vertheidigung. Nur zur Vertheidigung ist Großbritanniens Wehrwesen organisirt, in dieser aber fühlt es sich stark. Das Heer selbst, klein an Zahl, so lange England seinen Festlandsbesitz nur von schwachen Nachbarn umgeben wußte, tritt heute als starke Reserve hinter die Heere der muhamedanischen Schutzstaaten, es wird mit der Zeit wachsen und diese ganz in sich aufnehmen.

*) Die Bahn vom Indus nach Kandahar ist im Bau und soll Ende 1880 fertig werden, 200 km sind bereits im Betrieb.

Einen Angriff seitens der Engländer sieht aber allerdings auch Niemand voraus; man erwartet einen solchen von Seiten Rußlands. — Welchen Zweck könnte dieser Angriff haben?

Die Streitkräfte, welche Rußland in menschlich absehbarer Zeit in Innerasien zu verwenden vermag, genügen zu einem Zuge gegen die Turkmenen oder gegen das noch unabhängige Gebiet des afghanischen Turkestan; für einen Feldzug gegen die britische Macht, sind, wie früher auseinandergesetzt, die Verhältnisse dort durchaus nicht angethan. Soll Rußland seine gewaltige Heeresmassen in Kaukasien versammeln, den Westen Persiens erobern, die englisch-türkischen Heere aus Armenien und Kleinasien vertreiben, um dann mit vereinzelten Kolonnen von Merw und vom Kaspischen Meere aus gegen Afghanistan und Indien vorzurücken? In solchem Falle wäre England allerdings gezwungen alle Machtmittel aufzubieten, um seine im Süden Asiens bedrohten Interessen zu schützen; Rußland selbst aber führte an der Südgrenze seines Reiches einen blutigen schweren Krieg, der alle seine Kräfte in Anspruch nehmen würde, es sähe englische Schiffe vor allen seinen zugänglichen Küstenpunkten, fände sich von den verschiedensten Seiten bedroht, und wäre doch seinerseits außer Stande, England empfindlich zu treffen, auch die Hülfsquellen, welche dem großen britischen Reiche in allen Erdtheilen sich eröffnen, vermöchte Rußland durch seinen Angriff in keiner Weise zu erschöpfen. Einen Frieden nach seinem Willen zu erzwingen — das läge ganz außer der russischen Macht! In Innerasien würden nur der Unabhängigkeitstrieb, die Rachsucht und die Raublust der Muhamedaner aus diesem Kampfe der großen Mächte Vortheil ziehen, für diese selbst hätte wahrscheinlich ein gutes Theil der schon gethanen Arbeit von neuem zu beginnen.

Einen Angriffskrieg gegen Großbritannien wird das isolirte Rußland auch kaum suchen. Unüberwindlich, wo es gilt, sich gegen fremden Angriff zu vertheidigen, hat Rußland für sich allein Angriffskriege erfolgreich bisher nur gegen Schweden, Polen und die muhamedanischen Staaten geführt; gegen die gesammelte Kraft einer europäischen Großmacht ist es noch niemals isolirt in die Schranken getreten, und gerade die britische Macht ist zu viel gegliedert, um selbst dem größten Militärstaate der Erde ein kompaktes mit großen Schlägen niederzuwerfendes Ziel zu bieten.

Auch die asiatischen Interessen beider Staaten stehen mit einander nicht so sehr in Widerspruch, wie es scheint. Beide haben unbotmäßige Völkerschaften im Zaume zu halten und ausgedehnte Länderstrecken zu kultiviren; beide suchen als Vorbedingung für energische Friedensarbeit Ruhe an den eignen gesicherten Grenzen; diese Ruhe aber wird am ersten eintreten, die Grenzen werden am besten gesichert sein, wenn die Mächte

selbst sie bestimmen. England steht in Afghanistan; es stellte Persien und die Türkei als Schutzstaaten unter seine Obhut; es wird namentlich Persien auch neu zu kultiviren und zu kolonisiren haben, um gegen den russischen Nachbar haltbare Verhältnisse zu schaffen. Rußland beherrscht die turanische Ebene; es bedarf eines Kulturstreifens im Süden der Turkmenensteppe, um die dortigen Nomaden zu bändigen; es bedarf des Gebietes südlich des Oxus, um seinen Verkehr auf dem Strome frei zu entwickeln.

Soll der Nordabhang des Hindûkusch, wo die „Nachkommen Alexanders des Großen“ ihre Fürstensitze zum Theil in fensterlosen Hütten haben, soll ein Oasenstreifen längs der Gebirge von Chorassân der Kampfpreis eines Krieges zwischen den beiden größten Mächten des Erdballs werden? eines Krieges der bei der Ausdehnung dieser Reiche den größten Theil der bewohnten Erde in Mitleidenschaft ziehen müßte? Der Kampfpreis dürfte kaum des Kampfes lohnen.

Die Zeitungen und die Inserate*).

Von verschiedenen Seiten**) ist neuerdings die Frage aufgeworfen worden, ob der Staat nicht gutthun würde, das Recht, Bekanntmachungen durch den Druck zu verbreiten, wieder an sich zu nehmen. Die Zeitungen, welchen dadurch eine der wichtigsten, wenn nicht die Haupteinnahmequelle verstopft werden würde, haben begreiflicherweise sofort gegen diesen Vorschlag Front gemacht, und nach beliebter Weise denselben, ohne ihn zu discutiren, für absurd erklärt. Was bei dem Inseraten-Monopol des Staates herauskomme, sagten sie, habe man ja schon vor 1848 erlebt: die amtlichen Intelligenzblätter seien einfach nicht gelesen, mithin der Zweck der Ankündigung nicht erreicht worden.

Diese Argumentation hat etwas verblüffendes, und beinah gewinnt es den Anschein, als sei durch dieselbe bewerkstelligt worden, was sie leisten sollte. Der Gegenstand scheint rasch wieder von der Tagesordnung verschwunden zu sein. Wer setzt sich auch gern der Nachrede aus, daß er die Wiederbelebung von Einrichtungen befürworte, welche längst durch die Erfahrung „gerichtet“ sind!

Allein ist dies hier wirklich der Fall? Das vormärzliche System war ein unrichtiges, darüber ist nicht zu streiten; aber es fragt sich doch, ob nicht ein anderes, besseres zu finden sei. Und ein solches liegt aller-

---

*) Anmerkung der Redaction. Wir drucken den obigen Aufsatz, der uns von achtungswerther Hand zukommt, gerne ab, obgleich die Vorschläge des Herrn Verf. noch tiefer einschneiden, als er selbst anzunehmen geneigt scheint. Immerhin ist es an der Zeit, unbefangen die Frage zu prüfen, wie einer der häßlichsten Auswüchse der Presse ohne jede Beschränkung des freien Wortes beseitigt werden kann. Die heutige Einrichtung des Inseratenwesens ist in vielen Fällen eine Ausbeutung der Armen zum Besten der Besitzenden. Nur weil die kleinen Inserate der dienstsuchenden Arbeiter u. s. w. unverhältnißmäßig hoch bezahlt werden, können die Redactionen die Zeitung selbst ihren Abonnenten, die doch großentheils den vermögenden Klassen angehören, zu einem Spottpreise lieferte, welcher oft kaum dem Werthe des unbedruckten Papiers entspricht.

**) Namentlich von R. Schmölder in der interessanten Schrift: „Das Inseratenwesen ein Staatsinstitut“. Leipzig 1879.

dings so nahe, daß es garnicht lange gesucht zu werden braucht. Der Fehler lag darin, daß das Recht Anzeigen aufzunehmen ausschließlich den amtlichen Organen und einzelnen privilegirten Blättern zugestanden war, die Anzeigen also nur Demjenigen zu Gesichte kamen, der jene Blätter hielt oder las, allen Denjenigen aber nicht, welche aus irgend einem Grunde die amtlichen Zeitungen und Intelligenzblätter nicht halten wollten, weil ihnen deren sonstiger Inhalt nicht zusagte, weil sie sich mit Zeitungen begnügten, in welchen sie ihre politischen Ansichten ausgesprochen fanden u. s. w. Diesem Uebelstande ist jedoch sofort abzuhelfen, wenn die Regierung überall, wo das Bedürfniß darnach vorhanden ist, Anzeigeblätter herausgibt, welche absolut nichts anderes enthalten, als Anzeigen, und wenn auf solche Anzeigeblätter Jedermann ohne Ausnahme, und in so vielen Exemplaren als er will, abonniren kann. Daß bei Abnahme einer größeren Anzahl von Exemplaren Preisbegünstigungen eintreten müßten, versteht sich von selbst. Auf diese Art wären alle journalistischen Privatunternehmungen in die Lage versetzt, ihren Abonnenten das Anzeigeblatt zugleich mit der eigenen Zeitung zu liefern.

Es kann hier natürlich nicht unsere Absicht sein, mehr als die allgemeinsten Umrisse eines Planes zu geben, welcher in der Ausführung ohne Zweifel mancherlei Modificationen und Ergänzungen erfahren müßte, z. B. mit Rücksicht auf wissenschaftliche Organe, auf politische Blätter, welche nicht täglich erscheinen u. s. w. Vielmehr kommt es uns nur darauf an, den Einwurf zu widerlegen, durch welchen man den Gedanken eines staatlichen Ankündigungsmonopols überhaupt beseitigen wollte. Zu dem Ende ziehen wir in Betracht, welche Folgen eine derartige Ordnung des Inseratenwesens für die verschiedenen Interessenten haben würde. Einschränkung der Publicität oder Bevormundung des Publikums kann gegen diesen Vorschlag wohl nicht geltend gemacht werden. Im Gegentheil würde eine Anzeige in dem amtlichen Blatte allen Zeitungslesern eines Bezirks zur Kenntniß gebracht werden, was jetzt gewöhnlich nur durch deren Aufnahme in mehrere Blätter ermöglicht wird. Die, naturgemäß nach der Größe der Auflage zu regulirenden, Insertionsgebühren würden aber gewiß nicht höher sein, als sie jetzt durchschnittlich von einer Zeitung berechnet werden, da bekanntlich das anzeigende Publikum weitaus das Meiste zu den Erhaltungskosten der Zeitungen beitragen muß. Berücksichtigt man dieses notorische Verhältniß, und dazu den Umstand, daß künftig durch nur einen Redactions-, Druck- und Expeditions-Apparat die Arbeit geleistet würde, zu welcher jetzt ein zwei-, drei-, zehn-, zwanzig- und noch mehrfacher nöthig ist, so ergiebt sich leicht, daß die Regierungsblätter bei mäßigen Insertionspreisen ein sehr erhebliches Erträgniß ab-

werfen müßten; ein Erträgniß, welches mindestens einer Inseratensteuer gleichkommen würde, ohne doch deren gehässige Seite zu haben. Denn eine Inseratensteuer belastet in der That Handel und Verkehr, zumal den kleinen. Nominell zahlt dieselbe wohl der Zeitungseigenthümer, während er sie sofort auf den Inserenten abwälzt, was unmöglich in der Absicht des Staates liegen kann. Zudem wäre der Staat der Unannehmlichkeit überhoben, welche noch unlängst im Deutschen Reichstage besprochen worden ist, die politische Farbe der Zeitungen bei der Zutheilung der Bekanntmachungen zu beachten. Er hätte dann nur mit seinen Anzeigeblättern zu thun, und würde diese ebenso ohne Unterschied an die Zeitungen abgeben können, wie er letztere zur Postbeförderung übernimmt.

Wenn also unseres Erachtens Staat, Inserent und Zeitungsleser bei jenem System besser ihre Rechnung finden würden, als jetzt, so bleibt freilich noch ein Factor übrig, von welchem dies nicht so unbedingt gesagt werden kann: die Zeitungen. Wessen persönliches oder geschäftliches Interesse bei der Frage nicht mit ins Spiel kommt, der wird allerdings der Auffassung zuneigen, daß den Zeitungsunternehmern keine zu große und vor allem keine unbillige Einbuße zugemuthet werde. Wir billigen ihnen einen kaufmännischen Rabatt von jedem Anzeigeblatte zu, welches der Abonnent durch ihre Vermittelung bezieht, und nehmen ihnen eine Menge Auslagen ab für Druck, Papier, Personal u. s. w. Allein die Unternehmer werden mit dieser Rechnung nicht einverstanden sein, und es ist klar, daß die von uns befürwortete Neuerung eine Umwälzung in der Organisation des Zeitungswesens nach sich ziehen müßte. Der Inseratentheil würde aufhören der Remorqueur für den politischen, literarischen &c. Theil zu sein, das Schiff wäre gezwungen, sich durch eigene Kraft fortzubewegen. Das heißt: die Zeitungen würden theurer werden, direct durch Erhöhung des Pränumerationspreises oder indirect durch Verminderung der Quantität des Stoffes, sie würden sich in manchem Luxus, z. B. mit „Specialcorrseponbenten“, einige Einschränkung auferlegen, nicht so viele, vielleicht nicht so glänzende Honorare zahlen, — hier und da würde möglicherweise eine Zeitung eingehen, weil das angelegte Capital nicht mehr die gewünschten Zinsen abwürfe, auch der Andrang zum journalistischen Berufe würde sich wahrscheinlich verringern.

Es ist denkbar, daß irgend Jemand solche kaum vermeidliche Wirkungen des Ankündigungsmonopols als die gewichtigsten Argumente gegen dasselbe aufnehmen möchte: wir halten sie theils für unschädlich, theils für höchst wünschenswerth. Die Zahl der in einer Stadt erscheinenden Zeitungen bedeutet für die Cultur nicht mehr, als die Zahl der Theater, und der Volkswohlstand wird wenig davon berührt, ob unter den „blühen-

den Industrien" sich auch die „Zeitungsindustrie" befindet oder nicht. Es ist durchaus nicht nothwendig, daß man in „öffentlicher Meinung" speculiren kann wie in Actien und Spiritus, und daß Tausende von Menschen aus den Comptoirs, von der Börse, von der Universität weglaufen, weil ihre geringen Fähigkeiten und Kenntnisse in einem Redactionsbureau besser verwerthet werden können, als im Geschäft oder Amt. Das Publikum wird sich nicht nur nicht beklagen, sondern froh sein, wenn ihm nicht mehr zugemuthet wird, tagtäglich mehrere Druckbogen Leitartikel, Correspondenzen, Sitzungsberichte, literarische und Theaterkritiken u. s. w. u. s. w. zu verzehren um zu erfahren, was in der Welt vorgeht: das beweist schon das Gedeihen derjenigen Blätter, welche ihren Lesern den politischen Stoff condensirt auftragen.

Aber jeder Journalist, welcher mit Ernst bei seinem Berufe ist, wird auch unbedingt zugeben, daß eben die Entwickelung des Zeitungswesens zu einer großen Industrie, von dem unheilvollsten Einflusse auf das Wesen der Sache geworden ist. Und zu den entwürdigendsten Beziehungen des Journalismus gehört diejenige zum Inseratenwesen. Es erfordert eine große Unbefangenheit, heutzutage noch mit vollen Backen von der hohen Mission der Publicistik im allgemeinen, von ihrem Wirken für Bildung und Aufklärung zu reden, während offenkundig bei so vielen Zeitungen der Inseratenagent eine wichtigere Person ist als der Redacteur. In der Januar-Rundschau d. Bl. ist auf diese schmähliche Botmäßigkeit in einer Beziehung hingewiesen, aber sie geht viel tiefer hinunter und viel höher hinauf, von dem Schweigen zu dem Unfug mit Geheimmitteln, deren Verfertiger ein „geschätzter" Inserent ist, und den zweideutigen Redensarten über schwindelhafte Gründungen bis zur Haltung in den wichtigsten Angelegenheiten des Staats. Wenn die Geschichte der deutschen Publicistik in den letzten zwanzig Jahren getreulich geschrieben werden könnte, würde man staunend sehen, welche Rolle „die Annonce" in der Politik gespielt hat!

Wir bilden uns nicht ein, das Mittel entdeckt zu haben um die Presse zu dem zu machen, was sie sein soll. Käufliche Federn und schwache Naturen wird es immer geben, und die Bestechung verfügt über unzählige Waffen. Aber eine Besserung muß doch eintreten, wenn ein Kanal verstopft wird, durch welchen so viel Unrath und Gift zugeflossen ist.

Die letzten Worte erinnern uns an eine gewisse Sorte von Geschäftsleuten, welche ein Wehgeschrei erheben werden bei der Aussicht auf eine amtliche Controlle der Ankündigungen. Bereits ist es so weit gekommen, daß der Familienvater jedes Zeitungsblatt sorgfältig durchmustern

muß, ob er es in die Hände seiner Kinder gerathen lassen dürfe oder nicht, weil Gewerbe, welche früher kaum in den verrufensten, von jedem Anständigen gemiedenen, Winkeln großer Städte geduldet wurden, sich mit der größten Frechheit in den Zeitungsspalten breit machen, als wollten sie ausdrücklich Diejenigen ad absurdum führen, deren Staatsweisheit anfängt und aufhört mit der Maxime laisser faire. Diese Zucht würde allerdings ein Ende nehmen, sobald ein Staatsbeamter verantwortlich das Anzeigeblatt redigirte, und einer solchen Censur wird hoffentlich jeder aufrichtige Freund der Preßfreiheit das Wort reden.

Zur Geschichte des preußisch-russischen Bündnisses.

Im Sommer 1813 schrieb August Wilhelm Schlegel an Schleiermacher: „ist es zu verwundern, daß dieses Volk gebückt geht, auf dessen Schultern man seit anderthalb Jahrhunderten das europäische Gleichgewicht ausgewogen hat?“ Er bezeichnete damit zugleich die Ursache der langjährigen Ohnmacht unseres Vaterlandes und den Grund jenes beharrlichen Mißtrauens, welches alle Großmächte dem wieder erstarkenden Deutschland entgegenbrachten. Selbst ein besonnener und unparteiischer deutscher Historiker wird sich schwer der Bitterkeit enthalten und den Fremden leicht als ein Chauvinist erscheinen, wenn er im Einzelnen schildert, wie viel gerechter und freundlicher die öffentliche Meinung Europas die nationalen Bewegungen der Italiener, der Griechen, der Südslaven beurtheilt hat als den Einheitskampf der Deutschen. Es bedarf eben einiger Selbstverleugnung um zu erkennen, daß die gesammte Gestaltung des alten Staatensystems, die ganze Weltanschauung der alten Diplomatie auf der Zertheilung Deutschlands ruhte, und wir mithin bei unserer Revolution von den Nachbarmächten nichts Besseres erwarten konnten als höchstens Neutralität und stillschweigendes Geschehenlassen. Ein stolzer Deutscher wird sich dessen freuen, daß wir Alles was wir sind wesentlich uns selber verdanken; er wird in der praktischen Politik vergangener Unbill gern vergessen und lediglich fragen, wie sich die Nachbarmächte zu den heutigen Interessen unseres Reiches stellen. Wer aber in der Geschichte nur ein Arsenal für die wechselnden Zwecke der Tagespolitik sieht, der mag mit mäßiger Gelehrsamkeit und etwas Sophisterei sehr leicht den Nachweis führen, daß — je nach Bedarf — Frankreich oder Oesterreich, Rußland oder England unser Erbfeind sei.

Ein Buch solcher Art, durch und durch tendenziös und unhistorisch, ist die Schrift „Berlin und Petersburg, Preußische Beiträge zur Geschichte der russisch-deutschen Beziehungen“, welche ein anonymer Autor kürzlich veröffentlicht hat, in der unverhohlenen Absicht Aufsehen zu erregen, die Gemüther gläubiger Leser auf eine nahe Abrechnung mit Rußland vorzubereiten. Das Buch nennt sich „Preußische Beiträge“, und das Vorwort

ist aus Berlin datirt. Nun glaube ich gern, daß der Verfasser, als er sein Vorwort schrieb, sich zufällig einige Tage in Berlin aufgehalten haben mag. Jeder Kenner unserer politischen Literatur muß aber sofort errathen, daß die Schrift von dem nämlichen Publicisten herrührt, welcher das Büchlein „Rußland vor und nach dem Kriege“, ferner die „Bilder aus der Petersburger Gesellschaft“ und eine Menge anderer lehrreicher Werke über deutsch-russische Verhältnisse herausgegeben hat. Und dieser Publicist ist bekanntlich kein Preuße, sondern ein Balte; er hat auch bisher nie beansprucht preußische Politik zu treiben, sondern immer mit großem Talent und rastloser Thätigkeit die Interessen seiner baltischen Heimath, wie er sie versteht, vertreten. Er nimmt unter den politischen Schriftstellern Deutschlands eine ähnliche Stellung ein wie einst auf der Gegenseite Louis Schneider. Wie dieser, auf seine Weise sicherlich ein ehrlicher preußischer Patriot, den Bund mit dem heiligen Rußland als ein Dogma betrachtete, so unser Autor den Kampf gegen das Czarenreich; nur ist er ungleich geistreicher und gänzlich frei von jenem subalternen Wesen, das die Aufzeichnungen Schneiders so ungenießbar macht. Wiederherstellung Polens und Eroberung der baltischen Provinzen — dies sind die Traumbilder, die sich mehr oder minder verhüllt im Hintergrunde aller seiner Bücher zeigen. In seinen Augen hat die preußische Monarchie eigentlich nur den einzigen Lebenszweck das Slaventhum niederzuhalten, sie verfehlt ihren Beruf so lange sie sich mit den Moskowitern nicht überworfen hat.

Alle Probleme der deutschen Politik werden mit diesem einen Maßstabe gemessen; keine noch so erstaunliche Folgerung, die unseren tapferen Balten zurückschreckte. Im Jahre 1871 war er ein Gegner der Eroberung von Elsaß-Lothringen; denn die Befreiung unserer Westmarken drohte den ersehnten Krieg mit Rußland zu verzögern; auch durfte ein baltischer Patriot nicht zugeben, daß das Elsaß mit seinen französisch gesinnten höheren Ständen ein deutsches Land sei, da doch das Deutschthum Livlands und Kurlands ausschließlich in dem Adel und dem wohlhabenden Bürgerthum wurzelt. Eine solche unverwandt auf das gleiche Ziel gerichtetete Gesinnung zwingt selbst den Gegner zur Achtung. So lange unser Autor mit offenem Visier focht, konnte man es seinem warmen Lokalpatriotismus verzeihen, wenn er zuweilen etwas geringschätzig von Preußen sprach und unserer angeborenen Beschränktheit den wunderbaren politischen Instinkt des baltischen Adels als leuchtendes Musterbild vorhielt. Wenn er aber heute die Maske eines tief eingeweihten preußischen Staatsmannes vornimmt, wenn er unsere ehrenreiche Geschichte für die Zwecke der baltischen Malcontenten zurechtschneidet und uns glauben machen will,

Preußen sei fünfzig Jahre lang der Spielball einer fremden Macht gewesen: dann ist es wohl erlaubt näher zu prüfen, ob die Ladung dieses baltischen Schiffleins mehr werth ist, als die falsche Flagge, die es am Maste führt.

Das alte Sprichwort Qui a compagnon a maître gilt vornehmlich von den Verbindungen der Staaten. Es war ein Irrthum, wenn Hardenberg einst über Oesterreich und Preußen sagte: leurs intérêts se confondent. Die Gemeinschaft der Interessen zwischen unabhängigen Mächten kann immer nur eine bedingte und zeitlich beschränkte sein; in jeder langdauernden Allianz wird bald der eine bald der andere Theil mit Recht oder Unrecht sich für übervortheilt halten. So hat unser Staat am Anfang des achtzehnten Jahrhunderts ungeheure Opfer gebracht für die Zwecke der beiden Seemächte und aus diesem vieljährigen Bündniß schließlich nicht viel mehr davon getragen als den Königstitel und unfruchtbare Lorbeeren. Auch die Geschichte der siebenundsiebzigjährigen preußisch-russischen Freundschaft — des längsten Bündnisses, das jemals zwischen zwei Großmächten bestanden hat — ist nicht arm an solchen Erscheinungen. Es gab Zeiten, da die deutschen Patrioten die russische Freundschaft mit vollem Rechte als einen Druck, ja als eine Schmach empfanden, wie umgekehrt während der jüngsten Jahre die große Mehrzahl der gebildeten Russen fest glaubte, ihr Vaterland werde durch das preußische Bündniß geschädigt. Zieht man aber die letzte Summe, vergleicht man unbefangen die Machtstellung der beiden Staaten im Jahre 1802, als ihr Bund sich schloß, und im Jahre 1879, als er sich löste, so kann ehrlicherweise nicht behauptet werden, daß Preußen bei dieser Allianz schlecht gefahren sei.

Der preußisch-russische Bund war bekanntlich von Haus aus das persönliche Werk der beiden Monarchen, und Jedermann weiß, wie sehr er gefördert wurde durch die ehrliche, rückhaltlose Freundschaft, welche König Friedrich Wilhelm III. dem vielgewandten Czaren entgegenbrachte. Doch niemals sind diese persönlichen Empfindungen des Königs stärker gewesen als sein gesunder politischer Verstand und sein festes Pflichtgefühl. Jeder neue Fortschritt der historischen Forschung bestätigt nur von Neuem, daß der König durchaus im Rechte war, als er, unbeirrt durch die Rathschläge so vieler geistvollerer Männer, den Versuch der Wiedererhebung nur im Bunde mit Rußland wagen wollte. Ohne den Czaren Alexander wäre die Einnahme von Paris und also auch die Wiederherstellung der alten Macht Preußens unmöglich gewesen; wer daran noch zweifelt, den mögen die jüngst veröffentlichten Denkwürdigkeiten Metternichs über die wahren Absichten des damaligen Wiener Hofes belehren — allerdings nicht die Memoiren selbst mit ihrer unleidlichen Selbstberäucherung, wohl aber die

angehängten authentischen Aktenstücke, welche dem eitlen Selbstlobe des Memoirenschreibers meist offenbar widersprechen. Auf dem Wiener Congresse bewährte sich nochmals die Interessengemeinschaft der beiden Höfe: der Czar mußte die deutschen Entschädigungsforderungen Preußens nachdrücklich unterstützen, wenn er sich selber den Besitz von Polen sichern wollte.

Bei dem zweiten pariser Frieden dagegen stießen die Interessen der beiden Mächte hart aufeinander. Der Czar hatte zwar die Wiederaufrichtung des preußischen Staates begünstigt, damit das russische Reich durch diese Vormauer an seinen verwundbarsten Stellen unangreifbar würde; doch die Entstehung einer vollkommen unabhängigen, sich selber genügenden deutschen Macht wünschte er ebensowenig wie die Höfe von Paris, Wien und London. Daher scheiterte die von Preußen geforderte Wiederherstellung unserer alten Westgrenze an dem gemeinsamen Widerstande der sämmtlichen Großmächte. Alle Höfe ohne Ausnahme beobachteten mit Besorgniß, welche ungeahnte Fülle kriegerischer Kräfte das kleine Preußen während des Befreiungskrieges entfaltet hatte; darum waren sie nachher alle wetteifernd bemüht die Verdienste Preußens im Lethe zu begraben. Liest man die Kriegsberichte Wellingtons und seiner Offiziere, die Briefe von Schwarzenberg, Metternich, Gentz, die halbamtlichen Schriften der russischen Militärschriftsteller jener Zeit, so ist schwer zu sagen, welcher der drei Bundesgenossen die Thaten der preußischen Waffengefährten am Schnellsten und Gründlichsten vergessen hatte.

Trotzdem war der Bund mit Rußland und Oesterreich eine Nothwendigkeit für Preußen; denn die dringendste Aufgabe unserer europäischen Politik blieb doch, eine neue Schilderhebung Frankreichs zu verhindern, und diesen ihren nächsten Zweck hat die große Allianz in der That erreicht. Als Oesterreich im Jahre 1817, geängstigt durch Alexanders orientalische Pläne, dem Könige ein geheimes Schutz- und Trutzbündniß anbieten ließ, das seine Spitze nöthigenfalls auch gegen Rußland richten sollte, da ging Hardenberg, der in jenen Tagen durchaus österreichisch gesinnt war, eifrig auf den Vorschlag ein. Der König aber handelte als Preuße und lehnte rundweg ab; denn nur die Eintracht aller drei Ostmächte konnte seinem Staate die Sicherheit gewähren, deren er nach den ungeheuren Opfern des Krieges vor Allem bedurfte. Gleichwohl ist es grundfalsch, wenn unser baltischer Anonymus die Dinge so darstellt, als ob die russische Allianz nach der Ansicht Friedrich Wilhelms III. die einzig mögliche gewesen wäre. Der König kannte, gründlicher als sein heutiger Kritiker, die unberechenbaren Wechselfälle der internationalen Verhältnisse und behielt auch die Möglichkeit eines Krieges gegen Rußland wachsam im Auge. Im Jahre 1818 überraschte er den Wiener Hof durch die Erklärung: er wünsche auch Posen,

Ost- und Westpreußen in den deutschen Bund aufzunehmen, weil er im Falle eines russischen Angriffs der Hilfe Deutschlands unbedingt sicher sein wolle. Friedrich Wilhelm hielt an diesen Gedanken hartnäckig fest, obgleich Hardenberg und Humboldt widersprachen, und gab sie erst auf, als Oesterreich sich dagegen erklärte und also jede Aussicht den Antrag am Bundestage durchzusetzen verschwand.

Ebenso unwahr ist es, daß der König, wie unser Anonymus sich herablassend ausdrückt, auf alle nationaldeutsche Velleitäten bescheiden verzichtet hätte. Seine Politik war friedlich, wie sie es mußte, sie scheute einen Entscheidungskampf, für welchen damals alle Vorbedingungen fehlten; aber sobald die Verhältnisse in den neuen Provinzen einigermaßen geordnet waren, begann sie sofort an der handelspolitischen Einigung Deutschlands zu arbeiten. Bei diesem schweren Werke, das recht eigentlich den Grund legte für das neue deutsche Reich, begegnete Preußen auf Schritt und Tritt der Feindschaft Oesterreichs, Englands und Frankreichs. Rußland allein unter allen Großmächten bewahrte eine wohlwollende Neutralität. Diese eine Thatsache genügt schon um den König zu rechtfertigen, wenn er auf die russische Freundschaft großen Werth legte.

Blind war diese Neigung keineswegs; denn nichts verkehrter als die Behauptung des Verfassers, daß Preußen durch jene Mediation, welche den Frieden von Adrianopel herbeiführte, lediglich dem russischen Hofe einen uneigennützigen Freundschaftsdienst erwiesen hätte. Als der Krieg von 1828 ausbrach, hatte der König dem Czaren offen ausgesprochen, daß er dessen Kriegserklärung mißbilligte. Im folgenden Jahre, beim Beginne des zweiten Feldzugs, gestaltete sich die europäische Lage sehr bedrohlich. Das Wiener Cabinet, aufs Aeußerste aufgeregt durch die Fortschritte der russischen Waffen, bemühte sich im Verein mit England eine große Allianz gegen Rußland zu Stande zu bringen; andererseits wußte der König aus dem Munde seines Schwiegersohnes — die eigenhändige Aufzeichnung des Czaren ist noch im Berliner Geheimen Staatsarchive vorhanden — daß Kaiser Nicolaus mit König Karl X. von Frankreich in vertraulichem Einvernehmen stand. Ließ man die Dinge gehen, so drohte ein europäischer Krieg, der den preußischen Staat nöthigen konnte zugleich gegen Rußland und Frankreich zu fechten — und dies um einer Frage willen, die unseren Interessen doch fern lag. Um diese Gefahr abzuwenden, also zum Besten seines eigenen Staates, entschloß sich der König als Vermittler aufzutreten und führte einen Frieden herbei, der, wie die Dinge lagen, beiden kriegführenden Parteien willkommen war. Fürst Metternich erschrak allerdings über diesen Erfolg der preußischen Politik, und auch die Reactionäre in Berlin, Herzog Karl von Mecklen-

burg, Ancillon, Schuckmann, Knesebeck, die allesammt auf die Worte des Wiener Meisters schwuren, zeigten sich bestürzt; doch die tüchtigsten Männer am Hofe, Bernstorff, Witzleben, Eichhorn und vor Allen Prinz Wilhelm der Jüngere billigten das wohlerwogene Verfahren des Monarchen. Der Entschluß des Königs stand offenbar im Zusammenhange mit den glänzenden Erfolgen, welche der Finanzminister Motz zur nämlichen Zeit in den Kämpfen der deutschen Handelspolitik davontrug. Dem ruhigen historischen Urtheile erscheinen die Jahre 1828 und 1829 als ein erfreulicher Wendepunkt in der Geschichte jener stillen Epoche; es war die Zeit, da Preußen wieder begann dem österreichischen Hofe in voller Selbständigkeit gegenüberzutreten. Unter den Liberalen freilich, die soeben noch für die Hellenen geschwärmt hatten und nunmehr plötzlich sich für die Türken begeisterten, entstand nachträglich das Parteimärchen, Preußen hätte seine Vermittlung nur unternommen um die russische Armee vor dem sicheren Untergange zu retten. Diese Erfindung widerlegt sich indeß schon durch den Kalender. Am 19. August erschien Diebitsch's Heer vor Adrianopel; hier erst begannen die Verlegenheiten des Siegers, hier zeigte sich erst, wie sehr seine Streitkräfte durch Krankheiten und Strapazen geschwächt waren. Preußen aber übernahm die Mediation schon im Juni; als General Müffling seine Instruktionen erhielt, war das russische Heer überall im siegreichen Vorgehen.

Auch späterhin hat König Friedrich Wilhelms Nüchternheit niemals die Anschläge des Czaren gegen die Pforte begünstigt; er that vielmehr das Seine um die Widerstandskraft des osmanischen Reiches zu stärken. Die einzige einigermaßen wirksame Reform, welche dem versinkenden türkischen Staate noch gelang, die Neugestaltung des Heerwesens, war bekanntlich das Werk preußischer Offiziere. Alles was die verbitterte, skandalsüchtige Opposition jener Zeit über die Einwirkung Rußlands auf die inneren Zustände Preußens erzählte, ist schlechthin erfunden: den König allein trifft Lob und Tadel für den Gang der inneren Politik, sein Schwiegersohn hat dem alten Herrn gegenüber niemals die Ehrfurcht des Sohnes verleugnet. Selbst die Wunderlichkeiten des damaligen Berliner Hofes, die Vorliebe für den Parademarsch, die Ordensspielerei und ähnliche Erscheinungen, die man in der liberalen Welt als „russisches Wesen“ bezeichnete, entsprangen einfach der persönlichen Neigung des Königs, und es ist schwer zu entscheiden, ob Rußland in dieser Hinsicht mehr von Preußen gelernt hat oder umgekehrt. Während der schwülen Tage der Julirevolution zeigte sich dann nochmals die bei aller Anspruchslosigkeit doch selbständige und gut preußische Haltung des Königs. Friedrich Wilhelm widerstand den legitimistischen Aufwallungen seines Schwiegersohns

und verhinderte den in Petersburg geplanten Kreuzzug wider Frankreich. Im nächsten Jahre widerstand er ebenso nüchtern der thörichten Polenschwärmerei der Liberalen und beförderte durch die Besetzung der Ostgrenze die Unterdrückung jenes polnischen Aufstandes, der für unser Posen ebenso bedrohlich war wie für das russische Polen. Der baltische Anonymus verbirgt seinen Kummer über diese verständige Politik der Selbstbehauptung hinter den sinnigen Worten: wir hätten diese Hilfleistung „bekanntlich mit dem kostbaren Leben Gneisenaus bezahlt". Sollen wir etwa auch die Cholera, die unseren Helden dahinraffte, den Russen in ihr großes Schuldbuch schreiben?

Aus dem ganzen Zeitraume von 1815 bis 1840 weiß ich nur eine einzige Thatsache anzuführen, welche in Wahrheit Anlaß giebt zu dem Vorwurfe, daß der König um der russischen Freundschaft willen ein wichtiges Interesse seines Staates vernachlässigt habe: gegenüber der rücksichtslosen Handelspolitik Rußlands zeigte Preußen eine Nachgiebigkeit, die an Schwäche grenzte. Aber auch diese Frage liegt nicht ganz so einfach wie der baltische Anonymus glaubt. Er wirft Rußland die Nichterfüllung des Wiener Vertrages vom 3. Mai 1815 vor und übersieht, daß Preußen selbst die Ausführung dieser Uebereinkunft kaum ernstlich wünschen konnte. Es stellte sich nämlich bald genug heraus, daß Hardenberg in Wien von dem Fürsten Czartoryski überlistet worden war. Die scheinbar so harmlosen Bestimmungen über die freie Durchfuhr, über den freien Verkehr mit den Landeserzeugnissen aller vormals polnischen Lande u. s. w. legten unserem Staate, da sein Gebiet das Durchfuhrland bildete, fast nur Pflichten auf, ohne ihm entsprechende Vortheile zu gewähren. Um den Vertrag buchstäblich zu erfüllen, hätte Preußen seine polnischen Provinzen von dem übrigen Staatsgebiete durch eine Zolllinie trennen müssen; die Polen aber sahen in dem Vertrage ein willkommenes Mittel, um durch die Ansiedelung von Handelsagenten und Commissionären ihre nationale Propaganda in unsere polnischen Gebiete hineinzutragen. So geschah es, daß Preußen nach vergeblichen Unterhandlungen einseitig vorging und durch das Zollgesetz von 1818 seine polnischen Lande den übrigen Provinzen des Ostens völlig gleich stellte. Nach diesem nothwendigen Schritte war Preußen nicht mehr in der Lage, sich mit Erfolg auf den Wiener Vertrag zu berufen. Und welche Mittel besaßen wir, um den Nachbarstaat zum Aufgeben einer thörichten, für sein eignes Land schädlichen Handelspolitik zu nöthigen? Doch nur die zweischneidige Waffe der Retorsion.

Ganz anders gestaltete sich das Verhältniß der beiden Staaten unter Friedrich Wilhelm IV. Es wird immer eine der bittersten Erinnerungen

unserer Geschichte bleiben, wie rath- und haltlos der geistvolle neue König dem festen Willen des Czaren gegenüberstand; wie grausam er an zahllosen Mißerfolgen erfuhr, daß in den harten Machtkämpfen des Staatslebens der Charakter dem Talente immer überlegen ist; wie er endlich — es muß gesagt werden — sich vor diesem beschränkten Kopfe gradezu fürchtete. Hier hat unser Autor guten Grund zu scharfen Urtheilen; auch bietet er uns neben mehreren fragwürdigen Anekdoten einige zuverlässige thatsächliche Mittheilungen zur Geschichte der Wirren von 1848—50. Es ist vollkommen wahr, daß Czar Nikolaus im Herbst 1848 den General Grafen Friedrich Dohna fragte, ob er nicht der preußische Monk werden und mit dem ersten Armeecorps auf Berlin marschieren wolle, um dort die Ordnung herzustellen; die ganze russische Armee solle ihm nöthigenfalls als Reserve dienen. Die als Manuscript gedruckten Denkwürdigkeiten des Grafen bestätigen die Richtigkeit dieser Erzählung bis auf einige geringfügige Einzelheiten. Zu einer unbefangenen historischen Würdigung der Ereignisse vermag sich der Verfasser aber auch hier nicht zu erheben. Er verschweigt, daß nicht blos Rußland, sondern sämmtliche Großmächte das preußisch-deutsche Kaiserthum verwarfen; die Stellung der Mächte zu der Frage der deutschen Einheit hatte sich seit 1814 nicht verändert. Er verschweigt desgleichen, daß sämmtliche Großmächte der Befreiung Schleswig-Holsteins widerstrebten; und unleugbar hatte Rußland, nach den Traditionen der alten Diplomatie, besseren Grund zu solcher Haltung als die übrigen Mächte. Denn alle Cabinette glaubten damals bestimmt — wenn auch mit Unrecht — daß Preußen den Kampf gegen Dänemark benutzen wolle um sich des Kieler Hafens zu bemächtigen; und diese Aussicht konnte dem russischen Staate als einer baltischen Macht doch nicht willkommen sein.

Eigenthümlich war der russischen Politik — im Unterschiede von England, Frankreich, Oesterreich — nur das Eine, daß sie außerdem auch noch die preußische Verfassungsbewegung bekämpfte. Czar Nikolaus geberdete sich nicht blos, sondern er fühlte sich wirklich als das Haupt der Sache des Königthums in ganz Europa; und eben dies sicherte ihm einen starken Anhang unter den preußischen Conservativen. Es liegt mir fern, die klägliche Politik, die in Warschau und Olmütz Buße that, irgendwie zu vertheidigen; im Kampfe mit dieser Richtung sind wir alten Gothaer ja allesammt aufgewachsen. Indeß nach einem vollen Menschenalter scheint es doch an der Zeit, die menschlichen Beweggründe zu würdigen, welche damals so manchen wackeren Patrioten in das russische Lager trieben. Man denke nur an den Ritt des Königs durch das meuterische Berlin, an den Rückzug der siegreichen Garden vor den geschlagenen Barrikadenkämpfern, an alle die entsetzlichen Demüthigungen, welche die Schwäche

Friedrich Wilhelms IV. über die Krone der Hohenzollern gebracht hatte. Den alten preußischen Royalisten war zu Muthe, als ginge die Welt unter; Alles was ihnen heilig gewesen, sahen sie entwürdigt, und in dem allgemeinen Chaos erschien ihnen Czar Nikolaus als die letzte Stütze der Monarchie. Darum, um das preußische Königthum zu retten, hielten sie zu Rußland. Sie haben schwer gefehlt, doch nur der blinde Haß kann sie, wie unser Buch thut, kurzweg als Landesverräther behandeln. Das Haupt der russenfreundlichen Partei in Berlin war zu Anfang der fünfziger Jahre derselbe Feldmarschall Dohna, der jene schnöde Zumuthung des Czaren sofort mit preußischem Stolze zurückgewiesen hatte; von ihm sagte ein russischer Diplomat: „so lange diese alte Standarte noch aufrecht steht, bin ich ruhig". Hochkonservativ in politischen und kirchlichen Dingen, hat dieser Schwiegersohn Scharnhorst's doch die Ideale der Befreiungskriege, die Hoffnung auf Deutschlands Einheit niemals aufgegeben. Was den edlen deutschen Mann in die Reihen der Reaction führte, war wahrlich nicht die Rücksicht auf Rußland, sondern jene heillose Verwirrung unserer Zustände, welche die große Sache der Deutschen Einheit mit den Thorheiten der Revolution so eng verkettet hatte: die Frankfurter Kaiserkrone erschien ihm wie seinem Könige als eine couronne du pavé.

Ueber die Zeiten des Krimkrieges urtheilen heute wohl alle Unbefangenen, daß Preußen damals ausnahmsweise einmal unverdientes Glück gehabt hat. Das drückende Uebergewicht Rußlands ward ohne unser Zuthun durch die Westmächte gebrochen, und gleichwohl blieb uns das für Deutschlands Zukunft so folgenreiche gute Verhältniß zu der östlichen Nachbarmacht erhalten, während Oesterreich in eine gefährliche Vereinsamung hineingerieth. Ein günstigeres Ergebniß als dieses hätte auch eine minder unentschlossene, minder thatenscheue Regierung, als das Ministerium Manteuffel war, schwerlich erzielen können. Unser Autor selbst giebt mit halben Worten zu, daß es nicht an Preußen war, die Partei der Westmächte zu ergreifen und also die Pläne des Bonapartismus zu fördern. Ein wahrhaft genialer Staatsmann konnte vielleicht, sobald die Streitkräfte Frankreichs im Oriente festgenagelt waren, unbekümmert um die verblendete öffentliche Meinung, sich plötzlich mit Rußland verbinden und die Eroberung Schleswig-Holsteins, die Lösung der deutschen Frage versuchen. Es liegt aber auf der Hand, wie schwer dies war, wie ganz undenkbar bei der Persönlichkeit des Königs. Statt diese schwierigen Verhältnisse ruhig zu würdigen, bringt der Verfasser nur heftige Anklagen gegen Rußlands Hochmuth und Preußens Unterwürfigkeit. Er verschweigt dabei wieder, daß Preußen damals leider bei der ganzen Welt in Mißachtung gerathen war, und der Hochmuth der Westmächte dem russischen nicht nachstand.

Jedermann kennt die Briefe des Prinzen Albert und die Aeußerung Napoleons III. über Preußens déférence gegen Rußland; die kalte, wegwerfende Verachtung in den Briefen des Prinz-Gemahls, der doch selbst ein Deutscher war und seine Worte besonnen zu wägen pflegte, ist nach meinem Gefühle verletzender, als die rohen Schimpfworte, welche der schroffe, herrische Nikolaus in Augenblicken des Jähzorns herausgepoltert haben soll. Verschwiegen wird auch, daß Czar Nikolaus sich bereit erklärte, Preußens Waffenhilfe durch die Abtretung von Warschau zu erkaufen. Im englisch-französischen Lager wollte man allerdings den nämlichen Preis zahlen, aber nur — gegen eine kleine Grenzberichtigung auf dem linken Rheinufer! Welche von beiden Anerbietungen war wohl günstiger?

Dieser ganze Abschnitt ist ein Gemisch von Wahrem und Falschem, von feinen Bemerkungen und abgeschmacktem Klatsch. Nur eine Probe von der Weise des Verfassers Geschichte zu erzählen. Er druckt mit gesperrten Lettern: „Im Februar 1854 wurde ein preußisches Staatsgeheimniß, der eben neu ausgearbeitete Mobilmachungsplan, dem Petersburger Hofe mitgetheilt“ — und erzählt sodann, wie einer unserer edelsten Patrioten, ein berühmter Dichter, die Nachricht von dieser Verrätherei, natürlich im besten Glauben, einer Berliner lithographischen Correspondenz übermittelte, und in Folge dessen ein geheimer Haftbefehl gegen den Dichter erlassen wurde. Ich kenne den Vorgang zufällig sehr genau und kann bestätigen, daß der Haftbefehl allerdings ergangen ist — sicherlich ein charakteristischer Zug aus jener Zeit kleinlicher polizeilicher Seelenangst. Aber wichtiger als dieser Nebenumstand ist doch die Frage, ob jene Nachricht wohl begründet war, ob jener Landesverrath wirklich geschehen ist. Der Verfasser hat hier nochmals Einiges verschwiegen. Die Nachricht lautete dahin, daß ein Bruder des Königs den Verrath begangen habe; und diese wunderbare Enthüllung rührte nicht her von einem sachkundigen Manne, sondern von einem ehrenwerthen, aber auch sehr leichtgläubigen und hitzköpfigen liberalen Landtagsabgeordneten, der dem Hofe ganz fern stand! Ist es übertriebene Loyalität, wenn wir Preußen von dem baltischen Anonymus mindestens den Versuch eines Beweises fordern, bevor wir uns entschließen, einen unserer königlichen Prinzen für einen Landesverräther zu halten? Das Histörchen gehört einfach in die Reihe der zahllosen Schandgeschichten, welche von dem schwarzgalligen Liberalismus der fünfziger Jahre nur allzu willig geglaubt wurden. Es war ja die Blüthezeit Varnhagen v. Ense's.

Nach der ganzen Tendenz seines Buchs vermag der Verfasser natürlich nicht, die unbestreitbare Thatsache anzuerkennen, daß die Politik Alexanders II. Vieles von dem was Kaiser Nikolaus an Deutschland sündigte

wieder gesühnt hat. Er sucht vielmehr auch in dieser Epoche der russischen Geschichte jede Spur deutschfeindlicher Regungen sorgsam auf. Nun ist allbekannt, daß Rußland nach dem Pariser Frieden eine Annäherung an Frankreich versuchte; man darf wohl auch als sicher annehmen, daß Fürst Gortschakoff vom Beginne seiner staatsmännischen Laufbahn an das französische Bündniß als das naturgemäße für Rußland angesehen hat. Aber von solchen allgemeinen Wünschen bis zu den Thaten der Staatskunst ist ein weiter Weg. Seit Jahrzehnten hat die große Mehrzahl der französischen Staatsmänner ohne Unterschied der Partei die russische Allianz mit den Lippen gepriesen; selbst Lamartine, der Freiheitsschwärmer, feierte dies Bündniß als eine geographische Nothwendigkeit, als „den Schrei der Natur". Und doch ging die Weltgeschichte andere Bahnen.

Es kam der polnische Aufstand von 1863. Der Petersburger Hof lernte die geheimen Zettelungen des Bonapartismus gründlich kennen und erprobte an Preußens wachsamer Hilfe nochmals den Werth der deutschen Freundschaft. Seitdem blieb seine Haltung durch ein volles Jahrzehnt unseren Interessen günstig, was auch der baltische Anonymus im Einzelnen schelten und tadeln mag. Gewiß war es nur der Wille eines Mannes, was diese Richtung der russischen Politik bestimmte. Die preußisch-russische Allianz hat ihren dynastischen Ursprung nie verleugnet, sie hat niemals eine warme Freundschaft zwischen den beiden Nationen hervorgerufen. Während die große Mehrzahl der Deutschen die russischen Dinge mit vollkommener Gleichgiltigkeit ansah, erwachte in der gebildeten russischen Gesellschaft, sobald die großen Entscheidungstage unserer Geschichte herannahten, ein bitterer Haß gegen Deutschland, der von Jahr zu Jahr mächtiger anschwoll. Aber jener eine Wille, der uns freundlich war, beherrschte den russischen Staat; und so lange dieser Zustand währte, war die verständige deutsche Presse verpflichtet die Nachbarmacht mit Schonung zu behandeln. Wenn der baltische Autor unsere Presse deßhalb verhöhnt und sie des Mangels an nationalem Stolze beschuldigt, so beweist er damit nur, daß er für die nächsten und wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik kein Verständniß hat. Seine Gedanken bewegen sich stets um Reval, Riga und Mitau.

Daß die Verschiebung des Gleichgewichts unter den baltischen Mächten, das Vorrücken Preußens auf die cimbrische Halbinsel dem Petersburger Hofe bedenklich erscheinen mußte, bedarf keiner Erklärung. Zuletzt hat er doch die alte tiefeingewurzelte Tradition fallen lassen und sich auf gute Art in die vollendeten Thatsachen geschickt. Desgleichen ist einleuchtend, daß er die Entstehung des Norddeutschen Bundes nicht wünschen konnte. Man erwartete beim Ausbruch des Krieges von 1866 in Petersburg, wie

in allen anderen Hauptstädten, die wahrscheinliche Niederlage Preußens und erschrak anfangs lebhaft über die glänzenden Erfolge unserer Waffen. Doch auch diesmal überwog die Billigkeit; Kaiser Alexander erkannte die neue Ordnung der deutschen Dinge ohne Hintergedanken an, sobald er erfuhr, welche Anschläge gegen das linke Rheinufer der Tuilerienhof hegte. Im Jahre 1870 sodann bestand diese freundnachbarliche Haltung ihre schwerste Probe. Oesterreich, Italien und Dänemark hatten bekanntlich ein Kriegsbündniß gegen Deutschland schon nahezu abgeschlossen, als die Schläge von Wörth und Spichern dazwischen fuhren; England wagte nicht den Franzosen den Angriff zu verbieten, welchen ein einziges Wort der Meereskönigin verhindern konnte, und verlängerte nachher den Krieg durch seine Waffenverkäufe, durch die parteiische Handhabung der Neutralität. Kaiser Alexander dagegen begrüßte jeden Sieg seines königlichen Oheims mit herzlicher Freude. Darauf aber kam es an, nicht auf die ärgerliche Verstimmung des Fürsten Gortschakoff, welche unser Autor mit so vielem Behagen ausmalt. Rußland war die einzige Großmacht, deren Staatsgewalt in jener schweren Zeit uns freundliche Gesinnungen zeigte. Und wie werthvoll die russische Freundschaft noch in den folgenden Jahren für uns gewesen ist, das lehrt ein vergleichender Blick auf die heutige Lage der Welt. So lange das Dreikaiserbündniß aufrecht blieb, war ein europäischer Krieg ganz außer Frage — denn die berühmte Kriegsgefahr von 1875 hat ja in Wirklichkeit nie bestanden. Seit Rußland sich von den beiden anderen Kaisermächten trennte, stehen wir zum Mindesten vor der Möglichkeit eines allgemeinen Krieges und können vielleicht genöthigt werden plötzlich nach zwei Seiten hin Front zu machen.

Die dankbarste Aufgabe für einen Schriftsteller, welcher unverhohlen den Kampf gegen Rußland predigt, war offenbar, ausführlich nachzuweisen, durch welche Umstände das alte Bündniß seit der Zeit des Friedens von S. Stefano gelockert und endlich gelöst worden ist. Ich kenne von diesen Dingen nicht mehr als alle Welt. Ich weiß nur, daß man in Rußland über den Verlauf des Berliner Congresses tief verstimmt ist und dem deutschen Reiche einen guten Theil der Schuld zuschreibt; ich habe gehört von geheimen Verhandlungen über eine französisch-russische Allianz und bin ohne Weiteres davon überzeugt, daß Fürst Bismarck die jüngste Schwenkung der deutschen Politik nicht ohne die triftigsten Gründe unternommen hat. Doch eine nähere Kenntniß fehlt mir. Mit begreiflicher Neugierde schlug ich daher den letzten Abschnitt des Buches auf. Ich hoffte Einiges über die Verhandlungen zwischen Rußland und Frankreich zu lernen; ich hoffte zu erfahren, ob die Gesinnung des Kaisers Alexander sich verändert hat oder ob der Monarch die auswärtige Politik seines Reiches

nicht mehr selbst in der Hand hält u. s. w. Von solchen Dingen weiß jedoch unser Autor gar nichts; er täuscht sich selbst oder Andere, wenn er den Eingeweihten spielt. Er bringt nur massenhafte Auszüge aus den deutschfeindlichen Artikeln der russischen Presse. Jeder einigermaßen kundige Publicist kennt viele ebenso schöne Kraftstellen aus moskowitischen Zeitungen; auch in Hansens Coulisses de la diplomatie konnte der Verfasser — er liebt ja Geschichtsquellen dieser Art — ähnliche Herzensergießungen russischer Politiker finden. Mit Alledem wird wenig bewiesen. Es fragt sich vielmehr, ob die russische Presse, die bekanntlich nur in den beiden Hauptstädten einiger Freiheit genießt und der Masse des Volkes gänzlich unbekannt bleibt, mächtig genug ist um auf den Gang der auswärtigen Politik einzuwirken. Auf diese Frage giebt der Autor keine Antwort.

So legen wir denn das Buch hinweg ohne jede Belehrung über die augenblickliche Lage, aber nicht ohne ein Gefühl der Beschämung. Wenn zwei langjährige Freunde mit einander gebrochen haben, so ist es nicht nur unritterlich dem alten Genossen längst verjährte Sünden vorzuhalten, sondern auch unklug: der Schimpf fällt immer auf den Scheltenden selbst zurück. Der letzte Eindruck, welchen der Leser aus dieser Schrift hinweg nimmt, ist weit ungünstiger für Preußen als für Rußland; darum ward sie auch von der ausländischen Presse sofort mit verdientem Hohne begrüßt. Wer dem Verfasser glaubt, muß zu dem Schlusse gelangen, König Friedrich Wilhelm III. und seine beiden Nachfolger hätten immerdar russische, nicht preußische Politik getrieben. Glücklicherweise ist diese Ansicht grundfalsch. Den baltischen Publicisten aber, der unter der Hülle des preußischen Patrioten ein so schmeichelhaftes Bild von unserer Geschichte entwirft, erinnern wir an eine kleine altpreußische Erzählung, die noch heute ihren guten Sinn hat. In dem Rheinfeldzuge von 1793 schimpfte einmal ein preußischer Grenadier waidlich auf König Friedrich Wilhelm II.; als aber ein österreichischer Kamerad mit einstimmte, da gab ihm Jener eine Ohrfeige und sprach: „So was darf ich sagen, nicht Du; denn ich bin ein Preuße.“

Die Betrachtungen des Autors über die Zukunft gehen von der stillschweigenden Voraussetzung aus, daß die europäischen Mächte in zwei natürliche Gruppen zerfielen: hier Oesterreich, England, Deutschland, dort Italien, Rußland, Frankreich. In der kurzen Frist seit das Buch herauskam ist diese Voraussetzung bereits hinfällig geworden; die englischen Wahlen haben die Welt wieder einmal sehr fühlbar an die Beweglichkeit der Gruppirung des Staatensystems erinnert. Hätte der Verfasser seine Schrift nur vier Wochen später begonnen, so würde sie vermuthlich gar nicht oder doch in stark veränderter Gestalt auf dem Büchermarkte erschienen sein.

Eine Wahrheit aber — allerdings keine neue Wahrheit — liegt in dem Gedankengange dieses Buches: es ist nur allzu richtig, daß die Feindseligkeit gegen alles deutsche Wesen in der tonangebenden russischen Gesellschaft unaufhaltsam überhand nimmt. Wir glauben keineswegs, daß eine verständige, nicht durch die Träume des Panslavismus bethörte, russische Regierung eine solche Gesinnung gegen uns hegen müßte; wir halten einen Krieg gegen Rußland für ein schweres Unglück, denn wer mag heute, da die Zeit des colonisirenden Absolutismus längst hinter uns liegt, ernstlich wünschen, unseren nationalen Staat mit dem Besitz von Warschau, mit Millionen von Polen und Juden zu belasten? Doch sprechen viele Anzeichen dafür, daß die nächste große europäische Krisis die Russen in den Reihen unserer Feinde finden wird. Um so wichtiger also die neu befestigte Freundschaft mit Oesterreich.

Dieser Bund ist von vornherein der unwillkürlichen Theilnahme unseres Volkes sicher; wenn er sich bewährt, so kann er vielleicht die segensreiche Wirkung haben, daß das Deutschthum Oesterreichs wieder erstarkt, daß der unheimliche Rückgang unserer Gesittung in Böhmen und Ungarn, in Krain und Tyrol endlich aufhört. Unsere Interessen im Oriente stimmen mit denen des Donaureichs gegenwärtig überein. Nachdem die Besetzung Bosniens einmal geschehen ist, kann Oesterreich die eingenommene Position nicht wieder aufgeben ohne unserem gemeinsamen Feinde, dem Panslavismus einen Triumph zu bereiten. Gleichwohl können wir nicht mit dem baltischen Autor weissagen, der Freundschaftsvertrag mit Oesterreich werde ebenso dauernd und unerschütterlich sein wie die deutsche Reichseinheit. Deutschland besitzt der Feinde genug in dem österreichischen Völkergewimmel: alle Slaven, ja selbst die ultramontanen Deutschen hassen uns; sogar die Magyaren, unsere politischen Freunde, unterdrücken die deutsche Gesittung im siebenbürgischen Sachsenlande ungleich härter als es die Russen in ihren baltischen Provinzen jemals wagten. In unserer Macht steht es nicht, diese feindlichen Gewalten für immer von der Leitung des Nachbarstaates fern zu halten. Die Einheit unseres Reiches dagegen ruht allein auf unserer eigenen Kraft, auf der Treue, die wir uns selber schulden; darum wird sie dauern, wie immer die europäischen Allianzen sich verschieben mögen.

5. Mai. Heinrich von Treitschke.

Politische Correspondenz.

Das Ministerium Gladstone.

Berlin, 7. Mai 1880.

Der jähe Sturz des Ministeriums Beaconsfield hat in England selbst, in ganz Europa und weit über die Grenzen unseres Welttheils hinaus eine so große Ueberraschung bei Freund und Feind hervorgerufen, daß es sich wohl verlohnt, den Ursachen des Umschwungs nachzuforschen und die möglichen Folgen desselben für die internationale Politik in's Auge zu fassen. Ist doch nicht nur die Thatsache selbst, daß der englische Premier, der vor noch nicht zwei Jahren bei der Rückkehr von dem Berliner Congreß gewisser Maßen als Triumphator unter den Klängen des „Rule Brittannia“ in London einzog, wie von einem Sturmwind zu Boden geworfen, die Gewalt seinen lange mißachteten Gegnern überlassen muß, eine überraschende; überraschender noch, namentlich vom Standpunkte der englischen Politik aus ist es, daß ein Ministerwechsel in England, wo seit Jahrzehnten Tories und Whigs regelmäßig wie die Jahreszeiten in der Regierung wechseln, als ein für die Politik Europa's wichtiges Ereigniß aufgefaßt wurde. Als im Jahre 1868 das Ministerium Gladstone dem ersten Ministerium Disraeli, welches freilich unter diesem Premier nur eine kurze Existenz gehabt hatte, nachfolgte, im Jahre 1874 das lange schon schwankende Ministerium Gladstone einem neuen Ministerium Disraeli Platz machte, fiel es Niemandem ein, in diesem Wechsel der Führer der Majorität des Unterhauses etwas Anderes zu sehen, als eine innere Angelegenheit Englands. Ja, es gehört sogar heute noch eine seltene, nur continentalen Politikern eigene Naivetät dazu, einen Wahlsieg der Tories als einen Gewinn für die conservativen Interessen und umgekehrt, die Wiederherstellung einer whigistischen Majorität im Unterhause als einen Vortheil für die liberale Sache diesseits des Canals zu feiern. Für die innere englische Politik ist der Unterschied zwischen beiden Parteien — ganz abgesehen von der Personenfrage, die doch auch eine gar nicht so unwichtige Rolle spielt, handgreiflich genug; in der auswärtigen Politik

aber pflegen nicht sowohl die Ziele, als die Mittel zu wechseln; es ist dasselbe Stück, aber mit anderen Dekorationen. Obgleich die liberale Partei während des deutsch-französischen Krieges in England am Ruder war, hat gerade damals England die ihm heute noch nicht verziehene „insulare Politik" befolgt, indem es die französische Republik der Invasion der nordischen Barbaren preisgab und seinen Alliirten aus dem Krimkrieg seinem Schicksal überließ. Und troß aller Solidarität der Partei-Interessen war es das republikanische Frankreich, welches den Sturz des Tory-Regiments aufrichtig bedauerte, während das unter der Diktatur des Grafen Loris-Melikoff aufathmende Rußland den Wahlsieg der Liberalen in England mit Jubel begrüßte. Den inneren Gegensätzen der politischen Parteien in England steht Europa heute noch so kühl gegenüber, wie in früheren Jahrzehnten. Disraeli aber, oder Graf Beaconsfield, wie er seit 1876 heißt, hat der auswärtigen Politik Englands zum ersten Male wieder einen internationalen Charakter gegeben. Ob zum Vortheile oder zum Nachtheile seines Vaterlandes, in dem er sich als Sohn jüdischer Eltern — sein Vater war angeblich ein aus Venedig eingewanderter Kaufmann von ursprünglich spanischer Abkunft — zu der höchsten Stellung emporschwang, um die phantastischen Ideen zu verwirklichen, für die er in seinen Jugendromanen seine Helden begeistert hatte — das kann nur die Zukunft lehren. Für jetzt hat ihn die englische Wählerschaft desavouirt, in dem Augenblick, wo er von der höchsten Stufe der Leiter aus nach dem Lorbeerkranz greifen wollte, den die dankbare Nation dem Staatsmann nicht hätte vorenthalten können, der Englands Anspruch auf das Uebergewicht — ascendance — in Europa geltend zu machen unternahm. Der junge Disraeli, der sich in seiner Jugend als Ziel setzte, Premierminister zu werden, hat jenes Ideal in 36jährigem erbitterten Kampfe gegen den Charakter der Nation erreicht, die dem spekulativen Phantasten als Mittel zum Zweck dienen mußte, die sich aber dem fünfundsiebzigjährigen Schiffbrüchigen gegenüber jeder Pflicht der Dankbarkeit überhoben fühlt.

Die Wechselfälle der Politik freilich haben Disraeli nie entmuthigt. Als im Jahre 1868 die ersten Wahlen auf Grund der Wahlreform von 1867, welche die Städte „demokratisirt" haben sollte, den Parteigängern Gladstone's zu einer eclatanten Majorität verhalfen, war ein Theil der Tories so kleinmüthig, daß sie nur durch eine Verschmelzung ihrer gemäßigten Elemente mit den eigentlichen Whigs wieder zur Herrschaft gelangen zu können glaubten und gleichwohl begann nur zwei Jahre später, trotz der inzwischen glücklich, wenn auch nach langen Kämpfen mit dem Oberhause durchgesetzten Aufhebung der irischen Staatskirche, das Ministerium Gladstone zu schwanken, als der für die herrschende Partei gänzlich überraschende

Ausbruch des deutsch-französischen Krieges und die rasch auf einander folgenden Siege der deutschen Armeen die Gemüther beunruhigten und der Nation begreiflich machten, daß die Ersparnisse in den Budgets der Armee und der Marine durchaus deplacirt gewesen seien. Je mehr die Sympathien der Whigs für Frankreich, die nur in den ersten Wochen durch die Enthüllungen des Grafen von Bismarck über die Anschläge Napoleons auf Belgien paralysirt wurden, die Oberhand gewannen, um so entschiedener trat Disraeli unter scharfer Verurtheilung der französischen Politik für „bewaffnete Neutralität" ein, um eventuell in Verbindung mit Rußland im geeigneten Moment dem Kriege ein Ziel zu setzen. Die ohnmächtigen Sympathien der Whigs für Frankreich drängten Deutschland mehr und mehr in die Arme Rußlands, welches sich für seine Neutralität durch die Erklärung bezahlt machte, daß es sich an die Stipulationen des Pariser Friedens bezüglich der Beschränkuug seiner Flotte im schwarzen Meer nicht mehr für gebunden erachte.

Von da ab weist die Geschichte des Cabinets Gladstone nur eine Reihe von Niederlagen auf. Die Nachgiebigkeit gegen die von den Tories ausgebeutete Strömung zu Gunsten einer Armee-Reorganisation treibt den Vertreter der entschiedenen Liberalen, Mr. Bright aus dem Cabinet. Die Differenzen mit der nordamerikanischen Union über die Auslegung des viel gepriesenen Alabama-Vertrags, die endlich durch das Genfer Schiedsgericht, allerdings im englischen Sinn, erledigt wurden, stellten schon im Jahre 1872 die Existenz des Cabinets in Frage. Im Jahre 1873 folgte die Düpirung Englands durch Rußland in der Chiwa-Frage und die glücklicher Weise resultatlos gebliebenen Verhandlungen über die Grenzlinie im Norden von Afghanistan, welche dem russischen Vordringen ein Ziel setzen sollte. Im Unterhause ist durch die Gegnerschaft der unabhängigen Liberalen der Einfluß der Regierung so geschwächt, daß die irische Universitätsbill, welche selbst die Liberalen als eine halbe Maßregel bekämpfen, mit drei Stimmen Majorität abgelehnt wird. Nur die Weigerung der Königin, in eine Auflösung des Parlaments einzuwilligen, verhinderte noch die Uebernahme der Regierung durch die Tories.

Die Zuversicht der Conservativen wird durch ihre Erfolge bei einer Reihe von Neuwahlen im Laufe des Jahres 1873, so gehoben, daß Gladstone sich endlich Anfang 1874 entschließt, die Auflösung des Parlaments zu beantragen. In Wirklichkeit waren die Whigs besiegt, noch ehe die Schlacht begonnen und dennoch verfügte Disraeli, als er im Februar die Regierung übernahm, nur über eine Majorität von 49 Stimmen. Das Wahlprogramm Disraeli's culminirte in dem Satze: „die Verwaltung der letzten fünf Jahre hätte besser gethan,

ein wenig mehr Energie in unserer äußeren Politik zu entwickeln und ein wenig weniger in unserer inneren Gesetzgebung". Während der Verwaltung Disraeli's beschränkte sich die innere Gesetzgebung auf die Erhöhung des Militärbudgets, die Wiedergestattung des Stellentausches der Offiziere und die Proclamirung der Königin von England zur „Empress of India", angeblich um das Siegel auf den Entschluß Englands zu drücken, Indien zu behaupten, in Wirklichkeit aber um den Eifersuchtsgefühlen des Hofes dem deutschen Kaiserreich gegenüber Rechnung zu tragen. Das erste Debüt des Grafen Derby auf dem Gebiet der auswärtigen Politik war ein wenig glückliches. England secundirte der Intrigue, welche Herzog von Decâzes mit dem Fürsten Gortschakoff eingefädelt hatte, um Deutschland als Friedensstörer hinzustellen, indem es dem Berliner Cabinet die Vermittelung Englands zur Beseitigung der etwa vorhandenen Differenzen mit Frankreich anbot — ein Schritt der in Deutschland um so mehr verletzte, als er mit einem directen Schreiben der Königin von England an den Kaiser Wilhelm zusammentraf. Graf Derby hat sich denn auch nicht veranlaßt gefunden, die Antwort, welche ihm seitens des Fürsten Bismarck zu Theil wurde, im Parlament zur Kenntniß zu bringen. Die Tonart, in der die Antwort geschrieben war, klang deutlich genug in der höhnischen Sprache durch, mit der die deutsche Presse die Intervention des Tory-Cabinets zurückwies. Britische Staatsmänner, erwiederte die „Times", werden um so weniger geneigt sein, ihre Macht unbenutzt zu lassen, als das Land, der Flickereien an der heimischen Gesetzgebung müde, hinlängliche Muße hat, nach außerhalb zu blicken. Wir finden die Angelegenheiten Frankreichs gegenwärtig interessanter als unsere eigenen und das auswärtige Amt könnte leicht wieder das bedeutendste Departement der Regierung werden." Diese Prophezeiung des City-Blattes, dessen Privilegium es ist, mit jedem Winde zu segeln, sollte sich sehr bald erfüllen; aber freilich in einer für die Großmachtspolitiker an der Themse überraschenden und unbequemen Weise.

Der Ausbruch des Aufstandes in der Herzegowina (Juli 1875) stellte die englischen Politiker vor die Frage, ob sie in Gemeinschaft mit dem Dreikaiserbündniß die Aufgabe übernehmen wollten, den christlichen Völkerschaften der Balkanhalbinsel ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Der Note Andrassy's, welche auf umfassende Reformen in Bosnien und der Herzegowina im Sinne einer provinziellen Autonomie hinauslief, gab Disraeli seine Zustimmung, aber der Vorbehalt, daß die Türkei in ihrer Selbstständigkeit nicht beschränkt werden dürfe, machte nicht nur den Beitritt Englands zu der Vereinbarung zwischen den Cabinetten von Wien, Berlin und St. Petersburg illusorisch; er reizte auch die Türkei zur Ableh-

nung dieser bescheidenen Vorschläge der Großmächte. Der Vereinbarung vom 25. December 1875 folgte unter dem Eindrucke der Gährung, welche sich auf der ganzen Balkanhalbinsel bemerklich machte und angesichts der Ermordung des deutschen und des französischen Consuls in Salonichi durch den fanatisirten türkischen Pöbel, das Berliner Memorandum vom 13. Mai 1876, welches einen Waffenstillstand zwischen der Türkei und den Aufständischen in Bosnien und der Herzegowina behufs Verständigung über die Umgestaltung der Verhältnisse forderte, aber mit der Erklärung schloß: „Sollte die Frist des Waffenstillstandes verlaufen, ohne daß ein solches Ergebniß erreicht worden wäre, so würden die drei kaiserlichen Höfe nach gemeinsamer Verständigung ihrem diplomatischen Vorgehen wirksamere Maßregeln hinzuzufügen haben, wie sie im allgemeinen Interesse und zur Vermeidung des Weitergreifens der Empörung geboten erscheinen". Graf Derby gab der türkischen Regierung durch die Erklärung, daß das Memorandum ein Eingriff in die Souveränetät der Pforte und eine wirkliche Ungerechtigkeit sein würde, das Stichwort zur Ablehnung der Vorschläge der Mächte.

Für die Politik der englischen Regierung wie für diejenige der Pforte war die Ablehnung des Berliner Memorandums ein entscheidender und verhängnißvoller Schritt.

Die Möglichkeit einer gemeinsamen Intervention der Großmächte gegen die Türkei, welche 20 Jahre lang der im Pariser Vertrag übernommenen Verpflichtungen gespottet hatte, war beseitigt; Oesterreich und Deutschland lahm gelegt und Rußland vor die Alternative gestellt, entweder der Pacification der Balkanhalbinsel durch die türkische Armee unthätig zuzusehen oder eventuell im Widerstreit gegen England der türkischen Mißwirthschaft ein Ende zu machen. Denn daß die Türkei jetzt noch den Rathschlägen der Mächte ein williges Ohr schenken sollte, das war nicht zu erwarten. Der Gegensatz zwischen Rußland und England, der jetzt hervortrat und sich von Tag zu Tag mehr verschärfte, enthielt eine indirecte Ermuthigung der Pfortenregierung, die äußersten Falls glauben mußte, das Recht zu haben, auf Englands Unterstützung zu rechnen. Dem eventuell zum gemeinsamen Einschreiten geeinigten Europa gegenüber würde die Türkei nicht umhin gekonnt haben, mildere Saiten aufzuziehen. Andererseits würde die russische Regierung, an die diplomatische oder militärische Cooperation der Mächte gebunden, die Kraft gefunden haben, der panslavistischen Strömung Widerstand zu leisten, die den Kaiser Alexander wider seinen Willen und wider bessere Einsicht zwang, der officiös serbischen Campagne gegen die Türkei die officiell russische folgen zu lassen.

Mag sein, daß die Doppelzüngigkeit der russischen Diplomatie in der Chiwa-Angelegenheit wesentlich dazu beitrug, die Abneigung der englischen Regierung gegen eine gemeinsame Action mit Rußland zu verstärken; das treibende Motiv aber war die Ueberhebung Disraeli's, der selbstsüchtige und zugleich imperatorische Charakter des englischen Premiers, der es vorzog, allein einen falschen aber abenteuerlichen Weg zu gehen.

Mit der Ablehnung des Berliner Memorandums, welche Disraeli im Parlament damit motivirte, England habe keinen Grund, sich in den in der Türkei ausgebrochenen Bürgerkrieg (sic!) einzumischen, gab die Tory-Regierung sich der Opposition im Unterhause gegenüber eine Blöße, welche diese um so rücksichtsloser ausnützte, als die Ereignisse in der Türkei, die Metzeleien in Bulgarien die öffentliche Meinung in ganz Europa in Bewegung setzte. Aber alle Beredtsamkeit der Entrüstungsmeetings (August, September 1876) anläßlich der bulgarischen Gräuel blieb ohne Einfluß auf die Politik des Grafen Derby, der von seinem berühmten Vater nur die Unentschlossenheit oder, sagen wir lieber, Entschluß-Unfähigkeit geerbt hatte. „Es ist die höchste Zeit, schrieb damals Gladstone in einem offenen Schreiben an Derby, es ist die höchste Zeit (der Türkei) zu erklären, „Ihr müßt". Europa definire sorgfältig, was Recht ist, und bringe das dann zur Ausführung; England übernehme die Rolle des Wagenlenkers anstatt derjenigen des Hemmschuhs".

Aber von dem Augenblicke an, wo Rußland, der Neutralität Deutschlands und Oesterreichs sicher, Miene machte, von Kriegsdrohungen zu Kriegsmaßregeln überzugehen, überwog in England das Gefühl der Rivalität und der Eifersucht und, in dem Maße, wie die russischen Armeen sich Constantinopel näherten, das Gefühl der Furcht. Man denke nur den Fall, daß die russische Armee, die sich nach dem 24. April 1877 gegen die Türkei in Bewegung setzte, das war, was sie sein sollte, eine treue Copie der deutschen, daß der erste Uebergang Gurko's über den Balkan (Juli 1877) gelang, so hätten die russischen Truppen Constantinopel besetzen können, ehe England kampfbereit gewesen wäre. Nicht die englische Diplomatie, sondern, wie sich die Thronrede bei dem Schluß der Parlamentssession von 1877 ausdrückte, die unerwartete Schwäche der russischen Streitkräfte und die schlechte Leitung derselben war es, welche bis zum Winter 1878 die Möglichkeit der Verletzung englischer Interessen ausschloß.

Im Frühjahr 1878 aber, nach dem Abschluß des denkwürdigen Präliminarfriedens von San Stefano war Rußland finanziell und militärisch nicht mehr in der Lage, es auf einen Krieg mit England zur Vertheidigung seiner Erfolge ankommen zu lassen. Der Culminationspunkt der Disraeli'schen Politik fällt mit dem Abschluß des Berliner Vertrags zusammen, der freilich

das Wort Gladstone's in der großen Debatte über den 6 Millionen Credit vom 8. Februar 1878 bestätigte: „Ich fürchte Oesterreichs Rolle auf der Conferenz". Wie wenig bei der öffentlichen Meinung in England der Trost Salisbury's, der Ende März den kriegsscheuen Grafen Derby abgelöst hatte, durchschlug, die Occupation Bosniens und der Herzegowina bedeute für die Welt und insbesondere für die Freunde der Türkei, daß Rußland nimmermehr am Bosporus herrschen werde, beweist der Anklang, den bei den letzten Wahlen die Oesterreich-feindlichen Tiraden Gladstone's und seiner Parteigenossen gefunden haben, und zu denen die angebliche Bedrohung der englischen Handelsinteressen im Orient den besten Vorwand lieferte. Die „Good tidings of great joy", wie Marquis von Salisbury im October v. J. die Nachricht von dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses begrüßte, sind dem practischen Engländer nie recht verständlich gewesen. Schon der Zulu-Krieg und die endlosen Verwickelungen in Afghanistan schienen im Widerspruch zu stehen mit der Behauptung, daß der Berliner Vertrag der Beginn einer neuen Friedensaera sei. Der Cypern-Vertrag und das Defensiv-Bündniß mit der Türkei, dessen Voraussetzung ernsthafte Reformen in Kleinasien waren, enthüllt sich mehr und mehr als eine Quelle unendlicher Verdrießlichkeiten, da die Pforte noch immer keine Miene macht, die Voraussetzung zu erfüllen, weil sie ohnehin sicher ist, daß England in seinem Interesse den Vertrag, der das türkische Gebiet in Kleinasien gegen neue russische Angriffe sichert, bedingungslos halten wird. Der dauernde Gegensatz, in den England durch den Berliner Vertrag zu Rußland gebracht worden ist, hält das Gefühl wach, daß ein so zu Abenteuern geneigter Politiker wie Lord Beaconsfield eine dauernde Gefahr für den Frieden sei. Man fürchtet, daß England durch jenen Gegensatz gewisser Maßen seine Actionsfreiheit zu Gunsten Deutschlands und Oesterreichs verloren habe. Gerade deshalb haben sich die Insinuationen, die Regierung beabsichtige einen Anschluß an das deutsch-österreichische Bündniß, als ein so wirksames Agitationsmittel erwiesen.

Lord Beaconsfield vergriff sich demnach durchaus in den Mitteln, als er in seinem Schreiben an den Vicekönig von Indien vom 8. März, durch welches zuerst die Absicht der Regierung bekannt wurde, das Parlament aufzulösen, die Erklärung machte: „Der Friede beruht auf der Gegenwart, um nicht zu sagen, auf dem Uebergewicht Englands im Rathe Europa's. Schon in diesem Augenblicke hemmt der von den allgemeinen Wahlen scheinbar unzertrennliche Zweifel ganz sicher seinen Einfluß, wenn er ihn auch nicht verringert, und das gehört zu den Hauptgründen, welche gegen eine Verschiebung des Appells an die nationale Stimme spricht. Möge sie, welches auch immer ihre Folgen für Ihrer Majestät Minister sein

werden, ein Parlament nach Westminster abordnen, welches der Macht Englands nicht unwerth und entschlossen ist, sie aufrecht zu erhalten." Die „nationale Stimme" hat auch diese Rodomontaden, welche das Ministerium Beaconsfield gewisser Maßen als eine Garantie für den Frieden Englands und Europa's präsentirten, mit einem schlagenden Desaveu der siegesgewissen Minister geantwortet. Der Irrthum Beaconsfield's war freilich verzeihlich genug. Nichts hatte bis dahin einen Umschwung in der Stimmung des Landes erkennen lassen. Die vereinzelten Neuwahlen, welche in den letzen Monaten stattgefunden hatten, führten sogar in radikalen Bezirken zur Wahl conservativer Candidaten. Die verhältnißmäßig kleine Majorität, mit der das Ministerium in die Verwaltung eingetreten, war ihm treu geblieben; die Gegner schienen gespaltener als je. Das Votum der Gladstonianer für die Abänderung der Geschäftsordnung, durch welche dem Treiben der „Obstructionisten" ein Ziel gesetzt wurde, und gegen das irische Sonderparlament hatte die Whigs mit der einzigen Partei entzweit, auf deren Unterstützung sie hoffen durften. Schlimmstenfalls fürchteten die Tories und hofften die Whigs eine Schwächung der Majorität. Am 24. März wurde die Parlamentssession geschlossen und ehe acht Tage um waren, war es offenbar, daß das neue Parlament eine Whigisti'sche Majorität haben werde. Schon am 19. April, ehe noch die letzten Wahlen vollzogen waren, wußte man, daß die Partei Gladstone's die alte Majorität von 1868 (100 bis 120 Stimmen) wieder gewonnen habe.

Die besiegte Partei hat sich bemüht, ihre unvorhergesehene Niederlage der Ausdehnung des Wahlrechts in den Städten zuzuschreiben, obgleich das Wahlgesetz von 1867 nun schon zum dritten Mal zur Anwendung gekommen ist. Ein anderes Mal sollten starke wirthschaftliche Strömungen in den unteren Klassen, namentlich in den gewerbreichen Städten den Ausschlag gegeben haben. Die Thatsache ist allerdings nicht in Abrede zu stellen, daß in den Städten auf 243 liberale Abgeordnete nur 93 conservative kommen, während in den Grafschaften 136 Conservative und nur 105 Liberale gewählt worden sind. Bei den Wahlen des Jahres 1868 war das Verhältniß der Conservativen zu den Liberalen in den Städten wie 2 zu 3, in den Grafschaften wie 3 zu 2. Wie man sieht, sind dieses Mal die liberalen Wahlsiege in den städtischen in gleicher Weise wie in den ländlichen Wahlbezirken erheblich zahlreicher als im J. 1868, obgleich die Wahlreform von 1867 für das Wahlrecht in den Grafschaften so erhebliche Beschränkungen bestehen ließ, daß die große Masse der Bevölkerung noch heute ausgeschlossen ist. Daß die landwirthschaftlichen Verhältnisse reformbedürftig sind, hat die Regierung selbst anerkannt, indem sie schon vor einiger Zeit eine Commission zur Erörte-

rung derselben eingesetzt; aber die Wähler scheinen in die Thatkraft der Tories auf diesem Gebiete sehr geringes Vertrauen zu setzen. Das Vorhandensein eines wirklichen Nothstandes ist also durch den Ausfall der Wahlen nicht erwiesen; im Gegentheil spricht der Umstand, daß die Wähler sich von dem Einflusse der grundbesitzenden Tories emancipirt haben, für die Annahme, daß die Mehrzahl derselben sich in wirthschaftlich nicht ungünstigen Verhältnissen befindet. Der Nothstand müßte sich demnach auf die Grundbesitzer beschränken. Aus den städtischen Wahlresultaten könnte man den entgegengesetzten Schluß ziehen, wenn nicht feststände, daß Handel und Industrie entschieden im Aufschwung begriffen sind. Bei einem verhältnißmäßig so beschränkten Wahlrecht, wie dem englischen sind mächtige, die Parteiverhältnisse so zu sagen gewaltsam umgestaltende Unterströmungen, deren Ursachen und Ziele selbst den Wahlcandidaten hätten verborgen bleiben können, geradezu undenkbar. Diese Erklärung des Wahlresultats beruht lediglich auf einem Mißverständniß.

Große, die Masse der Wähler ergreifende Fragen der inneren Politik haben bei den Wahlkämpfen überhaupt keine Rolle gespielt; sie können also auch nicht den Ausschlag für die Whigs gegeben haben. In den 60 Wahlreden Gladstone's ist in erster Linie immer nur von größerer Sparsamkeit in der Staatsfinanzwirthschaft die Rede, welche die Tory-Regierungen stets haben vermissen lassen. Das letzte Budget Sir Stafford Northcote's wies einen Rückgang der Einnahmen um 2 Millionen L. St., und eine Steigerung der Ausgaben um 6 Millionen nach, also ein Deficit von 8 Millionen oder pp. 160 Millionen Mark. Die Beredtsamkeit dieser Ziffern ist um so unwiderstehlicher, je mehr sie sich an diejenige Klasse der Bevölkerung wendet, welche den Ausfall aus ihrer Tasche decken muß, und das ist die englische Wählerschaft.

Angesichts einer solchen Finanzlage machten die großen Worte Lord Beaconsfield's von der Pflicht Englands, durch sein Uebergewicht in Europa den Weltfrieden zu garantiren, den Eindruck von Donquixoterien. Mit großem Geschick und praktischem Blick hatten die Gegner der bisherigen Verwaltung ein Programm aufgestellt, welches die Wahrung der Handelsinteressen Englands gegenüber Oesterreich in seiner Stellung auf der Balkanhalbinsel, die Wahrung der politischen Interessen Englands gegenüber Rußland nicht durch beständige Kriegsdrohungen, sondern durch Förderung der Freiheit und Selbstständigkeit der Balkanvölker in Aussicht stellte, zugleich aber die Wiederherstellung geordneter und blühender Finanzen versprach. Die Sympathien für die in ihren Rechten gekränkten christlichen Völkerschaften der Balkanhalbinsel sind auf alle Fälle viel weniger kostspielig, als der ohnehin aussichtslose Versuch, die veraltete

Türkenwirthschaft gegen die eigenen Unterthanen und gegen die Russen zu schützen. Hat doch Lord Beaconsfield, indem er Cypern besetzte, und der Türkei Kleinasien garantirte, den taktischen Fehler von 1876—1877, der den russisch-türkischen Krieg unvermeidlich machte, gewisser Maßen zum System erhoben. Die Gladstone, Hartington u. s. w. können ja mit Recht behaupten, die Türkei würde es niemals gewagt haben, sich der Gefahr eines neuen russischen Krieges auszusetzen, wenn Lord Beaconsfield sie nicht in dem Irrwahn bestärkt hätte, daß England seinen Schützling nicht preisgeben werde. Der Cypern-Vertrag hat an die Stelle einer moralischen Verpflichtung, die ein Staatsmann mit nicht zu regem Gewissen bei Zeiten abschütteln kann, eine feierliche, die Ehre der Nation verpfändende Stipulation gesetzt. Lord Beaconsfield hat sicherlich keinen Augenblick daran gedacht, dem Defensivbündniß mit der Türkei vom 4. Juli 1878 noch ein zweites mit Deutschland und Oesterreich hinzuzufügen; aber in den Gedankengang der Gladstone'schen Wahlpolitik fügt sich die Befürchtung, daß Lord Beaconsfield einer solchen Thorheit fähig sein könnte, ganz ungezwungen ein. Die angebliche Bemerkung des Kaisers von Oesterreich dem englischen Botschafter gegenüber, daß er auf die Erhaltung des Cabinets Beaconsfield hoffe, war ebenso Wasser auf die Mühle Gladstone's, wie die Freude der russischen Presse über die ersten Wahlerfolge der Liberalen. Mit dem russisch-türkischen Kriege ist die frühere fast lächerliche Russenfurcht in England einer kaltblütigeren Beurtheilung gewichen. Um so opportuner erscheint die Beseitigung des Cabinets Beaconsfield, dessen bloße Existenz jede Abschwächung der seit dem Frühjahr 1878 zwischen England und Rußland bestehenden Spannung unmöglich machte.

Vergebens sucht man in allen Elucubrationen Gladstone's über die auswärtige Politik nach einem Ansatz zu einer Action über den Berliner Vertrag hinaus. Mr. Gladstone ist, wie er neulich versicherte „der wachsame Hund, der bellt" (the watchful dog that barks), die wachsamsten Hunde aber sind diejenigen, die an der Kette liegen. Die „Kette" der Whigs ist das Princip der Nichtintervention. Seit 1878 freilich hat dieses Princip Einschränkungen erfahren, denen sich auch Herr Gladstone und Lord Granville, der neue Minister des Auswärtigen, nicht entziehen können. Zukunftsprogramme, wie das in den Worten: „die Balkanhalbinsel für die Balkanvölker" enthaltene, werden den Berliner Vertrag jetzt eben so wenig erschüttern, wie sie früher dem Pariser Frieden gefährlich geworden sind. Vorsichtig angewendet aber können sie in Zukunft die weitere Entwickelung der Orientdinge wesentlich erleichtern.

Die Hauptaufgabe des neuen Ministeriums Gladstone liegt auf dem Gebiete der inneren Politik, die in den letzten sechs Jahren einer

vollständigen Stagnation verfallen und selbst in der irischen Frage nicht über Nothbehelfe hinausgekommen ist. Die Parlamentsreform ist nur zur Hälfte durchgeführt. Der Entstaatlichung der irischen Hochkirche wird etwas früher oder etwas später diejenige der englischen Hochkirche nachfolgen müssen, wenn der Widerstand des Oberhauses überwunden werden kann, und im Anschluß daran die endliche Reform des Unterrichtswesens. Die Anläufe des früheren Ministeriums Gladstone sind an der Uneinigkeit der Liberalen gescheitert. In dem neuen Cabinet aber sind die Vertreter des entschiedenen Liberalismus zahlreicher und günstiger placirt. Außer Mr. John Bright, der wieder zum Kanzler des Herzogthums Lancaster ernannt ist, gehört Mr. Chamberlain dem Cabinet selbst als Präsident des Handelsamts an, während Heißsporne wie Charles Dilke zum Unterstaatssekretär im auswärtigen Amt, Fawcett zum Generalpostmeister und Mundella zum Vicepräsidenten des Conseils (Unterrichtsminister) ernannt wurden.

Gleichwohl ist auch auf dem Gebiete der inneren Politik vielmehr zu fürchten, daß das Cabinet Gladstone zu wenig als daß es zu viel thue. Dem Weltfrieden wird es gewiß nicht durch seine Handlungen gefährlich werden. Vor der Hand aber wird das Verschwinden Beaconsfields aus der politischen Arena vielmehr der Beruhigung Europa's als der Beunruhigung des Orients zu Gute kommen.

Berichtigung.

S. 236 Z. 11 v. o. muß es heißen: Ostküste des Kaspischen (nicht Schwarzen) Meeres
S. 244 Z. 2 v. o. anstatt 40, 48 Infanterie-Divisionen.

Verantwortlicher Redacteur: H. v. Treitschke.
Druck und Verlag von G. Reimer in Berlin.

Die alten deutschen Personennamen.

Ein Beitrag zur Kenntniß der germanischen Weltanschauung.

Während wir heute, wenn wir die Kinder taufen, ihnen fast nie nur einen Namen, nein, deren zwei, drei, ja mitunter eine lange Reihe mit auf den Lebensweg geben, erhielten die germanischen Knaben und Mädchen nicht nur der Heidenzeit, sondern tief in die christliche Zeit hinein nur einen Namen. Das ist einerseits so natürlich, da jeder Gegenstand nur eine Erkennungsmarke und Bezeichnung trägt, und auf der andern Seite sehr befremdlich, wenn wir bedenken, daß unsre Alten keine Familiennamen kannten. Altnordische Sagas geben uns genauen Bericht über die Namengebung bei den heidnischen Normannen. Sie war bei ihnen eine feierliche Handlung, die bald nach der Geburt des Kindes in der Regel vom Vater und im Beisein naher Verwandten vollzogen wurde. Hatte der Vater das neugeborene Kind als sein eigenes anerkannt, wollte er es also am Leben lassen (denn die Aussetzung der Kinder war häufig genug, zumal wenn Armuth oder allgemeine Hungersnoth, wohl auch ein unheilverkündender Traum zu dieser Grausamkeit antrieb), so ließ es der Vater aufheben von dem Boden, auf dem nach alter Sitte die Mutter es geboren hatte, begoß es darauf ganz unserer christlichen Weise gemäß mit Wasser und gab ihm einen Namen. Zuweilen verzichtete er zu Ehren eines angesehenen nahen Verwandten auf sein hausväterliches Amt, wie denn z. B. König Erik Blôdhxa (Blutaxt) von Norwegen, welcher 930 zur Regierung kam, die Taufe seines Söhnleins seinem sagenberühmten Vater König Harald Hârfagr (Schönhaar) überließ, der dem Kinde den eigenen Namen gab. Dieselbe Sitte bestand bei andern germanischen Stämmen, und wir wissen durch sichere Beispiele, daß hier und da der Name des Kindes dem Namen der Eltern nachgebildet, aus Bestandtheilen der ihrigen zusammengesetzt und so dem Kinde ein Stempel der Verwandtschaft aufgedrückt wurde.

Aber Familiennamen im heutigen Sinne kannte man nicht.

Man sollte meinen, ein solcher Mangel hätte ein geordnetes Gemeinwesen, eine Rechtspflege (man denke nur an das Erbrecht) unmöglich machen oder äußerst erschweren müßen; wir können uns ein Hauswesen, eine Familie ohne Namen eben gar nicht denken, und doch lernen wir aus den unschätzbaren Berichten des Tacitus, der am Schluß des ersten Jahrhunderts nach Christo sein wie in Erz gegrabenes Sittenbild der Germanen, Rom zur Warnung, entworfen hat, daß die Familie gerade rechtlich eine hervorragende Stellung im Gemeinwesen einnahm, daß keine öffentliche Gewalt Todtschlag und Mord verfolgte und bestrafte, vielmehr die betroffene Familie selber Blutrache zu üben oder Wergeld (eine Bußzahluug für den Getödteten) zu fordern verpflichtet war. Uebrigens braucht Tacitus hier nicht den Ausdruck Familie, er sagt, daß das Haus, das ganze Haus (so sind seine Worte) in dieser Art Genugthuung fordere und nehme, und meint dem Gedankenzusammenhang nach die Familie im weiteren Sinne, die Verwandtschaft, Sippe, das ganze Geschlecht.

Fehlen also, wie gesagt, Familien- oder Geschlechtsnamen in der ältesten Zeit, so scheint man doch auch frühzeitig diesen Mangel empfunden zu haben und griff unter andern zu einem eigenthümlichen Mittel, ihn wenigstens minder fühlbar zu machen.

Bekanntlich ist unsere Poesie, insofern sie sich des Endreims als musikalischen Schmuckes bedient, verhältnißmäßig jung. Blickt man in ihren Taufschein, so hat sie freilich das respectable Alter von 1000 oder 1100 Jahren, da schon im 9. Jahrhundert der Reim in umfassender Weise zur Verwendung gekommen ist. Was aber will das sagen gegen das Alter der Allitterationspoesie, die bis zu diesem Zeitpunkt bei allen Germanen die einzig herschende war und welche, wenn sie auch nicht gleichzeitig mit dem Werden einer germanischen Sprachform überhaupt in's Leben trat, doch schon für jene Lieder anzunehmen ist, die nach dem Zeugniß des Tacitus unsere barbarischen Urväter ihren Göttern und Heroen zu Ehren gesungen haben? Wenn die westgermanischen Völker diesseits der Oder neben den drei vornehmsten Göttern, dem Wodan, Thonar und Tiu, einen erdgeborenen Gott Tuisto als ihren Stammgott in Gesängen priesen, in seinem Sohne, den sie Mannus nannten, den ersten Mann und Menschen feierten, wenn sie weiter dem Mannus drei Söhne gaben, den Erminus, Istio und Inguo, und nach den Namen dieser Stammhelden ihre Gesammtheit in Herminonen, Istaevonen und Ingaevonen zerfallen ließen, so macht es der einstimmige Vocalanlaut dieser Namen sehr glaublich, daß sie in deutschen Liedern allitterirend nebeneinanderstanden.

Die Allitteration also ist es, wodurch die Namen der nächsten Verwandten in eins verbunden, im vorliegenden Fall die Brüder als nahe

Verwandte gezeichnet werden. Und dieser Brauch, der für die mythische Zeit aus den Göttergesängen der älteren Edda sich an zahlreichen Beispielen darthun ließe, er findet sich, die Familiennamen ersetzend, der Poesie in die Hand arbeitend, in der frühesten historischen Zeit, begleitet die gewaltigen Völkerzüge des Heldenalters und zeichnet zumal die Geschlechter der Fürsten vor allen übrigen Menschen aus. Es ist kein Zufall, wenn der Vater der Thusnelda, der Verräther der deutschen Sache, der unfreiwillige Schwiegervater des Arminius, den Namen Segestes, gekürzt aus Segigastes, führte, während sein Bruder Segimêrus, sein Sohn aber Segimundus hieß; kein Zufall, wenn die burgundischen Fürsten, welche im Nibelungenliede als Gunther, Gêrnôt und Giselher das Opfer ihrer Schwester Kriemhilt sind, in den Annalen der Geschichte, im altburgundischen Gesetzbuch des 5.—6. Jahrhunderts von ihrem königlichen Nachkommen Gundobald fast ganz im Einklang mit der Sage Gundahari, Gundomâr und Gislahari genannt werden. Und wer, mit dem deutschen Epos vertraut, erinnert sich nicht endlich, daß in den Bruchstücken jener ergreifenden Tragödie, welche Vater und Sohn, die einander nicht kennen, den grimmigsten Zweikampf kämpfen läßt, durch den Anklang und Gleichklang der Namen, durch Hiltibrant und Hadubrant, zu denen sich noch Heribrant, der Name des Ahnherrn gesellt, die Selbstvernichtung des Geschlechtes uns eindringlich nahe gelegt wird?

Allein so poetisch es sein mag, durch die Allitteration Geschlecht und Verwandtschaft kenntlich zu machen, dem Ruhm, dem Fortleben desselben in der Dichtung durch dieses Mittel entgegenzukommen, das practische Leben will doch zunächst den einzelnen Menschen absolut, nicht nur relativ kennen und nennen, und hat denn auch in dieser Hinsicht frühzeitig Rath zu schaffen gewußt. Wahrscheinlich nämlich ward jedem freien Germanen, sobald er zu seinen Jahren gekommen dem öffentlichen Leben näher trat, mithin dem Jüngling oder dem Mann, sowie den Frauen, außer dem früher erhaltenen Namen ein Zuname beigelegt, der sich jedoch, wenigstens für die Zeit bis zum 11. und 12. Jahrhundert nach Form und Bedeutungssphäre in Nichts vom Taufnamen unterschied, d. h. in keinem Fall ein individueller Ehrenname oder Spottname war.

Nur bei einem Zweige der Ostgermanen, bei den Nordischen Völkern, den Norwegern, welche um das Jahr 865 die Insel Island entdeckt und weiterhin als Colonisten bevölkert haben, sehen wir frühzeitig die Sitte entwickelt, daß der Beiname ein lakonisches Signalement seines Trägers, seines Innern oder Aeußern enthalten mußte. Da finden sich entweder ehrende Bezeichnungen, die sich auf hervorragende geistige Eigenschaften, auf Macht und Einfluß, auf körperliche Tüchtigkeit beziehen, da begegnet

uns z. B. Fródi der Muthige, Brandr der Freigebige, Ósvífr der Kluge, Ólafr der Schamhafte, oder aber es sind körperliche Absonderlichkeiten oder Gebrechen, die so ein isländischer Beiname urkundlich verewigt hat. Uns freilich dünkt es ganz abscheulich, einem Unglücklichen, der ohne sein hölzernes Bein nicht gehen kann, kurzweg den Zunamen „Holzfuß" zu geben oder Andre, auch wenn sie ein trauriges Recht darauf haben, „Plattnase" oder „Kahlkopf" zu nennen. In modernen Anschauungen befangen, halten wir dergleichen Bezeichnungen zu gern und übereilt für Geburten der Schadenfreude, während das heidnische Alterthum (und Heiden waren diese Isländer noch im Großen und Ganzen bis zum Jahre 1000 nach Christi Geburt) mit der arglosen Naivetät des Kindes einfach heraussagt was es sieht. Haben es doch andere Völker, vor allen die Römer, nicht anders gemacht; wimmelt es doch in den römischen Namen von wohlbeleibten und mageren Leuten, von Schielenden und Hinkenden, Großnasigen und Geistigbeschränkten: man braucht nur an Crassus und Macer, an Claudius, Naso und Brutus zu erinnern.

Wie weit die Naivetät der Isländer in diesem Puncte geht, wie werthvoll für die Wissenschaft, in unserm Fall zunächst für die Religionsgeschichte ein schlichter Name sein kann, zeigen die religiösen Zustände der isländischen Bevölkerung, als das Christenthum vereinzelt Eingang fand und die allerseltsamsten Secten, mitunter in einer Familie vertreten, trotz aller Verschiedenheit des Glaubens in guter Freundschaft mit einander lebten. Neben denen, die kaum die christliche Taufe empfangen, sonderte sich die Ueberzahl der Heiden in solche, die sozusagen als orthodoxe Heiden den Götterkultus des Mutterlandes unverändert auf Island eingerichtet, ihre Tempel oder doch deren heiligste Bestandtheile bereits von Norwegen mitgebracht hatten, und in solche, die einem gröberen Aberglauben ergeben, einem Haine, ein Paar Felsklippen, einem Wasserfalle oder auch Schutzgeistern, welche in Steinen oder Bergen wohnen sollten, ihre Verehrung darbrachten. Eine vierte Gruppe endlich bildeten die, welche nicht mehr Heiden und auch nicht Christen waren, darunter Leute, von denen ausdrücklich erzählt wird, daß sie den Göttern nicht opfern wollten, an ihre eigne Kraft nur glaubten und den Beinamen „Gottlos" führten.

Aber wie gesagt, abgesehen von den Norwegern und Isländern ist bei den übrigen Germanen erst in späterer Zeit das Bedürfniß nach significanten Beinamen rege geworden, die weiterhin, als die Familiennamen mehr und mehr eine politische Nothwendigkeit wurden, eine stattliche Menge zu diesen beigetragen haben. Noch in Urkunden des 9., des 10. Jahrhunderts wird man vergebens sich danach umsehen. Erst im 11., 12.

Jahrhundert kommen sie bei den Sachsen in England sowie den Germanen des Festlandes auf und haben sich als Familiennamen bis auf den heutigen Tag erhalten.

Es ist jedoch nicht meine Absicht, hier näher darauf einzugehen und ein Bild davon zu entwerfen, mit welcher nie versiegenden Lebenskraft, welcher ausgelassenen Willkür die Phantasie des Sprachgeistes vom 13. Jahrhundert ab die Schöpfung der Familiennamen überhaupt, gleich einem Abbild der Welt, vollzogen hat; wie sie Sonne, Mond und Sterne, Regenbogen und Ungewitter als Familiennamen vom Himmel geholt, der Erde Lenz und Winter, Berg und Wiese, Born und Bach entnommen hat, wie sie mit Kaiser und König, Fürsten und Herrn, Bürger und Bauer, Schmidt und Schlosser ebenso freundlich wie mit der Thierwelt, mit Fuchs und Wolf uns verkehren läßt und in zahllosen Combinationen ihrer Laune sich hingiebt, ihre eigenen Bildungen wiederum halb zerstört, sie kürzt und entstellt und ihre Deutung vielfach unmöglich macht.

Wer diesen ohne alle Grenzen weitausgedehnten Namenwald mit seiner üppigen Vegetation, seinem Farbenschiller und tausendstimmigen Durcheinander kennen zu lernen Verlangen trägt, dem wird es nicht an Führern fehlen, die seine Wanderung zu einer lehrreichen und streckenweis recht ergötzlichen machen. Nur darf es ihn nicht ängstigen und verwundern, inmitten der deutschen Flora so viel exotisches Gewächs an seinem Pfade wuchern zu sehn und dann und wann eine Luft zu athmen, die keine erquickende deutsche Waldluft ist.

In ungetrübter Reinheit weht diese Luft uns nur aus den ältesten deutschen Personennamen, aus den alten deutschen Taufnamen an; hier rinnt die lauterste Quelle, aus welcher derjenige schöpfen muß, der über unserer Väter eigenstes Wesen, ihren Glauben, Gesinnung und Weltanschauung genauere Kunde gewinnen will.

Wohl ist die ehemals unendliche Fülle dieser Namen, soweit sie bei der Taufe Verwendung finden (denn als Familiennamen leben recht viele noch jetzt) bis auf ein winziges Häuflein ausgestorben; es genügt jedoch diese kleine Schaar, den geistigen Werth der übrigen in's Licht zu setzen, und bietet, da sie uns vertraut sind, der Betrachtung einen sicheren Ausgangspunkt dar.

Die meisten unserer Männernamen sind immer noch deutsch. Ich erinnere an Adelbert, Adolf, Albrecht oder Albert, Alfred, Bernhard, Bruno, Edmund, Eduard, Erich, Ernst, Friedrich, Gottfried, Gustav, Heinrich, Hermann, Hugo, Karl, Konrad, Leopold, Ludwig, Oskar, Otto, Reinold, Richard, Robert,

Rudolf, Siegfried, Ulrich, Walther, Wilhelm, Wolfgang und Wolfram. Schlimmer als den männlichen ist es den weiblichen Namen ergangen. Von der ursprünglichen Fülle sind etwa ein Dutzend übrig geblieben. Denn wenn wir Adelheid, Amalie und Bertha, Emma, Frida und Gertrud, Hedwig, Hilda, Hildegard, Hulda, Ida, Mathilde und Ottilie genannt haben, so ist ihre Anzahl ziemlich abgeschlossen, ein dürftiger Rest von vielen tausenden, die ausgestorben, an deren Stelle Heiligennamen, wie Anna und María, griechische wie Eugenia und Sophia, lateinische wie Emilia und Augusta getreten sind, welche dann weiter französische Schwestern wie Henriette und Charlotte in ihren Kreis gezogen haben und endlich auch von solchen sich umgeben sehen, denen ein völlig verkehrtes Sprachgefühl latinisirte deutsche Männernamen mit weiblichem Ausgang aufgedrückt hat, so daß wir nach dem Vorbild der römischen Pauline und Justine an Carolinen, Wilhelminen, Adolfinen, Ernestinen nicht eben Mangel haben, unter deren verkürzten Formen, ich meine unsere Linen und Minen, ein Name wie Amalasuintha, die Tochter Theoderichs des Großen, wie ein höheres Wesen sich ausnimmt.

Es ist nicht leicht, eine Antwort darauf zu geben, woher dies Misverhältniß kommt, warum so viel deutsche Männernamen erhalten, die Frauennamen dagegen beinahe verklungen sind. Denn wer kann mit Sicherheit sagen, warum Wörter veralten oder aufhören, ehrlich zu sein?

> Gleichwie im Walde das Laub ein anderes wird mit den Jahren,
> Altes am frühesten fällt, so schwinden veraltete Wörter,
> Kaum entsprossene leben und blühn mit dem Reize der Jugend.

So lesen wir beim Dichter Horaz, der als den Urheber dieser ewigen Wandelung am Ende auch nur den Usus, dieses geheimnißvolle Etwas, zu nennen weiß. Man wird jedoch kaum fehl gehen, wenn man annimmt, daß es nicht am letzten ein mit dem Ausland buhlender, gelehrter oder romantischer Zeitgeist und falsche Galanterie gewesen, was dieses massenhafte Eindringen fremder Weibernamen, das Verschwinden der einheimischen begünstigt hat, derselbe Geist, welcher unser gutes altes Wort „Weib“ in seinem Werthe herabgesetzt, alle Weiber zu Frauen d. h. zu Damen, Herrinnen machte und doch der Weiblichkeit nichts anhaben konnte. Am allerwenigsten dürfen wir glauben, daß die ursprüngliche Bedeutung unserer Namen, als unverträglich mit den veränderten Zeitverhältnissen, dieselben absterben ließ, da sie ja schon im neunten Jahrhundert von gelehrten Männern, wie Smaragdus, misverstanden und misgedeutet wurden und trotz ihrer Dunkelheit weiter und weiter gebraucht

worden sind. Hätten sie den Geist, der sie ins Leben rief, nicht kraftvoll überleben können, sie hätten mit dem Abschluß der Völkerwanderung, mit dem Vordringen und Eindringen des Christenthums ihren Untergang finden müßen: denn Heldenglaube und Heroismus hat sie alle, Frauen- wie Männernamen geschaffen.

Auf ihrer urzeitlichen Wanderung von Asien her hatten die Völkerschaften, welche nachmals Germanen heißen, zwar die Typen der höchsten arischen Götter mit nach Europa gebracht. Aber das sonnenarme, unbeständige Klima, das ihre waldbedeckte, sumpfreiche neue Heimath mit Hagel und Schnee und Eis, mit Donner und Blitz, mit Regengüssen und Stürmen durchtobte, gab auch dem Wesen ihrer Götter unruhige Leidenschaft, ewigen Kampf. Gleich diejenige Gottheit, welche von den Griechen als klar und ruhig waltender Zeus, von den Römern als Jupiter am höchsten verehrt ward, gestaltete sich bei ihnen zu einem Kriegsgott Tius um, ward zu einem Ares oder Mars und lebt noch heute in dem Namen des ihm heiligen Wochentages, in Dienstag fort, einem Worte, dessen reinere Form im niederländischen Düsdach, im englischen Tuesday vorliegt. Ebenso trennte sich, wie schon Tacitus lehrt, von dem Wesen des griechischen Zeus bei den Germanen ein besonderer Donnergott, der nach der Spannung oder Dehnung der schwülen Gewitterluft genannte Donar oder Thôrr ab, dessen Blitz als ein furchtbarer Hammer aufgefaßt wurde, welcher die Steinriesen zermalmt, dem Reiche der Sturm- und Eisriesen mit dem Eintritt des Sommers ein Ende macht, der aber auch die Erde befruchtet, herabgeschleudert stets wieder von selbst in die Hand des Gottes zurückkehrt und nur in der strengsten Winterzeit von den Riesen geraubt wird. Denn in der Phantasie der Germanen zu Riesen verkörpert, liegen die elementaren, rohen Naturkräfte in immerwährendem Kampf mit den Göttern, sie werden niemals völlig bezwungen, von dem hammerführenden Donar nur geschreckt und in Schranken gehalten. Er stützt dadurch und Er vorzüglich die Herschaft seines Vaters, des höchsten Gottes und Allvaters Wodan oder Odhinn; aber in beständigem Kampf sich bewegend und für den Kampf mit der Gewalt des Elementes, mit dem zerschmetternden Donnerkeil ausgestattet, artet er selbst in das Ungestüme seiner Gegner aus und zeigt in seinem Wesen besonders die nach außen ankämpfende Götterkraft. In Wodan dagegen schließt sich das innere Wesen des Göttergeschlechtes uns auf, offenbart sich der bildende, beseelende, ordnende Geist. Seinem Namen nach, welcher verschieden gedeutet, mir am wahrscheinlichsten mit dem Worte „Wetter“ zusammenhängt, ist Wodan zwar zunächst ein Luftgott, indem er das leiseste Beben derselben bis zum heftigsten Sturme darstellt. Aber das leicht bewegliche,

erregende und alles durchdringende Wesen der Luft ist dem Geiste verwandt und so wird Wodan vorzugsweise der Gott des Geistes und der Cultur, der Weisheit, Heilkunde, Runenkunde und Dichtung.

Von einem weiten blauen Mantel, dem Abbild des Himmels, umwallt, barhäuptig, wenn das Wetter heiter, oder an bewölkten Tagen mit einem breiten in das Gesicht gedrückten Hute bedeckt, überblickt er mit seinem einzigen großen Auge, dem Sonnenauge des Himmels, von seinem Hochsitz aus in dem Saale Walhall die Welt.

Ist in dem Hochsitz seine Allwissenheit schon angedeutet, so findet dieselbe einen noch lebendigeren Ausdruck in einem Paar Raben, welche Huginn und Muninn (Geist und Erinnerung) genannt auf seinen Achseln sitzen und nach täglichem Ausflug in die Welt ihm ins Ohr berichten was sie draußen gehört und gesehen haben. Zwei Wölfe, Geri und Freki, gewaltigen Jagdhunden gleich, liegen zu seinen Füßen, voll Erwartung, ob sie den Wodan, da er zu Zeiten Walhall verläßt, auf seinen Zügen begleiten dürfen, mag nun der Gott auf weiten Wanderungen Luft und Erde durchschweifend bald in unkenntlicher Gestalt die Menschen besuchen, um zu sehen, wie sie das Gastrecht üben, bald Friede stiften und Rechte befestigen, bald an der Spitze des wüthenden Heeres, der wilden Jagd daherstürmend den Ausbruch eines Krieges verkünden, oder als aristokratischer Kriegs- und Siegesgott Schlachten leiten, Kriege entscheiden und die gefallenen würdigen Helden in Walhall ein neues, herrliches Leben beginnen lassen.

So spitzt sich also auch das Wesen des höchsten Gottes der Germanen zu einer kriegerischen Gottheit zu, sehr begreiflich bei einem Volke, dem unter einem kampfbewegten Himmel der Krieg eine öffentliche Pflicht, die höchste Lust und Wonne, ausschließlicher Werth des Lebens war. Im Krieg lag die ganze Idealität einer germanischen Existenz. Er allein befriedigte den leidenschaftlichen Freiheitsdrang des Germanen. Den Krieg verherrlichte ihm die Poesie, indem sie Musterbilder des Heroismus ausgestaltete und in seine Seele pflanzte. Der Krieg gab seinem Hause selbst eine höhere Weihe, da er zauberhaft auch die Frauen berückte, sie nicht zur Wundenpflege blos, nein, selbst zur Theilnahme am Männerkampfe begeisterte. Genug, der Enthusiasmus des Krieges, die Blüthe jener Leidenschaft der Freiheit, stellte den kriegerischen Helden auf die höchste Stufe der Menschheit. Und was für einen Helden!

Sehr schön hat Lessing einmal den Heroismus der Griechen und unserer barbarischen Ahnen verglichen. „Bei den Griechen“, sagt er, „war der Heroismus wie die verborgenen Funken im Kiesel, die ruhig schlafen, so lange keine äußere Gewalt sie wecket, und dem Steine weder

seine Klarheit noch seine Kälte nehmen. Bei dem Barbaren war der Heroismus eine helle fressende Flamme, die immer tobte, und jede andere gute Eigenschaft in ihm verzehrte, wenigstens schwärzte." Man kann nicht vollkommener in einem Bilde ausdrücken, was den Begriff der Leidenschaft ausmacht; jener unumschränkten wohlbefestigten Herschaft eines einzigen Vorstellungskreises in unserer Seele, jener unwiderstehlichen Macht, welche uns treibt, das ganze lebendige Interesse unseres Geistes, Talentes, Charakters, Genusses in einen Inhalt zu legen*).

Und dieser germanische Heroismus, er wäre ohne Fatalismus eine Unmöglichkeit gewesen. Mit freudiger Todesverachtung zogen die Männer in den Kampf, überzeugt daß nur die dem Tode Bestimmten auf der Wahlstatt fallen und nach dem Tode Aufnahme finden würden im Heldenhimmel, in Wodans Walhall, wo Meth und Eberfleisch ihr Trank und ihre Speise, Kampf und Kampfspiel ganz wie auf Erden ihre Beschäftigung war.

Freilich hat dieser Unsterblichkeitsglaube etwas sehr concretes und sinnliches, doch die ihm zu Grunde liegende Sinnesart gewiß auch etwas imponirendes, da das Leben, wie sich auf rein sprachlichem Wege darthun läßt, geradezu als ein Nochnichtgestorbensein betrachtet, mithin vom Standpunkt des Jenseits aus überhaupt geschätzt und beurtheilt wurde.

Auf der Wahlstatt fallen die Helden, ihre Gesammtheit hieß das Wal, die ganze Schaar der auf Wodans Geheiß von den Walkyrien, den ihm dienenden Schlachtjungfrauen, für den Aufenthalt in Walhall im Kampfe Ausgewählten, denn Wahl ist der zu Grunde liegende Begriff aller dieser Wörter. Alle hingegen, die am Leben blieben, sind die Zurückgelassenen, hießen als Ganzes vom Uebrigbleiben (Uebrigbeleiben) Leib, ein Wort, das weiterhin gleichbedeutend mit Leben (wir verbinden noch heute Leib und Leben) in den altgermanischen Sprachen, wie noch jetzt im Niederländischen, Schwedischen und Dänischen ein Neutrum ist und noch im Althochdeutschen selten die einzelne Person oder den menschlichen Körper bezeichnet. Auffallender Weise braucht der gothische Bischof Wulfila, dessen geniale Uebersetzung der Bibel so oft an Luthers Meisterwerk erinnert, niemals das Wort, das die Gothen doch sicher besaßen, er setzt, wo es nöthig wäre, ein synonymes, unzweifelhaft weil die alte, kriegerisch-heidenische Bedeutung von Leib im vierten Jahrhundert noch zu lebendig war.

Aber genug dieser heroisch-mythologischen Erörterungen und Bilder, deren Skizzirung doch gegeben werden mußte, um das nöthige Licht, die

*) Vergl. W. Scherer, Zur Geschichte der deutschen Sprache. 1. Auflage. S. 156 fg.

rechte Beleuchtung zu gewinnen für das Verständniß der alten deutschen Personennamen. Denn war das Ideal des germanischen Mannes, wie wir gesehen haben, der Held, der im Frieden und Krieg seinen Göttern nach- und zustrebende Held, wie sollten die alten Männernamen nicht fast ausschließlich zweierlei widerspiegeln: die Beziehung des Menschen zur Gottheit und seine häufigste, ruhmvollste Beschäftigung, den Krieg?

Fassen wir zunächst die religiösen Namen ins Auge, so stehen die in der ersten Reihe, die geradezu auf die Gottheit deuten, mit dem Worte Gott gebildet sind. Uralt und den Germanen ureigen, noch völlig dunkel, was seine eigentliche Bedeutung betrifft (denn weder mit gut noch sonst einem deutschen oder fremden Worte ist es sicher verwandt), finden wir Gott in zahlreichen Namen, unter denen Gottfried heidnische Namensbrüder wie Gottschalk und Andere am lebendigsten überdauert hat, da die ebenfalls gebräuchlichen Vornamen Gottlieb und Gottlob, den eben genannten nachgebildet, erst dem Christenthum ihr Dasein verdanken. Was aber die einzelnen Götter angeht, so kann es nur heilige Scheu gewesen sein, daß Wodan-Odhinn, der oberste Gott, bei keinem germanischen Volke in einem Personennamen Platz gefunden; und ebenso ist nur ganz vereinzelt Donar-Thôrr im eigentlichen Deutschland zur Verwendung gekommen, während im Norden, besonders in Norwegen, gar mancher Name damit beginnt: Thorwaldsen, der große dänische Bildhauer, ist jedenfalls das berühmteste Beispiel.

Zu den religiösen Namen gehören dann weiter diejenigen, mit denen wir in das geheimnißvolle Reich der kleinen Naturgeister eintreten, von welchen Sagen und Märchen so viel zu erzählen wissen, ich meine das listig kunstfertige, bald gutmüthig helfende, bald boshaft neckende Volk der Alben oder Elfen, zu denen sich die Wichtelmänner, Kobolde und Zwerge als verwandter Anhang gesellen. Wir glauben heute nicht mehr an sie, mag immerhin die Tücke der Objecte, für welche Vischers „Auch Einer“ Proselyten zu machen sucht, nichts als verkappte Elfentücke sein. Aber das Alpdrücken kennen wir alle, ob nun am hellen Tage eine Sorge wie ein Alp auf uns lastet oder ein angstvoller Traum mit dem gleichen Druck uns den Athem benimmt. Der Name ihres Gebieters, altdeutsch Alberich, französisch Auberi oder in liebkosender Verkleinerung Auberon, so häufig er noch im achten, neunten Jahrhundert in den Urkunden vorkommt, heut ist er mit dem ganzen großen Geschwader elbischer Namen, als Vorname wenigstens, weggeschwunden, und wenn von allen nur Alfrêd übrig ist, der gleich den Elfen guten, freundlichen Rath ertheilt (denn das ist die Bedeutung), so

hat sicherlich sein geschichtlich edelster Träger, der große König der Angelsachsen, ihm dieses längere Leben gegeben.

Eine andere, besondere Gruppe hierherfallender d. h. ebenfalls für den germanischen Glauben charakteristischer Namen legt Zeugniß davon ab, daß unsere alte Naturreligion, auch wenn sie den Thiercultus nicht wie die Aegypter auf die Spitze trieb, so doch die Heiligkeit einzelner Thiere vom profanen Gelichter der Uebrigen trennte. In fortwährendem, unmittelbaren Verkehr mit der Natur fühlte sich der Deutsche der Urzeit in Wald und Feld zu den Thieren in einem Verhältniß, von dessen Lebendigkeit wir uns heut kaum einen Begriff mehr machen können. Ihre Schönheit, ihre Kraft und List bewunderte und beneidete er, wenn er auch als Jäger oder Hirte vielfach im Kriege mit ihnen lag. Und doch war es ein Irrthum Jacob Grimms, wenn er an derartige Zustände die Schöpfung einer vollständigen Thiersage, eines Gegenbildes zur Heldensage, knüpfte, was übrigens bei seiner leidenschaftlichen Liebe zur Naivetät des Volkes sehr nahe lag. Aber der alte skandinavische Norden, sonst der treueste Hüter der alten Schätze gemeinsamer, nationaler Poesie, weiß nichts vom Fuchse Reinhart, vom Wolfe Isengrim; das neuere Skandinavien theilt seine Thiermärchen mit dem Volke der Lappen, Finnen und Esthen, die den Skandinaven gar nicht verwandt sind; und was die ältesten abendländischen, übrigens lateinisch verfaßten Gedichte vom Wolf und Fuchs betrifft, so sind sie nicht älter als das zehnte Jahrhundert, sind von Klostergeistlichen Lothringens und Flanderns verfaßt, sind Erweiterungen griechischer, ursprünglich indischer Fabeln, kurz, Schöpfungen einer bewußten Kunstthätigkeit, der sich zumal die französischen Cleriker des 12. Jahrhunderts mit besonderem Eifer ergaben und in langen Gedichten voll schneidiger Polemik, Satire und Ironie ihren eigenen Stand in der Person des Wolfes verspotteten. Das Gleichniß Christi vom guten Hirten, seine Warnung vor den Wölfen in Schafskleidern ist für diese Ausbildung der Thierfabel seitens der Geistlichen gewiß nicht ohne Bedeutung gewesen.

Aus dem Gesagten ergibt sich daher von selbst, daß diejenigen Thiere, welche in den ältesten Personennamen erscheinen, keine Verwandtschaft mit den Trägern der Grimm'schen Thiersage haben können, daß eine höhere Auffassung der Thierwelt ihrer Verwendung zu Grunde liegt. Dementsprechend sind auch die mit dem Menschen auf Du und Du stehenden Hausthiere so gut wie gar nicht zur Namenbildung gebraucht worden, nur ganz vereinzelt selbst das edle Roß, das doch in der alten Mythologie höchst bedeutsam auftritt. Und so bleiben nur die vorzugsweise für heilig gehaltenen, besonderen Gottheiten eigenthümlich ange-

hörenden Thiere übrig, und gewöhnlich, ja fast allein treffen wir Bär, Wolf und Eber, Aar (Adler), Schwan, Rabe (gekürzt zu Ram) und Lind (die Schlange, vgl. Lindwurm) in den Personennamen an. Fallen uns hier sogleich Männernamen wie Bernhard und Eberhard ein, so sind doch der Bär, der germanische Thierkönig, und ebenso der dem Gotte Fro oder Freyr geheiligte Eber bei weitem nicht so häufig wie die dem Wodan heiligen Thiere, seine steten Begleiter Wolf und Rabe zu Männernamen verwendet worden.

Von der mythischen Bedeutung des Wolfes (um nur auf diese näher einzugehen) legen unzählige Märchen und Sagen, der uralte bei allen europäischen Völkern sich wiederfindende Glaube an Werwölfe, an Menschen, welche durch Zauber im Stande waren, Wolfsgestalt anzunehmen, und viele andere Züge nicht allein aus der deutschen Mythologie beredtes Zeugniß ab. Als dem Begleiter Wodans in die Männerschlacht muß aber der heidnische Glaube der Deutschen den Wolf besonders wegen seiner unersättlichen Blutgier und Kampfslust, dem Heldengeist eines Volkes entsprechend, Verehrung gezollt, ihn als sieg- und glückverkündendes Thier betrachtet haben. Die Römer legten ihm die gleiche Bedeutung bei. Auch bei ihnen war er dem Kriegsgott heilig; bis auf Marius, den Besieger der Cimbern und Teutonen, stand nicht nur der Adler, sondern mit andern Thieren auch das Bild des Wolfes auf den römischen Feldzeichen, und wenn der römischen Sage zufolge Romulus und Remus von einer Wölfin genährt werden, so ist das nur ein Bild des kriegerischen Muthes, der mit der Milch den Zwillingen und künftigen Herschern eingeflößt wird. Daß aber nach germanischer Auffassung die Erscheinung des Wolfes auch Heil und Glück verkündend war, lehrt vor allem die schöne Familiensage, welche der gelehrte Freund Karls des Großen, der treffliche Paulus Diaconus in seiner sagenreichen Geschichte der Langobarden von seinem Urgroßvater Leupichis erzählt. Als Kind von den Avaren in die Gefangenschaft mit fortgeschleppt, einer von fünf Brüdern, wovon die andern alle umkamen, suchte Leupichis zu entfliehen und wieder in seine italienische Heimath zu kommen. Eines Tages gelang ihm die Flucht; er nahm blos Pfeil und Bogen mit und etwas Speise. Da gesellte sich ein Wolf zu ihm, und als er das Thier sich oft nach ihm umblicken und, so oft er still stand, auch still stehen sah, dachte er, daß es ihm von Gott gesandt wäre, und folgte dem Wolf als seinem Wegweiser nach Italien.

Vermögen wir nun auch lange nicht mehr diese heilige Bedeutung nachzufühlen, die das Alterthum an den Wolf knüpfte, so scheinen doch unsere Wolfsnamen noch immer nicht die alte Kraft verloren zu haben.

Der erste Autorname in der deutschen Literatur ist der vorhin erwähnte **Wulfila** (Wölfchen); der tiefsinnigste unter den deutschen Dichtern des Mittelalters ist ein **Wolfram** (von Eschenbach); und wenn **Wolfgang** einen Helden bezeichnet, dem einem Wolfe gleich der Sieg vorangeht, wo ist diese Bedeutung mehr zur Wahrheit geworden als in Wolfgang Goethe und Wolfgang Mozart?

Aber diese glänzenden Beispiele sind natürlich nicht fähig, einen Begriff davon zu geben, wie mannigfaltig combinirt, wie ungemein beliebt und verbreitet gerade die Wolfsnamen in alter Zeit gewesen sind, mochte nun Wolf wie in Wolfbald, Wolfbrecht, Wolffrid, Wolfgêr, Wolfgrim, Wolfhard, Wolfhelm und anderen zu Anfang des zusammengesetzten Namens stehen oder als Schlußbestandtheil desselben zu einem **ulf** oder **olf** geworden sein. Letzteres verlor übrigens schon frühe mehr und mehr seine eigentliche Bedeutung und sank zu einem blos formellen Mittel herab, überhaupt einen Männernamen zu bilden. Von dieser Art ist heute nur **Adolf** (der Adeliche, Vornehme) und **Rudolf** (der Ruhmvolle) übrig geblieben, während ehedem etwa 400 solcher Namen (ich beschränke mich auf die Anführung von **Aistulf**, **Arnulf**, **Biterolf**, **Frekulf**, **Hardulf**, **Hildulf**, **Landulf** u. s. w.) die ganz erstaunliche Regsamkeit auf dem Gebiet der Namenbildung bekunden.

Verlassen wir jedoch für jetzt die Vorstellungskreise, deren Centrum der Götterglaube unserer Vorfahren bildet, und wenden uns nunmehr zu denjenigen Männernamen, welche die kriegerische Leidenschaft des germanischen Helden unmittelbar und recht eigentlich widerspiegeln.

Da preisen zunächst unzählige Namen bei lebendiger Abwechselung im Ausdruck den Krieg und Sieg und Ruhm durch deren eigenen Namen, aus andern klingen uns die Waffen und Rüstungsstücke der Helden entgegen, wieder andere betonen die höchsten kriegerischen Eigenschaften oder zählen ihre Träger der Gesammtheit der streitbaren Männer, dem eigentlichen Volke, dem Heere zu. Und da ja der Krieg für die Sicherung der Mark, für die Freiheit des Landes und seine Verfassung geführt wird, so gibt eine weitere stattliche Namenmenge ein treues Abbild auch aller dieser Verhältnisse, deutet auf Herschaft und Gewalt der Könige und Fürsten, auf die Verschiedenheit der Stände, des Adels, der Freien und Knechte, ehrt den ererbten Grundbesitz und spricht sich auch sonst für Schutz und Sicherheit aus. Und so fehlt es denn auch nicht an solchen Namen, in denen der Geist des Friedens, die pflichtschuldige Mitwirkung des Mannes zum Frieden innerhalb der eigenen Volksgenossenschaft einen Ausdruck gefunden, Namen, welche dem Wohlwollen und der Freundschaft, der Klugheit und Besonnenheit das Wort reden, besonders aber der Be-

deutung des Rath ertheilenden Mannes, dessen guter Rath von der stets bewaffneten Volksversammlung mit Waffengeklirr gebilligt zu werden pflegte.

Fürwahr, es offenbart sich in diesen Namen ein Reichthum urzeitlicher Poesie und Begriffsschöpfung, dem nachzugehen, seine Gediegenheit bis ins Einzelne hinein vollkommen nachempfinden zu lassen, an dieser Stelle eine Unmöglichkeit ist. Erinnert man sich außerdem, daß die alten Namen verhältnißmäßig selten einfach sind, vielmehr fast immer zwei Bestandtheile haben, von denen jeder seiner Bedeutung nach irgend eine der angegebenen Sphären des Lebens berühren kann, mithin das Variiren und Combiniren ins Unendliche geht, so begreift sich vollends, weshalb hier nur wenige Beispiele als Zeugen gehört werden können.

Der kriegerische Geist unserer Alten zeigt sich sogleich nun darin, daß die Vorzeit viel mehr Bezeichnungen für Krieg und Kampf besaß, als heutzutage vorhanden sind. Die Wörter „Krieg" und „Kampf" sind überhaupt verhältnißmäßig jung und zu Namen fast gar nicht verwendet worden. An ihrer Stelle brauchte man das heut veraltete Gundja, Hadu, Hiltja, Wîc, Ernust und Andere, während der Sieg durch das noch heut lebendige Wort, Ruhm aber besonders durch Hruod bezeichnet wurde. Den Krieg an ihrer Stirne tragen somit die Männernamen Guntram und Günther, Hadumar und Hadubald, Hildebrand und Hildebrecht, während Ludwig und Hartwig den Kampf, den Wîc, woraus der Name Wigand, d. i. Kämpfer, entsprang, ihren Schluß bilden lassen. Meint ferner Siegfried einen Helden, der durch den Sieg den Frieden bringt, so ist Robert ebenso wie das identische Ruprecht, da beide aus dem alten Namen Hruodperaht entsprungen sind, der ruhmesprächtige, ruhmstrahlende Held.

Derartigen Namen gegenüber, deren schöner Sinn sehr wohl sich nachempfinden läßt, mag es uns fremdartig und äußerlich scheinen, daß neben Krieg und Sieg auch die Waffen in den Männernamen zu Worte kommen, von einem todten Gegenstande das Leben seinen Namen empfängt. Aber das Alterthum dachte anders. Es ließ bei gewissen feierlichen Abschnitten und Acten des menschlichen Lebens gerade die Waffen eine höchst lebendige Rolle spielen, mochten z. B. dieselben ganz eigentlich durch sich selbst den stark gewordenen Jüngling zum Gemeindegenossen machen oder aber voll schöner Symbolik dem Ehebund Weihe und Festigkeit geben. Bei aller Kriegslust des Volkes, so berichtet Tacitus in Bezug auf den ersten Fall, erlaubte doch die Sitte Keinem, Waffen anzulegen, bevor nicht die Gemeinde sich überzeugt hatte, daß er sie werde zu führen wissen. Dann schmückt in der Versammlung selbst entweder

einer der Fürsten, oder der Vater, oder ein Verwandter den Jüngling mit Schild und Framea (jener altgermanischen Stoß- und Schußwaffe). Das ist die erste Ehre der männlichen Jugend: bis dahin achtet man sie dem Hause angehörig, dann der Gemeinde. Noch viel bedeutsameres jedoch weiß Tacitus von den Waffen zu sagen, da wo er seinen Landsleuten die germanische Ehe schildert und preist. „Mitgift“, sagt er, „bringt nicht die Frau dem Manne, sondern der Mann der Frau zu. Zugegen sind die Eltern und Verwandten und prüfen die Geschenke; Geschenke, nicht den kleinen weiblichen Neigungen entsprechend gewählt, noch zum Schmuck der jungen Frau bestimmt, sondern Stiere, ein gezäumtes Roß und ein Schild nebst Framea und Schwert. Auf diese Geschenke hin wird die Frau in Empfang genommen; auch sie hinwiederum bringt dem Manne einige Waffenstücke zu. Dies, meinen sie, sei das festeste Band, dies seien geheime Heiligthümer, dies die Götter der Ehe. Damit das Weib nicht glaube, sie dürfe fern bleiben mannhaften Gedanken und fern den Wechselfällen des Krieges, wird sie, wenn sie eben die geweihte Schwelle der Ehe betritt, erinnert: sie komme, um in Arbeit und Gefahr des Mannes Genossin zu sein. Gleiches mit ihm habe sie im Frieden, Gleiches in der Schlacht zu dulden und zu wagen. Dies deutet das Stierpaar, dies das gerüstete Pferd, dies die Waffengabe an. So habe sie zu leben, so zu sterben: was sie empfange, müsse sie in unverletzter Würde ihren Söhnen übergeben; ihre Schwiegertöchter sollen es empfangen und wiederum auf die Enkel übertragen.“

Mag Tacitus in diesen schönen Sätzen immerhin ein ideales Bild germanischer Zustände geben, der Zweck seines Buches mehr Tiefe und Bedeutung in sie legen, als sie in Wirklichkeit haben mochten, an der seiner Darstellung zu Grunde liegenden Thatsache wird sich nicht rütteln lassen, daß dem Germanen die Waffen theuere Besitzthümer waren, so theuere, daß es wohl nahe lag, für den Täufling, welcher dereinst als Held sich hervorthun sollte, einen Waffennamen zu wählen, also den Knaben etwa nach der Brünne, dem glänzenden, gleichsam brennenden Harnisch Bruno, nach dem Gêr oder Gâr, jener älteren Bezeichnung für Speer oder Lanze, Gero, Gerhard, Gerold oder Berengar, Edgar zu nennen. Das Wort Helm, von hehlen, schützen, bedecken abzuleiten, finden wir z. B. in dem Namen Helmgêr, in dem heutigen Familiennamen Helming oder, an zweiter Stelle, in Wilhelm. Das Schwert, welches die Alten nach seiner Schneide Ecke, nach seiner Spitze Ort nannten (das ist die Grundbedeutung dieser beiden Wörter) erklärt uns Namen wie Eckehart und Ortwin, während Rando, Randolt, Bertrand, Herirant verständlich werden, wenn man be-

denkt, daß Rand die gewölbte Mitte des Schildes, dann den Schild überhaupt bezeichnet, die heutige Bedeutung des Wortes erst daraus entsprungen ist.

Und so könnte ich noch weiter fort die Männernamen sichten und deuten, wenn nicht mehr und mehr das Gefühl in mir Platz griffe, daß es genug nun des männlichen Kampfes und Streites ist, und daß es Zeit wird, auch den altdeutschen Frauennamen eine kurze Betrachtung zu widmen.

Daß das Weib bei den Germanen von den frühesten Zeiten an als ein höheres Wesen erschien, eine Art göttlicher Verehrung genoß, ist schon den Römern nicht entgangen, und Tacitus braucht die rechten Worte, wenn er in dieser Beziehung sagt: „Etwas Heiliges und Prophetisches, glauben sie, wohne in ihnen, und weder verschmähen sie ihren Rath, noch übersehen sie ihre Aussprüche.“ Es ist daher auch nicht überraschend, wenn eine solche Frauenschätzung selbst das Recht beeinflussen konnte, wie denn z. B. nach alamannischem und baierischem Recht das Wergeld, welches auf den Todtschlag einer Frau gesetzt war, das Doppelte von dem des Mannes betrug. Auch liebten es die Römer sich edle Frauen als Geiseln stellen zu lassen, da sie so auf die Deutschen sich mehr verlassen zu können und sich gesicherter glaubten. Als Weissagerin und Zauberin wurde das Weib sodann in eine noch engere Beziehung zur Gottheit gesetzt, und sehr bezeichnend ist es, wie in Rücksicht auf dieses Verhältniß überhaupt sich die Begriffe weiblicher Benennungen entwickelten und veredelten! Das althochdeutsche Wort Idis meint ursprünglich nichts anderes als Weib; aber schon frühe erhielt es die Bedeutung eines übermenschlichen weiblichen Wesens, ward gleichbedeutend mit Walkyrie, und unser Name Ida ist ohne Zweifel verwandt damit. Ebenso bedeutet Drûd (altnordisch Thrûdr) ursprünglich einfach Jungfrau; aber auch hier trat der Begriff des Göttlichen hinzu und verdrängte den alten; Thrûdr ward eine Walkyrie und rief in Folge davon zahlreiche walkyrische Frauennamen hervor, von denen Himildrûd und Irmindrûd mit all den andern bis auf Gêrtrûd verschwunden sind, womit die mit dem Gêr gerüstete Walkyrie gemeint ist.

So zeigen denn, um gleich den Kern der Sache zu erfassen, die altdeutschen Frauennamen weit mehr als die der Männer unmittelbaren Zusammenhang mit den Vorstellungen von göttlichen Wesen. Das Volk machte das göttliche Weib zum Ideal des irdischen, legte in den Namen des irdischen die Eigenschaften, die es den Göttinnen selber zuschrieb; was freilich, wenn man auf den tiefsten Grund geht, wiederum zu dem Umgekehrten führt, daß nämlich die Vorstellungen von den Götterwesen sich

bilden und verändern nach dem Sinn und Wesen der Menschen. Und gewiß ist es wahr, daß wir die Völker am besten aus ihren Göttern erkennen lernen.

Während nun in der deutschen Mythologie die männlichen Gottheiten sehr wohl in einzelne Wesen sich sondern lassen (obgleich sie ungepflegt von höherer Cultur und bildender Kunst viel Dunkeles, Verschwommenes behalten und jener harmonischen Abrundung entbehren, durch welche die griechischen Götter uns entzücken), liegt allen germanischen Göttinnen etwas Gemeinsames zu Grunde, fließen sie ihrem Wesen nach ebenso leicht in einander über, als jede für sich selbständig scheint. Allen gemeinsam ist, daß sie hauptsächlich als im Lande umherziehende, einkehrende Göttermütter gedacht wurden, von denen das menschliche Geschlecht die Geschäfte und Künste des Haushalts, sowie des Ackerbaus erlernt, nämlich: spinnen, weben, säen und erndten. Diese Arbeiten aber setzen Ruhe und Frieden im Lande voraus und daher ist der friedliche, der Natur des Weibes entsprechende friedliche Charakter in den Vorstellungen der Göttinnen der überwiegende und blieb auch am längsten in traulichen Ueberlieferungen, Märchen und Sagen z. B. von der Frau Holle haften, deren Name Nichts als Holda oder Hulda „die Holde, freundlich Gesinnte“ ist, ein Beiname von Wodans Gemahlin, der Göttin der Liebe Frigg oder Frija, welcher der Freitag heilig war. Der friedliche und erfreuende Charakter dieser Göttin lebt ebenso in dem Namen Bertha, altdeutsch Berahta, „die Leuchtende, Glänzende“ fort; denn die Frau Berchte und die Frau Holle beherschen im Volksglauben zwar ganz verschiedenes deutsches Gebiet, sind aber im Grunde dasselbe göttliche Wesen, halten zur gleichen Zeit ihren Umzug in den ihnen geweihten zwölf Nächten, um Weihnachten und Neujahr herum, sind, da sie eben Frija sind, Beschützerinnen der Ehe und Kinder und so des Hauses überhaupt.

Als spindeltragende Gemahlin des höchsten Gottes, Vorsteherin des Spinnens und Webens, berührt sich Frija aber auch mit jenen drei Götterfrauen, den Nornen, welche, den römischen Parzen vergleichbar, den Menschen ihr Schicksal spinnen und weben. In ihnen hat das Ahnungsvolle, Prophetische des germanischen Weibes seinen prägnantesten Ausdruck gefunden, derartig, daß sie hinwiederum das Vorbild zahlreicher Wahrsagerinnen und Zauberinnen wurden, von denen die Geschichte uns manche namhaft zu machen weiß. Schon Caesar berichtet die deutsche Sitte, daß die Weiber durch Loos und Weissagung erklären, ob es rathsam sei oder nicht, eine Schlacht zu liefern. Aber Namen nennt zuerst Tacitus; außer einer Albrûna, die aller Wahrscheinlichkeit nach in der Zeit der

Kriege des Drusus und Tiberius eine bedeutende, öffentliche Rolle spielte, gedenkt er mehrfach der berühmten Véleda, einer Jungfrau aus dem Stamm der Bructerer, welche am Schluß der sechziger Jahre des ersten Jahrhunderts nach Christo während des Batavischen Aufstandes gegen Rom das Volk beherschte, weit und breit Befehle ertheilte, „der alten Sitte“, wie Tacitus Worte lauten, „der alten Sitte der Deutschen gemäß, nach der sie viele Frauen für Weissagerinnen und, bei wachsendem Aberglauben, für Göttinnen halten“.

Véleda hauste auf einem hohen Thurme an der Lippe, ließ von Gesandten, um die Ehrfurcht vor der Priesterin zu mehren, sich weder sehen noch sprechen und verkehrte mit der Außenwelt durch einen Auserwählten aus ihrer Verwandtschaft, welcher Fragen und Antworten überbrachte, gleich einem Götterboten, wie Tacitus ausdrücklich sagt. — Solche heilige Frauen, in denen die weibliche Kraft gewissermaßen potenziert erscheint, die dadurch heraustreten aus dem weiten Kreise ihres Geschlechtes, verstanden sich vorzugsweise auf das Deuten der geworfenen Loose, des Vogelfluges, der Opferthiere; sie kannten nicht allein natürliche Heilmittel, sondern auch geheime, wirksame Zaubersprüche bei Krankheiten und Verwundungen; vor allem aber wußten sie die Runen zu lesen, womit eigentlich das Geheimniß überhaupt (und diese Bedeutung hat sich noch in unserm Worte raunen, zuraunen erhalten), dann aber insbesondere die heiligen, geheimnißvollen Zeichen der altgermanischen Buchstaben bezeichnet werden. Für den Erfinder der Runen galt der Mythologie zufolge Wodan; ihm wohnt die größte Gewalt der Worte bei. In Wirklichkeit jedoch sind die Runen von den Germanen nicht erfunden, sind aus dem griechisch-italischen Alphabet entlehnt ihnen zugeführt worden, wurden ursprünglich aber nicht zu eigentlicher zusammenhängender Schrift, sondern als Anlautzeichen bedeutsamer Wörter, dem Volke im Ganzen unverständlich, zu religiösen Zwecken und ganz besonders zu Loosung und Weissagung verwendet, wobei sie auf allerlei Gegenstände, vornehmlich auf Stein und Holz eingeritzt oder geschnitten wurden. Je nach der Sache, für oder gegen welche die Rune ihre zauberische Wirkung darthun sollte, besaß das Alterthum eine große Menge von Runennamen, in die uns der schöne Mythus von der Verlobung Siegfrieds mit Brunhilden einen Einblick gewährt.

Wie die ältere Edda erzählt, hatte diese gewaltigste aller Walkyrien, ungehorsam dem Göttergebot, einen König in der Schlacht getödtet, welchem von Wodan der Sieg verheißen war. Zur Strafe dafür sollte sie nie wieder Sieg erfechten im Männerkampfe, sollte aufhören, Walkyrie zu sein und sich vermählen. Zürnend stach Wodan sie mit einem Dorn, der

sie in Schlaf versenkte und schlafen ließ, bis Siegfried unerschrocken auf seinem Rosse durch den Flammenring, der ihre Schildburg umgab, zu ihr eindrang, sie weckte und ihr Liebe gewann. Als nun Siegfried und Brunhild Gespräche beginnen, bittet er sie, weil sie die Welt ja kenne, ihn Weisheit zu lehren, und da ist es zunächst die Runenkunde, was den Gegenstand ihrer Belehrung bildet. Mit einer ganzen Reihe von Runen, wie die verschiedensten Lebenslagen sie fordern, macht sie den Geliebten spruchweis bekannt, von denen die folgenden, als dem modernen Gefühl am wenigsten befremdlich, mitgetheilt werden mögen:

> Siegrunen schneide, wenn du Sieg willst haben:
> Grabe sie auf des Schwertes Griff,
> Auf die Seiten des Griffes Einige, Andere auf sein Stichblatt,
> Und nenne zweimal den Namen Tyrs (des Kriegsgottes).

Nach den Siegrunen gibt Brunhild dem Siegfried Vorschriften über Alerunen (Bierrunen), die er anwenden soll, um sich vor Zauber zu schützen, wenn eines Andern Weib ihm den Trunk, Bier oder Meth, reicht.

> Alerunen kenne, daß des Anderen Frau
> dich nicht trüge, wenn du traust.
> Auf das Trinkhorn ritze sie und den Rücken der Hand
> und mal ein N auf den Nagel.
>
> Die Füllung segne, vor Gefahr dich zu schützen,
> und lege Lauch in den Trank.
> So weiß ich wohl wird dir nimmer
> der Meth mit Gift gemischt.

Weiter lehrt sie in Betreff der Schiffahrt:

> Sturmrunen schneide, wenn du sichern willst
> im Sund die Segelrosse;
> auf das Vordertheil sollst du sie und aufs Steuerblatt ritzen,
> dabei ins Ruder brennen:
> nicht so stark ist die Strömung, nicht so schwarz die Welle,
> heil kommst du heim vom Meer.

Versetzen uns diese Zeugnisse vom Runengebrauch so recht in den Aberglauben der Vorzeit, lernen wir daraus, welche übernatürliche Kraft einem einfachen Zeichen nebst der dabei gesprochenen Segensformel beigelegt wurde und wie all diese Kenntniß, ja berufliche Anwendung besonders den Frauen eigen war, so begreift sich auch, warum das Wort rûna oder abgekürzt rûn in zahlreichen Frauennamen erscheint und die persönliche Bedeutung von Zauberin annehmen konnte. Die Taciteische Albrûna meint also nichts als „das mit der Runkraft der Albe, Elfen, das mit Zaubermacht und Weissagung begabte Weib". Derselben Be-

deutungssphäre gehören die Namen Goldrûn, Sigirûn, Wolfrûn an. Der anmuthige Name Friderûn, der auf die lindernde Kraft gewisser Runen deutet, war noch im 13. Jahrhundert in Baiern unter den Bauersleuten beliebt, und wenn diese Namen heute sämmtlich verschwunden sind, so erinnern wir uns doch alle gern, und wärs nur von der Schule her, der schönen Seesage von der Gûdrûn, die durch die härteste Gefangenschaft in ihrer Liebe und Treue nicht wankend zu machen war.

Ihr Name, in welchem die Silbe Gûd als niederdeutsche Form für das Gunt in dem Namen Gunther „den Kampf“, rûn aber „die mit Zauberkraft begabte“ bedeutet, bestätigt außerdem, was früher von mir bemerkt worden ist, daß nämlich alles weiblich Göttliche, die höchsten Göttinnen wie die Halbgöttinnen, mochten die letzteren als Wahrsagerinnen und Zauberinnen oder als Walkyrien der Schlacht in das Schicksal der Menschen eingreifen, vom Volksglauben als ineinander verfließend aufgefaßt wurden, wie denn in dem Namen Gûdrûn das Walkyrisch-Kriegerische mit dem Prophetischen verbunden erscheint.

In den meisten Fällen jedoch, wie das bei einem vorzugsweise kriegerischen Volke am nächsten lag, ist die walkyrische Kampflust allein in den Frauennamen zum Ausdruck gekommen, und damit würden wir die dritte Hauptgruppe der Letzteren zu betrachten haben, wenn diese Betrachtung nicht bereits gegeben wäre, da sie im Wesentlichen zusammenfallen mit den kriegerischen Namen der Männer. Brunhild berührt sich mit Bruno und Hildebrand; Hildebrand wieder mit Hilda und Hildegard; Hadubrand und Ludwig mit Haduwîc, Hedwig.

Es ist eben überall Heidenglaube und Heroismus, der die Männer- und Frauennamen geschaffen, mit einer solchen Consequenz (die ebenfalls charakteristisch für den Germanen ist), so völlig aus einem Geiste heraus, daß wir an diesen unscheinbaren Namen allein schon die schwere Arbeit bemessen können, welche das Christenthum zu bewältigen hatte, als es an unser Volk, es zu bekehren, mit seinen Ideen herantrat.

An den Namen konnte das Christenthum selbstverständlich zunächst nichts ändern. Wie hätte es sich selbst derartig entweihen können, daß es das neue Heilige bei der Namengebung verwendete. Biblische, christliche, kirchliche Namen kommen daher in Urkunden des achten, neunten Jahrhunderts kaum vor; in einer Fulder Urkunde aus dem Ende des achten Jahrhunderts, welche 280 Namen aufführt, erscheint kein einziger, der nicht von deutschem Gepräge wäre. Erst ganz allmählich dringen die fremden Namen ein und lassen die alten nach und nach verschwinden, ohne daß es der neuen Cultur jemals möglich gewesen wäre, dem germanischen Geist das Kriegerische, das Leidenschaftliche zu nehmen, das uns

eigenthümlich ist, obwohl man uns lange, nur um uns einzuschläfern, ein Volk von Denkern genannt hat.

Gerade unter diesen deutschen Denkern sind in den Zeiten der tiefsten Erniedrigung des Vaterlandes Männer gewesen, welche in ihrer Brust das Feuer des alten Geistes bewahrten, um damit einen Brand anzufachen, der die Welt, jenem heidnischen Weltbrand vergleichbar, in Flammen gesetzt, aber auch gereinigt hat und zu neuem Leben verjüngen sollte. Und Heil uns, daß wir noch heute so kriegerisch sind! Deutschland ist nun einmal die feindumdrohte Mitte, das Herz von Europa und muß daher in jedem Augenblick gerüstet sein, voll Muth und Gottvertrauen und seiner Mission getreu einzutreten in den Kampf für seine theuersten Güter, die jedem echten Deutschen zusammenfallen mit den höchsten Gütern der Menschheit.

Marburg, im Februar 1880.

Karl Lucae.

Deutsche Wissenschaft im Siebenbürger Sachsenland in den letzten Jahrzehnten.

Die „Preußischen Jahrbücher“ haben schon einige Mal Kenntniß genommen von dem schweren politischen Kampf, den das Deutschthum in Ungarn, speciell das der Siebenbürger Sachsen, gegen die Alles verwüstende Rassenherrschaft der Magyaren führt. Unbeachtet von der öffentlichen Meinung Deutschlands wird hier Stück für Stück einer alten gesetzlich gewährleisteten Cultur in Trümmer geschlagen; der magyarische Sprachzwang legt sich schon auf die Schulen, um die Quellen jener Cultur zu verstopfen. Der Reichstag hat bekanntlich die obligatorische Einführung der magyrischen Sprache in alle Volksschulen beschlossen; ein Mittelschulgesetz steht drohend vor der Thüre — da mag es nicht unangemessen erscheinen, als Gegenbild zu dem politischen Kampfe ein Bild aus dem geistigen Leben jenes Siebenbürger Deutschthums vorzuführen, vielleicht daß dadurch dem einen oder andern deutlicher wird, welche Lebensgüter hier mit der Vernichtung bedroht sind.

Es ist jetzt grade ein Jahrhundert verflossen seitdem der erste Versuch gemacht wurde, den festen Boden zu erschüttern, auf dem bis dahin deutsches Wesen in Siebenbürgen die ihm von der Geschichte hier angewiesene Culturarbeit hatte vollbringen können. Im Jahre 1780 starb Maria Theresia, ihr folgte ihr Sohn Josef II., ein Revolutionär auf dem Kaiserthron. Mit ihm beginnt das Zeitalter der Revolution für Oesterreich, das auch heute noch nicht zu Ende ist. Gewaltsam sollte damals ein centralisirter Einheitsstaat auf deutscher Grundlage geschaffen, das nationale Leben der Völker zusammengepreßt werden in das Schema, das sich der Kaiser zurechtgelegt hatte. In Ungarn geschieht heute dasselbe, nur gewaltsamer, unberechtigter, auf magyarischer Grundlage, nicht von einer Person sondern von dem parlamentarischen Absolutismus einer Rasse in Scene gesetzt. Da ist es denn nicht zu verwundern, wenn bei der Aehnlichkeit dieser Verhältnisse auch ein ähnlicher Zug durch die Literatur und die geistige Arbeit der Sachsen jetzt und damals geht. Vor allem:

ihre gesammte Arbeit auf wissenschaftlichem Gebiet trägt damals wie jetzt nach mehr als einer Richtung das Antlitz der Pallas Athene; sie ist Wissenschaft und zugleich bewehrt mit dem Schild und Speer, das deutsche Volksthum und sein vielangegriffenes Recht zu vertheidigen. Insbesonders kann die sächsische Geschichtsforschung auch heute ihren Ursprung aus den Tagen josefinischer Gewaltmaßregeln und Maria Theresianischer Rechtsangriffe nicht verleugnen.

Die neue sächsische wissenschaftliche Geschichtsforschung geht in das Ende des vorigen Jahrhunderts zurück, wo die Sachsen auch durch solche Leistungen zeigen mußten, daß sie eine innerliche Berechtigung zu jener nationalen Existenz hätten, die ihnen staatsrechtlich so allseitig verbrieft war. Die wissenschaftliche Geschichtsforschung, wie sie damals Eder († 1810) und Schlözer begründet haben, ist die Grundlage der weitern Arbeiten gewesen. Diese erhielten Plan und Zusammenhang aber erst durch die Gründung des „Vereins für siebenbürgische Landeskunde“, der seither, Mittelpunkt des deutschen wissenschaftlichen Lebens in Siebenbürgen, ein Sammelpunkt der Besten des sächsischen Volkes immer gewesen ist.

Schon seine Gründung (1840) zeigte, daß ein neuer Hauch durch das geistige Leben des deutschen Stammes in den Karpaten wehte! Die deutschen Universitäten waren in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts wieder, wenn auch nur in beschränkter Weise, dem Besuch aus Oesterreich frei geworden. Das seit 1830 allmählich frisch erwachende politische Leben, in Ungarn und in den magyarisch-adligen Landesgenossen Siebenbürgens sofort chauvinistisch aufschäumend, schlug gleichzeitig seine Wellen, die dumpftosend die alte Burg sächsisch-nationalen Eigenlebens zu untergraben drohten. So wies auch dies auf ein näheres Zusammenschließen hin. Vor allem aber entflammte der immer leuchtendere Aufgang der Wissenschaften im deutschen Mutterlande die Herzen auch hier und hob sie höher. So wagten denn drei wackere Männer Daniel und Samuel Gräser mit J. Fabini den Gedanken eines wissenschaftlichen Vereines aufzunehmen und Freunde für die Sache zu werben. Das war damals keine geringe That. Denn auf der Entwicklung Siebenbürgens lag noch mit seiner ganzen Schwere der alte Polizeistaat, der insbesondere in das Leben des sächsischen Volkes oft hemmend eingriff. Die sächsischen Städte waren bei der Enge des damaligen Lebens und den schlechten Verkehrsmitteln einander fast fremd, gar mancher der „Gebildeten“ kam über die vier Pfähle der engsten Heimath nicht hinaus. Nun sollte das anders werden! Der neue „Verein für siebenbürgische Landeskunde“ sollte alljährlich in einer andern Stadt seine Versammlung halten, wie Joh. K. Schuller, dessen

Verdienste um die sächsische Geschichtsforschung wir gleich näher berühren werden, es ermuthigend aussprach: „Wenn die großen Gelehrten in Deutschland, England, Italien ihre geistigen Schätze jährlich einmal aufladen und damit Hunderte von Meilen machen können, um sich an einem näher bestimmten Ort zu sehen und zu begrüßen und ihre Ideen auszutauschen, sollte denn uns Gelehrten in Siebenbürgen das Sedezbändchen von vaterländischem Wissen, das jeder sich zusammengelesen hat, zu schwer sein, um damit zehn oder zwanzig Meilen weit zu reisen und einander jährlich einmal zu sehn? Und wäre es auch nur um des Lebensgenusses willen und um die Vorurtheile, die wir gegen einander haben, weil wir uns nicht kennen, abzulegen. Warum sollten wir es nicht einmal versuchen?"

Und sie versuchten es! Nachdem die Statuten bestätigt waren, begrüßten sie sich 1842 frohbewegten Herzens auf der ersten Generalversammlung in Schäßburg. Noch heute klopft das Herz höher und flammt das Auge leuchtender, wenn die Theilnehmer von jenen Tagen erzählen, die so zündend in die Stille der Jahre fielen, die sich so sehr unterscheiden von der an geistiger Anregung überreichen, an stürmischem Wechsel so vollen, von schwersten Kämpfen oft so müden Gegenwart. Wenn das Vereinsleben in den Tagen deutscher Erniedrigung und Zersplitterung mit dazu beigetragen hat, wie die volksthümlichen Feste bei den alten Griechen „Saaten des Wohlwollens auszustreuen für künftige Zeiten", so thaten die nun Jahr für Jahr auf einander folgenden Vereinsversammlungen im Sachsenland ein gleiches. Sie haben, ausfallend nur in den Jahren schwerster öffentlicher Noth (1848, 1866 u. ä.), die Besten des sächsischen Volkes zusammengeführt, die Blicke auf die idealen Ziele des Lebens gelenkt und des Geistes Flug neu erhoben, wenn er zu ermatten drohte. „Ja, das sächsische Leben hatte einen Theil der dasselbe beengenden Fesseln gesprengt, einen neuen edeln Inhalt, das stärkende Gefühl erhebendster Gemeinsamkeit gefunden und wurde sich dessen in frischer fröhlicher Arbeit auf dem Felde der Wissenschaft bewußt und sein herzlich froh."

Denn der „Verein für siebenbürgische Landeskunde" nahm mit der Kraft der Jugend die wissenschaftlichen Ziele, die er sich setzte, auf. Er hat bis heute von seiner nun periodischen Zeitschrift: „Archiv des Vereins für siebenbürgische Landeskunde" neunzehn Bände wissenschaftlicher Arbeiten veröffentlicht, die ebenbürtig neben ähnlichen Publicationen des Auslandes stehen. Es kann hier selbstverständlich nicht der Ort sein, auf alle einzelnen Aufsätze einzugehn, doch einiges sei hervorgehoben, um nachzuweisen, welche neue Wege einige der bedeutendsten betreten und welche Förderung der Erforschung und Kenntniß Siebenbürgens, besonders des

Sachsenlandes daraus erwachsen ist. Die bedeutendsten Leistungen knüpfen an die Namen Ackner, Reschner, J. K. Schuller, G. D. Teutsch, Fr. Müller an, von denen Allen nicht nur bahnbrechende Arbeiten veröffentlicht wurden, sondern, was nicht minder bedeutsam, auch die Anregung zu tüchtiger historischer Arbeit in jüngere Kreise verpflanzt wurde. Denn in erster Reihe galt die Arbeit dem historischen Gebiet.

Der älteste von ihnen ist J. M. Ackner, geboren 1782, Sohn eines sächsischen Pfarrhauses, der nach vorangegangener Bildung am Gymnasium von Schäßburg, seine Studien in Wittenberg unter Schröckh, Reinhard, Pölitz fortsetzte; von da durch den Einmarsch der Franzosen (1805) vertrieben, kam er mit einem Geleitsbrief Davoust' versehn nach Göttingen, pilgerte dann, dem Zug der Zeit folgend, nach Paris und erfreute sich an den schönen Denkmälern der Kunst, die die Franzosen dort aufgehäuft hatten. Die alten Römerdenkmale zogen ihn nach Italien und diese Reisen haben die Richtung seiner Studien auf Naturgeschichte und die Alterthumskunde entschieden. Nach diesen beiden Richtungen ist er bis zu seinem Tode († 1862) unermüdlich thätig gewesen. In einem Lande wie Siebenbürgen, wo die Römerspuren so zu Tage liegen, daß sie schon vor Jahrhunderten den Bewohnern auffielen und zum Sammeln antrieben, mußten diese verwitterten Denkmäler großer Vergangenheit einen mächtigen Reiz ausüben. Sie haben denn auch die Stille des Hammersdorfer Pfarrhofes, wohin Ackner sein Amt geführt hatte, mit vollem Leben erfüllt, wenn die wißbegierigen Freunde aus dem Lande von nah und fern herzukamen, sich die alten Schätze deuten zu lassen. Mit Hülfe einer jüngern Kraft Fr. Müller (geb. 1830), sammelte er die römischen Inschriften Daciens, die, mit Unterstützung der k. Akademie der Wissenschaften in Wien, 1865 erschienen sind. Aber neben diesem Quellenwerk, das geradezu auch die Anregung zu dieserartigen Studien sich zum Ziel setzte, hat Ackner selber über verschiedene archäologische Zweige geschrieben, zum Theil im „Archiv des Vereins für siebenbürgische Landeskunde" veröffentlicht, zum Theil in den Publicationen der k. k. Centralcommission zur Erforschung und Erhaltung der Baudenkmale. (Wien.) Der Vorzug seiner Arbeiten besteht in der Anregung, die sie brachten, in der Aufmerksamkeit, die sie auf sich und damit auf den behandelten Gegenstand lenkten. Müller hat einige kleinere hieher einschlägige Arbeiten veröffentlicht; jetzt aber bearbeitet dieses römische und vorrömische Gebiet eine junge Kraft, ein Schüler Mommsens, C. Gooß, jetzt Gymnasiallehrer in Schäßburg. Wenn irgendwem noch der Beweis zu liefern wäre, daß die sächsische Wissenschaft in Siebenbürgen die Tochter der großen deutschen Mutter ist, so wäre er hier geliefert. Gooß hat die römische und vor-

römische Zeit des alten Dacien einer gründlichen Bearbeitung unterzogen, die Resultate sind wieder meist im Vereins-Archiv veröffentlicht. Vor allem sind hervorzuheben die „Skizzen zur vorrömischen Culturgeschichte der mittleren Donaugegenden“ (mit 15 Tafeln Abbildungen) (Ver.-Arch. Neue Folge XIII. Band), die auf Grund genauester Quellenstudien ein ungemein anschauliches Bild geben von dem Leben in jenen alten Ländern. Es werden darin behandelt: die Periode der vorherrschenden Steinzeit, die ältesten historischen Bewohner der mittleren Donaugegenden, der Handelsverkehr mit dem Süden, der vorrömische Geldverkehr in den mittlern Donaugegenden, alte Ansiedlungen, Lebensweise, Beschäftigung und Todtenbestattung der vorrömischen Bevölkerung. Daneben werden die wichtigsten Fundstücke aus der Bronze- und ältern Eisenzeit aufgezählt und beschrieben. Sehr werthvoll und die vorige Arbeit ergänzend ist eine andere von demselben Verfasser (Ver.-Arch. XIII.) Chronik der archäologischen Funde Siebenbürgens, die eine gradezu überraschende Zahl von Funden und Fundorten, die übrigens grade in der letzten Zeit noch vermehrt worden sind, vorführen. Es ist vor allem bezeichnend, daß auf den alten vorrömischen Ansiedlungen später die römischen sich niedergelassen haben, so daß die verschiedenen Bodenschichten unter einander Reste der einen und andern Zeit bewahren. Die im Programm des Schäßburger Gymnasiums veröffentlichten Arbeiten: 1874, Studien zur Geographie und Geschichte des Trajanischen Daciens; 1878, Die römische Lagerstadt Apulum in Dacien dienen ebenfalls der Erforschung jener Vorzeit Siebenbürgens.

Aber auch die Archäologie des Mittelalters fand im Mitarbeiter Ackners Fr. Müller einen Bearbeiter, der über die Reste jener stürmischen Zeit in Siebenbürgen werthvolle Arbeiten veröffentlicht hat, zum Theil im Vereins-Archiv, zum Theil in den Berichten der k. k. Centralcommission für Erforschung und Erhaltung der Baudenkmale (Wien). Vor allem ist erwähnenswerth die auf diesem Gebiet hier bahnbrechende Arbeit über den ältern sächsischen Kirchenbau und besonders die evangelische Kirche in Mühlbach (1852), dann die Vertheidigungskirchen in Siebenbürgen, (Mittheilungen der k. k. Centralcommission in Wien, 1858), und die kirchliche Baukunst des romanischen Stils in Siebenbürgen (Jahresbericht der k. k. Centralcommission in Wien 1859). Die Bedeutung dieser Arbeiten besteht u. a. darin, daß der innige Zusammenhang der kirchlichen Baukunst mit dem gesammten Zustand der deutschen Kolonie nachgewiesen wird. Die Baukunst konnte im Sachsenland nicht zu jener Macht und Schönheit emporsteigen, die wir an den bedeutendsten Kirchenbauten in Deutschland bewundern. Die Noth der Türkenkriege, die Armuth des Tages zwang hier die Kunst mehr als dort in den Dienst des

praktischen Lebens zu treten, und selbst das Gotteshaus zur Burg gegen den äußern und innern Feind umzugestalten. An den gothischen Kirchen entwickelte sich ein eigner Styl: der Vertheidigungsstyl, der in Siebenbürgen allein vorkommend, von Müller in einer besondern Arbeit behandelt worden ist. (Ebendaselbst II., 1858.)

Das gesammte Leben, das dem deutschen Bürgervolk schon damals ein ununterbrochener Kampf ums Dasein war, ließ eben jene freie und heitere Entfaltung und Sammlung der Kräfte nicht zu, die einer solchen Kunstentwicklung erste Bedingung sind. „Es ist ein seltsam ansprechendes, immer malerisches Bild und dem tiefern Gemüth nie ohne bleibenden Eindruck, diese Vertheidigungskirchen so oft wiederkehrend in der ganzen Länge des südlichen Sachsenlandes, wenn aus den Bäumen des grünen Hügels, um den das stille Dorf gelagert ist, die graue Burgmauer heruntersieht und über ihr die Spitzbogenfenster des Gotteshauses in der Abendsonne funkeln, die die letzten leuchtenden Strahlen durch die Schießscharten des Chorthurmes sendet, von dem die Glocke eben zur Ruhe läutet. Ihre verschwebenden Klänge deuten erst recht, was einst alles ihre alte Inschrift gewollt: o König der Ehren, komm mit dem Frieden!" Erforschung dieser Baudenkmale und Weckung des Interesses für sie und ihre Erhaltung bezweckte und erreichte Fr. Müller auch durch die andern seiner Arbeiten: Die Schäßburger Bergkirche (Vereins-Archiv. Neue Folge, I.), Die evangelische Kirche in Birthälm (Ebda. II.), Zur ältern siebenbürgischen Glockenkunde (Ebda. IV.). Es waren lauter zum Theil gar nicht bebaute Felder siebenbürgischer Geschichte, deren Ausbeute hier begonnen wurde.

Es war dem Verein für siebenbürgische Landeskunde von Anfang an klar, daß eine seiner Hauptaufgaben sei, eine wissenschaftliche Geschichte zunächst des sächsischen Volkes, dann Siebenbürgens als Ziel im Auge zu behalten. Nachdem Eder mit der Herausgabe der Quellen, zunächst der Scriptores am Anfang des Jahrhunderts begonnen hatte, unter wiederholtem Hinweis darauf, daß zuerst die Urkunden, auf die er selber alle seine geschichtlichen Arbeiten stützte, herausgegeben werden müßten, richtete der Verein hierauf seine Aufmerksamkeit. Reschner, Schuller, G. D. Teutsch wurden die Hauptarbeiter auf diesem Gebiete.

M. Reschner, geboren 1791 in Hermannstadt, Sohn eines dortigen Bürgerhauses, hatte nach Absolvirung der heimischen Schulen in Jena Geschichte studirt, wo Oken und Luden auf ihn den tiefsten Eindruck machten. In einer Zeit fast unheimlichen geistigen Stillstandes trat er das Lehramt am Hermannstädter Gymnasium an, um bald darauf auf die Pfarre nach Thalmesch überzugehn. Nicht umsonst war 1795 Schlözers

bahnbrechende Arbeit: „Kritische Sammlungen zur Geschichte der Deutschen in Siebenbürgen“ erschienen, die jeden, der über diese deutsche Colonie Studien machen wollte, auf die Urkundenschätze dieses Volkes hinweisen mußte, von denen 1591 einer der besten Sachsengrafen (comes nationis Saxonicae) Albert Huet gerühmt hatte, „daß wir deren ganze Laden voll haben“. Schon die Dissertation Reschners: Ueber die Prädien und Prädialen des Andreanums (Hermannstadt 1814) zeigte, daß er sich auf diesen Standpunkt stellte. So entschloß er sich, nachdem er schon auf der Universität in Jena (1816) eine Urkundensammlung anzulegen begonnen hatte, mit einigen gleichstrebenden Freunden 1818 Hand anzulegen an die Bearbeitung eines siebenbürgischen Urkundenbuches. Sie hatten erkannt, daß in den Urkunden die reichste Quelle der Erkenntniß der sächsischen Vergangenheit, der unbezwinglichste Rechtsgrund für das sächsische Volk verborgen liege, eine Quelle zugleich stärkenden Selbstbewußtseins, das grade damals dem Volke doppelt Noth that. Es ist erfreulich, daß die sächsische Nationsuniversität (d. i. die politische Gesammtvertretung des ganzen Sachsenlandes) sich der Sache annahm, in demselben Geiste, in dem schon früher der Comes Brukenthal Anordnungen getroffen hatte, die ein leichteres Studium des reichen sächsischen Urkundenschatzes bewirken sollten. Aber „die Autonomie der Furcht“ war stärker in den kleinen Kreisen des Volkes, das freilich nach mehr als einer Seite schwerste Schädigung erfahren hatte durch ungerechte Auslegung und verbreherischen Mißbrauch seiner Urkunden, als das Verständniß in den obern Kreisen; die Gemeinden und Stühle wollten ihre Urkunden zur Veröffentlichung nicht hergeben. Um so anerkennenswerther, daß Reschner von der weitern Arbeit nicht zurückschrak. Er sammelte privatim weiter und auf Grund eines Urkundenmaterials, das so reich damals Niemandem zu Gebote stand, veröffentlichte er eine Reihe von Abhandlungen: Kritische Beiträge zur Kirchengeschichte des Hermannstädter Kapitels vor der Reformation (in J. K. Schuller: Archiv für die Kenntniß von Siebenbürgens Vorzeit und Gegenwart, Hermannstadt, 1841.), in denen er über die ursprüngliche kirchliche und bürgerliche Verfassung der deutschen Ansiedlungen in Siebenbürgen eine Fülle neuer, stets urkundlich begründeter Ansichten entwickelte, zu denen der Forscher auch heute noch zurückkehren muß. Reschner hat, um nur eines hervorzuheben, schon 1858 entschieden ausgesprochen (Vereins-Archiv III., 411, 418), was der verdienstvolle, leider so früh gestorbene R. Rösler 1871, für viele so überraschend, in seinen romänischen Studien aussprach, daß die Walacheneinwanderung nach Siebenbürgen und in die Nord-Donauländer eine verhältnißmäßig späte und der genannte Stamm nicht die älteste Schichte der gegenwärtigen Bevölkerung Siebenbürgens sei.

Auf seiner Pfarre in Thalmesch aber hat der anspruchlose Forscher schöne Tage eines innerlich reich befriedigten Daseins verlebt, rastlos beschäftigt die an äußerm Umfang und an innerm Werth stets wachsende Urkundensammlung zu vervollständigen. Und es ist nicht das geringste Lob, daß er neidlos gern den Jüngern und Mitstrebenden mittheilte, wenn sie sich an ihn, den erfahrenen Meister wandten. Mit dem Ausdruck freudiger Genugthuung konnte er in engerm Kreise erzählen, wie er einmal an einer Urkunde hundert Tage geschrieben und ebenso lange collationirt habe, nun aber sei sie der Benutzung zugänglich. Reschner kam selber nicht dazu, die reichen Schätze allseitig zu verarbeiten. Jetzt, wo er zum Lebensbilde seines Volkes das reichste Material gesammelt hatte, zwang ihn das schwächer werdende Auge, den Studien zu entsagen. Dafür stellte er aber „die rastlose Arbeit eines Manneslebens voll Fleiß und Mühe" uneingeschränkt dem Verein für siebenb. Landeskunde zur Verfügung und schenkte noch bei Lebzeiten die elf Foliobände, mit mehr als 3000 Urkunden, und sieben Foliobände Collectaneen im October 1865 der Brukenthalischen Bibliothek in Hermannstadt, um „diese meine Sammlung künftigen Geschichtsforschern zugänglich zu erhalten." Es war ein selbstloses Gelehrtenleben edelster Art, das der Greis am 16. Februar 1872 beschloß.

Schon vor ihm war der an Jahren jüngere, in der sächsischen Historiographie ihn überragende, mitstrebende Freund Joh. Karl Schuller gestorben (10. Mai 1865). Auf Schlözers und Eders bahnbrechende Arbeiten war mit in Folge der „Regulation", die 1805 die sächsische Nation in Fesseln schlug, an deren Druck sie heute noch leidet, ein Stillstand auch in der Frische des geistigen Lebens eingetreten: Schuller durchbrach sie mit der Arbeit: kritische Gesch. der Reformation des Hermannstädter Kapitels (1819). Schuller war der Sohn eines alten Schulmeister- und Pfarrergeschlechts, — die stille Zucht und das geistige Leben des deutsch-evangelischen Pfarrhofes haben im Siebenbürger Sachsenland ebenso wie in Deutschland viele der Besten des Volkes erzogen — er hatte in Leipzig 1812 studirt, den ersten Gewittersturm der Befreiungsschlachten im Jahr 1813 aus der Nähe gesehen, dann ging er nach Wien zur Vollendung der Studien. So waren auch die gewaltigen, erhebenden und erschütternden Ereignisse einer unvergeßlichen Zeit nicht ohne bedeutende Anregung für ihn gewesen. In die Heimath zurückgekehrt wirkte er hier am Hermannstädter Gymnasium als Professor, Konrektor und Rektor, von 1855 als kaiserlicher Schulrath für die Sache thätig, die ihm so sehr am Herzen lag; nachdem er 1861 in den Ruhestand getreten, entriß ihn, den 71jährigen, der Tod (1865) den Seinen und der Wissenschaft.

Auch der Wissenschaft vor Allem. Denn seit jener ersten Arbeit 1819

ist er rastlos thätig gewesen durch vaterländisch-geschichtliche Studien nicht nur den eignen Blick zu erweitern, sondern auch in den Kreisen seines Volkes das Verständniß für die Gegenwart durch Aufhellung der Vergangenheit zu erhöhen. Er wurde zunächst Mitarbeiter an der neuen periodischen Zeitschrift für Landeskunde „Transsilvania". Je tiefer Schuller aber in die Geschichte seines Volkes und Vaterlandes eindrang, um so schmerzlicher empfand er den Mangel eines „Handbuchs der allgemeinen Geschichte von Siebenbürgen". Mit der Kraft des Mannes, die gern gleich das Beste statt des erreichbar Guten erringen möchte, ging er daran, die Lücke auszufüllen. Es schwebte ihm „eine pragmatische Geschichte von Siebenbürgen vor, welche nicht nur die äußern Verhältnisse des Landes, sondern auch das innere Leben seiner Bewohner und dessen Gestaltung in den verschiednen Zeiträumen schildert". Er verkannte dabei nicht die Schwierigkeit und die Größe der Aufgabe. „So lange wir keine kritische Sammlung der wichtigsten scriptores rerum Transsilvanicarum haben — schrieb er in der Vorrede — kein siebenbürgisches Urkundenbuch, nur wenig erschöpfende Monographien über einzelne Momente unsrer Geschichte besitzen, so lange es uns endlich an historischen Gesellschaften fehlt, welche mit vereinter und geregelter Kraft die Erforschung derselben betreiben, so lange kann auch von einer vollendeten Geschichte Siebenbürgens nicht füglich die Rede sein". Von dem Werk, dessen Anhang ein Urkundenbuch enthalten sollte, ist ein Bogen erschienen 1837, in freudiger Spannung allseitig sehnsüchtig erwartet — dann wurde der Druck unterbrochen. Es ist kein Zweifel, daß der gewissenhafte Verfasser es erkannte, wie wir es heute erkennen, daß auf Grund der damals vorhandnen Vorarbeiten eine Geschichte Siebenbürgens zu schreiben nicht möglich war. Doch wurde in bescheidnerem Umfang von Schuller dafür ein Ersatz geboten in den „Umrissen und kritischen Studien zur Geschichte von Siebenbürgen. Mit besonderer Berücksichtigung der Geschichte der deutschen Colonisten im Lande". Es ist hierin in Fortführung der Arbeiten von Eder und Schlözer der Grund gelegt worden zu einer selbständigen Geschichte der Siebenbürger Sachsen. Das Werk selber sollte nach des Verfassers Absicht über Alles, was auf dem Gebiet siebenbürgischer Geschichte erwiesen oder noch zweifelhaft ist, kritische Rechenschaft geben, die Entwicklung der sächsischen Nation darstellen, die wichtigsten Quellen nachweisen, schwierige Punkte erörtern, Wiedersprüche lösen 2c. 2c. In edler Form, durchsichtig und anschaulich führt die Darstellung den Leser in die Sache ein, überall in die Tiefe gehend, analoge deutsche Rechtszustände zur Vergleichung heranziehend. Im Anschluß an dieses treffliche Werk, dessen Schluß aus dem Nachlaß des Verfassers nach seinem Tode vom Verein für siebenbürgische Landes-

kunde herausgegeben worden ist, schrieb Graf J. Kemeny, der mitarbeitende Kenner der Geschichte seines Vaterlandes und — der heutigen Generation seiner Stammgenossen fast unverständlich — eifriges Mitglied des (deutschen) Vereines für siebenbürgische Landeskunde, das ehrende Wort: „ich meinestheils getraue mich, es offen zu sagen, daß die spezielle Geschichte unserer Sachsen nicht nur in historischer sondern auch in moralischer und industrieller Hinsicht einen Glanzpunkt (ich möchte als Ungar vielleicht gern etwas Wenigeres sagen — doch die Wahrheitsliebe verbietet es —) unsrer siebenbürgischen Geschichte ausmache. Alles, was im Einzelnen sowohl als im Allgemeinen die spezielle Geschichte unsrer einstigen Leidensgefährten, der Sachsen, beleuchtet, muß daher jedem unbefangenen Geschichtsforscher von nicht geringem Werthe sein". Dieses Urtheil ist auf die historischen Arbeiten Schullers überhaupt passend anzuwenden. Was er in der erwähnten Vorrede als Mangel bezeichnet, das Fehlen erschöpfender Monographien und einer historischen Gesellschaft, dem suchte er nach allen Kräften abzuhelfen. Es ist eine lange Reihe vorzüglicher Arbeiten, die alle Siebenbürgens, speziell der Sachsen Vergangenheit zum Gegenstand aufhellender Untersuchungen haben. Mit Spannung erwarteten die Freunde des verehrten Mannes „Sylvestergabe", mit der er alljährlich dem Kreise der Treuen seines Volkes glorreiche Vergangenheit in Einzelbildern vor die Seele stellte. Im Jahre 1840 gab er ein „Archiv für die Kenntniß von Siebenbürgens Vorzeit und Gegenwart" heraus, der Vorläufer des „Archiv des Vereins für siebenbürgische Landeskunde" manche werthvolle Arbeiten Schullers selbst enthaltend. Als die 40ger Jahre mit dem erregten Wellenschlage des politischen Lebens heraufkamen, da war er es, der den „Verein für siebenbürgische Landeskunde" gründen half, dessen eifrigster Mitarbeiter er bis zu seinem Tode war. Es ist vor Allem sein Verdienst, daß die deutsche Wissenschaft zugleich anfing, auf die historische Thätigkeit in Siebenbürgen aufmerksam zu werden, daß insbesondere auch die k. Akademie der Wissenschaften in Wien begann, dem Verein ihre Unterstützung zu Theil werden zu lassen. So hatte Schuller der wissenschaftlichen Geschichte des sächsischen Volkes unvergänglichen Grund gelegt. G. D. Teutsch hat seiner fruchtbaren Förderung, die Schuller überhaupt gern den jüngern Genossen in freundlicher Weise zu Theil werden ließ, manches zu verdanken. Seinen Gedanken, die Geschichte des sächsischen Volkes zu schreiben, hat er aufgenommen und ausgeführt.

Auch Teutschs Arbeiten schließen sich innig an den Verein für siebenbürgische Landeskunde an. In Schäßburg 1817 geboren, an den Universitäten in Wien und Berlin gebildet, wo in letzterer vor allen Ritter,

Ranke, Bopp, Zumpt seine unvergeßlichen Lehrer waren, dann in Schäßburg als Lehrer und langjähriger Direktor des Gymnasiums thätig, steht er heute als Superintendent (Bischof wie ihn die alten Gesetze und das Volk nennen) an der Spitze der evang. Landeskirche in Siebenbürgen, durch seine wissenschaftliche Thätigkeit Mittelpunkt des historischen Lebens inmitten der Sachsen und des Vereins für siebenbürgische Landeskunde, den er seit 1869 als Vorstand leitet. Seit der Verein gegründet wurde einer der treuesten Mitarbeiter, ist kein Band, fast könnte man sagen kein Heft seines „Archivs", das nicht Beiträge von ihm gebracht. Was der „Verein" von Anfang an als leuchtendes Ziel vor Augen hatte, eine Geschichte der Siebenbürger Sachsen für das sächsische Volk, das nahm Teutsch mit Eifer auf; aus vielseitigen Studien, die auf die zeitgenössischen Berichterstatter, die Urkunden zurückgingen, wie es die einzelnen Abhandlungen im „Archiv" beweisen, entstand in den Jahren 1850—58 die „Geschichte der Siebenbürger Sachsen", eine vom Landeskundeverein gekrönte Preisschrift; sie ist in 2 Bänden umgearbeitet und verbessert 1874 in 2. Auflage in Leipzig bei S. Hirzel erschienen. So war denn, was den Besten des Volkes als Ziel vor der Seele schwebte, erreicht, man hatte eine Geschichte des Volkes, die ohne durch gelehrtes Beiwerk beschwert zu sein, doch auf wissenschaftlichem Grunde ruhte. Ein besondrer Vorzug besteht darin, daß auf jedem Blatte aus der gleichmäßigen Ruhe der historischen Darstellung ein hellerer Ton dem Leser entgegenklingt; und was unlängst ein deutscher Historiker von dem Erzähler der deutschen Geschichte verlangte, daß er „die Freude am Vaterlande" im Leser erwecke, das erfüllt diese Darstellung der Sachsengeschichte in edelster Weise.

Aber auch nach einer andern Seite kam Teutsch mit seinen Arbeiten einem langgefühlten Bedürfniß entgegen: er gab, vom Verein für siebenbürgische Landeskunde mit der Arbeit betraut, 1857 (mit Fr. Firnhaber) das „Urkundenbuch zur Geschichte Siebenbürgens" heraus, das die k. Akademie der Wissenschaften in Wien in die fontes rerum Austriacarum aufnahm. Bis dahin hatte man in den Urkunden nicht sosehr Quellen historischer Kenntniß, als vielmehr ein Hilfsmittel gegen Rechtsangriffe gesehen; nun wurden sie in ihrer ersteren Eigenschaft erst leichter zugänglich. Das Urkundenbuch umfaßt zunächst die Zeit bis 1300. An der Fortsetzung desselben bis 1516 wird gegenwärtig energisch gearbeitet. Ein ähnliches Werk von grundlegender Bedeutung ist das „Urkundenbuch der evangelischen Landeskirche A. B. in Siebenbürgen", I. Theil, 1862, von G. D. Teutsch. Mitten unter den großen Verlusten und schmerzlichen Erfahrungen, die die Zeit von 1850—61 dem sächsischen Volke brachte, war es ein großer Gewinn, daß grade in Folge derselben die allgemeine

Theilnahme und die Thätigkeit der Besten sich der Kirche mit Kraft und Liebe zuwandte, die, hier eine Stütze des deutschen Volksthums, eine neue Verfassung erhalten mußte. Mit im Hinblick auf diese Aufgabe entstand das „Urkundenbuch", das so deutlich wieder einmal zeigte, wie innig Wissenschaft und Leben mit einander verbunden sind; die neue Verfassung der Kirche steht zum guten Theil auf erprobten Einrichtungen der Vergangenheit. Schon 1858 hatte Teutsch eine andere rechtsgeschichtliche Arbeit veröffentlicht: „Das Zehntrecht der evangelischen Landeskirche A. B. in Siebenbürgen", worin, abermals auf das urkundliche Material gestützt, eine Frage beleuchtet wurde, auf deren gerechte Lösung damals und für die Zukunft so viel ankam. Es stand eben wieder einmal die historische Wissenschaft bereit, für die Entscheidung einer Rechtsfrage ihre schwerwiegende Stimme abzugeben. Neben monographischen Arbeiten, wie: Beiträge zur Geschichte Siebenbürgens unter Ludwig dem Großen (1851), Die Reformation in Sachsenland (1852 V. Aufl. 1876) u. s. w. erschien 1865 in zweiter Auflage — die erste 1844 — der „Abriß der Geschichte Siebenbürgens" (bis 1526), — die Fortsetzung ist in nicht ferner Aussicht —, welche gleichsam die quellenmäßige Ergänzung und theilweise Erweiterung der Sachsengeschichte ist; sein Vorzug besteht neben der Anführung und Verarbeitung der gesammten, theilweise schwer zugänglichen Literatur, in einer pragmatischen Darstellung der äußern und innern Entwicklung Siebenbürgens. Diese und andre Arbeiten dienen dazu, den Zusammenhang der einheimischen Wissenschaft mit der großen deutschen zu beweisen. Daß diese selber des Zusammenhangs sich klar war, sprach sie unter Anderm aus, als die Universität Jena 1858 Teutsch zum Ehrendoctor ernannte, das germanische Museum in Nürnberg ihn in den Gelehrtenausschuß wählte, die k. Akademie der Wissenschaften in München ihn zum ordentlichen Mitglied der historischen Klasse berief (1874).

Die „Sachsengeschichte" reicht noch nur bis zum Jahre 1699. An sie schließt sich an die monographisch bedeutendste Arbeit der letzten Jahre: Sachs von Harteneck und die Parteikämpfe seiner Zeit 1691—1703 von F. v. Zieglauer (Hermannstadt, 1869), eine Arbeit, die auf bisher unbenutzten Quellen beruhend, nicht nur die Darstellung eines reichen tragischen Menschenlebens giebt, sondern zugleich die Anfänge Siebenbürgens nach seiner Befreiung vom Türkenjoch schildert und dabei jene feindlichen Gegensätze und Strebungen gegen die Versuche einer europäischen Rechtsgestaltung klar legt, die für die Entwicklung des Landes entscheidend gewesen sind. Daran schließen sich desselben Verfassers „Drei Jahre aus der Geschichte der Rakoczischen Revolution" (1703—5, Ver.-Arch. VIII. 2). Das 18. Jahrhundert ist noch am wenigsten bearbeitet. Einzelne Jahre

und Partien behandelten in der letzten Zeit¹ ein jüngerer Historiker: J. Höchsmann (Ver.-Arch. XI, 2), dann Zieglauer (Freimaurerorden in Siebenbürgen, Ver.-Arch. XII, 3), von dem eben ein bedeutendes Werk: „Die politische Reformbewegung zur Zeit Josef II. und Leopold II. in Siebenbürgen" sich unter der Presse befindet. An Harteneck reiht sich eine andere Biographie: „Josef Bedeus v. Scharberg, Beiträge zur Zeitgeschichte Siebenbürgens im 19. Jahrhundert" von E. v. Friedenfels (Wien, 2 Bände, 1876), welche ebenfalls, um den trefflichen Mann gruppirt, eine Zeitgeschichte von 1783—1858 giebt, viel ungekanntes Material enthält und durch einzelne im Anhang mitgetheilte Excurse das Verständniß der Zeit wesentlich fördert. Wer Siebenbürgens Danaidenloos im 18. Jahrhundert und sein tragisches, immer mehr „asiatischen Zuständen" zueilendes Verderben in der Gegenwart verstehen will, kann das nicht ohne Zieglauers und Friedenfels bedeutende Werke.

Noch dreier Arbeiten muß gedacht werden, der Herausgabe der Chroniken, des Schriftstellerlexikons, der siebenbürgischen Rechtsgeschichte. Graf J Kemény, begann in seinen „Deutschen Fundgruben der Geschichte Siebenbürgens" Chroniken und Zeitbücher zu veröffentlichen (1840), eine Publication, die E. v. Trauschenfels 1860 weiter führte. Die Fundgruben haben Vieles vom sicheren Untergang gerettet und zeitgenössisches Material erhalten, wenn auch die Herstellung des Textes nicht immer an dem Maßstab der heutigen kritischen Forschung gemessen werden kann. Die bedeutendste Publikation nach dieser Seite ist „Die Chronik des Schäßburger Stadtschreibers G. Kraus" 1608—1665 durch den Verein für siebenbürgische Landeskunde, von der k. Akademie der Wissenschaft in den österreichischen Geschichtsquellen veröffentlicht, mit einer werthvollen Einleitung „Ueber die Schäßburger Chronisten des 17. Jahrhunderts", die K. Fabritius vorausschickte.

Auch das „Chronicon Fuchsio-Lupinum-Oltardinum", herausgegeben vom Verein für siebenbürgische Landeskunde, bearbeitet von J. Trausch gehört hierher. Derselbe unternahm es auch die „Siebenbürgische Gelehrten von J. Seivert 1793" einer neuen Bearbeitung und Fortführung bis zur Gegenwart zu unterziehen; die Arbeit ist unter dem Titel „Schriftstellerlexikon oder biographisch-literarische Denkblätter der Siebenbürger Deutschen" Kronstadt, 3 Bände 1868 f. erschienen. Die „Siebenbürgische Rechtsgeschichte von Fr. Schuler v. Libloy" erschien in 2. Aufl. 1867—78 in 3 Bänden, ebenfalls ein Werk, welches — es ist die erste gedruckte zusammenfassende Arbeit auf diesem Gebiet gewesen — trotz einzelner Mängel für die Rechtsgeschichte und ihre Studien einen nennenswerthen Fortschritt bedeutet.

Hand in Hand mit diesen großen wissenschaftlichen Arbeiten gingen

die anderen, man könnte sie historisch-politische nennen, die mit den Waffen der Geschichte hier alte Rechte vertheidigten, dort gegen schnöden Angriff sich zur Wehre setzten. Denn seit 1780 ist die sächsische Entwicklung ein ununterbrochener schwerer Kampf um das Dasein gewesen. An die Angriffe der theresianischen Zeit auf das Zehntrecht der Geistlichkeit, auf die Rechtsstellung der Nation schloß sich die josefinische Aufhebung der Verfassung und im 19. Jahrhundert kam, seit den zwanziger und dreißiger Jahren immer gewaltsamer, das Streben der Magyaren, die Sachsen aus ihrer den andern „Nationen" (Magyaren und Sekler) politisch gleichberechtigten Rechtsstellung zu verdrängen und sie zu magyarisiren. Im Jahr 1848 erreichte die Sturmfluth einen Höhepunkt und als die sächsische Nation pflichtgemäß auf kaiserlicher Seite stehend mitgeholfen hatte, die Dynastie und den Staat zu retten, trat wieder die Zeit des, in alle Rechte verletzend eingreifenden Absolutismus ein. Als dessen Macht gebrochen war, kam die letzte, erschütternde Zeit, die verwüstende Rassenherrschaft eines gewaltthätigen Volkes; die Magyarisirungsversuche traten unter dem Schild parlamentarischer Allgewalt auf und wurden gewaltsam ins Werk gesetzt, die staatsrechtliche, durch Jahrhunderte anerkannte politische Stellung der Sachsen als der „deutschen Nation" des Landes widerrechtlich aufgehoben, unberechtigte Angriffe auf das, deutschen Culturzwecken gewidmete Vermögen der Nation von der Regierung unterstützt — kurzum, es galt immer wieder alte Rechte zu beweisen, immer wieder mußte die Vergangenheit das Recht der Gegenwart vertheidigen. Was da von der Nationsuniversität, von den Vertretungen einzelner Städte, von Privatpersonen zu diesem Zweck geschrieben worden, ist auch historisch von erheblichem Werth.

Neben den historischen sind auch die germanistischen Studien in den letzten Jahren bedeutsam gepflegt worden. Die ursprüngliche Anregung geht auch hier von J. K. Schuller aus, heute werden sie vor allem durch Fr. W. Schuster, Josef Haltrich, Joh. Wolff und Dr. J. Roth vertreten. Der erstere hat in seinen „Siebenbürgisch-sächsischen Volksdichtungen" (Hermannstadt 1865) eine Sammlung von sächsischen Volksliedern, Sprichwörtern, Räthseln, Zauberformeln und Kinderdichtungen gegeben, dazu Abhandlungen, die in ihren Resultaten auch für die historische Forschung, besonders die Frage nach der Einwanderung der Sachsen, bedeutsam sind. In den „Deutschen Mythen" (Ver.-Arch. IX, X), hat Schuster alles zusammengefaßt, was an altgermanischem Mythus in Märchen, Sage, Aberglauben u. s. w. des sächsischen Volkes zu finden ist. J. Haltrich hat „Die deutschen Volksmärchen aus dem Sachsenland in Siebenbürgen" (Berlin 1856, in II. Aufl. 1877, Wien), Müller: die „Siebenbürgischen Sagen"

(Kronstadt 1857) veröffentlicht. Beide haben auch auf dem nahverwandten Gebiet der Culturgeschichte mannigfaltig gearbeitet.

Im Augenblicke sind neben dem fortgehenden Vereins-Archiv die wichtigsten Arbeiten des Landeskundevereins: die Herausgabe der kirchlichen Kunstdenkmäler, an welchen sich der auch als Statistiker und Archäologe verdienstvolle L. Reissenberger (Ver.-Arch. I. V. VII. X.) eifrig betheiligt, ferner eine kritische Veröffentlichung der alten Rechnungen des sächsischen Nationalarchivs, das mit dem Hermannstädter Archiv vereinigt ist — dann die Herausgabe eines monatlich erscheinenden Korrespondenz blattes.

Siebenbürgen ist reich an kirchlichen Kunstdenkmälern, denen besonders die jüngste Gegenwart ihre Aufmerksamkeit zuwendet. Alte Kelche, Kreuze, Grabsteine, Bilder, geistliche Gewänder sind zahlreich vorhanden; die Goldschmiedearbeiten gehen theilweise in's 14. Jahrhundert zurück. Diese hat der Verein, unterstützt vom Cultusminister Aug. Trefort, herauszugeben begonnen; bis jetzt sind 2 Hefte mit je 8 Lichtdruckbildern erschienen. Die Publikation ist bedeutsam um deutsche und sächsische Kunstfertigkeit zu vergleichen und festzustellen, in wie weit letztere der erstern gefolgt ist oder andre (orientalische) Einflüsse sich geltend gemacht haben. Insbesondere ist die Hermannstädter Kirche reich an schönen Denkmälern der Vergangenheit. Darunter ein metallnes Taufbecken aus dem 15. Jahrhundert, eine schöne Kreuzigung aus dem Jahr 1445, im Chor der Kirche, Grabsteine sächsischen Nationsgrafen und Bürgermeistern zum Andenken errichtet, die vereinigt in einem Theil der Kirche ein nationales Mausoleum edler Art bilden. Die „Kirchlichen Kunstdenkmäler" theilen mehreres grade aus der Hermannstädter Kirche mit.

Die andere Publication erstreckt sich auf die Rechnungen des Hermannstädter und sächsischen Nationalarchivs, sie gehn zum Theil in's 14. Jahrhundert zurück, umfassen Stadt-, Stuhls- und Universitätsrechnungen und führen in's einzelste und kleinste Leben des sächsischen Volks, der Stadt Hermannstadt, des einzelnen Hauses ein, enthalten zugleich die werthvollsten Mittheilungen, die sich auf Krieg und Frieden der Zeit, auf das gesammte Reich und die Nachbarländer beziehen. Die Publication, die in Kurzem ausgegeben wird, die Rechnungen bis 1516 enthaltend, ist die bedeutendste Quellenpublication seit dem Urkundenbuch.

Das „Korrespondenzblatt des Vereins für siebenbürgische Landeskunde", das jetzt im dritten Jahr besteht, will den Arbeitern auf dem Gebiet der Landeskunde Gelegenheit zu leichter Verständigung und Sammlung der zerstreuten Kräfte geben, es hat unter der Redaktion Franz Zimmermanns, jetzt J. Wolffs sich rasch eine angesehene Stellung erworben, es arbeitet besonders auf historischem und germanistischem Gebiet.

Diese ganze wissenschaftliche Arbeit aber ist durchweg deutsch, nicht nur der Sprache und dem Geist nach, sondern auch nach der Methode und ihrem ganzen innern Wesen. Wie sie von Deutschland immer neue Anregung empfängt, so wird sie auch von dort aus als ein Theil der deutschen Wissenschaft angesehn. Darum hat die „Allgemeine deutsche Biografie", die in München herausgegeben wird, Mitarbeiter auch im Sachsenlande, die das Leben deutscher Männer aus Siebenbürgen für sie bearbeiten, darum zieht die archivalische Zeitschrift in München auch die archivalischen Zustände des Sachsenlandes in den Kreis ihrer Betrachtung, darum bringt das „Archiv für Geschichte des deutschen Buchhandels" auch Mittheilungen über denselben aus Siebenbürgen und verfolgen die Fachzeitschriften (Sybels, Zarnckes, Jahresber. für germanische Philologie) gern den Fortschritt der Arbeiten auf jener fernen Stätte deutschen Lebens.

Wie schwer dieses aber in Ungarn und in Siebenbürgen gegenwärtig wieder bedroht wird, ist eine bekannte Thatsache. Die neue Doctrin, daß der Staat alle seine Bewohner zu einer sprachlichen Einheit zwingen müsse, zwingen müsse selbst auf Kosten der Cultur, ist in den Ländern der Stephanskrone alles Unheils Ausgang und schädigt kein Volk so schwer als das deutsche.

Welch eine seltsame Entwicklung! In einer Zeit, wo Deutschland die langersehnte nationale Einheit gefunden, wo aus Schlachten und Siegen das neue Reich mächtig emporgestiegen, wo Oesterreich-Ungarn im innigsten Bundesverhältniß zu ihm, versuchen die Tschechen in Böhmen und Mähren, die Magyaren in Ungarn und Siebenbürgen, die Polen in Galizien, den besten Theil des dortigen deutschen Lebens in Trümmer zu schlagen.

Um so mehr ist es die Aufgabe der deutschen Wissenschaft, die sich doch für die Bulgaren im Balkan erwärmt und für die Slaven in Bosnien ein warmes Herz hat, ihren Blick auch diesem Leidensfelde zuzuwenden. Ohne ihre wohlwollende Theilnahme fehlt der verwandten Arbeit hier ein Theil der nährenden Wurzeln. Und diese wissenschaftliche Arbeit in Siebenbürgen, der nie eines Mediceers Gunst gelächelt hat, bewahrt die idealen Güter des Volkslebens, sie schützt es vor Entnationalisirung, sie wird auch in Zukunft der Born sein, aus dem Alles was deutsch ist in diesen Landen, neue Nahrung schöpft.

Fünfzig Jahre französischer Herrschaft in Algerien.

Am 14. Juni d. J. vollendet sich ein halbes Jahrhundert seit die Franzosen an der Halbinsel Sidi-Ferruch zwei Meilen westlich von Algier landeten und damit die Eroberung und Colonisirung eines Frankreich selbst an Größe übertreffenden Landes begannen. Es dürfte daher der Zeitpunkt nicht ungeeignet erscheinen gerade jetzt an der Hand ziemlich zahlreicher officieller Documente, wie sie namentlich in den letzten Jahren veröffentlicht worden sind, sowie andrer Quellen einen Blick zurückzuwerfen auf die Entwickelung dieses Landes, speciell in der letzten Zeit, das die Franzosen mit Vorliebe als Frankreich in Afrika, als eine Fortsetzung ihrer Mittelmeerlandschaften bezeichnen und von dem nicht wenige von ihnen eine mächtige Verstärkung ihrer Volkskraft erhoffen. Und in der That erweisen sich solche Hoffnungen durchaus nicht als unbegründet, so langsam sie sich auch ohne Zweifel erfüllen werden, weniger der Ungunst äußerer Verhältnisse wegen als in Folge einer Charaktereigenthümlichkeit der großen Masse der Franzosen, welche, sich überdies außerordentlich langsam vermehrend, wie Reisen in's Ausland überhaupt, so in noch höherem Maße dauernder Niederlassung in fremdem Lande widerstrebt. Das Auswanderer-Contingent, das Frankreich zur Bevölkerung fremder Erdtheile gestellt hat, ist zu jeder Zeit verschwindend gering gewesen und wenn wir auch einzelnen Franzosen, Kaufleuten, Handwerkern und dergleichen überall, auch in den entferntesten Erdgegenden, begegnen, so läßt sich thatsächlich doch nur ein Beispiel, Canada, anführen, wo dieselben in etwas größerem Maßstabe als Colonisten aufgetreten sind. Unter dieser Abneigung vor dem Auswandern, welche die Franzosen in besonders scharfem Gegensatz zu den germanischen Völkern charakterisirt, ihnen aber auch unter den romanischen allein eigen ist, deren gute Seiten ich aber zu verkennen weit entfernt bin, hat nun im Wesentlichen auch die Entwickelung Algeriens zu leiden gehabt, obwohl dasselbe der Südküste Frankreichs gegenüber und so nahe liegt, daß man jetzt Algier von Marseille in fast täglich abgehenden Dampfern in 36 Stunden erreichen kann. Die Geschichte der

Colonisation und der Entwickelung Algeriens bietet in Folge dessen das merkwürdige Schauspiel, daß die Herren des Landes gegenüber Fremden, besonders Spaniern und Italienern, eine verhältnißmäßig untergeordnete Rolle spielen, daß einzelne Zweige materieller Cultur sich geradezu mit Ausschluß der Franzosen entwickeln, daß überhaupt das Interesse, welches die große Menge der Franzosen an Algerien nahm, ein so geringes war, daß noch 1878 ein in Algerien lebender französischer Geograph mit Recht behaupten konnte, dasselbe sei jenen noch heute so unbekannt wie Grönland, Araukanien oder das Land der Hottentotten! Man kann in der That sagen, daß Algerien in Deutschland bisher in weiteren Kreisen bekannt war als in Frankreich und daß es von Deutschen und Engländern mehr bereist wurde als von Franzosen. Nach der Zählung von 1876 umfaßte die europäische Bevölkerung 311,462 Individuen (die flottirende, die naturalisirten Israeliten und die 51,051 Mann Truppen einbegriffen 404,690), von diesen waren aber genau die Hälfte 155,537 keine Franzosen. In der Provinz Oran ist sogar die nicht-französische Bevölkerung um 18,000 zahlreicher als die französische und besteht fast ungemischt aus Spaniern, während andrerseits in der Provinz Constantine Italiener und Malteser besonders zahlreich sind. Vergegenwärtigen wir uns nun welch große Zahl von gebornen Franzosen als Beamte jeder Art, im Gefolge der Armee und dergleichen nach Algerien gekommen ist, so tritt uns recht klar entgegen wie verschwindend gering die Zahl der wirklich freiwillig übergesiedelten Franzosen ist.

Es vereinigten sich mehrere Umstände, welche so lange Zeit die Entwickelung Algeriens gehindert und in weiten Kreisen die Anschauung verbreitet haben, es sei gar keiner irgendwie der Rede werthen Entwickelung fähig. Vor allen Dingen waren es die Jahrzehnte langer Kämpfe, die immer und immer wieder ausbrechenden Aufstände, das langsame Vorrücken der Eroberung und der Befestigung der französischen Herrschaft. Lange Zeit beschränkte sich dieselbe zuerst auf einzelne Küstenpunkte und deren Umgebung, die sogar nur zu Wasser mit einander verkehren konnten, lange Zeit war dann die Atlaskette und die Linie der französischen Vorposten und Blockhäuser auch die Grenze des französischen Machtbereichs. Noch 1871 wurde der letzte große Aufstand vielen Colonisten verhängnißvoll, erst seitdem scheint die Unterwerfung eine definitive zu sein, scheint die Durchdringung des ganzen Landes mit europäischer Cultur begonnen zu haben und ein stetiger, wohl nicht mehr aufzuhaltender Proceß geworden zu sein. Die französische Verwaltung, namentlich die militärische, war allerdings durchaus nicht frei von Mißgriffen jeder Art, von Beschränkungen, Willküracten und Bedrückungen, die

einerseits einer europäischen Civilbevölkerung den Aufenthalt und die Niederlassung verleideten, andrerseits die Eingeborenen immer und immer wieder zu Aufständen reizten. Ueberdies hatte man es mit einer tapferen, ausdauernden, zum Theil niemals soweit die Geschichte reicht einem fremden Eroberer unterworfen gewesenen Bevölkerung zu thun, welche genügsam und nüchtern, zahlreich und kriegerisch, in ihren schwer zugänglichen Bergen eine natürliche Festung, im religiösen Fanatismus eine ihre Wirkung fast nie versagende Triebfeder, in dem ungewohnten, zum Theil ungesunden Klima einen furchtbaren Bundesgenossen im Kampfe hatte. Die Stellung und Thätigkeit der Beamten und Soldaten war daher zum großen Theil eine so gefahren- und entbehrungsreiche, daß man lange Zeit die Versetzung nach Algerien als eine Art Verbannung ansah und die Zurückkehrenden die in Frankreich früh eingewurzelten Vorurtheile in Bezug auf Algerien eher nährten als zerstreuten. Mindestens als Indifferenz waren die Gefühle der Franzosen Algerien gegenüber lange Zeit zu bezeichnen. Kaum daß hie und da die Berichte kriegerischer Thaten und Erfolge momentan berauschten, ohne aber nachhaltig zu erwärmen. Die Gefahren für die Colonisten waren lange Zeit groß, wiederholt wurden die Franzosen zurückgedrängt bis unter die Wälle von Algier und die europäischen Ansiedelungen zerstört; das ungünstige Klima, der geringe Gewinn, den Handel wie Ackerbau abwarfen, konnte auch weniger Franzosen, als genügsamere Spanier und Italiener locken, trotz aller Vergünstigungen, welche von Seiten der Regierung gewährt wurden.

Diesen Schwierigkeiten gegenüber muß der Zeitraum von kaum einem halben Jahrhundert sogar als ein kurzer erscheinen, namentlich wenn wir uns vergegenwärtigen wie viel längere Zeit die Römer, diese Meister in der Kunst der Eroberung und der Assimilirung noch so verschieden gearteten Volksthums gebraucht haben, um das Atlasgebiet zu unterwerfen und zu romanisiren. Nach der Zerstörung von Carthago Herren des heutigen Tunisien und eines Theils der jetzigen Provinz Constantine geworden setzte sich dort bald römische Cultur fest und blühten tief im Innern Städte wie Lambesa empor, das drei Jahrhunderte hindurch Standort der 3. Legion war und dessen großartige, prachtvolle Ruinen in der Nähe des heutigen Batna noch heute unsere Bewunderung erregen. Aber unmittelbar an diesen dicht von hochcivilisirter römischer Bevölkerung bewohnten Theil des Hochlands grenzte das Gebiet der barbarischen Gätuler, noch unter Kaiser Caracalla wurde jener vorgeschobene Wachtposten erneuert, dessen Ruinen noch heute auf steilem Felsen über der Schlucht von El Kantara, dem Thor der Sahara, liegen, ein wahres Burgum Speculatorum, wie es die Inschrift be-

zeichnet, bestimmt das Herannahen das Culturland mit einem Einfalle bedrohender Wüstensöhne zu überwachen, wie ja auch von den Franzosen Batna zur Sperrung dieses Thores besetzt wurde. Später erst drangen die Römer bis Biskra vor und besetzten es, noch später machten sie sich zu Herren des westlichen Hochlandes, zwei Jahrhunderte brauchten sie zur Unterwerfung des ganzen Atlasgebiets und die des Dschebel Dschurdschura gelang ihnen nie; dort haben sich auch die Berbern am reinsten erhalten.

Um zu verstehen in wie weit die natürlichen Bedingungen zu einer größeren Verdichtung der Bevölkerung und einer bedeutenderen wirthschaftlichen Entwickelung in Algerien gegeben sind, ist es gut sich erst flüchtig skizzirend ein Bild von der Landesnatur wenigstens in ihren großen Zügen zu entwerfen. Der senkrechte Bau Algeriens ist ein sehr einfacher. Die Masse des Landes ist gebildet aus einem sich von SW nach NO erstreckenden Hochlande, einer nach der Mitte sich senkenden Längsmulde, welche in mehrere kleine abflußlose Becken zerfällt, ihre größte Höhe am Atlas auf maroccanischem Gebiet hat, sich von da nach der Mitte senkt, nach Osten hin aber an der tunesischen Grenze wieder hebt. Die Höhe dieses echt afrikanischen Hochlandes schwankt zwischen 800 und 1000 Meter und scheint sich nur in der Mitte bis auf 600 und noch weniger zu vermindern. Die zahlreichen flachen Einsenkungen sind von einer Reihe ebenfalls von SW nach NO angeordneter Salzseen bedeckt, die im Sommer fast ganz vertrocknen und dann eine weiße von fern frisch gefallenem Schnee ähnliche Salzfläche bilden. Nach ihnen, den sogenannten Schotts benennen wir das ganze im Mittel etwa 15 Meilen breite Tafelland. Die Ränder desselben sind sowohl nach dem Mittelmeere, wie nach der Sahara hin derartig gehoben, daß sie wirkliche Gebirgsketten bilden und nicht nur von der Meeresküste und der Wüste, sondern auch vom Hochlande aus meist als solche erscheinen; nur an wenigen Punkten sind sie lediglich Abstürze des letzteren. Diese beiden Gebirgsketten, von denen jede eine mediterrane und eine Wüsten-Abdachung hat, bezeichnen wir am besten als die Sahara- und die Tellkette, mit dem Vorbehalte jedoch, daß zwar beide die Hauptrichtung SW—NO einhalten, aber aus zahlreichen durch tiefe Einsattelungen getrennten Unterabtheilungen bestehen, welche letztere in der Saharakette sogar meist zur SSW—NNO Richtung neigen. Die Tellkette schließlich ist an vielen Punkten mit einer noch weniger einheitlichen, nach ihrer der Küste nahen Lage und parallelen Richtung am besten als Küstenkette zu bezeichnenden Kette verwachsen, die meist steil, nur an wenigen Punkten Diluvial- und Alluvial-Ebenen Raum lassend, in zahlreichen malerischen Vorgebirgen, mannigfach ausgebuchtet zum Meere abstürzt. Diese beiden letzteren Ketten

bedingen den eigenthümlichen Lauf der meisten algerischen Flüsse, der fast immer aus zwei Schenkeln besteht, einem der Küste parallelen Längsthale und einem zu derselben senkrechten Querthale, in welchem der Fluß die Küstenkette durchbricht. Einzelne entstehen auch aus zwei in demselben Längsthale einander entgegen fließenden Flüssen, die dann vereint zum Meere durchbrechen. Nur einer, der größte Fluß Algeriens der Schelif, hat seine Quellen am Dschebel Amur der Saharakette, durchströmt das ganze Hochland, durchbricht die Tellkette in der Felsenenge von Boghar, einen der wichtigsten Pässe zwischen dem Tell und dem Hochlande, deshalb von Abd-el-Kader stark befestigt, und strömt dann in einem ausgedehnten breiten Längsthale zwischen Tell- und Küstenkette zum Meere. Einen klaren, wenn auch stark reducirten Ueberblick über die Bodenplastik Algeriens gewährt das neue Nordwestafrika darstellende von Hanemann und Habenicht bearbeitete Blatt der Petermann'schen Karte von Afrika in der eben erscheinenden Ausgabe des Stielerschen Handatlas, das im algerischen Atlasgebiet als ein wahres Muster der Verallgemeinerung, überall aber als ein Produkt umfassender Geistes-Arbeit bezeichnet werden muß.

Dieses einfache Relief des Landes läßt dasselbe ebenso einfach und klar in drei parallele, in ihren gesammten geographischen Verhältnissen sich scharf von einander scheidende Zonen theilen. Der gesammte nördliche, meist aus einem vielgestaltigen Gebirgslande bestehende Abfall zum Mittelmeere wird am besten zusammengefaßt unter dem arabischen Namen Tell, ein Ausdruck, der wohl auf das Lateinische Tellus, die fruchtbare, nährende Erde, zurückzuführen, aber auch mit dem arabischen Tell, Höhe, Hügel, in Beziehung zu bringen ist. Das algerische Tell hat im Westen meist eine Breite von 15, in der Mitte von 10, im Osten von nahezu 20 Meilen; es ist das am besten mit Wasser und fruchtbarem Boden versehene eigentliche algerische Culturland, das durch zahlreiche meist von engen Schluchten gebildete Pässe mit dem Hochlande in Verbindung steht. Tertiäre und secundäre, vorzugsweise der Kreideformation angehörige Sand- und Kalksteine überwiegen in der Landbildung, daneben finden sich mehr nach Osten hin auch Gneiß und Granit. Die aus diluvialen und alluvialen namentlich thonig-kalkigen Schichten bestehenden Küstenebenen, unter denen die berühmte Metidja von Algier die größte ist, übertreffen die Gebirgshänge und das Hügelland noch an Fruchtbarkeit. Das Hochland der Schotts ist Steppenland, Baumwuchs fehlt auf weite Strecken ganz. Fließende Wasser giebt es hier nur in wenigen Wintermonaten, Anbau ist nur in den Thälern der Randgebirge mit Hilfe der von ihnen herabströmenden Gewässer möglich, wie auf dem östlichen Theile

des Hochlandes, das günstigeren Boden hat, und wo sich jetzt Cerealiencultur auszudehnen beginnt, ganz wie einst in römischer Zeit. Die nördliche Abdachung der Saharakette empfängt noch vom Mittelmeere her häufiger Niederschläge, ist in Folge dessen reicher an Baumwuchs und anbaufähiger, so daß man sie häufig als saharisches Tell bezeichnet. Hat man sie überschritten, so beginnt die dritte Zone, die Sahara, wo sich intensivere Bodencultur einzig an die künstliche Bewässerung der Oasen knüpft, außerhalb derselben sich nur dürftiges Weideland oder völlige Wüste findet. Das Relief des Landes, die Streichungsrichtung der Gebirge führt nun hier bedeutende klimatische Unterschiede, namentlich eine Modification der Niederschlagsverhältnisse herbei, welche am meisten den Charakter der drei parallelen Zonen, ihren Werth für den Menschen, ihre Bedeutung für die Zukunft bestimmt.

Das Tell allein ist in Bezug auf Klima und Vegetation durchaus mediterran, etwa Sicilien oder Andalusien vergleichbar, nur im Tell kann europäische Ansiedelung, europäische Bodencultur und Pflege südeuropäischer Gewächse Erfolg haben; auf dem Hochland ist dies nur in geringer Ausdehnung möglich und das Saharagebiet wird immer den Eingeborenen überlassen bleiben müssen. Im unteren Küstengebiet hat das Jahr eine Mitteltemperatur von 20° C., der Winter 13—15 der Sommer 26—27° C. Der Gang der Temperatur ist ein maritim gleichmäßiger, der Winter ist sehr mild, während im Sommer die Hitze unter dem Einflusse der beständigen Seewinde keinen hohen Grad erreicht. Der Unterschied der extremen Monate (Februar und August) beträgt in Algier nur 12,8° C., ist also geringer als irgendwo im Mittelmeergebiet außer Alexandria. Einem in Algier beobachteten absoluten Minimum von 0,4° C. steht ein absolutes Maximum von 40,0° C. gegenüber, und auch solche Wärme tritt nur ein, wenn ein Sciroccosturm aus der Sahara über die Atlasketten in das Tell herüber braust. Die Küstenlandschaft von Oran hat etwas geringere Wärme, möglicher Weise unter dem Einflusse einer kühlen durch die Meerenge von Gibraltar hereinkommenden Strömung. Schneefälle sind sehr selten, in Oran kommt etwa einer im Jahre vor; natürlich bleibt der Schnee nicht liegen. Die Heiterkeit des Himmels ist sehr groß, die Hälfte der Tage des Jahres ist als heiter zu bezeichnen, die fast das ganze Jahr herrschenden Nord- und Nordwestwinde führen beständig Feuchtigkeit vom Meere herbei. Die höheren Gegenden des Tell zwischen 500 und 1000 Meter Meereshöhe haben schon eine geringere Jahreswärme von 17—15° C., es kommen in Tlemcen 5—6° C. unter Null nicht selten vor, und namentlich sind Schneefälle häufiger. Die erste Expedition der Franzosen nach Constantine verunglückte im

Schnee; dort ist sogar vorgekommen, daß (bei einer Meereshöhe von doch nur 640 Meter) noch gegen Ende März mehr als fußhoher Schnee gelegen hat und im Dschurdschura rechnet man noch ehe 1000 Meter Seehöhe erreicht sind, 17 Tage mit Schnee, die höchste Region dieses Gebirges, wie des höchsten der Saharakette, des Dschebel Aures, — in jenem erreicht der Lella Kedidscha 2308 m., in diesem der Schelíha 2320 m. — sind gewöhnlich von November bis April und Mai mit Schnee bedeckt. Niederschläge erfolgen fast nur mit Nord- und Nordwest-, selten West-Wind, die also offenbar vom Mittelmeere her dampfbeladen ankommen und an den Berghöhen emporsteigend und rasch abgekühlt sich ihrer Feuchtigkeit entledigen. Daher kommt es auch, daß die Regenmenge und Regenwahrscheinlichkeit mit der Entfernung von der Küste rasch abnimmt, das Hochland sehr viel weniger Regen hat als das Tell, dann an der mediterranen Abdachung der Saharakette noch einmal eine Zunahme eintritt, der Mittelmeerwind dann aber jenseit um so dampfärmer ankommt. Dies erklärt auch, daß die Vegetation an der Nordseite der Gebirge eine reichere ist als an der Südseite und daß da, wo die Gebirge sich am steilsten erheben der Regen am häufigsten und ausgiebigsten eintritt, demnach das Tell der Provinz Constantine, das zugleich der breitesten Mittelmeerfläche gegenüber liegt, wie zum Theil das von Algier ziemlich regenreich ist, nach Westen hin aber, wo die Berge weniger hoch, das Mittelmeer schmaler wird, auch die Regenmenge beträchtlich abnimmt. Ebenso hat auch das östliche Hochland, die Gegend an der tunisischen Grenze mehr Regen als das westliche. Am Hange des Dschebel Dschurdschura beträgt die jährliche Regenhöhe 1$^1/_3$ m., nach Osten wie nach Westen nimmt sie aber ab, in Algier erreicht sie nur noch $^3/_4$ m. und in Oran nicht mehr $^1/_2$ m. Man kann dem Tell im Mittel eine Regenmenge von 88 ctm., dem Hochlande der Schotts von 40 ctm. und dem Saharagebiet etwa 20 ctm. zuschreiben. Diese Regenmenge wird aber sehr ungleich auf die Jahreszeiten vertheilt, von Mai bis September regnet es im Tell gar nicht, fast aller Regen fällt von November bis März, auf dem Hochlande jedoch fallen die Regen vorzugsweise im Frühling, theilweise auch im Herbst, und im Sommer kommen einige Gewitterschauer vor. Die Regenmengen, welche im Tell fallen, sind meist reichlicher als in vielen Gegenden Mitteleuropas, es handelt sich nur darum sie in der Regenzeit aufzuspeichern, um sie in der trocknen zu verwenden. So ist das Tell nicht nur fähig alle Gewächse des südlichen Mittelmeergebietes, sondern auch einige tropische vermöge seiner hohen Wintertemperatur hervorzubringen, es ist das Gebiet, wo die Cultur südlicher Fruchtbäume, aber auch der Cerealienbau hohen Ertrag liefert. Das Hochland dagegen

ist auch vom Klima vorzugsweise zum Weideland bestimmt, es grünt im Frühling und ist dann von den Heerden der Nomaden, welche im Winter in den Steppen südlich der Saharakette oder auch an der Meeresküste zubringen, bedeckt. Weite Strecken des Hochlandes, auf dem es durchaus nicht an untergeordneten Höhenzügen fehlt und das nur in einigen Gegenden den Eindruck der Ebene hervorruft, selbst die Hänge der Gebirge sind mit Alfagras (Stipa tenacissima) bedeckt, das den Heerdenthieren mäßige Nahrung und dem Lande zuweilen den Anblick einer wogenden grünen Prärie verleiht, die wirkliche Trockenheit des Bodens verbergend; selbst im Sommer läßt es das Grün nicht völlig verschwinden. Auch Doldengewächse (Ferula, Thapsia) Getaf (Atriplex Halimus), Thymus vulgaris, in den ungünstigsten Strichen Schih (Artemisia herba alba) oder Sengha (Lygeum spartum) kommen in Menge vor. Baumwuchs, vorzugsweise niedrige Tamarisken und Terebinthen, wohl auch Oleander und Rosmarin ist an die Wasserbecken gebunden, in deren Nähe sich auch kleine Wälder der dem Atlas eigenthümlichen Pistazie und von Callitris quadrivalvis finden. Im Uebrigen ist das Klima des Hochlandes ein excessiv continentales, kalte Winter wechseln mit heißen Sommern, rasche Temperaturwechsel sind häufig. Noch mehr wie im Tell kann man hier, wie die Eingeborenen es auch thun, von zwei Jahreszeiten sprechen, in wenigen Wochen vollzieht sich unter heftigen Stürmen und Gewittern der Uebergang vom Winter zum Sommer und umgekehrt. Im Sommer steigt die Hitze zu Wärmegraden, wie sie auch in Aegypten nicht beobachtet worden sind und an einzelnen Militärposten suchen sich die französischen Officiere dadurch zu schützen, daß sie den heißesten Theil des Tages in Erdgruben zubringen, also ähnlich wie in dem berüchtigt heißen Bagdad, dem untern Mesopotamien und Süd-Persien die Bewohner einen besonderen Raum unter ihren Häusern zu gleichem Zwecke anlegen. Temperaturen von 40—45 ° C., ja bis 50 ° C. bei den ziemlich häufigen furchtbaren Sciroccostürmen in der Sonne bis 70 ° C. sind nicht gerade selten. Dagegen liegt im Winter häufig tagelang eine 2 Fuß tiefe Schneedecke über der Hochebene, in Setif hat der Schnee schon 14 Tage lang gelegen, ebenso in Batna. Noch Anfangs Juni hat man in Géryville, allerdings in einer Seehöhe von 1357 m. 3 Tage lang Schnee liegen sehen. Die Winterkälte hat auf dem Hochlande schon 12 ° C. unter Null erreicht und partielle Erfrierungen waren bei den dort operirenden Truppen gar nicht selten. Besonders charakteristisch sind aber für das Hochland die jähen Temperaturschwankungen, die, ganz abgesehen von dem bei der großen Heiterkeit des Himmels und starker Wärmestrahlung stets außerordentlich großen Unterschied zwischen dem täglichen Wärme-Maximum und Minimum, na-

mentlich bei dem häufigen Wechsel zwischen heißen, trocknen Winden von der Wüste her und kühlen, feuchten vom Mittelmeere eintreten. Die Officiere und Aerzte der französischen Armee haben wiederholt beobachtet, daß das Thermometer namentlich im Winter um 30° C. in 6 Stunden schwankte, von 5° C. unter Null bis auf 25° C. darüber; einmal wurde sogar ein Unterschied von 38° C. in 10 Stunden beobachtet. Gegen derartige Schwankungen schützen sich die Eingeborenen, indem sie stets wollene Kleidung tragen. Die Trockenheit, wie der Gang der Wärme werden also in höherem Maße als die Bodenbeschaffenheit auf dem Hochlande niemals Baum- und Cerealiencultur besondere Bedeutung erlangen lassen, es wird im Wesentlichen immer nur als Weideland und zur Gewinnung der Alfafaser benützt werden können.

In der algerischen Sahara ist der Sommer noch heißer als auf dem Hochlande, Biskra hat eine mittlere Sommerwärme von 32,2° C., während die des Januar nur 11,8° C. beträgt, trotz der geringen Seehöhe von 125 m. Wir haben hier schon ganz das Klima der Sahara, heißen Sommer, große Lufttrockenheit und Heiterkeit des Himmels, häufige niedere Temperaturen im Winter, mehrere Grad unter Null, gelegentlich Eisbildung und Schneefall. Nicht gar selten kann man in den Oasen die Kronen der Palmen sich unter einer Last von Schnee beugen sehen. Die Palme vermag aber solchen Temperaturschwankungen zu widerstehen, wenn sie nur genügenden stetigen Wasserzufluß hat. Auf ihrer Pflege und dem durch Schaffung von Verkehrswegen erleichterten Exporte der Datteln beruht ein Aufschwung dieses Gebiets in viel höherem Maße, als auf der nomadischen Viehzucht, die hier getrieben wird.

Aus den oben angeführten Gründen schritt die Colonisation Algeriens sehr langsam vorwärts, sie beschränkte sich ein volles Jahrzehnt auf die nächste Umgebung der großen Küstenstädte Algier, Bône und Oran, in der Metidja wurde die Ansiedelung auch noch durch die Malaria erschwert, die damals jeden Sommer zahlreiche Colonisten hinraffte und die erst jetzt unter den umfangreichen Culturarbeiten, durch Regelung der Flußläufe und massenhafte Eukalyptus-Pflanzungen zu verschwinden beginnt. 1839 betrug die Zahl der Europäer in ganz Algerien erst 25,000 und erst nach den heftigen Kämpfen mit Abd-el-Kader im Jahre 1842 begann sehr langsam, aber doch stetig die Colonisation vorzuschreiten; Bufarik, Medeah, weiterhin im Schelifftiale Milianah und Orléansville wurden Centren europäischer, vorzugsweise Ackerbau treibender Bevölkerung. Raschere Entwickelung trat 1866 ein, noch raschere seit dem letzten Aufstande von 1871, namentlich unter der Verwaltung des General Chanzy

von 1873—1877. Es wurde seit dieser Zeit nach sorgfältig entworfenem Plane colonisirt und Coloniegründungen, wie sie Heinrich von Maltzan so ergötzlich schildert, scheinen nicht mehr vorzukommen. Zahlreiche ausgewanderte Elsässer und Lothringer wurden angesiedelt, den Auswanderern freie Ueberfahrt von Marseille gewährt, ihnen freies vermessenes Land mit genügendem Wasser und bereits fertigen Verkehrswegen und vor allen Dingen völlige Sicherheit gewährt. Dies und namentlich die in den letzten Jahrzehnten immer häufiger eintretenden Jahre der Dürre in Spanien, namentlich in der Gegend von Murcia, Alicante und Almeria haben auch von dort Tausende von Ansiedlern herbeigezogen. Von 1872—1877 wurden nicht weniger als 21,851 Ansiedler kostenfrei übergesetzt, und die europäische Bevölkerung vermehrte sich überhaupt in den fünf Jahren von 1872—1876 um 60,000. Nachdem man bis dahin alle möglichen Colonisationssysteme ohne Erfolg versucht hatte, scheint das seit 1872 beobachtete erfolgreicher zu wirken. Man ist vor allen Dingen bemüht eine ackerbauende Bevölkerung zu schaffen, ihr auf alle Weise das Emporkommen zu sichern, den Absatz ihrer Produkte zu erleichtern; es wird für Schulen und Lehrer gesorgt, Musterwirthschaften, landwirthschaftliche Lehranstalten, Baumschulen und Acclimatisationsgärten werden allenthalben angelegt. Die Colonisten werden entweder schon bestehenden Gemeinden einverleibt oder neue Dörfer an sorgfältig ausgewählten Punkten, wo Wasser und zu jeder Jahreszeit wegsame Straßen vorhanden sind, nicht isolirt, sondern im Anschluß an schon bestehende Ansiedelungen angelegt, die somit von innen heraus wachsen. So sind von 1871—1877 25 schon bestehende Ortschaften vergrößert, 126 neue angelegt und im Ganzen eine Bodenfläche von 290,000 ha. an Colonisten überwiesen worden; davon weit über die Hälfte in der Provinz Constantine. Allein im Jahre 1876 wurden 107,000 ha. neu in Anbau genommen und die ackerbauende europäische Bevölkerung stieg von 118,852 auf 123,304. Der ganze 1876 von Europäern bebaute ländliche Grundbesitz betrug 984,654 ha. (die Hälfte davon in Constantine) also soviel wie die Oberfläche des halben Königreichs Würtemberg. Abgesehen von den zahlreichen Küstenstädten, in und um welche von Anfang an sich Europäer ansiedelten, finden sich namentlich folgende schon vorwiegend von Europäern bewohnte Gebiete. Das ausgedehnteste liegt in der Provinz Oran, seine Grenzen sind ungefähr bezeichnet durch das Meer und im Binnenlande durch die Städte Tlemcen, Sidi-bel-Abbès, Mascara, Relizane und Mostaganem, also ein weiter sich um Oran (40,000 Einwohner) schließender Kreis. Ein zweites Gebiet europäischer Colonisation, mit dem vorigen durch eine Reihe von Ansiedelungen im Schelifftthale und an der Eisenbahnlinie

Algier-Oran verbunden, findet sich um Algier selbst, im Wesentlichen die Metidja-Ebene füllend. Ein drittes findet sich um Sétif, ein viertes umgiebt Constantine (33,000 Einwohner, nur noch die Hälfte Muhamedaner) im Süden und Westen und ist durch eine Reihe von Ansiedelungen längs der Eisenbahn mit Philippeville verbunden. Ein fünftes Gebiet schließt sich an Bône an, folgt der Straße und Eisenbahn bis Gelma und reicht nach Südosten bis Suk-Ahras. Es sind noch ungeheure Flächen zur Verfügung und selbst wenn dieselben besiedelt wären, was aber noch Jahre erfordert, würde unschwer von den Eingebornen Land zu erlangen sein. Jedenfalls ist das ganze Tell einer intensiven Bodencultur und einer starken Verdichtung der Bevölkerung fähig. Nehmen wir bei einer Oberfläche desselben, die annähernd zu 100,000 qkm. geschätzt werden kann, eine Bevölkerungsdichtigkeit von 59 Seelen auf den Quadratkilometer an (diejenige des Civil-Territoriums der Provinz Algier nach der Zählung von 1877), so wäre das Tell im Stande eine Bevölkerung von 6 Mill. zu nähren, während jetzt das ganze Algerien noch keine 3 Millionen Bewohner hat. Dabei ist jene Bevölkerungsdichtigkeit wohl noch als eine geringe anzusehen, denn die von Sicilien, das am nächsten zu vergleichen wäre, beträgt 93,6 auf den qkm., wozu dann noch das übrige Gebiet käme. Freilich würde selbst jene geringe Bevölkerungszahl unter ganz normalen Verhältnissen erst in mindestens einem halben Jahrhundert erreicht werden. Welche Bedeutung aber Algerien schon jetzt erlangt hat, sehen wir aus den immerhin stattlichen Zahlen, welche seine Aus- und Einfuhr aufzuweisen hat. Letztere betrug

1840 57,334,737 Fr., die Ausfuhr nur 3,788,834 Fr.

dagegen hatte jene

1860	109,457,453 „ „	„ „	47,785,982 „
1870	172,690,713 „ „	„ „	124,456,249 „
1876	213,352,396 „ „	„ „	166,538,580 „

erreicht, es zeigt die Ausfuhr seit 1865 überhaupt eine beständig steigende Bewegung und der Ackerbau liefert sie fast ausschließlich. Es stellt sich dabei heraus, daß der Ertrag desselben bei den Europäern ein sehr viel größerer, weniger Schwankungen ausgesetzter ist als bei den Eingebornen, deren Fortschritte in Ackerbau und Viehzucht sehr mäßige, zum Theil überhaupt fragliche sind. Sie beharren überwiegend in ihrem apathischen Fatalismus und ihrer Unwissenheit. Nur die unvermischten Kabylen und diejenigen, welche in unmittelbarer Berührung mit Europäern sind, machen einige Fortschritte, hie und da sieht man sie ihren primitiven Pflug weglegen und europäische annehmen, wohl auch sonstige Maschinen anwenden, aber doch immer vereinzelt. Bei der größeren Nachfrage nach Getreide

wie nach Vieh, bei der jetzigen Sicherheit des Besitzes und dem leichteren Export verkaufen auch sie ihre Produkte besser, nicht mehr durch gelegentliche feindliche Razzien gestört wächst ihr Wohlstand, aber sie vergraben ihr Geld, statt es zu Verbesserungen zu verwenden. Darüber kann aber kein Zweifel mehr sein, daß eine stetige, sichere Entwickelung Algeriens überwiegend auf europäischer Colonisation beruhen wird, mit einer Europäisirung der Eingebornen kaum der Anfang gemacht ist. Sehr bedeutende Arbeiten sind zu Gunsten der Bodencultur ausgeführt worden, an Bewässerungs- und Entwässerungsanlagen, wie an Bohrung artesischer Brunnen. Wie in Italien und Spanien sind ja hier derartige Arbeiten von größter Bedeutung. Gerade die fruchtbarsten Gegenden waren von Malaria heimgesucht. Die beredtsten Zeugnisse für die erfolgreiche bisherige Thätigkeit sind die beiden Städte Bufarik und Sidi-bel-Abbès, die auf sumpfigem, ungesundem Boden angelegt worden, jetzt aber durch die vereinigten Anstrengungen der Armee und der Colonisten zu völlig gesunden, bevölkerten, von lachenden Gärten und Baumpflanzungen umgebenen Städten emporgewachsen sind. Durch die Trockenlegung der großen Sümpfe der Makta südöstlich der Ebene des Sig, des Hallula-Sees, der Ebene von Bône sind große Flächen gesund geworden und dem Ackerbau gewonnen. Die Bergwerksgesellschaft Mokta el Hadid hat seit einigen Jahren sogar die Trockenlegung des ausgedehnten, aber flachen Fetzara-Sees begonnen, der die weite Ebene um Bône und die Bergwerke an seinem Nordufer noch immer ungesund macht und der zunächst in einen Wald von Eukalypten verwandelt werden wird. Schon jetzt umgiebt ein solcher seine Ufer und setzt sich an der Eisenbahn nach Bône fort. Die Eukalypten scheinen in der That berufen zu sein in Algerien außerordentliche Dienste in Bezug auf Verbesserung des Klimas zu leisten. Man findet sie, besonders Eucalyptus globulus, der übrigens schon rings um das westliche Mittelmeerbecken sehr häufig ist, überall angepflanzt, sie gehören obwohl erst 1862 eingeführt bereits geradezu zu den Charakterbäumen der europäischen Ansiedelungen und es wird geplant nicht weniger als 150,000 ha. damit zu bepflanzen. Nicht weniger als 120 von den in Australien vorkommenden nahezu 200 Arten und Varietäten sind in Algerien schon fortgepflanzt. Der Baum wächst außerordentlich schnell zu ungeheurer Größe empor, und indem er in Folge dessen durch Wurzeln und Blätter große Quantitäten Feuchtigkeit absorbirt und aromatische, antiseptische Dünste aushaucht, verhindert er die Entwickelung von Sumpf-Miasmen. Zugleich haben seine Blätter vielfach vortheilhafte Verwendung in der Medicin gefunden, während sein außerordentlich festes Holz großen Nutzwerth hat, beson-

ders für Wasserbauten. Man rechnet in Algerien schon jetzt 4 Millionen Stämme.

Haben diese Bestrebungen zunächst einzelne Gegenden Algeriens von schädlichem Wasserüberfluß zu befreien gesucht, so handelte es sich doch für weit größere Flächen darum die Bodencultur durch stetigen Wasserzufluß auch während der fast halbjährigen regenlosen Zeit zu unterstützen. Auch in dieser Hinsicht ist sehr viel geschehen. Am dringendsten waren solche Arbeiten in der sehr regenarmen Provinz Oran. Dort sind namentlich zahlreiche Stauwerke in den Flüssen und davon ausgehende Bewässerungscanäle angelegt worden. So am Sig, an der Mina, Habra, Mekerra, Hillil, wodurch große Strecken intensivem Anbau erschlossen worden sind. Weitere große Stauwerke am Scheliff, dem größten Fluße Algeriens, dessen Wassermenge bei höchstem Wasserstande doch nur ein Drittel desjenigen der Seine beträgt, obwohl sein Flußgebiet nur wenig kleiner ist, am Hamiz, dem Wed Fodda der Dschidiuia werden neue Flächen gewinnen. Im Jahre 1876 wurden für solche Arbeiten allein eine halbe Million Fr. ausgegeben. Die Zahl der künstlichen, durch Paternosterwerke gefüllten Wasserbecken ist eine ungeheure und wird noch beständig vermehrt. Diese Anlagen kommen hier nicht nur wie sonst im Mittelmeergebiete, Baum- und Gemüsekultur zu gute, sondern auch dem Getreidebau im Großen, der dann sehr hohen Ertrag, bis 25 Centner Weizen auf den Hektar giebt. Auch im Tell wurden zahlreiche Brunnen gebohrt, wenn es sich hier auch vorzugsweise um Erlangung guten Trinkwassers handelt. Selbst in der Metidja hat man in den letzten Jahren 84 Brunnen gebohrt, welche 175 Liter Trinkwasser in der Sekunde geben. Etwas weniger erfolgreich waren die Bohrungen in der Provinz Oran, wo aber in der Gegend von Tlemcen von jeher ein ausgedehntes Bewässerungs-System existirte. Von weit größerer Wichtigkeit sind aber die in den letzten Jahren auf dem Hochlande und in der Sahara erbohrten Wassermengen. Sie haben schon jetzt der Dattelkultur und dem Waldstande der Bewohner der algerischen Sahara einen bedeutenden Aufschwung gegeben. Die von den Eingeborenen in sehr primitiver Weise angelegten Brunnen im Wed Rhir, jener Oasengruppe zwischen Biskra und Tuggurt, riefen zuerst die Idee wach, daß man hier mit den Hilfsmitteln europäischer Technik ganz andere Erfolge erzielen könne. So begannen namentlich auf Betreiben des General Desvaux 1856 die Bohrungen, die von solchem Erfolg waren, daß bis 1875 im Gebiet der Sahara 104 Brunnen von einer Tiefe von zusammen 7 Km. und einer Ergiebigkeit gebohrt worden sind, die zwischen 3 und 4,800 Liter in der Minute schwankt Bei nicht wenigen Brunnen ist der Druck in dem erbohrten unterirdischen

Wasserbecken so groß, daß sie von selbst überströmen, einzelne sogar stark aufwallen. Dazu kommen dann noch 48 Bohrungen in dem Becken des Hodna-Sees, der tiefsten Einsenkung des Hochlandes, mit einer Länge von 4,700 M. Im Ganzen waren in der Provinz Constantine allein 169 Brunnen gebohrt mit einem Wasserquantum von 1200 Liter in der Sekunde, ein Quantum, das einer Bevölkerung von 600,000 Menschen genügen würde. Die Kosten betrugen 1,100,000 Fr. Dazu sind in den folgenden Jahren noch eine große Zahl von erfolgreichen Bohrungen hinzugekommen so daß man jetzt das von allen von den Franzosen gebohrten Brunnen gelieferte Wasser auf 2200 Liter in der Sekunde berechnet. Die gewöhnliche Tiefe derselben schwankt zwischen 50 und 150 M., doch fand man auch bei einem Minimum von 29 und bei einem Maximum von 214 M. Wasser. Das Wasser ist fast immer trinkbar, nur ausnahmsweise salzig, aber stets noch zur Bewässerung der Dattelpalme geeignet. Nicht wenige Oasen, namentlich im Wed Rhir, deren Brunnen versandet, deren Bevölkerung verarmt und zum Auswandern gezwungen war, sind dadurch wieder bevölkert und zu neuem Leben gebracht, die französische Herrschaft in der Wüste und die Straßen dahin sind gesichert und befestigt worden, der wesentlich auf Dattelkultur beruhende Wohlstand der Oasenbewohner ist bedeutend gestiegen. Viele bisher nomadische Stämme sind seßhaft geworden. In der Hodna hat auch die Cerealienkultur dadurch bedeutend gewonnen. Allein in den 10 Jahren 1856—66 waren um die neuen Brunnen 150,000 Dattelpalmen gepflanzt worden, seitdem dürfte sich ihre Zahl wohl mindestens verdoppelt haben.

Auch auf andere Weise, durch Wiederbewaldung hat man das Klima des Landes, seinen Wasserreichthum verbessern wollen. Freilich sind die hier erreichten Resultate sehr geringe, obwohl sich die Schwierigkeiten gar nicht so groß herausstellten als man erwartet hatte. Nur wenige Tausend Hektar sind bisher wieder bewaldet worden. Dennoch ist dies eine der wichtigsten Fragen bei der Entwickelung des Landes, denn wenn auch die Verwüstung der Wälder Algeriens schon in das Alterthum zurückzuführen ist und namentlich im Mittelalter große Dimensionen annahm, als nomadische Stämme hier zur Herrschaft gelangten, so ist dieselbe doch nachweisbar seit der Occupation rasch vorgeschritten und erst seit Kurzem sucht man ihr mit allen Mitteln Einhalt zu gebieten. Speciell in der Nähe von Algier sind große Flächen seit der Eroberung gelichtet worden und die Beobachtungen am dortigen Regenmesser haben seit 1838 nach Ausweis der je 12jährigen Mittel der Regenmengen eine beständige Abnahme der Regenmenge ergeben, von 800 Mm. in der Periode von 1838—49 auf 639 Mm. für 1862—73; also umgekehrt wie in Palermo, wo man

in unserem Jahrhundert eine stetige Zunahme der Regenmenge beobachtet, die man auf die erstaunliche Entwicklung der Baumkultur in der die Stadt umgebenden Ebene und an den Berghängen zurückführen möchte. Doch sind solche Angaben vorläufig noch mit Vorsicht aufzunehmen. Die Nothwendigkeit, sich Weideland zu verschaffen, eine tief gewurzelte Sorglosigkeit und Mangel an Voraussicht haben bei den Eingeborenen die Gewohnheit, die Wälder und Gestrüppvegetation gegen Ende des Sommers niederzubrennen, herbeigeführt. Sie erlangen auf diese Weise im Frühling frisches Weideland und namentlich junge Baumschößlinge, aber es gehen dadurch nicht allein die Wälder zu Grunde, sondern die entblößten Hänge werden durch die Winterregen ihrer Humusdecke beraubt, der nackte Fels tritt zu Tage, der nicht im Stande ist, irgendwelche Vegetation zu nähren. Auch die zahlreichen Aufstände hatten jeder Zeit große Waldbrände zur Folge, da ja die Wälder für Staatsgut erklärt worden waren. Erst die strengen Verordnungen, welche namentlich General Chanzy erlassen hat, haben die Waldbrände in den letzten Jahren bedeutend seltener gemacht. Dennoch ist Algerien auch heute noch weit reicher an Wald, als man zuerst annahm, nur sind die Wälder zurückgedrängt in abgelegene Gegenden und auf die Höhen der Berge, man muß sie suchen. Der Stadtbewohner und der gewöhnliche Reisende lernt sie nicht kennen. Doch ist es ja überall so im Mittelmeergebiet. Je mehr man die Bergregionen kennen gelernt hat, um so mehr hat sich das Waldareal vermehrt. Noch jetzt sind sehr bedeutende Reste des Waldes erhalten, der ehemals das Tell bedeckte. Sie ordnen sich im Wesentlichen in zwei parallelen Zonen an der mediterranen regenreichen Abdachung der Tell- wie der Saharakette an, die beide an ihrer innern Abdachung Steppenvegetation haben. Beide Gürtel verwachsen mit einander auf den Berghöhen an der Ostgrenze Algeriens. Nach der Eroberung hat der Staat sämmtliche Waldungen, die auch vorher als Staatseigenthum galten, in Anspruch genommen und hat davon kleine Theile an eingeborene wie neugebildete Gemeinden abgetreten oder an Privatleute veräußert. Die ganze Waldfläche beträgt noch 2,360,747 Hektaren, d. h. beinahe soviel als die im Königreich Baiern, wovon nahezu 2 Millionen Hektaren dem Staate, ca. 300,000 Hektaren Privaten, der Rest den Gemeinden gehört. Fast die Hälfte gehört der Provinz Constantine an, die überhaupt sich immer mehr als von der Natur am meisten bevorzugt herausstellt. Ungeheure mit Gestrüpp bestandene Flächen, sind aber hier nicht einbegriffen. Unter den Baumarten, welche diese Wälder zusammensetzen, fehlen unsere sommergrünen Eichen, unsere Buchen, Kiefern, Fichten und Edeltannen gänzlich, die Pinsapotanne kommt letztern am nächsten. Dagegen findet sich die Aleppo-

kiefer, welche allein ein Drittel der ganzen Waldfläche einnimmt, finden sich herrliche, den unsrigen an Werth nicht nachstehende immergrüne Eichen, findet sich der wilde Oelbaum, die Atlantische Ceder, welche sich von der Libanon-Ceder sehr wenig, von der Deodara-Ceder des Himalaya unbedeutend unterscheidet, findet sich schließlich noch eine dem Atlas eigenthümliche Conifere, Callitris quadrivalvis, deren reich gemasertes Holz, namentlich der Wurzelstöcke, in römischer Zeit einen solch fabelhaften Werth hatte, daß nach Plinius' Zeugniß daraus gefertigte Tische bis zu einer Million Sesterzien bezahlt wurden, ja ein im Besitz der Familie Cethegus befindlicher 1,400,000 Sesterzien (294,000 Fr.) gekostet hatte! Die Ceder des Atlas bedeckt noch in zum Theil herrlichen, alten, ungemischten Beständen 76,549 Hektaren, der wilde Oelbaum, der ein vortreffliches Nutzholz hat, aber auch nur der Veredelung bedarf, um ein werthvoller Fruchtbaum zu werden, 322,783 Hektaren, wohl nirgends kommt er in so abgelegenen Gegenden und so massenhaft vor wie im Atlas, so daß man kaum daran zweifeln kann, daß er ursprünglich dem ganzen Mittelmeergebiete eigen ist, wenn auch ebenso unzweifelhaft seine Veredelung ein Verdienst der Semiten Vorder-Asiens ist. Von den Eichen hat die sogenannte immergrüne Eiche (Quercus ilex) die weiteste Verbreitung, sie bedeckt 541,412 Hektaren, aber auch die viel werthvollere Korkeiche, die namentlich die unteren Regionen, näher dem Meere bewohnt, bedeckt noch 250,000 Hektaren. Dazu kommen nun noch einige andere Eichenarten, Eschen, die Pistazie des Atlas, der Ahorn, die Castanie, der Johannesbrotbaum, verschiedene Wachholderarten u. s. w. Das sind noch ungeheure Schätze, welche mit der Zeit gehoben werden können! Freilich für den Augenblick werfen sie nur wenig ab, denn gerade das, was sie geschützt hat, ihre Abgelegenheit und schwere Zugänglichkeit läßt noch keine regelrechte Verwerthung zu. Die Arbeitskräfte sind noch so selten und theuer, es fehlt noch so an Wegen und Transportmitteln, daß man in den Küstenstädten das Bauholz noch heute aus Schweden oder Oesterreich bezieht und kaum eine Abnahme dieser Einfuhr zu bemerken ist. Sie erreichte 1867 die Summe von 2,223,327 Fr., 1876 1,877,947 Fr. Auch die Ausbeutung der Korkeichenwälder hat eben erst begonnen, wird aber voraussichtlich sehr bald denen Spaniens und Süd-Frankreichs bedeutende Concurrenz machen. Beträchtlich, aber den Wäldern in hohem Grade schädlich ist die Lohegewinnung. Die zahlreichen einheimischen Gerber bedienen sich mit Vorliebe der Rinde der Aleppokiefer und diese wird von den Waldfrevlern namentlich an der tunisischen Grenze noch heute in solcher Menge gewonnen, daß man dort ausgedehnte Bestände noch aufrecht aber rindenlos findet. Auch die in Folge der eingetretenen Ruhe

und Sicherheit bei den Eingebornen erstaunlich entwickelte Viehzucht, die jetzt leichten Absatz findet und nicht mehr durch feindliche Razzien geschädigt wird, schadet dem Walde, da das Vieh junge Bestände nicht wieder aufkommen läßt. Wenn früher Heerden von 250 Stück schon ungewöhnlich waren, so sieht man ihrer jetzt nicht selten von 1000 Stück, die, nur von einem Hirten geführt, sich zu Beginn des Sommers von der Küste in die kaum noch von reißenden Thieren unsicher gemachten Gebirgswälder zur Sommerweide in Bewegung setzen.

Wie die Wälder erst ihre wirthschaftliche Bedeutung erlangen werden, wenn sie durch Straßen und Eisenbahnen erschlossen sein werden, so gilt das Gleiche auch von den Erzeugnissen des Ackerbaus und der Viehzucht. Und auch auf diesem Gebiete ist sehr viel geschehen, man hat im letzten Jahrzehnt diesen mächtigsten Hebel der Colonisation und der friedlichen Eroberung besonders eifrig in Bewegung gesetzt. Das große, für Algerien geplante Eisenbahnnetz wird eine Länge von 3600 Km. haben. Vollendet und in Betrieb sind davon bereits 1462 Km. Schon längere Zeit verbindet eine Linie Algier mit Oran durch die Metidja und das Scheliffthal, sie wird jetzt im Westen über Tlemcen weitergeführt bis zur marokkanischen Grenze, nach Osten über Aumale, Setif und Gelma zur tunisischen, wo sich eine, von einer französischen Gesellschaft gebaute Linie durch das Medscherda-Thal nach Tunis anschließen wird. Diese Hauptlinie, der Magnet, welcher im geeigneten Momente die herrliche aber augenblicklich von Würmern zernagte tunisische Frucht Frankreich in den Schooß ziehen soll, erschließt also die inneren Gegenden des Tell in ihrer ganzen Länge und wird durch mehrere auf ihrer Richtung senkrechte Linien mit dem Meere verbunden. Namentlich sind dies die Linien Gelma-Bône, Constantine-Philippeville, Sidi-bel-Abbès-Oran und Saida-Arzeu, letztere schon bis auf das Hochland reichend, von einer Gesellschaft wesentlich zur Ausbeutung des Alfagrases gebaut. Auch die Linie Bône-Gelma wird bis Tebessa, die Philippeville-Constantine bis Batna, also bis an den Rand der Sahara verlängert. Mit der Verlängerung dieser oder einer anderen von Algier oder Oran ausgehenden Linie durch die Sahara bis Timbuktu oder noch weiter hat es aber noch seine guten Wege, so schön sich die Linie auch auf französischen Karten macht und so eifrig auch die Regierung jetzt die Vorstudien betreibt. Erst muß es einem Franzosen gelingen, überhaupt diesen Theil der Sahara zu erforschen und zu durchwandern, seit Jahrzehnten versuchen sie es vergebens. Bis zur Vollendung einer Eisenbahn wird aber auch dann noch einige Zeit vergehen und Algerien wird nicht sobald das Durchgangsland für den Handel mit Inner-Afrika werden.

Das Telegraphennetz von Algerien (und Tunisien) hat eine Länge von 5600 Km., zwei unterseeische Kabel verbinden Bône und Algier mit Marseille, gegen die Sahara hin reichen die Drähte bis Biskra und Laghuat. Aber nicht allein diese Eisenbahn- und Telegraphen-Anlagen waren völlig neu zu schaffen, auch bei den Straßen und sonstigen Verkehrswegen war das der Fall. Es gab im Momente der Eroberung keine fahrbare Straße im ganzen Lande, der geringe Verkehr vollzog sich mit Hilfe von Kamelen und Maulthieren auf von diesen selbst getretenen Pfaden, die Flüsse wurden durchritten oder durchschwommen und bei Hochwasser stockte der Verkehr überhaupt. Reste römischer Straßen waren noch vorhanden, wurden aber nicht benützt. Jetzt dagegen erreichen die fahrbaren Straßen bereits eine Länge von 6500 Km. Zahlreiche, fast das ganze Jahr wasserarme, aber zuweilen doch mächtig anschwellende Flüße sind überbrückt, Schluchten und Päße fahrbar geworden, regelmäßiger Postdienst eingerichtet worden, wobei allenthalben bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden waren. Es sind nicht nur alle größeren Bevölkerungscentren des Tell unter einander durch Fahrstraßen verbunden, Algier mit Oran und Tlemcen im Westen, wie mit Constantine und Bône im Osten, sondern in jeder der drei Provinzen reichen solche bereits bis an die Saharakette oder über dieselbe hinweg bis in die Sahara selbst nach Laghuat und Biskra. Freilich ist auch auf diesem Gebiete noch sehr viel zu thun. Wie die Ausnutzung der Wälder bisher zum Theil aus Mangel an Wegen unterbleiben mußte, so auch die der Salinen. Algier ist ungeheuer reich an Salzseen, die im Sommer verdunstend, große Massen Salz liefern, es ist auch reich an Steinsalzlagern, namentlich die Provinz Constantine, aber dennoch wurden 1877 noch 11,000 Tonnen Salz zu Wasser, und meist von Sicilien und Sardinien in letztere eingeführt, weil es billiger war als das aus dem Inneren herbeigebrachte. Der Verkehr auf den bestehenden Straßen ist nur ein interner, er reicht nicht über die algerische Sahara hinaus.

Eine sehr wichtige und sehr schwierige Frage, die sofort an die Franzosen nach der Eroberung von Algier heran trat, war die Frage der Zugänglichkeit der algerischen Küsten. Obwohl die Küste Afrikas hier in so hohem Grade afrikanischen Charakter verleugnet, wie nur noch an einer in Bezug auf ihre Bildung der algerischen überraschend ähnlichen, der Küste des Caplandes, obwohl sich hier allenthalben zu großen Meerestiefen abfallende Steilküste findet und ein schön geschwungener, von malerischen Vorgebirgen begrenzter Golf sich an den andern reiht, war die algerische Küste doch für die moderne Großschifffahrt so gut wie hafenlos. All die schönen Golfe nämlich sind den das ganze Jahr herrschenden Nord-,

Nordost und Nordwestwinden ausgesetzt und dem Unkundigen gefährlich. So konnten die Karthager so lange Zeit alle anderen Nationen von dieser Küste fern halten, so konnte sich an derselben Jahrhunderte hindurch bis auf die neuste Zeit das gefährlichste Seeräuberwesen entwickeln. Immer und immer wieder wurden seit dem Anfange des XVI. Jahrhunderts von Spanien und Frankreich, gelegentlich auch von England Expeditionen zur Unterdrückung desselben ausgerüstet, sie scheiterten aber fast alle ähnlich wie die bekannteste Karls V. gegen Algier an den plötzlich an der schutzlosen Küste losbrechenden Nordstürmen. Es galt also hier durch künstliche Hafenanlagen den Besitz zu sichern und eine Entwicklung des Verkehrs zu ermöglichen. Dennoch ist Bedeutendes in dieser Hinsicht doch erst in den letzten zwei, namentlich aber im letzten Jahrzehnt geschehen. Nemours, Oran, Arzeu, Mostaganem, Algier, Bougie, Dschidschelli, Philippeville und Bône sind jetzt selbst den größten Schiffen in jeder Jahreszeit zugänglich, in einigen dieser Häfen können die Schiffe unmittelbar an den Quai anlegen. Drei neue Häfen, La Calle, Tenez und Beni Saf (westlich von Oran) sind im Bau begriffen, während für Verlängerung der Molen in den anderen noch jährlich bedeutende Summen ausgegeben werden. In Algier schufen die kleinen Felseninseln, welche der Stadt gegenüberliegen und ihr den Namen gegeben haben (El Djezair) einen nothdürftigen Hafen, jetzt umfassen zwei mächtige 2 Km. lange Molen ein mit allen nothwendigen Anlagen versehenes 90 Hektaren umfassendes Hafenbecken. In Oran bildet ein 1 Km. langer Damm ein 24 Hektaren umfassendes Becken. Der aus einem äußeren und einem inneren Becken bestehende Hafen von Bône gilt jetzt für den besten an der ganzen Küste, wo die größten Schiffe an den Quai anlegen können. All diese großartigen Schöpfungen datiren fast ausschließlich seit dem Jahre 1866, noch jährlich werden bedeutende Summen, 1876 z. B. 2,375,000 Fr. aufgewendet. Auch die Küstenbeleuchtung, die vor 1866 sehr mangelhaft war, ist seitdem so vervollständigt worden, daß auf je 26 Km. Küsten ein Leuchtfeuer kommt, so daß diese früher so gefürchteten Küsten der Berberei jetzt durchaus sicher sind. Die Wirkung dieser Thätigkeit auf die Entwickelung der Schifffahrt hat auch nicht lange auf sich warten lassen, denn wir sahen schon oben, wie bedeutend die Ein- und Ausfuhr im letzten Jahrzehnt gewachsen ist. Allerdings hat sich gerade hier die Indifferenz der Franzosen in auffallender Weise gezeigt. Bei der Eroberung waren fast alle türkischen und algerischen Schiffe zerstört worden und eine Zeit lang waren die französischen Kriegsschiffe die einzigen an dieser Küste vorhandenen Fahrzeuge, die den Verkehr vermittelten. Vergebens suchte man französische Seefahrer anzulocken, sich in den algerischen Häfen niederzu-

lassen. Fremde besonders Malteser, Italiener, Spanier, unter allen möglichen Flaggen füllten die Lücke aus und nur langsam gelang es dieselben zu franzisiren, im Grunde ist aber noch heute der Seeverkehr in den Händen Fremder, die ihrerseits, wenn auch lediglich ihre eigenen Interessen pflegend, den Aufschwung der Colonie wesentlich gefördert haben. Den Verkehr mit dem Mutterlande vermittelten lange Zeit Kriegs- und Transportschiffe der Marine, dann neben ihnen fremde, erst spät auch französische Handelsschiffe, und erst 1866 wurden die regelmäßigen Linien der großen französischen Dampfschifffahrtsgesellschaft eingerichtet. Allmählich haben sich auch in den algerischen Häfen große Handelshäuser gebildet. Ende 1877 gehörten den algerischen Häfen im Ganzen 2386 Schiffe von 20,915 Tonnen, also fast lauter kleine Küstenfahrer, seit 1866 ist ein bedeutender Aufschwung bemerkbar. Die Bemannung derselben besteht aber fast ganz aus Nicht-Franzosen. Selbst die Fischereien an der Küste sind nicht in den Händen von Franzosen, durch so große Vergünstigungen man dieselben auch anzulocken sucht. Auch die Zahl der in algerische Häfen eingelaufenen Schiffe ist seit 1866 bedeutend gestiegen, von 4670 auf 7704 im Jahre 1877, und während die gesammte Ein- und Ausfuhr des Jahrzehnts 1830—40 nur 171 Millionen Fr. betrug, betrug die des einen Jahres 1876 380 Millionen Fr. Der Aufschwung von Marseille beruht zum großen Theil auf dem von Algerien. Von Schiffsbau ist aber trotz aller Bemühungen noch heute in Algerien keine Rede.

Die Seefischerei, namentlich auf Sardinen, hat sich seit der Occupation, wie schon erwähnt, ebenfalls durch Nicht-Franzosen, lebhaft entwickelt, 1865 waren 441 Boote mit 1352 Mann, 1877 974 mit 4330 Mann damit beschäftigt und die Ausbeute stieg von 3,193,400 Kilo im Werthe von 1,261,800 Fr. auf 6,839,000 Kilo im Werthe von 2,558,000 Fr. Die Fabrikation von Sardinen in Oel, welches letztere das Land in Fülle liefert, fällt bereits sehr ins Gewicht. Auch die Fischerei auf Edelkorallen, die seit Jahrhunderten an der Küste Algeriens, namentlich bei La Calle besonders erfolgreich betrieben wurde, und stets in den Händen von Franzosen gewesen war, lag bis 1860 fast ausschließlich in den Händen von Italienern und Spaniern, erst seitdem ist es gelungen durch unglaubliche Belastung der Fremden sie wenigstens scheinbar in französische Hände zu bringen.

Die Wirkung jener angeführten öffentlichen Arbeiten jeder Art prägt sich im Aufschwunge der Bodenkultur und ihrer Produkte am deutlichsten aus. Für Cerealienkultur zunächst ist das ganze Tell und ein Theil des östlichen Hochlandes, die Gegend von Batna und Tebeba, wo dieselbe auch in römischer Zeit blühte, geeignet. Man baut Weizen, namentlich den

vortrefflichen harten, Gerste, die auch vielfach als Pferdefutter dient, Mais, meist als Sommerfrucht auf bewässerbarem Boden, Hafer und Sorghum. In den letzten Jahrzehnten vor der französischen Eroberung exportirte das Land fast gar kein Getreide mehr, nach derselben stieg der Export erst langsam, dann rasch und in den 5 Jahren 1872—76 erreichte der Export von Weizen, Gerste und Hafer schon den Werth von 207,178,692 Fr., doch ist noch ein viel beträchtlicheres Steigen möglich. Neuerdings gewinnt der Gemüsebau im Großen besonders um Algier und Bône immer mehr Ausdehnung und Algerien versieht schon einen großen Theil Mittel- und Nord-Europas im Winter mit frischem Gemüse. Artischoken, grüne Erbsen, Bohnen, Blumenkohl ꝛc. gedeihen dort mitten im Winter vortrefflich, Kartoffeln, die sonst im Mittelmeergebiet wenig gebaut werden, geben auf bewässertem Boden drei Aernten im Jahr. Ein Gemüsegarten von 1 Hektare Fläche ernährt eine Familie sehr bequem, obwohl sie 1000—1200 Fr. Pacht zahlt. Freilich erreichte der ganze Export, der nur vom November bis März dauert, 1875 nur 132,529 Fr. Der sehr theure Eisenbahntransport in Frankreich verhindert eine raschere Entwickelung. Einer hohen Entwickelung fähig und ihr bereits entgegen gehend sind die Baumkulturen. Pflanzungen von Apfelsinen und Limonen werden immer häufiger und ausgedehnter, wenn sie auch erst einen geringen Theil des Bedarfs dieser Früchte im Mutterlande decken und noch nicht so hohen Ertrag geben als in Sicilien z. B. Wie rasch aber diese Kulturen wachsen, kann man daraus sehen, daß eine einzige Pflanzschule in Bufarik jährlich 140,000 junge Stämme liefert. Die Pflanzungen von Blidah allein geben schon jährlich 50 Millionen Früchte. Auch die Kultur des Granat- und Feigenbaums giebt hohen Ertrag, die Feigen von Blidah gelten schon unter den besten. Daneben dehnt sich auch die Kultur der Banane in der Umgebung von Algier immer mehr aus. Der Weinbau, der im Alterthume im Atlasgebiet berühmt war, war unter der Herrschaft der Araber wie überall völlig in Verfall gerathen und die Versuche der Franzosen, ihn wieder zu beleben, blieben lange erfolglos, noch 1858 fanden algerische Weine in Frankreich sehr wenig Beifall, auf der Ausstellung von 1867 war es schon besser und jetzt produciren nicht wenige Besitzer vorzügliche Tischweine. Namentlich in Folge der Verwüstungen der Phylloxera in Frankreich entwickelt sich der Weinbau in Algerien jetzt sehr rasch. Eine sehr bedeutende Zukunft, obwohl schon jetzt nicht unbedeutend, hat auch die Olivenkultur, der, wie wir sehen, eine ungeheure Menge von zu veredelnden Stämmen zur Verfügung steht. Bisher ist die Art der Bereitung des Oels freilich zum großen Theil eine sehr primitive, das Produkt deshalb ein so mittelmäßiges, daß man noch viel Oel aus der Pro-

vence einführt, häufig wohl nur von dort gereinigt zurückkommendes. Jedenfalls ist aber eine stetige Zunahme der Aus-, Abnahme der Einfuhr bemerkbar. Einem Quantum von 10,545,497 Kilo im Werthe von 8,336,380 Fr., welche in den 10 Jahren 1867—76 eingeführt worden, steht eine Ausfuhr von 34,255,589 Kilo im Werthe von 43,906,446 Fr. gegenüber. Die Gesammtproduktion schätzt man auf 180,000 Hektoliter im Jahr, ihre Qualität bessert sich beständig. Die Gegend von Tlemcen und die große Kabylei sind die Hauptgebiete der Oelcultur, dort erreicht der Hektar einer Olivenpflanzung schon den Werth von 5000 Fr. Dagegen ist die Seidenproduktion Algeriens in der letzten Zeit in Folge der Krankheit der Seidenraupe sehr zurückgegangen, so geeignet das Land auch dafür ist. Auch der Baumwollenbau, der in Folge des amerikanischen Bürgerkrieges, wie überall im Mittelmeergebiet, raschen Aufschwung genommen hatte, ist seitdem wieder so gut wie verschwunden, da nur Aegypten und zum Theil das vordere Klein-Asien die wieder eingetretene Concurrenz der Vereinigten Staaten ertragen können. Eine sehr bedeutende wirthschaftliche Rolle, zunächst freilich nur überwiegend für den einheimischen Verbrauch, bei Vollendung der Verkehrswege gewiß aber auch für die Ausfuhr, spielt die Dattelpalme, deren Cultur wie wir sahen in letzter Zeit sich noch ausgedehnt hat und deren Frucht zu den besten gehört. Es fehlt die Dattelpalme nirgends im Tell, aber sie ist nur Zierbaum, ihre Frucht reift, wohl in Folge des ungenügend hohen Grades der Lufttrockenheit, nicht einmal in dem Maße wie im südöstlichen Spanien. Erst auf dem Hochplateau, in den Gegenden wo dasselbe bis auf 600 m. oder weniger herabsinkt, beginnt Palmencultur im Großen. Bu-Saada im Becken des Hodna, 578 m. hoch unter 35° 10′ N. Br. und El Kantara 517 m. hoch 35° 16′ N. Br. sind die nördlichsten Palmenoasen Algeriens, noch nördlicher liegt die schon weniger gute Früchte liefernde von Msila. Die Oase von Tuggurt soll allein 400,000 Stämme enthalten. Die Oasengruppen des Wed Rhir und des Wed Suf bringen die besten und die größten Mengen Datteln hervor, die aber meist durch Tunisien als tunisische exportirt werden. Im Ganzen mag es schätzungsweise gegen 3 Millionen Stämme in der algerischen Sahara geben, 1876 wurden 1,877,462 Stämme, der Stamm zu 25, 30, 50 Centimes, ja auch 1 Fr. besteuert. Die Dattelpalme bedarf ziemlich hoher Temperatur während der Zeit der Blüthe und der Entwickelung der Frucht d. h. ungefähr zwischen Mitte März und Mitte November und man hat die Wärmesumme, welche ihr speciell in der Oase von Biskra in dieser Zeit zu Theil wird zu 6362 hunderttheiligen Graden berechnet. Noch größer ist jedoch das Wasserbedürfniß, das man in derselben Zeit auf 100 Kubikmeter be-

rechnet. Im Winter vor Entwickelung der Blüthen erträgt sie mehrere Grad unter Null, wenn diese Kälte nur nicht andauert. Ungefähr 100 Stämme, die man gewöhnlich auf ein Hektar pflanzt geben 7200 Kilo Datteln, ungefähr im Werthe von 1400—1500 Fr. an Ort und Stelle. Zur Ausfuhr nach Europa kommen meist nur die geringeren Sorten. Zur Zeit der Weizenärnte im Tell, Ende Mai und Anfang Juni, erhält man dort gegen Datteln das doppelte Gewicht an Weizen, dagegen zur Zeit der Dattelärnte in der Sahara gegen Weizen das doppelte Gewicht an Datteln und der Austausch beider Arten von Nährfrucht, deren Aernte in die entgegengesetzten Jahreszeiten fällt, ist ein sehr lebhafter.

Unter dem Einflusse der größeren Sicherheit und des leichteren lohnenden Absatzes hat sich auch die Viehzucht in Algerien sehr gehoben, wenn auch noch bei weitem überwiegend in den Händen der Eingebornen und von ihnen noch sehr wenig rationell betrieben. Noch immer sind verheerende Epidemien in Folge der schlechten Pflege und gelegentlich mangelnden Nahrung häufig genug, wenn auch die steigende Bewegung im Allgemeinen eine stetige ist. Die Kamelzucht zunächst ist vom Tell aus klimatischen Gründen fast ganz ausgeschlossen, auf dem Hochlande und in der Sahara ist es aber um so häufiger, im Tell dient das Maulthier als Lastthier. Die algerischen Pferde, deren Zucht und Pflege die Eingebornen besondere Aufmerksamket widmen, sind ihrer Brauchbarkeit wegen, namentlich für die Cavallerie, bekannt und die Franzosen lassen sich ihre Zucht für die Armee schon längere Zeit sehr angelegen sein. Die Zahl der Pferde, welche in den langen Kämpfen sehr gesunken war, betrug 1876 schon wieder 658,000. Die Rindviehzucht liegt fast ganz in den Händen der Eingebornen und die Zahl der Rinder hat sich, wie schon oben erwähnt, sehr bedeutend vermehrt, man zählte 1876 1,159,683 Stück. In noch höherem Maße ist dies bei Schafen und Ziegen der Fall gewesen. Die Gebirgsgegenden des Tell, aber besonders das Hochland, sowie die Saharakette und das Saharagebiet bieten ungeheure vortrefflich für Schafzucht geeignete Flächen. Doch gehören dieselben fast ausschließlich den Eingebornen, die trotz Gründung von Muster-Schäfereien und Beförderung von Kreuzungen seitens der Regierung doch nur langsam eine feinere Wolle, eher noch Schlachtvieh produciren. Im Saharagebiet giebt es Gegenden in welchen die Schafe eine ebenso feine Wolle wie Fleisch liefern. Der Export von Schafen beträgt jetzt etwa 400,000 Stück jährlich, ist aber gelegentlich bis auf 655,000 Stück gestiegen. Die Ausfuhr von Wolle ist von 1869—76 von 26,000 Centnern auf 100,000 gestiegen, die Ausfuhr an Wolle und Schafen erreicht bereits den Werth von 22 Mill. Fr. Ziegen zählt man 3,653,547, die Felle sind

ein sehr wichtiger Ausfuhrartikel. Von besonderem Interesse ist, daß es anscheinend gelungen ist die Angora-Ziege zu acclimatisiren, deren Verbreitungsgebiet in Klein-Asien ja ein sehr beschränktes ist und die bisher überall degenerirte, wo man sie heimisch zu machen suchte. Welch ungeheure Vermehrung der Viehstand Algeriens in der letzten Zeit erfahren hat und welcher er noch fähig ist, das ergiebt sich wenn wir uns vergegenwärtigen, daß derselbe 1869 7,800,000 Stück zählte, 1874 dagegen bereits 15,025,056, mag immerhin jene erste Zählung ungenaue und zu niedrige Zahlen ergeben haben. Schafe giebt es jetzt 10 Millionen, man nimmt aber an, daß man auf den zur Schafzucht besonders geeigneten Landflächen 30 Millionen ziehen kann. Steht somit Algerien jetzt dem Kaplande (Australiens nicht zu gedenken) an Erzielung guter Wolle beträchtlich und selbst noch an Zahl der Schafe etwas nach, so hat es doch vor demselben die leichtere Verwerthbarkeit des Fleisches voraus und eine Verbesserung der Wolle wird eintreten, sobald auch Europäer sich an der Wollproduktion betheiligen.

Neuerdings haben nun aber dieselben Hochlande, die bisher nur als Weideland Werth hatten ohne darin beeinträchtigt zu werden noch über dies besondere Bedeutung erlangt als Produktionsstätten des Alfa-Grases, das besonders in England zur Papierfabrikation gesucht, hier in ungeheuren Quantitäten ohne alle Pflege wächst. Es ist bezeichnend, daß Fremde auch diese für die Entwickelung Algeriens so wichtige Graminee hier entdeckten und sie noch heute fast ausschließlich verwerthen. Da die zuerst ausgebeuteten spanischen Alfa-Steppen in Folge von Raubwirthschaft nahezu erschöpft sind, Tunesien und Tripolitanien doch verhältnißmäßig wenig liefert, ist Algerien das Hauptproduktionsland. Und hier wird diese Pflanze, zu deren Ausbeutung bereits die Eisenbahnlinie Arzeu-Saida 250 km. gebaut ist, der noch andere folgen werden, wesentlich dazu beitragen, daß die Cultur um so rascher in's Innere vordringt. Die Compagnie, welche jene Linie gebaut hat, forderte als einzige Garantie ihres Capitals die Concession zur regelrechten Ausbeutung von 300,000 ha. Alfa-Steppe. Eine andere baut unter gleichen Bedingungen die Linie Mostaganem-Tiaret. Da die Gewinnung der geeigneten Halme in einer Weise vor sich geht, daß die Pflanze nicht darunter leidet, so hat man große Flächen künstlich mit Alfa bestellt und große Gesellschaften haben sich zur Ausbeutung der Alfa-Steppen gebildet, deren Ausdehnung man auf 5 Mill. ha. schätzt, wozu noch 1 Mill. ha. im Tell kommt. Von 1867—1876 stieg die Ausfuhr von Alfa von 4000 Tonnen (à 1000 Kilo) auf 59,800 Tonnen, im Werthe von 8 Mill. Fr. Bis 1876 schätzte man die Gesammteinnahme durch Ausfuhr von Alfa auf 50 Mill. Fr.

Auch noch einige andere in ähnlicher Weise wie das Alfa-Gras zu verwendende wenn auch weniger werthvolle Pflanzen bringt das Hochland in ungeheurer Mengen hervor. Ihnen gesellt sich im Tell noch die Zwergpalme (Chamaerops humilis) hinzu, die zwar von Alters her in Algerien wie Spanien und Sicilien zu Stricken, Säcken, Stuhlgeflechten 2c. verwendet wurde, aber dennoch weil fast unausrottbar als schädliches Unkraut galt. Seit man gelernt hat aus ihrer Blattfaser Pflanzenhaar herzustellen, das an Stelle des animalischen tritt, haben die weiten damit bedeckten Flächen im Tell, die bis dahin selbst als Viehweide unbrauchbar waren, beträchtlichen Werth erlangt. Von 22,000 Centnern im Jahre 1867 ist die Ausfuhr auf 84,000 im Jahre 1876 im Werthe von 2 Mill. Fr. gestiegen.

Auch der Boden Algeriens birgt noch sehr bedeutende Schätze, die man soeben erst kennen lernt und auszubeuten beginnt. Kohlen scheinen freilich so gut wie völlig zu fehlen, die Ausbeutung des Lignit-Vorkommens von Smenda bei Constantine hat wegen mangelnden Ertrages bald wieder aufgegeben werden müssen. Dagegen giebt es sehr beträchtliche Lagerstätten von Kupfer, Blei, Zink, vor allen Dingen aber von Eisen. Algerien ist bereits den an Eisenerzen, zum Theil von vortrefflicher Qualität reichsten Ländern der Erde zuzuzählen. Am bedeutendsten sind die nahe bei Bône gelegenen Minen der Gesellschaft Mokta-el-Hadid, die schon seit 1845 in Betrieb aber erst in der letzten Zeit in größerem Stile in Angriff genommen worden sind. Eine Eisenbahn führt die 1600 Arbeiter, die beständig thätig sind, im Sommer der noch immer nicht völlig beseitigten Fieber wegen allabendlich nach Bône, ebendahin werden die Erze direkt auf die eigene Transportflotte der Gesellschaft wie auf fremde Schiffe gebracht. Von 169,000 Tonnen im Jahre 1867 stieg die Ausbeute auf 428,000 Tonnen im Jahre 1874, ist dann ein wenig gesunken und betrug 1877 384,000 Tonnen. Von 1867—1877 hat die Gesellschaft ungefähr 3,176,500 Tonnen im Werthe von 35 Mill. Fr. verkauft. Ein zweites vielleicht noch wichtigeres Werk ist seit kurzem nahe der Westgrenze Algeriens ebenfalls dicht am Meere bei Beni Saf, wo jetzt ein Hafen angelegt wird, in Angriff genommen worden. Schon jetzt übersteigt der jährliche Export von Produkten des Bergbaus die Summe von 6 Mill. Fr. und sind 4000 Arbeiter in den Bergwerken beschäftigt. Auch an heilkräftigen Thermal- und Mineral-Quellen ist das Land, je mehr man es kennen lernt, außerordentlich reich, viele werden schon lange von den Eingebornen benützt und nicht wenige würden sich vermöge ihrer gesunden frischen Lage im waldreichen Gebirge auch für Europäer als Aufenthaltsorte im Sommer eignen.

Wir sehen also, daß die eben erst in Erschließung begriffenen Hilfsquellen des durch häufigen Systemwechsel mishandelten und zum Gegenstand des Parteihaders gemachten Algerien nach jeder Seite hin bedeutende zu nennen sind, daß die Natur des Landes alle Bedingungen einer höheren Culturentwickelung, wie sie schon einmal hier bestand, noch immer erfüllt und daß die Bahn dieser Entwickelung, wenn auch viel später und viel langsamer als man in gewissen Kreisen Frankreichs gehofft hatte, seit einem Jahrzehnt ungefähr, aber namentlich seit 1871 wirklich betreten worden zu sein scheint. Auf allen Gebieten des materiellen Lebens, und wir müssen hinzusetzen auch auf denen des geistigen regt es sich, entschiedener Fortschritt ist nirgends mehr zu verkennen, wenn auch Fremde einen merkwürdig großen Antheil daran haben, und wir können schon jetzt sagen, daß Frankreich sehr bald den Verlust seiner deutschen Gebiete auf afrikanischem Boden mehr als ersetzt haben wird.

Theobald Fischer.

Heinrich von Gagern.

Die deutsche Politik hat in den letzten vierzehn Jahren ein so rasches und ein so intensives Leben gehabt, daß uns die Ereignisse, die dieser Periode voraus gingen, wie in eine weite nebelhafte Ferne hinaus gerückt vorkommen. Wie in einer Sage treten einzelne Momente wohl noch farbenvoll hervor, über den wahren Zusammenhang des Ganzen haben wir wenig Lust mehr uns Rechenschaft zu geben. Und doch war der weitaus größere Theil des Geschlechts, das heute Politik treibt, mit dem ganzen Herzen daran betheiligt.

Dann kommt aber ein Moment, wo die dunkle Erinnerung unerwartet wieder Leben gewinnt, wo wir uns gedrängt fühlen, uns wieder deutlich zu machen, was wir damals wünschten und erstrebten.

Als ich gestern die Nachricht von Gagerns Tod in der Zeitung las, wurde ich mit tiefer Beschämung gewahr, daß ich keine Ahnung mehr von seiner Existenz hatte. Wie ich nachher erfuhr, ist es Andern ebenso gegangen. Und was hatte vor dreißig Jahren dieser Name für einen Klang! In Heinrich von Gagern schien sich der ganze Idealismus des deutschen Volkes zu verkörpern; für die, welche aufrichtig die Einigung Deutschlands wollten, war er der Mann des unbedingten Vertrauens, der Führer, der Leitstern; selbst den Gegnern hatte er Achtung abgezwungen, die nur in den letzten trüben Zeiten des Parlaments einigemal verläugnet wurde.

Ich gehörte nicht zu den blind Gläubigen; mir war es schon damals zweifelhaft, ob die Aufgabe, die Gagern übernommen überhaupt durchführbar sei. Aber darüber war ich nicht zweifelhaft, daß wir ihm folgen mußten, so lange der Versuch nicht völlig gescheitert war. Den Weg, den er einschlug, hatte er nicht aus freien Stücken gewählt; er war ihm durch seine Stellung vorgezeichnet; und nahm man diesen Weg einmal als gegeben an, so war die Art, wie er vorschritt, die einzige, die wenigstens möglicherweise zum Ziel führen konnte.

Von der deutschen Einheit war schon in Klopstocks Zeiten viel die Rede; nach den Freiheitskriegen trat die Frage ernsthafter an die Nation heran. Aber 1772, 1815 und 1848 waren die Vorstellungen, die man damit verband, so unklar, daß den Conservativen eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden konnte, wenn sie lieber auf dem alten Fleck stehn bleiben als blind einem ungewissen Ziel nachgehn wollten.

Eine solche Resignation war nach dem März 1848 nicht mehr möglich. Die deutschen Staaten, die beiden Großmächte voran, hatten sich in ihrer Schwäche gezeigt, sie waren vor der Revolution gewichen — aus welchen Motiven, ist hier gleichgültig. Sie hatten mit dem Vorparlament und dessen Delegirten wie mit einer wirklichen Macht verhandelt; sie hatten keinen Widerspruch erhoben, als die Nation dem Parlament eine Art von constituirender Vollmacht zu übertragen schien. Das Parlament war der Hebel, durch den mehr oder minder sämmtliche Parteien ihre Zwecke durchzusetzen hofften; an diesen Hebel war naturgemäß auch derjenige gewiesen, dem das parlamentarische Wesen mehr galt als bloßes Mittel.

Wenn man die Machtverhältnisse der einzelnen deutschen Staaten in Betracht zog, so war der Bundestag, so großen Verdruß er auch erregte, die einzige correcte Form friedlichen Zusammenseins. Sobald man diese Form aufgab, mußte man eine vollständige Veränderung der Machtverhältnisse d. h. einen ernsthaften Kampf voraus sehn:

„Blut und Eisen!"

Diese Veränderung konnte, da zwei Großmächte unmöglich eine gemeinsame parlamentarische Form ertragen, nur in zweierlei Art gedacht werden, entweder mußte man die eine Großmacht zur alleinherrschenden erheben oder sie aus Deutschland heraus drängen. Die beiden Männer, die sich das klar gemacht hatten, waren auch nach meiner heutigen Ueberzeugung die einzigen politischen Köpfe der Versammlung: es waren Schmerling und Gagern.

Nun gab es freilich noch eine dritte Partei, welche das gesammte Deutschland mit ihrer Verfassung beglücken, aber die Großmächte ebenso der parlamentarischen Souveränetät unterwerfen wollte wie die Mittelstaaten. Die Consequenten gingen auf völliges Niederschlagen der Particular-Staaten aus. Freilich war zu dieser Operation Frankfurt der aller ungeeignetste Platz. Die Führer der französischen Revolution wußten sehr gut, was sie wollten, wenn sie die Regierung und die Nationalversammlung nach Paris verlegten: hier fanden sie nicht blos die Mittel der Zerstörung im reichsten Maße vor, sondern die ganze Regierungsmaschine, die sie in die Hände nehmen und in ihrer Weise gebrauchen konnten.

Der pariser Stadtrath, der ein paar Jahre lang factisch Frankreich regierte, hatte eben die Macht dazu in Händen. Eine Versammlung, die in Frankfurt tagte, hatte im Grunde gar nichts hinter sich, und wenn der Reichsverweser auf die Frage, womit er denn Preußen zwingen wolle, den Waffen-Stillstand von Malmö wieder aufzuheben? spöttisch antwortete: ich habe da ein Bataillon frankfurter Stadtmiliz! so war er darin vernünftiger und ehrlicher als die letzte sogenannte Reichsregierung, die mit beneidenswerther Naivetät dem General Wrangel ihre Ordres zuschickte.

Die Zahl dieser Consequenten war wohl verschwindend klein. Einen desto breiteren Raum füllte die eigentliche Linke, welche die höchste souveräne Macht im Reich zwar dem Parlament übertragen, aber die bestehenden Staaten, namentlich die Mittelstaaten, möglichst schonen wollte. Sie hatte für jeden Bürger des deutschen Reichs eine ganze Reihe von Grundrechten festgestellt; die Frage der gemeinsamen Regierung schien ihnen Nebensache. Wie ein Kopf überhaupt auf solche Vorstellungen kommen kann — und es saßen doch sehr gebildete Leute auf der Linken! würde man gar nicht verstehn, wenn man sich nicht an die alte Voraussetzung des Liberalismus erinnerte, daß die Menschen zu einer vernünftigen Verfassung nichts weiter brauchten als Einschränkung der Polizei, des Militärs und der Pfaffen. Diese völlig unhistorische Schule des Liberalismus, die abstracte Formeln aus der Verfassung eines Inselreichs ohne weiteres auf continentale Verhältnisse übertragen möchte, auf Verhältnisse, bei denen die natürliche Expansivkraft der Staaten andere zu erdrücken droht, ist leider noch heute nicht ausgestorben.

Das Parlament konnte nur eine moralische Einwirkung haben. Das Wort ist heut in Verruf, aber mit Unrecht. Es ist thöricht, durch moralische Einwirkung alles machen zu wollen, aber viel kann man damit machen. Man kann durch moralische Einwirkung die ernsthaft Widerstrebenden nicht zwingen, aber man kann denjenigen, der die Macht zum Zwange besitzt, unterstützen und bis zu einem gewissen Grade leiten. In diesem Sinn verfügte die Nationalversammlung in Frankfurt wirklich über ungemeine Mittel, nicht wegen ihrer vermeintlichen Rechtsansprüche, sondern weil ihre Mitglieder im hohen Grad die Achtung des Volks besaßen. Wäre es gelungen, das Ansehn und die Autorität, welche der Versammlung ohne Zweifel beiwohnte, zu einem gemeinsamen Plan zu vereinigen, so hätte man nicht alles aber viel damit ausrichten können.

Auf diesen Weg war also Gagern angewiesen; er mußte sich auf moralische Mittel einschränken, weil er über keine anderen verfügte. Da er aber einsah, daß diese allein zur Regierung eines Staates geschweige denn zur Gründung eines neuen nicht ausreichten, so hatte er von vorn

herein auf das Bündniß mit einer stärkeren Macht sein Augenmerk gerichtet. Diese konnte für ihn nur Preußen sein. Er war zwar in einem Kleinstaat aufgewachsen, aber nach seiner ganzen Familientradition kein specifisch darmstädtischer Particularist: die Gagern hatten allen möglichen Fürsten gedient. Er hatte keine natürliche Vorliebe für Preußen, aber er stand ihm unbefangener gegenüber als irgend ein anderer Minister oder Abgeordneter eines Kleinstaates.

Gagern hatte also für seine Zwecke einerseits das Parlament, andererseits die preußische Regierung zu gewinnen. Das letztere — und darin irrte er verhängnißvoll — schien ihm leichter als das erstere, er schob es bis ganz zu Ende auf. Auch dem Parlament gegenüber beeilte er sich nicht, wie ich glaube, aus richtiger Berechnung, da Preußen seit dem März 1848 so unpopulär war wie noch nie. Erst im October gab er andeutungsweise sein Programm: erst zu Anfang des nächsten Jahres legte er es vollständig vor. Damals war Preußen anscheinend bei den Liberalen in Verruf, in der That aber hatte es seit dem November-Ministerium an Achtung gewonnen: man erkannte daß es eine wirkliche staatliche Existenz war, was man in den Märztagen beinahe vergessen hatte.

Schwieriger als die Verständigung mit Preußen schien Gagern die Verständigung mit Oesterreich; aber auch an dieser verzweifelte er nicht.

Der berühmte kühne Griff, die Wahl des Reichsverwesers durch das Parlament, den man von conservativer Seite so heftig anfocht, war in seiner Art ein wohlüberlegter Schachzug. Für diese Anwendung der Souveränetät war er der Oesterreicher sicher, und er schuf damit einen Präcedenz-Fall für das, was er zunächst im Auge hatte, für die Wahl eines Kaisers durch den Reichstag. Die Wahl des Reichsverwesers war, wenn man will, eine Usurpation, allein die nachträgliche Sanction des Bundestags schien die Nothwendigkeit dieser Usurpation anzuerkennen. Die Errichtung eines unabhängigen Reichsregiments machte wenigstens den Anfang, dem Reich unabhängig von den Staaten positive Functionen zu übertragen, die sich dann allmählich erweitern ließen, namentlich wenn der künftige Kaiser zugleich Fürst des mächtigsten Particular-Staats war.

Freilich hatte die Wahl eines österreichischen Erzherzogs ihre Bedenken, denn sie sah auch nach dynastischer Seite wie ein Präcedenz-Fall aus; das Provisorium konnte in ein entsprechendes Definitivum übergehen. Man hat heute zu sehr vergessen, wie stark damals die österreichischen Sympathien waren. Der Nimbus der alten Kaiserwürde war doch noch vorhanden. Die österreichischen Abgeordneten hielten stramm zusammen, die preußischen waren zersplittert, die höfischen Particularisten

fürchteten Alles von Preußen, Nichts von Oesterreich. Den Demokraten und vorgeschrittenen Liberalen war die Person des Königs von Preußen ein Greuel, während sie von Oesterreich gar nichts wußten, also auch kein Arg daran hatten. Die Chancen für Oesterreich standen gut. Das Parlament war unter der Voraussetzung gewählt: das ganze Deutschland soll es sein! ein Ausscheiden Oesterreichs lag ganz außer Frage. Nun hatte man einen österreichischen Reichsregenten, einen österreichischen Premierminister, und konnte sich schmeicheln, mit der Zeit auch eine österreichische Majorität zu gewinnen. Schmerling, der sehr geschickt operirte, durfte gar nichts übereilen. Jede neue Function, die das Reich an sich nahm, schien wenn nicht den wirklichen Einfluß so doch das Selbstgefühl Preußens zu verletzen. Man konnte darauf rechnen, Preußen mehr und mehr in die Opposition zu drängen, und dann schließlich nicht mit einem frankfurter Bataillon, sondern mit der österreichischen Armee von den andern deutschen Bundestruppen verstärkt als Reichsexecution gegen Preußen vorzugehn.

Allein die Idee scheint in Wien wenig verstanden zu sein. Man sah im Parlament, im ganzen Reich überhaupt nur das revolutionäre Element, man brüskirte es in unnützer Weise, man stellte sich auf den specifisch österreichischen Standpunkt. Man hatte keine Ahnung wozu man das Reich benutzen konnte.

Nachdem so Oesterreich wenigstens theilweise seinen Boden im Parlament verloren hatte, trat Gagern mit seinem Programm hervor, das nach verschiedenen Zwischenfällen zuletzt auch durchgeführt wurde. Es ist von Interesse dies Programm mit der Reichsverfassung wie wir sie jetzt haben zu vergleichen.

Es wird ein deutsches Reich gegründet, welches mit Ausschluß der deutschen Provinzen Oesterreichs das ganze Gebiet des ehemaligen deutschen Bundes umfaßt.

An der Spitze dieses Reichs steht ein Erbkaiser, welcher zugleich der König von Preußen ist.

Er hat die gesetzgebende Gewalt im Verein mit dem Reichsparlament, er führt die Regierung durch Minister, welche dem Parlament verantwortlich sind.

Die einzelnen Staaten bleiben bestehn und behalten ihre Functionen, mit Ausnahme einiger, die auf das Reich übertragen werden.

Mit der selbständigen großen österreichischen Monarchie wird ein ewiges Bündniß abgeschlossen. —

Sieht man nur auf die Form, so scheint Gagerns Programm sich ja jetzt erfüllt zu haben. Wir haben einen preußischen Erbkaiser, einen

Reichstag, ein Reichsregiment, dessen Chef, der Kanzler, sehr eifersüchtig jedem Uebergriffe der Particularstaaten, namentlich des mächtigsten unter ihnen Preußen, wehrt. Wir haben schließlich auch ein Bündniß mit der österreichisch-ungarischen Monarchie, zwar kein ewiges, aber der Art, daß es sich den Gagern'schen Ideen nahe anschließt.

In der That ist auch vielfach behauptet worden, Herr von Bismarck habe im Grund nur unsere alten Ideen ausgeführt.

Diese Behauptung, ungereimt im Munde der Demokratie, die ja 1848 und 1849 auf das Leidenschaftlichste gegen das Kaiserthum eintrat, hat einigen Anschein von Berechtigung, wenn sie von der alten Kaiserpartei erhoben wird.

Aber auch nur den Anschein. Bei aller Aehnlichkeit in der Form ist das Kaiserthum, wie wir es haben, im Wesen dem projectirten von 1849 entgegengesetzt; und wenn Herr von Bismarck, der Gründer des neuen, gegen das alte protestirte, so war er sich dieses Gegensatzes wohl bewußt.

Ich zweifle nicht, daß persönliche Motive mitspielten. Bismarck war aufgewachsen im Kampf gegen den Liberalismus und gegen die Demokratie; wie bei jeder tüchtigen Natur hatte bei ihm dieser Kampf einen gründlichen Widerwillen hervorgerufen. Es wurde in der Paulskirche gesagt, die neue Kaiserwürde sollte mit einem Tropfen demokratischen Oels eingeweiht werden. Dieser Tropfen, der reichlich genug gemessen war, machte Bismarck die Krone unerträglich. Ich erinnere mich noch daran, als die Kaiserdeputation in Berlin ankam. Bismarck sagte damals in der Kammer, wenn man den neuen Scepter annehme, würde sehr bald die Revolution dem Kaiser wie Caspar dem Max zurufen: Meinst Du, dieser Adler sei Dir geschenkt?!

Aber er hatte auch wohl sehr schwer wiegende sachliche Gründe. Die Uebertragung einer neuen Reichsgewalt durch Wahl hat nur dann einen Sinn, wenn sie entweder die Anerkennung einer bereits feststehenden Thatsache ist, oder wenn die Wählenden die Macht, welche sie übertragen wollen, wirklich besitzen. Dem Starken, der nöthigenfalls Gehorsam erzwingen kann, gebührt die Herrschaft. Der Reichstag von 1867 konnte wohl die Verfassung des Norddeutschen Bundes feststellen, da durch einen blutigen Krieg Oesterreich aus dem Reich ausgetrieben war und die Mittelstaaten die Hand des Siegers gefühlt hatten. Die deutschen Fürsten konnten wohl 1871 den deutschen Kaiser wählen, da er als ihr Führer bereits dem Vaterland glänzende Triumphe bereitet hatte. Sie wählten den Stärksten, weil er der Stärkste war und sich als solcher bewährt hatte. Sie machten die Würde erblich, weil sich gezeigt hatte, daß diese Stärke

hauptsächlich in der organisirten Macht Preußens beruhte. Die correcte Form, in welcher dieser Act sich vollzog, die Einstimmigkeit sämmtlicher Fürsten und der Abgeordneten des Volks, sehr werthvoll an sich, gewann ihre rechte Bedeutung doch erst dadurch, daß sie nur sanctionirte, was thatsächlich bereits vorhanden war, und was sein mußte.

Die Wahl von 1849 zeigt ein ganz entgegengesetztes Bild. Sie fußte weder auf dem Boden bestehender Thatsachen, noch gab sie dem neu erwählten Oberhaupt irgend welche Mittel an die Hand, diese Thatsachen zu schaffen. Oesterreich hatte offen seinen Widerspruch eingelegt, und wie lange auch die Nationalversammlung auf ihrem Isolirschemel sich in dem Wahn der Macht von Reden und Worten gewiegt hatte, Männer von hellem politischem Blick wie Gagern konnten doch nicht den leisesten Zweifel darüber hegen, daß Oesterreich diesem Protest auch handgreiflichen Nachdruck geben werde. Das bloße Versprechen einer ewigen Allianz war wahrlich nicht verlockend genug, Oesterreich zum freiwilligen Aufgeben einer hervorragenden Stellung zu bestimmen, die ihm so große Vortheile gewährte. Ueber Oesterreich aber hatte die Versammlung alle Gewalt verloren: weder auf die Regierung, noch auf die Armee noch auf das Volk hatte sie irgend welchen Einfluß. Mit den Mittelstaaten sah es nicht viel besser aus: es gab darin allerdings eine patriotische dem Reich zugeneigte Partei, aber diese hatte bei den Regierungen, auf die es doch schließlich ankam, nichts zu sagen.

Die Majorität der Versammlung mußte sich also klar machen, daß mit der Kaiserwahl noch nicht das letzte Wort gesprochen war, daß es dann noch erst darauf ankam, Oesterreich zum Austritt, die Mittelstaaten zur Unterwerfung unter das Reich zu zwingen.

Und was für Machtmittel bot sie dazu, abgesehn von ihrer zweifelhaften Competenz, dem neuen Wahlkaiser? Eigentlich standen hinter ihr nur die wohlgesinnten Leute aus dem Mittelstande, die bei einer Action nicht einzugreifen pflegen. Was von revolutionärer Kraft im Volk noch etwa vorhanden war, richtete sich gegen das Kaiserthum, und was vom Recht der Revolution gesprochen wurde, d. h. von den rechtlichen Nachwirkungen eines Gewaltacts, nachdem die Gewalt erloschen ist, war doch nur Kinderei.

Eigentlich hatten sich den Beschlüssen der Nationalversammlung nur die Kleinfürsten angeschlossen, und so hätte denn Preußen die Sache allein durchfechten müssen. Es war nicht sehr verlockend für Preußen, daß die Gewalt des Kaisers nicht blos dem Reichstag sondern auch den Staaten gegenüber auf das ängstlichste verklausulirt wurde. Vor allem war an entscheidender Stelle der Wille nicht vorhanden, Gewalt anzuwenden.

Viele Jahre später wurde ein Brief des Königs Friedrich Wilhelm an E. M. Arndt veröffentlicht, in welchem sich jener lange vor der Kaiserwahl aufs bestimmteste dahin aussprach, die Krone nicht annehmen zu zu wollen. Der Brief war unter dem Siegel der Verschwiegenheit geschrieben, wie weit sein Inhalt verlautete, ist mir nicht bekannt. Ein ehemaliger Reichsminister, den ich darüber befragte, sagte mir, er habe es nicht gewußt, aber auch wenn er's gewußt hätte, würde er doch für den Kaiser gestimmt haben.

Wenn man die Sache recht überlegt, sieht man ein, daß es so kommen mußte. Darin lag eben das Tragische der Situation! Die Wahrscheinlichkeit, daß aus dem immerhin sehr ernsthaften Akt etwas herauskommen werde, was diesem Ernst entspräche, war wohl nur gering, und doch hätte jeder andere Entschluß den Staat, auf den man einmal rechnete, schwerer schädigen müssen. Die Kaiserwahl versetzte den König von Preußen, auch wenn er sie ablehnte, immerhin in eine günstige Position.

Daß diese Vorstellung wirklich im Stillen von vielen Führern der Partei getheilt wurde, zeigte sich in ihrem Verhalten, als nun Preußen seinerseits in die Action eintrat. Sie war schwächlicher als man vermuthet hatte, aber sie sah doch immer nach etwas aus. Das Dreikönigsbündniß war keine besondere Thatsache, aber doch eine Thatsache, wenigstens schien es eine zu sein, und als eine Anerkennung dieser Thatsache stellte sich die Versammlung zu Gotha heraus.

Man hat sie der Partei zum schweren Vorwurf gemacht; man hat sie mit allen guten und schlechten Witzen überschüttet. Es ist wahr, sie war das Eingeständniß, daß man sich früher über den Umfang seiner Macht getäuscht habe. Man hatte früher geglaubt, Macht verleihen zu können, man sah jetzt ein, daß man sich, um das nur einiger maßen Haltbare zu retten, einer bestehenden Macht anschließen, sich ihr unterordnen müsse. Ein solches Eingeständniß fällt dem Selbstgefühl schwer, namentlich wenn es den allgemeinen Voraussetzungen widerspricht. Aber jene Voraussetzungen waren falsch gewesen, und das Eingeständniß traf die Wahrheit. Die in Gotha Versammelten konnten immer noch darauf rechnen, in den parlamentarischen Versammlungen, die ja bei dem Dreikönigsbündniß in Aussicht genommen waren, die Sache des Reichs zu vertreten. Das Verhalten war gewiß würdiger als das des Rumpfparlaments, das sich immer noch so aussprach, als regiere es Deutschland, bis ihm endlich ein kleiner würtembergischer Minister den Stuhl vor die Thür setzte.

Das Tragische liegt bei edel denkenden Männern nicht in dem Furcht-

baren, was sie etwa äußerlich betreffen kann, sondern darin, daß sie ihre Lage in einen innern Widerspruch bringt. So war es Gagern ergangen. Mit dem reinsten Willen, mit der hellsten Idee über das was man zu erstreben habe, mit klarstem Bewußtsein über die Verkettung der Dinge, hatte er doch eine Rolle übernehmen müssen, die glänzend im Anschein, gerade bei logischer Entwicklung der Geschichte aussichtslos bleiben mußte. Das Tragische liegt darin, daß eine innere Nothwendigkeit ihn in diese Rolle trieb.

Nach Gotha und Erfurt stand ihm noch die bitterste Enttäuschung bevor. Auch die Kraft des Willens, welche die Union hervorgerufen, hatte er überschätzt. Auch um dies bescheidnere Ziel zu behaupten, hätte man Gewalt brauchen müssen, und es zeigte sich, daß dazu die Kräfte nicht ausreichten. Wenn man damals Olmütz gar nicht begreifen konnte, so ist man darüber klar geworden, als man erfuhr, wie es mit der preußischen Armee stand.

In jenen Tagen that Manteuffel eine Aeußerung, die freilich entstellt zu einem geflügelten Wort und zum Gegenstand lauten Spottes wurde; er sagte: der Starke kann zurückweichen; man ließ ihn sagen: der Starke weicht zurück. Das letzte ist ein offenbarer Unsinn, in dem ersten liegt eine sehr ernsthafte Wahrheit. Freilich ist der Tag von Olmütz nicht einer von denen, die ein Preuße roth im Kalender anstreichen möchte. Es überläuft uns immer heiß und kalt, wenn wir daran denken. Und doch hat uns Olmütz aus einer sehr bedenklichen Lage gerettet. Warum benutzte Oesterreich nicht sein damaliges Uebergewicht, um Preußen factisch in die Stelle herabzudrücken, die es ihm lange zugedacht hatte? Fürst Schwarzenberg, der es damals regierte, war sonst in seinen Mitteln nicht wählerisch.

Er unterließ es, weil ihm Preußen doch noch zu stark vorkam; er begnügte sich, es schlecht zu behandeln. Einen andern Staat hätte die Mischung von Begehrlichkeit und Furcht, welche die Politik der Jahre 1849 und 1850 charakterisirt, an den Rand des Abgrunds gebracht; der Starke konnte zurückweichen, und blieb im Ganzen so stark als er gewesen war.

Diesen Umstand scheint Gagern übersehn zu haben, als er Preußen nun völlig aufgab. Der Idealist hatte sich erst in der Macht der deutschen Gesinnung, er hatte sich dann über den Willen des Staats, auf den er seine volle Hoffnung setzte, getäuscht; Olmütz schien ihm das Siegel über der Abdankungs-Urkunde Preußens; er nahm es als ein Definitivum, und die Ereignisse von 1866 und 1870 haben ihn eines Bessern nicht überführt.

Auch darin liegt wieder etwas Tragisches. Ihm, der hoffnungsvollen und gläubigen Natur, blieb Hoffnung und Glauben entzogen, auch wo die Thatsachen sie ihm hätten aufdrängen sollen; das Ende seines Lebens wollte sich mit dem Anfang nicht verknüpfen.

Sein Leben, dargestellt von einem der ihm näher stand und seine Triebfedern durchschauen durfte, würde ein rührendes und belehrendes Bild geben. Das Bild einer reich und selbst groß angelegten Natur, und den schönsten Typus zugleich einer merkwürdigen Zeit, deren wir uns, wie ich meine, trotz aller ihrer Irrthümer und Erfolglosigkeit im Ganzen nicht zu schämen haben*). Julian Schmidt.

---

*) Die Redaction räumt diesem warmen Nachrufe gern einen Platz in den Jahrbb. ein, obwohl sie das günstige Urtheil des Herrn Verfassers über die politische Befähigung H. v. Gagerns nicht zu theilen vermag. A. d. R.

Der letzte Akt der Zollvereins-Geschichte.

Seit das Zollgesetz von 1818 die preußischen Lande zu einem Zoll- und Handelsgebiete zusammenschloß, hat die Krone Preußen ein halbes Jahrhundert hindurch den harten Kampf um die handelspolitische Einigung unserer Nation geführt. Es war ein in aller Geschichte unerhörtes Schauspiel, erhebend zugleich und lächerlich. Erhebend; denn in jeder der unzähligen Verwicklungen dieses Kampfes trugen die Einsicht und Festigkeit Preußens zuletzt immer den Sieg davon über Deutschlands innere und äußere Feinde. Lächerlich; denn alle Thorheit, alle Selbstsucht, aller Dünkel unserer Kleinstaaterei kam dabei zum Durchbruch. Mit einer Verblendung ohne Gleichen täuschte sich die Bevölkerung der kleinen Staaten regelmäßig über ihr eigenes und des Vaterlandes Wohl, um jedesmal sobald der gefürchtete Anschluß an Preußen durch die bessere Einsicht der Regierungen endlich vollzogen war, die Nothwendigkeit der Aenderung nachträglich dankbar anzuerkennen. Ebenso regelmäßig verdeckte der Particularismus seine Selbstsucht hinter dem schönen Worte der Freiheit; bald nahm er die Freiheit des Handels bald das freie Selbstbestimmungsrecht der deutschen Stämme, bald auch Beides zugleich zum Vorwande. Jedesmal, seit die selig entschlafene Großmacht Anhalt-Köthen zuerst auf der Elbe den Zollkrieg gegen Preußen eröffnete, ließ sich die von dem Liberalismus beherrschte öffentliche Meinung durch solche hohle Kraftworte verführen und nahm leidenschaftlich Partei für die particularistische Sache.

Die Verfassung des Norddeutschen Bundes brachte den Plänen der preußischen Handelspolitik endlich einen durchschlagenden Erfolg; der Grundsatz der deutschen Zolleinheit ward in die neue Verfassungsurkunde aufgenommen. Der lange Kampf schien beendet. In jenen hoffnungsfrohen Jugendjahren unserer neuen Einheit erwartete Jedermann, daß der Particularismus, belehrt durch so viele schmähliche Niederlagen, die letzte handelspolitische Position, die ihm ausnahmsweise noch zugestanden worden, die Sonderstellung der Hansestädte, bald aus freiem Entschlusse räumen,

und jener große Grundsatz unseres Reichsrechts durch freundnachbarliche Verständigung, wie es Bundesgenossen geziemt, seine vollständige Verwirklichung finden würde. Wie bitter sind solche Erwartungen getäuscht worden, wie stark hat in diesen Tagen des allgemeinen deutschen Grillenfangs die Gleichgiltigkeit gegen den nationalen Gedanken wieder überhandgenommen! Wieder einmal, wie einst so oft unter des durchlauchtigsten Deutschen Bundes schützenden Privilegien, jammert die liberale Welt über Preußens räuberische Handelspolitik. Der Schmerzensschrei des freien Kötheners war das Wiegenlied der deutschen Zoll-Einheit, und allem Anscheine nach wird der letzte Akt der Zollvereinsgeschichte, der kürzlich auf dem nämlichen Strome, auf der Elbe, eröffnet wurde, unter den Weherufen des freien Hamburgers sein glückliches Ende finden.

Schon in jener merkwürdigen Denkschrift vom Juni 1829, welche die Grundgedanken der preußischen Zollpolitik darlegte, sagte der Finanzminister v. Motz voraus, nach und nach würden alle kleineren deutschen Staaten, auch die Hansestädte, dem preußischen Zollwesen beitreten. Niemals ist die preußische Regierung seitdem dieser Absicht untreu geworden; gleichwohl hat sie die eigenthümlichen Verhältnisse, welche zur Zeit des Deutschen Bundes die Sonderstellung der Hansestädte bedingten, immer unbefangen gewürdigt. Während die Süddeutschen oft auf die hanseatischen Spießgesellen des perfiden Albion schalten und diese oberländischen Vorurtheile in dem berüchtigten „Manuscript aus Süddeutschland“ einen beredten Ausdruck fanden, wußte man in Berlin sehr wohl, wie viel Deutschlands Volkswirthschaft damals dem rührigen Handelsgeiste des hanseatischen Bürgerthums verdankte. Motz selber sprach in jener Denkschrift aus, die Hansestädte könnten erst ganz zuletzt, erst nachdem ihr gesammtes Hinterland beigetreten, dem nationalen Marktgebiete sich anschließen.

In der That verbot sich der Eintritt Hamburgs in die preußische Zollgemeinschaft von selbst, so lange die Zolllinien Dänemarks, Mecklenburgs, des Steuervereins und des Zollvereins die Stadt umgaben. Auf diesen Grund und auf die Pflicht der großen Hafenplätze, dem ganzen Deutschland gleichmäßig zu dienen, beriefen sich denn auch alle die Publicisten, welche vor dem Jahre 1866 mit Einsicht und ohne particularistische Hintergedanken die Sonderstellung der Hansestädte vertheidigten. Als F. T. Müller und der hochverdiente Wurm im Jahre 1847 ihren Commissionsbericht über „die Aufgabe der Hansestädte“ veröffentlichten, da beklagten sie lebhaft die Isolirung dieser Plätze, die ihnen „nicht eigener Entschluß, sondern die politische Lage des Vaterlandes aufgenöthigt habe“. Sie gestanden zu, der Zollverein könne der Hansestädte nicht ent-

behren, wenn er eine nationale Schifffahrts- und Handelspolitik zu treiben unternehme, und behaupteten nur, ihm fehle für jetzt die Macht und der Wille eine solche Politik zu führen. Ebenso erklärte V. Böhmert in seiner Abhandlung über die Stellung der Hansestädte zu Deutschland (Jahrgang 1863 der Faucher'schen Vierteljahrsschrift): gerade weil der Zollverein keine geschlossene Macht hinter sich hat, bedarf Deutschland einiger großer Häfen, die allein dem Handel und der Handelspolitik leben.

Hörte man schärfer hin, so verrieth sich freilich hinter solchen patriotischen Klagen sehr häufig der stille Wunsch, die stolze Einsamkeit der Vaterstädte möge ewig dauern. Namentlich die hamburgischen Schriften warfen gern die Frage auf: wie könne Hamburg dem Zollvereine beitreten so lange Oesterreich fehle? Man hatte sich eingelebt in die Absonderung vom Vaterlande; jener heimathlose Weltbürgersinn, der einst fast in jedem deutschen Kriege nach Neutralität der vaterstädtischen Flagge verlangt hatte, war noch keineswegs ganz verschwunden. In dem einseitigen Leben der Handelsstaaten hatte sich eine Gesinnung herausgebildet, die man ebenso wohl allzu weitherzig wie allzu engherzig nennen kann: eine rein kaufmännische Auffassung des politischen Lebens, die in dem Staate nur den unbequemen Dränger, den natürlichen Feind des freien Handels sah und überdies mit republikanischem Dünkel auf die Unfreiheit der preußischen Monarchie herabblickte. Der hanseatische Handel behauptete die Stellung einer Weltmacht in Zeiten, da Deutschlands Ansehen tief darniederlag. Kein Wunder, daß man anfing das eigene Verdienst zu überschätzen und die angeblich ganz außerordentliche Blüthe der Hansestädte allein aus der Weisheit ihrer Handelspolitik herleitete. Und doch erscheint es — die Tüchtigkeit des hanseatischen Bürgerthums in Ehren — keineswegs erstaunlich, daß in einem handelskundigen Volke, an den Mündungen des dichtbevölkerten, gewerbreichen Elb- und Wesergebietes je ein großer Hafenplatz aufgewachsen ist. Man legte sich die Frage kaum noch vor: warum denn London und Liverpool, New-York und Marseille unter dem Schutze ihrer nationalen Zolllinien gedeihen? warum an den Mündungen von Rhein, Maas und Schelde, ebenfalls hinter nationalen Zolllinien, eine ganze Reihe blühender Handelsstädte besteht?

Ja es gab Zeiten, da die Hansestädte dem Fortschreiten des deutschen Zollvereins gradezu feindlich entgegentraten. Als sich in den Jahren 1828 und 1829 der sogenannte Mitteldeutsche Handelsverein bildete, der lediglich den Zweck verfolgte die weitere Ausbreitung des preußischen Zollvereins zu verhindern, da stand der Bürgermeister Smidt von Bremen mit unter den Leitern des verfehlten Unternehmens — ein ausgezeichneter Staatsmann, in dem sich alle die glänzenden Vorzüge, aber auch die Schwächen

und Vorurtheile der hanseatischen Politik verkörperten. Und wieder als der hannöverisch-oldenburgische Steuerverein die Unhaltbarkeit seiner Lage einzusehen anfing, da eröffnete der Hamburger Verein für Handelsfreiheit eine leidenschaftliche Agitation um den Anschluß Hannovers an Preußen zu verhindern. Trotzdem kam der September-Vertrag von 1851 zu Stande, und noch einmal spielten sich jene hochkomischen Auftritte ab, die in der Geschichte des deutschen Zollwesens längst zur Regel geworden: allgemeiner Jammer vor dem Anschluß, allgemeine Zufriedenheit nach der Entscheidung. Nunmehr war Bremen rings von Zollvereinsgebiet umgeben. Aber Bremen allein konnte nicht beitreten, aus demselben Grunde, der noch heute dieser Stadt ein einseitiges Vorgehen erschwert: sie mußte fürchten, falls sie sich allein dem Zollvereine anschloß, ihren Zwischenhandel an das reichere Hamburg zu verlieren. So begnügte man sich denn mit einem Abkommen über einige Verkehrserleichterungen. Indeß erschien die Absperrung unserer großen Häfen von Jahr zu Jahr lästiger und unnatürlicher, seit der gesammte Nordwesten dem Zollvereine angehörte. Lange vor dem Jahre 1866 sagte mir ein tiefer Kenner unserer Handelspolitik, Karl Mathy kurzab: Diese Sonderstellung der Hansestädte ist doch eigentlich ein nationaler Skandal!

Es kam der Krieg von 1866. Alle die guten Gründe, worauf sich die Vertheidiger der hanseatischen Handelspolitik bisher berufen hatten, fielen mit einem Schlage hinweg. Das gesammte Hinterland der Hansestädte schloß sich dem deutschen Zollverein an; sie verloren das Recht selbständige auswärtige Politik zu treiben; und nun bestand sie wirklich, die von den Wortführern der Hanseaten so oft herbeigesehnte nationale Centralgewalt, und sie war stark genug die Interessen unseres Handels und unserer Schifffahrt gegen Jedermann zu wahren. Daher ward damals schon von vielen Seiten, auch von dem Schreiber dieser Zeilen*) behauptet, die Absonderung der Hansestädte sei nunmehr völlig sinn- und haltlos geworden. Der constituirende Reichstag dagegen schlug einen Mittelweg ein. Preußen war den Hanseaten, namentlich den Bremern (denn der Hamburger Senat hatte bekanntlich erst in der zwölften Stunde die Partei Oesterreichs aufgegeben) für ihre während des Krieges bewiesene Treue zu Dank verpflichtet. Der Reichstag wollte die wackeren Bundesgenossen nicht drängen. Er verwarf den Antrag, die Freihafenstellung der Hansestädte nur vorläufig bis zum Erlaß eines Bundesgesetzes anzuerkennen, und überließ es vertrauensvoll den Städten selbst ihre Einschließung in die gemeinschaftliche Zollgrenze zu beantragen.

*) Preußische Jahrbücher 1867. Bd. 19 S. 729.

Aber wie schonend man auch zu Werke ging, so zeigen doch Form und Inhalt der Reichsverfassung unwiderleglich, daß der Gesetzgeber die Ausschließung der Hansestädte nur als ein Provisorium betrachtete. Artikel 33 setzt die Regel der Zolleinheit Deutschlands fest; Artikel 34 gewährt den Hansestädten eine Ausnahme von dieser Regel, doch mit dem ausdrücklichen Zusatz: „bis sie ihren Einschluß beantragen.“ Die Verfassung selbst bestimmt also bereits die Formen für die Wiederaufhebung des Art. 34. Erfolgt der von dem Grundgesetze vorhergesehene Antrag der Hansestädte, so wird dadurch nur eine Vorschrift der Verfassung — die im Art. 33 vorgeschriebene Zolleinheit des Reichs — vollzogen, und die Aufnahme der Städte in die nationale Zollgrenze kann, wie jede zur Ausführung der Reichsgesetze erforderliche Einrichtung, durch einfachen Beschluß des Bundesraths erfolgen. In der That hat der Bundesrath — ohne Mitwirkung des Reichstags und ohne daß sich irgend ein Widerspruch dagegen erhob — die Stadt Lübeck, die allein unter den Hansestädten die Zeichen der Zeit erkannte, auf ihren Antrag im November 1868 in die gemeinschaftliche Zollgrenze eingeschlossen. Von allen Seiten ward in jenen glücklichen Tagen deutscher Eintracht zugegeben, daß die einzige Ausnahme von der Regel der deutschen Zolleinheit so bald als irgend möglich beseitigt werden müsse. Ein beredter Vertheidiger der Bremer Interessen, A. Lammers, führte damals in diesen Jahrbüchern aus*), die Hansestädte seien nur noch „Freihäfen auf Wohlverhalten“; ihr Eintritt in den deutschen Zollverband nur noch eine Frage der Zeit.

Wie sind nun jene Vorschriften der Reichsverfassung während dreizehn langer Jahre von Seiten der Hansestädte und ihres größten Nachbarstaates, Preußens, gehandhabt worden? Von Seiten Preußens mit einer peinlichen Ehrlichkeit, einer freund-nachbarlichen Gefügigkeit, welche geradezu zur ungerechten Härte gegen Preußens eigene Unterthanen wurde. Die preußische Regierung hat niemals an dem Art. 34 sophistisch gedeutelt, niemals behauptet, daß dieser Artikel wie jeder andere durch den Beschluß von Bundesrath und Reichstag beseitigt werden könne — eine weitverbreitete Meinung, welche im Jahre 1867 selbst A. Lammers theilte. Sie achtete das Selbstbestimmungsrecht der Städte unbedingt und schloß, wesentlich aus Rücksicht auf Hamburg, sogar die Stadt Altona von der Zolllinie aus, obgleich die Anschlußpartei in Altona zu jener Zeit sehr stark war und in Schleswig-Holstein anfangs nahezu Jedermann erwartete, mit der Provinz werde auch ihr größter Handelsplatz in die preußische Zollgrenze eintreten. Noch mehr, Preußen beantragte, wieder nur

*) a. a. O. S. 658.

aus foederalistischem Zartgefühl, die neue Zolllinie auf der Elbe oberhalb Hamburgs, bei Bergedorf zu ziehen, obgleich unser Zollgesetz ausdrücklich vorschreibt, daß die Zollgrenze in den Küstenlanden am Meere liegen soll. So geschah denn das Unerhörte, daß die Elbe, die von Hamburg bis Cuxhaven unzweifelhaft ein preußischer Fluß ist, auf einer Strecke von etwa hundert Kilometern an beiden Ufern durch preußische Zollbeamte bewacht und die Einwohner der Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover des freien Verkehres beraubt wurden, welchen sie auf Grund der Reichsgesetze von Rechtswegen beanspruchen durften. Ganz ohne Aufsicht kann der Binnenverkehr an den Flußmündungen freilich nicht bleiben. Doch man vergleiche nur die Zustände auf der unteren Oder, deren Hauptstadt doch auch, wie Hamburg, viele Meilen in's Binnenland hinein liegt; und man wird zugestehen, daß die kleinen Plätze der Unterelbe ganz unbillig, ohne jeden Gewinn für die Zollkassen, belästigt werden. Zum Glück für Hamburg waren die Anwohner der Unterelbe noch von den Zeiten der dänisch-hannöverschen Herrlichkeit her gewöhnt, ihren deutschen Fluß als Ausland zu betrachten; sie bemerkten erst nach und nach, daß sie zu Gunsten Hamburgs einer Wohlthat der Reichsverfassung willkürlich beraubt wurden, daß die fortdauernde Zollquälerei im Binnenverkehre der Niederelbe den Vorschriften der Reichsgesetze offenbar widersprach?

Diese das eigene Land schädigende, weit über alle rechtlichen Verpflichtungen hinausgehende Nachgiebigkeit würde, einem mächtigen Nachbarstaate gegenüber, den Vorwurf schimpflicher Schwäche verdienen; einem schwachen Nachbarn erzeigt bewies sie lediglich, wie dringend die preußische Regierung wünschte mit allen ihren kleinen Bundesgenossen in ehrlicher Freundschaft zu leben. Weder England noch Frankreich noch irgend eine andere Großmacht hätte jemals eine solche freiwillige Selbstverleugnung geübt; und auch Preußen übte sie nur in der zuversichtlichen Erwartung, daß die Hansestädte die gleiche reichstreue Gesinnung bewähren, daß sie endlich einmal den guten Willen zeigen würden die Verheißung der Reichsverfassung — jenes „bis" des Art. 34 — zu erfüllen.

Bremen und Hamburg aber ließen sich weder durch das gute Beispiel Lübecks noch durch das Aufblühen dieser Schwesterstadt im Zollvereine belehren. Sie thaten nichts, gar nichts um durch Verhandlungen mit Preußen den Anschluß an die nationale Zollgemeinschaft vorzubereiten. Sie lebten weiter als ob Preußen von der Natur dazu bestimmt wäre seine eigenen Elbplätze zum Besten Hamburgs immerdar zu mißhandeln; und bald stand unter den Rhedern der beiden Städte die Meinung fest, die von der Reichsverfassung zugestandene provisorische Ausnahmestellung sei ein dauernder Zustand für alle Zukunft: — eine Verdrehung des wirk-

lichen Sachverhalts, welche in den jüngsten Reichstagsverhandlungen bereits mit erstaunlicher Unbefangenheit öffentlich vertheidigt wurde. Zur Zeit des Norddeutschen Bundes und noch in den ersten Jahren des Reichs konnte der Anschluß unter sehr günstigen Bedingungen erfolgen. Denn noch herrschte im Reiche der Freihandel, Fürst Bismarck selbst sprach sich noch für ein Finanzzoll-System aus. Zeigten die Hansestädte einige Bereitwilligkeit, so schien es damals keineswegs unmöglich, daß der Reichs-Zolltarif vereinfacht und auf wenige finanziell einträgliche Einfuhr-Artikel beschränkt wurde. Doch Mangel an Voraussicht war von jeher die Schwäche kleiner Republiken. Eine monarchische Regierung kann sicherer in die Zukunft hinaus rechnen als ein souveränes Volk, das — nach Washington's bitterem Ausspruch — immer erst fühlen will bevor es sich entschließt zu sehen. Als Napoleon im Jahre 1809 den Hansestädten die Aufnahme in den Rheinbund unter leidlichen Bedingungen anbot, da wähnten sie mit dem Weltherrscher Macht gegen Macht verhandeln zu können; sie stellten ihre Gegenbedingnngen und — wurden ein Jahr darauf dem Reiche des Despoten einverleibt. Ebenso ließen sie in unseren Tagen die günstige Zeit der deutschen Freihandelspolitik ungenutzt verstreichen und — erlebten eines Tages den Sieg der Schutzzoll-Partei im Reiche.

Durch diese Wendung der deutschen Handelspolitik ist der Anschluß für die Städte selbst unleugbar viel schwieriger geworden, doch auch ihre Sonderstellung um ebenso viel lästiger für das übrige Deutschland. Der alte Dahlmann pflegte Hamburg und Lübeck die beiden Augen Schleswig-Holsteins zu nennen. Schlimm genug für die Provinz, daß ihre natürliche Hauptstadt Hamburg sich politisch von ihr getrennt hat; aber ganz unerträglich, daß sie durch Zollschranken von ihrem unentbehrlichen Hauptmarkte künstlich abgesperrt wird. Wie schwer der gesammte nachbarliche Kleinverkehr und also auch das Handwerk unter diesen verschrobenen Zuständen leiden muß, liegt auf der Hand. Das Absatzgebiet für die hanseatischen Detailgeschäfte hat sich von Jahr zu Jahr verkleinert, seit die Nachbarlandschaften dem deutschen Zollverbande angehören. Die Mittelklassen empfinden diese Einbuße sehr lebhaft, namentlich in Bremen; trotz der Erbitterung der großen Kaufleute scheint die Masse der Bremer Wähler an ihrem Abgeordneten Mosle bisher noch keineswegs irr geworden zu sein. Unter normalen Verhältnissen müssen sich heutzutage in jedem großen Handelsplatze einzelne Zweige der Großindustrie ausbilden, die dort für ihren Bedarf an Rohstoffen die reichste Auswahl finden. In den Hansestädten ist diese natürliche Entwicklung unterbunden, weil der freie Verkehr mit dem Hinterlande fehlt. Bei Bremen ziehen sich die Fabriken nach den Vororten innerhalb der deutschen Zollinie zurück.

In Hamburg macht man gar aus der Noth eine Tugend und versichert, die Stadt könne ein Fabrikproletariat nicht brauchen — ein sonderbarer Anachronismus am Ende des neunzehnten Jahrhunderts! Auch das deutsche Geschäft des Großhandels wird durch die Absperrung der Hafenplätze vom Hinterlande lediglich belästigt. Die trennende Zollgrenze erschwert jene großen permanenten Ausstellungen der Export-Industrie, wie sie der ausländische Kunde in einem Welthandelsplatze zu finden erwartet. Für das Importgeschäft andererseits ist es offenbar bequemer und wohlfeiler, eine ganze Schiffsladung sogleich beim Löschen mit einem male zu verzollen als viele kleine Sendungen erst beim Eingang in das Binnenland. Die Binnenschiffer der Oberelbe beklagen sich laut über die Trennung der Zollabfertigung vom Ladegeschäfte: sie befrachten ihr Schiff in Hamburg und müssen gleich darauf im Revisionshafen wieder ausladen um die Waaren nochmals wiegen zu lassen.

Einzig und allein der Zwischenhandel zieht Vortheil aus den heutigen Einrichtungen. Doch die Zeiten sind längst vorüber, da die Hansen mit ihrem guten Schwerte die commercielle Entwicklung der Nachbarvölker niederhielten und durch solche Unterdrückung ihren schwunghaften nordischen Zwischenhandel begründeten. Je mehr alle Staaten Nordeuropas allmählich zu wirthschaftlicher Selbständigkeit gelangen, um so tiefer sinkt verhältnißmäßig die Bedeutung des Zwischenhandels, um so mehr sieht sich jeder große Hafenplatz gezwungen seine beste Kraft auf den Verkehr von und nach dem eigenen Lande zu werfen.

Darum sind kraft einer wirthschaftlichen Nothwendigkeit alle Freihäfen in Europa nach und nach beseitigt worden. Der einzige größere, der außerhalb Deutschlands noch besteht, der von Triest, geht ebenfalls seiner letzten Stunde entgegen; nach den neuesten Verhandlungen des österreichischen Reichsraths scheint es nahezu sicher, daß Istrien, das Hinterland von Triest, das um dieses Hafens willen bisher aus der Zollgemeinschaft ausgeschieden war, demnächst in die Zolllinie eintreten und dann auch die Sonderstellung von Triest aufgehoben werden wird. Die modernen Seestädte bedürfen nicht mehr jener altfränkischen Absperrung, die heute nur noch wie canis a canendo mit dem schönen Ausdrucke „Freihafen“ bezeichnet wird; sondern einer zweifachen wirklichen Freiheit. Sie brauchen einen völlig unbelästigten Zwischenhandel und andererseits freien Verkehr mit dem Hinterlande für ihre Ein- und Ausfuhr. In unseren beiden großen Seeplätzen wird die Stadt selbst als Ausland, dem Reiche gegenüber, behandelt; nur der kleine Bezirk, wo die Zollvereinsniederlagen sich befinden, gehört zum Inlande. In London und in nahezu allen anderen Hafenplätzen herrscht das entgegengesetzte, offenbar freiere und verständl-

gere System: die große Stadt selber ist Inland; nur einzelne Theile der Stadt und des Hafens bleiben als Ausland außerhalb der Zollgrenze, und in diesen Freilägern kann der Zwischenhändler die eingeführten Güter nach Belieben für die Wiederausfuhr umpacken oder mischen. So werden die gerechten Forderungen des Zwischenhandels wie des Aus- und Einfuhrgeschäfts zugleich befriedigt; ein Gegensatz der Interessen zwischen der Hafenstadt und dem Hinterlande kann sich gar nicht ausbilden.

In Hamburg wird die Einrichtung solcher zollfreier Docks allerdings erhebliche Kosten verursachen; jedoch die Vollendung unserer nationalen Zolleinheit ist sicherlich eines Geldopfers werth, und wenn die Hansestädte den Wünschen des Binnenlandes als gute Bundesgenossen entgegenkommen, so muß das Reich einen Theil der Unkosten übernehmen. Da die Waarenspeicher in Hamburg durch die ganze Stadt zerstreut liegen, so kann der Anschluß nicht vollzogen werden ohne manche Privat-Interessen schwer zu verletzen; aber die große Mehrzahl, vielleicht drei Viertel, der vorhandenen Speicher wird nach wie vor für die Zwecke des deutschen Geschäfts Verwendung finden, und der mögliche Verlust Einzelner gleicht sich im Ganzen aus durch das höchstwahrscheinliche Anwachsen des Exportgeschäfts und der Industrie. Namentlich ein Zweig der Hamburger Volkswirthschaft wird durch den Anschluß einen harten Stoß erleiden: jene eigenthümliche Industrie, die sich wie eine Schmarotzerpflanze an den kräftigen Baum des Hamburgischen Zwischenhandels anklammert. Die Hansestädte verdanken ihre Freihäfen der Rücksicht auf den Handel. Mißbraucht man aber diese privilegirte Stellung, um durch die „Veredlung" der zollfrei eingeführten ausländischen Waaren den deutschen Producenten im Auslande eine ungleiche Concurrenz zu bereiten, so werden in Wahrheit die Reichsgesetze umgangen. Ein Theil dieser Freihafen-Industrie verdient ohnehin kein Mitleid. Wo wäre das Unglück, wenn gewisse Fabrikanten künftighin deutschen Sprit statt russischen Sprits verwenden müßten, um die Welt mit echtem Maraschino di Zara und echtem Benedictiner zu beglücken?

Im Großen und Ganzen ist der hanseatische Verkehr während der letzten Jahre wenig gewachsen, in manchen Geschäftszweigen offenbar zurückgegangen; jedenfalls schreiten diese beiden reichen, günstig gelegenen und durch die unvergleichliche Tüchtigkeit ihrer Geschäftswelt altberühmten Plätze bei Weitem nicht so rasch vorwärts wie viele unserer Binnenstädte. Begreiflich genug, denn die Vortheile der deutschen Gewerbefreiheit, der Freizügigkeit u. s. w. kommen ihnen, wegen der trennenden Zollgrenze, nicht in vollem Maße zu Gute.

Mit Unrecht beschuldigt man im Binnenlande die Hanseaten der

Feindseligkeit gegen das große Vaterland. Sie haben ihre treue Anhänglichkeit an Kaiser und Reich oft bewiesen und sind seit der Stiftung des Norddeutschen Bundes den politischen Anschauungen ihrer binnenländischen Landsleute ersichtlich näher getreten. Die alte republikanische Selbstgefälligkeit schwindet mehr und mehr seit man die deutsche Monarchie näher kennen gelernt hat; auch unsere dem Kaufmann so fremdartigen militärischen Institutionen haben sich überraschend schnell eingelebt, die Stadt Bremen freut sich der Kriegsthaten ihrer tapferen Söhne ganz ebenso herzlich wie nur irgend ein kurmärkisches Garnisonstädtchen. Was die Hanseaten verhindert ihre Sonderstellung aufzugeben, das ist vor Allem jene eigensinnige Schwerfälligkeit, welche grade der große Kaufherr zu zeigen pflegt sobald ihm eine radikale Veränderung seines Geschäftsbetriebes zugemuthet wird. Wir Deutschen haben diese Erfahrung schon zweimal gemacht, als Leipzig und Frankfurt in den Zollverein eintraten. Auch dort leiteten nicht engherzige Kleinkrämer den particularistischen Widerstand, sondern große Kaufleute von weitem Gesichtskreis und ehrlichem Patriotismus. Diese wackeren Männer hatten sich eingelebt in die altgewohnten Geschäftsformen und konnten sich gar nicht mehr vorstellen, daß die geliebte Vaterstadt auch unter veränderten Verkehrsverhältnissen gedeihen würde. Darum drohten die Leipziger Großhändler nach Hamburg auszuwandern, wenn man sie in die preußischen Zollschranken einsperre; Frankfurt aber schloß, um dem Zollvereine zu entgehen, jenen tragikomischen Schifffahrtsvertrag mit England, der alsbald wie eine Seifenblase zerplatzte. Der große Kaufherr ist stolz auf seine persönliche Kraft und Freiheit, er weiß daß Niemand auf der Welt von seinem Geschäfte mehr versteht als er selber, und empfindet es als eine Anmaßung, als eine persönliche Beleidigung, wenn irgend ein Anderer — und nun gar ein Gelehrter oder ein preußischer Geheimer Rath — sich ein Urtheil über den vaterstädtischen Handel erlaubt. Und doch lehrt die Geschichte, daß die Berliner Geheimen Räthe das wahre Interesse des Leipziger und des Frankfurter Handels weit richtiger erkannten als die Kaufherren der beiden Städte selbst. In Fragen solcher Art entscheidet nicht die privatwirthschaftliche Anschauung des Kaufmanns, sondern das staatswirthschaftliche Urtheil des Staatsmannes.

Die Lust des Beharrens wird heute noch verstärkt durch den Unwillen über den neuen Zolltarif, der allerdings den alten hanseatischen Traditionen schnurstracks zuwiderläuft. Manche eifrige Freihändler hoffen sogar, von diesen beiden letzten Burgen des Freihandels aus das ganze Reich zurückzuerobern. Wunderlicher Irrthum! Die Nation zeigt sich in ihrer großen Mehrheit fest entschlossen, den neuen Tarif die Probe mehrjähriger

Erfahrung bestehen zu lassen; die Hansestädte besitzen nicht die Macht und, Dank ihren eigenen Unterlassungssünden, auch nicht das Recht bestimmend auf den Gang der deutschen Handelspolitik einzuwirken. Ohnehin können die abnormen Verhältnisse zweier von dem Vaterlande künstlich abgesperrter Hafenplätze niemals einem großen Reiche zum Vorbilde dienen. Bei ruhiger Erwägung sollte man sich selbst sagen, daß die neue auf Begünstigung des Exports gerichtete Handelspolitik dringend wünschen muß, die Bildung von großen Lägern inländischer Fabrikate in den Seeplätzen zu erleichtern, und daß die Hansestädte mit diesem berechtigten Wunsche des deutschen Reichs zu rechnen haben. Doch leider giebt es unter der Freihandelspartei, deren reichstreue Gesinnung im Allgemeinen außer allem Zweifel steht, doch manche Fanatiker der Doctrin, welche nach deutscher Unart ihre Lehre wie eine, jede andere Rücksicht ausschließende, religiöse Wahrheit betrachten. Und sie führen das große Wort in der freihändlerischen Presse. Als ich einem dieser Nichts-als-Freihändler neulich ins Gesicht sagte: „für Euch hört das Vaterland da auf, wo der Freihandel anfängt!“ — da erwiderte er mir zu meiner eigenen Ueberraschung: „Allerdings!“

So wiegt man sich ein in holde Selbsttäuschung, als ob man sich auf einer glücklichen Insel befände, als ob der Umschwung der deutschen Handelspolitik auf die großen Häfen des Reichs gar nicht zurückwirken könnte, und ergreift begierig jeden noch so schwachen Vorwand um die Unmöglichkeit einer Aenderung zu erweisen. Ein großer Bremer Rheder sprach mir die höchst unwahrscheinliche Befürchtung aus, Bremen werde nach dem Anschlusse durch Bremerhaven überflügelt und zuletzt vernichtet werden! Ein Anderer berief sich gar auf die Warnungen eines hohen preußischen Zollbeamten — natürlich eines steifen Bureaukraten, der wohl wußte, daß beim Anschluß der Hansestädte die heute üblichen, schwerfälligen Formen der Zollabfertigung vereinfacht werden müssen. Die vormals so verständige hanseatische Presse verfällt bereits in jenen gereizten Ton, der den Vertheidigern einer verlorenen Sache eigenthümlich ist; sie klagt über himmelschreiendes Unrecht, weil Preußen neuerdings gegen den Schmuggel, der auf dem Altonar Viehmarkte eingerissen war, streng einschreitet und das Reichsgesetz ernstlich handhabt! Wer die Unantastbarkeit des heutigen Zustandes bestreitet ist ein Neider hansischer Handelsgröße oder er theilt den angeblichen Haß des preußischen Junkerthums wider die großen Städte: der preußische Adel muß ja immer herhalten so oft den Liberalen die Gedanken ausgehen! Und doch lebt im gesammten Reiche kein zurechnungsfähiger Mensch, der die Hansestädte nicht für ein Kleinod Deutschlands hielte und ihre Blüthe nicht aus vollem Herzen wünschte. Die preußische Regierung wird der Feindseligkeit gegen den Handel beschuldigt, und doch beweisen

alle Anschlußverträge des Zollvereins die Unwahrheit dieser Anklage. Wie Leipzig für seinen Meßhandel das Privilegium der Meßcontirungen zugestanden erhielt, so werden die Hansestädte, wenn sie selbst nur ihren Bundesgenossen freundnachbarlich entgegenkommen, für ihren Zwischenhandel alle irgend nöthigen Befreiungen durchsetzen und sich in der nationalen Zollgemeinschaft bald ebenso wohl fühlen wie der große Meßplatz des Binnenlandes, der seiner einstigen Besorgnisse heute nur noch mit Lächeln gedenkt.

Nach zwölf Jahren vergeblichen Wartens entschloß sich Preußen endlich den Hamburger Senat an die noch immer unerfüllte Verheißung des Art. 34 zu erinnern. Man begann mit Hamburg; denn dort liegt die Entscheidung der hanseatischen Frage, auch sind die Zustände an der Niederelbe für Preußen ungleich drückender als die Verhältnisse an der Weser. Die Verhandlungen wurden am 19. Mai 1879 eröffnet und endeten schon am 26. Juni, da Hamburg den Beitritt zum deutschen Zollverband rundweg ablehnte. Nunmehr durfte Preußen nicht länger zögern, sich der Interessen seiner eigenen Unterthanen auch ohne Hamburgs Mitwirkung anzunehmen. Auf die Dauer wird es doch unerträglich und setzt uns dem Gespött aller Völker aus, daß unser großes Reich keinen einzigen Welthandelsplatz besitzt, der unseren Zollgesetzen unterworfen, unserem Export bedingungslos zugänglich ist. Die Plätze an der Ems kommen, wegen der Ungunst ihrer Lage, für den transatlantischen Verkehr ebenso wenig in Betracht wie die Ostseestädte; die kleinen Häfen an der Elbe und Weser aber werden allesammt durch die Uebermacht der Hansestädte niedergehalten. Man mußte also versuchen, an dem einzigen Platze, der sich zur Noth neben Hamburg behaupten konnte, in Altona dem deutschen Export einen freien Sammelplatz zu eröffnen. Nach abermals einem Jahre vergeblichen Wartens beantragte Preußen beim Bundesrathe, die Stadt Altona und — da die Landesgrenze mitten durch Straßen und Gärten geht — auch die Hamburger Vorstadt St. Pauli in die Zolllinie aufzunehmen.

Daß sich rechtlich gegen diesen Antrag nichts einwenden läßt, muß jedem Unbefangenen einleuchten. Der Artikel 34 lautet: „Die Hansestädte Bremen und Hamburg mit einem dem Zweck entsprechenden Bezirke ihres oder des umliegenden Gebietes bleiben als Freihäfen außerhalb der gemeinschaftlichen Zollgrenze, bis sie ihren Einschluß in dieselbe beantragen." Der Ausdruck „die Hansestädte" bedeutet in dem Texte der Reichsverfassung regelmäßig: die Staaten Hamburg u. s. w., und er kann auch im Art. 34 nichts Anderes bedeuten; sonst wäre der Nachsatz „bis sie ihren Einschluß beantragen" sinnlos. Das Recht einen solchen An-

trag zu stellen, steht ja unzweifelhaft nur den Staaten, nicht den Städten im engeren Sinne, zu. Der Sinn des Artikels ist also: Der Bundesrath hat von dem hamburgischen, dem bremischen und den benachbarten Staatsgebieten so viel Land aus der Zollgrenze auszuscheiden, als erforderlich ist um den Hansestädten den Bestand ihrer Freihäfen zu sichern. Dieser klaren Absicht des Artikels entsprach der preußische Antrag durchaus, und er war noch dazu nur ein Vorschlag, über dessen technische Zweckmäßigkeit der Bundesrath erst berathen sollte. Die Hamburger aber begrüßten schon diesen ersten Vorschlag mit einem Aufschrei der Entrüstung. Sie beschuldigten Preußen der Verfassungsverletzung; sie behaupteten, der Art. 34 rede von den Städten im engeren Sinne und verbiete, daß irgend ein Haus der Stadt Hamburg der deutschen Zolllinie eingefügt werde. Sie wiederholten diese Sophisterei in so herzbrechenden Tönen, mit so inbrünstiger vaterstädtischer Begeisterung und mit so fester Zuversicht, daß anfangs auch manche unparteiische Männer dadurch geblendet wurden.

Selbst in einer verworrenen Debatte des Reichstags, welche glücklicherweise zu keinem praktischen Ergebniß führte, fanden diese hamburgischen Stimmungen Widerhall. Die preußische Regierung jedoch beharrte auf ihrem Rechte und ließ sich die Competenz des Bundesrathes nicht bestreiten; in der Sache selbst dagegen erwies sie sich willfährig und begnügte sich die Aufnahme von Altona in den Zollverband durchzusetzen. Wenn also Hamburg nicht bald seinen Frieden mit dem Reiche schließt, so werden wir nächstens das unerquickliche Schauspiel erleben, daß die beiden durch die Natur der Dinge auf einander angewiesenen Nachbarstädte einen gehässigen Concurrenzkampf beginnen, und Altona, begünstigt von der preußischen Regierung und dem Bundesrathe, das deutsche Geschäft Hamburgs an sich zu reißen sucht. Preußen wird sich fortan streng auf dem Rechtsboden halten; mehr als dies können die Hamburger, nachdem sie uns dreizehn Jahre warten ließen, nicht von uns verlangen. Der natürliche Zollvereins-Hafen Hamburg-Altona ist vorläufig nicht zu haben, also müssen wir es mit Altona allein versuchen.

Inzwischen wurde ruchbar, daß Preußen auch den kleinen Plätzen an der Unterelbe endlich gerecht werden und beim Bundesrathe die Verlegung der Zollgrenze nach Cuxhaven beantragen wolle. Auch in diesem Falle ließ sich die Competenz des Bundesrathes nicht bestreiten. Die Zolllinie war im Jahre 1868 durch eine Verordnung des Bundesrathes (nach Art. 7 der Reichsverfassung) von Wittenberge nach Bergedorf hinab verlegt worden, ohne daß irgend Jemand widersprochen hätte; folglich konnte sie auch durch eine andere Verordnung bis an die Küste vorgeschoben werden, wie es das Zollgesetz von 1869 verlangt.

Ein völkerrechtliches Hinderniß stand ebenfalls nicht im Wege. Inwieweit die höchst unglücklich redigirte Elbschifffahrts-Acte von 1821 noch als geltendes Recht anzusehen sei blieb allerdings zweifelhaft; denn alle Rechtsverhältnisse des Stromes hatten sich im Laufe der Jahre von Grund aus verändert. Die alten Stromzölle, zu deren Regelung die Acte hauptsächlich bestimmt gewesen, bestanden längst nicht mehr, und aus zehn Elbuferstaaten waren ihrer zwei geworden: Oesterreich und das Deutsche Reich. Ueber den Artikel 14 der Acte aber, der hier allein in Betracht kam, waren alle betheiligten Staaten von jeher einig; durch die übereinstimmende Praxis der Uferstaaten wurde er seit zwei Menschenaltern dahin ausgelegt, daß auf dem Strome zwar keine Durchgangszölle erhoben werden durften, wohl aber die üblichen Eingangszölle. Eine andere Auslegung war auch ganz undenkbar, da sonst die Elbe in ihrer ganzen Länge auf beiden Ufern von Grenzjägern bewacht werden müßte! So bestanden denn seit sechzig Jahren ohne jeden Widerspruch mehrere Grenzzollämter an dem Strome, erst in Mühlberg und Wittenberge, später in Schandau und Bergedorf, und erhoben die Eingangsabgaben von den zu Schiff eingehenden Waaren, ganz wie an der Zollgrenze auf dem Lande. Diese so lange bestehende, allgemein anerkannte Regel wurde nun im Artikel 4 der revidirten Elbschifffahrtsacte, die am 7. März 1880 nach vieljährigen Verhandlungen in Wien unterzeichnet ward, als unzweideutige Vorschrift ausgesprochen. Der Bundesrath erklärte sein Einverständniß, auch Hamburg fand nicht das Mindeste einzuwenden.

Da scholl auf einmal der Jammerruf aus St. Pauli weithin über das Reich, und den geängsteten Gemüthern erschien dieser harmlose, bisher von Niemand beachtete, Artikel 4 der neuen Elbschifffahrts-Acte plötzlich als eine schlimme Falle, welche der heimtückische Reichskanzler dem unglücklichen Hamburg gestellt habe. Die Hamburger und die Nichts-als-Freihändler ergriffen die Berathung der neuen Elbschifffahrts-Acte im Reichstage als eine willkommene Gelegenheit um die Verlegung der Zollgrenze nach Cuxhaven durch ein dialektisches Kunststück zu vereiteln. Die Commission, deren Mehrheit aus Clericalen, Hamburgern und unbedingten Freihändlern bestand, schlug dem Hause vor die Elb-Acte zu genehmigen, aber unter dem Vorbehalte, daß die Zollgrenze auf der Unterelbe nur durch ein Gesetz verändert werden dürfe. So sollte denn die Ratification eines völkerrechtlichen Vertrages an die Erfüllung einer staatsrechtlichen Clausel geknüpft werden, und das Kaiserthum Oesterreich die Befugniß erhalten sich in die inneren Verhältnisse des deutschen Reiches einzumischen! Die juristische Ungeheuerlichkeit dieses Vorschlages war der patriotischen Mehrheit des Hauses denn doch zu arg; auch enthielt der

Antrag einen offenbaren Eingriff in die Rechte des Bundesrathes. Da indessen die Klagen der Hamburger bei einem Theile der liberalen Parteien williges Gehör gefunden hatten, so verfiel man endlich auf eine Halbheit, welche wahrlich nicht geeignet war das tief erschütterte Ansehen des deutschen Parlamentarismus zu kräftigen und ein würdiges Seitenstück abgab zu der kurz zuvor beschlossenen Verwerfung der Samoa-Vorlage. Die Mehrheit beschloß, die Elb-Acte zu nochmaliger Berathung in die Commission zurückzuverweisen — in dem nämlichen Augenblicke, da der Reichstag geschlossen wurde und jene Commission aufhörte zu bestehen!

Mit diesem Scherze ging der Reichstag auseinander. Preußen aber schritt ruhig seines Weges weiter und stellte nunmehr beim Bundesrathe den gefürchteten Antrag auf Verlegung der Zollgrenze. Die Annahme dieses Vorschlags scheint sicher. Zwar wird soeben von den Vertheidigern der hanseatischen Sonderstellung die eines Winkeladvocaten würdige Behauptung aufgestellt: Hamburg besitze Hoheitsrechte auf der preußischen Unterelbe, da die Stadt in ihrem eigenen Interesse für das Lootsenwesen und für die Erhaltung des Fahrwassers Kosten aufwende! Doch diese Beweisführung ist nicht nur unhaltbar, sie thut auch gar niemals zur Sache. Reichsrecht bricht Landrecht; die verfassungsmäßige Befugniß des Bundesraths, über die Reichszollgrenze zu verfügen, darf nicht durch den Einspruch eines Einzelstaates verkümmert werden. Und welchen Grund hätte Hamburg zur Beschwerde, wenn die Zolllinie bis zur See vorgeschoben und der Verkehr zwischen den kleinen Orten der Unterelbe endlich erleichtert würde? Das Reich erhebt keine Durchfuhrzölle; die nach Hamburg bestimmten Schiffe werden nach wie vor zollfrei eingehen und lediglich genöthigt werden einige Zollbeamte an Bord zu nehmen — eine geringfügige Unbequemlichkeit, die unter ernsthaften Männern nicht der Rede werth ist. Immerhin wird die Errichtung der Zollstelle in Cuxhaven und des Zollvereinshafens in Altona dazu beitragen, den Hamburgern ihren Standpunkt klar zu machen, ihnen handgreiflich zu zeigen, daß ihre Stadt nur eine Enclave des Reichszollgebietes bildet. Mag man beklagen, daß die Anwendung so drastischer Mittel nöthig geworden ist; die Schuld fällt allein auf die Hansastädte. Sie haben dem Vertrauen, das ihnen der constituirende Reichstag erwies, schlecht entsprochen und gänzlich vergessen, daß sie als Glieder des Reichs verpflichtet sind die verfassungsmäßige Zoll-Einheit Deutschlands nicht auf die Dauer zu verhindern; sie haben der Vergünstigung, welche ihnen das Reich vorläufig gewährt hat, eine Auslegung gegeben, die der nationalen Wohlfahrt schadet und dem Geiste der Reichsverfassung widerspricht.

Es liegt in Hamburgs Händen, den unerfreulichen Zuständen, welche über die Unterelbe hereinzubrechen drohen, durch einen klugen, patriotischen Entschluß rechtzeitig vorzubeugen. Lasse man endlich ab von dem grundlosen Mißtrauen gegen die Krone Preußen und die Reichsregierung, welche beide für die Hansestädte nur aufrichtiges Wohlwollen hegen. Lasse man ab von dem aussichtslosen Versuche, die öffentliche Meinung durch Entrüstungsrufe und Advocatenkünste zu gewinnen. Die Nation glaubt längst nicht mehr, daß die Absperrung ihrer größten Häfen „ein nationales Bedürfniß" sei, wie die Federn der Hamburger Großhändler behaupten. Auch in den Hansestädten selbst ist die Anschlußpartei weit stärker als sie scheint; sie wird nur zum Schweigen genöthigt durch den Einfluß der großen Firmen. Höre man endlich auf, sich durch Zornworte in eine thörichte Gespensterfurcht hineinzureden. Die Grundlagen des hanseatischen Reichthums sind so kerngesund, die Bürgerschaft beider Städte so ehrenhaft und rührig, daß der peinliche Uebergang zu neuen, natürlicheren Verhältnissen ohne schwere Gefahr gewagt werden kann. Je früher Hamburg sich bereit erklärt dem nationalen Zollverbande beizutreten, um so freigebiger wird das Reich dem deutschen Hafen Hamburg-Altona alle die Erleichterungen gewähren, deren sein Welthandel bedarf. Auch über den Zeitpunkt des Eintritts wird die Reichsregierung mit sich reden lassen sobald sie nur erst den ehrlichen Willen sieht.

Die gemäßigten Liberalen befinden sich augenblicklich in einer überaus schwierigen Lage. Sie werden das neue kirchenpolitische Gesetz verwerfen müssen, wenn es nicht noch gelingt durch eine gründliche Umarbeitung des Entwurfs das Ansehen der Staatsgewalt sicher zu stellen; sie können also leicht ohne ihr Verschulden zwischen zwei Feuer gerathen. Um so wichtiger ist es, daß sie nicht in einer Sache, wo der Kanzler ganz und vollständig Recht hat und an die schönsten Ueberlieferungen der Zollvereins-Geschichte wieder anknüpft, die Partei der systematischen Opposition ergreifen. Die Nachricht, daß die handelspolitische Einigung des Vaterlandes nun endlich ihrem Abschlusse entgegengeführt werden soll, berührt jedes unbefangene deutsche Herz wie ein frischer Luftzug in schwülen Tagen. Ein Unglück für Deutschland, wenn der Liberalismus wieder zurückfiele in die Kinderkrankheit der Augustenburgischen Begeisterung und sich noch einmal durch die wohllautenden Schlagworte des particularistischen Eigensinns bethören ließe. In diesem Streite handelt es sich weder um Freihandel, noch um Schutzzoll, sondern einfach um das fröhliche Abschneiden eines ehrwürdigen alten Zopfes, der ja seine großen unvergeßlichen Tage gehabt hat, heute aber schon längst nicht mehr zur Verschönerung unseres Reichskörpers dient.

Als der große Gedanke der deutschen Zolleinheit im sechzehnten Jahrhundert zum ersten male auftauchte, da wähnten sich die Reichsstädte in ihrem Handel bedroht und sendeten nach Valladolid zu Kaiser Karl V. Der Hispanier, gewohnt die Parteien im Reiche gegen einander auszuspielen, legte sein Veto ein und vereitelte die Reformpläne des deutschen Fürstenstandes. Diese Zeiten der Fremdherrschaft sind gewesen. Heute geht ein deutscher Kaiser, einer der es ist, einträchtig zusammen mit dem Fürstenrathe deutscher Nation. Darum wird den Reichsstädten nicht gelingen die Vollendung des deutschen Zollvereins zu vereiteln.

5. Juni.

Heinrich von Treitschke.

Politische Correspondenz.

Der Friedensgesetzentwurf.

Berlin, 5. Juni 1880.

Die Aera der Ueberraschungen, welche auf dem Gebiete der auswärtigen Politik mit dem „bischen Herzegowina" eröffnet worden ist, beginnt mehr und mehr auch das Gebiet der innern deutschen und preußischen Politik zu beherrschen, so daß selbst weniger nervös angelegte Naturen sich vor die Frage gestellt finden, ob der raschere Pulsschlag des politischen Organismus das Symptom einer Phase erhöhter Lebensthätigkeit oder das Merkmal einer ernsten Krisis bedeutet.

Der kirchenpolitische Gesetzentwurf, welcher seit dem 20. Mai dem preußischen Abgeordnetenhause vorliegt, ist in hohem Grade geeignet, das Urtheil auch des Kaltblütigsten zu verwirren. Die Vorlage würde ja durchaus verständlich sein, wenn bereits die Eventualität eingetreten wäre, auf welche die Reichstagsrede des Reichskanzlers hinwies, wenn der König auf den Rath seines Kanzlers ein neues Cabinet in einer Sphäre gesucht hätte, der es möglich sein sollte, „die Wünsche des Centrums und der conservativen Parteien mit einander zu vereinen". Daß der in Rede stehende Gesetzentwurf einzig und allein die Unterschrift des Herrn von Puttkamer trägt, muß schon deshalb auffallen, weil es sich im Artikel 10 um die Abänderung des Ordensgesetzes handelt, dessen Entwurf seiner Zeit dem Landtage gleichzeitig von dem Cultusminister und dem Minister des Innern vorgelegt worden ist. Schon das ist ungewöhnlich, daß der Cultusminister allein eine Ermächtigung nachsucht, welche er nur in Gemeinschaft mit dem Minister des Innern auszuüben befugt sein würde. Diese Anomalie aber erscheint noch bedeutungslos gegenüber der anderen, daß eine Vollmacht nicht nur für den einen oder den anderen Minister, sondern für das Staatsministerium als solches erbeten wird, ohne daß das Staatsministerium, dessen Verantwortlichkeit in Frage steht, dem Landtage gegenüber tritt. Herr von Puttkamer hat in seiner historischen Darlegung in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 28. Mai einen Ueberblick über die

in der Begründung der Vorlage erwähnten Verhandlungen zunächst zwischen dem Reichskanzler und dem Nuntius Masella in Kissingen (Juli 1878), dann zwischen dem Reichskanzler und dem päpstlichen Nuntius in Wien, Msgr. Jacobini in Gastein (September 1879) und endlich zwischen dem deutschen Botschafter in Wien, Prinzen Reuß und dem Nuntius, jetzigen Pronuntius Cardinal Jacobini, namentlich aber über die Besprechungen zwischen dem letzteren und dem der Botschaft als „Sachverständigen" zugewiesenen Geheimerath Dr. Hübler gegeben. Das Resultat dieser Besprechungen ist die in dem Bericht des Prinzen Reuß erwähnte „Arbeit des Geheimen Raths Dr. Hübler", welche nach der Rückkehr desselben aus Wien, kurz vor Weihnachten 1879 dem Staatsministerium zur Berathung unterbreitetwurde. Wie aus dem Bericht des Prinzen Reuß hervorgeht, erwartete man in Rom, daß nach Beendigung dieser Berathung Herr Dr. Hübler mit einer Aeußerung darüber nach Wien zurückkehren werde, „wie sich die königliche Regierung zu den römischen Desiderien stellen und in wie weit sie ihre eigenen Forderungen aufrecht erhalten wolle". In der offenbaren Absicht, einen Druck auf die Berathungen des preußischen Staatsministeriums auszuüben, veröffentlichte das päbstliche Organ „l'Aurora" Anfang Januar d. J. einen Artikel, der den deutschen Reichskanzler aufforderte, dem ersten Schritt den zweiten entscheidenden folgen zu lassen und den Friedensschluß zwischen Staat und Kirche herbeizuführen, indem er sich entschließe, die römische Kirche „zu nehmen wie sie ist". Die Antwort auf diesen Appell ertheilte die „Provinzial-Correspondenz" vom 14. Januar d. J. in Form einer Belehrung der Inspiratoren der „Aurora" über „die zuständige Behörde der preußischen Kirchenpolitik". Da heißt es denn: „Ueber die Beschwerden der katholischen Kirche sich zu unterrichten, das Ob und Wie einer etwaigen Abhülfe zu erwägen und die entsprechenden Maßregeln zuerst im Staatsministerium und dann, nach eingeholter Allerhöchster Zustimmung, dem Landtage vorzuschlagen, würde Aufgabe des preußischen Cultusministers sein. Die preußische Kirchengesetzgebung ist ein Zweig der innerstaatlichen preußischen Politik auf einem Gebiet, dessen Bearbeitung dem Cultusminister in erster Linie obliegt. Es ist demnach ein vergebliches Bemühen, den deutschen Reichskanzler als den alleinigen oder auch nur hauptsächlichen Träger einer Verantwortlichkeit hinstellen zu wollen, welche wesentlich auf anderen Schultern liegt." Mit anderen Worten: Fürst Bismarck gab der Curie zu erkennen, daß die kirchenpolitische Gesetzgebung in Preußen nicht Gegenstand einer offiziellen Verhandlung von Macht zu Macht sein könne. Und er gab dieser Auffassung auch dadurch Ausdruck, daß er sich erbot, im Falle die Curie durch die

Anerkennung der Anzeigepflicht bei Anstellung von Geistlichen einen thatsächlichen Beweis dieses Entgegenkommens liefern werde, die preußische Gesandtschaft bei dem Pabste wieder herzustellen. Nicht der deutsche Kaiser läßt sich bei dem souveränen Pabst zur Pflege der internationalen Beziehungen vertreten, sondern der König von Preußen bei dem geistigen Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche behufs gelegentlicher Verständigung über Fragen der innerstaatlichen Politik.

Fürst Bismarck hatte sich also schon damals auf den Standpunkt der Autonomie der preußischen Gesetzgebung gestellt, den eingenommen zu haben Herr von Puttkamer bei den Berathungen im Abgeordnetenhause als ein besonderes Verdienst des Gesetzentwurfs betreffend Abänderungen der kirchenpolitischen Gesetze anerkannt wissen wollte. Ja, Herr von Puttkamer selbst hat bereits in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. Februar d. J. bei der Berathung des Etats des Cultusministeriums besondern Nachdruck darauf gelegt, „daß der Ausgleich (mit Rom), wenn er überhaupt gelingen sollte, nur stattfinden werde auf dem Boden der preußischen Landesgesetzgebung". Wie berechtigt der Ausdruck des Zweifels daran war, ob der Ausgleich überhaupt gelingen werde, hat der Minister nachträglich am 28. Mai auch für die Nichteingeweihten dadurch klar gestellt, daß er die Gegensätze bezeichnete zu denen die Wiener Besprechungen über das Gesetz betreffend den kirchlichen Gerichtshof, das Gesetz betreffend die kirchlichen Straf- und Zuchtmittel und das Ordensgesetz geführt hatten.

Die Curie gab gleichwohl das Spiel noch nicht verloren. Vor Allem versuchte sie die Verhandlungen wieder in Gang zu bringen, zugleich aber an die Oeffentlichkeit zu appelliren, um einen desto stärkeren Druck auf die Regierung auszuüben. Am 15. März veröffentlichte die „Germania" das Breve Leo XIII. an Herrn Paulus Melchers, den abgesetzten Erzbischof von Cöln mit der Erklärung, der Pabst werde zulassen, daß der preußischen Regierung vor der canonischen Institution die Namen derjenigen Priester angezeigt würden, welche die Bischöfe der Diözesen zu Theilnehmern ihrer Mühen in der Ausübung der Seelsorge berufen. Die Charakteristik dieses Schriftstückes, welche in diesen Blättern (Aprilheft der „Preußischen Jahrbücher") auf Grund der offiziellen Kundgebungen der Curie und des Adressaten gegeben worden ist, hat inzwischen durch die Veröffentlichungen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" und durch die Mittheilungen des Herrn von Puttkamer im Landtage volle Bestätigung gefunden. In einer Depesche des Cardinalstaatssekretärs Nina an den Cardinal Jacobini vom 23. März wird die päbstliche Erklärung also commentirt: „Als Gegenleistung für die Vortheile, welche die Kirche begehrt, erklärt Seine Heiligkeit sich von jetzt ab geneigt, eine

Verordnung zu erlassen, daß die Ordinarii, welche wieder in den Besitz der Freiheit der Ausübung ihres Hirtenamts getreten sind, sofern es sich um die Ernennung inamovibler Pfarrer handelt, sich an die Regierung wenden können (sic!), um deren Ansichten oder Einwendungen in Betreff der Candidaten, um die es sich handelt, kennen zu lernen. . . . Um ferner mögliche Mißverständnisse zu vermeiden, wird Seine Heiligkeit Sorge tragen, darzulegen, daß die fragliche Untersuchung der Ansicht der Regierung niemals anders betrachtet werden könnte, denn als eine Ermittelung des Agréments des Staates. So sehr also auch die Autoritäten der Kirche alles Verlangen haben, und so sehr es auch in ihrem Interesse sein wird, in den fraglichen Fällen den Staat zufrieden zu stellen, wird doch das letzte Urtheil über die Geeignetheit, die Betreffenden zu ernennen, immer den Bischöfen zustehen und im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen und dem Staat dem Obersten Haupte der Kirche."

War schon das Anerbieten in dieser Beschränkung für die Regierung, wie Herr von Puttkamer sich ausdrückte, inacceptabel, so wurde demselben der Stempel der Herausforderung aufgedrückt durch die seitens der Curie beanspruchten Gegenleistungen des Staates, welche die erwähnte Depesche in Frageform aufzählt. Die Regierung soll sich verpflichten, Briefe der Bischöfe Preußens, sowohl der in ihren Diözesen wohnenden, wie der abwesenden (d. h. der durch den königlichen Gerichtshof ihres Amtes entsetzten) wohlwollend aufzunehmen, in denen die Bischöfe die Namen der in die erledigten Pfarren zu ernennenden Priester angeben, um das Agrément der Regierung unter den obigen Voraussetzungen einzuholen. Die Regierung soll zweitens zusagen, die Amnestie der sämmtlichen abgesetzten Bischöfe, die Wiedereinsetzung derselben in ihre Aemter, die Amnestie für den der Strafe verfallenen Clerus und die Niederschlagung der schwebenden Processe bei dem Könige zu beantragen. Drittens endlich soll die Regierung dem Papste die Zusicherung geben, „die preußische Gesetzgebung in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der katholischen Kirche zu bringen, zu denen namentlich die freie Ausübung des heiligen Ministeriums gehöre, wie die Erziehung des Clerus und der religiöse Unterricht der katholischen Jugend. Aber noch ehe Cardinalstaatssekretär Nina sich die Mühe gegeben hatte, dieses caudinische Joch aufzurichten, war das Staatsministerium auf Grund des Breve's vom 24. Februar zu dem Beschluß vom 17. März gelangt, in welchem es jener Kundgebung, solange Zweifel über deren Congruenz mit den bezüglichen staatsgesetzlichen Vorschriften bestehen, sowie in Anbetracht des in ihr zu Tage tretenden Mangels an einer bestimmten, die Erfüllung der gesetzlichen Anzeigepflicht sichernden Anordnung vorerst nur einen theoretischen Werth beimaß

und gleichzeitig die Erwartung aussprach, daß der erneuten Erklärung über die versöhnlichen Absichten Seiner Heiligkeit auch praktische Folge gegeben werde. „Sobald die königliche Regierung den sichtlichen und in Thatsachen ausgedrückten Beweis hierfür in Händen hat, wird sie sich bemühen, von der Landesvertretung Vollmachten zu gewinnen, welche ihr bei Anwendung und Handhabung der einschlagenden Gesetzgebung freiere Hand gewähren und damit die Möglichkeit bieten, solche Vorschriften und Anordnungen, welche von der römischen Kirche als Härten empfunden werden, zu mildern oder zu beseitigen und so ein dem Verhalten der katholischen Geistlichkeit entsprechendes Entgegenkommen auch staatsseitig zu bethätigen. Es ist begreiflich, daß dieser Beschluß, der durch Vermittelung des Prinzen Reuß zur Kenntniß der Curie gebracht wurde — die officiöse Veröffentlichung desselben erfolgte erst am 12. April — auf den Pabst den „allerpeinlichsten Eindruck" machte, so daß die Curie es mit der Drohung eines Abbruchs der Verhandlungen versuchte. Die preußische Regierung erklärte nicht nur das in Aussicht gestellte Zugeständniß bezüglich der Anstellung der Geistlichen für unzulänglich, indem sie auf der Erfüllung der gesetzlichen Anzeigepflicht bestand; der Wortlaut des Beschlusses vom 17. März ließ auch keinen Zweifel daran zu, daß die Gegenleistungen, welche die Regierung in Aussicht nahm, weit hinter denjenigen zurückblieben, wie sie die drei Fragen des Cardinalstaatssekretair Nina in Anspruch genommen hatten. Den lebhaftesten Widerspruch aber fand im Vatikan der Gedanke des Reichskanzlers, das curialistische System des „tolerari potest" auf die Staatsgesetzgebung zu übertragen.

Die Kirche kann zulassen, daß temporum ratione habita Gesetze, welche mit ihren Grundsätzen in Widerspruch stehen, seitens der Gläubigen befolgt werden; sie kann aber nicht, indem sie solche Gesetze sanctionirt oder solange es sich de lege ferenda handelt, die ihrer Auffassung entgegenstehenden Grundsätze als berechtigt anerkennen. Ueberträgt man dieses System auf die Maigesetze, so kommt man zu dem praktischen Ergebniß, daß der Staat, obgleich er a priori die Forderung der Unterwerfung der Kirchengesellschaft unter seine Gesetze aufrecht erhält, thatsächlich, je nach der Lage der Dinge in größerem oder geringerem Umfange, den mit dem unabänderlichen Gesetz in Widerspruch stehenden Anforderungen der Kirchengewalt Berücksichtigung angedeihen läßt. Keiner von Beiden, weder der Staat noch die Kirche erkennt die Gesetze des anderen Theils als für ihn verbindlich an; aber so weit es die Rücksicht auf wesentliche Interessen gestattet, räumt der Staat den Kirchengesetzen und die Kirche den Staatsgesetzen eine beschränkte Geltung ein.

Beide Theile nehmen dann freilich die Gefahr mit in den Kauf, daß

der andere Zugeständnisse, welche er unter Berücksichtigung augenblicklicher Verhältnisse gemacht hat, zu der ihm gelegenen Zeit wieder zurücknimmt, wenn er Aussicht zu haben glaubt, eine seinen Interessen günstigere Regelung der Verhältnisse zu erzwingen. Jedem von beiden steht es frei, die thatsächliche Befolgung seiner Gesetze seitens des anderen Theils als eine formelle Anerkennung der Rechtsgültigkeit derselben zu betrachten, obgleich eine solche principiell ausgeschlossen ist; die ausdrückliche Anerkennung fordern, heißt einen unlösbaren Conflict provociren. Die nothwendige Consequenz des principiellen Widerspruchs, der zwischen Staatsgesetzen und Kirchengesetzen besteht, ist die, daß eine Verständigung de lege ferenda absolut und immer unmöglich ist, wenn nicht der eine Theil in schwächlicher Verkennung seiner Lebensbedingungen seine Grundsätze denen des anderen Theils accommodirt. Die letzte Forderung der Curie also, die Regierung möge sich verpflichten, daß die beim heiligen Stuhl zu beglaubigende preußische Gesandtschaft die Aufgabe haben werde, die Wiener Besprechungen fortzuführen und zum Abschluß zu bringen, und daß, wenn eine Einigung erfolgt sein werde, seitens der Regierung die Vorschläge für eine Abänderung der Maigesetze dem preußischen Landtage vorgelegt würden, diese Forderung mußte Fürst Bismarck als eine unerfüllbare zurückweisen. „Wenn man geglaubt hat, schreibt er in der Depesche an Reuß vom 20. April, daß wir nicht blos abrüsten, sondern unsere Waffen im Wege der Gesetzgebung vernichten wollten, so hat man uns eine große Thorheit zugetraut, wozu ich durch keine meiner Aeußerungen Anlaß gegeben habe." Zu verwundern ist nur, daß es Jahrelang fortgesetzter Erörterungen bedurft hat, ehe die Regierung zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Verhandlungen bei ihrer Fortsetzung stets zu den Anfängen unausgeglichener Gegensätze zurückführen müssen. Hatte doch schon der Kronprinz in dem Schreiben von den Pabst am 10. Juni 1878 eine „grundsätzliche Verständigung" für unerreichbar erklärt.

In die Zeit zwischen dem 20. April, dem Datum der oben erwähnten Depesche des Fürsten Bismarck an Reuß, in welcher ausdrücklich erklärt war: in Bezug auf die Gleichheit der Concessionen, das Vorgehen pari passu in denselben ist unser staatliches non possumus ebenso zwingend wie das kirchliche" und der Reichstagsrede des Reichskanzlers vom 8. Mai fällt nun der Entschluß, die Basis des Staatsministerialbeschlusses vom 17. März zu verlassen. Als dieser Beschluß gefaßt wurde, konnte die Regierung wenigstens noch erwarten, in kürzerer oder längerer Frist „den sichtbaren, in Thatsachen ausgedrückten Beweis" für die versöhnlichen Absichten der Curie zu erlangen. Nachdem aber Fürst Bismarck in den Besitz der authentischen Interpretation des Breve's vom 24. Februar ge-

langt und vor das Ultimatum der Curie gestellt war, konnte das Bemühen, von der Landesgesetzgebung Vollmachten zu gewinnen, „um ein dem Verhalten der katholischen Geistlichkeit entsprechendes Entgegenkommen auch staatsseitig zu bethätigen" nur den Trotz der Curie steigern. Hatte doch Fürst Bismarck in der Depesche vom 20. April constatirt, daß die Regierung ohnehin schon erhebliche Concessionen innerhalb des Rahmens der kirchlichen Gesetzgebung seit dem Amtsantritt des Ministers von Puttkamer gemacht habe, ohne von dem Pabste etwas anderes als eine unbestimmte theoretische Andeutung ohne rechtsverbindliche Verpflichtung erhalten zu haben. Und gleichwohl entschließt sich die Regierung den Landtag um Vollmachten anzugehen, von denen in absehbarer Zeit Gebrauch machen zu können sie nicht hoffen darf, solange sie, was Fürst Bismarck in seiner Depesche vom 14. Mai als unerläßlich betrachtet, vor allem auf der Erfüllung der gesetzlichen Anzeigepflicht besteht. Vor dem 17. März wäre ein solches Vorgehen noch halbwegs begreiflich gewesen. Man hätte es zur Noth verstanden, wenn die Regierung damals Vollmachten verlangt hätte, um das Entgegenkommen der Curie sofort beantworten zu können. Nachdem aber der Abbruch der Verhandlungen und die Zurückziehung des tolerari posse angekündigt war, lag für die Regierung gar keine erkennbare Veranlassung vor, den Kreis der Zugeständnisse zu umschreiben, welche zu machen sie unter einer nicht gegebenen Voraussetzung gewillt sein würde.

Verständlich wäre das Gesetz gewesen, wenn die Regierung wirklich entschlossen war, nach Canossa zu gehen oder wenn sie den Landtag vor die Entscheidung über das Ob? stellen wollte. Da aber die gesetzliche Bestimmung über die Anzeigepflicht der Geistlichen unangetastet bleibt, so wäre es selbst einer mit allen diesen Vollmachten ausgerüsteten Regierung unmöglich, auch nur einen Schritt des Entgegenkommens zu thun oder, wenn sie beispielsweise die abgesetzten Bischöfe wieder in ihre Diözesen zurückkehren lassen wollte, neue Conflicte zu vermeiden. Und wie um den illusorischen Charakter der Vorlage noch greller hervortreten zu lassen, erklärt Herr von Puttkamer die Bereitwilligkeit der Regierung, Vollmachten auf Zeit, bis Ende 1881 entgegenzunehmen!

Der Cultusminister hat freilich den Satz der Motive: „Die Regierung habe sich angesichts der Resultatlosigkeit der Verhandlungen entschlossen, das hervorgetretene Bedürfniß, den aus den kirchenpolitischen Wandlungen der letzten Jahre hervorgegangenen Beschwerden der katholischen Bevölkerung Abhülfe zu schaffen, durch einen Akt der Landesgesetzgebung zu befriedigen, soweit es ohne Gefährdung der staatlichen Interessen möglich erscheint", durch die Unterscheidung zwischen politischer und moralischer Verantwortlichkeit zu begründen versucht. Die politische Verantwortlichkeit für

die traurigen Folgen des Culturkampfes lehnt Herr von Puttkamer ab. „Die Regierung weiß sich ihrerseits von jeder Verantwortung für das Entstehen dieser Zustände frei; aber das erschöpft in ihren eigenen Augen ihre Pflichten nicht; hier wiegt die moralische Verantwortung kaum leichter wie die politische, und wenn sie einen Weg finden kann — und sie erblickt ihn in dieser Vorlage — der, ohne die politische Verantwortung preiszugeben, die moralische erfüllen kann, so hält sie sich verpflichtet, diesen Weg zu betreten, und sie hält unsere gewissenhafte und patriotische Volksvertretung verpflichtet, ihr auf diesem Wege zu folgen." Also die Curie hat auf die Maigesetze mit dem modernen Interdict geantwortet, und die Verwaisung der Diözesen und Pfarreien ist die von ihr gewollte Wirkung dieses Interdicts. Die Curie weigert sich, obgleich sie in Preußen nur das zu thun brauchte, was sie anderen Regierungen gegenüber thut, dieses Interdict aufzuheben, wenn die preußische Gesetzgebung nicht nach ihrem Dictat corrigirt wird. Das Oberhaupt der katholischen Kirche ist taub gegen die Klagen der preußischen Katholiken, wie der Feldherr unempfindlich ist gegen die Leiden der Soldaten, die er zum Kampfe führt; aber der Staat, den die Curie bekämpft, soll sich mit stumpfen Waffen vertheidigen, um diejenigen zu schonen, für welche die kirchliche Obrigkeit kein Herz hat!

Herr von Puttkamer hat bei der Berathung des Etats in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. Februar d. J. eine des Staates würdigere Auffassung vertreten. „Wenn, sagte der Minister, durch die Ereignisse der letzten Zeit die katholische Kirche in eine Reihe von Bedrängnissen gerathen ist, welche in ihrem weiteren Fortgange allerdings in Preußen zu ihrer völligen Zerrüttung führen müssen, so bedauert das Niemand lebhafter und tiefer als ich. Es ist durchaus richtig, daß bei längerer Fortdauer der kirchenpolitischen Kämpfe die äußere Organisation der katholischen Kirche in Preußen zerstört werden muß bis zu einem Grade, ähnlich demjenigen, der nach den Stürmen der Revolution über sie hereinbrach, — Stürme, aus denen, wie Sie alle wissen, einst die helfende Hand eines evangelischen Königs sie emporgehoben hat." Damals machte Herr von Puttkamer eine Reduction der Kampfmittel davon abhängig, daß die Kirche darauf verzichte, über die kirchlichen Interessen und ihre eigentliche Sphäre hinaus in das alleinige Gebiet des Staates oder in das Grenzgebiet zwischen Staat und Kirche einzugreifen; er erklärte, wenn das Centrum auf der vollen Durchführung seiner Principien dem Staate gegenüber verharre, so sei es in Preußen zu einer immerwährenden Minorität verurtheilt; „denn in dem Dilemma, in welches Sie den Staat durch die Geltendmachung dieser Principien drängen,

müssen Sie nothwendiger Weise die ganze übrige Nation von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken zu Ihren Gegnern haben." Heute ist es gerade die Regierung, welche in diese Phalanx Schwanken und Unsicherheit bringt, indem sie die Mitwirkung einer „gewissenhaften und patriotischen Volksvertretung" in Anspruch nimmt, um der durch die Politik der Curie bedrängten katholischen Bevölkerung zu Hülfe zu kommen.

Und ferner: welches sind die Mittel, deren die Staatsregierung sich bedienen will, um ihrer „moralischen Verantwortung" für die Folgen des Culturkampfes Genüge zu thun? Handelt es sich wirklich nur darum, Vorschriften zu mildern und Anordnungen zu beseitigen, welche von der Kirche als Härten empfunden werden, wie der Staatsministerialbeschluß vom 17. März in Aussicht stellte? Oder ist nicht vielmehr dieses angebliche Friedensinstrument eine wirkliche machine de guerre gegen die Maigesetzgebung selbst?

Man kann zugeben, daß ein Theil der Waffen, mit denen diese Gesetzgebung den Staat ausgerüstet hat, zweischneidig sind, weil sie mehr die duldende katholische Bevölkerung treffen als die streitende Hierarchie und weil sie dadurch die Solidarität der duldenden und der streitenden Elemente schafft, auf welcher die von dem Reichskanzler beklagte Unüberwindlichkeit der Centrumspartei beruht. Verschärft wird dieser Uebelstand durch das die gesammte Maigesetzgebung beherrschende Mißtrauen in die Exekutive, welches eine Reihe von Bestimmungen für nöthig erachtet hat, die den Staat zwingen, zu schlagen, wo er dringende Veranlassung hätte, die strafende Hand zurück zu halten.

Beide Fehler der Maigesetzgebung, die systematische Ausbildung der Strafbestimmungen und die allzugroße Beschränkung der Exekutive in der Anwendung der Kampfmittel waren vielleicht unvermeidlich.

Die moralische Verantwortlichkeit des Staats für den Culturkampf ist begründet durch die schwächliche Nachgiebigkeit der Verwaltung gegenüber den sich täglich steigernden römischen Prätensionen, durch das Preisgeben der Rechte des Staates der Kirche gegenüber, wie sie durch das preußische Landrecht und die französische Gesetzgebung in der Rheinprovinz garantirt waren. Die Sünden der Regierung in den Jahren 1840—1870 haben der katholischen Hierarchie die Waffen geliefert, mit denen sie nach dem Vatikanischen Concil den Kampf gegen den deutschen Staat aufgenommen hat. Die selbstverschuldete Ohnmacht der Exekutive zwang dann zur Berufung an die Gesetzgebung, welche bereit war, den Staat wieder in die durch das Landrecht geforderte Position zurückzuführen, aber nur unter der Voraussetzung, daß die Regierung verhindert werde, von Neuem die Rechte des Staates gegenüber der Kirche der Chimäre der absoluten

Solidarität der Staats- und Kirchengewalt gegenüber den anti-absolutistischen und nationalen Bewegungen der Zeit zu opfern. Die Gesetzgebung der Culturkampf-Periode beherrschte die Furcht, daß die Regierung, sich selbst überlassen, schon in der ersten Ausführung der Gesetze in's Schwanken gerathen könne. Wenn also der Nachweis erbracht wird, daß die Exekutive in der Ausführung der Gesetze über Gebühr beschränkt ist, daß sie jetzt, nachdem die Gesetze ihre vollständige Ausführung erfahren haben, gehindert ist, veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, so wird der Anspruch auf erweiterte Vollmachten nicht zurückgewiesen werden können. Bedürfen aber die organischen Bestimmungen des Gesetzes selbst der Abänderung, weil sie sich als unwirksam erwiesen haben, so kann eine solche Aenderung nur auf dem Wege der Gesetzgebung herbeigeführt werden.

Das Gleiche gilt von den nachträglich als zweischneidig anerkannten Waffen, zu denen namentlich die mit einem des Staatsanwalts würdigen Raffinement systematisch ausgebildeten Strafbestimmungen gehören. Man kann nicht behaupten, daß das Strafsystem der Maigesetze sich bewährt habe, daß die von den Gerichten des Landes gegen Bischöfe und Priester verhängten Geld- und Gefängnißstrafen der Majestät des Gesetzes zu Gute gekommen sind.

Die Fiction, daß der deutsche Bischof oder der deutsche Pfarrer sich ein individuelles Vergehen zu Schulden kommen lasse, indem er dem Befehl des geistlichen Oberen folgend Vorschriften des Gesetzes unbeachtet läßt oder übertritt, ist heute nicht mehr aufrecht zu halten. Wenn ein Pfarrer in einer benachbarten, des Seelsorgers entbehrenden Gemeinde einem Todtkranken die letzte Oelung spendet oder eine Messe liest, und demnächst wegen Zuwiderhandlung gegen die Maigesetze, wegen Ausübung eines ihm nicht mit Zustimmung der zuständigen Behörde übertragenen Amtes vor Gericht gefordert wird, so muß die Bevölkerung, sei es an der Weisheit sei es an dem guten Willen des Gesetzgebers irre werden. Auf alle Fälle wird sie geneigt sein, den Einflüsterungen, daß es sich um die Verfolgung der Kirche handele, Gehör zu schenken. Daß die preußische kirchenpolitische Gesetzgebung, im Gegensatze zu derjenigen fast aller übrigen Staaten den Weg eingeschlagen hat, die Befolgung der Gesetze durch einen Strafcodex sicher zu stellen, läßt sich nur erklären aus der in den leitenden Kreisen herrschenden Unkenntniß der Verhältnisse der katholischen Kirche und aus dem zwingenden Auftrag, Mittel zu ersinnen, den Kampf in kürzester Frist zu Ende zu führen. Auch hier wird nur die Abänderung der Gesetze selbst Abhülfe und Heilung bringen können, keineswegs aber die Ermächtigung der Verwaltung, in die Sphäre der Justiz willkürlich einzugreifen. Aber jene Erweiterung der Vollmacht der

Exekutive, wie diese Beschränkung des zwingenden Gesetzes setzen — die erstere noch mehr wie die letztere — voraus, daß eine Anwendung der Vollmacht in Aussicht stehe und daß die Abänderung und Milderung des Gesetzes nach der Lage der Umstände den Verächtern der Staatsgesetze wie den Gesetzestreuen nicht als ein Preisgeben der Rechte des Staates erscheine.

Diese Voraussetzung aber liegt zur Zeit nicht vor: daran ist nach den im Auftrage des Staatsministeriums veröffentlichten diplomatischen Aktenstücken nicht mehr zu zweifeln.

In wie weit unter den bezeichneten Voraussetzungen der Gesetzentwurf, mit dessen Berathung das Abgeordnetenhaus befaßt ist, annehmbar sein würde, mag eine cursorische Besprechung desselben klar stellen.

Der erste Artikel beschäftigt sich ausschließlich mit dem Gesetz vom 11. Mai 1873 betreffend die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen. Das Gesetz erfordert für die Anstellung in kirchlichen Lehr- und Seelsorgeämtern das deutsche Indigenat, die Ablegung der Entlassungsprüfung auf einem deutschen Gymnasium, die Zurücklegung eines dreijährigen theologischen Studiums auf einer deutschen Universität und endlich die Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung, welche die Garantie bieten soll, daß der Anzustellende „die für seinen Beruf erforderliche allgemein wissenschaftliche Bildung, insbesondere auf dem Gebiet der Philosophie, der Geschichte und der deutschen Literatur“ erworben habe; ferner für die Anstellung an einem Knabenseminar oder Knabenconvicte die Befähigung zu einer entsprechenden Anstellung an einem preußischen Gymnasium und zur Anstellung an einer für die theologische wissenschaftliche Vorbildung bestimmten Anstalt die Befähigung, an einer deutschen Staatsuniversität die Disciplin zu lehren, für welche die Anstellung erfolgt. Es unterstellt ferner die bestehenden kirchlichen Lehrerstellen der Aufsicht des Staats und verbietet die Errichtung von neuen Knabenseminaren und Knabenconvicten, die um so weniger zu der nothwendigen Institution der katholischen Kirche gezählt werden können, als die Gründung dieser Fachanstalten verhältnißmäßig jungen Datums ist.

Um die Ausführung dieser Bestimmungen sicher zu stellen, werden die geistlichen Oberen verpflichtet, den Candidaten, denen ein geistliches Amt übertragen werden soll, dem Oberpräsidenten unter Bezeichnung des Amtes zu benennen, mag es sich nun um Neuanstellung oder um Versetzung oder um Umwandlung einer widerruflichen Anstellung in eine dauernde handeln. Diese „Benennung“ hat nur Bedeutung, insofern sie der Behörde Anlaß giebt, das Vorhandensein der gesetzlichen Qualifikation festzustellen. Wenn der Staat die Anzeigepflicht beibehält, die Regierung

aber, wie es in Artikel 1 geschieht, unbeschränkte Vollmacht beansprucht, von allen Qualifikationen des Gesetzes, sogar von dem Nachweis des deutschen Indigenats abzusehen, so beansprucht sie das Recht, an Stelle des Gesetzes vom 11. Mai 1873 ein Regulativ zu erlassen, dessen Inhalt sich mit dem Inhalt des Gesetzes ganz, theilweise oder gar nicht deckt.

Neben dem Recht, von allen gesetzlichen Erfordernissen zu dispensiren, verlangt die Regierung die fernere Vollmacht, „den nach dem Gesetz vom 11. Mai 1873 erforderlichen Nachweis wissenschaftlicher Vorbildung, soweit derselbe gegenwärtig durch Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung zu führen ist, anderweitig zu regeln". Während die Motive die Regelung des Dispensationsrechts „vorzugsweise für die Uebergangsperiode" in Anspruch nehmen, kann die vorbehaltene anderweitige Regelung des Nachweises der wissenschaftlichen Vorbildung nur einen dauernden Charakter haben. Da die Regierung aber zugiebt, daß diese Neuregelung erst erfolgen kann „wenn durch das Entgegenkommen der betheiligten Kreise der nothwendige Boden für eine entsprechende Einrichtung unter positiver Mitwirkung der kirchlichen Organe gewonnen ist", so wird ja auch Zeit bleiben, die Frage gesetzlich zu regeln. Die Bestimmung, wie sie jetzt lautet, hat nur die Bedeutung eines definitiven Verzichts auf das gegenwärtig bestehende Gesetz. Der dritte Absatz endlich behält der Regierung das Recht vor, Personen, welche gewisse ausländische Anstalten, wie das collegium germanicum in Rom und ähnliche Jesuitenanstalten besucht haben, von geistlichen Lehr- und Seelsorgeämtern fern zu halten. Es ist das eine gesetzliche Beschränkung des Dispensationsrechts, die im Grunde nur die Bedeutung eines Schutzes der Regierung gegen ihre eigene Schwäche der Curie gegenüber hat.

Bei der ersten Berathung des Gesetzentwurfs hat Herr von Puttkamer diejenigen Categorien von Personen aufgezählt, zu deren Gunsten die Regierung von der Vollmacht des Artikel I Gebrauch machen würde. Es sind das die folgenden: „Erstens diejenigen Geistlichen, welche bis zum Inkrafttreten des Gesetzes vom 11. Mai 1873 sich ihre theologische Ausbildung vollständig erworben, aber noch keine Berufung zu einem geistlichen Amte erhalten haben (also solche, die gesetzlich gar keiner Dispensation bedürfen!); zweitens diejenigen, welche nach dem Inkrafttreten des erstgenannten Gesetzes und bis zur Schließung der Clericalseminare diese besucht haben, aber mit Rücksicht auf den kirchenpolitischen Conflict eine Anstellung nicht finden konnten; drittens diejenigen Geistlichen — und deren Zahl ist eine große — welche zwar auf deutschen Universitäten ein theologisches Studium absolvirt, aber ihre weitere Ausbildung demnächst außer Landes genossen haben; ferner viertens diejenigen Geistlichen,

welche schon nachdem der Conflict ausgebrochen war, ihre Vorbildung von Anfang an in ausländischen Universitäten oder Anstalten genossen haben und endlich fünftens solche Kleriker, welche nach dem eventuellen Inkrafttreten der Vorlage in den Stadien ihrer theologischen Ausbildung eintreten würden.“ Zu allen in dieser Hinsicht erforderlichen Dispensationen wird es aber gesetzlicher Vollmachten gar nicht bedürfen.

§ 26 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 lautet: „Die Vorschriften dieses Gesetzes über den Nachweis wissenschaftlicher Vorbildung und Befähigung finden keine Anwendung auf Personen, welche vor Verkündung dieses Gesetzes im geistlichen Amte angestellt sind oder die Fähigkeit zur Anstellung im geistlichen Amte erlangt haben. Außerdem ist der Minister der geistlichen Angelegenheiten ermächtigt, diejenigen Personen, welche vor Verkündung dieses Gesetzes in ihrer Vorbildung zum geistlichen Amte vorgeschritten waren, den in diesem Gesetze vorgeschriebenen Nachweis ganz oder theilweise zu erlassen. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten ist auch ermächtigt, Ausländer von den Erfordernissen des § 4 dieses Gesetzes zu dispensiren.“ Es genügt vollkommen, in das neue Gesetz diese Bestimmung mit der im Eingange erforderlichen Fassungsänderung (die Vorschriften des Gesetzes vom 11. Mai 1873 über u. s. w.) aufzunehmen.

Der Hauptstein des Anstoßes für die Curie ist das Gesetz über die kirchliche Disciplinargewalt und die Errichtung des königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten vom 12. Mai 1873, welches die Berufung an den Staat gegen Entscheidungen der kirchlichen Disciplinarbehörden, den sogenannten recursus ab abusu regelt. Die Berufung ist eine doppelte; diejenige des von den Entscheidungen der Disciplinarbehörden getroffenen; also die Berufung im privaten Interesse, welche die Bulle „apostolicae sedis moderationi vom 12. October 1869 mit der dem Papste speciali modo reservirten excommunicatio latae sententiae belegt und der Syllabus verurtheilt; und die Berufung in öffentlichem Interesse, (§ 12 des Gesetzes) welche dem Oberpräsidenten zusteht. Der zweite Artikel des Gesetzentwurfs will den Conflict dadurch lösen, daß in allen Fällen die Berufung nur dem Oberpräsidenten zustehen soll. Nach den Motiven soll dadurch „die Einlegung des Rechtsmittels auf solche Fälle beschränkt werden, in welchen nicht blos eine Schädigung von Privatrechten, sondern zugleich eine die staatlichen Interessen gefährdende Verletzung der öffentlichen Rechtsordnung in Frage kommt.“ Herr von Puttkamer hat dagegen in seinem Berichte über die Wiener Besprechungen mitgetheilt, der preußische Sachverständige sei bereit gewesen, die „eminente“ Concession zu machen, daß das Berufungsrecht auf die Fälle der wirklichen Entfernung aus dem Amte, einschließlich der Suspension (§ 11

des Gesetzes) beschränkt werde. Cardinal Jacobini aber habe den Recurs für intolerabel erklärt. Die Vorlage geht also in diesem Punkte über das im Mai angebotene „eminente" Zugeständniß noch hinaus. Indessen ist der Ausdruck „im öffentlichen Interesse" so dehnbar daß die Vollmacht des Oberpräsidenten selbst in schwierigen Zeiten hinreichen würde, den niederen Clerus gegen den Mißbrauch der geistlichen Disciplinargewalt sicher zu stellen.

Im übrigen bleibt der Gerichtshof für die kirchlichen Angelegenheiten im Besitz seiner Competenz. Die Bestimmung des Artikel 3, daß gegen Kirchendiener fortan nicht mehr auf Entlassung aus dem Amt erkannt werden soll, sondern auf Unfähigkeit zur Bekleidung (oder besser zur Ausübung) des Amtes, trägt dem Umstande Rechnung, daß der Staat ein geistliches Amt nicht ertheilen, also auch nicht entziehen kann; sie ist zunächst nur eine sachentsprechende Correctur. Dieselbe hat aber die wichtige Folge, daß in Zukunft Conflicte vermieden werden, wie sie bezüglich der durch gerichtliches Urtheil abgesetzten Bischöfe entstanden sind, weil die Kirche sich weigert, die Sedisvakanz anzuerkennen.

Mag aber eine Sedisvakanz vorhanden sein oder nur die Behinderung des von kirchlicher Seite eingesetzten Bischofs in der Ausübung seines Amtes, so kann ein Bisthumsverweser nach § 2 des Gesetzes vom 20. Mai 1874 die einstweilige Verwaltung der Diözese nicht antreten, ohne sich eidlich zu verpflichten, „dem Könige treu und ergeben zu sein und die Gesetze des Staates zu befolgen". Es mag dahin gestellt bleiben, ob, wie die Motive sagen, die Bestellung von Bisthumsverwesern während der Conflictsperiode vorzugsweise durch die Vorschrift einer eidlichen Verpflichtung auf die Staatsgesetze verhindert worden ist.

Aber die Geschichte der kirchlichen Wirren hat zur Genüge bewiesen, daß die Amtseide, da sie mit dem stillschweigenden Vorbehalt der Rechte der Kirche geleistet werden, ihren Zweck verfehlen. Der Gedanke, daß durch Formeln dieser Art ein nationales, politisch von Rom unabhängiges Episkopat geschaffen werden könne, beruht auf einem angesichts der Geschichte kaum verzeihlichen Mißverständniß der Institution. Jedenfalls bietet der Amtseid in irgend einer Form keine Garantie dafür, daß der Geistliche im Widerspruch mit einer Erklärung des Pabstes, das Staatsgesetz verletze die Rechte der Kirche, dem weltlichen Gesetze mehr gehorchen werde als den kirchlichen. Das Gesetz über die Einstellung der Leistungen aus Staatsmitteln, hat bereits, abweichend von jener formalistischen, auf dem „Schein" bestehenden Auffassung die Staatsregierung ermächtigt, die eingestellten Leistungen einzelnen Empfangsberechtigten gegenüber wieder aufzunehmen, wenn sie durch Handlungen die Absicht an den Tag legen, die

Gesetze des Staates zu befolgen. In analoger Weise erklärt das Gesetz betr. die Anstellung der Geistlichen (§ 16) den Einspruch gegen die Anstellung für zulässig, wenn gegen den Anzustellenden Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß derselbe den Staatsgesetzen oder den innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Anordnungen der Obrigkeit entgegenwirken oder den öffentlichen Frieden stören werde. Wenn es sich also unter normalen Verhältnissen um eine Neuregelung der Eidesfrage handelte, so würde man immerhin „im Hinblick auf die Entwickelung der Eidespraxis in den deutschen Staaten (z. B. Bayern, Würtemberg, Sachsen, Baden, Oldenburg)", wie die Motive sich ausdrücken, eine befriedigende Lösung der Frage — befriedigend, im Sinne der Curie — nicht von vorn herein abweisen wollen. Unter den obwaltenden Verhältnissen aber stehen einem endgültigen Verzicht auf die eidliche Verpflichtung erhebliche Bedenken entgegen. Die Vorlage will denn auch in Artikel 5 nur die Regierung ermächtigen, in einzelnen Fällen von der eidlichen Verpflichtung der Bisthumsverweser Abstand zu nehmen. Mit der Einsetzung eines staatlich anerkannten Bisthumsverwesers entfällt auch die Nothwendigkeit der Bestellung eines Staatscommissars für die bischöfliche Vermögensverwaltung und die Aufrechterhaltung der Temporaliensperre in dem betreffenden Sprengel (Art. 6 u. 8). Gegen die im Artikel 10 des Entwurfs vorgeschlagene widerrufliche Gestattung der Errichtung neuer Niederlassungen der gesetzlich zugelassenen Krankenpflege-Genossenschaften dürften von keiner Seite Bedenken erhoben werden.

Nach dem Gesetz über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden vom 20. Juni 1875 wählt der Kirchenvorstand den Vorsitzenden; der Pfarrer ist aber gesetzlich von dem passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Bei Beendigung des Conflictes wird eine gesetzliche Regelung dieser Frage in dem Sinne, daß der Pfarrer der geborene Vorsitzende des Vorstandes ist, schwerlich beanstandet werden; die Abänderung des Gesetzes in der bezeichneten Richtung einer königlichen Verordnung vorzubehalten, ist weder principiell zulässig, noch opportun.

Eine durchaus exceptionelle Stellung nimmt der Artikel 9 der Vorlage ein: „Die Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen die Strafbestimmungen der Gesetze vom 11., 12. und 13. Mai 1873, 20. und 21. Mai 1874 und 22. April 1875 findet nur auf Antrag des Oberpräsidenten statt. Die Zurücknahme des Antrages ist zulässig." Dieser Bestimmung gegenüber kann nicht die Frage aufgeworfen werden, ob die preußische kirchenpolitische Gesetzgebung das System, Verwaltungsvorschriften durch Strafbestimmungen sicher zu stellen, zu weit und zu sehr in's Einzelne ausgedehnt hat. Das System selbst wird in Frage gestellt. Die Motive

weisen auf das Beispiel anderer Länder, namentlich Oesterreichs, hin, welches sich damit begnügt habe, den Verwaltungsbehörden das Recht exekutivischer Zwangsmittel zu geben, und Herr von Puttkamer hat sich bei der ersten Berathung auf den § 60 der Bestimmungen zur Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche in dem Gesetz vom 7. Mai 1874 berufen: „Die staatliche Cultusverwaltung hat darüber zu wachen, daß die kirchlichen Organe ihren Wirkungskreis nicht überschreiten und den Bestimmungen des gegenwärtigen Gesetzes, sowie den auf Grundlage desselben von den staatlichen Behörden erlassenen Anordnungen und jedem von ihnen kraft dieses Gesetzes gestellten Verlangens nachkommen. Zu diesem Ende können die Behörden Geldbußen in einer den Vermögensverhältnissen angemessenen Höhe, sowie sonst gesetzlich zulässige Zwangsmittel in Anwendung zu bringen." Man kann zunächst fragen, ob diese Zwangsmittel, die schon in dem katholischen Oesterreich nicht ausreichend gewesen sind, die Durchführung der Gesetze zu sichern, in Deutschland zu etwas anderem führen würde, als die Staatsgewalt dem Gespött der widerspenstigen Geistlichkeit hinzugeben. Gerade das Beispiel Oesterreichs beweist, daß ein Gesetz ohne die obligatorische Bestrafung der Zuwiderhandelnden stets eine lex imperfecta ist. Aber selbst das österreichische Gesetz ist nur so zu verstehen, daß die Staatsbehörden, wenn gütliche Zureden nichts fruchten, die Pflicht haben einzuschreiten, während die Vorlage die Vollmacht für die Behörden verlangt, darüber zu urtheilen, ob sie überhaupt die Befolgung des Gesetzes erzwingen wollen oder nicht. Herr von Puttkamer hat das in seiner Weise anerkannt, als er die Erklärung des Cardinals Jacobini bezüglich des Gesetzes vom 13. Mai 1873 betreffend die kirchlichen Straf- und Zuchtmittel mittheilte. Geheimrath Hübler sei der Meinung gewesen, „daß auch dieses Gesetz einige Punkte enthalte, welche einen derartigen Eingriff in das kirchliche Leben darstellen, daß man sich die Frage vorlegen könne, ob man nicht im Stande sei, auf sie im staatlichen Interesse zu verzichten." Insbesondere sollte die Versagung der Absolution im Beichtstuhl als ein solches kirchliches Straf- und Zuchtmittel, welches eventuell dem bürgerlichen Strafvollzuge unterliege, nicht zu erachten sein; ferner soll eine Mittheilung über die Verhängung der zulässigen Straf- und Zuchtmittel innerhalb des Kirchengebäudes gestattet sein. Was war die Antwort? fragt Herr von Puttkamer. „Das ganze Straf- und Zuchtmittelgesetz, namentlich die ihm beigefügte Strafsanktion — also eigentlich das, was ihm Fleisch und Blut verleiht — ist unannehmbar." Und doch will Art. 9 die Strafsanktion in § 5 des Gesetzes lediglich der Discretion des Oberpräsidenten überlassen. Der jedesmalige Oberpräsident hätte also zu bestimmen, ob

und in welchem Umfange Uebertretungen dieses Gesetzes strafbar sein sollen. Das Recept, künftige Conflicte zu vermeiden, ist von geradezu erstaunlicher Einfachheit; es genügt, die Uebertretung der Gesetze straflos zu lassen, so lange nicht „politische Gesichtspunkte" in den Vordergrund treten. Wenn es sich dagegen in der That nun darum handelt, klar zu stellen, daß einzelne Amtshandlungen rite angestellter Geistlicher in verwaisten Parochien nicht strafbar sind, so wäre es doch ungleich zweckentsprechender, den Art. 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1871 authentisch zu interpretiren.

An politischer Bedeutung alle anderen überragend und in Wirklichkeit die Kernfrage der Vorlage ist die: Soll die Möglichkeit geschaffen werden, daß die wegen consequenter Mißachtung der kirchenpolitischen Gesetze durch den Spruch des kirchlichen Gerichtshofes aus ihrem Amte entlassenen Bischöfe, der Cardinal-Erzbischof v. Ledochowski in Posen-Gnesen, der Fürstbischof Dr. Foerster in Breslau, der Erzbischof Melchers von Cöln, der Bischof Brinkmann in Münster und der Bischof von Limburg Dr. Blum durch eine königliche Ordre wieder öffentlich als Bischöfe anerkannt werden?

Sollen die Bischöfe, deren Verbleiben im Amte der kirchliche Gerichtshof „als mit der öffentlichen Ordnung unverträglich" erklärt hat, jetzt wieder die in erster Linie berufenen Kirchenfürsten sein? Eine beschämendere Demüthigung für den Staat, eine empfindlichere Zurückweisung derjenigen, welche die Souveränität des Gesetzes der übermüthig gewordenen Hierarchie gegenüber vertheidigt haben, und eine glänzendere Rechtfertigung der unduldsamen Agitatoren ist kaum denkbar. Diese Bestimmung des Gesetzentwurfs, die einzige, die auch dem Ungebildetsten verständlich ist, hat mit Recht in der Presse einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Wir sehen wohl ein, daß die Hoffnung auf die Zurückberufung der Bischöfe vielleicht der wirksamste Stachel ist, der die Curie zur Nachgiebigkeit bewegen kann. In Schlesien steht das Ansehen der Staatsgewalt so fest, daß dort vielleicht die Rückkehr des greisen, persönlich friedfertigen Fürstbischofs ohne allzu schweren Schaden erfolgen könnte. Anders liegen die Dinge am Rhein und in Westphalen. Nun gar die Rückkehr des Mannes, der sich den Primas von Polen nennt, wäre ein Triumph für alle Feinde Deutschlands. Und wer bürgt uns für die behutsame Anwendung dieses Artikels? Wer steht dafür, daß Fürst Bismarck, und nicht vielleicht ein clerical-conservatives Cabinet, diese zweischneidige Waffe handhaben wird? Daß die Bischöfe nicht wiederkehren, solange der Staat nicht die Garantie hat, daß sie sich in Zukunft den Gesetzen fügen, ist selbstverständlich; sogar die Depesche des Cardinals-

Staatssekretärs Nina vom 23. März geht von der Voraussetzung aus, daß sie die Anzeigepflicht erfüllen. Diese Forderung stellen, heißt offene Thüren einschlagen. Die Masse der Bevölkerung hat für die symbolische Bedeutung dieses Aktes kein Verständniß. Sie würde vielleicht die feierliche Erklärung der Bischöfe verstehen, daß sie gewillt seien, sich in Zukunft den Staatsgesetzen zu unterwerfen. Aber was der Staat bei dieser Erklärung gewinnt, müßte die Würde der Kirche, welche die Bischöfe vertrennten, ihrerseits verlieren. Wo bleibt die Autorität des bischöflichen Amtes, wenn der Träger desselben heute die Befolgung des Gesetzes für mit seinem Gewissen unvereinbar erklärt, um sich morgen unter das Joch zu beugen?

Wir wissen nicht, welche Absichten den Fürsten Bismarck geleitet haben, als er dieses „Friedensgesetz" der Landesvertretung vorlegte. Weder der Inhalt der unter der Mitverantwortlichkeit des Fürsten Bismark eingebrachten Vorlage, noch die Veröffentlichung der diplomatischen Aktenstücke noch die Erklärungen des Cultusministers haben ein in den Rahmen der Politik des deutschen Kanzlers passendes Ziel erkennen lassen. Im Gegentheil scheinen gerade die bis jetzt veröffentlichten Depeschen zu beweisen, daß diese Vorlage weder mit diesem Inhalt noch in diesem Augenblick dem Frieden dient. Die Aufforderung, auf diesem Wege sich zu versuchen, scheint vielmehr an die Gegner gerichtet; für unser bescheidenes Theil bleibt uns nur die Antwort: Das Gesetz ist unannehmbar, wenn nicht mehrere seiner wesentlichen Bestimmungen völlig umgestaltet werden.

—n.

Notizen.

Der christliche Glaube und die menschliche Freiheit (1. Theil: Präliminarien) Gotha bei Fr. A. Perthes 1880.

Dieses sehr eigenthümliche und interessante Buch ist anonym erschienen. Wir erhalten über die Person des Autors nur einige Andeutungen durch einen offenen Brief, der als Vorwort dem Buche beigegeben und an Rudolph v. Bennigsen, als vormaligen Präsidenten des Nationalvereins, gerichtet ist. Der Autor nahm also früher an den nationalen Bestrebungen praktisch Theil, und gehörte politisch zu den Liberalen, nur daß seine Wendung zum positiven Christenthum ihn von einem Theil seiner alten politischen Freunde trennte. Er ist auch heute noch kein Mann des orthodoxen Kirchenthums, vielmehr behandelt er die dogmatische Einseitigkeit desselben mit rückhaltlosem Freimuth; aber er ist über den -- wenn man so sagen darf — theistischen Vernunftglauben hinausgegangen; ihm gehören die historischen Grundthatsachen des Christenthums zum Substantiellen der religiösen Ueberzeugung, und wenn er die Frage nach der Rückkehr der deutschen Bildung zum Christenthum aufwirft, so versteht er darunter die Vermittlung der Gemüther nicht nur mit den religiösen und sittlichen Ideen des Christenthums, sondern auch mit jenen, für ihn substantiellen, geschichtlichen Elementen.

Hiernach werden manche unsrer Leser, obwohl sie, ideell genommen, weder unreligiös noch unchristlich sind, vielleicht wenig Neigung haben, das Buch zu lesen. Sie würden sehr Unrecht daran thun. Denn das Buch steht hoch über den gewöhnlichen Apologien, die es sich mit der Widerlegung der Zweifler und Ungläubigen leicht machen, weil sie weder unsere philosophische Gedankenwelt, noch unsere geschichtliche und naturwissenschaftliche Forschung kennen. Unser Autor aber hat den speculativen Systemen und besonders unsern deutschen Denkern seit Kant, das ernsteste Studium gewidmet, das sieht man an der Virtuosität, mit welcher er die verwickelten Fäden ihrer Untersuchungen zu entwirren und aus den harten Schalen den Kern auszulösen versteht. In dieser Beziehung geht er an seine Aufgabe mit einem Rüstzeug heran, welches dem, worüber unsere heutigen Erbauer oder Nachbeter von theologisch-dogmatischen oder auch von philosophisch-naturalistischen und pessimistischen Systemen verfügen, weit überlegen ist. Und daneben besitzt er eine umfassende realistische Bildung und Belesenheit. Er muß sich in sehr mannichfachen Lebensverhältnissen mit beobachtendem Sinn bewegt, seinen Blick auch auf die socialen Zustände der

